Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 34
Chronik vom 28. Oktober
bis zum 22. November 2024

Chronik vom

28.10. - 22.11.2024

Inhaltsverzeichnis	**Seite**
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 28. Oktober bis zum 22. November 2024	5-437
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	438-439

Danksagung und Widmung

> Der Mensch lebt und bestehet / nur eine kleine Zeit, / und alle Welt vergehet / mir ihrer Herrlichkeit. / Es ist nur einer ewig und an allen Enden, / und wir in seinen Händen.
> *Matthias Claudius (1740-1815, deutscher Dichter)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hamed Abdel-Samad, Henry Albrecht, Werner Altnickel, Jonas Aston, Beate Bahner, Bruno Bandulet, Gil Barkei, Fabian Becker, Reyno De Beer, Henry Behrens, David Bendels, Gero Bernhardt, Jörg Bernig, Lorenz Bien, Federico Bischoff, Ludger Bisping, Michael Brück, Boris Cherny, Jonny Chill, Ulrich Clauß, Karlheinz Deschner, Christian Dorn, Panayotis H. Doumas, Alexander Dugin, Sven Eggers, Jürgen Elsässer, Stephanie Elsässer, Hans M. Feher, Jörg Fischer, Jonas Glaser, Edward Gottfried, Armin-Paul Hampel, Martin Hans, S. Hofer, Henning Hoffgaard, Thorsten Hinz, Volker Kempf, Manfred Kleine-Hartlage, Einar Koch, Stefan Korinth, Josef Kraus, Kuba Kruszakin, Rudolf Lehmann, Rüdiger Lenhoff, Johann Leonhard, Paul Leonhard, Herbert Ludwig, Andreas Männicke, Hannes Märtin, Christopher Martens, Dietmar Mehrens, Karel Meissner, Dirk Meyer, Laila Mirzo, Jörg-Heiner Möller, Peter Möller, Andreas Mölzer, Hansjörg Müller, Aidan O'Brien, Werner Olles, Reiner Osbild, Michael Paulwitz, Daniell Pföhringer, Marco Pino, Thorsten Polleit, Marie Rahenbrock, Uwe-Kai Reiter, Sonja Reitz, Hinrich Rohbohm, Paul Rosen, Liz Roth, Albrecht Rothacher, Manfred Rouhs, Ivo Sasek, Valentina Schacht, Thomas Schäfer, Jörg Schierholz, Fabian Schmidt-Ahmad, Heiko Schöning, Paul Schreyer, Moritz Schwarz, Gerd Seidel, Martin Sellner, Lauren Southern, Dieter Stein, Ulrich van Suntum, Roland Ulbrich, Fritz Vahrenholt, Sven Versteegen, Martin Voigt, Christian Vollradt, Karlheinz Weißmann, Michael Wolski und Kurt Zach.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Geheimer Krieg gegen die Deutschen

> Wir hatten ein Haus, und das Haus verdarb, / wir hatten eine Heimat, und die Heimat starb. / Man trieb uns, wie man Vieh mit dem Stecken treibt, / man trieb uns, wie Korn zwischen Steinen reibt.
> *Ernst Wiechert (1887-1950, deutscher Schriftsteller)*

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der fremdbestimmten Parteien und ihren willigen Erfüllungsgehilfen sowie der globalen Nichtregierungsorganisationen seit Jahrzehnten regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat, um sie letzten Endes im Rahmen einer totalitären Enteignung und Entrechtung zu versklaven.

In dem Staatsfragment BRD gab es nie eine mittelbare, repräsentative Demokratie, sondern seit Gründung dieses Vasallengebildes existiert eine Scheindemokratie. In dieser Scheindemokratie (Plutokratie: Herrschaft des Geldes bzw. des Reichtums) verwirklichten die fremdbestimmten Parteien und Abgeordneten nicht den Wählerwillen des Volkes, sondern sie handelten zweifelsfrei im Auftrag sowie nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte und vertraten in erster Linie die Interessen der gemeingefährlichen internationalen Finanzeliten.

Die systematische Umerziehung, NS-Schuldkult, Gleichschaltung der Meinungsfreiheit, die Zerstörung der Familie, Abschaffung der eigenen Identität, der angeblich menschengemachte Klimawandel und die sogenannte Energiewende, der Genderismus, die Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung, die Corona-Plandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren zweifelsfrei lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen ging und geht es vor allem tatsächlich darum, alle kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands zu zerstören, um die Deutschen vollständig auszuplündern und letzten Endes auszulöschen.

Pflicht zum Widerstand

> Zur Freiheit hat uns Christus befreit. So steht nun fest und laßt euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft auflegen.
> *Galater 5, 1*

Trotz der drohenden Katastrophe befindet sich der deutsche Michel noch immer in einem komaähnlichen Todesschlaf.

Infolge der jahrzehntelangen Gehirnwäsche blenden die selbsternannten Gutmenschen und Mitläufer starrsinnig die Realität aus und zeichnen sich weiterhin durch unglaubliche Leichtgläubigkeit, Naivität, Trägheit, Langsamkeit und fatalistisches Obrigkeitsdenken aus.

Wir müssen endlich erkennen, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

Die Menschen unterscheiden sich vor allem durch Geist, Vernunft und Rationalität von allen anderen Lebewesen. Diese Fähigkeiten ermöglichen es den Menschen, Entwicklungen und Bedrohungen frühzeitig zu erkennen, Lügen zu durchschauen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Wenn wir unsere Heimat retten wollen, müssen wir unseren komaähnlichen Todesschlaf sofort beenden und uns endlich wehren und erbitterten Widerstand leisten, um die Vernichtungspläne der verbrecherischen Finanzeliten noch rechtzeitig zu entschärfen oder rückgängig zu machen. Angesichts der bedrohlichen Ereignisse in den Monaten Oktober und November 2024 bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Heimat zu retten:

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Flüchtlingshelferin von iranischem Flüchtling ermordet**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**FDP drängt auf Finanzierungsstopp für private Seenotretter**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Umfrage: Bundesweit fehlen über 1.000 Schulleiter**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Nato beziffert russische Verluste im Ukraine-Krieg auf 600.000**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**Wenn die Brandmauern fallen**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Unfaßbar: Jobcenter wissen oft nicht, an wen sie Bürgergeld zahlen!**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Na klar, es geht um Ministerposten: Kriegstreiber-Parteien entdecken ihre "Friedensliebe" - BSW fällt um!**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**VW-Werken droht Schließung: Die Ampel macht Deutschland zur Wirtschafts-Ruine!**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**BRICS: auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung?**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Klima: UN warnen vor "wirtschaftlichem Desaster" für alle Länder**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Immer mehr illegale Flug-Einreisen aus Bulgarien: Schluß mit offenen Grenzen!**

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Quantron**
Grünes Vorzeigeunternehmen insolvent - Löhne nicht mehr ausgezahlt

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**BRD-Journalisten: Null Prozent AfD**

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Kommunalverband kritisiert Aufwand für Cannabis-Kontrollen**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Biden bezeichnet Trump-Anhänger als "Müll"**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Sprengstoffanschlag in Berlin vereitelt: Offene Grenzen gefährden unser Leben!**

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Kindergeld-Zahlungen ans Ausland schon bei 525 Millionen €: Unsere Kinder zuerst!**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Volksaustausch in Zahlen und Fakten**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Gegen Rußland: Merz macht mobil**

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Donald Trump als "Müllmann" im US-Wahlkampf: "250 Millionen Amerikaner sind kein Abfall!"**

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**"Israel führt einen Angriffskrieg"**

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands vom 28. Oktober bis zum 22. November 2024

28.10.2024

BRD: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Flüchtlingshelferin von iranischem Flüchtling ermordet**

In Nürtingen (Baden-Württemberg) ist die Flüchtlingshelferin und Volkshochschullehrerin Isabelle D. nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei von einem iranischen Flüchtling ermordet worden - von einem Mann, dem die 66-Jährige Deutschunterricht gab.

Von *Redaktion*

... "Eine sehr engagierte und kompetente Dozentin" - das war Isabelle D. aus Nürtingen. Nun ist die 66-jährige Volkshochschullehrerin, die seit Jahren in der Flüchtlingshilfe aktiv war, tot. Am Nachmittag des 20. Oktober entdeckten Spaziergänger ihre Leiche im Neckar, nur wenige Meter von ihrer Wohnung entfernt. Die Kriminalpolizei ist sich inzwischen sicher: Ihr Mörder stammt aus einem der Flüchtlingsheime, in denen sie sich engagiert hatte.

Die Indizien der Strafverfolgungsbehörde weisen laut Bild darauf hin, daß Isabelle von einem 39-jährigen Iraner ermordet wurde. Dieser verweigert bislang die Aussage, gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Der Flüchtling aus dem Iran soll nach Polizei-Informationen den Deutschunterricht von Isabelle besucht haben und in Oberboihingen in einem Asylbewerberheim gelebt haben, wo er laut Aussagen von Mitbewohnern gegenüber der Bild immer wieder negativ auffiel.

So sagte ein Mitbewohner des Flüchtlingsheimes aus Togo: "Der Iraner hat in der Unterkunft mit den anderen Bewohnern ständig Streit angefangen. Er wollte Geld und versuchte, mich anzupumpen." Er sei die letzte Person, mit der der mutmaßliche Mörder telefoniert hatte - sein Handy wäre daher jetzt bei der Polizei, so der Mann aus Togo weiter.

Zu dem genauen Motiv sowie den Tatumständen ist bisher wenig öffentlich bekannt. Die Polizei und die Strafverfolgungsbehörden würden aus ermittlungstaktischen Gründen nichts zu den Details der Tat sagen. Ein Ansatz über das Motiv, dem die Strafverfolgung nachgeht, ist, daß der Unterricht der 66-jährigen Flüchtlingshelferin den Mann aus dem Iran stark verärgert haben könnte.

Isabelle soll in dem Unterricht regelmäßig Vorwürfe gegen das iranische Mullah-Regime erhoben haben - wegen der Unterdrückung von Frauen. Ein Video, das die brutale Festnahme einer Iranerin ohne den muslimischen Hidschāb zeigt, kommentierte Isabelle D. auf Facebook mit den Worten "Das ist Diktatur. Laßt die Mädchen in Ruhe, ihr Monster".

Der Tod von Isabelle ist ein Schock für die baden-württembergische Kleinstadt und die Flüchtlinge, die mit ihr gearbeitet haben - laut Bild habe sie wegen ihrer Hilfsbereitschaft und Aufopferung großes Ansehen genossen. Der 44-jährige Flüchtling aus Togo sprach davon, daß Isabelle für ihn und die anderen "wie die liebe Mutter" war. "Deshalb nannten wir sie auch unsere Mama", so der Togoer.

Oberbürgermeister Dr. Johannes Fridrich sprach in der Nürtinger Zeitung davon, daß man mit Isabelle "eine sehr engagierte und kompetente Dozentin der Volkshochschule verloren habe, die für ihre offene, interessierte und bereichsübergreifende Mitarbeit sehr geschätzt worden sei". Seit vielen Jahren habe sie geflüchteten Menschen die deutsche Sprache beigebracht, heißt es weiter. Isabelle habe "sich mit großem Einsatz auch außerhalb des Unterrichts ehrenamtlich engagiert und dabei vielen Menschen geholfen". Man sei bestürzt über den Verlust.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**FDP drängt auf Finanzierungsstopp für private Seenotretter**

In der Ampelkoalition drängt die FDP auf ein Ende der staatlichen Unterstützung privater

Seenotretter. "Eine Überprüfung der Mittelvergabe seitens des Auswärtigen Amts an private Seenotrettungsdienste ist durchaus angebracht", sagte die Vorsitzende der FDP-Delegation im EU-Parlament, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, dem "Handelsblatt" (Montagsausgabe).
Zur Begründung wies sie darauf hin, daß Seenotrettung eine Hoheitsaufgabe der EU sei. Zudem gebe es in diesem Jahr "deutlich weniger" Ankünfte über die zentrale Mittelmeerroute als die Jahre davor, sagte Strack-Zimmermann, die auch Mitglied im FDP-Präsidium ist. Das Auswärtige Amt von Ressortchefin Annalena Baerbock (Grüne) hatte hingegen erklärt, die Mittel würden wie vom Bundestag beschlossen zur Verfügung gestellt.
Sie trügen dazu bei, daß Menschenleben gerettet werden. Auch der FDP-Bundesvize Wolfgang Kubicki fordert, die Unterstützung "für die Zukunft einzustellen". Er wundere sich, daß das Auswärtige Amt in dieser Frage das Wort von Kanzler Olaf Scholz (SPD) "schnöde ignoriert", sagte er dem "Handelsblatt".
Der Kanzler war vor einem Jahr auf Distanz zu der Finanzierung gegangen. Auch der FDP-Finanzpolitiker Frank Schäffler übt scharfe Kritik an der bisherigen Finanzierungspraxis. "Das Auswärtige Amt untergräbt damit die Sicherung der Außengrenzen der EU", sagte er. Er warf dem Ministerium "eine egoistische Politik auf dem Rücken Italiens" vor. "Daß dies dort zu Unmut führt, ist völlig klar." Die Regierung in Rom hatte sich in der Vergangenheit empört darüber gezeigt, daß Schiffe deutscher NGOs im Mittelmeer gerettete Migranten und Flüchtlinge in Italien an Land bringen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Umfrage: Bundesweit fehlen über 1.000 Schulleiter**
Mehr als 1.000 Schulen in Deutschland können derzeit die Stelle ihres eigenen Schulleiters nicht besetzen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage der "Neuen Osnabrücker Zeitung" unter den Kultusministerien der Bundesländer. Demnach sind derzeit bundesweit mindestens 1.286 Schulleiterstellen nicht oder nur kommissarisch besetzt. Die meisten Vakanzen gibt es in Nordrhein-Westfalen mit 328. Das Kultusministerium in Düsseldorf begründete dies gegenüber der NOZ mit dem allgemeinen "akuten Lehrermangel", der nicht in wenigen Jahren zu beheben sei.
Auch Baden-Württemberg (221) und Niedersachsen (162) melden jeweils eine dreistellige Zahl unbesetzter Stellen. Die wenigsten freien Rektorenstellen gibt es derzeit in Hamburg (6). Das Kultusministerium in Hessen wollte laut Zeitung keine genauen Zahlen melden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Der Haß der Toleranten**
Von *Sven Eggers*
Fußballstürmer Kevin Behrens bekommt wegen seiner verunglückten "Schwule-Scheiße"-Aussage weiterhin den Haß der Toleranten zu spüren. Mittlerweile ist das hierzulande üblich: Wer etwas Abweichendes sagt oder schreibt, wird vernichtet. …
Am Wochenende rüsteten sich Fans des Fußball-Bundesligisten FC St Pauli zum großen Protest gegen den Wolfsburger Stürmer Kevin Behrens. Der hatte sich vor Wochen geweigert, ein buntes Regenbogentrikot seines Klubs zu signieren. Dabei entfuhr es ihm: "So eine schwule Scheiße unterschreibe ich nicht". Seither wütet eine Kampagne gegen den Nationalspieler und gebürtigen Bremer.
Wurfgeschosse der Wütenden
Obwohl sich Behrens längst ausdrücklich für seinen Spruch entschuldigt hat, lassen Medien und linke Weltverbesserer nicht locker. Am Samstag wurde der Spieler von einem wütenden St. Pauli-Mob beschimpft, beleidigt und bedroht; im Zeichen der Toleranz, versteht sich. Nur mit Mühe konnten eingesetzte Ordner mit Regenschirmen Wurfgeschosse abfangen, die den ins Visier genommenen Kicker gezielt treffen sollten, darunter Becher und Feuerzeuge.
Der Protest kam organisiert daher. Insbesondere die Vereinigung St. Pauli Pride hatte dazu

aufgerufen, mit Regenbogenfahnen und Anti-Behrens-Plakaten ins Stadion zu kommen. Der Profi hatte sich vor dem Spiel noch bemüht, die Wogen zu glätten "Meine spontanen Äußerungen waren absolut nicht in Ordnung. Dafür möchte ich mich entschuldigen. Das Thema wurde intern klar besprochen, und ich bitte um Verständnis, daß ich mich dazu nicht weiter äußern möchte." Doch das half nichts. Der Unmut der Bunten war gnadenlos.
Im Fernsehen legte gestern Oke Göttlich, der Präsident des FC St. Pauli, weiter nach. In der Sendung Doppelpaß bei Sport 1 sagte der Fußballfunktionär: "Er hat sich entschuldigt, und trotzdem darf es gerne ein wenig mehr sein. Auch verbandsseits würde ich mir ein bißchen mehr wünschen." Er ließ offen, was es hier meinte: Sperre? Prügel? Peitschenhiebe?
Der VfL Wolfsburg, eigentlich immer ganz vorne dabei, wenn es gilt, per Regenbogen "ein Zeichen zu setzen", stellte sich immerhin hinter seinen Fußballer. Sportdirektor Sebastian Schindzielorz: ""Er hat sich entschuldigt und glaubhaft versichert, daß es ihm leidtut, wir haben es sanktioniert. Er mußte dies heute nach seinem Fehler über sich ergehen lassen, ich finde, es sollte dann jetzt auch mal gut sein."

Beinahe Behrens-Siegtor …

Wolfsburgs Trainer Ralph Hasenhüttl setzte Behrens am Samstag zunächst auf die Auswechselbank, brachte ihn dann aber noch. Denn: "Wir haben die Situation intern aufgearbeitet, er hat sich dafür entschuldigt. Dementsprechend war das Thema für mich erledigt." Die wütenden Pfiffe der Fans bei der Behrens-Einwechslung glichen einem Hassorkan. Um ein Haar hätte Kevin Behrens dann das Siegtor für seine Mannschaft erzielt. Er verfehlte das Tor nur um Millimeter. So blieb es beim 0:0. Schade.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Asyl: Nächster Landrat schlägt Alarm**

Von *Sven Eggers*

Wieder schlägt ein Landrat Multikulti-Alarm, diesmal in Bayern. Daß die Lage tatsächlich hochdramatisch ist, haben wir zuletzt in unserem "Verbotsheft" mit dem Titel "Deutschland den Deutschen" herausgearbeitet. …
Dieses Mal ist es der CSU-Politiker Olaf von Löwis, seit 2020 Chef des Landratsamtes im oberbayerischen Miesbach: Er beklagt sich insbesondere mit Blick auf die fehlende Unterstützung bei der Unterbringung immer neuer Fremder. Bürgern und auch Kommunalpolitikern platzt nämlich zunehmend der Kragen. Olaf von Löwis in seinem Schreiben: "Viele Bürger erwarten von mir, ja, fordern mich geradezu auf, die Aufnahme der zugewiesenen Flüchtlinge zu verweigern."
Einwände werden nicht gelten gelassen. Mögliche dienstliche Folgen hätte "ich gefälligst zu ertragen", so der CSU-Mann. Er fühle sich mittlerweile zerrieben zwischen Dienstpflichten als Beamter und Volkes Stimme. Bislang hatte sich gerade dieser Landrat immer hinter die Regierungspolitik gestellt. Ob er jetzt umdenkt?

Immer mehr Fremde

Immer häufiger käme es vor, daß sich Gemeinden weigern, weitere Migranten aufzunehmen und unterzubringen, klagt er. Dabei kommen alle zwei Wochen etwa 50 bis 100 neue Fremde an, die untergebracht werden sollen. Einige Bürgermeister versuchten gar, sich mit Klagen vor Gericht zu wehren, in zwei Fällen im Nachbarlandkreis Bad Tölz gelang das auch.
Daß zudem Asylbewerber auch dann bleiben, wenn ihr jeweiliges Verfahren negativ ausgegangen ist, verkompliziert sich Lage zunehmend. Dies kann niemand nachvollziehen.
Darüber hinaus sei auch die Stimmung in den Landratsämtern mies. Überstunden der Beschäftigten seien längst die Regel. Von Löwis: "Wie sollen wir angesichts dieser schwierigen Arbeitssituation offene Stellen überhaupt noch besetzen?!" Er selbst bekomme den Unmut der Menschen immer heftiger zu spüren: "Man beschimpft mich als verlängerten Arm der Bundesregierung."

Vor einigen Wochen hatten bereits Amtskollegen in Bayern und auch in Hessen die Lage mit ähnlichen Argumenten kritisiert. Stoßrichtung: "Nein, wir schaffen das nicht." In der Tat werden Städte und Dörfer von der Politik völlig im Stich gelassen.
Was die Deutschen wütend macht
Im Jahre 2022 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 244.132 Asylanträge gestellt, dazu kommt etwa eine Million Ukrainer, das sind zusammen mehr als im Migrationskrisen-Jahr 2015! 73,1 Prozent der Asylantragsteller waren jünger als 30 Jahre, 38,4 Prozent gaben an, daß sie minderjährig seien. Die Lage hat sich seither nicht entschärft, eher im Gegenteil. Rita Röhrl, von 2017 bis 2023 SPD-Landrätin in Regen (Niederbayern), hatte deutliche Worte gefunden:
"Wir haben 80 Ausreisepflichtige, sie werden aber nicht abgeschoben. So fehlt Platz für neue Asylbewerber. Wir sind dabei, unser Land zu überfordern."
Was die Deutschen besonders wütend macht, sind die ausbleibenden Abschiebungen: Klagen Betroffene gegen einen negativen Asyl-Bescheid, benötigen Gerichte im Schnitt 21,8 Monate für das anstehende Verfahren. Solange werden die Schein-Asylanten weiter voll vom Steuerzahler alimentiert. Mittlerweile leben etwa 300.000 Menschen unter uns, deren Klage bereits letztinstanzlich gescheitert ist, die trotz Ausreisepflicht aber weiter geduldet werden.<<
Österreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**Wie Kickl Kanzler werden kann**
Alles auf Zucker: Die Koalition der Verlierer. … Glanzvoller Sieg der FPÖ - und trotzdem wollen die Verlierer regieren. Aber es gibt noch hausgemachte Probleme, an denen sie scheitern könnten.
_ von *Martin Sellner*
Am 29. September schlug Herbert Kickl nicht nur ein neues Kapitel der freiheitlichen Parteigeschichte auf. Er schrieb Politikgeschichte. Erstmals in der Zweiten Republik lag keine der beiden Altparteien auf dem ersten Platz. Der rot-schwarze Würgegriff um Österreich war gebrochen! Mit sagenhaften 28,8 Prozent übertraf Kickl selbst die Rekordergebnisse von Jörg Haider und Heinz-Christian Strache. Die FPÖ gewann die Mehrheit in der Jugend, bei den Männern und erstmals sogar bei den Frauen für sich.
Der 29. September war nur ein Vorgeschmack.
Besonders bitter für die SPÖ: Fast die absolute Mehrheit der Arbeiter, nämlich genau 50 Prozent, wählten die FPÖ! 443.000 Wähler, die Sebastian Kurz 2019 zur ÖVP weggelockt hatte, kehrten reumütig heim zur blauen Volkspartei. Auch die Nichtwählermobilisierung klappte. Die letzte Bastion der Altparten sind die Alten. Pensionisten wählen weiter stur Rot oder Schwarz. Doch mit diesem Wählerblock haben die Parteien keine Zukunft.
Keine Melonisierung
Normalerweise wird in Österreich der Wahlsieger mit dem Auftrag zur Regierungsbildung betraut und erhält den Posten des ersten Nationalratspräsidenten (in der BRD: Bundestagspräsident). Aber die alte Normalität gilt nicht mehr. Der grüne Bundespräsident Van der Bellen verweigerte sich der guten Tradition und lud alle Parteichefs zu undefinierten "Gesprächen" ein. Die Entscheidung, ob er Kickl überhaupt als Kanzler angeloben (vereidigen) will, behält er sich vor. Von Österreich bis Thüringen sind es dieselben lächerlichen Taktiken der Dämonisierung und Personalisierung. Österreichs Björn Höcke heißt Herbert Kickl.
Politiker wie Marine Le Pen und Giorgia Meloni setzen auf die Strategie der sogenannten Entdämonisierung. Das heißt, sie distanzierten sich vom patriotischen Umfeld ihrer Parteien. Die Entstehung außerparlamentarischer Bewegungen und Medien wird ignoriert oder im schlimmsten Fall sogar sabotiert. Jeder Begriff und jede Person, die unter Beschuß steht, wird fallen gelassen. Worte wie "Remigration" oder "Bevölkerungsaustausch" kommen seit geraumer Zeit weder der Madame aus Frankreich noch der Signorina aus Italien über die Lippen.

Sie sind damit auf den ersten Blick erfolgreich, da sie Wahlerfolge einfahren. Doch ein Sieg, der mit inhaltlicher Kastration erkauft wurde, ist am Ende eine Niederlage. Die beiden verhalten sich wie ein Bote, der, um rascher voranzukommen, seine Briefe und Pakte eins nach dem anderen in den Straßengraben wirft. Am Ende ist er am Ziel, aber hat seine wichtigsten Botschaften aufgegeben. Höcke und Kickl verkörpern die gegenteilige Strategie. Sie siegten ohne Abgrenzungs- und Demütigungsrituale!

Der Wahlerfolg in Österreich war damit auch ein metapolitischer Triumph der Remigration. Bis zuletzt blieb Kickl eisern und verweigerte jede Distanzierung. Das gibt dem neuen Aufstieg der FPÖ eine Tiefendimension, vor der das Establishment zurecht zittert. Die Angst allein schweißt sie zusammen.

Koalition der Verlierer

Der noch amtierende Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) ist eine groteske Figur. Von seinem Vorgänger Sebastian Kurz wurde er auf den Posten des Innenministers gehievt, der ihm eine Nummer zu groß war. Als sein Ziehvater sich in die Privatwirtschaft verabschiedete, übernahm Nehammer als Auswechselspieler dessen Position. Er führte die schwarz-grüne Koalition weiter - und hat seitdem jede Wahl verloren. Die Niederlage Ende September war die größte und bitterste in der Parteigeschichte. Dennoch will er Kanzler bleiben.

Steigbügelhalter soll Andreas Babler werden, eine nicht minder traurige Gestalt aus der SPÖ. Als Bürgermeister einer kleinen Stadt ist er ein typischer in der Wolle gefärbter Linksliberaler, ein "Selbstgerechter", wie Sarah Wagenknecht kritisierte. Babler wurde von den Salonmarxisten aus Wien an die Spitze der Partei gestellt, um den Sozialpatri-oten Peter Doskozil zu verhindern. Beraten von Figuren wie der Antifa-Expertin Natascha Strobl, führte Babler die SPÖ zielsicher in eine schmerzhafte Niederlage. Statt für die Senkung der Migration einzutreten, trommelte er für Steuererhöhungen.

Blau-Schwarz ist in allen Umfragen mit 40 Prozent eindeutig die beliebteste Option.

Für Babler und Nehammer ist eine Verliererkoalition die einzige Chance, ihren politischen Hals zu retten. Sie haben kein Votum vom Volk und als notorische Verlierer keine starke Position in ihrer jeweiligen Partei. Und nicht einmal zusammen schaffen sie eine stabile Mehrheit! Sie brauchen dafür die NEOS, denen ihre erste Regierungsbeteiligung winkt. Die ehemals liberale Partei ließ während der Corona-Pandemie und dem Ukrainekrieg ihre Maske fallen. Sie geriert sich seitdem als NATO-Zweigstelle und wäre in diesem Trio infernal das Zünglein an der Waage.

Neben dieser sogenannten Zucker(l)koalition (ÖVP, SPÖ, NEOS) könnte es auch zu folgenden Szenarien kommen:

1. Eine Große Koalition zwischen ÖVP und SPÖ ohne stabile Mehrheit unter Duldung der anderen Parteien.
2. Eine Expertenübergangsregierung aller Parteien außer der FPÖ mit kurzer Halbwertszeit.
3. Neuwahlen, falls alle Koalitionsverhandlungen scheitern.

Inhaltlich eint die drei Koalitionspartner in spe wenig. Weder in Fragen der Migration noch der Wirtschaft, der Umwelt, der Neutralität oder der Bildung sind sie einer Meinung. Ihr einziger inhaltlicher Fixpunkt ist ein negativer: die Verhinderung Kickls. Um diese Position herum bilden sie ihren "antifaschistischen Schutzwall", die "Brandmauer gegen Rechts". Ihre Botschaft lautet: "Kickl ist so unbeliebt, daß er keine Regierung bilden kann."

Die Antwort des Volkes war eindeutig. Nicht nur erhielt Kickl mit 85.542 bei weitem die meisten Vorzugsstimmen (mit diesem Extravermerk können Kandidaten auf den Wahllisten weiter nach oben gepusht werden). Mehr noch: Zwei Wochen nach der Wahl stieg die FPÖ in Umfragen bereits weiter, auf satte 33 Prozent! Die Brandmauer wird zu einem tödlichen ideologischen Gefängnis für ihre Insassen. Wie aus der DDR flüchten die Wähler in Scharen über diese Mauer in die Freiheit - zur FPÖ.

Der mögliche Durchbruch

Es gibt theoretisch aber immer noch einen Weg zur Kanzlerschaft für Kickl. Die Koalitionsverhandlungen dauern in Österreich traditionell lange. Bereits bei der Landtagswahl in Vorarlberg am 13. Oktober gewann die FPÖ erneut (plus 14,1 Prozent), während die ÖVP verlor (minus 5,2 Prozent). Am 24. November wird in der Steiermark gewählt und am 19. Januar im Burgenland.

Die erwartete Stafette an blauen Wahlsiegen wird zum Spießrutenlauf für Nehammer. Jederzeit könnte ihn eine Palastrevolte entmachten und eine Koalition mit der FPÖ erzwingen. Die gibt es übrigens schon in Vorarlberg, wo der schwarze Landeshauptmann (Ministerpräsident) kein Pro-blem mit einer "Kickl-FPÖ" hat. Blau-Schwarz ist übrigens in allen Umfragen mit 40 Prozent eindeutig die beliebteste Option. Der Österreicher hat keine "Angst vor Kickl". Die "Zuckerlkoalition" wollen nur schlappe 28 Prozent.

Bei der SPÖ hat der Zerfall schon begonnen. Rudolf Fußi, ein bekannter Provokateur und Intimus des ehemaligen Kanzlers Christian Kern, fordert Babler offen heraus. Als "Neuer Roter" will er mit einem sozialpatriotischen Programm die Asylmigration auf null reduzieren und neuer Vorsitzender werden. Die Koalition der Versager könnte also schon von Anfang an eine politische Leiche sein. Der begeisterte Bergsteiger Kickl kann in Ruhe klettern gehen, während sich die Altparteien ihr politisches Grab schaufeln.

Um so fanatischer versuchen die Verlierer, einen Spaltkeil in die FPÖ zu treiben. Während sie nicht genug Worte der Verachtung für Kickl finden, loben sie plötzlich "liberale Alternativen" wie Manfred Haimbuchner (Oberösterreich), Marlene Svazek (Salzburg) und den früheren Parteichef Norbert Hofer. Ihr Sirenengesang klingt so: "Die FPÖ ist Wahlsiegerin und sie soll auch in die Regierung. Aber eine radikalisierte FPÖ unter dem Schwurbler, Rußland- und Identitärenfreund Kickl ist nicht regierungsfähig.

Die demokratischen Kräfte in der FPÖ müssen vortreten. Kickl sollte, wie Haider vor fast 25 Jahren, Größe zeigen. Zum Wohl der Republik soll er auf den Titel des Kanzlers verzichten. Eine Kanzlerin Svazek wäre doch eine reizvolle Alternative." So und so ähnlich klingen die vergifteten Ratschläge aus dem Establishment. Kickl kann darüber nur müde lächeln. Nach dem historischen Wahlsieg, den er mit der Parole Remigration und ohne Distanzierung errungen hat, ist seine Position in der Partei stärker denn je.

Weder Svazek noch Haimbuchner sind so dumm, sich zum Werkzeug einer feindlichen Agenda zu machen. Warum sollten sie ihre stabilen Landesregierungen gefährden? Auch Hofer hat Konkretes in Aussicht: Im Burgenland wird er im Januar 2025 den roten Peter Doskozil herausfordern und könnte Landeshauptmann werden. Die FPÖ setzt geschlossen auf Oppositionskurs und dürfte bald so stark sein, daß sie jede "Brandmauer" mit Leichtigkeit niederwalzt.

Süßes oder Saures?

Den Begriff "Zuckerl-Koalition" hat das österreichische Boulevardblatt Krone erfunden. Die Bezeichnung bezieht sich auf die Bonbon-Farben der möglichen Partner ÖVP (Türkis), SPÖ (Rot) und NEOS (Pink).

Die fantasievolle Wortschöpfung ähnelt der bemühten "Brombeer-Koalition", die in der BRD für Bündnisse der Altparteien mit dem BSW geprägt wurde.

Was am Ende des Koalitionspokers wartet, ist unsicher. Fest steht aber jetzt schon, daß der Scherbenhaufen der schwarz-grünen Koalition nun seinen Tribut fordert. Die Geldverbrennung und Asylinvasion der letzten Jahre sind nicht mehr zu kaschieren. Der 29. September war nur der Vorgeschmack auf eine kommende Welle des patriotischen Zorns. Sie wird die FPÖ früher oder später in die Regierung bringen und Kickl zum Kanzler küren. Die Alpenrepublik ist ein heißer Kandidat für die erste echte patriotische Wende in Europa!

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<

Ukraine: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Nato beziffert russische Verluste im Ukraine-Krieg auf 600.000**
Nach Einschätzung der Nato sind im Ukraine-Krieg bisher 600.000 russische Soldaten getötet oder verwundet worden. Die Entsendung von nordkoreanischen Soldaten in die russische Region Kursk zeige die wachsende "Verzweiflung" von Rußlands Präsident Wladimir Putin, sagte Nato-Generalsekretär Mark Rutte am Montag in Brüssel. In diesem Zusammenhang nannte er auch die Zahl von 600.000, ohne weitere Details zu nennen. Putin sei nicht in der Lage, seinen Angriff auf die Ukraine ohne ausländische Unterstützung aufrechtzuerhalten, so Rutte. Dem Statement vorausgegangen war ein Treffen von Rutte mit Vertretern des südkoreanischen Militärs und Geheimdiensts.
Demnach könne die Nato jetzt bestätigen, daß nordkoreanische Einheiten in der umkämpften russischen Region Kursk stationiert worden seien. Dabei handele es sich um eine "erhebliche Eskalation" des Krieges, so Rutte. Ungeachtet der Verluste machte Rußland zuletzt weitere Fortschritte in der Ostukraine. Nach Angaben des britischen Militärgeheimdienstes konnten russische Streitkräfte in die stark umkämpfte Stadt Chasiv Yar vordringen. Sie haben demnach höchstwahrscheinlich den Kanal im Süden der Stadt überquert und sich den Grenzen des Ortes genähert. Es sei jedoch sehr wahrscheinlich, daß der zentrale und der nördliche Teil des Kanaldistrikts weiterhin heftig umkämpft seien, so die Briten.<<
Georgien: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.414/…): >>
Regierungspartei gewinnt Wahl
Präsidentin fordert Bevölkerung zu Protesten auf / Internationale Beobachter: Wahl war polarisiert aber "gut organisiert" / Europarat-Wahlbeobachter befürchtet "Maidan in Georgien"
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Bei der Parlamentswahl in Georgien (26. Oktober) hat die Partei "Georgischer Traum", die seit 2012 mit absoluter Mehrheit das Land regiert, 54 Prozent der Stimmen gewinnen können. Die Oppositionsparteien sprechen von Wahlfälschung und wollen das Ergebnis nicht anerkennen. Sie stützen sich auf eine Nachwahlbefragung des US-amerikanischen Instituts Edison Research, das den Stimmanteil der Regierungspartei bei lediglich 41 Prozent sieht.
Georgiens Präsidentin Salome Surabischwili, die eine Mitgliedschaft ihres Landes in der EU und Nato anstrebt, hat das Wahlergebnis als Folge einer "russischen Spezialoperation" und "hybrider Kriegsführung" bezeichnet und fordert die Bevölkerung auf, gegen die Regierung zu protestieren.
Auf einer Pressekonferenz der internationalen Wahlbeobachter am Sonntag (27. Oktober) wurde vor allem das Wahlumfeld thematisiert. Der Wahltag sei "im Allgemeinen verfahrenstechnisch gut organisiert" gewesen und "ordnungsgemäß" abgewickelt worden. Außer vereinzelter negativer Vorfälle bot der Rechtsrahmen aus ihrer Sicht "eine angemessene Grundlage" für demokratische Wahlen.
Die insgesamt 530 offiziellen Wahlbeobachter von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (OSCE PA), der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE), der Parlamentarischen Versammlung der NATO (NATO PA), dem Europaparlament (EP) sowie dem OSZE Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) hatten zum Teil eine Langzeitbeobachtung sowie eine Beobachtung am Wahltag durchgeführt.
Pascal Allizard, Leiter der OSCE PA-Kommission, stellte fest, daß die Wahlen "den Wählern mit 18 Kandidatenlisten zwar eine große Auswahl" boten, doch sie hätte in einem Umfeld stattgefunden, das von der Sorge um "die kürzlich verabschiedeten Gesetze, ihre Auswirkungen auf die Grundfreiheiten und die Zivilgesellschaft" geprägt war. Damit zielte Allizard hauptsächlich auf das im Juni endgültig verabschiedete Gesetz über die Transparenz ausländischer Einflußnahme, auch als "Agentengesetz" bekannt, ab. Es war zuvor von einem Veto der georgischen Präsidentin blockiert und von Protesten begleitet worden.

Dabei wolle die Regierung die meist westliche Finanzierung zahlreicher georgischer Nichtregierungsorganisationen (NGO) nicht beenden, heißt es in einem Artikel des Magazins "Jacobin", sondern nur eine eng mit dem früheren Präsidenten Micheil Saakaschwili verbundene, "sehr mächtige Clique von NGOs" bekämpfen, die einen Machtwechsel in Georgien anstrebe. Die endgültige Verabschiedung des Gesetzes mit der Überstimmung des Vetos durch das Parlament hatte unmittelbar dazu geführt, daß die EU den Beitrittsprozeß Georgiens auf unbestimmte Zeit ausgesetzt hat. Die Regierungspartei "Georgischer Traum" hatte die EU-Integration vorangetrieben und 2022 einen Beitrittsantrag gestellt. Seit Dezember 2023 ist das Land offizieller Beitrittskandidat.
Allizard und seine Kollegen von den anderen Beobachterkommissionen berichteten aufgrund dessen von einer "Polarisierung" des Wahlkampfes. Während die Regierungspartei die Wahl zu einer "Wahl zwischen Krieg und Frieden" erklärt habe, sei sie von der Opposition als "Referendum für die geopolitische Ausrichtung Georgiens" bezeichnet worden, erklärte der konservative EP-Abgeordnete Antonio López-Istúriz White. In der Wahlkampagne habe die Regierungspartei antiwestliche und feindliche Rhetorik gegen Georgiens demokratische Partner, die EU, ihre Politiker und Diplomaten, verwendet und habe "russische Desinformation, Manipulationen und Verschwörungstheorien" verbreitet.
Zudem habe die Regierungspartei angedroht, gewisse Oppositionsparteien zukünftig zu verbieten, sagte López-Istúriz White. Iulian Bulai (PACE) stellte fest, ein "ungleiches Spielfeld" und die Defizite im Wahlprozeß hätten das Vertrauen in das Ergebnis und dessen Fairneß untergraben.
Der BSW-Abgeordnete Andrej Hunko, der als Mitglied der PACE-Kommission selbst als Wahlbeobachter in Georgien vor Ort war, zeichnete auf Anfrage von Multipolar eine in Teilen konträre Sichtweise des Wahlumfelds. Er sieht den Hauptunterschied zwischen der Regierungspartei und der Opposition im Umgang mit den abtrünnigen Regionen Abchasien und Südossetien.
So sei die Ideologie des "Georgischen Traums", "pragmatisch mit Rußland umzugehen" und Georgien "so attraktiv zu machen", daß die Menschen in den abtrünnigen Gebieten freiwillig wieder zurückkommen wollen. Die Opposition und vor allen Dingen die westlichen Partner übten hingegen großen Druck auf die Regierung aus, sich an der Konfrontation mit Rußland in Form von Sanktionen und militärischer Unterstützung zu beteiligen.
Derzeit "radikalisiere" sich die EU in der "Geopolitisierung ihrer Außenpolitik" und schneide sich damit wahrscheinlich sogar "ins eigene Fleisch", erläuterte Hunko weiter. Die EU selbst hätte die Wahl zu einer Entscheidung zwischen Rußland und Europa "hochstilisiert". Das sei von den Menschen in Georgien jedoch gar nicht so wahrgenommen worden. Die Frage sei nun, wie man in der EU mit dem Wahlergebnis umgeht. Der BSW-Abgeordnete sieht Parallelen zu der Situation in der Ukraine 2012 und 2013. Die Opposition strebe einen Machtwechsel an, "eine Art Maidan in Georgien".<<

Italien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**Wenn die Brandmauern fallen**

Hoffnung aus Italien und Griechenland. … Es scheint wie ein Naturgesetz: Die Altparteien sind übermächtig, die patriotische Opposition bleibt trotz Wahlerfolgen ohne Einfluß. Aber alles kann sich ändern, wenn der Betonblock durch einen externen Schock kollabiert.

_ von *Karel Meissner*

Daß heute in Italien eine rechte Regierung amtiert, läßt sich nur vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs des Parteiensystems Anfang der 1990er Jahre erklären. Seit 1948 war das Land von der übermächtigen Democrazia Christiana (DC) regiert worden, teilweise im Bündnis mit den handzahmen Sozialisten und kleineren Parteien. Das vorher stabile System kollabierte ab 1992 in Folge eines Schmiergeldskandals, der Zug um Zug alle etablierten Parteien und viele

Wirtschaftsbosse erfaßte. Hunderte wanderten ins Gefängnis oder flüchteten ins Exil., mindestens zwei begingen Selbstmord. Die DC verschwand innerhalb weniger Monate in der Bedeutungslosigkeit.

Von Berlusconi zu Meloni

Die Macht wurde ab 1994 gekapert vom Medienmogul Silvio Berlusconi, der mit seinem privaten TV-Imperium dem Staatsfunk RAI Paroli bot und über eine eigene Machtbasis verfügte. Er war der erste Populist nach dem Kalten Krieg und stand für Marktderegulierung und Antikommunismus. Schon das erste Kabinett bildete seine Forza Italia mit den Postfaschisten von der Alleanza Nazionale und der Lega Nord. Bis 2011 war er Premier, wobei seine Amtszeit immer wieder von Linksregierungen unterbrochen wurde.

Die Fratelli waren 2022 kometenhaft auf 26 Prozent gestiegen.

Im Volk stieg die Unzufriedenheit über beide Seiten des Parteienspektrums. So entstand 2009 die Fünf-Sterne-Bewegung um den ehemaligen Komiker und bekennenden Anarchisten Beppe Grillo. Auf der Rechten löste sich die Lega Nord aus der Berlusconi-Umklammerung. Als sich die Asylflut immer bedrohlicher auftürmte, wurde sie unter ihrem neuen Anführer Matteo Salvini von einer sezessionistischen Kraft Norditaliens zur patriotischen Vertretung der gesamten Nation.

Parallel steigerte sie ihre Wahlergebnisse von 4,1 Prozent (2013) auf 17,3 Prozent (2018) und war damit stark genug, um mit den Fünf Sternen (32,7 Prozent) ein ungewöhnliches Rechts-Links-Bündnis bilden zu können. Als Innenminister versuchte Salvini einen strengen Abschottungskurs im Mittelmeer, scheiterte aber oft an den Gerichten. Als die Fünf Sterne von ihm Mäßigung verlangten, kündigte er im August 2019 die Koalition auf. Sein Kalkül, bei Neuwahlen zur stärksten Kraft zu werden, scheiterte. Statt dessen regierte in den nächsten drei Jahren wieder der Linksblock, teils mit Unterstützung der Fünf Sterne und der Lega.

Nach dem Scheitern von Salvini übernahm Giorgia Meloni mit der Fratelli d'Italia, ursprünglich am ehesten noch mit der deutschen NPD vergleichbar, die Führung auf der Rechten. Die Partei stieg bei den Parlamentswahlen 2022 kometenhaft auf satte 26 Prozent - von zwei Prozent (2013) über 4,4 Prozent (2018).

Als Ministerpräsidentin steuert Meloni in der Flüchtlingspolitik einen laxen Kurs: 2023 kamen mehr Illegale an Italiens Küsten an als in den Jahren zuvor unter der Linksregierung. In der Außenpolitik geriert sie sich als entschiedene Unterstützerin der NATO und liefert der Ukraine Waffen.

Syriza war in der Lage, linksgrüne Tollheiten und Antifa-Brandmauern zu vergessen.

Es scheint so, als ob sich Meloni zunächst bei den Globalisten einschmeicheln wollte, um nun stärker eine eigene Agenda zu verfolgen. Ihre aktuellen Vorstöße für die traditionelle Familie, etwa das Verbot der Leihmutterschaft und der Kinderadoption durch homosexuelle Paare, dürften im Volk ebenso gut ankommen wie die Abschiebung von Illegalen in albanische Auffanglager. Allerdings wurde sie an diesem Punkt von der Justiz schon wieder gestoppt. Den Tiefen Staat wird Meloni wohl kaum zurückdrängen können, wenn sie nicht das Volk mobilisiert. Das aber ist nicht in Sicht.

Der hellenische Funke

Gerade die Mobilisierung der Massen, die in Italien so schmerzlich fehlt, war das Charakteristikum der patriotischen Wende in Griechenland im Jahr 2015. Hier fand ein genuin revolutionärer Prozeß statt, jedenfalls für kurze Zeit. Höhepunkt war ein Anti-EU-Referendum, das die Regierung mit über 61 Prozent überzeugend gewann. Im Vorfeld der Volksabstimmung fanden Demonstrationen statt, an denen sich Hunderttausende beteiligten.

Motor des patriotischen Aufstandes gegen Brüssel war eine linke Kraft, Syriza. Ihrem Aufstieg ging, wie bei den Rechtsparteien in Italien, der Zusammenbruch des alten Machtkartells voraus. 2010 erreichte die weltweite Finanzkrise den Hellespont. Es stellte sich heraus, daß

das Land vollkommen überschuldet war und die seit Jahrzehnten führenden Parteien, die sozialdemokratische Pasok und die konservativ-oligarchische Nea Dimokratia, die Wirtschaftsdaten mit Hilfe der US-Großbank Goldman Sachs schamlos frisiert hatten, um in die Euro-Zone aufgenommen zu werden.
Der Crash führte zu einem Kreditstopp, der Staat mußte Sozialleistungen und Renten radikal kürzen, Inflation und Massenarbeitslosigkeit galoppierten. Teilweise wurden die Geldautomaten stillgelegt. Eine EU-Troika übernahm die Kontrolle über alle Staatsausgaben.
In dieser Lage stürzten die etablierten politischen Kräfte ab, unverbrauchte Politiker kamen nach oben. In der Syriza, gegründet 2004, hatten sich Linksradikale, Grüne und Spontis jeder Couleur versammelt. Noch bei der Parlamentswahl 2006 lag Syriza erst bei 4,6 Prozent, 2012 dann bei knapp 17 Prozent. Am 25. Januar 2015 wurde sie mit über 36 Prozent stärkste Partei. Diese bekommt laut griechischem Wahlgesetz einen Bonus von 50 Mandaten. Somit hatte Syriza mit 149 von 300 Sitzen die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt.
Sie schloß daher eine Koalition mit der erst 2012 gegründeten nationalkonservativen Partei Unabhängige Griechen (Anel), einer Abspaltung der Nea Dimokratia, die knapp fünf Prozent erhalten hatte. Der Anel-Vorsitzende Pannos Kammenos wurde Verteidigungsminister. Ein ungewöhnliches Querfront-Bündnis - in Deutschland entspräche es einer Koalition aus Linkspartei beziehungsweise BSW und AfD. Dieses Vorgehen zeigt, daß Syriza angesichts der Existenzbedrohung des Staates in der Lage war, linksgrüne Tollheiten und Antifa-Brandmauern zu vergessen und die Interessen der Nation an die erste Stelle zu setzen.
Auf dem Gipfel ihrer Popularität verspielte die Regierung ihre Macht.
Im neuen Kabinett stach neben Premier Alexis Tsipras vor allem Finanzminister Yannis Varoufakis hervor, der als eine Art Popstar der Ökonomie gefeiert wurde, daneben Außenminister Nikos Kotzias, ein Bekannter des Eurasien-Apologeten Alexander Dugin. Als die EU-Troika die neue Regierung von weiteren Euro-Zuflüssen abschneiden wollte, wenn diese die Sparmaßnahmen nicht noch weiter triebe, beschlossen Syriza und Anel eine Volksabstimmung. Fragestellung: Das Ultimatum aus Brüssel annehmen oder ablehnen? 61,3 Prozent votierten mit Nein ("Oxi"). Hunderttausende feierten den Sieg nach der Auszählung vor dem Parlament in Athen.

Die Nacht der Entscheidung

Die Jubelfeiern an diesem 5. Juli waren noch in vollem Gange, als sich der innere Führungskreis von Syriza zur Beratung zurückzog. Die nächsten Schritte standen zur Entscheidung an. Varoufakis machte einen kühnen Vorstoß für einen Grexit aus der Gemeinschaftswährung: Falls die EZB den griechischen Banken kein Geld mehr zur Verfügung stellen würde - was in der Tat jeden Tag passieren konnte -, sollte die Regierung mit drei Maßnahmen zurückschlagen: als Bargeldersatz eigene Schuldscheine herausgeben; die Kreditrückzahlung an die EZB teilweise aussetzen, also Auslandsschulden annullieren; und eine staatliche Bankenaufsicht über die griechischen Geldinstitute einsetzen (die bis dato die EZB kontrollierte), um einen Kapitalabfluß zu verhindern.
Diese Maßnahmen hatte Varoufakis schon seit Wochen ins Gespräch gebracht - immer war er damit bei Tsipras abgeblitzt. Am Abend des 5. Juli unternahm er, mit dem Rückenwind des triumphalen Erfolges beim Referendum, einen allerletzten Vorstoß - und scheiterte erneut. Mit vier zu zwei Stimmen wurde sein Plan abgeschmettert.
Offensichtlich hatte Tsipras Angst vor einem Grexit, und Varoufakis konnte ihm diese Angst nicht nehmen. Zwar hatte Syriza nach der Regierungsübernahme Ende Januar eine kleine Arbeitsgruppe - Varoufakis nannte sie "das Kriegskabinett" - gebildet, um am Grexit zu arbeiten, doch die Vorbereitungen fanden nur "in der Theorie, auf dem Papier" statt. Schließlich mußte Varoufakis gegenüber Tsipras eingestehen: "Ich bin nicht sicher, ob wir das schaffen würden, ... dazu braucht es eine ganze Menge Erfahrung, und ich bin nicht sicher, ob wir die hier in

Griechenland ohne Hilfe von außen haben."

Linke Scheuklappen

Das Varoufakis-Versagen bei der handwerklichen Vorbereitung eines Grexit hatte auch ideologische Hintergründe. Er schrieb noch vor der Zuspitzung im Sommer 2015: "Ein Austritt Griechenlands, Portugals oder Italiens aus der Eurozone würde bald zu einer Fragmentierung des europäischen Kapitalismus führen. ...

Wem würde das mehr nützen? Der progressiven Linken, die sich wie Phönix aus der Asche der öffentlichen Institutionen Europas erheben würde? Oder den Nazis der Goldenen Morgenröte, neofaschistischen Gruppen, den Xenophoben und den Schmarotzern? Ich weiß, welche der beiden Seiten vom Auseinanderfallen der Eurozone am meisten profitiert, und ich bin nicht bereit, dieser postmodernen Vision der 1930er Jahre noch Wind in die Segel zu blasen."

Mit dem Popanz einer Wiederkehr des historischen Faschismus erklärt sich Varoufakis' Zurückschrecken gegenüber der einzig vernünftigen Lösung, der nationalen: dem Rückzug aus der vor allem für schwächere Volkswirtschaften desaströsen Währungsunion.

An dieser Wiedergabe der nächtlichen Diskussion wird nicht nur deutlich, daß Tsipras einknickte - sondern auch, daß Varoufakis seine Hausaufgaben nicht gemacht hatte. Immerhin war er zu diesem Zeitpunkt fast ein halbes Jahr im Amt! Warum hatte er, statt sich mit einer kleinen Theorie-Arbeitsgruppe zu begnügen, nicht einem Team von Finanzpraktikern den Auftrag gegeben, den Plan B vorzubereiten?

Wieso hatte er keine Spezialisten nach Kalifornien geschickt, wo Gouverneur Arnold Schwarzenegger im Jahre 2009 erfolgreich Schuldscheine eingeführt hatte, um einen Bargeldengpaß zu überbrücken? Warum hatte er nicht insgeheim eine neue Drachme drucken lassen, um für das "finanzielle Waterboarding" der Troika gerüstet zu sein?

Letzten Endes waren es handwerkliche Fehler, die den Erfolg der griechischen Revolution verhinderten. Auf dem Gipfel ihrer Popularität verspielte die Regierung ihre Macht, weil sie den Bruch mit der EU, den das Volk unterstützte, wegen mangelnder praktischer Vorbereitung nicht zu vollziehen wagte. Binnen Kürze übernahm die EU-Troika wieder die Kontrolle über Hellas.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Trotz Fascho-Keule: Trump rockt New York**

Von *Daniell Pföhringer*

Mega-Trump-Show im New Yorker Madison Square Garden: Donald rief - und alle kamen. Von den Ex-Demokraten Tulsi Gabbard und Robert F. Kennedy Jr. über Elon Musk bis zum alten Schlachtroß Rudy Giuliani. Besonders skandalisiert: Die Migranten-Witze eines Comedians. …

Der Spiegel diagnostiziert in seinem heutigen Newsletter zerknirscht: Selbst die jüngsten Faschismus- und Hitler-Vorwürfe gegen Donald Trump taugen nicht, ihm Wähler abspenstig zu machen. Im Gegenteil: Jeder Angriff gegen den Ex-Präsidenten, der am 5. November wieder in das höchste Staatsamt der USA gewählt werden will, ist Wasser auf seine Mühlen. Oder wie es der Spiegel ausdrückt:

"Seit Jahren ist zu sehen, was Trump anrichtet. Daraus ergibt sich logisch nur eine Schlußfolgerung: Die Umfragen für Trump sind, wie sie sind, und zwar gut, weil viele Leute, die ihn wählen wollen, ihn für genau das schätzen, was andere ihm vorhalten."

Das zeigte sich erneut am Sonntag im ausverkauften Madison Square Garden in New York. Rund 20.000 Anhänger der Republikaner waren gekommen, um die große Trump-Show zu erleben. Dort, wo sonst die New York Knicks Basketball und spielen, wo Marilyn Monroe einst ein Geburtstagsständchen für John F. Kennedy sang und alle Popgrößen von Elvis Presley über die Rolling Stones bis zu Rammstein aufgetreten sind, lief am Samstag ein großes

Star-Aufgebot des Trump-Lagers auf.

Star-Aufgebot des konservativen Amerikas

Donald rief und alle kamen: von den Ex-Demokraten Tulsi Gabbard und Robert F. Kennedy Jr. über den Wrestler Hulk Hogan, den Musiker Kid Rock und TV-Moderator Tucker Carlson bis zum Tech-Unternehmer Elon Musk und Investor Carl Icahn.

Mit Rudy Giuliani, dem früheren New Yorker Bürgermeister, stieg ein kampferprobtes Schlachtroß in den Ring. Er hatte als Anwalt 2020 einige Wahlanfechtungsklagen für Trump geführt. Zum Skandal aufgebauscht wurde der Auftritt von Comedian Tony Hinchcliffe, der über Puerto Rico und Migranten lästerte.

Der Stern berichtet empört über die Veranstaltung: "Trump bezeichnete Harris als 'Drogenabhängige' und 'Idiotin'. Ein konservativer Aktivist, den er auf die Bühne bat, bezeichnete die Vize-Präsidentin als 'Antichrist' und hielt dabei ein Kruzifix hoch. Trumps Berater Stephen Miller rief der jubelnden Menge zu 'Amerika ist für Amerikaner und nur für Amerikaner'. Auch Trumps Frau Melania zeigte sich überraschend auf der Bühne."

Der absolute Mega-Star des Abends war natürlich Donald Trump, doch bevor die Menge ihren Hoffnungsträger zu Gesicht bekam, wurde ihnen ein vierstündiges Vorprogramm mit mehr als 20 Rednern geboten. "Vom blassen Repräsentantenhaus-Sprecher Mike Johnson bis zum exaltierten Raketenpionier und Verschwörungsprediger Elon Musk hat sich alles eingefunden, was in dem kruden Kosmos des Ex-Präsidenten herumfleucht", notiert dazu das Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Freche Witze über Migranten

Johnson machte deutlich, daß die Partei geschlossen hinter ihrem Kandidaten steht. "Wir stehen heute hier, nicht nur um Donald Trump zu unterstützen, sondern um unsere Werte und unsere Zukunft zu verteidigen", so sein Credo. Der Investor Carl Icahn wiederum würdigte Trumps Wirtschaftskompetenz: "Trump hat mit seinen Steuerreformen und Deregulierungspolitiken die Wirtschaft wiederbelebt."

Ein besonderer Star-Gast war auch "Dr. Phil" McGraw. Der Psychologe, der mit seiner Show im TV ähnliche Einschaltquoten erreichte wie Oprah Winfrey, geißelte Wokeness sowie Cancel Culture und appellierte an die Zuschauer: "Wir müssen unsere Gesellschaft wieder aufbauen, basierend auf Vertrauen und Gemeinschaft, und das kann nur durch starke Führung geschehen."

Wrestling-Legende Hulk Hogan riß sich wie gewohnt das Shirt vom Leib, während der Comedian Tony Hinchcliffe der Menge mit migrationskritischen Witzen einheizte. "Im Moment gibt es buchstäblich eine schwimmende Insel aus Müll mitten im Ozean", so Hinchcliffe. "Ich glaube sie heißt Puerto Rico." Dann machte er sich über die hohe Geburtenrate von Latinos lustig, bezeichnete Juden als geizig, Palästinenser als Steinewerfer und versuchte einen Schwarzen im Publikum mit dem Verweis auf eine Wassermelone auf die Bühne zu locken.

Hinchcliffe, der unter anderem für Comedy Central und Netflix arbeitete, ist bekannt dafür, mit bestimmten Stereotypen zu spielen, sie aufs Korn zu nehmen, aber auch das Körnchen Wahrheit hinter manchen Vorurteilen zur Sprache zu bringen - ähnlich wie die Serie South Park oder Lisa Eckhart. Ein Humor, den Woke-Verwirrte nicht verstehen.

Große Bühne für Tulsi und Kennedy

Rudy Giuliani, der frühere New Yorker Bürgermeister und eine der treuesten Seelen des Trump-Lagers, wurde in seiner Heimatstadt gefeiert, obwohl es zuletzt auch geschäftlich nicht gut für ihn lief.

Der Jurist, der 2020 eine Überstunde nach der anderen für Trumps Wahlanfechtungen gemacht hat, zeigte sich überzeugt: "Es ist absurd anzunehmen, daß New York nicht für Trump stimmen könnte. Er hat diese Stadt groß gemacht, und er wird es wieder tun."

Tucker Carlson, einst Erfolgsmoderator bei Fox News, rechnete mit den Mainstream-Medien

ab. Diese versuchten, "die Wahrheit zu verdrehen, aber heute sehen wir, daß die Amerikaner die Wahrheit wissen und sie wollen".
Ins gleiche Horn stieß das bildhübsche Ex-Model Hope Hicks, von 2017 bis April 2018 Kommunikationsdirektorin des Weißen Hauses unter Präsident Trump, die den etablierten Presseorganen vorwarf, "unsere Botschaft zu unterdrücken".
Trumps Wahlkampfleiter Jason Miller wiederum appellierte an die Wähler: "Stimmen Sie für eine Regierung, die die Rechte amerikanischer Bürger über die illegaler Einwanderer stellt."
Mit Tulsi Gabbard, von 2013 bis 2021 Abgeordnete im Repräsentantenhaus, und dem bekannten Corona- und Impfkritiker Robert F. Kennedy Jr. traten im Madison Square Garden auch zwei ehemalige politische Gegner der Republikanischen Partei auf.
Gabbard, die sich 2020 sogar als Präsidentschaftskandidatin beworben hatte, machte deutlich, warum sie nun Trump unterstützt: "Unabhängig von unserer politischen Vergangenheit müssen wir uns für Frieden und Freiheit entscheiden. Trump steht für diese Werte."
Kennedy, der nun sogar als Gesundheitsminister in einer neuen Trump-Administration im Gespräch ist, stellte klar: "Auch wenn wir nicht in allen Fragen übereinstimmen, sind wir hier, um eine Regierung zu bilden, die die Interessen der Bürger über die der Elite stellt."

Elon Musk wird gefeiert

Absolut gefeiert wurde der Auftritt von Tech-Unternehmer Elon Musk, den man in New York als "greatest Capitalist in the history of the United States of America" vorstellte - womit er mal eben eine Stufe über Andrew Carnegie, Cornelius Vanderbilt oder Henry Ford gestellt wurde.
Musk, der von Trump als Leiter einer Regierungskommission zum Bürokratieabbau und für Zukunftstechnologien vorgesehen ist, versprach: "Der Bundeshaushalt kann um mindestens zwei Billionen Dollar gekürzt werden, und ich bin hier, um zu helfen, das zu realisieren."
Und er bekundete: "Ich würde es bevorzugen, mich weiter mit Autos und dem Mars zu beschäftigen, aber jetzt ist es erst mal notwendig, die Zivilisation zu retten."
Schließlich reihte sich zur Überraschung vieler auch Trumps Ehefrau Melania in den Rednerreigen ein. Die ehemalige First Lady, die sich im Wahlkampf sonst rar gemacht hatte, zeigte sich überzeugt: "Es ist Zeit, daß wir als Nation wieder in Harmonie leben, und Donald wird das ermöglichen."

Trump will Invasion stoppen

Dann betrat Trump höchstselbst die Bühne, küßte seine Gattin und brannte dann ein wahres rhetorisches Feuerwerk ab. Zunächst begrüßte er ironisch die "Fake News-Medien", die zahlreich erschienen waren, um über Trumps große Madison-Square-Garden-Show zu berichten.
In seiner Rede griff Trump die amtierende US-Regierung unter Joe Biden scharf an und merkte an, daß Amerika unter seiner Führung sicher und wirtschaftlich stark gewesen sei. Er sprach über die Notwendigkeit, das Land wieder großartig zu machen, und betonte, daß die Wahl am 5. November zwischen Krieg und Frieden und zwischen "Inkompetenz und Versagen oder den vier größten Jahren in der Geschichte unseres Landes" entscheide.
Zentrales Thema in Trumps Rede war jedoch die Einwanderungspolitik. Der Republikaner versprach, "jeden Migranten, der jemanden in den USA tötet, der Todesstrafe zuzuführen" und wiederholte seine Behauptung, daß andere Länder ihre Gefängnisse und Irrenanstalten leeren würden, um Kriminelle in die USA zu schicken.
Sein Appell: "Amerika erlebt eine Invasion - Beendet diese Besatzung, befreit Amerika!"
Trump versprach zudem, hohe Zölle auf ausländische Importe zu erheben, sollten die Firmen nicht in den USA produzieren und einheimischen Arbeitnehmern Jobs zu geben. Außerdem kündigte er steuerliche Entlastungen für die hart arbeitenden Amerikaner an: Er wolle den Zugriff des Fiskus auf Trinkgelder und Renten beenden und Menschen, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen, steuerlich fördern, so der Republikaner in seiner Rede.

Schließlich bekam auch Kontrahentin Kamala Harris ihr Fett weg. Sie sei eine "linksradikale Marxistin" und "Verrückte", schimpfte Trump und beschwerte sich, daß die Demokraten ausgerechnet ihn einen "Diktator" nennen würden. "Das stimmt nicht!" Schließlich griff er den Ball von Mel Gibson auf und attestierte seiner Gegnerin einen "sehr niedrigen IQ".
Für Trump war der Abend im Madison Square Garden ein echtes Heimspiel, stammt er doch selbst aus dem Bezirk Queens und stieg in den 1980er-Jahren zum führenden Immobilienunternehmer von New York auf, was ihm zu landesweiter Prominenz verhalf. Politisch ist der Big Apple - wie der gesamte Bundesstaat New York - allerdings fest in der Hand in der Demokraten. Joe Biden erreichte dort 2020 über 60 Prozent.<<

Iran: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 28. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Iran richtet Deutsch-Iraner Sharmahd hin**

Der deutsch-iranische Doppelstaatsbürger Jamshid Sharmahd ist hingerichtet worden. Das offizielle iranische Justizportal Misan teilte am Montag die Vollstreckung des Anfang 2023 verhängten Todesurteils mit. Ein Revolutionsgericht hatte Sharmahd im Februar vergangenen Jahres unter anderem vorgeworfen, für einen Terroranschlag verantwortlich zu sein. Seine Familie sowie Menschenrechtsgruppen wiesen die Vorwürfe gegen ihn zurück. Sharmahd war laut Berichten im Sommer 2020 vom iranischen Geheimdienst in Dubai festgenommen und in den Iran gebracht worden.
Zuvor lebte er jahrelang in den USA. Dort hatte er sich in einer Exil-Oppositionsgruppe für eine Rückkehr der Monarchie eingesetzt.<<

29.10.2024

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**Die rote Sahra**

Wagenknecht und der Stalinismus. … In jungen Jahren huldigte Wagenknecht dem sowjetischen Diktator Josef Stalin, sogar mehrfach. Wie glaubhaft ist ihre spätere Abwendung?
_ von *Hans M. Feher*
Sahra Wagenknechts erste größere Publikation machte sie gleich schlagartig bekannt, und zwar weit über ihre eigene Partei PDS hinaus: 1992 veröffentlichte sie in der Zeitschrift Weißenseer Blätter - ein Zirkular mit wenigen hundert Abonnenten, das von kommunistischen Christen mit Sitz im gleichnamigen Ostberliner Stadtteil herausgegeben wurde - einen Aufsatz mit dem drögen Titel: Marxismus und Opportunismus - Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute".

Von Lenin zu Stalin

Der Text war im Kern eine unverhüllte Apologie des Stalinismus - und das in einer Phase, da die erst kurz vorher zur PDS umbenannte Einheitspartei ihren diesbezüglichen Schwefelgeruch loswerden wollte.
"Es ging und geht mir nicht um die Rechtfertigung von Verbrechen …" Wagenknecht, 1995
Auszüge: "Nicht zu leugnen ist, daß Stalins Politik - in ihrer Ausrichtung, ihren Zielen und wohl auch in ihrer Herangehensweise - als prinzipientreue Fortführung der Lenin'schen gelten kann. ... Und was immer man - berechtigt oder unberechtigt - gegen die Stalinzeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums; damit die Überwindung von Elend, Hunger, Analphabetismus, halbfeudalen Abhängigkeiten und schärfster kapitalistischer Ausbeutung; schließlich der Sieg über Hitlers Heere, die Zerschlagung des deutschen und europäischen Faschismus sowie die Ausweitung sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse über den halben europäischen Kontinent. ...
Das in der Sowjetunion während der Stalinzeit entstandene und später von den osteuropäi-

schen Ländern in den Grundzügen übernommene Gesellschaftsmodell ist die auf Grundlage unterentwickelter beziehungsweise zerstörter Produktivkräfte, allgemeiner Not und existentieller Gefährdung der Grundfesten des neuen Systems historisch notwendige und - soll eine bürgerliche Gegenrevolution wirksam verhindert werden - einzig mögliche Form eines realisierten Sozialismus."

Mit Ulbricht gegen Honecker

Erst wenn das Hemmnis "unterentwickelter beziehungsweise zerstörter Produktivkräfte" überwunden sei, könne man das Stalinsche Modell hinter sich lassen, und das habe Walter Ulbricht getan, nämlich mit einer "Befreiung der Wirtschaft vom direkten Zugriff der zentralisierten Apparate" bei gleichzeitiger "Befestigung der politisch führenden Rolle der Partei". Tatsächlich waren zu Beginn der 1960er Jahre Planvorgaben gelockert worden, während sich das politische Vorgehen gegen dissidente kulturelle Strömungen wie etwa Langhaarige oder gegen Filme wie Spur der Steine verschärfte.

Ihrem Idol Ulbricht stellte Wagenknecht als Negativbeispiel Erich Honecker gegenüber, der nach einem ZK-Putsch 1971 an dessen Stelle trat. "Sämtliche späteren Niedergangserscheinungen lassen sich unschwer auf die in jenem Zeitraum (nach 1971) eingeleiteten Veränderungen zurückführen", vor allem die "Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der Konsumtion": Volkswirtschaftliche Überschüsse ließ Honecker der Bevölkerung zukommen, die aber dann für die Modernisierung der Industrie fehlten und zu deren Niedergang führten, was am Ende als Unterversorgung wieder die Bevölkerung zu ertragen hatte.

In dem Aufsatz bezeichnete sie die "Entspannungspolitik als imperialistische Strategie" - ein krasser Unterschied zu ihrem heutigen Ansatz "Diplomaten statt Granaten". Ein besonderer Greuel war für sie der unter Nikita Chruschtschow begonnene und unter Michail Gorbatschow verschärfte Kurs mit "Verzicht auf das Endziel Weltsozialismus, Anerkennung des internationalen Status quo und Intensivierung der Zusammenarbeit mit den imperialistischen Staaten". Auch in der Außenpolitik stand sie damit Stalin näher als seinen Nachfolgern und erst recht den Wendesozialisten in der PDS.

Die PDS distanzierte sich umgehend. Der Parteivorstand veröffentlichte eine Erklärung, wonach "die Positionen seines Mitglieds Sahra Wagenknecht, geäußert in dem Artikel "Marxismus und Opportunismus - Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute" ... für unvereinbar hält mit den politischen und pragmatischen Positionen der Partei seit dem außerordentlichen Parteitag im Dezember 1989.

Der Parteivorstand sieht in dem von Wagenknecht in ihrem Artikel geäußerten Positionen eine positive Haltung zum Stalinismusmodell." Sie erhielt eine Ordnungsstrafe und wurde von ihrer Funktion als "Verantwortliche für die Organisation und Auswertung der Programmdiskussion in der PDS" entbunden. Besonders mit Gregor Gysi, der auf besagtem Parteitag 1989 an die Spitze gelangt war und seither das SED-Erbe zügig abräumte, bestand seit diesem Eklat eine unverbrüchliche Feindschaft.

Später räumte sie ein, ihre Verteidigung des Sozialismus sei auch dem Widerwillen gegen die Wendehälse jener Jahre entsprungen: "Ich hatte das Gefühl, ich müßte das tun, um nicht Teil des opportunistischen Zeitgeistes zu werden, und dafür schäme ich mich nicht. Ich habe immer vertreten, was ich für richtig hielt. Damals hielt ich es für richtig, das Gegenteil dessen zu sagen, was nahezu alle sagten, weil ich deren Motivation für zutiefst unehrlich hielt." Dies demonstrierte sie auch innerhalb der Partei: durch Beitritt in die Kommunistische Plattform (KPF), als deren Wortführerin sie sich bald etablierte.

1995 versuchte sie, ihre Position zum Stalinismus noch einmal zu erklären. Der Unterschied zu 1992 war marginal. "Es ging und geht mir nicht um die Rechtfertigung von Verbrechen ..., sondern darum, daß es unhistorisch und geschichtsverfälschend ist, drei Jahrzehnte sowjetischer Entwicklung auf Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen zu reduzieren."

Erst 2010 wurde man schlauer aus ihr, als sie der Taz gestand: "Ich habe Anfang der Neunziger einfach bestimmte Sachen weggelassen. Ich habe nie gesagt: Die Bespitzelung der Leute durch die Stasi war sinnvoll. Ich habe einfach nichts zur Stasi gesagt." Darf man das so interpretieren, daß es ihr nicht um Stalin-Verherrlichung ging, sondern um Trotz gegen die allgemeine Anpasserei, für den sie den Schnauzbart nur als Emblem hernahm - etwa so, wie manche Jugendliche Hakenkreuze malen, um den Lehrer zu schocken, ohne selbst Nazis zu sein? Dieses Element mag eine Rolle gespielt haben. Aber der von ihr damals ausgearbeitete Theorieansatz war zu elaboriert, um sich nur psychologisch erklären zu lassen.

Kapitalismus und Migration

"Worüber wir diskutieren, ist, ob eine Welt ohne Grenzen unter kapitalistischen Bedingungen wirklich eine linke Forderung sein kann." Viele "von uns sind vermutlich der Meinung, daß es unverantwortlich ist, armen Ländern ihre qualifizierten Fachkräfte abzuwerben, weil das Armut und Elend vor Ort nur weiter vergrößert. Ja, wir streiten über die Frage, ob es für Arbeitsmigration Grenzen geben sollte, und wenn ja, wo sie liegen. Aber warum können wir das nicht sachlich tun, ohne Diffamierungen?" (Sahra Wagenknecht, 2015)

So wiederholte und verteidigte sie ihre stalinoide Position sowohl 1993 auf dem Konkret-Kongreß als auch in dem 1994 im DKP-nahen Pahl-Rugenstein-Verlag erschienenen Buch Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung: Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt. Der Spiegel nutzte die Veröffentlichung als Beleg dafür, daß der Plan des PDS-Vorsitzenden Lothar Bisky, "die SED-Nachfolger von ihrer unseligen Tradition zu befreien und sie koalitionsfähig für die SPD zu machen", fehlgeschlagen sei. Ein Antrag, die Kommunistische Plattform und damit Wagenknecht auszuschließen, scheiterte tatsächlich auf dem Parteitag 1995.

"Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und Sozialismus ohne Planwirtschaft". Wagenknecht, 2011

Von allem inhaltlichen Unsinn abgesehen, war der Streit um den Aufsatz in den Weißenseer Blättern Wagenknechts publizistische Feuertaufe: Sie hatte den medialen Shitstorm und die Ächtung durch den publizistischen Mainstream überlebt und war stark genug, ihre Außenseiterrolle in der Politik fortzuführen. Mehr noch: Der PDS-Zoff sowie die Publikation erster Schriften bescherten ihr medialen Ruhm. Sie war jetzt oft eingeladener Gast in Talk-Shows, die für sie freilich ein Ort der "kleinen Wahrheit" blieben. Schließlich ist im pointierten Streit kein Platz für ausführliche Analyse. Aber im medialen Diskursrummel bot sie unter der Marke "jung und wild" eine belebende Provokation: Vom "schönsten Gesicht des Stalinismus" war die Rede.

Die Lafontain'sche Wende

Ein Umbruch in ihrem Denken setzte erst zehn Jahre später ein - aus der Verehrerin des Stalinismus wurde eine Verteidigerin der Sozialen Marktwirtschaft. Dies geschah unter dem Einfluß ihres späteren zweiten Ehemanns - man könnte von der Lafontain'schen Wende in ihrem Denken sprechen. Die beiden lernten sich 2004 kennen, nach Lafontaines SPD-Austritt 2005 intensivierte sich der Kontakt. Sechs Jahre hielten sie ihre Liebesbeziehung trotz wild brodelnder Gerüchteküche geheim, erst 2011 bekannten sie sich öffentlich.

Im selben Jahr erschien Wagenknechts Buch Freiheit statt Kapitalismus, in dem sie erstmals eine Abkehr von der DDR ausformulierte. Ihr neues Credo: "Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und Sozialismus ohne Planwirtschaft". Freund und Feind waren verblüfft, daß sie Ludwig Erhard, den Vater des bundesdeutschen Wirtschaftswunders, über den grünen Klee lobte.

Dessen Versprechen "Wohlstand für alle" könne allerdings nur ein "kreativer Sozialismus" einlösen. Daß sie unter diesem auch das damalige Venezuela unter Führung von Hugo Chavez verstand, zeigt die Unausgegorenheit ihrer neuen Konzeption. In der Folge schärfte sie ihr marktwirtschaftliches Profil weiter durch deutliche Zurückweisung der dirigistischen Klima-

Politik, die sie als unsozial geißelte. Das zeigt, daß der Prozeß ihrer Selbstfindung noch nicht abgeschlossen ist.
_ *Hans M. Feher schrieb ausführlich zu diesem Thema in seinem Buch "Sahra Wagenknecht: Die rote Diva - Unautorisierte Biographie" (256 Seiten …)*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**Merz im März? April, April!**
Beim Lügen ertappt, beim Stehlen gestellt. … Der CDU-Chef wähnt sich schon im Kanzleramt. Allerdings könnten die guten Umfragewerte schnell einbrechen, wenn seine wirklichen Pläne bekannt werden.
_ von *Sven Eggers*
Auf der Zuschauertribüne des Bundestages ist es unangenehm frisch an diesem Donnerstag. Liegt es an der Lüftung oder an der Eiseskälte, die den riesigen Saal erfüllt? Denn Friedrich Merz spricht. Die Solidarität mit Israel dürfe keine Risse bekommen, mahnt er an diesem 10. Oktober. Die Ampelregierung verweigere "die Erteilung der Exportgenehmigung für zum Beispiel Munition und sogar für die Lieferung von Ersatzteilen für Panzer nach Israel", echauffiert sich der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Argumente ersetzt er durch Lautstärke. Mit mäßigem Erfolg: Es scheint, als seien die eher jungen Leute hier oben auf den Zuschauerrängen erleichtert wegen der bisherigen deutschen Zurückhaltung im Nahen Osten. Der Redner aber will, daß wir für Israel bluten.
Söder ist "fein" mit der zweiten Reihe. Sagt er.
Möglicherweise gibt's solche Töne bald täglich. Die Ampel ist zerstört, und wären morgen Neuwahlen, dann könnte der CDU-Mann laut aktuellen Umfragen direkt ins Kanzleramt einziehen. Daß sich Olaf Scholz in seiner Parallelwelt glanzvoll selbst siegen sieht, ändert daran nichts. Der hartnäckigste Gegenspieler des CDU-Chefs ist denn auch nicht der kleine Gernegroß im Amt, sondern die charakterdefizitäre Ich-AG aus Bayern; aber Markus Söder ist "fein" mit der zweiten Reihe. Sagt er. Und so läuft derzeit alles auf Merz zu.
Allerdings: Die offizielle Krönungsmesse steht für die Union und ihren Spitzenkandidaten erst mit der Bundestagswahl Ende September kommenden Jahres an. Bis dahin kann viel passieren, vor allen Dingen dann, wenn Deutschland Merz-Politik betreiben, also etwa wahllos Waffen in hochexplosive Krisengebiete schicken würde. Allerdings ist es sehr unwahrscheinlich, daß die komatöse Ampel-Regierung noch bis zum Herbst 2025 künstlich beatmet werden kann. Die offenbar mit Insider-Infos gefütterten Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der 9. März 2025 könnte Neuwahl-Termin sein.
Der Blender
Friedrich Merz, geboren im sauerländischen Brilon, verkörpert jenen unangenehmen Polit-Typus, der sich gar keine Mühe gibt, glaubwürdig zu erscheinen oder es wenigstens etwas menscheln zu lassen. Mangelhafte Aufrichtigkeit ist sein Markenzeichen. Es verwundert also nicht, daß er bei jeder Abfrage der Beliebtheitswerte durchrasselt.
Merzens Pluspunkte sind rasch aufgezählt. Er befreit uns von Scholz und bewahrt uns vor Söder. Daß er zudem noch Gestalten wie die Schwarzgrün-Fanboys Hendrik Wüst und Daniel Günther zumindest auf Abstand hält, ist auch gut. Der Tagesspiegel bringt es in einem lichten Moment auf den Punkt: "Die Union küßt lieber den Frosch Merz, als die Kröte Söder zu schlucken."
Die CDU wird von den Bürgern mittlerweile als eine linke Partei wahrgenommen. Das hat sie sich auch redlich verdient, und der Anteil des blassen Oppositionsführers daran ist groß. Ende 2018 lobte der heutige CDU-Wunschkanzler gegenüber der Bild am Sonntag die grünen Akteure als "sehr bürgerlich, sehr offen, sehr liberal und sicherlich auch partnerfähig".
Bisher hat noch jeder woke Gegenwind den Merz wieder umgepustet.

Das gilt auch heute noch. Im Frühjahr 2024 war er mit Blick auf die Grünen erneut voll des Lobes: "Sie haben eine tiefe Wandlung durchgemacht. Robert Habeck war der Erste, der von Waffenlieferungen für die Ukraine gesprochen hat. Die Grünen sind in der Lage, die Realitäten sehr schnell anzunehmen, zumindest in der Außen- und Sicherheitspolitik." Derzeit will Merz zwar von "diesen" Grünen nichts wissen, aber sobald es ihm politisch in den Kram paßt, wird er umschwenken. Diesbezüglich wandelt er auf den Spuren des ganz großen Meisters der Rückgratlosigkeit aus Bayern.

Nur zu gerne wäre Merz vor 25 Jahren schon der starke CDU-Mann geworden, doch versperrte ihm Merkel damals den Weg. Sie nahm ihm 2002 den Posten des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag und wurde dann Kanzlerkandidatin. Den Machtkampf gegen die bitterböse Mutti verlor er haushoch. Seinerzeit verschwand Merz beleidigt von der politischen Bühne und tauchte erst wieder auf, als Merkels Haltbarkeitsdatum überschritten war.

Bei der CDU hatte man allerdings nicht gerade auf den verlorenen Sohn gewartet. Erst im dritten Anlauf gelang es ihm, Parteichef zu werden. Ende 2018 brachte er es sogar fertig, gegen die farblose Annegret Kramp-Karrenbauer zu verlieren, und 2020 bevorzugten die Delegierten Polit-Looser Armin Laschet. Erst 2021 konnte er dann in einer Kampfabstimmung die Nullen Norbert Röttgen und Helge Braun bezwingen und als Folge den CDU-Vorsitz ergattern.

Seither gibt das aktuelle CDU-Aushängeschild den Blender, stößt gelegentlich mit einem flotten Spruch nach vorn. Mal fordert er einen konsequenten Aufnahmestopp für Syrer und Afghanen, dann verlangt er sogar die Ausrufung einer "nationalen Notlage". Bisher aber hat noch jeder Gegenwind den Merz wieder umgepustet. Als er vergangenes Jahr die Auffassung vertrat, Asylbewerber würden Deutschen beim Zahnarzt die Plätze im Wartezimmer wegnehmen, ging er anschließend vor dem Shitstorm der Woken auf Tauchstation. Ende September 2022 bezeichnete er Ukrainer als Sozialtouristen, und wieder dauerte es nur wenige Tage, ehe er zur Rolle rückwärts ansetzte und sich öffentlich entschuldigte.

Der Lobbyist

Fest wie Stahlbeton ist hingegen seine Brandmauer gegenüber der AfD. "Sie steht als rechtsradikale Partei außerhalb jedes denkbaren Spektrums für uns." Und: "Wir kooperieren auch mit niemandem, der die Partnerschaft mit den USA in Frage stellt." Mit Ausnahme des BSW selbstverständlich. Diesen Partner braucht die CDU heute schon als Mehrheitsbeschaffer im Osten. Und wenn es auch zur Kanzlerkür nur mit Hilfe von Sahra Wagenknecht reicht, wird Merz seine bisherige Ablehnung von Koalitionen im Bund schnell aufgeben.

In unregelmäßigen Abständen entdeckt der CDU-Apparatschick, seit 1972 in der Partei, die Leitkultur-Debatte. Allerdings wird die inhaltlich von Mal zu Mal dünner. Zuletzt erschöpfte er sich in der Aussage, Zeichen deutscher Lebensart sei es, an Weihnachten einen Baum zu kaufen. Zu Deutschland gehörten auch "Muslime, die unsere Werte teilen", und kulturprägend sei es, das Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Unverhohlen kündigt er an, die Ersparnisse von uns Bürgern "mobilisieren" zu wollen.

So klingt einer, der bis 2019 Vorsitzender der berüchtigten Atlantikbrücke war, also jenes Lobbyverbandes, der Deutschland an den US-Rockzipfel klammert. Auch bei der 1973 auf Initiative von Zbigniew Brzezinski und David Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission mischt er mit. Zwischen 2016 und 2020 war er Aufsichtsratschef der deutschen Abteilung von Blackrock, mit 11,5 Billionen US-Dollar die kapitalstärkste und intransparenteste Fondsgesellschaft weltweit. Der Schwarze Felsen hält teils erhebliche Beteiligungen bei ungezählten globalen Giganten, etwa bei Apple, Google, Micro-soft, JP Morgan Chase, Citibank - und bei ausnahmslos allen DAX-Unternehmen von A wie Adidas bis Z wie Zalando.

Der Enteigner

Merz ist der Lobbyist der Superreichen - und der Feind der Sparer. Mitte Oktober kündigte er

bei seiner Rede auf dem CSU-Parteitag in Augsburg an, die Bankguthaben von uns Bürgern "mobilisieren" zu wollen - ganz offenbar, um sie dem Staat zuzuführen. Hören wir mal rein: "Auf den deutschen Konten, Sparkonten und laufenden Girokonten liegen 2,8 Billionen Euro. Stellen Sie sich einen kurzen Augenblick vor, wir wären in der Lage, davon nur zehn Prozent zu mobilisieren." Und dann: "Es fehlt uns nicht an Kapital. Es fehlt uns an den vernünftigen Instrumenten, dieses Kapital so zu mobilisieren, daß es einem gemeinsamen Zweck unseres Landes zugute kommt."

Das probate Instrument dafür heißt Lastenausgleichsgesetz. Das wurde in einer ersten Version 1952 in Kraft gesetzt. Damals erhielten Vertriebene, Spätheimkehrer und Bombenopfer einen Ausgleich für ihre kriegsbedingten Schäden. Zur Kasse gebeten wurden alle Bürger mit einem Vermögen über 5.000 D-Mark. Sie mußten glatt die Hälfte davon zur Umverteilung an den Staat abgeben, in der Summe waren das 150 Milliarden D-Mark. Das hat damals nicht zu einem Aufstand geführt, weil die Enteignung über 30 Jahre gestreckt wurde und leidgeprüften Landsleuten zugute kam. Das wäre heute anders…

Das Gesetz von 1952 wurde am 12. Dezember 2019 novelliert. Als Zweck des Lastenausgleichs wurde in der Neufassung "Kriegsopferfürsorge" durch "soziale Entschädigung" ersetzt. Der Sozi-Veteran Sigmar Gabriel führte im April 2020 aus: "Wir stehen vor einer dramatischen Entwicklung in unserer Wirtschaft. ... Lastenausgleich - also daß der, der starke Schultern hat in der schwersten Krise, die das Land seit seiner Gründung zu bestehen hat, etwas mehr dazu beiträgt, das Land wieder aus der Krise rauszuholen, als er das normalerweise tun muß."

Der Grünen-Verteidiger

Als der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch im Juni vergangenen Jahres im Rahmen einer nicht öffentlichen CDU-Fraktionssitzung die Grünen als "vaterlandslose Gesellen" bezeichnet hatte, fuhr ihm sein Chef derart erbost über den Mund, als hätte man ihn persönlich attackiert, so Augenzeugen. "Willsch wurde von Merz zurechtgestutzt", berichtete ein Teilnehmer im Anschluß. Kurz zuvor hatte Willsch im Deutschlandfunk Habecks Heizungsgesetz kritisiert: "Das atmet den Geist des obrigkeitsstaatlichen Denkens." Das soll Merz nicht in den Kram gepaßt haben.

Die Ampel hat sich bisher nicht getraut, dieses Enteignungsgesetz anzuwenden. Dem eiskalten Blackrock-Mann Friedrich Merz wären solche Skrupel fremd. Und ob die über 70-Jährigen, die derzeit die größte Wählergruppe der CDU bilden, überhaupt merken, wenn ihnen der Staat die Sparvermögen raubt, von denen sie in ihrem Alter ohnedies nicht mehr viel haben? Merz wird dann etwas faseln von "Generationengerechtigkeit" und "Zukunft sichern" - und schwups ist die Rentnerkohle bei den Asylanten oder in der Ukraine…

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Unfaßbar: Jobcenter wissen oft nicht, an wen sie Bürgergeld zahlen!**

Jobcenter bewilligen offenbar in zahlreichen Fällen das sogenannte "Bürgergeld", ohne die Identität der Empfänger geprüft zu haben! Das geht aus einem Bericht der Internen Revision der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor. Demnach wurden bei Stichproben in 17 Jobcentern im ersten Halbjahr 2023 nahezu in einem Drittel der Fälle Fehler bei der Überprüfung der Personalien der Stütze-Empfänger festgestellt.

Laut "Bild" wurden insgesamt 222 Entscheidungen der Ämter stichprobenartig überprüft. Davon waren laut Feststellungen der Revisoren 69 fehlerhaft. In fast einem Drittel der Prüffälle wurde also Stütze ausgezahlt, ohne daß sicher war, ob die Empfänger überhaupt existieren oder ob es sich um die berechtigte Person handelt.

Bundesweit hochgerechnet könnten also Hunderttausende "Bürgergeld" beziehen, ohne daß ihre Identität nachvollziehbar geprüft wurde!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**VW ist nur der Anfang!**

Für "Ex-Bild-Politikchef" Einar Koch waren Unfähigkeit und Dreistigkeit schon immer politisch-mathematisch berechenbare Größen, die sich zueinander proportional verhalten: Je unfähiger, desto dreister! Angesichts des Job-Massakers bei VW fehlen unserem Gastautor eigentlich die Worte, wenn FDP-Chef Christian Lindner sagt, er strebe eine zweite Amtszeit als Finanzminister an, um die "wirtschaftliche Stabilität" Deutschlands zu sichern.

VON *EINAR KOCH**

Dreister geht's nimmer!

Mindestens drei Werksschließungen, darunter so gut wie sicher die Standorte Chemnitz und Osnabrück: Das Job-Massaker unter den 120.000 VW-Beschäftigten, die demnächst zu Zehntausenden auf der Straße stehen, ist nur der Anfang!

Auch andere Hersteller wie Mercedes produzieren bereits mit angezogener Handbremse. Merkels Elektro-Wahn, in krönender Vollendung mit drei "grün" dominierten Ampel-Jahren, haben gereicht, um Deutschlands Automobilindustrie, fünf Jahrzehnte lang der Wohlstandsmotor der ganzen Nation, kaputt zu fahren.

Es ist schon beachtlich: Deutschland kommt dem Ziel der "Klimaneutralität" mit großen Schritten immer näher. Wo nichts mehr produziert wird, wird alsbald auch nichts mehr "emissioniert".

Angesichts der VW-Krise schlägt freilich die zynische Dreistigkeit der Ampel-Versager dem Faß den Boden aus. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) strebt eine zweite Amtszeit an, damit andere die "wirtschaftliche Stabilität" Deutschlands, die man "erarbeitet" habe, "nicht zerstören".

Bei diesen Worten müssen sich die VW-Beschäftigten auf gut Deutsch nur noch komplett verarscht vorkommen. Verarscht von Leuten wie Lindner, die nach vier Ampel-Jahren (im Falle von Neuwahlen noch weniger) so viel "Rente" im Trockenen haben wie ein VW-Arbeitnehmer in 100 Jahren nicht!

Für Brechreiz unter den VW-Beschäftigten sorgt auch Olaf Scholz (SPD). Der Kanzler läßt wohlfeil wissen: Die VW-Belegschaft dürfe jetzt nicht Fehler des Managements ausbaden müssen.

WIE BITTE?

Volkswagen ist seit Jahrzehnten ein vom Staat mitgelenkter Konzern. Die wohlfeilen Worte des Kanzlers zeugen nicht nur von Scheinheiligkeit, sondern auch von Gleichgültigkeit gegenüber den Menschen, die mit ihren Familien demnächst auf der Straße stehen.

Daß Scholz und Lindner heute (29. Oktober) zu getrennten Showgipfeln mit Wirtschaftsbossen laden, zeigt: Diese Regierung ist nur noch eine einzige Groteske!

Aber was regen wir uns auf? Leben wir doch laut Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im "besten Deutschland, das es jemals gab." Einem Deutschland, in dem vor allem die System-Bonzen ausgesorgt haben!

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Na klar, es geht um Ministerposten: Kriegstreiber-Parteien entdecken ihre "Friedensliebe" - BSW fällt um!**

Fünf Wochen nach der Landtagswahl in Brandenburg hat die Landes-SPD förmliche Koalitionsgespräche mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) abgesegnet. Landesvorstand und Landesausschuß sprachen sich nach Parteiangaben am Montagabend (28. Oktober) einstimmig für die Aufnahme von Verhandlungen aus. Wenig später stimmte auch das BSW Koaliti-

onsverhandlungen zu.
Wandel durch Annäherung - diese Formel prägte einst die Ostpolitik von Willy Brandt (SPD) Anfang der 70er Jahre. Das Motto gilt aktuell auch für die deutsche Innenpolitik: CDU und SPD wandeln sich auf wundersame Weise und nähern sich immer mehr der Wagenknecht-Partei BSW an - unter Verrat ihrer Prinzipien bzw. dessen, was sie dafür hielten! Auch beim BSW zeigt man sich geschmeidig.
Frei nach Goethes Faust, der Tragödie 2. Teil, läßt sich das Koalitionsgeschacher in Brandenburg, Thüringen und Sachsen mit einer gedanklichen Anleihe bei Deutschlands größtem Dichter zusammenfassen: "Zum Ministerposten drängt, am Ministerposten hängt doch wirklich alles - ach wir Armen!"
Die Unterhändler von SPD und BSW haben ihren Parteien in Brandenburg den Eintritt in offizielle Koalitionsgespräche empfohlen, wie der geschäftsführende Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) am Montagabend in Potsdam mitteilte. Ein gemeinsames Papier bilde dafür die "Basis", so Woidke.
BSW-Spitzenkandidat Robert Crumbach sagte, es habe in den Gesprächen "erhebliche Schnittmengen" gegeben.

Affront gegen die Ampel-Bellizisten

Es ist eine klare Ansage, besser gesagt: Absage an Olaf Scholz und seine Kriegstreiber-Ampel! Ausgerechnet in der politischen Heimat des Kanzlers, der seinen Wahlkreis in der Landeshauptstadt Potsdam hat, stellen sich die Genossen offen und aus rein machtpolitischem Kalkül gegen die Ukraine- und Rußland-Politik der Bundesregierung. Man traut seinen Augen nicht:
- In einem Sondierungspapier für die Koalitionsverhandlungen mit dem BSW spricht sich die Woidke-SPD explizit gegen Waffenlieferungen an die Ukraine aus und äußert sich kritisch zur von Scholz zugesagten Stationierung von US-Raketen in Deutschland!
Anders als in Sachsen und Thüringen, wo die Sondierungen von CDU und SPD mit der Wagenknecht-Partei über eine sogenannte "Brombeer-Koalition" wegen der Raketen- und Ukraine-Frage zumindest dem äußeren Anschein nach schamhaft ins Stocken geraten sind, ging es bei den Genossen in Potsdam ratzfatz: Es sei "Vertrauen gewachsen in den letzten Wochen", verkündete Woidke stolz mit Blick auf die Wagenknecht-Partei.
- Laut dem gemeinsamen Papier von SPD und BSW sorgen sich die Brandenburger auf einmal (hört, hört!), "daß sich der Krieg ausweitet und damit das Risiko besteht, daß auch Deutschland in eine sich immer schneller drehende Kriegsspirale hineingezogen wird."
- Weiter heißt es: "Der Krieg wird nicht durch weitere Waffenlieferungen beendet werden können." Auch dies ist ein heftiger Seitenhieb auf den Kriegstreiber-Kanzler Scholz und seine Ampel-Bellizisten!
- Man kommt aus dem Staunen gar nicht mehr heraus: "Wir sehen vor diesem Hintergrund die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen auf deutschem Boden kritisch. Es braucht konkrete Angebote, um wieder zu Abrüstung und Rüstungskontrolle zu kommen."

BSW fällt um

Nach den vorübergehend ausgesetzten Gesprächen der Kartellparteien in Thüringen und Sachsen heißt es plötzlich auch in Erfurt und Dresden: CDU, SPD und BSW seien auf einem "guten Weg". Für die Macht verkaufen die Altparteien ihre eigene Großmutter - , aber nicht nur sie! Hier der Videobeweis für Thüringen, wo das BSW offenbar bereit ist, jetzt doch eine butterweiche Kompromißformel beim Friedensthema zu akzeptieren!
Jetzt wird der bereits angekündigte Job-Kahlschlag bei Europas größtem Autobauer zum Job-Massaker: Laut Betriebsrat plant der Volkswagen-Konzern, mindestens drei der zehn VW-Werke in Deutschland dichtzumachen - und die verbleibenden Standorte deutlich zu schrump-

fen. "Alle deutschen VW-Werke sind von diesen Plänen betroffen. Keines ist sicher!", erklärte Betriebsrat-Chefin Daniela Cavallo in einer Rede vor den Beschäftigten.
Akut gefährdet sind laut Branchen-Insidern die Standorte Salzgitter und Emden in Niedersachsen sowie Chemnitz in Sachsen.
Die Vorstandspläne sehen demnach auch Kürzungen bei Löhnen und Gehältern sowie Auslagerungen ganzer Abteilungen und Bereiche ins Ausland vor. Es gehe "um alle Arten von Arbeit. Egal, ob dahinter angelernte Tätigkeiten stehen oder Qualifikationen mit einem Hochschulabschluß", so Cavallo. "Niemand von uns kann sich hier also noch sicher fühlen!"
"Standorte werden ausgeblutet"
VW beschäftigt in Deutschland rund 120.000 Mitarbeiter - davon rund die Hälfte im Stammwerk in Wolfsburg. Die Betriebsrats-Vorsitzende Cavallo sagte: "Es ist das feste Vorhaben, die Standortregionen ausbluten zu lassen und die klare Absicht, zehntausende Volkswagen-Beschäftigte in die Massenarbeitslosigkeit zu schicken."
- Für die verbleibenden VW-Beschäftigten soll es Lohn- bzw. Gehaltskürzungen um zehn Prozent geben, eine Nullrunde in den kommenden zwei Jahren - und ein Ende der aktuell 167 Euro hohen monatlichen tariflichen Zulage. In der Summe bedeutet das rund 18 Prozent weniger Lohn und Gehalt.
- Für Beschäftigte unterhalb des Managements, deren Gehalt ebenfalls mit der IG Metall verhandelt wird, sollen Boni gestrichen werden. Jubiläums-Einmalzahlungen für 25 und 35 Jahre Betriebszugehörigkeit entfallen ebenfalls.
Cavallo attackierte die Konzernleitung heftig: Der Vorstand habe "alles angezündet, er hat alles in Flammen gesetzt - und sich dann verdrückt. Ein solches Verhalten ist schäbig. Es hat mit Wertschätzung rein gar nichts mehr zu tun. Aber dahinter steckt System."<<
Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**VW-Werken droht Schließung: Die Ampel macht Deutschland zur Wirtschafts-Ruine!**
Der jahrelange Feldzug von CDU und Ampel-Parteien gegen unsere Auto-Industrie führt jetzt zu den bitteren Konsequenzen, vor denen die AfD immer gewarnt hat: Zehntausenden Mitarbeitern des VW-Konzerns droht die Kündigung, jedes dritte Werk in Deutschland könnte schließen. "Keines ist sicher", heißt es in einer Pressemeldung. Doch dies sind wohl erst die traurigen Anfänge vom völligen wirtschaftlichen und sozialen Abstieg unseres Landes.
Allein durch das von CDU und Ampel-Regierung vorangetriebene Verbrenner-Verbot droht bis 2035 ein Verlust von rund 190.000 Arbeitsplätzen, rechnet der Verband der Automobilindustrie vor. Mit verharmlosendem Zynismus bezeichnet der Verband diese Entwicklung mit Vokabeln wie "Wandel" und "Beschäftigungsverluste".
Hinter 190.000 verlorenen Arbeitsplätzen stehen 190.000 Familien, die in eine wirtschaftliche Notlage getrieben werden - aufgrund einer ideologisch motivierten Klimahysterie, die von fast keinem anderen Land der Welt in dieser Form geteilt wird.
Mit dem sachlich unbegründeten Ausstieg aus der Kernenergie und dem Wirtschaftskrieg gegen Rußland haben die etablierten Parteien die Energiepreise in die Höhe getrieben und damit dem Wirtschaftsstandort Deutschland einen heftigen Nackenschlag verpaßt. Die Entscheidung zum Verbrenner-Verbot, massive bürokratische Auflagen und eine enorm hohe Steuerlast ergeben ein Übriges.
Die AfD ist die einzige politische Kraft, die diese Entwicklung noch aufhalten kann, um wenigstens das Schlimmste zu verhindern - mit Vernunft statt Ideologie. Wir wollen am Verbrenner festhalten, die Steuerlast endlich senken und uns auf eine Energiepolitik besinnen, die auf einen breiten Mix einschließlich Kernenergie setzt. Unsere Industrie unsere Arbeitsplätze sind wichtiger als die grüne Ideologie der etablierten Parteien!<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.415/…): >>**Michael Lüders: Netanjahu will ganz Palästina**

Herbert Ludwig

Der langjährige Nahost-Korrespondent der Wochenzeitung Die Zeit in Kairo, Michael Lüders, ein exzellenter Kenner der dortigen politischen Verhältnisse, sagt und schreibt schon lange ungeschminkt, was er beobachtet und erkennt und steht damit ganz im Gegensatz zu den deutschen Politikern und ihrer medialen Lautsprecher.

Doch am 11.10.2024 hat der Deutschlandfunk immerhin einen deutlichen Kommentar von ihm veröffentlicht. Darin weist er darauf hin, Netanjahu wolle Groß-Israel realisieren, den alten Plan, daß das historische Palästina, das ganze Land zwischen Mittelmeer und Jordan, ausschließlich den jüdischen Bewohnern zustehe. Und er suche den "totalen Sieg" über seine arabischen Feinde.

"Längst könnte es im Nahen Osten einen Waffenstillstand geben. Doch zog es die israelische Regierung vor, die Vermittlungen der USA, Ägyptens und Katars zur Freilassung der Geiseln im Gazastreifen zu torpedieren, wie US-Präsident Joe Biden im vorigen Monat unmißverständlich klarstellte."

Es verwundere daher nicht, daß Israels Premier Benjamin Netanjahu den Verhandlungsführer der Hamas, Ismail Haniyyeh, am 31. Juli in Teheran habe ermorden lassen. Auch mit der Hisbollah sei der Waffenstillstand zum Greifen nahe gewesen.

"Im Gespräch mit dem US-Fernsehsender CNN erklärte der libanesische Außenminister Abdallah Bou Habib am 2. Oktober, der Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah habe einer 21-tägigen Waffenruhe zugestimmt - Voraussetzung für Verhandlungen. Doch die israelische Führung zog es vor, ihn am 27. September zu ermorden."

Massenmord an den Palästinensern

Zu Recht werde auf das Leid israelischer Opfer verwiesen, die am 7. Oktober 2023 getötet oder entführt worden seien. Der seither erfolgende Massenmord an Palästinensern und zunehmend auch an Libanesen gelte hingegen eher als "Kollateralschaden".

Zum Jahrestag des Großangriffs der Hamas habe Kanzler Olaf Scholz formuliert, allein eine von Israelis und Palästinensern gemeinsam ausgehandelte Verhandlungslösung weise den Weg zum Frieden.

"Weiß er nicht oder will er nicht wissen, was im Parteiprogramm der Regierungspartei Likud aus dem Jahr 1977 steht? Was das israelische Parlament zum wiederholten Mal im Juli 2024 festgehalten hat? Demzufolge werde es keinen palästinensischen Staat "westlich des Jordanflusses" geben, denn Erez Israel, das historische Palästina, das Land zwischen Mittelmeer und Jordan, stehe ausschließlich seinen jüdischen Bewohnern zu."

Drei ethnische Säuberungen

Wie solle also mit den Palästinensern verfahren werden? Giora Eiland, vormaliger Generalmajor und Nationaler Sicherheitsberater Israels, habe im vorigen Monat den Plan vorgestellt, den Norden des Gazastreifens hermetisch abzuriegeln und die Bevölkerung in Richtung Süden zu vertreiben. Wer bleibe, werde erschossen oder verhungere, denn die Hilfslieferungen würden endgültig eingestellt.

"Ob es Zufall sein mag, daß die israelische Armee gegenwärtig einen Großangriff auf die Stadt Dschabalia wie auch auf das gleichnamige Flüchtlingslager im Norden führt und die Bevölkerung ultimativ auffordert, die Region zu verlassen?"

Doch die Pläne der Regierung Netanjahu gingen noch weiter. Sie wolle sich nicht nur das gesamte Palästina untertan machen - auf Grundlage der dann dritten ethnischen Säuberung nach 1948 (im Zuge der Staatsgründung) und 1967 (im Zuge des Sechstagekrieges). Gleichzeitig sollten die letzten militärischen Widersacher neben der Hamas ausgeschaltet werden: die Hisbollah im Libanon und deren Schutzmacht Iran.

Die Eskalation im Libanon, eingeleitet mit den Pager-Explosionen am 18. September, erlaube zudem, vom Töten im Gazastreifen abzulenken, das unvermindert fortdauere, seither aber weniger im Fokus stehe. Offiziell gehe es darum, den Raketenbeschuß der Hisbollah auf Nordisrael zu beenden.

Israel will Krieg gegen Iran

"Vor allem aber träumt die Regierung Netanjahu von einem "totalen Sieg" über ihre Widersacher und sucht die USA in einen Krieg gegen den Iran hineinzuziehen, am besten noch vor den US-Präsidentschaftswahlen am 5. November."

Die Europäische Union in Brüssel wie auch die Bundesregierung ließen alles geschehen. Hiesige Auguren ließen sich anstecken von "Regime Change-Fantasien" im Iran. Doch Teheran habe mit Rußland und China mächtige Verbündete. Zu befürchten sei, daß Netanjahu und die Seinen den Libanon genauso zerstören wie schon den Gazastreifen.

Während das Thema Asyl und Migration Europa innenpolitisch zu zerreißen drohe, dürfte bald schon ein weiterer nahöstlicher Flüchtlingstreck in Richtung Deutschland und Europa aufbrechen.

"Israels Gewalt sät einen Haß, der für mehrere Generationen reicht. Wenn ein Land mit sieben Millionen jüdischen Einwohnern der islamischen Welt mit mehr als zwei Milliarden Menschen indirekt den Krieg erklärt, so kommt die Botschaft dort an, kann das böse enden."<<

Rußland: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**BRICS: auf dem Weg zu einer neuen Weltordnung?**

Vom 22. bis 24. Oktober trafen sich 36 Länder im Rahmen des BRICS-Treffens in Kazan (Rußland), um über wirtschaftliche Zusammenarbeit und eine neue multipolare Weltordnung zu diskutieren. Welche Aussichten hat das neue Projekt?

Von *Andreas Männicke*

Gegründet wurde die "BRIC", damals noch ohne Südafrika, im Jahr 2006 mit den Ländern Brasilien, Rußland, Indien und China. Im Jahr 2009 kann Südafrika hinzu und seitdem heißt das Bündnis nun "BRICS". Die BRICS-Länder sind in der Summe 3,3 Mrd Menschen, haben eine Oberfläche von 38,3 Mio. Km (= 26 % der Erdfläche), haben eine Wirtschaftskraft von 25,6 Bio. BSP (=36 % des weltweiten BSP) und etwa 20 % des weltweiten Handelsvolumens mit 4,8 Bio. USD-Exporten und 3,9 Bio. USD-Importen.

Das BIP pro Kopf ist mit im Durchschnitt 7861 USD sehr gering, aber ausbaufähig. Es handelt sich um demografisch günstige Länder aufgrund der jungen Bevölkerung, die ihre Zukunft sprichwörtlich noch vor sich hat. Der Anteil der Menschen mit einem Alter von über 65 beträgt nur 10 %. Klimafreundlich sind die meisten BRICS-Länder aber nicht. Die BRICS vereinen gut die Hälfte der weltweiten CO2 Emissionen.

Bei einem Blick auf die BSP-Wachstumsraten sieht man, daß die BRICS zwar nicht mehr ganz so dynamisch wachsen wie von Goldman Sachs im Jahr 2001 angenommen, aber doch wesentlich mehr als die G7- Länder.

BSP-Wachstum im Jahr 2024 in %

Welt-Durchschnitt: 3,2

G7-Durchschnitt: 0,88

BRICS Durchschnitt: 3,6

Erweiterung der BRICS schon beschlossen

Anfang 2024 kamen als neue Mitglieder Ägypten, Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate hinzu, was nun BRICS Plus genannt wurde. In diesem Jahr haben nun Weißrußland (Belarus), die Türkei und sogar Palästina eine Mitgliedschaft beantragt, wobei eine Mitgliedschaft noch nicht offiziell beim Gipfel in Kazan verkündet wurde.

30 weitere Länder haben Interesse an der Mitgliedschaft bei den BRICS bekundet, darunter auch viele asiatische, südamerikanische und afrikanische Länder sowie Länder der GUS-

Republiken. Als offizielle neue BRICS-Beitrittskandidaten bzw. neue "Partnerländer" wurden in Kazan am 24. Oktober nun folgende Länder benannt: Kasachstan, Usbekistan, Weißrußland, Bolivien, Kuba, Indonesien, Malaysia, Thailand, Vietnam, Uganda, Nigeria und last not least die Türkei.
Dabei ist die Mitgliedschaft der Türkei als NATO-Mitglied und EU-Beitrittskandidat von besonderer Brisanz. Aber auch Serbien interessiert sich für eine BRICS-Mitgliedschaft und war in Kazan zugegen

Ein altes Investmentthema von Goldman Sachs wird reaktiviert

Für Goldman Sachs waren die Länder Brasilien, Rußland, Indien und China die aussichtsreichsten Wachstumsländer mit enormem Potential. Später im Jahr 2009 kam dann Südafrika hinzu, wobei viele afrikanische Länder jetzt dazu neigen, lieber mit China und Rußland zu kooperieren als mit dem Westen. Südafrika ist als gewissermaßen nur ein Aushängeschild für Afrika, das nun sowohl vom Westen als auch den BRICS als sehr rohstoffreiche Region umworben wird.

Wird BRICS von Underperformer zum Outperformer?

Allerdings war die Performance der Börsenindices und auch nicht die wirtschaftliche Entwicklung der "BRICS-Länder, was sich Goldman Sachs im Jahr 2001 vorstellte und prognostizierte, was verschiedene Gründe hatte. Aber wenn diese Länder ihre eigenen Interessen in Zukunft nicht nur untereinander, sondern auch besser auf dem Weltmarkt durchsetzen können, werden diese Länder auch unter Investmentgesichtspunkten wieder interessanter, zumal die meisten Aktien relativ preiswert sind mit Ausnahmen von indischen Aktien, die schon seit Jahr sehr gut performen.

Westliche Medien diskreditieren die BRICS als "Autokraten-Treffen"

Neben den 7 größten Industrienationen wünschen sich andererseits aber auch viele andere Länder mit der Zusammenarbeit mit der "westlichen Welt". So will Albanien in die EU und auch nur mit der EU zusammenarbeiten. Der albanische Ministerpräsidenten Edi Rama hält die BRICS für einen "Witz". Westliche Medien bezeichnen die in der BRICS versammelten Länder als Schurkenstaaten oder Autokraten.
Der Ex-US-Präsident George Bush bezeichnete Länder, die mit den Iran zusammenarbeiten, als "Achse des Bösen". Einige westliche Medien bliesen ins gleiche Horn und sprachen von "westlichen Werten", die verteidigt werden müssen. Ähnlich ist die Sprache, wenn es um die Ukraine-Krieg geht, wo die BRICS-Länder eine andere Haltung einnehmen als die G 7-Länder.

BRICS ist bei weitem keine homogene Gruppe

Wie schon erwähnt, ist die BRICS-Gruppe trotz des gemeinsamen Strebens gegen die westliche US-Vorherrschaft keine homogene Gruppe. China und Indien haben zum Teil erheblichen Differenzen und völlig verschiedene Interessen, wobei sie die Konflikte schon offen ausgetragen haben Es ist aber schon verwunderlich und bemerkenswert, daß es China gelang auch Saudi-Arabien und den Iran mit in den das "BRICS-Boot" zu nehmen, die beide mit der US-Außenpolitik sehr unzufrieden waren, aber gegenseitig auch erhebliche Konflikte haben.

Wann kommt eine neue BRICS-Währung?

Die BRICS-Länder arbeiten nun daran, eine eigene Handelswährung bzw. Verrechnungseinheit namens "Unit" zu etablieren, die schon im nächsten Jahr auf den Markt kommen soll. Sie sollten zu 60 Prozent goldgedeckt sein. Zu 40 % bestehen aus Währungen, wobei keine Währung am Korb einen größeren Anteil als 30 % haben darf. Die dominante Währung im Währungskorb wird der Renminbi sein.
Die neue Währung "Unit" ist auch ein Symbol des Mißtrauens gegen die USA und deren willkürliche Sanktionspolitik. Schon jetzt bemühen sich viele Länder ohne den US-Dollar auf bilateraler Basis mit eigenen Währungen zu kontrahieren, was aber nicht ganz so einfach ist,

wenn sie nicht konvertierbar sind. In jedem Fall sollte die US-Dollar-Dominanz im internationalen Zahlungsverkehr abgebaut werden.

Wann wird das neue Zahlungsabwicklungssystem in der Praxis genutzt?

Es wurde auch schon ein eigenes Zahlungsabwicklungssystem entwickelt, das die Voraussetzung ist, um eine eigene "BRICS-Währung" auch handhabbar zu machen. Es ist zum Teil Blockchaine-basiert, muß in der Praxis aber noch erprobt werden, was noch einige Zeit benötigt. 159 Länder haben Interesse, an dem neuen Zahlungsabwicklungssystem teilzunehmen. Das neue Zahlungsabwicklungssystem heißt "Bridge".

Seit dem Ausschluß aus dem SWIFT wie beim IRAN und nun auch Rußland, sind BRICS um eigene Zahlungsabwicklungsmöglichkeiten bemüht, auch um sich von den Sanktionen der USA und der EU zu schützen.

Inwiefern diese Maßnahmen wirksam und effizient sind, muß abgewartet werden. Auch werden Kryptowährungen bei diesen Ländern in Zukunft als Zahlungsmöglichkeit eine größere Rolle spielen. Es werden alternative Finanzierungsmechanismen entwickelt, die sich von der US-Abhängigkeit befreien. Zunächst soll es nach den Angaben von Putin aber kein eigenes Zahlungsabwicklungssystem der Mitgliedstaaten geben. Man werde zunächst die zur Verfügung stehenden Zahlungsabwicklungssysteme benutzen. Auch über eine geplante BRICS-Währung wurden in Kazan noch keine Details bekannt.

New Development Bank soll Finanzierung von "BRICS-Projekten" erleichtern

Zur Finanzierung von eigenen Projekten wurde die New Development Bank quasi als Gegenpol zur Weltbank und zum IWF gegründet. In den Vorstand der Bank wurde nun erstmals auch ein Russe gewählt. Viele Schwellenländer sind bei der Weltbank und dem IWF hoch verschuldet. Sie bekommen nur unter starken westlichen Auflagen neue Kredite.

Die New Development Bank hat aber nicht so viele Finanzmittel wie der IWF oder die Weltbank. Dennoch wurden schon einige Projekte damit finanziert. Für China das wichtigste Projekt ist das Seidenstraßen-Projekt, was ein Billionen-Infrastrukturprojekt ist, um verschiedene Länder mit China logistisch besser zu verbinden mit Häfen, Flughäfen, Bahnverbindungen und Straßen. Es ist schon sehr weit fortgeschritten, wurde durch den Ukraine-Krieg aber verzögert und zum Teil unterbunden.

BRICS besitzen viele Rohstoffe - vor allem aber Öl/Gas

Im August 2023 beschloß die BRICS-Gruppe sechs Nationen neu aufzunehmen und zwar: Ägypten, Iran, Saudi-Arabien, Äthiopien und die Vereinigten Arabischen Emirate, wobei der gleichzeitige Beitritt vom Iran und Saudi-Arabien als große Öl-/Gasförderländer besonders bemerkenswert ist. Saudi-Arabien wurde bisher aber nur eingeladen und ist noch nicht beigetreten.

Nach dem Beitritt wurde die wirtschaftliche Bedeutung der sogenannten BRICS Plus Länder immer größer. So haben die BRICS Plus Länder jetzt einen Anteil am BSP von 35 %, einen Bevölkerungsanteil von 42 %, bei der Ölproduktion und bei Warenexporten von über 20%. Dabei spielt die Zusammenarbeit bei den Energieprojekten und in der Landwirtschaft eine große Rolle.

So ist Rußland der größte Weizenexporteur der Welt, was für Afrika eine große Rolle spielt. Die Agrarwirtschaft hat sich in den letzten Jahren in Rußland sehr positiv entwickelt. Bei den meisten Agrarprodukten hat Rußland jetzt einen sehr großen Selbstversorgungsgrad und ist nicht mehr vom Ausland abhängig.

De-Dollarisierung bleibt ein Thema bei den BRICS

159 Länder haben ein Interesse an einer De-Dollarisierung, um nicht abhängig von SWIFT zu sein. Dabei sollen auch Kryptowährungen und digitale Technologien eingebunden werden. An einer De-Dollarisierung sind aber vor allem China und Rußland interessiert. Man darf gespannt sein, ob die BRICS-Währung im nächsten Jahr eingeführt wird und wie sie in der Pra-

xis akzeptiert und benutzt wird.
Neu haben in diesem Jahr eine Mitgliedschaft bei den BRICS die Türkei und auch Palästina beantragt, was nicht ohne Brisanz ist, denn die Türkei ist ein NATO-Mitglied und Palästina wünscht sich schon lange eine eigene Souveränität. Dies bedeutet aber auch, daß sie dann später eine Unterstützung bei ihren eigenen Vorhaben von den BRICS erwarten dürfen und hier vor allem von China und Rußland. Aber viele asiatische Länder wie Indonesien, Thailand und Malaysia wollen in die BRICS. Auch Weißrußland will nun in die BRICS, die ohnehin an der Seite von Rußland stehen.

Was darf man von den BRICS in Zukunft erwarten?

Was darf man nun von den BRICS-Staaten in Zukunft erwarten? Es ist zu erwarten, daß sich immer mehr Länder der BRICS-Gruppe anschließen werden, was deren wirtschaftliche Bedeutung erhöht. Ob dies gleichzeitig mit einem schnellen Niedergang des Westens, vor allem der USA, einhergeht, ist wenig wahrscheinlich, aber der Westen steht vor neuen, großen Herausforderungen.
Man darf gespannt sein, ob BRICS Plus ein "zahnloser Tiger" ist oder tatsächlich die G7 herausfordert, etwas umzudenken und in Kooperation zu treten oder gar den Machtkampf womöglich mit Waffen später austragen wird, wobei es im Kern um einen Machtkampf USA gegen China geht. Im nächsten Jahr wird ganz unabhängig davon wer der nächste US-Präsident am 5. November wird, (wird es) eine verschärfte Handelspolitik über erhöhte Zölle für von China zu stark staatlich subventionierte Produkte geben. Was wünschenswert wäre, ist ein fairer Wettbewerb zwischen den G 7 und den BRICS, der aber auch auf dem Schlachtfeld enden kann, wenn man nicht aufpaßt und kompromißbereit ist.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Annäherungen und Ablehnungen beim BRICS-Gipfel in Kasan**

Vorerst keine Einführung eines gemeinsamen Zahlungssystems / Diplomatische Annäherung zwischen China und Indien / Aufnahme der Türkei gescheitert
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Der dreitägige BRICS-Gipfel in der russischen Stadt Kasan ist am Donnerstag (24. Oktober) mit zum Teil unerwarteten Ergebnissen zu Ende gegangen. Die Einführung des internationalen Zahlungssystems "BRICS Bridge", eine Alternative zum westlich kontrollierten "SWIFT", wurde vorerst nicht beschlossen. Die Aufnahme der Türkei in das Staatenbündnis ist offenbar aufgrund des Vetos Indiens wegen der guten Beziehungen Ankaras zu Pakistan gescheitert. Das erste bilaterale Treffen zwischen Chinas Staatspräsident Xi Jinping und Indiens Premierminister Narendra Modi nach einem bewaffneten Konflikt der beiden Staaten im Himalaja 2020 kann als diplomatischer Erfolg des Gipfels bewertet werden.
Die Einführung einer gemeinsamen BRICS-Währung wurde von den Teilnehmerländern bereits vor dem Gipfel nicht erwartet. Unter anderem hatte Indien eine gemeinsame Währung kategorisch ausgeschlossen und will eine derartige Option nur unter der Voraussetzung verfolgen, daß China nicht teilnimmt. Die Verwendung von Landeswährungen bei Finanztransaktionen zwischen den BRICS-Ländern und ihren Handelspartnern wurde hingegen von allen Mitgliedern befürwortet.
Hinsichtlich einer Alternative zum SWIFT-System hatte Walentina Matwijenko, Vorsitzende des russischen Föderationsrates, im August erklärt, die Schaffung einer digitalen Abwicklungs- und Zahlungsplattform namens "BRICS Bridge" befände sich "in einem guten Stadium der Vorbereitung".
Die Mitglieder kamen in ihrer Abschlußerklärung nun überein, die Durchführbarkeit der Einrichtung einer "unabhängigen grenzüberschreitenden Abwicklungs- und Verwahrungsinfrastruktur" ("BRICS Clear") sowie einer "unabhängigen Rückversicherungskapazität der BRICS-Länder, einschließlich einer BRICS-(Rück-)Versicherungsgesellschaft, zu erörtern

und zu untersuchen". Die Teilnahme soll auf freiwilliger Basis erfolgen.
Xi Jinping und Narendra Modi haben sich auf dem Gipfel erstmals seit Jahren zu offiziellen Gesprächen getroffen. Beide wollen nun verstärkt kooperieren, kündigten sie an. Die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Indien und China sind "wichtig für die Menschen unserer Länder sowie für den regionalen und weltweiten Frieden und die Stabilität", schrieb Premierminister Modi. Staatspräsident Xi sagte, beide Länder sollten sich gegenseitig bei der Verwirklichung ihrer Entwicklungsbestrebungen unterstützen.
Kurz vor dem Treffen in Kasan hatten indische und chinesische Delegationen einen seit Jahren schwelenden Grenzstreit entschärft, indem sie eine Vereinbarung unterzeichneten, die Patrouillen entlang der tatsächlichen Kontrolllinie in der umstrittenen Himalaja-Region regelt. Auch die Konfliktparteien Armenien und Aserbaidschan sind durch ein Treffen der beiden Staatsführer auf dem BRICS-Gipfel in Kasan einem Friedensschluß näher gekommen, berichten internationale Medien.
Bereits im August hatten die BRICS-Mitglieder einen Aufnahmestopp neuer Staaten erklärt und angekündigt, auf dem Gipfel in Kasan ein neues Partnerschaftsmodell vorzustellen. 13 Ländern wurden auf dem Treffen in die neue Gruppe der BRICS-Partnerländer aufgenommen: Algerien, Bolivien, Kuba, Indonesien, Kasachstan, Malaysia, Nigeria, Thailand, Türkei, Uganda, Usbekistan, Vietnam und Weißrußland.
Die beiden lateinamerikanischen Staaten Venezuela und Nicaragua sind hingegen - offenbar auf Wunsch Brasiliens - von der Liste der Partnerländer gestrichen worden. Aus fast allen Partnerländern sowie anderen interessierten Beitrittsländern waren entweder die Regierungschefs oder hochrangige Vertreter der Regierungen angereist. Auch UN-Generalsekretär António Guterres war vor Ort.
Das SPD-nahe "IPG-Journal" betont, der russische Präsident Wladimir Putin habe vor dem Gipfel erklärt, daß BRICS "eine nichtwestliche, aber keine antiwestliche Gruppe" sei. Es sei zudem kein Zufall, daß Rußland das Treffen im muslimisch geprägten Kasan veranstaltet hat, erklärt das Magazin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Wahl des Ausrichtungsortes sei eine Geste gegenüber dem asiatischen Kontinent und der islamischen Welt, wo Rußland auf wichtige Verbündete zählen kann.
Als gemeinsamer Nenner nach dem Gipfel in Kasan bleibe festzuhalten, daß "bei allen Unterschieden und Differenzen zwischen den Mitgliedern und Partnern" BRICS eine Koalition von "größtenteils aufstrebenden Mittelmächten" sei, die "die westliche Vormacht" vor allem in der globalen Handels- und Finanzarchitektur überwinden und eine größere "Stimmendiversität in der Weltpolitik" erreichen wollen.<<
Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.414/…): >>**Unklarheit nach Selenskyjs Aussagen zur atomaren Bewaffnung der Ukraine**
Ukrainischer Präsident verlangt Nato-Mitgliedschaft oder Atomwaffen / Im Anschluß: Selenskyj dementiert eigene Aussage / Exil-Politiker: Selenskyj berief bereits 2019 Rat zur atomaren Bewaffnung der Ukraine ein
Herausgegeben von *Stefan Korinth und Paul Schreyer*
Die Ankündigung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sein Land im Falle einer ausbleibenden Nato-Mitgliedschaft atomar zu bewaffnen, hat Spekulationen über die militärtechnischen Möglichkeiten der Ukraine hervorgerufen. "Entweder wird die Ukraine Atomwaffen haben oder wir müssen in irgendeiner Allianz sein", hatte Selenskij bei einer Pressekonferenz nach der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel gesagt. (17. Oktober) Außer der Nato gebe es keine funktionierenden Sicherheitsallianzen, ergänzte er. Am Tag zuvor hatte Selenskij bei der Vorstellung seines "Siegesplans" im ukrainischen Parlament eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine als ersten und zentralen Punkt für einen "Frieden" genannt.
Der russische Präsident Wladimir Putin hatte Selenskyjs Aussage zu möglichen Atomwaffen

als "gefährliche Provokation" bezeichnet, die eine "angemessene Reaktion" Rußlands nach sich ziehen werde. Rußland lasse keine ukrainischem Atomwaffen zu. Westliche Politiker hatten sich nicht öffentlich zu Selenskyjs Atomwaffen-Erklärungen geäußert. General a.D. Harald Kujat, der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr, kritisierte: Selenskyjs Aussage sei "eine Drohung, die eine harte Reaktion des Westens erfordert hätte" und zeige die "Unberechenbarkeit" des ukrainischen Präsidenten.
Selenskij selbst hatte noch am 17. Oktober Abstand von seinen Aussagen genommen. "Wir bauen keine Atombomben." Der Leiter des ukrainischen Präsidialamtes, Andrii Jermak, erklärte, Selenskyjs Aussage sei "falsch interpretiert" worden. Jedoch hatte die Bild-Zeitung am selben Tag mit Bezug auf einen anonymen hochrangigen ukrainischen Beamten geschrieben, die Ukraine verfüge über genügend Ressourcen und Wissen um innerhalb weniger Wochen Atomwaffen zu bauen. Der Beamte, mit dem das Springer-Blatt schon vor Selenskyjs Aussage gesprochen habe, sei auf die Beschaffung von Waffen spezialisiert, hieß es in dem Artikel. Das ukrainische Außenministerium wies den Bild-Bericht zurück.
Über die tatsächlichen Möglichkeiten der Ukraine, Atomwaffen zu konstruieren, wird seitdem international debattiert. Wladimir Putin sagte, in der modernen Welt sei es grundsätzlich nicht schwer, Kernwaffen herzustellen, allerdings wäre dies für die Ukraine in ihrem heutigen Zustand auch nicht einfach. Der ukrainische Schriftsteller Sergei Gerasimov erklärte in der Neuen Zürcher Zeitung (28. Oktober), die Ukraine besitze alles Notwendige außer einer Urananreicherungsanlage. "Es würde mindestens zehn Jahre brauchen und hundert Milliarden Dollar kosten, eine solche von Grund auf zu bauen, um waffenfähiges Uran zu produzieren."
Der ukrainische Politiker und frühere Vize-Fraktionsvorsitzende der Partei der Regionen, Oleg Zarjow, erinnerte in einem Zeitungsinterview (19. Oktober) daran, daß es keines Urans Bedarf, um eine Atombombe zu bauen. Die Ukraine verfüge über "mehr als genug" Plutonium aus Abfällen von Kernreaktoren, um die für eine Explosion erforderliche kritische Masse zu erreichen. Zarjow, der ausgebildeter Physiker ist, berichtete zudem darüber, daß Selenskij bereits im Jahr 2019 eine Sitzung zur Beschaffung von Atomwaffen einberufen hatte.
Der dort vortragende Vizepräsident der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Wladimir Gorbulin, habe geschätzt, daß die Ukraine innerhalb von sechs Monaten in den Besitz von Atomwaffen gelangen könnte. Außerdem habe Gorbulin empfohlen, eine streng geheime Kommission einzurichten, die die atomare Bewaffnung der Ukraine vorantreibe.
Ein Vertrauter Zarjows, der ein physikalisches Institut in der Ukraine leitet und mit dem Rat in Verbindung stand, glaube sogar daß die Versuche, eine atomare Bewaffnung der Ukraine "wiederherzustellen", der Grund für den russischen Einmarsch im Februar 2022 war, sagte Zarjow. Dem früheren ukrainischen Parlamentsabgeordneten zufolge seien wiederholte Angriffe der russischen Luftwaffe auf bestimmte Rüstungsbetriebe in den ukrainischen Städten Pawlograd und Dnipro (Russisch: Dnjepropetrowsk) starke Indizien dafür, daß auch das russische Militär die Möglichkeit einer ukrainischen Atombombe "sehr ernst" nehme.
In den Werken lagerten die Trägerraketen beziehungsweise werde der notwendige Raketentreibstoff hergestellt. Die Möglichkeit, daß Kiew Atomwaffen herstellt, sei "kein Bluff" sondern eine "ernsthafte Bedrohung", unterstrich Zarjow.
Ebenfalls debattiert wird die Möglichkeit der Ukraine, eine sogenannte "schmutzige Bombe" zu schaffen. Für diese ist weder spaltbares Material erforderlich, das auf Kernwaffenqualität angereichert ist, noch eine spezielle Technologie. Eine "schmutzige Bombe" enthält radioaktive Stoffe - etwa Abfälle aus Atomkraftwerken oder Forschungslaboren - und setzt diese durch die Zündung von konventionellem Sprengstoff in der Umgebung frei.
Wolodymyr Selenskij hatte in Brüssel gesagt, die Ukraine befinde sich heute im Krieg, weil sie 1994 "ihre" Atomwaffen aufgegeben habe. Er bezog sich dabei auf das sowjetische Atomarsenal, das zum Teil in der Ukrainischen Sowjetrepublik stationiert war und nach der Unab-

hängigkeit des Landes von Moskau 1991 auf dem Territorium der Ukraine verblieben war. Neben Rußland waren auch in Kasachstan und Weißrußland sowjetische Atomwaffen gelagert worden.
Beide Länder sowie die Ukraine, in der 176 ballistische Interkontinentalraketen, 33 strategische Bomberflugzeuge und rund 1700 Atomsprengköpfe stationiert waren, gaben das atomare Waffenarsenal an Moskau zurück, nachdem alle Beteiligten sowie die USA und Großbritannien 1994 das "Budapester Memorandum" auf dem OSZE-Gipfel in der ungarischen Hauptstadt unterzeichnet hatten.
Darin verpflichtete sich die Ukraine, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) als Staat ohne Nuklearwaffen beizutreten und die sowjetischen Kernwaffen zurückzugeben. Die Großmächte hatten sich darin unter anderem verpflichtet, auf die Anwendung von Gewalt gegen die Ukraine zu verzichten und ihre Souveränität zu achten.
Westliche Staaten werfen Rußland vor, durch den Einmarsch im Februar 2022 gegen seine Verpflichtungen aus dem Memorandum zu verstoßen. Rußland wiederum wirft den westlichen Mächten vor, schon lange zuvor gegen den Inhalt des Memorandums verstoßen zu haben, indem sie 2014 innerukrainische Proteste anfachten ("Maidan") und eine verfassungswidrige Machtübernahme in Kiew orchestrierten.<<

USA: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 29. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Klima: UN warnen vor "wirtschaftlichem Desaster" für alle Länder**
Die Vereinten Nationen haben vor enormen wirtschaftlichen Folgen aufgrund der derzeitigen Klimapolitik gewarnt. "Bei vollständiger Umsetzung der derzeitigen Pläne würden im Jahr 2030 insgesamt 51,5 Gigatonnen CO2-Äquivalente ausgestoßen werden - ein Wert, der nur 2,6 Prozent unter dem des Jahres 2019 liegt", sagte Simon Stiell, Exekutivsekretär des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC).
"Eine Treibhausgasverschmutzung auf diesem Niveau wird menschliches und wirtschaftliches Desaster bedeuten - für jedes Land, ohne Ausnahme." Statt um 2,6 Prozent müßten die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 43 Prozent gesenkt werden, wie der Weltklimarat (IPCC) berechnet hat.
Bis 2035 müssen die weltweiten Netto-Treibhausgasemissionen um 60 Prozent gegenüber 2019 verringert werden. "Das ist entscheidend für die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius in diesem Jahrhundert, um die schlimmsten Klimaauswirkungen abzuwenden", erklärte Stiell. Im Gegensatz zu den derzeitigen Plänen könnten "viel mutigere neue nationale Klimapläne nicht nur ein Klimachaos abwenden, sondern, wenn sie gut gemacht sind, einen Wandel für die Menschen und den Wohlstand in jedem Land bewirken." Er forderte dazu die Staaten auf, die Klimaschutzpläne drastisch zu verbessern.
Die neuen Pläne müßten den "ABC-Test" bestehen, so Stiell. Sie müßten ehrgeizige (englisch: "ambitious") neue Emissionsziele haben, die für die gesamte Wirtschaft gelten, alle Treibhausgase abdecken und die 1,5-Grad-Marke einhalten. Sie müßten nach Sektoren und Gasen aufgeschlüsselt werden ("broken down"). Und sie müssen glaubwürdig ("credible") sein, also durch konkrete Vorschriften, Gesetze und Finanzmittel untermauert werden.<<

30.10.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**VW-Beben: Kommt es jetzt zum Arbeiteraufstand in Deutschland?**
Die Stimmung unter den 120.000 VW-Beschäftigten ist am Siedepunkt, seit bekannt ist, daß mindestens drei VW-Werke in Deutschland dicht gemacht und Zehntausende Mitarbeiter entlassen werden. Derweil meldet der Konzern neue, noch katastrophalere Zahlen zum Gewinneinbruch. In der Wirtschaft geht die Angst vor einem Domino-Effekt um.
Bundesweit protestieren VW-Mitarbeiter gegen das angekündigte Job-Massaker bei Europas größtem Autobauer und gegen die Sparpläne des Vorstandes (18 Prozent weniger Geld).

Von "Polit-Versagen" ist auf den Versammlungen die Rede, von einer "Sauerei", einem "Weihnachtsschock" und von "Existenzsorgen". Kommt es jetzt zum offenen Arbeiter-Aufstand?
Die VW-Beschäftigten haben heftigen Widerstand bis hin zu Werksbesetzungen angekündigt. "Wir müssen noch 20 Jahre lang unser Haus abbezahlen", sagt ein Familienvater (Lackierer). Ein Verwaltungsangestellter: "Ich habe Existenzangst. Ich bin jetzt über 50, wie soll ich noch einen Job finden? Für mich hat ganz klar die Politik versagt."

Gewinn bricht noch stärker ein

Jetzt die nächste Hiobsbotschaft: Der VW-Gewinn bricht noch dramatischer ein als befürchtet! Der angeschlagene Autobauer verzeichnet im dritten Quartal einen Gewinnrückgang von 63,7 Prozent auf 1,57 Milliarden Euro, wie der Volkswagen-Konzern am Mittwoch (30. Oktober) mitteilte. Der Grund seien zu hohe Kosten (u.a. Energie) und der schwächelnde China-Markt.

Handel, Gastronomie, Steuern: Angst vor Domino-Effekt

Das VW-Beben hat Job-Ängste und Verunsicherung nicht nur unter den rund 120.000 Beschäftigten an den deutschen Standorten ausgelöst. Auch außerhalb der Werkstore wachsen die Sorgen. Werksschließungen und Massenentlassungen könnten schnell zu einem Domino-Effekt führen, der die ganze Wirtschaft über die jeweiligen Regionen hinaus in Mitleidenschaft ziehen könnte. Denn:
- Betroffen wären auch die Zulieferer von Volkswagen. Verlieren sie Aufträge, sind in der Folge bei kleinen und mittelständischen Unternehmen die Jobs ebenfalls nicht mehr sicher.
- Ein Abwärtsstrudel, der dann schnell Einzelhandel, Dienstleister und Gastronomie in den betroffenen Regionen und darüber hinaus mitreißen würde (z.B. Stahlindustrie, Metallbau, Elektrohersteller).
- An den zehn deutschen Standorten (u.a. Wolfsburg, Osnabrück, Salzgitter, Emden, Zwickau) machen die Gewerbesteuer-Einnahmen von VW einen wesentlichen Anteil am gesamten kommunalen Steueraufkommen aus. Bei der großen VW-Krise 2015 (Diesel-Skandal) hatten sich die Gewerbesteuer-Einnahmen etwa in Baunatal (Hessen) mehr als halbiert, in Salzgitter waren sie um rund 40 Prozent eingebrochen. Bedeutet: Noch weniger Investitionen in die regionale Infrastruktur (u.a. Schulen), Schließung von Schwimmbädern und Theatern.

Automobilverband: Es kommt noch dicker!

Laut Bundesagentur für Arbeit arbeiten rund 911.000 Menschen in der Automobil-Industrie. Das sind schon jetzt fast 50.000 weniger als vor fünf Jahren. Durch den E-Auto-Irrsinn sind bis 2035 weitere 140.000 Jobs gefährdet, warnt eine Prognos-Studie aus Basel, die der Verband der Automobil-Industrie (VDA) in dieser Woche vorstellte. Die möglichen Folgen des VW-Bebens sind darin noch gar nicht berücksichtigt, so VDA-Präsidentin Hildegard Müller.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.411/…):

>>**BSW-Verrat in Thüringen: Friedens-Wischiwaschi statt klare Kante - Wagenknecht entgleitet die Partei!**

Mit dem Bruch seines zentralen Wahlversprechens ist das Bündnis Sahra Wagenknecht in Thüringen auf dem besten Weg, zu einer Partei zu werden, von der es nicht noch mehr braucht. Der jetzt offen aufgebrochene Machtkampf im BSW zeigt: Der Parteigründerin entgleitet die Partei!

Eine Frau, ein Befehl und im Hintergrund ein Mann in Gestalt des früheren SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine - so sollte das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) nach dem Vorbild einer altstalinistischen Kaderpartei funktionieren. Doch in Thüringen hat sich das AfD-Verhinderungskartell aus BSW, CDU und SPD auf Koalitionsverhandlungen geeinigt - gegen den erklärten Willen von BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht!

Der entgleitet die eigene Partei, der in Thüringen Ministerposten offenbar wichtiger sind als das zentrale Wahlversprechen, mit CDU und SPD nur zu koalieren, wenn diese der Kriegstreiberei abschwören.
Jetzt haben in Thüringen offizielle Koalitionsverhandlungen des AfD-Verhinderungskartells begonnen. In sieben Arbeitsgruppen wollen BSW, CDU und SPD bis Mitte November ein Regierungsprogramm erarbeiten, um CDU-Landeschef Mario Voigt spätestens im Dezember zum Ministerpräsidenten in Erfurt zu wählen.
Parteichefin Sahra Wagenknecht schäumt vor Wut. Zweimal hatte sie die in Erfurt beschlossene Wischiwaschi-Präambel zum Thema Krieg und Frieden als unzureichend verworfen. Das ficht die nach dem Amt der stellvertretenden Ministerpräsidentin lechzende Thüringer BSW-Landesvorsitzende Katja Wolf nicht an. Sie läßt sich von Wagenknecht nichts mehr sagen.
Wolf will die mit CDU und SPD in den Vorgesprächen vereinbarten butterweichen Formulierungen auch gegen Wagenknecht durchsetzen. Eine Zustimmung der Bundesspitze zur sogenannten Friedenspräambel sei "rein formal nicht vorgesehen", stellte die Thüringer BSW-Chefin vorsorglich klar.
Wagenknechts Reaktion ließ nicht lange auf sich warten: Sie kritisierte den Entwurf der Thüringer Präambel als "Fehler". Die Vereinbarung von Erfurt bleibe leider deutlich hinter dem Kompromiß zurück, der gerade in Brandenburg mit der SPD gefunden worden sei, sagte die BSW-Vorsitzende dem "Spiegel".

Blabla statt klarem Nein zu Waffen

In der Präambel hatten sich BSW, CDU und SPD auf eine dehnbare Formulierung zum Thema Frieden im Allgemeinen und Ukraine-Krieg im Besonderen geeinigt: "CDU und SPD sehen sich in der Tradition von Westbindung und Ostpolitik. Das BSW steht für einen kompromißlosen Friedenskurs."
Weiter heißt es: Es gebe zwischen den Parteien unterschiedliche Auffassungen "hinsichtlich der Notwendigkeit von Waffenlieferungen an die Ukraine zur Verteidigung ihrer territorialen Integrität und Souveränität". Man sei sich aber einig im Ziel, eine diplomatische Lösung des Krieges gegen die Ukraine voranzutreiben.
Damit unterscheidet sich die Thüringer Vereinbarung im Kern deutlich vom Koalitionspapier in Brandenburg, in dem ausdrücklich betont wird: "Der Krieg wird nicht durch weitere Waffenlieferungen beendet werden können."
Auch von einer sich immer schneller drehenden "Kriegsspirale", in die Deutschland hineingezogen werde, ist anders als im Brandenburger Text nichts zu lesen.

Phrasendrescherei auch in der Raketenfrage

Besonders deutlich wird der Unterschied an der Stelle, in der es um die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstrecken- und Hyperschallraketen geht. Während in Brandenburg deren Stationierung "auf deutschem Boden kritisch" bewertet wird, stehen dazu in der Thüringer Präambel nur hohle Phrasen.
Zur Raketenfrage verständigte man sich auf reines Polit-Gemöhre: Viele Menschen in Thüringen würden die geplante Stationierung von Mittelstrecken- und Hyperschallraketen "kritisch sehen bzw. ablehnen". Die künftige Regierung des Freistaates fördere deshalb "eine breit angelegte Debatte" darüber und "verleiht auch dieser Haltung im Sinne eines nachhaltigen Einsatzes für Frieden eine öffentliche Stimme".
FAZIT: Der Konflikt zwischen Wolf und Wagenknecht dürfte weiter eskalieren. Wolf will in Erfurt offenbar um jeden Preis regieren, während Wagenknecht mit dem Thüringer Papier für ihre Partei ein Riesen-Glaubwürdigkeitsproblem im Bundestagswahlkampf befürchtet. Ihr Plan, nur in Brandenburg mitzuregieren, in Thüringen und Sachsen die Verantwortung für ein Scheitern der sogenannten "Brombeer-Koalitionen" bei CDU und SPD abzuladen, scheint nicht aufzugehen.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der BSW-Gruppe im Bundestag, Jessica Tatti, und BSW-Bundesschatzmeister Ralph Suikat bringen es in einem Beitrag für das Portal t-online auf den Punkt: Katja Wolf und ihr Co-Vorsitzender Steffen Schütz "sind in Thüringen auf dem besten Weg, das BSW zu einer Partei zu machen, von der es nicht noch eine braucht!"<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Immer mehr illegale Flug-Einreisen aus Bulgarien: Schluß mit offenen Grenzen!**

Was hatten uns Faeser und Scholz nicht alles versprochen: Man wolle Maßnahmen gegen unkontrollierte Massenmigration ergreifen, die Zahl der Abschiebungen erhöhen und die Grenzen besser schützen. Doch all diese verbalen Luftnummern werden von der Realität konterkariert: Die Zahl der illegalen Einreisen explodiert auch über den Flugweg. Gegenüber dem vergangenen Jahr verzeichnet die Bundespolizei bei illegalen Flug-Einreisen aus Bulgarien ein Plus von sage und schreibe 240 Prozent - das ergab eine parlamentarische Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Hess. Auch aus Rumänien strömen immer mehr illegale Migranten per Flugzeug nach Deutschland.

"Es sind insbesondere angebliche Flüchtlinge aus muslimischen Ländern, die Rumänien und Bulgarien bereits in der Vergangenheit als Einfallstor nach Deutschland genutzt haben", bilanziert Hess. Der Abgeordnete erinnert daran, daß rumänische und bulgarische Staatsbürger in Deutschland überproportional oft mit Straftaten auffallen. "Deshalb muß Schluß sein mit der naiven Politik der offenen Grenzen", sagt Hess. Wer die Realität beim Thema Migration verleugnet, der trage "zur völligen Destabilisierung unseres gesamten Kontinents" bei.

Egal ob auf dem Land-, Wasser- oder Luftweg: Wir müssen illegale Einwanderung unterbinden und verhindern, daß wir von einem Nationalstaat in ein bloßes Siedlungsgebiet umgewandelt werden. Mit den etablierten Parteien ist ein solcher politischer Kurswechsel nicht möglich - auch nicht mit dem BSW, wie die jüngsten Positionierungen der Scheinopposition beweisen. Nur mit der AfD wird sichergestellt, daß illegale Einwanderer ihre Flugrichtung ändern müssen - nämlich in Richtung Heimat.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Kanzleramt sucht Stühle für 4.000 €: Der Prunk-Kanzler sollte seinen Stuhl räumen!**

Einmal mehr zeigt Bundeskanzler Scholz seine grenzenlose Abgehobenheit, die so gar nicht zu einer angeblichen Arbeiterpartei paßt: In einer Ausschreibung sucht das Kanzleramt nach 26 neuen Luxusstühlen "aus schwarzem Semianilin-Leder", die im Internet für 4.091 Euro pro Stück angeboten werden. Millionen von Menschen in Deutschland müßten monatelang arbeiten, um auf einem solchen Möbelstück Platz nehmen zu können. Die verschwenderischen Pläne passen allerdings zu einer Bundesregierung, die kein Problem damit hat, daß für den ebenfalls pompösen Ausbau des Kanzleramts fast 800 Millionen Euro ausgegeben werden.

Die Arbeitsqualität der komplett gescheiterten und vor sich hin dilettierenden Ampel-Koalition dürfte sich durch die Anschaffung allerdings nicht verbessern - denn das Problem sind nicht die Sitzgelegenheiten, sondern die Personen, die darauf sitzen.

Wenn sich beispielsweise ein AfD-Politiker als Regierungschef auf einer Bierbank niederlassen würde, so käme dennoch im Vergleich zur Ampel ein deutlich besseres Arbeitsergebnis dabei heraus. Für uns alle wäre es deshalb am besten, wenn Scholz sich die Renovierungsmühen einfach sparen würde, indem er seinen Stuhl räumt.

Eine AfD-Regierung würde nämlich nicht nur die Innenausstattung des Kanzleramts, sondern auch eine ganze Reihe von anderen Ausgaben auf den Prüfstand stellen. Wir denken hier beispielsweise an die enormen EU-Beitragszahlungen, an illegale Massenmigration, Waffenlieferungen an die Ukraine oder Entwicklungshilfe an China und Indien.

Denn im Unterschied zu SPD-Kanzler Scholz und den ebenso abgehobenen etablierten Partei-

en von der CDU bis zur Ampel haben wir etwas, was den schon viel zu lange Regierenden fehlt: Bodenhaftung und Rückkopplung zum Souverän, dem deutschen Volk.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Quantron**

Grünes Vorzeigeunternehmen insolvent - Löhne nicht mehr ausgezahlt

Das auf Wasserstoff-Nutzfahrzeuglösungen spezialisierte Unternehmen Quantron mußte Insolvenz anmelden - die rund 90 Mitarbeiter blicken in eine ungewisse Zukunft. Geplante Investitionen zur Rettung des Betriebs blieben aus, und Löhne wurden zuletzt nicht mehr ausgezahlt.

Henry Albrecht

... Redaktioneller Hinweis: Liebe Leser, wie vielfach hingewiesen, wurde in einer früheren Version ein Wort gegendert. Hierbei handelte es sich um einen Fehler, der dank Ihrer Mithilfe behoben wurde. Er spiegelte in keiner Weise die politische Ausrichtung unserer Redaktion oder unseres Autors wider. Apollo News gendert nicht. Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Die Wirtschaftskrise macht auch vor grünen Vorzeigeunternehmen nicht halt. Das in Gersthofen bei Augsburg ansässige Unternehmen Quantron, das sich auf nachhaltige Mobilitätslösungen für Nutzfahrzeuge spezialisiert hat, hat Insolvenz angemeldet. Die Zukunft der rund 90 Mitarbeiter ist ungewiß. Die Kanzlei BBL informierte am Mittwoch darüber, daß die Quantron AG nun offiziell ein vorläufiges Insolvenzverfahren durchläuft.

Angestellte des Unternehmens hatten zuletzt beklagt, daß Löhne nicht ausgezahlt wurden. Beate Reimann, Finanzchefin des Unternehmens, äußerte sich noch vor wenigen Tagen optimistisch über eine mögliche Rettung: "In den nächsten Tagen" sollte eine Kapitalerhöhung erfolgen, die darauf abzielte, offene Forderungen, auch gegenüber den Mitarbeitern, zu begleichen. Vorgesehen war eine siebenstellige Finanzspritze durch Bestandsinvestoren. Diese geplante Rettungsmaßnahme scheint nun jedoch gescheitert zu sein.

Welche konkreten Faktoren zur aktuellen wirtschaftlichen Lage von Quantron geführt haben, bleibt derzeit unklar. Bekannt ist jedoch, daß sich Firmengründer und CEO Andreas Haller gesundheitlich in einer schwierigen Lage befindet. Nach einem zweiten Herzinfarkt im September 2023 befindet sich Haller momentan in der Rehabilitationsphase. Der CEO hatte … bekannt gegeben, daß er zwar auf dem Weg der Besserung sei, jedoch vorerst nicht in das Tagesgeschäft zurückkehren könne, so berichtete die Augsburger Allgemeine.

Das Unternehmen, eine Ausgründung der Haller GmbH & Co. KG, die auf die Wartung von Nutzfahrzeugen spezialisiert ist, hat sich der Umrüstung von Lkw und anderen Nutzfahrzeugen auf Batterie- und Wasserstoffantriebe verschrieben. Erst kürzlich präsentierte Quantron einen schweren Lkw mit Wasserstoffantrieb, der mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 44 Tonnen neue Maßstäbe setzen sollte.

Der Insolvenzverwalter Constantin Graf Salm-Hoogstraeten erklärte, man müsse sich "erst einmal ein genaues Bild vom Zahlenwerk und von der Situation vor Ort machen", bevor man "belastbare Aussagen zu den Fortführungschancen machen" könne. Derzeit prüfen die Verantwortlichen auch eine Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes, um zumindest die finanzielle Situation der Mitarbeiter vorübergehend zu entlasten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Das VW-Drama: Erst der Anfang**

Die Fehlentscheidungen von EU und Regierung entfalten ihre desaströse Wirkung. Zerstören Politiker den Wirtschafts-Standort Deutschland bewußt mit Windmühlen und bizarren linksgrünen Ideologien?

Von *Manfred Rouhs*

Volkswagen wird mindestens drei Werke in Deutschland schließen. Der Konzern kürzt die Einkünfte seiner Mitarbeiter reihum mit dem Rasenmäher und baut bis zu 30.000 Stellen ab.

Politiker und Medienmacher geben sich entsetzt.
Die Gewerkschaften kündigen Widerstand an. Uwe Kunstmann, der Gesamtbetriebsratschef von Volkswagen Sachsen, verspricht Werksbesetzungen, will "diese Abwärtsspirale nicht mitmachen" und stellt einen "heißen Winter" in Aussicht. Dadurch wird allerdings kein einziger Volkswagen mehr verkauft werden, und wo die Nachfrage fehlt, muß nun einmal die Produktion zusammengestrichen werden.
Olaf Scholz beharrt darauf, er selbst und seine Regierung hätten alles richtig gemacht. Ursache des VW-Debakels seien "falsche Managemententscheidungen aus der Vergangenheit". Er kündigt ein politisches "weiter so" an und wird dann wahrscheinlich verblüfft reagieren, wenn andere deutsche Konzerne nachziehen und ebenfalls Mitarbeiter entlassen.
Hohe Energiekosten, hohe Abgaben und ein hohes Maß an Unsicherheit bilden die aktuelle, politisch herbeiregierte Dreifaltigkeit des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands. Dessen Auswirkungen sind nicht auf 30.000 Entlassungen bei VW beschränkt. Ford streicht 2300 Stellen, Tesla 3000 und Webasto, ein Zulieferer der Fahrzeugbauer, 1600 Stellen. Bosch entläßt 3760 Mitarbeiter, der Reifenhersteller Continental 13.000 und ZF, ein weiterer Zulieferer, 14.000. Das sind zusammen mehr als die 30.000 Stellen, die bei VW wegfallen.
Neben der Automobilindustrie sind auch andere Branchen vom wirtschaftlichen Niedergang betroffen. Evonik baut 1500 Stellen ab und Vodafone 2000. SAP beschäftigt künftig in Deutschland 8000 Mitarbeiter weniger, und die Deutsche Bahn liegt mit dem Abbau von 30.000 Stellen mit VW gleichauf.
Ob Olaf Scholz wirklich glaubt, diese katastrophale Entwicklung sei auf diese oder jene falsche Management-Entscheidung in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft zurückzuführen? Wer will ihm das noch abnehmen?
Das Problem sitzt im Kanzleramt und in den Ministerien auf Bundes- und Landesebene. Der gesamte etablierte Politikbetrieb nebst seinen massenmedialen Lautsprechern ist zum Totengräber des Wirtschaftsstandorts Deutschland geworden.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Bundesamt läßt Kommunen bei eigenen Bürger-Zählungen abblitzen**
Im Streit um die Ergebnisse des Zensus 2022 will das Statistische Bundesamt (Destatis) die Ergebnisse nachträglicher Bevölkerungszählungen einzelner Kommunen nicht berücksichtigen. "Der Zensus 2022 hat Bevölkerungszahlen für alle Kommunen auf Basis einer wissenschaftlich geprüften, vom Bundesverfassungsgericht bestätigten Methode ermittelt", sagte der Projektleiter des Zensus 2022 im Bundesamt, Karsten Lummer, am Mittwoch. "Eigene Zählungen einzelner Kommunen mit dem Ziel, ihre Bevölkerungszahl nachträglich zu korrigieren, haben keine gesetzliche Grundlage."
Somit sei auch die Teilnahme an solchen "symbolischen Aktionen" für Bürger nicht verpflichtend. "Sie sind auch methodisch nicht geeignet, vergleichbare und auf einen bundesweit einheitlichen Stichtag bezogene Bevölkerungszahlen zu ermitteln, die wiederum Basis für Verwaltungsprozesse in Bund und Ländern sind", so Lummer weiter.
Man begrüße allerdings "alle Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Melderegister". Dazu könnten diese Aktionen "sicherlich ein Anstoß sein". Die Ergebnisse des Zensus hatten in mehreren Kommunen für aufgeregte Diskussionen gesorgt, vor allem dort, wo die Ergebnisse stark negativ von den eigenen Melderegistern abwichen. Betroffen war etwa die Stadt Halle (Saale), in der im Anschluß mit der Aktion "Halle (Saale) zählt selbst" eine eigene Zählung vorgenommen wurde.
Die Ergebnisse dieser Zählung wurden am Dienstag veröffentlicht. Dabei wurde mit Blick auf die Zensus-Ergebnisse im Abgleich mit den aktuellen Daten des Melderegisters ein "nicht plausibler Einwohnerschwund von rund 16.800 Personen" festgestellt. Für die betroffenen Kommunen kann eine solche Abweichung schwere Folgen haben, da die Hochrechnung des

Zensus 2022 Grundlage für die finanziellen Zuweisungen sind. Die Stadt Halle rechnet zum Beispiel jährlich mit Einnahmeverlusten in Millionenhöhe - für das Jahr 2025 sind es voraussichtlich rund 10,9 Millionen Euro.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**BRD-Journalisten: Null Prozent AfD**

Von *Sven Eggers*

Eine gleichgeschaltete Presse findet man in der Regel in autoritären Staaten. Und bei uns. Dagegen ist Widerstand Pflicht. …

Eine Erhebung der Technischen Universität Dortmund, nämlich die diesjährige Journalistenbefragung, bringt es an den Tag: Die medienschaffende Zunft in der Bundesrepublik tickt in überwältigender Mehrheit links. Natürlich ist das keine Überraschung, aber schwarz auf weiß wirken die Zahlen dann doch eindrucksvoll.

Grüne an der Spitze

Gleich 64 Prozent der befragten BRD-Journalisten ordnet sich selbst "links der Mitte" ein, wenn es um Parteipräferenzen geht. Strahlender Sieger bei der Journaille sind dabei die Grünen mit sage und schreibe 42 Prozent. Davon können Habeck und Baerbock im realen Leben nur träumen.

16 Prozent der Meinungsmacher bevorzugen die SPD, sechs Prozent ordnen sich selbst nahe der Linkspartei ein, für das BSW bleibt da noch ein Prozent übrig. Die CDU, derzeit in Umfragen bei 30 Prozent, wird von acht Prozent der Journalisten angegeben, drei Prozent sympathisieren mit der FDP. Zwei Prozent neigen zu anderen Parteien.

Die Umfrage-Teilnehmer hatten auch die Möglichkeit, "keine Partei" anzugeben. Davon machten 23 Prozent Gebrauch. Tja, und die AfD? Was ist mit der derzeit zweitstärksten Kraft in der Bundesrepublik Deutschland? Sie kommt unter BRD-Journalisten auf exakt null Prozent. Null!

Im Rahmen der gleichen Umfrage wurden auch Medienkonsumenten befragt. Danach halten immerhin 16 Prozent der Bundesdeutschen den Journalismus hierzulande für unglaubwürdig. Fast die Hälfte der Befragten bekannte sich darüber hinaus zu der Auffassung, der Journalismus habe in den vergangenen Jahren qualitativ nachgelassen, sei also schlechter geworden. Beinahe jeder Dritte befand, Journalisten hätten den Kontakt zu den Menschen mittlerweile verloren.

Keine verläßlichen Quellen …

Diese schlechte Stimmung bestätigt auch eine aktuelle Umfrage der Meinungsforscher von Insa. Danach hält nur noch ein Drittel der 18- bis 29-Jährigen ARD und ZDF für verläßliche Quellen. 37 Prozent dieser jüngeren Leute geben an, den Öffentlich-Rechtlichen nicht zu vertrauen.

INSA-Chef Hermann Binkert: "Die bei Jüngeren deutlich abnehmende Akzeptanz der öffentlich-rechtlichen Sender als vertrauenswürdige Quelle für politische Informationen sollte von den Verantwortlichen als dringender Appell begriffen werden, die eigenen Inhalte kritisch zu überprüfen und insbesondere eine solche Ausgewogenheit herzustellen, daß auch junge Leute ihnen Vertrauen schenken."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Warum Kretschmer Corona-Aufarbeitung fürchtet**

Von *Sven Eggers*

Sachsen: Die Einsetzung eines Corona-Untersuchungsausschuß durch AfD und BSW ist beschlossen, die Sondierungsverhandlungen zwischen BSW, CDU und SPD sollen aber deswegen nicht scheitern. Dabei hat gerade CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer jede Menge zu befürchten. Er gehört auf die Anklagebank! Wir liefern unser Corona-Paket "Impf-Tribunal - Die Anklageschrift" mit den besten COMPACT-Beiträgen zu diesem Verbrechen.

…
Der erfolgreiche AfD-Antrag für die Einsetzung eine Corona-Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Verbrechen der Landesregierung unter Ministerpräsident Kretschmer hat für reichlich Unruhe hinter den Kulissen gesorgt.
Die SPD brach aus Protest sogar kurzzeitig Sondierungsgespräche mit dem BSW und der CDU ab, nachdem mehrere Wagenknechte zur Empörung der Sozis für den AfD-Antrag votiert hatten. Damit waren CDU und SPD überstimmt.
Kretschmers Sündenregister
Nun ist der Weg frei für eine Aufarbeitung des Corona-Unrechts in Sachsen. Gerade dort hatte CDU-Ministerpräsident Kretschmer immer wieder den Hardliner gegeben und die Menschen drangsaliert. So wollte er jungen Leuten den Führerschein nur nach Impfung genehmigen. Auch sonst setzte er auf 2G-Regeln, Maskenpflicht, Kontaktbeschränkungen, Ausgrenzung von Ungeimpften und dergleichen. Kretschmer-Sprech von 2020 (Cicero-Interview):
"Bei einer lebensbedrohenden Krankheit wie Corona ist es ein Gebot, den Schutz der Bevölkerung zu garantieren. Dazu gehören auch Einschränkungen, wie wir sie vorher nicht kannten."
Ein Corona-Ausschuß muß ganz besonders seine Rolle hinterfragen und aufarbeiten. Wir er die Menschen täuschte, wie skrupellos er sie einsperrte, wie er sie an die Spritze zwang, das gehört minutiös untersucht.
Altparteien wollen Mogelpackung
Sachsens AfD-Landeschef Jörg Urban hat denn auch bereits angekündigt, Zweifel an der Rechtmäßigkeit vieler Corona-Schutzmaßnahmen zur Sprache zu bringen. Er nannte unter anderem Schulschließungen, die 2G-Regel im Einzelhandel und den 15 Kilometer Ausgangsradius. "Es muß geprüft werden, ob es schuldhaftes Verhalten seitens der Staatsregierung gab", so Urban.
CDU und SPD wurden dabei überstimmt. Sie wollten die notwendige Aufarbeitung einer Enquete-Kommission überlassen, die dann auch Wissenschaftler und Bürger hätte anhören können. Solche Spielchen kennen die Menschen schon.
Die Schuldigen dürfen nicht davonkommen. Das muß Leitfaden des Untersuchungsausschusses sein. Die Übersterblichkeit nach der Impfkampagne ist unbedingt zu beachten. "Die Zahl der Sterbefälle ist im Vergleich zum Vorjahr ... um mehr als 35.000 Fälle gestiegen", bilanzierte das Statistische Bundesamt 2022. Das entspricht der Einwohnerzahl einer Kleinstadt!
Keine Vergebung, kein Vergessen
Nicht nur die Toten mahnen. Was ist mit den anderen Impfopfern, die heute nur noch menschliche Wracks sind, ein kaputtes Herz haben, querschnittsgelähmt, unfruchtbar? Und was ist mit den Schädigungen, die Kinder und Alte durch Maskentragen und Isolation erlitten haben? Das darf nicht vergeben, nicht vergessen werden!
Dringend notwendig wäre eine politische und auch eine justizielle Aufarbeitung! Ein Tribunal gegen die Verantwortlichen von Impfkampagne und Impfzwang, ein strenges rechtsstaatliches Verfahren mit Sachverständigen und Zeugen.
COMPACT hat seit Beginn der Corona-Lügenkampagne Beweise gesammelt, eine Chronologie des Schreckens zusammengetragen, mit akribisch belegten Zahlen und Zitaten, mit nachprüfbaren Quellenangaben.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Kommunalverband kritisiert Aufwand für Cannabis-Kontrollen**
Die Städte und Gemeinden in Niedersachsen halten es aufgrund "anhaltender Überlastung" und "fehlender Finanzausstattung" für "schlichtweg unmöglich", vor Ort zu kontrollieren, ob die Regeln des Cannabisgesetzes eingehalten werden. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund (NSGB) hat bei seiner Präsidiumssitzung am Dienstag in Bissendorf (Kreis Os-

nabrück) eine entsprechende Resolution verabschiedet, berichtet die "Neue Osnabrücker Zeitung" (Mittwochausgabe). NSGB-Präsident Marco Trips bezeichnet die Ablehnung in dem Papier "als Zeichen dafür, daß für uns ein Punkt erreicht ist, an dem es nicht mehr weitergeht". Die kommunalen Körperschaften seien "am Limit ihrer Möglichkeiten angekommen".
Die für das Land oder auf Wunsch des Landes zu erfüllenden Aufgaben seien mit eigenen und bereitgestellten Mitteln nicht mehr zu erfüllen, so Trips. "Die Freigabe von Cannabis war ein Anliegen des Bundes, das das Land nun umsetzen muß. Dann mögen Bund und Länder selbst dafür Sorge tragen, daß sie Kinder- und Jugendschutz sowie Suchtprävention sicherstellen", erklärte er und stellte fest, daß die "bisher vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit der rot-grünen Landesregierung "zunehmend auf eine harte Probe gestellt wird".
Mitte Oktober hatte die Landesregierung den Entwurf zur Ahndung von Cannabis-Verstößen zur Verbandsbeteiligung freigegeben und erklärt, daß der Vollzug von Ordnungswidrigkeitsverfahren in Niedersachsen grundsätzlich der kommunalen Ebene obliege. So ist es nach dem Willen der Regierung auch im Hinblick auf das Konsumcannabisgesetz vorgesehen. Der NSGB beklagt unterdessen, daß ihm der Verordnungsentwurf bis heute nicht vorliege. Bei der Art der Verstöße handele es sich um Regelungen des Gesundheitsschutzes, des Kinder- und Jugendschutzes sowie der Prävention, teilte das Land mit.
So seien etwa der Konsum von Cannabis in Gegenwart von unter 18-Jährigen und der öffentliche Konsum von Cannabis in Schulen, auf Kinderspielplätzen, in Kinder- und Jugendeinrichtungen, in Sportstätten sowie in deren Sichtweite verboten. Sozial- und Gesundheitsminister Andreas Philippi (SPD) hatte vor rund zwei Wochen erklärt, die Landesregierung werde beobachten, ob den Kommunen durch die Übertragung der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten beim Cannabiskonsum Mehrbelastungen entstünden. "Ich bin zuversichtlich, daß unsere Kommunen mit dem Thema Cannabisverstöße ebenso professionell umgehen werden wie mit anderen Ordnungswidrigkeiten", sagte Philippi.<<
Spanien: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Über 50 Tote nach Sturzfluten in Spanien**
In der spanischen Provinz Valencia und weiteren Regionen im Osten der Iberischen Halbinsel sind zahlreiche Menschen nach kräftigen Niederschlägen und anschließenden Sturzfluten ums Leben gekommen. Die Zahl der Toten betrage mindestens 51, teilten die Behörden am Mittwoch mit. Nach mehreren weiteren Menschen wird demnach noch gesucht. Die Rettungsarbeiten dauerten zunächst noch an.
Das Land war zuletzt von heftigen Regen- und Hagelstürmen heimgesucht worden, die in mehreren Regionen in kurzer Zeit zu schwerwiegenden Überschwemmungen geführt hatten. Schulen bleiben in der Region vorerst geschlossen und Sportveranstaltungen fallen aus. Der spanische Premierminister Pedro Sanchez teilte über soziale Medien mit, die Berichte über vermißte Personen "mit Sorge" zu verfolgen. Die Bürger sollten in der Situation "unnötige Reisen vermeiden", fügte er hinzu.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30906" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet berichtet: mRNA-Übertragung an Ungeimpfte? Was bedeutet dieser neue Angriff?** (Kurzfassung)
AUF1-Chefreakteur Stefan Magnet: Was ist diese Woche geschehen? Wir haben erfahren, daß aus Japan eine neue mRNA-Injektion nach Europa kommen soll. Das Besondere daran ist, daß sich diese neue Injektion auch auf Personen übertragen kann, die nicht geimpft sind, die sozusagen die Genspritze verweigern. Wir haben bislang gedacht, daß wir mit Verweigerung und Nicht-Mitspielen durchkommen können, und diese neue Entwicklung ändert so einiges. Ich habe mich deswegen entschlossen, jetzt am Wochenende mit Abstand zu den Tagesgeschehnissen noch einmal eine Einordnung vorzunehmen. Denn die Informationen, die uns gegen Ende der Woche dann förmlich überschwemmt haben im Zuge unserer intensiven Recher-

chen, verdienen es, noch einmal geordnet zu werden.
Schon bei der ersten Corona-Impfung, beginnend mit 2021, hat man massiv in die Selbstbestimmung der Menschen eingegriffen. Man hat, ja, man muß es sagen, man hat das Selbstbestimmungsrecht auf körperliche Unversehrtheit, auf körperliche Selbstbestimmung, ja, man hat es zerstört. Man hat eine komplett neuartige mRNA-Injektion, eine sogenannte Impfung, genau genommen ist es ja keine Impfung, aber man hat eine neue Injektion auf Genbasis eingeführt. Und das mit einer bedingten Zulassung. Also es gab keine ausreichende Testphase und dies wurde mit einem Notstand begründet.
Diese bedingte Zulassung war also eine Notfallzulassung, denn ein Notstand, die tödliche Corona-Pandemie, hätte ja gedroht, die Menschheit auszurotten. Wir wissen heute aufgrund der Veröffentlichung der RKI-Files, daß dort schon gesagt wurde, wir haben zu wenig Daten, wir können über Nebenwirkungen oder mögliche Todesfälle noch nichts sagen. Denn die Daten werden, so steht es wörtlich in den RKI-Files, post-marketing erhoben. Wir erinnern uns an andere Medizinskandale, wie zum Beispiel Contergan, auch dort wurden post-marketing erst die Schäden erhoben. Und es dauerte viele, viele Jahre, bis dieses Pharmaverbrechen gestoppt wurde, und noch viele weitere Jahrzehnte, bis es ein paar Entschädigungen gab. ...
Doch jetzt gibt es eine neue Entwicklung, es gibt eine neue mRNA, wo eine mögliche Übertragung auch auf Ungeimpfte im Raum steht. Das bedeutet, daß diese neue mRNA nicht mehr konsumiert werden muß von Ihnen, sondern daß es auch genügt, wenn ein Nachbar oder jemand anderer oder Ihr Partner diese mRNA konsumiert. Dazu kommen wir noch. In jedem Fall sind diese neuen SA-mRNA, wie sie genannt werden, selbst verstärkend. Sie sind sogenannte Kopiermaschinen, weil sie in Ihrem Körper die entsprechenden Stoffe weiter fortbauen. Ich lese dazu aus diversen Fachpublikationen, das ist gemeinhin anerkannt, das kann jeder selbst nachprüfen.
Zitat: "Das Besondere an dem neuen Impfstoff ist jedoch, daß er dem Körper auch sagt, wie er mehr von der Spike-RNA herstellen kann, damit der Körper das Protein länger bildet. Forscher nennen solche mRNA selbst amplifizierend, das heißt selbst verstärkend. Das ist die Abkürzung SA-RNA. Dafür enthielt das Vakzin auch die Bauanleitung für ein Replikase genanntes Enzym, das gleichsam wie ein Fotokopierer funktioniert. Also an anderer Stelle noch einmal kurz und prägnant. Die neuen RNA-Impfstoffe verfügen sozusagen über einen eingebauten Fotokopierer. Die entstehenden Spike-Kopien lösen eine Immunantwort aus."
Daß sich diese selbst verstärkenden und selbst vermehrenden Injektionen dann im Körper ausbreiten, führt zu der berechtigten Angst vieler Wissenschaftler, Ärzte und Forscher in Japan, daß man nicht weiß, wie lange bleiben diese Stoffe im Körper. Und daher ist die Angst auch sehr groß vor einer Übertragung. Denn wenn ein Mensch das in seiner Blutbahn, in seinem Körper hat, dann liegt eine Übertragung sehr nahe. Wir kommen noch dazu, das ist nicht das Hirngespinst von einzelnen Personen, sondern in Japan gibt es dazu bereits eine sehr große Aufklärungsbewegung. Und ich werde auch mit entsprechenden Beispielen und auch Aussagen von Professoren infolge des Videos in der weiteren Folge aufwarten.
Wir müssen aber feststellen, daß auch bisher die mRNA nicht nur bei der Einstiegsstelle im Oberarm geblieben ist. Das war eine glatte Lüge so wie "nebenwirkungsfrei" - und Sie wissen schon - sondern die mRNA wurde auch übertragen. Beispielsweise möchte ich hier an die Aussage von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi erinnern, der erschütternde Ergebnisse von neuen Forschungen erst unlängst im AUF1-Interview präsentierte, wonach eine geimpfte Mutter auf ihr Baby im Mutterleib überträgt.
Zitat Prof. Dr. Sucharit Bhakdi:
"Unser Team im MWGFD hat eine weitere Entdeckung gemacht. Und diese Entdeckung wird auch in den nächsten Wochen publiziert. Bis Ende des Jahres ist es raus. Und zwar ist gefunden worden, daß in den Plazenten von Frauen, die während der Schwangerschaft sich haben

impfen lassen, das Genprodukt sich befindet im Baby. Das heißt also, der Impfstoff geht von der Mutter aufs Kind und diese Bombe wird im Prinzip im Kind wieder gefunden."
Sie wissen, daß die mRNA-Injektionen keineswegs jetzt nur für Covid-Impfungen vorbereitet wurden, sondern daß auch fieberhaft daran gearbeitet und entwickelt wird, daß es in Zukunft Genspritzen auch gegen Krebs, gegen Malaria, gegen Tuberkulose und was auch immer noch geben soll. Man muß auch dazu sagen, daß diese neuartigen mRNA sich nicht einfach so übertragen, über die Luft oder über das Internet, sondern sie übertragen sich, das ist die Hauptbefürchtung, über Blut, über Muttermilch, vielleicht auch über Körperflüssigkeiten. Aber auch das ist ja schon nicht unproblematisch.
Denken wir nur an die vielen Partnerschaften. Viele Menschen sind geimpft, andere wieder nicht. Denken wir, wenn sie ins Krankenhaus kommen und sie benötigen Blut von einer fremden Person über Blutspenden. Wie geht das in Zukunft? Wie funktioniert das in Zukunft?
Wie möchte man sicherstellen, daß man die mRNA-Injektion, auch wenn man sie nicht durch eine Spritze verabreicht bekommen hat, in Zukunft nicht, wie stellt man sicher, daß man sie nicht mehr bekommt? Zugelassen wurde das Produkt in Japan aus einer Kooperation von zwei Pharmaunternehmen.
Das eine Pharmaunternehmen heißt Acturus und stammt aus den USA. Und der andere Pharmakonzern mit sehr vielen Mitarbeitern weltweit heißt CSL. Und die kommen aus Australien. Warum ausgerechnet ein australischer Konzern und ein US-Unternehmen? Warum beginnen die ausgerechnet in Japan? Es ist, wie so oft, ein Testfeld.
Wir haben das in der Vergangenheit immer wieder gesehen, daß gewisse Dinge, die global ausgerollt werden sollen, zuerst in einem Testlabor, regional begrenzt, beginnen. Wir wissen das als Österreicher nur zu gut, denn Österreich war in der Corona-Zeit ein Versuchslabor für die Impfpflicht. Australien und Deutschland warteten schon gespannt, was wird in Österreich herauskommen? Wird die Impfpflicht durchgehen? Und wäre die Impfpflicht in Österreich nicht gekippt worden, wir können mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß sie dann in Deutschland auch eingeführt worden wäre.
Ich möchte jetzt einen japanischen Professor zeigen. Ich zeige Ihnen einen Ausschnitt aus einem Interview. Und zwar von Dr. Yasufumi Murakami. Und dieser Mann ist nicht irgendwer. Er ist sozusagen für uns als Verständnis der japanische Professor Bhakdi, denn er ist genau aus dem Bereich der Biotechnologie. Er weiß, wovon er spricht. Er hat über 100 Publikationen veröffentlicht. Und er ist in den Widerstand gegen diese neue mRNA-Injektion nun eingetreten. Wie gesagt, er ist Professor für Biotechnologie an der Tokyo University of Science. Er ist dort auch stellvertretender Direktor am Forschungszentrum für RNA-Wissenschaft. Und er forscht ebenso zu Molekularbiologie und den menschlichen Genomen. …
AUF1-Chefredakteur Stefan Magnet: Ja, und er sagt es. Die Übertragung muß ausgeschlossen sein, bevor es eine Zulassung gibt. Das ist es aber nicht. Es gibt keine Auskunft. Ich habe Anfragen gestellt an die beiden Pharmakonzerne, bislang ohne Antwort. Ich werde berichten, wenn wir eine Antwort bekommen. Ich wollte wissen, ob eine Übertragung ausgeschlossen werden kann.
Der Professor und mit ihm ganz viele andere Ärzte und Wissenschaftler in Japan sagen nein. Es kann unmöglich ausgeschlossen werden. Es ist sogar angelegt, daß es möglich ist. Daß es vermutlich sogar geplant ist. Deswegen bezeichnet der Corona-Widerstand in Japan diese neue Generation von mRNA-Spritzen als dritte Atombombe nach Hiroshima und Nagasaki. Nach dem zweiten Weltkrieg - Sie wissen schon - die dritte Atombombe.
Und die kommt jetzt in die EU. Die soll jetzt nach Europa kommen. Nach Deutschland. In die Schweiz. Nach Österreich. Die Schweizer haben sich ja nicht herausgenommen, wie wir bei Corona gesehen haben. Die werden da einfach mitziehen. Es gab einen Antrag. Es gab einen Antrag dieser beiden Pharmaunternehmen bei der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA.

Und zwar bereits vor über einem Jahr.
Im September 2023. Und am 9. Dezember 2023 startete offiziell das Zulassungsverfahren. Das Zulassungsverfahren wurde offiziell gestartet. Und die Medien haben dies, sofern sie darüber überhaupt berichtet haben, als großen Fortschritt bejubelt. Die Apothekerzeitung, die deutsche Apothekerzeitung zeigte sich hoffnungsfroh, daß hier etwas Positives kommen könnte. Es gab absolut gar keine kritischen Stimmen. Es gab keine kritischen Stimmen. Aber vor allem gab es keine große Aufmerksamkeit auf diese Beantragung bei der EMA.
Was ging dem Ganzen voraus? Dem Ganzen ging voraus, daß zuerst wurde es an Mäusen getestet. Dann wurde es an 16.000 Vietnamesen getestet. Es gab eine Kontrollgruppe in Vietnam. 16.000 Personen. Unmittelbar danach ging man jetzt in Japan auf die breite Bevölkerung los. Und seit 1. Oktober wird in Japan gespritzt. Nun soll es dann nach Europa kommen. Und die Pharmabosse, die Pharmabosse, sie jubilieren. Sie freuen sich. Beispielsweise, ich zitiere, die bahnbrechenden mRNA-Impfstoffe nach Europa würden durch die EMA-Bestätigung einen Schritt näher gebracht werden, sagte eine Leiterin beim Konzern CSL.
Zitat: "Die Genehmigung der Vermarktungsvorlage von Akt 154, (so wird diese Impfung genannt), durch die EMA markiert einen weiteren bedeutenden Schritt in der Entwicklung dieser bahnbrechenden mRNA-Impfstofftechnologie", sagte Joseph Payne, Präsident und CEO von Acturus.
Und dieser CEO von Acturus, Joseph Payne, betont, daß seine neue Genspritze dann wichtig sein werde, Zitat: "Wenn neue besorgniserregende Varianten entstehen". Alles klar?
Neue besorgniserregende Varianten. Wenn die entstehen, dann wird diese ganz neuartige Impfung an Bedeutung gewinnen. Und wir wissen, was wieder kommen wird. Wenn sie jetzt schon sagen, ja, die Leute wollen das nicht mehr, die spielen nicht mehr mit, ja, es wird wieder neue Panik geschürt, es kommt dann irgendwo aus Asien oder aus Afrika oder sonst irgendwo kommt eine neue Variante. Wie er es eben beschreibt, eine neue besorgniserregende Variante. Und die neue besorgniserregende Variante führt wieder zu Panik, unterstützt von Politik und Medien. Und dann kommt diese neue Injektion.
Glauben Sie wirklich, daß niemand diesen Impfstoff annehmen würde? Glauben Sie wirklich? Sehen Sie sich mal um auf der Straße.
Und jetzt ergibt auch alles einen Sinn. Es ergibt einen Sinn, warum das Corona-Regime stoisch seinen Weg gegangen ist, obwohl vollkommen klar war, daß sie das nicht ewig durchhalten können. Aber sie sitzen alles aus. Und darum führen sie auch überall diesen E-Impfpaß ein, den elektronischen Impfpaß. Darum werden überall unsere Vorgänge des täglichen Lebens, unsere Bewegungen werden an die Digitalisierung gekoppelt. Darum werden auch die gewissen Akten nun freigegeben.
Darum konnte man die RKI-Files einfach freigeben oder freiklagen. Die Frage war, warum geht das überhaupt, wenn es doch so geheime Verschlußsache ist. Es gibt Dokumente - Sie wissen von verschiedenen Mordfällen, von verschiedenen Ereignissen in der Geschichte. Die sind 100 Jahre unter Verschluß, da können Sie nichts einklagen. Warum ging das bei den RKI-Files? Weil es ihnen einfach egal ist. Weil es ihnen vollkommen egal ist. Weil sie längst wissen, daß da etwas auf uns zukommt, das das Spiel wieder komplett verändern wird.
Sie wissen auch, daß sie eine unglaubliche Zensur wieder beginnen werden. Wenn Sie verschiedene Inhalte in den letzten Monaten dann trotzdem auf Facebook oder YouTube oder diesen Kanälen konsumieren konnten, das wird wieder vorbei sein. Die Berichterstattung über diese neue Spritze wird man mit einer unglaublichen Zensur belegen. ...
Es wird Verbote geben, darüber zu sprechen. Meine Ankündigung diese Woche, daß wir über eine neue mRNA-Injektion sprechen werden, führte dazu, daß dieses Video bei TikTok beispielsweise gelöscht wurde. Und was kommt auf uns zu? Was kommt auf uns zu? Es kommt gesellschaftliche Spaltung in einer Qualität, wie wir das noch nie erlebt haben. Sie wissen, daß

der Plan der Globalisten immer bedeutet, teile und herrsche. Da haben wir die Migrationswaffe dabei, da haben wir Arm gegen Reich, da haben wir Oben gegen Unten. Da haben wir vor allem auch Geimpfte gegen Ungeimpfte.
Möge die ganze Republik mit dem Finger auf Sie zeigen und so weiter und so fort. Sie kennen das noch. Erinnern Sie sich zurück, wie es war.
Aber es wird noch viel schlimmer, wenn wir jetzt schon nach Japan sehen, wo erst seit zwei Wochen diese neue Geninjektion in die Menschen hineingespritzt wird.
In Japan gibt es erste Geschäfte, die groß ausschildern, daß Personen, die diese neue mRNA-Injektion genommen haben, nicht mehr das Geschäft betreten dürfen oder daß sie Dienstleistungen nicht mehr an Geimpfte geben, weil die Ungeimpften nicht mit den Geimpften in Kontakt kommen wollen.
Das ist die perfekte und perfideste und abartigste Spaltung, die man sich nur vorstellen kann. Also was tun? Was tun wir? Diesmal wissen wir es rechtzeitig. Und wir wissen, daß Aufklärung und Widerstand dazu führen kann, daß auch bereits fest vorgenommene Vorhaben zu Fall gebracht werden. Wir haben verstanden, daß Wissen Macht ist. Sie haben das verstanden, weil Sie sich Sendungen wie diese ansehen.
Wir als alternative Medien haben das verstanden. Und der Widerstand und die Freiheitsbewegung, die mit beeindruckenden Demonstrationen die Straßen erobert hat, auch die haben verstanden, daß Wissen Macht ist. Und wir müssen dieses Wissen hinaus zu den Menschen bringen, die wieder abgeschaltet haben. Viele von Ihnen haben vielleicht auch abgeschaltet, um zu regenerieren und um zu erholen. Aber womöglich genau für diesen Zeitpunkt jetzt, in den nächsten Monaten. Denn wir müssen mit Informationen die Menschen erreichen. Und Sie wissen, daß entscheidende Informationen zum entscheidenden Zeitpunkt Leben retten können.
...
Die Corona-Lügen, die müssen in sich zusammenbrechen, denn das Narrativ, daß Corona eine tödliche Pandemie ist, das ist die Grundlage für alles, was sie heute tun, auch wenn sie neue Impfstoffe zu uns bringen. Die Grundlage ist immer, Corona ist eine tödliche Pandemie und jeder wird jemanden kennen, der an Corona gestorben ist. Das ist die Lüge. Aber sie wurde nie in den Massenmedien als Lüge überführt. Deswegen bleibt diese Aufgabe bei uns, bei den alternativen Medien, bei der Aufklärungsbewegung, bei den Aktivisten, bei den Ärzten, bei den Anwälten, bei den Mutmenschen in diesem Land. ...<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Biden bezeichnet Trump-Anhänger als "Müll"**
Von *Daniell Pföhringer*
Eskalation im US-Wahlkampf! Präsident Joe Biden über Trump-Anhänger: "Der einzige Müll, den ich da treiben sehe, sind seine Anhänger." Will er aber angeblich gar nicht so gemeint haben …
Eskalation: Hillary Clinton bezeichnete die Anhänger von Donald Trump einst abfällig als "deplorables" ("Bedauernswerte"), doch nun hat US-Präsident Joe Biden noch einen draufgelegt. Für ihn sind die Wähler des Republikaners schlichtweg "garbage" ("Müll").
Wörtlich sagte Biden in einem Wahlkampf-Telefonat mit Vertretern der Latino-Community:
"Der einzige Müll, den ich da treiben sehe, sind seine Anhänger."
Dies nahm Bezug auf den Witz eines Trump-nahen Comedians, der Puerto Rico als im Ozean schwimmende Insel aus Müll bezeichnet hatte.
Später ruderte Biden zurück: Er habe nicht die Anhänger selbst, sondern Äußerungen mit "Dämonisierung von Latinos" gemeint. Wer's glaubt, wird selig …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**5 Fakten über Trump, die kaum einer kennt**

Von *Daniell Pföhringer*

Über Donald Trump sind unzählige Biographien geschrieben worden, seine Gegner überziehen ihn mit Haß und Hetze. …

Donald Trump spielte in einem "Kevin-Film" mit, bezeichnete Nordkoreas Diktator Kim Jong-un als "kleinen Raketenmann", spielt gern Golf, liebt Cheeseburger und den Song "YMCA" von den Village People. Weiß so gut wie jeder. Es gibt aber auch Storys und Fakten rund um den Ex-Präsidenten, die weitgehend unbekannt sind.

1. Papa und der Ku-Klux-Klan

Donald Trump wird von seinen Gegnern ständig als Rassist, mitunter sogar als Faschist bezeichnet. Dabei hat er in seiner Amtszeit beispielsweise für eine historisch hohe Beschäftigungsrate unter Afroamerikanern gesorgt. Unter seinen Anhängern und Team-Mitgliedern befinden sich einige Schwarze, und auch aus der traditionell konservativen Latino-Community erfährt er immer mehr Zuspruch.

Kaum einer weiß, daß Trump und vor allem sein Vater schon in den 1970er Jahren als Rassisten verunglimpft wurden. Der britische Literaturprofessor Will Kaufman behauptet, daß der New Yorker Immobilienunternehmer Fred Trump, Donalds Herr Papa, bei der Vermietung die sogenannten FHA-Richtlinien gegen die "unharmonische Verwendung von Wohnungen" angewandt habe. Diese erlaubte es damals Hausbesitzern, bestimmte Minderheiten als Mieter abzulehnen. So seien laut Kaufman "lilienweiße Nachbarschaften" entstanden.

Das sei auch dem bekannten Protestsänger Woody Guthrie aufgefallen, der zwei Jahre lang Mieter in Fred Trumps Apartmentkomplex Beach Haven in Brooklyn war. Guthrie-Biograf Kaufman schreibt, daß in dessen Nachbarschaft praktisch keine Schwarzen mehr lebten und führt dies auf die angeblich rassistische Wohnungsvergabepolitik Trumps zurück. Es gibt sogar Gerüchte, nach denen Fred Anhänger des Ku-Klux-Klan gewesen sein soll, was Donald allerdings bestreitet. 1927 soll der Vater als 22-Jähriger am Rande eines Aufmarsches der weißen Kapuzenträger in New York verhaftet worden sein.

Gegen Donald Trump kamen erstmals 1989 im Rahmen der Affäre um die sogenannten Central Park Five Rassismusvorwürfe auf. Damals wurden fünf farbige Jugendliche verdächtigt, eine junge weiße Joggerin im New Yorker Central Park brutal vergewaltigt zu haben. In ganzseitigen Zeitungsinseraten forderte Trump die Todesstrafe für die Gruppe, die später allerdings freigesprochen wurde. Trump selbst glaube das nicht. Noch im Wahlkampf 2016 erklärte er: "Sie sind schuldig. Das haben sie bei ihrem ersten Polizeiverhör auch zugegeben."

2. Trump wäre beinahe Deutscher geworden

Donald Trump hat deutsche Wurzeln, auf die er erklärtermaßen stolz ist. Sein Großvater Friedrich (später Frederick), Sohn eines Winzers, wanderte während des Goldrausches am Klondike aus dem pfälzischen Kallstadt nach Nordamerika aus und erreichte im Mai 1898 die Stadt Bennett in der kanadischen Provinz British Columbia, um von dort aus per Boot auf dem Yukon nach Dawson an der Mündung des Klondike River weiterzureisen.

In COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" heißt es dazu weiter: "Frederick suchte jedoch nicht nach Gold, sondern machte gemeinsam mit seinem Partner Ernest Levin Geschäfte mit den Schürfern. Sie eröffneten das New Arctic Restaurant and Hotel und boten den Glücksrittern Kost und Logis. Die Einnahmen flossen unaufhörlich."

Da Frederick jedoch ahnte, daß der Goldrausch am Klondike nur von kurzer Dauer sein würde, ging er 1901 zurück nach Kallstadt, wo er sich in die elf Jahre jüngere Elisabeth Christ verliebte, die er bald darauf in Ludwigshafen heiraten sollte. Der Winzersohn, der in Amerika inzwischen zu Wohlstand gekommen war, kehrte mit seiner Frau in die USA zurück, doch

bereits 1904, nach der Geburt ihrer Tochter Elizabeth, zog es die Eheleute wieder in die Pfalz, wo sich der von Heimweh geplagte Hotelier um seine Wiedereinbürgerung bemühte.
Vergeblich, wie man in COMPACT-Spezial "Trump" nachlesen kann, denn man unterstellte ihm Drückebergerei: "Er habe das Land vor Erreichen des wehrfähigen Alters verlassen und sei erst wiedergekommen, als man ihn nicht mehr habe einziehen können. Grundlage war ein Beschluß des bayerischen Innenministeriums von 1886, wonach wehrpflichtigen US-Auswanderern die Staatsbürgerschaft und die Aufenthaltsberechtigung entzogen wurden. Deswegen wurden die Trumps 1905 aus dem Deutschen Reich in die USA ausgewiesen."
Friedrich und Elisabeth ließen sich daraufhin im New Yorker Stadtteil Queens nieder, wo noch im selben Jahr ihr Sohn Frederick Jr., genannt Fred, der Vater von Donald Trump, geboren wurde. Hätte man Frederick senior wieder in Reichsgebiet wohnen lassen, wäre Donald heute deutscher Staatsbürger und womöglich Pfälzer Weinbauer oder Hotelier.

3. Trump und die Tesla-Patente

Während des Zweiten Weltkriegs war Donald Trumps Onkel, John G. Trump, ein maßgeblicher Akteur bei der Entwicklung der Mikrowellen-Technologie. John arbeitete als Physiker und Elektrotechniker am weltberühmten MIT in Cambridge, Massachusetts, und war an der Entwicklung von Radar- und Mikrowellensystemen beteiligt, die während des Krieges genutzt wurden.
Am 7. Januar 1943 starb der Erfinder Nikola Tesla mittellos in einem New Yorker Hotel. Zwei Tage darauf bat man MIT-Professor Trump, den Nachlaß des serbischstämmigen Ingenieurs zu begutachten. Darunter soll sich auch eine angebliche Massenvernichtungswaffe befunden haben, die Tesla "Todesstrahl" nannte. Man fürchtete, daß diese Technologie in die Hände des Feindes gelangen könnte.
Nach einer dreitägigen Untersuchung kam John Trump zu dem Schluß, daß diese Sorge unbegründet sei, da er bei Tesla keine solche Wunderwaffe oder Konstruktionspläne dafür gefunden habe. Was dann mit den Akten des Erfinders geschah und was überhaupt genau drinstand, ist bis heute ein Geheimnis und Anlaß zahlreicher Spekulationen, zumal sich das FBI der Angelegenheit annahm. Manche behaupten John G. Trump habe sich Tesla-Patente gesichert, wofür es jedoch keine hinreichenden Belege gibt.
Nachdem das FBI jahrelang Fragen zu möglichen Vertuschungen ausgewichen war, gab es 2016 schließlich auf Grundlage des Freedom of Information Act rund 250 Seiten Tesla-bezogener Dokumente frei. Es folgten zwei weiteren Veröffentlichungen, die letzte im März 2018. Dennoch bleiben viele Fragen offen - und einige von Teslas Akten sind immer noch verschwunden. …
Donald Trump will den Ukraine-Krieg auf dem Verhandlungsweg beenden und den Nahost-Konflikt befrieden. Diese Initiativen haben maßgeblich dazu beigetragen, daß er einen Kiew-Skeptiker wie J. D. Vance, seinen Running Mate und Vizepräsidentenkandidaten, und die Kriegsgegnerin und Ex-Demokratin Tulsi Gabbard auf seine Seite ziehen konnte.
Kaum einer aber weiß, daß sich Trump schon in den 1980er Jahren für nukleare Abrüstung und Entspannung einsetzte. In COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" lesen Sie dazu:
"Schon 1984 hatte Trump bei verschiedenen Gelegenheiten die nukleare Abrüstung als das für ihn wichtigste politische Thema bezeichnet. Sein Onkel John G. Trump, ein angesehener Physiker, hatte ihn für die Gefahr eines weltweiten Atomkriegs sensibilisiert.
"Mit ganzseitigen Anzeigen, die er in verschiedenen Zeitungen schaltete, setzte er sich für ein Ende des Wettrüstens ein. 1986 lud der Unternehmer den Friedensnobelpreisträger Bernard Lown in den New Yorker Trump Tower und eröffnete ihm seine Idee, als US-Botschafter in der UdSSR den Kalten Krieg 'innerhalb einer Stunde' zu beenden. Anfang Juli 1987, ausgerechnet zum US-Nationalfeiertag, reiste der Immobilien-Tycoon dann auf Einladung des so-

wjetischen UNO-Botschafters erstmals selbst nach Moskau."
Über diese Reise in die UdSSR sind zahlreiche Gerüchte ins Kraut geschossen, die im Rahmen der sogenannten Rußland-Affäre 2019 wieder aufgekocht wurden. Laut dem sowjetischen Überläufer Viktor Suworow soll der New Yorker Immobilien-Tycoon damals in dem vom KGB betriebenen Hotel National nahe dem Roten Platz untergekommen sein.
Dies sei dafür bekannt gewesen, daß dort Ausländer ausgehorcht und mit Sex-Partys kompromittiert worden seien. Dies könne auch im Falle Trumps so gewesen sein, heißt es. Die Story hat einen Haken: Der spätere US-Präsident wurde bei dem Trip in die Sowjetunion von seiner damaligen Ehefrau Ivana begleitet. Daß er in eine Honigfalle getappt sein könnte, ist also überaus unwahrscheinlich.

5. Das Phantom im Trump Tower

Im Präsidentschaftswahlkampf 2016 ist Journalisten aufgefallen, daß bei Trump-Events ziemlich viele Songs des britischen Musical-Komponisten Andrew Lloyd Webber gespielt werden. Manche spekulierten, der Grund dafür könnte sein, daß Lloyd Webber - ebenso wie sein Musikerkollege Elton John, der auch auf der Republikaner-Playlist stand - ein Apartment im New Yorker Trump Tower besitze.
Doch auch diese Story hat einen Haken: Erstens verkaufte Lloyd Webber sein dortiges Apartment schon 2010 für 16,5 Millionen Dollar. (Seine Frau, Madeleine besitzt dafür jetzt ein kleineres Apartment in einem anderen Trump-Gebäude in New York.) Und zweitens war Trump schon ein Fan des Komponisten, bevor dieser die Wohnung im Trump Tower 1989 kaufte.
In seinem Buch "Denk wie ein Milliardär" aus dem Jahr 2004 würdigte Trump dessen Musical "Evita" aus den frühen 1980er- Jahren: "Meine Lieblings-Broadway-Show ist 'Evita' von Andrew Lloyd Webber mit Patti LuPone in der Hauptrolle. Ich habe sie sechsmal gesehen, die meiste Zeit mit Ivana. 'Evita' läuft derzeit nicht am Broadway, aber ich hoffe, daß sie es wieder aufleben lassen. Und 'Das Phantom der Oper' war großartig!"
Letzteres Musical hat Trump nach eigenen Angaben sogar 15-mal angeschaut. Die wahrscheinlichste Erklärung für die Playlist 2016 ist also, daß Trump die Lieder von Andrew Lloyd Webber einfach unglaublich gerne mag.
Lassen Sie sich nicht von der Lügenpresse hinter die Fichte führen. In COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" lesen Sie die Wahrheit über den 45. und höchstwahrscheinlich 47. Präsidenten der USA.<<

Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**Israels nächster Krieg**

Zuerst Gaza, dann Libanon, dann Iran. Vorabdruck aus der Novemberausgabe von COMPACT-Magazin. Zuerst Gaza, dann Libanon, schließlich der Iran: Die Netanjahu-Regierung nimmt ein Land nach dem anderen ins Visier und schert sich nicht ums Völkerrecht.
_ von *Michael Brück*
Eine Wiederholung von 1982 und 2006: Es war der dritte Angriffskrieg gegen den Libanon, den Israel in der Nacht auf den 30. September 2024 anzettelte. Bodentruppen überschritten die "Blaue Linie", jene von der UN an der Grenze beider Länder gezogenen Demarkation, und versuchten, in den Süden des Nachbarstaates einzudringen. Weit kamen sie an diesem Tag - und auch in den Wochen danach - nicht, zu heftig ist die Gegenwehr des militärischen Arms der Hisbollah, der Kampfeinheiten der sogenannten Partei Gottes.
"Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Seite aufs Schärfste." Sergei Lawrow
Ganz anders das Bild in der Luft, wo der Aggressor überlegen ist: Massenhafte Bombenangriffe mit schweren Zerstörungen, kaum ein Ort im Libanon ist sicher. Besonders betroffen sind die schiitischen Gebiete südlich von Beirut, doch selbst das im Norden gelegene Tripoli, mehrheitlich von Anhängern der zweiten großen Richtung des Islams, den Sunniten, bewohnt,

bleibt nicht verschont. Ein Jahr nach der Zuspitzung des Gaza-Krieges verschärft sich die Situation in Nahost dramatisch - mit dem Potential, einen Flächenbrand auszulösen.

Netanjahu sucht die Eskalation

Kleinere Scharmützel zwischen den Nachbarländern sind seit vielen Jahren an der Tagesordnung. Als Reaktion auf Netanjahus Gaza-Offensive im Oktober 2023 eröffnete die Hisbollah eine sogenannte Unterstützungsfront für die Hamas, ohne jedoch den direkten Krieg zu erklären. Ziel war vielmehr, israelische Truppen an der Nordgrenze zu binden und dadurch die Regierung in Jerusalem zu einem Waffenstillstand in Gaza zu drängen. Das Schicksal der Schiitenmiliz und der mehrheitlich sunnitischen Palästinenser ist eng miteinander verbunden: Wird ein Akteur vernichtend geschlagen, kann sich Israel mit seiner gesamten Kraft dem verbliebenen Gegner widmen.

Zwischen Oktober 2023 und September 2024 wurde mehrmals erfolglos versucht, eine Waffenruhe in Gaza - und damit auch ein Ende der Konfrontationen an der libanesischen Grenze - auszuhandeln. In Israel selber kam es zu Massenprotesten, die eine Friedenslösung im Austausch gegen die Freilassung der weiterhin rund 100 nach Gaza verschleppten Geiseln forderten. Unterschiedlichste Staaten unterstützen diese Bemühungen, die jedoch allesamt von der Führung in Jerusalem harsch abgelehnt wurden.

Für den innenpolitisch umstrittenen Premier Benjamin Netanjahu, der wegen zahlreicher Korruptionsvorwürfe vor dem politischen Aus stand, kam der Hamas-Einmarsch in Gaza am 7. Oktober 2023 wie gerufen: Plötzlich konnte er eine Notstandsregierung - mit sich selbst an der Spitze - bilden und saß wieder fest im Sattel.

"Freunde halten zusammen - besonders in schweren Zeiten." Friedrich Merz

Das Lage von Netanjahu erinnert an die Situation des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski: Würde der Krieg enden, wären die Tage seiner Herrschaft gezählt. Beide versuchen daher, den Konflikt immer weiter zu eskalieren. Zumal sich in den zwei Regionen die gleichen Machtblöcke gegenüberstehen: Auf der einen Seite der politische Westen, verkörpert durch Israel und seine Schutzmacht USA, auf der anderen die multipolare Allianz um Rußland, China und den Iran. So waren es etwa die russische Armee, iranische Revolutionsgarden und die Hisbollah, welche im syrischen Bürgerkrieg Präsident Baschar al-Assad zur Hilfe eilten und die von Washington geplante Farbenrevolution niederschlugen.

Netanjahu, der sich ursprünglich gut mit Putin verstand und bis 2022 in der Ukraine weitgehend Neutralität übte, steht mittlerweile voll hinter Selenski und schickt auch Waffen. Daß Moskau über die jüngste Aggression des Likud-Premiers wenig erfreut ist, überrascht daher nicht. "Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Seite aufs Schärfste, da es die Souveränität unseres befreundeten Landes Libanon eklatant verletzt", erklärte Außenminister Sergej Lawrow im Oktober in einer Sitzung des UN-Sicherheitsrates.

Klarstellungen zur Hisbollah

In den westlichen Medien wird die Hisbollah ausschließlich als Terrororganisation dargestellt, in der BRD ist sie deswegen verboten (obwohl sie hier noch keinen einzigen Anschlag verübt hat). Tatsächlich hat die Organisation zwar einen militärischen Arm, sie ist aber auch eine politische Partei und vor allem eine Hilfsorganisation, die in nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Angebote bereitstellt: Sie schuf, als das Land in Folge des Bürgerkriegs 1982 wirtschaftlich am Boden lag, Strukturen, die breiten Bevölkerungsteilen einen Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten garantierten, selbst die Müllabfuhr wurde von ihr organisiert.

Dabei strebt die Hisbollah, die mit 15 von 128 Sitzen im Parlament vertreten ist, eine "Gemeinschaft aller gläubigen Muslime" an - was jedoch nicht gleichbedeutend mit der Errichtung eines Gottesstaates und der Vertreibung anderer Religionen ist, im Gegenteil: Etwa 40 Prozent der Bevölkerung der Zedernrepublik gehören verschiedenen christlichen Konfessio-

nen an, deren wichtigste Vertreter mit der Hisbollah kooperieren. Dazu gehört der frühere General Michel Aoun, von 2016 bis 2022 Staatspräsident des Landes. Sein Free Patriotic Movement ist derzeit mit sechs Ministern an der Regierung beteiligt, übrigens gemeinsam mit der Hisbollah, die zwei der 24 Minister stellt.
Der aktuelle Einmarsch in den Libanon war keine spontane Reaktion auf Zusammenstöße im Grenzgebiet, sondern wurde von langer Hand geplant. So lange, daß es dem Mossad in einer schon vor 15 Jahren begonnen Operation gelang, die interne Kommunikation der Hisbollah mit präparierten Pagern (Nachrichtenempfangsgeräten) zu infiltrieren, um diese zwei Tage vor Beginn des israelischen Einmarschs gezielt explodieren zu lassen.
Nasrallah hat angeblich kurz vor seiner Ermordung einem Waffenstillstand zugestimmt.
Im Wochentakt überschreitet Israel zudem rote Linien, um auch den Iran herauszufordern - im Frühjahr 2024 mit der Bombardierung der iranischen Botschaft in der syrischen Hauptstadt Damaskus, Ende Juli mit dem tödlichen Mossad-Anschlag auf den als Gast in Teheran eingeladenen Hamas-Chef Ismail Hanija, schließlich mit der Ermordung von Hisbollah-Anführer Hassan Nasrallah am 27. September in Beirut. Um ihn in seinem Bunker 50 Meter unter der Erdoberfläche auszuschalten, bombten die Israelis einfach die darüber befindlichen Wohnblöcke weg.
Dabei starben 300 Zivilisten, darunter Frauen und Kinder. Der libanesische Außenminister Abdallah Bou Habib, ein langjähriger Mitarbeiter der Weltbank und keineswegs antiwestlich eingestellt, sagte Anfang Oktober gegenüber CNN, Nasrallah habe wenige Tage vor seiner Ermordung einem 21-tägigen Waffenstillstand zugestimmt. Wurde er deswegen getötet - also nicht, weil er dem Frieden im Wege stand, sondern dem Krieg?
Die Führung in Teheran reagierte bis dato besonnen: Bei ihren Gegenschlägen nach den Attentaten auf Hanija und Nasrallah mit Drohnen und Raketen gab es kaum Kollateralschäden in Israel, weil nur Militäreinrichtungen attackiert wurden. Das hält Netanjahu nicht davon ab, seinerseits weiter zu eskalieren und mit Angriffen auf Öl- und Atomforschungsanlagen zu drohen, was im besten Fall zu Umweltkatastrophen, schlimmerenfalls zu radioaktiver Verseuchung großer Landstriche führen könnte. Doch die Schüsse könnten nach hinten losgehen: Der hochgerüstete und innenpolitisch geschlossene Erzrivale Iran ist nicht mit dem Irak Saddam Husseins im Jahr 2003 oder dem ohnehin destabilisierten Syrien 2011 vergleichbar.

Komplizen in Berlin

Angesichts der drohenden Ausweitung des Krieges haben 40 Staaten in einer gemeinsamen Erklärung den israelischen Angriff auf Libanon verurteilt. Auch die Bundesregierung müßte eigentlich alle diplomatischen Hebel in Bewegung setzen, um zu deeskalieren. Aber weit gefehlt: Außenministerin Annalena Baerbock stellte zwar fest, daß die Lage im Nahen Osten "brandgefährlich" sei, verkündet aber im gleichen Atemzug weitere Waffenlieferungen an Israel.
Möchtegern-Kanzler Friedrich Merz sieht sich sogar bedingungslos an die Seite des zionistischen Staates: "Freunde halten zusammen - besonders in schweren Zeiten." Daß Israel Mitte Oktober selbst UN-Blauhelme im Libanon attackierte, bei denen auch Bundeswehrsoldaten dienen, änderte an dieser Haltung bis Redaktionsschluß nichts. Auf einen Völkerrechtsbruch mehr oder weniger kommt es offensichtlich nicht an. Die Unterstützung Israels ist BRD-Staatsräson - komme, was da wolle.

Schon vorher eine Schreckensbilanz

Bereits vor dem Einmarsch der israelischen Armee wuchs der Blutzoll der libanesischen Zivilbevölkerung durch Luftangriffe, wie Amnesty International in einer Stellungnahme vom 27. September 2024 bilanzierte.
"Allein am Montag, den 23. September, wurden nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums mindestens 558 Menschen, darunter 50 Kinder und 94 Frauen, durch israe-

lische Angriffe im Libanon getötet. Mehr als 1.800 Menschen wurden verletzt. Fast 500.000 Menschen wurden aus dem Südlibanon, der Bekaa-Region und anderen Regionen vertrieben. Israel führte allein am ersten Tag der Militäroperation mehr als 1.600 Angriffe auf den Libanon durch.

Auch die Hisbollah hat ihre Angriffe auf Israel deutlich verstärkt und mehr als 200 Raketen abgefeuert. Nach israelischen Medienberichten wurden mindestens 15 Menschen verletzt - die meisten durch Granatsplitter oder Trümmer, andere beim Versuch, sich in Sicherheit zu bringen. Seit Oktober vergangenen Jahres sind rund 63.000 Menschen aus dem Norden Israels durch Angriffe aus dem Libanon vertrieben worden.

Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 10. September 2024 wurden bei den israelischen Angriffen auf den Südlibanon und die Bekaa-Region nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums und der Vereinten Nationen mindestens 137 Zivilpersonen getötet."

Scharfe Kritik daran kommt von Sahra Wagenknecht, während die AfD-Spitze eine eher proisraelische Position einnimmt. Wenigstens stellte Alice Weidel gegenüber Welt-TV klar, daß auch ihre Partei deutsche Waffenlieferungen an Israel ablehnt. Damit vertreten die beiden Oppositionsführerinnen die Ansichten ihrer Basis: Laut einer aktuellen Umfrage von Infratest dimap halten 88 Prozent der BSW-Anhänger sowie 81 Prozent der AfD-Wähler Israel nicht für einen vertrauenswürdigen Partner.

_ Michael Brück zählt zu den Köpfen der Freien Sachsen. In COMPACT 10/2024 schrieb er zur Lage im BSW.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. Oktober 2024 (x1.417/…): >>**Hampels Rückblick _ Mauerbauer**

"Wie funktioniert eigentlich die Mauer?", wollte ich von meinem alten Bekannten Ahmed wissen. Viele Jahre zuvor hatte ich den Diplomaten in Bonn kennengelernt und seitdem nicht wiedergesehen. Nun trafen wir uns nicht ganz zufällig beim Galadiner des jordanischen Königs in Amman wieder, zu dem King Abdullah zu Ehren der deutschen Kanzlerin Angela Merkel geladen hatte. Als außenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag war ich in jenem Juni 2018 Teil der deutschen Delegation.

"Viele wissen nicht mehr, wovon sie leben sollen."

Merkel ging es bei der Visite vornehmlich um die Flüchtlingssituation in Jordanien und im Libanon. Beide Länder hätten, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung, viel mehr Menschen aufgenommen als die Bundesrepublik, so die Kanzlerin sinngemäß - da sollten sich die Deutschen mal nicht so aufregen. "Die Platte kenne ich schon", bemerkte ich zu Ahmed, "Merkel verkennt, daß eure Flüchtlinge zu arabischen Brüdern kommen, in eine arabische Welt. Mit Deutschland ist dies gar nicht zu vergleichen. Aber zurück zu meiner Frage, mein Freund. Wie steht es nach deiner Einschätzung mit den Palästinensern im Westjordanland"?

Ahmeds Erzählungen deckten sich mit meinen Erfahrungen. Bei meinem Abstecher hinter die Mauer sah ich in den Augen der Palästinenser nur blanken Haß auf die Erbauer. Ich erinnerte mich, wie ich von einem israelischen Major über die Riesenbaustelle geführt wurde. Dort, wo noch keine Pfosten in den Himmel ragten, hatten sich Soldaten der Israel Defense Forces einen Unterstand errichtet. Beim Anblick der mannshohen Sandsackmauern, Schießscharten und MG-Nester drängte sich mir die Frage auf, wer hier eigentlich der Eingemauerte sei - die Soldaten in oder die Palästinenser außerhalb der Igelburg.

Knapp 15 Jahre zuvor war ich als ARD-Hauptstadtkorrespondent vom israelischen Generalstab eingeladen worden. Ein Punkt der Reise war ein Besuch jener Demarkationslinie, welche die Israelis seit 2002 zwischen Jerusalem und der Westbank zum Schutz vor Terroranschlägen errichteten.

Seitdem fraß sich ein bis zu neun Meter hohes Draht-, Stahl- und Betonmonster Kilometer für

Kilometer durch beschlagnahmte palästinensische Felder und Wohngebiete. "Tausende von Palästinensern sind deswegen enteignet worden", beklagte sich Ahmad, "ihre Häuser und Felder wurden plattgewalzt, ganze Ortschaften sind zer- oder abgeschnitten. Wer hinter der Mauer noch Landwirtschaft betreiben will, ist auf das Wohlwollen der israelischen Soldaten an den extra errichteten Durchlaßtoren angewiesen. Viele, sehr viele wissen nun nicht mehr, wovon sie leben sollen."
Beim Gespräch mit den Soldaten in ihren Unterständen war mir noch etwas aufgefallen. Die unordentlichen Uniformen, das extrem lässige Auftreten, das nicht zu den unsicheren Blicken der jungen Männer paßte, und eine generell nicht straff erscheinende Disziplin hatten mit der Elitetruppe, wie ich sie bei meinen früheren Besuchen in Israel kennengelernt hatte, nichts mehr zu tun.
Die Männer eines General Mosche Dajan oder Jitzchak Rabin gab es schon vor zehn Jahren nicht mehr. Ich ahne, wie schlecht es um die Moral der Truppe heute bestellt ist.
Die schockierendste Info aber bekam ich damals von dem jungen israelischen Major. Auf seine Frage, was ich von dem Bauwerk hielte, antwortete ich sinngemäß, daß er einen Deutschen besser nicht fragen solle, was der von einer Mauer halte. Und ich fügte hinzu: "Da können sie sich ja gleich die Schergen holen, die bei uns in Berlin das Original gebaut und gewartet haben. Die sind jetzt alle arbeitslos." Über das Gesicht des Offiziers huschte ein Lächeln. "Die haben wir doch längst engagiert".
*_ Armin-Paul Hampel (*1957) war für RTL und Sat.1 Parlamentskorrespondent in Bonn, bevor er 1991 als Chefreporter zum MDR ging. Ab 1999 arbeitete er als Parlamentskorrespondent des neuen ARD-Hauptstadtstudios in Berlin. Hampel war fünf Jahre lang Landesvorsitzender der AfD-Niedersachsen und außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<

31.10.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Sprengstoffanschlag in Berlin vereitelt: Offene Grenzen gefährden unser Leben!**
Erneut ist Deutschland offenbar haarscharf einer Katastrophe entgangen: Ein wahrscheinlich 30-jähriger Täter, der nun mit Überwachungsfotos gesucht wird, flüchtete am Mittwoch in Berlin-Neukölln vor einer Polizeikontrolle und verlor dabei eine Tasche mit dem hochexplosivem Sprengstoff TATP. Das Pulver, das auch bei islamistischen Terroranschlägen in Brüssel und im Pariser Bataclan genutzt wurde, wird in Polizeikreisen als "Mutter des Satans" bezeichnet. Auch beim versuchten Angriff auf das Taylor-Swift-Konzert in Wien wurden Rückstände des Sprengstoffs gefunden.
Die Liste der versuchten oder ausgeführten islamistischen Terroranschläge des Jahres 2024 wird damit immer bedrückender: Im Mai der Mannheimer Messerangriff auf den tödlich verletzten Polizisten Rouven Laur und den schwer verletzten Islamkritiker Michael Stürzenberger. Im August der Anschlag von Solingen mit drei Toten. Im September der Anschlag in Linz am Rhein und der Angriff auf das israelische Generalkonsulat in München. Und erst vor zwölf Tagen nahm die Polizei einen Mann fest, der ein Schußwaffen-Attentat auf die israelische Botschaft in Berlin geplant haben soll.
Wie lange soll dieser entsetzliche Alltag noch weitergehen? Es sind die etablierten, migrationsbegeisterten Parteien von der CDU bis zur Ampel, die uns dieses Desaster eingebrockt haben. Mit jedem Tag, der vergeht, spazieren weitere potentielle Islamisten in aller Seelenruhe über unsere Staatsgrenze. Die AfD wird sich niemals daran gewöhnen: Wir werden den Islamismus-Import stoppen, unsere Grenzen schützen und islamistische Gefährder abschieben!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.410/…): >>**Kindergeld-Zahlungen ans Ausland schon bei 525 Millionen €: Unsere Kinder zuerst!**

Welches Land der Welt läßt sich auf eine solche Weise ausnutzen? 525,7 Millionen Euro wurden allein im vergangenen Jahr als Kindergeld-Zahlung an ausländische Konten überwiesen - das zeigt eine Auswertung der Bundesagentur für Arbeit. Zum Vergleich: Im Jahr 2010 waren es 35,8 Millionen Euro. Die Zahlungen sind somit auf mehr als das 14-Fache gestiegen! Während Faeser und Scholz die Bevölkerung einlullen und Maßnahmen gegen die massenhafte Sozialmigration vorgaukeln, wird unser Land in Wahrheit immer krasser ausgebeutet. Die Gesamtzahlungen zwischen 2010 und 2024 betragen mehr als vier Milliarden Euro.

Für uns steht es vor dem Hintergrund dieser Zahlen außer Frage: Wir müssen jegliche Mißbrauchsfälle durch ausländische Kindergeld-Bezieher unterbinden und uns mit höchster Priorität dafür einsetzen, daß mit unserem Steuergeld zuerst unsere eigenen Kinder gefördert werden. Dazu gehört auch, Leistungsansprüche abzusenken. "Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, das Kindergeld auf die Lebenshaltungskosten vor Ort abzusenken, damit der deutsche Steuerzahler endlich Entlastung findet", sagt René Springer, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. Gleichzeitig müssen wir die illegale Massenmigration stoppen, um die völlige Ausblutung unseres Sozialstaates zu verhindern. Zu den notwendigen Schritten in diese Richtung gehören geschützte Grenzen, konsequente Abschiebungen und die Umwandlung von Geldleistungen an Asylbewerber in Sachleistungen.

Doch während die AfD am Thema dranbleibt und eine Migrationswende fordert, zeigt die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann bei der Kindergeld-Diskussion ihr wahres Gesicht. Tillmann spricht verharmlosend von "wenigen, ärgerlichen Mißbrauchsfällen" und sieht offenbar keinen dramatischen Handlungsbedarf.

Kein Wunder, denn laut ihrer Internetpräsenz will sie damit beginnen, die Welt zu retten, während ihr die Rettung Deutschlands nicht über die Lippen kommt - typisch für die Gesinnung der weiterhin merkeltreuen CDU. Nur die AfD will und kann Deutschland retten - und dazu gehört auch, daß dem Mißbrauch des Kindergeld-Bezugs durch ausländische Familien klipp und klar ein Riegel vorgeschoben werden muß.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Eritreischer Flüchtling vergewaltigt und schwängert 12-jährige Tochter**

Ein eritreischer Flüchtling hat in Gießen seine 12-jährige Tochter vergewaltigt und geschwängert. Deswegen steht er nun vor Gericht.

Marie Rahenbrock

... Ein Eritreer vergewaltigt und schwängert seine Tochter. Das 12-jährige Kind verstand zum Tatzeitpunkt nicht, was ihm angetan wurde.

Ein eritreischer Flüchtling hat in Gießen seine eigene 12-jährige Tochter vergewaltigt und geschwängert. Deshalb steht er nun vor Gericht, wie Bild berichtet. Die Staatsanwaltschaft Gießen wirft ihm schweren sexuellen Mißbrauch vor. Die Schwangerschaft wurde erst entdeckt, als das Mädchen wegen Bauchschmerzen in eine Kinderklinik gebracht wurde. Dort stellte man fest, daß das Kind bereits im fünften Monat schwanger ist. Die Familie entschied sich für eine Abtreibung. Der Vater des Kindes wurde durch eine spätere DNA-Analyse als Erzeuger des Fötus ermittelt.

Der Angeklagte Tesfalem A. schiebt seine Tat auf den Alkohol. An den Mißbrauch seiner Tochter könne er sich nicht erinnern. Dennoch scheint er die Tat nicht grundsätzlich auszuschließen. "Es ist in der Tat so, wenn jemand über sein Verhältnis trinkt und nicht weiß, was man tut, mußte es so gewesen sein", sagte er laut Bild. Er war mit einem Bekannten in einer Bar gewesen und habe viel Bier getrunken. "Ich habe zu viel getrunken", so der Angeklagte laut Bild. "Ab dem Zeitpunkt war ich nicht mehr bei Sinnen." Wie er nach Hause gekommen

sei, wisse er nicht mehr.
Der Mann soll seine Tochter um den 23. Juli 2023 herum mißbraucht haben, so die Staatsanwaltschaft. Zum mutmaßlichen Tatzeitpunkt lebte er mit seiner Tochter in einer Flüchtlingsunterkunft in Friedberg. Der Tatverdächtige war alleinerziehend und von der Mutter des Kindes geschieden. Das Mädchen hatte kaum Kontakt zu ihrer Mutter. Mittlerweile ist das Mädchen dreizehn Jahre alt. Laut einer Vormundin ist sie schwer traumatisiert. Auf die Frage einer Psychologin sagte das Mädchen, daß es nicht wisse, wie Kinder entstehen. "Das ist ein Kind - mit einem absolut kindlichen Körper und auch vom Wesen kein Teenager. Schüchtern und zurückhaltend", sagte ein Polizeibeamter.
Das Kind lebt inzwischen in einer Jugendhilfeeinrichtung und erhält eine Traumatherapie. Laut der Vormundin macht sie "sehr gute Fortschritte". Vor Gericht muß das Mädchen nicht aussagen.
Am Mittwoch wurde der Angeklagte Tesfalem A. vor das Landgericht Gießen gebracht. Seit Februar sitzt er in Untersuchungshaft. Der Prozeß läuft weiterhin.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.413/…): >>**Landesmedienanstalt droht AfD mit Video-Sperrung**
Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg bewertet ein Wahlkampfvideo der AfD Brandenburg als "potentiell entwicklungsbeeinträchtigend" für Kinder und Jugendliche. Dies geht aus einem Schreiben der Landesmedienanstalt an den Vorstand der AfD Brandenburg hervor, über das die "Welt" (Freitagausgabe) berichtet.
Die Aufsichtsbehörde droht demnach dem Landesverband eine Untersagung und Sperrung der Inhalte an, sollte die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) in einer abschließenden Beurteilung einen Verstoß gegen den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag feststellen.
"Die Untersagung und Sperrung können sofort vollzogen werden und mittels Verwaltungszwang (Zwangsgeld beziehungsweise Zwangshaft) durchgesetzt werden", heißt es in dem Schreiben.
"Wenn Kinder oder Jugendliche aufgrund ihres Alters abweichende Darstellungen zum Beispiel im Bereich von Menschenwürde, Toleranzgebot, Schutz von Ehe und Familie und Demokratieprinzip nicht mit ausreichender Differenziertheit und Distanz verarbeiten können, ist von einer Entwicklungsbeeinträchtigung auszugehen", schreibt die Medienanstalt weiter. Es geht um einen 78-sekündigen Clip, den die Brandenburger AfD am 14. September 2024 in sozialen Medien veröffentlicht hatte.
Die Art der Darstellung sei "pauschal diskriminierend" und schaffe "ein von den Personen mit dunkler Hautfarbe und Haaren ausgehendes Bedrohungsszenario", schrieb die Landesmedienanstalt. "Die abgebildeten Menschen mit dunkler Hautfarbe und Haaren werden als Fremde bezeichnet. Es erfolgt eine Klassifizierung der abgebildeten Personen in `gut` und `böse`, was dem Toleranzgebot widerspricht und eine sozialethische Desorientierung aufgrund von Stigmatisierung vermuten läßt", heißt es weiter.
Der Brandenburger AfD-Landesvorsitzende René Springer spricht auf Anfrage der "Welt" von einem "klaren Angriff" auf die Meinungsfreiheit. "Das ist nichts anderes als behördliche Schikane, die sich gegen die AfD richtet", sagte er.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Volksaustausch in Zahlen und Fakten**
Eine Expertise aufgrund amtlicher Quellen. Vorabdruck aus der Novemberausgabe von COMPACT-Magazin. Werden wir Deutschen zur Minderheit im eigenen Land, und ist diese Entwicklung politisch gewollt? Wer diese Fragen mit Ja beantwortet, wird vom Verfassungsschutz des Rechtsextremismus bezichtigt. Grund genug für eine genaue Prüfung.
_ von *Johann Leonhard*
Der Begriff "Großer Austausch" wurde in seiner heutigen Bedeutung geprägt durch den fran-

zösischen Schriftsteller Renaud Camus. In seinem 2011 erschienenen Werk Le Grand Remplacement beschreibt er einen demographischen und soziopolitischen Prozeß, der in den Ländern des Westens von Europa bis Nordamerika dazu führe, daß einheimische Bevölkerungen durch anhaltende Migration von Menschen aus dem globalen Süden über kurz oder lang zu Minderheiten in ihren eigenen Ländern werden.
Die Linken betrachten Massenmigration als natürliche Folge der Globalisierung.
Der starke Zuzug von Ausländern über mehrere Generationen habe dabei nicht nur unmittelbare Folgen für das Zusammenleben, für Kultur und Tradition, für gesellschaftliche Wertvorstellungen und die innere Sicherheit des betroffenen Landes, sondern belaste außerdem den Sozialstaat, das Bildungssystem und die Wirtschaft. "Ich brauche nicht mehr zu tun, als meine Augen zu öffnen", schreibt Camus in seinem Buch. Damit verdeutlicht er, wie offensichtlich und weit fortgeschritten der von ihm beschriebene Prozeß in seinem Heimatland Frankreich aus seiner Sicht bereits vor über einem Jahrzehnt war.

Ein höchst umstrittener Begriff

Unter rechten Politikern und Parteien im Westen finden der Terminus "Großer Austausch" und synonym verwendete Begriffe wie "Bevölkerungsaustausch" oder "Umvolkung" Anwendung, um auf den von Camus skizzierten, teils bewußt, teils unbewußt ablaufenden Vorgang hinzuweisen, durch den die Zusammensetzung von mehrheitlich weißen, europäischen Bevölkerungsgruppen mittels unkontrollierter Migration tiefgreifend und potentiell irreversibel verändert wird.
Daß dieser Vorgang tatsächlich stattfinde, sei aus Sicht der Vertreter der These vom "Großen Austausch" durch Daten zur Migration und Demographie empirisch feststellbar. Direkt und indirekt befördert werde er aus ihrer Sicht durch Akteure aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, die klar benennbar seien und dem "Großen Austausch" entweder ahnungs- und tatenlos zusehen, weil sie ihn als unvermeidlich betrachten oder sogar offen befürworten und aktiv unterstützen.
Widersprochen wird dieser Darstellung von Politikern, Parteien, Medien und Institutionen links der politischen Mitte, die den "Großen Austausch" als "Verschwörungstheorie" bezeichnen. Dabei wird die zahlenmäßige Zurückdrängung einheimischer Bevölkerungsmehrheiten als Konsequenz der ungebremsten Migration eigenartigerweise nur noch selten bestritten. Vielmehr wird sie als positiv und wünschenswert im Sinne einer neuen "Buntheit" und "Vielfalt" der Gesellschaft begrüßt.
Daß die Einheimischen den "Neu-Hinzugekommenen" beziehungsweise "Schutzsuchenden" Platz zu machen haben, ihnen sogar mit einer "Willkommenskultur" begegnen und sie integrieren sollten, wird von Vertretern des linksliberalen politischen Spektrums offen gewünscht und gefordert. Gleichzeitig leugnen sie, daß der "Große Austausch" politisch gewollt sei und planvoll ablaufe. Vielmehr sei die Transformation demographischer und ethnischer Verhältnisse ein zufällig und chaotisch ablaufender Prozeß, der als natürliche Folge der Globalisierung zu betrachten sei - und der unaufhaltsam voranschreite, ganz ohne "geheimen Plan". Diesem Prozeß solle man sich nicht verschließen, ihn nicht bekämpfen, sondern statt dessen "gestalten".

Die amtlichen Statistiken

Die Situation in Deutschland ist für diesen Beitrag von besonderem Interesse und wird daher hier in den Fokus gestellt. Zunächst wollen wir der Frage nachgehen, wie die demographische Entwicklung in Deutschland sich - auch unter dem Eindruck der massiven Zuwanderung im vergangenen Jahrzehnt, spätestens seit 2015 - entwickelt hat. Darf man von einem "Großen Austausch" in Deutschland sprechen?
In den letzten zehn Jahren gab es eine Nettozuwanderung von fast 7,5 Millionen Menschen.
Die Antworten auf diese Fragen liefern offizielle Publikationen der Bundesregierung, etwa die

neueste Ausgabe der Broschüre Das Bundesamt in Zahlen 2023: Asyl, Migration und Integration des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der vom Statistischen Bundesamt Anfang Mai 2024 herausgegebene Statistische Bericht Ausländische Bevölkerung 2023. Diese beiden Veröffentlichungen werden wir im Folgenden nacheinander im Hinblick auf die Fragestellung untersuchen.

Im Bericht des BAMF wird ab Seite 93 ein "Überblick über das Migrationsgeschehen" gegeben. Eine Tabelle listet die "Zuzüge und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger von 2014 bis 2023" auf. In diesen zehn Jahren ist anhand der Zahlen des Ausländerzentralregisters eine Nettozuwanderung (genannt "Wanderungssaldo") von 7.411.620 zu verzeichnen, wobei hier nur jene Personen berücksichtigt sind, die sich offiziell in Deutschland aufhalten beziehungsweise registriert worden sind. Allein in den beiden vergangenen Jahren 2022 und 2023 beziffert das BAMF das Wanderungssaldo auf zusammengerechnet 2.530.120 Personen.

Besonders wichtig ist daher der Hinweis auf Seite 126, daß als ausländische Staatsangehörige nur solche Personen gelten, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. "Personen mit der deutschen und einer oder mehreren ausländischen Staatsangehörigkeit(en) sind nicht im Ausländerzentralregister (AZR) erfaßt und werden folglich in der amtlichen Statistik als Deutsche gezählt." Das hat zur Folge, daß die Unterscheidung zwischen ethnischen Deutschen und "Paßdeutschen" verschwimmt, eine klare Erfassung von Bürgern mit und ohne Migrationshintergrund also erschwert wird - was unsere Untersuchung mit Blick auf die Frage nach einem etwaigen "Bevölkerungsaustausch" schwieriger macht.

Fast 24 Millionen mit Migrationshintergrund

Dennoch lassen sich aus den Statistiken des BAMF wertvolle Erkenntnisse im Hinblick auf die Fragestellung ziehen. Auf Seite 126 lesen wir: "Die Zahl der in Deutschland lebenden ausländischen Personen laut AZR hat sich seit der Wiedervereinigung von 5,9 Millionen auf 13,9 Millionen Personen zum Jahresende 2023 erhöht. Seit dem Jahr 2010 sind die Zahlen kontinuierlich gestiegen." Genauer aufgeschlüsselt finden wir die Zahlen zur ausländischen Bevölkerung in Deutschland ab 2005 auf Seite 127. Auf Seite 133 der Broschüre wird die ausländische Bevölkerung nach den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten zum Stichtag 31. März 2024 sortiert. Die mit Abstand größte Gruppe stellen Menschen aus der Türkei. Auf Platz zwei liegen Ukrainer, dicht gefolgt von Syrern, Rumänen und Polen.

Im erwähnten Statistischen Bericht Ausländische Bevölkerung 2023 des Statistischen Bundesamtes ist die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung über einen sehr viel längeren Zeitraum dargestellt. Die Erfassung nach der "Bevölkerungsfortschreibung" beginnt hier mit dem Stichtag 1.12.1871. Damals war die deutsche Bevölkerung mit insgesamt rund 41 Millionen Menschen knapp halb so groß wie heute. Der Ausländeranteil betrug seinerzeit 0,5 Prozent oder 207.000 Personen. Eine kontinuierliche Zunahme dieser Zahl läßt sich anhand einer weiteren Tabelle feststellen: Das "frühere Bundesgebiet" der BRD wies zum Stichtag 6.6.1961 eine Bevölkerung von rund 56 Millionen Deutschen darunter 686.000 Ausländer auf, was 1,2 Prozent ausmachte.

Als Ausländer wird nur derjenige Migrant erfaßt, der noch keinen deutschen Paß hat.

Diese Zahl stieg bis zur Wiedervereinigung langsam immer weiter an: 1979 waren es schon 4,5 Prozent, 1980 7,4 Prozent, 1989 8,0 Prozent. Zwischen der Wiedervereinigung und dem Jahr 2014 blieb dieser Wert relativ konstant. Schwankte die gesamte Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um den Wert 80 bis 82 Millionen, pendelte sich die Zahl der Ausländer auf einem Niveau von etwa sieben Millionen ein, was knapp neun Prozent ausmachte.

Aber ab 2014 ist ausweislich dieser Daten ein sprunghafter Anstieg zu erkennen. Im Jahr 2015, dem Jahr der Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), erreichte der Ausländeranteil in Deutschland einen seit 1871 nie erreichten Höchstwert von 10,5 Prozent, was in absoluten Zahlen 8,6 Millionen Ausländer bedeutete. Seither stieg die Zahl jedes Jahr

kontinuierlich an und hat sich bis Ende 2023 auf den Rekordstand von 15 Prozent (rund 13 Millionen) gesteigert.
Das heißt also, daß sich die Zahl der ausländischen Mitbürger im letzten Jahrzehnt nahezu verdoppelt hat. Sie stieg von sieben Millionen im Jahr 2013 auf 13 Millionen im Jahr 2023. Dabei ist zu beachten, daß auch diese Zahlen nur Personen erfassen, die nicht zwischenzeitlich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben. Entsprechend fallen auch Personen aus dieser Statistik heraus, die als Kinder ausländischer Eltern in Deutschland geboren wurden.
Fragt man nach der Zahl der insgesamt in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, ergibt sich ein noch deutlicheres Bild. Daten dazu erfaßte der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR), ein laut eigenem Bekunden "unabhängiges, interdisziplinär besetztes Expertengremium", in seiner Anfang Dezember 2023 herausgegebenen Publikation Fakten zur Einwanderung in Deutschland. Dort lesen wir:
"In Deutschland lebten 2022 laut Mikrozensus rund 83,1 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2023e). Mit rund 23,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund hat mehr als jede beziehungsweise jeder Vierte (28,7 Prozent) eine eigene oder eine über mindestens einen Elternteil mitgebrachte Zuwanderungsgeschichte."

Neues vom Wahrheitsministerium

"Bizarre Forderung im neuen Jugendbericht des Bundesfamilienministeriums von Lisa Paus (56, Grüne): Darin empfehlen die Autoren, das Wort "Migrationshintergrund" nicht mehr zu verwenden! Begründung: Das Wort grenze Kinder nicht-deutscher Eltern von "biodeutschen" Kindern ab und schere sie über einen Kamm. Dabei würden mittlerweile 41 Prozent der Kinder unter sechs Jahren in Deutschland "eine andere natio-ethno-kulturelle Zugehörigkeit zugeschrieben", wie es die Autoren formulieren." (Bild, 20.9.2024)
Wir erinnern uns: Die Zahlen des Ausländerzentralregisters sprachen von rund 13 Millionen Ausländern, die sich Ende 2023 in Deutschland aufhielten. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund liegt in Deutschland aber laut SVR bei 23 Millionen - also gut zehn Millionen zusätzlich. Die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils ist 2022 also schon dahingehend fortgeschritten, daß zwischen einem Viertel und einem Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik ausländische Wurzeln hat.

Ausländer rein, Deutsche raus

Wichtig bei der Einschätzung der Einwanderung nach Deutschland (und für die Frage nach einem eventuell stattfindenden "Austausch") ist die Kontextualisierung der Einwanderungszahlen mit der gleichzeitig stattfindenden Abwanderung aus Deutschland. Der Sachverständigenrat erklärt hierzu recht deutlich:
"Das Statistische Bundesamt zählte 2022 rund 2,7 Millionen Menschen, die nach Deutschland gezogen sind (Statistisches Bundesamt 2023f). Im gleichen Zeitraum sind rund 1,2 Millionen Menschen aus Deutschland fortgezogen. Verrechnet man die kommenden und gehenden Personen miteinander, bleibt ein "Überschuß" (auch Nettozuwanderung genannt) von knapp 1,5 Millionen Personen in Deutschland (Wanderungssaldo). Betrachtet man nur die Zuzüge und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger, liegt der Wanderungsüberschuß für das Jahr 2022 sogar etwas über 1,5 Millionen Personen."
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Wie starb CDU-Minister Thomas Schäfer?**
Von *Jürgen Elsässer*
Man fand ihn tot auf den Gleisen. Wer oder was trieb ihn in den Selbstmord? Wichtige Hinweise in Stephanie Elsässers neuem Buch "Mein Deutschland. Was mich prägte, was mich stärkte, was mich wütend macht". Sie kannte Thomas Schäfer persönlich!
Es war ein Selbstmord, der die Republik erschütterte: Am 28. März 2020 warf sich der hessi-

sche Finanzminister Thomas Schäfer vor den Zug. Wenige Tage nach Verhängung des ersten Lockdowns - der, wie man heute durch die RKI-Files weiß, gegen die Empfehlungen der Experten im Krisenstab durchgetrickst wurde. Die ARD-Hessenschau berichtete:
"Der plötzliche Tod von Finanzminister Thomas Schäfer hat im ganzen Land große Bestürzung ausgelöst. Ministerpräsident Bouffier deutete in einem Statement an, daß der Finanzminister sehr unter der Corona-Krise gelitten habe."
Der Finanzminister habe sich nach den Worten von Bouffier große Sorgen um die Bewältigung der Corona-Krise gemacht. "Große Sorgen vor allen Dingen darum, ob es gelingen könne, die riesigen Erwartungen in der Bevölkerung, insbesondere der finanziellen Hilfen, zu erfüllen", sagte der Ministerpräsident. "Ich muß davon ausgehen, daß ihn diese Sorgen erdrückt haben. Er fand offensichtlich keinen Ausweg mehr. Er war verzweifelt und ging von uns. Das erschüttert uns, das erschüttert mich." Bouffier betonte: "Wir ... können es kaum glauben, daß Thomas Schäfer so plötzlich und unerwartet zu Tode gekommen ist."
Mitte April 2020 dann ein weiterer Selbstmord im hessischen Finanzministerium: Ein hoher Beamter wurde leblos an seinem Schreibtisch gefunden. Nähere Details wurden nicht bekannt.
Dr. Stephanie Elsässer kannte Schäfer persönlich, schon aus der gemeinsamen Schulzeit. Während ihrer CDU-Zeit - sie war Mitglied von 2007 bis 2016 - hielten die beiden freundschaftlichen Kontakt. In ihrem neuen Buch "Mein Deutschland" (Versand ab Ende November, jetzt vorbestellen) schreibt Sie über Schäfer und seinen Suizid, was die Rätselhaftigkeit des Vorfalls unterstreicht.
Hier Auszüge aus ihrem brisanten Buch - aus der Interviewpassage:
Und einer deiner Bekannten aus der CDU, ein Minister, war plötzlich tot.
Ja, den kannte ich persönlich sehr gut, Dr. Thomas Schäfer.
Der war ja mit dir auf der Schule.
Ja, er war zwei Jahrgänge über mir und wir haben ihn den "weißen Riesen" genannt, weil er groß, blond und unheimlich nett war. Ich kannte ihn sehr gut. Manchmal hat er mit mir einen Kaffee getrunken, wenn er auf dem Weg nach Wiesbaden ins Ministerium war. Daß er sich umgebracht hat und sich vor den Zug geworfen hat, das kann ich bis heute nicht glauben.
Im März 2020.
Ich kann es nicht glauben. Das war kein Mensch, der zu einer solchen Affekthandlung geneigt hätte. Er war glücklich verheiratet, hatte Kinder und war auf dem Höhepunkt seiner Karriere.
Er war Finanzminister.
Er wurde auch als der nächste Ministerpräsident gehandelt! Als Nachfolger des amtierenden Ministerpräsidenten, der damals noch Volker Bouffier war. Dazu habe ich ihm auch gratuliert und gesagt: Mensch, das hast du dir verdient. Er war auch schon ganz früh in der Jungen Union.
Was denkst du, warum er Selbstmord begangen hat?
Gut, ich will jetzt mal ganz offen sein. Finanzminister in Hessen wird man nicht einfach mal so. Frankfurt am Main ist die wichtigste Stadt Europas; dort sind alle Banken, auch die Europäische Zentralbank. Ich möchte mich mal ein bißchen aus dem Fenster lehnen: Aus meiner Sicht hat er sich auf die falschen Kreise eingelassen. Als das mit Corona losging, kann ich mir vorstellen, daß er, soweit ich ihn persönlich gekannt habe, auf den Tisch gehauen hat und gesagt hat: Das mache ich nicht mehr mit, jetzt reicht es.
Auch aus der Sicht eines Finanzministers.
Genau. Wahrscheinlich hat er dann wirklich an dem Punkt gesagt, das mache ich nicht mehr mit. Aber ich kann mir vorstellen, daß ihn vielleicht gewisse Kreise zum Weitermachen zwingen wollten, um die - wie du es genannt hast - Corona-Diktatur durchzudrücken. Ich kann mir nur vorstellen, daß er erpreßt worden ist, andernfalls hätte man ihm vielleicht irgend etwas untergejubelt, um Schande über seine Familie zu bringen. Ich denke, er ist entweder dazu ge-

zwungen worden, diesen Schritt zum Suizid zu gehen, oder vielleicht haben auch einige aus Hessen recht, daß er ermordet wurde.
Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß er einfach mal so aus einer depressiven Laune heraus im Affekt vor den Zug gesprungen ist. Wenn man ihn persönlich kennt, paßt das überhaupt nicht zusammen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Samhain: Die keltischen Wurzeln von Halloween**
Von *Daniell Pföhringer*
Süßes oder Saures? Das ist keine Erfindung der Amerikaner! Halloween geht auf das keltische Ahnenfest Samhain zurück, wie der Historiker Ralph Hauptmann in seinem Werk "Herrscher der Eisenzeit" erläutert. …
In den USA - und inzwischen auch in Deutschland - laufen am Abend des 31. Oktober Kinder in schaurigen Kostümen durch die Straßen, klingeln an der Tür und fragen: "Süßes oder Saures?" Im angelsächsischen Sprachraum ist diese Tradition schon seit langem als Halloween bekannt. Der Begriff leitet sich ab vom englischen "All Hallows' Eve" und bedeutet: der Abend vor Allerheiligen.
Was viele nicht wissen: Halloween ist eigentlich keine amerikanische Erfindung! Die Ursprünge dieses Brauchs reichen zurück in die Zeit der Kelten. Diese waren - wie die Germanen - ein Volk der vielen Stämme. Ihr Siedlungsgebiet erstreckte sich nicht nur über das heutige Irland und Großbritannien, sondern über weite Teile Europas. Archäologische Funde belegen eine keltische Kultur, die von Südostengland, Frankreich und Nordspanien im Westen bis nach Westungarn, Slowenien, Nordkroatien und Anatolien im Osten sowie von Oberitalien im Süden bis zum nördlichen Rand der deutschen Mittelgebirge reichte.
Die Ursprünge des Keltentums
In seinem Standardwerk "Herrscher der Eisenzeit. Die Kelten - auf den Spuren einer geheimnisvollen Kultur" führt uns der Historiker Ralph Hauptmann zurück in die Zeit dieses Volkes, das ursprünglich aus der Zone nördlich der Alpen, aus einer Region zwischen Böhmen und Ostfrankreich, stammte.
Von etwa 1250 bis 800 v. Chr. existierte dort die sogenannte Urnenfelderkultur - und es spricht einiges dafür, daß diese Menschen schon Keltisch gesprochen haben. Aus jener Urnenfelderkultur entwickelte sich schließlich die Hallstattkultur (benannt nach dem Salzbergwerk in Hallstatt, Österreich), die laut "Herrscher der Eisenzeit" ab circa 500 v. Chr. die eigentliche Keimzelle des Keltentums bildete.
Dort blühte die keltische Kultur zur Eisenzeit auf, wie Salzfunde, Handelsrouten und kunstvolle Grabbeigaben bezeugen. Später, in der Latène-Kultur (ab 450 v. Chr.), wanderten die Kelten aus ihren ursprünglichen Siedlungsgebieten aus und gingen bis nach Spanien und Anatolien reichten.
Die keltische Kunst war geprägt von filigranen Mustern, spiralförmigen Motiven und kunstvollen Metallarbeiten. Ihre Musik und Poesie waren ebenso reichhaltig. Leider sind viele literarische Werke der Kelten verlorengegangen, doch einige Fragmente und Überlieferungen, die auch Hauptmann in seinem Standardwerk "Herrscher der Eisenzeit" dokumentiert, geben uns Einblicke in ihre Denkweise. Die keltischen Geschichten wurden mündlich überliefert und umfaßten epische Erzählungen, Heldenlieder und mystische Gedichte.
Meister der Metallbearbeitung
Darüber hinaus waren die Kelten gewiefte Geschäftsleute. Schon sehr früh bildete sich in ihren Gebieten ein hoch entwickeltes Wirtschaftsleben heraus. Sie züchteten Schweine und Rinder, bauten Getreide und Hülsenfrüchte wie Linsen an. Ihre Äcker düngten sie sowohl auf natürliche Weise mit Viehmist als auch künstlich mit Mergel und Kalk. Der Schwerpunkt der keltischen Ökonomie lag allerdings in der Metallindustrie. Neben Kupfer und Zinn gewannen

sie auch Gold und Silber.
Das wichtigste Metall war allerdings Eisen, das für tägliche Gebrauchsgegenstände, aber auch Waffen verwendet wurde. In "Herrscher der Eisenzeit" schreibt Hauptmann:
"Ungefähr um 700 v. Chr. bricht das Eisenmonopol der anatolischen Hethiter zusammen. Knapp 100 Jahre später erreichen die Fähigkeiten, Eisen zu verhütten und zu bearbeiten, Südosteuropa. Die ersten Hochburgen der Eisenzeit südlich der Alpen entstehen dort, wo die notwendigen Rohstoffe vorhanden sind, in Slowenien und im nördlichen Kroatien. Es dauert weitere lange 100 Jahre, bis auch nördlich der Alpen die Rohstoffe und vor allem die Kenntnisse zu ihrer zu ihrer Bearbeitung so weit verbreitet sind, daß man wirklich von einer europäischen Eisenzeit sprechen kann."
Im 1. Jahrhundert vor Christus errichteten die Kelten wahre Großbetriebe zur Eisenverarbeitung. Ein weiterer wichtiger Rohstoff zu dieser Zeit war das Salz. Die Stollen von Hallstatt, was so viel wie "Salzstadt" bedeutet, wurden bereits im 6. Jahrhundert vor Christus teilweise mehr als 200 Meter tief in die Erde getrieben.

Das Ahnenfest der Kelten

Fest steht: Von ihren antiken Nachbarn wurden die Kelten zuerst erst als geschäftstüchtige Händler und Kunsthandwerker geschätzt. Erst später wurden sie als Barbaren diffamiert und als Krieger gefürchtet. Ihren Priestern und Druiden wurden Weisheit und magische Fähigkeiten zugesprochen.
Letztere spielten auch eine bedeutende Rolle beim Ahnenfest Samhain, von dem sich das heutige Halloween ableitet. Die Kelten läuteten damit das Ende der Erntezeit und den Anfang der düsteren Zeit des Winters ein. Ihrem Glauben nach öffnet sich zu Samhain das Tor zur Anderswelt, wie man in Hauptmanns Buch "Herrscher der Eisenzeit" erfährt.
Die Grenze zwischen dem Reich der Toten und dem Reich der Lebenden ist in dieser Nacht besonders dünn, sodaß Lebende und Tote einander nah sein können. Symbolisch steht es für den Abschied von dem was war, um ohne Ballast in die Zukunft blicken zu können.
Obwohl die Vorbereitungen früher beginnen können, richtete sich der Termin für Samhain im keltischen Brauchtum nach dem nächstgelegenen Neumond, was meist dem 11. Neumond im Jahr entspricht. Um genau zu sein, findet das Fest selbst in der Nacht vor dem 11. Neumond statt. Erst im Rahmen der neuheidnischen Wiederentdeckung wurde ein bestimmter Kalendertag für die Feierlichkeiten bestimmt - die Nacht vom 31. Oktober zum 1. November.

Die heiligen Feuer

Die keltischen Feste richten sich grundsätzlich nach der Natur. Der Beginn der kalten Jahreszeit läutete zugleich auch eine innere Einkehr ein. Dabei ist nicht nur die eigene Behausung gemeint, sondern symbolisch gleichsam die eigene Gedankenwelt.
In der aus dem sogenannten Ulster-Zyklus stammenden Erzählung "Togail Bruidne Dá Derga" ("Die Zerstörung der Halle Da Dergas") steht geschrieben, daß die Feiernden an Samhain Lagerfeuer entzündeten und Steine hineinwarfen. Genauer hat die Bräuche Anfang des 17. Jahrhunderts Geoffrey Keating in seinem Geschichtswerk "Foras Feasa ar Éirinn" beschrieben. Dabei stützte er sich auf frühere mittelalterliche Quellen.
Laut Keating wurde die Feis von Tara, eine Art künstlerischer Wettkampf, jeden dritten Samhain eine Woche lang abgehalten. Dabei trafen sich die Adligen der irischen Insel, um die Gesetze festzulegen und zu erneuern und natürlich, um zusammen zu feiern. In "Foras Feasa ar Éirinn" erfährt man zudem, daß die Druiden in Tlachtga ein heiliges Lagerfeuer entzündeten und den Göttern Opfer brachten, mitunter auch Brandopfer.
Diese Feuer hatten für die Kelten eine doppelte Bedeutung: sie schrieben ihnen nicht nur reinigende Kräfte zu, sie sollten die Feiernden auch vor der Kälte des nahenden Winters schützen. Gemäß ihrer Tradition liefen die Kelten mit ihren Tieren durch die Flammen hindurch, um auf diese Weise die Reinigung zu vollziehen. Man geht davon aus, daß diese Feuer im

weitesten Sinne eine Art Magie symbolisieren, da ein Feuer die Kraft der Sonne, ohne die kein Leben möglich wäre, imitiert.
Der Brauch des Verkleidens - wie man ihn auch von Halloween kennt - ist allerdings jüngeren Datums. Er entwickelte sich vermutlich im 16. Jahrhundert in Teilen Irlands, Schottlands und von Wales. Die Menschen gingen von Haus zu Haus und trugen Lieder oder Gedichte vor, um im Austausch Eßbares zu erhalten. Dies könnte sich aus einer Tradition entwickelt haben, in der Menschen die Seelen der Toten verkörperten und in ihrem Namen Opfergaben erhielten. Es wird zudem angenommen, daß sich der Verkleidete mit dem Nachahmen dieser Geister oder Seelen vor ebendiesen schützen wollte.
Mehr über die Geschichte und Kultur der Kelten erfahren Sie in Ralph Hauptmanns Standardwerk "Herrscher der Eisenzeit". Das Buch ist anschaulich geschrieben, historisch genau recherchiert und angereichert mit bildhaft erzählten Szenen. Tauchen Sie ein in die Welt dieses geheimnisvollen und faszinierenden Volkes: Erfahren Sie, wie es lebte und arbeitete, entdecken Sie seine religiösen Kulte, lesen Sie alles über seine Kriege und seinen Untergang.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**Gegen Rußland: Merz macht mobil**
Von *Sven Eggers*
CDU-Wunschkanzler Friedrich Merz dreht frei. Im ZDF hat er jetzt wieder auf Eskalation gegen Rußland gesetzt. Hat das BSW gut zugehört? Wie der Blackrock-Mann wirklich tickt, entlarven wir in unserer November-Ausgabe mit einem Porträt, das es in sich hat. …
In der ZDF-Sendung Bericht aus Berlin hat Friedrich Merz, Kanzlerkandidat von CDU und CSU, jetzt unwidersprochen abermals die große Attacke auf Rußland fordern können. Um die Ukraine zum Endsieg zu führen, setzt er auf Konfrontation, auf Waffenlieferungen, auf Ultimaten, ja, auf Taurus-Raketen, um auch Ziele in Rußland zu treffen. Blut, Gewalt, Tote, Chaos: Merz will es offenbar wissen!
Klar, in der Ukraine werde eben auch unsere Freiheit verteidigt, so die Merz-Logik, jetzt abermals weder im ZDF verbreitet. Und deswegen müßten wir nun alle gegen Rußland ins Feld ziehen. Ohne mit der Wimper zu zucken, spricht er davon, daß "wir" uns "anstrengen" müßten, "mehr für unsere Verteidigung zu tun". Daß er sich selbst anstrengen sollte, um den Charakter und die Identität unseres Landes zu erhalten, fällt ihm nicht ein.
Kanzler: Merz schon durch?
Und so ein Typ dürfte nächster Kanzler der Deutschen werden. Allerdings: Die offizielle Krönungsmesse steht für die Union und ihren Spitzenkandidaten erst mit der Bundestagswahl Ende September kommenden Jahres an. Bis dahin kann viel passieren, vor allen Dingen dann, wenn Deutschland Merz-Politik betreiben, also etwa wahllos Waffen in hochexplosive Krisengebiete schicken würde.
Friedrich Merz, geboren im sauerländischen Brilon, verkörpert jenen unangenehmen Polit-Typus, der sich gar keine Mühe gibt, glaubwürdig zu erscheinen oder es wenigstens etwas menscheln zu lassen. Mangelhafte Aufrichtigkeit ist sein Markenzeichen. Es verwundert also nicht, daß er bei jeder Abfrage der Beliebtheitswerte durchrasselt.
Merz und die Grünen
Merzens Pluspunkte sind rasch aufgezählt. Er befreit uns von Scholz und bewahrt uns vor Söder. Daß er zudem noch Gestalten wie die Schwarzgrün-Fanboys Hendrik Wüst und Daniel Günther zumindest auf Abstand hält, ist auch gut. Das war es denn aber auch. Er selbst kommt auch gerne woke daher, wenn es in den Zeitgeist paßt. Ende 2018 lobte der heutige CDU-Kanzlerkandidat die grünen Akteure noch als "sehr bürgerlich, sehr offen, sehr liberal und sicherlich auch partnerfähig".
Im Frühjahr dieses Jahres war er mit Blick auf die Grünen erneut voll des Lobes: "Sie haben eine tiefe Wandlung durchgemacht. Robert Habeck war der Erste, der von Waffenlieferungen

für die Ukraine gesprochen hat. Die Grünen sind in der Lage, die Realitäten sehr schnell anzunehmen, zumindest in der Außen- und Sicherheitspolitik." Derzeit will Merz zwar von "diesen" Grünen nichts wissen, aber sobald es ihm politisch in den Kram paßt, wird er umschwenken. Diesbezüglich wandelt er auf den Spuren des ganz großen Meisters der Rückgratlosigkeit aus Bayern.

Merz, der Blender

Derzeit gibt Merz den Blender, stößt gelegentlich mit einem flotten Spruch nach vorn. Mal fordert er einen konsequenten Aufnahmestopp für Syrer und Afghanen, dann verlangt er sogar die Ausrufung einer "nationalen Notlage". Bisher aber hat noch jeder Gegenwind den Merz wieder umgepustet. Als er vergangenes Jahr die Auffassung vertrat, Asylbewerber würden Deutschen beim Zahnarzt die Plätze im Wartezimmer wegnehmen, ging er anschließend vor dem Shitstorm der Woken auf Tauchstation. Ende September 2022 bezeichnete er Ukrainer als Sozialtouristen, und wieder dauerte es nur wenige Tage, ehe er zur Rolle rückwärts ansetzte und sich öffentlich entschuldigte.

In unserer neuen Ausgabe des COMPACT-Magazins heißt es ferner über Merz: "Bis 2019 war er Vorsitzender der berüchtigten Atlantikbrücke war, also jenes Lobbyverbandes, der Deutschland an den US-Rockzipfel klammert. Auch bei der 1973 auf Initiative von Zbigniew Brzezinski und David Rockefeller gegründeten Trilateralen Kommission mischt er mit.

Zwischen 2016 und 2020 war er Aufsichtsratschef der deutschen Abteilung von Blackrock, mit 11,5 Billionen US-Dollar die kapitalstärkste und intransparenteste Fondsgesellschaft weltweit. Der Schwarze Felsen hält teils erhebliche Beteiligungen bei ungezählten globalen Giganten, etwa bei Apple, Google, Microsoft, JPMorgan Chase, Citibank - und bei ausnahmslos allen DAX-Unternehmen von A wie Adidas bis Z wie Zalando."

Fest wie Stahlbeton ist Merzens Brandmauer gegenüber der AfD. "Sie steht als rechtsradikale Partei außerhalb jedes denkbaren Spektrums für uns." Und: "Wir kooperieren auch mit niemandem, der die Partnerschaft mit den USA in Frage stellt." Mit Ausnahme des BSW selbstverständlich. Diesen Partner braucht die CDU heute schon als Mehrheitsbeschaffer im Osten. Und wenn es auch zur Kanzlerkür nur mit Hilfe von Sahra Wagenknecht reicht, wird Merz seine bisherige Ablehnung von Koalitionen im Bund schnell aufgeben.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30921" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.409/…): >>**WHO-Irrsinn: "Impfen gegen Antibiotika-Resistenzen"**

Heiko Schöning und Beate Bahner klären auf

Die WHO kündigt seit ca. 2019 die Zunahme von Krankheiten aufgrund angeblicher Antibiotika-Resistenzen an, da Antibiotika gegen Bakterien, die Krankheiten auslösen, immer weniger wirksam seien. So sieht auch der WHO-Pandemievertrag in seinen Entwürfen sogenannte "antimikrobielle Mittel" und "antimikrobielle Resistenzen" vor. (Bei antimikrobieller Resistenz wirken Antibiotika nicht mehr.) So hat die WHO 2022 antimikrobielle Resistenzen zu einer der drei größten Gesundheitsgefahren erklärt.

Doch welche Ziele werden hier wirklich verfolgt? Soll es zu einer Bakterienpanik kommen? Und was hat es mit den neuartigen nicht-traditionellen Antibiotika auf sich, die in Wahrheit mRNA-Gen-Therapien sind? Sehen Sie dazu nachfolgendes Interview mit dem Arzt Dr. Heiko Schöning und der Rechtsanwältin Beate Bahner.

Quelle: https://t.me/heiko_schoening/1398 oder https://youtu.be/vnB_YCFBkCU

Beate Bahner: Ja, ich begrüße euch hier zu einem Video erstmalig zusammen mit Dr. Heiko Schöning, dem Experten für Pandemien, Attacken, kriminelle Anschläge. Ich habe Heiko vor vielen Monaten etwas elektrisiert angerufen, weil ich ja dabei war, mein Buch "WHO-Pandemie-Vertrag" fertigzustellen. Und da stieß ich auf etwas Dubioses, und zwar auf die antimikrobiellen Substanzen.

Und ich lese drei, vier Sätze aus meinem Buch vor, denn das hat natürlich Eingang in das

Buch gefunden, in ein kleines Kapitel: Die WHO kündigt Krankheiten durch Antibiotika-Resistenzen an. Da heißt es auf Seite 89 in meinem Buch:
"Die WHO behauptete bereits im Jahr 2019, daß die Zeit für Antibiotika, für antivirale und Malaria-Medikamente auslaufe, da die Menschen hiergegen resistent geworden seien. Als Beispiel nennt die WHO die Resistenz gegen Tuberkulose-Medikamente und behauptet, von 10 Millionen Erkrankten würden jährlich 1,6 Millionen Patienten sterben. Im Jahr 2017 seien 600.000 Patienten jährlich gegen das effizienteste aller Tuberkulose-Medikamente, Rifampicin, resistent gewesen, und 82 % wären gegen weitere Tuberkulose-Medikamente resistent. Daher wurden Antibiotika-Resistenzen von der WHO im Jahr 2019 zu einer der zehn, seit 2022 sogar zu einer der drei größten Gesundheitsgefahren erklärt."
Ja, lieber Heiko Schöning, antimikrobielle Mittel oder Resistenzen - du kennst dich damit aus. Es findet sich im Pandemievertrag - damals in Artikel 4G, jetzt erneut wieder in der aktuellen Version aus März 2024 im Artikel Nummer 3H. Sie sind immer noch drin.
Heiko, was hat es damit auf sich?
Heiko Schöning: Ja, erstmal schön, dich wiederzusehen.
Es ist, um es ganz einfach auf den Punkt zu bringen, ein Angriff mit Bakterien und weniger mit Viren. Es geht bei antimikrobiellen Mitteln um Bakterien bzw. die Gegenwehr gegen Bakterien. Das ist im Normalfall gut, denn Bakterien machen wirklich schlimme Krankheiten, und da gibt man Mittel, die Antibiotika heißen.
Und diese Mittel können dann auch unwirksam werden. Das nennt man dann, daß die Bakterien "resistent" geworden sind - das sind die Resistenzen. Und AMR, antimikrobielle Resistenzen, das sind also Antibiotika, die nicht mehr wirken. Und dagegen sagt die Weltgesundheitsorganisation: Das ist ein großes Problem, da müssen wir was machen. Das Dumme ist nur, daß das Ganze kriminelle Hintergründe hat.
Es wird nämlich eine Bakterien-Panik vorbereitet, so ähnlich wie eine Virus-Panik durchgeführt worden ist mit Covid-19. Und das können wir eben auch nachweisen, Schritt für Schritt, das haben wir in unseren Büchern getan. Und das sehen wir jetzt, etwa ein Jahr nachdem unsere Bücher ja rausgekommen sind, sehen wir das jetzt auch in den offiziellen WHO-Dokumenten. Und das ist der Punkt, jetzt sind auch im Oktober 2024 neue Dokumente rausgekommen. Und ja, das hatte ich jetzt auf meinem Telegram-Kanal veröffentlicht. Du hast es gesehen, und so ist dieses Gespräch zustande gekommen.
Beate Bahner: Genau, wunderbar. Vielleicht dürfen wir mal einfach unsere Bücher in die Kamera halten. Das ist das Buch, das ist nach deinem erschienen. Dein Buch steht hinter dir, oder nicht? Ja. Kannst es gerne auch in die Kamera halten, für alle die, die es noch nicht haben und kennen.
Also, in der Tat, da ist was im Busch, und vor allem habe ich auch in meinem Buch damals schon, eben wie gesagt in einem kleinen Kapitel, dargelegt, wie frech sowohl die WHO als auch die EU über die angeblichen Gefahren lügen.
Also, da schreibt die EU-Kommission Folgendes: "Bedenkt man, daß die Zahl der jährlichen Todesfälle aufgrund von AMR, also antimikrobiellen Resistenzen, bis 2015 weltweit auf bis zu 10 Millionen steigen könnte, wenn wir weiter untätig zusehen" - wird klar, warum dieses Thema ein Schwerpunkt des Vorschlags ist. Und sie behaupten, zwischen 2016 und 2020 sei die Zahl der Infektionen aufgrund von antimikrobiellen Resistenzen in der EU erheblich angestiegen. Auf ihr Konto gehen EU-weit Jahr für Jahr 35.000 Todesfälle. Hinzu kommen hohe Kosten, allein 1,5 Milliarden Euro jährlich für unsere Gesundheitssysteme. Das schreibt die EU.
Was schreibt das Krankenhausportal krankenhaus.de? Schreibt, nach Angaben des Robert-Koch-Instituts sind in Deutschland im Jahr 2018 insgesamt lediglich 2.424 schwere MRSA-Verläufe gemeldet worden. Verglichen mit den Jahren zuvor bedeutet dies einen Rückgang.

der MRSA-Infektionen. Und dieser Rückgang sei, und das sagt das Robert-Koch-Institut, nicht nur deutschlandweit, sondern in der gesamten EU zu verzeichnen. Und was sagt die EU frech? Zwischen 2016 und 2020 stieg die Zahl der Infektionen und Todesfälle erheblich an. Das ist… - wir werden belogen und beschissen! Heiko, übernehmen! Was sagst du dazu? Das ist doch ungeheuerlich!
Heiko Schöning: Um nochmal es klar zu sagen: Was hier in der Mache ist, das ist wirklich Corona 2.0.
(Siehe auch "Corona 2.0 - Neuer Terrorangriff mit Bakterien?" - Interview mit Heiko Schöning www.kla.tv/27731)
Nur eben mit Bakterien und nicht mit einem Viren-Narrativ, mit einer Viren-Erzählung. Und man will uns wieder in Angst und Schrecken setzen und sagen, hier gehen ganz böse, böse Bakterien herum, die multiresistent geworden sind gegen die bisherigen guten Antibiotika. Und ich habe hier gerade es auch vorbereitet.
Am 26. September 2024 hat der Chef der WHO, Dr. Tedros Ghebreyesus, eine Nachricht auf who.int auch rausgesendet und hat gesagt, die UN-Generalversammlung in New York hat 2024 beschlossen, radikal gegen AMR aufzurüsten - AMR, antimikrobielle Resistenzen - also gegen Bakterien radikal aufzurüsten. Etwa eine Million Tote pro Jahr seien jetzt weltweit in Verbindung mit AMR gebracht worden.
Also das ist genau das, was ich ja ein Jahr vorher in meinem Buch beschrieben habe. Die WHO wird AMR als die neuen Terroristen quasi darstellen. Ja, also so wie, ich sag mal Bin Laden, jetzt ist es AMR, diese Bakterien. Und die haben tatsächlich… - also seine Sprache ist auch so, quasi militärisch. Dr. Tedros Ghebreyesus sagt, von Gaza über den Sudan bis Ukraine seien jetzt AMR in Kriegszeiten besonders hart zu bekämpfen. In Gaza sei AMR um 300 Prozent allein bei den Demonstrationen 2018, 2019 aufgestiegen. Das heißt, er sagt, auch Demonstrationen sind schon gefährlich, 300 Prozent mehr, dreimal mehr antimikrobielle Resistenzen.
So, das heißt, sie wollen neue Medikamente entwickeln. Ja, und das Dolle ist jetzt, da haben sie ein 170-seitiges Papier rausgegeben, einen Plan, in dem sie sagen, der neue Plan ist, gegen die Bakterien eben nicht mehr mit Antibiotika vorzugehen, sondern mit Impfung. …
Ja, das muß man sich mal vorstellen. Die wollen uns jetzt gegen alle möglichen Bakterien impfen, anstatt mit lebensrettenden Antibiotika zu behandeln.
Beate Bahner: Aber Heiko, du bist ja Arzt. Würde denn eine Impfung nicht helfen? Oder ist sie schlichtweg Bullshit?
Heiko Schöning: Ja, also das ganze Konzept ist halt äußerst fragwürdig, beziehungsweise funktioniert natürlich nicht so. Und unter dem Deckmantel, daß man diese Mutationen von Bakterien, also diese Resistenzen umgehen will, will man jetzt gegen alles Mögliche impfen. Und in diesem 170-seitigen Papier, das ich auf meinem Telegram-Kanal verlinkt habe, sind auch etwa 50 Bakterienarten schon drin. Und die Nummer eins ist Tuberkulose. Und das ist ganz, ganz gefährlich. Denn das, was du auch gerade angesprochen hast, dieses Jonglieren mit Zahlen… die haben Tuberkulose, TBC, halt auf Platz eins gestellt ihrer Liste, was sie bekämpfen wollen.
Und die ganz offiziellen Zahlen sind jetzt, daß sie gesagt haben, oh, in den letzten Jahren sei Tuberkulose total zurückgegangen in den Fällen, weil die sich alle nämlich unter Covid-19 verstecken. Also das heißt, die, die eigentlich immer früher an Tuberkulose gestorben sind, sind jetzt nur umbenannt worden als Covid-19-Fälle. Das bedeutet aber, daß wenn sie jetzt diese Covid-19-Fälle, diese Statistik, jetzt wegnehmen, dann haben wir plötzlich eine Verdoppelung der Tuberkulose-Fälle. Und damit kann halt eine riesige Panik gemacht werden.
Und was sie vorbereiten, ist eben, daß sie uns jetzt impfen lassen wollen. Und zwar mit mRNA-Gen-Therapien. Also nicht mit traditionellen Antibiotika, sondern mit, und das ist so

ein Stichwort, mit "nicht-traditionellen Antibiotika" - die keine sind, mit mRNA-Gen-Therapien, die sie Impfung nennen.
Beate Bahner: Heiko, wir waren beide richtig - Du sowieso schon sehr viele Jahre, bist du dem Pharmaverbrechen auf der Spur. Ich bin von Ende letzten Jahres darüber gestolpert. Lieber Heiko, das war so nach unserer Vorstellung ein erster Appetizer rund um das Pharmaverbrechen AMR - antimikrobielle Substanzen, Resistenzen - mit der damit verbundenen Panik, die wieder verbreitet werden soll. Wir haben jetzt mit einem ersten Interview einfach mal darauf aufmerksam gemacht. Wir schauen uns die 170 Seiten der WHO dazu an. Und ich schlage vor. Wir bleiben dran und werden auch weiterhin unsere interessierten Teilnehmer und Zuhörer darüber informieren. Bist du einverstanden?
Heiko Schöning: Ja, allerdings. Und ich kann nur alle Zuhörer, Zuschauer bitten, das zu verteilen und auch sich halt in diesen Büchern zensurgeschützt auch zu informieren. Denn dieser Plan wird ausgerollt. Das passiert wirklich, und zwar mit Milliarden Geldern. Die machen das dreist weiter. Es ist ernst! Es entwickelt sich. Also nicht sich zurücklegen und von Gaza, Ukraine und sonst irgendwie nur ablenken lassen, sondern die machen dieses Narrativ wirklich scharf! Und dann kommt es. Und eben nicht überraschen lassen, sondern vorher sich schon einlesen!
Beate Bahner: Nein, und es gibt auch die Pharmafirmen, die überall, auch in Deutschland - auch in Brandenburg und den anderen, auch in Rheinland-Pfalz - neue Pharmaindustrie, und neue Gebäude, die hier und weltweit gebaut werden für eine Menge Geld. Und erneut hat ja Deutschland vor wenigen Tagen in Berlin der WHO wieder fast eine Milliarde zugesagt. Deutschland ist mit dabei, und es wird Covid 2.0 durchgezogen, und wir werden versuchen, es zu verhindern.
Lieber Heiko, herzlichen Dank für deine Zeit! Wir bleiben dran! Wir kommen wieder!<<
USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.411/…): >>**Donald Trump als "Müllmann" im US-Wahlkampf: "250 Millionen Amerikaner sind kein Abfall!"**
Genial, genialer, Trump: Nach skandalösen Äußerungen des scheidenden US-Präsident Joe Biden, der Anhänger Donald Trumps als "Müll" bezeichnet hatte, ließ die Antwort des republikanischen Präsidentschaftskandidaten nicht lange auf sich warten. Im heiß umkämpften Swingstate Wisconsin legte Donald Trump einen Wahlkampfauftritt als "Müllmann" hin!
Die orangefarbene Arbeitsweste mit reflektierenden Streifen war kein Halloween-Kostüm, sondern wie zuvor schon Trumps Wahlkampf-Gag als Pommes-Verkäufer bei McDonalds ein genialer Seitenhieb auf die Demokraten! Auf dem Flughafen der 100.000 Einwohnerstadt Green Bay im US-Bundesstaat Wisconsin ließ sich der Republikaner von einem Müllwagen abholen. Aus der Lkw-Kabine fragte "Müllmann" Trump die Reporter: "Na, wie gefällt Euch mein Müllwagen? Dieser Wagen ist zu Ehren von Joe Biden und Kamala Harris!"
Seine "Arbeitskleidung" legte der 45. und immer wahrscheinlicher auch 47. Präsident der USA auch später bei der Kundgebung nicht ab. Seinen begeisterten Anhängern in Wisconsin rief Trump zu: "250 Millionen Amerikaner sind kein Abfall!"<<
Israel: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.408/…): >>**"Israel führt einen Angriffskrieg"**
Von *COMPACT Redaktion*
Am 10. Oktober wurde der indischen Schriftstellerin in London der Pinter Prize 2024 des britischen PEN verliehen. In ihrer Dankesrede bezog Roy auch zu Hamas und Hisbollah Position.
_ O-Ton Arundhati Roy
Ich weigere mich, das Verdammungsspiel mitzumachen. Lassen Sie mich das klarstellen. Ich sage unterdrückten Menschen nicht, wie sie sich ihrer Unterdrückung widersetzen sollen oder

wer ihre Verbündeten sein sollten. ...
Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß es für mich als Autorin, Nichtmuslimin und Frau sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich wäre, unter der Herrschaft der Hamas, der Hisbollah oder des iranischen Regimes sehr lange zu überleben. Aber darum geht es hier nicht. Der Punkt ist, uns über die Geschichte und die Umstände, unter denen sie entstanden, zu unterrichten. Der Punkt ist, daß sie genau jetzt gegen einen im Gang befindlichen Völkermord kämpfen. Der Punkt ist, uns zu fragen, ob eine liberale, säkulare Streitmacht gegen eine völkermörderische Kriegsmaschinerie antreten kann.
Denn an wen können sie sich wenden, wenn alle Mächte der Welt gegen sie sind, außer an Gott? Ich bin mir bewußt, daß die Hisbollah und das iranische Regime in ihren eigenen Ländern lautstarke Kritiker haben, von denen einige ebenfalls im Gefängnis sitzen oder weitaus Schlimmeres erlitten haben. Ich bin mir bewußt, daß einige ihrer Handlungen - die Tötung von Zivilisten und die Geiselnahme durch die Hamas am 7. Oktober - Kriegsverbrechen darstellen. Dies kann jedoch nicht mit dem verglichen werden, was Israel und die Vereinigten Staaten in Gaza, im Westjordanland und jetzt im Libanon tun.
Die Wurzel aller Gewalt, einschließlich der Gewalt vom 7. Oktober, ist Israels Besetzung palästinensischen Landes und seine Unterdrückung des palästinensischen Volkes. Die Geschichte hat nicht am 7. Oktober 2023 begonnen.
"Die Wurzel aller Gewalt … ist Israels Besetzung …"
Ich frage Sie, wer von uns, der in diesem Saal sitzt, würde sich freiwillig der Demütigung unterwerfen, der die Palästinenser in Gaza und im Westjordanland seit Jahrzehnten ausgesetzt sind? Welche friedlichen Mittel hat das palästinensische Volk nicht versucht? Welchen Kompromiß hat es nicht akzeptiert - außer dem, der von ihm verlangt, auf Knien zu kriechen und Dreck zu fressen? Israel führt keinen Selbstverteidigungskrieg. Es führt einen Angriffskrieg. Einen Krieg, um mehr Territorium zu besetzen, seinen Apartheidapparat zu stärken und seine Kontrolle über das palästinensische Volk und die Region zu verschärfen.
Die Mitschuldigen
Seit dem 7. Oktober 2023 hat Israel nicht nur Zehntausende Menschen getötet, sondern auch den Großteil der Bevölkerung Gazas mehrfach vertrieben. Es hat Krankenhäuser bombardiert. Es hat gezielt Ärzte, Hilfskräfte und Journalisten angegriffen und getötet. Eine ganze Bevölkerung wird ausgehungert - ihre Geschichte soll ausgelöscht werden. All dies wird sowohl moralisch als auch materiell von den reichsten und mächtigsten Regierungen der Welt unterstützt. Und von ihren Medien. Hier schließe ich mein Land Indien ein, das Israel mit Waffen und Tausenden von Arbeitern versorgt. Zwischen diesen Ländern und Israel besteht kein Unterschied. Allein im vergangenen Jahr haben die USA 17,9 Milliarden US-Dollar als Militärhilfe für Israel ausgegeben.
_ Arundhati Roy, geboren 1961, gehört zur syrisch-orthodoxen christlichen Minderheit in Indien. Sie wurde als Frauenrechtlerin und Globalisierungskritikerin sowie als scharfe Gegnerin des hinduistischen Kastensystems bekannt. Viele Jahre lebte sie in den Slums von Delhi und sammelte Flaschen, bis sie 1997 mit ihrem Roman "Der Gott der kleinen Dinge", einer Art Lebensgeschichte, weltberühmt wurde.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2024.<<
Iran: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 31. Oktober 2024 (x1.412/…): >>**Nach Hinrichtung**
Deutschland schließt alle iranischen Generalkonsulate
Als Reaktion auf die Hinrichtung des Deutschen, Jamshid Sharmahd, schließt Deutschland alle iranischen Generalkonsulate im Land. Lange Zeit wurde dem Außenamt in diesem Fall Untätigkeit vorgeworfen.
Von *Redaktion*

Vor einigen Tagen ließ das iranische Mullah-Regime den Deutschen Jamshid Sharmahd hinrichten. Am Montagmorgen soll das Todesurteil aus dem Jahr 2023 vollstreckt worden sein. Der Vorgang löste eine diplomatische Krise aus. Nun schließt Deutschland alle iranischen Generalkonsulate im Land. Das teilte Bundesaußenministerin Annalena Baerbock am Donnerstag mit. Während die Botschaft in Berlin geöffnet bleibt, schließen die Konsulate in München, Hamburg und Frankfurt am Main.
Wegen des Vorgehens in dem Fall stand das deutsche Außenministerium lange Zeit in der Kritik, auch von Seiten der Schwester des mittlerweile hingerichteten Sharmahd. Denn das Ministerium sei zu lange untätig geblieben. Jetzt versucht das Außenamt scheinbar, die Kritiker zu widerlegen und reagiert ungewöhnlich scharf auf die diplomatische Provokation.
Bereits zuvor hatte das Ministerium den Leiter der iranischen Botschaft in Berlin einbestellen lassen. Außerdem hatte man die Hinrichtung aufs Schärfste verurteilt. Sharmahd war lange Zeit in der Opposition gegen das Mullah-Regime aktiv. Er lebte lange Zeit in den USA und Deutschland, bevor er 2020 auf einer internationalen Reise verschleppt wurde und im Iran auftauchte. Denkbar ist es, daß hinter der Aktion der iranische Geheimdienst steckte.
Sharmahd wurde vorgeworfen, 2008 an einem Terroranschlag in der Stadt Schiras beteiligt gewesen zu sein und damit für den Tod mehrerer Menschen verantwortlich zu sein. Unabhängig lassen sich die Vorwürfe nicht überprüfen, Sharmahd und seine Familie stritten sie jedoch entschieden ab.
Es bleibt abzuwarten, ob das Ministerium weitere Maßnahmen ergreifen wird. Beispielsweise wäre auch eine Ausweisung des iranischen Botschafters möglich. Dies wurde bereits kurz nach der Hinrichtung aus den Reihen der CDU gefordert.<<

01.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. November 2024 (x1.419/…): >>**85 % der Deutschen sind mit der Ampel unzufrieden: Klare Mehrheit will Neuwahlen!**
Sind das die letzten Zuckungen einer Bundesregierung, die gegen das eigene Volk regiert? Laut einer aktuellen Infratest-dimap-Umfrage sprechen sich bereits 54 Prozent der Deutschen für Neuwahlen aus. 85 Prozent der Befragten sind unzufrieden mit der Ampel; nur noch ein Prozent (!) ist "sehr zufrieden". Und wenn der riesige Regierungsapparat mit seinen mehr als 20.000 Ministerialbeamten und einem gigantischen Netz an subventionierten Journalisten und sonstigen Günstlingen nicht so aufgebläht wäre, dann wäre aus diesem einen Prozent wohl auch schon eine Null geworden.
Wie sehr muß man es sich beim Volk verscherzt haben und wie tief muß man gesunken sein, wenn trotz der medialen Dauerpropaganda nur noch ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung mit der Bundesregierung zufrieden ist? Man hat seitens der Ampel und auch seitens der CDU alles versucht, um regierungskritischen Journalismus zu unterbinden, zu zensieren und einzuschüchtern.
Die sozialen Medien nimmt man sogenannten "Trusted Flaggern" an die Kandare, während regierungstreue Lügenportale wie "Correctiv" mit Millionenbeträgen gefüttert werden und beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk schon wieder eine Erhöhung der Rundfunkgebühren im Raum steht. Doch trotz alledem: Die überwältigende Mehrheit der Menschen glaubt an die Propaganda nicht mehr - ein ermutigendes Zeichen.
Neuwahlen wären die richtige Antwort auf eine Regierung, die moralisch und politisch bankrott ist. Eine Regierung, die bei der Nord-Stream-Sprengung einem staatlichen Terrorangriff auf unsere Energieversorgung tatenlos zusieht, mit Massenmigration unser Land destabilisiert und mit Gender-Sternen oder dem "Selbstbestimmungsgesetz" dekadente Verwahrlosung fördert, sollte uns einfach nur aus den Augen gehen.
Das Gleiche gilt aber selbstverständlich auch für die CDU, die den ganzen Ampel-Wahnsinn

herbeigeführt hat und trotz entgegengesetzter verbaler Nebelkerzen auch weiterhin vorantreiben will. Nicht allein die Ampel muß abgewählt werden - sondern der gesamte Einheitsbrei der etablierten Parteien, der sich vom eigenen Volk längst verabschiedet hat.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 1. November 2024 (x1.419/…): >>**Selbstbestimmungsgesetz tritt in Kraft: In Deutschland darfst Du das Geschlecht frei wählen - aber nicht Deine Heizung!**

Es gibt kaum ein schlimmeres Symbol für die Dekadenz unserer vermeintlichen politischen "Eliten": Am heutigen Freitag tritt das unsägliche "Selbstbestimmungsgesetz" in Kraft.

Damit wird eine neue Ära der mittelalterlichen Wissenschaftsverachtung eingeleitet, denn das Gesetz ignoriert die biologischen Fakten: Es gibt nur zwei Geschlechter! Absurderweise ermöglicht das Gesetz, daß man seinen Geschlechtseintrag theoretisch einmal im Jahr ändern kann - das Geschlecht als kinderleicht zu erwerbendes Accessoire. Auch die vormals notwendigen Voraussetzungen wie etwa ein Gerichtsurteil oder die Einholung zweier Sachverständigengutachten werden abgeschafft.

Doch das sind beileibe nicht die einzigen Probleme des Ampel-Machwerks. Kinder und Jugendliche werden in ihrer geschlechtlichen Identität verunsichert und zu immer mehr medizinischen Geschlechtsumwandlungen getrieben - die Zahl dieser Operationen explodiert seit Jahren. 2007 gab es bundesweit nur 419 Operationen zur Genitalumwandlung; 2021 hatte sich die Zahl mit 2.598 Eingriffen mehr als versechsfacht.

Kinder ab 14 Jahren können die Änderungserklärung faktisch ohne elterliche Zustimmung abgeben - denn das Einverständnis der Eltern kann durch ein Familiengericht ersetzt werden. Man darf in Deutschland sein Geschlecht beliebig wechseln, seine Heizung aber nicht - die Verhältnisse sind auf den Kopf gestellt.

Daß der Trans-Kult zu grotesken Zuständen und am Ende auch zur Beeinträchtigung von Frauenrechten führt, zeigte sich schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes: Bereits im Juni wurde die Besitzerin eines Frauen-Fitneßstudios von Ampel-Ideologen an den Pranger gestellt, weil sie einem Mann, der sich als Frau fühlt, die Mitgliedschaft verwehrte.

Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Frau Ataman, schlug der Besitzerin des Fitneßstudios daraufhin die Zahlung einer Entschädigung von 1000 Euro vor. Die etablierten Parteien haben aus Deutschland ein würdeloses Tollhaus gemacht - die AfD macht Deutschland wieder normal.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 1. November 2024 (x1.420/…): >>**Irrenhaus Deutschland: Ab heute kann JEDE(R) einmal im Jahr sein, was SIE oder ER will!**

Heute, am 1. November 2024, tritt mit dem neuen Selbstbestimmungsrecht ein linksgrün-wokes Gesetz in Kraft, das nichts anderes bedeutet als die staatliche Abschaffung der Wahrheit! Es ist eines von inzwischen so vielen Gesetzen, bei denen man sich wünscht, daß eine AfD-geführte Bundesregierung diesen Irrsinn so schnell wie möglich rückgängig macht.

An Allerheiligen (1. November) gedenken auf Deutschlands Friedhöfen viele Menschen ihrer lieben Verstorbenen. Es grenzt schon an Pietätlosigkeit: Ausgerechnet an Allerheiligen tritt ein neues unseliges Ampel-Gesetz in Kraft. Von nun an können Volljährige ihren Geschlechtseintrag einmal im Jahr mittels einer einfachen standesamtlichen Erklärung ändern lassen.

- Wer fortan einen Mann, der eine Frau sein will oder gar nichts von beiden, trotzdem einen Mann nennt, dem droht ein Bußgeld von bis zu 10.000 Euro! Das gilt auch mit Blick auf eine Frau, die ein Mann sein will oder weder noch.

Bisher mußte man ein medizinisches Gutachten beibringen, um darzulegen, daß man eine "andere Person" ist, als die man(n) bzw. frau zur Welt gekommen ist. Erst dann war ein abändernder amtlich gültiger Eintrag möglich ("männlich/weiblich/divers").

- Das ändert sich vom heutigen Tage an mit dem neuen Selbstbestimmungsgesetz fundamental:
Das neue Recht ersetzt das Transsexuellengesetz (TSG) von 1980 und erlaubt einmal im Jahr eine einfache Änderung des Geschlechtseintrags in allen offiziellen Dokumenten - ohne weitere Vorbedingungen. Es ist weder wie bisher eine ärztliche Begutachtung, psychologische Diagnose noch gegebenenfalls eine gerichtliche Entscheidung erforderlich.
Darüber hinaus erlaubt das neue Gesetz jedermann bzw. jederfrau über 18 Jahren, einmal im Jahr seinen/ihren Vornamen durch eine einfache Erklärung auf dem Standesamt zu ändern.
Eine Einschränkung immerhin gibt es:
- Minderjährige können ihren Geschlechtseintrag nur mit Zustimmung der Eltern ändern. Sollten die Eltern nicht zustimmen, weil sie der Meinung sind, daß ihr Kind nicht wirklich die Folgen dessen überschaut, was es da tut, muß gegebenenfalls das Familiengericht eine Entscheidung treffen.
- NEU ist auch: Das eigentliche Geschlecht, das in der Geburtsurkunde festgelegt wurde zu einer Zeit noch, da es in der Regel nur "Männlein oder Weiblein" gab, fällt nun unter den "Schutz der Privatsphäre".
Man reibt sich verwundert die Augen: Ausgerechnet der deutsche Staat, der keine Skrupel hat, Bürgern in den sozialen Medien nachzuschnüffeln, sie zu diffamieren, zu kriminalisieren oder sogar abzuhören und mit der Beschneidung von Grundrechten zu kujonieren, gibt sich auf einmal hypersensibel! Klar doch, denn es geht um sogenannte queere Menschen. Dann ist plötzlich höchste linksgrüne Feinfühligkeit angesagt, dann hat die "Beachtung der Privatsphäre" auf einmal oberste Priorität.
Mißbrauch des Selbstbestimmungsgesetzes ist vorprogrammiert
Es gibt bereits seit einiger Zeit Fälle, die davon zeugen, daß Mißbrauch künftig Tür und Tor geöffnet ist:
- Eine 25 Jahre alte Transfrau mit noch vorhandenem männlichem Geschlechtsmerkmal wollte Mitglied in einem ausschließlich für Frauen zugänglichen Studio in Erlangen (Bayern) werden. Nachdem das Frauen-Fitneßstudio den Abschluß einer Mitgliedschaft abgelehnt hatte, schaltete die abgewiesene Transfrau zunächst die Antidiskriminierungs-Beauftragte des Bundes und anschließend auch Anwälte ein, um Ansprüche auf Entschädigung und Zutritt zu den Räumlichkeiten durchzusetzen.
Die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) berichtete Anfang Juni ausführlich über den Fall: "Die Betreiberin eines Frauen-Fitneßstudios möchte keinen biologischen Mann als Mitglied aufnehmen, der sich als Frau begreift. Doch dieser versucht mit allen Mitteln, sich den Zutritt zu ertrotzen. Dann schaltet sich auch eine Bundesbehörde ein. Doris Lange betreibt ein Fitneßstudio für Frauen in der mittelfränkischen Großstadt Erlangen. Als ein Mann, der sich selbst als Frau begreift, im 'Lady's First' Mitglied werden will, lehnt die Inhaberin das ab. Kurz darauf erhält sie ein Schreiben der Antidiskriminierungsbeauftragten Ferda Ataman - mit der Empfehlung, dem Mann eine Entschädigung zu zahlen."
Für Doris Lange verletzte das Eindringen eines biologischen Mannes in Frauenkleidern mit sozusagen "allem drum und dran" den Schutzraum ihrer Kundinnen. Die drohten mit Kündigung ihrer Mitgliedschaft, denn sie wollten ja gerade nicht wie in gemischten "Mucki-Buden" den begehrlichen Blicken von Männern, vermeintlichen Komplimenten oder gar direkten Anzüglichkeiten ausgesetzt sein.
"Biologischer Mann - nicht in die Umkleide, nicht in die Dusche und nicht in meinen Trainingsraum", wehrte sich Studio-Chefin Doris Lange letztlich erfolgreich. Denn sie kann sich zumindest noch auf ihr Hausrecht berufen!
Anders sieht es künftig im Knast oder auf Damentoiletten aus: Dort können sich Frauen nicht mehr sicher fühlen vor Übergriffen oder gar Vergewaltigungen!

FAZIT: Der heutige 1. November markiert ein weiteres Meilenstein-Datum auf dem Weg Deutschlands ins linksgrün-woke Absurdistan!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 1. November 2024 (x1.421/…): >>**Behördenversagen: Ausreisepflichtiger Vergewaltiger aus Ghana seit Jahren auf freiem Fuß**

2018 vergewaltigte er mutmaßlich eine Minderjährige, trotzdem befindet sich ein Ghanaer seit Jahren auf freiem Fuß. Dazu war er seit 8 Jahren illegal in Deutschland und sollte eigentlich abgeschoben werden. Doch dem entkam der Mann immer wieder.

Von *Redaktion*

2018 soll er eine damals 16-Jährige in Mülheim brutal vergewaltigt haben. Seitdem befindet er sich fast ausschließlich auf freiem Fuß und ist die meiste Zeit untergetaucht. Ein 36-jähriger Ghanaer entkommt den deutschen Behörden immer wieder. Seit 2016 darf der Ghanaer eigentlich gar nicht in Deutschland sein, doch eine Abschiebung scheiterte mehrmals. Selbst nach einem laufenden Gerichtsprozeß wegen seiner mutmaßlichen Vergewaltigung kam er doch wieder frei. Darüber berichtete zuerst die Westdeutsche Allgemeine Zeitung.

Als sich seine minderjährige Freundin schlafen gelegt hatte, begann der damals 30-Jährige, sie zu vergewaltigen. Sie wachte auf und wehrte sich, doch das half nichts. Was im Nachgang der schrecklichen Tat passierte, war eine Farce. Erst dauerte die Analyse einer DNA-Probe des LKA über ein Jahr, bis festgestellt werden konnte, daß der Ghanaer tatsächlich Geschlechtsverkehr mit dem Teenager gehabt hatte. Dann war der mutmaßliche Täter auch noch untergetaucht.

Erst Anfang 2024 gelang die Festnahme des Flüchtigen. Nun wurde ihm der Prozeß gemacht, bereits der zweite Versuch. Dieser scheiterte jedoch ebenso wie der erste daran, daß die Vergewaltigte nicht erschien und somit keine Aussage vor Gericht machen konnte. Das war für die Richterin jedoch eine essentielle Voraussetzung für das Verfahren.

Das Verfahren drohte zu scheitern, es blieb nur noch eine Möglichkeit: Den Mann abzuschieben. Denn eigentlich hat der Ghanaer bereits zwei abgelehnte Asylanträge in der Tasche. Bereits 2016, ein Jahr nachdem er den Antrag gestellt hatte, soll sein Antrag, einem Bericht des Nordkuriers zufolge, als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt worden sein. Ghana ist eines der wenigen Länder in Afrika, die offiziell als sichere Herkunftsländer gelten. 2018, also in dem Jahr, als er die Minderjährige vergewaltigt hatte, stellte er erneut einen Asylantrag, welcher erneut abgelehnt wurde.

Dazwischen hatte er, wie der Nordkurier berichtet, aber schon eine lange Phase des Untertauchens hinter sich. Nach seinem ersten abgelehnten Asylantrag tauchte der Mann lange Zeit unter, für die Behörden nicht auffindbar. Auch nach dem zweiten Asylantrag verschwand der Mann für lange Zeit. Deshalb konnte er erst Anfang dieses Jahres gefaßt werden. Mittlerweile ist er aber wieder auf freiem Fuß, denn nachdem das Gericht in Rostock einen Abschiebehaftbeschluß angeordnet hatte und der Mann tatsächlich noch im Gerichtssaal festgenommen werden konnte, kam die Ernüchterung: Es gab angeblich keine Abschiebehaftplätze mehr; der Ghanaer mußte doch freikommen.

Doch diese relativ dubiose Begründung ist zweifelhaft. Gegenüber dem Nordkurier gab die Ausländerbehörde Mecklenburg-Vorpommern an, daß es noch genug Haftplätze gegeben hatte. Der Fall offenbart jedenfalls das immer öfter anzutreffende Behördenversagen beim Abschiebungen in Deutschland.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 1. November 2024 (x1.424/…): >>**Wahn und Wirklichkeit - Der Geist des Menschen und die "Geschlechts-Identität"**

Herbert Ludwig

Der seit Jahren das öffentliche Bewußtsein überschwemmende Geschlechterwahn trägt alle

Merkmale einer ideologischen Kampagne, die aus dem Hintergrund global gesteuert wird und mit medialen und staatlichen Mitteln durchgesetzt werden soll. Wahrnehmbare biologische Fakten werden systematisch ausgeblendet, seelische Befindlichkeiten und Wünsche an die Stelle gesetzt und seltene Abnormitäten zur Normalität erklärt. Der Mensch wird aus rein materialistischer Perspektive auf seinen Leib und dessen Geschlechtlichkeit, seine "Geschlechts-Identität" reduziert und sein geistiges Wesen völlig ignoriert. Dabei kann erst die Entwicklung des menschlichen Geistes über den Sinn des Geschlechtes aufklären.

Die Gender-Ideologie wird von zwei Thesen geprägt:

1. Es gebe viele Geschlechter, nicht nur männlich oder weiblich;
2. Ein Geschlecht sei nicht primär biologisch bestimmt, sondern ein soziales Konstrukt. Man könne sein Geschlecht ändern und sich für das Geschlecht entscheiden, als das man sich fühle.

Die naturwissenschaftlichen Fakten

Beiden Thesen fehlt der Nachweis in der wahrnehmbaren Welt. Sie sind daher keine wissenschaftlichen Ergebnisse, sondern reine Vorstellungen, Behauptungen, folglich Ideologien.

Zu 1. "Bei allen Säugetieren gibt es zwei Geschlechter", stellt unter vielen anderen die renommierte Biochemikerin und Nobelpreisträgerin Prof. Christiane Nüsslein-Volhard lapidar fest. Und der Mensch sei biologisch ein Säugetier. Mit einfachen Sätzen bringt sie die beiden naturwissenschaftlich erforschten Wesensmerkmale auf den Punkt:

"Da gibt es das eine Geschlecht, das die Eier produziert, zwei X-Chromosomen hat. Das nennt man weiblich. Und es gibt das andere, das die Spermien produziert, ein X- und ein Y-Chromosom hat. Das nennt man männlich. Und wenn sich ein Ei mit einem Spermium vereinigt, entsteht ein neues Wesen."

Den Einwand, daß für intersexuelle Menschen, die nicht ganz Mann oder Frau sind, ein eigenes Geschlecht (divers) geltend gemacht werde, kontert sie logisch treffend:

"Intersexualität entsteht durch sehr seltene Abweichungen, zum Beispiel beim Chromosomensatz. Aber auch intersexuelle Menschen haben die Merkmale beider Geschlechter, sie sind kein drittes Geschlecht."

Zu 2. Die Behauptung, das Geschlecht sei nicht biologisch bestimmt, ignoriert ebenfalls die wahrnehmbaren Tatsachen. Da können noch so viele soziale Einflüsse wie in der Erziehung verstärkend wirksam sein, sie bringen die biologischen Geschlechtsmerkmale nicht hervor und beeinflussen sie auch nicht. Diese wurden bereits vor der Geburt festgelegt und sind nicht änderbar, wie auch Frau Prof. Nüsslein-Volhard ausführt:

"Es gibt Menschen, die wollen ihr Geschlecht ändern, aber das können sie gar nicht. Sie bleiben weiterhin XY oder XX. Das Entscheidende dabei ist, daß die Tatsache, ob man ein Y-Chromosom hat, schon in der Schwangerschaft auf die Entwicklung des Embryos wirkt und natürlich auch beim Heranwachsenden. Jungen haben deshalb andere Geschlechtsmerkmale als Mädchen, und das kann man nicht rückgängig machen. Menschen behalten lebenslang ihre Geschlechtszugehörigkeit."

Natürlich gebe es innerhalb eines biologischen Geschlechts ein großes Spektrum der Gefühle und Neigungen. Es gebe sehr "feminine" Männer und sehr "maskuline" Frauen.

Das habe nicht nur mit kulturellen Faktoren, sondern unter anderem auch mit unterschiedlichen Hormonleveln zu tun. Aber das bestehende Geschlecht sei nicht änderbar, das sei Wunschdenken.

"Natürlich kann man durch Hormongaben erreichen, daß zum Beispiel ein Mädchen, das Testosteron nimmt, eine tiefe Stimme und Bartwuchs bekommt. Aber davon wachsen dem Mädchen keine Hoden und es wird keine Spermien produzieren. Und biologische Männer produzieren auch durch Hormongaben keine Eier und können keine Kinder gebären.

Das Problem dabei entsteht, wenn es zu irreversiblen Eingriffen kommt, bei den Operationen sowieso. Aber man fügt auch mit den Hormonen dem Körper etwas zu, was dort nicht vorge-

sehen ist. Hormone verursachen im Körper sehr, sehr viel - auf den verschiedensten Ebenen, physisch wie psychisch.
Das ordentlich zu dosieren und ständig zu nehmen, halte ich für außerordentlich gewagt. Der Körper kann auf Dauer nicht gut damit umgehen. Jedes Hormon, das man zu sich nimmt, hat Nebenwirkungen. Hormone zu nehmen, ist prinzipiell gefährlich."
Daß nach dem Selbstbestimmungsgesetz künftig Jugendliche ab 14 ihr Geschlecht selbst bestimmen können, bezeichnet sie als Wahnsinn. Mit 14 seien ganz viele Mädchen in der Pubertät unglücklich.
"Ich kenne das ja selbst. Ich war mit 14 auch unglücklich und wollte lieber ein Junge sein. Ich durfte damals noch nicht mal Hosen anziehen oder mir die Haare abschneiden. Ich habe mich oft verflucht und dachte: Ich wäre lieber ein Mann! Denn wenn man so einen Beruf machen will, in dem Männer dominieren, dann ist man natürlich besser dran, wenn man auch einer ist. Aber dann muß man einen Weg finden, wie man sich durchsetzt. Das ist es doch, was man den Mädchen raten und wobei man sie unterstützen muß."
Der Gesetzgeber könne ja im Grunde gar keine Geschlechtsänderung ermöglichen. Er sage nur: Diese Frau darf ab jetzt behaupten, sie sei ein Mann. Und umgekehrt. Die biologischen Grundlagen seien jedoch absolut nicht zu ändern. Und wenn jetzt ein Mann behaupte, er sei eine Frau und gehe in einen Sportverein, um dort bei den Frauen mitzuspielen, dann sei er aufgrund seiner männlichen Hormone stärker und laufe schneller als die Frauen. Es sei im Grunde wie beim Doping. -
Es handelt sich also um eine per Gesetz ermöglichte riesige Täuschung und einen gigantischen Betrug. Doping ist im Sport streng verboten, weil es die Kräfte künstlich aufputscht und so einem Einzelnen über die Anderen Wettbewerbsvorteile verschafft. Durch die Gender-Ideologie wird aber erlaubt, daß sich ein Mann, der sich zur Frau erklärt, aber nach wie vor unveränderbar ein biologischer Mann bleibt, solche Wettbewerbsvorteile verschaffen kann. Diese Absurdität wurde ja kürzlich bei der Olympiade in Paris im Frauenboxen durch den algerischen Boxer Imane Khelif demonstriert. Siehe dazu den fachlichen Kommentar des Evolutionsbiologen Prof. Ulrich Kutschera.
Die Tatsache, daß sich die innere Sehnsucht nach dem anderen Geschlecht (trans-gender) trotz äußerer Kosmetik nie zu einer wirklichen Erfüllung führt, ist den Transgender-Leuten auch bewußt, sonst würden sie nicht die Anerkennung eines weiteren Geschlechtes verlangen. Im Grunde fordern sie, daß die Differenz zwischen dem gefühlten Wunsch nach dem anderen Geschlecht in ihrem Inneren und dem tatsächlichen biologischen Geschlecht anerkannt werde, ihrem inneren Wunsch-Geschlecht aber sozial Vorrang zukommen müsse. Das ist natürlich eine Fata Morgana, da das Geschlecht nun mal eine körperliche Prägung ist und jede Vortäuschung eines anderen Geschlechts zu fatalen sozialen Folgen führt.
Das Bundesverfassungsgericht hat sich auch im Genderwahn als politisch unterwandert und beeinflußt sowie durch fehlenden Realitätssinn gründlich blamiert. In mehreren Urteilen zur Trans- bzw. Intersexualität hat es sich über den "neuen" Geschlechtsbegriff geäußert. So heißt es im Urteil von 2017:
"In den medizinischen und psychosozialen Wissenschaften besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß sich das Geschlecht nicht allein nach genetisch-anatomisch-chromosomalen Merkmalen bestimmen oder gar herstellen läßt, sondern von sozialen und psychischen Faktoren mitbestimmt wird.
Frau Prof. Nüsslein-Volhard urteilt als echte Naturwissenschaftlerin darüber vernichtend:
"Das ist Unfug. Wie man sich fühlt, das läßt sich durch soziale und psychologische Umstände ändern. Das biologische Geschlecht aber eben nicht. Das ist dort, wo wirklich Wissenschaft betrieben wird, auch völlig unstrittig."
Sie belehrt damit die Richter, daß sie sich unreflektiert auf Pseudo-Wissenschaften berufen,

die einseitig auf Vorstellungen und begrifflichen Behauptungen beruhen. Eine Mitbestimmung des biologischen Geschlechts von "sozialen und psychischen Faktoren" ist nirgends wahrnehmbar nachgewiesen worden. Wirkliche Wissenschaft, ja jede Erkenntnis überhaupt, hat es immer mit zwei Elementen zu tun: mit Wahrnehmungs-Phänomenen einerseits und Begriffen andererseits, mit denen jene klar zu durchdringen sind.
Wie ernst kann man dieses höchste deutsche Gericht eigentlich noch nehmen?
Die Homosexualität gehört im engeren Sinne nicht zum vorliegenden Thema, weil dort nicht ein anderes Geschlecht angestrebt, sondern eine Beziehung zu einem Partner des gleichen Geschlechts gesucht wird. Sie gehört aber zur allgemeineren Szene der sexuellen Vielfalt (Symbol des Regenbogens), die vereint, gegen soziale Diskriminierung und für gesellschaftliche Anerkennung zu protestieren.

Soziale Diffamierung

Es ist keine Frage, daß Homosexualität nicht gesellschaftlich diffamiert oder gar, wie es lange der Fall war, strafrechtlich verfolgt werden darf. Wie sich jemand geschlechtlich orientiert, muß in seiner allseits tolerierten Freiheit liegen. Probleme entstehen nur, wenn Transgender- und homosexuelle Menschen ihre Neigungen als normale Varianten der Natur behaupten und in schrillem Verhalten und provokativer Aufmachung öffentlich aggressiv geltend machen. Das erzeugt notwendig Antipathien in der Bevölkerung.
Denn gegenüber der Normalität der zwei Geschlechter, die auch alleine für die Fortpflanzung der Menschen sorgen können, handelt es sich bei Inter-Sexualität, Transgender und Homosexualität um abweichende körperliche Merkmale bzw. Verhaltensweisen.
Anstatt still und ohne Aufheben im privaten Kreis ihre Neigungen zu leben, schaden sie damit gerade ihrem Anliegen nach gesellschaftlicher Toleranz. Die Anerkennung als natürliche Normalität zu verlangen, ist absurd. Sie kann nicht gegen die Wahrheit erzwungen werden. Geschieht dies doch durch staatliche Gesetze wie jetzt durch das "Selbstbestimmungsgesetz", ist dies nur eine weitere Variante totalitärer Lebensbestimmung der Menschen durch Wenige, die an den Hebeln einer antidemokratischen Macht-Hierarchie sitzen und der großen Mehrheit der Bevölkerung ihren perversen Willen aufdrücken.
Das Durchsetzen eines offensichtlichen Irrsinns zeigt, daß das nicht aus dem Bedürfnis des Volkes hervorgeht, sondern aus dem Hintergrund gesteuert wird, um zerstörerisch zu wirken.

Der Geist des Menschen

Im Streben nach Gleichberechtigung der Geschlechter kommt das Bewußtsein zum Ausdruck, daß das Geschlecht nicht das Menschsein als solches ausmacht. Ein Mann ist nicht deswegen ein Mensch, weil er ein Mann ist, also das männliche Geschlecht hat, sondern weil er in seinem Inneren ein Wesen ist, auf das wir mit dem Wörtchen "Ich" hindeuten. Das aber hat ebenso die Frau.
Nicht das Geschlecht, sondern das sich selbst bestimmende Ich macht Wesen und Würde des Menschen aus. Dieses steht folglich über dem Geschlecht und ist von ihm nicht abhängig. Das Geschlecht ist nur eine bestimmte Prägung der leiblichen Hülle, die jeweils mit besonderen seelisch-geistigen Qualitäten verbunden ist.
Beim Mann ist die Gestalt des physischen Leibes weitaus fester, kantiger und härter und seine physische Kraft viel stärker ausgebildet als bei der Frau, deren Körper weicher und runder geformt und mit schwächerer Kraft ausgestattet ist. Damit geht beim Manne einher, daß er in der Regel auch eine stärkere Ich-Kraft entfaltet, bestimmender und nach außen das Leben führender auftritt.
Die Frau dagegen hat viel größere, ja überquellende Lebenskräfte, die eben neues Leben in ihrem Leibe hervorbringen können. Auch die Seelenkräfte und Seelenfähigkeiten der Frau sind viel umfangreicher, vielfältiger, differenzierter und nuancierter als die demgegenüber spärlichen des Mannes. So sind Frauen in der Regel seelisch viel stärker, Krankheiten zu er-

tragen als Männer.
Jedes Geschlecht bedeutet also eine einseitige Prägung des Menschen, eine Halbheit, die nach Ergänzung durch das andere Geschlecht strebt. Erst die Gemeinschaft von Mann und Frau bietet sozusagen die Möglichkeit, den ganzen, vollständigen Menschen zu repräsentieren und ihm in der Liebe zueinander entgegen zu wachsen. Aber dieses Ideal wird im Leben nur selten, zumeist nur annähernd oder überhaupt nicht erreicht.
Doch kann überhaupt die Tatsache, daß jeder Mensch an nur ein Geschlecht gebunden ist, ein Gefühl der Ungerechtigkeit hervorrufen. Warum ist der eine Mensch mit der Einseitigkeit der Frau verbunden und der andere mit der Einseitigkeit des Mannes? Beiden fehlt und entgeht doch die jeweilige Seins-Qualität des anderen Geschlechtes.
Wir merken, die Frage ist vom rein physischen Aspekt aus, an den wir mit unseren physischen Sinnen und dem Verstand gebunden sind, nicht zu lösen. Die rein physische Perspektive erkennt nur an, was man physisch wahrnehmen kann; und der Mensch höre mit seinem materiellen Verschwinden auf zu existieren. Der Tod - das war's dann, wie man zu sagen pflegt.
Dabei ist ja das von allen geteilte Gefühl, daß den Menschen nicht das körperliche Geschlecht ausmacht, sondern sein Ich, das unabhängig über dem Geschlecht steht, der Punkt, der uns weiter führt. Wenn das Ich über dem körperlichen Geschlecht steht, steht es auch über dem physischen Körper überhaupt, ist von ihm in seiner Existenz als solcher nicht abhängig. Das Ich, das geistige Wesen des Menschen, muß also nach dem Tode, dem Ablegen des unbrauchbar gewordenen Leibes, weiterleben.
Die Menschen früherer Geschichts-Epochen, deren Bewußtsein ganz offensichtlich noch nicht auf die physische Welt reduziert war, erlebten ihr Ich auch noch als Teil einer geistig-göttlichen Welt, in das es nach dem Tode des Leibes zurückkehrte. Und sie wußten, daß das gerade abgeschlossene Leben die Fortsetzung eines früheren Erdenlebens war und daß sie nach einer Verarbeitungs- und Vorbereitungszeit wieder zu einem neuen Erdenleben geboren werden.
Doch unabhängig von östlichen Religionen, in denen dieses Wissen, wenn auch vielfach in dekadenter Form, noch immer gepflegt wird, ist der Gedanke der Wiederverkörperung gerade im mitteleuropäischen Geistesleben der deutschen Klassik und der idealistischen Philosophie Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts, wo das Ich als geistiges Wesen zu erfassen versucht wurde, wieder machtvoll aufgetaucht. Und Rudolf Steiner hat Anfang des 20. Jahrhundert in der Anthroposophie die Wiederverkörperung des Menschen wissenschaftlich begründet.
Auch sind in den letzten Jahrzehnten global Fälle vermehrt aufgetreten, daß Kinder sich an ein noch nicht lange zurückliegendes voriges Leben auf der Erde erinnern können und sich ihre genauen lokalen Angaben vielfach auch auf verblüffende Weise bestätigen.
Im Lichte der Wiederverkörperung aber ergibt es sich von selbst, daß sich jeder Mensch in der Regel abwechselnd in den beiden Geschlechtern verkörpert, da er nur so die Vorzüge, die beide bieten, erleben und für seine Entwicklung verarbeiten kann.
Nur bei einem sehr frühen Tod durch Mord, Unfall oder Krieg, das zeigen die Fälle der sich erinnernden Kinder, erfolgt vielfach die sehr schnelle Inkarnation in einem Körper desselben Geschlechts, um das vorher Verhinderte nachzuholen.
Welches Geschlecht ein Mensch annimmt, ist also durch sein vorangegangenes Schicksal bestimmt. Auch wenn er intersexuell mit Merkmalen beider Geschlechter geboren wird, muß das auf bestimmte abnorme Verhaltensweisen in früheren Erdenleben zurückzuführen sein, die in ihrer Konsequenz durchlitten und überwunden werden müssen. Und auch von innen kommende, nicht gesellschaftlich suggerierte Wünsche nach dem anderen Geschlecht werden ihre karmischen Voraussetzungen haben.

Fazit
Der Gender-Wahn ist ein extremer Ausfluß des Materialismus, durch den sich viele Menschen mit ihrem physischen Leib völlig identifizieren und ihr darüber stehendes geistiges Wesen aus dem Auge verlieren. So wird auch das Geschlecht als rein physisch-materielle Prägung des Leibes gesehen, die man beliebig verändern und manipulieren könne, wobei das Recht, sich - entgegen den Merkmalen des leiblichen Geschlechts - rein aus seelischem Wunsch verbindlich als Angehörigen des anderen Geschlechts erklären zu können, ein absoluter Irrsinn ist.
Die ganze Sache zeigt exemplarisch, wie der herrschende einseitige Materialismus in die individuelle und soziale Zerstörung führt. Erst die Wiedergewinnung der geistigen Dimension des Menschen und der Welt ergibt die volle Wirklichkeit des Daseins, aus der heraus die materiellen Erscheinungen erst allein verstanden und in der rechten Weise behandelt werden können.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 1. November 2024 (x1.422/…): >>**Investitionen in Stromnetze verdoppelt - Ausbau verdreifacht**
Der Ausbau der Stromnetze nimmt in Deutschland deutlich Fahrt auf. Wie Zahlen der Bundesnetzagentur zeigen, über die der "Spiegel" berichtet, haben sich die Investitionen in neue Hochleistungstrassen und Verteilnetze seit 2021 annähernd verdoppelt. So beabsichtigen die Betreiber der leistungsstarken und verlustarmen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) im kommenden Jahr fast fünf Milliarden Euro auszugeben, die Betreiber der lokalen und regionalen Netze fast zehn Milliarden Euro. Die hohen Investitionssummen schlagen sich auch in genehmigten oder bereits ausgebauten Leitungskilometern nieder.
Diese haben sich seit 2021 fast vervierfacht, auf nun rund 3.900 Kilometer. Der Ausbau sowohl von Überlandleitungen als auch von städtischen Netzen hilft dabei, die dezentral produzierte Elektrizität aus Wind- und Solarkraftwerken deutschlandweit zu verteilen. Bislang reicht die Netzleistung dafür oft nicht aus, was zum vorübergehenden Abschalten dieser Anlagen, zur Zuschaltung von konventionellen Kraftwerken und zu höheren Kosten für die Stromkunden führt. Die Industrie droht damit, Produktionsstandorte ins Ausland zu verlagern, und fordert vehement, die erhöhten Netzkosten vom Staat kompensiert zu bekommen.
Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, beschwichtigt: "Der Bau- und Investitionsstau bei den Stromnetzen löst sich definitiv auf", sagte er. "Da entwickelt sich gerade ein nicht zu unterschätzendes Konjunkturprogramm." Kabel, Trafos und Konverter würden oft in Deutschland hergestellt. Seine Behörde erwartet auch bei den Netzkosten eine Entspannung. Die Entgelte sollen demnach 2025 nur um moderate 3,4 Prozent steigen. In den lokalen Verteilnetzen könnte es in den kommenden Monaten insbesondere im Norden und Osten, wo viel grüner Strom eingespeist wird, sogar zu Preissenkungen kommen.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. November 2024 (x1.417/…): >>**Recht auf Heimat - auch für Deutsche!**
Von *S. Hofer*
Seit Jahrzehnten erinnert der US-Völkerrechtler Alfred M. de Zayas an die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten. Sein jüngstes Werk "80 Thesen zur Vertreibung" ist ein Appell zur Aufarbeitung des vergessenen Unrechts. Hier mehr erfahren.
Jeder vierte Deutsche hat familiäre Wurzeln im "alten" Ostdeutschland, also in Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen oder im Sudetenland. Die gewaltsame Entwurzelung von rund 14 Millionen Deutschen aus diesen Provinzen nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine Zäsur unserer Geschichte und hat die Landkarte Europas verändert. Und doch ist es still geworden um diese Tragödie.
Der Grund ist klar: Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen gilt jeder Verweis auf eigenes Leiden allenfalls "wehleidig" und die Beschäftigung damit sogar als "politisch inkorrekt", Schließlich steht sie im Verdacht, allein der vermeintlichen Aufrechnung"

deutscher Schuld zu dienen. Ein Vorwurf, der für den Historiker, Völkerrechtler und früheren UN-Mitarbeiter Prof. Dr. Alfred M. de Zayas wirkungslos bleibt.
Als gebürtiger Kubaner und aufgewachsen in Chicago besitzt er ausreichend Distanz, um dieses Kapitel europäischer Geschichte unbefangen aufzuarbeiten: Spezialisiert auf Vertreibungen in Europa, recherchiert er völkerrechtswidriges Vorgehen gegen Polen, Tschechen, Slowaken, Russen, Serben, Kroaten, Slowenen, Ukrainer, Juden, Roma, Armenier, Griechen, Zyprioten - und eben auch Deutsche und Österreicher. Seine fließende Beherrschung der deutschen Sprache erlaubt ihm vermittlungsfreies Studium von Originaldokumenten.
Auch für COMPACT hat Professor de Zayas schon zur Feder gegriffen: In einem großen Aufsatz in COMPACT-Geschichte "Verbrechen an Deutschen" legt er aus Sicht eines Völkerrechtlers und Historikers dar, warum die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten eine schwere, durch nichts zu legitimierendes Untat war - er spricht von einem Jahrhundertverbrechen.
De Zayas jüngstes Werk, "80 Thesen zur Vertreibung - Aufarbeiten statt verdrängen", stellt die Vertreibung der Deutschen in den globalen Kontext einer Situation, in der aktuell über 60 Millionen Menschen von Flucht, Vertreibung und erzwungener Migration betroffen sind. Schon seit mehreren Jahren vertreten die Vereinten Nationen klar das Recht auf Heimat ("right to one's homeland") als Menschenrecht. Und dieses Recht besitzt jeder Mensch - auch die Deutschen.
Viele der "80 Thesen" sind, verglichen mit der früheren Fassung des Buches (2008), noch genauer begründet, noch differenzierter formuliert und noch breiter in den aktuellen geistesgeschichtlichen Kontext Europas eingebettet. Beispielsweise zeigt de Zayas erstmals auf, wie klar jede Vertreibung auch gegen die Zehn Gebote und generell gegen die christliche Ethik verstößt.
Kompetente Ergänzung finden die "80 Thesen zur Vertreibung" durch Beiträge des Berliner Publizisten Konrad Badenheuer. Der verfolgt die Frage, wie die massive Verdrängung der Deutschen beim Thema Vertreibung überhaupt zu erklären ist. Wie war es beispielsweise möglich, daß Begriffe wie "Ostdeutschland" und "Ostbrandenburg" einfach ihre Bedeutung ändern konnten und heute andere Regionen bezeichnen als früher?
Was haben die verschiedenen Bundesregierungen und die Betroffenen selbst durch ihr Tun und Lassen zu dieser - aus Sicht der Betroffenen gewiß fatalen - Entwicklung beigetragen? Machen Sie sich auf überraschende wie faszinierende Antworten gefaßt. Die "80 Thesen zur Vertreibung" von Alfred M. de Zayas sind unverzichtbar für jeden, der eine gerechte, völkerrechtlich korrekte und historisch wahrhaftige Auseinandersetzung mit dem Thema sucht.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Seid umschlungen, Milliarden!**
Habecks "Deutschlandfonds": Das nächste Kapitel grüner Wirtschaftspolitik, die das Land ruiniert
Ulrich van Suntum
Im Koalitionsvertrag hatten die Ampelparteien klipp und klar vereinbart, sie würden "die Verschuldung auf den verfassungsrechtlich von der Schuldenbremse vorgegebenen Spielraum beschränken." Der von Robert Habeck jetzt geforderte "Deutschlandfonds" bricht radikal mit diesem Versprechen. Er ist damit eine offene Kampfansage an den liberalen Koalitionspartner.
Denn die darin vorgesehenen Investitionsprämien und Milliardenausschüttungen in die Infrastruktur sind ohne eine massive Ausweitung der staatlichen Verschuldung nicht finanzierbar. Das räumt der Wirtschaftsminister auch ganz offen ein. Es sei ja nur "eine begrenzte Verabredung", versuchte er zu beschwichtigen, was immer das heißen sollte. Und überhaupt, so Habeck weiter: "Die erste Frage, finde ich, ist nicht: Sind es jetzt 200, 300 oder 400 Milliarden?

Sondern: Wollen wir uns auf den Weg machen?"
Wer so über die ihm anvertrauten Steuergelder spricht, hat offenbar jeden Respekt vor deren mühsamer Erwirtschaftung durch die Bürger verloren. Oder sollte man besser von Untertanen sprechen? Denn auch sonst atmet Habecks "Impulspapier" den Geist eines allmächtigen Staates, der genau weiß, was zukunftsträchtig und gut für Wirtschaft, Umwelt und die Menschen ist. Nicht umsonst bezeichnete Finanzminister Christian Lindner das Papier als "Hammer" - Habeck wolle offenbar eine fundamental andere Wirtschaftspolitik. Damit dürfte der Koalitionsvertrag endgültig Geschichte und der Wahlkampf für die nächste Legislaturperiode eröffnet sein.
Dabei nimmt Habeck in seinem Papier erst einmal geschickt die Kritik an den desaströsen ökonomischen Zuständen auf, die sich gerade wieder in der angekündigten Schließung von drei deutschen VW-Werken und der Schrumpfung aller anderen hierzulande Bahn brechen. Ja, es gebe zu viel Bürokratie, und die Wirtschaft beklage sich auch zu Recht über zu hohe Energiekosten und Abgabenlasten. Die Hauptschuld wird natürlich Putin und der "Klimakrise" zugeschoben. Zudem gelte es jahrelange Versäumnisse vorheriger Regierungen aufzuholen. Zwar habe die Ampel schon vieles auf den Weg gebracht, aber eben noch nicht genug.
Und dann geht es wieder los mit den grünen Rezepten: Klimaschutz sei ein "Wettbewerbstreiber um die künftige Wertschöpfung", wovon vor allem auch der Mittelstand profitiere. Aber die Wirtschaft brauche verläßliche Rahmenbedingungen, daher dürfe etwa am Verbrenner-Verbot nicht gerüttelt werden. Staatliche Subventionen und Aufträge schüfen eine "Win-Win-Win-Situation", denn so entstünden neue Technologien, "und innovative Unternehmen erhalten ihren ersten Kunden (den Staat)". All das steht tatsächlich so in dem Papier, man glaubt es kaum. Aber offenbar meint Habeck es tatsächlich ernst.
Wirklich interessant wird es dann aber beim Kernpunkt des Papiers, dem "Deutschlandfonds". Schon der Name überrascht - sind die Grünen etwa über Nacht zu Patrioten oder gar Nationalisten geworden? Aber keine Angst, es geht dabei wohl eher um Wahlkampf-Marketing. Tatsächlich fordert Habeck sogar die "konsequente Europäisierung" von Regelungskompetenzen und Überwachungsbehörden. Der Deutschlandfonds ist lediglich eine Neuauflage seines schon früher geforderten Sondervermögens für mehr private und staatliche Investitionen. Alle, auch kleine und mittelständische Unternehmen sollen dafür eine Prämie in Höhe von zehn Prozent ihrer jährlichen Investitionssumme erhalten.
Anders als bei erhöhten Abschreibungen würden davon auch diejenigen profitieren, die Verluste schreiben. Ob das sinnvoll ist, sei dahingestellt. Unklar ist auch, warum Gebäudeinvestitionen von der Förderung ausgenommen bleiben. Und warum man nicht statt dessen zum Beispiel einfach den Soli streichen könnte. Dieser könnte ohnehin demnächst vom Verfassungsgericht rückwirkend gekippt werden, womit bereits wieder mal der gesamte Ampelhaushalt Makulatur wäre.
Dessen ungeachtet will Habeck zusätzlich die Infrastruktur durch den Fonds "auf Vordermann bringen". Das Papier nennt Investitionsbedarfe von "deutlich über 100 Milliarden" im Verkehr, 70 Milliarden für Kitas, Unis und Schulen und 60 Milliarden für digitale Infrastruktur. Und wie soll das alles finanziert werden? Natürlich über Kredite, wobei allerdings die Schuldenbremse im Weg steht, die deshalb "in ihrer jetzigen Form eine Investitions- und Wachstumsbremse" sei.
Dabei hat gerade erst der Internationale Währungsfonds die international aus dem Ruder laufende Staatsverschuldung als zentrales Risiko für die Weltwirtschaft kritisiert. Abschreckende Beispiele für ihre langfristig negativen Folgen gibt es auch in Europa genug. Neben den bekannten Problemländern wie Italien und Griechenland gehört inzwischen auch Frankreich dazu.
Nirgendwo ist bisher die Habecksche Strategie aufgegangen, mit Staatsinterventionen und

immer höheren Schulden ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzeugen. Und selbst wenn man daran glauben würde - die europäischen Fiskalregeln versperren ohnehin erst einmal einen solchen Weg. Das dürfte auch der Klimaminister wissen, und insofern hat sein Papier für die aktuelle Politik wohl keine wirkliche Bedeutung.
Dabei enthält es durchaus einige richtige Ansätze. Erleichterungen beim Datenschutz und bei dem unseligen Lieferkettengesetz etwa sind sicher wünschenswert. Das gilt auch für die vorgeschlagene Senkung der Stromsteuer und eine Verbesserung der desaströsen Infrastruktur. Aber das erfordert Geld und damit Einsparungen an anderer Stelle, wenn der Schuldenweg vermieden werden soll.
Ansatzpunkte dafür gibt es mehr als genug. Man denke nur an die vielen teuren und zugleich praktisch wirkungslosen Klimaschutzprojekte. Oder an die explodierenden Kosten des Bürgergeldes und der illegalen Einwanderung. Aber davon steht kein Wort in Habecks Papier. Dabei hätte er nur hineinschreiben müssen, Deutschland habe inzwischen genug einseitige Vorleistungen erbracht und die Klimaziele würden jetzt erst einmal auf Eis gelegt.
Statt dessen werde es künftig wieder mehr Marktwirtschaft, sichere Grenzen und eine realistische Umwelt- und Sozialpolitik geben. Das dürfte spontanen Jubel in ganz Deutschland auslösen. Ein besseres Investitionsprogramm könnte man sich kaum denken. Es wird unter der Ampel aber wohl nur ein Traum bleiben.
Prof. Dr. Ulrich van Suntum lehrte bis 2020 VWL an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Wer abgeschoben wird, reist wieder ein**
Asylrecht als Drehtür
Michael Paulwitz
Deutschland, Asylwunderland. Jeder kommt rein, kaum einer muß wieder gehen. Und selbst wenn es ein Schwerkrimineller mal zu arg treibt - und mit enormem Aufwand rausgeworfen wird -, kommt er durch die Hintertüre leichtfüßig wieder hereinspaziert und führt den zahnlosen Rechtsstaat munter weiter vor.
So wie der des KaDeWe-Raubs verdächtigte Khalil El Zein. Wenige Monate nach seiner Abschiebung in den Libanon ist er schon wieder bei seinem Clan in Berlin untergekrochen und lacht sich, den Asyl-Freibrief in der Tasche, samt seiner Sippe vermutlich über die Strafanzeige wegen Verstoßes gegen die Wiedereinreisesperre kaputt - mehr haben die Behörden seiner Frechheit nicht entgegenzusetzen.
Der Frust der Strafverfolgungsbehörden ist so berechtigt wie folgenlos. Der Fall des Asyl-Betrügers ist kein Ausrutscher, sondern die Quintessenz eines absurden Asylsystems, das als Instrument in den Händen einer skrupellosen Migrationslobby Recht und Gesetz faktisch aushebelt.
Ein paar mehr Grenzkontrollen oder Abschiebungen werden nicht ausreichen, um den deformierten Rechtsstaat wieder ins Lot zu bringen. Das pervertierte Asylrecht ist der Kern des Übels. Es muß schleunigst abgeschafft und durch eine restriktive Neuregelung ersetzt werden. Wer sich dieser Reform verweigert, will die Fortsetzung des Mißbrauchs.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Selbstbestimmungsgesetz in Kraft**
Gesunde Hilfe ist das nicht
Martin Voigt
Am Freitag triumphiert die Gender-Ideologie. Standesämter im ganzen Land werden Tausende Geschlechtseinträge ändern, denn das Herzensprojekt der Ampelkoalition, das Selbstbestimmungsgesetz tritt in Kraft. Wer glaubt, ihm sei bei der Geburt "das falsche Geschlecht zugewiesen" worden, der konnte bereits ab August einen Änderungsantrag stellen, um zum

frühest möglichen Zeitpunkt offiziell als Frau, Mann oder "divers" zu gelten. Über zehntausend Transgender-Selbstdiagnosen wird der Staat im ersten Schwung bestätigen. Allein in Berlin liegen 1.349 Anmeldungen vor. In Leipzig sind es 632, in Hamburg 511 und in Köln 342.
Die Ideologie vom Leben "im falschen Körper" hat eine Sogwirkung vor allem auf identitätsverwirrte Mädchen. Viele waren schon in psychiatrischer Behandlung, bevor sie sich als "trans identifizierten". In den Gender-Kliniken sind es über 80 Prozent junge Frauen, die ihre Geschlechtsangleichung herbeisehnen. In den Ämtern werden es laut Spiegel vor allem Studenten und fünf Prozent Minderjährige sein, die sich auf ihren neuen Personalausweis freuen.
Das neue Gesetz bedient einen Kult. Und es delegitimiert das psychotherapeutische Hinterfragen der jugendlichen Selbstwahrnehmung. Der Staat bestätigt die Trans-Diagnose im Sinne des Patienten und degradiert den Arzt zum Erfüllungsgehilfen.
Dr. Martin Voigt ist Publizist und Jugendforscher zur Identitätsentwicklung im Kontext sozialer Medien.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Alle wollen Antifa sein**
Ärger um Verfassungsschutz-Äußerung: In sozialen Netzwerken zitiert die Behörde eine typisch linksextreme Parole / "Das ist inakzeptabel"
Henning Hoffgaard
Trotz Kritik will sich der niedersächsische Verfassungsschutz nicht von linksextremen Schlachtrufen distanzieren, die er zuvor in den sozialen Netzwerken verbreitet hatte. Konkret schrieb der Inlandsgeheimdienst am 14. Oktober: "Siamo tutti antifascisti! Ob das die 'Antifa' genauso sieht? Wobei es 'die' Antifa gar nicht gibt." Auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT teilte die Behörde mit, die Parole sei "deutlich als Zitat kenntlich gemacht und ist somit nicht als Aussage des niedersächsischen Verfassungsschutzes zu verstehen". Allerdings teilte der Geheimdienst nicht mit, von wem das Zitat stammen soll. "Das besagte Zitat ist als solches verstanden worden. Es hat darauf keine weiteren kritischen Reaktionen gegeben", behauptete ein Sprecher der Behörde weiter.
Dies ist allerdings nicht richtig, da sowohl CDU als auch AfD die "Wir sind Antifa-Äußerungen" scharf kritisiert hatten, die ebenfalls Teil der Beitragsreihe gewesen waren. "Diese Äußerung des Verfassungsschutzes ist inakzeptabel und nicht tragbar", kritisierte etwa der verfassungsschutzpolitische Sprecher der CDU im Landtag, Christoph Plett, gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen.
Ähnliche Töne hatte auch der AfD-Fraktionsvorsitzende Klaus Wichmann angeschlagen. "Antifa steht seit langem für politische Gewalt und Linksextremismus", sagte er der Jungen Freiheit. Der Politiker ergänzte mit Blick auf den Inlandsgeheimdienst: "Wer sich selbst begrifflich in die Nähe von Verfassungsfeinden und Straftätern rückt, kann sich nachher nicht damit rausreden, er befasse sich von Amts wegen auch mit Rechtsextremismus. Antifa ist kein neutraler Begriff, sondern seit Jahren eine politische Position - eine linksextremistische Position."
"Fortlaufend kritisch betrachten"
Die Auffassung von AfD und CDU teilte die Behörde nicht. "Wenn sich der niedersächsische Verfassungsschutz als antifaschistisch bezeichnet, dann erfolgt dies selbstverständlich im demokratischen Sinne und damit im Einklang mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie unter Wahrung des Neutralitätsprinzips", sagte Pressesprecher Frank Rasche der Hannoverschen Allgemeinen. Laut Rasche könne abgeleitet werden, daß jeder Demokrat Antifa sei. "Laut Bundesverfassungsgericht stehen im Zentrum der freiheitlichen demokratischen Grundordnung die Würde des Menschen, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip."
Auf dem Kurznachrichtendienst X argumentierte der Verfassungsschutz: "Zur Klarstellung:

Wir nehmen unsere Aufgaben auf Grundlage der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wahr. Die Ablehnung von Faschismus und jeglicher Form von menschenfeindlicher Ideologie sind in ihr verankert. Jede Person, die hinter der fdGO steht, ist antifa(schistisch)."
In den sozialen Netzwerken waren die Äußerungen auf heftige Kritik der Nutzer gestoßen. Allein unter dem Beitrag auf X finden sich fast 300 meist negative und kritische Kommentare zu den Einlassungen des Inlandsgeheimdienstes. Grundsätzlich werde die Arbeit des Verfassungsschutzes, der der niedersächsischen Innenministerin Daniela Behrens (SPD) untersteht, "fortlaufend einer kritischen Betrachtung unterzogen, um daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen", so die Behörde.
Die Einschätzung des Nachrichtendienstes teilen auch die Grünen im Landtag: "Unser Grundgesetz ist in seiner Entstehung eine sehr deutliche Reaktion auf den Nationalsozialismus. Der Verfassungsschutz ist klar an diese antifaschistische Ausrichtung gebunden und lebt das auch", sagte der Sprecher für Innenpolitik und Antifaschismus der Grünen-Fraktion, Michael Lühmann. Er führte weiter aus: "Das Mißverständnis fußt auf einer Verkürzung des Begriffs Antifaschismus. Es wird der Eindruck erweckt, Antifa sei gleichbedeutend mit gewalttätiger linker Militanz."
Im Unterschied zum staatlich verordneten "Antifaschismus" des SED-Regimes in der damaligen DDR galt in der Bundesrepublik zunächst wenigstens bis in die siebziger Jahre der antitotalitäre Grundkonsens, der sich gleichermaßen gegen die Bedrohung der freiheitlichen Demokratie von Rechts- wie Linksaußen zur Wehr setzte.
Der Schlachtruf "Siamo tutti antifascisti" wird immer wieder auf linksextremen Demonstrationen skandiert, bei denen regelmäßig auch Polizisten angegriffen werden.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Jeder Hans und Trans**
Selbstbestimmungsgesetz: Wer will, kann jetzt ohne Hürden seinen Geschlechtseintrag im Personenstandsregister ändern lassen / Zahl der Anträge deutlich höher als zunächst erwartet
Christian Vollradt
Ob die Ampel-Koalition die Haushaltsberatungen der kommenden Wochen überlebt, ist nicht ausgemacht. Als unbestritten gilt, daß das Bündnis von SPD, Grünen und FDP nach der nächsten Wahl nicht fortgesetzt wird. Möglicherweise auch, weil es nicht mehr alle Fast-schon-Ex-Partner wieder ins Parlament schaffen.
Je verheerender die Regierungsbilanz und das Erscheinungsbild ausfallen, desto mehr müssen sich die innerkoalitionären Streithähne (und -hennen), die keine aktuelle Sachfrage unfallfrei abräumen können, auf das besinnen, was sie tatsächlich gemeinsam aufs legislative Gleis gesetzt haben. Neben der Cannabis-Freigabe in erster Linie das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz (JF 50/23), das diesen Freitag in Kraft tritt. Es ist wohl das nachhaltigste gesellschaftspolitische Projekt, das die Ampel wie im Koalitionsvertrag vereinbart umsetzen wird. Im Namen des "Fortschritts", ungeachtet jener kritischen Stimmen, die vor noch nicht absehbaren Folgen warnen.
Fest steht: Die Deutschen werden sich in Zukunft zwar nicht mehr unbeschränkt aussuchen dürfen, was sie sich in den Heizungskeller oder als fahrbaren Untersatz in die Garage stellen können, dafür stellt ihnen die Ampel-Koalition allerdings die Wahl des Geschlechts frei. Der Wechsel von (nominell) Frau zu Mann oder Mann zu Frau war schon früher möglich - seit der Bundestag 1981 das Transsexuellengesetz eingeführt hatte.
Doch im Laufe der Jahre hat das Bundesverfassungsgericht nahezu die Hälfte der darin enthaltenen Bestimmungen für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt. Mit der Ablösung durch das neue Selbstbestimmungsgesetz, kurz SBGG, ist auch die letzte, angeblich diskriminierende Hürde geschleift worden: daß, wer dauerhaft im Personenstandsregister sein Geschlecht ändern lassen möchte, zwei psychiatrische Gutachten vorlegen muß.

Ab Freitag ist damit endgültig Schluß. Dann reicht eine entweder schriftliche oder persönliche Anmeldung beim Standesamt. Und das Ausfüllen und Unterschreiben eines einseitigen Antrags. In dem heißt es: "Meine Geschlechtsidentität weicht von dem Geschlechtseintrag im Personenstandsregister ab. Ich bin darüber informiert, daß ich gegenüber dem Standesamt eine Erklärung abgeben kann, die Angabe zu meinem Geschlecht in einem deutschen Personenstandseintrag zu ändern, indem sie durch eine andere in den Registern zugelassene Angabe (männlich, weiblich, divers) ersetzt oder auf die Angabe einer Geschlechtsbezeichnung verzichtet wird.

Mir ist bekannt, daß ich mit der Erklärung neue Vornamen zu bestimmen habe, die dem gewählten Geschlecht entsprechen und die ich künftig führen will. Mit dieser Erklärung habe ich auch zu versichern, daß der von mir gewählte Geschlechtseintrag und die Vornamen meiner Geschlechtsidentität am besten entsprechen und mir die Tragweite der durch die Erklärung bewirkten Folgen bewußt ist."

Vornamen müssen zum neuen Eintrag passen

Mitzubringen sind Dokumente wie Personalausweis oder Reisepaß, die Geburtsurkunde und gegebenenfalls Heiratsurkunde und Geburtsurkunde von Kindern. Kosten? Je nach Gemeinde voraussichtlich um die 40 Euro. Auch für Minderjährige gibt es einen entsprechenden Antrag. Der unterscheidet sich nur in wenigen Details und ist unwesentlich länger, weil beide Elternteile beziehungsweise ein Vormund ihn ausfüllen müssen.

Daß die neu gewählten Vornamen klar einem Geschlecht zuzuordnen sein sollen, stellt nun aber jene vor ein Problem, die sich für die Variante "divers" oder "ohne Geschlechtseintrag" entschieden haben. Denn welche Vornamen sind eindeutig divers oder gar neutral? Eine Stadtverwaltung empfiehlt, man solle "sich in Zweifelsfällen vorab an eine Namenberatungsstelle, zum Beispiel bei der Universität Leipzig wenden". Manche ursprünglich erdachte Anforderung mußten die detailverliebten Ministerialen mittlerweile zurücknehmen. So sollte zunächst beim Wechsel des Geschlechtseintrags die Anzahl der Vornamen gleichbleiben; aus einem Hans-Eberhard hätte dann beispielsweise eine Lisa-Marie werden müssen.

Wie viele Personen deutschlandweit von dieser neuen Möglichkeit Gebrauch machen wollen, ohne großen Aufwand ihren Geschlechtseintrag - und damit verbunden den Vornamen - zu ändern, ist derzeit noch nicht genau zu bestimmen. Zunächst hatte der Spiegel per Stichprobe 53 Kommunen nach bestimmten Kriterien - ländliche und städtische Gemeinden, Klein- und Großstädte, Ost- wie Westdeutschland - ausgewählt und dort die Zahl der bis Ende August eingegangenen Anträge abgefragt.

Hochgerechnet auf das gesamte Bundesgebiet sei man dadurch auf rund 15.000 Personen gekommen. Das entspräche durchschnittlich 1,8 Anmeldungen zur Geschlechtsänderung auf 10.000 Einwohner, wobei die Quote in größeren Städten höher (2,5) ist als in ländlichen Gebieten (0,9 Anmeldungen auf 10.000 Einwohner). Kaum Unterschiede ergeben sich demnach zwischen Ost- und Westdeutschland.

Die Bundesregierung hatte in ihrem Gesetzentwurf noch mit ungefähr 4.000 Fällen pro Jahr gerechnet. Im Jahr 2020 beispielsweise hatten laut der Geschäftsübersicht der Amtsgerichte in Deutschland unter der Maßgabe des noch geltenden Transsexuellengesetzes 2.687 Personen eine Änderung ihres Geschlechtseintrages beantragt. Zum Vergleich: 1995 waren es insgesamt 400 Verfahren.

Doch auch konkrete Zahlen von Antragstellern, die sich für eine Änderung des Geschlechtseintrags angemeldet haben, liegen bereits vor. So berichtet etwa der Nordkurier, daß in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 300 Einwohner einen entsprechenden Antrag gestellt haben. Allein in der größten Stadt des Landes seien es 130. In der Universitätsstadt lägen rund 50 Anmeldungen vor, in Neubrandenburg, wo jüngst der Konflikt um eine Regenbogenflagge am Bahnhof kommunalpolitisch eskaliert war (JF 43/24), seien es 26.

Für eine eigene, wenn auch nicht repräsentative Übersicht hat die JUNGE FREIHEIT in sämtlichen Landeshauptstädten nach der Zahl der Antragsteller gefragt - und von fast allen eine Antwort erhalten. So meldete die Senatsverwaltung im Stadtstaat Bremen, daß allein im Standesamt Bremen-Mitte bereits über 200 Anmeldungen eingereicht und entsprechende Termine zur Erklärung vereinbart wurden.
In der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz sind "derzeit zur Thematik Änderung Geschlechtseintrag 90 Termine vereinbart", dem Standesamt im sächsischen Dresden lagen Anfang Oktober 272 Anmeldungen vor. Das Standesamt in Mecklenburg-Vorpommerns Hauptstadt Schwerin (als einzige bundesweit keine Großstadt) verzeichnete 40 Anmeldungen, darunter vier von Minderjährigen. Hier schlüsselte man die Änderungswünsche sogar auf: Von männlich zu divers sind es vier, von weiblich zu divers fünf, von weiblich zu männlich elf, und von männlich zu weiblich 18 Anträge. Zwei Antragsteller begehren eine Streichung des Geschlechtseintrags.
In Hamburg sind es 542 Anträge, wobei die Bezirke Nord, Mitte und Altona die innerstädtische Rangliste mit jeweils über hundert anführen. Schlußlicht ist das eher ländliche Bergedorf.
In Niedersachsens Landeshauptstadt Hannover gibt es bislang 240 Anmeldungen. Zum Vergleich: In der niedersächsischen 35.000-Einwohner-Stadt Meppen - im katholisch geprägten Emsland - sollen sich dem NDR zufolge drei Antragsteller bisher für eine Geschlechtsänderung im Personenstandsverzeichnis angemeldet haben.
Die Standesämter München und München-Pasing teilten auf JF-Anfrage mit, sie hätten bisher 350 Termine zur Änderung des Geschlechtseintrags vergeben. Davon sind 50 Anmeldungen von Minderjährige. Den 18 Standesämtern in Stuttgart liegen 81 Anmeldungen vor, davon zwei von Personen zwischen 14 und 18 Jahren, und eine von einer Person unter 14 Jahren. Hessens Landeshauptstadt Wiesbaden liegen 98 Anmeldungen für Änderungen nach dem Selbstbestimmungsgesetz vor, die allerdings nicht weiter aufgeschlüsselt sind. Im Erfurter Standesamt sind 82 Anmeldungen eingegangen, in Magdeburg waren es am 14. Oktober insgesamt 77 Anmeldungen.
Dem Düsseldorfer Standesamt liegen 177 Anmeldungen zur Änderung des Geschlechtseintrages vor. "Davon möchten 172 auch ihren Vornamen ändern. Insgesamt sind neun Anmeldungen minderjähriger Personen enthalten", teilte die Verwaltung mit. Beim Standesamt in Saarbrücken haben bislang 45 Menschen einen Antrag gestellt, in den anderen saarländischen Städten sind es weniger. In Saarlouis 16, in Homburg zehn und in St. Ingbert sechs.
Spitzenreiter ist - kaum verwunderlich - Berlin. Insgesamt 1.349 Antragsteller wollen ihren Geschlechtseintrag ändern lassen. Am meisten in den Bezirken Neukölln (183), Mitte (171) und Friedrichshain-Kreuzberg (167). Schlußlichter in der Hauptstadt sind die Randbezirke Spandau (53) und Reinickendorf (40).

Betroffene haben keinerlei Verpflichtungen

Gesamtdeutsche Zahlen gibt es nicht. Das Bundesministerium der Justiz, eines der zuständigen Ressorts für die Ausarbeitung des SBGG, verweist auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT auf das Bundesinnenministerium. Dieses sei innerhalb der Bundesregierung für die Standesämter zuständig. Auf eine Anfrage dort heißt es, dazu lägen keine statistischen Daten vor. Gegebenenfalls könne eines der für das SBGG federführenden Ressorts weiterhelfen. Ein Pingpong der Zuständigkeit.
Zu den Zahlen in Hamburg hat der Bürgerschaftsabgeordnete André Trepoll (CDU) eine Kleine Anfrage an den Senat der Hansestadt gestellt. Insbesondere auch zur Altersstruktur der Antragsteller (unter 20 Jahre, 20 bis 39 Jahre, 40 bis 59 Jahre, älter als 60 Jahre), und wie viele der Anträge "die Änderung von weiblich zu männlich oder divers, wie viele von männlich zu weiblich oder divers, wie viele von divers zu männlich oder weiblich" betreffen. Doch solche Daten würden "statistisch nicht erfaßt, heißt es in der Antwort der Landesregierung. Und eine

"händische Auswertung" sei in der zur Bearbeitung einer Anfrage zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.
Aufschlußreich ist, was der Hamburger Senat außerdem mitteilt: Das nun geltende Recht sehe für die betroffenen Personen keine Verpflichtungen vor, die diese nach erfolgter Änderung des Geschlechtseintrags erfüllen müssen. "Insbesondere bestehen keine Mitteilungspflichten an die Justiz oder andere Ämter."
Eine Evaluation des Gesetzes ist übrigens erst für das Jahr 2029 vorgesehen. Bis dahin könnte nach den ab Freitag geltenden Regeln jeder, der jetzt seinen Geschlechtseintrag ändern läßt, diesen noch vier weitere Male revidieren.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Bares ist nichts Rares**
Bezahlkarte für Asylanten: Auch linksradikale Fußballfans hintertreiben das System, mit dem Sozialleistungsmißbrauch verhindert werden soll. Die CSU fordert, die Gesetzeslücken zu schließen
Hinrich Rohbohm
Asylbewerber können das im Sommer in Bayern eingeführte Bezahlkarten-System umgehen, indem sie Gutscheine aus Supermärkten erwerben und sich dafür in von linksradikalen Unterstützergruppen eigens eingerichteten Wechselstuben Bargeld auszahlen lassen (JF 44/24). Über das neue Bezahlkarten-System sollten die Eingewanderten eigentlich nur noch 50 statt 460 Euro monatlich bar ausgezahlt bekommen, damit Sozialmißbrauch und ein Transfer des Geldes in ihre Herkunftsländer unterbunden wird.
Wer aber genau steckt hinter der Sabotage des Kartensystems? Koordiniert wird das Ganze von der Initiative "Offen bleiben München", für deren Internetseite wiederum ein sogenanntes "Büro für außergewöhnliche Angelegenheiten" verantwortlich ist. Hinter diesem eher seltsamen Begriffskonstrukt verbirgt sich Matthias Weinzierl, Mitbegründer des Kulturzentrums "Bellevue di Monaco" und ehemaliger Geschäftsführer des Bayerischen Flüchtlingsrates. Der Bayerische Flüchtlingsrat wird finanziell vom Verein Pro Asyl und der Uno-Flüchtlingshilfe unterstützt. Vorsitzende von Pro Asyl ist die ehemalige Generalsekretärin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Beate Wagner.
Aktuell existieren in Bayern zwölf Anlaufstellen, die als eine Art Wechselstube von Migranten in Supermärkten erworbene Gutscheine in Bargeld umtauschen, das Spender durch Abkauf des Gutscheins zur Verfügung stellen. Neben dem Münchner Kreisbüro der Linkspartei und der Grünen-Geschäftsstelle in Regensburg betreiben auch die linksradikalen Treffpunkte Kafe Marat und das vom Miethäuser-Syndikat betriebene Wohnhaus "Ligsalz 8" eine solche Wechselstube.
Hinzu kommt das "Z", ein linksautonomes Kulturzentrum in Rosenheim, das auch als Antifa-Treffpunkt fungiert und darüber hinaus Gruppen wie die Marxistische Linke, Greenpeace, die Linkspartei, Attac oder bizarre Initiativen wie "Klitoris.on.Tour" bei sich beherbergt.
Nahezu die komplette Woche über bietet der Glitch Bookstore, ein "queer-feministischer" Buchladen, unweit der Ludwig-Maximilians-Universität in der Münchner Innenstadt den Bezahlkarten-Deal an. Zudem das vom Verein "München anders - Raum, Kultur, Soziales" betriebene linke Kulturzentrum "Olga Benario", benannt nach der von den Nationalsozialisten ermordeten Kommunistin Olga Benario-Prestes. In dem Zentrum hält die Antifa regelmäßig und gleichzeitig mit einem "Antikapitalistischen Klimatreffen" ihren Stammtisch ab.
Des weiteren dient den Migranten das in unmittelbarer Nähe zum Wohnhaus "Ligsalz 8" und dem Kreisbüro der Linkspartei befindliche "Eine-Welt-Haus" als Anlaufstelle, in der sich unter anderem der Verein Rechtshilfe befindet, der Beratungen in Aufenthalts- und Asylfragen durchführt.
Fast ungewöhnlich wirkt dagegen die Tatsache, daß sich auch vor der Allianz-Arena, der

Spielstätte des FC Bayern München, eine Gutschein-Stelle befindet. Doch es ist nicht der berühmte Fußballclub, der hier am Südkurvenplatz Bezahlkarten-Deals mit den Migranten abhält. Vielmehr steckt hinter der Aktion der Bayern-Fanclub Südkurve, der in Stadien immer wieder durch das illegale Abbrennen von Feuerwerkskörpern von sich reden macht.

"Bringt Bargeld mit zum Heimspiel"

Zu den Heimspielen seines Clubs bietet er den Gutschein-Tausch an, wirbt damit auch innerhalb der Fanszene. "Gutscheintausch goes Südkurve - Bringt Bargeld mit zum Heimspiel und macht einen echten Unterschied", trommelt der Fanclub offenbar bewußt nebulös unter Fußballbegeisterten für die linke Aktion, ohne näher darauf einzugehen, was mit dem "echten Unterschied" denn nun genau gemeint sei. Hinter dem Fanclub Südkurve verbirgt sich übrigens der Verein "Wir Ultras e.V.".

Und tatsächlich wird auf einschlägigen Seiten der Ultra-Szene für das Bezahlkarten-System und sein Boykott durch Gutscheine geworben. Etwa auf "Faszination Fankurve", einem Online-Magazin der Ultra-Bewegung. Dort wird die Boykott-Idee zwar näher erläutert, deren Betreiber jedoch als "Bündnis" verschleiert, das sich "aus Sozialverbänden, Einrichtungen, Beratungsstellen, Gewerkschaften und politischen Gruppen" zusammensetze.

Als zentraler Impulsgeber der Bargeldgrenze-Umgehung fungiert jedoch Weinzierls Kulturzentrum "Bellevue di Monaco", das sich in unmittelbarer Nähe zum Viktualienmarkt im Herzen Münchens befindet. Auch dieses Zentrum bietet parallel zum Bezahlkarten-Boykott Asyl- und Migrationsberatung an. Die Motive der zahlreichen linksradikalen Aufkleber rund um das Gebäude lassen ebenfalls keine Zweifel über die politische Ausrichtung zu: mit Sturmhauben vermummte Männer, darunter der Spruch "Smash Fascism". Daneben kleben Reste eines Plakats der sektenartigen Klima-Bewegung "Letzte Generation".

Die Idee zum Bezahlkarten-Boykott stammt jedoch nicht von Matthias Weinzierl. Der hatte sich die Aktion vielmehr aus Hamburg abgeschaut, wo linke Gruppen diese Art des Sabotierens bereits zuvor praktiziert hatten. Entwickelt wurde das Tauschkonzept im Café Exil, einer sogenannten antirassistischen Beratungsstelle für Migranten im Hamburger Bezirk Wandsbek. Das Café unterstützt Asylbewerber bei Behördengängen. Praktischerweise befindet es sich in direkter Nachbarschaft zur Hamburger Ausländerbehörde.

Sollte es dort zu Problemen mit Mitarbeitern kommen, vermittelt das Café an seine migrantischen Besucher auch Rechtsanwälte und Dolmetscher. Einmal pro Woche erscheint einer der Advokaten im Café zur Beratung der Migranten. Möglicherweise ist auch deshalb gerade hier die Idee entstanden. Denn die Tauschaktionen nutzen eine Gesetzeslücke. Bisher ist es nämlich vollkommen legal, wenn Migranten sich auf diese Art und Weise zusätzliches Bargeld beschaffen. Und so richtete das Café bereits Anfang des Jahres Deutschlands erste Wechselstube dieser Art ein.

Mittlerweile haben sich in der Elbmetropole drei weitere Anlaufstellen zum Austricksen der Bezahlkarte organisiert. Etwa der "Infoladen" im Stadtteil Wilhelmsburg. Der hatte gerade erst zur "Fetten Zentrenfete" geladen. Und zwar in die berüchtigte, von Linksextremisten besetzte "Rote Flora" im Schanzenviertel. Der Infoladen verlinkt auf seinen Internetseiten nicht nur zum Café Exil, zur Antifa und zur Roten Flora, sondern auch zu Indymedia, das laut dem Bundesamt für Verfassungsschutz als das "wichtigste Informations- und Propagandamedium der linksextremen Szene im deutschsprachigen Raum gilt.

Eine weitere Hamburger Anlaufstelle ist ein Laden mit der treffenden Bezeichnung "Schwarzmarkt" , der sich im Schanzenviertel befindet. Der wiederum mit dem Infoladen Wilhelmsburg sowie mit der Roten Hilfe vernetzt ist. Und auch im Gebäudekomplex Chemnitzer Straße 3 bis 7 im Stadtteil Altona existiert eine Wechselstube. Hinter der Adresse des seit den achtziger Jahren mehrfach besetzten Domizils verbirgt sich der "Dachverband autonomer Wohnprojekte", was aus der Antifa-Sprache übersetzt etwa soviel bedeutet wie Lobby-

gruppe für Hausbesetzer. Koordiniert werden die Hamburger Anlaufstellen durch die Aktion "Nein zur Bezahlkarte", hinter der sich der ebenfalls von Pro Asyl geförderte Flüchtlingsrat Hamburg e.V. verbirgt.
Doch nicht jede Bezahlkarte beinhaltet automatisch ein Bargeldlimit. Die JUNGE FREIHEIT hörte sich auch in Hannover um. Die niedersächsische Landeshauptstadt zählte mit zu den ersten Kommunen, die zu Jahresbeginn eine sogenannte Social Card eingeführt hatte, wie die Bezahlkarte dort heißt. Anlaufstellen für einen Gutscheintausch existieren hier nicht. Den Grund nennen Nio und Jelani, zwei Asylbewerber aus Somalia, mit denen die JF am Kröpcke, einem belebten Platz in der Fußgängerzone im Stadtzentrum, ins Gespräch kommt.
"Entscheidungen werden unterlaufen"
"Wir können mit der Karte alles machen, es gibt keine Probleme", sagen sie. Tatsächlich hat Hannover unter seinem Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) das Bezahlkarten-System ohne Bargeldbegrenzung einführen lassen. Die beiden Somalier freut es. Sie leben bereits seit drei Jahren in Deutschland, loben die Pünktlichkeit, mit der sie ihre Sozialleistungen hier erhalten würden. "In Italien und in Frankreich war das alles viel schwieriger", erinnert sich Nio an frühere Aufenthalte. Erfahrungen, durch die er Deutschland offenbar schätzen lernte.
In Bayern hingegen könnte der Bargeld-Segen per Gutschein-Tausch bald ein Ende haben. Dort hat die CSU angekündigt, gegen diese Lücke im Rechtssystem vorgehen zu wollen. So fordert der Arbeitskreis Juristen der CSU (AKJ) in einer Presseerklärung bereits "Maßnahmen gegen systematische Umgehungen der Bezahlkarte" sowie "angemessene Sanktionierungen" gegen die Tausch-Initiatoren.
"Wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn einzelne Gruppen versuchen, die von Bayern schon flächendeckend eingeführte Bezahlkarte für Asylbewerber durch Umtauschplattformen und andere Instrumente systematisch zu unterlaufen", appelliert der ehemalige bayerische Justizminister und heutige AKJ-Landesvorsitzende Winfried Bausback und betont: "Daß demokratisch legitimierte und von der Mehrheit getragene Entscheidungen unterlaufen werden, ist nicht akzeptabel."
Fotos: Mit einer solchen Bezahlkarte sollen vor allem Bargeld-Transfers in die Herkunftsländer unterbunden werden: "Nicht tatenlos zusehen" / Migranten vor der Kreisgeschäftsstelle der Linkspartei in München: "Keine Probleme"<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Energieberatung aus dem Ukraine-Notkredit Schleswig-Holsteins**
Vergeudung von Steuergeld
Dirk Meyer
Energieberater haben goldene Zeiten. Denn die Anträge auf staatliche Förderung zur energetischen Sanierung von Bestandsimmobilien sind an ein Gutachten von ihnen gebunden - das ebenfalls gefördert wird. De facto ähnelt diese Konstruktion einem Vertrag zugunsten Dritter. So auch in Schleswig-Holstein. Der Kunde zahlt hier für die Analyse eines Ein- oder Zweifamilienhauses pauschal 49 Euro. Der Landeszuschuß von 941 Euro stammt aus dem Ukraine-Notkredit dazu, was haushaltsrechtlich gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (2 BvF 1/22) verstoßen dürfte (sachliche und zeitliche Verschiebung von Kreditmitteln).
Die Kieler Landesregierung hat so 2,4 Millionen Euro bereitgestellt. Das am 1. Juli begonnene Programm endet mit dem Verbrauch der Fördermittel, spätestens am 15. Dezember. Allein diese Zeitspanne erweckt den Eindruck einer "heißen Nadel" - was der durchführende Organisator des Programms, der Verband Haus & Grund Schleswig-Holstein, auf Nachfrage auch bestätigt.
Stein des Anstoßes sind nicht die Verwaltungskosten von 510.000 Euro (21 Prozent der Fördersumme), die in das dreiköpfige Projektteam bei Haus & Grund fließen. Vielmehr ist es die vom Energieberaterverband GIH geäußerte Vermutung, daß das rein auf Ferndiagnose basie-

rende Beratungsprodukt ,,Energetische Hausanalyse" der Berliner Firma Fuchs & Eule der Individualität einer Immobilie in keiner Weise gerecht wird, dazu noch als überteuert erscheint.
Zunächst muß der Kunde alle geforderten Daten "uploaden": Grundriß mit Maßangaben (Außenmaß, Außenwanddicke, Maße von Fenstern & Türen), den Schnitt mit Maßen sowie Fotos der Außenansicht aller vier Seiten des Hauses. Optional werden weitere Dokumente angefragt, etwa der Außenwandaufbau, der Wärmeschutz der Fenster, der Dichtungsstand oder Dachaufbau. Zur Unterstützung der Datenaufnahme wird dem bautechnischen Laien die Vermittlung einer nicht geschulten Hilfskraft für zusätzlich 49 Euro angeboten.
Nach einem telefonischen Analysegespräch mit einem Fuchs & Eule-Mitarbeiter erstellt der Dienstleister ein 3D-Modell des Hauses und analysiert die Potentiale diverser Sanierungsmaßnahmen - alles per Software und digital. Ein abschließendes Telefonat mit einem "Energie-Effizienz-Experten" klärt offene Fragen, so die Beschreibung. Fazit: Die schwarz-grüne Landesregierung hat ihre vermeintliche Schuldigkeit zur Erreichung der CO2-Neutralität getan, den Kunden kostet es fast nichts und beruhigt sein Gewissen. Haus & Grund weitet sein Kompetenzspektrum auf Kosten der Landeskasse aus, und den Reibach macht ein Berliner Dienstleister.
Was hier nur nach einem finanziell begrenzten Schildbürgerstreich und einem Fall für den Landesrechnungshof aussieht, kommt - verallgemeinert für die Bundespolitik - Deutschland immens teuer zu stehen. Die scheinbare Entscheidungshilfe ist nicht nur dem privaten Hauseigentümer kaum nützlich. Sie kann, beruhend auf einer falschen Datenbasis, zu privaten Fehlentscheidungen führen.
Und das trotz staatlicher Förderung durch die Förderbank KfW, die für entsprechende Sanierungen Zinssubventionen, Tilgungszuschüsse zwischen fünf und 45 Prozent sowie eine Kostenbeteiligung von bis zu 70 Prozent vorsieht. Hinzu kommt am Ende, daß die energetischen Sanierungen infolge falscher CO2-Preise auch volkswirtschaftlich das politisch gesetzte Ziel zu teils völlig überhöhten Kosten erreichen - wenn überhaupt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Lilium hat Insolvenzantrag für zwei Tochterunternehmen eingereicht**
Deutsche Luftschlösser
Jörg Fischer
Cargolifter, Choren, Solarworld oder Wirecard galten bis zur Pleite als Zukunftsunternehmen. Doch diesmal sind die deutschen Steuerzahler - bis auf eine Kooperation mit der RWTH Aachen - wohl nicht involviert: Die in den Niederlanden registrierte, an der New Yorker Nasdaq gelistete und in Oberbayern angesiedelte Flugtaxi-Firma Lilium N.V mußte am Montag beim Amtsgericht Weilheim Insolvenz in Eigenverwaltung für seine Töchter Lilium GmbH und Lilium eAircraft GmbH beantragen. Neun Jahre "Entwicklungsarbeit" und schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro Investorenkapital waren offensichtlich umsonst.
Der gesunde Menschenverstand wußte es schon vor sechs Jahren, als CSU-Ministerpräsident Markus Söder noch vom Aufbau eines bayernweiten Lufttaxi-Streckennetzes schwärmte: ein rein elektrisch angetriebener, senkrecht startender und landender Siebensitzer ist ein grünes Luftschloß. Dennoch wollte der Science-fiction-Fan Söder Lilium mit 50 Millionen Euro subventionieren - doch die bayrischen Freien Wähler, die Ampel-Partner FDP und Grüne und der Haushaltsausschuß des Bundestages verhinderten die Steuerverschwendung für die windige Zeitgeistfirma, die mit Marketing-Sprüchen wie "Building radically better ways of moving" oder "A revolution in sustainable, high-speed regional air mobility" allerdings naive Kapitalgeber überzeugte.
Natürlich sind ferngesteuerte Drohnen ohne Personentransport ein Zukunftsmarkt - nicht nur im Zivilbereich. Doch die meisten militärischen Drohnen, die im Ukrainekrieg oder im Nahen

Osten eingesetzt werden, sind in der Regel "fossil" angetrieben, wie Klimapaniker es formulieren würden.
Ein aktueller Tesla Y, der als innerstädtisches Taxi unterwegs ist, wiegt ohne Fahrer und Passagiere zwei Tonnen - wegen seiner schweren Batterie. Ein 50 Jahre altes Reiseflugzeug wie die siebensitzige Piper PA-32 Cherokee wiegt vollgetankt nur 1,6 Tonnen - aber bei 1.300 Kilometer Reichweite. Ein leichter MD-500-Hubschrauber wiegt 1,4 Tonnen, kommt aber wie ein übliches E-Auto nur auf bestenfalls 400 Kilometer Reichweite. Und jeder, der in Physik nicht geschlafen hat, weiß, daß das Starten, Fliegen, Schweben und die Landung immer mehr Energie verbraucht als das Rollen im Auto. Bleibt die Frage: Wie lange bleibt die Volocopter GmbH noch im Flugtaxi-Busineß?<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**"Zehntausende in die Arbeitslosigkeit"**
Autoindustrie I: Die Volkswagen-Radikalkur läßt den Konflikt zwischen Management und Betriebsrat erstmals eskalieren
Paul Leonhard
Die Hiobsbotschaften kommen erneut aus der VW-Zentrale. Der Konzern plant, mindestens drei seiner zehn deutschen Werke zu schließen und die übrigen deutlich zu schrumpfen, indem Modelle, Stückzahlen, Schichten und ganze Montagelinien reduziert werden. So sollen Einsparungen von vier Milliarden Euro erzielt werden. Keines der Werke sei mehr sicher, warnt Daniela Cavallo, Chefin des Konzernbetriebsrats: "Es ist das feste Vorhaben, die Standortregionen ausbluten zu lassen und die klare Absicht, Zehntausende Volkswagen-Beschäftigte in die Massenarbeitslosigkeit zu schicken." Niemand der 120.000 deutschen VW-Automobilbauer - egal ob in angelernter Tätigkeit oder mit Hochschulabschluß - könne sich hier noch sicher fühlen.
Wer bleiben darf, dem drohten Gehaltskürzungen, eine Nullrunde in den kommenden zwei Jahren und ein Ende der monatlichen Zulage von aktuell 167 Euro. Zwar kommentierte das VW-Management bis Redaktionsschluß diese Aussagen nicht, aber selbst Olaf Scholz zeigte sich besorgt: Falsche Managemententscheidungen aus der Vergangenheit dürften nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen, sei die Überzeugung des Kanzlers, sagte Vizeregierungssprecher Wolfgang Büchner. Es gehe darum, "Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern".
Während VW laut Betriebsratsangaben beabsichtigt, die Gehälter aller Beschäftigten um zehn Prozent zu kürzen, fordert der Betriebsrat ein Lohnplus von sieben Prozent. Die Gewerkschaft IG Metall und deren Verhandlungsführer Thorsten Kröger zeigten sich vor der zweiten Verhandlungsrunde über den VW-Haustarif kampfbereit. Ebenso Betriebsratschefin Cavallo, die unmißverständlich drohte: "Legt euch nicht mit uns, mit der VW-Belegschaft an. Ihr steht ganz kurz vor der Eskalation!"
Volkswagen, jahrzehntelang ein Symbol der Sozialen Marktwirtschaft, steht ein nie erlebter Aderlaß bevor. Bislang konnte dies die IG Metall verhindern. Noch vor drei Jahren, als der damalige VW-Chef Herbert Diess angeblich 30.000 Stellen abbauen wollte, wurde das durch den Betriebsrat und das Land Niedersachsen, das über ein Fünftel der Stimmrechtsanteile verfügt, verhindert. Der woke E-Auto-Fetischist Diess mußte 2022 gehen, die hohen Energie- und Arbeitskosten und die falsche und zu teure Modellpalette sind geblieben.
Wer einen neuen VW kaufen will, muß das Einkommen aus 9,6 Monaten Erwerbstätigkeit aufwenden, 1974 waren es nur 4,6 Monate, rechnet das Stuttgarter Marktforschungsunternehmen DAT vor. Bei den unbeliebten E-Autos der ID-Reihe sind es sogar 11,4 Monate. Kein Wunder, daß sich immer weniger Käufer einen VW leisten können und wollen. Hohe Löhne bei vergleichsweise niedrigen Arbeitszeiten - und dennoch ordentliche Renditen für die Aktionäre, das funktioniert nicht mehr, seit Berlin und Brüssel die Transformation in die klimaneutrale Zukunft verlangen.

Staatliche E-Auto-Quoten verderben das gewohnte Geschäft

Zumal inzwischen das staatskapitalistische China mit subventionierten E-Autos auch die westlichen Märkte erobern will. Die hochpreisigen Benziner "made in Germany" haben zwar noch ein hohes Prestige, aber das bröckelt, und staatliche E-Auto-Quoten verderben das Geschäft. Die Marke VW könnte zum Symbol für den Niedergang der deutschen Autoindustrie werden. Die VW Group mit ihren insgesamt zehn Marken fuhr 2023 mit 16,6 Milliarden Euro allerdings Nettogewinn ein.

Auch BMW und Mercedes haben Gewinnwarnungen herausgegeben, die Porsche-Aktie liegt im Minus, Audi schließt sein Werk in Brüssel, Ford zieht sich zurück, zahlreiche Autozulieferer sind bereits pleite, und bei Opel könnte der amerikanisch-französisch-italienische Mutterkonzern Stellantis jederzeit den Stecker ziehen. Denn in Italien streiken die Autoindustrie-Beschäftigten erstmals seit zwei Jahrzehnten landesweit. Der weltweit viertgrößte Autohersteller (unter anderem Citroën, Chrysler, Dodge, Fiat, Jeep, Maserati, Peugeot) hat wie VW und Mercedes auf "Electric only" gesetzt - doch die Kunden wollen das nicht. Nun sollen Montagewerke in Niedriglohnländer verlagert werden.

Vorstandschef Carlos Tavares beklagt die EU-Emissionsvorschriften, die die Produktion nicht nur in Italien unrentabel machen. Nur wenn genügend E-Autos verkauft werden, können die utopischen Brüsseler CO2-Werte im Flottendurchschnitt eingehalten werden - ansonsten werden Strafzahlungen in vierstelliger Höhe für jeden Verbrenner fällig. Tavares verlangt daher zusätzliche staatliche Anreize, um die Nachfrage nach den ungeliebten E-Autos anzukurbeln. Einfacher wäre es, die EU-Richtlinien einfach zu streichen - doch VW-Betriebsrat Cavallo stößt ins gleiche Horn: "Wir brauchen einen umfassenden Plan aus der Politik, wie die Elektromobilität endlich zum Fliegen kommt."

Ralf Brandstätter, Chinavorstand des VW-Konzerns, deutete aber einen Sinneswandel an: Die Benziner Magotan (asiatische Passat-Limousine) und Lavida (Ex-Jetta) werde man "mit Plug-in-Technologie nach chinesischem Standard ausstatten", verriet der frühere VW-Markenvorstand dem Handelsblatt. Bis 2027 wolle man 40 neue Modelle in China einführen - nur 20 davon seien reine E-Autos und Hybridmodelle.

Das klingt nach Abschied vom "Electric only-Dogma", das Weltmarktführer Toyota nie verfolgt hat. Doch davon ist in Deutschland und Europa aus ideologischen Gründen noch nicht die Rede. Deswegen wird vor der nächsten VW-Tarifrunde weiter über Werkschließungen und Massenentlassungen spekuliert. Und so geht selbst in Wolfsburg die Angst um, ob der Stadt nicht ein ähnliches Schicksal bevorsteht wie der einstigen US-Autometropole Detroit.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Firlefanz ums "Erntelager"**

Konsequent: Eine Schule will sich nicht mehr nach Otfried Preußler benennen. Jetzt entzieht ihr dessen Tochter die Namensrechte

Kuba Kruszakin

Erst wollten sie ihn nicht haben, jetzt dürfen sie nicht: Nachdem ein staatliches Gymnasium in Pullach im Isartal erwog, den Namen des sudetendeutschen Schriftstellers Otfried Preußler aufgrund von NS-Verherrlichungsvorwürfen loszuwerden, entzieht dessen Tochter Susanne Preußler-Bitsch nun der Schule die Namensrechte. Damit wolle sie als Nachlaßverwalterin dem "unwürdigen und rufschädigenden" Umgang mit ihrem Vater Einhalt gebieten. "Es wäre keinesfalls im Sinne des Namensgebers, daß eine Schule seinen Namen tragen muß, obwohl sie diesen massiv ablehnt", sagte Testamentsvollstreckerin nach Angaben der Deutschen Presse-Agentur. Nun werde das Gymnasium von einem ungeliebten Namen "befreit". Diesen wollte es bereits im Februar verwerfen (JF 16/24).

"Natürlich werden wir weiterhin auch seine Bücher lesen", versicherte Schulleiter Benno Fischbach damals gegenüber der Süddeutschen Zeitung. Er selbst habe Preußlers europaweit

bekanntestes und mehrfach filmisch adaptiertes Werk "Die kleine Hexe" mit acht Jahren gelesen. Doch als Vorbild eigne sich der 1923 geborene Kinderbuchautor nicht mehr - dabei war das die Begründung für die Auswahl des Namenspatrons im Jahr 2013 gewesen. Elf Jahre später sah eine Kommission aus Lehrern und Schülern dies anders.

Kritik an einem Buch über Erlebnisse bei der Hitlerjugend

Vor allem ein Roman geriet in die Kritik des Gremiums: Das mutmaßlich um 1940 verfaßte und 1944 veröffentlichte "Erntelager Geyer" schildert die Erlebnisse einer Hitlerjugend-Gruppe im Kriegsernteeinsatz. Nach dem Krieg hatten die Sowjets das Werk in ihrer Besatzungszone verboten, und es geriet schnell in Vergessenheit. Erst 2015 hob der ORF das Buch aus der Versenkung. Es verbinde, so der Sender, die "abenteuerliche Welt eines Burschenlagers" mit dem Enthusiasmus für den Nationalsozialismus und der Hochachtung des Bauernstandes. Dafür sollen auch Zitate wie diese herhalten: "Alles können wir schaffen, wenn wir zusammenhalten, alle Widerstände werden klein vor einer Gemeinschaft, die fest und treu ist. Erntelager 'Geyer' - stillgestanden!"

Daß Preußler selbst zu dem Roman nicht mehr stehen wollte, vermutete damals Murray Gordon Hall. "Interessant ist auch, daß keiner der Biographen diese Publikation erwähnt. Ebensowenig gibt Preußler in seinen autobiographischen Aussagen Hinweise dazu", merkte er gegenüber dem ORF an. Selbst Preußlers Enkelin Sabine Volk zeigte sich schockiert.

Vom "Erntelager Geyer" habe ihr Großvater ihr nichts erzählt, schrieb sie Ende Februar in einem Gastbeitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung. "Und das nehme ich ihm übel." Für die Schule ein klarer Fall: Preußler habe sich nicht ausreichend mit seiner NS-Vergangenheit auseinandergesetzt. Dem Urteil folgte zunächst die Gemeinde, anschließend stimmte auch der Schulverein einhellig für die Umbenennung.

Verlag ersetzt "belastete" Begriffe in Preußler-Büchern

Doch aus seiner einstigen NS-Begeisterung machte Preußler selbst nie einen Hehl. Einer seiner bekanntesten Romane, "Krabat" (1971), für den er mit dem Deutschen Jugendbuchpreis ausgezeichnet wurde, stellt eine Parabel auf die damalige Zeit dar. Darin geht es um den titelgebenden Jungen, der zunächst unwissentlich einer Schule der Schwarzen Magie beitritt. Die Macht, die diese ihm gibt, fasziniert ihn. Bald entdeckt er jedoch, daß der Schulmeister jedes Jahr einen seiner Schüler töten muß, um selbst am Leben zu bleiben.

Das führt zu einem Konflikt, der mit Meisters Tod und dem Ende der Schwarzen Magie auf der Erde endet. "Es ist meine Geschichte, die Geschichte meiner Generation, und es ist die Geschichte aller jungen Leute, die mit der Macht und ihren Verlockungen in Berührung kommen", betonte er noch 1998.

Zeitlebens bemühte sich Preußler auch um die Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen - obwohl seine Familie 1945 aus dem Sudetenland vertrieben wurde. Dafür bekam er noch im Mai 2024 eine posthume Würdigung von seiner Heimatstadt Reichenberg (heute Liberec). Eines seiner weiteren Bücher, "Der Räuber Hotzenplotz", wurde sogar nach einem tschechischen Dorf benannt (heute Osoblaha). Und dank des Fernsehbetthupferls aus der Tschechoslowakei-Zeit dürften ältere Tschechen "Die kleine Hexe" kennen.

Doch für das Pullacher Gymnasium gehören offenbar auch die "Hexe" und sogar "Krabat" auf den Scheiterhaufen. "Problematisch für die Lernenden erscheinen auch die in einigen Werken dargestellten fragwürdigen Konfliktlösungsstrategien durch Gewalt und/oder Hexerei", betonte Fischbach gegenüber der FAZ. Seit 2023 ist seine Schule Teil der Initiative "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Diese beinhaltet die Verpflichtung, für ein Klima "ohne Diskriminierung, Mobbing und Gewalt" einzutreten.

Geht es also eher um den Zeitgeist als um Geschichte? Bereits 2013 kündigte der Stuttgarter Thienemann-Esslinger-Verlag an, Begriffe wie "Negerlein" mit jenen wie "Messerwerfer" zu ersetzen. Ein Brief eines schwarzen Referenten der Heinrich-Böll-Stiftung habe die Erben

Preußlers überzeugt, betonte der Verlag in einem Brief. Die jüngste Debatte war ihnen aber zu viel. Preußler-Bitsch wolle mit dem Entzug der Namensrechte den "Firlefanz" beenden, sagt sie nun der Münchner Abendzeitung. "Es geht hier um einen Menschen und seine Biographie und nicht um einen Bauantrag, der x-beliebig nachgebessert werden kann." Gefragt, ob sie nach der "Erntelager-Affäre" weiter stolz auf ihren Vater sei, antwortet sie: "Logisch bin ich stolz."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Neues Förderprogramm "Reparieren statt Wegwerfen"**

In der Nachkriegszeit, der DDR-Mangelwirtschaft und selbst in der Wirtschaftswunderzeit war Reparieren üblich. Doch dann kamen Billigwaren "Made in China" und die "geplante Obsoleszenz" - Sollbruchstellen in technischen Geräten, um den Absatz zu befördern. Eine nur zweijährige Gewährleistungspflicht, hohe Ersatzteilpreise und Instandsetzungskosten taten ein übriges, weshalb ein Neukauf alternativlos wurde. Eine fünfjährige Garantiepflicht gibt es weiterhin nicht, aber ein Recht auf Reparatur.

Und mit ihrem Förderprogramm "Reparieren statt Wegwerfen" will die Ampel "die Lebensdauer von Produkten verlängern, um Ressourcen zu sparen", erklärte Umweltministerin Steffi Lemke. "Repair-Cafés und Selbsthilfewerkstätten sind eine wichtige Stütze für das Recht auf Reparatur. Und sie sind Orte der Bürgerbeteiligung, in denen Umweltschutz aktiv gelebt wird." Jede gemeinnützige Reparaturinitiative könne daher ab Dezember eine Förderung von bis zu 3.000 Euro beantragen. 2025 würden auch Reparaturinitiativen gefördert, die nicht als Vereine organisiert sind.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Tropische Notstrompläne**

Paul Leonhard

Drei Stunden Strom täglich verspricht die staatliche Unión Eléctrica (UNE) derzeit den Kubanern. Das ist mehr als in den fünf Tagen, in denen auf der Karibikinsel das Licht ausgegangen war. Nur die internationalen Flughäfen, die großen Krankenhäuser sowie die KP-Zentrale hatten mittels Notstromaggregaten eine Minimalversorgung.

Ironischerweise hatte Präsident Miguel Díaz-Canel am 17. Oktober per TV-Ansprache den Energienotstand und für Freitag Sonderurlaub ausgerufen, als dann wenige Stunden später tatsächlich der Blackout kam: Das 36 Jahre alte Ölkraftwerk "Antonio Guiteras" in der Provinzhauptstadt Matanzas fiel komplett aus. Obwohl es seit Jahren nicht mehr seine Maximalleistung von 317 Megawatt (MW) brachte, konnten die übrigen Erzeuger den Ausfall nicht kompensieren. Stromimporte, die in Deutschland seit dem Atomausstieg das Netz stabil halten, kann sich die Tropeninsel nicht leisten - und ein Unterseekabel ins 145 Kilometer entfernte Florida verhindert die ideologische Feindschaft.

Eine Ursache sei die mangelnde Bereitschaft der Kubaner, sich private Solarpaneele zu kaufen.

In abtauenden Kühlschränken verdarben die kostbaren Lebensmittel, und die schwülheißen Nächte wurden ohne Ventilatoren zur Strapaze. Lediglich die Mücken und anderes Ungeziefer fühlten sich wohl - dennoch gab es keinen Volksaufstand. Obwohl die UNE am 22. Oktober die Wiederherstellung der Netzsynchronisierung verkündete, gibt es nun landesweit Notstrompläne à la Südafrika. Und in den staatlichen Kommentarspalten werden die "heldenhaften Elektriker Kubas" gefeiert, deren "gigantische Arbeit unseren Glauben an die Revolution stärkt".

Kritische Anmerkungen, daß Havanna wieder Strom hat, aber die übrigen Provinzen "zu ihrer Routine von 15 bis 20 Stunden täglichen Stromausfall zurückkehren", wurden gelöscht. Als Ursache für den Blackout hat die KP-Regierung drei Probleme ausgemacht: die US-Wirtschaftsblockade, den enormen Strombedarf durch die neuen Privatunternehmer und die

mangelnde Bereitschaft der Kubaner, auf Solarpaneele zu setzen. Zu letzterem hatte UNE-Chef Alfredo López Valdés geraten, und damit für großen Unmut gesorgt: Das kann sich kein Normalbürger leisten.<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. November 2024 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Publizisten: >>**Betreff: Endloser Terror der Antichristen: Die Eroberung Nordamerikas**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Beginn der europäischen Eroberung Nordamerikas

Die Spanier gründeten im Jahre 1565 im heutigen Florida den Ort Saint Augustine. Es war die älteste, noch heute bestehende europäische Siedlung auf dem Gebiet der USA.

Der Seefahrer Sir Walter Raleigh gründete im Jahre 1584 in Virginia die erste englische Kolonie. Dieser Siedlungsversuch mißlang jedoch später.

Bis zum Jahre 1600 unterwarfen die Spanier die einheimischen Stämme der Halbinsel Florida und des südlichen Mexiko. Die Spanier drangen danach allmählich nach Norden vor, vervollständigten die Eroberung Mexikos und besetzen große Gebiete des Südens der heutigen USA.

Am 14. Mai 1607 landeten 3 englische Schiffe mit Siedlern an der nordamerikanischen Ostküste. Die Siedler (darunter waren auch die deutschen Zimmerleute Unger, Keffer und Voday) gründeten in Jamestown, Virginia, eine britische Siedlung.

1614 trafen die ersten Holländer in Nordamerika ein und gründeten New Amsterdam (das spätere New York).

Vor dem Beginn der westeuropäischen Kolonisation lebten ca. 5,0-13,0 Millionen Ureinwohner in Nordamerika (x017/1799). Die amerikanischen Ureinwohner wurden fälschlicherweise Indianer (spanisch = Indios) genannt, weil der italienische Seefahrer Christoph Kolumbus (1451-1506) bei seinen Reisen in spanischen Diensten (1492-1504) Amerika irrtümlich mit Ost-Indien verwechselte.

Als die ersten europäischen Siedler in Nordamerika einwanderten, gab es zunächst keine größeren Probleme. Erst nachdem immer mehr europäische Siedler, Händler und Jäger in das Binnenland Nordamerikas vorrückten, verschlechterte sich die allgemeine Lage der Ureinwohner drastisch. Es ereigneten sich danach unentwegt gewaltsame Auseinandersetzungen mit den nur primitiv bewaffneten Ureinwohnern, die schließlich zur vollständigen Verdrängung und zum Untergang der einheimischen Bevölkerung führten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Beginn der englischen Kolonisation in Nordamerika (x068/23-26): >>**Rote Teufel weiße Heilige**

Die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika beginnt mit einem der größten Raubzüge der Geschichte. Denn das Land, das sie inzwischen besitzen, gehörte ihnen so wenig, wie es - sagen wir im nächsten Jahrhundert - den Afrikanern, Indern oder Chinesen rechtmäßig gehören würde, eroberten es die.

Doch was heißt rechtmäßig schon?

Was ist schon Recht?

Recht ist Gewalt. Aus Gewalt entsteht Recht. Aus Recht entsteht Gewalt. Es ist, soweit wir sehen, nie anders gewesen - außer eben in den USA.

Was Montaigne, Samuel Hearne und andere Forscher über die Indianer berichten

Alles, was wir heute die "Vereinigten Staaten von Amerika" nennen, war Eigentum der Indianer. Ihre Ahnen, in grauer Vorzeit über die Beringstraße gekommen, bevölkerten das gesamte Gebiet. Jeder Landstrich wurde von ihnen bewohnt, selbst die Salzwüsten von Utah. In zahlreiche unabhängige Stämme gegliedert, waren sie als Gruppen absolut frei und die legitimen

Herren des Kontinents - große, gut gewachsene, kräftige Menschen, und die oft bescheidenen Bedingungen ihres Daseins mögen ihre Gesundheit noch gefördert haben.
Die Indianer empfanden die Natur als beseelt, als lebendes Wesen. Sie fühlten sich eins mit ihr, verwandt mit Tieren und Bäumen.
Und alles gehörte allen. Alles war Teil einer "gemeinsamen Mutter", von der man zwar lebte, gewiß, aber mäßig, die man schonte, auch schützte. Sammler waren sie und Jäger, doch sammelten und jagten sie nur das Notwendigste. …
David Thompson, um 1800 jahrzehntelang Kontakte mit vielen Indianern pflegend, nennt diese "sanft und sittsam", von "großer Freundlichkeit und Rücksicht" im Umgang. "Hat einer bei der Jagd kein Glück gehabt oder hat er seine wenigen Habseligkeiten durch irgendein Mißgeschick verloren, so darf er sicher sein, daß er von den anderen unterstützt wird, soweit es nur in ihrer Kraft steht. In der Krankheit sorgen sie füreinander bis zum letzten Atemzuge."
Die Geschichte der Indianerausrottung freilich wurde von Weißen verfaßt. Wie vieles also mögen sie unterdrückt, verschwiegen, wie vieles ganz anders empfunden haben als ihre Opfer. Anders philosophiert das Pferd über die Peitsche, sagt Theodor Lessing, anders der Fuhrmann. Doch noch manche Überlieferung der Weißen selbst verbürgt die Hilfsbereitschaft, die Verläßlichkeit der allermeisten derer, die man dann liquidierte. …
Die Indianer waren empfindlich, sogar sentimental, auch grausam. Sie kannten die Folter. Sie kannten und praktizierten auch den Krieg; nach Osten hin mit wahrer Leidenschaft, mit Bösartigkeit schlimmster Art. Allerdings beschränkten ungeschriebene Gesetze oft die gegenseitigen Verluste, um den Fortbestand der häufig kleinen Stämme zu sichern. …
Viele Indianerstämme waren fraglos weit weniger kriegerisch als die Invasoren, die schon deshalb leichtes Spiel mit den "savages", den "Wilden", hatten, deren Lehrmeister sie nicht zuletzt im Töten, im skrupellosen, unbegrenzten Töten wurden. …
Für die Räuber ihres Landes wurden sie die roten Teufel, deren nächste Verwandte übrigens, wie man heute annimmt, die Chinesen, für viele Amerikaner des 20. Jahrhunderts die gelben Teufel wurden. Denn alles, was nicht ins Konzept paßt, sich als Widerpart erweist, muß verdammt, verteufelt und als Teufel natürlich bekämpft und womöglich vernichtet werden. …<<

Sklavenhändler und Arbeitssklaven

Niederländische Sklavenhändler verkauften im Jahre 1619 erstmalig afrikanische Sklaven in Virginia (x247/163). Die schwarzen Sklaven wurden überwiegend auf den riesigen Baumwoll-, Zuckerrohr- und Tabakplantagen eingesetzt. Die Sklaven besaßen keinerlei Rechte und waren das wirtschaftliche Eigentum der Plantagenbesitzer. Da die Kaufpreise für Arbeitssklaven relativ hoch waren, erhielten die Sklaven meistens genügend Nahrung, denn man wollte ihre Arbeitskraft langfristig erhalten.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über das Land der "Freien und Gleichen" (x068/42-43): >>Die USA wurden das Land der "Freien und Gleichen", indem die Eindringlinge die Ureinwohner, die rechtmäßigen Besitzer – die sie Ende des 18. Jahrhunderts Ausländer nannten! – blutig-brutal unterdrückt, vertrieben, ermordet und die Schwarzen – die wie man damals sagte, "anderen Personen" – versklavt haben.
Die ersten Neger wurden bereits 1619 importiert. Das Elend des Transports bei dieser "christlichen Seefahrt" darf man sich nicht einmal vorstellen! Doch allmählich begann das Geschäft mit dem, was übrig blieb, zu blühen. Die Afrikaner schufteten für die weißen Masters. Und galt der Indianer sozusagen als wildes Tier, wurde der Schwarze ein domestiziertes, eine Art Haustier.
Im späten 18. Jahrhundert trafen auf gut drei Millionen Weiße in (den) USA bereits 700.000 Schwarze. Und so kommen zu Millionen massakrierten Indianern noch wenigstens – für Gesamtamerika – 50 bis 60 Millionen Schwarze, die dem Sklavenhandel erlagen.

Auf diese beiden Ruhmestaten, auf der fast vollständigen Vernichtung der Indianer und der über noch mehr Millionen Leichen gehenden Ausbeutung der Schwarzen beruht dieser stolze Staat, auf einem mörderischen Raubzug, lauter Blut und Leichen und lauter fremdem Besitz. Denn auf gigantischen Landdiebstahl, Raubbau, Betrug läuft das ganze hinaus. Auf das, was der US-Theologe Reinhold Niebuhr "das räuberische Selbstinteresse" des Kapitalismus nennt. …<<

Ureinwohner helfen vielerorts den ersten europäischen Siedlern

Im November 1620 erreichten 104 englische Puritaner ("Pilgerväter") mit dem Segelschiff "Mayflower" die Küste von Kap Cod und siedelten danach im heutigen Massachusetts.

Im Vertrag der Puritaner, der das Leben im neuen Gemeinwesen regeln sollte, hieß es (x145/-54): >>Im Namen Gottes! Amen!

... Wir haben zur Ehre Gottes und des christlichen Glaubens und zur Ehre unseres Königs eine Reise unternommen, um eine Kolonie zu gründen. Wir geloben feierlich, uns zu einer politischen Gemeinschaft zusammenzuschließen und gerechte und gleiche Gesetze und Ämter aufzustellen, wozu wir alle gebührende Unterwerfung und Gehorsam geloben.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die ersten europäischen Siedler in Nordamerika (x068/26-27,33-35): >>... Nur die Hilfsbereitschaft der Indianer ließ die Invasoren überleben.

Urs Bitterli, Kolonialhistoriker in Zürich, betont, "in der Tat haben die Lebensmittellieferungen der Indianer nicht nur die Franzosen am St. Lorenzstrom, sondern auch die Engländer in Virginia vor dem Hungertod gerettet. Oft wird in frühen Texten die Friedfertigkeit der Eingeborenen gelobt, und man gestand sich ein, daß das Überleben der Kolonie nicht so sehr eigener Zähigkeit, als vielmehr fremder Hilfe zuzuschreiben war."

Die unredlichen Christen freilich schrieben diese Hilfe bald nicht mehr den Indianern zu oder, so ein puritanisches Zeugnis aus Virginia, "den wilden grausamen Heiden". Nein: "Gott" hatte seinem auserwählten Volk diese Teufel geschickt "mit Lebensmitteln wie Brot, Getreide, Fisch und Fleisch in großer Menge ..." Schließlich konnte man nicht jenen die Hilfe oder gar das Leben verdanken, die man nachher umbrachte – Mit Gottes Hilfe wieder.

Die Weißen verdankten den Indianern den Mais, die Mokassins, die Schneeschuhe und die Anoraks. Die Indianer verdanken den Weißen den Branntwein und die Feuerwaffen, die großen Seuchen, die Blattern, die Tuberkulose, die Syphilis. Dies sind sogar die ersten Geschenke des christlichen Abendlandes an sie. Auf Schritt und Tritt begleiten sie die Eroberer. Mit den Jesuiten kommt buchstäblich die Pest und bringt beinah das ganze Volk der Huronen unter die Erde.

Auch die Franzosen, die in Maine siedeln, wirken verheerend, indem sie mit den Bewohnern kontaktieren. Als dort 1620 Engländer landen, finden sie die Wigwams der Massachusetts "voll von Leichen" und die Dörfer gänzlich ausgestorben – wodurch, schwärmt Bruder Johnson, "Christus", der in der ganzen Welt glorreich für seine Kinder sorge, "Platz für sein Volk schuf ..."

"Gott", notiert ein anderer britischer Christ, Ferdinando Gorges, sich dabei ausdrücklich von der abstoßenden Methode der Spanier distanzierend, "Gott verbreite die Seuche, was die Engländer der Sorge enthob, die Indianer durch Schwert und Feuer zu vernichten".

Ein gesegnetes Christentum!

Die Indianer übernahmen von den Weißen die Unehrlichkeit, die Lügerei. Ihr Denken, ihr Sittengesetz, ihre Kultur wurden untergraben, sie entarteten und verkamen gänzlich.

"Was in ihnen gut war, wurde erstickt", schreibt Bitterli. ...<<

>>… Die "Pilgerväter" selbst nannten sich schlicht und in echt christlicher Demut "Heilige". Fast der ganze Kult Amerikas mit den "Pilgervätern" beruht auf Übertreibungen und Unwahrheit. Er erinnert fatal an den christlichen Wunder- und Reliquienglauben.

In Wahrheit waren die "Pilgerväter" Nonkonformisten, Separatisten, und so wurden sie auch genannt. Sie waren Kongregationalisten, standen theologisch dem Calvinismus nahe und hatten sich als "Ketzer" von der Anglikanischen Staatskirche getrennt. Sie waren aus den Puritanern hervorgegangen, lehnten aber deren presbyterianische Kirchenverfassung ab. Das Bischofsamt war für sie eine Erfindung Satans, das Kreuzzeichen ruchlos, Weihnachten ein heidnischer Aberglaube. Und Aberglaube galt ihnen nichts.
Deshalb raubten sie auch kaltblütig die an den indianischen Gräbern den Todesgottheiten geopferten gelben, schwarzen und roten Maiskörner und verwendeten sie als Saatgut. Ihre Heiligkeit hatte sie ja auch nicht gehindert, einen Vertrag mit einer Handelskompanie zu schließen, die dann durch die Heiligen neun Zehntel ihres Kapitals verlor. Und die Heiligen hatten auch keine Skrupel, in Neu-Plymouth, ihrer "Burg Zion", ein kleines Fort mit fünf Kanonen zu errichten. Der Segen der Alten Welt gehörte auch in die Neue.
Die "Pilgerväter" vermittelten den künftigen Amerikanern ihre eifernde Bigotterie, ihren Messianismus, ihren Glauben, "Gottes eigenes Land" zu besitzen, was ihr Demokratieverständnis prägte. Ja, diese Leute waren geradezu besessen von der Vorstellung, auserwählt zu sein, und dieser Irrwahn spukt heute noch in den Köpfen ihrer Nachfahren.
"Wenn Gott für uns ist, wer kann dann wider uns sein?", predigte ein Puritaner der ersten Stunde in der Neuen Welt - und so ging es, wie in der Alten, mit Gott weiter.

Intoleranz, Heuchelei

Die eigentliche Heimat des Puritanismus wurden jene sechs im Nordostzipfel der USA liegenden Neuenglandstaaten Maine, Newhampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode Island und Connecticut, die im 17. Jahrhundert vorwiegend englische Puritaner besiedelten, später auch Schotten und Iren. Neben Virginia wird Neuengland lange Zeit der geistige wie politische Mittelpunkt der USA, und Massachusetts ist sozusagen der Mutterstaat Neuenglands.
In Massachusetts, wo 1630 ein "Bibel-Commonwealth" entstand und innerhalb eines Jahrzehnts 65 Prediger eintrafen, waren weder Toleranz gefragt noch Demokratie. Vielmehr begründeten die Puritaner, enge, zelotische Sektierer, eine Theokratie reinsten Wassers. Nur Bürger konnten Mitglied der Kirche werden - und über ihre Zulassung entschied der Klerus; die Zahl der Begünstigten betraf bloß ein Fünftel oder Sechstel der männlichen Bevölkerung. Auch die Gesetzgebung, die moralische wie politische, bestimmten die Pastoren. Einer ihrer Artikel in dem 1641 angenommenen "Body of Liberties" sah für Atheismus sogar die Todesstrafe vor. …<<
Peter Minuit (Minnewit), ein Deutscher aus Wesel, landete im Jahre 1625 in der Nähe von New Amsterdam und erwarb für Glasperlen im Wert von ca. 24 Dollar große Gebiete des späteren Stadtteils Manhattan in New York von den Ureinwohnern.
Zahlreiche Einwanderer kamen damals als sogenannte "Vertragsknechte" nach Nordamerika (x176/114): >>Viele Engländer und Deutsche, die nach der Neuen Welt auswandern wollten, konnten die Überfahrt nicht bezahlen. Aber auch ihnen wurde die Reise ermöglicht, wenn sie einwilligten, ihre Freiheit für eine bestimmte Zeit aufzugeben und Kontraktknechte (Vertragsknechte) zu werden. Wenn sie dann ihre Überfahrt abgearbeitet hatten, konnten sie wieder Herr über sich selbst werden. Kontraktknechte gab es in allen dreizehn englischen Kolonien. ... In Virginia waren 1625 (etwa) 40 Prozent der Einwohner Kontraktknechte. ...
(Die Kontraktknechte) vergrößerten die Zahl der Einwanderer in den Kolonien und brachten den amerikanischen Farmern die dringend notwendige Hilfe. Obwohl die Kontrakte zu zeitweiliger Hörigkeit führten, bot dieses System Tausenden von Armen die einzige Chance, in die Neue Welt zu kommen. Wenn sie frei wurden, erhielten sie Land, Wirtschaftsgeräte oder bares Geld: So waren viele imstande, sich eigene Farmen zu schaffen, sei es in bereits besiedelten Gebieten oder draußen an der Grenze. Andere fanden eine Möglichkeit, sich als unabhängige Handwerker niederzulassen. In beiden Fällen waren sie besser daran, als das in ihrem

alten Land der Fall gewesen wäre. …<<
England und Frankreich kämpften seit 1629 um die nordamerikanische Vorherrschaft.
1636/37 wurden die ersten Aufstände der nordamerikanischen Ureinwohner blutig niedergeschlagen und die Pequot-Stämme bereits fast vollständig ausgerottet.
Der nordamerikanische Historiker Alvin M. Josephy jr. berichtet später über den Untergang der Pequot-Stämme (x193/17-18): >>Nachdem sich die Puritaner von der Massachusetts Bay in Neu-England darauf geeinigt hatten, daß die mächtigen Pequot-Indianer als "Kinder Satans" anzusehen seien, versuchten sie mit Feuer und Schwert, noch den letzten Hinweis auf deren Existenz auszulöschen.
1637 überzogen sie die Pequot mit einem "Heiligen Krieg" und massakrierten sie zu Hunderten. Die wenigen Überlebenden wurden auf andere Stämme aufgeteilt in der vergeblichen Hoffnung, daß selbst der Name Pequot verschwinden würde. Auf beiden Kontinenten hielten es nur wenige Europäer für der Mühe wert, künftigen Generationen Berichte von den "seltsamen" Gesellschaften zu hinterlassen, die sie vernichteten. …<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die gewaltsame Landnahme in Nordamerika (x068/42-43): >>Die Invasoren waren aggressiv und sendungsbewußt. Besitzgier und Religion, Expansionstrieb und Welterlösungsvisionen saßen in ihren Köpfen von früh an fest. Als Pioniere, Siedler Händler waren sie scharf auf Boden, Geld, Gold, Einfluß, Macht. Als Christen waren sie gut und fromm und wollten nur das Beste – für sich natürlich. Sie waren extrem selbstgerecht und sichtbarlich von Gott gesegnet. ...
Dabei spielte es sich ganz schlicht und selbstverständlich ab; nach dem US-Historiker Jo Frantz einfach derart, "daß man nahm, was zu nehmen war". Rangierte doch der Indianer für den weißen Edelmenschen "irgendwo unterhalb des Hundes".
Es war eine Landnahme wie einst die israelitische in der Bibel (und die im 20. Jahrhundert, die man schon deshalb mit so viel Einfühlung, Verständnis stützt). Nur unvergleichlich grandioser war sie; doch ganz genauso gut, genauso gottgewollt. Es war, so US-Historiker David Brian Davis, "eine einzige Vergewaltigung nach dem Grundsatz: Alles ist erlaubt". Es war, so US-Historiker Donald Worster, "eine Katastrophe in Weltformat".
Die Invasoren hatten keinerlei Skrupel, die Einheimischen abzuschlachten, auszumorden, Männer, Frauen. Kinder. Und alles – in Gottes Namen. Das macht bekanntlich (zugegeben auf der ganzen Welt) die Gewissen noch reiner! Man führte einen 350jährigen Kampf. Und selbst nach der definitiven Regelung des Raubes, der sogenannten Hoheitsfrage – wirklich, ein schönes Wort dafür – ging der Kampf weiter. ...<<
Die Kolonien Massachusetts, Connecticut, Rhode-Island, New Hampshire, Vermont und Maine gründeten im Jahre 1643 den Neuengland-Staatenbund, der 50 Jahre bestehen sollte.
Am 6. Oktober 1683 trafen 13 Leinenweber aus Krefeld mit ihren Familien in Pennsylvania ein und gründeten im Südosten die erste deutsche Siedlung Germantown, heute ein Stadtteil von Philadelphia (x063/233).
Um 1750 siedelten fast 400.000 englische Einwanderer an der nordamerikanischen Atlantikküste, während zur gleichen Zeit nur 26.000 Franzosen in Kanada und 3.200 Franzosen in Louisiana eingewandert waren (x259/96).
Nach dem englisch-französischen Krieg (1754-63) um Nordamerika setzte der Ottawa-Häuptling Pontiac (um 1712-1769) im Sommer 1763 den Kampf gegen die Briten zwischen den Großen Seen und dem Ohio fort.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die britischen Siedlungskolonien an der nordamerikanischen Atlantikküste (x332/43-54): >>… Großbritannien schuf sich Stützpunkte in Indien, ja weltweit, insbesondere auch Kolonien, Siedlungskolonien an der Ostküste Nordamerikas.

Erste entsprechende Versuche des englischen Seefahrers Walter Raleigh 1579 und 1584 waren zwar wenig erfolgreich, doch gründete er immerhin Virginia, die erste jener 13 Kolonien, die dann zur Keimzelle von "God's own country", den USA geworden sind. Jakob I. aber, der protestantische Sohn Maria Stuarts, der Raleigh 1616 aus dem Tower geholt (wo er in dreizehnjähriger Haft u.a. "The History of the World" geschrieben hatte), ließ ihn 1618 hinrichten.
Doch allmählich brachte die von der Londoner Regierung etablierte Virginia Company, speziell zum Transport europäischer Siedler nach Amerika bestimmt, immer neue Scharen von "Kolonisten" hinüber. 1631 nahmen sie Connecticut in Besitz, 1636 Rhode Island, 1638 New Hampshire, 1640 Maine.
Viele kamen aus eigenem Antrieb, das heißt hinausgeekelt aus England, aus dem übrigen Europa, durch sein Wohnungselend fortgetrieben, seine Folter-, Fron- und Schröpfmethoden, seinen Feudalismus, seinen Kriegsdienst. Doch schon indem sie der Misere zu entkommen suchten, der politischen Instabilität, den gesellschaftlichen Querelen, dem konfessionellen Hader, setzten sie sich neuem Jammer aus, einem risikoreichen Transfer über fünftausend Kilometer mit ungezählten Schiffsuntergängen.
Auch jenseits des Meeres freilich schlugen Seuchen, Hunger zu, blieben viele, zumal zunächst, weiter arm, abhängig und mußten als Vertragssklaven … die Reise nachträglich bezahlen mit (meist vier bis sieben) Jahren der Knechtschaft. Durch Christen kam so die abendländische Leibeigenschaft nach Nordamerika, und Christen waren dort die ersten Sklaven von Christen.
Dann traten Rothäute an ihre Stelle, auch missionierte, dann Schwarze, Schindluderexistenzen ohnegleichen. Zeitweilig hatte Großbritannien für die Ausfuhr schwarzer Sklaven in die spanischen Kolonien sogar ein Monopol und verschiffte von ihnen allein zwischen 1680 und 1786 2,13 Millionen in die Neue Welt.
Anders als in Spanien, Portugal, Frankreich, wo der Staat die Auswanderung veranlaßt oder doch begünstigt hat, entsprang sie in England zunächst der Privatinitiative. Geschäftstüchtige Händler versprachen das Blaue vom Himmel, so mancher Kapitän trieb offenen Menschenraub. Schließlich erkannte auch der Staat seinen Vorteil in Übersee und suchte alles mögliche mißliebige Volk abzuschieben, Hasardeure, Habenichtse, Katholiken, Kriminelle. Mit letzteren sollte besonders die Justiz die Kerker auch der Neuen Welt füllen.
Aber auch als Zwangsarbeiter waren sie tauglich. So schickte man allein zwischen 1718 und 1775 immerhin 50.000 Sträflinge auf die Tabakplantagen von Virginia und Maryland. Und bald sprang dem absolutistischen Staat die absolutistische Ekklesia bei, rief sie auf, das Eingeborenenland zum "geheiligten Land" zu machen, "die Grenzen des Königreiches, ja, die Grenzen des Himmels (zu) erweitern."
Da die Anglikanische Kirche, die Staatskirche, die Verfolgungspraxis der Papisten fortsetzte, flohen viele auch aus religiösen Gründen. Alle "Dissenters", Presbyterianer also, Baptisten, Methodisten, Deisten, Quäker, erwarteten im Neuen Erdteil politische wie religiöse Freiheit, erhofften etwas wie ein neues Kanaan, das Gelobte Land. Vor allem viele Puritaner, Calvinisten strengster Art, wurden durch den staatlichen Absolutismus, durch Königin Elisabeth I. sowie die Stuarts Jakob I. und Karl. I. (auf Betreiben Cromwells 1649 geköpft) besonders bedrückt und flohen ab 1620 nach Amerika, darunter auch die nachmals berühmt gewordene Gruppe der "Pilgrims". …
Und selbstverständlich kam die ganze Intoleranz des christlichen Europa und nicht zuletzt Englands, wo gegen Mitte des 17. Jahrhunderts ein zehnjähriger Bürgerkrieg tobt, mit in die Neue Welt.
Ja, gerade die Kirche erhob "strikteste Intoleranz zum Prinzip" (Reinhard). …
Und manchmal brachte man Quäker, männliche wie weibliche, auch an den Galgen. Seit 1641 sah man für Atheismus die Todesstrafe vor. Man war kaum von irgendwelchen päpstlichen

Greueln frei, auch nicht vom Antisemitismus, schon gar nicht vom Höllenteufel- und Hexenwahn, den man möglichst zu verbreiten strebte.
Die ersten Hexen knüpfte man in Connecticut auf, in Hartford, in Windsor. Bei den Hexenprozessen von Salem Village, nahe Kap Ann, brachte man 19 Männer und Frauen an den Galgen. Auch Greisinnen und kleine Kinder liquidierte man so oder legte sie - sicherheitshalber - im Kerker an die Kette, lauter Teufelsbräute, die meisten in Neu-England. Man leistete sich 1655 sogar eine kleine Feldschlacht, schrie da "Heilige Maria", dort "Gott ist unsere Kraft". Kurz, alles wie im frommen Abendland.
Besonders brutal gingen diese Christen natürlich gegen die Indianer vor, ohne die sie anfangs, durch Krankheit und Hunger verheerend geschwächt, wohl samt und sonders umgekommen wären.
Die Indianer waren viel sozialer eingestellt, waren viel verläßlicher, hilfsbereiter als die Invasoren, sie kannten die gesellschaftlichen Unterschiede der Christen nicht. Sie retteten die Eindringlinge aus Seenot, durch Lebensmittellieferungen. "Die Indianer lebten unter uns wie Schafe. Sie taten für uns alles Menschenmögliche und gaben uns zu essen, wenn uns die Vorräte ausgingen ..."
Die Methoden der Christen bei ihrem Vorgehen reichten vom Betrug über den Raub bis zur gänzlichen Ausrottung.
Man übertölpelte die fremden Menschen schamlos. Man machte sie berauscht, "kaufte" Land für Tand, Flitter, einen bloßen Bettel und bereicherte sich ungeheuer. …
Was man nicht kaufte, erschwindelte, das raubte man einfach - und es war das weitaus meiste -, sozusagen legalisiert durch irgendeinen Annexionsakt, Freibrief, das Privileg eines Herrn der Alten Welt, eine königliche Urkunde - man war "das gesetzloseste Volk der Erde", so US-Historiker Henry Steele Commager; "man nahm, was zu nehmen war", so US-Historiker Joe Frantz; man praktizierte "eine einzige Vergewaltigung nach dem Grundsatz: Alles ist erlaubt", so US-Historiker David Brian Davis; kurz, die Landnahme wurde "eine Katastrophe in Weitformat", so US-Historiker Donald Wörster.
Nicht jeder amerikanische Geschichtsforscher; gewiß, sieht das heute so, schon gar nicht der größte Teil des amerikanischen Volkes, denn wie könnte man Nachfahre von Räubern und Mördern sein!
Und nun gar die einstigen Heroen, die "Pioneers", die "Settlers", dies besitzgeile idealisierte Gesindel, die Gotteskinder. Für sie war alles rechtmäßig, war ihre Landnahme so vom Himmel gesegnet wie einst die der Israeliten in der Bibel. Oder die im 20. Jahrhundert.
Alles in allem:
Nach einer relativ ruhigen Frühphase, in der man schlicht noch zu schwach war, es mit den Einwohnern aufzunehmen, kam allmählich mehr Nachschub an Menschen und Material, wurde man anspruchsvoller, anmaßender, rücksichtsloser, gingen die Okkupanten immer häufiger und schließlich ganz kontinuierlich mit nackter Gewalt vor - das heißt: man befriedete … die "wilden Tiere", die "roten Teufel", man zivilisierte, christianisierte sie.
Man hängte sich ein moralisches Mäntelchen um, handelte in gutem Glauben, mit dem besten Gewissen, führte alles auf Gottes wundervolle Vorsehung zurück und beanspruchte als sein Volk die gleichen Rechte wie Abraham, der die Seinen inmitten der Sodomiten angesiedelt. Bibelfest verwiesen sie auf "Davids Krieg", stand doch "geschrieben, daß die Kinder mit ihren Eltern umkommen sollen".
Ja, sie hatten wohl alle (wie jene Christen aus Massachusetts bei der Massakrierung von fünfhundert oder sechshundert Indianern) "für unser Tun die Erleuchtung des lebendigen Gotteswortes".
Und so erleuchtet und das Evangelium verkündend metzelten sie weiter. "Grundsätzlich und planmäßig knallten sie jeden ihnen vor die Flinte kommenden Indianer beiderlei Geschlechts

und jeden Alters mit Kugel oder Schrot wie ebenso viele Böcke und Ricken nieder" (Friederici). Die rechtmäßigen Besitzer des Landes wurden systematisch ausgerottet, und zwar, betont der einstige Zürcher Theologe Fritz Blanke, "unter religiösem Vorzeichen".
Ja, es waren gerade Geistliche, führende Pfaffen (die einander zuletzt selbst bekämpften) wie Cotton Mather, wie William Hubbard, die gegen die "barbarischen, ungläubigen Indianer", die "Ungeheuer ohne Glauben", diesen "Unrat und Bodensatz", den "Auswurf der Menschheit" hetzten und den Blutdurst der Briten als den Schrecken Gottes ausgaben: "The terror of God was upon them round about" (Mather).
Es waren die "Pilgerväter", diese "Heiligen", die 1637 im "Pequot-Krieg" mit anderen Schlächtern aus Massachusetts und Connecticut die in einer Sommernacht in ihren Wigwams schmausenden Indianer heimtückisch überfielen, sie samt Frauen und Kindern zu Hunderten niederstachen und Tote wie Sterbende in ihren Hütten verbrannten; die schwärmten, "wie die Indianer im Feuer schmorten, wie schließlich Ströme von Blut die Flammen auslöschten" und wie Gott ihnen "so wunderbar beigestanden". …
Nicht die schmutzigsten Tricks wurden verschmäht, auf jede nur vorstellbare Weise die allmählich immer hilfloseren Rothäute beraubt, begaunert, um ihre Felle geprellt, durch minderwertige Waren betrogen, durch Wucher-, durch Schleuderpreise, der Grund und Boden künftiger Großstädte für einen Pappenstiel errafft, einmal von Peter Jefferson, dem Vater des Präsidenten, 162 Hektar Land für eine Schale Punsch!
Die Opfer der Christen wurden bestochen, bestohlen, sogar ihre Gräber regelmäßig geplündert, sie wurden im Schlaf überfallen, erwürgt, in der Gefangenschaft gemeuchelt, bei Friedensgesprächen zur Entwaffnung überredet und liquidiert. Man folterte und vierteilte, man entmannte, spaltete Schädel, hackte Köpfe ab und stellte sie aufgespießt zur Schau. Man vergewaltigte Frauen, selbst die jüngsten, verstümmelte auch ihre Genitalien, führte diese gar als Trophäen mit, skalpierte Kinder "zur Belustigung". Das Skalpieren war zwar indianischer Herkunft, wurde jedoch "von den Weißen übernommen und gefördert" (Reinhard).
Man ruinierte Wälder und Jagdreviere, äscherte Dörfer und Ernten ein. Man setzte die Elenden dem Hunger-, dem Kältetod aus, der verheerenden Wirkung des Alkohols, ganze Stämme gingen so zugrunde, bis um 1700 allein sieben der Delawaren. Man scheute sich nicht, sie durch tödliche Seuchen zu beseitigen, durch Blattern, durch Tuberkulose. Man führte Bakterienkriege gegen sie, mordete durch wohltätige Spenden, durch pockenverseuchte Kleider; durch Bettdecken - "Unsre Leute nahmen sie", überliefern die Tuscarora, "und sie starben, starben und starben ..."
Kurz, man brachte den roten Untermenschen die Zivilisation, die Frohe Botschaft und dankte Gott, weil seine Hand derart die Welt säuberte, weil er so "Platz für sein Volk schuf", weil er es ihm ersparte, "die Indianer durch Schwert und Feuer zu vernichten", was indes noch oft genug geschah. Führte man doch auch regelrechte Kriege gegen sie, gegen die Tuscarora, die Seneca, hetzte aber auch die Occaneechees wider die Susquehanocks, die Irokesen wider die Huronen, die Cherokesen wider die Yamasee ... und zog gelegentlich mit einem Stamm gegen den anderen "zu wüsten Sklavenjagden" (Bitterli). Es war ein, so Howard Zinn, "total war".
Natürlich bekriegten sich schon bald auch die christlichen Bruderschaften selbst.
Nach 1630 wurde das von den schwedischen Einwanderern besetzte Mündungsgebiet des Delaware River von den Holländern erobert und dann britischer Besitz. 1664 nahm der Herzog, der spätere König Jakob II., den Holländern im Nordosten der heutigen USA ihre Kolonie Neuniederlande weg, nahm auch Neu-Amsterdam ein und taufte seinen Raub New Jersey und New York. Im Süden suchten die Briten den spanischen, im Westen den wachsenden französischen Einfluß östlich des Mississippi zurückzudrängen.
Jahrzehntelange Konflikte an den Grenzen beider Mächte folgten, Streifzüge, Überfälle, Einverleibungen, Verwüstungen, Aufhetzung von Indianervölkern. Frankreich war zuletzt der

Hauptrivale im Kampf um Nordamerika, zu schweigen davon, daß auch die Franzosen wieder in Katholiken und Hugenotten gespalten waren. Schon 1713, im Frieden von Utrecht, der den zwölfjährigen Spanischen Erbfolgekrieg beendete, verlor Frankreich Neufundland, Neuschottland und das Gebiet an der Hudsonbai an England.
Und nachdem dies schon 1690 und 1711 das bereits vordem wiederholt besetzte Quebec (1608 von den Franzosen gegründet) hatte an sich reißen wollen, führte sein Krieg schließlich doch 1759 zum Fall der Stadt, im nächsten Jahr auch zur Einnahme Montreals, Ausgangsbasis der französischen Machtpolitik in Nordamerika, und somit zum Ende der französischen Kolonialherrschaft dort.
1763 gewann Großbritannien im Frieden von Paris ganz Kanada, wo der Katholizismus seit acht Jahrzehnten die einzig erlaubte Staatsreligion war, es gewann das wirtschaftlich prosperierende Louisiana östlich des Mississippi sowie Florida von Spanien. Neu-Frankreich war nunmehr englisch. Und 1776 rebellierten die 13 nordamerikanischen Kolonien, die sich künftig Staaten nannten, auch gegen ihr eigenes Mutterland. Sie verweigerten die Untertanenpflicht gegenüber der britischen Krone, lehnten jedes politische Zusammengehen rundheraus ab - und wurden jetzt insgeheim von Frankreich unterstützt. …
An den Indianern aber beging man einen 350jährigen Völkermord, wütete gegen die "teuflischen Männer", wie es hieß, "die niemandem als dem Teufel dienen", gegen die "wilden Tiere", wie sie "Indianerfreund" Jefferson nannte, der dritte Präsident der USA.
Wehrten sich jedoch die Überfallenen, die immer weiter Zurückgedrängten, immer mehr Geschwächten, und sie wehrten sich verzweifelt, dann schrie man "rebellion", "massacre", sprach von ungeheuren Greueln, während man selbst nur "Verteidigungskriege" führte (wie ja heute noch!), aber Stamm für Stamm vertilgte, stets nach der Devise: "To kill and scalp all, big and little." Skalpprämien werden stets beliebter. Haufenweise kommen Köpfe Ermordeter "zur Freude der puritanischen Obrigkeit und der leitenden Geistlichkeit" –
"Kopfjäger" nennt denn auch der deutsche Amerikanist Georg Friederici Pilgerväter und Puritaner. Noch mitten im Jahrhundert der Aufklärung - und darüber hinaus - skalpiert die gesamte christliche Grenzbevölkerung einschließlich der Grenztruppen, ihrer Offiziere und Kapläne. Ja, Skalpe zieren als Opfergabe noch die Kirche von Santa Fe.
Nicht einmal die katholischen Spanier und Portugiesen, die in Südamerika oft schon in kurzer Zeit Millionen um Millionen Indianer töteten, vernichteten die Eingeborenen so nahezu vollständig, wie die nicht zufällig besonders verhaßten, weil extrem verschlagenen protestantischen Briten. Und alles in Gottes Namen, alles im Namen der Religion, der Nächsten- und der Feindesliebe, alles zur Verteidigung der Zivilisation und Humanität. "Nehmt scharfe Rache", hetzt man, "tut ihnen, was sie tun wollten (!)". Geradezu geflügelt sind Sprüche wie: "Die Knochen der Indianer müssen den Boden düngen, ehe der Pflug der Weißen ihn öffnen kann." Oder: "Only a dead Indian is a good Indian."
Volk um Volk ging zugrunde. Schon wenige Jahrzehnte nach Ankunft der Christen lebten ganze Stämme nicht mehr, von vielen sind selbst die Namen verschollen. Sogar in Gegenden, in denen es keine Kriege gab, starben die Indianer fast innerhalb eines Jahrhunderts nahezu aus. So lebten 1642 bei der Landung der Engländer auf Marthas Vineyard vielleicht 3.000 Wampanoags, 1764 nur noch 313. Ähnlich gab es auf Block Island im Jahr 1662 etwa 1.200 bis 1.500 Indianer um 1774 nur noch 51 …<<
Nach Vertreibung der Franzosen erhoben sich die Siedler der nordamerikanischen Kolonien gegen die britische Regierung und trennten sich im Jahre 1775 gewaltsam von England (Beginn des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges von 1775-83).
Nach dem siegreichen amerikanischen Unabhängigkeitskrieg von 1775-83, den Großbritannien trotz zahlenmäßiger und waffentechnischer Überlegenheit hauptsächlich durch die Unfähigkeit der britischen Armeeführung verlor, bestanden die "Vereinigten Staaten" lediglich aus

den 13 "alten Staaten" bzw. den ehemaligen britischen Kolonien an der Ostküste Nordamerikas.
Großbritannien verlor während der Friedensverhandlungen von Versailles alle nordamerikanischen Gebiete (außer Kanada) und erkannte im Jahre 1783 die Unabhängigkeit der 13 "alten Neuengland-Kolonien" an.

Schlußbemerkungen

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die systematische Ausrottung der nordamerikanischen Ureinwohner im 18. Jahrhundert (x068/57-58): >>**Die spanische und die britische Methode**

Die Tuscarora überliefern bis heute: "Sie führten einen Bakterienkrieg gegen uns, als sie uns nach Kansas trieben ... Wagen kamen mit Decken und Kleidern. Sie waren mit Schwarzen Pocken infiziert. Unsere Leute nahmen sie, und sie starben, starben und starben ..."
Tatsächlich hatte 1763, als man Pontiacs Anhang mit Soldaten und Miliz bekriegte, der britische General Lord Jeffrey Amherst angeregt, "die wilden Tiere" mit Pocken zu beseitigen - dem Gas gewissermaßen des 18. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Aufklärung, wie gesagt.
"Gibt es nicht eine Möglichkeit, unter den abgefallenen Indianerstämmen die Schwarzen Pokken zu verbreiten?", erforscht der edle Lord den Oberst Bouquet, der seinerseits allerdings, aber auch nicht unchristlich, "die spanische Methode" favorisiert, "sie mit englischen Hunden zu jagen, begleitet von einigen Jägern mit Pferden; das wird, wie ich denke, dazu führen, dies Gewürm auszurotten oder wegzuschaffen".
Der General schien "sehr einverstanden" mit der Hundejagd, zumal sie ja längst in Lateinamerika erprobt worden war. Hatten doch dort die - auch mit Indianerbabys gefütterten - Hunde der hispanischen Marienverehrer die Rothäute, wie Bischof Las Casas bezeugt, "in kürzerer Zeit, als zu einem Vater Unser erforderlich ist, in Stücke zerrissen; die von größerem Schlage fingen die Indianer wie wilde Schweine und fraßen sie auf."
Und so hätte die evangelische Religion, wie überall auf Erden, auch hier von der katholischen lernen, profitieren, hätte man gleichsam ökumenisch handeln können, aber leider, leider waren keine englischen Hunde für die britischen Sportsfreunde zur Hand. So riet Lord Amherst noch einmal, "die Indianer mit Bettdecken anzustecken und auch die anderen Methoden anzuwenden, um diese verdammte Rasse auszurotten." Nun, der Oberst wollte es versuchen, da es "zu schade wäre, britische Soldaten gegen dieses Ungeziefer einzusetzen". Wirklich brachen die Schwarzen Pocken wenige Monate später unter den Indianern in Ohio aus.
Eine primitive Methode?
Aber wirksam! Und zweihundert Jahre später ist man weiter und versprüht aus Kampfhubschrauber und B 52-Bombern das Dioxin-Gift Agent Orange über riesige Flächen des vietnamesischen und laotischen Regenwaldes. Und noch heute - so erfolgreich war es! - "werden in Vietnam, Laos und Kambodscha schwer bis Schwerstbehinderte Kinder geboren, geistige und körperliche Krüppel ..."
Alles braucht seine Zeit. Doch man kommt vorwärts. Man entwickelt sich.
Lord Amherst aber, sichtlich in Gottes Hand stehend, erreichte ein hohes Alter. Häuptling Pontiac dagegen wird 1769 ermordet; den betrunkenen indianischen Todesschützen hatte ein britischer Händler bestochen. Und die Amerikaner verewigten Pontiac - in einer Automarke. Yankees haben Geschmack.
Die Welt weiß es.<<

Österreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Regierungsbildung in Österreich**

Brandmauer auch hinter den Alpen

Andreas Mölzer

Wenn nun der aus dem links-grünen Lager kommende Bundespräsident Alexander Van der

Bellen entgegen allen politischen Gepflogenheit der Zweiten Republik den Auftrag zur Regierungsbildung nicht dem Wahlsieger, sondern dem großen Wahlverlierer, nämlich der zweitplazierten christlichsozialen Volkspartei (ÖVP) erteilte, tut er dies unter klarer Mißachtung des Wählerwillens. Dieser wäre nämlich auf eine Mitte-Rechts-Koalition zwischen Freiheitlichen (FPÖ) und ÖVP hinausgelaufen.
Obwohl es bereits zweimal eine solche Koalition unter ÖVP-Führung gegeben hatte, glaubt die Volkspartei unter dem bisherigen Bundeskanzler Karl Nehammer, nun nach bundesdeutschem Vorbild eine "Brandmauer" gegenüber der FPÖ errichten zu müssen. Und anstelle einer solchen bürgerlichen Koalition dürfte nun eine Austro-Ampel-Regierung bestehend aus Volkspartei, deklassierten Sozialdemokraten und den schwachen liberalen Neos auf das Land zukommen.
Eine solche Koalition der Wahlverlierer wird aber kaum in der Lage sein, die großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Alpenrepublik - Österreich ist gegenwärtig EU-Schlußlicht - zu lösen. Weshalb politische Beobachter sich einig sind, daß die Stunde die Freiheitlichen unter Herbert Kickl mit ziemlicher Sicherheit noch kommen wird - spätestens wenn diese Austro-Ampel scheitert.
Andreas Mölzer ist heute Herausgeber der Wochenzeitung "Zur Zeit", früher FPÖ-EU-Abgeordneter.<<

Rußland: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Die westliche Dominanz brechen**

BRICS-Treffen in Kasan: Immer mehr Länder wollen eine multilaterale Weltordnung
Paul Leonhard
Kein Ausnahmezustand mehr in Kasan. Die Schüler sitzen wieder in ihren Schulen, die Studenten in den Hörsälen, die Angestellten in den Büros. Die Sperrungen auf den Straßen sind aufgehoben. Die 24 Staats- und Regierungschefs und die nach Angaben der Nachrichtenagentur Prensa Latina mehr als 20.000 Delegierten aus 36 Ländern und sechs internationalen Organisationen, die hier vom 22. bis 24. Oktober unter dem Motto "Stärkung des Multilateralismus für eine gerechte globale Entwicklung und Sicherheit" am 16. Gipfeltreffen der BRICS-Staaten teilgenommen haben, sind in ihre Heimatländer zurückgekehrt. In der Millionenstadt herrscht wieder geschäftiger Alltag.
Der russische Präsident Wladimir Putin konnte mit dem Gipfeltreffen unter Beweis stellen, daß er international keineswegs isoliert ist, wie es von westlicher Seite häufig behauptet wird. Sogar UN-Generalsekretär Antonio Guterres reiste an und ließ sich beim Händedruck mit Putin ablichten.
Aber das Treffen war mehr als reine Symbolpolitik. Vielmehr wurde deutlich: Es gibt eine wachsende Zahl von Staaten, die die westliche Dominanz auf der Welt nicht mehr akzeptieren und ein Gegengewicht aufbauen wollen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan drückte diese Haltung wie folgt aus: "Wir leben nicht mehr in einer Welt, die schwarz-weiß ist, in der man sich für einen von zwei Blöcken entscheiden muß." Die Türkei gehört trotz Nato-Mitgliedschaft zu den mehr als 30 Staaten, die sich für einen Beitritt zu den Brics interessieren.

Putin warnt vor zu schnellem Wachstum
Ursprünglich gegründet wurde das Bündnis 2006 von Brasilien, Rußland, Indien und China. 2010 kam Südafrika hinzu. Die Anfangsbuchstaben der fünf Länder verleihen den BRICS ihren Namen. Anfang des Jahres traten zudem Ägypten, Äthiopien, Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate bei. Die Mitgliedsstaaten repräsentieren nach Angaben des Wissenschaftlichen Dienstes im EU-Parlament gut 41 Prozent der Weltbevölkerung - die G7 (USA, Deutschland, Kanada, Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan) dagegen nur zehn Prozent - und stehen für rund 37 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts (in Kaufkraft be-

rechnet), die G7 für knapp 30 Prozent. Etwa 43 Prozent der weltweiten Ölförderung finden laut dem Portal Statista in BRICS-Staaten statt.
Obwohl Putin sich gegenüber einem zu schnellen Wachstum skeptisch zeigte - "wir müssen die Balance beibehalten und dürfen keine Abstriche bei der Effizienz machen" -, wurde auf dem Gipfel die Aufnahme von 13 assoziierten Mitgliedern beschlossen: Algerien, Bolivien, Indonesien, Kasachstan, Kuba, Malaysia, Nigeria, Thailand, Türkei, Uganda, Usbekistan, Vietnam und Weißrußland. Eine assoziierte Mitgliedschaft ist keine Vollmitgliedschaft, stellt aber einen Schritt in Richtung größerer Zusammenarbeit dar. Die Aufnahme Venezuelas wurde offenbar nach einem Veto Brasiliens, so zitiert die brasilianische Online-Zeitung Brasil de Fato diplomatische Quellen, gestrichen.
Ein großes Anliegen der teilnehmenden Länder war die Aufhebung von einseitigen Handelsbeschränkungen, die den Regeln der Welthandelsorganisation zuwiderlaufen. "Wir sind zutiefst besorgt über die störende Wirkung rechtswidriger einseitiger Zwangsmaßnahmen, einschließlich illegaler Sanktionen, auf die Weltwirtschaft, den internationalen Handel und das Erreichen nachhaltiger Entwicklungsziele", heißt es im Abschlußkommuniqué des Gipfels, der Kasaner Erklärung. Derartige Maßnahmen würden die UN-Charta, das multilaterale Handelssystem, die Nachhaltigkeits-, Entwicklungs- und Umweltabkommen untergraben sowie sich negativ auf die Wirtschaft, auf Wachstum, Energie, Gesundheit und Ernährungssicherheit auswirken und die Armut verschärfen.
Gedeutet werden kann diese Forderung als Zeichen für das große Interesse der Schwellen- und Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, sich nicht länger von ehemaligen Kolonialmächten bevormunden zu lassen. Im BRICS-Bündnis hoffen sie, einen schlagkräftigen Fürsprecher zu finden.
Neben wirtschaftlichen Aspekten war auch der Krieg in der Ukraine Thema. Deutliche Worte dazu wählte der chinesische Präsident Xi Jinping. "Wir müssen drei Prinzipien respektieren: keine Ausweitung des Schlachtfelds, keine Eskalation der Kämpfe und keine Provokationen von einer der beiden Seiten", insistierte er. China und Brasilien hätten in Zusammenarbeit mit anderen Ländern im globalen Süden eine Gruppe "Freunde für den Frieden" gegründet, um die Ukraine-Krise zu lösen. Deren Ziel sei ist, mehr Stimmen zusammenzubringen, die sich für den Frieden einsetzen. Die Mehrzahl der Staaten hinterließ indes nicht den Eindruck, den russisch-ukrainischen Kämpfen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
Derweil räumen viele westliche Beobachter den BRICS nur geringe Zukunftschancen ein. In ihren Augen sind die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Mitgliedstaaten schlicht zu unterschiedlich, als daß sich das Bündnis zu einem echten Machtfaktor entwickeln könnte. Das gelte speziell für die beiden Schwergewichte China und Indien - ungeachtet der Einigung der beiden Staaten im seit Jahre schwelenden Grenzstreit im Himalaya, den beide kurz vor Beginn des Gipfels beilegten.
"In gewisser Weise ist es gut für den Westen, daß China und Indien sich nie über etwas einigen können, denn wenn die beiden es wirklich ernst meinten, hätten die BRICS enormen Einfluß", hatte kurz zuvor etwa der britische Ökonom Jim O'Neill gegenüber der Agentur Reuters gesagt. Skeptisch zeigte er sich deshalb auch beim Ziel, die Abhängigkeit vom Dollar zu reduzieren, das innerhalb der BRICS eine zentrale Rolle spielt. China und Indien hätten dafür zu unterschiedliche wirtschaftliche Interessen, wiederholte er.

Zentrales Ziel: Eine Alternative zum Zahlungssystem Swift finden

Um wirtschaftlich unabhängiger vom Westen zu werden, etwa Sanktionen umgehen zu können, streben die BRICS eine Alternative zum Swift-Zahlungssystem und den Aufbau einer gemeinsamen Bank an. Laut der Kasaner Erklärung favorisieren die Teilnehmerländer ein grenzüberschreitendes Zahlungssystem unter Verwendung lokaler Währungen bei Finanzoperationen zwischen den BRICS-Ländern und ihren Handelspartnern. Aus "technischer Sicht

können wir nicht länger warten", mahnte Brasiliens Präsident Lula da Silva an. Indiens Regierungschefs Narendra Modi bot als Lösung das Unified Payments Interface (UPI) an.
Vor allem Rußland und China, letzteres größter Handelspartner für mehr als 120 Volkswirtschaften, favorisieren den Aufbau eines eigenen BRICS-Zahlungssystems, das unabhängig ist von der Leitwährung US-Dollar und damit immun gegen westliche Sanktionen. Ein Ausschluß des Dollars aus den gegenseitigen Finanztransaktionen wäre Putin zufolge schon ein Gewinn.
Chinas Xi Jinping bot den anderen Staaten des Bündnisses in einer vielbeachteten Rede an, mit seiner "hochwertigen Produktionskapazität" Unterstützung in den Bereichen grüne Industrien, saubere Energie und grüner Bergbau zu leisten, um zur "grünen Entwicklung in der gesamten Energiekette beizutragen".
Weiter verwies er auf das kürzlich gegründete China-BRICS-Zentrum für künstliche Intelligenzentwicklung und -kooperation und kündigte an, die Innovationskooperation mit allen BRICS-Ländern zu vertiefen, um das Potential von KI zu nutzen. Auch werde ein BRICS-Zentrum für internationale Forschung zu Tiefseeressourcen sowie für Kooperation in Sonderwirtschaftszonen, für die Industrie-Kapazitäten der BRICS und das gemeinsame digitale Ökosystem-Kooperations-Netzwerk eingerichtet.
Ferner sagten die Staaten in der Kasaner Erklärung Unterstützung für das BRICS-Forschungs- und Entwicklungszentrum für Impfstoffe und für die Weiterentwicklung des Frühwarnsystems zur Prävention schwerer Infektionskrankheiten zu. Positive Resonanz fand die russische Initiative, eine BRICS-Getreidebörse zu etablieren und auf andere Agrarsektoren auszuweiten. Außerdem soll es eine Investitionsplattform und Rohstoffbörsen geben, um die Abhängigkeit von westlichen Handelsplattformen zu verringern.
Für Spott in den deutschen Medien sorgte dagegen das Bekenntnis zu einer internationalen Allianz für Großkatzen, die auf Initiative Indiens in die Abschlußerklärung aufgenommen wurde. Darin würdigten die Staaten Bemühungen zum Schutz seltener Arten und ermutigen ihre Mitgliedsländer, beim Schutz der Großkatzen zusammenzuarbeiten.
Allerdings gab es auch westliche Stimmen, die davor warnten, die BRICS zu unterschätzen.
Man habe den Eindruck, die westlichen Länder hätten keine Strategie, um dem Phänomen BRICS zu begegnen, kritisierte beispielsweise der ehemalige ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, der inzwischen als Botschafter in Brasilien fungiert. Wenn der Westen nichts unternehme, könne es irgendwann ein böses Erwachen geben, monierte er im Deutschlandfunk.
Das nächste BRICS-Gipfeltreffen findet 2025 in Brasilien statt.<<

Griechenland: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Grüße aus … Athen**

Unsicherheit in Bus und Bahn

Panayotis H. Doumas

Wie Saloniki erneuert auch Athen nach zwei Jahrzehnten seine Busflotte. Seit 70 Jahren gibt es bereits ein elektrisches Obus-Netz. Es ist sogar das größte in der EU. Vor 20 Jahren wurde eine Straßenbahnlinie reaktiviert. Nun soll die Dieselbusflotte weitgehend durch Batterie-, Erdgas- und Wasserstoffbusse ersetzt werden. Ob die besser funktionieren als in Deutschland, weiß niemand. Die griechische Regierung versichert indes, daß sich so die Lebensqualität ihrer Bürger verbessere. Aber ein guter ÖPNV besteht nicht nur aus neuen Fahrzeugen. Notwendig sind auch eine gute Wartung, verläßliche Fahrpläne - vor allem aber Ordnung und Sicherheit für die Fahrgäste.
Die mit EU-Geldern subventionierten "Zero Emission-Busse" reduzieren vielleicht die Smog-Lagen in der Hauptstadt, die Sicherheit fällt aber immer mehr auf deutsches Großstadtniveau. Es häufen sich die Fälle von Belästigungen durch illegale Zuwanderer, sowohl gegenüber

Frauen als auch gegenüber Rentnern, aber auch gegenüber dem Fahrer. Ganz zu schweigen vom illegalen Einsteigen, das selbst in der 120 Jahre alten U-Bahn, wo die Fahrkartenkontrollsysteme viel ausgefeilter sind, als selbstverständlich angesehen wird.
Gewalttätige Auseinandersetzungen mit Messern im Herzen der Stadt rütteln die Athener auf.
Die Übergriffe von Einwanderern, die eigentlich in die örtlichen Gemeinschaften integriert sein sollten, haben auch in Griechenland zugenommen. Die Regierungen der vergangenen Jahrzehnte, ob Mitte-Rechts- oder Linksregierungen, haben den Eindruck erweckt, daß die Griechen eine Art von Immunität gegenüber illegalen Einwanderern und Asylbewerbern genießen.
Doch gewalttätige Vorfälle wie der von Mitte Oktober rütteln viele Griechen auf. Damals löste ein Streit zwischen Minderjährigen in einer Migrantenunterkunft im Stadtteil Sepolia im Zentrum von Athen einen allgemeinen Konflikt zwischen Anwohnern und "Leistungsempfängern" in der Gegend aus.
Wie in einem veröffentlichten Video zu sehen war, wurden bei dem Streit Eisenstangen und Schlagstöcke eingesetzt, und die Situation geriet fast außer Kontrolle.
Immer häufiger kommt es auch zu Angriffen mit Messern. Im Frühjahr überfiel ein iranischer Mann eine ahnungslose junge Frau im Zentrum von Athen, nur wenige hundert Meter vom Parlament entfernt, in der wichtigsten Geschäftsstraße der Stadt. Nicht nachts, sondern mittags, als die Straße sehr belebt war. Die Medien bezeichneten ihn sofort als "Psychopathen" und gaben dieser "medizinischen Diagnose" Vorrang vor den anderen Eigenschaften des Täters.
Daher war ich überhaupt nicht überrascht, als ich vergangene Woche einen Griechen im Bus sah, der mit einem Lächeln im Gesicht ein Querbeil am Gürtel stehen sah. Ich fühlte sogar eine gewisse Sicherheit neben ihm.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30932" berichtet am 1. November 2024 (x1.418/…): >>**Hurrikans - nicht nur eine Naturerscheinung?**
Ende September 2024 tobte Hurrikan "Helene" durch die Südstaaten der USA und hinterließ unvorstellbare Bilder der Zerstörung. Nach Eintreffen mit Windstärken bis zu 225 km/h an der nördlichen Küste Floridas fegte "Helene" als Tropensturm knapp 800 km landeinwärts und überquerte dabei vier Bundesstaaten bis in die Appalachen (bewaldetes Gebirgssystem im Osten Nordamerikas), bevor der Sturm sich ganz legte.
Im Vergleich ist das in etwa die Strecke von Kiel bis nach München - als wäre ganz Deutschland ein Ahrtal. Florida, Georgia, North und South Carolina, Alabama und Tennessee riefen den Notstand aus. Tausende Menschen flüchteten in Notunterkünfte. Mehr als 20 Tornados wurden gemeldet. In einigen Orten stand das Wasser bis zu fünf Meter hoch. In North Carolina fiel bis zu 750 Liter Regen pro m².
Mehr als vier Millionen Haushalte hatten keinen Strom mehr, nach einer Woche waren es noch mindestens zwei Millionen. Straßen in den Bergregionen wurden unterspült, sind weggebrochen oder waren durch umgestürzte Bäume unpassierbar. Häuser sind buchstäblich weggeschwommen, ganze Ortschaften wurden ausgelöscht. Viele dieser Orte werden gar nicht mehr aufgebaut. Mit mehr als 230 Toten und noch über 600 Vermißten bleibt "Helene" als einer der tödlichsten Hurrikans in den USA in Erinnerung.
"Helene" war der vierte Hurrikan 2024, der die USA traf. Das ist mittlerweile schon der achte Hurrikan der Kategorie 4 - 5 in den letzten 13 Monaten. So viele gab es gerade mal in den 57 Jahren zuvor. Es zeigt sich, daß hier eine besondere Ballung stattfindet.
Im Nachgang dieser Katastrophe kommen Stimmen in den sozialen Medien an die Öffentlichkeit, die das Ausmaß und den Pfad von "Helene" hinterfragen. Über Hurrikans ist bekannt, daß sie geschwächt werden, sobald sie auf Land treffen. Dieses Phänomen beobachteten Millionen Menschen zwei Wochen später, als Hurrikan "Milton" vom 9. bis 10. Oktober auf Flo-

rida einprasselte. Sobald Milton auf Florida traf, schwächte er sich von der Stärke Kategorie 4 nach nur ca. 50 km über die Landzunge Floridas auf Kategorie 2 ab, was als "Bremse" gereicht hatte. (https://zoom.earth/storms/milton-2024-)
Daraus ergibt sich die Frage, wie "Helene" so weit landeinwärts kommen konnte. An dieser Stelle sei erwähnt, daß die gebirgigen Appalachen, die ärmste Region der USA, auf dem größten Lithium-Vorkommen des Landes sitzen. Lithium wird benutzt, um Akkus und Batterien für z.B. Handys oder elektrische Autos etc. herzustellen.
In diesem Zusammenhang ist wichtig zu wissen: Im vergangenen Sommer unterzeichnete Präsident Biden eine Verordnung, die gesetzlich festlegt, daß 50 Prozent aller neu verkauften Fahrzeuge bis 2030 Elektrofahrzeuge sein sollen, die auf Lithium-Batterien basieren. Das kürzlich unterzeichnete Gesetz zur Verringerung der Inflation (Inflation Reduction Act) zielt darauf ab, Anreize für einheimische Batterielieferketten zu schaffen. Vorgesehen sind Steuererleichterungen für Minen und Gutschriften für Elektroautos und Netzspeicheranwendungen, wenn ein bestimmter Prozentsatz der Batterien in den USA hergestellt oder recycelt wird.
Der investigative Journalist Stew Peters sagt hierzu: "Die Regierung der Vereinigten Staaten und ihre Kumpel in den Verbrechersyndikaten der Zentralbanken wollen Millionen und Milliarden von Dollar aus diesen Lithiumvorkommen machen, die sich unter Städten, unter Häusern und unter Schulen befinden. Zu denen haben sie keinen Zugang, es sei denn, das Land wird irgendwie vollständig gesäubert und für den Bergbau verfügbar gemacht. Es gibt keinen besseren Weg, dies zu tun, als die Menschen, die dort leben und alles, was sie besitzen, wegzuspülen und es auf den Klimawandel zu schieben."
Jetzt haben auch Bergbauunternehmen wieder ein Auge auf North Carolina in den Appalachen geworfen, da sie versuchen, vom boomenden Markt für Elektrofahrzeuge und Erneuerbare-Energien-Speicher zu profitieren.
Könnte hier tatsächlich Geo-Engineering, also Wettermanipulation, im Spiel gewesen sein?
Eines ist sicher: Bei jeder Katastrophe gibt es Profit-Haie, die sich die Taschen vollstopfen - auch im ganz großen Stil.
Kla.TV hat hierzu schon einige Sendungen ausgestrahlt wie z.B. folgende: "Wird das Wetter verrückt gespielt?"<<

USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**US-Präsidentschaftswahl: Heilsamer Schock**
Dieter Stein
Schon seit Wochen hyperventilieren deutsche Medien. Auf gleichförmigen, geistlosen Titelseiten wird die demokratische Kandidatin Kamala Harris als "Erlöserin" (Stern) und "Madam President" (Spiegel) in den Himmel gehoben, der republikanische Kandidat Donald Trump als "Diktator" (Spiegel) oder "Teufel" (Stern) verdammt. Den Auftritt Donald Trumps im berühmten Madison Square Garden in New York mit 20.000 Zuhörern verglich das ZDF-Heute-Journal mit der großen Kundgebung von US-Nationalsozialisten 1939. Sind diese Zerrbilder noch steigerbar?
Die Polarisierung der politischen Lager, in den USA aufgrund des Wahlsystems besonders ausgeprägt, hat indes längst die meisten Demokratien des Westens erfaßt. Beim Duell Trump - Harris schenken sich beide nichts. Es wird - von beiden - gelogen, daß sich die Balken biegen. Hinter der Hysterie um diese Wahl tritt auch ein zunehmendes Problem hervor, das die progressiven Eliten mit demokratischen Wahlen generell haben.
Wie kann es schließlich sein, daß bei - durch "die Wissenschaft" oder "die Experten" - vermeintlich final geklärten Fragen die Wähler einfach einen alternativen Weg einschlagen dürfen? Auch darum werden Gegner oder Kritiker der jeweils von oben ausgerufenen Klima-, Open-Border-, Gender-Politik dann besonders fanatisch als Populisten, Rassisten, schlicht Demokratiefeinde gebrandmarkt.

Trumps Sieg wäre Ergebnis eines großen Medienkrieges. "Gamechanger" war Musks Kauf von Twitter.
Auch wenn Trump ein Gewächs der Finanzmetropole New York ist: Bei seinen Anhängern manifestiert sich der Aufstand der eher ländlichen, kleinstädtischen, traditionell lebenden und hart arbeitenden Bürger gegen die progressiven, diversen, kosmopolitischen Metropolen. Entschieden wird die Wahl offenbar vor allem an der Frage der Wirtschaft und inneren Sicherheit - hier vor allem der massenhaften illegalen Einwanderung.
Daß Trump nun eine Rückkehr als Präsident gelingen könnte nach endlosen juristischen Schlammschlachten gegen ihn, wäre ein beispielloses Comeback. Sein Sieg wäre auch das Ergebnis eines großen Medienkrieges - bei dem der Kauf von Twitter (heute X) durch Elon Musk ein Gamechanger war. Twitter hatte zuvor Trump und mit ihm massenhaft rechte, konservative Accounts gelöscht oder mit "Shadowbanning" belegt. All das revidierte Musk. Daher insbesondere auch in Europa der linke Haß auf den Milliardär, der wie kaum ein anderer mit seinem Aufstieg als Einwanderer zum genialen Unternehmer für den amerikanischen Traum steht.
Mit Trump werden die USA noch härter eigene Interessen vertreten. Was für Europa und vor allem Deutschland einen erneuten heilsamen Schock bedeutete: Nehmen wir endlich selbst unser Schicksal politisch und militärisch mehr in die eigene Hand!<<
Israel: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Weshalb die israelische Politik in den besetzten Gebieten völkerrechtswidrig ist**
Siedlungsbau mit Ausblick
Gerd Seidel
Der Internationale Gerichtshof der Vereinten Nationen (IGH) hat am 19. Juli 2024 ein Gutachten über die rechtlichen Folgen der israelischen Politik und Praxis in den okkupierten palästinensischen Gebieten veröffentlicht. Es hat bisher allerdings viel zu wenig Beachtung gefunden. Das ist insofern bedauerlich, als dieses Gutachten sowie dessen zustimmende Bestätigung durch eine Resolution der UN-Generalversammlung vom 13. September 2024 grundsätzliche und wegweisende Orientierungen für eine Lösung des seit vielen Jahrzehnten schwelenden Nahostkonflikts enthalten.
Das Gutachten, das der IGH auf Antrag der UN-Generalversammlung erstellt hat, genießt als Rechtsauffassung des höchsten internationalen Gerichts eine besonders hohe Autorität. Das Gericht besteht nämlich aus 15 unabhängigen und hochangesehenen Völkerrechtlern, die die hauptsächlichen Rechtssysteme vertreten.
Kraft dieser Autorität ist das allein auf der Grundlage allgemein anerkannter Rechtsnormen fußende Gutachten geeignet, zwischen den oft konträren Positionen zum Nahostkonflikt zu vermitteln. Solche unterschiedlichen, oftmals emotional aufgeladenen Auffassungen in der Gesellschaft finden sich auch hierzulande. Deshalb bietet das Rechtsgutachten des IGH auch für die deutsche Innen- und Außenpolitik wichtige Leitlinien, nicht zuletzt auch für die Interpretation des bislang nicht näher definierten Begriffs der Staatsräson zugunsten der Sicherheit Israels.
In ihrer "A/RES/77/247" genannten Resolution vom 30. Dezember 2022 ersuchte die UN-Generalversammlung den IGH darum, die Politik und das Vorgehen Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten umfassend rechtlich zu bewerten und zu klären, welche Rechtsfolgen daraus für Israel, die anderen Staaten und die Uno entstehen.
Bei der Beantwortung sind einige Besonderheiten zu berücksichtigen. In territorialer Hinsicht besteht Palästina aus drei Gebietsteilen, die in der Westbank, dem Gaza-Streifen und in Ost-Jerusalem in unterschiedlicher Weise der israelischen Besatzung unterliegen.
Ungeachtet der verschiedenen faktischen Situationen gelangt der IGH zu der Auffassung, daß

alle drei Teile aus rechtlicher Sicht als territoriale Einheit Palästinas zu behandeln sind, denn in allen drei Gebietsteilen übt Israel die effektive Kontrolle aus. Das gilt auch für den Gazastreifen, über den Israel seit 2005 letztlich stets die volle Herrschaft hatte. Daraus ergeben sich für Israel eine Reihe völkerrechtlicher Verpflichtungen, insbesondere aus dem Kriegsrecht.
In zeitlicher Hinsicht erstreckt sich die Untersuchung von 1967, als die Besatzung nach dem Sechstagekrieg begann, bis zur Verabschiedung der UN-Resolution vom 30. Dezember 2022, in der der Antrag auf Erstellung des Gutachtens erging. Die Ereignisse seit dem 7. Oktober 2023 bleiben deshalb hier unberücksichtigt.
Hiermit befaßt sich der IGH gesondert in einem von Südafrika am 29. Dezember 2023 initiierten Klageverfahren wegen des Genozidvorwurfs gegenüber Israel. In diesem Rahmen sind bereits mehrere Eilentscheidungen ergangen. Darüber hinaus hat der Chefankläger des ebenfalls in Den Haag ansässigen Weltstrafgerichtshofs Haftbefehle wegen des Vorwurfs der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowohl gegen den israelischen Ministerpräsidenten und seinen Verteidigungsminister als auch gegen Führungspersonen der Hamas beantragt.
Im Gutachten stellt der IGH klar, daß die seit 57 Jahren anhaltende Besatzung palästinensischen Territoriums durch Israel in keiner Weise den Rechtsstatus der Okkupation nach Kriegsrecht ändert und damit auch die diesbezüglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels weiterhin gelten. Denn normalerweise ist die Okkupation nur für eine zeitlich begrenzte Situation zur militärischen Überwindung eines Machtvakuums gedacht. Mithin kann Israel aus dem langen Zeitraum der Okkupation keine Sonderrechte ableiten, etwa unter Berufung auf eine normative Kraft des Faktischen. Daran erinnern im übrigen alle einschlägigen seit 1967 verabschiedeten UN-Resolutionen, indem sie durchgehend die Bezeichnung "Israel the occupying power" verwenden.
Daraus folgt vor allem, daß das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser zu respektieren und eine Annexion, das heißt die Aneignung palästinensischen Territoriums rechtlich verboten ist. Das Annexionsverbot sieht das Gericht in weiten Teilen als verletzt an, insbesondere durch die Errichtung der Siedlungen seitens israelischer Bürger auf palästinensischem Gebiet und die in diesem Zusammenhang geschaffene Infrastruktur.
Dazu zählen der auf palästinensischem Gebiet erfolgte Mauerbau und die Ausbeutung palästinensischer Naturressourcen ebenso wie die im Widerspruch zur UN-Gründungsresolution und Resolutionen des UN-Sicherheitsrates von 1967 und 1973 stehende Proklamation ganz Jerusalems zur "ewigen Hauptstadt" Israels.
Auch die umfassende Anwendung israelischen Rechts in Ost-Jerusalem und seine zunehmende Geltungserstreckung auf die Westbank wäre an dieser Stelle zu nennen. So hat Israel - nach Auffassung des Gerichts - durch seine Politik irreversible Fakten schaffen wollen, die auf die Einverleibung palästinensischer Gebiete in den israelischen Hoheitsbereich hinauslaufen. Damit hat das Land gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot verstoßen, das den gewaltsamen Erwerb fremden Territoriums zwingend untersagt.
In bezug auf die Siedlungspolitik wird im Gutachten dargelegt, daß Israel die Ansiedlung eigener Staatsbürger im Besatzungsgebiet weder erlauben noch durch Anreize fördern darf. Folglich ist die Umsiedlung von Israelis in die Westbank und nach Ost-Jerusalem sowie die staatliche Unterstützung zum Verbleib der Siedler ein Verstoß gegen das Genfer Abkommen zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1949.
Die mit der Umsiedlung verbundene Enteignung oder Beschlagnahme palästinensischer Grundstücke zugunsten israelischer Siedler verletzen die Haager Landkriegsordnung ebenso wie die bevorzugte Nutzung der dortigen Wasserreserven. Die großangelegte Enteignung von Ländereien und die Verweigerung des Zugangs zu den Naturressourcen beraubt die palästinensische Bevölkerung ihrer Lebensgrundlagen. Das hat deren Vertreibung zur Folge, die zu-

dem oft noch durch Maßnahmen des israelischen Militärs forciert wird. Dies wird ebenfalls als Verstoß gegen das Genfer Abkommen gewertet.
Darüber hinaus stellen die Richter fest, daß es Israel entgegen seiner Verpflichtung als Besatzungsmacht unterläßt, gegen die von Siedlern ausgehende Gewalt gegen Palästinenser vorzugehen. Das Gericht verfolgt deshalb "mit großer Sorge" Berichte, wonach die israelische Siedlungspolitik seit seinem Gutachten von 2004 über die israelische Mauer erheblich ausgeweitet worden ist. Denn die mit der Besiedlung verbundene Fragmentierung innerhalb der Westbank erschwert die Bildung des Staates Palästina zusätzlich.
Die israelische Gesetzgebung sowie die darauf fußenden Maßnahmen im besetzten palästinensischen Gebiet führten zu einer deutlich schlechteren Behandlung von Palästinensern im Verhältnis zu Israelis. Das Regime der den Palästinensern auferlegten Restriktionen begründe eine systematische Diskriminierung aufgrund der Religion und ethnischen Herkunft.
Damit werden nach Auffassung des Gerichts mehrere Bestimmungen der beiden UN-Menschenrechtskonventionen von 1966 verletzt. Und weil die betreffenden Gesetze und Maßnahmen auf die Beibehaltung einer nahezu kompletten Trennung zwischen Siedlern und Palästinensern zielt, sei dies zugleich als Verletzung des Apartheidverbots der Antirassismuskonvention von 1966 zu werten.
Schließlich gelangt der IGH zu dem Gesamtergebnis, daß die Politik Israels, vor allem die Rechtswidrigkeit seiner fortgesetzten Präsenz in den okkupierten Gebieten eine grobe Verletzung des Völkerrechts ist und somit die völkerrechtliche Verantwortlichkeit nach sich zieht.
Demzufolge verlangt das Gericht von Israel erstens die baldmögliche Beendigung der Präsenz auf palästinensischem Territorium und, zweitens die sofortige Einstellung aller Siedlungstätigkeit. Drittens fordert es die Aufhebung aller Gesetze und Maßnahmen mit diskriminierendem Inhalt und mit dem Ziel der demographischen Veränderung in Palästina und viertens die Wiedergutmachung der Schäden, die durch Unrechtsakte entstanden sind.
Diese Restitution beinhaltet z.B. die Rückgabe der Ländereien sowie sonstigen Vermögens, das seit 1967 widerrechtlich weggenommen wurde. Erforderlich ist somit auch die Rückführung aller Siedler aus den palästinensischen Gebieten sowie die Rückkehr für die seit 1967 von ihren Grundstücken vertriebenen Palästinenser.
Als Rechtsfolgen für alle anderen Staaten sowie für die Uno und die anderen internationalen Organisationen benennt der IGH deren völkerrechtliche Pflicht zur Nichtanerkennung der durch Israel herbeigeführten Lage in Palästina. Vor allem soll nichts unternommen werden, was diesen Zustand noch festigen könnte. Zudem dürfen die von der Uno bisher festgelegten Maßnahmen zur Beendigung dieses Unrecht nicht unterlaufen werden.
Einen besonders hohen Stellenwert hat nach Überzeugung des Gerichts dabei die Verpflichtung aller Staaten zur Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und des Verbots des gewaltsamen Gebietserwerbs. Speziell der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat komme die Aufgabe zu, Entscheidungen zur Beendigung der Lage in den palästinensischen Territorien zu treffen.
Dieser Aufforderung ist die UN-Generalversammlung umgehend nachgekommen, indem sie bereits am 13. Oktober auf einer Sondertagung eine Resolution verabschiedet hat. Darin drückt sie ihre volle Zustimmung zum Gutachten des IGH aus und erklärt die darin enthaltenen Feststellungen zu Forderungen einer Mehrheit der UN-Mitgliedstaaten selbst. Dabei werden einzelne der im Gutachten formulierten Punkte in der Resolution konkretisiert.
So soll Israel die Okkupation der palästinensischen Gebiete nicht nur - wie im Gutachten ausgeführt - baldmöglichst beenden, sondern bereits innerhalb der nächsten zwölf Monate. Das mit der Stimmenthaltung Deutschlands angenommene UN-Dokument ist zwar rechtlich nicht bindend. Es ist aber - gestützt auf die Autorität des Rechtsgutachtens - von wegweisender politischer Bedeutung, denn es enthält die Eckpunkte für eine Nahost-Friedenslösung.

Der IGH hat in seinem Gutachten in überzeugender Weise die Rechtslage in den besetzten palästinensischen Gebieten dargelegt. Er hat deutlich gemacht, daß der eherne römische Rechtsgrundsatz, daß aus Unrecht kein Recht werden darf, auch im Völkerrecht gilt. Das heißt, daß Israel keinen Nutzen aus der rechtswidrigen Politik der vergangenen Jahrzehnte ziehen darf. Nach dem Gutachten dürfte es künftig noch schwerer fallen, Kritik an völkerrechtswidrigen Akten des Staates Israel einfach mit dem Vorwurf des Antisemitismus zurückzuweisen.
Jetzt wird von Israel eine Umkehr seiner Politik erwartet. Nur so wird sich Israel aus seiner zumeist selbstverschuldeten internationalen Isolierung wieder befreien können. Wie jeder andere Staat hat auch Israel freilich ein Existenzrecht, und zwar in den Grenzen, die bis zum Sechstagekrieg von 1967 galten.
Dies haben auch die palästinensischen Organisationen und Nachbarstaaten zu akzeptieren. Sie haben Angriffe auf die territoriale Integrität Israels zu unterlassen. Und Israel hat das Recht auf Selbstverteidigung bei Verletzungen seiner Souveränität, allerdings unter Beachtung des völkerrechtlichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.
Die offensichtliche Mißachtung dieses Prinzips seitens Israels hat - wie die jüngsten Beispiele der israelischen Invasion in Gaza und Libanon zeigen - in der Vergangenheit wiederholt zu gefährlichen Situationen für den Weltfrieden geführt.
Es ist höchste Zeit, diesen tödlichen Kreislauf durch die Aufnahme umfassender Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer Zweistaatenlösung zu durchbrechen. Das IGH-Gutachten bietet einen soliden Leitfaden dafür.
Prof. Dr. Gerd Seidel, Jahrgang 1943, Rechtswissenschaftler, war von 1983 bis 2008 Professor für Völkerrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1996 schrieb er mit dem "Handbuch der Grund- und Menschenrechte" ein Standardwerk seines Fachgebiets.<<
China: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/24" berichtet am 1. November 2024 (x1.425/…): >>**Nichts weniger als die Weltherrschaft**
Der Sozialwissenschaftler Elmar Nass untersucht anhand der Parteidoktrin die Strategie des chinesischen Staatslenkers Xi Jinping
Albrecht Rothacher
Hätte nur jemand damals "Mein Kampf" gelesen. Der chinesische Diktator auf Lebenszeit Xi Jinping macht es noch schwerer. Seit 2014 ließ er vier Bände von insgesamt 2.800 Seiten seiner von Banalitäten und moralischen Parolen triefenden, wohlklingenden Gemeinplätze als neue verbindliche Parteidoktrin der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) veröffentlichen. Elmar Nass, Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Kölner Hochschule für Katholische Theologie, hat sich der bewundernswerten Mühe unterzogen, diese für uns zu exzerpieren und zu kondensieren. Und siehe da, die Einsichten sind ebenso erschütternd wie eindeutig.
Chinas Wohl ist der Schlüssel zum Wohl der ganzen Welt
Xi Jinping sieht sich in der Tradition sowohl des Marxismus-Leninismus, der Gedanken Mao Tse-tungs, des Reformators Deng Xiaoping sowie des tradierten Konfuzianismus. Genug der Verwirrung. Er bejaht den Parteiphilosophen Chen Yun: Die Chinesen und ihre Wirtschaft sind Vögel im großzügig bemessenen, von der Partei kontrollierten, edel gestalteten Käfig, in dem sie frei und gesund herumfliegen, sich aber keinesfalls nach außen verirren dürfen.
Laut Xi ist China der Staat der demokratischen Diktatur des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse. Volks- und Parteiwille sind demnach identisch und legitimieren die Macht der Partei über die Wirtschaft, Bildung, Religion, Kunst, Wissenschaft, die Medien, das Militär und die Justiz. Es gilt der Marx-Engelsche historische Materialismus mit seinen wissenschaftlichen und atheistischen Gesetzmäßigkeiten, dank dessen Einsichten nur die unfehlbare KPCh im Einparteienstaat den Volkswillen repräsentieren kann. Wobei sie ohne Dogmatismus im

Sinne des Sino-Marxismus für Weiterentwicklungen für den einzig möglichen Weg zur Erfüllung des großen chinesischen Traumes offen bleibt.
Dieser besteht im Wiederaufleben der chinesischen Nation als Befreiung aus den Traumata der vergangenen Demütigungen der letzten beiden Jahrhunderte und soll 2049 mit der Hundertjahrfeier der Volksrepublik in der "Vollendung des Aufbaus eines wohlhabenden, mächtigen, demokratischen, zivilisierten und harmonischen sozialistischen Landes" kulminieren. Das Endziel "harmonisch" soll als eine klassenlose Gesellschaft und damit höchste und letzte Stufe der menschlichen Entwicklung gelten. Für dieses Ziel ist jedes Mitglied des Kollektivs aufgerufen, sich loyal und mit ganzer Kraft opferbereit einzusetzen und seine Seele als Patriot der Parteilinie und ihrem Führer zu schenken.
Chinas Wohl ist dabei auch der Schlüssel zum Wohl der ganzen Welt. Wirtschaftliche Voraussetzung ist seine Autarkie, seine Unabhängigkeit in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht, einschließlich der Versorgung mit Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen, um weltweit umfassend führend zu werden. Angesichts der Überlegenheit des chinesischen Weges gegenüber anderen Nationen und Wirtschaftsordnungen können alle Einmischungen von außen, seien sie vom kapitalistischen Westen oder dem Regelwerk der Uno, zurückzuweisen.
In jener Pax Sinica, die in der neuen Seidenstraßen-Initiative abhängige autoritär regierte Partner unterwirft und in Gestalt der BRICS+ als Gegeninitiative zum US-dominierten Westen zu organisieren sucht, versucht die KPCh durch den Vorrang der eigenen Werte die Menschheitsprobleme zu lösen.
Sie braucht dabei nicht wie zu Maos Zeiten in marxistischer Tradition eine Weltrevolution (die damals von Vietnam, Kambodscha, Malaysia, Indonesien und Indien bis Mosambik und Angola instigiert wurde), sondern sucht Vasallen, die sich wie einst vom chinesischen Kaiser belehren und anleiten lassen. Wobei chinesische Interessen immer Vorrang haben und zur Not auch wie aktuell bei Gebietsansprüchen gegenüber Nachbarstaaten auch militärische Zwangsmaßnahmen eingesetzt werden, "um Feindschaft in Freundschaft umzuwandeln".
Xi selbst stilisiert sich als überragender Führer von Staat und Partei, um die nötigen ideologischen und politischen Säuberungen zu organisieren. Dabei hat das Volk loyal zur Partei zu sein, die Partei zum ZK, und das ZK zu ihm. In der Nachfolge Maos und Dengs sieht er sich als wohlmeinender Diktator, der den gesunden Willen von Partei und Volk verkörpert.
Die Feinde der Partei, die immer recht hat, hält er für unpatriotisch und ungesund und nennt sie eine Schande, Schmutz, Abschaum, Parasiten und Viren, die identifiziert und ausgemerzt werden müssen. Das Volk muß moralisch zur sozialistischen Tugend statt zum Individualismus und Nihilismus erzogen werden, weswegen auch der Import falscher Ideen kontrolliert werden und auch die Religion patriotisch orientiert sein muß, einschließlich der der Partei untergeordneten katholischen Nationalkirche.
Von der von Parteikadern in jedem Betrieb unter Aufsicht gestellten Marktwirtschaft sind keine liberalisierenden Auswirkungen erlaubt. Sie gilt nur als Instrument für patriotische, das heißt sino-marxistische Zwecke. Auch die Uno-Menschenrechts-Charta wird von Xi nicht als Individualrecht, sondern als Recht im Dienst des Kollektivs, als Recht auf gesellschaftliche Entwicklung, interpretiert. Entsprechend gibt es keine Gewaltenteilung. Die Justiz muß patriotisch sein, denn die Partei, die dem Volkswillen entspricht, ist die unangefochtene Moralinstanz, vor der sich der Mensch zu verantworten hat.
Die politischen Entscheidungen fallen entsprechend zentralistisch, schnell und ohne Einmischungen. Deshalb natürlich oft in ideologischer Verblendung ohne den nötigen Sachverstand - wie in den aktuellen Überkapazitäten der Bau- und Stahlindustrie, der Solar- und E-Autobranche und der Fehlallokation von Staatsbankkrediten im In- und Ausland sichtbar.

Xis Ideologie ist nicht frei von Widersprüchen

Das Ziel von Xi ist es laut Nass, die Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch, mit einem hegemonialen Führungsanspruch marxistisch zu sinisieren. Dies erfolgt durch die Zersetzung und Einschüchterung von wirtschaftlichen Konkurrenten und politischen Gegnern (stets in bilateralen Verhandlungen, in denen China stärker ist), Zurückdrängung westlicher Unternehmen aus dem chinesischen Markt und Übernahme der weltweiten Macht bei Spitzentechnologien durch staatlich gelenkte chinesische Konzerne.

Soweit die stringente Blaupause als im Klartext lesbare Strategie der Xi-Diktatur. Westliche Illusionen des "Wandels durch Handel" und die von Kanzlerin Angela Merkel reichlich naive, noch bis 2021 verfochtene "umfassende strategische Partnerschaft" mit China, sollte damit hinfällig sein.

Doch ist Xis Ideologie, wie Nass überzeugend darlegt, nicht widerspruchsfrei. Der Versuch seiner Synthese des Marxismus-Leninismus mit dem während der Kulturrevolution verfemten Konfuzianismus, einer Tugendlehre, die auf soziale Harmonie im Kreislauf zum Erhalt einer 5.000 Jahre alten Zivilisation abzielt, stößt sich an der marxistischen Dialektik des Klassenkampfes, die eine fundamental neue Gesellschaftsordnung herstellen soll.

Der proletarische Internationalismus mit der Gleichheit aller Völker steht im Widerspruch zu Xis Betonung der Überlegenheit eines hegemonial angelegten chinesischen Models und seiner nationalistischen Identität. Nicht zuletzt sind da auch die Geschichtslügen des Regimes, das die eigene Kolonialgeschichte gegenüber allen umliegenden Völkerschaften: Koreanern, Vietnamesen, Manchus, Mongolen, Tibetern, Kasachen, oder Uiguren ignoriert und sich stets nur in einer Opferrolle darstellt.

Wie also sollte eine Gegenstrategie aussehen? Hier bleibt Nass als Ethiker sehr idealistisch, indem er die Xi-Ideologie anhand des abendländischen Menschenbildes der individuellen Personalität und seiner Verantwortung kritisiert. Die Pflicht zur Wahrhaftigkeit und Vertragstreue sowie die Toleranz pluraler Meinungen mit Kompromissen und Minderheitenrechten sei eher ein Gegenkonzept zum Menschen- und Gesellschaftsbild der KPCh und ihrer Rückbesinnung auf die eigene Kultur, ihre identitätsstiftende Kontexte wie Heimat, Religion und Familie und ihre ethische Fundierung.

Sodann sollten Alternativen zum Seidenstraßen-Konzept Chinas entwickelt werden - effizienter hoffentlich als das bislang verunglückte "Global Gateway" Potpourri der EU-Kommission. Und schließlich die Stärkung der westlichen Allianz, der Abwehr ihrer Zersetzungsversuche und der Rückendeckung für Taiwan als der erfolgreicheren demokratischen Alternative zur hegemonialen Despotie des Festlandes.

Der sehr instruktive Band von Elmar Nass trennt dankenswerterweise erstmalig in der überbordenden staatschinesischen Propaganda stringent die Spreu vom Weizen. Allerdings, dies sei als Fußnote angemerkt, ist die Lesefreude durch die Neigung des Autors zu umständlichen langatmigen Einleitungen und häufige didaktische Wiederholungen etwas eingetrübt.

Elmar Nass: Der globale Puppen-spieler. Die Vision von Xi Jinping und eine Antwort der Freiheit. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 2024, broschiert, 224 Seiten …<<

02.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. November 2024 (x1.420/…):

>>**BKA-Papier: Jede Stunde mindestens ein Sexualverbrechen durch Asyl-Migranten**

Immer wieder sorgen von Asyl-Migranten begangene Vergewaltigungen für Schlagzeilen. Laut BKA passiert mindestens jede Stunde ein Sexualverbrechen durch tatverdächtige sogenannte Flüchtlinge. Experten gehen allerdings von einer noch hinzukommenden hohen Dunkelziffer aus.

Das Bundeskriminalamt (BKA) bestätigt im kürzlich veröffentlichten Lagebild zur "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2023", daß tatsächlich überdurchschnittlich viele soge-

nannte Flüchtlinge Straftaten verüben. Tendenz: steigend!
Auffällig ist die Zunahme vor allem bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung, sexuelle Belästigung bzw. Nötigung): Die Fälle mit tatverdächtigen Asyl-Migranten stiegen 2023 um 16,5 Prozent von 7.554 auf 8.800 Straftaten. Statistisch bedeutet das mindestens ein Delikt pro Stunde.
Die meisten Verdächtigen kamen aus Syrien (2.099), Afghanistan (1.234), dem Irak (968) und der Ukraine (511). Es folgen Zuwanderer aus Eritrea, der Türkei, Somalia und dem Iran.
Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 stieg die Zahl der Sexualstraftaten mit Migrationsbezug sogar um 51,7 Prozent!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. November 2024 (x1.420/…): >>**Deutschlands Autoindustrie geht am E-Autowahn zugrunde - Antwort der Gewerkschaften: Noch mehr E-Autos!**
Daß die deutschen Gewerkschaften schon lange keine Interessenvertretung mehr der Arbeitnehmer sondern eine Vorfeldorganisation linksgrüner Ideologen sind, stellt einmal mehr die IG-Metall mitten in der Existenzkrise des Volkswagen-Konzerns unter Beweis. Gewerkschaftschefin Christiane Benner fordert angesichts der Erschütterungen der gesamten Automobilbranche in Deutschland allen Ernstes, die "Rahmenbedingungen für Elektroautos" weiter zu verbessern.
Aus ihrer Sicht brauche es finanzierbare E-Autos, günstigen Ladestrom und mehr Batterienforschung, sagte Benner in dieser Woche dem Morgenmagazin von ARD und ZDF. Die Politik sollte daher durch steuerliche Vergünstigungen E-Autos, die auch so kaum noch jemand haben will, "erschwinglich" machen.
Laut Funke-Mediengruppe bekräftigte die IG Metall-Vorsitzende: "Die Politik muß daher jetzt nachlegen und mehr tun, um die notwendigen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen für den Hochlauf der Elektromobilität zu schaffen."
Wes Geistes Kind die studierte Soziologin Benner ist, wird auch daran deutlich, daß diese Linksideologin in der AfD eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft und die "sozial ökologische Wende" sieht!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. November 2024 (x1.420/…): >>**130 Asyl-Migranten auf 280-Einwohner: "Wer garantiert die Sicherheit unserer Kinder?"**
In der oberbayerischen Gemeinde Dietramszell (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen) regt sich Widerstand gegen den Bau eines Containerdorfs für 130 Asyl-Migranten. Wie der "Münchener Merkur" berichtet, drehte sich eine Bürgerversammlung dieser Tage um die Errichtung einer Wohnanlage im Ortsteil Bairawies.
"Fast 130 Flüchtlinge auf 280 Einwohner - das macht unser Dorf kaputt", sagte Wolfgang Köster, der Initiator einer Anwohner-Initiative gegen das geplante Containerdorf. Ein anderer sorgte sich: "Wer garantiert für die Sicherheit unserer Kinder?"
Rund 150 Bürger nahmen an einer Diskussionsrunde im örtlichen Gasthof teil. Landrat Josef Niedermaier (Freie Wähler) räumte ein, das Landratsamt als untere Staatsbehörde müsse jeden Monat 100 neue Asylsuchende unterbringen. "Die Planungshoheit der Gemeinde ist damit faktisch aushebelt", gab Niedermaier zu.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 2. November 2024 (x1.420/…): >>**Energiewende-Irrsinn: Mehr Strom im Oktober aus Kohle als aus Sonne und Wind zusammen!**
Die sogenannte Energiewende soll Deutschland "klimaneutral" machen - von wegen: Ein Blick allein auf den Monat Oktober zeigt, wie sehr Deutschland auf Kohle-, Gas- und Öl-Kraftwerke sowie auf Strom-Importe aus dem Ausland angewiesen ist.
Wenig Wind und teures Gas haben dazu geführt, daß Deutschland zu Herbstbeginn riesige

Mengen an Kohlestrom erzeugen mußte. Im Oktober haben fossile Brennstoffe nach Berechnungen von Energie-Experten mehr als 45 Prozent des in Deutschland erzeugten Stroms geliefert. Knapp 30 Prozent stammten allein aus Kohlekraftwerken. Braun- und Steinkohle-Kraftwerke haben damit mehr Strom produziert als Sonne und Wind zusammen, wie aus den "Energy-Charts" des Fraunhofer-Instituts hervorgeht.
Hauptgründe: Windräder an Land und auf dem Meer erzeugten wegen Flaute deutlich weniger Energie als im Vorjahreszeitraum. Außerdem ist Erdgas vor dem Hintergrund der Nahost-Krise in den vergangenen Wochen merklich teurer geworden (Gaskunden droht ein neuer Preisschock). Folge: Der Gaspreis ist wieder so hoch, daß selbst ältere Kohlekraftwerke rentabler arbeiten als Gaskraftwerke mit den neuesten und effizientesten Gasturbinen!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 2. November 2024 (x1.421/…):
>>**BKA-Statistik: 25 Sexualstraftaten am Tag durch Flüchtlinge**
Das Bundeskriminalamt hat in ihrem Lagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2023" schockierende Zahlen publik gemacht. So verübten Zuwanderer 2023 täglich 25 Sexualverbrechen.
Von *Redaktion*
Das im Oktober vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichte Lagebild "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" für das Jahr 2023 offenbart erschreckende Kriminalitätsstatistiken. So zeigt das über 50-seitige Lagebild detailliert, wie viele Straftaten, welche Art von Delikten und welche Herkunftsländer die Täter innerhalb des vergangenen Jahres von den Polizeibeamten registriert wurden. Die bittere Wahrheit: Die Zahl der kriminellen Flüchtlinge in Deutschland wächst.
So ist laut der BKA-Statistik im Jahr 2023 die Anzahl von tatverdächtigen Flüchtlingen im Bereich der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) um 25,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Waren es 2022 142.721 tatverdächtige Flüchtlinge, verzeichnete das BKA für 2023 178.581 tatverdächtige Migranten. Diese Tendenz entspricht damit der des Vorjahres - die Zahl steigt also Jahr für Jahr.
Ebenfalls bezeichnend: Über die Hälfte der Tatverdächtigen waren dabei unter 30 Jahre alt, und über drei Viertel waren männlich. Der Anteil der ukrainischen Flüchtlinge, die derzeit mit 33,1 Prozent den größten Teil der in Deutschland lebenden Flüchtlinge darstellen, an den tatverdächtigen Migranten (11,6 Prozent) lag dabei sehr weit unter ihrem Anteil an den in Deutschland lebenden Flüchtlingen. Bei den Migranten aus den Maghreb-Staaten (Algerien, Marokko, Tunesien) ist es dagegen konträr - sie sind in der Kriminalitätsstatistik stark überrepräsentiert. So war der Anteil der tatverdächtigen Migranten aus Maghreb-Staaten mit insgesamt 8,9 Prozent deutlich überrepräsentiert.
Ebenfalls schockierend: Annähernd ein Drittel der tatverdächtigen Migranten war "mehrfachtatverdächtig" - es handelt sich also um Intensivtäter. Auch dabei stellen Migranten aus den Maghreb-Staaten sowie Libyen einen besonders hohen Anteil dar.
Jeden Tag 25 Sexualverbrechen
Besonders schockierend ist der Anstieg an Delikten der schwersten Form. So ist die Zunahme bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (Vergewaltigung, sexuelle Belästigung bzw. Nötigung) durch Migranten im Jahr 2023 besonders angestiegen. 8.800 Sexualdelikte zählte das BKA mit einem tatverdächtigen Migranten. In anderen Worten: Jeden Tag verüben Zuwanderer 25 Sexualverbrechen. Im Vergleich zu 2019 ist die Zahl der Sexualstraftaten durch Flüchtlinge damit um 51,7 Prozent gestiegen.
Die am stärksten repräsentierten Herkunftsländer sind dabei Syrien (2.099 Tatverdächtige), Afghanistan (1.234 Tatverdächtige), Irak (968 Tatverdächtige), erst dann folgt die Ukraine (511 Tatverdächtige). Es folgen Migranten aus Eritrea, der Türkei, Somalia und dem Iran.
Auch bei Straftaten gegen das Leben ist die Tendenz klar steigend. Im Jahr 2023 wurden 348

Fälle von Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Migrant als tatverdächtig ermittelt wurde (+ 4,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr mit 332 Fällen). In 64 Fällen wurde das Tötungsdelikt vollendet.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. November 2024 (x1.422/…): >>**Verfassungsrichterin: Corona-Entscheidungen waren absolut richtig**

Die Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Doris König, hat die Urteile des Gerichts zu den Corona-Maßnahmen verteidigt. Der "Rheinischen Post" sagte sie, daß sie die Corona-Rechtsprechung "absolut für richtig gehalten" habe. "In einer Zeit großer wissenschaftlicher Unsicherheit der Regierung einen großen Gestaltungsspielraum zu lassen, das halte ich für richtig", sagte sie. Niemand habe damals gewußt, was richtig und was falsch war.

Es sei nicht Aufgabe des Gerichts, nach Gefühl Recht zu sprechen. Es sei Aufgabe der Politik, die durch die Corona-Maßnahmen zum Teil bei Bürgern entstandenen Wunden zu heilen. "Man sollte sich schon überlegen, wie man mit dem Thema umgeht, weil es noch immer gärt", sagte sie. Gleichzeitig sieht König keine Einschränkungen der Meinungsfreiheit in Deutschland. Es sei eine subjektive Wahrnehmung, daß man gar nichts mehr sagen könne, die durch ständige Wiederholung weitertransportiert werde. König sagte dazu: "Ich möchte schon darauf hinweisen, daß dies aus rechtlicher Perspektive nicht zutrifft."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 2. November 2024 (x1.422/…): >>**Union will Stromsteuern senken und Netzentgelte halbieren**

Die CDU/CSU will unmittelbar nach einer möglichen Übernahme der Regierungsverantwortung im Bund die Energiekosten in Deutschland deutlich senken. Das kündigte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Jens Spahn, in der "Welt am Sonntag" an. "Wir wollen eine spürbare Entlastung von Bürgern und Unternehmen von den Energiepreisen bereits in den ersten 100 Tagen erreichen", sagte Spahn. "Das wird über die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und die Halbierung der Netzentgelte geschehen."

Am kommenden Dienstag will die Fraktion ihr energiepolitisches Programm unter dem Namen "Neue Energie-Agenda für Deutschland" beschließen. Die Netzentgelte sind nach der Strombeschaffung der zweitgrößte Posten auf der Energierechnung privater Haushalte. Nach der jüngsten Strompreis-Analyse des Bundesverbandes der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zahlt ein Haushalt mit einem durchschnittlichen Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden im Jahr Netzentgelte von 11,53 Cent pro Kilowattstunde.

"Allein beim Netzausbau lassen sich durch vernünftige Prioritätensetzung zig Milliarden Euro sparen", sagte Spahn. Das europäische Mindestmaß für die Stromsteuer liegt bei 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Aktuell beträgt sie 2,05 Cent pro Kilowattstunde. Das 13-seitige energiepolitische Programm der Union beruht vor allem auf Vorarbeiten von Fraktionsvize Jens Spahn und dem energie- und klimapolitischen Sprecher der Fraktion, Andreas Jung. Die deutschen CO2-Sparziele sollen demnach nicht aufgeweicht werden.

"Wir stehen zu den Klimazielen, das ist etwas Konservatives", sagte Jung. "Aber anders als bei den Grünen gehören bei uns die Fragen von sozialer Tragfähigkeit und wirtschaftlicher Bezahlbarkeit mit zum Begriff der Nachhaltigkeit." Die Ampelkoalition habe "beim Klimaschutz mit ihrer Überregulierung den falschen Weg eingeschlagen", sagte Jung. "Der muß korrigiert werden, nicht das Klimaziel." "Wir werden die Hebel entschieden umlegen, um Wirtschaft und Klima zusammenzubringen: Potentiale aller erneuerbarer Energien nutzen, Offenheit für alle Farben beim Wasserstoff, Pragmatismus bei CO2-Abscheidung" kündigte Jung an. "Nur mit Technologieführerschaft werden wir unsere Klimaziele erreichen und die international notwendigen Anstöße geben können."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. November 2024 (x1.417/…): >>**Wegen SS-Opa: Hetzjagd auf Weidel**

Von *Daniell Pföhringer*

Man hat in der Familiengeschichte von Alice Weidel gegraben - und einen NS-belasteten Großvater gefunden. Grund genug für den Mainstream, eine neue Kampagne gegen die AfD-Chefin zu starten. …

Es rauscht im Blätterwald: Die Welt am Sonntag will herausgefunden haben, daß der Großvater von Alice Weidel, der Jurist Hans Weidel (1903-1985), im Dritten Reich nicht nur Mitläufer war, sondern Karriere gemacht hat. Der Spiegel faßt die Recherchen des Springer-Blattes zusammen:

"Der NSDAP war Hans Weidel 1932 beigetreten, kandidierte im März 1933 als Stadtverordneter und wurde laut der Recherchen 'Fraktionsführer der NSDAP'. Mitglied der SS war Weidel ausweislich von Dokumenten ab Januar 1933. Zugleich stieg er zum Kreisgruppenführer des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes auf. Dieser verstand sich als 'Hüter und Wahrer von völkischen Lebensgesetzen' und propagierte den 'Kampf gegen das Judentum im Recht'. Insgesamt gehörte Weidel zehn verschiedenen NS-Organisationen an."

Seine Beförderung zum Oberstabsrichter im Jahr 1944 soll laut Welt am Sonntag über das Führerhauptquartier gelaufen sein, gezeichnet von Adolf Hitler höchstpersönlich. Dieser war oberster Gerichtsherr der Militärjustiz. Die ihm unterstellten Richter sollen laut Forschungsergebnissen der Historikerin Claudia Bade etwa 50.000 Todesurteile verhängt haben, von denen 20.000 auch vollstreckt worden seien.

Gegen Hans Weidel wurde laut den Recherchen zwar nach dem Zweiten Weltkrieg ermittelt - 1948 sowie 1977 und 1979 -, alle Verfahren seien jedoch im Sande verlaufen, heißt es in dem Bericht der Welt am Sonntag "Unstrittig ist indes", schreibt das Blatt, "daß Weidel miterlebte, wie sein jüdischer Anwaltskollege Walther Zweig schikaniert und mit Berufsverbot belegt wurde".

Und weiter: "Um dem KZ zu entgehen, flüchtete dieser 1938 mit seiner Familie ins Exil nach Afrika. Seine Tochter, Stefanie Zweig, wurde sehr viel später weltberühmt. Die Verfilmung ihres autobiografischen Bestsellers ‚Nirgendwo in Afrika' erhielt sogar einen Oscar."

Weidel überrumpelt

Alice Weidel ließ gegenüber den Welt-Journalisten durch einen Sprecher erklären, sie habe von der Karriere ihres Großvaters im Dritten Reich nichts gewußt: "Aufgrund familiärer Dissonanzen, gab es weder Kontakt zum Großvater, der bereits im Jahr 1985 starb, noch war er Gesprächsthema in der Familie." Den Vorwurf, die AfD würde die NS-Zeit ausblenden oder verharmlosen, wies Weidel, die beim Tod ihres Opas sechs Jahre alt war, zurück.

Dies hielt die Springer-Journalisten nicht davon ab, auch Weidels Vater in die Sache hineinzuziehen. Auf der Website der Welt kann man lesen:

"Die Brückenfigur zwischen Opa und Enkelin ist ihr Vater: Gerhard Weidel. Im Januar 1939 in Oberschlesien geboren, mit sechs die Flucht nach Ostwestfalen. Dort kommen seine drei Kinder zur Welt. Dort gründet Alice Weidels Vater 1972 eine Handelsvertretung für Büromöbel. Um 2000 ziehen er und seine Frau ins idyllische Überlingen am Bodensee.

Der Vater ist nicht nur eine private Brückenfigur der Generationen, er ist auch eine politische. Wie seine Tochter wird Gerhard Weidel früh Mitglied der AfD, im Februar 2014, mit 75 Jahren, und übernimmt zeitweise den Vorsitz des Kreisverbandes Bodensee. Vater und Tochter treten für die AfD in Gasthäusern oder an Infoständen auf - die Tochter bereits als Mitglied des Bundesvorstands und Vorsitzende der Bundesprogrammkommission der Partei."

Immerhin räumt die Welt am Sonntag ein: "Familiengeschichten wie diese gibt es viele in Deutschland." Oberlehrerhaft fährt sie dann aber fort: "Von Interesse ist der Umgang mit ihnen. Vor allem dann, wenn es sich um eine so exponierte Politikerin wie Alice Weidel han-

delt. Sie ist designierte Kanzlerkandidatin einer Partei, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft ist." Was das eine mit dem anderen zu tun haben soll, bleibt das Geheimnis der journalistischen Wühlmäuse.

Déjà-vu-Erlebnis

Die Kampagne gegen Weidel ähnelt jener gegen ihren Parteifreund Maximilian Krah im Mai dieses Jahres. Damals wurde der AfD-Politiker von der italienischen Tageszeitung La Repubblica gefragt: "Sie haben gesagt, die Deutschen sollten stolz auf ihre Vorfahren sein. Auch wenn es SS-Offiziere waren?" Krah sagte daraufhin, es käme darauf an, was sie getan hätten. Doch der Reporter ließ nicht locker: "Die SS-Leute waren Kriegsverbrecher."

Daraufhin sagte Krah Folgendes: "Man muß die Fehler individuell bewerten. Am Ende des Krieges gab es fast eine Million SS-Angehörige, auch Günter Grass war in der Waffen-SS. Die Verwandten meiner Frau waren Deutsche, die in Ungarn lebten. Sie hatten die Wahl, sich bei der ungarischen Armee oder bei der SS zu melden. Hätten sie sich als Deutsche zur ungarischen Armee gemeldet, so wußten sie aus dem Ersten Weltkrieg, wäre das ein Todesurteil gewesen."

Und weiter: "Unter den 900.000 SS-Leuten waren auch viele Bauern: Es gab sicherlich einen hohen Prozentsatz an Kriminellen, aber nicht alle waren kriminell. Ich werde nie sagen, daß jeder, der eine SS-Uniform trug, automatisch ein Verbrecher war."

Eine solche Aussage hatten vor Krah schon bundesdeutsche Größen wie Konrad Adenauer oder Franz Josef Strauß getätigt. Dennoch wurden anschließend Kübel voll Dreck über den damaligen AfD-Spitzenkandidaten zur Europawahl ausgeschüttet. Leider war damals auch die AfD-Bundesspitze um Alice Weidel und Tino Chrupalla nicht bereit, sich schützend vor ihren Parteifreund zu stellen. Er wurde später sogar von der Delegation der AfD im EU-Parlament ausgeschlossen und dann nicht in die Rechtsfraktion ESN aufgenommen.

Krahs Großvater

Zuvor war bereits bekannt geworden, daß der Großvater des AfD-Politikers, der Mediziner Dr. Martin Krah, im Dritten Reich hohe Funktionen innehatte. Er soll laut Recherchen von ZDF Frontal und dem Spiegel Mitglied der NS-Ärzteschaft sowie freiwillig für die Hitlerjugend tätig gewesen sein.

Außerdem brachten sie Maximilian Krahs Großvater in Verbindung mit der Reichspogromnacht 1938. Damals brannte in Martin Krahs schlesischem Wohnort Hindenburg (heute Zabrze) eine Synagoge. "Auch Mitglieder der NSDAP waren an dieser 'Judenaktion' beteiligt", so das ZDF - ohne freilich belegen zu können, daß Krahs Opa auch mitgemacht hätte.

Nun steht Alice Weidel im Zentrum einer Kampagne wegen ihres SS-Großvaters. Es bleibt zu hoffen, daß die AfD-Spitze sich diesmal schützend vor die Angegriffene stellt. Schließlich ist die 45-Jährige designierte Kanzlerkandidatin ihrer Partei für die Bundestagswahl 2025. Vielleicht sollte man mal in den Familiengeschichten der BRD-Journalisten und etablierten Politiker graben - da findet sich bestimmt auch so manche Nazi-Leiche im Keller.

Lassen Sie sich nicht beirren: Wie die AfD-Chefin wirklich tickt, lesen Sie in unserer November-Ausgabe mit dem Titelthema "Alle gegen Eine - Wie Alice Weidel trotzdem Kanzler werden kann".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. November 2024 (x1.417/…): >>**Zweierlei Maß: Weidel, Trittin und die SS**

Von *Daniell Pföhringer*

Muß Alice Weidel wegen ihres Nazi-Opas abdanken? Durchgeknallte fordern das bereits. Bei Grünen-Linksaußen Jürgen Trittin und seinem Vater drückte man damals beide Augen zu. …

Im Januar 2001 schlagzeilte die Bild-Zeitung: "Was macht Minister Trittin auf dieser Gewalt-Demo?" Zu sehen war ein Foto aus dem Jahr 1994, das den Grünen in Göttingen umringt von vermummten Autonomen zeigt. Trittin war damals Landesminister der rot-grünen Regierung

in Niedersachsen an.
Ein Aktenvermerk des niedersächsischen Landeskriminalamtes von 1993 gibt Auskunft über die von Bild gezeigte Aufnahme: Im Mai jenes Jahres hatte ein Observationsteam Trittin bei einem Treffen mit Angehörigen der brutalen Krawall-Truppe Antifa M fotografiert. "Die Top-Kader der linksradikalen Clique - 17 von ihnen wurden später wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung angeklagt - saßen jeden Mittwoch in einem Büro der Grünen und heckten dort oft Randalestrategien aus", bekam der Focus später heraus.
Demnach wollte die Generalstaatsanwaltschaft Celle damals sogar Ermittlungen gegen Trittin wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung einleiten. Doch "die Landesregierung unter Ministerpräsident Gerhard Schröder blockte das geplante Verfahren ... rigoros ab", berichtete das Magazin weiter.

Trittin und der Buback-Mord

Die Kollaboration des grünen Ministers mit den Göttinger Gewalttätern war kein Ausrutscher. Trittin suhlte sich nämlich seit eh und je im linksextremen Sumpf. Politisch sozialisiert wurde der spätere Bundesumweltminister im Kommunistischen Bund (KB), doch schon vorher liebäugelte er mit Militanz.
Michael Buback, der Sohn des am Gründonnerstag 1977 von der RAF ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback, hat in dieser Hinsicht einiges an Erkenntnissen zutage gefördert. Kurz nach dem Attentat erschien in der Zeitung der Göttinger Studentenvertretung AStA der Beitrag eines anonymen Mescalero, der von "klammheimlicher Freude" über den Mord schrieb.
Der Göttinger AStA wurde damals von einer Spontiliste, aus deren Dunstreis der anonyme Autor kam, und von einem Bündnis unter Dominanz der KB-Hochschulgruppe gebildet. Trittin gehörte dem Gremium in jenem Jahr zwar noch nicht an, verteidigte aber im Namen des KB die Veröffentlichung des Pamphlets.
Als sich Michael Buback viele Jahre später um die Aufklärung des Mordes an seinem Vater bemühte, stieß er auf einen FAZ-Artikel, in dem Trittin noch als niedersächsischer Minister den Mescalero-Text als "radikal pazifistische Absage an den Terrorismus" gelobt und die klammheimliche Freude des Autors als lediglich "sehr unstaatsmännische Einlassung" verharmlost hatte.
Als Buback Ende Januar 2001 per Zufall Trittin im Zug traf, stellte er ihn zur Rede und fragte, ob er sich nicht endlich von dem Text distanzieren wolle. Daraufhin Trittin: "Warum sollte ich?" Und weiter: "Haben Sie ihn zu Ende gelesen?" Erst später, als die Medien den Fall aufgriffen, konnte sich der Bloßgestellte zu einer Distanzierung durchringen.

Obersturmführer Klaus Trittin

Seiner linksradikalen Linie blieb sich Trittin auch später bei den Grünen treu - und konnte damit Bundesminister werden. Sogar am Tisch der Bilderberger durfte er Platz nehmen. Bei der Konferenz der einflußreichen Gruppe 2012 war er der einzige anwesende aktive deutsche Politiker.
Stets hütete der 1954 in Bremen geborene Politiker dabei ein Familiengeheimnis, das ihm bei seinen roten und grünen Freunden sicherlich keinen Bonus eingebracht hätte. Erst 2012 stießen Reporter der Illustrierten Stern bei Recherchen auf ein bis dato unbekanntes Detail seiner Biographie: Sein Vater Klaus Trittin, Jahrgang 1923, diente im Zweiten Weltkrieg bei der Waffen-SS.
Die Journalisten fanden heraus: Klaus Trittin hatte sich als 17-Jähriger 1941 freiwillig zur Waffen-SS gemeldet und trug die Mitgliedsnummer 496535. Ein Jahr später trat er der NSDAP bei, Mitgliedsnummer 9563639, und nahm dann am Rußlandfeldzug teil.
Im Herbst 1943 wurde Trittin senior durch einen Streifschuß am Kopf und Granatsplitter im Oberarm verwundet. Nach einem Lehrgang auf der SS-Junkerschule Braunschweig 1944 wur-

de dem 20-Jährigen im Abgangszeugnis bescheinigt, er wirke "in seiner Haltung und in seinem Benehmen noch etwas unsoldatisch". Gleichzeitig hieß es:
"Seine weltanschauliche Haltung ist gefestigt."
Später wurde Klaus Trittin zum SS-Obersturmführer (Oberleutnant) befördert und war bis Kriegsende im Kampfeinsatz. Im letzten Wehrmachtsbericht vom 9. Mai 1945 hieß es: "In Ostpreußen haben deutsche Divisionen noch gestern die Weichselmündung und den Westteil der Frischen Nehrung tapfer verteidigt." Zu diesen Verteidigern gehörte auch Trittins Einheit. Nach der Kapitulation geriet Jürgen Trittins Vater in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Erst 1950 kam er frei.

Sippenhaft?

Wie Trittin senior mit seiner Vergangenheit umging, hat der Stern wie folgt beschrieben: "Er redete, anders als andere Männer seiner Generation, offen über seine Vergangenheit, auch gegenüber seinen Kindern. Als Jürgen Trittin 15 Jahre alt war, schleppte der Vater seine beiden Söhne ins ehemalige KZ Bergen-Belsen und sagte zu ihnen: 'Guckt euch das an, das haben wir verbrochen. So etwas dürft ihr nie wieder zulassen'."
Vermutlich geriet sein Sohn Jürgen Trittin deswegen nie so ins Visier wie nun Alice Weidel, nachdem die Welt am Sonntag herausgefunden hatte, daß ihr Großvater 1932 der NSDAP beigetreten und dann NS-Stadtverordneter war. Außerdem soll der Jurist Hans Weidel im Januar 1933 der SS beigetreten und 1944 von Hitler zum Oberstabsrichter befördert worden sein.
Weidel habe von der Vergangenheit ihres Opas nichts gewußt, ließ sie den Welt-Journalisten über einen Sprecher mitteilen. "Aufgrund familiärer Dissonanzen, gab es weder Kontakt zum Großvater, der bereits im Jahr 1985 starb, noch war er Gesprächsthema in der Familie." Den Vorwurf, die AfD würde die NS-Zeit ausblenden oder verharmlosen, wies Weidel, die beim Tod ihres Opas sechs Jahre alt war, zurück. Dennoch soll sie nun quasi in Sippenhaft genommen werden.
Mut zur Wahrheit: Militärexperte Rudolf Lehmann hat mit seinem 5-bändigen Werk "Die Leibstandarte" (2.760 Seiten, hunderte Abbildungen und Karten, gebunden im Großformat) die erste umfassende Divisionsgeschichte der Elitetruppe vorgelegt - ohne politisch korrekte Verrenkungen und strikt an der historischen Wahrheit orientiert.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30823" berichtet am 2. November 2024 (x1.418/…): >>**Die WHO - eine kriminelle Vereinigung?**
Am 11. März 2020 erklärte die WHO mutmaßliche Infektionen mit dem Coronavirus offiziell zu einer weltweiten Pandemie. Dies stellte für viele einen tiefen Einschnitt in ihrem Leben dar. Politisch verordnete Maßnahmen wie Lockdowns, Masken- und Impfzwang, Testzwang usw. führten zu massiven Einbrüchen des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft, weitverbreiteten Rechtsbrüchen, Ausgrenzung von Maßnahmekritikern, psychischen Schäden bei Kindern und Jugendlichen sowie zu einem starken Anstieg von Gesundheitsschäden, nicht zuletzt wegen den weltweit in Massen verabreichten Covid-Injektionen.
In einer Videobotschaft an der Demo in Berlin vom 3. August 2024 fordert Prof. Sucharit Bhakdi eine Aufarbeitung der vermeintlichen Corona-Pandemie. Ohne Aufarbeitung keine Veränderung und letztendlich kein Frieden, so Bhakdi. Es fehle jegliche Begründung für sämtliche Corona-Maßnahmen. Die Geimpften seien Teil eines ungeheuerlichen, von der Machtelite weltweit durchgeführten Menschen-Experiments geworden.
Eine entscheidende Rolle, wenn nicht sogar die entscheidendste, spielte dabei die Weltgesundheitsorganisation WHO. Ohne WHO keine Pandemie. Und keine Aufarbeitung ohne eine genaue Untersuchung der WHO. Dies soll Inhalt dieser Sendung sein.
Der bekannte amerikanische Arzt und Patentprüfungsexperte Dr. David Martin machte im Rahmen der Corona-Pandemie-Aufarbeitung folgende gewichtige Aussage:

"Wir debattieren über die Blätter des Baumes, den wir als Pandemie bezeichnen, aber wir gehen nicht bis an die Wurzel. Es handelt sich (bei der WHO) um eine organisierte kriminelle Vereinigung, die gegründet wurde, um sich zunächst absolute Immunität zu erschaffen und dann ihre Pläne umzusetzen, um sicherzustellen, daß sie kontrolliert, wer lebt, wer stirbt und wer überhaupt irgendeine Chance auf Leben bekommt." (www.kla.tv/27568)

Doch was ist an der Weltgesundheitsorganisation WHO kriminell? Ausgehend von Dr. Martins Behauptung analysiert diese Sendung, ob und inwiefern der WHO Kriminalität nachzuweisen ist. Werfen wir zunächst einen Blick auf die Arbeitsgrundlage der WHO: die Verfassung.

1. Die kriminelle Spur in der WHO-Verfassung

Im Artikel V, Abschnitt 13 WHO-Verfassung (Basis-Dokument: "Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Sonderorganisationen" vom 21. November 1947) ist folgendes festgelegt: "Die Vertreter der Mitglieder ... genießen:

(a) Immunität vor persönlicher Verhaftung oder Festnahme und vor Beschlagnahmung ihres persönlichen Gepäcks und in Bezug auf ihre mündlichen oder schriftlichen Äußerungen und allen Handlungen, die sie in ihrer amtlichen Eigenschaft vornehmen, Immunität vor Gerichtsverfahren jeder Art".

Hören Sie dazu Dr. David Martin: "Bei ihrer Formierung im Jahr 1947 als die WHO finanziert und gegründet wurde, wurde sie von Menschen finanziert und gegründet, die nach ihren eigenen Worten absichtlich ein Verbrechen begehen wollten. Abschnitt 13 von Artikel 5 endet mit der folgenden Aussage: "Immunität bei persönlicher Festnahme oder Inhaftierung", bla, bla, bla … "Immunität bei Gerichtsverfahren jeglicher Art".

Wenn sie nun nicht die Absicht hatten, ein Verbrechen zu begehen, warum sollten Sie sich dann dauerhafte und absolute Immunität vor jeglicher Strafverfolgung verschaffen und, was noch schlimmer ist, sogar vor Ermittlungen zur Strafverfolgung jeglicher Art? Die Leute sitzen da und tun so, als wäre das wie diplomatische Immunität. Ist Ihnen klar, daß dies nicht einmal dem Standard der diplomatischen Immunität entspricht?" (www.kla.tv/27568)

Wer sind nun diese Menschen, die die WHO finanziert und gegründet haben und laut Dr. Martin absichtlich ein Verbrechen begehen wollten?

2. Die Drahtzieher hinter der Gründung der WHO

Die am 07. April 1948 gegründete Weltgesundheitsorganisation WHO ist die größte Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

John D. Rockefeller III. (1906 - 1978) stand als Vorsitzender der familieneigenen Stiftung "Rockefeller Foundation" mit an der Wiege - sowohl der Vereinten Nationen UN als auch der Weltgesundheitsorganisation WHO. Die folgende Passage aus dem Artikel "Philanthropie und Weltgesundheit: Die Rockefeller Foundation und die Gesundheitsorganisation des Völkerbundes" (Vorgängerorganisation der WHO) verdeutlicht die herausragende Stellung der Rockefeller Foundation. Diese hatte sie bereits vor Gründung der WHO inne.

Zitat: "Es bestand die Gefahr, daß Regierungsbeamte, die einen minimalistischen Ansatz bevorzugten, nicht in der Lage sein würden, die weitreichende Vision der internationalen Gesundheitsexperten zu teilen. ... Diese Komplexität bedeutete, daß die (Rockefeller) Stiftung eine Vielzahl von Rollen übernahm, von der Hebamme bei der Geburt der Gesundheitsorganisation bis zur Wiederbelebung ihrer zerschlagenen Überreste, als nach dem Zweiten Weltkrieg eine neue internationale Gesundheitsorganisation geplant wurde."

Die guten Beziehungen zwischen der WHO und der Rockefeller-Stiftung halten bis heute an.

Der damalige Generaldirektor der WHO M. G. Candau erklärte anlässlich des 50. Jahrestages der Rockefeller Stiftung im Jahr 1963: "Ich habe keinen Zweifel daran, daß die enge Zusammenarbeit zwischen der Rockefeller Foundation und der WHO auch in den kommenden Jahren eine wesentliche Rolle bei der Verwirklichung des Ziels spielen wird, das beide Organisa-

tionen gemeinsam verfolgen...".
Allein seit dem Jahr 2000 spendet die Rockefeller-Stiftung regelmäßig Gelder in Höhe von mehr als 25,6 Mio. US-Dollar an die WHO.
Auf der Website der Rockefeller Foundation ist dazu folgendes zu lesen: "Die Zusammenarbeit zwischen der Rockefeller Foundation und der Weltgesundheitsorganisation geht auf die Anfänge der Weltgesundheitsorganisation zurück. Im Januar 2022 wurde die Rockefeller-Stiftung als nichtstaatlicher Akteur in die amtliche Beziehung zur Weltgesundheitsorganisation aufgenommen."
Was waren nun die wirklichen Beweggründe von John D. Rockefeller III., um die WHO zu gründen?
3. Die kriminellen Ziele der WHO-Drahtzieher
Der entscheidende Wegbereiter der WHO, John D. Rockefeller III., war überzeugter Eugeniker (Eugeniker arbeiten an der Eindämmung sogenannter "minderwertiger Bevölkerungsanteile", z.B. durch Zwangssterilisation). Was bedeutet das?
Werfen wir hierfür einen kurzen Blick auf die Eugenik-Anhänger und ihre Ideologie.
In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vertraten viele einflußreiche Personen öffentlich eugenische Ansichten und finanzierten eugenische Forschung und Programme. Ihr gehörten bekannte Personen an wie Andrew Carnegie, John D. Rockefeller Sr. und seine Nachkommen, Familie William H. Gates, George Bernard Shaw, Winston Churchill etc. an. Nach eugenischen Vorstellungen hätten die Reichen und Mächtigen "überlegenere Gene", die sie zur Herrschaft und als Führer der Gesellschaft legitimieren würden. Somit dürften sie sich so viel wie möglich vermehren.
Die Armen und "Minderwertigen" dagegen müßten davon abgehalten werden, Kinder zu bekommen. Ein Zitat des amerikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt verdeutlicht diese Ansicht: "Eines Tages werden wir erkennen, daß die oberste Pflicht, die unvermeidliche Pflicht guter Bürger darin besteht, ihr Blut der Nachwelt zu hinterlassen; und daß es uns nicht darum gehen kann, die Fortpflanzung von Bürgern des falschen Typs zu erlauben ... Ich wünschte, man könnte die ungeeigneten Menschen davon abhalten, sich fortzupflanzen…"
Auf Grundlage solcher eugenischen Ansichten, gründete John D. Rockefeller III. 1952 den Population Council, zu Deutsch Bevölkerungsrat. Dieser engagiert sich weltweit offiziell für Geburtenkontrolle, Familienplanung sowie Bevölkerungskontrolle (bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Verringerung des Bevölkerungszuwachses). Doch was verbirgt sich hinter dem durchaus vernünftig klingenden Namen?
Die "eugenische Feministin" Margaret Sanger war eine enge Vertraute der Rockefeller-Familie und spricht es deutlich aus. So plädierte sie offen vor dem amerikanischen Kongress: "More children from the fit, less from the unfit". Zu Deutsch: Mehr Kinder von "geeigneten", weniger Kinder von "ungeeigneten" Eltern.
Wie kann man sich also die Praxis davon vorstellen? Infolge von Eugenik-Programmen wurden in den USA von 1907 bis 1963 mehr als 64.000 Menschen, vornehmlich in Psychiatrien, zwangssterilisiert.
In der Nachkriegszeit tauchte die Eugenikbewegung wegen ihres schlechten Images in den Untergrund ab. Die Ideologie lebt jedoch in den einflußreichen Personen bis heute weiter. Sie verschleiern lediglich ihre wahren eugenischen Ansichten mit den Begriffen Bevölkerungskontrolle, Geburtenkontrolle (staatliche Maßnahmen zur Kontrolle der Geburtenzahl), Familienplanung und Fortpflanzungs- bzw. Reproduktionsmedizin.
Der größte Geldgeber der WHO, Bill Gates, sagte offen: "Ein Problem, das ich als wirklich dringend empfunden habe, waren Probleme im Zusammenhang mit der Bevölkerung … Fortpflanzungsmedizin." (www.kla.tv/17395).
Die Ansichten und Bemühungen der Familien Rockefeller und Familie Gates gleichen sich.

Sie stimmen verblüffend mit den legendären Georgia Guidestones überein. Auf große Granitblöcke wurden "10 Gebote" in Stein gemeißelt. Diese offenbaren die Absichten freimaurerischer Kreise mit der Erdbevölkerung.
Eines der zehn Gebote lautet: "Lenke die Fortpflanzung weise - um Tauglichkeit und Vielfalt zu verbessern" und das erste Gebot: "Die Weltbevölkerung ist unter 500 Millionen Menschen zu halten." (www.kla.tv/23079 oder www.kla.tv/23140). Vor diesem Hintergrundwissen sind die Human Reproduction Programme sowie die Impfprogramme der WHO und der Gates-Stiftung in einem völlig anderen Licht zu sehen.
David Martin sieht in der WHO sogar die Fortsetzung der früheren Eugenik-Programme: "Es geht hier nicht um die Öffentliche Gesundheit. Dies ist die Weiterentwicklung desselben Völkermordprogramms, das mit der Finanzierung der Eugenik-Büros in den Cold Spring Labs (führendes Forschungsinstitut in den Vereinigten Staaten) durch die Carnegie-Stiftung im Jahr 1913 unter der Philanthropie von Andrew Carnegie Familie Rockefeller war damals maßgeblich mit an der Finanzierung dieser Eugenik-Büros begann." (www.kla.tv/27568). Die und an Eugenik-Programmen in Amerika und Übersee beteiligt.
Angesichts der eugenischen Überzeugung des Vorsitzenden der Rockefeller Foundation zur Zeit der WHO-Gründung, stellt sich die Frage: Ist es Zufall, daß die WHO Programme zur Bevölkerungskontrolle (bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Verringerung des Bevölkerungszuwachses) durchführt?
4. Programme der WHO zur Bevölkerungskontrolle
Ab den 1960er Jahren engagierte sich die WHO über die Human Reproduction Programme (HRP) vermehrt in dem Bereich der Bevölkerungskontrolle. Betsy Hartmann analysierte die Bevölkerungskontrollprogramme von Regierungen, Stiftungen und internationalen Organisationen.
In ihrem 1995 erschienenen Buch "Reproductive Rights and Wrongs" faßt sie dies wie folgt zusammen, Zitat: "Diese Programme, die hauptsächlich auf arme Frauen abzielten, waren darauf ausgerichtet, die Geburtenrate so schnell und billig wie möglich zu senken, wobei Zwang oft eine Selbstverständlichkeit war. Im Kampf gegen das Bevölkerungswachstum wurde die Geburtenkontrolle als Waffe eingesetzt und nicht als Mittel der reproduktiven Entscheidung (Wahlfreiheit, ob und wie viele Kinder eine Frau haben möchte). ... Auf der anderen Seite steht eine wiedererstarkte, gut finanzierte Lobby für Bevölkerungskontrolle, die ihre Motive oft mit der Sprache der Frauenförderung verschleiert."
5. Impfprogramme der WHO zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums
Laut dem WHO-Hauptsponsor Bill Gates haben Impfprogramme im Bereich der Fortpflanzungsmedizin ein großes Potential zur Eindämmung von Bevölkerungswachstum: "Auf der Welt leben heute 6.8 Milliarden Menschen, das steigt auf etwa 9 Milliarden an. Wenn wir bei den neuen Impfstoffen, der Gesundheitsfürsorge und den Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit wirklich gute Arbeit leisten, könnten wir diese Zahl vielleicht um 10 oder 15 % senken." (www.kla.tv/17389)
Und die WHO ist zusammen mit dem Population Council der Familie Rockefeller und der Gates Foundation direkt an diesen Impfprogrammen beteiligt.
Beispiel 1: Unfruchtbarkeit per Tetanus-Impfung in Kenia
Der Population Council und andere Forschungsorganisationen schlossen sich 1972 mit der WHO zusammen, um im Verbund an Impfstoffen zur Regulierung der Fruchtbarkeit zu forschen. Im Dokumentarfilm "Unfruchtbarkeit: Eine teuflische Agenda" (www.kla.tv/26028) belegen Dr. Andrew Wakefield und Robert F. Kennedy Jr., daß die WHO von 1972 bis 1992 an der Forschungsfinanzierung eines schwangerschaftsschädigenden Wirkstoffs beteiligt war. Die Verabreichung dieses Wirkstoffs erfolgte dann im Rahmen einer Tetanus-Impfung in Kenia an Frauen im gebärfähigen Alter.

Unfruchtbarkeit ist jetzt eines der größten Probleme in der Gynäkologie in Afrika, so Dr. Wahome Ngare aus in Nairobi, Kenia: "Ich bin Gynäkologe. In den letzten Jahren haben wir einen dramatischen Anstieg der Anzahl von Frauen erlebt, die eine Fehlgeburt haben, die Zahl der Frauen, die sich mit einer drohenden Fehlgeburt oder mit Blutungen in der Frühschwangerschaft vorstellen. Wir sehen auch viele junge Paare mit Unfruchtbarkeit." (www.kla.tv.-26028) Auch in anderen Ländern führte die WHO Antifertilitätskampagnen (Antifruchtbarkeitskampagnen) unter dem Deckmantel von Tetanus-Impfprogrammen durch. Die Arbeit in Kenia stand unter der Schirmherrschaft der WHO-nahen Gates Foundation.

Beispiel 2: Neuer Malaria-Impfstoff

Im Juli 2023 verkündeten die WHO und die von Bill Gates kontrollierte Impfallianz GAVI, bis 2030 jährlich 80 bis 100 Millionen Impfungen an afrikanische Kinder verabreichen zu wollen. Studien zeigten jedoch, daß der neue Impfstoff "Mosquirix" trotz viermaliger Injektion nur eine Immunität von ein paar Monaten bewirkte.

Darüber hinaus verdeutlichten sie, daß die Gruppe der Geimpften ein zehnmal höheres Risiko hatte, an Gehirnhautentzündungen (Meningitis) und zerebraler Malaria (Auftreten von zentralnervösen u.a. lebensbedrohlichen Komplikationen) zu erkranken. Die geimpften Mädchen wiesen ein doppelt so hohes Sterberisiko gegenüber der ungeimpften Kontrollgruppe auf. Lohnend sind die Impfungen zumindest für die Impfstoff-Industrie. Bill Gates konnte sein Vermögen durch Beteiligung am Impfstoffmarkt innerhalb von 10 Jahren von 50 Mrd. auf mehr als 100 Mrd. US-Dollar verdoppeln.

Auch während der Corona-Pandemie galten die Covid-Injektionen laut offiziellen Verlautbarungen der WHO als einzig wirksames Mittel gegen die Corona-Infektion. Und wohin führte dies? 2022, ein Jahr nach Verabreichung der ersten Covid-Spritzen, haben wir eine höhere Sterblichkeit, vor allen in den jüngeren Jahrgängen zu verzeichnen. (www.kla.tv/27918)

6. Die kriminelle Vergangenheit des WHO-Chefs

Tedros Adhanom Ghebreyesus ist seit 1. Juli 2017 Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation. Was die jedoch wenigsten wissen: Tedros hat eine kriminelle Vergangenheit. Denn er gehörte einer terroristischen Organisation an, die 1991 einen bewaffneten Regierungsumsturz in Äthiopien verübte. Innerhalb dieser gewalttätigen Organisation, die nach 1991 die Regierungsgeschäfte in Äthiopien führte, avancierte er zum Gesundheitsminister und später zum Außenminister. Sehen Sie dazu bitte "Die Akte Tedros". (www.kla.tv/26713)

Kurz nach Tedros Amtsantritt als WHO-Generalsekretär trafen sich Vertreter der Rockefeller Foundation mit ihm. Die Bildbeschriftung des hier eingeblendeten Fotos lautet: "Unser Gesundheitsteam freut sich darauf, mit Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an einer ehrgeizigen globalen Gesundheitsagenda zu arbeiten."

Daß die Drahtzieher hinter der WHO wie die Rockefeller-Dynastie und der sogenannte "Philantrop" Bill Gates nicht die Gesundheit der Völker im Sinn haben, dürfte nunmehr jedem klar sein. Statt dessen steuern sie verdeckt knallhart die globale Bevölkerungsentwicklung. Es stellt sich jedoch die Frage: Wo genau hinein soll diese Bevölkerungskontrolle münden?

7. Die WHO als ein Instrument zur Errichtung einer neuen Weltregierung

Wie eingangs erwähnt, ist die WHO die größte Sonderorganisation der Vereinten Nationen, kurz UNO, und setzt deren Ziele auf dem Gesundheitssektor um. Was jedoch die wenigsten wissen: Auch die Gründung der UNO wurde maßgeblich von der Rockefeller-Stiftung beeinflußt und mitfinanziert. John D. Rockefeller Jr., schenkte der UNO 1947 einen Scheck in Höhe von 8.5 Mio. US-Dollar zum Kauf eines Grundstücks in New York City, auf dem dann deren Hauptsitz gebaut wurde.

Doch welche Ziele verfolgen die Drahtzieher der Hochfinanz hinter der UNO und deren WHO? Diese sind verschleiert in der "Agenda 2030" dargelegt.

Sehen Sie dazu einige Ausschnitte aus der Dokumentation: "Agenda 2030 - 17 Ziele der

nachhaltigen Zerstörung" des Schweizer Vereins WIR.
(Aus www.kla.tv/28306) "Die Agenda 2030, die 2015 auf dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York ausgerufen wurde, ist ein Weltzukunftsvertrag, dem sich die nationalen Regierungen unterwerfen sollen. Diese Agenda umfaßt 17 sogenannte Nachhaltigkeitsziele, die nur auf den ersten Blick gut aussehen.
Beschäftigt man sich eingehender mit ihnen, kommt man immer wieder zu den gleichen Akteuren, die in Wahrheit nichts weniger wollen, als die volle Kontrolle über die Ressourcen unserer Erde - eine einzige zentrale Weltregierung und somit die Versklavung aller Völker."
Punkt 3 der 17 Nachhaltigkeitsziele geht speziell auf die globalen Gesundheitsziele ein, die durch die WHO verbindlich durchgesetzt werden sollen. Vordergründig wohlklingend stellen die genannten Ziele jedoch eine ernste globale Bedrohung dar. Gerade wenn man den eugenischen Hintergrund und die bisherige menschenverachtende Praxis der WHO-Lenker vor Augen hat, sind die globalen "Gesundheitspläne" ernsthaft zu hinterfragen.(www.kla.tv/28306)
"Punkt 3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern
Im Mittelpunkt stehen die Digitalisierung und Zentralisierung aller medizinischen Standards durch die WHO. Die World Health Organization (Weltgesundheitsorganisation) kann der ganzen Welt unter Androhung von Strafgeldern und Sanktionen medizinische Maßnahmen anordnen. Dazu wird die Verantwortung über medizinische Maßnahmen aller Art den nationalen Regierungen entzogen. Die WHO wird über den sogenannten Pandemievertrag weltweit entscheiden, wann und wo welche Zwangsmaßnahmen wie Masken, Impfungen, Tests, Lockdowns und Quarantäne angeordnet werden.
Zudem sollen alle Gesundheitsdaten in einer internationalen Datenbank gespeichert und mit der digitalen Identität aller Bürger verknüpft werden. Die Gesundheitsindustrie soll weltweit gleichgeschaltet werden.
Alle von der WHO abweichenden Meinungen und Forschungsergebnisse in der Medizin werden systematisch unterdrückt, verfolgt und kriminalisiert. Naturheilkundliche Verfahren sollen aus dem Gesundheitssektor verbannt und durch Bildungsangebote, Produkte und Dienstleistungen der Pharma- und Chemieindustrie ersetzt werden.
Die Gesundheit der Menschen liegt dann vollends in den Händen der WHO, da sie durch die offen einsehbaren Gesundheitsdaten bei nicht konformem Verhalten des Menschen auch regulierend eingreifen kann. Das kann dazu führen, daß dem auffälligen Menschen der Zugriff auf Nahrungsmittel und benötigte Medikamente untersagt wird."
Soweit kann man zumindest einmal die Agenda der WHO ungeschminkt zusammenfassen. Von Beginn an hinterlassen eugenisch geprägte Hochfinanziers und deren Vasallen ihre kriminellen Spuren und das bis heute. Unter dem Deckmantel der WHO scheuen deren Drahtzieher auch nicht vor Verbrechen zurück, um ihren globalen Vorherrschaftsanspruch durchzusetzen und ihre Agenda der Bevölkerungskontrolle weiter vorantreiben zu können. Erfolgte Impfverbrechen, allem voran die beispiellose Kampagne für die globale Verabreichung der brandgefährlichen sogenannten mRNA-Impfstoffe, erfordern eine dringende Aufarbeitung. Nicht zuletzt deshalb, daß sich derartige Verbrechen nie mehr wiederholen dürfen!
Helfen Sie deshalb mit, daß diese kriminellen Machenschaften an das Licht der Öffentlichkeit gelangen. Wir bitten Sie, diese Sendung breitflächig weiterzuverbreiten!<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30846" berichtet am 2. November 2024 (x1.418/…): >>Am 54. Jahrestag des World Economic Forums - genannt WEF - das im Januar 24 stattgefunden hat, kam unmißverständlich ans Licht, wie die freie Aufklärungsszene mächtigste Freimaurerkreise ins Wanken gebracht hat. Dort, im schönen Davos, hatte Frau von der Leyen den internationalen Kampf gegen die Desinformation auszurufen. Die Verbannung aufdeckender Videos aus dem Internet wird ja schon seit Jahren ganz heftig vorangetrie-

ben. Hunderttausende kostbarer Enthüllungsvideos wurden allein in den letzten zehn Jahren radikal aus dem Netz gelöscht.
Wer den jüngsten Schlachtruf von der Leyens gegen die Desinformation allerdings nur als Appell zur Totalzensur verstanden hat, hat damit leider zu kurz gegriffen; er hat die Ruchlosigkeit dieser Geheim-Gilde noch nicht recht verstanden. Dies aber nicht etwa, weil eine Totalzensur gar nicht auf der WEF-Agenda stünde. Dies tut sie natürlich auch. Nur wäre diesen Wahrheitsverächtern ein solcher Schnelltod der Aufklärungsszene bei weitem zu gnädig, bzw. zu wenig. Sie beabsichtigen nämlich viel gründlicher vorzugehen. Denn sie wittern ja, daß eine Totalzensur die Wahrheitsbewegung so wenig auslöschen könnte, wie etwa das Niederbrennen von Tempeln irgendeine Religion.
Sie realisieren, daß eine allzu radikale Totalzensur des Internets die Wahrheitsbewegung nur stärken und in den Untergrund treiben würde. Von dort aus würde sie sich dann neu formieren und auf allen konventionellen Wegen und nur um so mächtiger in Wort, Schrift und Tat aufstrahlen. Darum gedenken sie, uns freien Aufklärern gerade weit größeren Schaden zuzufügen. Wie aber das? Ganz einfach: Indem sie versuchen, ein nie dagewesenes heilloses Durcheinander von Wahrheit und Lüge anzurichten. Ja, ein solches Chaos von echt und falsch, ein solch explosives Gemisch von zuverlässiger und gefährlicher Berichterstattung, daß zuletzt keine Sau mehr mitkommt.
Kein Mensch soll zuletzt mehr durchblicken, welche Infos denn nun echt und welche gefälscht sind. Und genau dies wäre dann die von Anfang an avisierte Stunde, in der sich diese Menschenfeinde das Wahrheitsmonopol per Gesetz sichern und alle übrigen unter Strafandrohung zum Schweigen bringen. Doch wenn wir diese Schulung getreu umsetzen und an alle weitergeben, werden wir ihnen diese finsteren Pläne tüchtig vereiteln. Bleibt daher bitte mit mir dran bis zum Schluß. Ich glaube, es lohnt sich. Ihr werdet bahnbrechende Neuigkeiten hören, die euch für die unausweichlich kommenden Konfrontationen fit machen können.
Wir werden uns gleich durch eine Serie gezielt gestreuter Fehlinformationen und Taktiken unserer Angreifer klicken. Das, damit ihr seht, wie weit die Roheit dieser Infokriegstreiber geht. Zugleich schulen wir uns selber, auf welche Weise wir diesen Feinden der Menschheit die Stirn bieten können. Denn wißt ihr, dunkle Zeiten und schonungslose Menschen werden uns jetzt in die uns zugedachten Vollkommenheiten hinein befördern - wenn wir nur gut aufpassen und deren gegen uns anbrandenden Wellen furchtlos für uns nutzen und diese sogar reiten. Wie man das macht, schicke ich meinen nachfolgenden Schilderungen der Informationsverbrechen noch kurz voraus.
Weißt du, wie man sich gleichsam aufs Surfbrett schwingt und diese diabolischen "Endzeitwellen" reitet? Oder wie man auf dem "Aufklärer-Surfbrett" stehen lernt? Weißt du es? Ich sage dir, wie. Zuerst einmal ganz einfach dadurch, daß wir ob allem, was unaufhaltsam auf uns zukommt und was wir auch gleich hören werden, uns nicht die Hosen vollscheißen … Das ist das Wichtigste und Erste. Rechne statt dessen fest damit, daß du weit größere Fähigkeiten als etwa die Tiere auf freiem Feld hast und entwickelst, wenn du dich dem ohnehin Unausweichlichen nur mutig stellst.
Vor jedem harten Winter fressen sich Letztere doch intuitiv ein Polster an, legen sich ganz von selbst ein dickeres Fell zu. Vor jeder Katastrophe formieren sich doch alle Vogelschwärme in der Luft und lassen sich nicht beherrschen. Ebenso bringen sich alle bedrohten Tiere rechtzeitig in Sicherheit, bilden Verteidigungs-Körperschaften - selbst Ratten verlassen ja bekanntlich das sinkende Schiff.
Nimm also zur Kenntnis, daß auch in dir, der du um Gerechtigkeit und Wahrheit kämpfst, die Vollkommenheiten und Kräfte Gottes aufbrechen werden - wenn du sie nur glaubend erwartest und dich furchtlos auf die anbrandenden Wellen schwingst. Laß Dir sagen, daß massivste Angriffe schon immer auch massivste Befähigungen und Bewahrung in entschlossenen Men-

schen hervorgebracht haben.
- Größte Nöte haben schon immer auch zu größten Erweckungen geführt.
- Diabolische Niedergänge haben schon immer göttliche Vollkommenheiten in aufrichtigen Menschen heraufbeschworen.
- Der gegenwärtig gesamte diabolische Intelligenz-Abbau wird darum auch massivste Weisheiten Gottes aus dir und uns allen hervorbringen - wenn wir nur nicht verzagen und solches lebendig erwarten. Okay?
- Alle dezimierenden Eugenik-Bestrebungen werden unter den Furchtlosen zugleich massivste Vermehrungen in jeder Hinsicht bewirken.
- Massivste Spaltungen werden zugleich auch massivste Bewegungen hervorpressen.
- Übelste Kriege müssen zuletzt zu herrlichsten Versöhnungswellen umschlagen.
Der gegenwärtige Herabstieg des Teufels auf die Erde und die Allpräsenz dämonischer Attakken werden letztlich genau das in den Menschen erwecken, was sämtliche "freien Medien" zuvor nicht vermochten:
- Viele werden ernüchtern, erwachen, sich entsetzen, in Bereitschaft geraten. Sie werden Bereitschaft und Hingabe, Einsatz und Tat beweisen. Versteht ihr?
Diese Allfrontenangriffe katapultieren - bildlich gesprochen - die noch immer zerstreuten, ego-individualistischen Menschen, Zellen, Glieder und Organe an ihren vorherbereiteten Platz im weltweiten Menschheitsorganismus!
- Jeder von uns Aufklärern soll also nur seiner spezifischen Aufgabe treu sein! Seid furchtlos Licht und Salz in dieser Welt. Seid ein Leben sprühender Organismus der gegenseitigen Ergänzung und der Aufklärung, meint das in der Praxis.
Nun aber zu den versprochenen Inhalten:

12 Fallbeispiele versuchter und gezielter Desinformation

SATIRE

1. Im 1. Beispiel geht es um gezielte Irreführung durch 3sat, das sich auch von unseren Zwangsabgabegebühren ernährt. Ich zitiere einmal ein wenig daraus: Der angebliche Journalist Peter Hellmann berichtete über eine Akte, die ihm vom russischen Geheimdienst zugespielt worden sei. Darin enthalten seien Unterlagen von einem Wissenschaftler "Juri Albatov" gewesen, der einen Neurotransmitter entdeckt hätte. Diese Substanz sei später in die Hände der CIA geraten und anhand der geheimen Tagebücher von Tesla hätten NSA-Techniker eine passende Sendetechnologie entwickelt. Ich zitiere weiter: In den 1980ern wurde mit HAARP die erste große Sendeanlage in Alaska in Betrieb genommen, um mit Hilfe der Substanz die Bevölkerung zu manipulieren. Zitat Ende.
Horcht bitte unbedingt doppelt auf, wann immer Mainstream-Quellen plötzlich solch brisante Aufklärungsinhalte verbreiten, die sie zuvor hartnäckig verleumdet und verleugnet haben. Ihr wißt doch, daß es die Strippenzieher im Hintergrund niemals zulassen, daß deren Vasallen befohlene Verschwörungstheorien plötzlich als Verschwörungstatsachen hochjubeln. Bei solch fantastisch klingenden Falschmeldungen überreagiert unser intuitives Navigationssystem in aller Regel mit einer Art "Salto Mortale der Seele".
Wißt Ihr das? Seid daher vorsichtig und prüft sofort genau, wer und was hinter solchen plötzlichen Frohbotschaften steckt. Beim eben benannten Fall hat 3sat lauter längst bestätigte Wahrheiten bis hin zu den HAARP-Anlagen bewußt ins Feuer der Satire geschmissen. Erst wer Kenntnis davon erhielt, daß die ganze Sendung als Satire verkauft wurde, konnte die einzelnen Inhalte abschließend beurteilen.
Im Netz aber kursierten die gezielt gestreuten Desinformationen dann freilich ohne diesen Gesamtzusammenhang. So kraß läuft das, daß sich die gestreute Desinformation manchmal sogar über einen ganzen Vortrag hinweg tarnen kann. Darum muß immer der Gesamtzusammenhang mitberücksichtigt werden, in den z.B. ein ganzer Vortrag eingebettet ist.

Ich rate daher dringend davon ab, irgendwelche Inhalte von Satire-Sendungen zu verbreiten. Außer es ist ständig vermerkt, daß es Satire ist. Ganz egal wie gut sie auf den ersten Blick auch scheinen mögen. Von vergifteten Quellen kann kein gutes Wasser kommen, versteht ihr? Als Fazit daraus lautet mein dringender Appell an dieser Stelle: Verbreitet möglichst gar keine plötzlichen und spektakulären Aufklärungsinhalte aus dem Mainstream.
Noch nicht einmal, wenn von dort eine Scheinbusse kommen sollte. Diese Menschenverächter müssen zuerst von ihrem tödlichen Handwerk lassen und die gerechte Strafe für ihre kategorisch verbreiteten Lügen kassieren. Vorher können wir nichts mehr ernst nehmen, was aus ihrem Mund kommt.
2. Der YouTube-Kanal "Der Postillon" hat ein Video in Umlauf gebracht, in welchem ein Fall von einem Piloten vorgestellt wird. Diesem sei wegen "Weigerung, Chemtrails zu versprühen" gekündigt worden. Deshalb klage er jetzt gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber, die Lufthansa. Was weder im Video, noch auf der YouTube-Seite ersichtlich wird: "Der Postillon" ist ein Satire-Magazin, die ganze Sendung ist eine SATIRE! Das offene Geständnis dieser frei erfundenen Lügen hat der Verfasser fahrlässig in einer Unterrubrik seiner Homepage "versteckt". Wirklich gefährlich!
3. Um einen ähnlichen Fall ging es in einer brisanten Enthüllung über Angela Merkel. Da wurde das Verwirrspiel perfekt, weil sämtliche Beweise samt Gegenbeweisen unauffindbar waren. Schon vor Jahren kursierte also ein Gedicht von der 13-jährigen Angela Merkel (geborene Kasner), welches sie schon 1967 im kommunistischen DDR-Jugendmagazin "FRÖSI" veröffentlicht haben soll. Ein Auszug dieses beeindruckenden Gedichtes klang dann so. Also das hat die 13-jährige Angela geschrieben. Ich zitiere:
"Schon lange will das rote Heer
den Feind eliminieren.
Ich brauch' hierfür kein Schießgewehr -
ich werd' ihn infiltrieren!

Ich werde Chef der BRD,
- der Klassenfeind wird's hassen! -
und folg' dem Plan der SED,
sie pleitegeh'n zu lassen!"
Zitat Ende.
Auf die Veröffentlichung dieser kleinen Sensation folgte postwendend Einspruch. Warum? Weil es sich bei diesem Beitrag um bloße Satire gehandelt habe. Erst so erfuhren wir vom Hintergrund der Herausgeber. Doch auch nach längeren Recherchen zeigte sich, daß die im Artikel benannte "FRÖSI-Ausgabe" von 1967 unauffindbar war. Ältere und jüngere Ausgaben hingegen schon, aber nur diese nicht. Somit konnte nie definitiv bewiesen werden, daß dieses Gedicht zu keinem Zeitpunkt dort erschienen ist. Alle Fakten dazu findet ihr in der Kla.TV-Archivsendung "Fälschungsbeweise gesucht". (www.kla.tv/7910)
4. Der Sender "Channel 4" hat Ende Juli 2023 verbreitet, daß das Vereinigte Königreich für im Labor gezüchtetes Menschenfleisch wirbt - als Mittel zur Lösung der Lebensmittelkrise. Diese Schreckensnachricht ging sogleich über Telegram viral. Die damit in Zusammenhang gebrachte Firma "Good Harvest" existiert allerdings nicht, weil die ganze Story nur frei erfunden war. Ich sage, daß solch eine Veröffentlichung eine wirklich sehr gefährliche Attacke gegen die freie Aufklärungsszene ist, gegen alle Wahrheitsliebenden. Sie kann daher niemals als ein bloß satirischer Kommentar zum Anstieg der Lebenshaltungskosten in Großbritannien schöngefärbt werden.
5. Im nächsten Fall verlassen wir die direkte Satire-Szene und gehen zusammen in eine Art Unterabteilung der Satire. Dort erfolgt die Verbreitung von Desinformationen plötzlich im

Namen von PR-Gags.
Beispiele: Der Schokoladenhersteller "Rittersport" hat am 24. Januar 2023 mit einer Grille auf grünem Untergrund Werbung gemacht. Daneben zwei Schokoladenstücke und der Hinweis auf die neue Sorte "Ganze Grille". Dieser Post sorgte in einigen sozialen Netzwerken sogleich für Panik.
Denn "Rittersport" betonte dabei, daß in der EU seit dem 24. Januar tatsächlich Hausgrillen in Lebensmitteln verwendet werden dürfen. Mit diesem PR-Fake-News wurde aber zeitnah der ganze reale Skandal um "Insekten in Lebensmitteln" bagatellisiert. Das ist das Problem. Das Resultat war: Wer immer auf diesen tatsächlichen Mißstand hinwies und die EU-Verordnung kritisierte, wurde sofort medial abgeschossen. Und wieder erkennt man an der Frucht den Baum. Umgehend wurden deren Opfer mit dem Titel "Paniktreiber" gebrandmarkt.
Überlegt darum bitte bei jeder Sensationsmeldung, ob die darin enthaltenen Daten faktisch überhaupt möglich wären. Es ist doch von vornherein sehr unglaubwürdig, daß pünktlich zum Start der neuen EU-Verordnung für die Zulassung von Insekten in Lebensmitteln, gleich auch schon das erste Lebensmittel auf dem Markt ist. Zudem noch eines, in welchem Insekten null Sinn ergeben würden.

DIREKTE DESINFORMATION

6. Beim 6. Beispiel wird es noch krasser. Diese News schneiten gerade diese Tage in mein Büro. Nachdem meine intuitive Wahrnehmung ihren "Salto Mortale" gelandet hatte, begann ich sogleich meinen Verstand einzuschalten. Geht daher kurz mit mir diese Mitteilungen durch und beachtet schon ab dem Titel, was in euch selber abgeht, wenn ihr das hört:
"Japan verhängt Ausnahmezustand, nachdem bei 96 Millionen Bürgern "Nanobots" gefunden wurden."
Der weitere Text lautete:
Dies löst weltweite Besorgnis über COVID-19-mRNA-Impfstoffe aus. Während die japanische Regierung Ermittlungen einleitet, versuchen die Pharmakonzerne und die globale Elite, die Wahrheit zu unterdrücken. Erfahren Sie mehr über die Auswirkungen dieser beispiellosen Krise und den Kampf um Gerechtigkeit angesichts einer weltweiten Mediensperre.
Seht ihr, mit ein wenig Überlegung schien mir bereits der Titel zu verraten, daß hier wahrscheinlich etwas nicht stimmen kann. Denn er lautete: "Japan verhängt Ausnahmezustand, nachdem bei 96 Millionen Bürgern Nanobots gefunden wurden."
Wer in aller Welt könnte, einmal rein technisch betrachtet, bei diesen 96 Mio. Bürgern in so kurzer Zeit aufwendige Blutanalysen oder Analysten irgendwelcher Art gemacht haben? So habe ich sofort zum Telefon gegriffen und meiner Redaktion den Auftrag gegeben, diesen Fall gründlich zu untersuchen. Denn im Artikel stand ja auch noch, daß sich die Regierung bei der Bevölkerung entschuldigt hatte. Das kann man ja nachprüfen. Wir nahmen Kontakt mit Bekannten in Japan auf und fragten: "Könnt ihr das bestätigen?"
Ein Kontakt, der seit 40 Jahren in Japan lebt, hat uns zurückgeschrieben: "Alles erfunden ... wir haben nichts davon mitgekriegt." Auch eine Japanerin, die bei Kla.TV mitwirkt, wußte nichts davon und vermutete eine gezielte Desinformationskampagne dahinter. Sie schrieb: "Meine Eltern sagen, daß sie so was weder im Radio noch im Fernsehen gehört haben." Selbst eine Recherche in den drei größten japanischen Zeitungen blieb ohne jeden Erfolg.
Ich ging aber noch einen Schritt weiter und habe die Quelle dieser Verbreitung untersucht. Und siehe da: Eine Bewegung, die wie kaum eine zweite von Europas Mainstream und den Staaten als kriminelle Staatsfeinde zerrissen wird. Selbst wenn sich diese Schlagzeilen im Nachhinein noch als echt erweisen würden, würde Kla.TV ins offene Messer der Zwangsabgabemedien laufen. Denn sie würden uns, losgelöst von allen Inhalten, nur noch im Verbund mit diesen Staatsfeinden brandmarken. Seht ihr, wie häßlich dieses Spiel läuft?
Wie ihr seht, läuft der von Frau von der Leyen angekündigte Kampf gegen Desinformation

bereits auf vollen Touren, und dies eben nicht nur auf der gehabten Schiene der Internetzensur. Nach ihrer Kampfansage am 54. Jahrestag des WEF laufen bereits vielschichtige Attakken gegen freie Aufklärer und gegen die Aufklärung: so etwa durch zunehmende Einschüchterung, Diskreditierung, bis hin zu Verhaftungen und gezielten Rufschädigungen. Und warum das alles? Um den zuvor genannten Geschädigten einen weit wirkungsvolleren Riegel als nur die Zensur vorzuschieben.
Doch all solche Diffamierungskampagnen und Verhinderungen der Presse- und Meinungsfreiheit sind mehr als nur inakzeptabel. Sie verkörpern einen Bruch mit unseren demokratischen Grundrechten! Die Geschändeten sind dabei niemals allein all die hier Genannten, sondern darüber hinaus stets jeder Bürger, der dazu genötigt wird, solche Meinungsverbrechen auch noch durch Zwangsgebühren mitzufinanzieren.
In der Schweiz selbst dann noch mit horrenden Mediensteuern, auch wenn ein Haus noch nicht mal einen Fernseh-Anschluß hat. Gegenwärtig sackt Deutschland jährlich etwa 8,5 Milliarden €, die Schweiz 1,2 Milliarden Franken und Österreich 722 Millionen € an Zwangsgebühren ein, wo hingegen die von ihnen geschändeten Aufklärer all diese unglaublichen Dienste aus eigener Tasche und aus freien Spenden finanzieren müssen!

GEFÄLSCHTE BILDER UND SZENEN

7. Wir schauen uns gezielte Desinformation durch hinterhältig mit KI gefälschte Bilder und gestellte Szenen an:
Vor einigen Monaten kursierte die Kunde von Donald Trumps Verhaftung. Der "Desinformant" Eliot Higgins hatte zuvor KI-Fotos kreiert, auf denen zu sehen war, wie Donald Trump verhaftet wird. Diese wirkten natürlich auf die Trump-Anhänger sehr dramatisch, zusätzlich geschürt durch die Kommentare des Desinformanten.
Er schrieb: "Ich mache Fotos von Trumps Verhaftung, während man auf seine Verhaftung wartet." Sofort gingen die Bilder durch die Aufklärungsszene. Erst hinterher hat man die Fälschung des Bildmaterials realisiert.
8. Im 8. Beispiel geht es um ein ähnliches "KI-Desinformations-Produkt". Dieses hat viele freie Aufklärer sogleich in die "Schwurblerecke" verdonnert in Bezug auf Klaus Schwab und das WEF. Ein Video ging viral, auf dem zu sehen war, wie der iranische Produzent Damon Imani auf der Bühne des WEF in Davos diese Institution und ihren Gründer Klaus Schwab mit den üblen Worten beschimpfte: "Ich scheiß auf Sie, Klaus Schwab, und Ihre neue Weltordnung." Daraufhin hat Schwab, gemeinsam mit der Schweizer Verteidigungsministerin, aufgewühlt das Bild verlassen.
Auch hier wird sich gewiß das Navigations-Feld in den meisten freien Aufklärern überschlagen haben. Gerade wegen diesem "Salto Mortale der Seele" müßte man sogleich die Vernunft zurate ziehen und sich fragen, ob das realistisch sei, daß so etwas beim WEF geschieht und niemand reagiert. Doch statt dessen begannen aufgewühlte Aufklärer wie von einer Tarantel gestochen dieses Video überall zu verbreiten. Und dies, obgleich die "öffentliche Schmähung" keinerlei Tumult und auch keinen Eingriff der Sicherheitskräfte zur Folge hatte - versteht ihr?
Auch bei diesem Video sprechen wir von einem niederträchtigen "Deep Fake", einer Fälschung mit Hilfe von künstlicher Intelligenz. So also zeigen sich derzeit die neuen Methoden des ausgerufenen Infokrieges. Bitte laßt uns daraus lernen!
9. Ganz kraß wird es bei einem etwas verschwommenen Video mit der Überschrift:
"Bill Gates 2005 beim CIA über Bewußtseinssteuerung per Virus, Impfung + Genmanipulation"
Auch hier wieder: Als ich es mir ansah, fühlte ich sogleich wieder diesen "Salto Mortale im Geist". Das war einfach zu genial, ein absoluter Hecht im Karpfenteich der Aufklärung, dachte ich. Kombiniert mit sechs anderen bereitgestellten brillanten Enthüllungsberichten zu weiteren passenden Pharma-Verbrechen, war das für mich gleichsam der Fund des Jahres. Das

Überreagieren meines geistlichen Navigationssystems habe ich dabei gerne übersehen. Ich sah mir den Vortrag von Bill Gates an, den er also 2005 vor einem Ausschuß der CIA gehalten haben soll. Dort zeigte er auf, wie man mit hirnverändernden Viren und auch Impfungen einen radikalen Fundamentalisten zahm wie ein Kätzchen machen kann.
Als ich schon einige Jahre zuvor von dieser Manipulation des sogenannten "Gottes-Gens" hörte, von dem redet der Andere da in dem Video, hat meine Intuition ganz spontan signalisiert: "Das ist doch nichts als dampfende Scheiße." Aber dann, wenn man halt so einen Vortrag mit Bild und Ton direkt zu Gesicht bekommt, ignoriert man ironischerweise die Bemerkung des "Gottes-Gens" großzügig. Denn jetzt sieht man ja Bill mit Bild und Ton leibhaftig bei der Arbeit. Also muß es so stattgefunden haben.
Als sich bereits ausreichend viele freie Aufklärer auf das Video gestürzt und es überall geteilt hatten, kam der tückische Feind und stellte einfach einmal das leicht verschwommene Bild auf "scharf". Und oh Schreck - das war ja gar nicht Bill und schon gar nicht vor der CIA. Damit aber noch nicht genug. Als ich den Desinformations-Braten wieder roch und meine Seele den "Salto Mortale" rückwärts gemacht hatte, legten wir dieses Video zur Prüfung auch des Inhalts dem Molekulargenetiker Dr. Michael Nehls vor.
Er hat dazu kommentiert: "Ich habe mir nur die Hälfte angeschaut, das hat mir gereicht. Hier wird wahllos ein Gen herausgegriffen und eine Korrelation mit religiösen Überzeugungen konstruiert. ... Man könnte genauso fundamentalistisch (indoktriniert) an eine Computersimulation des Universums glauben ... oder an Anti-CO2-Gene oder was auch immer. Und als dann diese Hirnscans kamen, ohne wissenschaftliche Fakten - nur Geschichten - da mußte ich abschalten."
Ich will alle freien Aufklärer mit dieser kleinen Schulung dafür sensibilisieren, wie man mit Sensationsmeldungen umgehen sollte. Bitte laßt alles Fantastische durch möglichst mehr als einen Zeugen verifizieren. Könnt ihr das nicht, laßt es bitte besser bleiben. Denn jedem gelungenen Fake der Bösewichte lassen sie ein Flächenbombardement gegen alle freien Aufklärer auf den Fuß folgen. Das ist das Problem, das wir dann alle haben. Bitte veröffentlicht nichts ohne wasserdichte Quellen!

GEZIELTE IRREFÜHRUNG DURCH AUSLASSUNG

10. Beispiel: Wir kommen zu den Desinformations-Tretminen durch arglistige Zensur einzelner Satzteile: Denn wieder kursierte ein Video, dieses Mal vom Pfizer-CEO, Albert Bourla. Er hat beim WEF live gesagt, sein Unternehmen plane, die Weltbevölkerung um die Hälfte zu reduzieren. Wow, was für ein gefundenes Fressen für freie Aufklärer! Spürst du allein schon beim Anhören den "Salto Mortale" in Deinem Geist? Dieser mahnt uns allerdings wieder zur doppelt sorgfältigen Prüfung.
Und diese erfolgt zum Beispiel über einen kurzen Vergleich mit dem Originalvideo vom WEF-Gespräch. Dieses reichte nämlich aus, um die gezielt gestreute Desinformation zu entlarven. Ein satanisch gesinnter Mensch hat nämlich den Mittelteil des Satzes rausgeschnitten und das Video dann auf sozialen Netzwerken verbreitet. In Wirklichkeit sagte Albert Bourla: "Und eines davon war, bis 2023 die Zahl der Menschen auf der Welt, die sich unsere Medikamente nicht leisten können, um 50 Prozent zu reduzieren."
Und so könnte man schier endlos weitere böswillig gestreute Desinformations-Videos dokumentieren. So etwa jenes, wo sich der Papst vor Rothschild, Rockefeller und Kissinger verneigt. Bei genauer Einstellung zeigen sich aber ganz andere Personen. Oder dann wieder dieses Video des einen Jungen, der sich splitternackt aus dem Buckingham Palast abseilt. Bloß eine kleine Bildmontage, aber mit der großen Wirkung, dadurch alle Mißbrauchsopfer von satanisch ritueller Gewalt oder die Berichterstattung darüber unglaubwürdig erscheinen zu lassen. Und dies ganz besonders, nachdem sie endlich den Mut gefunden hatten, als Zeugen gegen die Royal Family auszusagen. Und, und, und …

SCHULUNG DER WAHRNEHMUNG

Um meine Hauptmessage nicht unnötig oft wiederholen zu müssen, lasse ich es einmal bei diesen 12 Fallbeispielen bewenden und ergänze diese noch einmal mit freien Worten. Letztlich will ich dich primär dafür sensibilisieren, künftig um so verbindlicher auf dein intuitives Wahrnehmungsorgan zu achten: Wann immer offensichtliche Lüge ins Spiel kommt, zieht es dich innerlich runter. Die echte Wahrheit macht innerlich ruhig und frei. Sie führt dich innerlich sanft und ungebunden hoch. Wer die Wirklichkeit berührt, steht mit anderen Worten souverän und vollgewiß über der Sache.

Wo hingegen hinterhältige Falsch-Sensation gestreut wird, da beginnt sich die Nadel unseres inneren Wahrheitskompasses gleichsam wild im Kreis zu drehen. Ich habe diese Überreaktion hier einmal als "Salto Mortale der Seele" oder "Salto Mortale des Geistes" bezeichnet. So kannst du dich vielleicht leichter erinnern, wenn sich künftig deine Intuition bei dir meldet. Lerne mit ihr zusammenzuarbeiten, verwirf sie nicht. Das ist meine dringendste Botschaft!

SCHULUNG ZUR QUELLENÜBERPRÜFUNG

Und die Lehre daraus: Je attraktiver eine Story klingt, desto genauer sollte man sie prüfen!

Egal, wie innerlich hochführend eine Mitteilung auch sein mag, suche immer zuerst den Kontext, also den Gesamtzusammenhang des Gesagten auf! Greift eine Story erst dann auf, wenn euer intuitiver Eindruck dem realen Gesamtzusammenhang gegenüber noch immer hochführend geblieben ist. Denn ein böswilliger Irreführer könnte Dir ja in einem ersten Satz genau das vorlegen, was du hören willst - so arbeitet diese skrupellose Bande - und schon im nächsten Satz könnte er gleichsam die Bombe platzen lassen, indem er zu lachen beginnt und spottend sagt: "Haha, das war natürlich nur Satire!" So vergeßt nie, daß sogar Zwangsabgabemedien sich immer mal wieder solche brandgefährliche Scherze leisten.

Eine gesamte Sendung kann auf Satire aufgebaut sein. Wenn dies nirgends bewußt angekündigt ist und nur Insider-Gäste dies wissen, kann deine Intuition auf gefährlichste Weise mißbraucht oder gar instrumentalisiert werden. Meine Empfehlung, oder vielleicht besser gesagt, mein sehr ernsthafter Rat ist: Greift ganz grundsätzlich nie auf Satiresendungen zurück. Und wenn du es bringst, dann muß es ständig eingeblendet sein, daß es eine Satire ist. Diese gleichen den Ködern beim Fischen.

"Die Anstalt" des Zweiten Deutschen Fernsehens zum Beispiel hat so viele wirklich wahre Dinge gesagt. Sobald du dich aber ernsthaft darauf berufst, wird dir von allen Seiten der Strick gedreht, weil das ja nur nicht ernst gemeinte Satire sei. Ja, was denkt ihr, warum das ZDF sich solche Sendungen überhaupt leisten konnte, oder dann eben all die übrigen öffentlich-rechtlichen Satiresendungen? Solche Sendungen verkörpern einen der verführerischsten Attacken auf unser intuitives Wahrnehmungsvermögen! Betreibt also ausreichend Quellenforschung: Wer steckt hinter so einer Aussage, die dich total elektrisiert und regelrecht vom Hocker reißt?

Welche Gemeinschaft verbirgt sich dahinter? Selbst nämlich wenn von einer Gruppe oder einer Person knallharte Fakten ausgehen, diese Quelle aber vergiftet ist, weil es sich zum Beispiel um eine terroristische Vereinigung handelt - was dann? Die Wahrheitsangreifer werden sich - auch deine besten Aussagen ignorierend - sofort allein auf dich stürzen und dich in direkte Verbindung mit dieser terroristischen Vereinigung bringen, verstehst du? Genau um diesen Fang ging es ihnen ja!

Sie werden also bemüht sein, aus den kriminellsten oder anfechtbarsten Gruppierungen heraus die teuersten Wahrheitsbekundungen zu picken, um sie dann wie einen Köder vor dein Angesicht zu bringen. Sobald du den Köder schluckst, haben sie dich am Haken! Und genau dich wollten sie! Das bedeutet aber auf der anderen Seite nicht, daß eine Wahrheit deshalb zur Lüge wird, nur weil sie aus dem Mund irgendwelcher bewußt inszenierender oder auch realer Schurken kommt!

Im Falle dieses Piloten, der fast unter Tränen bezeugt, wie er seine Stelle verloren hat, weil er auf Flughöhe den Chemtrail-Schalter nicht umgelegt hatte: Es bleibt die ganz grundsätzliche Wahrheit von Chemtrail-Flügen eben doch bestehen! Natürlich niemals so, daß irgendein Pilot irgendeinen Chemtrail-Knopf drücken müßte. Es wurde aber längst hieb und stichfest belegt, daß NATO-Treibstoffe wie "JP8" in unseren zivilen Flugzeugen einen solchen Knopf völlig überflüssig machen.
Ebenso konnte hieb und stichfest nachgewiesen werden, daß ganz gezielte Geoengineering-Missionen, von der US Air Force anfangs als Chemtrail bezeichnet, geflogen werden! Was ist also zu tun? Du kannst, wie ich es gerade hier tue, eine solche Zeitungs- oder Medienente ausschlachten. Und zwar, indem du zum einen die Irreführung aufdeckst und zum anderen die wasserdichten Urquellen nennst, bzw. auf wasserdichte Quellen aufbaust! So schlägst du zwei Fliegen mit einem Streich!
Kurzum: Laßt uns konsequent ausreichend Quellenforschung betreiben, bevor wir eine Bezeugung weiterverbreiten. Und ich wiederhole: dies nur um so mehr, je attraktiver eine Story daherkommt! Bevor ihr nicht genau wißt, aus welchem Mund, aus welchem Hintergrund und auch aus welchem Gesamtzusammenhang etwas gesagt wurde, könnt ihr nicht nur problemlos hinters Licht geführt, sondern auch gezielt instrumentalisiert werden. Wann bist du anfällig, um instrumentalisiert zu werden?
Sobald du die letzte Absicht hinter einer kursierenden Story nicht verstehst. So greifen die Zwangsabgabemedien zum Beispiel auch immer wieder gerne zu Zeugen, die vor dem Volk einen glaubwürdigen Eindruck machen. Wenn also in den Mainstream-Medien irgendein Pfarrer, irgendeine Nonne oder irgendeine Wohltätigkeitsorganisation zu Wort kommen, dann seid immer besonders kritisch! Als sie kürzlich nach den großen Wasserfluten in Österreich einen Pfarrer in Vollmontur zu Wort kommen ließen, dachte ich vom ersten Moment an: "Jedermann sollte doch wissen, daß der Mainstream grundsätzlich von Religion nichts hält. Wozu also lassen sie diesen Mann sprechen?"
Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Als erstes sagte der sogenannte Mann Gottes, man sollte endlich die Botschaft Gottes wieder verstehen lernen, die sich hinter jeder Naturkatastrophe verbirgt. Und postwendend kam die zielführende Frage des Mainstream-Wolfes im Schafspelz: "Was denn könnte Ihrer Meinung nach die Botschaft Gottes im Hinblick auf diese sintflutartigen Ergüsse sein?" Dreimal könnt ihr raten, wie hier die Geschichte ausgeht: Natürlich wies der nun offensichtlich selbst erwählte Geistliche demütig darauf hin, daß man unbedingt endlich das Klima besser schützen müsse.
Und schon verpflichtete er die Zuseher - gleichsam direkten Weges - der Umweltagenda der ganz Großen! Könnt ihr erkennen wie das Spiel läuft? Eben genannte Personengruppen wie Nonnen und sonstige Menschenfreunde eignen sich hervorragend, um sie für alle nur erdenklichen verborgenen Absichten zu instrumentalisieren. Ihr habt es bei der Covid-Plandemie erlebt: Die Volksmörderin Big-Pharma hat haufenweise ihrer eigenen Agenten im Gewand der Wissenschaft oder mit ihr verfilzte Ärzte und Virologen als Köder verwendet. Und so hat sie die ganzen Völker getäuscht und in ihre Falle tappen lassen.
Und nun sind, wie mittlerweile unwiderruflich bewiesen worden ist, viele Millionen von Menschen tot und weitere viele Millionen schwerstgeschädigt. Nur weil alles, was gleichsam "wissenschaftlich erwiesen" wurde oder aus dem Mund von den weißen Göttern kommt, vertrauenswürdig war in ihren Augen. Jesus hat aus seiner Erfahrung heraus einst folgende Faustregel auch zu diesem Thema verkündet: Alles, was bei den Menschen hoch angesehen ist, ist ein Greuel vor Gott! Sein Rat, um nicht zu sagen Seine Anweisung, lautete darum: Prüfet alles! Einfach alles! Und das Gute, das Brauchbare, das sich als echt Erweisende haltet fest!
Vergeßt bitte den Zusammenhang nicht, warum wir über all diese Dinge reden! Wir befinden uns inmitten des größten Informationskrieges, den die Welt je gesehen hat. Denn zu keiner

vorangegangenen Zeit gab es diese weltweite Kommunikationsmöglichkeit, wie sie uns Radio, TV und Internet, insbesondere die Mobilfunktechnologie, Handys usw. heute bieten! Die angreifenden Menschenfeinde - die absolut konsequent als Menschenfreunde und Retter der Welt daherkommen - beabsichtigen mit ihren heimtückisch eingeschleusten Desinformationen, die gesamte freie Aufklärungsszene zu Fall zu bringen.
Und dies wird ihnen mit Sicherheit gelingen, wenn wir dieses überaus finstere Spiel nicht ausreichend durchschauen! Ihr Ziel ist es, uns diese Desinformationen unterzuschieben, die sie aber ganz gezielt zu diesem Zweck von allen Seiten eingeschleust haben! Seht also, wie wichtig, aber auch wie überaus kostbar jetzt eine seriöse Quellenforschung ist. Laßt uns also sämtliche uns unterwandernden Maulwürfe ans Licht reißen, diese böswilligen Fehlinformationen ans Licht bringen und zeigen, woher die Desinformation tatsächlich kommt!
Geht der Spur so lange nach, bis ihr die hintersten Drahtzieher am Haken habt! Und ihr werdet sehen, daß ihr immer wieder bei den Geheimbundakteuren landet! Ob diese nun über ihre Mainstream-Medien oder über ihre Big-Pharma operieren; über ihre instrumentalisierten Wissenschaftler, Wirtschaftsexperten oder überall eingeschleusten Künstler: Laßt uns diese Schlangen und Skorpione aus allen Ritzen und Löchern hervorziehen, um sie offenkundig zu machen! Ich wiederhole: Sie wollen die Wahrheitsfindung derart verwüsten und in ein Chaos stürzen, daß zuletzt möglichst kein einziger Mensch mehr weiß, was Wahrheit und Lüge, was echt und falsch ist.
An diesem Punkt angelangt, würden sie dann gerne das absolute und gesetzlich verbriefte Wahrheitsmonopol für sich ergattern. Sie beabsichtigen, schon jede bloße Tendenz zur Wahrheitsfindung stinkend zu machen. So, daß möglichst die gesamte Wahrheitsbewegung ihr Handwerk entmutigt aufgibt, weil die gesamten Angelegenheiten viel zu kompliziert, zu undurchschaubar und komplex sind. Darum sage ich euch auch an dieser Stelle wieder, wie es in Wahrheit ist: Überhaupt nichts ist kompliziert, wenn wir nur diese einfachen Prinzipien einhalten, die ich euch hier schule. Doch seid um alles in der Welt einfach nie oberflächlich, nie faul und zu bequem, um alles gründlich zu prüfen, bevor ihr es weiterreicht und verbreitet! Es geht hier um Sein oder Nichtsein, ihr Lieben!

WEITERE ZERSTÖRUNGSMETHODE GEZIELTER DESINFORMANTEN

Ich leite nun zum letzten Teil über. In diesem untermauern wir das bisher Gesagte noch etwas. Und wir ergänzen es um einen weiteren sehr gewichtigen und etwas anspruchsvolleren Aspekt, was die diabolische Vorgehensweise der Desinformanten betrifft. Bleibt bitte mit mir dran!
Das Schlimmste an diesem gegenwärtig tobenden Informationskrieg ist der Frontalangriff auf unsere Intuition. Millionen aufgewachter Menschen haben soeben damit begonnen, sich wieder auf ihr intuitives Wahrheitsempfinden zu besinnen und sich diesem innerlichen Navigationssystem anzuvertrauen. Die Menschen haben damit begonnen, nicht nur immer die eine Mainstream-Stimme, sondern auch die Gegenstimme anzuhören.
Dadurch haben sie sich unaufhörlich dazu entschlossen, den hochführenden Gegenstimmen Gehör zu schenken und selbst den im Mainstream verschriensten Menschen zu folgen. Darum versuchen die aufgeflogenen Menschheitszerstörer nun jede Form der Gegenstimme dadurch zu schädigen, daß sie selber sich mit gezielt gefakten Gegenstimmen unter die freien Aufklärer mischen. Wie sie das tun, haben wir soeben mindestens ansatzweise umrissen und hoffentlich verstanden.
Eine weitere Zerstörungsmethode gezielter Desinformanten besteht in einer noch hinterhältigeren Form der Verleumdung. Bislang hat man die freien Aufklärer einfach mit Schandtiteln belegt, so etwa mit den Begriffen "Schwurbler", "Antisemiten", "Sektierer", "Politsekten", "selbsterwählte Apostel", "Laienprediger" usw. Doch nun liegt die aktuelle Masche der Verleumdung im gezielten Ausstreuen von Gerüchten.

Eines der aktuellsten um sich greifenden Gerüchte wirft beste Aufklärer einfach in die Ecke der geführten Opposition. Erkennt an solchen psychologischen Kriegsführungen, in der Fachsprache auch "Psy-Op" (Worterklärung: Psychologische Operationen) genannt, den Höchstgrad der gegenwärtigen Verführung! Die unabhängigen und freien Aufklärer sind der Möchtegern-Elite derart gefährlich geworden, daß die weltführenden Geheimgilden sich unter die Aufklärer mischen mußten, um die Opposition von innen her zu übernehmen und umzulenken.
Diese "Psy-Op-Taktik" zur Unterwanderung des Feindes ist ja gar keine neue, sie existiert schon seit Jahrtausenden. Schon in der Bibel liest man von z.B. von einem Huschai, der sich als falscher Ratgeber ins Lager seiner Feinde eingeschlichen hatte. Es war aber eine psychologisch geführte Oppositions-Masche. Und so lenkten sie in entscheidender Stunde die Herzen der Kriegsherren und Könige wie Wasserbäche um. Mit windigen, wohlklingenden und überzeugenden Worten und Argumenten überredeten sie angriffsbereite Könige zum Rückzug, wo aber die günstigste Stunde zum Angriff gewesen wäre. Andererseits verführten sie noch völlig unzureichend gerüstete Herrscher zum Sofort-Angriff.
Wo immer man auf diese eingeschleusten Ratgeber gehört hatte, kam es zur umgehenden Niederlage. So funktioniert die geführte Opposition. Und glaubt es einmal besser: Gerade die geführte Opposition ist die aktuellste Masche unserer Möchtegern-Weltherrscher. Woran erkennt man nun, welche Opposition tatsächlich von dem Kraken angeführt ist, und welchem freien Aufklärer man bloß das Gerücht in die Schuhe geschoben hat, er gehöre zur geführten Opposition? Es ist letztlich ganz einfach, wenn auch von der Grundlage her etwas anspruchsvoller als die drei Aspekte der Intuitions-Lehre, die in der Fachsprache übrigens als Gesetz des Geistes des Lebens bezeichnet werden. Wir müssen eigentlich nur genau darauf achten, auf welches Ziel hin eine Person arbeitet.
Ohne nun irgendwelche Namen zu nennen, gebe ich dir jetzt einmal ein Fallbeispiel: Die meisten Aufklärer haben mittlerweile die roten Fäden und die Drahtzieher hinter der geschehenen und noch laufenden Weltgeschichte begriffen: Es operiert gleichsam ein krakenartiger Geheimbund, der seit Jahrhunderten nach Weltherrschaft strebt. Diese Geheimbündler reden schon seit langem ganz offen von ihrer neuen Weltordnung.
Das bedeutet für sie: Nationalstaaten müssen dazu aufgelöst werden, die Menschheit muß dazu vom Bargeld auf überwachbares digitales Geld wechseln, die ganze Menschheit muß dazu derart überwacht sein, daß jede Handlung jedes Menschen zu jeder Zeit kontrollierbar und lenkbar wird. Religionen müssen weg, um der einen neuen Welt-Religion, letztlich dem Luzifer-Kult Platz zu machen. Kurzum soll die ganze Welt unter eine Führung gebracht, sämtliche Produktionsmittel von einer Führung kontrolliert werden. Aber auch das Gesundheitswesen, die Bildung, die Wissenschaft, die Justiz, Politik und Medien samt Kultur müssen unter eine Führung gebracht werden. Das ist ihr Ziel.
Und seht ihr, die roten Fäden machen auch vor dem Gendern nicht halt. Der Krake will in nihilistischer Weise sämtliche gehabten Werte auflösen, daß selbst Männlein und Weiblein oder die traditionelle Familie dort keine Existenzberechtigung mehr haben. Es sollen letztlich nur noch lauter vorgegebene neue Narrative gelten, die der Mensch zwanghaft zu glauben und umzusetzen hat. Wer sich nicht fügt, scheidet aus, landet im vorbereiteten Ghetto.
Und seht ihr, wenn jetzt irgendeine Person daherkommt, die sich in die Reihen der freien Aufklärer stellt und wortgewandt irgendeines dieser Ziele in ihre Oppositionsreden und Bemühungen einbaut - dann könnt ihr schon sicher sein, daß es sich im besten Fall um eine "Psy-Op-instrumentalisierte" Person handelt, oder im schlimmsten Fall um die geführte Opposition direkt handelt.
Achtet also unbedingt auf ihre Worte und auf ihre Taten - allem voran auf ihre Taten! Denn unsere Politiker führen es uns ja weltweit ständig vor Augen, wie sie uns vor jeder Wahl alle

möglichen Dinge versprechen, die wir so gerne hören möchten. Nach der Wahl aber tun sie in aller Regel das bare Gegenteil. Ihre Werke stimmen also nicht mit ihren Worten überein! Genauso arbeitet die geführte Opposition mitten unter den freien Aufklärern. Überall schleicht sie sich ein. Sie übernimmt die Slogans der Aufklärer, führt sie aber schrittweise gezielt den gehabten Zielen des Kraken entgegen.
Wenn sich also zum Beispiel wortgewandte Oppositionsführer gegen den Krieg in Szene setzen und als Alternative die Energien der Menschen auf den Klimawandel umleiten - dann weißt du schon mit Sicherheit, daß sie der Agenda des WEF dienen. Wenn sie in der Mitte freier Aufklärer ihre Stimme erheben und gegen die Allmacht von Big-Pharma wettern, auf der anderen Seite aber den Menschen raten, sich deren Impfprogrammen dennoch zu unterziehen - dann hast du es mit einer geführten Opposition zu tun.
Wer immer auch noch so laut gegen das Zins- und Zinseszinssystem wettert, die Macht der Rothschilds, der Fed, der Zentralbanken usw. anprangert, gleichzeitig aber die Menschen hinein in die digitale Währung leitet oder auch nur widerstandslos leiten läßt - dann hast du es mit ziemlicher Sicherheit mit einer geführten Opposition zu tun. Versteht ihr: Das anspruchsvollste Teil beim Erkennen von geführter Opposition liegt in der Kenntnis der roten Fäden, sprich der Ziele des Weltherrschafts-Kraken. Grünschnäbel in der Aufklärungsszene werden freilich immer schwer haben, das finstere Spiel zu durchschauen. Grünschnäbel sind daher auch die bevorzugten Ziele der geführten Opposition.
Die lassen sich leicht einlullen und instrumentalisieren. Denen braucht man bloß zwei, drei Sätze sagen, die sie hören möchten, und schon blasen Sie mit voller Kraft ins selbe Horn. Wollen wir also diesen Informationskrieg gewinnen, dann müssen wir allem voran Schulungen wie diese zu allen freien Aufklärern weiterleiten - allem zuvor an die Neueinsteiger. Ich betone an dieser Stelle aber noch einmal, worin gerade der "hippste" Trend der bösen Desinformanten liegt: Weil sie selber gerade dabei sind, überall geführte Opposition aufzubauen, bringen sie mit Vorliebe die besten unter den freien Aufklärern unter Verdacht, zur geführten Opposition zu gehören. So üben sie Spaltung.
Gerade diese Tage habe ich wieder einen Brief von einem an sich wirklich großartigen Aufklärer bekommen. Weil ich zuvor nicht bereit war, zusammen mit Kla.TV sein Rassismus schürendes Buch zu verbreiten, ist er so enttäuscht von mir, daß er mich nun öffentlich der geführten Opposition, also als "Psy-Op-Aktivist" zu beschuldigen gedenkt. Sind solch irre Verleumdungen und Spaltungsvorhaben überhaupt noch zu überbieten? Stellt euch einmal vor: Ein Ivo Sasek, der mit all seinen Taten seit Jahrzehnten bewiesen hat, daß er das bare Gegenteil der Möchtegern-Weltherrscher verkörpert, soll nun plötzlich ein Agent seiner Erzfeinde sein?
Siehst du, die Sache wäre ganz einfach zu durchschauen: Du brauchst nur mein Buch "Herr der Wandlungen" zu lesen, dann wirst du meine gesamte Entstehungsgeschichte von der Pike an beobachten können. Jede Woche und jeder Monat unseres Wirkens wurden seit jeher in Rundschreiben akribisch detailliert zusammengefaßt. Du kannst Wort und Tat nebeneinander vergleichen, und zwar über nun fast fünf Jahrzehnte hinweg. Doch seht ihr, wenn es den diabolischen Desinformanten gelingt, nun alle möglichen Freiheitskämpfer plötzlich als geführte Opposition der Bösen zu verunglimpfen - wer könnte solchen Ohrenbläsern Gehör schenken, ohne dabei gespalten zu werden und dann auch noch den letzten Mut zu verlieren?
Erkennt also den Baum wieder an seinen Früchten, wie Jesus uns einst gelehrt hatte: Von einem Dornstrauch kann kein Apfel erwachsen. Ebenso wenig aber wird ein Apfelbaum Dornen an seinen Ästen zeigen. Macht daher eure Augen und Herzen auf und erkennt, wen ihr jeweils vor euch habt und wohin euch diese Leute letztlich führen, damit ihr dem Informationskrieg mit all seinen verwirrenden Methoden nicht zum Opfer fallt. Denn diese sind so vergiftend wie etwa eine Pest. Wer das Gift der Lüge in sich hineinläßt, erfährt als erstes eine ganz krasse

innere Abspaltung selbst jenen Menschen gegenüber, die man einst geliebt und geschätzt hatte. Das sind die niederziehenden Wirkungen.
Wie weit das gehen kann, erlebe ich gerade in diesen Tagen wieder aufs Neue. Es ist diesen Ohrenbläsern gelungen, selbst mich als Geldmenschen zu verunglimpfen, nachdem ich nachweislich weit über 45 Jahre sämtliche Dienste und erarbeiteten Produkte zum Nulltarif geleistet habe. Ohne je auch nur eine einzige Kontonummer veröffentlicht oder auch nur schon die kleinste Kollekte erhoben zu haben, zuallerletzt aber auch nur schon den leisesten Spendenaufruf gemacht zu haben. All das habe ich nicht getan. Aber jetzt soll ich ein Geldmensch sein. Ich frage aber: Was kann man mehr tun mit seinen Werken, als ein Leben lang wie ein Sklave allen zur Verfügung zu stehen - freiwillig, aus vollem Herzen und ungeheuchelt?
Was kann man mehr tun? Erkennt hieran einfach den Grad der Vergiftung, der von den böswilligen Desinformanten ausgeht. Seid fleißig und studiert diese Schulung. Verbreitet sie, soweit ihr nur irgend könnt, damit wir diese neuen Wellen reiten und uns zunutze machen können. Die Wahrheit muß zuletzt siegen. Und sie wird siegen, wenn wir nur den Mut nicht verlieren, sondern an der Tatsache festhalten, daß Gott uns innerlich und äußerlich befähigen wird, in Seinen Vollkommenheiten zu leben und all diese boshaften Auswüchse zu beherrschen!
Ich weise abschließend noch einmal darauf hin, daß jede Form satanischer Ausuferung und Attacken letztlich nur die in uns angelegten Kräfte und Befähigungen zum Gären bringen. Ebenso werden sie uns letztlich nur multiplizieren, vervollkommnen und zu unserer Bevollmächtigung hintreiben. Jeder Angriff - komme er von außen oder innen - muß und wird gesetzmäßig unsere geistlichen "Gaben" vermehren, unsere Pfeile des Wortes schärfen, unsere Aufdeckungs-Gewalt aktivieren.
Und diese hier einmal mehr benannten Volksverderber werden sich selber hinein in ein weltumspannendes Gericht manövrieren. Doch dies nur, solange wir alle zuversichtlich, glaubend und standhaft bleiben. Eine große Unterstützung sind uns in diesem Kampf sämtliche Fachkräfte aus allen Gebieten. Bitte schont euch nicht und stellt euch zusammen mit uns diesen nie dagewesenen Herausforderungen. Tun wir es nicht, wird es unser aller Untergang sein. Tun wir es hingegen, werden wir zusammen die ja schon angebrochene Neue Welt zu ihrer vollen Blüte bringen.
Ich bin Ivo Sasek, der im 48. Jahr vor Gott steht.<<

03.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 3. November 2024 (x1.420/…):
>>**Berlin: Massenschlägerei mit 60 Personen - 17-Jähriger mit Messer schwer verletzt**
Alles so schön bunt hier in der linksgrün-woken Messer-Republik: In einem Berliner Park sind am Samstagabend zwei große Gruppen zunächst noch unbekannter ethnischer Herkunft in einen Streit geraten. Dabei wurde ein Jugendlicher durch ein Messer schwer verletzt. Der 17-Jährige mußte in einer Klinik operiert werden.
Bei der Massenschlägerei ist im Münsinger Park in Berlin-Spandau am Wochenende ein Jugendlicher durch Messerstiche schwer verletzt worden. Ein 17-Jähriger habe Schnittverletzungen am Hinterkopf und am Rücken erlitten und sei noch eigenständig mit der U-Bahn zum Bahnhof Zitadelle gefahren, wo er zusammenbrach, teilte die Polizei mit.
Nach den bisherigen Erkenntnissen waren in dem Park zwei Gruppen - eine aus etwa 20 Personen, die andere aus etwa 40 Personen bestehend - in Streit geraten. Die Polizisten trafen in der Nähe des Tatortes noch zwei Männer im Alter von 18 Jahren sowie einen weiteren Verdächtigen im Alter von 21 Jahren an, die an der Auseinandersetzung beteiligt gewesen sein sollen. Sie wurden festgenommen, befinden sich aber wieder auf freiem Fuß.
Über die Herkunft der Tatbeteiligten wurde zunächst nichts Näheres bekannt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. November 2024 (x1.422/…): >>**Autoindustrie warnt vor Deindustrialisierung**

Die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, warnt die Ampel-Regierung im Zusammenhang mit der Krise der Autoindustrie vor einer drohenden Deindustrialisierung. "Es gibt kein Erkenntnisproblem mehr - jetzt muß gehandelt werden", sagte Müller der "Bild am Sonntag".

Die Automobilindustrie und viele andere Industrien in Deutschland stünden vor massiven Herausforderungen, die das Land als Industriestandort in Gefahr bringen könnten. Müller beklagte: "Wir sehen eine Litanei von Gipfeln und Beratungen, aber keine konkreten Schritte." Müller forderte von der Bundesregierung konkrete Handlungen statt weiterer Gipfeltreffen und Beratungsrunden: "Die Unternehmen brauchen jetzt politische Unterstützung, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu sichern."

Besonders alarmierend sei, daß nur noch ein Prozent der Unternehmen plane, ihre Investitionen in Deutschland zu erhöhen. Laut Müller ein deutliches Signal dafür, daß Produktions- und Investitionsentscheidungen zunehmend gegen Deutschland ausfielen. "Die Welt wartet nicht auf uns", warnte die VDA-Präsidentin und hob die dringende Notwendigkeit hervor, daß die deutsche Politik endlich ins Handeln kommt. Müller zeigte sich alarmiert, daß eine drohende Deindustrialisierung nicht nur die Autoindustrie, sondern auch regionale Handwerksbetriebe und den Mittelstand schwer belasten könnte.

"Wenn Werke in Frage stehen, ist das ganze System in den betroffenen Regionen gefährdet", sagte sie und ergänzte, daß dieser Verlust nicht nur auf die Industrie beschränkt bleibe, sondern auch lokale Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Stabilität der Regionen gefährde. Sie schilderte die dramatische Lage vieler Mittelständler, die die VDA täglich um Unterstützung bitten und verzweifelt auf politische Maßnahmen warten.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 3. November 2024 (x1.422/…): >>**Autoindustrie verlangt umfassende Reformen in Energiepolitik**

Die Präsidentin des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Hildegard Müller, hat dringende Reformen in der Energiepolitik und bei den Produktionskosten angemahnt. Sie forderte die Bundesregierung auf, endlich eine gemeinsame europäische Energiepolitik zu etablieren und Energiepartnerschaften mit anderen Ländern zu schließen: "Deutschland muß sich auf internationale Energiequellen stützen, um die hohen Kosten zu senken und den Standort zu sichern", sagte sie der "Bild am Sonntag".

Müller zeigte sich besorgt über das politische Krisenmanagement der Bundesregierung. "So etwas, wie wir es aktuell geboten bekommen, habe ich noch nicht erlebt. Und vor allem auch nicht vor dem Hintergrund der Krisen, die wir haben", kritisierte sie und verwies darauf, daß die Regierung in früheren Krisen wie der Ukraine- und Gas-Krise gezeigt habe, daß sie handeln könne.

Daß dies nun nicht gelinge, sei "nicht nur bedauerlich, sondern angesichts der Veränderungen in der Welt die wirklich schlechte Nachricht für alle Beteiligten, insbesondere für die Arbeitsplätze und für den Standort". Die VDA-Präsidentin hob hervor, daß die Politik jetzt Verantwortung übernehmen müsse und forderte: "Es gibt kein Erkenntnisdefizit, das möchte ich noch einmal sagen - wir brauchen jetzt konkrete Maßnahmen."

Müller erwähnte zudem, daß die deutsche Autoindustrie im internationalen Vergleich nach wie vor führend sei. "Wir verkaufen in China hundertmal mehr Autos als umgekehrt. Weltweit sind unsere Marken gefragt, aber es entstehen neue Wettbewerber", sagte sie.

Die Produkte der deutschen Hersteller seien weiterhin wettbewerbsfähig, doch der Standort Deutschland verliere zunehmend an Attraktivität. "Die Produkte sind wettbewerbsfähig, aber der Standort leider nicht", erklärte Müller.

Die Autoindustrie plane allein in den nächsten vier Jahren Investitionen in Höhe von 280 Mil-

liarden Euro für Forschung, Entwicklung und neue Antriebstechnologien sowie 130 Milliarden Euro für den Umbau von Werken. Diese Rekordsummen seien ein "klares Bekenntnis zur Zukunft des Standorts", so Müller. Doch warnte sie zugleich, daß diese Investitionen zunehmend ins Ausland fließen könnten, falls sich die Rahmenbedingungen in Deutschland nicht verbessern. Auch zur geplanten Transformation in Richtung Elektromobilität äußerte sich Müller kritisch.
Sie plädierte für technologische Offenheit und sprach sich gegen eine einseitige Fokussierung auf Elektroantriebe aus. "Wir brauchen eine CO2-neutrale Mobilität, die sich an den Bedürfnissen der Märkte orientiert und nicht durch politische Verbote eingeschränkt wird", sagte die Branchenvertreterin.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. November 2024 (x1.417/…): >>**Verlorene Heimat**
Von *Gero Bernhardt*
Die Oder-Neiße-Linie war nie als Polens Westgrenze vorgesehen. Darauf setzte anfangs auch die deutsche Politik. Mit unserer Silbermünzreihe "Deutsche Ostgebiete" erinnern wir an Ostpreußen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Hier mehr erfahren.
Mit dem Londoner Protokoll vom 12. September 1944 hatten die Alliierten die Aufteilung Deutschlands mit Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 in mehrere Besatzungszonen beschlossen - mit Groß-Berlin als einer anfangs gemeinsam regierten Vier-Sektoren-Stadt. Die deutschen Ostgebiete, also Ostpreußen, Pommern, Schlesien und Ost-Brandenburg, blieben zunächst ausgenommen.
Polonisierung
Seine endgültige Fassung erhielt dieser Teilungsplan mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945. In der Vereinbarung wurde Ostdeutschland unter polnische beziehungsweise - im Falle des nördlichen Ostpreußens - unter sowjetische Verwaltung gestellt. Wohlgemerkt: Eine Abtretung der Gebiete an Polen war nicht vorgesehen.
Dazu heißt es im Potsdamer Protokoll:
"Die Häupter der drei Regierungen (der USA, der UdSSR und Großbritanniens) stimmen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze Polens die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teils Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Übereinstimmung mit den auf dieser Konferenz erzielten Vereinbarungen, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen."
Damit war die Oder-Neiße-Linie geboren.
Warschau behandelte die ihm dadurch unterstellten Gebiete allerdings von Anfang an als "polnisch" und wollte vollendete Tatsachen schaffen. In seinem 2014 veröffentlichten Buch Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie schreibt der Staatsrechtler Michael A. Hartenstein:
"Einhergehend mit der Vertreibung der deutschen Bevölkerung erfolgte in den Oder-Neiße-Gebieten eine Besiedlung mit Polen. Gleichzeitig gliederte der polnische Staat die Oder-Neiße-Gebiete durch Verwaltungsmaßnahmen in das Staatswesen ein. Mit einem Dekret vom 13. November 1945 wurde für eine Übergangszeit ein Sonderministerium für die "wiedergewonnenen Gebiete" ... eingerichtet."
Es folgte eine Verwaltungsneugliederung und faktische Übereignungen von Land und Gut der deutschen Bewohner an die polnischen "Kolonisten". Hartenstein stellt fest: "Aus den weitreichenden Rechtsakten Polens, durch die die Oder-Neiße-Gebiete trotz des juristischen Vorbehaltes faktisch in den polnischen Staat eingegliedert wurden, ist ersichtlich, daß Polen sich in

Konsequenz seiner schon vor Kriegsende gezeigten politischen Haltung auf Dauer in seinen ursprünglich deutschen "Verwaltungsgebieten" einrichten und diese für immer behalten wollte."
Fortan stand für Warschau die Frage nach der internationalen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ganz oben auf der Agenda.

Heimatrecht

Deutsche Politiker der unmittelbaren Nachkriegszeit waren nicht gewillt, dies hinzunehmen. Das war auch für Kurt Schumacher, den ersten Parteivorsitzenden der SPD in der Nachkriegszeit, eine Selbstverständlichkeit.
Vor Studenten in Hamburg sagte er am 4. September 1946: "Lange bevor noch irgend jemand in Deutschland den Mund aufzumachen wagte, haben Sozialdemokraten schon gesagt, daß die Oder-Neiße-Grenze nationalpolitisch und ernährungspolitisch eine Unmöglichkeit ist. Dieses verwüstete Niemandsland, auf dem kein Halm und keine Ähre wächst, das die Polen weder volklich noch politisch noch organisatorisch auszugestalten in der Lage sind, ist das Terrain, um das wir kämpfen."
Vor dem Deutschen Bundestag erklärte Schumacher, der von den Nationalsozialisten ins KZ gesteckt worden war, am 10. März 1950: "Die Schaffung des Bonner Grundgesetzes hat diese Auffassung von einem einheitlichen Deutschland, einschließlich der sowjetischen Besatzungszone und einschließlich der besetzten Gebiete östlich von Oder und Neiße, in nichts aufgegeben."
Dies bekräftigte er noch mal in einer Rede vom 13. Juni 1950: "Die Oder-Neiße-Linie ist ja nicht nur das Problem der deutschen Grenzen, die Oder-Neiße-Linie ist auch das Problem des Rückkehr- und Heimatrechts der Ostvertriebenen, zu dem wir uns bekennen müssen."
Und auf einer Kundgebung vor den Messehallen in Berlin am 17. August 1951 erklärte der SPD-Chef unter "stürmischem Beifall" (laut Protokoll): "Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an den Menschheitsideen durch die Kommunisten, durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstrikken zu lassen."
Auch für CDU, CSU und FDP war damals klar, daß die Ostgebiete nach wie vor als Teil eines gesamtdeutschen Vaterlandes anzusehen sind. Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) teilte den Vertriebenen in einem Aufruf zum Jahreswechsel 1946/47 mit, daß "kein christlich-demokratischer Politiker einen Friedensvertrag unterschreiben wird, in dem die Oder-Neiße-Linie anerkannt wird".
Die FDP schloß sich dieser Haltung mit einer Erklärung am 7. Januar 1947 an. Mit dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten gab es in Westdeutschland sogar eine parlamentarisch verankerte Partei für die Interessen der Ostdeutschen.
Adenauer formulierte schon in seiner ersten Regierungserklärung am 20. September 1949 die offizielle Haltung Bonns in dieser Sache: "Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der drei Regierungen - das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland - haben ihre Ansicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß. Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden."
Man werde "nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiterzuverfolgen". Hartenstein merkt in seinem Buch dazu an: "Der Rechtsstandpunkt, den Adenauer in seiner Regierungserklärung vertrat, wurde von allen Parteien, außer den Kommunisten, geteilt. Kurt Schumacher (SPD) warnte in seiner Erwiderung auf Adenauer sogar vor jedem Kompromiß im Kampf gegen die Oder-Neiße-Linie."

Unter Ludwig Erhard (CDU), dem Nachfolger Adenauers als Kanzler, wurden diese deutschlandpolitischen Rechtspositionen aufrechterhalten. In seine Amtszeit fällt auch eine "Note zur deutschen Friedenspolitik", die am 25. März 1966 allen ausländischen Regierungen übermittelt wurde. Darin betonte man, daß "Deutschland in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, solange nicht eine frei gewählte, gesamtdeutsche Regierung andere Grenzen anerkennt".

Grotewohls "Friedensgrenze"

In der DDR schwenkte man hingegen schon früh auf den Kurs des Großen Bruders in Moskau und seiner Statthalter in Warschau ein. Ministerpräsident Otto Grotewohl erklärte am 12. Oktober 1949, also nur wenige Tage nach Gründung des mitteldeutschen Teilstaates, daß man die Oder-Neiße-Linie als "eine Friedensgrenze" ansehe, "die ein freundschaftliches Verhältnis zum polnischen Volke ermöglicht".

In einer Antwort an Grotewohl und DDR-Präsident Wilhelm Pieck zeigte sich Polens Staatschef Boleslaw Bierut - unter dem 1945/46 die berüchtigten Dekrete zur Entrechtung und Enteignung der Vertriebenen erlassen worden waren - äußerst zufrieden und erklärte, daß man die "Errichtung der Deutschen Demokratischen Republik" begrüße, da sie "ein für alle Mal mit der verhängnisvollen und schändlichen Tradition des "Dranges nach Osten" gebrochen hat und die Oder und Neiße als Grenze des Friedens betrachtet".

Die DDR und Polen nahmen dann am 18. Oktober 1949 diplomatische Beziehungen auf, und Pieck und Grotewohl bekräftigten in einem Antwortschreiben an Bierut vom 2. November 1949 erneut, daß man die Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze anerkenne. Darüber hinaus erklärten sie, daß die SED jeden, "der das Ansinnen einer Revision dieser Grenze stellt, als einen Feind des deutschen und polnischen Volkes und zugleich als Kriegstreiber" ansehe. Formaljuristisch folgte am 6. Juni 1950 eine in Warschau unterzeichnete Deklaration über die Grenzmarkierung zwischen beiden Staaten.

Doch damit nicht genug. Mit dem Abkommen von Görlitz vom 6. Juli 1950 wollten die beiden kommunistischen Länder der "Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen" eine völkerrechtlich verbindliche Legitimation verleihen, was schon deshalb reichlich grotesk erscheinen mußte, weil sich die DDR zur damaligen Zeit selbst nur als Teilstaat betrachtete, also kaum für das ganze Deutschland sprechen und handeln konnte.

Als Zeichen des guten Willens beziehungsweise "als Beweis der Festigung der deutsch-polnischen Freundschaft", wie es offiziell hieß, trat man knapp ein Jahr später noch einen Gebietsstreifen auf der Insel Usedom westlich von Swinemünde an Warschau ab. Was von der "Friedensgrenze", die laut der Präambel des Görlitzer Abkommens Deutsche und Polen "nicht trennt, sondern einigt", wirklich zu halten war, zeigte sich in den folgenden Jahren. Bis in die 1960er Jahre gehörte sie zu den bestbewachten und am schärfsten abgeriegelten Grenzen Europas.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. November 2024 (x1.417/…): >>**Migranten: 25 Sexualstraftaten am Tag!**

Von *Daniell Pföhringer*

Opfer von Vergewaltigungen durchleiden oft schwerwiegende Traumata.

Jetzt amtlich: Sogenannte Flüchtlinge sind in Deutschland überproportional bei Straftaten vertreten. Das geht aus einer neuen BKA-Statistik hervor. …

Von wegen Vorurteil: Das im Oktober vom Bundeskriminalamt (BKA) veröffentlichte Lagebild "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" für das Jahr 2023 zeigt, daß sogenannte Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland überdurchschnittlich viele Straftaten verüben.

So ist die Zahl tatverdächtiger Migranten 2023 bei der Allgemeinkriminalität (ohne ausländerrechtliche Verstöße) um 25,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Waren es 2022 noch 142.721 Tatverdächtige mit ausländischen Wurzeln, verzeichnete das BKA für 2023 insge-

samt 178.581 tatverdächtige Flüchtlinge. Dies entspricht in etwa der Tendenz des Vorjahres - die Zahl steigt also Jahr für Jahr.
Über die Hälfte der ausländischen Tatverdächtigen war unter 30 Jahre alt, über drei Viertel männlich. Den größten Anteil machten 2023 dabei Ukrainer aus, die allerdings mit 33,1 Prozent auch den größten Teil der momentan in Deutschland lebenden Flüchtlinge stellen. Ihr Anteil in der BKA-Statistik (11,6 Prozent) lag damit unter ihrem Anteil an allen Asylmigranten.
Genau andersherum ist es bei Migranten aus Algerien, Marokko und Tunesien, die lediglich 0,6 Prozent aller Flüchtlinge ausmachen. Sie sind mit 8,9 Prozent im BKA-Lagebild "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" stark überrepräsentiert. Besonders bezeichnend: Fast ein Drittel der tatverdächtigen Migranten war "mehrfach tatverdächtig". Auch bei diesen Intensivtätern stellen Personen aus den Maghreb-Staaten und aus Libyen einen besonders hohen Anteil. Wurden hier 2022 noch 45.725 Fälle gezählt, waren es 2023 insgesamt 56.236 - eine Zunahme um 23 Prozent.
Besonders erschreckend ist die Zunahme bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, also Vergewaltigung oder sexuelle Belästigung beziehungsweise Nötigung. Hier stiegen die Fälle mit tatverdächtigen Flüchtlingen 2023 laut BKA-Daten um 16,5 Prozent - das ist eine Zunahme von 7.554 auf 8.800 Delikte. Oder anders ausgedrückt: Jeden Tag verüben Migranten in Deutschland 25 Sexualstraftaten.
Die meisten Verdächtigen kamen dabei aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Ukraine, gefolgt von Migranten aus Eritrea, der Türkei, Somalia und dem Iran. Brisant: Im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 stieg die Zahl der Sexualstraftaten durch Migranten sogar um 51,7 Prozent.
Die stärkste Steigerung gab es hingegen bei Diebstahlsdelikte, in denen Flüchtlinge verwickelt waren: von 74.858 (2022) auf 100.767 Fälle (2023) - ein Plus von 34,6 Prozent. Schließlich ist auch die Zahl der Straftaten gegen das Leben (Mord, Totschlag), die durch Migranten verübt wurden, stark angestiegen.
Im Jahr 2023 wurden 348 Fälle von Straftaten gegen das Leben registriert, bei denen mindestens ein Migrant als tatverdächtig ermittelt wurde - ein Plus von 4,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr mit 332 Fällen. In 64 dieser Fälle wurde das Tötungsdelikt vollendet.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30954" berichtet am 3. November 2024 (x1.418/…): >>**Kinderhandel und Sex-Sklaverei durch Weltpolitiker**
Ich bin in Belgien aufgewachsen und wurde um meinen sechsten Geburtstag herum an ein mörderisches Pädophilen-Netzwerk verkauft. Ich wurde in diesem Netzwerk fünfeinhalb Jahre benutzt. Die erwachsenen Männer, die zu diesem exklusiven Club gehörten, waren dort aus verschiedenen Gründen, aber es gab eine Menge Alkohol, eine Menge Drogen. Und die Kinder waren die Ware, die höchste, die am meisten geschätzte Ware und wurden hauptsächlich für Sex benutzt. Aber es waren auch ein paar Aristokraten Teil dieses Clubs, die Kinder auch gerne töteten.
Und dann war ich an der Reihe. Mit elf Jahren sollte ich getötet werden. Ich wurde gefoltert, weil jemand, der mich eine Zeit lang beschützt hatte und mich dann wirklich schlimm mißbraucht hatte, mit mir fertig war. Ich wurde auf einer Schlachtbank festgeschnallt. Sie war schwarz vom Blut all der Kinder vor mir. Ich war einige Stunden lang dort. Mein Körper ist voller Narben. Und jede Narbe erinnert mich an diesen Moment. Ich dachte, daß ich getötet würde, wie all die Kinder, die nicht genug geliebt wurden, um zu leben. Und auch ich würde vergessen werden. Und ich war nicht bereit zu sterben. Jemand von innerhalb dieses Netzwerks liebte mich genug, um mich zu retten.
Die Folter dauerte ein paar Stunden. Ich war für fünfeinhalb Jahre in diesem Netzwerk. Während dieser Zeit wurde ich viele, viele, viele Male vergewaltigt. Ich habe keine Narben, die

zeigten, wie oft ich vergewaltigt wurde. Aber ich habe es ausgerechnet. Üblicherweise war es am Wochenende, eine ganze Nacht lang. Und so habe ich ausgerechnet, daß ich pro Woche etwa sechs Stunden vergewaltigt, wirklich vergewaltigt wurde. 1.716 Stunden der Vergewaltigung, noch bevor ich das zwölfte Lebensjahr erreicht hatte.
Ich wuchs auf mit Anweisungen, die mir von der Person gegeben wurden, die mich gerettet hat. Das hat mich von Prostitution und Drogen ferngehalten und mich aus dem Land gebracht, aus Belgien, wo all das passiert ist. Auch wenn ich keine Narben hatte, war ich als junge Erwachsene so sehr darauf ausgelegt, ein Sexobjekt zu sein, daß ich Männer anzog und ein Teil von mir brauchte das, um zu leben. Denn das war die einzige Möglichkeit, die ich kannte, um mich gut zu fühlen. Und als junge Frau wurde ich so respektlos behandelt und so sehr benutzt. Und doch waren alle so bereit, mir die Schuld zuzuweisen. Promiskuitiv (sexuell freizügig) zu sein. Billig, wie gesagt wurde, eine Hure.
All diese Dinge, all diese Beinamen, sie verurteilten mich so schnell. Und dann, während ich heilte, wurde mir klar, nein, ich muß aus diesem Muster, in dem ich stecke, daß ich sexuelle Aufmerksamkeit brauche, ausbrechen. Ich muß mich selbst davon lösen und mich nicht mehr zu einem Objekt machen lassen. Ich will eine befreite Frau werden. Und so habe ich Jahrzehnt um Jahrzehnt daran gearbeitet, den ganzen Schmerz dessen, was mir angetan wurde, den ganzen Verrat von meinen Eltern, verkauft worden zu sein, zu spüren. Kinder sind die verletzlichsten Mitglieder unserer Bevölkerung. Laßt uns deshalb eine Gesellschaft schaffen, in der Kinder sicher sind, in der Kinder eine Gemeinschaft um sich herum haben.
Jedes Kind verdient Sicherheit. Kein Kind verdient, was ich durchgemacht habe und was Millionen Kinder jeden Tag durchmachen. Doch leider ist das ein Teil des derzeitigen Systems. Als Frauen haben wir so viel Potential, wirklich befähigt zu sein, uns in alles hineinfühlen, was wir als Frauen zu ertragen haben. Das gibt uns mehr Kraft als allen anderen. All der Schmerz hinter all der Ohnmacht und der Erniedrigung, wirklich zu spüren, was mir angetan wurde, wirklich zu verstehen, daß nicht ich es war. Daß es mir am Ende des Tages gut geht. Ich war ein Kind. Ich wurde zu einem Opfer gemacht. Es war nicht meine Schuld.
Mehr Informationen zu Anneke Lucas erfahren Sie in nachfolgendem Interview.
(Beginn der Übersetzung bei 2:38)

Einleitung

Gareth: Unser folgender Gast ist aus New York zugeschaltet. Anneke Lucas wurde von ihrer Mutter als Kindersex-Sklavin an ein Pädophilen-Netzwerk in Belgien verkauft. Anneke wurde täglich von älteren Männern vergewaltigt bis zu einem Alter von 11 Jahren. Viele von ihnen waren bedeutende belgische Politiker. Mit 11 wurde sie als nicht länger brauchbar für das Netzwerk betrachtet und fast zu Tode gefoltert. Vor dem Tod bewahrte sie ein Mann, der mit den Politikern verhandelte, die für das Netzwerk verantwortlich waren.

Interview

Gareth: Anneke, ich danke dir sehr dafür, daß Sie mit uns sprechen.
Die erste Sache, die mich wirklich berührt hat, war die Tatsache, daß Du von deiner Mutter verkauft wurdest. Als Vater hatte ich Mühe, den Sinn davon zu erkennen. Wie verarbeitest Du das?
Anneke: Das ist ein lebenslanger Prozeß. Denn natürlich ist meine Mutter die Person, die mir am nächsten stand. Ich denke, wir alle sind in erster Linie Hauptbezugspersonen. Sie war zudem allein, und sie hatte mich. Und dann - wissen Sie, ging es meiner Mutter nicht gut, man könnte sagen, sie war psychisch krank, was nie diagnostiziert wurde. Ich würde sie als Psychopathin bezeichnen; auf eine Weise, wie es manchmal bei Frauen vorkommt. Als solche war sie extrem kriecherisch gegenüber allen Männern. Sie benahm sich wie ein fünfjähriges, bizarr kokettes, sexualisiertes, kleines Mädchen - gegenüber allen Männern. Sie unterwarf sich selbst sehr leicht. Ich denke, ich war ein Abbild von ihr.

Und es war sehr schwierig in ihrer Nähe zu sein, denn es gab nie einen Platz für mich. Es war eine völlige Projektion. Ich war entweder eine Art schwaches, unscheinbares, häßliches kleines Mädchen, das ihr kleiner Helfer war und dann war ich gut, oder ich war böse.
Aber die eigentliche Frage, die sich Ihnen stellt, ist: "Wie kann jemand so etwas tun? Wie können die Erwachsenen in diesem Netzwerk das Kindern antun?" Viele von ihnen waren Eltern. Und viele von ihnen, da bin ich mir sicher, waren auch inzestuöse Eltern. Nun, es war so, daß meine Mutter sich seit dem Alter von 5 Jahren oder so, emotional nicht mehr weiterentwickelt hat. Das war die Zeit, als ihre Mutter starb. Sie kam aus einem massiven Trauma, das - ich muß mutmaßen - 1939 in Belgien stattfand; in einer Stadt, die während des Krieges häufig bombardiert wurde.
Ihr Vater war Kriegsgefangener in einem Konzentrationslager. Wissen Sie, ich denke, daß es mit dem Tod ihrer Mutter und anderen Todesfällen in der Familie sehr schwierig gewesen war. Nach dem Krieg gab es nur wenige Ressourcen, die den Menschen zur Verfügung standen, um von einem Trauma geheilt zu werden. So wurde sie herumgereicht in der belgischen Provinz, sie wurde total herumgereicht. Vielleicht dachten die Leute, sie sei ein wenig sexuell, weil es eine sehr katholische Gemeinde war, aber sie wurde herumgereicht. Und ich war ihr Hauptopfer.
Gareth: Es ist so schwierig, diese Geisteshaltung zu verstehen, bei der man sein eigenes Kind dorthin verkauft. Aber auch die Leute, die das auszuführen vermögen. Es ist sehr schwierig, sich da zurechtzufinden. Daß Menschen fähig sind, etwas so Schlimmes zu tun. Wie alt waren Sie, als Sie das Ausmaß des Bösen erkannt haben? Denn das ist etwas, was ein Kind nie, jemals auch nur ansatzweise verarbeiten müssen sollte.
Anneke: Richtig! Nun, das Netzwerk ist sehr finster. Und ich war - wie Sie in der Einleitung gesagt haben - wirklich in einem belgischen Netzwerk, das wie eine Mafia agierte. Aber es wurde vom damaligen Verteidigungsminister geleitet. Das war ein Politiker, der eine kometenhafte Karriere hingelegt hat. Er war in Belgien zweimal Premierminister: Paul Vanden Boeynants. In meinem Buch habe ich ihn erwähnt. (https://de.wikipedia.org/wiki/Paul_Vanden_Boeynants) Es war wirklich vernetzt mit..., es war ein lokales Netzwerk; ein belgisches Netzwerk.
Belgien ist, wie Sie wissen, ein kleines Land. Es war ein kleines Netzwerk. Aber durch den Satanismus waren sie vernetzt mit anderen, höher gestellten Satanisten und benutzten Kinder immer wie einen Bedarfsartikel. Ich wurde ab meinem sechsten Lebensjahr benutzt, als erstmals mit mir gehandelt wurde. Ich war spät dran, denn gewöhnlicher Weise werden Kinder aus Satanistenfamilien viel früher mißbraucht. Ich wurde also im Alter von sechs Jahren in das Netzwerk gestellt, und ich wurde in Belgien mißbraucht. Entweder durch bestimmte Adlige, die extrem gewalttätig und sadistisch waren und zudem keine Skrupel hatten, Kinder zu töten.
Es gibt also wirklich keinen Grund, warum ich das überlebt habe. Und dann im Alter von neun Jahren… in diesen ersten Jahren wurde ich oft von Männern mißbraucht, die in dieses System indoktriniert wurden. Es war wirklich ein System der Erpressung. In dem sie - wissen Sie - zuerst mit einem jungen Mädchen zusammengetan wurden, das etwa 14 oder 15 Jahre war. Möglicherweise wurde ihnen gesagt, es wäre älter. Das wurde auf Band aufgenommen. Damit begann die Erpressung. Und dann gelangten sie zu mir.
Mit 6, 7 Jahren ist es natürlich keine Frage, daß man ein sehr junges Kind ist. Jeder, der dabei ist, und so ein kleines Kind vergewaltigt - selbst, wenn ich sie dazu aufgefordert habe. Mir wurde (nämlich) beigebracht, ich solle es ihnen gemütlich machen. Aber selbst dann ist es keine Frage, daß es sich um ein begangenes Verbrechen handelt. Aber es gab auch immer Männer, die sagten: "Ich mache das nicht. Ich kann das nicht tun." Aber mir war damals nicht klar, wie tief diese Männer bereits indoktriniert waren und daß es, wie man sagt, einen Men-

schen braucht, der alles tut, wie man so sagt.
So heißt es doch immer. Ich hatte immer das Gefühl, daß die Leute, die mich mißbrauchten, selbst als Kinder mißbraucht worden waren und daß sie das aus einer Machtposition heraus wiederholten. So bewältigten sie ihr eigenes Gefühl der Ohnmacht und Hilflosigkeit, das sie durch den eigenen Mißbrauch erlitten hatten. Durch diesen sehr rohen Akt, bei dem sie sich in der Machtposition groß fühlten. Und natürlich werden die meisten Überlebenden keine Straftäter. Aber die Methode ist so aufgebaut, daß es Leuten, die (dennoch) bereitstehen, um Straftäter zu werden, gestattet oder drängt, dieses gewaltige, große Geheimnis der Pädophilie zu teilen. Als Einstieg, um sie alle in der Tasche zu haben. Und das erstreckt sich über … (fällt ihr ins Wort)
Gareth: Siehst Du im Fernsehen oder in der Zeitung in Belgien noch einige dieser Leute, die Dich mißbraucht haben?
Anneke: Schauen Sie. Es war nicht auf Belgien begrenzt. Ich wurde Opfer von Menschenhandel in den Vereinigten Staaten, Frankreich, der Schweiz, Italien. Wissen Sie, im Alter von 9 Jahren, kann man sagen, wurde ich an einen internationalen Netzwerker gegeben, der mich in die Vereinigten Staaten mitnahm.
Das war jemand, der auf der Weltbühne sehr bekannt ist. In dieser Zeit wurde ich bewußtseinsmanipuliert. Ich verbrachte dort ein Jahr, was ich den 'Sitz der Macht' nannte: Dies war eine Gruppe von sehr mächtigen Leuten, Satanisten, einschließlich Prominenter, Politiker, königlicher Familien. Und natürlich sieht man diese Menschen, natürlich sehe ich sie immer noch - selbst wenn die meisten meiner Täter inzwischen tot sind - denn sie waren so prominent. Sie sind überall.
Gareth: Das muß außergewöhnlich für Sie sein. Das mit Ihrem Wissen, wer diese Menschen wirklich sind, zu sehen. Wie fühlt sich das an, sie zu sehen? Es ist wahrscheinlich eine dumme Frage, aber ich könnte mir 'Wut' vorstellen.
Anneke: Ja! Es weckt in mir den Wunsch, sie zu benennen. Was etwas ist, das ich nicht tun kann. Das ist mir sehr klar: Wenn ich es tun würde, wäre ich tot. Meine Familie würde getötet. Das ist die Botschaft, die ich bekommen habe. Die Familie meines Haupttäters, ich habe herausgefunden, daß sie einen eigenen Geheimdienst betreiben. Es scheint, als hätte ich das schon ein wenig erlebt. Das sind all die Menschen, die in meinem Leben aufgetaucht sind und die auf diese Weise ausgebildet wurden. Ich wurde (auch) als Spionin ausgebildet. Ich konnte es also erkennen.
Aber die Botschaft war sehr klar, auf ihre Art ließen sie mich wissen, daß die Bedrohung immer lautete: "Wenn du den Namen dieser Person nennst, bist du tot. Und ich glaube, viele Überlebende wie ich wären bereit, ihr Leben für die Sache zu geben, wenn es das wert wäre. Aber man muß immer abwägen, was man preisgeben darf und was nicht. Das macht mich sehr wütend. Es macht mich zudem sehr wütend, wie die meisten Leute das Narrativ glauben, daß dies wunderbare Menschen sind, für die man sich einsetzt, damit sie gesehen werden.
Gareth: Natürlich, ich erinnere mich; als Kind im Vereinigten Königreich. Es gab ein riesiges pädophiles Netzwerk, das in Belgien aufgedeckt wurde. Es sorgte hier für wichtige Schlagzeilen, hier in Großbritannien. Stand das in Verbindung zu dem Netzwerk, in dem Sie steckten? Oder war das nur ein Fall, bei dem die Leute ein bißchen näher an die Wahrheit herankommen? Geben wir ihnen ein paar weniger bedeutende Pädophile, um den Durst ein wenig zu stillen, während wir die großen Namen schützen?
Anneke: Genauso ist es am Ende geworden. Worauf Sie sich beziehen, ist als der "Fall Dutroux" bekannt geworden. Ich möchte mein Buch zeigen (hält Buch in die Höhe: "Quest For Love" - Memoir of a Child Sex Slave - Anneke Lucas). Darin schreibe ich über den "Fall Dutroux". Der ist sehr eng mit meiner Lebensgeschichte verknüpft. Es handelt sich grundsätzlich um dasselbe Netzwerk. 1996 hat man davon gehört, als die Leichen von Kindern entdeckt

wurden. Zwei Kinder wurden aus einem Verlies gerettet. Ein Zuhälter aus diesem belgischen Netzwerk hatte begonnen, Kinder zu entführen.
Das war sehr ungewöhnlich, er wurde geschnappt. Kinder waren in seiner Obhut gestorben - weil die meisten der Zuhälter in Familien eindringen, sich die Kinder nehmen und sie nach Hause zurückbringen. Ich selbst war zur Schule gegangen, deshalb war das viel leichter. Es gab keine Eltern, die nach mir suchten. Meine Eltern waren beteiligt, wie die meisten Eltern der benutzten Kinder. Der "Fall Dutroux" sollte das alles hochwirbeln. Marc Dutroux war der Zuhälter. Und was dann passierte: Es wurde ein sehr großer Streitfall - weltweit. Sie sprachen über das Netzwerk, weltweit sprach man darüber und was passierte, war außergewöhnlich. In diesem… Es dauerte 8 Jahre, bis der Fall vor Gericht landete.
Eine Menge Überlebender meldeten sich als Zeugen und sagten aus. Das wurde geprüft, doppelt überprüft, durch einige wirklich gute Polizisten, Kriminalbeamte. Sie fanden Übereinstimmungen, Dinge, die diese Überlebenden nicht hätten wissen können, wenn sie nicht dort gewesen wären. Ich war zu dieser Zeit nicht in Belgien. Ich wußte kaum etwas über den "Fall Dutroux", bevor der erste Richter, der erste Verantwortliche für den Fall bereits entlassen worden war. Wegen angeblicher Parteilichkeit, die damals die weißen Märsche auslöste.
Die gesamte belgische Bevölkerung war in Aufruhr, weil es Kinderopfer gab. Alle waren weiß gekleidet, um die Unschuld der Kinder zu unterstreichen. Aber acht Jahre später gab es einen riesigen, massiven, massiven Versuch, dieses Wissen auszulöschen. Alle Zeugenaussagen wurden gestrichen; aus dem Fall gestrichen.
30 Leute, die in irgendeiner Form Beweise bezüglich des größeren Netzwerkes hatten, starben. Viele wichtige Umstände wurden aus dem Fall verdrängt. Eine neue Akte wurde erstellt, die einen anderen Fall darstellen sollte.
Als der Prozeß im Jahr 2004 begann, war es nur noch Marc Dutroux. Und dann gab es noch eine Person, die am nächsten dran war, die aber etwas höher im Netzwerk angesiedelt war. Das war Michel Nihoul. Über Michel Nihoul habe ich in meinen Memoiren ausführlich geschrieben. Denn er fing an, als ich dort war. Ich war von 1969-74 da. Ich habe mich viel mit Michel Nihoul befaßt. Er war eine Art Handlanger, der Mittelsmann für alles. Er ist in diesem Fall am Ende ausgestiegen.
Und Marc Dutroux wurde im Grunde zu einer lebenslangen Haft verurteilt. Irgendwann ist er sogar aus dem Gefängnis geflohen. Jetzt wird versucht, ihn zu fassen und zu befreien. Es ist wirklich ziemlich erstaunlich. Es ist wie bei den Satanisten, die sagen: Wir schaffen das. Wir können gewinnen. Und … (wird unterbrochen)
Gareth: Ja, das ist fast schon spöttisch.
Anneke: Ganz genau. Verspottung! Ich denke, das ist ein großes Ritual der Satanisten, wenn sie Opfer verhöhnen. Jeden verspotten, der ... Die Opfer wurden auch, die Überlebenden wurden auch extrem verhöhnt und verspottet. Und natürlich geht das immer weiter.
Gareth: Natürlich. Das ist eine Art und Weise, mit der sie noch mehr Macht auf Dich ausüben und dafür sorgen, daß Du Dich hilflos fühlst. Ähm ...Weil Sie über Ihre Erfahrung geschrieben haben, über Ihre Erfahrungen sprechen ... Werden Sie dann von Menschen kontaktiert, die ähnliche Erfahrungen in anderen Ländern, Netzwerken, oder z.B. in Großbritannien oder in Deutschland oder anderen Orten gemacht haben?
Anneke: Ja, ich danke Ihnen. Das ist, was ich im Grunde den ganzen Tag über tue. Ich arbeite mit anderen Überlebenden zusammen. 2016 verbreitete sich meine Geschichte im Internet wie ein Lauffeuer. Seit 2013 stehe ich in der Öffentlichkeit. Und ich wurde von vielen, vielen anderen Überlebenden kontaktiert. Mit ihnen arbeite ich zusammen. Ich habe mehr als 30 Jahre lang Heilung erfahren, die natürlich bis heute andauert. Aber aufgrund der Umstände und der Art und Weise, wie ich das Privileg hatte, mich wirklich auf die Heilung zu fokussieren, teile ich das.

Obwohl es so ist, spreche ich auch mit Menschen überall auf der Welt. Eigentlich ist es eher die westliche Welt. Ich arbeite viel mit Menschen aus England und dem Commonwealth; und natürlich aus Europa, so ziemlich ganz Westeuropa und natürlich aus den Vereinigten Staaten. Dieses Netzwerk hat überall Ähnlichkeiten. Leichte Unterschiede gibt es bei Kindern, die über Militärfamilien kommen. Aber die Bewußtseinsmanipulation ist überall ähnlich. Das Training zur Bewußtseinskontrolle ist überall ähnlich.
Der Verwendungszweck jedes Kindes ist je nach Rang unterschiedlich. Das hängt von ihren Familien ab. Aber es gibt große Ähnlichkeiten in der Art und Weise, wie das Netzwerk agiert. Ich habe gelernt, daß die kleineren Netzwerke, wie das belgische eines ist, sich miteinander verbinden. Durch Geheimbünde oder was auch immer in ihrer Stadt haben sie ein paar mächtige Leute und die können dann die Kontrolle behalten oder die Ermittlungen behindern, wenn es nötig ist.
Da gibt es einen Richter, einen Anwalt, da gibt's jemanden ... einen Polizeipräsidenten oder so etwas. Es gibt Ärzte. Und dann vernetzen sie sich oft durch ihre eigenen Kinder mit den noch Mächtigeren auf der Welt. Und so schützen sie ihre Positionen oder ihren Ruf oder sie steigen auf, was immer sie wollen, wirklich! Was auch immer sie anstreben, was auch immer ihre Ambitionen sind. Man kann definitiv etwas erreichen, wenn man Teil dieses Netzwerks auf der ganzen Welt ist. Und das geht sehr auf Kosten vieler Kinder.
Gareth: Ich glaube, Sie haben demnächst einen Workshop mit dem Titel 'Shifting the Power' (zu deutsch: 'Machtverschiebung'). Können Sie uns etwas darüber erzählen?
Anneke: Ja, danke Ihnen. So steht es auf meiner Website. Ich habe 10 Jahre lang in den Gefängnissen von New York gearbeitet. Ich habe eine gemeinnützige Organisation gegründet, um Yoga in die Gefängnisse zu bringen. Und von Anfang an habe ich begonnen, Yoga zu unterrichten. Das war in den 2000er-Jahren. Ich habe Yoga schon immer als Heilmethode genutzt, fand es aber sehr schwierig anzuwenden, aufgrund der Art und Weise, wie es unterrichtet wurde.
Deshalb habe ich immer gedacht: Wenn du ein Anbieter, ein Lehrer, ein Therapeut sein willst, gibt es eine Art, mit Menschen umzugehen, die nicht hilfreich ist. Und von dieser nicht hilfreichen Art habe ich sehr viel mitbekommen, ob es nun Therapeuten oder Yogalehrer oder sonst etwas waren.
Also arbeitete ich mich durch diese Programme im Gefängnis. Ich habe daran gearbeitet, eine Methode zu finden, mit der ich wirklich ganz präsent sein kann; auf einer horizontalen Ebene. Denn wir alle sind eingeladen, an dieser Machtstruktur teilzunehmen.
Wir werden also alle dazu aufgefordert, einen Abschluß zu machen und dann unsere Rolle zu übernehmen. Und in dem Maße, wie wir diesen Status und diese Position brauchen, können wir unser eigenes Trauma überdecken und uns über die Menschen stellen, mit denen wir arbeiten.
Und natürlich tun das auch viele Therapeuten. Vor allem je mehr man sich spezialisiert, desto mehr passiert das meiner Erfahrung nach. Es liegt also wirklich an jedem Anbieter, sich selbst zu betrachten, die Psychologie zu betrachten, wie man sich unbewußt an der Machtstruktur beteiligt.
An wen gibst Du deine Macht ab und auf wen schaust Du herab?
Und wenn Du davon ausgehen kannst, daß es wirklich um ein ungelöstes Trauma geht; daß Du, wenn Du zu jemandem aufschaust und Deine Macht abgibst, jemanden auf ein Podest stellst, dann schaust Du auf eine Autoritätsperson aus der eigenen Kindheit, mit der Du ungelöste Probleme hast. Und wenn Du auf jemanden herabschaust und ihn verurteilst, dann projizierst Du negativ. Und das hat mit einigen Teilen von Dir zu tun, die Du noch nicht wirklich akzeptiert hast.
Das ist also wirklich die Voraussetzung und das unbedingte Modell. Dieser Workshop ist also

ein 10-wöchiger Online-Workshop für jede Klasse.
Und ich denke, es ist ein... Ich habe es getan. Ich bin tatsächlich schon um die Welt gereist und habe bestimmte Therapeuten unterrichtet, die wirklich sehr auf diese Informationen angewiesen sind. Daß dies tief in die Dynamik geht und wie sie mit dem Trauma zusammenhängen, wenn man diese Frage stellt.

Abschluß

Gareth: Ich danke Ihnen vielmals. Vielen Dank, daß Sie zu uns gekommen sind! Es war fantastisch, mit Ihnen zu sprechen, auch wenn das Thema so schrecklich ist, wie es ist. Mit Ihnen darüber zu sprechen... Sie decken es auf und helfen anderen Menschen, die in der gleichen Situation sind. Das fühlt sich immer noch auf eine gewisse Weise erbaulich an.
Wissen Sie, was ich meine? Ich hoffe, die Leute zu Hause denken nicht, daß ich Unsinn rede, aber es fühlt sich trotzdem erhebend an, mit Ihnen zu sprechen, weil Sie... Sie haben so schreckliche Dinge durchgemacht, aber Sie drehen es genau um. Wie Sie über Ihren Workshop sagen, verschieben Sie die Macht und das ist, das ist fantastisch!
Anneke: Ja, ich danke Ihnen.<<
Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30953" berichtet am 3. November 2024 (x1.418/…): >>**Die Akte Planned Parenthood - Wohltäter oder schwerstkriminelles Netzwerk?**
Brüssel, 11.04.2024: Im Europaparlament stimmen 336 zu 163 Abgeordnete dafür, Abtreibung in die Grundrecht-Charta der Europäischen Union aufzunehmen.
USA, 12.04.2024: Kamala Harris verkündet, das Recht auf Abtreibung als Hauptthema im Präsidentschafts-Wahlkampf 2024 zu vertreten.
Deutschland, 15.04.2024: Die Bundesregierung bekam von der von ihr selbst bestellten und besetzten "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" eine Ausweitung der Abtreibungsrechte empfohlen.
Diese drei Ereignisse innerhalb einer Woche vermitteln den Eindruck, daß die Entwicklung der Abtreibung weltweit offenbar nur eine Richtung kennt: die schrittweise Aufhebung aller Beschränkungen. Damit wird die Pflicht des Rechtsstaats, menschliches Leben zu schützen, immer mehr aufgehoben und die Tötung menschlicher Embryonen zu einem universellen Recht erhoben. Und wer dieses als "reproduktive Selbstbestimmung" bezeichnete Recht garantiert, wird zu einem Wohltäter hochstilisiert.
Dementsprechend bezeichnet sich die weltgrößte Abtreibungsorganisation, die International Planned Parenthood Federation (IPPF), die 2014 alleine in den USA 327.653 Babys abgetrieben hat, als gemeinnützig. Insgesamt ist die IPPF in 170 Ländern aktiv und betreibt in den USA, Deutschland, Österreich und weiteren Ländern eigene Abtreibungskliniken. Zu ihren Mitgliedern gehören "pro familia" in Deutschland und Planned Parenthood in den USA, das allein dort in über 650 Kliniken seine Dienste anbietet. Zu den offiziellen Zielen der IPPF gehört neben der "reproduktiven Selbstbestimmung" aber auch die Bevölkerungsreduktion!
Ist damit bei der Beratung Schwangerer das Ergebnis, sie zur Abtreibung zu bewegen, nicht schon vorgezeichnet? Deshalb wird vor allem am Beispiel der Planned Parenthood Federation of America (PPFA), kurz Planned Parenthood (dt. "Geplante Elternschaft"), beleuchtet, wie es wirklich um die Wohltätigkeit bestellt ist. Wer steckt eigentlich hinter dieser Organisation und welche Ziele verfolgt sie in Wahrheit?

I. Verfilzungen von Planned Parenthood mit der Politik

1985 verbot der republikanische Präsident Reagan entsprechend dem Programm seiner konservativen Partei, daß Organisationen, die Abtreibungen durchführen, mit staatlichen Geldern finanziert werden. Bis heute wurde dieses Verbot jedoch von allen demokratischen Präsidenten zu Beginn ihrer Amtszeit ausgesetzt, wovon Planned Parenthood jedes Mal unmittelbar profitierte. Im Gegenzug hilft Planned Parenthood der Demokratischen Partei und ist sogar

personell miteinander vernetzt.
Nachfolgend drei Beispiele:
- Cecile Richards, die zwölf Jahre Präsidentin von Planned Parenthood war, half bereits mit 16 Jahren bei der Wahlkampagne der Demokratin Sarah Weddington. Weddington erstritt 1973 am Obersten Gerichtshof das verfassungsmäßige Recht auf Abtreibungen in allen 50 amerikanischen Bundesstaaten. Richards war zudem Gründungspräsidentin der Organisation "America Votes", welche die Demokraten unterstützt. Auch arbeitete sie für Nancy Pelosi, als diese demokratische Sprecherin des US-Repräsentantenhauses war.
- Richards ist persönlich mit Hillary Clinton befreundet, was sich in gegenseitiger finanzieller Unterstützung zeigt. Bereits für Clintons erste Wahl im Jahr 2000 für den Senat spendete Planned Parenthood. 2016 wurde sie bei einem Wahlkampfauftritt von Richards als "die Anführerin, der ich vertraue" angekündigt. Planned Parenthood werde 20 Millionen Dollar in den Wahlkampf investieren und Hillary Clinton "von der Basis her" unterstützen. Clinton versprach im Gegenzug:
"Ich werde Planned Parenthood immer verteidigen und ich werde konsequent und stolz sagen, daß Planned Parenthood finanziert, unterstützt und geschützt werden sollte, nicht untergraben, falsch dargestellt und dämonisiert. Als Präsidentin werde ich euch immer den Rücken freihalten."
Was es in der Praxis bedeutet, wenn eine Demokratin Planned Parenthood den Rücken freihält, hatte im Jahr davor Kamala Harris praktiziert.
- Bereits bei ihrer Wahl zur Generalstaatsanwältin von Kalifornien erhielt Kamala Harris Spenden von Unternehmen, die mit Planned Parenthood in Verbindung stehen. Als solche ließ sie dann 2016 belastende Videos über den Handel von Planned Parenthood mit fötalem Gewebe beschlagnahmen, indem sie eine rechtswidrige Hausdurchsuchung bei dem investigativen Journalisten David Daleiden veranlasste. Dieser Handel mit fötalem Gewebe geschieht ohne das Wissen der Mütter, die eine Abtreibung durchführen lassen. Er widerspricht sowohl geltendem Recht als auch dem Grundsatz der Gemeinnützigkeit, dem sich Planned Parenthood offiziell verpflichtet hat.

II. Rechtswidriger Umgang mit Föten als lukratives Geschäft

Abgetriebene Babys sind ein lohnendes Geschäft. Sowohl im Bereich Organhandel als auch in der Pharma-, Kosmetik- und Nahrungsmittelindustrie werden menschliche Föten wie Rohstoffe gehandelt und gewinnbringend weiterverkauft. 2015 geriet Planned Parenthood stark in Bedrängnis. Es tauchten Videos auf, die zeigen, wie hohe Funktionäre vom Abtreibungskonzern Planned Parenthood über den Verkauf von Körperteilen und Gewebe abgetriebener Embryos verhandeln.
Die Echtheit der Videos wurde zunächst bestritten. Inzwischen haben aber Leiter und Ärzte von Planned Parenthood vor Gericht eidesstattlich erklärt, daß die Videos echt sind. Als offiziell gemeinnützige Organisation dürfte Planned Parenthood eigentlich generell keinen Profit machen.
2024 ergab eine Anhörung im US-Kongreß, daß Planned Parenthood auf illegale Weise den Babys im Mutterleib einen Arm oder ein Bein abtrennt. Ziel ist, daß der Rumpf erhalten bleibt, um die Organe unbeschädigt entnehmen zu können. Außerdem überleben generell bei Abtreibungen im letzten Drittel die Babys oft und müßten nach geltendem Recht ins Krankenhaus gebracht werden. Dies wird allerdings nicht gemacht. David Daleiden nennt dies vertuschte Kindstötung. Was geschah statt dessen mit diesen Babys? Wie ist es möglich, daß Planned Parenthood systematisch Gesetze bricht, ohne Konsequenzen zu tragen? Werden diese planmäßigen Gesetzesverstöße außer durch die Politik noch von weiteren Netzwerken gedeckt?

III. Das weltweite Freimaurer-Netzwerk hinter Planned Parenthood

Wie Kla.TV gezeigt hat, arbeitet die Hochgrad-Freimaurerei weltweit an der Zerstörung bestehender Strukturen, (www.kla.tv/23990) um die Welt nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Ihre Verbindungen mit Planned Parenthood sind zahlreich:

1. Planned Parenthood hat einen Beraterstatus bei der UNESCO und arbeitet außerdem mit der WHO und UNICEF zusammen - alle drei sind Freimaurer-Organisationen.(www.kla.-tv/28269)
2. Alle drei demokratischen Präsidenten - Clinton, Obama und Biden, die Präsident Reagans Finanzierungsverbot für Abtreibungsorganisationen aufgehoben haben, sind Hochgrad-Freimaurer.
3. Die direkten Verbindungen zwischen der Hochgrad-Freimaurer-Familie Rockefeller und Planned Parenthood bestehen seit der Gründung vor über 80 Jahren. Sie reichen von der anfänglichen Finanzierung durch die Rockefeller Foundation bis zur fortlaufenden Kooperation mit dem Population Council, einer Rockefeller Gründung zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums.
4. Wenn man heute die Spender von Planned Parenthood auflistet, fällt zudem ins Auge:

Es sind zu großen Teilen dieselben wie die der Transgender-Ideologie, welche die langfristige Zerstörung der bestehenden Gesellschaftsordnung verfolgt (www.kla.tv/29454): In dieser Sendung wurde auch detailliert aufgezeigt, daß die nachfolgend aufgeführten Stiftungen entweder direkt von Hochgrad-Freimaurern gegründet wurden oder zumindest deren Ziele unterstützen und wie die internationalen Finanzinstitute und Konzerne von der Hochgrad-Freimaurerei beherrscht werden.

Finanzinstitute: Bank of America, Deutsche Bank, JP Morgan Chase, Citibank, Commerce Bank, PNC Bank, Morgan Stanley

Pharma-Riesen: Johnson & Johnson, Pfizer, Abbott, Bayer, Amgen, GlaxoSmithKline (GSK)

Internet-Giganten: Google, Microsoft, Amazon, eBay, YouTube, PayPal

Internationale Stiftungen: Buffet Foundation, United Nations Foundation, Bill & Melinda Gates Foundation, Arcus Foundation

Weitere Globalkonzerne: Shell Oil, ExxonMobil, British Petroleum, Walt Disney, Anheuser-Busch, Hilton Worldwide, Starbucks, Monsanto

IV. Planned Parenthood, ein Werkzeug zur Bevölkerungsreduktion

Daß die Erde überbevölkert ist und dies der Grund sei für Umweltschäden, Armut und Hunger, ist nur ein gut verkauftes und haltloses Märchen. (https://www.kla.tv/26763)

Kla.TV hat in mehreren Sendungen die wahren Hintergründe dargelegt und daß es eine weltweite Agenda zur Bevölkerungsreduktion gibt. Abtreibung ist ein Teil (www.kla.tv/27094) davon.

Aktuell leben etwa acht Milliarden Menschen auf der Welt. In den Jahrzehnten, in denen immer mehr Länder Abtreibung legalisierten, wurden insgesamt etwa eine Milliarde Babys abgetrieben. Wie viele Kinder und Enkel diese bekommen hätten, wenn sie hätten leben dürfen, kann nur geschätzt werden. Planned Parenthood, dessen offizielles Ziel die Bekämpfung der "Überbevölkerung" ist, trägt mit seinen zahlreichen Abtreibungskliniken wesentlich zur Durchsetzung dieser Agenda bei. Deshalb ist es wenig verwunderlich, daß zahlreiche Befürworter einer Bevölkerungsreduktion Spender von Planned Parenthood sind. Zu diesen gehören:

- Bill Gates, Warren Buffet, George Soros und die Rockefellers über ihre Stiftungen (www.-kla.tv/1811)
- Die Arcus Foundation, die auch die Transgender-Ideologie vorantreibt (www.kla.tv/29454)
- Drei Hersteller der Corona-Impfstoffe: Johnson & Johnson, Pfizer, GlaxoSmithKline

Damit erweist sich Planned Parenthood als perfektes Werkzeug dieser globalen Strippenzie-

her, das unter dem Deckmantel der "reproduktiven Selbstbestimmung" und "Familienplanung" wehrlose Bevölkerungsteile tötet.

V. Der Anfang von Planned Parenthood: Rassismus und Eugenik

Die Gründerin von Planned Parenthood war Margaret Sanger, eine US-amerikanische Krankenschwester und Frauenrechtlerin. Sie unterteilte Menschen in drei "Gattungen":

1. Erbgesunde Weiße als "normale Menschen"
2. Schwarze, Indianer und Menschen der Dritten Welt als "Untermenschen"
3. Geistig Behinderte, Erbkranke und Juden als "Unter-Untermenschen"

1920 bezeichnete Margaret Sanger Geburtenkontrolle als die Erleichterung des Prozesses der Ausmerzung der Untauglichen und der Verhinderung der Geburt von "Defekten". Ein Jahr später gründete sie die Amerikanische Liga für Geburtenkontrolle.

Als dann die Eugenik während des Zweiten Weltkriegs in Verruf geriet, wurde die Liga 1942 in Planned Parenthood umbenannt. Sanger blieb aber bis 1962 Präsidentin der Organisationen. Erst 2020 distanzierte sich Planned Parenthood nach außen hin von Sanger, indem sie ihren Namen von ihrer New Yorker Klinik entfernten, weil sie für die Zwangssterilisation von Schwarzen geworben hatte.

Doch wie sieht es heutzutage in der Praxis mit dem gleichen Lebensrecht für Menschen mit anderer Hautfarbe aus? Eine Statistik von 2021 zeigt, daß in den USA Babys schwarzer Mütter mehr als viermal so häufig abgetrieben werden wie die von Weißen. In New York werden inzwischen mehr schwarze Babys abgetrieben als geboren. Statt diesen Müttern zu helfen, werden unter dem Deckmantel der "reproduktiven Selbstbestimmung" über die Hälfte der schwarzen Babys vor ihrer Geburt aus der Gesellschaft entfernt. Hält so die Behauptung, Frauen ein Recht auf "reproduktive Selbstbestimmung" zu geben, einer Überprüfung stand?

VI. Rechtswidriges Schweigen bei Menschenhandel und Kindesmißbrauch

Planned Parenthood ist für Menschenhändler eine zuverlässige Adresse für diskrete Abtreibungen. Selbst in Fällen, in denen sich Schwangere durch fehlende Sprachkenntnisse überhaupt nicht mit den Mitarbeitern unterhalten können, werden Abtreibungen durchgeführt, wenn nur eine Begleitperson sagt, sie wolle das. Ebenso verhält sich Planned Parenthood bei offensichtlichen Fällen von Kindesmißbrauch. So ist es gängige Praxis, daß Minderjährige von ihren Vergewaltigern zur Abtreibung gebracht und danach weiter vergewaltigt werden. In Kalifornien bekam z.B. eine 13-Jährige, die von ihrem eigenen Vater geschwängert wurde, nach der Abtreibung lediglich den Rat in den nächsten drei Wochen keinen Geschlechtsverkehr zu haben. Als sie einige Monate später zu einer erneuten Abtreibung kam, setzte man ihr eine Spirale zur Verhütung ein.

Eigentlich ist Planned Parenthood gesetzlich dazu verpflichtet, Fälle von Menschenhandel und Kindesmißbrauch an die Polizei zu melden. Demnach wurde 2011 versichert, alle Mitarbeiter entsprechend zu schulen. Mehrere Mitarbeiter sagen aber aus, daß diese Schulungen nicht stattfanden und daß sie sogar die Anweisung bekamen, keine Meldungen an die Behörden zu machen. Nicht einmal, wenn Minderjährige auf ihr Alter und das des Täters hinweisen und direkt um Hilfe bitten.

Daß Planned Parenthood für Menschenhändler und Kinderschänder als diskrete Anlaufstelle geschätzt wird, zeigt, wie weit deren Abtreibungen von der sogenannten "reproduktiven Selbstbestimmung" entfernt sind.

VII. Verbindungen von Planned Parenthood zum Satanismus

Menschenhandel und der Mißbrauch von Kindern bis hin zu Tötungen und dem Verspeisen von Babys sind vor allem in pädophil-satanischen Netzwerken der Oberschicht gängige Praxis. Kla.TV geht in mehreren Sendungen detailliert auf dieses Thema ein (www.kla.tv/24000 und www.kla.tv/27211). Deswegen stellt sich die Frage, ob sich bei Planned Parenthood satanistische Ansichten oder personelle Verbindungen zum Satanismus finden lassen, welche die

aufgezeigten Rechtsverstöße und die Ausnutzung der Situation von Schwangeren erklären würde?
Dazu gibt es folgende Hinweise:
Margaret Sanger, die Gründerin von Planned Parenthood, fällt vor allem durch ihre menschenverachtende und anti-religiöse Haltung auf. Demnach äußerte sie in einem Interview: "Ich glaube, daß es die größte Sünde auf der Erde ist, Kinder auf die Welt zu bringen." Und: "Das Barmherzigste, was die große Familie für ihren Säugling tut, ist ihn umzubringen." Auf diese Weise wird der Sinn von "Parenthood" - also Elternschaft - ins Gegenteil verkehrt!
In Deutschland wird Planned Parenthood von dem Verein "pro familia" - also "für die Familie" repräsentiert. Pro familia wurde 1952 von Margaret Sanger und Hans Harmsen gegründet. Harmsen war während des Dritten Reiches ein führender Rassenhygieniker, ab 1952 erster Präsident von pro familia und anschließend deren Ehrenpräsident. Über seine Person berichtet das Mißbrauchsopfer Anneke Lucas Schockierendes: Sie bezeugt, daß sie Harmsen in satanischen Kreisen getroffen hat, wo sie als Kind immer wieder zu Ritualmorden gezwungen wurde.
Anneke Lucas: "Und jetzt möchte ich etwas sagen, das ich noch nie zuvor öffentlich gesagt habe: Hans Harmsen, der für diesen Ort verantwortlich war, war der Leiter von Planned Parenthood / pro familia in Deutschland. Ich wurde dazu gezwungen, extrem kleine Babys auszusaugen, die noch am Leben waren. ... Das war der Doktor, der Planned Parenthood geleitet hat. Die Föten, die Babys, die ich in diesem Fall töten mußte, waren wohl abgetriebene Föten. Sie waren am Leben!"
Mehr zu den Hintergründen von Anneke Lukas erfahren Sie in der direkt anschließenden Sendung.
Fazit:
Die weltweit agierende Abtreibungsorganisation Planned Parenthood schmückt sich mit Begriffen wie "gemeinnützig" und "Selbstbestimmung" und gibt vor, für die Rechte von Menschen einzutreten. Dabei entpuppt sie sich in der Praxis als eine kriminelle Organisation, wie folgende Zusammenfassung aufzeigt:.
- Planned Parenthood verletzt mehrfach geltendes Recht: die Organe der Babys werden ausgebeutet, Kindesmißbrauch und Menschenhandel werden vertuscht.
- Planned Parenthood bringt nicht wie vorgeschrieben, Babys, die die Abtreibung überleben, ins Krankenhaus, sondern "verwertet" diese ohne das Wissen der Mütter.
- Planned Parenthood steht einflußreichen Politikern und Organisationen nahe und kann daher die Rechtsbrüche bereits seit Jahren unbehelligt begehen.
- Planned Parenthood erweist sich als ideales Werkzeug globaler Strippenzieher, die unter dem Deckmantel der "reproduktiven Selbstbestimmung" und "Familienplanung" Millionen von Babys mittels Abtreibung töten, um die Weltbevölkerung zu reduzieren.
- Planned Parenthood bildet ein globales Netzwerk und hat weltweit agierende Förderer und Partner aus Freimaurer-Kreisen.
- Planned Parenthood und sein Ableger pro familia wurden von Rassisten gegründet - die unter anderem Schwarze und Juden für minderwertig hielten. Schwarze werden in den USA deutlich häufiger abgetrieben.
- Bei Planned Parenthood bestehen personelle Verbindungen zum Satanismus.
Daß eine Organisation wie Planned Parenthood über so viele Jahre unvorstellbare Verbrechen begehen kann, ist ein Skandal ohnegleichen. Derartige Einrichtungen müßten eigentlich vor jedem Gericht der Welt schuldig und zu einer Rückzahlung aller Profite verurteilt werden. Daß dies nicht geschieht, ist ein anschauliches Beispiel über das völlige Versagen von Politik, Justiz und Medien. Deswegen braucht es wachsame Menschen wie Sie, verehrte Zuschauer, Aufklärer aus aller Welt, die nicht schweigen. Verschließen Sie die Augen nicht vor diesem

Unrecht und bringen Sie diese Informationen ans Licht.<<

04.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. November 2024 (x1.419/…): >>**Nur Grenzschutz kann das verhindern: Afghane zwei Wochen nach Abschiebung wieder im Land!**

Ein aktueller Fall zeigt die ganze Absurdität der Asylpolitik von CDU und Ampel-Parteien. Nachdem ein 29-jähriger Afghane am 30. September aus dem Hamburger Kirchenasyl nach Schweden abgeschoben wurde, befand er sich rund zwei Wochen später schon wieder in Deutschland. Wie das Hamburger Amt für Migration mitteilte, versuchte der Afghane bereits Mitte Oktober, erneut einen Asylantrag in Deutschland zu stellen. Nun soll der Mann auf Kosten des deutschen Steuerzahlers ein weiteres Mal abgeschoben werden.

Daß es sich bei solchen Vorgängen keineswegs um Einzelfälle handelt, ist bekannt. Es liegt auf der Hand, daß man solche Fälle nur verhindern kann, wenn man seine Grenzen schützt und die volle Kontrolle darüber zurückerlangt, wer in unser Land einreist - andernfalls werden Abschiebungen zum reinen PR-Gang der etablierten Parteien. Doch an einer solchen Kontrolle über Einreisen in unser Land sind die Migrations-Einheitsparteien in Wahrheit nicht interessiert. Sie gaukeln lediglich Handlungswillen vor, während Pendelmigranten wie der nach Schweden abgeschobene Afghane über uns lachen.

Wie viele Straftäter, die von der Ampel mit einer 1.000-Euro-Abschiebeprämie belohnt wurden, werden sich wohl wieder in unserem Land aufhalten? Das weiß niemand, denn es interessiert die derzeitige Bundesregierung auch nicht. Nur die AfD kann diese Farce beenden, denn wir werden echten Grenzschutz durchsetzen - und das bedeutet: Wer keinen Asylgrund hat, der darf gar nicht erst in unser Land gelangen und muß bereits beim Versuch der Einreise zurückgewiesen werden!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 4. November 2024 (x1.419/…): >>**Koalition versinkt im Dauerstreit: Die Chaos-Ampel ist am Ende!**

Wir können sie nicht mehr sehen, wir können ihre dreisten Phrasen nicht mehr hören und wir können vor allen Dingen ihre Politik nicht mehr ertragen: Die Ampel-Regierung ist am Ende und sollte endlich den Weg für Neuwahlen freimachen, anstatt uns im letzten Regierungsjahr mit einem würdelosen Dauerstreit auf die Nerven zu gehen. Drei volle Stunden unterhielt sich der gescheiterte Schulden-Finanzminister Lindner (FDP) in einem "Krisengespräch" mit dem ebenso gescheiterten Bundeskanzler Scholz (SPD). Herausgekommen sind nichts als Phrasen und Durchhalteparolen.

Wenn eine Regierung selbst nicht mehr weiß, ob sie überhaupt noch bis zum Ende der Wahlperiode regieren will, dann ist dies eine Bankrotterklärung, die schon für sich genommen einen erneuten Urnengang rechtfertigt. Anstatt die Arbeitszeit mit Krisengesprächen zu verschwenden, würde eine verantwortungsvolle Bundesregierung die Probleme angehen, die von der Ampel selbst geschaffen wurden.

Eine solche Bundesregierung würde die Massenmigration mit geschützten Grenzen und konsequenten Abschiebungen stoppen. Sie würde den von Lindner und Habeck betriebenen Kurs der Deindustrialisierung stoppen und unsere Energiepreise mit einer Rückabwicklung der Energiewende wieder senken. Sie würde sich auf Familienförderung und Sozialpolitik konzentrieren, anstatt mit Geschlechtswechsel-Diskussionen dekadenten Verfall zu befeuern.

Die Ursache des aktuellen Ampel-Dauerzwists liegt auf der Hand: Nachdem man unser Land brutal und konsequent gegen die Wand gefahren hat, zeigen die Verantwortlichen mit dem Finger aufeinander. Zu diesem Zweck legt Lindner ein Grundsatzpapier mit Forderungen vor, die nur an der Oberfläche kratzen und nicht an den grundlegenden Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre rütteln.

Die Menschen werden darauf nicht hereinfallen - und schon gar nicht auf die CDU, die den Niedergang Deutschlands genauso gründlich wie die Ampel vorangetrieben hat und nun nichts mehr damit zu tun haben will. Die AfD ist die einzige Partei, die die Ideologie-Projekte von Ampel und CDU stets abgelehnt und politisch bekämpft hat - sie gehört deshalb schnellstmöglich auf die Regierungsbank, damit der Abstieg unseres Landes gestoppt wird!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. November 2024 (x1.420/…): >>**Amtlich: Immer mehr ausländische Senioren wandern ins deutsche Sozialsystem ein**

Seit Jahren steigt die Zahl der Rentner, die zusätzlich "Grundsicherung im Alter" beantragen. Die Ausgaben wuchsen zuletzt auf 5,1 Milliarden Euro pro Jahr stark an. Die Kosten explodieren nicht zuletzt, weil immer mehr ausländische Senioren direkt in die deutschen Sozialsysteme einwandern. Schon jeder dritte Empfänger dieser staatlichen Transferleistung ist Ausländer!

Das brachte eine parlamentarische Anfrage des sozialpolitischen Sprechers der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, ans Licht.

Die Zahl der ausländischen Grundsicherungsempfänger im Seniorenalter hat sich demnach seit 2015 auf mehr als 236.000 fast verdoppelt.

Die sogenannte Altersgrundsicherung können Senioren beantragen, die das Renteneintrittsalter erreicht haben, deren Einkommen aber nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Auch ausländische Staatsangehörige, die nie in die deutschen Sozialsysteme eingezahlt haben, besitzen einen Anspruch auf Altersgrundsicherung. Das gilt nicht nur für Asyl-Migranten, sondern auch ukrainische Staatsangehörige.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 4. November 2024 (x1.420/…): >>**Fast 50 Straftaten in sechs Monaten: Ausreisepflichtiger Schwarzafrikaner (18) terrorisiert Neubrandenburg**

In Neubrandenburg (Mecklenburg-Vorpommern) sorgt ein 18 Jahre alter Schwarzafrikaner aus Sierra Leone seit Monaten für Angst und Schrecken. Seit Mai 2024 hat der abgelehnte Asylbewerber sage und schreibe fast 50 Straftaten begangen - davon 23 allein im Oktober, wie die Polizei mitteilte.

Zuletzt griff der Intensivtäter einen Deutschen an und versuchte, dem 17-Jährigen die Kopfhörer aus den Ohren zu reißen und dessen Handy zu stehlen. Seit Freitag sitzt der Schwarzafrikaner endlich in Untersuchungshaft.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 4. November 2024 (x1.422/…): >>**Energieverbrauch der Industrie gesunken**

Im Jahr 2023 hat die Industrie in Deutschland 3.282 Petajoule Energie verbraucht. Das waren 7,8 Prozent weniger als im Jahr 2022, als der Energieverbrauch der Industrie bereits um 9,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken war, teilte das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden mit. Der Rückgang des Energieverbrauchs in der Industrie stand im direkten Zusammenhang mit einer sinkenden Produktion 2023.

Besonders stark betroffen waren die energieintensiven Branchen, in denen die Produktion um 11,2 Prozent zurückging. Mit 91 Prozent wurde im Jahr 2023 der größte Teil der genutzten Energieträger in der Industrie energetisch, also für die Strom- und Wärmeerzeugung, eingesetzt.

Die übrigen neun Prozent der Energieträger (hauptsächlich Mineralölprodukte und Erdgas) dienten als Grundstoff zum Beispiel zur Herstellung von Chemikalien, Düngemitteln oder Kunststoffen. Trotz eines Rückgangs um 6,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr blieb Erdgas mit einem Anteil von 28 Prozent der am meisten verwendete Energieträger in der Industrie, gefolgt von Strom (21 Prozent), Mineralölen und Mineralölprodukten (16 Prozent) sowie Kohle (15 Prozent).

Größter Energieverbraucher unter den Industriezweigen war im Jahr 2023 erneut die chemi-

sche Industrie mit einem Anteil von 26,5 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs, gefolgt von der Metallerzeugung und -bearbeitung mit 23,9 Prozent sowie der Kokerei und Mineralölverarbeitung mit 10,3 Prozent. In der chemischen Industrie wurden allerdings fast ein Drittel der Energieträger (31,6 Prozent) als Ausgangsstoffe für chemische Produkte und damit nicht energetisch eingesetzt, so die Statistiker.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. November 2024 (x1.417/…): >>**Deutscher Paß für jedermann?**

Von *Sven Eggers*

Die Anträge auf Einbürgerungen explodieren! Im Vergleich zu 2022 ist ein Anstieg um 50 Prozent festzustellen. Der deutsche Paß als Ramschware? …

In ihrer heutigen Ausgabe präsentiert die Bild eine Umfrage unter den 20 größten bundesdeutschen Städten. Anträge auf Einbürgerungen sind demnach dramatisch nach oben geschnellt, seit das neue Staatsangehörigkeitsrecht gilt.

In Zahlen sieht das so aus: Waren es 2022 in 20 Kommunen noch 81.007 Personen, die einen Einbürgerungsantrag stellten, so registrierten die Behörden in diesem Jahr bereits jetzt 122.882. Die zuständigen Ämter sind überfordert, mehr als 217.000 Anträge seien allein in den abgefragten 20 Städten noch anhängig.

Unglaubliche Nettozuwanderung

Wohin soll das führen? Nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist in den vergangenen zehn Jahren bereits eine Nettozuwanderung von fast 7,5 Millionen Menschen zu verzeichnen gewesen. Das geht aus Angaben des Ausländerzentralregisters (AZR) hervor. Dabei sind nur Personen, die sich offiziell in Deutschland aufhalten beziehungsweise registriert worden sind. Allein für die beiden vergangenen Jahre 2022 und 2023 beziffert das Bundesamt diese Nettozuwanderung auf zusammengerechnet 2.530.120 Personen.

Als ausländische Staatsangehörige gelten übrigens nur Leute, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Personen mit deutscher und einer ausländischen Staatsangehörigkeit werden, zählen als Deutsche und tauchen in den Statistiken gar nicht auf. Nüchtern hält das BAMF fest. "Die Zahl der in Deutschland lebenden ausländischen Personen laut AZR hat sich seit der Wiedervereinigung von 5,9 Millionen auf 13,9 Millionen Personen zum Jahresende 2023 erhöht. Seit dem Jahr 2010 sind die Zahlen kontinuierlich gestiegen."

Das Statistischen Bundesamt hat im vergangenen Jahr die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung als Langzeitbetrachtung betrachtet. Im Bericht Ausländische Bevölkerung 2023 beginnt die Erfassung mit dem Stichtag 1.12.1871. Damals war die deutsche Bevölkerung mit insgesamt rund 41 Millionen Menschen knapp halb so groß wie heute. Der Ausländeranteil betrug seinerzeit 0,5 Prozent oder 207.000 Personen. Das frühere Gebiet der BRD wies zum Stichtag 6.6.1961 demnach eine Bevölkerung von rund 56 Millionen Deutschen darunter 686.000 Ausländer auf, was 1,2 Prozent ausmachte.

Dann kam Merkel …

Diese Zahl stieg bis zur Wiedervereinigung langsam immer weiter an: 1979 waren es schon 4,5 Prozent, 1980 dann 7,4 Prozent, 1989 bereits 8,0 Prozent. Zwischen der Wiedervereinigung und dem Jahr 2014 blieb dieser Wert relativ konstant. Schwankte die gesamte Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um den Wert 80 bis 82 Millionen, pendelte sich die Zahl der Ausländer auf einem Niveau von etwa sieben Millionen ein, was knapp neun Prozent ausmachte.

Aber ab 2014 ist ausweislich dieser Daten ein sprunghafter Anstieg zu erkennen. Im Jahr 2015, dem Jahr der Grenzöffnung durch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), erreichte der Ausländeranteil in Deutschland einen nie erreichten Höchstwert von 10,5 Prozent, was in absoluten Zahlen 8,6 Millionen bedeutete.

Seither stieg die Zahl jedes Jahr kontinuierlich an und hat sich bis Ende 2023 auf den Rekordstand von 15 Prozent (rund 13 Millionen) gesteigert. Das heißt also, daß sich die Zahl der ausländischen Mitbürger im letzten Jahrzehnt nahezu verdoppelt hat. Sie stieg von sieben Millionen im Jahr 2013 auf 13 Millionen im Jahr 2023. Dabei ist zu beachten, daß auch diese Zahlen nur Personen erfassen, die nicht zwischenzeitlich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben. Entsprechend fallen auch Personen aus dieser Statistik heraus, die als Kinder ausländischer Eltern in Deutschland geboren wurden.

Fortgeschrittene Zurückdrängung

Fragt man nach der Zahl der insgesamt in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund, ergibt sich ein noch deutlicheres Bild. Daten dazu erfaßte der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR), ein laut eigenes Bekunden "unabhängiges, interdisziplinär besetztes Expertengremium". In seiner Anfang Dezember 2023 herausgegebenen Publikation "Fakten zur Einwanderung in Deutschland" lesen wir:

"In Deutschland lebten 2022 laut Mikrozensus rund 83,1 Millionen Menschen (Statistisches Bundesamt 2023e). Mit rund 23,8 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund hat mehr als jede beziehungsweise jeder Vierte (28,7 Prozent) eine eigene oder eine über mindestens einen Elternteil mitgebrachte Zuwanderungsgeschichte."

Die Zurückdrängung des deutschen Bevölkerungsanteils ist 2022 also schon dahingehend fortgeschritten, daß zwischen einem Viertel und einem Drittel der Bevölkerung der Bundesrepublik ausländische Wurzeln hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. November 2024 (x1.417/…): >>**Hamburg: Es wird scharf geschossen**

Von *Sven Eggers*

In der Hansestadt werden immer mehr Straftaten mit Schußwaffen begangen. Die Polizei schlägt Alarm. …

Sogar die stramm regierungstreue Hamburger Morgenpost stöhnt auf: "Die Zeiten, in denen gewalttätige Meinungsverschiedenheiten mit Fäusten oder vielleicht mit Baseballschlägern ausgetragen wurden, scheinen in Hamburg vorbei zu sein. Die Brutalität hat zugenommen, immer häufiger wird von Messern und Schußwaffen Gebrauch gemacht. Allein in diesem Jahr gab es bereits zahlreiche Tote und Schwerverletzte durch scharfe Schüsse."

Alles Einzelfälle?

Tatsächlich gab es in der Hansestadt zuletzt blutige Auseinandersetzungen mit Toten und Verletzten. Politik und Medien sind bemüht, dieses Unwesen unter "Milieutaten" abzuheften. Aber erstens wird dadurch die Entwicklung nicht weniger schlimm, und zweitens stimmt das so auch nicht. Es können stets auch Unbeteiligte zwischen die Fronten geraten. Und das Angstklima stellt ebenfalls eine Belastung für Normalbürger dar.

Die Innenbehörde unter SPD-Senator Andy Grote macht es sich einfach und verweist auf rückläufige Zahlen in den Bereichen Mord und Totschlag im ersten Halbjahr 2024. Fakt ist: Von Januar bis Juni 2024 wurde in 110 Fällen auf Hamburgs Straßen scharf geschossen; und das sind nur die registrierten Fälle. Die Dunkelziffer dürfte erheblich sein.

Schwindendes Sicherheitsgefühl

CDU-Fraktionschef Dennis Thering geht bereits in den Wahlkampfmodus. An eine zufällige Häufung von Einzelfällen glaubt er jedenfalls nicht, sondern kritisiert "jahrelange Tatenlosigkeit". Und er erkennt: "Wenn Menschen sich in ihren eigenen Vierteln nicht mehr sicher fühlen, hat das weitreichende Auswirkungen auf das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden."

Nochmals die Hamburger Morgenpost:

"Die Serie begann 2020 mit einem Beinschuß in der Fischbeker Heide. Richtig eskaliert ist die Situation nach einer Hinrichtung in einer Shisha-Bar im Sommer 2022, die mit einem Machtkampf um den Drogenboß Mansour Ismail, inzwischen einer der meistgesuchten Männer Eu-

ropas, zusammenhing."
In der Folge treten selbst Kleinkriminelle heute nur noch bewaffnet auf. Und so kommt es in Hamburg wiederholt zu blutigen Schießereien. Zumeist sind es Fälle, in denen internationale Drogenbanden aneinandergeraten und ihre jeweiligen Gebiete und Einflußzonen abstecken bzw. verteidigen. "Die schießen einander einfach ab"; so ein hochrangiger Kriminalbeamter. Die Taten finden längst nicht nur an den sozialen Brennpunkten statt, sondern mittlerweile auch in den ruhigeren Stadtvierteln.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30960" berichtet am 4. November 2024 (x1.418/…): >>**Finger weg von der Rentenkasse**

Seit Jahren wird an der gesetzlichen Rentenversicherung reformiert. Einmal werden die Versicherungsbeiträge erhöht und ein anderes Mal die Lebensarbeitszeit verlängert. Eine Ausarbeitung der Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V. legt nahe, daß dieser Reformwille eigentlich nicht nötig wäre.
Seit dem Jahr 1957 werden aus der Rentenkasse Gelder für versicherungsfremde Leistungen entnommen, aber die Beträge, die dafür vom Staat für diese Leistungen wieder einbezahlt werden, sind niedriger. Daraus resultiert bis heute ein horrender Fehlbetrag von 1,023 Billionen Euro zu Lasten der Versicherten und Rentner. In all den Jahren war der Anteil der versicherungsfremden Leistungen an den Rentenausgaben insgesamt zwischen 34 und 40 Prozent. Die durch den Bund zur Verfügung gestellten Bundesmittel beliefen sich dagegen zwischen 26 und 27 Prozent. Die richtige Reform wäre doch die, daß der Staat endlich aufhört, sich an der Rentenkasse zu vergreifen.

05.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. November 2024 (x1.420/…): >>**Automobil-Krise: Auch Bosch geht jetzt den Bach runter**

Der Technologiekonzern Bosch kappt infolge der Automobil-Krise seine Prognose und schließt einen zusätzlichen Stellenabbau nicht aus. "Bosch wird 2024 seine wirtschaftlichen Ziele nicht erreichen", sagte Vorstandschef Stefan Hartung dem Berliner "Tagesspiegel". Ob es beim angekündigten Abbau von mehr als 7.000 Jobs in Deutschland bleibe, sei daher fraglich.
Der Konzern beschäftigt in Deutschland knapp 134.000 Mitarbeiter. Dem Autozulieferer macht vor allem die Krise der Autoindustrie schwer zu schaffen. "Aktuell kann ich nicht ausschließen, daß wir die personellen Kapazitäten weiter anpassen müssen, so der Bosch-Chef.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. November 2024 (x1.420/…): >>**Nach "Correctiv-Fake News": Landgericht Hamburg verbietet ZDF Deportations-Lüge**

Schwere Niederlage vor Gericht für das ZDF (mit dem Zweiten lügt man besser): Das Landgericht Hamburg hat dem Systemsender die Behauptung untersagt, daß am 25. November 2023 bei einem privaten Treffen in Potsdam über Deportationen von Millionen Menschen, "auch solcher mit deutscher Staatsbürgerschaft", gesprochen wurde.
Geklagt hatte der Jurist Ulrich Vosgerau, der an dem sogenannten "Geheimtreffen" u.a. von Geschäftsleuten und politischen Akteuren im Landhaus Adlon teilgenommen hatte. Dem ZDF und seinen Vertretern drohen bei einer Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld von 250.000 Euro oder eine Ordnungshaft von höchstens 2 Jahren. Zudem muß der Sender die Kosten des Verfahrens tragen.

"Correctiv-Hetzern" auf den Leim gegangen

Hintergrund ist ein übles Propaganda-Machwerk der linksgrünen Fake News-Schleuder "Correctiv", das später auch andere Mainstream-Medien gierig aufgriffen. In der "heute journal-Sendung" wurde am 10. Januar 2024 wie folgt auf die vermeintliche "Correctiv-Recherche" Bezug genommen: "Geplant sei zum einen die Deportation von Millionen Menschen, auch

solcher mit deutscher Staatsbürgerschaft." An anderer Stelle hieß es: An dem Abend sei es auch um die Idee gegangen, "Millionen Menschen abzuschieben, auch solche mit deutschem Paß."
Diese Behauptungen dürfen nicht mehr wiederholt werden. Die "heute journal-Redaktion" des ZDF sei "den nebulösen Wertungen des Correctiv-Berichts auf den Leim" gegangen, kommentierte Anwalt Carsten Brennecke, der Ulrich Vosgerau vor Gericht vertrat. Damit stehe das ZDF nicht alleine da, denn die Mainstream-Medien überboten sich regelrecht im Wettbewerb um die perfideste Schlagzeile zum Potsdamer Treffen, die sämtlich gerichtlich verboten wurden. Das ZDF redete sich vor Gericht heraus, man habe aus Zeitmangel den "Correctiv-Dreck" nicht nachrecherchieren können.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. November 2024 (x1.421/…):
>>**"Nicht transportfähig": AfD-Politiker bei Razzia in den Kiefer geschossen**
Bei einer Razzia gegen eine mutmaßliche rechtsextreme Terrorgruppe wurde der AfD-Politiker Kurt Hättasch festgenommen und durch einen Schuß in den Kiefer verletzt. Hättasch ist einer von acht Verdächtigen, die im Rahmen einer großangelegten Razzia in Sachsen und Polen festgenommen wurde.
Jonas Aston
Der AfD-Politiker Kurt Hättasch soll mit einem Schuß in den Kiefer verletzt worden sein.
Dem AfD-Politiker Kurt Hättasch wurde nach Bild-Informationen aus Sicherheitskreisen in den Kiefer geschossen. Dies soll im Zusammenhang mit einer Razzia geschehen sein. Hättasch soll den Einsatzkräften mit einem Karabinergewehr entgegengetreten sein. In der Folge soll es in Grimma zu einer Schießerei gekommen sein. Hättasch wurde demnach mit einem Schuß in den Kiefer verletzt.
Die Generalbundesanwaltschaft teilte gegenüber Apollo News mit, daß der Beschuldigte derzeit "nicht transportfähig" sei. Dementsprechend könne er auch morgen nicht dem Ermittlungsrichter vorgeführt werden. Man wollte sich zudem nicht dazu äußern, ob Hättasch in Lebensgefahr schwebt.
Der Leipziger Volkszeitung zufolge habe es zunächst zwei Warnschüsse gegeben. Dann habe man auf den AfD-Politiker gezielt. Dabei beruft sie sich auf - offiziell noch nicht bestätigte - Informationen aus Sicherheitskreisen. Hättasch habe man in der Folge in medizinische Behandlung gegeben. Zu dieser Darstellung paßt, daß am Dienstag ein erhöhtes Polizeiaufgebot mit schwerer Bewaffnung vor der Abteilung für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie des Universitätsklinikums Leipzig zu beobachten war. Die genauen Umstände, die zu dieser Verletzung führten, werden derzeit noch untersucht.
Hättasch ist Mitglied des Stadtrats in Grimma, hat das Amt des Schatzmeisters bei der sächsischen Jugendorganisation der AfD (Junge Alternative) inne und gehört dem Kreisvorstand der AfD im Landkreis Leipzig an. Neben Hättasch soll sich noch mindestens ein weiterer der Festgenommenen bei der AfD engagiert haben. Kevin R. soll Hättasch regelmäßig bei Sitzungen im Stadtrat vertreten. Insgesamt nahmen die Behörden acht Personen fest, die verdächtigt werden, einer rechtsextremen Terrorgruppe anzugehören. Die Festnahmen erfolgten an mehreren Orten in Sachsen, darunter Leipzig und Umgebung, Dresden, ein Ort im Landkreis Meißen sowie in Polen.
Die Ermittlungsbehörden durchsuchten insgesamt 20 Objekte. Auch Räumlichkeiten in Wien und im Bezirk Krems-Land gerieten ins Visier der Behörden. Die festgenommenen Männer sollen Mitglieder der Gruppierung "Sächsische Separatisten" sein. Hättasch habe sich der Vereinigung spätestens im August 2022 angeschlossen. Insgesamt sollen diesem Zusammenschluß 15 bis 20 Personen angehören. Laut Bundesanwaltschaft soll die Vereinigung von einer extremistischen Ideologie geprägt sein.
In einer Mitteilung heißt es: "Ihre Mitglieder verbindet eine tiefe Ablehnung der freiheitlich-

demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Aus Sicht der Vereinigung steht außer Zweifel, daß Deutschland vor dem 'Kollaps' steht und an einem, wenngleich zeitlich noch unbestimmten 'Tag X' der staatliche und gesellschaftliche Zusammenbruch eintreten wird". Zudem plane man, Gebiete in Sachsen sowie in anderen ostdeutschen Ländern mit Waffengewalt zu erobern.
Die Mitglieder sollen paramilitärische Trainings mit Kampfausrüstung durchgeführt haben. "Gegen die auf freiem Fuß befindlichen Beschuldigten besteht der Verdacht der Mitgliedschaft oder - in einem Fall - Unterstützung in Bezug auf die terroristische Vereinigung", so die Bundesanwaltschaft. Rund 450 Sicherheitskräfte sind bei der Razzia gegenwärtig im Einsatz. Die Beschuldigten sollen heute und morgen dem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs vorgeführt werden.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 5. November 2024 (x1.421/…):
>>**Klimaerziehung: Spionage-Rauchmelder erfassen Heiz- und Lüftungsverhalten**
Das Immobilienunternehmen Vonovia baut Rauchmelder in seine Wohnungen, die Daten über das Heiz- und Lüftungsverhalten der Mieter sammeln. So könnte man "Energie einsparen" und "CO2-Kosten senken".
Marie Rahenbrock
Das Immobilienunternehmen Vonovia will in seine Wohnungen Rauchmelder einbauen lassen, die die Mieter ausspionieren: Wie Bild berichtet, sollen die neuen Rauchmelder Daten aufzeichnen, die an den Immobilienverwalter Techem weitergeleitet werden. Dabei geht es um die Luftqualität, das Heizungsverhalten und den CO2-Ausstoß. Der Melder soll außerdem anzeigen, wann gelüftet werden soll.
Die gesammelten Daten der Rauchmelder "Multisensor Plus" können die Mieter auch in der Vonovia-App einsehen. Auf seiner Internetseite präsentiert Vonovia das ausführliche Sammeln der Daten als Zugewinn an Komfort und Sicherheit. Demnach würden stündlich die Temperatur und die Luftfeuchtigkeit gemessen, ebenso die Kohlenmonoxidbelastung. Auch die Helligkeit wird registriert, damit die LED-Lichter des Rauchmelders nachts gedimmt werden können.
Das unausgesprochene Ziel scheint die Konditionierung der Mieter zu sein. Der Produktmanager Peter Arzbach von Techem sagt in der Hessenschau: "Das hat den Vorteil, daß wir Hinweise geben können für ein gesundes Raumklima. Wir können dem Bewohner zeigen, wie man richtig lüftet, damit man Energie einsparen oder CO2-Kosten senken kann."
Die Rauchmelder sind bei ihrem Einbau grundsätzlich so eingestellt, daß die Daten gespeichert werden. Wenn Mieter die Speicherung ihrer Daten nicht wollen, müssen sie erst einen bestimmten Knopf am Rauchmelder drücken. Dann werden laut SWR die Daten nach 48 Stunden automatisch überschrieben. Ansonsten werden die Daten für drei Jahre so gespeichert, daß sie bestimmten Personen zuordenbar sind. Danach werden die Daten anonym gespeichert.
Der Einbau eines Rauchmelders in Wohnungen ist gesetzlich verpflichtend. Die Bewohner bekommen dabei nicht nur das Modell vorgeschrieben, sondern müssen zumindest bei Vonovia teilweise auch noch mit höheren Mieten rechnen. Gemäß SWR sieht das Immobilienunternehmen den Einbau nämlich als Modernisierungsmaßnahme an, die eine Verbesserung der Sicherheitstechnik darstellt. Darum sollen die Kosten für die neuen Rauchmelder in Ulm auf die Mieter umgelegt werden. In Frankfurt, Darmstadt und Kassel strebt das Unternehmen aktuell Gerichtsverfahren mit demselben Ziel an.
Vonovia beruft sich in seiner Argumentation auf ein BGH-Urteil vom 24. Mai 2023. Das Urteil besagt, daß Kosten auf die Mieter umgelegt werden können, wenn die Maßnahme eine technische Verbesserung darstellt. Vonovia erklärt, daß der Gebrauchswert der Wohnungen durch die neuen Rauchmelder deutlich erhöht werde.

Matthias Bauer von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg lehnt diese Argumentation ab: "Wie Vonovia hier darauf kommen kann und das eine Mieterhöhung rechtfertigt, verstehe ich nicht, da der Austausch von Rauchwarnmeldern, anders als der erstmalige Einbau, grundsätzlich keine Modernisierung darstellt." Wie Bauer gegenüber dem SWR erklärt, sei es fraglich, ob die Daten überhaupt gesammelt werden dürfen, weil durch die Installation der Rauchmelder "sehr stark in die Persönlichkeitsrechte jedes Mieters eingegriffen werde."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. November 2024 (x1.422/…): >>**Eigentümerverband: Grundsteuerlast in Berlin steigt um 74 Prozent**

Die Mieter und Vermieter in Berlin müssen ab dem kommenden Jahr durchschnittlich 74,4 Prozent mehr Grundsteuer bezahlen. Das berichtet die "Bild" (Dienstagsausgabe) unter Berufung auf eine Auswertung des Eigentümerverbands Haus und Grund.

Die Zahlen ergeben sich laut Verband aus den entsprechenden Steuerbescheiden. Demnach müssen rund drei Viertel der Mieter und Vermieter in Berlin 2025 tiefer in die Tasche greifen als noch in diesem Jahr.

Die Grundsteuerlast steigt je nach Größe und Lage der Immobilie um bis zu 565,7 Prozent. Das entspricht zum Teil bis zu 750 Euro Mehrkosten im Jahr. Dagegen kann sich ein Viertel der Mieter und Vermieter über eine sinkende Grundsteuerlast freuen, schreibt die "Bild" weiter. Sie müssen bis zu 66,7 Prozent weniger Grundsteuer zahlen. Haus-und-Grund-Präsident Kai Warnecke sagte der Zeitung: "Die Reform läuft jetzt in eine brutale Steuererhöhung." Die Politik müsse "jetzt die Notbremse ziehen". Warnecke forderte die Bundesregierung auf, es müsse "eine neue Grundsteuer-Formel her".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. November 2024 (x1.422/…): >>**NRW-Grüne wollen keine Gender-Debatte mehr**

Die NRW-Landesvorsitzenden der Grünen, Tim Achtermeyer und Yazgülü Zeybek, werben für einen klareren Fokus im politischen Betrieb. "Ich bin dafür, daß wir uns in der politischen Mitte auf einen Grundsatz einigen: Wir wollen keine Bullshit-Debatten mehr", sagte Achtermeyer "Ippen-Media". Er habe keine Lust mehr, über das Gendern zu diskutieren.

"Wer gendern will, soll das machen, und wer das nicht will, soll es lassen." "Und ich hab keine Lust, mich über CSU-Generalsekretär Martin Huber aufzuregen, der fälschlicherweise behauptet, die Grünen würden Haustiere verbieten wollen." Das seien "absurde Debatten" in einer angespannten geopolitischen Lage, so Achtermeyer. "Es könnte sein, daß Donald Trump US-Präsident wird, der die Nato destabilisieren will und damit die Friedensordnung in Europa in Gefahr bringt.

Ich will mich mit den Fragen beschäftigen, die wichtig sind: Wie schaffen wir es, unsere Sicherheitsstruktur so aufzustellen, daß sie im Zweifel auch ohne die Amerikaner funktioniert?"

In der Migrationspolitik wünschen sich Zeybek und Achtermeyer derweil mehr Differenzierung. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) und der ehemalige SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert hatten vor wenigen Wochen vor Ressentiments in migrantischen Milieus gegenüber Frauen und Schwulen gewarnt.

Yazgülü Zybek kommentierte dazu jetzt: "Frauen sind vor allem durch diejenigen bedroht, die ihnen am nächsten stehen. Das sind Ehemänner, Ex-Partner, Verwandte. Häusliche Gewalt ist eine krasse Bedrohung. Das ist aber nicht zwingend ein Problem von bestimmten Nationalitäten oder Religionen." Es gebe Menschen, die Probleme mit emanzipierten, selbstbestimmten Frauen hätten. "Das sind einige Menschen muslimischen Glaubens mit frauenfeindlicher und homophober Ideologie oder auch Rechtsextreme. Man muß gegen das Problem ankämpfen, egal, welche Motivation oder Ideologie dahintersteckt", so Zeybek.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 5. November 2024 (x1.422/…): >>**Hofreiter hält Deutschlands "Geschäftsmodell" für gescheitert**

Der Vorsitzende des Europa-Ausschusses, Anton Hofreiter (Grüne), hält das bisherige "Ge-

schäftsmodell" Deutschlands für gescheitert.
"Man hat billige Energie in der einen Diktatur gekauft, hat schöne Dinge daraus gemacht, unter anderem tolle Autos, hat sie in die andere Diktatur, nämlich nach China, verkauft und hat die USA für unsere Sicherheit bezahlen lassen", sagte Hofreiter der Sendung "Frühstart" von RTL und ntv. "Das war einfach ein von vorne bis hinten nicht zukunftsfähiges Modell für Deutschland", sagte er. Es sei spätestens mit dem Überfall Rußlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 gescheitert. Bei einem Sieg Trumps wäre der Krieg in der Ukraine, anders als vom Kandidaten angekündigt, nicht binnen 24 Stunden beendet, glaubt Hofreiter.
"Man fragt sich ja manchmal, ob er diesen Unsinn wirklich selbst glaubt, Aber es besteht ja die Gefahr, daß er es selbst glaubt", sagte er. "Das wäre natürlich selbstverständlich nicht der Fall. Es bestünde sogar die große Gefahr, daß er die Ukraine einfach für einen billigen Deal verkauft." Die Regierung in Moskau könne dann motiviert sein, weitere Länder anzugreifen. "Wenn man sich anschaut, wie massiv sich Rußland in die Wahlen in der Republik Moldau eingemischt hat, was trotzdem zum Glück knapp gutgegangen ist für die Demokratie, weiß man, was einem dann bevorsteht", so Hofreiter.
Mit Bezug auf die Sicherheit in Europa sagte er, es gehe "überhaupt nicht, daß die Europäer, eine der reichsten Regionen der Welt, als allererstes in die USA blicken, wenn es ein Sicherheits- oder ein Problem mit Frieden hier bei uns gibt".<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. November 2024 (x1.417/…): >>**Scholz bibbert vor dem Volk**
Von *Sven Eggers*
Das Ampel-Desaster setzt sich fort, Kanzler Scholz kann sich zu keinem Machtwort durchringen. Lieber taktiert er. Die Herrschenden haben Angst vor dem Volk, vor Neuwahlen und klammern an der Macht. …
Sie befassen sich allein mit sich selbst, haben kein Interesse am Willen des Volkes. Allein die Sorge vor einer Abstrafung bei vorgezogenen Wahlen treibt sie noch an. Was der Kanzler, Habeck und auch Lindner dieser Tage in Berlin veranstalten, ist ein Tiefpunkt an politischer Kultur.
Die Bild fragt: "Geht es Scholz und Deutschland oder nur um sich?" Die befragten Experten trauen sich allenfalls, verschlüsselt zu sprechen. Meinungsforscher Hermann Blinkert von Insa löst es so: "Daß der Kanzler zunächst ans Land denkt, werden wohl insbesondere SPD-Wähler unterstellen." Alle anderen dürften das "kritischer sehen". Der bekannte Politikprofessor Jürgen Falter formuliert es so: "Der Kanzler setzt das gleich: "Was gut ist für Scholz, ist gut für Deutschland, und umgekehrt."
Sinkende Umfragewerte haben Scholz noch nie interessiert, obwohl es ja Wähler sind, die hier befragt werden. Die totale Realitätsverweigerung ist eine Art Markenzeichen von Scholz. Nichts will ihm gelingen, und er glaubt an den nächsten Sieg.
Farblos-Kanzler …
Seit Monaten jagen Scholzens Zustimmungswerte von einem Tiefpunkt zum nächsten. Über 80 Prozent der Deutschen sind unzufrieden mit seiner Regierung. Viele können bis heute nicht begreifen, wie es möglich war, daß er überhaupt an die Macht kommen konnte.
Als Scholz im August 2020 vom SPD-Parteivorstand als Kanzlerkandidat ins Rennen geschickt wurde, galt dies selbst unter den Roten als aussichtslose Alibi-Nominierung. Weil aber Markus Söder und Armin Laschet wie die Kesselflicker um die Merkel-Nachfolge zankten und sich Annalena Baerbock einen Fettnäpfchen-Marathon leistete, stolperte ausgerechnet der farblose Vize der abgehalfterten Großen Koalition ins Amt.
Schon Ende Februar 2022, ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl, positionierte er sich als Kriegskanzler und verkündete nach dem russischen Eingreifen in der Ukraine eine außen- und militärpolitische "Zeitenwende", die alles auf den Kopf stellte, was seit 1949 Leitlinie für die

Bundesrepublik und vor allem für die SPD gewesen ist. Alle bisherigen Haltelinien wurden abgeräumt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurden Waffen, und zwar Offensivwaffen, direkt in einen Krieg geliefert.
Zeitenwende bedeutet offenbar auch, daß es der SPD völlig gleichgültig ist, was die Mehrheit der Bürger denkt oder will. Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise, in der Scholz zunächst gegen und dann "immer schon für" eine Impfpflicht eintrat, ließ er am 2. Dezember 2021 im Interview mit der Zeit durchblicken, was er sowohl von Grundgesetz als auch demokratischen Gepflogenheiten hält: "Für meine Regierung gibt es keine roten Linien mehr bei all dem, was zu tun ist. Es gibt nichts, was wir ausschließen."
Immer wieder machte Scholz die Bürger verächtlich - Videos dazu wurden Quoten-Hits im Netz. Anfang November 2022 verhöhnte er einen Wähler, der ihm verzweifelt von Sorgen wegen seiner Heizung berichtet hatte, und prustete schließlich los: "Da wußte ich gar nicht, wie traurig ich gucken sollte." In München bepöbelte er bei einer Wahlkampfveranstaltung Gegner seines Kriegskurses: "Und die, die hier mit Friedenstauben rumlaufen, sind vielleicht gefallene Engel, die aus der Hölle kommen."

Beim Bilanzbetrug erwischt

Scholz schafft die einstmals so stolze Volkspartei ab. Im Osten der Republik ist für die SPD keine Hürde zu niedrig, aber auch im Westen sieht es mau aus. Die aktuelle SPD-Führung stellt ein Gruselkabinett dar, das selbst im eigenen Lager kaum noch punkten kann. Man stelle sich vor, Urgesteine wie Herbert Wehner, Egon Bahr, Erich Ollenhauer oder Fritz Erler müßten dies noch erleben.
Daß Scholz und seine Leute vergangenes Jahr bei einem verfassungswidrigen Bilanzbetrug erwischt wurden, stellt wohl das größte Wirtschaftsdesaster seit Gründung der Bundesrepublik dar. Der zweite Nachtragshaushalt war am 15. November 2023 vom Bundesverfassungsgericht für null und nichtig erklärt worden. Scholz, Lindner und Habeck hätten daraufhin zwingend zurücktreten müssen.
Dem Obersozi selbst werden kriminelle Geschäfte mit der einflußreichen Warburg-Bank vorgeworfen. Dabei geht es um das trickreiche Verschieben von Aktienpaketen und um dubiose Steuererstattungen aus den Jahren 2016 und 2017. Anleger ließen sich einmal gezahlte Kapitalertragssteuern auf Aktiendividenden gleich mehrfach erstatten (Cum-Ex-Geschäfte). Der entstandene Schaden war enorm.

Vertuschte Deals

Die Stadt Hamburg unter dem damaligen Ersten Bürgermeister Scholz verzichtete gönnerhaft auf die Rückzahlung von 47 Millionen Euro. Die Hintergründe, wie es zu diesem offenkundigen Polit-Deal kam, sind bis heute unterm Teppich. Der BRD-Regierungschef hatte sich mehrmals höchstpersönlich mit den Warburg-Gesellschaftern verabredet, wohl um die Vertuschung zu verabreden - aber später alles vergessen.
Intensiv untersucht gehörte natürlich auch, was der Hanseat seinen finanzstarken und transatlantischen Freunden alles verdankt und welche Abhängigkeiten hier über die Jahre entstanden sind. Seine rhetorischen Fähigkeiten können ihm den Weg ins Kanzleramt jedenfalls nicht geebnet haben.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. November 2024 (x1.417/…): >>**Wirbel um unzensierten Lafontaine**
Von *Sven Eggers*
Politik und Medien in heller Aufregung: Linken-Urgestein Oskar Lafontaine hat gestern in der ARD unzensierte Sätze zur US-Politik gesagt. Um Himmels Willen! Damit kommen die Verantwortlichen gar nicht klar. …
Die Bild wittert einen Skandal: "Propaganda" und "blanker Amerika-Haß" seien gestern am Abend zur besten Sendezeit über den Bildschirm geflimmert. Was war passiert? - In der Hart-

aber-Fair-Sendung im Ersten durfte Oskar Lafontaine auftreten und dann auch noch sprechen. Was hat er gesagt? Zum Beispiel feuerte er "volle Kanone" (Bild) diesen Satz heraus.
"Wenn Kamala Harris Präsidentin ist, werden Kriege finanziert und weiter Menschen sterben."
Als es dann um den amtierenden Präsidenten Joe Biden ging, wurde Lafontaine, mittlerweile 81 Jahre alt, putzmunter: "Dieser 'Transatlantiker' hat uns die Gasleitung Nord Stream weggesprengt und damit schweren Schaden für die Bevölkerung …" Weiter kam er kaum. Moderator Klamroth und FDP-Kriegsbefürworterin Strack-Zimmermann gingen gerade hysterisch dazwischen.

Worüber wir reden sollten

Oskar Lafontaine aber ließ nicht locker: "Wir müssen mal darüber reden, ob es richtig ist, daß die führende Macht des Nordatlantischen Bündnisses uns die wichtigste Energieleitung wegsprengt!" In die Zwischenrufe von Strack-Zimmermann und Klamroth hinein erinnerte der Attackierte an die berühmte Pressekonferenz mit Kanzler Scholz in Washington im Februar 2022: "Das hat Biden erzählt, vor aller Welt!"
Keine Frage: Der Anschlag auf die Nord-Stream-Leitungen am 26. September 2022 stellt den ersten Kriegsakt gegen Deutschland seit 1945 dar.
Die Beweise gegen die USA sind erdrückend. Präsident Biden hatte eine solche Aktion ja auch ganz und gar unverblümt angekündigt. Augen- und Ohrenzeuge: Olaf Scholz, der schulbubenhaft danebenstand. Eine Verwicklung der USA in die Täterschaft unterstreichen auch die Recherchen von US-Journalistenlegende und Pulitzerpreisträger Seymour Hersh.
Lafontaine hat die USA in der Vergangenheit schon häufiger kritisiert und dazu auch ein Buch mit dem Titel "Ami go home" verfaßt. Die US-Kriege in Korea, Vietnam, Afghanistan, Irak und Syrien forderten mehr als 20 Millionen Tote, klagt er dort an. Der Krieg in der Ukraine und die Sprengung der Ostsee-Pipelines seien das jüngste Produkt dieser aggressiven Außenpolitik. Lafontaine verweist darauf, daß er immer gefordert habe, daß "wir uns von der aggressiven und gefährlichen US-Außenpolitik lösen" müßten.

Der Terrorstaat Nummer Eins

Das NATO-Bündnis sei für ihn ein Instrument imperialer US-Machtpolitik. Die Kurzformel des ersten Generalsekretärs der NATO, des Briten Lord Ismay, man habe drei Ziele: "die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten" gelte weiterhin, müßte jedoch heute korrigiert werden. Jetzt gehe es darum, auch die Russen zu besiegen und unten zu halten.
Dafür schrecke die US-Politik nicht vor Terrorakten zurück. Im Hinblick auf die Sprengung der Ostsee-Pipeline sieht Lafontaine das Wort Noam Chomskys von den USA als "Terror-Staat Nummer 1" bestätigt.
Aber wir seien so sehr in einem orwellschen Käfig gefangen, daß wir den größten Schurkenstart nicht wahrnehmen könnten. Lafontaines verweist dabei auch auf US-Präsident Jimmy Carter, der die USA als "korrupte Oligarchie" tituliert hatte.
Auf seinem Facebook-Kanal hatte Lafontaine vor einiger Zeit kritisiert: "Wann wird es einen Bundeskanzler geben, der den Mut hat, Washington zu sagen, bis hierhin und nicht weiter. Woher kommt diese deutsche Sucht, sich zu unterwerfen, wenn man sieht, wie sich deutsche Journalisten und Politiker gegenüber Washington verhalten?"<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 5. November 2024 (x1.420/…):
>>**Showdown in den USA: Trump oder Harris? Alles über die wichtigste Wahl des Jahres!**
Die Welt schaut gebannt auf die USA. Der heutige 5. November 2024 schreibt Geschichte! Wer macht das bis zuletzt spannende Rennen um das mächtigste Amt der Welt - wer wird der 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika? Nach letzten Umfragen hat Donald

Trump die Nase vorn. Alles, was Sie über die wichtigste Wahl des Jahres wissen müssen; warum die Zahl 270 eine magische Bedeutung hat.
Heute findet in den USA zum 60. Mal seit 1789 die Präsidentschaftswahl statt. Rund 200 Millionen Wahlberechtigte sind aufgerufen, zwischen Donald Trump (78/Republikaner) und Kamala Harris (60/Demokraten) zu entscheiden.
Es endet mit dem heutigen Tag ein spektakulärer Wahlkampf, in dem Trump um Haaresbreite ein Attentat überlebte, der scheidende Amtsinhaber Joe Biden sich nach einem katastrophalen TV-Duell selbst aus dem Rennen nahm und in dem sich Kandidat und Kandidatin nichts schenkten.
Wer die Wahlnacht in Deutschland am Fernseher oder im Livestream des Deutschland-Kuriers verfolgen möchte, muß sich wegen der vier in den USA geltenden kontinentalen Kernzeitzonen (insgesamt sind es eigentlich sogar elf) auf eine lange Nacht einstellen. Die ersten Wahllokale in den US-Bundesstaaten Georgia, Indiana, Kentucky, South Carolina, Vermont und Virginia schließen um ein Uhr mitteleuropäischer Zeit, die letzten auf Hawaii um sechs und in Alaska um sieben Uhr morgens.
- Warum wählen die Amerikaner immer an einem Dienstag?
Seit mehr als 150 Jahren wird der Präsident der USA stets an einem Dienstag gewählt. Das hat historische Gründe. Als der Kongress im Jahr 1845 einen einheitlichen Tag für die Wahl des Präsidenten in allen der damals 28 (heute 50) Bundesstaaten festlegen wollte, war das Land tief religiös geprägt. Die meisten Menschen wohnten auf dem Lande in oft entlegenen Gegenden, das vorherrschende Verkehrsmittel waren Pferd und Kutsche.
Der Sonntag kam nicht in Frage, weil Gebet und Kirchenbesuch Vorrang hatten. Am Montag wäre für viele Menschen die Zeit wegen der oft beschwerlichen Anreise knapp geworden. Der Sonnabend war vielerorts wichtiger Markttag, für den bereits in den Vortagen die landwirtschaftlichen Produkte (Vieh, Getreide usw.) zusammengestellt und nicht selten über weite Entfernungen transportiert werden mußten.
- Wie läuft die Wahl ab?
Anders als in Deutschland, wo erste vorläufige Wahlprognosen schlag 18 Uhr bekannt gegeben werden, gibt es in den USA keine feste Uhrzeit für eine Trendvorhersage. Nachrichtenagenturen und US-Medien berichten allein schon wegen der Zeitunterschiede zu unterschiedlichen Zeiten über die Sieger in den einzelnen Bundesstaaten. Sie stützen sich dabei auf Hochrechnungen und politische Analysen sowie auf erste Teilergebnisse aus den örtlichen Wahllokalen.
Da ein knapper Wahlausgang möglich, wenn laut Umfragen nicht sogar wahrscheinlich ist, kann es womöglich Tage, wenn nicht sogar Wochen dauern, bis der Sieger unstrittig feststeht. Beide Lager haben bereits hochbezahlte Anwälte in Stellung gebracht, um Stimmenauszählungen gerichtlich anzufechten. In letzter Instanz müßte sogar das oberste US-Gericht, der Supreme Court, entscheiden.
Auch die offiziellen Wahlergebnisse könnten sich bei sehr engen Entscheidungen in bestimmten US-Bundesstaaten lange verzögern. Denn je nach Bundesstaat gibt es unterschiedliche Auszählungsmodalitäten, mit Computern oder nur auf Papier. Bei sehr knappen Entscheidungen zählen die meisten Staaten manuell nach.
Bei der US-Wahl 2020 hatten knappe Ergebnisse und viele Briefwahlstimmen dafür gesorgt, daß erst vier Tage nach der Wahl US-Medien Joe Biden zum Wahlsieger erklärten. Der Bundesstaat Georgia teilte als letzter Bundesstaat erst zehn Tage nach der Wahl sein Ergebnis mit. Donald Trump erkannte den Wahlausgang nie an, sprach immer wieder von Wahlbetrug ("it was a fraud").
- Wann steht der Sieger fest?
Um die Präsidentschaftswahl zu gewinnen, kommt es auf die Zahl 270 an. Ein Kandidat

braucht mindestens 270 sogenannte Wahlmänner bzw- Wahlfrauen ("Electoral Votes"). Jedem Bundesstaat ist dabei entsprechend seiner Bevölkerungszahl eine bestimmte Anzahl von Wahlmännern und Wahlfrauen zugeteilt, die nach Maßgabe des Ergebnisses in ihrem Staat für einen der Bewerber stimmen.
In einem ersten Schritt werden alle Stimmen ausgezählt und anschließend wird in jedem Bundesstaat ein Sieger ermittelt. Dabei gilt das Prinzip "the winner takes it all". Die Frist für die Bekanntgabe der Ergebnisse ist von Staat zu Staat unterschiedlich. Die Ergebnisse müssen aber bis Mitte Dezember vorliegen.
- Was passiert bei einem Patt?
Für den Fall, daß jeder der beiden Kandidaten genau 269 Stimmen auf sich vereint, hat die US-Verfassung vorgesorgt. Dann entscheidet das US-Repräsentantenhaus, die zweite Kammer des US-Kongresses neben dem Senat.
Im Repräsentantenhaus kommen 435 Abgeordnete aus den Bundesstaaten proportional zu der jeweiligen Bevölkerungsgröße zusammen, also zum Beispiel eine Abgeordnete aus Alabama und 52 aus Kalifornien. Bei einer Präsidentenwahl müssen sich alle Repräsentanten der insgesamt 50 Staaten auf einen Kandidaten einigen. Das heißt: Präsident oder Präsidentin wird, wer mindestens 26 Delegationen für sich gewinnt.
Dabei hätten die Republikaner um Trump aktuell einen Vorteil. Derzeit stellen sie 26 sogenannte Delegationen, die Demokraten um Harris 22. Weil auch alle Sitze des Repräsentantenhauses heute neu gewählt werden, könnte sich nach einer Analyse des US-Senders ABC der Vorsprung des Trump-Lagers dann sogar vergrößern.
- Welche Rolle spielen eigentlich die "swing states"?
Bei der Präsidentschaftswahl 2024 liegt das Augenmerk im Wahlkampf auf einigen Schlüsselstaaten, den "Swing States". Während beide große US-Parteien in ihren sicheren Hochburgen am 5. November von einem Wahlsieg ausgehen, bleibt das Ergebnis in diesen Staaten schwer vorhersehbar.
Als "swing states" gelten jene Bundesstaaten, in denen unklar ist, ob die Republikaner oder Demokraten eine Mehrheit haben. Die Wähler in diesen Staaten tendieren traditionell dazu, zwischen den Parteien und Kandidaten hin und her zu schwingen ("to swing").
Wegen ihrer Unberechenbarkeit spielen diese heißt umkämpften Bundesstaaten oft eine große Rolle mit Blick auf den Wahlsieg.
- Warum sind die "swing states" so wichtig?
In den USA wird der Präsident nicht direkt von der Bevölkerung gewählt, sondern von 538 Wahlleuten, die aus den Bundesstaaten entsandt werden. Dieses Wahlkollegium wählt den neuen Präsidenten und seinen bzw. ihren Vize. Die Wahl findet 41 Tage nach der US-Wahl im November statt. Um Präsident zu werden, benötigt einer der beiden Kandidaten die Mehrheit von mindestens 270 Stimmen der Wahlleute.
Bei der US-Wahl 2024 kommt es in alphabetischer Reihenfolge auf folgende "swing states" an:
- Arizona
- Georgia
- Michigan
- Nevada
- North Carolina
- Pennsylvania
Als besonders knapp gilt das Rennen in Pennsylvania. Donald Trump und Kamala Harris brauchen hier jede Stimme. Deshalb könnte das Ergebnis in diesem östlichen Bundesstaat, der einer von den 13 Gründungsstaaten der USA ist, entscheiden, wer am 20. Januar 2025 (Tag der feierlichen Vereidigung) ins Weiße Haus in Washington einzieht.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 5. November 2024 (x1.423/…): >>**Recherchen: USA beeinflußten EU-Landwirtschaftspolitik**
US-Regierung verhinderte über PR-Firmen geplante Halbierung von Pestizideinsatz in EU / Datenbank mit Negativ-Informationen über Kritiker von Pestiziden und Gentechnik / USA beauftragen Organisationen mit weltweiter Etablierung von Gentechnik
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Das US-Landwirtschaftsministerium hat im Jahr 2020 ein PR-Unternehmen damit beauftragt, Widerstand gegen die EU-Pläne zur Halbierung des landwirtschaftlichen Pestizideinsatzes zu organisieren.
Das geht aus durchgesickerten Dokumenten hervor, die den Zeitungen "Le Monde" und "The Guardian" vorliegen, berichtet der freie Journalist Hakon von Holst auf dem Blog des Wirtschaftsjournalisten Norbert Häring. (3. November) Der Beeinflussungsversuch sei letztlich erfolgreich gewesen: Der Verordnungsvorschlag der EU-Kommission zur Reduktion des Pestizideinsatzes wurde im November 2023 vom EU-Parlament abgelehnt.
Am 20. Mai 2020 hatte die EU-Kommission den "Grünen Deal" vorgestellt, der eine Halbierung des Einsatzes von Pestiziden und Antibiotika in der Landwirtschaft vorsah sowie den Ausbau des ökologischen Anbaus. Die erste Gegenmaßnahme bestand nach Recherchen der französischen Tageszeitung "Le Monde" in einer medial gut plazierten Videokonferenz unter Teilnahme des EU-Landwirtschaftskommissars und des US-Landwirtschaftsministers.
Die Veranstaltung war im Einvernehmen mit der US-Regierung von einer PR-Firma organisiert worden. Nach außen wirkte sie laut "Le Monde" wie eine Initiative der EU-Parlamentsfraktion der Konservativen und Reformer (EKR), die von der US-Regierung als "proamerikanisch" eingestuft wurde.
Das US-Landwirtschaftsministerium schloß in der Folge am 18. November 2020 mit dem PR-Unternehmen "White House Writers Group" einen Vertrag, um eine "marktfreundliche und technologiefördernde" Politik in Drittländern zu etablieren. Die Vereinbarung sah auch die Zusammenarbeit mit dem PR-Unternehmen "V-Fluence" vor. Die Firma war im Jahr 2001 von Jay Byrne, dem früheren Leiter der Unternehmenskommunikation des Agrarkonzerns Monsanto gegründet worden. Beide PR-Firmen erklärten am 19. November 2020 in einer Mitteilung an das US-Landwirtschaftsministerium, sich dafür einzusetzen, die Pläne der EU zu verhindern.
Eine indirekte Zusammenarbeit zwischen "V-Fluence" und der US-Regierung bestand bereits seit 2013. Das Unternehmen trat als Dienstleister der von der US-Entwicklungshilfebehörde mit der Verbreitung von Gentechnik in Afrika und Asien beauftragten Lobby-Organisation "International Food Policy Research Institute" in Erscheinung. In diesem Zusammenhang entstand nach Erkenntnissen der britischen Tageszeitung "The Guardian" eine private Datenbank mit Profilen von Pestizid- und Gentechnik-Kritikern, zu der ausgewählte Regierungsbeamte und Mitarbeiter von Agrarchemiekonzernen Zugang besitzen. Die Personenprofile enthalten teilweise diskreditierende Informationen, die in das Privatleben hineinreichen.
Letztendlich gehe es darum, die Bauern von "Gentechnik-Patenten abhängig" zu machen, erläuterte Autor Hakon von Holst im Artikel. Standort-angepaßte Regionalsorten gingen verloren, "während die Landwirtschaft auf Saatgut umsteigt, das seine Reproduktionsfähigkeit eingebüßt hat". Die Bevölkerung sei dann "auf Gedeih und Verderb den Großkonzernen ausgeliefert" und müsse "ihnen Pestizide abkaufen, weil die Sorten für den industriellen Anbau gezüchtet" seien und mit natürlichen Bedingungen schlecht zurechtkämen.<<
Südafrika: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 5. November 2024 (x1.417/…): >>**Blut, Boden und Bürgerkrieg**
Die Vertreibung der Weißen vom Kap. Knapp 30 Jahre nach dem Ende der Apartheid beherrscht Gewalt Südafrikas Straßen. Weiße Bauern werden gejagt, vertrieben und ermordet -

jeden Tag. Die kanadische Journalistin Lauren Southern wollte sich ein eigenes Bild machen, reiste quer durchs Land und erstatte COMPACT kurz vor der Premiere ihres Dokumentarfilms Farmlands Bericht.

_ *Lauren Southern* im Gespräch mit COMPACT-Redaktion

Wie sind Sie auf die Zustände in Südafrika aufmerksam geworden?

Lauren Southern: Vor knapp einem Jahr drangen die ersten Gerüchte an mein Ohr. Man sprach von Rassenunruhen und Gewalt - und davon, daß die von Mandela gegründete Regenbogennation, dieser angebliche Leuchtturm sozialer Gerechtigkeit, in Wahrheit nicht das ist, was sie zu sein schien. Es war eine Fassade, ein falsches Götzenbild. Tatsächlich faulte sie von innen und begann, in sich zusammenzufallen. Immer häufiger hörte ich von einem "Genozid an Weißen". Das klang für mich zunächst sehr spektakulär, doch dann gab es eine Meldung über einen Farmmord hier, einen Bericht über eine gefolterte Familie da. Gleichzeitig las man im Mainstream nichts darüber.

Jeder in Südafrika kennt jemanden, der diskriminiert, verwundet, gefoltert oder getötet worden ist.

Wann sind Sie dann in Südafrika gelandet und wer hat Sie bei Ihren Dreharbeiten unterstützt? Man darf davon ausgehen, daß es dort nicht ganz ungefährlich war.

Lauren Southern: Der erste Anlauf, nach Südafrika zu reisen, scheiterte noch aus familiären Gründen. Ich hatte das Flugticket schon in der Tasche, dann kam etwas dazwischen. Heute denke ich, daß es Schicksal war. So hatte ich mehr Zeit, mir ein Filmteam zu suchen und engen Kontakt zu einer Gruppe namens Sidelanders aufzubauen. Die haben uns dann Anfang Januar dort empfangen, und ihre "großen Jungs" haben mich und mein Team beschützt. So hatten wir die Möglichkeit, diesen Dokumentarfilm zu drehen, der visuell und auch inhaltlich das Beste geworden ist, was ich in meiner bisherigen Karriere zustandegebracht habe. Dabei habe ich alle Ausgaben aus meiner eigenen Tasche bezahlt. Zum Glück war die Spendenbereitschaft unserer Fans und Zuschauer für das Projekt phänomenal.

Wie stellten Sie dann den Kontakt zu den Farmern her?

Lauren Southern: Wir haben auf unserer Reise die gastfreundlichsten und nettesten Leute getroffen, die man sich vorstellen kann. Diese Farmer sind wirklich starke, anständige und gottesfürchtige Menschen, die uns sofort eingeladen haben, ihre Familien kennenzulernen, und die gerne bereit waren, uns ihre Geschichten zu erzählen. Von da an war es ein Erdrutsch echter Erfahrungsberichte: Jeder in Südafrika kennt jemanden, der von diesen schwarzen Gewalttätern diskriminiert, verwundet, gefoltert oder getötet worden ist. Es war nicht so, daß wir die Nadel im Heuhaufen suchen mußten, diese Geschichten fielen uns einfach so in den Schoß. Manche sagen, die Situation ist heute schlimmer als zu Zeiten der Apartheid.

Klassenkampf und Rassenkampf

Ihr Film zeigt eine Welle unvorstellbarer Gewalt, die über das Land fegt. Woher kommt der derzeitige Gewaltausbruch?

Lauren Southern: Die Regierung hat eine zweiteilige Ideologie. Der eine Teil ist eine rassistisch motivierte Wut- und Rachepolitik gegen Weiße. Da geht es nur darum, "was der weiße Mann uns angetan hat". Der andere Teil ist ebenfalls von Wut und Rachegefühlen getrieben, denn die Leute in der Regierung sind Hardcore-Marxisten. Die Regierungspartei African National Congress (ANC) und all ihre Mitglieder sagen das öffentlich - und sie alle folgen einer marxistischen Klassen-Ideologie.

Die Situation heute ist schlimmer als zu Zeiten der Apartheid.

Weiße Farmer arbeiten hart, sehr hart, und sie verdienen deshalb auch eine Menge Geld. Die

Bantus sehen das und denken sich: Die sollten das nicht haben, das alles sollte uns gehören. Wenn dann noch so ein Unterdrückungs-Narrativ eingebaut wird, dann erhält man Schwarze, die einfach nur noch wütend sind auf den Erfolg der Weißen. Das führt dazu, daß Weiße nicht nur ausgeraubt, sondern auch noch stundenlang gefoltert werden. Es ist so viel Haß in diesem Land, das immer noch von Stammesdenken beherrscht wird.
Jemand brachte diese Ideologie mir gegenüber mal folgendermaßen auf den Punkt: Man will lieber hundert Prozent eines Scheißhaufens besitzen, als zehn Prozent Anteil an einer prosperierenden Nation zu haben. Selbst wenn die Produktivität der weißen Farmer der Gemeinschaft hilft, zum allgemeinen Wohlstand beiträgt, Arbeitsplätze und Perspektiven schafft, will man lieber weiter wütend darüber sein, daß die Schwarzen nicht alles besitzen.

Flüchtlingscamps für Weiße

Viele Deutsche werden Probleme damit haben, sich vorzustellen, daß es so etwas wie Rassismus gegen Weiße überhaupt gibt - und daß er in Südafrika solche Formen angenommen hat. Sie haben auf Ihrer Reise selbst viel Leid gesehen. Was hat Sie besonders schockiert?
Lauren Southern: Was mich am meisten berührt hat, war ein sogenanntes White Squatter Camp, also eine Art Flüchtlingscamp für Weiße. Dort sagte man mir, daß die Regierung vor kurzem ein Gesetz erlassen hat, daß Großunternehmen wie Elektrizitäts- oder Wasserwerken, die im Auftrag des Staates arbeiten, bestimmte Quotenregelungen vorschreibt. Und die Quote soll übereinstimmen mit der Demographie der Bevölkerung. Das heißt konkret: In diesen Firmen dürfen nur acht Prozent der Belegschaft noch weiß sein. Wird die Regelung nicht eingehalten, verlieren die Firmen ihre Aufträge.
Es ist wie eine Art umgekehrtes Affirmative-Action-Programm (Quotenregelung für Minderheiten in den USA). Stell Dir vor, die US-Basketballliga NBA würde so was machen und nur noch 13 Prozent Afroamerikaner in ihrer Liga Basketball spielen lassen, weil das der demographischen Verteilung in den USA entspricht. Was durch diese Regelung passierte, war, daß im Energiesektor rund 40 Prozent aller weißen Ingenieure entlassen wurden. Diese Menschen können nun keine Arbeit mehr finden, weil es so viele juristische und bürokratische Anreize gibt, keine Weißen mehr einzustellen. Viele dieser Menschen fanden sich dann in den genannten Camps wieder.
Die vom Staat unterhaltenen Obdachlosenheime und Hilfsprogramme sind ebenfalls nur für Schwarze, Weiße werden dort einfach abgewiesen. Diese Camps für Weiße werden also aus eigener Kraft auf privaten Grundstücken errichtet - allein daran zu denken, macht mich wütend. Man sieht vor allem weiße Kinder, die im Dreck spielen, die nichts zu essen haben, kein Geld, keine Perspektiven für ihr Leben. Sie sind die Kinder von Eltern, die arbeitslos wurden wegen dieser rassistischen Politik. Es ist furchtbar. Die Folge dieser Politik ist nun, daß die Nation komplett zerfällt und ruiniert wird - und zwar zum Schaden von Schwarzen und Weißen. Es fängt beim Energiesektor an. Kapstadt hat bereits massive Probleme mit Wasserknappheit und steht vor einer Katastrophe.

Der Bürgerkrieg kommt

In einem der wenigen Artikel über Farmmorde in den alternativen Medien konnte man kürzlich lesen, wie die Angreifer vorgehen …
Die Aufnahmen zeigen Angreifer, die sich einer Farm nähern und einen Rucksack bei sich tragen, der zweifelsfrei erkennbar ein Gerät zur Blockade von Funksignalen enthält. Es ist sehr schwierig, solche Geräte zu besorgen, wenn man nicht beim Militär ist. Wie also sind die da rangekommen? Mir wurde gesagt, daß das nicht das erste Mal war, daß diese Geräte zum Einsatz kamen, um zu verhindern, daß die Opfer solcher Angriffe per Telefon Hilfe holen können. So verschwörungstheoretisch es vielleicht klingen mag, muß man sich doch vor diesem Hintergrund die Frage stellen, ob die Regierung den Angreifern womöglich geholfen hat.

Es ist allgemein bekannt, daß die Regierung nicht will, daß weiße Farmer Land besitzen. Die Regierungspartei ANC hat das so gesagt, die EFF (Economic Freedom Fighters; eine linksradikale Partei, die bei den letzten Parlamentswahlen zehn Prozent erhielt) sangen sogar öffentlich "Tötet die Buren" (europäischstämmige Südafrikaner).

Wie geht es weiter?
Lauren Southern: Sollte passieren, was bereits angekündigt ist, nämlich die Enteignung von weißen Landbesitzern ohne Kompensation, dann werden die Farmer zurückschlagen und kämpfen. Das ist ihr Land. Seit acht Generationen leben und arbeiten sie dort. Sie erbten es von ihren Eltern und Großeltern, die dort begraben liegen. Ihr Schweiß und Blut stecken in dieser Erde, und ich denke nicht, daß sie einfach Platz machen werden. Wenn die Regierung den Weg weitergeht, der bereits eingeschlagen wurde, ist der Konflikt garantiert. Radikale Gruppen an den politischen Rändern wie die schwarze Bewegung "Land or Death" sehnen den Krieg regelrecht herbei. Die Gruppe "Sidelanders", die mich begleitete, bereitet sich schon auf einen Bürgerkrieg vor und glaubt, daß er innerhalb der nächsten fünf Jahre kommen wird.

Das sind düstere Aussichten. Danke, daß Sie sich die Zeit für dieses Gespräch genommen haben - und weiterhin viel Erfolg.
_ Lauren Southern (22) arbeitete bis März dieses Jahres für den alternativen Nachrichtensender "Rebel Media". Ihr Dokumentarfilm "Farmlands" wird ab Ende März 2018 online zu sehen sein. Weitere Informationen sowie ihr Spendenkonto finden Sie unter laurensouthern.net/farmlands/
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 04/2018.<<

06.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 6. November 2024 (x1.419/…): >>**Die AfD-Bundessprecher gratulieren Donald Trump zur Wahl**
Donald Trump steht vor der Wahl zum 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Dazu erklären Tino Chrupalla und Dr. Alice Weidel, Bundessprecher der Alternative für Deutschland:
"Wir gratulieren Donald Trump im Namen der Alternative für Deutschland zur Wahl! Wie die Deutschen haben die US-Bürger genug von Staatsverschuldung, wirtschaftlichem Niedergang, endlosen Kriegen und illegaler Migration. Wir bieten Unterstützung und Zusammenarbeit bei der Lösung dieser Probleme an. Donald Trump kann als patriotischer Friedenspräsident in die Geschichte eingehen."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. November 2024 (x1.420/…): >>**Aus, aus, - vorbei: Scholz entläßt Lindner und FDP-Minister! Ampel ist Geschichte!**
Was für ein historischer Tag nicht nur in den USA: Auch in Deutschland überstürzen sich die Ereignisse! Deutschland atmet auf - der Ampel-Horror ist vorbei! "Aus! Aus! Die Ampel ist aus!", meldete "Bild". Das Spiel ist aus - es klang fast so wie nach der Weltmeisterschaft von 1954.
November 2024: Am Abend, gegen 20.30 Uhr, feuerte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Bundesfinanzminister Christian Lindner sowie die drei anderen FDP-Minister. Die FDP ist raus aus dieser seit fast drei Jahren amtierenden Horror-Regierung!
Scholz kam der FDP zuvor: Die hatte geplant, heute Abend den Koalitions-Ausschuß im Kanzleramt zu verlassen, morgen den Koalitionsvertrag mit SPD und "Grünen" zu kündigen und ihre Minister abzuziehen. Alles war vorbereitet.
Nun der "Scholz-Hammer": Er schmeißt Lindner und die anderen drei FDP-Minister aus der Regierung!

Seit 18 Uhr lief im Kanzleramt der letzte Rettungsversuch für die Horror-Ampel. Doch schon nach zwei Stunden war klar: Die Ampel ist Geschichte!

Neuwahlen im März - Abrechnung mit Lindner

Scholz macht den Weg für Neuwahlen im März frei, will im Januar im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Das kündigte der Kanzler am Abend in Berlin an.

Scholz erläuterte die Entlassung Lindners und der FDP-Minister aus der Regierung in einer Stellungnahme im Kanzleramt. Er warf Lindner Verantwortungslosigkeit vor. Es fehle jegliche Vertrauensbasis für eine weitere Zusammenarbeit. "Zu oft hat Bundesminister Lindner Gesetze sachfremd blockiert. Zu oft hat er kleinkariert parteipolitisch taktiert. Zu oft hat er mein Vertrauen gebrochen", sagte Scholz. Ein solches Verhalten wolle er dem Land nicht weiter zumuten.

Letzte Sollbruchstelle war die Ukraine-Hilfe

Scholz verwies zudem auf die internationale Lage, insbesondere bezüglich der Ukraine. Lindner habe mit Blick auf weitere Milliarden für Kiew ein Aufweichen der Schuldenbremse abgelehnt. "Wer sich in einer solchen Lage einer Lösung, einem Kompromißangebot verweigert, der handelt verantwortungslos. Als Bundeskanzler kann ich das nicht dulden."

Scholz kündigte an, am 15. Januar im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen. Er sei sich mit Vizekanzler Robert Habeck ("Grüne") einig, daß Deutschland schnell Klarheit über den weiteren politischen Kurs brauche. In den Sitzungswochen des Parlaments bis Weihnachten wolle er alle Gesetze zur Abstimmung stellen, die keinen Aufschub duldeten. Dazu gehören nach den Worten des Kanzlers die Stabilisierung der Rente sowie Sofortmaßnahmen für die Industrie.

Habeck: Ampel-Aus "fühlt sich falsch an"

Vizekanzler Robert Habeck trat gemeinsam mit Außenministerin Annalena Baerbock(beide "Grüne") vor die Kameras. Habeck sprach von einem "besonderen Tag", der mit der Wahl von Donald Trump begonnen habe und mit dem Bruch der Ampel ende. Er räumte ein, daß die Regierung nicht den besten Ruf genossen habe, die Trennung zu diesem Zeitpunkt aber "fühlt sich falsch an", sagte er. Europa und Deutschland müßten handlungsfähig und international verantwortlich sein.

Die Regierung sei sich im Haushaltsstreit nicht einig geworden, obwohl "mehrere Lösungsmöglichkeiten auf dem Tisch lagen", so Habeck weiter. Wie zuvor Scholz warf auch Habeck der FDP kalkulierten Koalitionsbruch. Vor. Insbesondere hätte er sich ein Signal der Unterstützung für die Ukraine gewünscht. Da sei die FDP dagegen gewesen, sagte der "Grünen-Kriegstreiber".

Habeck kündigte an, die Ökosozialisten würden bis zu Neuwahlen im Frühjahr im Amt bleiben, um "aus dem Amt heraus die Stabilität zu geben" - sprich: Noch so viel kaputt zu machen wie möglich!

Wie geht es weiter?

Der Kanzler hat angekündigt, sehr schnell das Gespräch mit (Schein-) Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) zu suchen. Er wolle in zwei entscheidenden Fragen konstruktiv mit der Union zusammenarbeiten - "bei der schnellen Stärkung unserer Wirtschaft und unserer Verteidigung".

Kanzler Olaf Scholz bestätigte, daß er beabsichtige, am 15. Januar im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen. Neuwahlen könnten dann spätestens "bis Ende März" stattfinden, sagte er. Der Schlüssel zu Neuwahlen liegt dann laut Grundgesetz bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Steinmeier kündigte für Donnerstag, 7. November, eine Erklärung an.

So eskalierte die Situation in Berlin

FDP-Chef Christian Lindner hatte Medienberichten zufolge beim Treffen des Koalitionsaus-

schusses Neuwahlen vorgeschlagen. Das Treffen stehe kurz vor dem Abbruch, berichteten mehrere Zeitungen übereinstimmend. Demnach haben aus Lindners Sicht die Gespräche der vergangenen Tage gezeigt, daß keine ausreichende Gemeinsamkeit für eine Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik herzustellen sei.
Lindner schlug vor, daß die Ampel-Parteien gemeinschaftlich schnellstmöglich Neuwahlen für Anfang 2025 anstreben sollten. Ziel müsse sein, "geordnet und in Würde" eine neue Regierung für Deutschland zu ermöglichen.
Wie die "Bild-Zeitung" berichtete, soll Lindner in diesem Fall bereit sein, den Nachtragshaushalt 2024 zu beschließen und eine geschäftsführende Bundesregierung zu tragen, bis eine neue Bundesregierung im Amt ist.

Lindner keilt gegen Scholz

Bundesfinanzminister Lindner betonte, er habe "Vorschläge für eine Wirtschaftswende vorgelegt, um das Land auf Erfolgskurs zu bringen." Statt dessen habe der Bundeskanzler "ultimativ von mir verlangt, die Schuldenbremse des Grundgesetzes auszusetzen." Dem habe er nicht zustimmen können, weil er damit "seinen Amtseid verletzt" hätte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. November 2024 (x1.420/…):

>>**Donald Trumps historischer Wahlsieg: Eine neue Ära für Amerika und die Welt**

"Wir haben Geschichte geschrieben", verkündete Donald J. Trump in seiner ersten Ansprache als designierter 47. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Das ist keine Übertreibung. Sein klarer Wahlsieg schlägt nicht nur für die USA ein neues Kapitel auf, Trumps zweite Präsidentschaft wird auch Deutschland, Europa und die internationalen Beziehungen nachhaltig beeinflussen.
Eine schnelle Entscheidung und eine vernichtende Niederlage für die linke "Democrats-Kandidatin" Kamala Harris - der Versuch der amerikanischen Mainstream-Medien, ein "Kopf-an-Kopf-Rennen" zu inszenieren, ist nicht aufgegangen. Nirgends im ganzen Land konnte Harris besser abschneiden als Joe Biden vier Jahre zuvor.

Blamierter Medien-Mainstream

Bis auf die Knochen blamiert stehen die deutschen Establishment-Medien da. Vor allem die öffentlich-rechtlichen Zwangsgebührensender hatten keine Gelegenheit ausgelassen, Trump zu dämonisieren und Harris zur "Erlöserin" zu stilisieren, die einfach gewinnen mußte. Die Propaganda verfing; drei Viertel der Deutschen glaubten zuletzt an einen Wahlsieg der linken "deep state-Marionette", so wie sie schon vor acht Jahren an einen haushohen Sieg der ersten Trump-Gegenspielerin Hillary Clinton geglaubt hatten.
Die Fake-News-Medien sind offensichtlich unfähig, aus ihren fortgesetzten Fehlleistungen zu lernen. Dagegen dürfte auch in Deutschland die Zahl derjenigen wachsen, die durchschauen, daß sie im Mainstream mit Agitprop und Desinformation statt Journalismus abgespeist werden.

Lange Gesichter im Polit-Establishment

Noch länger als bei ARD, ZDF, "Spiegel", "Süddeutsche" und Genossen sind die Gesichter im Polit-Establishment. Nur zähneknirschend konnte sich der Kanzler überhaupt zu einem widerwilligen Glückwunsch durchringen. Der CDU-Säbelrassler Norbert Röttgen sorgt sich öffentlich um die Fortsetzung des Ukraine-Kriegs.
Deutschlands Regierungspolitiker haben aus früheren Blamagen genauso wenig gelernt wie ihre Hofmedien. Wie schon bei Trumps erstem Wahlsieg hatten sie fest mit dem Erfolg seiner Gegnerin gerechnet und stehen nun apathisch ohne Plan da. Mehr noch, sie hatten wieder die einfachsten Regeln der internationalen Politik mißachtet und den potentiellen nächsten Präsidenten nach Kräften beleidigt.
Das blieb nicht unbemerkt. Als vor zwei Monaten Baerbocks Auswärtiges Amt Spott und Hohn über Trump ausgoß, weil dieser die deutsche "Energiewende" als abschreckendes Bei-

spiel genannt hatte, gab Trump-Intimus Richard Grenell, vormals US-Botschafter in Berlin, umgehend Kontra: Die Wahleinmischung der deutschen Regierung sei schlimmer als die aus Rußland oder Iran; man habe das genau registriert und werde entsprechend reagieren. Sollte Grenell tatsächlich, wie von vielen erwartet, Trumps nächster Außenminister werden, darf Annalena Baerbock sich schon mal auf den Antrittsbesuch freuen.

Ehrliche Freude bei der AfD

Ganz ehrliche Freude über den Wahlsieg Donald Trumps herrscht dagegen bei der AfD, der einzigen Partei, deren Anhänger diesen Wahlausgang auch mehrheitlich erwartet hatten. Mit gutem Grund, wie die designierte AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel erläutert, die als erste deutsche Spitzenpolitikerin Trump auf der Plattform "X" gratuliert hatte.

Trumps Ziel, das eigene Land wieder groß zu machen, sei auch für die AfD ein positives Beispiel, erklärte Weidel. Trump habe die Sorgen und Nöte der ganz normalen Bürger aufgegriffen und nicht die woke-linke Blase bedient. Die Themen, die Trump anpacken will - Grenzschließung, Stopp der Massenzuwanderung, Schluß mit Klimawahn und Transgender-Irrsinn - sind auch die Themen, die in Deutschland die vom Establishment enttäuschten Bürger umtreibt.

Pragmatismus statt Ideologiepolitik

In seiner zweiten und letzten Amtszeit kann Trump sein Versprechen wahrmachen und diese Aufgaben sofort und ohne falsche Rücksichten anpacken. Er ist dafür besser aufgestellt als in seiner ersten Amtszeit. Wenn Elon Musk im Auftrag Trumps dessen Plan zum Aufräumen in der Verwaltung umsetzt, besteht tatsächlich die Chance, den "Sumpf" trockenzulegen. Als neuer Twitter-Chef hatte Musk erst einmal drei Viertel seiner Angestellten gefeuert, weil es sich um unproduktive Zensoren und Quoten-Besetzungen handelte.

In seiner Ansprache am Wahlabend bekräftigte Trump sein Versprechen, Kriege zu beenden und nicht neue Kriege anzufangen. Fürchten müssen diese Ansage nur die Kriegstreiber aller Parteien. Außerhalb der links-woken und globalistisch ausgerichteten Blase wäre es eine gute Nachricht, wenn mit Donald Trump der Pragmatismus des "Dealmakers" an die Stelle der Verbohrtheit der "wertebasierten" Ideologiepolitik träte.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. November 2024 (x1.420/…):

>>**Aus, aus, - vorbei: Scholz entläßt Lindner und FDP-Minister! Ampel ist Geschichte!**

Was für ein historischer Tag nicht nur in den USA: Auch in Deutschland überstürzen sich die Ereignisse! Deutschland atmet auf - der Ampel-Horror ist vorbei! "Aus! Aus! Die Ampel ist aus!", meldete "Bild". Das Spiel ist aus - es klang fast so wie nach der Weltmeisterschaft von 1954.

November 2024: Am Abend, gegen 20.30 Uhr, feuerte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Bundesfinanzminister Christian Lindner sowie die drei anderen FDP-Minister. Die FDP ist raus aus dieser seit fast drei Jahren amtierenden Horror-Regierung!

Scholz kam der FDP zuvor: Die hatte geplant, heute Abend den Koalitions-Ausschuß im Kanzleramt zu verlassen, morgen den Koalitionsvertrag mit SPD und "Grünen" zu kündigen und ihre Minister abzuziehen. Alles war vorbereitet.

Nun der "Scholz-Hammer": Er schmeißt Lindner und die anderen drei FDP-Minister aus der Regierung!

Seit 18 Uhr lief im Kanzleramt der letzte Rettungsversuch für die Horror-Ampel. Doch schon nach zwei Stunden war klar: Die Ampel ist Geschichte!

Neuwahlen im März - Abrechnung mit Lindner

Scholz macht den Weg für Neuwahlen im März frei, will im Januar im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Das kündigte der Kanzler am Abend in Berlin an.

Scholz erläuterte die Entlassung Lindners und der FDP-Minister aus der Regierung in einer Stellungnahme im Kanzleramt. Er warf Lindner Verantwortungslosigkeit vor. Es fehle jegli-

che Vertrauensbasis für eine weitere Zusammenarbeit. "Zu oft hat Bundesminister Lindner Gesetze sachfremd blockiert. Zu oft hat er kleinkariert parteipolitisch taktiert. Zu oft hat er mein Vertrauen gebrochen", sagte Scholz. Ein solches Verhalten wolle er dem Land nicht weiter zumuten.

Letzte Sollbruchstelle war die Ukraine-Hilfe

Scholz verwies zudem auf die internationale Lage, insbesondere bezüglich der Ukraine. Lindner habe mit Blick auf weitere Milliarden für Kiew ein Aufweichen der Schuldenbremse abgelehnt. "Wer sich in einer solchen Lage einer Lösung, einem Kompromißangebot verweigert, der handelt verantwortungslos. Als Bundeskanzler kann ich das nicht dulden."

Scholz kündigte an, am 15. Januar im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen. Er sei sich mit Vizekanzler Robert Habeck ("Grüne") einig, daß Deutschland schnell Klarheit über den weiteren politischen Kurs brauche. In den Sitzungswochen des Parlaments bis Weihnachten wolle er alle Gesetze zur Abstimmung stellen, die keinen Aufschub duldeten. Dazu gehören nach den Worten des Kanzlers die Stabilisierung der Rente sowie Sofortmaßnahmen für die Industrie.

Habeck: Ampel-Aus "fühlt sich falsch an"

Vizekanzler Robert Habeck trat gemeinsam mit Außenministerin Annalena Baerbock(beide "Grüne") vor die Kameras. Habecksprach von einem "besonderen Tag", der mit der Wahl von Donald Trump begonnen habe und mit dem Bruch der Ampel ende. Er räumte ein, daß die Regierung nicht den besten Ruf genossen habe, die Trennung zu diesem Zeitpunkt aber "fühlt sich falsch an", sagte er. Europa und Deutschland müßten handlungsfähig und international verantwortlich sein.

Die Regierung sei sich im Haushaltsstreit nicht einig geworden, obwohl "mehrere Lösungsmöglichkeiten auf dem Tisch lagen", so Habeck weiter. Wie zuvor Scholz warf auch Habeck der FDP kalkulierten Koalitionsbruch. Vor. Insbesondere hätte er sich ein Signal der Unterstützung für die Ukraine gewünscht. Da sei die FDP dagegen gewesen, sagte der "Grünen-Kriegstreiber".

Habeck kündigte an, die Ökosozialisten würden bis zu Neuwahlen im Frühjahr im Amt bleiben, um "aus dem Amt heraus die Stabilität zu geben" - sprich: Noch so viel kaputt zu machen wie möglich!

Wie geht es weiter?

Der Kanzler hat angekündigt, sehr schnell das Gespräch mit (Schein-) Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) zu suchen. Er wolle in zwei entscheidenden Fragen konstruktiv mit der Union zusammenarbeiten - "bei der schnellen Stärkung unserer Wirtschaft und unserer Verteidigung".

Kanzler Olaf Scholz bestätigte, daß er beabsichtige, am 15. Januar im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage zu stellen. Neuwahlen könnten dann spätestens "bis Ende März" stattfinden, sagte er. Der Schlüssel zu Neuwahlen liegt dann laut Grundgesetz bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Steinmeier kündigte für Donnerstag, 7. November, eine Erklärung an.

So eskalierte die Situation in Berlin

FDP-Chef Christian Lindner hatte Medienberichten zufolge beim Treffen des Koalitionsausschusses Neuwahlen vorgeschlagen. Das Treffen stehe kurz vor dem Abbruch, berichteten mehrere Zeitungen übereinstimmend. Demnach haben aus Lindners Sicht die Gespräche der vergangenen Tage gezeigt, daß keine ausreichende Gemeinsamkeit für eine Wende in der Wirtschafts- und Finanzpolitik herzustellen sei.

Lindner schlug vor, daß die Ampel-Parteien gemeinschaftlich schnellstmöglich Neuwahlen für Anfang 2025 anstreben sollten. Ziel müsse sein, "geordnet und in Würde" eine neue Regierung für Deutschland zu ermöglichen.

Wie die "Bild-Zeitung" berichtete, soll Lindner in diesem Fall bereit sein, den Nachtragshaushalt 2024 zu beschließen und eine geschäftsführende Bundesregierung zu tragen, bis eine neue Bundesregierung im Amt ist.

Lindner keilt gegen Scholz

Bundesfinanzminister Lindner betonte, er habe "Vorschläge für eine Wirtschaftswende vorgelegt, um das Land auf Erfolgskurs zu bringen." Statt dessen habe der Bundeskanzler "ultimativ von mir verlangt, die Schuldenbremse des Grundgesetzes auszusetzen." Dem habe er nicht zustimmen können, weil er damit "seinen Amtseid verletzt" hätte.<<

Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 6. November 2024 (x1.423/…): >>**Impfnebenwirkungsdaten: Eilantrag gegen das Paul-Ehrlich-Institut**

Rechtsanwältin will Herausgabe von staatlichen Daten zu Impfnebenwirkung gerichtlich erzwingen / Paul-Ehrlich-Institut ließ Frist zur Datenübermittlung verstreichen / Gutachter wirft Auswertung der Behörde fehlende Wissenschaftlichkeit vor (mit Update 7.11.)

Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer

Die frühere Richterin Franziska Meyer-Hesselbarth will die Freigabe von Behördendaten zu Impfnebenwirkungen gerichtlich durchsetzen. Dazu hat die Juristin auf Basis des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht Darmstadt gestellt (28. August), um Einsicht in die Auswertungen des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) zur Häufigkeit von Nebenwirkungen bei in Deutschland zugelassenen SARS-CoV2-Impfstoffen nach Chargennummern zu erhalten.

Vorausgegangen war ein umfangreicher Antrag Meyer-Hesselbarths bei der für die Sicherheit von Arzneimitteln und Impfstoffen zuständigen Behörde im Juli. Darin hatte sie das PEI aufgefordert, sämtliche Auswertungen inklusive der zugehörigen Chargennummern, die im Zusammenhang mit Verdachtsfällen von Nebenwirkungen und Todesfällen der COVID-19-Impfungen stehen, gemäß des IFG herauszugeben. Das PEI hatte die einmonatige Frist zur Übermittlung der Daten jedoch verstreichen lassen.

In einer aktuellen Stellungnahme vom 2. November gegenüber Multipolar kündigte die Rechtsanwältin an, die Behörde nicht nur wegen Untätigkeit zu verklagen sondern auch einen weiteren Eilantrag zur Herausgabe der Rohdaten einer von dem Institut durchgeführten Beobachtungsstudie mit der vom PEI entwickelten Smartphone-App "SafeVac 2.0" zu stellen.

Bereits im April hatte die Rechtsanwältin das PEI vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt verklagt, da die Behörde einer Aufforderung nach dem IFG zur Herausgabe aller Verdachtstodesfallmeldungen nach SARS-CoV2-Imfpung inklusive der zugehörigen Chargennummern nicht nachgekommen war. Das PEI hatte die Frist zur Klageerwiderung verstreichen lassen sowie angekündigt, noch im Jahr 2024 Forschungsergebnisse zur Sicherheit der COVID-19-Impfpräparate zu veröffentlichen. Dies ist bislang allerdings nicht geschehen.

Hintergrund des Rechtsstreits ist eine im August 2023 veröffentlichte Stellungnahme der Behörde. Darin erklärt das PEI, daß auf Basis einer Datenanalyse aus einer "prospektiven" (vorausblickenden) Beobachtungsstudie mit der "SafeVac 2.0-App" kein Zusammenhang zwischen der Chargennummer und der Anzahl von Verdachtsmeldungen von Impfnebenwirkungen mit dem Biontech-mRNA-Präparat "Comirnaty" belegbar sei.

Die Stellungnahme bezieht sich auf einen im März 2023 veröffentlichen wissenschaftlichen Beitrag dänischer Forscher, die eine eindeutige Abhängigkeit der Anzahl der Nebenwirkungsmeldungen bei unterschiedlichen Biontech-Impfstoffchargen anhand von Impfdaten in Dänemark feststellen konnten. In einem weiteren, im August 2024 veröffentlichen Beitrag bestätigen die Forscher die Abhängigkeit in einem Vergleich der dänischen Impfdaten mit den entsprechenden schwedischen Daten.

In einem von Franziska Meyer-Hesselbarth beauftragten Gutachten, das Multipolar vorliegt, stellt das Institut für Mathematik der Universität Osnabrück fest, daß die erste Abbildung in

der Stellungnahme des PEI aus statistischer Sicht "extrem unwahrscheinlich" ist. Bei Chargen mit mehr als 10.000 Teilnehmern sei mit hoher Wahrscheinlichkeit eine große Streuung zu erwarten, heißt es in dem Gutachten. Die zweite Abbildung könne als "peinlicher Versuch" gewertet werden, "unachtsame Leser mit einer inhaltsleeren Grafik in die Irre zu führen". Denn darin seien nur diejenigen Chargen ausgewertet worden, die zu schwerwiegenden Verdachtsfällen geführt haben.
Der Gutachter, Professor Matthias Reitzner vom Lehrstuhl für Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik, schlußfolgert: Die Auswertung der Bundesbehörde "verfehlt vollständig" jedes wissenschaftliche Niveau. Die in der PEI-Stellungnahme angegebenen Daten belegten im Gegenteil, daß "die betrachteten Comirnaty-Chargen einen hohen Grad an Unterschiedlichkeit aufweisen bzw. aufgewiesen haben müssen".
Rechtsanwältin Meyer-Hesselbarth räumt gegenüber Multipolar ein, daß ihr Antrag auf ein Eilverfahren vom Gericht aus formalen Gründen zwar abgelehnt werden kann, da er eine spätere Entscheidung in der Hauptsache vorwegnimmt. Sie geht jedoch davon aus, daß der Antrag die Gerichte in eine "unangenehme Zwickmühle" bringt. Denn wenn diese den Gesundheitsschutz und die Datenveröffentlichung als nicht dringlich erklären, würden sie sich zur eigenen "gesundheitsschützenden" Corona-Rechtsprechung in Widerspruch setzen.
Damals hatten die Gerichte häufig Eilanträgen stattgegeben, die Hauptsacheverfahren ebenfalls vorwegnahmen. Zudem gebe es "massive Anhaltspunkte" für "wissentliche Rechtsverstöße des PEI" gegen die Pflicht zur Überwachung der Sicherheit von Arzneimitteln (Pharmakovigilanz), die eine Vorwegnahme der Hauptsache rechtfertigen würden.
Multipolar hat in der Vergangenheit mehrfach über eine mangelnde Überwachung der COVID-19-Impfstoffpräparate durch das PEI berichtet. Zuletzt ermittelte eine von Multipolar mit initiierte Forsa-Umfrage, daß 19 Prozent der in Deutschland mit einem COVID-19-Präparat Behandelten über Nebenwirkungen berichteten, bei vier Prozent der Geimpften seien diese auch von einem Arzt bestätigt worden. Das PEI hatte lediglich bei 0,18 Prozent der Impfungen Verdachtsfälle von Nebenwirkungen erfaßt.
Update 7.11.: Der Eilantrag von Meyer-Hesselbarth wurde vom Verwaltungsgericht Darmstadt am 4. November abgelehnt. Die Kosten des Verfahrens von 5.000 Euro hat die Antragstellerin zu tragen. In der 25-seitigen Begründung des Beschlusses, die Multipolar vorliegt, wirft das Gericht der Antragstellerin vor, "eine besondere Dringlichkeit der begehrten Vorabentscheidung" nicht glaubhaft gemacht zu haben.
Es mangele zudem an "der Darlegung eines konkreten Sachverhalts eines möglicherweise Impfgeschädigten", aufgrund dessen "Ansprüche (Schadensersatz, Schmerzensgeld, etc.)" geltend gemacht würden. Des Weiteren sehen die Richter kein "massives und dringendes öffentliches Interesse an der Offenlegung von Pharmakovigilanz-Daten", das eine besondere Dringlichkeit rechtfertigen würde.
Rechtsanwältin Meyer-Hesselbarth hat gegenüber Multipolar angekündigt, Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht gegen den Beschluß einzulegen. Aus ihrer Sicht ignoriert das Verwaltungsgericht Darmstadt bei der Beurteilung der Dringlichkeit aktuelle Erkenntnisse, die sich aus der Veröffentlichung der RKI-Protokolle und der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Osnabrück zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht ergeben. Sie befürchtet, daß eine Aufklärung über mögliche Impfnebenwirkungen auf diese Weise verzögert wird, bis "Gras über die Sache gewachsen" sei.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. November 2024 (x1.422/…): >>**Ampel-Aus: Endlich ist es vorbei!**
Rot-Gelb-Grün ist Geschichte. Das Zerstörungswerk der Ampel-Regierung hat vorläufig ein Ende gefunden. Doch was kommt jetzt? Links-grün taumelt und will mit letzter Kraft an den Trögen der Macht festhalten. Neuwahlen unausweichlich.

Die Bild kommentiert:
Wirtschaft, Asyl, Bildung: Seiner eigentlichen Aufgabe, Deutschland aus der Krise zu führen, wurde das Bündnis aus SPD, FDP und Grünen in den vergangenen zwei Jahren in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil: Die Ampel-Parteien haben durch ihr Gemurkse und ihre ständigen gegenseitigen Blockaden das Land nur noch tiefer ins Schlamassel regiert.
Am Ende hat Christian Lindner den nötigen Mut aufgebracht, das rot-gelb-grüne Drama zu beenden. Er hat den Weg für einen Neuanfang freigemacht. Und er hat getan, was die Mehrheit der Bürger schon lange von der Ampel verlangt: dem Bündnis den Stecker zu ziehen.
Nach seiner angekündigten Entlassung durch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat der scheidende Bundesfinanzminister Christian Lindner (SPD) die Verantwortung für das Ampel-Aus von sich gewiesen.
Der Bundeskanzler habe in der Sitzung des Koalitionsausschusses am Abend die Zusammenarbeit mit ihm und der FDP "aufgekündigt", sagte Lindner am Mittwoch auf der Fraktionsebene des Bundestages. "Sein genau vorbereitetes Statement vom heutigen Abend belegt, daß es Olaf Scholz längst nicht mehr um eine für alle tragfähige Einigung ging, sondern um einen kalkulierten Bruch dieser Koalition."
Damit führe er Deutschland in eine Phase der Unsicherheit. Er habe Scholz statt dessen einen gemeinsamen Weg zu Neuwahlen vorgeschlagen, "um geordnet und in Würde eine neue Bundesregierung zu ermöglichen". Dieses Angebot habe der Bundeskanzler "brüsk" in der Sitzung des Koalitionsausschusses zurückgewiesen.
Als Grund für das Scheitern der Koalition nannte Lindner, daß Scholz von der FDP verlangt habe, die Schuldenbremse des Grundgesetzes auszusetzen. "Dem konnte ich nicht zustimmen, weil ich damit meinen Amtseid verletzt hätte." Zur Zukunft der weiteren FDP-Minister im Kabinett machte Lindner zunächst keine Angaben.
Vor Lindner hatten sich auch bereits Scholz und Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) zum Ampel-Aus geäußert. Vor allem Scholz hatte Lindner dabei scharf attackiert.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 6. November 2024 (x1.422/…): >>**Anklage nach tödlicher Messerattacke von Mannheim erhoben**
Nach der tödlichen Messerattacke auf dem Mannheimer Marktplatz im Mai hat die Bundesanwaltschaft Anklage gegen den Täter Sulaiman A. erhoben.
Das teilte die Karlsruher Behörde am Mittwoch mit. Der Angeschuldigte sei des Mordes und des fünffachen versuchten Mordes hinreichend verdächtig, wobei ihm als Mordmerkmale "niedrige Beweggründe" sowie in zwei Fällen "Heimtücke" zur Last gelegt würden. Im Zusammenhang mit den Mordversuchen sei er auch wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt worden, so die Bundesanwaltschaft. Den Ermittlern zufolge hegt der Afghane Sympathien für die ausländische terroristische Vereinigung "Islamischer Staat" und teilt deren Ideologie.
Spätestens Anfang Mai 2024 soll er sich dazu entschlossen haben, in Deutschland einen Anschlag auf vermeintlich Ungläubige zu begehen. Dazu begab er sich am 31. Mai auf den Marktplatz in Mannheim, wo der Verein "Bürgerbewegung Pax Europa" ("BPE") eine Kundgebung vorbereitete. Mit einem großen Jagdmesser bewaffnet hatte der Mann dort zunächst unvermittelt auf den Hauptredner der BPE eingestochen. Auch vier weiteren Personen, die dem Opfer helfen wollten, fügte er mehrere Messerstiche zu.
Schließlich stürzte er sich auf einen herbeigeeilten Polizeibeamten und stach diesem von hinten gezielt mit dem Messer in den Kopf sowie den Oberkörper - der Polizist erlag später seinen Verletzungen. Die Bundesanwaltschaft hatte die Ermittlungen am 3. Juni wegen der "besonderen Bedeutung des Falls" übernommen. Der Angeschuldigte befindet sich seit dem 18. Juni aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs in Untersuchungshaft. Zuvor war er wegen seiner bei der Tat erlittenen Schußverletzung in intensiv-

medizinischer Behandlung.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. November 2024 (x1.417/…): >>**Mit Geballer: Wieder mal Umsturz verhindert?**

Von *Sven Eggers*

Was ist da los? Heute wurde eine angeblich rechtsterroristische Vereinigung verboten. Sie haben noch nie von den "Sächsischen Separatisten" gehört, die unser Land ins Chaos stürzen sehen wollten, um es dann nach eigenen Vorstellungen wieder aufzubauen? Wir auch nicht. …

Durchatmen! Ein Umsturz konnte vereitelt werden. Um unser Land zu retten, wurden am heutigen Tag acht junge Männer mit deutscher Staatsangehörigkeit rund um Leipzig, in Dresden, bei Meißen sowie auch in Niederschlesien festgenommen. Etwa 20 Objekte wurden in diesem Zusammenhang durchsucht. Dabei wurde auch geballert.

Die Bild: "In der Nähe von Grimma kam es dabei zu einer Schießerei! Nach Bild-Informationen aus Sicherheitskreisen sind bei der Festnahme Schüsse gefallen. Der Tatverdächtige trat den Spezialkräften der Bundespolizei mit einem Karabiner-Gewehr entgegen. Es soll sich um Kurt Hättasch handeln. Er wurde von einer Kugel am Kiefer getroffen. Wie es zu dieser nicht lebensbedrohlichen Verletzung kam, ist Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Rettungskräfte brachten den mutmaßlichen Terroristen in eine Klinik."

So rasch wird man vom Stadtrat zum Terroristen befördert. Der Angeschossene soll nicht für die AfD im Stadtrat von Grimma sitzen, sondern auch als Schatzmeister der Jungen Alternative (JA) Sachsen fungieren und dem Kreisvorstand der AfD im Landkreis Leipzig angehören.

Wer oder was sind die "Sächsischen Separatisten"? Der Generalbundesanwalt klärt uns auf: "Hierbei handelt es sich um eine aus fünfzehn bis zwanzig Personen bestehende militante Gruppierung, deren Ideologie von rassistischen, antisemitischen und in Teilen apokalyptischen Vorstellungen geprägt ist. Ihre Mitglieder verbindet eine tiefe Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland."

Die Truppe habe sich im November 2020 zusammengefunden. Die Mitglieder hätten auf den "Tag X" gewartet, nämlich auf dem Moment, an dem die Bundesrepublik Deutschland kollabieren werde. Und dann, Herr Generalbundesanwalt: "Bei dieser Gelegenheit möchte die Gruppierung mit Waffengewalt Gebiete in Sachsen und gegebenenfalls auch in anderen ostdeutschen Ländern erobern, um dort ein am Nationalsozialismus ausgerichtetes Staats- und Gesellschaftswesen zu errichten."

Und weiter: "Die festgenommenen Beschuldigten sind dringend verdächtig, sich in einer inländischen terroristischen Vereinigung mitgliedschaftlich betätigt zu haben (§ 129a Abs. 1 Nr. 1 StGB), wobei Karl K. und Jörn S. teilweise als Jugendliche und Heranwachsende, Kevin M. und Norman T. als Heranwachsende gehandelt haben sollen (§ 1 Abs. 1 und 2, § 3, § 105 JGG). Jörg S. soll als Rädelsführer agiert haben (§ 129a Abs. 4 StGB)."

Die Gruppenmitglieder hätten immer wieder trainiert, Schußwaffengebrauch geübt und "Patrouillengänge eingeübt". Der Generalbundesanwalt: "Überdies beschaffte sich die Gruppierung militärische Ausrüstungsgegenstände, so etwa Tarnfleckanzüge, Gefechtshelme, Gasmasken und Schutzwesten."

Die Ermittlungen seien in enger Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie mit Unterstützung des Landkriminalamts Sachsen geführt worden. 450 Sicherheitskräfte und Polizeibeamte seien im Einsatz gewesen. Die Festgenommenen wurden Ermittlungsrichtern vorgeführt. Die sächsische AfD streitet jegliche Verbindungen zu "einer ‚mutmaßlich neonazistischen Separatistengruppierung" ab.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30982" berichtet am 6. November 2024 (x1.418/…): >> **Es brodelt von innen - ARD, ZDF, ORF, Deutschlandradio - Mitarbeiter positionieren sich**

Die Kritik zahlreicher Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks an der "einseitigen Berichterstattung" von ARD, ZDF, ORF und vom Deutschlandradio wird immer lauter! Ihre Forderung wird von Künstlern und Wissenschaftlern unterstützt. Sie verlangen "vielseitigere Berichterstattung".

Die Petition "Manifest für einen neuen öffentlich-rechtlichen Rundfunk" hat bereits über 28.000 Unterzeichner, die mehr Meinungsvielfalt in den öffentlichen Medien fordern. Darunter Ex-ARD-Talkmaster Jürgen Fliege und die Kabarettistin Lisa Fitz.

(Auszug von der Webseite:)

"Wir, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ARD, ZDF und Deutschlandradio, sowie alle weiteren Unterzeichnenden, schätzen einen starken, unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland als wesentliche Säule unserer Demokratie, der gesellschaftlichen Kommunikation und Kultur. Wir sind von seinen im Medienstaatsvertrag festgelegten Grundsätzen und dem Programmauftrag überzeugt. Beides aber sehen wir in Gefahr.

Das Vertrauen der Menschen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nimmt immer stärker ab. Zweifel an der Ausgewogenheit des Programms wachsen. Die zunehmende Diskrepanz zwischen Programmauftrag und Umsetzung nehmen wir seit vielen Jahren wahr. Wir haben dieses Manifest verfaßt, damit unsere Stimme und Expertise zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im gesellschaftlichen Diskurs gehört werden."

Mittlerweile sind dutzende Beispiele veröffentlicht, wie perfide die Sender gegen ihre eigenen Mitarbeiter vorgehen, wenn diese nicht "auf Linie" bleiben. Eva Herman, Ole Skambraks, Katrin Seibold, Martin Ruthenberg und viele andere sind an die Öffentlichkeit gegangen. Kla.TV greift in dieser Sendung stellvertretend für viele andere heute den Fall von Sonja Sagmeister heraus.

Im Vorfeld zu einem Interview mit dem österreichischen Wirtschaftsminister Martin Kocher im Oktober 2022 lieferte die Presse-Sprecherin des Ministers genaue Angaben zu den Inhalten, und man forderte Frau Sagmeister auf, sich daran zu halten. Sie war dazu nicht bereit. Mutig attestierte sie später:

"Ich habe immer objektiv versucht, aktuelle Themen anzusprechen, sonst wäre es ein reiner PR-Journalismus. Ich bin ja kein Mikrofonständer."

Daraufhin gab es eine Auseinandersetzung mit der Sprecherin und ihrem Vorgesetzten über Pressefreiheit und Redakteursrechte. Trotz allem führte Sagmeister das Interview so, wie sie es für richtig und vertretbar hielt. Nach dem Interview allerdings kam es zum Eklat! Ihre Texte und Reportagen wurden nicht mehr genehmigt und am Ende wurde ihr die Arbeit als Journalistin und Redakteurin vollkommen untersagt. Sonja Sagmeister wurde ins Archiv versetzt. Als sie dagegen klagte, wurde sie kurz vor den Verhandlungen vom ORF gekündigt – nach 29 Jahren Mitarbeit!

Wenn selbst die Mitarbeiter schon an ihren Arbeitgebern (den Medien) zweifeln und ihnen Engstirnigkeit und PR-Journalismus vorwerfen – wie können wir diesen dann noch trauen? Man sollte sich wirklich die Frage stellen, ob man ihnen überhaupt noch seine Aufmerksamkeit schenken kann! Das Gute daran: Täglich werden immer mehr Menschen auf Gegenstimmen aufmerksam gemacht. Der Verlust der ÖRR-Medien ist unser Gewinn. Helfen Sie mit, unsere Sendungen zu verbreiten und mit Kla.TV die Wahrheit aufzudecken.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 6. November 2024 (x1.420/…): >>**Offiziell: Schallmauer von 270 Wahlleuten durchbrochen - Donald Trump ist neuer US-Präsident!**

Es ist offiziell: Ex-Präsident Donald Trump kehrt ins Weiße Haus zurück. Der Republikaner

sicherte sich eine Mehrheit in den Bundesstaaten und setzte sich damit klar gegen seine Konkurrentin Kamala Harris von den Demokraten durch.
Mit einem Sieg auch im US-Bundesstaat Wisconsin hat der republikanische Kandidat Donald Trump die Präsidentschaftswahl gewonnen. Laut dem Sender CNN steht er jetzt bei 276 Wahlleuten, 270 sind für eine Wiederwahl nötig.<<

07.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. November 2024 (x1.419/…): >>**Dr. Alice Weidel & Tino Chrupalla: Aus der Ampel ist eine Befreiung für unser Land**

Zum Scheitern der Ampelkoalition teilen die AfD-Bundessprecher Dr. Alice Weidel und Tino Chrupalla mit:
"Das Ende der Ampel ist eine Befreiung für unser Land. Das Aus für die selbsternannte 'Fortschrittskoalition', die Deutschland mit großen Schritten an den wirtschaftlichen Abgrund geführt hat, war mehr als überfällig.
Nach dem monatelangen Stillstand und den unzähligen selbstbezogenen Therapiesitzungen brauchen wir jetzt schnell einen grundlegenden politischen Neuanfang, um die Wirtschaft und das ganze Land aus der schweren Krise zu führen, in die es durch die Ideologie-getriebene Politik von SPD, Grünen und FDP geraten ist. Bundeskanzler Olaf Scholz muß dem Land nun einen letzten Dienst erweisen und umgehend die Vertrauensfrage stellen."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 7. November 2024 (x1.419/…): >>**Schaeffler baut 2.800 Stellen ab: Nur die AfD rettet den Industrie-Standort Deutschland!**

Einmal mehr werden die wirtschaftspolitischen Forderungen der AfD bestätigt: Die Klimahysterie der etablierten Parteien hat erneut tausende Arbeitsplätze vernichtet. Der Automobil- und Industriezulieferer Schaeffler will 4.700 Arbeitsplätze in Europa abbauen, 2.800 davon in Deutschland. Betroffen sind zehn Standorte in Deutschland und fünf weitere in Europa.
Bemerkenswert sind die beiden angegebenen Gründe für den Stellenabbau: Die aufgrund von geringer Nachfrage schwächelnde Industrie und das E-Auto-Desaster. Beides verdeutlicht, daß die AfD mit ihrer ideologiefreien Wirtschaftspolitik völlig richtig liegt.
Denn wir wollen keine Bevorzugung einzelner Fortbewegungsmittel durch massive Subventionen, sondern die Entscheidungsfreiheit der Bürger: Jeder soll selbst entscheiden können, ob er ein E-Auto oder ein Fahrzeug mit Verbrenner-Antrieb nutzt. Die AfD hat immer gesagt, daß das E-Auto unter wirklichen Marktbedingungen niemals zu einem dauerhaften Kassenschlager werden kann, weil es einen Verbrenner technisch einfach nicht ersetzen kann.
Indessen ist die geringe Industrie-Nachfrage nicht zuletzt eine Folge der grünen Inflation und der enorm gestiegenen Energiepreise. Die AfD will hier Entlastung schaffen: Mit dem Wiedereinstieg in die Kernenergie und der weiteren Nutzung von russischem Gas stoppen wir die Abwärtsspirale in unserem Wirtschaftskreislauf. Wichtig ist diesbezüglich aber auch, die Steuer- und Abgabenlast zu senken und beispielsweise die CO2-Abgabe abzuschaffen.
Um den Standort Deutschland langfristig zu sichern, müssen diese Maßnahmen aber auch mit Reformen in der Bildungs- und Ausbildungspolitik flankiert werden. Wir müssen Ausbildungs- und technische Berufe stärken und schon in den Schulen die notwendigen Voraussetzungen schaffen - mit ausreichenden Lehrern, möglichst wenig Unterrichtsausfall, einem disziplinierten Schulklima und ideologiefreier Wissensvermittlung. "Made in Germany" muß wieder zu einem Ehrfurcht einflößenden Kultbegriff werden!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 7. November 2024 (x1.420/…): >>**Unterste Schublade: Die Ampel zeigt einmal mehr ihr wahres Gesicht!**

Das Ampel-Aus läßt tief blicken. Deutschland wurde drei Jahre lang "auf dem Niveau unterste Schublade" regiert - nicht nur fachlich, sondern auch menschlich.

Mitgehangen, mitgefangen - Herr Lindner!

VON *EINAR KOCH**

Anfang der Woche fragte der Deutschland-Kurier: "Letzte 'Arbeitswoche' für die Horror-Ampel?". Die Antwort kam schneller als erwartet.

Es ist einfach nur erbärmlich, wie diese einst selbsternannten Fortschrittskoalitionäre sich jetzt den "Schwarzen Peter" für ihr Scheitern zuschieben, sich wie Marktweiber ankeifen und gegenseitig in den Dreck ziehen.

Wem es noch nicht klar war, dem dürfte es jetzt sonnenklar sein: Deutschland wurde seit drei Jahren auf dem Niveau unterste Schublade regiert - dies nicht nur fachlich, sondern auch menschlich!

Die Deutschland-Zerstörer lassen die Maske fallen.

Zum Vorschein kommt die Fratze von Machtgier, die den Staat als ideologisch-parteipolitische Beute, uns Steuerzahler als Melkkuh für Bonzen und Polit-Parvenüs sieht.

Zum Vorschein kommt ein Amnesie-Kanzler, dem es nie um Deutschland, sondern stets um das eigene Ego ging. Statt noch halbwegs würdig abzutreten und SOFORT im Deutschen Bundestag über die Vertrauensfrage den Weg zu Neuwahlen freizumachen, betreibt Scholz neue politische Spielchen, um sein Verbleiben im Amt so lange wie möglich zum Schaden Deutschlands hinauszuzögern.

Und wir sehen einen Prototyp des charakterlosen Altparteien-Politikers: Zum Ministerposten drängt, am Ministerposten hängt doch wirklich alles, gell Herr Wissing?

Jetzt ist auch die Zeit der Legendenbildung im beginnenden Wahlkampf. Eines dieser Ammenmärchen wird lauten: FDP-Chef Christian Lindner habe am Ende ja doch noch das Schlimmste verhindert …

Die Wahrheit ist: Lindner hat drei Jahre lang gar nichts verhindert, sondern das Schlimmste erst möglich gemacht! Der von der FDP herbeiprovozierte Ampel-Bruch ist so was von durchschaubar. Aber die sogenannten Liberalen hatten, um es mit CSU-legende Franz Josef Strauß zu sagen, schon immer eine berechenbare Komponente: ihre Charakterlosigkeit!

Die FDP suchte den Absprung in Wirklichkeit doch nur, weil sie wußte, daß sie sonst spätestens im September 2025 auch aus dem Deutschen Bundestag fliegen würde. Denn das "Totenglöcklein" wurde seit den Wahlen in Ostdeutschland zum Sturmgeläut!

Wie sagt der Volksmund, Herr Lindner? Mitgehangen, mitgefangen!

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 7. November 2024 (x1.424/…): >>**Chefarzt: Ein gewaltiges System, das die Wahrheit der Impfschäden unterdrückt**

Herbert Ludwig

Der Internist und Kardiologe Dr. Jörg-Heiner Möller, bis vor kurzem Chefarzt der Kardiologie in der Asklepios-Klinik in Burglengenfeld (Bayern), erhebt in einem Interview mit der Gesellschaft der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD) schwere Vorwürfe gegen das gesundheitspolitische System.

Während bzw. unmittelbar nach der Coronazeit betreute er hunderte Patienten mit schwersten Impf-Nebenwirkungen. Entgegen dem PEI kommt er aufgrund seiner Erfahrungen auf mindestens eine halbe Million Impfschäden in Deutschland, die aber kaum anerkannt werden. Man stünde vor einem gewaltigen System, das die Wahrheit unterdrücke und sich gegenseitig dekke. Da helfe nur ein Schrei.

Dr. Jörg-Heiner Möller

I.

Dr. Möller war schon im Februar 2023 durch den fernen "Uckermark-Kurier" im obersten Nordosten Deutschlands bekannt geworden, an den er sich in der Hoffnung gewandt hatte, in einer sonst gleichgeschalteten Presse mit seinen erdrückenden Erfahrungen über anschwellende schwere Impf-Nebenwirkungen Gehör zu finden. Die Zeitung berichtete am 4.2.2023 in einem Artikel ausführlich über seine breiten Erkenntnisse.

Mit seinen Bemühungen um und seinem Eingehen auf die Erkrankten war er über seine Region hinaus bekannt geworden. Und so meldeten sich in seiner Klinik Betroffene aus dem gesamten Bundesgebiet. Fast alle diese Menschen hatten einen wahren "Ärztemarathon" hinter sich, um ihr altes Leben zurückzubekommen, ohne daß ihre Krankheit anerkannt und ihnen wirklich geholfen worden sei.

Dr. Möller führte, so der Uckermark-Kurier, Beispiele an:

Da sei die Mutter von drei kleinen Kindern, die nach der Impfung so bleiern müde geworden sei (im Fachjargon: Fatigue), daß sie ihre Kinder nicht mehr versorgen könne. Nach über 50 Arztkontakten sollte sie nun in die Psychiatrie eingewiesen werden. Der Arzt sage:

"Im Gespräch ist sie völlig normal, nur unendlich traurig und verzweifelt."

Und da sei der Berufspilot, der nach Coronainfektion nicht mehr fliegen könne, weil er alles vergesse. Da sei der junge Ingenieur, der sein Großbauprojekt nach der Corona-Impfung nicht mehr verantwortlich leiten könne, weil er z.B. nicht mehr in der Lage sei, Excel-Tabellen zu lesen und zu bearbeiten.

Da sei die junge Bankerin, die ihre Traumstelle wegen der PostVac-Erkrankung verliere.

Da seien die beiden Geschwister, die nach Impfung schwer erkrankt seien und seit einem Jahr nicht mehr in der Schule gewesen seien, und, und, und …

"170 Schicksale dieser Art habe ich gesehen, täglich werden es mehr!", sage der Kardiologe (vor eineinhalb Jahren), der bei seine Schilderung selber tief bewegt sei und weitere Leidenswege anführe:

"Die Krankenschwester im ambulanten Dienst, die sich in ihrer kleinen Heimatstadt nicht mehr zurechtfindet und sich auf dem Weg zu den Patienten und auf dem Weg nach Hause verfährt;

der Vater von kleinen Kindern, dem die Mama einen der Jungs zum Einkaufen zur Begleitung mitgeben muß , weil der Papa mit PostVac-Erkrankung mit dem Einkaufszettel nicht klar kommt! Was für ein katastrophales Vater-Sohn-Verhältnis bahnt sich an!"

Und der Uckermark-Kurier hob in seinem Artikel hervor:

"Es sei die schlimmste Erkrankung, die er in seiner langen Berufslaufbahn jemals erlebt habe, auch, weil man den Patienten nicht glaube, betont der Mediziner:

Ich sehe zerstörte Lebensläufe, finanzielle Abstürze, zerrüttete Beziehungen, schwere Depressionen, bei denen Antidepressiva in keiner Weise helfen, und - Suizide, zunehmend. Ich habe selten so viel Verzweiflung gesehen und häufig selbst nach dem Gespräch mit diesen Patienten weinen müssen. So etwas habe ich noch nie erlebt!"

Siehe: https://fassadenkratzer.de/2023/02/17/chefarzt-uber-wachsende-impf-nebenwirkungen-schlimmste-je-erlebte-erkrankungen/

II.

In einem Interview mit MWGFD hat Dr. Möller nun seine inzwischen noch erweiterten Erfahrungen ausführlich geschildert.

Wir übernehmen die wesentliche inhaltliche Zusammenfassung von den MWGFD:

Dr. Jörg-Heiner Möller im Gespräch mit Johannes Clasen

veröffentlicht am 18.10.24; Autorin: Elisabeth Maria

Der Kardiologe und Internist Dr. Jörg-Heiner Möller war bis vor kurzem Chefarzt in einem

kleinen Krankenhaus in Burglengenfeld in Bayern und verfügt über langjährige Berufserfahrung in der Kardiologie, der Inneren Medizin und der Transplantationsmedizin.
Sein Krankenhaus war eines der ersten, das ab März 2020 schwerst an Covid 19 Erkrankte behandelte: die Intensivstation geriet für ein bis zwei Monate an ihre Kapazitätsgrenzen, Patienten, vorwiegend Ältere, verstarben rasch an Lungenversagen, das medizinische Personal konnte den rasanten Krankheitsverläufen nur hilflos zusehen. Die Situation war aus seiner Sicht "hoch bedrohlich" und die Angst vor einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems stets präsent.
Verzweifelt über die schweren und schwersten Krankheitsverläufe entwickelte Dr. Möller in Kooperation mit einem Anästhesisten ein intensivmedizinisches Therapiekonzept, das mit der Gabe von hochdosiertem Cortison arbeitete. Der Erfolg war frappierend, das Verfahren funktionierte, es waren keine Toten mehr zu beklagen.
Da dies seiner Erfahrung nach "eine Möglichkeit gewesen" wäre, "das Lungenversagen abzupuffern", veröffentlichte er über diese Methode ein Paper, schrieb an Minister Spahn, an Karl Lauterbach, an Christian Drosten, an verschiedene Unikliniken, sowohl national als auch international, in der Hoffnung, dadurch einen wichtigen Hinweis auf die Therapie der schweren Krankheitsverläufe zu geben. Jedoch mußte er die irritierende Erfahrung machen, daß seine Erkenntnisse nicht ernst genommen wurden: "Ich hab nie eine Antwort gekriegt."
Nach Beginn der aus seiner Sicht erlösenden Impfkampagne - er war, da zur Risikogruppe gehörend, einer der ersten in Deutschland, der sich die vermeintlich rettende Spritze geben ließ - fiel ihm zunehmend auf, daß in seiner Ambulanz vermehrt sowohl geimpfte als auch postinfektiöse Menschen vorstellig wurden, die an unerklärlichen Müdigkeits- und Erschöpfungssymptomen, verbunden mit Schmerzen und kognitiven und kardialen Problemen litten. Der unbefriedigende fachliche Austausch mit örtlichen Hausärzten über dieses Erkrankungsmuster - diese Patienten wurden von den Kollegen als psychosomatisch erkrankt fehldiagnostiziert - war ein erster Impuls, über diese für ihn neuartige Erkrankung nachzudenken.
Ein persönlicher Schicksalsschlag, nämlich die schwere, nach einer Covid-Impfung aufgetretene Erkrankung seiner Lebenspartnerin, war für Dr. Möller ein weiterer Impuls, sich vermehrt und intensiv mit Post-Covid und Post-Vac auseinanderzusetzen:
"Meine Partnerin ist nach der Impfung schwer krank geworden, ist unerklärlich müde gewesen, … hatte kognitive Störungen und wurde nach kurzer Zeit berufsunfähig. Und da fing ich dann an nachzudenken, was das für eine Erkrankung ist, und … machte … mich auf den Weg, diese Erkrankung zu verstehen ... Wenn Sie sehen, wenn ein Mensch von jetzt auf gleich kaputt geht, was anderes fällt mir nicht ein. …
Wenn Sie jeden Tag das Elend zu Hause sehen, wenn Sie jeden Tag sehen, wie ein Mensch vorher war, was da mit ihm passiert ist, wenn Sie jeden Tag sehen, daß das Glück aus dem Leben eines Menschen verschwindet, daß jemand, der vorher positiv war und ein glücklicher Mensch, auf einmal völlig fertig ist, Suizidgedanken hat, wenn Sie das sehen, dann können Sie nicht mehr sagen Post-Vac gibt's nicht. … Wenn Sie damit konfrontiert sind im persönlichen Bereich, dann werden Sie natürlich sensibilisiert" und beginnen zu ahnen, daß "die Impfung schädlich sein könnte."
So begab Dr. Möller sich auf die Reise, die neuartige Krankheit Post-Covid/Post-Vac und die betroffenen Patienten zu verstehen. Dazu war es notwendig, jenseits der gängigen Denkmuster von Ausschlußdiagnostik, Laborwerten und Apparatemedizin nachzudenken, zu untersuchen, nachzufragen. Schnell wurde ihm bewußt:
"Was hier abgelaufen ist, ist, daß in großem Maße eine neue Erkrankung entsteht, die nicht gesehen werden will und die man nicht versteht."
Zunehmend kristallisierte sich aus seinem Patientenklientel heraus: 1/3 der Patienten, die sich hilfesuchend an ihn wandten, waren an Post-Covid erkrankt, 2/3 an Post-Vac. Klinisch diffe-

renzierte er zwischen den beiden Gruppen nicht, denn gemein war ihnen eine gleichartige Symptomatik, nämlich Erschöpfung, Gelenkschmerzen, Muskelschmerzen, Sehstörungen, Kopfschmerzen, kognitive und kardiale Probleme, ein Zusammenhang mit den Spike-Proteinen, sowie eine Erhöhung der agonistischen Rezeptorantikörper in 94 % der Fälle. Gemein war ihnen auch, daß eine Vielzahl derer von ärztlichen Kollegen als psychisch krank fehldiagnostiziert wurde.
Denn: "Was ist einfacher, als zu sagen, das ist auf der psychosomatischen Schiene." Die Zuweisung zu falschen Therapieansätzen, die die Betroffenen überfordern, ist die logische und für die Patienten tragische Folge.
"Daß wir eine immens höhere Zahl an chronischen Impfschäden haben, als das zugegeben wird", wurde in seiner täglichen Arbeit immer deutlicher. Dabei handelt es sich um Menschen, die aufgrund ihrer Erkrankung nicht mehr fähig sind, ihr Leben selbstbestimmt zu leben, die nicht mehr fähig sind, sich im Dschungel der Behörden und Anträge zurechtzufinden, die in große finanzielle Not geraten, deren Therapien nicht bezahlt werden, die vom System nicht gesehen werden, deren Leben "aus der Bahn" geraten ist.
So wandte er sich als Arzt, der sich in der Verantwortung für seine Patienten sieht, an das Paul-Ehrlich-Institut PEI, um seine Beobachtungen der hierfür zuständigen Behörde mitzuteilen. Dieser Austausch mit dem PEI ließ Dr. Möller in Abgründe blicken: Keiner seiner Patienten war beim PEI als Impfschaden anerkannt, und tauchte daher nicht als Impfschaden in der Statistik auf. Das PEI habe keine eigene Statistik gemacht, sondern vielmehr die Statistik der Impffirmen übernommen, so Dr. Möller.
"Das ist der nächste Skandal. Da hat man den Bock zum Gärtner gemacht. … Von Impfstoffsicherheit und Überwachung kann hier nicht die Rede sein."
Die logische Folgerung für ihn ist:
"Dann muß die Zahl der tatsächlichen Impfschäden um Dimensionen höher sein. … Es ist offensichtlich nicht gewollt gewesen, daß die Impfschäden in dem Ausmaß, in dem sie bestehen, publik werden. … Ich sehe einfach die Patienten, und ich sehe die Aussage von Herrn Cichutek, der gesagt hat, es gibt keine chronischen Impfnebenwirkungen bei der Corona Impfung. … Das ist unfaßbar anders, verglichen mit der Wirklichkeit, die ich vor Ort gesehen habe."
Das Procedere bei der Impfschadensanerkennung ist ein möglicher Grund für die Nichtanerkennung der Schäden: Die Ärzte des hierfür zuständigen medizinischen Dienstes, laut Dr. Möller nicht "die hellsten Kerzen im Leuchter, das ist ein bequemer Job", sehen den Antrag der Betroffenen, "die zitieren das PEI, die sagen, das ist nur verschwindend gering, die zitieren das PEI, Post Vac ist nicht definiert, da die Unis darüber nicht forschen, … dann lehnen sie das ab mit den allerdümmsten Argumenten, … machen sich nicht die notwendige Mühe, machen sich nicht selber ein Bild, sondern reagieren nur bürokratisch."
Möller beklagt, daß er noch von keinem medizinischen Dienst gehört habe, "daß man sich mit der Erkrankung selbst beschäftigt hat. Es wird nur bürokratisch argumentiert, und dann geht es weiter bei der Impfschadensanerkennung, da ist die gleiche Argumentationskette, indem sie sagen das PEI hat es nicht anerkannt, es gibt keine Veröffentlichung der Universitäten, das Krankheitsbild ist nicht definiert, also kann es nicht sein, also wird es abgelehnt, und weil sie es ablehnen, kommt die Meldung dann natürlich nicht ans PEI. Wir haben ja ein System, das sich gegenseitig deckt. Die Versorgungsämter bei der Impfschadensregistrierung lehnen ab, und deswegen sagt das PEI, wir prüfen das ja nicht klinisch, und bei uns wird kein Risikosignal sichtbar, und die Wirklichkeit sieht gänzlich anders aus."
Dabei sei, und das sei schockierend, eigentlich seit 2018 durch ein Paper des Nobelpreisträgeres Weissmann bekannt, daß die mRNA-Technik bei Patienten Autoimmunerkrankungen, diffuse Entzündungsreaktionen, Störungen der Blutplättchenfunktion und Thrombusformation

auslösen könne und diese Patienten vor der Impfung zu identifizieren seien. Also geht Möller davon aus, daß das PEI, "da sitzen ja Profis", von dieser Gefahr gewußt habe.
"Wenn das PEI von dieser Gefahr wußte, vor der Impfkampagne, gehört es zu den Aufgaben des PEI, die Praxen zu sensibilisieren, ob diese Impfnebenwirkungen auftreten und in welchem Maße sie auftreten. … Wenn das PEI früh gewarnt hätte, wäre die Kampagne vielleicht ein halbes Jahr gelaufen, und wir haben nun hochgerechnet eine halbe Million Impfschäden in Deutschland. Mindestens", so Dr. Möllers Einschätzung.
Dr. Möller hat seine Erfahrungen in dem Buch "Post Vac - Die vertuschte Katastrophe", erschienen im Novum Verlag, ISBN 978-3711601766, verarbeitet und über seine Erfahrungen der vergangenen Jahre reflektiert:
"Ich verstehe es nicht, warum Kollegen vor Ort nicht mehr Alarm geschlagen haben, …warum die Post Vac Ambulanz in Marburg nicht früh Alarm geschlagen hat, hätte sie machen müssen … Ich würde es in einer Diktatur verstehen … Aber wir leben in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. … Daß man kollektiv wegguckt ist etwas, das ich unerträglich finde."
Daher bezeichnet er sein Buch als Schrei:
"Wenn Sie das kritisch reflektieren, müssen Sie sagen, daß Sie vor einem gewaltigen System stehen, das die Wahrheit unterdrückt. … Da hilft nur ein Schrei."
So soll sein Buch eines sein, "das wachrütteln soll und das ganze System analysieren soll, was dazu geführt hat, daß wir jetzt mindestens eine halbe Million schwer betroffener chronischer Impfkranker haben in Deutschland."
So fordert er abschließend ein zentrales Institut, das sich "dieses Themas endlich annimmt" und die Bildung eines Untersuchungsausschusses.
"Wir haben jetzt 3 Jahre verschlafen aus politisch Correctness, und das allein ist ein Verbrechen. … Es kann nicht sein, daß Leute Bundesverdienstkreuze bekommen, wo ich denke, die gehören eher angeklagt."
Abschließend bedanken wir uns bei Dr. Möller für seine Gesprächsbereitschaft, seine Offenheit und seinen Mut.
Medizinisches Fachpersonal, das ähnliche Erfahrungen gemacht hat, bitten wir, uns diese mitzuteilen. Kontaktaufnahme ist möglich über info@mwgfd.org. Vielen Dank!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. November 2024 (x1.417/…): >>**Die große Bonanza**
Profitexplosion bei den Tech-Baronen. In der Corona-Krise explodierte das Vermögen der Superreichen wie nie zuvor. Die aktuelle Forbes-Liste zeigt, daß sich die Internet-Milliardäre deutlich von den Industriellen absetzen und besonders in einem Land immer stärker werden. …
_ von *Jürgen Elsässer*
"Das Vermögen der reichsten Menschen der Welt wuchs gegenüber 2020 um ganze fünf Billionen US-Dollar auf insgesamt 13,1 Billionen US-Dollar - der höchste Stand aller Zeiten. Die Liste umfaßt 2.755 Milliardäre, 660 mehr als noch vor einem Jahr; ebenfalls ein Rekordwert", bilanzierte das Wirtschaftsmagazin Forbes im Mai 2021. Und wir reden hier nicht über Firmen- oder Stiftungsfinanzen, sondern über ganz persönliche Guthaben …
Das Vermögen der Superreichen wuchs im Corona-Jahr von acht auf 13 Billionen US-Dollar.
Spitzenreiter der Milliardärs-Hitliste ist demnach Jeff Bezos von Amazon, der zu Jahresanfang 2020 noch 113 Milliarden besaß und Ende Mai 2021 von Forbes auf 190 Milliarden geschätzt wurde. Der Versand-Gigant hat also die Geschäftsschließungen im Lockdown genutzt, um allein sein Privatvermögen um über 70 Prozent zu steigern.
Auch weitere Raffkes unter den Top Ten verdanken exorbitante Zuwächse eindeutig den Zwangsmaßnahmen im Zuge der Corona-Inszenierung. Etwa der Impf-Papst Bill Gates (Platz

4), der bis Ende Mai 2021 über 126 Milliarden Dollar auf der hohen Kante hat - ein Plus von 28 Milliarden Dollar im Vergleich zu 2020. Oder Facebook-Chef Mark Zuckerberg (Platz 5) mit 118 Milliarden Euro im Mai 2021 - ein Riesensprung im Vergleich zu den knapp 55 Milliarden im Vorjahr.
Larry Page vom Google-Dachkonzern Alphabet schob sich nach vorne auf Platz 7, sein Vermögen wuchs innerhalb von 15 Monaten um über 40 Prozent auf 103 Milliarden Dollar. Auf Platz 8 und 9 folgen Oracle-Pionier Larry Ellison (103 Milliarden US-Dollar) und Google-Mitgründer Sergey Brin (100 Milliarden).
"Tech-Barone überholen Finanz-Adel", titelte die Schweizer Tageszeitung Blick schon mit Verweis auf die Zahlen von 2017. Vier Jahre später hat sich dieser Trend weiter verstärkt: Nur noch vier Eigentümer von traditionellen Unternehmen sind auf den vorderen Plätzen: Auf Position 2 Bernard Arnault (189 Milliarden Dollar), Hersteller von Luxusgütern etwa der Marke Louis Vuitton - seine Handtaschen ab 1.000 Euro kaufen Milliardärsfrauen aus der Portokasse. Die Bronzemedaille ging an den Tesla- und Weltraum-Tycoon Elon Musk (knapp 155 Milliarden Dollar), auf Rang 6 folgt Industrie-Altmeister Warren Buffett (knapp 109 Milliarden Dollar) und auf Rang 10 der Modezar Amancio Ortega unter anderem mit der Marke Zara (knapp 89 Milliarden Dollar).

Altes Kapital und rote Mandarine

Ein Vergleich zur Zeit vor dem Internet zeigt den Unterschied. Auf den ersten zehn Plätzen der Forbes-Liste von 1990 sind ausschließlich Personen aus den Bereichen Rohstoff, Industrie, Bodenspekulation und altem Geldadel. Der Sultan von Brunei und der saudische König Fahd führten mit ihren Öleinkünften die Liste an.
Auf Platz 3 folgte Forrest E. Mars mit dem gleichnamigen Schoko-Riegel und anderen Süßwaren, danach Queen Elizabeth, Zeitschriftenzar Samuel I. Newhouse, Grundstücksspekulant Albert Reichmann, Eisenbahnkönig Yoshiaki Tsutsumi, Sam Moore Walton von Walmart, Großgrundbesitzer John Werner Kluge und der taiwanesische Baulöwe Tsai Wan-lin. Bill Gates, damals mit Microsoft noch hauptsächlich im produzierenden Gewerbe engagiert, rangierte mit einem Privateigentum von 3,2 Milliarden Dollar gerade mal auf Platz 34.

"Corona-Maßnahmen ebnen Weg in die Zukunft". Goldman Sachs

Fast unheimlich ist das Tempo des Aufstiegs von China: Im Jahr 2006 gab es in der Volksrepublik gerade 16 Milliardäre. Aktuell finden sich unter den 2.755 von Forbes gelisteten Milliardären 626 rote Mandarine - die alteingesessene Supermacht USA hat mit 724 nur noch knapp die Nase vorn. Die Dynamik zeigt sich in den Veränderungen des letzten Jahres: Aus dem nur noch nominell sozialistischen Riesenreich schafften es 238 Superreiche neu in die Charts, aus den Vereinigten Staaten lediglich 110.

Vorteil Ostasien

"Fast jeder fünfte Milliardär der Welt kommt nun aus Groß-China, also aus China, Taiwan oder Hongkong. Beeindruckend: 97 Prozent von ihnen sind Selfmade-Milliardäre, das heißt, sie haben das Geld nicht geerbt, sondern in kurzer Zeit selber erwirtschaftet. Die meisten sind im Technologiesektor oder im Einzelhandel tätig. Und noch etwas zeichnet sie aus: "Asiatische Milliardäre sind jung und unermüdlich. Sie bauen ständig ihre Unternehmen um, entwickeln neue Geschäftsmodelle und expandieren rasch in neue Geschäftsfelder", sagt Ravi Raju, der bei der UBS asiatische Superreiche betreut." (Blick, 6.10.2020)
Reichster Chinese mit einem Privatvermögen von 71 Milliarden Dollar ist auf Platz 14 der Forbes-Liste Zhong Shanshan, der mit Trinkwasser und Pharma sein Geld macht. Ihm auf den Fersen sind die Internet-Giganten Pony Ma (Tencent, betreibt unter anderem die Facebook-Alternative WeChat) mit knapp 59 Milliarden Dollar auf Platz 21, Alibaba-Chef Jack Ma mit 46 Milliarden Dollar auf Platz 28 sowie Colin Huang Zheng, Chef des Online-Discounters Pinduoduo, mit 43,5 Milliarden Dollar auf Platz 30.

Finanzkapital und Corona-Diktatur

Kapitalfraktionen, die nicht in Versandhandel, Streamingtechnik oder Gesundheitswesen engagiert sind, mußten in der aktuellen Krise zum Teil kräftig Federn lassen. Ablesbar ist das etwa am Einbruch bei Blackrock, dessen Nettoergebnis im ersten Quartal 2020 um 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr abfiel. Blackrock ist ein besonders guter Indikator, weil der weltgrößte Vermögensverwalter global in eine breite Palette von Firmenaktien investiert hat, unter anderem in alle 30 DAX-Konzerne.

Trotz der Verluste bläst man in der Chefetage des Schwarzen Felsen keine Trübsal - wohl in der Hoffnung, schon bald mit der gewaltigen Finanzkraft bankrottierende Unternehmen aufkaufen zu können. "Jenen Anlegern, die ihre Augen nicht auf den wackeligen Boden unter unseren Füßen richten, sondern auf den Horizont, bieten sich an den Märkten jetzt enorme Chancen", heißt es in einer Mitteilung.

Ebenso frohgemut ist der Investmentriese Goldman Sachs, einer der Hauptverursacher wie -gewinner der Weltwirtschaftskrise von 2008. "Corona-Maßnahmen ebnen Weg in die Zukunft", ist ein Positionspapier vom Mai überschrieben. Man setzt darauf, "daß die während dieser Krise umgesetzten Maßnahmen wahrscheinlich wieder eingesetzt werden und sich die Politik weiterentwickelt" und uns "ein neues, potentiell höheres Inflationsziel erwartet". Die Finanz-Alchimisten hoffen also auf eine Geldschwemme samt Geldentwertung, wie sie mit der aktuellen Schuldenmacherei der Staaten bereits begonnen hat, während sie selbst in Sachwerte oder - wie ein Teil der angeschlossenen Hedgefonds - in Gold gehen …

Goldman Sachs warnt explizit vor der "sanften Herangehensweise" Schwedens gegenüber der angeblichen Pandemie - man fragt sich: Was geht das die Wall Street an? - und ist sich darin mit Zuckerberg einig. Der Facebook-Chef fürchtete sich schon im Frühjahr 2020 davor, "daß bestimmte Orte zu schnell wieder öffnen".

Kampf zweier Linien

Gegen Geldelite und digitale Wirtschaft, die sich hinter Gates und seinen harten Lockdown-Empfehlungen versammelt haben, trat als Fürsprecher des bedrohten, weil in der Krise stillgelegten Industriekapitals ein Mann auf, von dem man es nicht erwartet hätte: Elon Musk. Der etwas spleenige Tesla-Chef war bis vor kurzem der Liebling der politisch Korrekten gewesen, weil er mit seinen E-Autos den Weg in eine klimafreundliche Zukunft zu weisen schien. Aber der Mann ist eben in erster Linie Produzent von Hardware - anders als die Hütchenspieler im Finanzcasino oder die Internet-Profiteure.

"Gebt den Leuten ihre gottverdammte Freiheit zurück." Elon Musk

Musk machte Anfang Mai 2020 seinem Ärger über den Lockdown Luft: "Gewaltsam Leute in ihren Häusern einzusperren, entgegen allen ihren verfassungsmäßigen Rechten, meiner Meinung nach, und die Freiheiten der Menschen auszulöschen, ist furchtbar und falsch. ... Das ist nicht, warum Leute nach Amerika gekommen sind oder dieses Land aufgebaut haben. What the fuck."

Tesla werde die Einschränkungen überleben, aber viele kleine Firmen würden sich nicht retten können. "Ist es in Ordnung, die Rechte der Leute zu beschränken, wie es jetzt passiert? Ich glaube, die Leute werden sehr verärgert darüber sein, und sie sind sehr verärgert. ... Zu sagen, daß sie ihr Haus nicht verlassen können, und daß sie festgenommen werden, wenn sie es tun, das ist faschistisch. Das ist nicht demokratisch. Das ist nicht Freiheit. Gebt den Leuten ihre gottverdammte Freiheit zurück." Der Mainstream war empört. Musk sollte "eigentlich vor Scham im Boden darüber versinken, wie viel Unsinn er zuletzt verbreitet hat", beschied die Frankfurter Allgemeine und taufte den Autobauer gleich in "Elon Trump" um.

Den Kampf zwischen beiden Kapitalfraktionen könnte am Ende des Tages der alte Löwe Warren Buffett entscheiden - derzeit die Nummer 6 auf der Forbes-Liste. In der Corona-Krise stieß er seine Investitionen in Fluglinien ab, überraschend jedoch auch 84 Prozent seiner An-

teile bei Goldman Sachs. "Daß sich Buffett von Banken, besonders Goldman Sachs, getrennt hat, gilt als Mißtrauensvotum gegenüber der Finanzbranche und dem gesamten Aktienmarkt. War es doch der Multimilliardär, der in der Finanzkrise 2008 die Investmentbank vor dem Zusammenbruch gerettet hatte. Buffett investierte damals fünf Milliarden Dollar in Vorzugsaktien des Instituts", kommentierte das Börsenportal der ARD.
Treibt ihn die skrupellose Zerstörung der Realwirtschaft durch die Lockdown-Maßnahmen auf die Barrikaden? Auffällig ist jedenfalls, daß die USA auch unter dem neuen Präsidenten Joe Biden die Sperrgesetze weitgehend gelockert, in vielen Bundesstaaten sogar gänzlich aufgehoben haben. Das deutet darauf hin, daß die analoge Wirtschaft dort ihre Interessen immer noch deutlich zu Gehör zu bringen vermag - anders als in Deutschland, wo insbesondere die Dax-Riesen sich der Corona-Diktatur bereitwillig unterworfen haben.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 30: "Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung".<<
Ukraine: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 7. November 2024 (x1.423/…): >>**Ukrainischer Zusammenbruch an der südlichen Donbass-Front**
Russische Armee rückt täglich mehrere Kilometer südlich der Frontstadt Pokrowsk vor / Kleinstadt Selidowo fällt innerhalb weniger Tage / Bereits Kämpfe im strategisch wichtigen Ort Kurachowo
Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer
Infolge der Eroberung der ukrainischen "Festungsstadt" Wuhledar (Russisch: Ugledar) Ende September konnte die russische Armee südlich der strategisch wichtigen Frontstadt Pokrowsk weitere Geländegewinne erzielen. Ende Oktober nahm sie die für die Verteidigung des Ortes bedeutende Kleinstadt Selydowe (Selidowo) ein.
Unmittelbar südlich davon droht eine Fläche von rund 400 Quadratkilometern eingekesselt zu werden, mit der strategisch und wirtschaftlich wichtigen Stadt Kurachowe (Kurachowo) im Zentrum. Anfang November konnten russische Einheiten bereits den östlichen Teil der Stadt erobern. Der ukrainische Generalmajor Dmytro Martschenko sagte, es sei "kein militärisches Geheimnis", daß "unsere Front zusammengebrochen" ist.
Die russische Armee ist nach der Eroberung von Awdijiwka (Awdejewka) im Februar hauptsächlich in westliche Richtung auf Pokrowsk vorgerückt. Die Kleinstadt mit 60.000 Einwohnern vor dem Krieg gilt sowohl als Verkehrsknotenpunkt, über den die Ukraine Truppen und Nachschub zu ihren Frontstellungen schickt, als auch als letzte große Verteidigungsstellung vor dem offenen Land bis zum Fluß Dnjepr in der Zentralukraine.
Ende August standen die russischen Truppen nur noch zehn Kilometer vor der Stadt. Die örtlichen Behörden ordneten daraufhin die Evakuierung an. Ende Oktober befanden sich nach Angaben des Magazin "Der Spiegel" nur noch rund 12.000 Menschen in Pokrowsk, dessen kritische Infrastruktur nach Behördenangaben bereits zu 80 Prozent zerstört sein soll.
Ende August ging das Ukrainische Zentrum für Verteidigungsstrategien davon aus, daß die russische Armee die militärisch bedeutende Stadt Mitte September erreichen würde. Tatsächlich sind die russischen Truppen im Laufe des Septembers und Oktobers jedoch nur wenige hundert Meter auf Pokrowsk vorgerückt, konnten aber vornehmlich südlich der Stadt deutliche Geländegewinne erzielen und mehrere kleinere Ortschaften einnehmen. Laut dem österreichischen Offizier Markus Reisner droht bei weiteren russischen Erfolgen in dieser Richtung die Einkesselung des weiträumigen Gebiets um Kurachowe.
Kurachowe ist strategisch wichtig für die Ukraine, weil die Stadt über eine gut ausgebaute Landstraße mit dem Hinterland verbunden ist. Die Ortschaft diente bislang aufgrund ihrer Verkehrsanbindung als militärlogistischer Knotenpunkt der ukrainischen Armee. Die Stadt beherbergt auch ein Kohlekraftwerk mit 1,5 Gigawatt Leistung, das allerdings mehrfach durch russische Luftangriffe beschädigt wurde und offensichtlich nicht mehr in Betrieb ist.

Rund 40 Kilometer südwestlich von Kurachowe befindet sich die Lithium-Lagerstätte Schewtschenko, welche das Potential hat, "zu einer der größten Abbaustätten des Metalls in Europa zu werden". Das Vorkommen ist infolge des zusätzlichen russischen Vormarschs aus Richtung Süden nach dem Fall Wuhledars inzwischen nur noch wenige Kilometer von der Front entfernt.
Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij und westliche Politiker werfen Rußland regelmäßig vor, den Krieg in der Ukraine wegen des Zugriffs auf wertvolle Ressourcen zu führen, wobei Lithium eine besonders wichtige Rolle spiele. Allerdings bot Selenski den westlichen "strategischen Partnern" in seinem "Siegesplan" kürzlich selbst den Zugriff auf ukrainische Rohstoffe an.
Daß ein russischer Vormarsch bis zum Dnjepr ein realistisches Szenario auch für die ukrainische Armeeführung sein könnte, zeigt ein Video, das ein ukrainischer Militärblogger auf TikTok veröffentlicht hat. Er filmte die Errichtung von Verteidigungsstellungen in einem Vorort östlich der Großstadt Dnipro (Dnjepropetrowsk), welche 160 Kilometer westlich von Pokrowsk am Dnjepr liegt.
Nach Auffassung des geopolitischen Analysten Alexander Mercouris finden die derzeit weitreichenden Erfolge der russischen Armee in den westlichen Medien kaum Aufmerksamkeit, weil diese sich auf das Narrativ nordkoreanischer Truppen im russischen Kursk konzentrieren. Dies sei eine "wunderbare Art", über etwas zu sprechen, das mit dem Krieg in der Ukraine zu tun habe, aber nicht mit dem Krieg selbst sowie den ukrainischen Niederlagen.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. November 2024 (x1.417/…): >>**Project 2025: Trumps Geheimplan**
Von *Daniell Pföhringer*
Was hat er jetzt vor? Das fragen sich viele nach dem Wahlsieg Donald Trumps bei den Präsidentschaftswahlen in den USA. Aufschluß darüber gibt nicht nur das offizielle Programm des Republikaners, sondern auch ein Strategiepapier, das noch viel weitreichendere Maßnahmen vorsieht. …
Von wegen Kopf-an-Kopf-Rennen! Donald Trump hat in den USA einen Sieg eingefahren, wie er kaum deutlicher sein könnte. Er hat (nach aktuellem Stand) mit 295 zu 226 Stimmen (insgesamt 538; Mehrheit bei 270) nicht nur eine satte Mehrheit im Electoral College (Wahlmännergremium), das im Dezember den Präsidenten bestimmen wird, er hat mit 50,9 Prozent auch meisten Wählerstimmen (Popular Vote) eingefahren. Außerdem kann er nun mit einer Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus erst einmal durchregieren. Besser hätte es für ihn nicht laufen können.
Jetzt sind alle gespannt darauf, was er wohl als erstes in Angriff nehmen wird. Die Frankfurter Rundschau grübelt: "Nun bleibt ... abzuwarten, welche Maßnahmen Trump in seiner zweiten Amtszeit als US-Präsident tatsächlich umsetzen will. Ein erster Hinweis könnte allerdings das Project 2025 sein, das einen Ausblick auf die mögliche Entwicklung der amerikanischen Demokratie unter Trump gibt."
Die Stuttgarter Zeitung schreibt: "Zwei Themen stehen bei ihm wie bei vielen seiner Wähler im Vordergrund: Wirtschaft und Migration. Die Agenda 47 ist Trumps offizielles Programm und hat zudem viele Überschneidungen mit dem so genannten Project 2025." Der Deutschlandfunk warnt: "Trump will per Project 2025 die Demokratie umbauen." Und das ZDF berichtet reißerisch: "Project 2025: Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit."
Die Agenda 47
Trumps offizielles Regierungsprogramm, die Agenda 47 (benannt nach seiner Nummer in der Reihenfolge der US-Präsidenten), ist in puncto Wirtschaft und Finanzen sehr präzise: Es sollen keine Steuern mehr auf Renten und Trinkgelder erhoben werden. Sogar Autokredite soll man künftig wie Hypotheken absetzen können. Umwelt- und Sozialgesetze, die die freie

Marktwirtschaft hemmen, sollen abgeschafft werden.
Der sogenannte Green New Deal - mit seiner Bevorzugung von erneuerbaren Energien - soll ad acta gelegt werden. Statt dessen will Trump die heimische Öl- und Gasförderung unterstützen, neue Jobs in der Automobilindustrie schaffen und erneut aus dem Pariser Klimaschutzabkommen aussteigen. Die Mitgliedschaft der USA in anderen internationalen Organisationen steht ebenso zur Disposition - siehe dazu auch den Beitrag "Goodbye WHO!" in unserer Spezial-Ausgabe über Trump.
"Noch radikaler sind seine Versprechen zum Thema Migration", schreibt die Stuttgarter Zeitung.
Soll heißen: Die Befestigungsanlagen an der Grenze zu Mexiko, deren Bau unter Trump begonnen und dann von Joe Biden gestoppt wurde, soll fortgeführt werden. Außerdem plant Trump das größte Abschiebeprogramm für illegale Einwanderer in der Geschichte der USA.
"Ist es das, was die AfD unter 'Remigration' versteht - oder sogar noch drastischer?", fragt die Stuttgarter Zeitung. "Einflußreiche Trump-Unterstützer" hätten in den sozialen Medien schon angekündigt, daß sie gerne "illegale Einwanderer-Kinder in Käfige sperren" würden. Übrigens: ohne Quellenangabe. Zum offiziellen Regierungsprogramm des Republikaners gehört es jedenfalls nicht, Kinder wie Zootiere einzupferchen.
Schließlich will Trump auch eine neue Außenpolitik in die Wege leiten. Das Ziel: Frieden in der Ukraine und im Nahen Osten. Neuausrichtung der NATO (wie es auch Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban fordert), eine harte Linie gegen China und den Iran. Aber: Keine interventionistischen Abenteuer, wie sie unter dem Einfluß der Neocons in der Bush-Ära betrieben wurden.

Das Project 2025

Doch was hat es mit dem Project 2025 auf sich? Dabei handelt es sich nicht um einen offiziellen Plan Trumps, sondern um ein alternatives Regierungsprogramm, das von der im republikanischen Milieu einflußreichen Heritage Foundation aufgestellt wurde. Und das empfiehlt tatsächlich tiefgreifende Reformmaßnahmen, die die amerikanische Politik und Gesellschaft umkrempeln würden.
Zwar hat Trump im Wahlkampf mehrfach betont, daß das Projekt der einst von dem Biermagnaten Joseph Coors gegründeten Organisation nicht seine offizielle Agenda darstelle und daß er damit gar nichts zu tun habe, doch es fällt schwer zu glauben, daß sich der neue Präsident davon nicht inspirieren ließe.
Die zu Zeiten Ronald Reagans betulich-konservative Heritage Foundation hat sich nämlich inzwischen zu einer Trump-treuen Kampforganisation gewandelt. Paul Dans, Leiter des Project 2025, betont:
"Wir werden eine ganze Armee loyaler, gut vorbereiteter und politisch gut bewaffneter Konservativer zum Einsatz bringen für die Schlacht gegen den Deep State."
Dazu hat die Heritage Foundation, wie man in COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" nachlesen kann, unter anderem eine Datenbank mit mehreren tausend Personen angelegt, die für eine Neubesetzung der gesamten Administration in Frage kämen. Project 2025 sieht die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, die sich Trump in den Weg stellen könnten. "Der erste Tag des Präsidenten wird eine Abrißbirne für den Verwaltungsstaat sein", verspricht Russell Vought, ein früherer Regierungsbeamter Trumps, der in das Projekt involviert ist.
Darüber hinaus hat die Stiftung eine Trainingsakademie gegründet und ein 180-Tage-Programm für die erste Zeit des neuen Präsidenten entwickelt, sozusagen einen Trump-Geheimplan. Als solcher wird dieses Programm von gut informierten amerikanischen Medien auch gehandelt.

Masterplan für die USA
Doch was sieht dieser Plan vor. Unter anderem eine radikale Säuberung sämtlicher Institutionen und staatlicher Unterrichtsmaterialien von der Gender- und LGBTQ-Ideologie, eine Stärkung individueller Freiheitsrechte, die die Bürger vor Übergriffigkeiten des Staates schützen sollen, Maßnahmen zur Stärkung von Marktwirtschaft, eine Rückkehr zu den Prinzipien der US-Gründerväter und natürlich umfassende Maßnahmen zur Abwehr illegaler Migranten.
In unserer Spezial-Ausgabe "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" stellen wir diesen Masterplan für die USA en detail vor. Dort lesen Sie unter anderem:
"Zu den Empfehlungen der Heritage Foundation gehören radikale Maßnahmen wie die Abschaffung der US-Notenbank Federal Reserve zugunsten eines Systems des 'freien Bankwesens', die vollständige Rücknahme aller Klima-Maßnahmen der Biden-Regierung, eine drastische Erhöhung der fossilen Brennstoffförderung und -nutzung, das Ende der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China in der jetzigen Form, die Ausweitung des Nukleararsenals, eine starke Einschränkung der Unterstützung der NATO sowie eine 'umfassende Kosten-Nutzen-Analyse der US-Beteiligung an allen internationalen Organisationen' einschließlich der UNO und ihrer Unterorganisationen wie der WHO.
Selbst die Existenz des Inlandsgeheimdienstes FBI wird zur Disposition gestellt. Darüber hinaus soll die Macht des Präsidenten gestärkt, jene der - stark zusammengestrichenen - Ministerien hingegen deutlich beschnitten werden."
Zudem müsse die nächste Regierung laut dem Strategiepapier verhindern, daß ungewählte "Experten" die Kontrolle übernähmen und ihre eigenen Interessen verfolgten. "Diese Lobbypolitik - in Deutschland beispielhaft an den Machenschaften des Graichen-Clans in Habecks Wirtschaftsministerium zu erkennen - hat auch in den USA stark zugenommen.
Darum sollen gemäß Project 2025 Bundesämter wie die FDA (Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde), die EPA (Umweltschutzbehörde) oder die FEMA (Bundesagentur für Katastrophenschutz) künftig keine Regierungsentscheidungen mehr außer Kraft setzen können", heißt es dazu in unserem Trump-Spezial.
Die Welt schreibt in einem aktuellen Beitrag mit Bezug auf das Project 2025: "Für die Welt beginnt jetzt eine neue Zeitrechnung". Deshalb warnt Daron Acemoglu, Ökonomieprofessor am Massachusetts Institute of Technology, in einem Beitrag für die von George Soros gegründete und finanzierte Medienplattform Project Syndicate:
"Eine zweite Präsidentschaft Trumps wäre eine viel größere Bedrohung für die Demokratie als die erste. Trumps eigene Einstellungen und Rhetorik deuten auf seine weitere Radikalisierung hin, und seine Anhänger haben aus ihrem gescheiterten Versuch, die Wahl von 2020 zu kippen, gelernt. Freundliche Denkfabriken erstellen Pläne zur Demontage der Kontrollmechanismen des US-Regierungssystems, die es Trump ermöglichen würden, einen gegen seine politischen Gegner gerichteten Polizeistaat einzuführen."
Da bleibt nur zu sagen: Wenn die Globalisten so viel Lügen und Dreck über die Pläne Trumps und der Heritage Foundation ausschütten, können diese nur gut sein.<<

08.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 8. November 2024 (x1.419/…): >>**Schluß mit der Verzögerung: Vertrauensfrage SOFORT!**
Es ist ganz einfach: Wir, die Bürger dieses Landes, haben diese Regierung satt. Und zwar nicht erst ab dem 15. Januar 2025, sondern schon heute und auch schon in den vergangenen Jahren. Deshalb gibt es keinen einzigen vernünftigen Grund für die Verzögerungstaktik von Bundeskanzler Olaf Scholz, der mit seiner Trümmertruppe noch ein paar Monate im politischen Siechtum dahindämmern will, um das Elend dann erst im Frühjahr zu beenden. Wir fordern: Die Vertrauensfrage muß SOFORT gestellt werden, um schnellstmögliche Neuwah-

len zu ermöglichen. Für diesen Weg werden wir Druck machen!
Nach Jahren der Massenmigration, der Deindustrialisierung, der endlosen Filz-, Vetternwirtschafts- und Korruptionsskandale ist es nicht hinnehmbar, daß Bundeskanzler Olaf Scholz sich an die von ihm bestellten 4.000-Euro-Luxusstühle klammert und dabei das Land in Geiselhaftung nimmt. Und es ist auch nicht hinnehmbar, daß Deutschland monatelang unter einer nicht handlungsfähigen rotgrünen Minderheitsregierung herumdümpelt, die schon als Dreierbündnis längst keine gesellschaftliche Mehrheit mehr hatte.
Wir brauchen dringend einen politischen Neuanfang - aber auf gar keinen Fall mit einer CDU, die die Ablehnung von Massenmigration und Deindustrialisierung nur vortäuscht, während in den CDU-regierten Bundesländern reine Ampel-Politik betrieben wird.
Gerade erst hat ein Skandal-Papier der CDU-Bundestagsfraktion mit dem Titel "Neue Energie-Agenda für Deutschland" enthüllt, daß unter einer CDU-Regierung alles beim Alten bleiben soll: Die "Energiewende" soll ausdrücklich noch nicht einmal gebremst werden - und die CO2-Abgabe soll beibehalten werden! Friedrich Merz legte zudem eine weitere 180-Grad-Drehung hin und bezeichnete den Ausstieg aus der Kernkraft vor wenigen Tagen plötzlich als "irreversibel".
Das von der CDU vorgetäuschte Interesse an einer Politikwende war also wieder nur Lug und Trug! Wer keine Ampel-Politik will, der muß somit auch der heuchlerischen CDU die rote Karte zeigen. Das geht nur, indem man bei den Neuwahlen mit beiden Stimmen die AfD wählt!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 8. November 2024 (x1.420/…):
>>**AfD-Regierungsprogramm: MAKE GERMANY GREAT AGAIN!**
AfD, Wirtschaft und Union erhöhen den Druck auf Olaf Scholz (SPD), mit der Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag SOFORT den Weg für Neuwahlen freizumachen. Der Kanzler spielt weiter auf Zeit und könnte sogar noch bis Mai 2025 im Amt bleiben. Das würde ein weiteres halbes Jahr Stillstand für Deutschland bedeuten!
Dabei wäre es, wenn die Union endlich über ihren demokratiefeindlichen "Brandmauer-Schatten" springen würde, doch so einfach, den deutschen Karren wieder aus dem Ampel-Dreck zu ziehen. Wie, das zeigt der Entwurf der AfD-Bundestagsfraktion für ein Regierungsprogramm. Die vier wichtigsten Punkte des AfD-Sofortpapiers im Falle einer Regierungsbeteiligung:
- Niedrigere Energiepreise durch Senkung von Energiesteuern, Wiedereinstieg in die Atomenergie!
- Runter auf breiter Front mit Steuern & Abgaben!
- Schluß mit Bürgergeld-Hängematte, Weltsozialamt und Klima-Irrsinn! Statt dessen Investitionen in die Infrastruktur (Bahn, Brücken, Straßen, Telekommunikation, Schulen).
- Reparatur und Inbetriebnahme bzw. Wiederinbetriebnahme der Nord Stream-Gasleitungen in der Ostsee und Wiederaufnahme der preiswerten Gasversorgung Deutschlands durch Rußland!
Weitere Punkte des Sofortprogramms, das man in Anlehnung an Donald Trumps MAGA-Kampagne "Make Germany Great Again" nennen könnte:
- Sofortige Einführung der nur noch nötigsten Sachleistungen für Asyl-Migranten, Grenzen dicht, sofortige Rücknahme des neuen Einbürgerungsrechts!
- Weg mit dem Heizungsmurks der Ampel (Öl- und Gasheizungsverbot)!
- Weg mit dem Verbrenner-Verbot!
- Abschaffung der CO2-Abgabe auf Heizöl, Erdgas, Benzin und Diesel!
- Diplomatische Bemühungen Berlins um eine friedliche Lösung im Ukraine-Konflikt - Schluß mit deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine, Schluß mit den Steuerzahler-Milliarden für das Marionetten-Regime in Kiew!

- Mehr Bürgerbeteiligung durch "direkte Demokratie" (Volksabstimmungen wie in der Schweiz).
- Verbot von Gender-Sprech und Regenbogenflaggen in allen Ministerien, Behörden und Institutionen!
Eigentlich wäre es ganz einfach, Deutschland wieder in die Erfolgsspur zu bringen, Herr Merz!
Tja, wenn das Wörtchen "wenn" nicht wäre. Wenn die Union endlich ihre idiotische und demokratiefeindliche "Brandmauer" einreißen würde, die 35 Jahre nach dem Mauerfall (9. November) Deutschland wieder trennt - trennt von einer pragmatischen Politik der Vernunft!

Scholz will bis Mai im Amt bleiben

Bislang unbeeindruckt von allen Forderungen nach sofortigen Neuwahlen will Kanzler Scholz an seinem Zeitplan festhalten und erst Mitte Januar im Deutschen Bundestag die Vertrauensfrage stellen, wie er bekräftigte. Unter Berücksichtigung aller im Grundgesetz vorgeschriebenen Fristen könnten Neuwahlen dann frühestens im März stattfinden. Anschließend würde der Bundestag in die Osterpause gehen.
Bedeutet: Ein neuer Kanzler könnte womöglich erst im Mai gewählt werden! Das Kalkül von Scholz - so er denn wirklich noch einmal antritt und die SPD nicht den laut Umfragen weit beliebteren Verteidigungsminister Boris Pistorius als Kanzlerkandidaten einwechselt:
Am 2. März findet die Landtagswahl im traditionell "roten" Hamburg statt. Von ihr erhofft sich die SPD Rückenwind für die Bundestagswahl im selben Monat.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. November 2024 (x1.417/…): >>**Die Rotte der Röttgens**
Deutsche Politiker und Trump. Wie manisch rennen deutsche Politiker gegen den neuen US-Präsidenten an. Ist ihnen nicht klar, daß sie damit weder in Amerika noch beim deutschen Publikum Eindruck machen können? Doch ihre große Pose hat einen ganz anderen Adressaten.
_ von *Manfred Kleine-Hartlage*
Seit Donald Trumps Wahlsieg ergehen sich deutsche Politiker in Schmähungen, die gegenüber dem gewählten Staatschef eines demokratischen Landes, noch dazu eines mächtigen Verbündeten, beispiellos sein dürften. Das beginnt bei der Kanzlerin, die dem neuen Präsidenten - mit unfreiwilliger Komik - schon gleich nach dessen Wahl Bedingungen für eine Zusammenarbeit diktieren zu können glaubte.
Die Riege der Trump-Schmäher setzt sich fort über nahezu alle Mitglieder ihrer Regierung und reicht bis tief in die dritte und vierte Reihe des Polit-Establishments - bis hin zu abgehalfterten Gernegrößen wie Ex-Minister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) und Wolfgang Kubicki, eine Art Elder Statesman der Weltmacht FDP, der sich sogar dazu verstieg, ein Einreiseverbot für Trump zu fordern. Wer will nochmal, wer hat noch nicht?

Kartell der Nullen

Unterstellen wir wohlwollend, niemand von diesen Leuten werde so töricht sein sich einzubilden, auf diese Weise die amerikanische Politik beeinflussen zu können, so geht es ihnen offenbar darum, eine bestimmte Gesinnung zu bekunden.
Die Riege der Trump-Schmäher reicht bis zu Abgehalfterten wie Guttenberg und Kubicki.
Adressat dieser Bekundungen ist nicht etwa das Volk - jedenfalls nicht der wachsende Teil des Volkes, der sich vom Establishment abgewandt hat, und dem dieses nun, ganz wie der späte Erich Honecker, "keine Träne nachweinen" will. Adressaten sind vielmehr die Mitpolitiker. Trump, was immer er tut oder läßt, ist ein Symbol für eine Weltsicht, die der herrschenden entgegengesetzt ist.
Wer einfach nur sachlich und konstruktiv mit ihm umginge, würde sich damit als ideologischer Abweichler, zumindest aber als unsicherer Kantonist offenbaren und seine Karriere gefährden. Deshalb macht praktisch jeder bei der rhetorischen Zusammenrottung mit, und der

Eifer, mit dem Trump geschmäht wird, ist direkt proportional zum Karriere-Ehrgeiz des Schmähers.
Das läßt tief blicken. Es zeigt nämlich, daß es in der gesamten politischen Klasse der BRD keinen einzigen Politiker mehr gibt, der das Format hätte, sich dem bleiernen Konsenszwang seiner Kollegen zu entziehen, keinen, der auf die Strahlkraft seiner Person und seiner Ideen setzen könnte. Alle sind eingebunden in Seilschaften, Netzwerke und Karrierekartelle, und ohne diese Kartelle sind sie nichts. Psychologisch nachvollziehbar ist der Haß durchaus, mit dem dieses Kartell der Nullen auf einen Mann blickt, der es ohne solche Netzwerke zuerst zum Multimilliardär, dann zum mächtigsten Mann der Welt gebracht hat: Dieser Haß ist der Neid von Palasteunuchen.
In einer Welt, in der ein Politiker als Person Menschen überzeugen müßte, wären diese Leute zum Scheitern verurteilt. Ihre Macht ist die einer Kaste, die davon lebt, alternativen Personen und Positionen die Artikulationsmöglichkeiten zu verbauen, um behaupten zu können, so etwas wie Alternativen gebe es gar nicht.
America first, allgemein gesprochen also der Vorrang der Interessen des jeweils eigenen Landes, sollte für jede Regierung eine Selbstverständlichkeit sein - es ist der Inhalt ihres Amtseides. Einer politischen Klasse wie der hiesigen ist es freilich peinlich, an solche Selbstverständlichkeiten erinnert zu werden.
Eine Kanzlerin, die allen Ernstes behauptet, nicht einmal die Grenze zwischen Deutschland und Österreich könne gesichert werden, kann kaum schlimmer blamiert und dementiert werden als durch einen US-Präsidenten, der die ungleich längere Grenze seines Landes zu Mexiko sehr wohl zu sichern versteht. Und noch schlimmer für sie und ihre Kaste ist es, wenn die USA selbst entscheiden, wen sie auf ihrem Territorium dulden wollen und wen nicht, und Bürger bestimmter Staaten aussperren.
In der Tat: Ein Staat, der dieses Recht nicht hätte, wäre kein souveräner Staat. Aber genau dieser Gedanke soll den Bürgern im Machtbereich des Kartells ja ausgetrieben werden: Sie sollen gar nicht auf die Idee kommen, der Staat - und das heißt in einer Demokratie letztlich: das Volk - sei souverän, könne und dürfe solche Entscheidungen treffen. Trumps Politik, ja bereits seine bloßen Ankündigungen legen vor aller Augen offen, daß die vermeintliche Alternativlosigkeit, auf die das Kartell sich beruft, künstlich, fingiert ist.

Die Kaste der Provinz-Atlantiker

Wie weit dessen Protagonisten sich aus der Gedankenwelt von Demokraten verabschiedet haben, zeigt der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen, Vorstandsmitglied der Atlantik-Brücke und idealtypischer Exponent der transatlantischen Elitenseilschaften. Er hat eine Reise nach Washington angekündigt und findet es offenbar nicht merkwürdig, die Politik des gewählten Präsidenten der USA, also eines fremden Staates, durch "neue Formen von Allianzen ..., gesellschaftliche Allianzen ... zwischen, zum Beispiel, Abgeordneten europäischer Parlamente, des deutschen Bundestages mit Senatoren, auch republikanischen Senatoren, und ... des Kongresses insgesamt" zu sabotieren.
Imperiale Eliten können ihre Ideologie ändern, Provinzeliten nicht.
Auf Deutsch heißt das: Ein Politiker hat nicht seinem eigenen Volk gegenüber loyal zu sein, sondern seinen Kastenbrüdern in anderen Ländern. Er hat die Interessen einer internationalen Machtstruktur zu vertreten, deren Daseinszweck die weltweite Durchsetzung der neoliberalen Utopie ist. Und wenn die USA sich ihrer Rolle als Führungsmacht dieser besonderen Art von Weltrevolution verweigern, weil ihr Volk es verlangt, muß eben von außen der Regime Change betrieben werden.
Natürlich wissen Leute wie Röttgen, daß sie selbst nicht viel dazu beitragen können. Sie setzen darauf, daß das Volk in Amerika ebensowenig mitzureden hat wie in Europa, und wenn es sich erdreistet, den "Falschen" zu wählen, wird das US-Establishment es schon Mores lehren.

Darauf verlassen sie sich, denn so funktionierte es bisher immer. Und wenn die "Episode" Trump erst vorbei ist, wird die transatlantische Gnadensonne um so freundlicher auf die ideologischen Streber aus Europa herabstrahlen. So glauben sie.
Sie könnten sich täuschen: Den Röttgens, die ihren eigenen engstirnigen Globalisierungsfanatismus mit Weltläufigkeit verwechseln, ist ihre Provinzialität ebenso wenig bewußt wie der Unterschied zwischen den Eliten der Führungsmächte und den Eliten ihrer Satellitenstaaten. Erstere dienen der globalen Machtpolitik ihres Landes und bedienen sich dazu einer Ideologie. Bei ihren Statthaltern in den Satellitenstaaten ist es genau umgekehrt: Da sie Verräter an ihrem eigenen Land sind, jedenfalls nach allen hergebrachten Maßstäben, sind sie darauf angewiesen, diese Maßstäbe außer Kraft zu setzen, und sind deshalb politisch wie psychologisch von der Ideologie abhängig.
Deswegen können imperiale Eliten ihre Ideologie ändern, Provinzeliten nicht. Eines Tages werden die Röttgens überrascht feststellen, daß es die von ihnen postulierte "transatlantische Wertegemeinschaft" nie gegeben hat, und daß die US-Eliten sie ebenso kaltlächelnd im Stich lassen wie einst die KPdSU-Eliten Honecker.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 03/2017.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Gefahr der Woche**
Auf dem Holzweg
Christian Vollradt
Sitzen ist das neue Rauchen, lautet eine dieser modischen Gesundheitsbinsen. Im Klartext bedeutet sie, daß es durchaus ein volksgesundheitliches Phänomen ist, wenn vermehrt Rükkenschäden auftreten, verursacht durch die überhandnehmende Berufstätigkeit im Sitzen, verbunden mit allgemeinem Bewegungsmangel. Und daß diese neue Form ungesunden Lebenswandels den guten, sprich bösen, alten, mittlerweile weitgehend geächteten Glimmstengel in Sachen Risikobewertung abgelöst hat.
Wer sitzt, lebt gefährlich, mögen sich auch jene Kommunen, vorrangig in Baden-Württemberg gedacht haben, die begannen, ihre Sitzbänke im Wald "aus Sicherheits- und Kostengründen" abzubauen, wie die Agenturen dieser Tage vermelden. So plane beispielsweise die Gemeinde Schömberg im nördlichen Schwarzwald, 60 ihrer insgesamt 400 Bänke zu entfernen. Begründung: Spaziergänger könnten, wenn sie auf einer solchen Bank sitzen, durch herabfallende morsche Äste verletzt werden. Und dafür müßten dann die Waldbesitzer haften. Denn der Rechtsprechung zufolge fällt ein solches Ereignis unter "atypische Gefahren" - und dann gilt die sogenannte Verkehrssicherungspflicht.
Daß ein herabfallender Ast im Wald "atypisch" sein soll, hält der Präsident des Landesseniorenrats im Südwesten, Eckart Hammer, für "groben Unfug". Und den geplanten Abbau der Bänke für kontraproduktiv. Das widerspreche allen Bemühungen, ältere Menschen zur Fitneß zu ermutigen. Denn dabei bräuchten Senioren häufigere kurze Erholungsphasen. Ohne die Möglichkeit, sich auch mal ausruhen zu können, würden sie sich wahrscheinlich weniger bewegen. "Es ist gerade so, wie wenn an den Autobahnen sämtliche Parkplätze und Raststätten schließen würden", meint der 70jährige. Wer sich nicht bewegt, weil er nicht sitzen kann, um nicht erschlagen zu werden, könnte vielleicht … mal wieder rauchen?<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Institut der deutschen Wirtschaft fordert mehr ausländische Fachkräfte**
Ideologie statt Wissenschaft
Reiner Osbild
Zum wievielten Male eigentlich fordert das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) mehr ausländische Fachkräfte? So auch wieder im IW-Informationsdienst vom 30. Oktober, in dem der demographische Wandel als Begründung herangezogen wird.

Für das arbeitgebernahe IW sind Fachkräfte nicht etwa Informatiker oder Ingenieure, sondern Kraftfahrer, Lageristen, Gastronomen oder angelernte Verkäufer. Dort dürfte aber nicht die Alterung der Bevölkerung das Problem darstellen, sondern die Unterbezahlung im Vergleich zu Sozialleistungen.
Deutschland hat 2,5 Millionen registrierte Arbeitslose; hinzu kommen Menschen, die nur kurzzeitig erwerbsunfähig sind, Hunderttausende, die in Arbeitsmarktmaßnahmen stecken sowie erwerbsfähige Bürgergeldempfänger. Macht zusammen ein riesiges Reservoir von über sieben Millionen. Viele von diesen könnten einen "IW-Mangelberuf" auszuüben. Doch eine detaillierte Berechnung zeigt, daß ein Bürgergeldempfänger, zumal mit Kindern, oft genauso gut gestellt ist wie ein Facharbeiter (JF 21/24).
Zudem werden die Erwerbslosen aus dem "Rechtskreis SGB II" von den Unbilden des Marktes wie höheren Mieten oder steigenden Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen abgeschirmt. Statt also höhere Löhne zu zahlen, will man von Unternehmerseite Arbeitsmigration befördern, weil den so angeworbenen Arbeitskräften der Weg in den Sozialstaat verwehrt ist und sie daher mit Niedriglöhnen abgespeist werden können - ein durchsichtiges Manöver.
Nicht fehlen darf beim IW auch das AfD-Bashing. Während in einer Demokratie die Regierung für Mißstände verantwortlich gemacht wird, ist es in "unserer Demokratie" die Opposition. So unkt das IW, daß nach den Wahlerfolgen der AfD in einigen ostdeutschen Bundesländern Ausländer vermehrt über einen Wegzug in andere Bundesländer oder fort aus Deutschland nachdenken. Wobei ersteres zumindest den Fachkräftemangel in den Zielbundesländern mildern würde.
Wissenschaftlich unentschuldbar ist der Bezug auf eine Befragung des 2017 gegründeten Deutschen Zentrums für Migrations- und Integrationsforschung (DeZIM) - ein Berliner Verein, der zu "gesellschaftlicher Teilhabe und Vielfalt sowie zu Diskriminierung und Rassismus" forscht. Gefördert wird das DeZIM aus Steuergeldern, insbesondere vom grünen Familienministerium. Themenkreis, Finanzierung und die Führung durch Naika Foroutan - Mitglied der SPD-Grundwertekommission - lassen eine eindeutige politische Schlagseite vermuten.
Diese ist in der Methodik erkennbar. Die Erhebung der Ängste der Migranten basiert nämlich auf der "Geheimplan-Lüge", im November 2023 hätten sich führende Vertreter der AfD sowie der rechtsextremen Szene in einer Villa bei Potsdam getroffen und Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland diskutiert. Selbst das Medienunternehmen Correctiv korrigierte diese Darstellung inzwischen, doch sie war vorige Woche noch immer auf den Webseiten des ewiggestrigen SWR zu finden.
Und eben auch beim DeZIM, das nicht der Frage nachgeht, ob nicht die mediale Dämonisierung der AfD und die inszenierten Demos gegen Rechts der eigentliche Grund der erfragten Ängste sein könnte. Fake News in eine suggestive Fragestellung zu verpacken ist keine Wissenschaft. Die Lohndumping-Ideologie der Arbeitgeber geht mit der Anti-Rechts-Neurose eines einseitig politagitierenden Forschungsverbundes eine unheilige Liaison ein.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Erste Opfer der Klimaneutralität**
Autoindustrie: Das Strukturproblem bei VW ist vor allem ein politisches / Lohnsenkungen statt Werksschließungen?
Paul Leonhard
Durch den "Green Deal" der EU soll "Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent werden" und das Gesetzespaket "Fit für 55" soll die CO2-Emissionen schon bis 2030 um 55 Prozent senken. Die VW-Markengruppe "Progressive" war diesbezüglich laut Eigenwerbung vorbildlich: "Im Werk Brüssel produziert Audi den Q8 e-tron bilanziell CO2-neutral. Das Werk deckt seinen Energiebedarf vorwiegend mit umweltfreundlich hergestelltem Biogas ab und bezieht seit 2012 Grünstrom." Doch 2023 wurden hier nur 53.555 E-SUV hergestellt - zu

wenig für die 3.033 "Mitarbeitenden". Am 28. Februar wird die Produktion eingestellt. Die Abwicklung kostet den Wolfsburger Konzern schlimmstenfalls 1,4 Milliarden Euro - wenn sich kein Käufer für den 58-Hektar-Standort findet.
Der Markengruppe "Core" steht ähnliches noch bevor: Drei der deutschen VW-Werke könnten geschlossen werden, sollten sich Management, Betriebsrat und IG Metall in den laufenden Tarifverhandlungen nicht auf ein "Zukunftskonzept" einigen. Und auch hier sind die reinen E-Auto-Werke Emden, Dresden und Zwickau keineswegs "sicher" - die Produktion der unbeliebten ID-Modelle lastet die Fabriken nicht aus.
Doch auch die Produktionskosten der Benziner-, Diesel- und Hybrid-Modelle sind der Konzernführung zu hoch. Das liegt nur zum Teil an den deutschen Energiepreisen. Auch der Haustarifvertrag mit Vier-Tage-Woche, 36 Urlaubstagen, übertariflichen Löhnen und Boni für Arbeiter lassen sich angesichts der radikalen "Dekarbonisierung" künftig nicht mehr finanzieren.

"VW baut hervorragende Autos, verdient aber nicht ausreichend"

Die Standorte in Polen, Spanien, der Slowakei oder der Tschechei sind viel günstiger - bei inzwischen ähnlicher Qualität. "Die Marke Volkswagen baut hervorragende Autos, verdient aber nicht ausreichend, um aus eigener Kraft in die Zukunft zu investieren", sagt daher VW-Finanzchef Arno Antlitz. Der Konzerngewinn lag im dritten Quartal nur noch bei 1,58 Milliarden Euro und damit knapp 64 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Es wurde nur noch eine operative Marge von zwei Prozent erzielt.
Dennoch verdient Antlitz wohl weiter 4,2 Millionen Euro bei VW. In ähnlichen Größenordnungen liegen die anderen Vorstandsmitglieder. Konzernchef Oliver Blume erhielt 2023 laut Geschäftsbericht 9,7 Millionen Euro plus Rentenaufwendungen. Hier zu sparen wäre sicher populär - doch es bringt letztlich wenig.
Neben diesen Summen nehmen sich die bisherigen Löhne für die 130.000 Beschäftigten in den sechs westdeutschen Werken mit Haustarifen bescheiden aus: Manager verdienen bei VW 158.400 Euro brutto, Anwälte 130.900, Abteilungsleiter 124.600, Leitende Ingenieure 118.700. Ein Industriemeister kommt auf 78.900 Euro, ein Schichtführer auf 67.700, ein Maschinenschlosser auf 67.200, ein Dreher auf 49.800, ein Produktionshelfer auf 42.500, ein Lehrling auf 14.000 Euro. Seit Mai liegt das monatliche Bruttogehalt der Produktionsmitarbeiter laut IG Metall zwischen 3.914 Euro und 4.304 Euro. Das ist bislang branchenüblich: Bei Mercedes erhält der Facharbeiter laut dem Gehaltvergleichsportal Kununu im Schnitt 44.400 Euro jährlich.
Doch angesichts der "Transformation in eine klimaneutrale Gesellschaft" (Max-Planck-Gesellschaft) rechnet sich das nicht mehr. Zehnprozentige Lohnsenkungen statt mehrerer Werksschließungen sind nun im Gespräch. Die EU-Autoindustrie sei auf dem "Altar der Klimaneutralität geopfert" worden, kritisiert Barry Norris, Manager des Hedgefonds Argonaut. "Ohne die Einmischung der Regierung würden die Autobauer in der EU weiter die Nachfrage der Verbraucher befriedigen, indem sie Autos mit Verbrennungsmotor gewinnbringend produzieren."
Die Politik habe dies mit sich ausweitenden Verboten und Reglementierungen unmöglich gemacht und die Autobauer in die E-Mobilität gezwungen. Doch "ein begehrtes Elektroauto für den Massenmarkt rentabel zu produzieren, übernehmen jetzt die Chinesen", so Norris.
Sicher, der Boom der chinesischen E-Autoindustrie hängt auch mit Subventionen zusammen, aber die hat VW auch kassiert: zwischen 2016 und 2023 waren es laut der Wirtschaftswoche 9,1 Milliarden, davon 6,4 Milliarden Euro direkte Förderungen. Auch Steuererleichterungen, Kaufprämien und Technologieförderung gab und gibt es - doch das läßt sich angesichts der grünen Deindustrialisierung nicht mehr finanzieren. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), der über den 20prozentigen Landesanteil bei VW "mitreden" kann, verlangt

dennoch eine neue E-Autoförderung.
Sein bayerischer Amtskollege Markus Söder, der dem Freistaat 2019 sogar "Klimaneutralität bis 2040" verordnet hat, will nun plötzlich einen "Marshallplan", um die 40.000 "Audi-Mitarbeitenden" im oberbayrischen Ingolstadt zu halten. Konkret fordert der CSU-Chef die Aussetzung aller CO2-Strafzahlungen, die Aufhebung des EU-Verbrennerverbots, Technologieoffenheit sowie keine Zölle auf Autos. Auch müsse die 2023 abgeschaffte E-Auto-Prämie wieder eingeführt und verbilligter Ladestrom zur Verfügung gestellt werden.

Deutsche Zulieferindustrie von der Auto-Krise ebenfalls hart betroffen

"Wir können in Deutschland keine Elektroautos bauen, die zwischen 25.000 und 30.000 Euro kosten. Mit den deutschen Lohn- und Energiekosten geht das heute einfach nicht", entgegnet Florian Huettl, Opel-Chef beim amerikanisch-französisch-italienischen Stellantis-Konzern, in der Augsburger Zeitung. Opel produziere günstige Modelle wie den Corsa im Ausland. Ausdruck der schwächelnden E-Auto-Nachfrage ist auch die Verlängerung des Baustopps für die gemeinsam von Stellantis, Mercedes und dem Energiekonzern Total in Kaiserslautern geplante Batteriefabrik, für die der Steuerzahler Hunderte Millionen Euro zuschießen soll.
Der "Job-Motor" Batterieproduktion könne den Wegfall von Autoarbeitsplätzen nicht kompensieren, und es bestehe zudem "aktuell hohe Unsicherheit", ob es Deutschland gelinge, im Bereich der europäischen Batterie-Wertschöpfungskette seine führende Rolle zu behalten, heißt es in einer Prognos-Studie für den Autoindustrieverband VDA. Darin wird von einem Beschäftigungsrückgang bei der Produktion von E-Fahrzeugen um rund ein Drittel gegenüber Autos mit Verbrennungsmotoren ausgegangen. Damit wären Zuliefererbetriebe besonders betroffen. Setze sich der zwischen 2019 und 2023 eingesetzte Trend fort, wären bis 2035 knapp 190.000 Personen weniger in der Autoindustrie beschäftigt.
Der Zulieferer Schaeffler zeigt das schon in der Praxis: Bis 2027 sollen 4.700 Stellen in Europa wegfallen - 2.800 davon in Deutschland. ZF will sogar 14.000 Stellen streichen. "Wettbewerbsfähige Energiepreise, weniger erdrückende Bürokratie, schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren, ein wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem, mehr Freihandelsabkommen" - das verlangt nun VDA-Chefin Hildegard Müller, die als CDU-Präsidiumsmitglied und Staatsministerin im Kanzleramt die "Energiewende" mit abgenickt hat. Doch das allein ist kein "Zukunftskonzept" für die Autobranche, das verlangen fast alle Arbeitgeber.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Von der Selbstvermessung zur Selbstentmündigung**

Digitale Optimierung

Selbstveredelungsversuche des Menschen reichen bis in die antike Diätetik zurück, fußen also auf der von der hippokratischen Medizin begründeten Lehre von einer gesunden Lebensweise. Der jüngste Innovationszyklus nennt sich, je nach Diskurs und Vorliebe, Lifelogging, Personal Data, digitale Selbstvermessung oder Self-Tracking. Mittels miniaturisierter Sensoren in tragbaren Datenaufzeichnungsgeräten wie Fitneßarmbändern oder Smartwatches werden Orts-, Zeit- und Körperdaten zu Schlaf und Kalorienverbrauch, Blutdruck und Glukosewerten, gar zu Emotionen wie Angst und Motivation gesammelt.
Solche "Selbstvermessung" findet nach Einschätzung Stefan Selkes (Professor für Gesellschaftlichen Wandel und Forschungsprofessor für Transformative und Öffentliche Wissenschaft an der Hochschule Furtwangen) heute als "popularisierte Alltagspraxis" statt. Digitaltechnik verwandle Körperzustände in Datenmaterial, um daraus Handlungsanweisungen abzuleiten. Das eigene Leben werde in einer sich gerade ausbildenden "metrischen Gesundheitskultur" zum "Optimierungsprojekt".
Mit der Folge, daß die Verdatung und Quantifizierung des individuellen Lebens Anpassungszwänge verstärkt, da deskriptive Daten normative gesellschaftliche Erwartungen an "richtiges Gesundheitshandeln" erzeugen. Damit könnte sich langfristig ein "defizitorientiertes Organi-

sationsprinzip des Sozialen" durchsetzen. Marktkonforme Selbstoptimierung schlüge dann um in Selbstentmündigung, wie sie sich mit der moralischen Aufladung von Lebensführung in woken Verdachts- und Verbotskulturen ausprägt.
(Aus Politik und Zeitgeschichte, 36/37-2024). (dg) www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Was den Aufbruch 1989 und die Proteste heute miteinander verbindet**
Von der Geschichte eingeholt
Jörg Bernig
Wie war das? Erinnern wir uns, jenseits der über mehr als drei Jahrzehnte nun auf uns gekommenen und medial über uns gebrachten Bilder, noch an die Innenwelt? Erinnern wir uns noch des Gefühls, das sich unser bemächtigte in einem heißen, trockenen Sommer, in dem selbst die großen Städte dann auf eine ganz eigene Weise nicht nur leer wirkten, sondern auch leer waren? Rostock mochte ein wenig Erleichterung erhalten von der Ostsee.
Dresden ein wenig von der Lage am Fluß und, paradoxerweise, von der im Krieg versunkenen Pracht. In Leipzig zum Beispiel aber rieselte der Putz von den verfallenden Gründerzeithäusern herab auf die buckligen Trottoirs jener Straßen, die in ihren besten Zeiten Boulevards waren, wie man sie auf impressionistischen Gemälden finden kann. Unkraut sproß da indes aus den Fugen der Granitplatten, oder aber kleine Birken, die sich in maroden Dachrinnen angesiedelt hatten, bogen sich leise in der aufsteigenden Hitze. Wer konnte, der versteckte sich vor dem Morbiden in Gartenhäusern.
Doch nicht nur vor dem Verfall galt es sich in Sicherheit zu bringen, sondern auch vor der eigenen Machtlosigkeit angesichts der intellektuellen Zumutungen, welche sich gerade in der Sprache der Mächtigen offenbarten.
Und die Sprache der Mächtigen war in nicht geringem Maß darauf aus, Angst zu erzeugen. Abweichung, Kritik und Dissidenz konnten so nicht einfach Abweichung, Kritik und Dissidenz bleiben, sondern mußten verfolgt und unter Strafe gestellt werden. Nicht nur Gefängnisstrafen gab es da, sondern auch und vor allem soziale Ächtung. Der Staatssicherheitsdienst sorgte für die "systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes". Und wie zu allen Zeiten fanden sich Helferlinge, die Gerüchte verbreiteten, Verleumdungen, Lügen.
Es ging darum, Schaden anzurichten und die Existenzen derer zu zerstören, die sich abwandten von der vorgegebenen und als höchste Entwicklung menschlichen Denkens und Handelns gepriesenen Ideologie. Zersetzte Leben. Gefangene Leben. Nach außen abgeschirmt, ein Entkommen nur unter Lebensgefahr auf Wegen, wo doch lediglich Verkehrswege hätten sein sollen. Wenn, nach Golo Mann, eine jede Zeit mit ihrem eigenen Maßstab gemessen sein wolle, so können Systeme, die totalitär sind oder die Totalitäres anwenden, nicht anders, als sich abzuschotten und Dissidenz zu verfolgen.
Wer konnte, der hatte im Sommer solche Städte verlassen. Hinaus ans Meer, in die thüringischen und sächsischen Gebirge, an Seen. "Komm! Ins Offene, Freund!" hatte Hölderlin geraten, und das galt noch in jenen nun langvergangenen 1980er Jahren. Nicht viel später wurden die Fluchtbewegungen in die Datsche, an den FKK-Strand, an die Seen Mecklenburgs und Pommerns, in die Indianistik- und Numismatikvereine mild lächelnd bis höhnisch als Nischengesellschaft bezeichnet.
Das war damals. Schließlich fanden sich am Ende der von Niedergang, Aussichtslosigkeit und Bedrängnis gekennzeichneten 1980er diejenigen, die vor dem Verfall sich verborgen hatten, so gut es eben ging, zusammen, um sich gegen diesen auch ihre Leben vergiftenden Verfall zu wehren. Das wurde später mit dem Terminus von der Friedlichen Revolution behängt. Sie fanden sich zusammen, um ihre Stimme gegen die Lüge zu erheben. Die Lüge namens Staatsbürgerkundeunterricht. Die Lüge namens Zugehörigkeit zu den zehn führenden Industriestaaten der Welt. Die Lüge namens Stimmabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front. Die

Lüge namens Staatssicherheit. Die Lüge namens Sozialismus.
Am 25. September 1989 gab es in Leipzig die erste größere Demonstration. Der Kommandeur der Kampfgruppeneinheit "Hans Geiffert" ließ am 6. Oktober 1989 in der Leipziger Volkszeitung wissen, daß er und seine Genossen willens seien, das mit ihrer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu verteidigen, um so die konterrevolutionären Aktionen endgültig zu unterbinden.
Das große Vorhaben, das wohl alle, die im Herbst 1989 aufbegehrten, verband, war Freiheit. In einem ersten Schritt ging es dabei um die Freiheit von ideologischer Gängelung, von Verleumdung und Denunziation, von Angst, von Unrecht und ja, auch das, von wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.
Die Forderung nach Freiheit von alledem war aber zugleich verbunden mit der zu lebenden Freiheit des eigenmächtigen Denkens, Sprechens und Handelns. Und Wahlen sollten Wahlen sein und nicht die Abgabe der eigenen Stimme, die dann benutzt und vernutzt wurde von einer Einheitsliste von Parteien, die sich der Ideologie der führenden Partei zu beugen hatte.
Für die Gewährleistung all dieser Freiheiten stand für die allermeisten Systemstürzer von 1989 im geteilten Deutschland der westliche Teilstaat. Dort in der Bundesrepublik waren die ersehnten Freiheiten ja grundgesetzlich verbrieft. Dort wäre es nicht möglich, daß im Namen einer Ideologie berufliche Karrieren verhindert, der öffentliche Ruf diskreditiert und Existenzen zerstört würden. Undenkbar auch der Gedanke, daß unter ideologischen Prämissen sehenden Auges die Wirtschaft eines Landes ruiniert würde.
Dort gäbe es keine Helferlinge, die heimlich oder in den Medien Abweichler, Kritiker und Dissidenten für alle sichtbar und zur Warnung markierten. "… schön ist der Ort, wenn in Feiertagen des Frühlings/Aufgegangen das Tal", heißt es bei Hölderlin.
Diejenigen in den östlichen Bundesländern des vereinten Deutschlands, welche damals ihre Haut zu Markte getragen hatten, gerieten in ein Leben, das für viele ein unvorstellbares war. Neben den Freiheiten, neben der einem totalitären System abgerungenen Würde, neben der Selbständigkeit, in die sich etliche auf den Weg machten, stehen zahlreiche Verluste zu Buche. Das Harz der Aussichtslosigkeit hielt die Lebensläufe vieler nun nicht mehr gefangen. Manche wurden von der Sturzflut der Ereignisse mitgerissen und weggespült. Weggespült aus ihren Arbeitsverhältnissen, ihren Wohnungen, ihren Wohnorten, ihren Heimatregionen.
Immobilien, Betriebe, ja, Grund und Boden wechselten, wieder einmal, den Besitzer. Selten war das einer der Nachbarn. Aber das feine Sensorium, das im real existierenden Sozialismus ein jeder gegenüber Bevormundung, Denunziation, Verachtung, Bedrängnis und Gefahr entwickelt hatte, verschwand nicht, es blieb über die Jahre und Jahrzehnte hinweg bis heute erhalten. Und so ist seit längerer Zeit nun immer wieder der Satz zu hören, daß das vereinte Deutschland sich mehr und mehr jenem angleiche, das man mit der DDR untergegangen glaubte.
"Trüb ist's heut, es schlummern die Gäng und die Gassen und fast will/Mir es scheinen, es sei, als in der bleiernen Zeit." Wieder Hölderlin. In den späten Achtzigern, in einer Zeit, die sich im nachhinein als die Spätphase der DDR herausstellte, war das der Grundton. Niedergeschlagenheit und Aussichtslosigkeit. Heute nun sind die Städte und Dörfer in den östlichen Bundesländern längst dem Verfall entrissen. Im Gegenteil wundert sich mancher aus jenen Gefilden, der einmal in den westlichen Bundesländern unterwegs ist, über das ästhetisch fragwürdige Erscheinungsbild mancherorts dort.
Das, was jedoch zum Vergleich reizt, ist vielmehr anderer Natur. Es ist, beispielsweise, die Rückkehr eines oktroyierten Sprechens, das von Funktionären aus Parteien und Medien, aber auch von Universitätsangehörigen oder Vertretern des Kulturbetriebes über die Öffentlichkeit gebracht wird. Indes erinnert sich noch mancher der gönnerhaften Amüsiertheit, mit der man im Westen nach 1989 die verordnete Sprache der Staatssozialisten entdeckte.
Doch der Zugriff auf die Sprache und auf die Art zu sprechen ist totalitärem Agieren, gleich

welcher Couleur, gemein. Und immer wieder berichten nun Bayern, Hessen, Niedersachsen, daß sie im Freundes- oder Kollegenkreis nicht mehr über alles sprechen könnten, Themen wie mediale Indoktrinierung, Migration, innere Sicherheit oder Corona-Maßnahmen mieden, um nicht in Verdacht zu geraten, ein Abweichler und Kritiker, also ein Rechter, zu sein. Es sind nicht selten dieselben Leute, die einst gefragt hatten, wie das denn in der DDR gewesen sei, wie die denn im Alltag sich angefühlt habe. Und es reizt zum Vergleich manchen auch die Rückkehr eines Mitläufertums, das in Medien, Universitäten und im Kulturbetrieb Rekrutierungserfolge verzeichnen konnte.

Mit dem Mitläufertum zurückgekehrt ist auch dessen Zwilling, das Denunziantentum. Die Denunziation wird freilich nicht als solche begriffen oder bezeichnet, sondern vielmehr als berechtigte Abwehr von Kritikern. Scheinheilig heißt es da, Kritiker müßten eben den Widerspruch auch aushalten. Was aber, wenn dieser Widerspruch sich in sozialer Ächtung äußert, die dann, durchaus gewollt, dramatische ökonomische Konsequenzen zur Folge hat? Das Ideologische ist zurückgekehrt und seine Akteure sind seit langem dabei, Wirtschaft, politische Welt, Kunst und Kultur umzubauen. Sie scheuen sich dabei nicht, Werkzeuge aus dem Repertoire des Totalitären einzusetzen.

Anfang des Jahres 2024 strömten in ganz Deutschland Hunderttausende auf die Straßen und Plätze, um Gesicht und Haltung zu zeigen als Reaktion darauf, daß während eines privaten Treffens in einem Potsdamer Hotel über die "Deportation" von Ausländern gesprochen worden sein soll. Die Nachrichtensendungen und Zeitungen hatten im Großeinsatz einen aufgedeckten Geheimplan gegen Deutschland vermeldet, und höchste Repräsentanten aus Staats- und Parteienführungen riefen zu Großkundgebungen gegen diesen Geheimplan auf.

Das reizte manche abermals zum Vergleich. Denn auch in der DDR strömten Hunderttausende auf die Straßen und Plätze, um Gesicht und Haltung zu zeigen. Für den Sozialismus. Oder die brüderliche Verbundenheit mit der Sowjetunion. Oder den Weltfrieden. Auch diese Hunderttausende wurden von höchsten Repräsentanten von Staat und Partei auf die Straßen gerufen.

Ein Vergleich kann nun aber Klarheit schaffen, darum vergleichen wir ja. Im real existierenden Sozialismus kamen solcherlei Veranstaltungen nämlich unter Zwang zustande. Betriebe, Universitäten, Schulen überwachten sehr genau, wer ihrer Angehörigen bei den angeordneten Aufmärschen fehlte. Unannehmlichkeiten waren bei Fehlen die Folge. Die Schicht derjenigen, die freiwillig und mit innerer Überzeugung den in den Medien getreu wiedergegebenen Aufrufen der Staats- und Parteiführung folgte, war nur dünn. Anders im Jahr 2024.

Die hier auf eine Erfindung und auf großangelegte mediale sowie politische Indoktrinierung hin zusammenströmten, wurden nicht von Vorgesetzten genötigt aufzumarschieren. Sie strömten auch dann noch zusammen, als Zweifel an der verbreiteten Version laut wurden.

Die bei dem privaten Treffen in Potsdam Ausspionierten gingen vor Gericht und klagten, und es stellte sich heraus, daß es sich bei dieser medial und politisch inszenierten Meldung nicht um eine "Recherche", sondern um eine Erfindung von sogenannten Medienschaffenden gehandelt hatte. Ausspioniert … In der DDR hätte es ausgekundschaftet geheißen. Denn der Kundschafter war, anders als der Spion, für die gute Sache im Einsatz. Die alte Bundesrepublik hat ein nicht wahrgenommenes oder unterschätztes Erbe hinterlassen, nämlich eine alle Schichten erreichende Ideologisierung. An den freiwilligen Aufmärschen läßt sich das gegenwärtige Ausmaß der ideologischen Durchtränkung der Gesellschaft ablesen. Es ist größer, als es in der späten DDR je war.

Im April 1989 kam Christoph Heins Stück "Die Ritter der Tafelrunde" im Schauspielhaus Dresden auf die Bühne. Hingegen veranstaltete das Berliner Ensemble im Januar 2024 eine szenische Lesung aus dem Geheimplan gegen Deutschland. "… und fast will/Mir es scheinen, es sei, als in der bleiernen Zeit."

Dr. Jörg Bernig, Jahrgang 1964, Schriftsteller, studierte Germanistik in Leipzig. Promotion über Stalingrad in der Nachkriegsliteratur. Zuletzt veröffentlichte er den Roman "Eschenhaus" und die Essaysammlung "Habe Mut". 2022 erhielt er den Andreas-Gryphius-Preis.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Milliarden fürs gute Gewissen**

Habecks Klimaschutzverträge, bei denen die Antragsteller Einfluß auf die Bedingungen nehmen können

Dirk Meyer

Vom 11. bis 22. November wird in Baku die 29. Weltklimakonferenz (COP29) veranstaltet. Hauptthema in der aserbaidschanischen Hauptstadt ist die Klimaschutz-Finanzierung, denn die bisherige Abmachung, daß die reicheren der 193 UN-Mitgliedstaaten jährlich 100 Milliarden Dollar für die ärmeren Länder bereitstellen, läuft 2025 aus. Wie hoch das neue Klimafinanzierungsziel (NCQG) steigt, wird heiß diskutiert werden. Auf der vergangenen COP28 in Dubai wurde die Abkehr von fossilen Brennstoffen, die Verdreifachung der Kapazität der erneuerbaren Energien bis 2030 und die Verdoppelung der Energieeffizienz vereinbart.

Was das heißt, ist interpretierbar. Beim Zubau von Photovoltaik (PV) ist Deutschland voll dabei: 2023 erhöhte sich die installierte Leistung um 14,6 auf 82 Gigawatt (GW), in diesem Jahr kamen bislang 12,3 GW hinzu - das reicht theoretisch für die Spitzenlast von 85 GW an einem Dezemberabend. Doch PV liefert seine Spitzenleistung nur in der wolkenfreien sommerlichen Mittagssonne. Deswegen sind mindestens 80 GW konventionelle und Stromimportkapazitäten bei Dunkelflauten, wenn auch die Windkraft nicht liefert, unverzichtbar.

In der Industrie ist die Abkehr von fossilen Energien noch schwieriger. Deswegen hat Robert Habeck, Chef des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) kürzlich seine Klimaschutzverträge vorgestellt. Mit dabei ausgewählte Lenker geförderter Mittelständler und der Großindustrie, die ein braves Loblied sangen. Denn der Standort Deutschland brennt. Aktuelles Beispiel BASF: Die Produktion im Stammwerk in Ludwigshafen wurde zurückgefahren und 4.200 Stellen abgebaut. Zudem sollen Pläne bestehen, etwa ein Siebtel der Anlagen zu schließen, um deren Produktion bis 2028 nach China zu verlagern.

Verifizierten Emissions- und Energieeffizienzbericht vorlegen

Der deutsche Klimaschutzweg kostet und bedroht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Insbesondere auch, weil die Ampel das Dekarbonisierungsziel gegenüber den EU-Vorgaben noch verschärft hat (JF 43/24). In China oder Indien bestehen solche Auflagen nicht, so daß dort die Produktion kostengünstiger erfolgen kann - zu Lasten der Umwelt, des Klimas und deutscher Arbeitsplätze. Das CO2-Grenzausgleichssystem (CBAM) der EU für Aluminium, Düngemittel, Eisen und Stahl, Elektrizität, Wasserstoff und Zement soll diesen Nachteil ausgleichen und "Umweltdumping" verhindern. Doch diese CO2-Zölle sind kaum praktikabel und werden Gegenreaktionen auslösen.

Die Klimaschutzverträge sollen dem grünen Minister zufolge "Leuchtturm-Projekte" fördern und Firmen unterstützen, in klimafreundliche Produktionsanlagen zu investieren und diese langfristig zu betreiben. Die Mehrkosten werden über Subventionen ausgeglichen und Preisrisiken von Wasserstoff oder CO2-Zertifikaten bis 2039 abgesichert. Anstatt politisch für generelle Planungssicherheit zu sorgen, wird das gewünschte unternehmerische Handeln durch Steuergelder individuell belohnt und andere Wettbewerber diskriminiert.

Von den nur 17 Anträgen der ersten Ausschreibungsrunde erhielten 15 Projekte den Zuschlag und damit die Zusage von maximal 2,8 Milliarden Euro. Die tatsächliche Fördergeldsumme kann jedoch niedriger ausfallen, wenn sich die Preise für "grünen" Wasserstoff oder Strom günstiger entwickeln als in den Förderanträgen unterstellt. Für den Fall, daß die CO2-sparende Produktion sogar kostengünstiger wird, würde sich die Zahllast gar umkehren. Die geförderten Firmen müßten die Differenz an den Staat zahlen - quasi eine Innovationssteuer. Die Gelder

fließen nach Abrechnung am Jahresende, wenn die Betreiber eine entsprechende Emissionsminderung nachgewiesen haben. Dazu müssen sie einen verifizierten Emissions- und Energieeffizienzbericht vorlegen - lukrative Arbeit für externe Sachverständige.
Die geförderten Unternehmen kommen aus den energieintensiven Sektoren Glas und Keramik, Papier und Zellstoff sowie der Chemie. Neben der BASF gibt es bekannte Namen wie Knauf (Dämmstoffe), Südzucker, Tesa und Wienerberger (Ziegel), aber auch Mittelständler wie die Papierfabriken Drewsen (Celle) und Adolf Jass (Fulda) oder zwei deutsche Glaswerke des französischen Saint-Gobain-Konzerns.
Positiv ist das Bieterverfahren: Prinzipiell wird das Förderbudget an diejenigen Firmen vergeben, die pro eingesparter Tonne CO2 die geringste Subvention beanspruchen wollen. Hellhörig macht allerdings, daß 15 von 17 Anträgen durchgewunken wurden. Zum anderen standen ursprünglich vier Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Summe wurde reduziert, wohl um noch eine gewisse Auswahl bei der geringen Zahl von Anträgen vornehmen zu können.
Damit wurde das eigentlich effiziente Verfahren ad absurdum geführt, denn es gab praktisch keinen Bieterwettbewerb, da 90 Prozent der Projekte angenommen wurden. Eher kann ein Kartell der Antragsteller vermutet werden, denn sieben der 15 bewilligten Förderbescheide wurden von der Kölner Rechtsanwaltsgesellschaft Luther betreut, was ein abgestimmtes Verhalten nahelegt: Kein anderes Förderinstrument biete eine volle Förderung der Investitionen in neue Anlagen und die höheren Betriebskosten, lobte Anwalt Gernot-Rüdiger Engel das Verfahren. Damit können alle zufrieden sein - nur nicht die finanzierenden Steuerzahler.
Das vorbereitende Verfahren für die zweite Runde der Klimaschutzverträge hat schon begonnen. Dabei prüft das BMWK aktuell, ob die Förderbedingungen angepaßt werden sollen. Daher wolle es alle Firmen "ermutigen, mit ihren großen Dekarbonisierungsvorhaben am vorbereitenden Verfahren teilzunehmen. Nur wenn wir Ihre Vorhaben kennen, können wir das Förderprogramm paßgenau ausgestalten."
So wird überlegt, ob auch die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO2 (Carbon Capture Use and Storage/CCS), was früher von den Grünen verteufelt wurde, gefördert werden soll. Das klingt nach einem "Wunschkonzert". Schließlich haben die Antragsteller nach dem Start der zweiten Gebotsrunde im Dezember mehrere Monate Zeit, um ihre Gebote einzureichen.

Über 15 Jahre lediglich bis zu 17 Millionen Tonnen CO2 einsparen?

Darüber hinaus wird die mit dem Programm finanzierte CO2-Einsparung auch sehr teuer erkauft. Nimmt man die Maximalförderung von 2,8 Milliarden Euro als Basis, dann sollen über 15 Jahre bis zu 17 Millionen Tonnen CO2 eingespart werden. Pro eingesparter Tonne CO2 ergibt das eine Subvention von 165 Euro. Demgegenüber beträgt der Preis für ein entsprechendes Nutzungszertifikat im EU-Emissionshandel (EU-ETS) aktuell nur 64 Euro. Andersherum: Deutschland finanziert für alle Zertifikatkäufer diesen günstigen EU-ETS-Preis mit, indem die Klimaverträge entsprechende CO2-Zertifikatnachfrage auf Staats- sprich Steuerzahlerkosten vermeiden helfen.
Warum dann nicht den ETS-Handel auf alle Produktionen ausdehnen? Die Einheitlichkeit des Preises würde gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle EU-Produzenten schaffen, eine Interventionsspirale des staatlichen Nachsteuerns vermeiden und verläßliche Rahmenbedingungen schaffen. Zudem kommen Klimaschutzverträge einer direkten Projektförderung gleich. Damit entsteht letztendlich eine staatliche Investitionslenkung. Klimaschutzverträge sind so gesehen eher DDR-Planwirtschaft 2.0 in modern-grüner Verpackung.
Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Grüne ohne Naturliebe**

Volker Kempf

Aus den Grünen wurde inzwischen eine reine Großstadtpartei, Zimmerpflanzen sind ihr lebensweltlich näher als der Acker. Der Kampf um den Torf im Blumentopf wurde dann auch schon zum Kampf des schwäbelnden Ampelministers Cem Özdemir. Die Bauern verärgerte der mit 40 Prozent im Wahlkreis Stuttgart I direkt gewählte Sozialpädagoge indes mit seiner Agrarpolitik. In schwierigen Zeiten müssen Landwirte einen wachsenden Kostendruck stemmen, da hilft ihnen die ideologische Politik der Bundesregierung nicht weiter.

Steigt die Wut der Bauern, spricht Özdemir gerne davon, es sei friedlich zu diskutieren. Selbst teilt er aber gerne aus wie ein Phrasendrescher, wenn es um die unliebsame Konkurrenz von rechts geht. Das polarisiert und bringt damit, so die Kalkulation, den Grünen die Stimmen zurück. So recht geht die Rechnung nur nicht auf.

Um Politik für die Umwelt und die Menschen zu machen, braucht man diese Großstadtpartei nicht mehr.

Die Großstadtgrünen lauschen den GEZ-Medien, die überwiegend von ihresgleichen gemacht werden, und wittern in jedem gemeldeten Wetterphänomen überall in der Welt den Klimawandel als Ursache. Die aus Südbaden stammende Politologin und Wirtschaftsstaatsekretärin Franziska Brantner, die nach dem Vorsitz der Partei greift, heult da auch nur mit den Wölfen. Originelle Köpfe wie ihr Ex-Lebensgefährte Boris Palmer spielen keine Rolle mehr.

Die Grünen bleiben, auch nach dem Abgang von Ricarda Lang und Omid Nouripour, personell eine naturentfremdete Großstadtpartei, wenig fachkompetent, berechenbar und langweilig. Die Grünen haben ihren Zenit überschritten. Es geht bei ihnen eher um das eigene Überleben als noch um Kanzlerschaft und den Ministerpräsidenten, den sie stellen. Der 76jährige Amtsinhaber Winfried Kretschmann gehört schon zu den aussterbenden Arten im Biotop der Grünen. Um Politik für Natur und Umwelt zu machen und die Menschen dabei mitzunehmen, braucht man die Grünen nicht mehr.<<

Polen: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Polnische Geschichtsfälschung auf dem Gelände Treblinkas**

In Stein gemeißelte Lügen

Auf eine in der Gazeta Wyborcza von der Holocaust-Forscherin Elzbieta Janicka veröffentlichte Kritik an der "systematischen Geschichtsfälschung" des Museums Treblinka reagierte Edward Kopówka, dessen Direktor, mit der Einschaltung von Strafverfolgungsbehörden. Ganz so, wie die Historikerin Katrin Stoll (Uni Jena) bemerkt, als handle es sich bei Janickas Text um eine Bombe (Konkret, 11/2024).

Aus Sicht Kopówkas dürfte diese Einschätzung sogar zutreffen, denn Janickas Attacke auf sein Museum könnte eine Säule polnischer Geschichtspolitik zum Einsturz bringen. Weist Janicka doch nach, wie auf dem Gelände des Vernichtungslagers Treblinka II, wo 1942/43 mindestens 900.000 Juden ermordet wurden, des Arbeitslagers Treblinka I und der Bahnstation museumspädagogisch alles getan worden sei, um den polnischen Anteil an diesen Verbrechen zu negieren.

Dabei schrecke man nicht einmal vor der "in Stein gemeißelten Lüge" zurück, die im Juli 1941 durch einen polnischen Pogrom getöteten Juden in Jedwabne wären von Deutschen in Treblinka ermordet worden. Auch die zur gleichen Zeit in Radziłów von polnischen Nachbarn getöteten 800 Juden würden unterschlagen. Die Regierung Donald Tusks tut bisher nichts, um diese in Polen fast "traditionellen" Fälschungen zu beenden. (ob)<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31007" berichtet am 1. November 2024 (x1.418/…): >>**Das große Schauspiel vom "Mauerfall"**

Interview mit dem Zeitzeugen *Michael Wolski*

KlaTV-Interviewer: Herzlich willkommen, Herr Wolski.

Michael Wolski: Danke für die Einladung von KlaTV.

KlaTV-Interviewer: Ja, gerne. Wir führen dieses Interview zu einem sehr denkwürdigen Tag, dem Jahrestag des 9. November. Und zwar haben wir jetzt genau 35 Jahre Mauerfall 1989 hinter uns. Sie sind genau zu dem Thema Autor mehrerer sehr interessanter Bücher, die man auch auf Ihrer Website finden kann. Und bevor wir jetzt beginnen, stellen wir Sie erst mal unseren Zuschauern vor.

Michael Wolski wurde 1952 in Sachsen geboren und wuchs in Ostberlin auf. Er ist Vater von drei Kindern. 1970 absolvierte er nach dem Abitur ein Studium der Volkswirtschaft mit Spezialisierung Außenhandel. Seit 1974 arbeitete Herr Wolski dann im DDR-Außenhandel. 1986 bis 1990 war er Verbindungsperson des DDR-Außenhandels im Büro eines US-Konzerns im Internationalen Handelszentrum in Ostberlin. Im Dezember 1989 übernahm er den Auftrag des Konzerns zur Gründung einer Vertriebsfirma in Ostberlin.

Dieser Auftrag wurde im Januar 1990 wieder gestoppt. Anfang 1991 wurde Herr Wolski nach Moskau versetzt. Dort war er Gründer und Leiter der Repräsentanz des Konzerns in der UdSSR und Zeuge vom Zerfall der Sowjetunion und der Transformation Rußlands. 1998 kehrte er nach Berlin zurück und arbeitete als Berater russischer Firmen. 2006 bis 2012 war er Gründer und Leiter des deutsch-bosnischen Wirtschaftsvereins in Sarajevo. Seit 2014 ist Michael Wolski im Ruhestand. Er ist Autor von fünf Büchern über den Mauerfall.

KlaTV-Interviewer: In unseren Erinnerungen und in den Berichten der Medien erscheint der Mauerfall 1989 immer als friedliche Revolution, als das Ergebnis der unzufriedenen Bevölkerung in der DDR. Viele denken da eben an Friede und Demonstration. Und in Ihrem Buch "1989 Mauerfall in Berlin, einen Rückblick nach 35 Jahren", beschreiben Sie als Zeitzeuge jedoch den Mauerfall als ein Ereignis, was sorgfältig geplant und umgesetzt wurde. Wie kommen Sie darauf?

Michael Wolski: Ja, wie schon geschildert in meinem Lebenslauf vorhin, war ich 1986 bis 1990 in der Repräsentanz eines US-Konzerns in Ost-Berlin tätig und habe dort das Busineß des Konzerns in der DDR mit aufgebaut. Und als die Mauer fiel 1989 im November, kam dann im Dezember der Schweizer Chef der Firma des Konzerns, die das Büro bewirtschaftete, und sagte, Mike, du bekommst einen Sonderauftrag. Wir werden in der DDR, so wie in Polen, in Tschechien und in Ungarn, eine Tochterfirma für den Vertrieb etablieren.

Und dein Job ist es, sozusagen diese Gründung einzuleiten und entsprechend Notar und Anwalt und welches Objekt und wie viele Leute, also diese Vorbereitungsarbeiten zu machen. Und nun war das aber ein paar Tage vor Weihnachten. Das habe ich angefangen und wollte dann Anfang Januar mit den entsprechenden Verantwortlichen für den jeweiligen Arbeitsabschnitt dann die Gespräche führen. Und dann kam am 9. Januar 1990 ein Anruf und gesagt, alles einstellen. Wir gründen keine Tochterfirma.

Unser Busineß wird in die bundesdeutsche Tochterfirma überführt. Da gab es eine Riesenfirma in der Bundesrepublik, in Neuss. Und das verwunderte mich. Und ich stellte die Frage, ja, warum wird es eingestellt? Und da sagte mir der Chef, ja, wir haben Weisung aus den USA bekommen, es wird keine DDR mehr geben. Das war am 9. Januar 1990.

Und wenn man jetzt in die Geschichte zurückgeht, war erst am 13. Februar 1990 eine Zusammenkunft der vier Alliierten und der zwei deutschen Außenminister, wo beschlossen wurde, Gespräche über eine deutsche Einheit aufzunehmen. Das heißt also, in der Konzernspitze wußte man schon vorher das Ergebnis. Und interessanterweise war noch, bevor dieser 13. Februar kam, noch ein zweiter Anruf, wo mir gesagt wurde, und das alles muß bis zum 30. Juni

1990 erledigt sein, also die Integration des DDR-Busineß in die bundesdeutsche Tochter. Ja, und im Mai haben wir dann erfahren, daß am 1. Juli die Währungsunion war. Und wer jetzt noch von Zufall spricht, der ist doch ziemlich blauäugig, denke ich.
KlaTV-Interviewer: Aber da stellt sich doch die Frage, wer wollte denn eigentlich dann den Mauerfall?
Michael Wolski: Na ja, ich habe mich ja dann auch, als ich dann in Moskau war, mit vielen Leuten unterhalten, die doch ziemlich kompetent waren. Zum Beispiel ehemalige KGB-Angehörige, die abgewickelt wurden, nachdem diese Wende war. Also die Sowjetunion aufgelöst, das Außenhandelsmonopol zerfallen, und die einzelnen Kombinate konnten jetzt Ex- und Importoperationen durchführen. Und da war es so, daß in diesen Außenhandelsabteilungen der Kombinate, zu denen ich ja nun fahren mußte und nicht mehr zum Außenhandelsbetrieb in Moskau, Leute saßen, die fließend Deutsch sprachen.
Und als ich dann, na ja, mein Russisch und mein Englisch war eben nicht so professionell, haben die mich dann gefragt, woher kommen Sie denn? Und mit Michael Wolski auf der Visitenkarte, das war nicht eindeutig zuordenbar wie Fritz Müller oder so. Und da habe ich das gesagt, aus der DDR, da hellte sich das Gesicht auf: Ich war auch fünf Jahre in der DDR. Fließendes Deutsch, und da wußte ich, daß er nicht bei der Armee war, denn die waren immer nur maximal drei Jahre in der DDR, die Offiziere. Und die von der anderen Truppe, die waren etwas länger da. Und da gab es dann schon interessante Gespräche, wobei die mir einiges erzählten über die DDR, was ich nicht wußte von den Führungsstrukturen und den Machtverhältnissen. Gut, ich habe dann sehr viel gelesen, Bücher von sowjetischen Politikern, Diplomaten, Geheimdienstleuten und so weiter.
Und langsam verdichtete sich das Bild, daß das also eigentlich ein Ereignis war, was hinter einer Nebelwand verborgen war, und die Nebelwand hieß "Friedliche Revolution". Und Anfang 2015 gab es dann interessanterweise drei Veröffentlichungen, die doch Licht ins Dunkel brachten. Das erste war, daß am 2. November 2014 im Spiegel ein Artikel erschien, "Gorbatschow und Schewardnadse wollten früheren Mauerfall". Da sind die beiden zu Erich gegangen, die waren in Berlin, da war hier eine Konferenz …
KlaTV-Interviewer: Wann war das?
Michael Wolski: Das war 87. 1987 am 28. oder 29. Mai waren sie bei Erich Honecker und haben ihm gesagt, daß also die Mauer in das Bild vom Hause Europa, was ja Gorbatschow gepflegt hat, und die Abrüstung nicht mehr paßt, und er soll die Mauer beseitigen. Und da ist Erich sozusagen auf den Tisch gestiegen und hat Nein gesagt. Was ja sehr frech war, denn Erich wußte auch, daß keine Panzer mehr kommen werden, so wie 68 in Prag, wenn man also nicht das machte, was Moskau wollte. Und die beiden sind dann abgezogen.
Interessanterweise war dann 14 Tage später Reagan in West-Berlin und hat auf der Westseite vom Brandenburger Tor gesprochen. Und da gab es dann, hier sieht man das im Bild sehr schön, dann gab es ja diesen berühmten Ausspruch "Mr. Gorbatschow, tear down this wall!". Also er hat nicht gesagt Honecker, sondern Gorbatschow. Also er wußte, wer da das Sagen hatte. Und weil das eben nicht passierte, gab es dann eine verdeckte sowjetische Aktion 1989, und die ist beschrieben in einem Buch, das heißt "Operation Lutsch" und erschien auch Ende 2014 oder Anfang 2015, geschrieben von einem verdeckt arbeitenden Offizier des DDR-Militärgeheimdienstes, der das schilderte, wie die Mauer fiel und welche Vorbereitungen vor allen dingen waren.
Und ein dritter Punkt war dann diese Ereignisse in Ungarn, mit dem Abbau der Grenzanlagen 1989, wo dann auch dieses Meeting war, dieses Picknick, wo knapp 700 DDR-Bürger die Chance nutzten und über Österreich dann in die Bundesrepublik reisten.
KlaTV-Interviewer: Spannend. Haben Sie noch mehr solche Ereignisse, wo man das Gefühl hat, es ist wie ein Drehbuch, was hier abgelaufen ist?

Michael Wolski: Es gab natürlich schon noch einige Ereignisse. Wenn man jetzt den 9. November sieht, wie dieser Tag strukturiert war, wie er abgelaufen ist, das ist alles mit Bildern, die wir alle kennen, aber mit einer anderen Interpretation. Das habe ich ja auch im Buch gebracht, daß also zum Beispiel, was wir vielleicht nachher sehen werden, wenn der Schabowski da seinen Text verliest, daß bei diesem Text etwas fehlte, was aber Egon Krenz hat reinschreiben lassen, daß da eine Sperrfrist war.
KlaTV-Interviewer: Wollen wir das mal kurz anhören?
Schabowski: "… haben wir uns dazu entschlossen, heute eine Regelung zu treffen, die es jedem Bürger der DDR möglich macht, über Grenzübergangspunkte der DDR auszureisen. Für die Presseabteilung des Ministeriums hat der Ministerrat beschlossen, daß bis zum Inkrafttreten einer entsprechenden gesetzlichen Regelung durch die Volkskammer diese Übergangsregelung in Kraft gesetzt wird."
Michael Wolski: Und dieser Text, den er da vorlas, der hat den Sperrvermerk. Und das sollte erst am nächsten Morgen um 5 Uhr früh bekannt gegeben werden im Rundfunk. Und dieser Sperrvermerk ist entfernt worden, so daß er, gibt es in einer langen Version, dann dasitzt und sucht und guckt und sagt, er hatte irgendwie die Ahnung, daß es so etwas geben muß und hat ihn nicht gefunden. Weshalb damit ausgelöst wurde der Run auf die Grenzübergangstellen. Und das war eben auch eine Aktion, die vom sowjetischen Militärgeheimdienst organisiert worden war.
KlaTV-Interviewer: Jetzt eben die Frage, die sich so mancher DDR-Bürger damals gestellt hat. Warum wurde nicht geschossen?
Michael Wolski: Ja, das ist der nächste Punkt. Es gab also Anfang des Jahres 89 einen tödlichen Schußwechsel an der Grenze. Da wurde in Berlin der junge Chris Geffroy erschossen, was natürlich für Schewardnadse und für Gorbatschow ein absolutes Desaster für ihre Politik war. Und da die Westgrenze der DDR aber unter der Hoheit des Warschauer Paktes war, wurde dann im April durch die Grenztruppen der DDR verkündet, aber beschlossen durch den Warschauer Pakt, daß kein Schußwaffengebrauch an der Westgrenze mehr erfolgt.
Das war am 12. April. Das heißt, ab diesem Zeitpunkt sind die Grenzsoldaten zwar sichtbar mit einer Maschinenpistole auf Wache gegangen, aber ohne Munition. Und nur die Offiziere hatten für ihre persönliche Dienstwaffe Munition. Das heißt, ab diesem Zeitpunkt war schon klar, daß dieses Grenzregime beendet wird. Das war natürlich nicht bekannt, das war ja top secret. Denn dann hätte es ja schon einen Run auf die Grenze gegeben.
KlaTV-Interviewer: Ja, aber es gab jetzt nicht nur DDR-Soldaten. Man hat sich ja auch gefragt, wo sind die ganzen russischen Soldaten, die ja überall in der DDR waren.
Michael Wolski: Ja, und das war zu diesem Ereignis, 9. November, auch langfristig geplant. Also der 7. November ist ja gewesen in der Sowjetunion der höchste politische Feiertag, die Große Sozialistische Oktoberrevolution. Damals war es Oktober, weil die einen anderen Kalender hatten. Und dann sind diese Feierlichkeiten immer zwei Tage gewesen, also der 7. und 8. November waren Feiertage in der Sowjetunion, Doppelfeiertag. Und zu diesem Zeitpunkt sind die sowjetischen Soldaten kaserniert worden. In der DDR hatten sie ja sowieso nur Gruppenausgang, die durften ja nicht einzeln raus, und dann hat man diese Soldaten bis zum 13. November in die Kasernen gesperrt.
Und das hatte auch noch eine andere Bewandtnis. Es hat ja jährlich 300 bis 400 sowjetische Soldaten gegeben, die desertierten. Viele wollten in den Osten, die wollten nach Hause, und einige wollten in den Westen. Und da am 3. oder 4. August 1989 ein DDR-Grenzer von einem flüchtenden, also desertierenden, Sowjetsoldaten an der Westgrenze erschossen wurde, hatte man also allen Grund, die einzusperren. Denn wenn es also diese Grenzöffnung gäbe, hätten sich auch sowjetische Soldaten mit Waffen daruntermischen können und hätten dann auch ein Blutbad anrichten können.

Natürlich gab es dann noch ein paar andere Punkte. Der höchste sowjetische Repräsentant, politische Repräsentant in der DDR, war der Botschafter. Und der hätte auch den Einsatz der Sowjetsoldaten zum Schutz der Staatsgrenze auslösen können. So wie 1953 der damalige hohe Kommissar in der DDR, Semjonow, auch den Schußwaffeneinsatz der Sowjetsoldaten am 17. Juni befohlen hat. Das wurde nicht in Moskau, sondern in Berlin gemacht.
Und damit hier jegliches Risiko ausgeschlossen wird, weil man wußte, daß also der Oberkommandierende der Sowjetsoldaten hier in der DDR, sagen wir mal, schwer einzuschätzen war, hat man dem sowjetischen Botschafter entweder ein Schlafmittel gegeben oder er hat es genommen, jedenfalls war er an dem Abend nicht ansprechbar. Und damit war auch der Einzige, der den Einsatz hätte geben können, eben nicht vor Ort.
KlaTV-Interviewer: Ja, und die Führungsriege, also Honecker und Co.?
Michael Wolski: Na ja, die hatten ja dann nachts, als es dann bekannt war… Es gab ja noch was, es gab noch diese ZK-Sitzung. Die ZK-Sitzung sollte, also parallel, wo er hier gesprochen hatte, der Schabowski, sollte die eigentlich zu Ende gehen, gegen 18 Uhr. Aber dort haben Leute, die also offensichtlich vom sowjetischen Militärgeheimdienst oder DDR-Militärgeheimdienst instruiert waren, die Sitzung verlängert.
Sie haben also gesagt, daß man da auch nicht auseinandergehen kann, man hat so viele Probleme. Und da hat man die Sitzung bis 20:40 Uhr laufen lassen. Das war genau die Zeit, wo Schabowski gesagt hat, das gilt ab sofort, und die Leute schon zum Grenzübergang, speziell Bornholmer Straße geströmt sind.
Und das wurde ja dann auch im Fernsehen bekannt gegeben, erst im Ostfernsehen, dann im Westfernsehen. Und da haben die im Zentralkomitee sozusagen wie auf der Isolierstation gesessen. Es gab ja keine Handys zu der Zeit, konnte also keiner spielen und aufschreien und sagen, oh, was ist jetzt passiert? Nee, nee. Und sie haben dann erst so gegen 22 Uhr davon Kenntnis genommen. Das DDR-Verteidigungsministerium war ja in Strausberg und nicht in Berlin. Und da sind die erst mal rausgefahren, also nach 20:40 Uhr waren sie etwa so 22 Uhr in Strausberg und da begann sich das rumzusprechen. Und da haben aber die Sowjets die Hand drauf gehabt, so daß also die Ideen, vielleicht erste Mot.-Schützendivisionen einzusetzen, verworfen wurden.
KlaTV-Interviewer: Spannend.
Michael Wolski: Und falls jetzt noch die Fragen kommen, aber das gab doch die friedlichen Revolutionäre, natürlich gab es die, denn die wurden ja vorbereitet.
Also das war aus dem sowjetischen Militärgeheimdienst, nicht von Stasi und KGB, aber eben auch von westlichen Diensten, so daß also die Leute auf die Straße gingen, die Leute protestierten, Kerzen in die Fenster stellten und, und, und, so daß also das schon existierte. Denn man brauchte es ja nachher, um die Geschichte von den friedlichen Revolutionären zu erzählen. Und da konnten ja nicht nur drei Leute da sein und sagen, also hier, das waren die drei friedlichen Revolutionäre, das hätte ja nicht so gut geklappt. Also es mußte schon eine Massenbewegung, auch territorial, also nicht nur Leipzig und Berlin, auch andere Städte gab es diese Demonstrationen, sein.
KlaTV-Interviewer: Spannend. Also um das mal bis hierhin zusammenzufassen, weil wir erleben das ja heute auch, daß montags Zehntausende auf die Straße gehen, so wie damals auch, um zu demonstrieren.
Jetzt sagen Sie, die sowjetische Führung hat den Mauerfall im Prinzip geplant und diese Demonstrationen wie instrumentalisiert.
Jetzt zum Schluß haben Sie noch angedeutet, daß auch die westlichen Geheimdienste eine aktive Rolle gespielt haben. Also verstehe ich das jetzt richtig, Ost und West, die eigentlich offiziell verfeindet waren, arbeiten hier gemeinsam an einer Agenda?
Michael Wolski: Ich denke ja. Man kann das ja, dieser rote Faden zieht sich ja seit 1917, 18

durch die Geschichte. Da gibt es also mittlerweile unzählige Bücher auch, die das belegen, daß es diese Kooperation gab. Vieles war im wirtschaftlichen Bereich, manches war aber auch im politischen Bereich und sicherlich hat es also auch regelmäßige Abstimmungen zwischen den Diensten der Länder gegeben.
KlaTV-Interviewer: Spannend. Das heißt, es gab so was wie Brücken zwischen Ost- und Westblock?
Michael Wolski: Ich würde sagen, ja. Na, ich habe ja an so einer Brücke gearbeitet. Das war im Handel. Die DDR war sehr interessiert, daß diese US-Konzerne kamen. Diese US-Konzerne, als sie antraten 1985, die mußten ja schon was gewußt haben, weil, sie kamen gleichzeitig und wollten DDR-Bürger als Mitarbeiter haben. Sie hätten damals eigene Leute mitbringen können, sie hätten Leute in West-Berlin suchen können und sie hätten vom Internationalen Handelszentrum vermittelte Außenhändler nehmen können.
Und sie wollten die Letzteren. Und die waren aber nun nicht da, da mußte ja erst mal eine Suchaktion begonnen werden, denn diese Leute brauchten ja einen Westreisepaß. Also sie mußten sozusagen durch die ganzen DDR-Mühlen gelaufen sein, um Reisekader zu sein. Und da wurde ich angesprochen und es interessierte mich der Job, und dann habe ich ja gesagt. Und dann habe ich Anfang 86, also im April, angefangen in diesem Job.
Aber es gab ja noch mehrere Brücken, wenn wir uns zurückerinnern. Also Angela Merkel kommt aus einer Pfarrersfamilie. Und der Pfarrer, der Herr Kassner, hatte in Templin eine Weiterbildungsstätte für Theologen. Und dort waren regelmäßig auch Theologen aus Westeuropa zu Gast. Und vermutlich hat man da schon ein Auge auf Angela geworfen.
KlaTV-Interviewer: Wer weiß. Aber das klingt ja doch irgendwie nach einer Agenda, die hier läuft. Also einem Plan, der nicht erst seit gestern erdacht wurde, oder? Also seit wann läuft denn das?
Michael Wolski: Ich denke ja. Also da müssen wir jetzt nicht zu Karl Marx im Detail zurückgehen. Aber "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" funktioniert ja nur, wenn die Kapitalisten aller Länder vereinigt sind, denn die Proletarier sind ja abhängig von den Kapitalisten.
Aber es gab 1917 die Oktoberrevolution, und es hat mittlerweile ja einige Bücher besonders aus den USA gegeben, wo die Verbindung Wall Street und bolschewistische Revolution, hier zum Beispiel von Anthony Sutton, sehr detailliert geschildert wurde und wo auch beschrieben wurde, wie Trotzki und Lenin mit finanziellen Mitteln, der eine von den Gründern der Federal Reserve und der andere von der deutschen Abwehr ausgestattet, nach Petrograd gefahren sind, um dort diese Revolution anzuzetteln.
Die einen, weil sie das Land reif zum Kippen gesehen haben, also die US-Banker, um das Land sozusagen unter ihre Fittiche zu bekommen, und der Lenin, weil er gebraucht wurde, um den Waffenstillstand, späteren Friedensvertrag, zu haben und Deutschland von der zweiten Front zu befreien.
Das heißt also, der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ist ja dann auch geschlossen worden und Deutschland ist aus dieser Entente der Alliierten da ausgestiegen - äh, Rußland ist ausgestiegen. Damals war es ja noch Russisches Reich, die Sowjetunion ist ja erst im Dezember 22 gegründet worden, das war aber so eine Übergangsphase.
Und zu dieser Zeit haben also die Amerikaner einen Mann etabliert, der schon Lenin kannte, die ersten Verträge mit Lenin machte, das war Armand Hammer. Und der war bis zu seinem Tod 1990, also kurz vor seinem Tod, der Verbindungsmann des US-Kapitals zum Politbüro. Und alle diese großen Importprojekte der Sowjetunion an Anlagen, Wasserkraftwerken, aber eben auch dann das "Land and Lease-Abkommen" während des Zweiten Weltkrieges sind sozusagen unter seiner Ägide dann abgeschlossen worden. Ach so, und übrigens, Armand Hammer ist Milliardär gewesen, also über die Jahre. Sein Vater war Gründer der Kommunistischen Partei, der Mitgründer der Kommunistischen Partei der USA. Und er ist natürlich

auch Träger des Lenin-Ordens gewesen.
KlaTV-Interviewer: Eine deutliche Verbindung zwischen beiden Blöcken, muß man sagen. Aber jetzt nochmal, weil ich glaube, es ist entscheidend für das, was heute passiert, ein Blick zurück.
Sie haben gesagt, die FED, das heißt die Federal Reserve, die wichtigsten Finanzoligarchen der westlichen Welt haben die Oktoberrevolution initiiert.
Michael Wolski: Ja.
KlaTV-Interviewer: Dann müssen sie da doch ganz klare finanzielle Interessen gehabt haben?
Michael Wolski: Na ja, sicher. Das Interesse war, Rußland zu beherrschen. Aber das konnte man ja nicht direkt machen. Also man hatte das versucht, es gab ja diesen Bürgerkrieg, wo es auch amerikanische und englische und japanische Kriegsbeteiligte gab. Aber das Land ist einfach zu groß gewesen. Und das hat man eben da versucht, ein Regime zu etablieren, was von einem abhängig war, was aber nicht in der Welt bekannt war.
Niemand hätte gedacht, daß also diese russischen Kommunisten letztlich aus dem Westen finanziert worden waren in der Anschubphase und später dann kontrolliert wurden. Das ist ja auch der Grund, weshalb viele Leute das nicht fassen können, daß die Sowjetunion ihr System selbst abgewickelt hat.
Also dieser Mauerfall in Berlin war ja praktisch das Lösen der Klammer um die sozialistischen Länder Europas, der Rückzug dann der Sowjetarmee, und der lief ja bis 1994, und dann die Zerstörung der Sowjetunion selber. Und Gorbatschow, als er antrat, hat das mit Perestroika und Glasnost schön umschrieben. Perestroika heißt Umbau und Glasnost ist Durchsichtigkeit, Transparenz. Und das wollte er eben umschichten. Und was wir dann erlebt haben, ist, daß daraus dann die Oligarchenkaste kam und dieses Politbüro und die Partei mit allen Strukturen mit einem Mal verschwand. Und der Klassenkampf, den wir hatten, der mutierte dann zum Klimakampf.
KlaTV-Interviewer: Okay, damit sind wir bei der heutigen Zeit angekommen, glaube ich. Das wäre nämlich jetzt meine nächste Frage gewesen.
Sie haben beschrieben, es gab schon immer eigentlich in der Geschichte von Rußland, oder der Sowjetunion, den Einfluß der großen Finanzoligarchen. Tja, und heute?
Michael Wolski: Na ja, ich denke mal, die sind immer noch am Ball, aber sie sind so nicht sichtbar. Und das, womit wir eingenebelt werden, bis 1990 hieß es im Ostblock Partei der Arbeiterklasse, Klassenkampf, Proletarier aller Länder vereinigt euch, alles solche Worthülsen, die sind nun ersetzt worden durch andere Worthülsen. Und da ist eben die Frage, wie das gekommen ist. Warum hat es diese Wendung gegeben?
Und da müssen wir wieder zum Mauerbau zurückkommen, also auch wieder zur Berliner Mauer, weil, in den 60er Jahren hat es dann diesen Wechsel gegeben, aber hinter den Kulissen von diesem bisherigen sozialistischen System zur Erarbeitung einer neuen Strategie und Theorie und so. Ich will es mal so erklären: Der Mauerbau wurde von den Sowjets befohlen 1960, also die Vorbereitung durchzuführen, sodaß also die DDR dann mit ihrer Planwirtschaft das alles beschaffen konnte, diese Baumaterialien und die Manpower dazu. Und dann hat man die Mauer gebaut.
Der Anlaß war, daß die Westalliierten nicht auf den sowjetischen Vorschlag der Veränderung der politischen Landschaft in West-Berlin eingehen wollten, das Berlin-Ultimatum. Und dann wurde die Mauer gebaut und dann stellte man fest, daß das praktisch die DDR an die Grenze der Unregierbarkeit, also des wirtschaftlichen Zerfalls, führte. Das war nicht vorgesehen, das ahnte man nicht, aber es erbrachte den Beweis, daß in der DDR, dem einzigen Industrieland des Ostblocks, die sozialistische Planwirtschaft nicht funktionierte.
Sie haben sicherlich schon von dem Bereich Kommerzielle Koordinierung mit dem Chef, damaligen Chef Alexander Schalck-Golodkowski gehört. Diese Story beginnt 1962, als Schalck-

Golodkowski erster Sekretär der SED-Kreisleitung Außenhandel wurde und nun bedrängt wurde von den etwa 30 Außenhandelsbetrieben, die es gab - andere durften das ja nicht machen in der DDR - die Planvorgaben für den Export zu senken, denn die DDR war ja ein Industrieland und sie kaufte Rohstoffe, Halbfabrikate, um die zu verarbeiten und weltweit weiter zu verkaufen, weltweit in erster Linie natürlich Bundesrepublik.
Aber dadurch, daß diese Planwirtschaft so starr war, konnten also kleinere, wie sagt man, Reparaturen, Ersatzteile, Zubehörteile nicht gekauft werden und dann standen die Maschinen. Und dann kamen die Betriebe, die Außenhandelsbetriebe, und haben gesagt, ja, wir können ja nicht exportieren, weil die Firma XY kann nicht liefern, weil keine Ersatzteile. Und da hatte sich Schalck 1962, 1963 schon mit seinem MFS-Führungsoffizier Gedanken gemacht, wie man da etwas ändern kann, was aber in Moskau abgebügelt wurde.
1964, die Situation verschlimmerte sich weiter, wurde dann Chruschtschow gestürzt und 1965 wurde das Okay aus Moskau gegeben, daß diese Struktur parallel zur Planwirtschaft als privatwirtschaftlicher Außenhandel in der DDR geführt werden konnte.
Dann gab es die Gründungsurkunde 1966 und dann wurde dieser Bereich Kommerzielle Koordinierung auf dem Verordnungswege gegründet. Das wurde also nicht im Gesetzblatt veröffentlicht, das wäre ja kontraproduktiv gewesen. Der Westen hätte sich tagelang auf die Schenkel geschlagen, daß in der DDR der Nachweis erbracht wurde, daß der Kommunismus nicht funktioniert.
Aber das hat dann dazu geführt, und der Westen hat ab 1968 darüber Informationen bekommen durch einen übergelaufenen tschechischen Stasi-General, daß 1966 auf der Herbsttagung des Warschauer Pakts bekannt gegeben wurde, daß diese gesamte sozialistische Doktrin geändert wird und daß man den "Westen in den Sozialismus hineinwachsen lassen" will. Und interessanterweise hat letztes Jahr der ehemalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz genau das bestätigt.
KlaTV-Interviewer: Wollen wir das mal anhören?
Maaßen: "… ich Jurist, mein Chef wäre Diktator oder Möchtegern-Diktator und würde sagen, Herr Maaßen, überlegen Sie sich mal, wie kann man aus einer freiheitlichen Demokratie einen totalitären Staat machen, der nach meinem Gusto dann funktioniert.
Dann würde ich mal auch überlegen, welche Mechanismen kann man da einsetzen, um das ganze System auszuhebeln. Und ein System ist, um es in einen Kollektivismus zu überführen, wo alle Menschen gemainstreamt sind und alle Menschen in die gleiche Richtung denken, ihnen Angst zu machen und ein übergeordnetes Ziel vor Augen zu stellen.
Und ich muß sagen, auf die Idee, das Klima zu nehmen, um mit dem Klima das Grundgesetz auszuhebeln, das war schon ein schlauer Mensch gewesen, der sich das ausgedacht hat. Ich weiß, in den 60er Jahren gab es schon beim KGB Leute, die sich Gedanken darüber gemacht haben, wie man den Westen in den Sozialismus hineinwachsen lassen kann. Damals hat man das Thema Umweltschutz schon im KGB diskutiert, mit dem Thema Umwelt, mit dem Thema auch Antirassismus usw. kann man die Menschen dazu bewegen, zu sagen, also wir lassen mal Demokratie und Rechtsstaat gerade sein, legen es zur Seite, das Entscheidende ist Antirassismus, das Entscheidende ist Umwelt. Das waren schon Gedanken, die der KGB in den 60er Jahren hatte.
Aber ich muß sagen, das Thema Klima aufzusetzen, muß ich sagen, Chapeau. Das ist wirklich eine tolle Leistung, dieses Klima-Thema zu nehmen, um den demokratischen Rechtsstaat auszuhebeln."
Michael Wolski: Ja, und damit sind wir ja dann schon bei den Zielen, die 1966 in der Sowjetunion anvisiert wurden. Das erste Ziel war, den Westen hineinwachsen zu lassen.
Und das zweite Ziel war, mit dem Klima Geld zu verdienen. Das ist dann auch passiert. Also der erste Schritt war, daß man 1967 den Club of Rome, sozusagen den Gründer des Clubs of

Rome, beraten hat, wie die Gründung zu erfolgen hat, mit welchen Schwerpunkten. Der ist damals in die Sowjetunion geflogen und hat längere Gespräche geführt. Und danach, als der Club of Rome gegründet worden war, sind immer zwei KGB-Generäle Mitglieder, ordentliche Mitglieder, des Clubs of Rome gewesen, bis 1992. Was danach war, kann ich nicht sagen, aber das ist dokumentiert.
Und ein weiterer Punkt ist, daß man für die Abwicklung der Sowjetunion mit den Amerikanern ein gemeinsames Institut bei Wien gegründet hat, wo dann ab 1982 das politische Personal für die Zeit nach der Perestroika ausgebildet wurde. Das heißt also, da sind solche Namen wie Tschubais, Wechselberg, Arwen und so weiter, die sind dort ausgebildet worden und sind dann mit Ende dieser Perestroika beteiligt gewesen, das Volkseigentum, das Staatseigentum, zu privatisieren. Und das sind dann die Milliardäre oder Oligarchen, von denen wir sprechen, geworden.
In den USA hat es 200 Jahre gedauert, bis diese Oligarchen entstanden. Und das ist hier drei bis fünf Jahre gewesen, wo also diese Oligarchen sich entwickelt haben. Und alle haben fassungslos gestaunt, wie schnell diese Leute reich wurden.
KlaTV-Interviewer: Reich wodurch?
Michael Wolski: Durch die Privatisierung, weil sie an der Quelle saßen und die entsprechenden Betriebe privatisieren konnten, die volkseigenen Betriebe. Das ist ein ziemlich komplizierter Prozeß gewesen. Das ist auch im Buch genau beschrieben, wie dieser Ablauf war.
Und die Oligarchen aus dem Westen, die Finanzoligarchen, waren da auch beteiligt. Und die hatten sich die Filetstücke in der Rohstoffindustrie herausgesucht. Und Chodorkowski ist also so ein Beispiel, Abramowitsch ist so ein Beispiel, die also Kredite aus dem Westen bekommen, Kreditzusagen bekommen hatten, schon seit 1988, und die dann, als die Privatisierung lief, sozusagen als Treuhänder diese Betriebe erwarben. Das war natürlich nicht sichtbar. Treuhänder, ja, da hat man das jemandem gegeben. Aber der stand vorn und alle haben gedacht, daß er der Eigentümer ist.
Und Roman Abramowitsch hat 100 Millionen - das ist auch belegt im Buch, da gibt es in den USA diese Finken, so eine Kontrolleinheit, die Finanzkriminalität untersucht, und da gibt es einen längeren Beitrag - er hat also 100 Millionen Dollar bekommen als Kredit und hat dann das Geld in eine Ölfirma investiert, die er dann zehn Jahre oder zwölf Jahre später für 13,5 Milliarden Dollar verkauft hat. Tja, und von den drei Prozent lebt er nun, ja.
KlaTV-Interviewer: Das ist ein bißchen kraß. Also, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, eine Wahnsinnsumverteilung des Volksvermögens?
Michael Wolski: Ja, nach der ersten Revolution, wo ja alle die Kirchen und die Adligen und die Großgrundbesitzer, die Kaufleute und die Unternehmer, also die Kapitalisten, alle enteignet wurden. Viele wurden dabei ermordet, viele flohen nach Europa.
Und da ist das die zweite Umverteilungsaktion gewesen, wo also innerhalb kürzester Zeit diesmal Personen reich wurden. Damals, Anfang der 20er Jahre in diesen Wirren, wurde das ja alles praktisch in den Staat umgeschaufelt und nicht an Personen vergeben, also neu vergeben.
So, und jetzt ist das, was der Herr Maaßen gesagt hat mit dem Klima, das ist die dritte Umverteilung. Denn nun ist aus dem Klassenkampf der Klimakampf geworden. Und wenn das früher jemand war, der sozusagen ein Kapitalist war, ist heute der Feind der Klimaleugner, der Klimasünder, der Klima-weiß ich was-Schädigende. Und damit ist diese ganze Ideologie jetzt auf ein Niveau gekommen, wo man CO2-Abgaben - das ganze Thema Bio gehört auch dazu, also daß alles teurer ist, was Bio ist - aber eben auch die Einschränkung der Mobilität. Wir sehen das jetzt, daß also der Konzern VW reduziert wird, also zusammenschrumpft.
Und das heißt letztlich, das ist dann, weil man ja aus Klimagründen keinen Privatverkehr mehr haben will, siehe 15-Minuten-Städte, du kannst alles mit dem Fahrrad da machen. Und

wenn du dann raus willst aus der 15-Minuten-Stadt, brauchst du eine Genehmigung in China jetzt. Sonst kommt man da nicht durch den Schlagbaum. Und damit sind die Kräfte, die das jetzt organisiert haben, wieder am Geld machen. Aus heißer Luft wird Geld gemacht. Und ich beziehe mich jetzt auf den Herrn Maaßen.
KlaTV-Interviewer: Spannend. Das heißt, man könnte jetzt zusammenfassend eigentlich unseren netten WEF-Initiator zitieren?
Michael Wolski: Ja.
KlaTV-Interviewer: Klaus Schwab.
Michael Wolski: Ja, der ist ja auch interessant. Die sind 1972 gegründet worden, dieser WEF, World Economic Forum, durch ihn, und der ist heute noch da, so ein Fossil. "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein", das ist das Ziel. Und damit sind wir dann wieder in der sozialistischen Gesellschaft.
Jetzt wird also über diese CO2-Steuern, neues Heizungssystem – 40 % der Leute in Deutschland haben ein Eigenheim, und ich weiß nicht, wie viele sich dann ein neues Heizungssystem leisten können - und dann stehen wahrscheinlich die berühmten Black Rocks und ähnliche Firmen da und sagen, okay, dann kaufen wir das aus der Konkursmasse, aus einer Zwangsversteigerung.
KlaTV-Interviewer: Ja, sehr, sehr erhellend, würde ich jetzt mal sagen, wie weit wir jetzt schon in diesem aktuellen dritten Prozeß sind.
Michael Wolski: Ja.
KlaTV-Interviewer: Man müßte jetzt halt wirklich mal fragen, wie sehr der Sozialismus 1989 wirklich gestorben ist. Aber um das jetzt mal zusammenzufassen, es mag schon sehr schwer vorstellbar sein, daß es hier verborgene Kräfte gibt, die offensichtlich gegen das Wohl der Völker arbeiten. Und so weit schon, so teuflisch schlau, könnte man fast sagen, so allumfassend eigentlich.
Michael Wolski: Ja, daß wahrscheinlich mit künstlicher Intelligenz das alles gesteuert ist.
KlaTV-Interviewer: Ja, da würde ich jetzt am Ende dieses sehr interessanten Interviews doch fragen, was kann man da jetzt noch machen?
Michael Wolski: Tja, man kann sich stabilisieren, indem man sich umfassend informiert, also nicht nur aus Tagesschau, MoMa und Netflix seine geistigen Quellen hat, sondern indem man also mit alternativen Medien unterwegs ist oder aber so eine Anregung wie hier nimmt.
Ich habe ja hier fast 100 Links drin in diesem Buch ins Internet, wo man dann doch über ein breites Thema also Links findet, wo man auch neue Ideen sammeln kann, und dann weitergucken. Aber das bedeutet, daß man aktiv wird und sich nicht mit einer Tüte Chips abends vor den Fernseher setzt.
KlaTV-Interviewer: Ja, ich glaube, das Aktivwerden, das nehmen wir mit. Vielen Dank für das Interview.
Michael Wolski: Ich danke auch.
KlaTV-Interviewer: Und dann sehen wir uns wieder.
Michael Wolski: Ja, danke.<<

Niederlande: Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 8. November 2024 (x1.421/…): >>**Amsterdam: "Wir sind zum Gaza Europas geworden" - Wilders fordert nach "Judenjagd" massenweise Abschiebungen**
Geert Wilders, Chef der stärksten Partei in den Niederlanden, fordert nach der "Judenjagd" in Amsterdam den Rücktritt des Bürgermeisters und die Abschiebung der Täter, die er als "multikulturellen Abschaum" bezeichnete. "Wir sind zum Gaza Europas geworden", hielt er entsetzt fest.
Marie Rahenbrock
Nach den progromartigen Verfolgungsszenen in Amsterdam, als von pro-palästinensischen

Muslimen Jagd auf Juden gemacht wurde, fand Geert Wilders, der Vorsitzende der Partei für die Freiheit (PVV), deutliche Worte. Die PVV führt als stärkste Partei die niederländische Regierungskoalition an, allerdings bekleidet Geert Wilders keinen Regierungsposten. Wilders verfaßte mehrere Tweets auf X.
Am Donnerstagabend gab es in Amsterdam ein Spiel zwischen den Fußballvereinen Ajax Amsterdam und Maccabi Tel Aviv. Anschließend kam es zu pogromartigen Verfolgungsszenen gegen israelische Fußballfans und Juden. Juden wurden anscheinend bedroht, zusammengeschlagen und von Autos angefahren.
In einem weiteren Tweet schrieb er: "Es reicht nicht aus, die Jagd auf die Juden in Amsterdam zu verurteilen. Die Täter müssen aus dem Land verschwinden. Ich warne seit über 20 Jahren vor dem wachsenden Judenhaß in den Niederlanden aufgrund der anhaltenden Masseneinwanderung und Islamisierung unseres Landes."
Wie die niederländische Zeitung De Telegraaf berichtet, sind 57 Personen im Zusammenhang mit den antisemitischen Gewaltausschreitungen festgenommen worden. Laut Focus gelten drei Israelis als vermißt.<<
USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Das "Biest" kehrt zurück**
US-Wahlen: Zum Entsetzen deutscher Welterklärer wählen die USA Donald Trump erneut zum Präsidenten
Ulrich Clauß
All die Geisterbeschwörungen und Warnungen vor dem Untergang der Demokratie haben nicht verfangen. Donald Trump hat den Kampf ums Weiße Haus für sich entschieden. Seiner Konkurrentin Kamala Harris gelang es nicht, ihr Zwischenhoch in den Meinungsumfragen mit nachhaltig überzeugenden Politikentwürfen zu untermauern. Trump hingegen konnte sich mit seiner Agenda durchsetzen. Vor allem das Thema Migration, das wirtschaftspolitische Mantra "America first" und sein Kulturkampf gegen die exzessive Identitätspolitik der Linken und Liberalen dürften den Ausschlag für seinen Erfolg gegeben haben.
Bereits im Vorfeld hatte sich abgezeichnet, daß die Demokratin Harris gerade bei diesen Themen weniger überzeugend agierte. Bei der Migrationskrise hing ihr die Mitverantwortung als Vize-Präsidentin der Biden-Administration nach. Ihr wirtschaftspolitisches Programm blieb vage, und die identitätspolitischen Karten der farbigen Kandidatin stachen nicht genügend bei den vermeintlichen Schutzbefohlenen der urbanen Woke-Communities - bei den Frauen, den Schwarzen und den Einwanderern aus dem Süden des amerikanischen Doppelkontinents.
Auftreten und die Sprache des Ex-Präsidenten Trump mögen auf viele Menschen hierzulande befremdlich gewirkt haben, um das Wenigste zu sagen. Und gleich zwei Präsidentschaftskandidaten für die Führungsnation der freien Welt, die sich gegenseitig als "kriminell" und "geistig behindert" beschimpfen und zudem mit offensichtlichen Falschbehauptungen operieren, werfen in der Tat Fragen nach der Elitenrekrutierung ihres Landes auf.
Doch zum einen sind Wahlkämpfe keine Schönheitswettbewerbe, und Machtfragen werden eher selten durch Stilnoten entschieden. Zum anderen ist der Hintergrund des wüsten Spektakels, als das der US-Wahlkampf in den hiesigen Medien zumeist dargestellt wurde, eine tiefe Spaltung der amerikanischen Bevölkerung. Gespalten in zwei Hälften einer zum Teil regelrecht miteinander verfeindeten Wählerschaft - Verhältnisse, die mit "Polarisierung" noch sehr zurückhaltend beschrieben sind.
Ursache und Folge zugleich dieser Konfrontation ist ein Verfall der politischen Kommunikation, den Amerika-Kenner Karl-Theodor zu Guttenberg kürzlich als "Entwertung des politischen Skandals durch seine Inflationierung" beschrieb. Für Freunde klarer Sprache übersetzte zu Guttenberg diese Dialektik der Verwahrlosung so: "Wenn man jeden Tag nicht eine, son-

dern 16 Säue durchs Dorf treibt, nehmen die Leute den Gestank irgendwann nicht mehr wahr."
Und diese "Sautreiberei" wird von Vertretern beider gesellschaftlichen Lager betrieben. Insofern sind Harris und Trump gleichermaßen Spaltprodukte einer zerrissenen Gesellschaft. Die einen wollen die als "strukturell rassistisch" verunglimpfte Polizei abschaffen und erklären alle Weißen qua Hautfarbe zu Rassisten. Für die anderen ist jeder politisch Andersdenkende ein Vaterlandsverräter und gehört weggesperrt. Und wer sich über bibelgläubige Zensur in amerikanischen Schulbibliotheken empört, sollte über identitätspolitische Irrlehren an vielen US-Universitäten nicht schweigen.
Die Berichterstattung in Deutschland über diese Verhältnisse blieb leider weitgehend frei von solchen Widersprüchen, geschweige denn von angemessener Erklärungstiefe. Die Medien gaben sich vor allem der schlichten Erzählung von "der Schönen und dem Biest" hin. Hier der alte weiße Mann mit seinen rüden Entgleisungen, dort die smarte, farbige Ex-Staatsanwältin mit ihrer Wohlfühlkampagne für alle Mühseligen und Beladenen. Wer wie der Republikaner Trump unkontrollierte Masseneinwanderung radikal kritisiert, ist für den deutschen Mainstream ohnehin nur ein Fall fürs Parteienverbot.
Es grenzte an Marienverehrung, wie Kamala Harris von vielen deutschen Medien, vor allem von den öffentlich-rechtlichen gefeiert wurde. Zeitweise hatte man den Eindruck, die Präsidentschaftskandidatin der US-Demokraten werde als eine Art schwarze Madonna von Tschenstochau über die Bildschirme prozessiert. Der Anteil der Linken und Liberalen an der gesellschaftlichen Spaltung in den USA, für die Harris mit ihrer gesamten politischen Vita steht, blieb weitgehend unbeleuchtet.
Nun sitzt also das "Biest" wohl bald wieder im Weißen Haus, und man blickt entsprechend desillusioniert über den großen Teich. Das ist als Grundhaltung zumindest ein guter Anfang. Nur sollte es nicht beim ernüchterten Blick in die Ferne bleiben. Mit dem sich abzeichnenden Regimewechsel in den USA kommen Probleme auf Deutschland und Europa zu, die schon lange absehbar waren, was aber bisher weitgehend ignoriert wurde.
Trump wird tun, was er angekündigt hat. Das fängt bei der Handelspolitik an und hört bei der Lastenverteilung im westlichen Bündnis noch nicht auf. Und da man jeden Euro nur einmal ausgeben kann, wird in der Folge hierzulande eine substantielle Umschichtung von Haushaltsmitteln auf der Tagesordnung stehen.
Es gehört nicht viel politische Phantasie dazu, sich vorzustellen, welche Wellen der dann unvermeidliche Umbau des längst nicht mehr finanzierbaren deutschen Sozialstaatsmodells schlagen wird. Ohne eine neue Ernsthaftigkeit in der Definition und Kommunikation nationaler und europäischer Interessen wird es nicht gehen. Und das betrifft die politische Mitte ebenso wie die deutsche Rechte. Auch für letztere wird es darauf ankommen, in sicherheitspolitischen Debatten künftig nur noch Erwachsene im Raum zu haben. Antiwestliche Phantasien vom Appeasement gegenüber dem Kremlherrn wie Deals nach dem Motto "Erdgas gegen Land im Osten" sollte völkischen und nationalbolschewistischen Feuilletons vorbehalten bleiben.
Wenn die US-amerikanischen Verhältnisse eines lehren, dann das: Probleme, die von großen Teilen der Bevölkerung beklagt werden, entwickeln fatale Zentrifugalkräfte, wenn die politische Mitte keine Lösung für sie findet. Die Eindämmung der Migration, die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit, Kostenwahrheit in der Haushaltsführung als Voraussetzung für die Anpassung der Ressourcenbewirtschaftung an nationale Interessen - all das gehört ins Pflichtenheft der nächsten Bundesregierung. Politisches Voodoo und Geisterbeschwörungen à la "Demokratieförderung" und "Kampf gegen Rechts" oder unter welchen Haushaltstiteln auch immer die permanente Skandalisierung der politischen Opposition in diesem Land verbucht wird, gehören jedenfalls zusammen mit der Ampel-Koalition abgewählt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 46/24" berichtet am 8. November 2024 (x1.425/…): >>**Aus Raketenmännern werden Amerikaner**

Im November 1954 bürgern die USA 23 deutsche Wissenschaftler ein

Thomas Schäfer

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begann ein Wettlauf zwischen der Sowjetunion und den USA um die Abschöpfung des Wissens der Raketenexperten des Dritten Reiches. Dabei hatten die Vereinigten Staaten eindeutig die Nase vorn: Im Rahmen der "Operation Paperclip" verpflichteten sie nicht bloß Wernher von Braun, den ehemaligen Technischen Direktor der Heeresversuchsanstalt Peenemünde, wo am 3. Oktober 1942 erstmals eine Rakete vom Typ A4 ins Weltall aufgestiegen war, sondern auch mehr als 130 frühere Mitarbeiter von Brauns. Diese sollten zunächst nur für sechs Monate engagiert werden, jedoch zeichnete sich beizeiten ab, daß es sehr viel sinnvoller sein würde, sie deutlich länger zu beschäftigen.

Dennoch dauerte es bis zum 13. September 1949, ehe der US-Präsident Harry S. Truman eine Direktive unterzeichnete, welche den Nachzug der Familien der Betroffenen und die Einbürgerung der Wissenschaftler regelte. Das lag am massiven Widerstand gegen die Indienstnahme der "Nazi-Forscher" - ein entsprechendes Protestschreiben wurde unter anderem von Albert Einstein unterzeichnet. Deshalb fanden die Einbürgerungen auch erst deutlich später statt, wobei die meisten zwischen dem 8. und 11. November 1954 erfolgten.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Deutschen schon als ausgesprochen kooperativ und nützlich erwiesen, indem sie auf dem texanischen Militärstützpunkt Fort Bliss an der Weiterentwicklung der Raketentechnik des Dritten Reiches für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten arbeiteten und in diesem Zusammenhang insgesamt 66 von den US-Amerikanern erbeutete A4 vom Testgelände White Sands Proving Ground starteten. Anschließend war von Brauns Team dann in das neue Redstone Arsenal in Huntsville (Alabama) verlegt worden, wo es mit der Entwicklung der ersten ballistischen Rakete der USA mit Atomsprengkopf namens Redstone begann.

Die diesbezüglichen Arbeiten erfolgten ab Februar 1956 im Rahmen der nunmehrigen Army Ballistic Missile Agency (ABMA), als deren technischer Leiter von Braun fungierte. Nachdem die Sowjetunion am 4. Oktober 1957 den ersten künstlichen Erdsatelliten in eine Umlaufbahn gebracht und damit den Sputnikschock ausgelöst hatte, beschloß Washington eine deutliche Aufstockung der Ausgaben für die Raketenentwicklung und Raumfahrt.

Das führte zum einen zum Start des US-Satelliten Explorer 1 am 1. Februar 1958 mit einer modifizierten Redstone und zum anderen zur Gründung der National Aeronautics and Space Administration (Nasa) am 29. Juli 1958, deren Aufgabe darin bestand, das zivile Raumfahrtprogramm der USA voranzutreiben. Aufgrund der unverzichtbaren Expertise des Teams um von Braun wurde dieses im Oktober 1959 in die Nasa integriert. Kurz darauf, am 1. Juli 1960, erfolgte die Umwandlung des Redstone Arsenals in Huntsville in das Marshall Space Flight Center (MSFC) der Nasa. Dessen Leitung übernahm wiederum von Braun.

Das erste große Projekt des MSFC war die Bereitstellung einer nochmals optimierten Redstone-Rakete, welche die bemannte Mercury-Kapsel ins All hieven sollte. Diese startete am 5. Mai 1961 mit Alan Shepard an Bord. Zwanzig Tage später verkündete Präsident John F. Kennedy seinen Plan, bis 1970 Menschen auf den Mond zu bringen, womit er den Grundstein für das Apollo-Programm legte. Bei dessen Durchführung kam dem MSFC die Aufgabe zu, die dreistufige Trägerrakete Saturn V zu entwickeln, deren Erstflug am 9. November 1967 erfolgte und die im Juli 1969 schließlich auch die erste bemannte Mondlandung ermöglichte.

Dabei spielten von Braun und die anderen deutschen Raketeningenieure aus der Heeresversuchsanstalt Peenemünde ebenfalls eine zentrale Rolle, wie schon die Besetzung der sonstigen Führungsposten im MSFC zeigt. Als Stellvertreter von Brauns fungierte dessen langjähriger Assistent Eberhard Rees, der später noch in die Entwicklung der Raumstation Skylab und des

Weltraumteleskops Hubble sowie der Triebwerke des Space Shuttle involviert war.
Dazu kamen Männer wie Wilhelm Angele (Division Chief in Charge of Practical Application of Space Hardware), Ernst Geissler (Director of the Aeroballistic Division), Dieter Grau (Director of the Quality and Reliability Laboratory), Walter Häussermann (Director of the Guidance and Control Division), Karl Heimburg (Director of the Test Division), Helmut Hölzer (Director of Computing), Heinz Hermann Koelle (Director of the Future Projects Office), Werner Kuers (Director of the Manufacturing Engineering Laboratory), Willi Mrazek (Director of Structures and Mechanics Division), Arthur Rudolph (Assistant Director of Systems Engineering), Ernst Stuhlinger (Associate Director for Science) und Bernhard Tessmann (Deputy Director of the Test Division).

Unverzichtbare Bereicherung für das US-Raumfahrtprogramm

Außerhalb des MSFC machte zudem auch noch Kurt Debus eine steile Karriere bei der Nasa. Der frühere Betriebsleiter des Prüfstandes VII in Peenemünde avancierte im Juli 1962 zum ersten Direktor des Launch Operations Center beziehungsweise dann John F. Kennedy Space Center in Florida - eine Position, die er bis November 1974 innehatte. Unter seiner Leitung starteten sämtliche Apollo-Raumschiffe zum Mond und später noch die Besatzungen, welche auf dem Skylab forschten.
Ansonsten stellten die 1954 eingebürgerten NS-Raketenexperten, von denen der letzte erst 2006 in den Ruhestand ging, gleichermaßen eine Bereicherung für das US-amerikanische Raumfahrt- und Raketenprogramm dar, wenn sie nicht für die Nasa oder dessen MSFC arbeiteten. So wurde der frühere Testpilot Willy Fiedler, der unter anderem eine bemannte Version des Marschflugkörpers V1 erprobt hatte, Chefwissenschaftler in der Raketen- und Raumfahrtabteilung von Lockheed, welche die U-Boot-gestützten Raketen Polaris, Poseidon und Trident entwickelte.
Der Physiker Heinz Haber wiederum gehörte zu den Mitbegründern der Raumfahrtmedizin und nahm großen Anteil an der Entwicklung der ersten Raumanzüge. Und der Elektroingenieur Hans Ziegler kam 1954 auf die bahnbrechende Idee, bei der Stromversorgung im All auf Solarzellen zurückzugreifen.<<

09.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. November 2024 (x1.420/…):
>>**Merz, der Neuwahl-Heuchler!**

Das in Berlin aufgeführte Neuwahl-Theater der Union ist eine Schmierenkomödie. Haupt-Schmierenkomödiant außer Olaf Scholz (SPD) ist Friedrich Merz (CDU).
VON *EINAR KOCH**
Eigentlich könnte alles ratzfatz gehen: Die CDU/CSU beantragt gleich im Anschluß an die Regierungserklärung von Olaf Scholz (SPD) am kommenden Mittwoch im Deutschen Bundestag die Abstimmung über einen Antrag gemäß Artikel 67 des Grundgesetzes, dem Kanzler das Mißtrauen des Parlaments auszusprechen.
Man nennt es auch das "konstruktive Mißtrauensvotum", weil der Bundestag dem Kanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen kann, daß im selben Atemzug ein neuer Regierungschef gewählt wird. Nach Lage der politischen Dinge also Friedrich Merz (CDU).
Die Krux an der Sache ist: Die Union hat keine eigene Mehrheit, um Scholz abzuwählen und Merz zu wählen. Dafür würde sie außer der FDP mindestens die AfD brauchen!
Für Friedrich Merz in seinem psychopathischen "Brandmauer-Komplex" wäre eine Wahl zum Kanzler mit Stimmen der AfD sozusagen der leibhaftige Gottseibeiuns.
Das Merz'sche Neuwahl-Geschwafel ist deshalb nichts anderes als eine Nebelkerze, die darüber hinwegtäuschen soll, daß nicht nur Scholz sondern auch Merz sofortige Neuwahlen scheuen.
Kein Mensch und schon gar kein Grundgesetz würde den Unionsfraktionschef nämlich daran

hindern, unmittelbar nach seiner Wahl zum Kanzler (mit den Stimmen der AfD) auf dem Fuße die Vertrauensfrage nach Artikel 68 der Verfassung zu stellen, um sich einer tatsächlichen Regierungsmehrheit zu vergewissern oder - falls nein - noch in dieser Woche so den Weg zu Neuwahlen freizumachen!
Die innere Wahrheit der in Berlin aufgeführten Neuwahl-Komödie ist: SPD und "Grüne" wollen diese so lange wie möglich hinauszögern, in der Hoffnung auf bessere Umfrage-Ergebnisse im neuen Jahr. Der notorische Polit-Hasenfuß Merz gaukelt den Bürgern etwas vor, das er sofort in die Tat umsetzen könnte, wenn er nur wollte.
Wenn das Wörtchen "Wenn" nicht wäre. Wenn Friedrich Merz nicht die Schere im eigenen Kopf hätte.
Denn der linksgrün-woke Herr CDU-Chef will sich nur mit Stimmen aus der "demokratischen Mitte" zum Kanzler wählen lassen. Im Klartext mit den Stimmen von Ökosozialisten, Gender-Ideologen, Enteignungs- und Umverteilungssozialisten. Was interessiert ihn da sein CDU-Grundsatzprogramm.
Insofern läßt sich erahnen, was bei Neuwahlen, wann auch immer, herauskommt: ein AfD-Verhinderungskartell, gegebenenfalls zusammen mit dem BSW. So schaut's derzeit aus, Deutschland!
Womit wir letztlich bei der "normativen Kraft des Faktischen" wären. Dieses ungeschriebene physikalische Gesetz beschreibt den Umstand, daß eine tatsächliche Entwicklung, vorliegend Volkes Wille, einen Zustand schafft, den die Rechtsordnung schließlich anerkennt. Es deshalb nur eine Frage der Zeit, bis die "Brandmauer" zur AfD fällt.
Meine Befürchtung ist allerdings: Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt führen vom Ampel-Regen in die schwarz-grün-rote Traufe.
Wie sagte CSU-Legende Franz Josef Strauß einmal in den 70er Jahren: Es muß alles noch tiefer sinken …
Hoffentlich ist es dann nicht zu spät für Deutschland!
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 9. November 2024 (x1.420/…):
>>**Wie sich der feine Herr Wissing noch schnell seine "Rente" sicherte**
Auch wenn sie erst einmal weich fallen nach dem vorzeitigen Ampel-Aus, so verlieren die FDP-Minister doch ihren Anspruch auf die "Minister-Rente". Die verbliebenen Kabinettskollegen hingegen, also auch der feine und jetzt parteilose Herr Wissing (Doppelminister für Verkehr und Justiz), profitieren bei Neuwahlen von einer Sonderregel.
Drei der vier bisherigen FDP-Minister - Christian Lindner (Finanzen), Marco Buschmann (Justiz) und Bettina Stark-Watzinger (Bildung) - sind raus aus der Regierung. Durch seinen Rausschmiß bzw. Rücktritt verliert das Trio auch seine Ansprüche auf eine Minister-Pension.
Zunächst aber haben die frisch aus dem Amt geschiedenen Minister Anspruch auf ein sogenanntes Übergangsgeld. Dieser Anspruch entsteht bereits ab dem ersten Tag im Amt. Für jeden Monat als Bundesminister gibt es nach Ende der Regierungszeit einen Monat lang Übergangsgeld.
Das Übergangsgeld entspricht dem Gehalt, das Bundesminister zuvor monatlich im Amt erhalten haben. Das sind derzeit etwa 18.000 Euro monatlich. In den ersten drei Monaten nach dem Ausscheiden stehen ihnen laut Gesetz die vollen Bezüge zu. Danach erhalten sie für den restlichen Anspruchszeitraum die Hälfte.
Minister, die länger als zwei Jahre im Amt waren, haben Anspruch auf die Maximalsumme (rund 243.000 Euro).
Das Übergangsgeld wird allerdings ab dem zweiten Monat mit anderen Einkünften verrech-

net. Lindner, Buschmann und Stark-Watzinger dürften deshalb nur im ersten Monat nach dem Ampel-Ausscheiden das volle Übergangsgeld überwiesen bekommen. Grund dafür sind die Abgeordneten-Diäten, die alle drei als Mitglieder des Bundestages erhalten.

Keine "Rente" für die FDP-Minister!

Eine Pension erhalten diese drei Ex-Minister für ihre Amtsausübung nun doch nicht. Diese wird grundsätzlich erst für mindestens vier Jahre beziehungsweise eine volle Legislaturperiode im Amt ausgezahlt. Diese Amtszeit hat die Chaos-Ampel nicht erreicht.

Normalerweise hätten auch die ausgeschiedenen drei FDP-Minister Anspruch auf ein sogenanntes Ruhegehalt von 4.990 Euro im Monat gehabt. Renteneintrittsalter ist 67, wie bei Arbeitnehmern auch. Wenn sie bis zu Neuwahlen im Amt geblieben wären.

ABER: Wenn Neuwahlen, wie erwartet, spätestens im März kommen, werden die vom Bundespräsidenten entlassenen FDP-Minister trotzdem leer ausgehen.

Es gibt zwar im Ministergesetz eine Sonderregelung, die vorsieht: Wenn Bundesminister mindestens zwei Jahre im Amt sind, wird dies als volle Legislaturperiode aufgerundet - mit einer wichtigen Einschränkung allerdings: Es kommt zu einer Auflösung des Deutschen Bundestages und Neuwahlen. Und, ganz wichtig: Minister sind zuvor nicht aus dem Kabinett geflogen (Lindner) bzw. von sich aus zurückgetreten!

Bedeutet: Lindner, Buschmann und Stark-Watzinger schauen mit Blick auf ihr Ruhegehalt in die Röhre!

Wenn dagegen die anderen Minister ohne Mindest-Amtszeit von vier Jahren sowie Verkehrs- und Justizminister Volker Wissing (jetzt parteilos) ihre Ämter NACH einer Bundestagswahl verlieren, bleibt ihr Anspruch auf das Ruhegehalt erhalten.

Das könnte mit Blick auf das von Wissing betonte "Verantwortungsbewußtsein" vielleicht so manches erklären. War der feine Herr Wissing vielleicht "verantwortungsbewußt" vor allem in eigener Sache?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. November 2024 (x1.417/…): >>**Deutsche Einheit: Warum der Friedensvertrag ausblieb**

Zum 9. November: Nachdem die Mauer 1989, also vor 35 Jahren, gefallen war, begannen zügig Verhandlungen mit den Siegermächten über die Ausgestaltung der deutschen Einheit. Gorbatschow war kooperativ - aber an einem Punkt mußte er ein für Moskau gefährliches Leck abdichten, das Stalin verursacht hatte. …

_ von *Michael Wolski*

Für die Sowjetunion gab es bei einer Wiedervereinigung Deutschlands ein Problem. Sie hatte 1939 mit dem Deutschen Reich zwei Verträge geschlossen, die bei Wiederherstellung des Völkerrechtssubjekts Deutschland wieder Rechtsgültigkeit erlangen würden: den Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 (Hitler-Stalin-Pakt) und den Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939.

Eine Spezialeinheit der Roten Armee erbeutete 1945 die Dokumente in Berlin.

Nachdem die Deutschen am 1. September 1939 Polen überfielen, besetzten und die mit den Sowjets vereinbarte Demarkationslinie erreicht hatten, reklamierte die Sowjetunion jene Gebiete Polens und Litauens für sich, die sie nach der Niederlage im Krieg gegen Polen 1919-21 hatte abtreten müssen. Damals waren auch litauische Gebiete an Polen gefallen, Stichwort Curzon-Linie.

Sprengsatz Königsberg

Beide Verträge hatten geheime Zusatzprotokolle, die - so glaubten die Sowjets - nur ihnen bekannt waren. Denn 1945 hatte eine Spezialeinheit der Roten Armee alle wichtigen Dokumente in Berlin erbeutet, darunter auch die deutschen Originale des Nichtangriffspaktes und des Freundschafts- und Beistandsvertrages nebst den Geheimprotokollen.

Was man in Moskau nicht wußte: Ein amerikanischer Agent hatte schon 1939 im Auswärtigen

Amt in Berlin die Verträge und Geheimprotokolle mit seiner Leica fotografiert, seither lagerten die Filme im Archiv des State Department. International bekannt waren jedoch lediglich die Verträge, aber nicht die Zusatzprotokolle.
Besonders brisant: Unter den Geheimprotokollen war auch die "Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands". Wollte also die Sowjetunion das von ihr im April 1946 annektierte und in ihr Staatsgebiet einbezogene Königsberg (Kaliningrad) in Ostpreußen - im Gegensatz zu den Beschlüssen der Alliierten im Potsdamer Abkommen - dauerhaft behalten, mußte sie 1990:
1. mit den Westalliierten, die 1946 gegen die Einbeziehung Königsbergs in das sowjetische Staatsgebiet durch Stalin protestiert hatten, eine einvernehmliche Lösung finden,
2. beide Verträge und das Protokoll zur "Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands" für ungültig erklären, um mögliche spätere territoriale Forderungen des wiedervereinigten Deutschlands zu Königsberg auszuschließen,
3. den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland vermeiden, denn dieser würde nach dem Potsdamer Abkommen eine Entscheidung erforderlich machen, was mit dem zeitweilig und treuhänderisch verwalteten Königsberg geschehen solle.
Das Problem Moskaus unter dem seit 1985 im Amt befindlichen Generalsekretär Michail Gorbatschow war, daß bis Ende 1988 die Existenz von geheimen Zusatzprotokollen oder kartographierten Grenzziehungen zu den (bekannten) Verträgen von allen bisherigen Regierungen der Sowjetunion geleugnet worden war. Man hatte in Moskau angeblich über 40 Jahre in den Archiven gesucht, nichts gefunden und die Westmächte immer böswilliger Unterstellungen bezichtigt, wenn sie auf dieses Thema zu sprechen kamen. Die von den Amerikanern erwähnten Kopien der Geheimprotokolle seien eine Fälschung, um die Friedenspolitik der UdSSR zu verleumden.
Gorbatschow bestätigte gegenüber Kanzler Helmut Kohl die Existenz der sowjetisch-deutschen Geheimprotokolle von 1939 erst im Juni 1989 anlässlich seines Besuchs in Bonn. Aber auch er leugnete noch den Besitz der sowjetischen Originale der geheimen Protokolle. Allerdings mußte er sie nach seinem Sturz Ende 1991 an den neuen starken Mann Boris Jelzin aushändigen, der sie dann 1992 veröffentlichte.

Das Tabu von Nürnberg

Um zu verstehen, wie brisant für die Sowjetunion dieses Thema seit Kriegsende und besonders 1990 war, werfen wir einen Blick zurück ins Jahr 1946.
Nürnberger Prozeß, 25. März 1946: Der Verteidiger von Rudolf Heß wollte die Eidesstattliche Versicherung des Leiters der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes zur Existenz der Geheimprotokolle des Hitler-Stalin-Pakts von 1939 vorlegen und diese Protokolle auch bekanntmachen - zur Entlastung seines Mandanten.
Der sowjetische Ankläger Roman Andrejewitsch Rudenko veranlasste, daß beide Anträge vom Gericht zurückgewiesen wurden. Lew Besymenski, ein bekannter sowjetischer Historiker, beschrieb in einem Bericht die Gründe, warum diese Rückweisung 1946 geschehen konnte. Im Artikel "Niemand kann uns überführen" (Der Spiegel, 14.1.1991) wird er über den Ablauf des Machtkampfes zitiert, der bis 1989 in der KPdSU um die Anerkennung der Existenz der Geheimprotokolle tobte: "Gemäß der Archivdokumentation stellte sich den Anklägern schon bei der Prozeßvorbereitung die heikle Frage: Was geschieht, wenn die Angeklagten die für alle vier Alliierten unerwünschten Fragen ins Spiel bringen?"
Auf Initiative der USA und Englands, von der Sowjetunion und Frankreich später unterstützt, wurde am 9. November 1945 beschlossen, daß "politische Ausfälle" der Nürnberger Angeklagten gegen die Siegermächte nicht zugelassen werden dürften. Stalin bestimmte daraufhin neun Komplexe, zu denen keine Fragen seitens der Verteidiger in Nürnberg genehmigt wer-

den sollten:
1. "Das Verhältnis der UdSSR zum Versailler Vertrag.
2. Der sowjetisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1939 und alle Fragen, die irgendeine Beziehung dazu haben.
3. Molotows Besuch in Berlin, Ribbentrops Besuche in Moskau.
4. Fragen, die mit dem gesellschaftspolitischen System der UdSSR zusammenhängen.
5. Die baltischen Sowjetrepubliken.
6. Die sowjetisch-deutsche Vereinbarung über den Austausch der deutschen Bevölkerung Lettlands, Litauens und Estlands mit Deutschland.
7. Die Außenpolitik der Sowjetunion und, en détail, die Themen der Meerengen und angeblicher territorialer Ansprüche der UdSSR.
8. Die Balkanfrage.
9. Sowjetisch-polnische Beziehungen (die Probleme Westukraine und Westbelorußland)."
Die Amerikaner, im Besitz von Kopien der geheimen Protokolle, begriffen offensichtlich aber erst zu diesem Zeitpunkt, im Winter 1945, welche Sprengkraft darin steckte - weil Moskau Fragen dazu verboten hatte. Aber da waren die Verträge in Jalta und Potsdam schon unterschrieben worden… Stalin hatte die Westmächte über den Tisch gezogen. Im Kalten Krieg dann die Retourkutsche: Washington und London erinnerten die Sowjetunion bei passenden Gelegenheiten immer mal wieder daran, daß es die Geheimprotokolle gab und man sie genau kannte.
Die Feindstaatenklauseln sind bis heute Bestandteil der UN-Charta.
1990 kamen die Probleme und Widersprüche, die zwischen den Siegermächten 1945 notdürftig kaschiert worden waren, wieder auf die Tagesordnung. Die in der "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin" im Amtsblatt des Kontrollrats genannten Beschlüsse der Potsdamer Konferenz waren völkerrechtlich kein bindender Vertrag. Das von der UdSSR eroberte deutsche Gebiet (Königsberg) stand nur unter ihrer zeitweiligen und treuhänderischen Verwaltung, und zwar vorbehaltlich bis zu dem Zeitpunkt, wenn es im Zuge eines Friedensvertrages zu einer endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen kommen würde.
In der "Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin" heißt es wörtlich: "VI. Stadt Königsberg und das anliegende Gebiet: Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung, daß vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung derjenige Abschnitt der Westgrenze der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, der an die Ostsee grenzt, von einem Punkt an der östlichen Küste der Danziger Bucht in östlicher Richtung nördlich von Braunsberg-Goldap und von da zu dem Schnittpunkt der Grenzen Litauens, der Polnischen Republik und Ostpreußens verlaufen soll.
Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich der endgültigen Übergabe der Stadt Königsberg und des anliegenden Gebietes an die Sowjetunion gemäß der obigen Beschreibung zugestimmt, wobei der genaue Grenzverlauf einer sachverständigen Prüfung vorbehalten bleibt. Der Präsident der USA und der britische Premierminister haben erklärt, daß sie den Vorschlag der Konferenz bei der bevorstehenden Friedensregelung unterstützen werden."

Die Geheimnisse von Jalta

Die Beschlüsse von Potsdam waren also nur ein Deal der Alliierten, Deutsche waren ohnedies nicht daran beteiligt. Die zeitweise Verwaltung von Königsberg war eine Entscheidung der Alliierten untereinander. Dem entgegen standen die beiden Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion aus dem Jahr 1939, die immer noch geltendes Recht waren.
"Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden …" Hans-Dietrich Genscher
Außerdem war die Auslegung der im Schloß Cecilienhof gefaßten Beschlüsse selbst unter den

Siegermächten umstritten: So widersprachen die Amerikaner und Briten der am 7. April 1946 erfolgten Eingliederung Königsbergs in das sowjetische Hoheitsgebiet kurze Zeit später, da die Annexion im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen stünde.
Auch die vorhergehenden Vereinbarungen der Alliierten im Krim-Städtchen Jalta vom Februar 1945 geben zum Knackpunkt Ostpreußen nichts her, was insofern relevant ist, da es in der Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin in Teil III Deutschland hieß: "Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland."
In der ersten Hälfte des Jahres 1989 droht Gorbatschow Honecker erstmals erstaunlich exakt jene politischen Unruhen an, die sich wenige Monate später tatsächlich entfalten sollten. Der Inhalt geht aus einer inzwischen freigegebenen Unterrichtung des Bundesnachrichtendienstes an die Bundesregierung vom 5. Juni 1989 hervor: "Jedes Land trage für seine innere Sicherheit die alleinige und ausschließliche Verantwortung: Unter seiner Führung werde die Sowjetunion nicht intervenieren, um eine Partei beziehungsweise Obrigkeit vor unzufriedenen Massen zu schützen."
Dort finden sich Regelungen zu Polen und den sowjetischen Territorien im Fernen Osten (etwa Kurilen, Sachalin), aber keine Aussagen zu Königsberg. Auch die Fragen zu China sind nicht im offiziellen Protokolltext von Jalta enthalten, während die beabsichtigte Teilung Koreas am 17. Breitengrad öffentlich verkündet wurde. Offensichtlich wurden auf der Krim mehrere geheime Zusatzprotokolle beschlossen, die bis heute nicht veröffentlicht worden sind.
In Jalta wurden auch der Entwurf der UN-Charta und der Beginn der Verhandlungen zur Gründung der Vereinten Nationen auf den 25. April 1945 festgelegt. Die Feindstaatenklauseln - die sich gegen Deutschland, Japan und andere Achsenmächte richteten - sind bis heute Bestandteil der UN-Charta und ermöglichen es UN-Mitgliedstaaten, ohne Beschluß des Sicherheitsrats in diesen Ländern zu intervenieren, falls von diesen eine - nicht näher definierte - Kriegsgefahr ausgehe.
Wie brisant die geheimen Dokumente von Jalta auch noch 35 Jahre später für die Sowjetunion waren, zeigt eine Drohung des damaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski im Jahre 1980. Als die Krise in Polen Erinnerungen an den sowjetischen Einmarsch in der Tschechoslowakei 1968 weckte, erklärte er, im Falle einer sowjetischen Intervention sollten die USA "an die öffentliche Aufkündigung der Abkommen von Jalta denken".

Zwei plus vier gleich fünf

In den geheimen Krim-Protokollen waren vermutlich die Bedingungen zur Dauer der Verwaltung des von der Sowjetunion eroberten deutschen Gebiets definiert oder bereits ein Junktim im Falle der endgültigen Übergabe in Aussicht gestellt. Aber im veröffentlichten Teil der damaligen Vereinbarungen finden sich keine Aussagen zur Treuhänderschaft über Territorien.
Auch auf der Potsdamer Konferenz wurden nur allgemeine Regelungen (siehe oben) beschlossen und im Passus XI. festgehalten: "Die Konferenz prüfte einen Vorschlag der Sowjetregierung hinsichtlich einer Treuhänderschaft über Territorien, wie sie in dem Beschluß der Krim-Konferenz und in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind." Auch 1990, bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zur deutschen Einheit, waren die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, mit Ausnahme der Grenzziehung Deutschland-Polen, kein öffentliches Thema - man hatte sich offenbar schon vorher hinter den Kulissen geeinigt.
Bei der Wiedervereinigung blieben fast alle Festlegungen der Potsdamer Konferenz unberücksichtigt.
Der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher schrieb dazu in seinen Erinnerungen:
"Die mir nicht unwillkommene Debatte nutzte ich dazu, das stillschweigende Einverständnis der Vier, es werde keinen Friedensvertrag und keine friedensvertragsähnliche Regelung mehr geben, offenkundig zu machen. Die Bundesregierung schließt sich der Erklärung der vier

Mächte an und stellt dazu fest, daß die in der Erklärung der vier Mächte erwähnten Ereignisse und Umstände nicht eintreten werden, nämlich daß ein Friedensvertrag oder eine friedensvertragsähnliche Regelung nicht beabsichtigt sind."
Für das Protokoll erklärte der französische Außenminister, der den Vorsitz führte: "Ich stelle Konsens fest."
Genscher kommentiert: "Damit war einvernehmlich niedergelegt, daß weder das Potsdamer Abkommen noch die Pariser Verträge der alten Bundesrepublik mit den drei Westmächten in Zukunft als Grundlage für die Forderung nach einem Friedensvertrag dienen konnten. Die Forderung nach einem Friedensvertrag konnte also definitiv nicht mehr erhoben werden - damit war uns auch die Sorge vor unübersehbaren Reparationsforderungen von den Schultern genommen."
Die einzige bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen übernommene Festlegung der Potsdamer Konferenz war die Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze, wie sie schon 1945 fixiert worden war, also der Oder-Neiße-Linie. Der am 12. September 1990 abgeschlossene und 1991 ratifizierte "Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" bezog sich dann auch folgerichtig in der Präambel nur allgemein auf die Rechte der vier Mächte, ohne explizit die alliierten Beschlüsse von Jalta oder Potsdam und die darin benannten, bis zur Friedensregelung noch offenen territorialen Fragen zu erwähnen.
Moskau bereinigte parallel die aus dem Jahr 1939 resultierenden völkerrechtlichen Unwägbarkeiten: Um auszuschließen, daß das wiedervereinigte Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches später einmal territoriale Ansprüche auf Königsberg erhebt, mußten der Nichtangriffspakt und der Grenz- und Freundschaftsvertrag mit ihren geheimen Protokollen, etwa die "Beschreibung des Verlaufs der Staatsgrenze der UdSSR und der Staats- und Interessengrenze Deutschlands", für nichtig von Anfang an erklärt werden. Diese Aufgabe erfüllte der Volksdeputiertenkongreß - seit 1988 höchstes gesetzgebendes Organ der UdSSR -, der am 24. Dezember 1989, keine sieben Wochen nach dem Berliner Mauerfall, zusammentrat.

Eine vertane Chance

Damit war das Königsberg-Problem vom Tisch, jedenfalls für die beteiligten Staaten und Regierungen. Doch zumindest bestimmte Kreise in Moskau müssen das anders gesehen haben. Bezeichnend ist das vom Spiegel im Mai 2010 kolportierte Angebot eines sowjetischen Generals an den Leiter der politischen Abteilung der deutschen Botschaft in Moskau vom Juli 1990, auch das Gebiet um Königsberg und Umgebung mit in die noch laufenden Verhandlungen zur deutschen Einheit einzubeziehen.
Dieses Angebot muß im Zusammenhang mit der - wenige Wochen vorher - erklärten Unabhängigkeit der baltischen Staaten gestanden haben, wodurch die Sowjetunion keinen Landzugang mehr zu Kaliningrad hatte, die Stadt also eine Exklave der russischen Sowjetrepublik und damit für Moskau ein ständiges Zuschußobjekt werden würde. Die Antwort des Bonner Beamten: "Bei der Vereinigung gehe es um die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin." Wenn die Sowjetunion "Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache". Im Klartext: Die Bundesregierung zeigte Moskau die kalte Schulter.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. November 2024 (x1.417/…): >>**Der schwarze Felsen**

Eine Heuschrecke frißt Deutschland. Ökonomen sehen den US-Vermögensverwalter BlackRock als größte Schattenbank der Welt. Seine Kapitalmacht läßt ganze Staaten erzittern. In Deutschland stehen die führenden Konzerne unter dem Einfluß des Finanzriesen. …
_ von *COMPACT-Redaktion*
Wie erzählt man die Geschichte eines internationalen Finanzkonzerns? Spannend sind Men-

schen und ihre Eskapaden, persönliche Anekdoten und Fehden. Zahlen dagegen sind meist langweilig und nicht selten auch irreführend. Normalerweise. Bei BlackRock ist das etwas anders. Hier sprechen Zahlen Bände. Rund 4,6 Billionen - 4.600 Milliarden! - Dollar Fremdkapital dirigierten die Anlagestrategen 2015 über die globalen Finanzplätze.
Das überstieg die gesamte Jahreswirtschaftsleistung Deutschlands um etwa eine Billion Euro. Mit anderen Worten: Die 80 Millionen deutschen Staatsbürger hätten etwa 15 Monate arbeiten müssen, um diese Summe zu erwirtschaften. Über 14 Billionen Dollar laufen über die Analyse- und Handelsplattformen der Krake, die auch von anderen Fonds genutzt wird - das entspricht fünf Prozent aller Finanzwerte weltweit.
"Noch nie hat es ein Imperium wie BlackRock gegeben." Heike Buchter
Aktiv in mehr als 100 Ländern, vertritt der schwarze Felsen das Who-is-Who der Global Player. Superreiche, Großkonzerne, ja sogar Staaten und Zentralbanken gehören zu seinem Kundenstamm. Sie vertrauen dem New Yorker Anlagestrategen Unsummen an - auch Steuergelder. Heike Buchter schreibt in ihrem Buch BlackRock - Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld: "Noch nie hat es ein Imperium wie BlackRock gegeben. Keine Bank, kein Fonds hat annähernd so viel Einfluß."
Overlord der Weltwirtschaft
Dabei ist die Macht des Mega-Investors nur geliehen - gearbeitet wird mit dem Kapital fremder Leute, die den Finanzhaien ihre Spekulationsempfehlungen satt vergüten: Der Jahresumsatz von BlackRock lag 2017 bei 12,5 Milliarden Dollar, 5,3 Milliarden blieben als Gewinn hängen. Zu den potenten Klienten gehören Großkonzerne wie Monsanto, die Rüstungsfabrikanten Raytheon, Lockheed Martin und General Dynamics sowie die Europäische Zentralbank (EZB). Außerdem berät BlackRock das Königshaus in Dubai, den russischen Konzern Gazprom, die US-Großbanken JP Morgan Chase, Citigroup und die Bank of America.
Selbst Mainstream-Medien berichten über die unheimliche Macht des Kolosses gerne unter Überschriften wie "Der Schattenmann, der die Welt regiert" (Focus), "Der schwarze Riese" (FAZ), "Die Besitzer der Welt" (Welt) oder "Die heimlichen Herren des Dax" (Handelsblatt). Die Schweizer Anlegerzeitung Bilanz fragte sich, ob der Konzern eher "Fels in der Brandung oder gefährliche Finanzkrake" sei. Vielleicht stimmt beides: Ein stabiler Fels für die Globalisierer, eine Gefahr für die nationalen Volkswirtschaften.
Laurence Fink gründete BlackRock 1988. Anfangs sprach nichts dafür, daß aus seinem Unternehmen "in nicht einmal drei Jahrzehnten der größte Vermögensverwalter der Welt werden würde", so Die Zeit Ende 2015. Finks Karriere kennt den steilen Aufstieg ebenso wie den tiefen Sturz - als Investmentbanker bei der First Boston Bank verlor er mal kurzerhand 100 Millionen Dollar über Nacht. Doch ebenso schnell war er wieder ganz oben. Heute arbeiten weltweit 13.000 Angestellte des schwarzen Giganten an den Fronten der Börsenparkette von Manhattan bis Tokio. Larry wird als "der mächtigste Mann an der Wall Street" bezeichnet.
Schatten über Deutschland
Als größter Einzelaktionär aller Schwergewichte der deutschen Industrie - etwa Bayer, BASF, E.ON, Deutsche Bank, Lufthansa, Siemens, Allianz, RWE, Daimler und SAP - hat BlackRock enormen Einfluß auf den Kurs unserer Volkswirtschaft. Rund 57 Milliarden Dollar stecken in den Dax-Unternehmen, das entspricht fünf Prozent des gesamten Kapitals an der Frankfurter Börse. "Kein anderer Aktionär, kein Pensionsfonds und kein Vermögensverwalter kommt auf mehr Anteile", faßte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (FAS) Anfang Oktober zusammen. Erstmals widmete das Hauptgutachten der von der Bundesregierung beauftragten Monopolkommission ein Kapitel BlackRock und ähnlichen Fondsgesellschaften und konstatierte "ein wesentliches wettbewerbsverzerrendes Potential".
Kein anderer Investor kontrolliert mehr Anteile an den Dax-Konzernen.
Und die Finanzjongleure wollen Rendite sehen. Was das für die deutsche Wirtschaft bedeutet,

erfuhr Buchter von einem Anlageberater, der ihr erklärte, "BlackRock habe Deutschland ja quasi übernommen" - "schauen Sie, der Dax, der MDax - wenn BlackRock da mal aussteigt, dann pffft". Dabei zeichnete der Herr "mit der Hand eine steile Abwärtskurve" in die Luft.
"Heimlich, still und leise sind Fondsgesellschaften zur neuen Macht im Finanzsystem aufgestiegen", urteilt die FAS über den Siegeszug der früher gegenüber den Banken unbedeutenden Kapitalsammelstellen (siehe Infobox). Zum Schwergewicht wurde Fink vor allem durch den Handel mit Hypothekenpapieren, die jene Immobilienblase miterzeugten, welche 2008 mit verheerenden Folgen für die haftenden Volkswirtschaften platzte.
In der Folge wurde der Bock zum Gärtner gemacht: BlackRock fiel die Aufgabe zu, den bankrotten Immobilienmarkt abzuwickeln. Es gab "im Unglücksjahr 2008 kaum eine Rettungsaktion, an der BlackRock nicht verdiente", schrieb die Basler Zeitung Ende 2012. So schuf "das spätere Debakel des Hypothekenrauschs letztlich die Grundlage des Imperiums", analysiert auch Buchter.
Durch die weltweiten Beteiligungen an Immobilien- und Rentenfonds können Entscheidungen, die hinter den verdunkelten Fenstern der Konzernzentrale getroffen werden, verheerende Auswirkungen auf den kleinen Mann haben. Ein Beispiel: BlackRock ist nach Buchters Recherchen mittlerweile "einer der größten Vermieter Deutschlands". Über die Deutsche Annington, einer Immobilienfirma mit einer Million Wohnungen, setzte die Heuschrecke laut Medienberichten ganze Siedlungen als Spekulationsobjekte ein - den Profit schöpften die Amerikaner ab, den Schaden hatten die Bewohner.

Spinne im Netz

Glaubt man dem Finanzexperten Max Otte, entsteht hier eine neue "Adelsschicht, die die Welt auf ihre Art beherrscht". Mit "Verschwörung" habe das nichts zu tun, sondern mit "realen Machtstrukturen". Der CDU-Politiker Friedrich Merz, der seit 2009 auch die Atlantik-Brücke leitet, wurde im März 2016 zum Aufsichtsratschef von BlackRock ernannt.

Mann des Geldes

Friedrich Merz war schon vor seiner Tätigkeit bei BlackRock für die Finanzindustrie tätig. 2005 ging er als Anwalt zur Kanzlei Mayer Brown LLP, wo er unter anderem die Interessen des Hedgefonds TCI vertrat. Später beriet er den US-Finanzinvestor Lone Star bei der Übernahme der Mittelstandsbank IKB, die der Finanzkrise ab 2008 zum Opfer gefallen war.
2010 wurde er zum Veräußerungsbevollmächtigten beim Verkauf der West LB berufen, die ebenfalls während der Finanzkrise in existentielle Schwierigkeiten geraten war und dann von den Eigentümern - dem Bund, dem Land NRW und den Sparkassenverbänden - sowie dem Bankenfonds SoFFin mit milliardenschweren Finanzhilfen und Garantien gerettet werden mußte.
Einen besonders guten Draht soll Fink zu EZB-Chef Mario Draghi haben. In einem Bericht der Süddeutschen Zeitung von Anfang März heißt es, daß "der direkte Kontakt zur EZB ... BlackRock einen massiven Informationsvorteil gegenüber kleineren Fondshäusern" beschert. Und weiter: "Die Notenbanker versprechen allerdings, in den Gesprächen keine Informationen weiterzugeben, mit denen sich Geld verdienen ließe."
Soll man ihnen glauben? Fink sitzt "wie die Spinne in einem Netz von Machtbeziehungen", die er gekonnt für sich nutzt, so Professor Otte. Dabei spielt er allerdings immer "im Rahmen der gängigen Regeln". Offenbar sind es diese Regeln, die der Super-Heuschrecke ihren grenzenlosen Gestaltungsspielraum zubilligen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 20: "Finanzmächte - Kriminalgeschichte des Großen Geldes".<<

10.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 10. November 2024 (x1.420/…): >>**Dunkelflaute: Strompreise explodieren - Deutschland erlebt Ökostrom-Infarkt!**

In diesen Herbsttagen bekommt Deutschland den linksgrünen Energiewende-Irrsinn besonders drastisch zu spüren: Nebelwetter und windschwache Inversionswetterlagen haben die Ökostrom-Produktion praktisch zum Erliegen gebracht. Als Ersatz für Wind und Sonne mußten fossile Kraftwerke (Kohle, Gas, Öl) hochgefahren werden. Die Energiepreise explodieren wieder!

Die Vorhersage des Deutschen Wetterdienstes hörte sich in den vergangenen Tagen nicht weiter dramatisch an. Eigentlich ganz normal für eine Jahreszeit, in der die Menschen entschleunigen, ihrer Verstorbenen auf den Friedhöfen gedenken und die Nikoläuse im Supermarkt oder beim Bäcker von der nahenden Weihnachtszeit künden: "Im Einflußbereich einer kräftigen, vom Balkan über Polen bis nach Skandinavien reichenden Hochdruckzone herrscht ruhiges und zu Nebel bzw. Hochnebel neigendes Herbstwetter."

Nebel des Grauens

Für Stromhändler und Elektrizitätsversorger war die Wettervorhersage der letzten Tage eine Hiobsbotschaft. Für sie war der Nebel, der da durch das weitgehend windstille Mitteleuropa waberte, ein Nebel des Grauens. Und die Verbraucher bekamen einen Vorgeschmack auf den sie erwartenden Winterhorror: Die Strompreise explodierten!

In der ersten sogenannten Dunkelflaute dieses Jahres war die deutsche Ökostromproduktion bereits zur Wochenmitte auf Werte nahe null zurückgefallen, weil kein Wind wehte und die Sonne nicht schien. Die Folge waren extreme Preis-Spitzen am Spotmarkt der Energiebörse EEX.

Mittwoch, 17 Uhr: Es herrscht Dunkelflaute

Am vergangenen Mittwoch gegen 17 Uhr eskalierte die Situation: Die 30.243 deutschen Windräder und rund 3,7 Millionen Solaranlagen stellten ihre Produktion praktisch ein, berichtete die "Welt".

Solarkraft lieferte zu diesem Zeitpunkt nur noch eine einzige Megawattstunde. Die 1.602 Offshore-Windkraftanlagen in Nord- und Ostsee - jede einzelne so groß wie der Eiffelturm - standen komplett still. Stromproduktion Null. Die Windräder an Land produzierten zu dieser Stunde nur 114 Megawattstunden bei einem deutschen Stromverbrauch von 63.000 Megawattstunden.

Der Übertragungsnetzbetreiber "Amprion" schlug Alarm: "Die minimale Einspeisung aus Wind und PV (Photovoltaik) lag in Summe bei gerade einmal ca. 100 Megawatt (im Zeitraum 17 bis 21 Uhr)."

Keine Sonne, kein Wind - in Deutschland herrschte Dunkelflaute, erklärte "Amprion" am vergangenen Donnerstag.

Kohlekraftwerke fahren hoch

Im Klartext: Die mit dreistelligen Milliarden-Subventionen in Deutschland errichteten Kapazitäten von 87.000 Megawatt Photovoltaik und rund 72.000 Megawatt Windkraft lagen stundenlang praktisch komplett brach. Eine Gefahr für die Stromversorgung habe jedoch nicht bestanden, hieß es.

Die Lage hielt tagelang an und besserte sich auch am Freitag nur unwesentlich. Weil die Kapazität aller deutschen Batterie- und Pumpspeicher nach einigen Stunden erschöpft war, mußten um so mehr fossile Kraftwerke einspringen, um den Strombedarf zu decken.

Die verbliebenen deutschen Steinkohle- und Braunkohlekraftwerke produzierten zu jedem Zeitpunkt in den vergangenen drei Tagen laut "Welt" knapp 20.000 Megawattstunden, unterstützt von bis zu 15.000 Megawattstunden aus Gaskraftwerken. Selbst 700 Megawatt Öl-

Kraftwerke aus der Reserve trugen wieder zur Stromversorgung bei.

Ohne Stromimporte wären in Deutschland die Lichter ausgegangen

Wie man auf der Website der Bundesnetzagentur nachlesen konnte, wurde zudem ein Großteil des deutschen Strombedarfs in den vergangenen Tagen durch Importe gedeckt. Am Donnerstag lag der Strombedarf Deutschlands zum Beispiel zur Mittagszeit bei knapp 64.000 Megawattstunden, produziert wurden im Inland jedoch nur rund 47.000 Megawattstunden. Die Differenz wurde durch Importe gedeckt.

Energieversorger, zum Beispiel Stadtwerke, waren seit Mittwoch gezwungen, den Ausfall der Ökostrom-Erzeugung durch kurzfristiges Nachkaufen an der Strombörse EEX zu kompensieren. Bei der sogenannten Day Ahead Auktion, bei der Strommengen zur Lieferung am Folgetag versteigert werden, kam es seit Mittwoch immer wieder zu außergewöhnlich hohen Preisspitzen.

So wurden bereits am Dienstag zeitweise mehr als 500 Euro pro Megawattstunde gezahlt. Der langfristige Durchschnittspreis an der Strombörse liegt sonst bei 40 Euro.

Mit dem Wetterbericht am Mittwoch schossen die Gebote an der Strombörse sogar auf 820 Euro pro Megawattstunde hoch - eine kurzfristige Verzwanzigfachung des normalen Niveaus!

Auch am Freitag lag der Großhandelspreis am kurzfristigen Spotmarkt noch bei über 100 Euro, also bei mehr als dem Doppelten des langfristigen Normalpreises.

Für Millionen Haushalte dürfte die vergangene Woche die Ouvertüre für einen Horror-Winter gewesen sein: Mit der Winterkälte wird der Eigenverbrauch vor allem Frankreichs stark zunehmen, da in unserem Nachbarland sehr viele Heizungen mit Elektrizität betrieben werden. Die anspringende Stromnachfrage Frankreichs dürfte die relative Knappheit an der Europäischen Strombörse damit weiter vergrößern und die Preise weiter treiben.

Zur Erinnerung: Im US-Wahlkampf spottete Donald Trump über den Energiewende-Irrsinn in Deutschland: "Sie sind dabei, sich selbst zu zerstören …"

WIE WAHR!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 10. November 2024 (x1.422/…): >>**312 zu 226: Erdrutschsieg für Trump**

Donald Trump hat auch im Swing State Arizona gewonnen. Damit hat er in allen sieben umkämpften US-Bundesstaaten gesiegt und die für den Wahlsieg notwendige Anzahl von mindestens 270 Wahlleuten mit 312 überdeutlich überschritten.

Von *Jonny Chill*

Anders als in den deutschen Medien dargestellt, hat Trump nicht knapp gewonnen, nicht durch Tricks, nicht durch Fehlinformation und schon gar nicht durch Lügen.

Seit der Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahr 1787 wird der Präsident nicht direkt durch die Bürger, sondern durch das Electoral College gewählt - durch Wahlmänner der amerikanischen Bundesstaaten. In der gesamten USA gibt es 538 Wahlmänner, von denen jeder Staat mindestens zwei für den Senat und einen für das Repräsentantenhaus erhält. Alle zehn Jahre gibt es einen Zensus, der die Bevölkerungsanzahl erfaßt, und auf dieser Grundlage werden die Wahlmänner anteilig auf die Bundesstaaten verteilt. Um die Präsidentschaft zu gewinnen, benötigt man die Stimmen von mindestens 270 Wahlmännern.

Der Grund für das Electoral College statt einer Mehrheitswahl ist der Schutz der kleinen und bevölkerungsarmen Staaten vor der Tyrannei der Mehrheit. Ohne das Electoral College würden fast immer die bevölkerungsreichen Staaten mit großen Städten die vielen ländlichen Bundesstaaten der USA überstimmen. Oder anders ausgedrückt: Die Städter würden den Präsidenten wählen, und die Landbevölkerung bliebe ungehört.

Donald Trump hat sowohl die Mehrheitswahl als auch das Electoral College gewonnen - und zwar nicht knapp. Mit den elf Wahlleuten aus Arizona erhöht sich Trumps Gesamtzahl auf 312 Wahlleute, während seine demokratische Kontrahentin Kamala Harris nur auf 226

kommt. Solch ein deutlicher Sieg ist selten.
Ebenso wichtig ist, daß seine Kampagne die Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus der USA gewonnen hat. Das bedeutet, Trump und die Republikaner können jedes Gesetz im Haus einbringen und es im Senat verabschieden. Die nächsten Wahlen für Senat und Haus finden erst wieder im November 2026 statt. Trump kann also die USA für fast zwei Jahre wie ein König regieren. Die gesamte linke Presse und Politik kann in den nächsten zwei Jahren heulen, jammern und protestieren, aber nichts daran ändern, daß Trump die Politik und Wirtschaft wie versprochen gestalten wird.
Trumps umfassender Sieg wird eine Zeitenwende in der Geschichte der Menschheit einleiten wie nur wenige Ereignisse zuvor. Das letzte Ereignis dieses Ausmaßes war der 11. September 2001. Die Schockwellen der fallenden Türme änderten das Schicksal der gesamten westlichen Zivilisation massiv zum Schlechteren. Trumps Sieg ist seitdem das erste Leuchtfeuer der Hoffnung (AB: Bacon of Hope) für die Menschheit auf eine positive Zukunft.
Der 47. Präsident der USA hat versprochen, den Ukrainekrieg umgehend zu beenden und das aufflammende Feuer im Mittleren Osten zu löschen. Die Regierung der USA soll mit Hilfe von Elon Musk extrem verkleinert und effizienter gestaltet werden. Mit Unterstützung von Stephen Miller sollen die südlichen Grenzen geschlossen und illegale Einwanderer deportiert werden. Das Gesundheitssystem und die Nahrungsmittelkontrolle sollen durch Robert F. Kennedy Jr. optimiert werden. Die attraktive Hawaiianerin Tulsi Gabbard soll der USA ein freundliches Gesicht in der Außenpolitik verleihen.
Zusätzlich soll durch die Wiederherstellung von Bohr- und Abbaugenehmigungen eine Energieautonomie für die USA erreicht werden. Die Einkommenssteuer soll abgeschafft und verstärkt auf Zölle gesetzt werden.
Sollte die Amtszeit Trumps ausreichen, um all dies umzusetzen, würden die Bürger der USA erheblich wohlhabender sein, die Lebenshaltungskosten deutlich sinken, und die amerikanische Wirtschaft würde nicht nur florieren, sondern auch verlorene Produktionskapazitäten in großem Umfang zurückgeholt werden.
Eine wohlhabende USA bedeutet einen wohlhabenden Westen. Vor allem aber müßten sich zukünftig all unsere Regierungen die Frage gefallen lassen:
Wenn Trump das kann, warum könnt ihr das nicht?<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. November 2024 (x1.417/…): >>**Ostpreußen: Das ausgeschlagene Angebot**
Von *Daniell Pföhringer*
Ostpreußen konnte als deutsches Land verteidigt werden, bevor es an die Sowjetunion und Polen fiel. Ein russisches Angebot zur Rückgabe des nördlichen Teils wies die Bundesrepublik kaltschnäuzig zurück. …
Das nördliche Ostpreußen stellt einen Sonderfall der nach dem Zweiten Weltkrieg unter fremde Verwaltung gestellten und 1990 per Zwei-plus-vier-Vertrag preisgegebenen Ostgebiete dar. Denn hier bestand eine ernsthafte Chance auf Rückgabe, die jedoch von der Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) mit seinem Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) ausgeschlagen wurde.
Der erste Deutsche in Preußen
Schon im 13. Jahrhundert begann die deutsche Geschichte Ostpreußens, nachdem Stauferkaiser Friedrich II. mit der Goldenen Bulle von Rimini dem Hochmeister des Deutschen Ordens, Hermann von Salza, die Ermächtigung erteilt hatte, die dort siedelnden heidnischen Pruzzen zu unterwerfen.
Es war dann Landesmeister Hermann Balk, der die Kolonisation des Gebiets maßgeblich vorantrieb. In unserer neuen Geschichtsausgabe "Verlorene Heimat - Die Vertreibung aus den Ostgebieten" lesen Sie dazu:

"Im Jahr 1230 machte sich auch Hermann Balk, der aus einer märkisch-niedersächsischen Familie stammte, auf den Weg nach Ostland. Alsbald wurde er zum ersten Landmeister des Deutschen Ordens ernannt und gründete gleich zu Beginn als Stützpunkt die Burg Vogelsang. Im Kampf gegen die Pruzzen stand er todesverachtend seinen Mann, und so wurden nach langem zähem Kräftemessen die ebenso tapferen Altpreußen von den deutschen Rittern bezwungen.

Landmeister Balk legte damit den Grundstein des Deutschordensstaates, dessen Schild das Abendland vor Bedrohungen aus dem Osten abschirmen sollte. Er gründete die Städte Thorn, Kulm, Marienwerder sowie Elbing und vereinigte seine Ritterschaft mit dem Schwertbrüderorden, der 1202 durch Theoderich von Treiden zur Missionierung des Livlands gegründet worden war. So gewann der Deutsche Orden die Herrschaft über diese baltische Region sowie Kurland und Estland. Dann wurde Balk von einer Schifffahrt aufs Frische Haff vom Hochmeister zu einer Besprechung der Ordensführer abberufen. Er verließ Ostpreußen, ohne zu ahnen, daß es ein Abschied für immer sein würde. Denn am 5. März 1239 verstarb der 'erste Deutsche in Preußen', wie ihn spätere Historiker nannten, in Würzburg."

Das 15. Jahrhundert war geprägt von ständigen militärischen Auseinandersetzungen mit dem sich imperialistisch ausdehnenden Polen. Anno 1525 wurde der Deutschordensstaat in das erbliche Herzogtum Preußen umgewandelt. Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. gelang es dann im 18. Jahrhundert, alle von Polen vereinnahmten Gebiete zurückzuholen und zu neuer Blüte zu führen.

Das Angebot der Russen

Nach dem Ersten Weltkrieg annektierte Litauen das Memelland, durch den sogenannten Korridor, der vor allem das untere Weichseltal mit Thorn als größter Stadt sowie die Kaschubei umfaßte und sich damit bis zur Ostsee erstreckte, wurde Ostpreußen vom Heimatland abgeschnitten.

Nach beginn des Zweiten Weltkriegs 1939 kam die Provinz wieder zum Reich, ehe sie 1945 auf Befehl Stalins der litauischen Sowjetrepublik zugeschlagen wurde. Das Potsdamer Abkommen der Alliierten vom 2. August 1945 hatte eine abschließende Regelung bezüglich Ostpreußens, dessen nördlicher Teil unter sowjetische, dessen südlicher Teil unter polnische Herrschaft gekommen waren, einem Friedensvertrag vorbehalten.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks stellte sich die deutsche Frage erneut. Und nun geschah das Unfaßbare: Die Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) ließ die einmalige Chance verstreichen, das unter russischer Verwaltung stehende Nord-Ostpreußen zurückzuholen.

In COMPACT-Geschichte "Verlorene Heimat" bringen wir auch dieses unrühmliche Kapitel zur Sprache. "Der sowjetische Generalmajor Geli Batenin signalisierte im Sommer 1990 gegenüber einem Bonner Diplomaten Interesse an Verhandlungen über den sowjetischen Teil Ostpreußens. Das geht aus einem geheimen Fernschreiben der Botschaft in Moskau vom 2. Juli 1990 hervor", schrieb dazu der Spiegel am 21. Mai 2010.

Batenin erklärte gegenüber Joachim von Arnim, damals Leiter der politischen Abteilung in der deutschen Botschaft in Moskau, die "Frage des nördlichen Ostpreußens" werde sich "über kurz oder lang stellen".

Doch der BRD-Diplomat beschied dem Kreml kaltschnäuzig, daß es bei der Vereinigung lediglich "um die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und das ganze Berlin" gehe. Wenn die Sowjetunion "Probleme mit der Entwicklung des nördlichen Ostpreußens habe, so sei das ihre Sache". Damit war die Angelegenheit vom Tisch.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. November 2024 (x1.417/…): >>**Johann Guntermann: Sein Sündenregister**

Von *S. Hofer*

Die Festnahme des gewalttätigen Linksextremisten Johann Guntermann ist durchaus symbolisch: Antifa ist out, Rechts ist der Trend. …

Die gemeingefährliche Hammerbande ist empfindlich geschwächt. Rädelsführer Johann Guntermann konnte gestellt und überwältigt werden. Die linke Bande ist verantwortlich für mehrere schwere Überfälle auf Patrioten und Andersdenkende.

Der Festgenommene, Spitzname "Lücke", zeitweise der Verlobte von Lina Engel, war an heftigen Ausschreitungen beteiligt. Als deutsche Linksextremisten 2023 in Budapest mutmaßliche Neonazis überfielen und mit Tritten, Totschlägern und Reizgas zum Teil schwer verletzten, soll Guntermann ebenfalls unter den Angreifern gewesen sein.

Serie an Straftaten

Aus der Erklärung der Bundesanwaltschaft, die COMPACT vorliegt, geht hervor, was ihm auf der Grundlage zweiter Haftbefehle vorgeworfen wird. Es geht um gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung, Landfriedensbruch, Sachbeschädigung, Urkundenfälschung und versuchter gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr. Die Bundesanwaltschaft:

"Johann G. gehört einer in und um Leipzig gegründeten Vereinigung an, deren Mitglieder eine militante linksextremistische Ideologie teilen. Dies schließt insbesondere die Ablehnung des bestehenden demokratischen Rechtsstaates, des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung sowie des staatlichen Gewaltmonopols ein. Die auch überregional vernetzte Vereinigung führte in den Jahren 2019 und 2020 gewaltsame Angriffe gegen Personen durch, die aus ihrer Sicht der 'rechten Szene' angehörten."

Und weiter: "Die Aktionen wurden in der Regel intensiv vorbereitet. Sie schlossen etwa im Vorfeld die Ausspähung der Lebensgewohnheiten der ausgewählten Tatopfer ein. Johann G. nahm an der Seite der gesondert verfolgten Lina E. der Vereinigung eine herausgehobene Stellung ein."

Schläge und Tritte

Dann geht es um eine Untat in Leipzig: "Am 8. Januar 2019 verübte der Beschuldigte zusammen mit Lina E. und anderen Angreifern eine körperliche Attacke auf eine Person in Leipzig-Connewitz. Dabei wurde der Geschädigte mittels Faustschlägen zu Boden gebracht und dort mit zusätzlichen Tritten sowie dem Einsatz eines Schlagwerkzeugs gegen Kopf und Rumpf massiv, potentiell lebensgefährlich verletzt."

Oder: "Am 19. Oktober 2019 verübte Johann G. gemeinsam mit anderen Angreifern einen Anschlag auf den Inhaber und die Besucher einer Gaststätte in Eisenach. Die Gaststätte wurde als Ziel ausgewählt, da es sich hierbei um einen mutmaßlichen Treffpunkt der 'rechten Szene' handelte. Ein Teil der Gruppe - darunter Johann G. - drang in die Räumlichkeiten ein, zerstörte dort Inventar und griff die Geschädigten unter anderem mit Schlagstöcken, Reizstoffsprühgeräten und Faustschlägen an."

Und es geht noch weiter: "Am 14. Dezember 2019 attackierte Johann G. gemeinsam mit anderen Angreifern den ebengenannten Inhaber der Gaststätte erneut. Hierzu observierte die Gruppe die Gaststätte und folgte dem Opfer bis zu dessen Wohnung in Eisenach. Dort schlugen die Täter mit Schlagstöcken, einem Hammer, einem Radschlüssel und Stangen auf den Betroffenen ein. Anschließend griff die Gruppe auch die drei Begleiter des Opfers an, welche sich in ihr Kraftfahrzeug geflüchtet hatten.

Mit ihren Schlagwerkzeugen beschädigten die Angreifer zunächst den Pkw. Sodann versprühten sie durch zertrümmerte Scheiben Reizstoff in das Fahrzeuginnere und schlugen vielfach mit Fäusten auf die Geschädigten ein. Zudem rammten sie ihre Stangen und Schlagstöcke wiederholt in Richtung der Geschädigten. Diese wurden dabei erheblich verletzt. Nach dem

Angriff flüchteten die Angreifer mit zwei Fahrzeugen, an denen sie zuvor entwendete Kennzeichen angebracht hatten. Um Polizeifahrzeuge, die zwischenzeitlich die Verfolgung aufgenommen hatten, abzuschütteln, warfen sie Plastiktüten auf die Fahrbahn."

Aus einem Hinterhalt …

Der nächste Fall des Serientäters: "Am 15. Februar 2020 führte Johann G. gemeinsam mit Lina E. und weiteren Angreifern einen Überfall auf sechs Personen am Bahnhof in Wurzen durch. Die Opfer befanden sich auf dem Rückweg von einer Gedenkveranstaltung in Dresden anlässlich des 75. Jahrestags der Bombardierung der Stadt und gehörten zum Teil dem äußeren Anschein nach zur 'rechten Szene'.

Zur Ausführung der Tat überwachten Johann G. und Lina E. die später Geschädigten auf deren Zugfahrt von Dresden nach Wurzen und informierten die anderen in Wurzen postierten Mittäter fortlaufend telefonisch über den Reiseverlauf. In Wurzen angekommen, wurden die Opfer von den ihnen zahlenmäßig überlegenen Angreifern aus einem Hinterhalt abgepaßt."

Und weiter: "Als sie die Flucht ergriffen, setzten ihnen die Angreifer mit Schlagwerkzeugen und Pfefferspray nach. Vier der Angegriffenen wurden unter anderem mit gegen den Kopf zielenden Schlagstock- und Faustschlägen zu Boden gebracht. Am Boden liegend erhielten sie Tritte gegen den Kopf sowie weitere Schläge mit Teleskopschlagstöcken. Hierdurch erlitten sie erhebliche, potentiell lebensgefährliche Verletzungen."

Heftig ging es auch Angang 2023 zur Sache: "Die Vereinigung verübte im Februar 2023 in der ungarischen Hauptstadt Budapest körperliche Angriffe auf Personen, die aus Sicht der Angreifer dem rechten Spektrum zuzuordnen waren. Die Vorfälle ereigneten sich anlässlich des sogenannten 'Tages der Ehre', zu dem Rechtsextremisten aus ganz Europa jedes Jahr nach Budapest kommen, um des Ausbruchsversuchs der deutschen Wehrmacht, der Waffen-SS und ihrer ungarischen Kollaborateure aus der von der Roten Armee belagerten Stadt am 11. Februar 1945 zu gedenken. Johann G. nahm am 9. Februar an einem Überfall auf drei Personen vor einem Café teil."

Und dann: "Dabei traten und schlugen der Beschuldigte sowie weitere Mitglieder der Vereinigung mehrfach mit Schlagstöcken und anderem Schlagwerkzeug auf die Geschädigten ein. Bei den Opfern führte dies zu Prellungen, Quetschungen und zum Teil zu Knochenbrüchen."

Und weiter: "In der Nacht vom 10. auf den 11. Februar 2023 griff Johann G. gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Vereinigung zwei Personen auf offener Straße hinterrücks an. Der Beschuldigte und die weiteren Angreifer schlugen wiederholt mit Schlagwerkzeugen auf die Geschädigten ein und versetzten ihnen Fußtritte. Die Geschädigten erlitten hierdurch multiple Prellungen und Platzwunden insbesondere im Bereich des Kopfes."

Festgenommen wurde Gutermann übrigens in einem Regionalzug bei Weimar. Mittlerweile wurde er nach Karlsruhe gebracht.

Im COMPACT-Magazin 10/2024 zeigen wir auf, wie deutlich sich junge Leute von linken Einpeitschern mittlerweile entfernt haben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. November 2024 (x1.417/…): >>**Donalds Hitparade: Die 10 besten Trump-Songs**

Von *Daniell Pföhringer*

Trump rockt: Auf seinen Wahlkampfveranstaltungen hielt er nicht nur bessere Reden als seine Kontrahentin Kamala Harris, er spielte auch die bessere Musik. Wir stellen Ihnen die Top-Hits vor. …

Kamala Harris holte Lady Gaga auf die Bühne und wurde von Megastar Taylor Swift unterstützt. Die meisten Amerikaner fanden das offenbar gähnend langweilig - und konnten sich nicht mit den abgehobenen Eliten-Promis identifizieren.

Auf den Wahlkampfveranstaltungen von Donald Trump herrschte hingegen immer eine Wahnsinnsstimmung, was nicht nur an den mitreißenden Reden lag, sondern auch an der Mu-

sikauswahl. Der Republikaner ließ bodenständige Country-Songs, legendäre Rock-Klassiker und Pop-Songs spielen, die jedermann kennt und liebt. Von Laura Branigans "Gloria" und "We Will Rock You" von Queen über "Suspicious Minds" von Elvis und "Ring of Fire" von Johnny Cash bis zu Survivors Rocky-Hymne "Eye Of The Tiger", "Thunderstruck" von AC/DC und "Sweet Home Alabama" von Lynyrd Skynyrd. Nachfolgend eine Liste mit den Top-Hits der Kampagne.

1. "Y.M.C.A."

Mit dem Klassiker der Village People aus dem Jahr 1978 endete jede Wahlkampfveranstaltung von Donald Trump. Legendär ist vor allem sein etwas ungelenk wirkender Tanz dazu, der jedoch im Netz Kultstatus genießt. Auf Tiktok gingen tausende Videos viral, in denen größtenteils junge Nutzer den "Trump Dance" nachmachten. Daß ausgerechnet eine Hymne der Schwulenbewegung zum Top-Hit des auf die traditionelle Familie setzenden Republikaners wurde, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

2. "Make America Great Again"

Er hat Ähnlichkeit mit Elvis, ist ein absoluter Fan von Donald Trump - und arbeitet hauptberuflich als Pastor in einer evangelikalen Gemeinde. Steve Warren hat mehrere Lieder für den US-Präsidenten geschrieben, mit denen er vor allem in der Country-Hochburg Nashville im Bundesstaat Tennessee für Aufsehen sorgt. Den Song mit dem Hauptwahlkampfmotto von Trump hatte er bereits für dessen Kampagne 2016 beigesteuert.

3. "God Bless The U.S.A."

Lee Greenwood war in den 1980er Jahren einer der erfolgreichsten Vertreter des Country-Pop und wurde 1983 mit dem Grammy ausgezeichnet. Daß Donald Trump die patriotische Liebeserklärung an sein Heimatland (1984 veröffentlicht, mit Doppelplatin ausgezeichnet) als Ouvertüre für seine Rednerauftritte gewählt hat, ist auch deshalb nachvollziehbar, weil Greenwood langjähriges Mitglied der Republikanischen Partei ist. Bei der Kampagne 2024 verkaufte er in Kooperation mit Trump auch Bibeln.

4. "Trump Song"

Bei Minderheiten wie Schwarzen oder Latinos schnitt Trump bei der US-Wahl 2024 besser ab, als jemals ein Republikaner zuvor. Einen Anteil daran haben sicherlich auch Los 3 De La Habana (Die 3 aus Havanna). Das kubanische Trio aus Miami, Florida, hat in diesem Jahr erstmals einen Latino-Pop-Song zur Wahlkampagne Trumps beigesteuert. Das Lied gibt es sowohl in einer englischen als auch in einer spanischen Version.

5. "Eating the Cats"

Zugegeben: Das Stück des Musik-Spaßvogels The Kiffness ist kein offizieller Song der Trump-Kampagne, hat sich aber viral verbreitet und maßgeblich zum Kultstatus Donald Trumps beigetragen. Es entstand, nachdem dieser bei der TV-Debatte gegen Kamala Harris behauptet hatte, daß Migranten aus Haiti in Springfield, Ohio, die Haustiere der Einwohner stehlen und aufessen würden. Die Passage wurde als Sample in das Lied eingebaut.

6. "America First"

Der 2016 verstorbene Musiker und Songwriter zählte zu den erfolgreichsten Country-Musikern in den USA. Zwischen den 1960er und 1980er Jahren landete er 38 Nummer-eins-Hits in den amerikanischen Billboard-Country-Charts und gewann mehrere Grammys. Wegen seiner lebensnahen, ehrlichen Texte erhielt er den Beinamen "Working man's poet" (Arbeiterpoet). "America First" schrieb der Country-Musiker 2003 als Protestsong gegen George W. Bush und den Irak-Krieg.

7. "The Phantom Of the Opera"

Das Stück aus dem gleichnamigen Musical hat Trump auf die Playlist für seine Wahlkampfauftritte gesetzt, weil der Brite Andrew Lloyd Webber sein Lieblingskomponist ist. Die Aufführungen von "Das Phantom der Oper" am Broadway in New York hat er nach eigenen An-

gaben 15 Mal besucht. Übrigens: Webber besaß von 1989 bis 2010 ein Apartment im Trump Tower an der Fifth Avenue in Manhattan.
8. "Born Free"
Der aus Michigan stammende Musiker Kid Rock (bürgerlich Robert James Ritchie) ist schon seit Langem Unterstützer der Republikanischen Partei - und ein fanatischer Trump-Anhänger. Die Wertschätzung beruht auf Gegenseitigkeit, denn der Sänger und Songwriter, der gern klassischen Southern Rock mit Pop- und Hip-Hop-Elementen kombiniert, darf den alten und neuen US-Präsidenten zu vielen Veranstaltungen begleiten. "Born Free" (2010) ist eines von zwei Liedern, die 2024 regelmäßig auf Trump-Veranstaltungen gespielt wurden.
9. "Rich Men North of Richmond"
Joan Baez und Bob Dylan waren gestern - die neue Generation der US-Protestsongs kommt von rechts. Ein Beispiel dafür ist Oliver Anthony, ein Fabrikarbeiter und Country-Musiker aus Farmville, Virginia, der sich mit diesem 2023 veröffentlichten Lied gegen die "reichen Männer nördlich von Richmond" (dort liegt Washington) wendet, die den Bürgern "das Geld aus der Tasche ziehen" und "totale Kontrolle" ausübten. "Ich wünschte, die Politiker würden sich um die Bergleute kümmern und nicht nur um Minderjährige auf einer Insel irgendwo", heißt es vielsagend in Anthonys Stück.
10. "Stranglehold"
Ted Nugent ist wie Kid Rock einer der treuesten und überzeugtesten Trump-Anhänger im Musik-Busineß. Der fünffache Familienvater, der bis heute über 35 Millionen Alben verkauft hat, wetterte in der Corona-Krise gegen die Covid-Impfungen und verteidigt das Recht auf freien Waffenbesitz. Bei einer Großveranstaltung von Trump 2023 in Texas sorgte er für einen Eklat, als er den ukrainischen Präsidenten Selenski als "homosexuellen, woken Spinner" bezeichnete.<<

11.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 11. November 2024 (x1.420/…): >>**Anschlag auf Weihnachtsmarkt im Norden vereitelt: Sogenannter "Deutsch-Türke" (17) in Haft**
Zeit der Weihnachtsmärkte, Zeit der Angst: Fahnder haben einen 17 Jahre alten sogenannten "Deutsch-Türken" in Elmshorn (Schleswig-Holstein) festgenommen. Er soll einen mutmaßlich islamistisch motivierten Anschlag mit einem Lastwagen auf einen Weihnachtsmarkt in Norddeutschland geplant haben.
Der Hinweis kam - wieder einmal - von einem ausländischen Geheimdienst (der deutsche Verfassungsschutz ist bekanntlich anderweitig hinreichend ausgelastet). Der junge Mann wurde, wie erst jetzt bekannt wurde, am Mittwochabend (6. November) durch Fahnder des Landeskriminalamtes festgenommen. Das LKA Schleswig-Holstein war durch Hinweise von US-Seite auf den Verdächtigen aufmerksam geworden. Abgehörte Gespräche und Chats brachten die Fahnder des Staatsschutzes dann auf seine Spur.
Aus den Informationen ging hervor, daß er mit einem gestohlenen Lastwagen auf einem Weihnachtsmarkt möglichst viele Menschen töten wollte. Der 17-Jährige, gegen den inzwischen Haftbefehl erging, soll Verbindungen zur islamistischen Szene haben. Die Staatsanwaltschaft Flensburg führt die Ermittlungen. Weitere Details wurden zunächst nicht bekanntgeben.<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 11. November 2024 (x1.424/…): >>**Die "Unabhängige" vom Bundesverfassungsgericht und die Wahrnehmungsstörungen**
Herbert Ludwig
Die Vizepräsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Doris König, hält auch heute noch die Corona-Rechtsprechung "absolut für richtig". Deutschlands ranghöchste Richterin zeigte

in einem Interview, "wie sehr sich unsere vermeintlichen Grundgesetzhüter als Teil der politischen Klasse verstehen - und wie wenig als Schutzschild der Bürger", so Jacob Fröhlich auf Tichys Einblick.
In ihrer Abgehobenheit vom tatsächlichen Geschehen verstieg sie sich gar zu der Behauptung, das "Gerede", man könne in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei sagen, sei "eher eine subjektive Wahrnehmung". Über die alarmierende Verfassung des Bundesverfassungsgerichts:

Corona-Rechtsprechung

Fröhlich findet das Interview vom 1.11. der Rheinischen Post mit der Richterin "verstörend". Schon ein einziger Satz genüge, um zu sehen, was sie vom Durchschnittsbürger halte:
"Viele Menschen scheinen von der Komplexität der Problemlagen überfordert zu sein, auch von der Rechtslage."
Es gebe ja, so J. Fröhlich, viele Menschen von der selbstgerechten und hochnäsigen Sorte, doch sie sei nicht irgendwer und sie spreche der höchsten Instanz unseres Grundgesetzes, dem Souverän der Demokratie, Wissen und Grips ab.
Und sie begründet ihre Meinung, daß sie die Corona-Rechtsprechung "absolut für richtig" halte, mit der Behauptung:
"In einer Zeit großer wissenschaftlicher Unsicherheit der Regierung einen großen Gestaltungsspielraum zu lassen, das halte ich für richtig. Niemand wußte damals, was richtig und was falsch war."
Das ist die Unwahrheit. Die Regierung hat sich überhaupt nicht bemüht zu wissen, was richtig und was falsch war, sondern von Anfang an das "Richtige" zielstrebig behauptet und viele nationale und internationale Wissenschaftler völlig ignoriert und abgeblockt, die sowohl gegen die "pandemische" Gefährlichkeit der Corona-Krankheit, als auch gegen die massiv propagierte mRNA-Impfung und ihre Nebenwirkungen immer wieder begründet ihre warnende Stimme erhoben haben.
Und seit März 2024 ist durch die veröffentlichten RKI-Protokolle allgemein bekannt, daß die staatlichen Wissenschaftler drei Jahre zuvor als Grundlage für den ersten Lockdown die Risikobewertung nicht aufgrund der eigenen wissenschaftlichen Fakten, sondern auf Anweisung der Regierung von "mäßig" auf "hoch" eingeschätzt haben.
Die Regierung hat von vorneherein gewußt, daß ihre "wissenschaftlichen" Theorien nicht stimmten. Und das RKI wußte intern genau, wie Prof. Homburg schrieb, "wie es aussieht, und seine Einschätzungen deckten sich weitgehend mit dem, was berühmte unabhängige Wissenschaftler sagten, wie Professor John Joannidis von der Stanford-University, Kulldorff von der Harvard-University, Bhattacharya von der Stanford- University. Und das deckte sich auch mit dem, was die Demonstranten und Lockdown- Gegner auf den Corona-Demonstrationen forderten. Nach außen hin hat aber das RKI genau das Gegenteil dessen verkündet, was es intern für richtig hielt. Es ist einfach politischen Weisungen gefolgt."
Den totalitären Maßnahmen des Staates wurde also via korrumpierten staatlichen Wissenschaftlern eine scheinwissenschaftliche Begründung verliehen, um die Menschen zu täuschen und zur Folgsamkeit zu bringen. Der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts wurde durch Regierung und RKI selbst getäuscht, als er in seiner Entscheidung vom 19.11.2021 gegen prozeßrechtliche Grundsätze den Verlautbarungen des RKI vertraute und nicht durch unabhängige Wissenschaftler überprüfte.
Am 3. September 2024 hat das Verwaltungsgericht Osnabrück aufgrund der durch die RKI-Protokolle bekannt gewordenen Tatsachen die Sache erneut dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt.
Dies alles müßte der Vizepräsidentin und Vorsitzenden des 2. Senates am 1.11.2024, dem Tag des Interviews, bekannt gewesen sein. Entweder hat sie es bewußt ignoriert, um das Narrativ

der Regierung zu stützen, oder sie leidet an Wahrnehmungsstörungen. In beiden Fällen gehört sie nicht in diese Position.
Und J. Fröhlich fügt an, was die Juristin einen "großen Gestaltungsspielraum der Regierung" nenne, seien in Wahrheit beispiellose Einschränkungen der im Grundgesetz garantierten bürgerlichen Freiheiten., die vor einem ewig übergriffigen Staat zu schützen, die wichtigste Aufgabe des Verfassungsgerichts sei. Darauf hätte das BVerfG ganz besonders achten müssen. Was verfassungsrechtlich, in Bezug auf die Grundrechte, richtig und falsch war, hätten alle gewußt - allen voran Frau König und ihre Kollegen.

Freiheits-Grundrechte

Wie abseits von der Lebensrealität Frau König lebt, zeigt sich in Ihrem Satz: "Dieses Gerede, man könne gar nichts mehr sagen in Deutschland, ist aber eher eine subjektive Wahrnehmung, die durch ständige Wiederholung weitertransportiert wird."

"Wir haben ein Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit, auf Pressefreiheit, auf Informationsfreiheit - und diese Rechte werden vom Bundesverfassungsgericht in einem sehr weiten Umfang geschützt."

Das Letztere stimmt zum Glück für die wenigen Fälle, die beim Bundesverfassungsgericht landen. Aber welche Zensur- und Lösch-Orgien dessen ungeachtet in den sozialen Medien z.B. auf Betreiben des Staates ständig stattfinden und Regierungsmitglieder dies offen vorantreiben, sieht Frau König nicht. Das ist so unglaublich, daß sich J. Fröhlich zur Frage gedrängt fühlt, "ob die Dame kurz vor dem Interview von der neuen Freiheit auf Cannabis-Konsum Gebrauch gemacht hat".

Auch daß nicht nur die Politik gesellschaftliche Wunden zu heilen, sondern auch Deutschlands Justiz an den Bürgern etwas wiedergutzumachen habe, komme Frau König nicht in den Sinn: "Das ist nicht Aufgabe der Rechtsprechung, sondern der Politik."

Aber die Rechtsprechung hat die Aufgabe, die Politik in die Schranken der geltenden Gesetze und der Verfassung zu weisen und damit selbstverständlich an der Corona-Aufarbeitung mitzuwirken. Und es sind Richter gewesen, die in der Corona-Zeit (und noch immer) gleich serienweise skandalöse Fehlurteile gesprochen haben.

Fröhlich: "Doch die Frau, die - Überraschung - auf einem SPD-Ticket nach Karlsruhe gesurft ist, entschuldigt sich nicht etwa beim Volk, sondern belehrt es. Zwar sei es nicht an ihr, Ratschläge zu erteilen - aber dann tut sie es doch":

"(Es ist) widersinnig, sich über eine 'Corona-Diktatur' zu beschweren und gleichzeitig autoritäre Parteien zu wählen. Diese sind nicht dafür bekannt, daß ihnen die Freiheitsrechte aller Menschen am Herzen liegen."

König wische also jedwede Kritik an den von ihrem Verfassungsgericht durchgewinkten Grundrechtseinschränkungen damit vom Tisch, daß die Kritiker ja auch angeblich freiheitsfeindliche Parteien wählen. Welche Parteien das sein sollten, behalte die Dame für sich. Ihre politische Nähe zur Sozialdemokratie lasse aber vermuten, daß die Juristin die AfD meine - denn linke Parteien können in der roten Weltsicht ja grundsätzlich nicht freiheitsfeindlich sein.

Königs Gedanke sei nicht nur verschwurbelt formuliert - er habe auch, nun ja, gewisse aussagenlogische Löcher. Dürfe man dann auch nicht mehr gegen einen zu hohen Steuerbescheid klagen, wenn man vorher die Steuererhöhungspartei SPD gewählt habe? Oder dürfe man eine Gruppenvergewaltigung durch Migranten nicht mehr anzeigen, wenn man Mitglied der grünen Massenmigrationspartei sei?

Was Frau König sage, zeige aber in erschütternder Deutlichkeit, daß unsere Verfassungsrichter an exakt derselben Wahrnehmungsstörung leiden wie unsere Berufspolitiker: Sie verwechselten ihre eigenen Parolen mit der Wirklichkeit. -

Unabhängigkeit

Dann habe sie hinzugefügt: "Als Demokratie kann es nur eine liberale, eine freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie geben, wie wir sie kennen, wo zwar das Mehrheitsprinzip herrscht, wo aber Macht immer durch die Kontrolle durch unabhängige Gerichte und andere Einrichtungen begrenzt wird."

Schön wär's, so J. Fröhlich. Das Schlüsselwort hier sei "unabhängig". Die Unabhängigkeit der Gerichte, auch ihres Verfassungsgerichts, setze Frau König einfach voraus. Doch ihr fehle erkennbar die Fähigkeit - und wohl auch die Bereitschaft - zur Selbstkritik, um zu erkennen, daß Deutschlands Justiz eben nicht unabhängig sei.

"Das vielleicht erschütterndste Beispiel liefert das Bundesverfassungsgericht selbst. Denn Richter dort wird man so:

Der Bundesjustizminister - also ein Kabinettsmitglied, das der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin unterliegt - macht Bundestag und Bundesrat einen Kandidatenvorschlag. De facto passiert das nach Absprache der großen Parteien. Bis zum Jahr 2016 hatten CDU/CSU und SPD sich darauf geeinigt, Kandidaten weitgehend abwechselnd vorzuschlagen. Danach nahm man auch Bündnis 90/Grüne in das Richterwahlkartell auf - weil ohne die Ökopaxe im Bundesrat die vom Grundgesetz vorgeschriebene Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreichbar gewesen wäre.

Im Ergebnis hat Deutschland - das andere so gerne in Sachen Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit belehrt - unter anderem diese Verfassungsrichter:

- Stephan Harbarth (ehemals stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- Josef Christ (ehemals Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundeskanzleramt)
- Peter Frank (ehemals Leiter des Ministerbüros im bayerischen Justizministerium)
- Miriam Meßling (ehemals Referatsleiterin im baden-württembergischen Innenministerium).
- Thomas Offenloch (ehemals Persönlicher Referent des baden-württembergischen Justizministers)
- Yvonne Ott (ehemals Referatsleiterin im hessischen Finanzministerium)
- Heinrich Wolff (ehemals Referent im Bundesinnenministerium)."

Wie man es über die richtige Politik bis ins Verfassungsgericht bringe, wisse auch Christine Langenfeld (ebenfalls Richterin im 2. Senat des BVerfGs): Sie sei einst Vorsitzende des "Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration" gewesen. Das sei - anders, als der Name suggeriere - keine Organisation von Experten, sondern von Pro-Zuwanderungs-Aktivisten.

Im Mai 2019 habe der Europäische Gerichtshof (EuGH) festgestellt, daß deutsche Staatsanwaltschaften nicht ausreichend unabhängig von der Bundes- und den Landesregierungen seien. Damals sei der Bundesrepublik sogar untersagt worden, weiter europäische Haftbefehle auszustellen: weil die Gefahr einer unzulässigen Einmischung zum Beispiel durch ein Justizministerium bestehe.

Aber Doris König fabuliere weiter von der "Unabhängigkeit" der deutschen Justiz.

Um diese Unabhängigkeit, die längst nur eine Schimäre sei 8, zu "wahren", befürworte die Vizepräsidentin natürlich auch die Idee, das Grundgesetz - das sie eigentlich schützen soll - so zu ändern, daß der Zugriff der etablierten Parteien auf Karlsruhe weiter gefestigt wird. Im selben Atemzug, mit dem der parteipolitische Einfluß auf Karlsruhe gestärkt werde, werde so der Einfluß der Bürger auf ihr höchstes Gericht weiter geschwächt.

Da sei es auch nicht weiter verwunderlich, daß es der von König geführte Zweite Senat in Karlsruhe gewesen sei, der die AfD-Klagen gegen die systematische Benachteiligung im parlamentarischen Betrieb - etwa bei der Besetzung von Ausschußvorsitzenden - kalt lächelnd abgeschmettert habe.

Die zahllosen Einflußversuche der Bundesregierung auf die doch so unabhängige Justiz seien

gut dokumentiert. Allein zwischen dem 6. Mai 2022 und dem 8. November 2023 habe es mehr als 40 Treffen zwischen Ministern oder Staatssekretären mit Richtern der obersten Gerichtshöfe und des Bundesverfassungsgerichts gegeben.
Eine Pflicht zur Dokumentation der geführten Gespräche und deren Ergebnisse - einschließlich der Telefonate - gebe es nicht. "So ein Zufall aber auch."
Und J. Fröhlich resümiert: "Die größten Gefahren für die bürgerlichen Freiheiten gehen mittlerweile vom Staat selbst aus. Politiker der etablierten Parteien untergraben zum Zwecke des eigenen Machterhalts die demokratischen Prozesse. Und die Justiz schützt nicht etwa den Bürger vor staatlichen Übergriffen, sondern stellt diesen Übergriffen gegen den Bürger regelmäßig auch noch verfassungsrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen aus.
Es stimmt also: Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ist gefährdet - und unser Rechtsstaat auch. Und beide aus ähnlichen Gründen: Sie liefern nicht mehr das, wozu sie eigentlich da sind. Wir haben da ein Riesenproblem.
Staatsjuristen wie Doris König sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems."<<
Griechenland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. November 2024 (x1.417/…): >>**Athener Anschlag und die BRD-Antifa**
Von *S. Hofer*
Einige Tage ist es erst her, da schockierte eine schwere Bombenexplosion Athen. Jetzt kommt heraus: BRD-Linksextremisten haben hier offenkundig ihre Finger im Spiel. Unverzichtbar ist in diesem Zusammenhang die COMPACT-Spezialausgabe "Antifa - Die linke Macht im Untergrund". …
Vor gut einer Woche ereignete sich in Athen ein schwerer Bombenanschlag, der sich gegen verschiedene Gedenkveranstaltungen richten sollten. Bei den geplanten Trauerveranstaltungen ging es um die Ermordung zweier junger Patrioten, die im September 2013 von einem bis heute nicht ermittelten Linksextremisten vor dem Büro der nationalistischen Partei Goldene Morgenröte erschossen worden waren.
Doch die geplante Attacke auf das Gedenken ging schief. Bei den Vorbereitungshandlungen flog die Konstruktion in die Luft. Der Linksextremist Kyriakos Xymitris wurde dabei getötet, seine Komplizin schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert.
Verbindungen in die linke BRD-Szene
Unmittelbar nach der Tat wurde bekannt, daß die Athener Bombenbauer über beste Verbindungen in die linksextreme Szene der deutschen Hauptstadt Berlin verfügen.
Mittlerweile hat die Athener Polizei nicht nur Ermittlungen wegen "Bildung einer terroristischen Vereinigung" eingeleitet, sondern neben der Bombenbastlerin Marianna Manoura noch zwei weitere Linksextremisten festgenommen, welche direkt an der Tat beteiligt gewesen sein sollen.
In diesem Zusammenhang fanden am Samstagnachmittag (9. November 2024) im Berliner Szeneviertel Friedrichshain mindestens zwei Hausdurchsuchungen statt, in der Liebigstraße und am Bensarinplatz. Es liegt daher nahe, daß einer oder mehrere Täter Teil der Berliner Antifaszene sind. Diese Vermutung wird auch durch die quasi in Echtzeit erfolgende Berichterstattung des X- Accounts "Nordkiez75" bestätigt, der aus dem Umfeld der Antifa-Szene in der Rigaer Straße betrieben wird und seit Tagen schwerpunktmäßig über die polizeilichen Maßnahmen gegen militante Linksextremisten in Athen berichtet.
Während die Behörden in der Bundesrepublik junge Patrioten verfolgen und öffentlich als Terroristen abstempeln, schweigen die staatlichen Organe zu den jüngsten Entwicklungen. Und auch die Presse, selbst die Lokalpresse in Berlin, hält es offenbar nicht für notwendig, über die Terror-Verbindung zwischen Athen und Berlin zu berichten.
Das europaweite Antifa-Terror-Netzwerk ist als noch gefährlicher als die "Hammerbande" einzustufen, es schreckt nicht vor Bombenanschlägen zurück und bei der Festnahme wurden

sogar scharfe Schußwaffen gefunden. Um so wichtiger wird es für alternative Medien sein, die weitere Entwicklung im Auge zu behalten und über Hintergründe aufzuklären.<<

USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. November 2024 (x1.417/…): >>**Enttarnt: Die Finanziers der Revolte**

Soros, Kennedy, Buffett, Getty, Gates. Extinction Rebellion hat die Kontobücher schlecht gesichert. Ein Anonymous hat sich so einen genauen Überblick verschaffen können: Das Geld stammt unter anderem von bekannten Superreichen - und dem Multimilliardär George Soros.

_ von *Federico Bischoff*

Erst seit einem Jahr gibt es die Revoluzzertruppe, die Anfang Oktober Berlin-Mitte und London mit Blockaden teilweise lahmlegte - aber sie hat schon fast eine Million an Spenden eingenommen. Eine genaue Übersicht verdanken wir einer findigen Internet-Spürnase, die die Kontenübersichten von Extinction Rebellion (XR) der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt hat.

Kennedy, Getty und Neilson haben eine halbe Million Euro gespendet.

Dabei mußte er oder sie sich noch nicht einmal in deren System hacken - alles lief ganz legal: "Ich habe einen Account im Bulletin Board von XR Finnland. Jeder kann sich einen solchen anlegen, das ist "halb-öffentlich". Jemand hat dort gepostet: "Wiki: International XR document index", und das Dokument enthielt eine Menge Links zu Google Docs."

Das Soros-Rätsel

Die Finanzierung von XR erfolgt nach Eigenangaben zu 54 Prozent über Crowdfunding und Paypal, was natürlich bestens geeignet ist, um Zahlungen zu verschleiern. Die restlichen 46 Prozent stammen von namentlich ausgewiesenen Geldgebern. Zu diesen gehören, wie der anonyme Tipgeber herausgefunden hat, folgende Großspender:

Children's Investment Fund (CIF): 121.140 Pfund (etwa 140.000 Euro). Zu den Mitgründern gehört Sir Christoph Hohn, laut Telegraph einer der wohlhabendsten Männer Großbritanniens. Hohn selbst, so das Blatt, soll aus eigenen Mitteln weitere 50.000 Pfund (knapp 60.000 Euro) beigesteuert haben.

Joe Corre: 50.000 Pfund. Corre hat angeblich ein Privatvermögen von knapp 50 Millionen Pfund und ist der Sohn der Modedesignerin Viviane Westwood.

Furka Holding: ebenfalls 50.000 Pfund. Besitzer des Anlegerfonds in Andermatt/Schweiz ist der frühere Goldman-Sachs-Manager Alasdair Breach.

Greenpeace: 10.000 Pfund (11.500 Euro).

European Climate Foundation: 20.000 Pfund (23.000 Euro). Zu deren Geldgebern gehören laut Eigenauskunft Rockefeller, IKEA, Bloomberg und der bereits erwähnte CIF.

Das Rätsel auf der Liste ist George Soros, der bekanntlich von Serbien über Georgien bis zur Ukraine schon einige bunte Revolutionen gesponsert hat. Sein Name steht auf der Liste - aber er ist der Einzige, bei dem kein Betrag vermerkt ist.

Vom Finanzadel gesponsert

Der vermutlich größte Geldgeber taucht in der geleakten Liste gar nicht auf - möglicherweise, weil die Daten auf dem finnischen Server von XR nicht auf dem neuesten Stand waren. Der Guardian schrieb am 12. Juli 2019: "Eine Gruppe wohlhabender Philanthropen und Investoren hat fast eine halbe Million Pfund zur Unterstützung der Graswurzelbewegung Extinction Rebellion und für Schulstreiks gespendet - und versprochen, Dutzende weitere Millionen in den kommenden Monaten zu geben." Der Geldfluß läuft demnach über den Climate Emergency Fund (CEF - auf deutsch: Klimanotstandsfonds), den drei Vertreter reicher Gelddynastien gegründet haben: Rory Kennedy, Tochter von Robert Kennedy, Aileen Getty, Tochter des Ölmagnaten John Paul Getty Jr., und Trevor Neilson, Chef von i(x) investments.

Der Letztgenannte bringt weitere Milliardäre mit ins Boot. Er arbeitete im persönlichen Stab (Family Office) von Bill und Melinda Gates und der von ihnen gegründeten Stiftung. Zu Neil-

sons Partnern bei i(x) investments gehört Howard W. Buffett, Enkel des drittreichsten Amerikaners Warren Buffett. Der Junior diente unter Präsident Barack Obama im Verteidigungsministerium und beaufsichtigte die Wirtschaftsprogramme für den Irak und Afghanistan. Neilson war außerdem Executive Director der Global Busineß Coalition, die mit Geldern von Bill Gates, George Soros und CNN-Gründer Ted Turner arbeitete.
Steve Oyer, Geschäftsführer bei i(x) investments, war früher bei der französischen Großbank Lazard. Ebenfalls in der Chefetage des Unternehmens ist Pär Lindstrom, er war zuvor Abteilungsleiter bei der Investitionsbehörde von Abu Dhabi. Im Beirat von CEF sitzt außerdem Bill McKibben, dessen Organisation 350.org von "Gruppen mit Verbindung zu George Soros ... erheblich finanziert" wurde (influencewatch.org). Bei 350.org hat sich übrigens Luisa Neubauer, die deutsche Sprecherin von Fridays for Future, nach eigenen Angaben "über Jahre" engagiert, bevor sie hierzulande bekannt wurde.

Guerilla-Geld für Guerilleros

Die britische Webseite von XR gibt als Spender auch die in Berlin registrierte Guerilla Foundation an, die 18.000 Euro gespendet haben soll (france24). Deren Kapitalbasis stammt von Antonis Schwarz, der die Pharmafirma seines Großonkels für 4,4 Milliarden Euro verkauft hat.

Wozu das Ganze?

Warum geben Superkapitalisten den antikapitalistischen Klimarebellen Geld? Die Zeitung Neue Solidarität hat eine Theorie: "Die Klimapolitik soll durch Emissionssteuern und die Schaffung einer neuen Blase namens "Green Finance" finanziert werden - und diese neue Finanzblase soll dazu dienen, den drohenden Bankrott des transatlantischen Finanzsystems noch einmal aufzuschieben.
Insgesamt sollen weltweit (nach Einschätzung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung) rund 80 Billionen US-Dollar in die "Klimaschutz-Investitionen" gesteuert werden. Die Millionen, die in die Extinction Rebellion und deren Mitstreiter fließen sollen, erscheinen also als eine äußert lukrative Investition - wenn die Allgemeinheit darauf hereinfällt."
Was macht XR mit den ganzen Einnahmen? Unter anderem bezahlt es Straßenkämpfer. Wer mehrere Tage lang in Berlin blockiert, kann natürlich nicht zur arbeitenden Klasse gehören und verfügt folglich über kein regelmäßiges Einkommen (die Schaffer, das sind vielmehr diejenigen, die aufgrund dieser Verkehrsbehinderungen im Stau stehen und nicht rechtzeitig zum Job kommen). Wer dem Ruf von XR zur Stilllegung von Berlin-Mitte oder dem Londoner Flughafen gefolgt ist, durfte immerhin auf etwa 450 Euro pro Woche hoffen - das ergibt einen Monatslohn, von dem die Verkäuferin im Supermarkt nur träumen kann.
Zur Beantragung gibt es auf der XR-Webseite sogar ein eigenes Formular, mit dem man sich sogenannte Volunteer Living Expenses erstatten lassen kann, also die Lebenshaltungskosten für einen Freiwilligeneinsatz. Voraussetzung ist, daß der Antragsteller schon vier Wochen dabei ist und das Gesuch von seiner Bezugsgruppe unterstützt wird. "Bis zu 400 Pfund oder 450 Euro kann man damit verdienen, anderen auf die Nerven zu gehen, sie zu schädigen und sich selbst zu einem Helden des Kampfes für das Klima zu inszenieren", resümiert die Rechercheplattform sciencefiles.org, die den Skandal entdeckt hat.

Straßenkämpfer bekommen von XR bis zu 450 Euro pro Woche.

Nach Angaben von XR, die ebenfalls aus den geleakten finnischen Dateien stammen, werden drei Prozent der Aktivisten entsprechend ausgezahlt - bei 150.000 Unterstützern weltweit wären das immerhin 4.500. Mehr bezahlte Kader dürften die Bolschewiki auch nicht gehabt haben, als sie im Oktober 1917 das Winterpalais stürmten.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 11/2019.

12.11.2024

BRD: Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 12. November 2024 (x1.422/…): >>**COP29: Guterres pocht auf jährlich 9 Prozent weniger CO2-Ausstoß**

UN-Generalsekretär António Guterres hat am Dienstag auf der Weltklimakonferenz in Baku (COP29) auf deutliche CO2-Reduktionen gedrängt. "Um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, müssen wir die globalen Emissionen jedes Jahr um neun Prozent senken", erklärte Guterres. "Leider steigen sie im Moment noch an."

Die Klimaschutzpläne der Staaten müßten alle Emissionen und die ganze Wirtschaft in den Blick nehmen. Der UN-Generalsekretär forderte die Staaten auf, die Kapazitäten für erneuerbare Energien zu verdreifachen, die Energieeffizienz zu verdoppeln und der Entwaldung bis 2030 Einhalt zu gebieten. Zudem müsse die weltweite Produktion und der Verbrauch fossiler Brennstoffe bis zu diesem Zeitpunkt um dreißig Prozent gesenkt werden. "

Alle Länder müssen ihren Teil dazu beitragen - und die G20-Staaten müssen vorangehen", sagte Guterres. Als zweite Priorität für die Verhandlungen auf der COP29 nannte er den Schutz vor den Folgen der Klimakrise. "Sie müssen mehr tun, um Ihre Bevölkerung vor den verheerenden Folgen der Klimakrise zu schützen", sagte er zu den anwesenden Regierungsvertretern. "Die Lücke zwischen Anpassungsbedarf und Finanzmitteln könnte bis 2030 bis zu 359 Milliarden Dollar pro Jahr betragen.

Diese fehlenden Dollar sind keine abstrakten Zahlen in einer Bilanz: Es geht um Menschenleben, verlorene Ernten und verwehrte Entwicklungschancen." Die Klimakrise sei eine Geschichte vermeidbarer Ungerechtigkeit. "Die Reichen verursachen das Problem, die Armen zahlen den höchsten Preis", erklärte der UN-Generalsekretär und verwies auf eine Erhebung von Oxfam, wonach die reichsten Milliardäre innerhalb von eineinhalb Stunden mehr CO2 ausstoßen als der Durchschnittsbürger in seinem ganzen Leben.

Die Auswirkungen der Erderhitzung beträfen jedoch alle. "In unserer globalen Wirtschaft treiben Schocks in der Lieferkette die Kosten überall in die Höhe. Dezimierte Ernten treiben die Lebensmittelpreise überall in die Höhe. Zerstörte Häuser erhöhen überall die Versicherungsbeiträge", sagte der UN-Generalsekretär. Klimafinanzierung sei daher keine Wohltätigkeit, sondern eine Investition. "Klimamaßnahmen sind nicht optional, sondern ein Gebot", so Guterres. "Das Geräusch, das Sie hören, ist eine tickende Uhr. Wir befinden uns im letzten Countdown, um den globalen Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Und die Zeit ist nicht auf unserer Seite."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31037" berichtet am 12. November 2024 (x1.418/…): >>**Helden der neuen Zeit: Interview mit Reyno De Beer von Liberty Fighters Network (LFN) aus Südafrika**

Interviewer: Heute habe ich das Vergnügen, Reyno De Beer bei Kla.TV zu begrüßen. Ein ganz besonderer Mann, würde ich sagen, denn er hat sich etwas vorgenommen, was man nicht für möglich halten würde. Er lebt in Pretoria, Provinz Gauteng, in Südafrika. Er ist 48 Jahre alt, ist Gründer und Präsident des Liberty Fighters Network, LFN, und arbeitet mit nur acht Mitarbeitern und Unterstützern zusammen. Aber die Auswirkungen sind enorm, wie Sie sehen werden. LFN ist seit 2017 aktiv.

Und wie es auf der Website heißt: "…eine unerbittliche Kraft für die Gerechtigkeit, eine freiwillige Vereinigung, nicht für den Gewinn, sondern für die Transformation unserer Rechtslandschaft, die es mit dem kriminellen Bankennetzwerk aufnimmt und umfassende Reformen im Justizsystem Südafrikas und des gesamten afrikanischen Kontinents vorantreibt." Reyno, es ist schön, daß Sie bei uns sind. Bitte erzählen Sie uns, wie Sie auf die Idee mit LFN gekommen sind!

Reyno De Beer: Vielen Dank, Stephan. Nun, seit 30 Jahren bin ich Menschenrechtsaktivist, tatsächlich seit ich die Schule verlassen habe. Das ist also eine Leidenschaft von mir. Mir ge-

fällt die Tatsache, daß Menschen von großen Konzernen und unseren Regierungen mit Füßen getreten werden, überhaupt nicht.
In Südafrika weiß also im Grunde jeder, daß wir eine Geschichte der Diskriminierung und Unterdrückung haben. Es ist eine ideale Situation für uns, vor allem als weißer Südafrikaner, eine Führungsrolle bei der Befreiung aller unserer Menschen zu übernehmen, ungeachtet der Ethnie und unserer Religionen. Wir haben auch in Südafrika viele Religionen. Und aus diesem Grund müssen wir unsere Kämpfe mit der Regierung und großen Konzernen mit Bedacht auswählen und bis zum Ende durchziehen.
Interviewer: Sie kämpfen also vor Gerichten. Und wie ich verstanden habe, helfen Sie Menschen. Können Sie dazu etwas berichten?
Reyno De Beer: Auf jeden Fall! Die größten Herausforderungen, die wir bewältigen, bestehen in unserem Gerichtssystem. Und wir gehen auch von einer Instanz zur nächsten. Wenn wir unser Gerichtssystem bis hin zum Verfassungsgericht, dem obersten Gericht Südafrikas, ausgeschöpft haben, gehen wir mit den Angelegenheiten zur Afrikanischen Kommission für Menschenrechte, einem Organ der Afrikanischen Union.
Und während wir das tun, kümmern wir uns auch um konkrete Einzelfälle, in denen Menschen Probleme mit Bank-Enteignungen haben oder große Unternehmen ihre Rechte mit Füßen treten; wenn sie es sich nicht leisten können, zu einem Anwalt zu gehen, der - wie jeder weiß - überall auf der Welt sehr teuer ist. Gerade in einem Land wie Südafrika, wo die meisten Menschen wirklich am Existenzminimum leben, ist es wichtig, eine Organisation wie die unsere zu haben, die ihnen in dem Moment, in dem sie es sich nicht leisten können, einen Anwalt aufzusuchen, kostenlos zur Seite steht.
Interviewer: Ja, das ist eine tolle Idee und ein Konzept, auf das wir zurückkommen werden. Können Sie uns ein oder zwei Gerichtsverfahren nennen, die Sie gewonnen haben?
Reyno De Beer: Unser bisher größter Erfolg ist, daß wir am 2. Juni 2020 einen Beschluß des Obersten Gerichtshofs erwirkt haben, der unsere Covid-19-Abriegelungsvorschriften für verfassungswidrig und ungültig erklärt.
Das war also ein enormer Sieg. Wir waren wahrscheinlich eine der ersten Organisationen auf der ganzen Welt, die diese verfassungswidrigen und ungültigen Maßnahmen, die auch in Südafrika eingeführt wurden, tatsächlich angegriffen haben. Und wir haben das bis vor unser Verfassungsgericht gebracht.
Aber leider, wie das heutzutage so ist, hat sich unser Verfassungsgericht nicht auf unsere Argumente eingelassen. Und schließlich wurde diese Anordnung aufgehoben. Aber unabhängig davon hat sie in Südafrika und in der Welt viel positive Wirkung gezeigt. Und dann haben wir, wie ich bereits erwähnt habe, eine ganze Reihe von Angelegenheiten vor der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte.
Ich bin zum Beispiel der Rechtsvertreter unseres ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma. Er wurde 2021 von unserem Verfassungsgericht, unserem höchsten Gericht, wegen Mißachtung des Gerichts zu einer Haftstrafe verurteilt. Und er wurde auf direkten Befehl hin inhaftiert. Er hatte also keine Möglichkeit, Berufung einzulegen. Deshalb haben wir ihn dabei unterstützt, seine Angelegenheit auch vor die Afrikanische Kommission zu bringen. Die Sache ist derzeit noch bei dieser Kommission anhängig, um die Tatsache anzufechten, daß er ohne jegliche Berufungsmöglichkeit inhaftiert wurde. Das sind also einer oder zwei der wichtigsten Fälle, mit denen wir derzeit zu tun haben.
Interviewer: Sehr interessant. Aber habe ich das richtig verstanden, Sie sind kein professioneller Anwalt, richtig?
Reyno De Beer: Das bin ich nicht. Ich habe mich selbst über einen Zeitraum von 30 Jahren in Rechtswissenschaften ausgebildet. Ich bin also kein Mitglied der Juristen-Zunft in Südafrika. Und das bringt eine Menge Probleme für die Juristen in Südafrika mit sich. In dem Moment,

in dem ich an Bord komme, können sie mich nicht wie einen ihrer Kollegen behandeln. Und wir ermutigen die Menschen, sich selbst vor Gericht zu vertreten, damit sie nicht die Dienste eines Anwalts in Anspruch nehmen müssen, die sie eine Menge Geld kosten.
Und wegen dieser Klüngel-Beziehungen zwischen ihnen neigen sie dazu, sich untereinander abzusprechen. Das sollte auch in Europa der Fall sein. Und in Südafrika passiert das auch oft. In dem Moment, in dem sie sich selbst vertreten, haben sie also sofort einen großen Wettbewerbsvorteil. In dem Moment, in dem sie den Gerichtssaal betreten. Denn man kann sie nicht manipulieren, damit sie nicht bei den Klüngel-Praktiken mitmachen.
Interviewer: Ja, ich verstehe.
Reyno De Beer: Das ist also einer der wichtigsten Punkte. Wir befähigen die Menschen, das Gerichtssystem und das Rechtssystem selbständig zu nutzen. So wie ich es mir selbst in 30 Jahren beigebracht habe. Und ich gebe immer damit an, wenn mich Leute fragen: Sind Sie ein Anwalt? Dann sage ich: Nein, ich bin besser als ein Anwalt. Denn das ist in der Tat die Wahrheit. Denn ich kann Dinge tun, die sie in vielen Fällen nicht tun können. Und das ist es, was wir den Menschen, die wir vertreten, beibringen.
Interviewer: Ja. Sehr interessant. Ich danke Ihnen. Auf Ihrem Telegram-Kanal behaupten Sie, daß LFN einen Wert von rund einer Milliarde Rand (einblenden: 1.000.000.000 ZAR entspricht 52. 554 959,349 EUR) für die Gesellschaft geschaffen hat, indem es Dienstleistungen anbietet, die, wenn sie von Juristen erbracht würden, so viel kosten würden. Wie kommen Sie zu diesem Schluß?
Reyno De Beer: Nun, das ist eine Berechnung, die wir intern durchgeführt haben. Es ist nicht einfach eine Zahl, die wir in den Raum gestellt haben. Wenn man die durchschnittlichen Kosten für einen Rechtsbeistand, einen professionellen Rechtsbeistand in Südafrika nimmt und ihn auf jeden einzelnen (Rechts-)Fall bezieht, den wir im Laufe der Jahre bearbeitet haben und immer noch bearbeiten.
Alle unsere Anfechtungen oder Klagen gegen unsere Regierung würden sich zum Beispiel höchstwahrscheinlich auf etwa 50 Millionen Rand belaufen, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt. Wenn man also die einzelnen Fälle zusammenrechnet, haben wir der südafrikanischen Bevölkerung durch unsere Arbeit rund eine Milliarde Rand an Gerichtskosten erspart, und zwar dadurch, daß wir diese Arbeit kostenlos durchgeführt haben. Und wir werden natürlich herausfinden, wie wir das erreichen können. Aber es ist von entscheidender Bedeutung, daß die Menschen Zugang zu den Gerichten haben.
Und um das zu tun, muß man entweder einen Anwalt beauftragen, was eine Menge Geld kostet, oder man muß es selbst tun. Aber wir haben ein drittes Standbein geschaffen, das uns allen zugutekommen kann. Wir ermutigen die Menschen, ähnliche Organisationen wie unsere zu gründen, um die Menschen auch rechtlich zu stärken, damit sie angemessene Unterstützung erhalten, wenn sie ihre eigenen Angelegenheiten vor Gericht bringen. Auf diese Weise sparen wir eine Menge Geld für die Menschen.
Interviewer: Nun, das ist sehr interessant, denn es ist auch ein großes Problem in Europa und Deutschland, daß man im Grunde an den hohen Gerichtskosten erstickt. Und so bekommen sie die Leute klein. Und am Ende wird der ganze Fall abgewiesen, weil das Opfer meistens aus finanziellen Gründen aufgeben muß. Und ich frage mich, wenn Sie wirklich nichts für Ihre Dienste verlangen, warum machen Sie das?
Reyno De Beer: Nun, ich bin ein überzeugter evangelischer Christ. Und ich verstehe meine Bibel so, daß wir das, was wir im Überfluß haben, mit anderen teilen sollen.
Und ich glaube, daß mein Gott jemand ist, der die Menschen nicht dazu ermutigt, reich zu werden, sondern zu teilen, was sie haben. Und in diesem Sinne teilen wir unser juristisches Fachwissen mit anderen, denen es nicht so gut geht wie uns. Und dadurch, daß wir das kostenlos tun, ohne eine Gegenleistung zu erwarten, bekommen wir tatsächlich Menschen, die uns

dann für die erhaltene Hilfe (etwas) spenden. Und auch andere, die durch unsere Freigiebigkeit ermutigt werden, kommen und spenden freiwillig.
Wir sagen den Menschen, denen wir helfen, immer, daß wir vielleicht nicht die Infrastruktur haben, um sie zu betreuen, aber daß wir sie zumindest in die richtige Richtung führen werden, ohne ihnen etwas für das, was wir tun werden, in Rechnung zu stellen. Und wenn sie jetzt oder in Zukunft die finanziellen Mittel haben, würden wir uns über eine freiwillige Spende freuen, sie ist aber nicht zwingend erforderlich.
So haben wir gesehen, daß die Menschen mit den Dienstleistungen, die wir ihnen kostenlos zur Verfügung stellen, so glücklich sind, daß sie, sobald sie Geld haben und in der Lage sind, uns eine freiwillige Spende zukommen lassen. Auf diese Weise halten wir unsere Organisation am Laufen. Wie gesagt, ich bin nicht reich, aber ich glaube, daß Gott mir und meiner Familie durch dieses Fürsorgesystem genau so viel gibt, um unsere Bedürfnisse zu stillen.
Und ich kann nicht einen Tag nennen, an dem wir nicht zu essen oder ein Dach über dem Kopf haben. Gott hat die Tendenz und Angewohnheit, in allerletzter Minute zu helfen, aber er hilft mir immer. Dafür bin ich sehr dankbar und gesegnet.
Interviewer: Danke, daß Sie das mit uns teilen! Das ist, denke ich, sehr ermutigend für die Menschen überall auf der Welt, wo wir sehen, daß Geld so viele Dinge in dieser Welt zerstört. Und es ist sehr wichtig, die Menschen zu ermutigen, sich nicht auf Geld zu fixieren, sondern (darauf), das Richtige zu tun, und für alles andere ist gesorgt. Nun sind wir schon fast am Ende unseres Interviews angelangt: Können Sie uns ein wenig über die Verbindungen zwischen Europa und Südafrika berichten, denn für uns ist es sehr weit weg, aber wie wir bereits erwähnt haben, gibt es einige interessante Verbindungen. Vielleicht können Sie den Leuten ein bißchen mehr darüber erzählen.
Reyno De Beer: Nun, ich denke, die wichtigste Verbindung zwischen Südafrika und Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt ist die Tatsache, daß viele Leute nicht wissen, daß die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel unseren Präsidenten Cyril Ramaphosa vom 5. bis 7. Februar 2020 besuchte, als die Covid-19-Pandemie anfing, oder wie es vorher hieß, der SARS-CoV-2-Virus. Aber zur gleichen Zeit war eine andere sehr wichtige Person ebenfalls in Südafrika und hatte viele Treffen mit unserer Regierung: niemand anderes als Bill Gates.
Interviewer: Ach, tatsächlich?
Reyno De Beer: Und man kann es nachweisen, daß am 7. Februar tatsächlich ein Tennismatch stattfand, um Spenden für eine bestimmte Stiftung zu sammeln. Es war das Tennisspiel zwischen Roger Federer und (Rafael) Nadal in Kapstadt am 7. Februar, veranstaltet von Bill Gates. Jeder kann es leicht nachprüfen, daß genau zur gleichen Zeit Angela Merkel, Bill Gates und Cyril Ramaphosa, damals auch Chef der Afrikanischen Union, da waren.
Ich habe später ein Video gesehen, in dem Bill Gates ausdrücklich darauf hinwies, daß er ein Treffen mit Cyril Ramaphosa hat. Was er aber nicht sagte, war, daß Angela Merkel und eine Entourage von Geschäftsleuten aus Deutschland nur für speziell diese drei Tage nach Südafrika gekommen sind. Und kurz darauf, ich glaube am 11. Februar, wir erinnern uns, wurde das SARS-CoV-2-Virus identifiziert, das dann auch offiziell als Covid-19-Pandemie bezeichnet wurde.
Der Grund, warum wir glauben, daß dies geschah, war, wie Bill Gates später auch sagte, daß Südafrika und insbesondere Cyril Ramaphosa die Verbindung zwischen der westlichen Welt und dem afrikanischen Kontinent ist. Ich glaube, daß es die Covid-19-Pandemie in dieser Form und Gestalt ohne dieses Treffen nicht gegeben hätte. Denn da die afrikanischen Länder sehr konservativ sind, verließen sie sich auf den damaligen Staatschef Cyril Ramaphosa, der die Führung übernahm und sie ermutigte, die Covid-19-Maßnahmen zu befolgen.
Interviewer: Das ist sehr interessant. Wir sind wirklich eine internationale Welt, daher ist es sehr gut, von der anderen Seite der Welt zu hören, wie Sie die Dinge erleben und was Sie dort

tun. Ich danke Ihnen vielmals. Letzte Frage: Wie können die Menschen im Ausland mit Ihnen in Kontakt bleiben?
Reyno De Beer: Sie können unsere Website besuchen: www.libertyfighters.org. Dort finden Sie auch alle Kontaktinformationen und die Fälle, an denen wir arbeiten.
Und für diejenigen, die gerne noch viel mehr für uns tun und uns bei unserer Arbeit unterstützen möchten, gibt es dort auch Angaben zu freiwilligen Spenden. Und wir freuen uns über jede Unterstützung, sei es in finanzieller Hinsicht oder einfach, um mit uns in Kontakt zu treten und Informationen auszutauschen. So sind wir zum Beispiel mit einem sehr wichtigen Verfahren gegen die südafrikanische Aufsichtsbehörde für Gesundheitsprodukte beschäftigt, um alle Aufzeichnungen der registrierten Covid-19-Impfstoffe zu erhalten.
Ich glaube, daß auch andere Länder, wie z.B. Deutschland, darum kämpfen, diese Impfstoffunterlagen zu bekommen, und wir können Informationen, Tips und Unterlagen, die wir vielleicht haben oder Teile davon, mit den anderen Ländern einfach teilen, die darüber nicht verfügen. Und auf diese Weise können wir, vielleicht ein bißchen aus Deutschland, vielleicht ein bißchen aus den USA, gemeinsam eine fundierte Datenbasis schaffen, was diese Covid-19-Impfstoffe wirklich sind. Das ist nur ein Beispiel, aber die Synergie wird auf jeden Fall sehr geschätzt werden.
Interviewer: Ich denke, das ist ein sehr guter Anknüpfungspunkt und es ist für Aktivisten aus der ganzen Welt sehr wichtig, sich zu vernetzen, wie wir es heute mit diesem Interview tun. So fügen wir die Teile zu einem Ganzen, vielleicht vom einen Kontinent, vielleicht vom anderen. Um vor allem in der Covid-19-Frage wirklich etwas zu bewirken. Reyno, vielen Dank für dieses Interview, Gott segne Sie! Bis zum nächsten Mal. Auf Wiederhören!
Reyno De Beer: Vielen herzlichen Dank und Gott segne Sie!<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. November 2024 (x1.417/…): >>**Trumps 10-Punkte-Plan gegen den Deep State**
Von *Daniell Pföhringer*
Donald Trump hat versprochen, den Tiefen Staat in den USA zu bekämpfen. Nun hat er bereits einen Katalog mit verschiedenen Maßnahmen veröffentlicht, um dieses Vorhaben umzusetzen. …
Nur wenige Tage nach seiner Wahl zum US-Präsidenten hat Donald Trump einen Maßnahmenkatalog vorgestellt, um den Tiefen Staat zu entmachten - wie er es im Wahlkampf versprochen hat. Nachfolgend geben wir seinen 10-Punkte-Plan in deutscher Übersetzung wider.
Hier ist mein Plan, um den Deep State zu demontieren und unsere Demokratie von der Korruption in Washington zurückzufordern:
1. Ich werde meine 2020 erlassene Executive Order wieder in Kraft setzen, die dem Präsidenten die Befugnis zurückgibt, skrupellose Bürokraten zu entlassen - und ich werde diese Macht sehr energisch ausüben.
2. Wir werden unsere nationalen Sicherheits- und Nachrichtendienste von allen korrupten Akteuren säubern - und davon gibt es viele. Die Abteilungen und Behörden, die zweckentfremdet wurden, werden vollständig neu aufgestellt, sodaß gesichtslose Bürokraten nie wieder in der Lage sein werden, Konservative, Christen oder politische Gegner zu verfolgen, wie es derzeit in einem Maß geschieht, das niemand für möglich gehalten hätte.
3. Wir werden die FISA-Gerichte (Bundesgerichte zur Kontrolle der Auslandsgeheimdienste), die so korrupt sind, daß es den Richtern anscheinend egal ist, wenn sie in Anträgen belogen werden, umfassend reformieren. Viele Richter haben so viele Anträge gesehen, von denen sie wissen, daß sie falsch sind, oder dies zumindest hätten wissen müssen, aber sie tun nichts dagegen.
4. Wir werden den Machtmißbrauch und die Täuschungen, die unser Land spalten, aufdecken und eine Wahrheits- und Versöhnungskommission einrichten, um alle Dokumente, die durch

die Zensur und Korruption des Deep State zurückgehalten werden, zu deklassifizieren und zu veröffentlichen.
5. Wir werden eine große Razzia gegen Regierungslecks starten, die mit den Fake-News-Medien zusammenarbeiten, um absichtlich falsche Narrative zu verbreiten und unsere Regierung und unsere Demokratie zu untergraben.
6. Wir werden dafür sorgen, daß alle Büros der Generalinspekteure unabhängig und physisch von den Abteilungen, die sie überwachen, getrennt sind, damit sie nicht zu Beschützern des Deep State werden.
7. Ich werde den Kongress auffordern, ein unabhängiges Kontrollsystem einzurichten, das unsere Nachrichtendienste kontinuierlich überwacht, um sicherzustellen, daß sie nicht unsere Bürger ausspionieren oder Desinformationskampagnen gegen das amerikanische Volk führen oder Wahlkampagnen ausspionieren, wie es bei meiner der Fall war.
8. Wir werden wir die von der Trump-Administration begonnenen Maßnahmen fortsetzen, Teile der ausufernden Bundesbürokratie an neue Standorte außerhalb von Washington zu verlegen.
9. Ich werde meine Bemühungen fortsetzen, Bundesbeamte daran zu hindern, nach ihrem Ausscheiden in die Unternehmen zu wechseln, mit denen sie während ihrer Amtszeit interagiert haben.
10. Schließlich werde ich eine Verfassungsänderung anstreben, um Amtszeitbeschränkungen für Mitglieder des Kongresses durchzusetzen.
So werde ich den Deep State zerschlagen und eine Regierung wiederherstellen, die vom und für das Volk kontrolliert wird. Vielen Dank!
Kampf dem Tiefen Staat: In COMPACT-Spezial "Trump: Sein Leben, seine Politik, sein großes Comeback" lesen Sie mehr über die Pläne und Vorhaben des nächsten US-Präsidenten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. November 2024 (x1.417/…): >>**Hollywoods Hohepriester**
Anton LaVey und die Church of Satan. Anton Szandor LaVey war eine der schillerndsten Figuren des okkulten Untergrunds. In seiner Satanskirche gaben sich Showbiz-Größen die Klinke in die Hand. …
_ von *Daniell Pföhringer*
Louisiana, 29. Juni 1967: Auf einem Highway in der Nähe von New Orleans fährt ein Buick 225 Electra mit hoher Geschwindigkeit auf einen Sattelzug auf. Die beiden Insassen auf der Vorderbank und der Fahrer sind sofort tot, die drei Kinder auf der Rückbank erleiden nur leichte Verletzungen. Die Nachricht vom Crash verbreitet sich wie ein Lauffeuer quer durch die USA und über die ganze Welt. Denn die Frau, die mit ihrem Anwalt und Verlobten Sam Brody ums Leben gekommen war, ist keine Unbekannte. Es handelt sich um die Schauspielerin Jayne Mansfield, die nach dem Tod von Marilyn Monroe 1962 als das neue Sexsymbol in Hollywood galt.
LaVey arbeitete als Löwenbändiger und begleitete Stripshows mit seiner Orgel.
Bald kursieren Gerüchte, nach denen die 34-Jährige bei dem Unfall regelrecht geköpft worden sei. Doch die Pressefotografen hatten lediglich ein blondes Haarteil, das der Mimin beim Aufprall vom Kopf geflogen war, vor die Linse bekommen. Wesentlich hartnäckiger hielt sich eine andere Legende: Mansfield und Brody seien von einem Fluch belegt worden. Die Verwünschung ausgesprochen habe Anton Szandor LaVey, den man auch den "schwarzen Papst" nannte.
Lovecraft und Nietzsche
Die Wege der Schauspielerin und des Okkultisten hatten sich zwei Jahre vor dem Unfall gekreuzt. Mansfield befand sich damals auf dem absteigenden Ast. 1933 in Pennsylvania als

Tochter eines Anwalts geboren, hatte sie bereits mit 17 Jahren geheiratet und wurde zum ersten Mal Mutter. Es folgten zwei weitere Ehen und vier Kinder. 1955 zog sich die attraktive Blondine mit einer Oberweite von 103 Zentimetern für den Playboy aus, es folgten Engagements am Broadway und in Hollywood. Warner Bros. wollte sie mit Streifen wie Illegal oder Tote lügen nicht zu einer zweiten Monroe aufbauen.
Zunächst bekam sie gute Kritiken, doch nach mehreren Mißerfolgen begann ihr Stern zu sinken. 1963 trat sie an der Seite von Freddy Quinn in dem deutschen Unterhaltungsfilm Heimweh nach St. Pauli auf, tingelte durch britische Nachtklubs. Im selben Jahr drehte Mansfield in Amerika den Skandalfilm Promises! Promises!, der vor allem durch ihre Nacktszenen in Erinnerung blieb. Nie zuvor hatte sich eine Hollywood-Diva so freizügig präsentiert. Zahlreiche private Probleme sowie zunehmender Alkohol- und Medikamentenmißbrauch machten ihr schwer zu schaffen.

"Satan bedeutet Sinnesfreude anstatt Abstinenz." LaVey

Für LaVey und seinen satanischen Zirkel war die berühmte Schauspielerin ein ideales Aushängeschild. Vielleicht waren es die Gegensätze, die sich anzogen, denn beide stammten aus völlig unterschiedlichen Milieus. Der spätere Hohepriester Hollywoods erblickte 1930 als Sproß einer säkularen jüdischen Familie in Chicago das Licht der Welt. Sein Vater Joseph war Handelsvertreter, zog mit Frau und Kind nach San Francisco. Schon früh fühlte sich der Junior zu Düsterem hingezogen, verschlang klassische Gothic Novels wie Mary Shelleys Frankenstein und Bram Stokers Dracula, aber auch die Erzählungen von H. P. Lovecraft und Werke uramerikanischer Autoren wie Mark Twain und Jack London.
Zudem beschäftigte sich LaVey mit der Philosophie Nietzsches und Okkultismus. Als Autodidakt erlernte er diverse Instrumente, darunter Violine, Oboe, Klarinette und Orgel. Statt sich wie seine Altersgenossen für Football zu interessieren, zog es ihn an Orte, die für einen Heranwachsenden eher ungewöhnlich sind. In Billardhallen und verruchten Bars traf er auf Gauner, Zuhälter und Prostituierte.

Die Schöne und das Biest

Im Jahr 1967 lernte die damals 19-jährige Ausreißerin Susan Atkins auf einer Party ihrer Wohngemeinschaft in San Franciscos Hippie-Hochburg Haight-Ashbury den damals 32-jährigen und vorbestraften Charles Manson kennen. Später sagte sie: "Charles Manson war für mich zu dieser Zeit Jesus und Satan in einer Person." 1969 war sie an den bestialischen Tate-Morden beteiligt. In San Francisco hielt sie sich unter anderem als Oben-ohne-Tänzerin über Wasser. 1968 trat sie als solche in einer Show namens "Witches' Sabbath" (Hexensabbat) auf - die von Anton Szandor LaVey organisiert wurde.
Im Frühjahr 1947 heuerte der gerade einmal 16-Jährige beim Clyde Beatty Circus an. Er spielte im Zirkusorchester und war zunächst Assistent des Tierbändigers, um später allein mit den Raubkatzen aufzutreten. In den folgenden Jahren arbeitete LaVey auf Jahrmärkten oder begleitete Burlesque- und Striptease-Shows mit der Dampforgel. Während eines Engagements in Los Angeles soll er eine Affäre mit der damals noch unbekannten Marilyn Monroe gehabt haben, die als Stripperin in einem Nachtklub auftrat.
Nachdem LaVey 1950 die noch minderjährige Carole Lansing geheiratet hatte und zwei Jahre später die gemeinsame Tochter Carla zur Welt gekommen war, verdingte er sich als Polizeifotograf, übernahm aber auch ungewöhnliche Aufträge und fotografierte angebliche UFO-Sichtungen oder Spukhäuser. Irgendwann war er über die Grenzen von San Francisco hinaus als Experte für Übersinnliches bekannt, begann als Hypnotiseur und Lebensberater zu arbeiten und verdiente damit bald so viel Geld, daß er seinen Hauptberuf an den Nagel hängen konnte.

Tiermasken und nackte Frauen

1956 erwarb LaVey für sich und seine Familie ein altes Haus im viktorianischen Stil in der California Street. Er ließ das neue Domizil komplett schwarz streichen - es sollte später als

Black House bekannt werden. Nach der Scheidung von seiner Frau Carole heiratete der Okkultist Diane Hegarty, 1963 kam die gemeinsame Tochter Zeena zur Welt. Jeden Freitag traf sich im Black House ein magischer Zirkel, zu dem auch der Underground-Filmer und Crowley-Anhänger Kenneth Anger gehörte. In der Walpurgisnacht des Jahres 1966 gründete LaVey mit der Church of Satan (Kirche Satans) schließlich seine eigene Teufelssekte.
Mit seiner charismatischen Persönlichkeit und durch die mediale Berichterstattung zog der neue Kult auch Promis wie den Entertainer Sammy Davis Jr. oder eben Jayne Mansfield an. In seinen vier Wänden hielt der neue Hohepriester satanische Rituale und Schwarze Messen mit dunklen Gewändern, Tiermasken, Glocken, Kelchen, Kerzen sowie nackten Frauen auf dem Hausaltar ab. LaVey setzte auf Showeffekte - als Atheist glaubte er weder an Gott noch an den Teufel.
Satan war für ihn ein Archetyp, der einen radikalen Individualismus verkörpert. "Du mußt deine eigene Existenz genießen, bevor du dich anderen zuwendest", lautete die Botschaft, die er in seiner 1969 veröffentlichten Satanischen Bibel verkündete. "Satan bedeutet Widerstand gegen alle Religionen, die den Menschen wegen seiner natürlichen Instinkte verurteilen." Ausdruck fand sein düsterer, von Nietzsche und Ayn Rand inspirierter Libertarismus in den neun Satanischen Grundsätzen, die er im selben Jahr formulierte:
"1. Satan bedeutet Sinnesfreude statt Abstinenz!
2. Satan bedeutet Lebenskraft statt Hirngespinste!
3. Satan repräsentiert unverfälschte Weisheit anstatt heuchlerischen Selbstbetrug!
4. Satan bedeutet Güte gegenüber denjenigen, die sie verdienen, anstatt Verschwendung von Liebe an Undankbare!
5. Satan steht für Rache statt Hinhalten der anderen Wange!
6. Satan bedeutet Verantwortung für die Verantwortungsbewußten anstatt Fürsorge für psychische Vampire!
7. Satan bedeutet, daß der Mensch lediglich ein Tier unter anderen Tieren ist, manchmal besser, häufig jedoch schlechter als die Vierbeiner, da er aufgrund seiner "göttlichen geistigen und intellektuellen Entwicklung" zum bösartigsten aller Tiere geworden ist!
8. Satan steht für alle sogenannten Sünden, denn sie alle führen zu physischer, geistiger oder emotionaler Erfüllung!
9. Satan ist der beste Freund, den die Kirche jemals gehabt hat, denn er hat sie die ganzen Jahre über am Leben erhalten!"
Zwischen Mansfield und ihm entwickelte sich eine innige Freundschaft, die wohl nicht nur rein platonischer Natur war. LaVey weihte sie sogar zur Priesterin seiner Satanskirche. Doch irgendwann ging die Schauspielerin eine Liaison mit ihrem Anwalt Sam Brody ein. Der war nicht nur ständig von Eifersucht getrieben, sondern spottete auch über die okkulten Praktiken der Church of Satan.
Es heißt, die Spannungen zwischen den beiden Männern sollen ständig zugenommen haben und seien dann eskaliert, als Brody es wagte, aus Jux ein paar schwarze Kerzen in LaVeys Ritualkammer anzuzünden. Der Hohepriester der Church of Satan soll laut Mansfield-Biograf Michael Feeney Callan daraufhin zu seinem Nebenbuhler gesagt haben: "Du bist vom Teufel verflucht. Du wirst innerhalb eines Jahres getötet werden." So kam es schließlich …

Marc Almond und Marilyn Manson

Zu Beginn der 1970er Jahre zog sich LaVey mehr und mehr aus der Öffentlichkeit zurück. 1975 kam es zwischen ihm und seinem Weggefährten Michael Aquino zu einem Zerwürfnis über esoterische Fragen, vor allem aber über den Verkauf von Priestertiteln, den der Kopf der Church of Satan betrieb, um sein Black House zu finanzieren.
Dennoch zog die Church of Satan weiterhin Kulturschaffende in ihren Bann, etwa in der zweiten Hälfte der Achtziger den Avantgardekünstler und Industrial-Pionier Boyd Rice, der sogar

in den inneren Kreis, den sogenannten Council of Nine, aufgenommen wurde. LaVey wurde Mentor des Rockmusikers Brian Hugh Warner alias Marilyn Manson und des dänischen Metal-Stars King Diamond. Auch Sänger Marc Almond soll eine Zeit lang Mitglied der Satanskirche gewesen sein.

"Du bist vom Teufel verflucht. Du wirst innerhalb eines Jahres getötet werden." LaVey zu Brody

Diane Hegarty verließ ihren Lebensgefährten 1984. An ihre Stelle trat bald darauf Blanche Barton, die seit 1976 Mitglied der Church of Satan war und 1990 die offizielle LaVey-Biographie The Secret Life of a Satanist veröffentlichte. Barton schenkte ihrem Lebensgefährten 1993 schließlich noch ein drittes Kind, das den Namen Satan Xerxes Carnacki verpaßt bekam. Dem Vater war es allerdings nicht mehr vergönnt, seinen einzigen Sohn lange aufwachsen zu sehen. Am 29. Oktober 1997 erlag LaVey, der schon länger unter gesundheitlichen Problemen gelitten hatte, einer Herzattacke.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Spezial 40: "Satan, Pop und Hollywood".<<

13.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 13. November 2024 (x1.420/…): >>**Von wegen Mini-Inflation: Butter 40 % teurer! Kfz-Versicherung 32 % rauf! - Preise rasen wieder**

Butter, Speisefette, Gurken, Säfte, Zucker und viele andere Lebensmittel, aber auch Versicherungen waren im Oktober wieder deutlich teurer - die Horror-Inflation ist zurückgekehrt! Die offizielle Inflationsrate von zwei Prozent ist ein rein statistischer Wert auf Basis eines "Warenkorb-Sammelsuriums" und von der Lebenswirklichkeit im Alltag der Deutschen weit entfernt!

So kosten etwa viele Lebensmittel nach Angaben des Statistischen Bundesamtes deutlich mehr als noch vor einem Jahr. Schauen Sie mal, wieviel tiefer Sie jetzt an der Supermarkt-Kasse in die Tasche greifen müssen:

- Butter wurde um 39,7 Prozent teurer, Gurken um satte 34,5 Prozent. Für den Orangensaft zum Frühstück mußten Verbraucher 19 Prozent mehr zahlen, für Zucker 20 Prozent.
- Einen Preisschock gab es u.a. auch bei Kfz-Versicherungen (+ 31,9 Prozent). Andere Versicherungen kosteten ebenfalls wesentlich mehr - im Schnitt 15,2 Prozent. Deutlich teurer wurden auch Restaurantbesuche (+ 6,8 Prozent), Pauschalreisen (+ 5,8 Prozent) und Auto-Reparaturen (+ 5,4 Prozent).

So schaut's aus in Deutschland!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 13. November 2024 (x1.421/…): >>**Nach Vergewaltigung: Grüne fordern U- und S-Bahn-Wagen nur für Frauen**

In Berlin fordern die Grünen, daß es separate U-und S-Bahn-Wagen nur für Frauen gibt, um sexuelle Übergriffe zu verhindern. Grund für die Forderung war eine Vergewaltigung einer Frau durch einen Iraner im Februar.

Marie Rahenbrock

Die Grünen fordern im Berliner Senat, daß es extra Wagen bei den U- und S-Bahnen nur für Frauen geben soll, um sie vor sexuellen Übergriffen zu schützen. Das berichtet B.Z. Ursprünglich sollten separate Wagen nicht nur für Frauen, sondern auch für Nicht-Binäre und Transgender eingerichtet werden. Dann jedoch entschied man sich für eine Fokussierung auf Frauen. Die verkehrspolitische Sprecherin der Grünen, Antje Kapek, verteidigte die Fokussierung: "Ich stehe zur Konzentration auf Frauen. Sie sind häufiger Gewalt ausgesetzt und haben daher einen übergeordneten Schutzbedarf." Im Vorjahr waren 89 Prozent der Opfer von Sexualdelikten Frauen, und 90 Prozent der Täter waren Männer.

In Berlin stieg der Anteil von Sexualstraftaten im öffentlichen Nahverkehr in den letzten zehn Jahren um 260 Prozent. 2023 gab es 391 Straftaten. Der Plan der Grünen sieht vor, daß es die

Waggons ausschließlich für Frauen außerhalb der Stoßzeiten geben soll. Die Wagen sollen entweder "direkt hinter dem Fahrer" sein, wie Kapek sagt, oder "am Ende des Zuges, wenn es wie in Tokio einen zweiten mitfahrenden Fahrer gibt." Außerdem sollen speziell markierte Zonen mit Notrufsäulen eingerichtet werden, und es soll eine Videoüberwachung an den Bahnhöfen geben.
Vorbild für die Maßnahme sind ähnliche Regelungen in Japans Hauptstadt Tokio. In Tokio gibt es Frauen-Waggons abends von 17 bis 21 Uhr und morgens bis um 10 Uhr. Neben Frauen dürfen nur Rollstuhlfahrer und Jungen bis zu einem Höchstalter von 12 Jahren in den Wagen sein.
Die Kommunikations-Chefin der Berliner Verkehrsbetriebe BVG, Maja Weihgold, sagt: "Wir arbeiten mit vollem Einsatz daran, daß alle Fahrgäste jederzeit sicher und mit einem guten Gefühl ans Ziel kommen." In allen U-Bahnen der BVG gibt es Notrufknöpfe, die mit dem Fahrer verbinden. An allen Bahnhöfen gibt es bereits Notrufsäulen, die in die BVG-Sicherheitszentrale vermitteln. In der BVG-Sicherheitszentrale arbeitet auch ein Polizist, der Kontakt zu Polizisten auf Streife hat.
Auslöser für die Forderung der Grünen war eine Vergewaltigung im Februar, wie die Bild berichtet. Der 33-jährige Mohsen K. hatte eine 63-jährige Frau auf der Linie U3 im letzten Zug Richtung Krumme Lanke vergewaltigt. Die Tat ereignete sich kurz nach Mitternacht. Der Iraner, der 2016 nach Deutschland gekommen war, wurde wegen Schizophrenie in eine Klinik verlegt, wie die B.Z. im Juli berichtete.
Der Generalsekretär der Berliner FDP, Peter Langer, sagte laut der Berliner Morgenpost: "Jeder muß sich in Berlin frei bewegen können. Es darf keine No-Go-Areas geben." Weiter sagte er: "Statt Extra-Waggons zu schaffen, müssen alle U-Bahn-Wagen durchgängig sein. Zusätzliches Sicherheitspersonal muß vor allem in den Abend- und Nachtstunden vor Ort zur Verfügung stehen." Auch die Berliner Verkehrssenatorin Ute Bonde (CDU) sieht den Vorschlag der Grünen kritisch. Sie verwies auf die bestehende Sicherheitsstruktur an U- und S-Bahnhöfen. Die geforderte Maßnahme widerspreche "auch meiner Vorstellung von einer, unabhängig von meiner Genderzugehörigkeit, gleichberechtigten Gesellschaft."<<
Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 13. November 2024 (x1.423/…): >>**Baerbock: Unterstützung der Ukraine zu Lasten deutscher Sozialleistungen**
Erstmals räumt Regierungsmitglied Kürzungen in Deutschland wegen Zahlungen an Kiew ein / Bundeskanzler Scholz hatte dies ausgeschlossen / Wirtschaftsminister Habeck fordert erneutes "Sondervermögen" für Bundeswehr
Herausgegeben von Stefan Korinth und Paul Schreyer
Zum ersten Mal hat ein Mitglied der aktuellen Bundesregierung öffentlich eingeräumt, daß die finanzielle Unterstützung der Ukraine zur Kürzung staatlicher Leistungen für deutsche Bürger etwa in den Bereichen Bildung und Soziales geführt hat.
Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärte einen Tag nach dem Ende der Ampelkoalition in der ARD-Sendung "Maischberger" (7. November), für die bisherigen deutschen Zahlungen an Kiew in Höhe von 37 Milliarden Euro mußten Leistungen in "anderen Bereichen abgeschnitten" werden. Explizit nannte sie Sozialleistungen wie die Finanzierung frühkindlicher Bildung in der Kita und Schule sowie Investitionen bei der Deutschen Bahn. "Das waren schmerzhafte Entscheidungen für uns."
Entgegen Baerbocks Aussagen hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei seiner Rede zur Entlassung von Finanzminister Christian Lindner (FDP) am 6. November gesagt: "Ich bin nicht bereit, unsere Unterstützung für die Ukraine und Investitionen in unsere Verteidigung zu Lasten des sozialen Zusammenhalts zu finanzieren." Es dürfe nicht der Gegensatz aufgestellt werden, entweder die Ukraine zu unterstützen oder in Deutschlands Zukunft zu investieren. Dies gegeneinander zu stellen sei "falsch und gefährlich". Scholz kündigte in der Rede sogar

die Erhöhung der deutschen Ukraine-Zahlungen an.
Bereits auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2023 hatte der Kanzler erklärt, mit ihm werde es keine Kürzungen bei den Sozialausgaben geben. Zudem hatte er das Aussetzen der Schuldenbremse im Jahr 2024 angekündigt. Wenige Tage nach Baerbocks Aussagen bekräftigte Scholz in der ARD-Sendung "Caren Miosga" (10. November) erneut, daß Kürzungen bei Renten und beim Geld für Kommunen mit ihm nicht zu machen seien.
Im Bundeshaushalt für 2024 und 2025 finden sich insbesondere Kürzungen beim Bundesministerium für Gesundheit, beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie beim Auswärtigen Amt. Auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft muß für 2025 eine Etatkürzung hinnehmen. Allerdings entsprechen diese Reduzierungen in Summe bei weitem nicht den 37 Milliarden Euro, welche der Bund der Ukraine Baerbock zufolge zur Verfügung gestellt hat.
Die Außenministerin erklärte zudem im Interview mit Sandra Maischberger, die Ampelkoalition sei zerbrochen, weil Finanzminister Lindner bei einem möglichen Ende der Ukraine-Unterstützung der USA sich gegen eine Neuverschuldung gestellt habe und weiter im sozialen Bereich streichen wollte. "Das wäre auch der größte Gewinn von Putin gewesen, daß man den Frieden gegen die soziale Sicherheit gestellt hätte", sagte Baerbock.
Als Grund für die schwierige ökonomische Situation, in der sich Deutschland befindet, führte sie an, Rußlands Präsident Wladimir Putin habe es darauf angelegt, "den Frieden in Europa gegen den Zusammenhalt in unseren Gesellschaften zu stellen". Das könne man "in allen Medien lesen". Im August 2022 hatte Baerbock im Hinblick auf mögliche Proteste deutscher Bürger wegen hoher Energiepreise infolge deutscher Rußland-Sanktionen gesagt: "Wenn ich den Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: 'Wir stehen an eurer Seite, solange ihr uns braucht', dann will ich es einhalten. Egal, was meine deutschen Wähler denken."
Baerbock hofft, daß sich SPD, Grüne und Union noch vor der Neuwahl des Bundestages Ende Februar 2025 über die Aufnahme neuer Kredite einigen können, um sowohl die "europäische Sicherheit" als auch die soziale Sicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Ähnliche Abstimmungen mit der Opposition haben beim "Sondervermögen" der Bundeswehr, "schon einmal geklappt", betonte sie.
Auch ihr Parteikollege Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hat noch vor den Neuwahlen ein weiteres "Sondervermögen" für die Bundeswehr gefordert. Er befürchtet, daß nach den Wahlen die Oppositionsparteien AfD und BSW gemeinsam über eine Sperrminorität im Bundestag verfügen könnten, um eine solche Ausnahme von der im Grundgesetz festgelegten Schuldenbremse zu verhindern.
Ob eine derartige "Kriegsanleihe", wie die Berliner Zeitung dies im Sommer bezeichnete, verfassungskonform wäre, ist nach Informationen der Zeitung jedoch zweifelhaft. So würde der Krieg in der Ukraine nach Aussagen des Ökonoms Jens Südekum nur dann eine Notsituation für Deutschland darstellen, wenn Donald Trump als US-Präsident den Austritt aus der NATO erklärt.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. November 2024 (x1.422/…): >>**Trotz Neuwahlen: Geld für Ukraine soll weiter fließen**
Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Verteidigungspolitiker Andreas Schwarz hat angekündigt, daß trotz der bevorstehenden Neuwahlen weiter Geld an die von Rußland angegriffene Ukraine fließen soll. "Wir fahren mit der Verteidigungspolitik trotz beendeter Ampelkoalition fort", sagte er dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Mittwochausgaben). "Ich nehme hier keine Verweigerungshaltung der Union, sondern Verantwortungsbewußtsein wahr.
In der vorigen Woche standen Beschaffungsvorlagen über 1,5 Milliarden Euro auf der Tagesordnung der zuständigen Ausschüsse, in dieser Woche sind es etwa 500 Millionen", so Schwarz. "Für die Ukraine haben wir 2024 rund 7,1 Milliarden Euro ausgegeben. Von den für

2025 geplanten 4 Milliarden Euro könnten Teile trotz vorläufiger Haushaltsführung fließen", sagte der SPD-Politiker. "Wir versuchen, auch da gemeinsam Lösungen hinzukriegen."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. November 2024 (x1.422/…): >>**Die Deutschland-Zerstörer**

Deutschlands modernstes Kohlekraftwerk (Hamburg Moorburg) wurde am Wochenende gesprengt. Zerstört wurden auch AKWs. Sollte man die Milliarden teuren Kraftwerke nicht besser erhalten für den Notfall, anstatt sie zu zerstören? Ist das Sabotage?

Der große Doppel-Schornstein des stillgelegten Kohlekraftwerks Moorburg in Hamburg ist gesprengt worden. Das knapp 140 Meter hohe Bauwerk wurde am Sonntagvormittag kontrolliert zu Fall gebracht. Hamburgs Umwelt-Senator Jens Kerstan kommentiert: "Das war sicherlich ein wichtiger und schöner Tag für uns".

Zuvor wurden schon Milliarden teure und billig Strom-erzeugende Atomkraftwerke in die Luft gesprengt, d.h. die Kühltürme wurden zerstört.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 13. November 2024 (x1.422/…): >>**Post hebt Brief- und Paketpreise deutlich an**

Die Deutsche Post will ihre Brief- und Paketpreise ab 1. Januar 2025 deutlich anheben. Grund seien "erhebliche Kostensteigerungen durch Inflation, steigende Löhne und weiter sinkende Briefmengen", teilte das Unternehmen am Mittwoch mit. Grundlage der vorgesehenen Preiserhöhungen ist die am Montag veröffentlichte Entscheidung der Bundesnetzagentur für die Genehmigung der Brief- und Privatkundenpaket-Preise. Der Preis für den Standardbrief als das am häufigsten genutzte Briefprodukt soll von 85 auf 95 Cent erhöht werden.

Daneben sind weitere Preiserhöhungen vorgesehen: Die Postkarte soll künftig 95 Cent kosten (statt wie bisher 70 Cent), der Kompaktbrief 1,10 Euro (vorher: 1,00 Euro), der Großbrief 1,80 Euro statt 1,60 Euro und das Porto für den Maxibrief steigt um 15 Cent auf künftig 2,90 Euro. Wie bei der Privatkundenpost ist auch bei der Geschäftspost eine Preiserhöhung von insgesamt 10,48 Prozent vorgesehen. Preisanpassungen gibt es darüber hinaus bei den internationalen Briefprodukten.

Hier soll der Standardbrief International künftig 1,25 Euro (statt 1,10 Euro) kosten und die Postkarte ins Ausland ebenfalls 1,25 Euro (von 95 Cent). Die Preise für Privatkunden-Pakete sollen ebenfalls erhöht werden. Das Unternehmen hat beantragt, das Päckchen S von 3,99 auf 4,19 Euro zu erhöhen, das Päckchen M von 4,79 auf 5,19 Euro, das Paket 2 kg von 5,49 auf 6,19 Euro und das Paket 5 kg von 6,99 auf 7,69 Euro. Alle anderen Paketprodukte sollen unverändert bleiben. Die neuen Briefpreise sollen ab dem 1. Januar 2025 für zwei Jahre bis zum 31. Dezember 2026 gelten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. November 2024 (x1.417/…): >>**Neuwahlen: Merz gegen AfD - Alice siegt trotzdem**

Von *Jürgen Elsässer*

Die Schlammschlacht hat begonnen: Ein Schaukampf der Altparteien, die wie eine Büffelherde über die AfD hinwegtrampeln. Doch der Wahlsieg von Trump gibt den Blauen Rückenwind …

Als hätten wir es geahnt … Die November-Ausgabe von COMPACT ist wie geschaffen für den Wahlkampf, der schon seit einigen Tagen in vollem Gange ist. Unser Titelthema "Alle gegen Eine - Wie Alice Weidel trotzdem Kanzler werden kann."

Friedrich Merz ist ein Blender. Nach dem Ampel-Aus hätten Union, FDP und AfD die Mehrheit im Bundestag, es gäbe viele gemeinsame Projekte. Doch Merz hat alle CDU-Gesetzesinitiativen im Parlament abgeblasen, bis zur Neuwahl am 23. Februar, obwohl die FDP und die AfD den meisten zustimmen würden. Der Grund: Er will die AfD-Stimmen nicht haben. Brandmauer ist ihm wichtiger als Verbesserungen für den Bürger.

Eiskalt wie Sharon Stone in Basic Instinct

Auszug aus meinem Leitartikel in COMPACT 11/2024: (Zitat Anfang) Alice Weidel wird von den Blockparteien gehaßt, weil sie die AfD immer stärker macht. Keiner will mit ihr koalieren. Doch unter bestimmten Bedingungen könnte sie trotzdem Kanzler werden.

Ein NDR-Kommentator nannte sie "Nazi-Schlampe", ein CSU-Generalsekretär "Reichsbürgerin", der Rapper Farid Bang wollte ihr das Nasenbein brechen, sein Kumpan Tarek Ebéné schlitzte eine Puppe von ihr auf: Gegen Alice Weidel ist alles erlaubt.

Der Haß gilt ihrer Person, denn mit ihren Reden scheucht sie den Bundestag auf wie der Fuchs den Hühnerstall. Dabei bleibt die Blondine eiskalt wie Sharon Stone in $Basic Instncts$. Ihre Rüstung ist der blaue Blazer, die gestärkte Bluse, die obligate Perlenkette. Keine kann Verachtung in ihrer Mimik so vernichtend zum Ausdruck bringen wie diese Frau. Wenn sie den Namen Strack-Zimmermann ausspricht intoniert sie die Konsonanten wie Granatsalven. Ihr Blick ist schneidend, ihr Lachen höhnisch.

Die Ampel-Männchen erkennen: Diese Domina macht sie notfalls mit der Peitsche gefügig. Den geschlechtslosen Ministerinnen ist sie die Nemesis aus der bipolaren Analogwelt, die Wiedergängerin von Maggy Thatcher. Die Bürgerliche ist zum Schrecken der woken Bourgeoisie geworden, die Lesbe zum Racheengel der verfemten Weiblichkeit. (Zitat Ende)

Mars greift an

Zu Herausforderer Friedrich Merz gibt es in COMPACT 11/2024 eine gnadenlose Abrechnung in Anspielung auf den Blockbuster "Mars attacks": (Zitat Anfang) "Mars attacks" muß heute so übersetzt werden: Merz greift an. Er ist der gefährlichste Politiker Deutschlands. Denn er ist der General des Todessterns, der unseren Planeten umkreist. Der Name dieses Todessterns ist Blackrock. Sein Ziel: Alle zivile Infrastruktur zu zerstören, alle Reichtümer in den Schwarzen Felsen zu bringen, alle Menschen zu versklaven, alle Widerständigen auszurotten. ... Der General des Todessterns will mehr.

Am 16. Oktober 2024 redete sich Merz, angefeuert von seiner kriegsbesoffenen Claque, im Bundestag in einen veritablen Sportpalast-Rausch. Da die Nachrichten von der Ostfront ähnlich schlecht sind wie nach Stalingrad, stellte er ein Ultimatum: "Das geht so nicht weiter. Und wenn Putin das nicht akzeptiert, dann muß der nächste Schritt erfolgen und ihm gesagt werden: Wenn er nicht innerhalb von 24 Stunden aufhört, die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu bombardieren, dann müssen aus der Bundesrepublik Deutschland auch Taurus-Marschflugkörper geliefert werden, um die Nachschubwege zu zerstören ..."

Die Medien des Springerkonzerns haben mit dem Trommeln schon begonnen, ihr ausgelagertes Nius-Format stürmt den Truppen voran. Paul Ronzheimer würde am liebsten auf der Taurus nach Moskau fliegen, Julian Reichelt sein Gekläffe aus dem Kreml senden. Sie locken die gutgläubigen Deutschen Tag für Tag mit Enthüllungen über Scholz, Baerbock und Habeck - lauter Wahrheiten, die jedoch eine große Lüge stützen: Friederich, der Wüterich, sei besser."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. November 2024 (x1.417/…): >>**AfD-Verbotsantrag: Viele Skeptiker**

Von *Sven Eggers*

Heute ist der Antrag auf ein AfD-Verbot beim Bundestagspräsidium eingereicht worden. 113 Abgeordnete haben unterzeichnet. Die Blauen geben sich betont gelassen. …

So gut sieht es allerdings nicht aus für Marco Wanderwitz und seine Freunde: Die große Mehrheit der 734 Bundestagsabgeordneten hat sich dem Antrag des sächsischen CDU-Abgeordneten für ein AfD-Verbot nicht angeschlossen. Die Liste der Unterzeichner kommt auch nicht gerade namhaft daher. Das hat den Cicero bereits zur Formulierung von einem "Aufstand der Hinterbänkler" animiert. Da sind die kritischen Stimmen schon prominenter …

Sigmar Gabriel: Einspruch!

Beispielsweise kassierten die verbissenen AfD-Gegner eine schroffe Absage des ehemaligen SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel. Nach dessen Auffassung wäre ein Verbotsverfahren "die Bankrotterklärung der Politik, die Partei inhaltlich nicht stellen zu können", so der einstmalige Wirtschaftsminister gegenüber dem Handelsblatt. Gabriel weiter:

"Ein Parteiverbot birgt das Risiko, daß die AfD bei den nächsten Wahlen nicht auf 30, sondern auf 40 Prozent kommt. Oder einfach eine neue rechtsradikale Partei gegründet wird."

Selbst Bundeskanzler Olaf Scholz vertrat zuletzt die Auffassung, da seien "jetzt erstmal andere Dinge gefragt", ein AfD-Verbotsverfahren stünde "nicht auf der Tagesordnung". Er appellierte vielmehr an die Bürger, sich näher mit der AfD auseinanderzusetzen.

Selbst Söder will nicht …

Auch Thorsten Frei, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, berichtete von einer "maximalen Zurückhaltung" bei diesem Thema unter seinen Parteifreunden. Es würden sich wohl nur sieben Befürworter unter den Schwarzen finden. Er selbst habe ebenfalls rechtliche und politische Bedenken gegen einen gegen einen solchen Antrag, wird er vom Tagesspiegel zitiert.

Zudem ist Andrea Lindholz, CSU-Vizechefin der Bundestagsfraktion, gegen ein Verbotsverfahren. Den Höhenflug der Blauen könne nur eine inhaltlich-politische Auseinandersetzung beenden, so sagt sie. "Wir müssen deutlich machen, daß hinter den platten Parolen vielfach keine echte Lösung steht und warum eine AfD in Verantwortung so schlecht für unser Land wäre."

Bayerns CSU-Ministerpräsident Markus Söder äußerte sich entsprechend: "Wir brauchen kein AfD-Verbotsverfahren, sondern eine andere Politik. Die AfD bekämpfen heißt, eine bessere Politik als die Ampel zu machen." Alexander Dobrindt, CSU-Landesgruppenchef, hat einen kühnen Plan: "Man muß die AfD weggerieren."

Auch der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hatte sich gegenüber Blättern der Funke-Mediengruppe kritisch gegeben. Ein Verbotsverfahren würde nach seiner Auffassung die AfD-Wählerschaft weiter aufpeitschen. "Vielmehr würden wir noch mehr Wut und noch mehr Radikalität erzeugen - und das wäre politisch schädlich."

Konstantin Kuhle, stellvertretender Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, befürchtet, ein Verbotsansinnen könne "mehr schaden als nutzen". Die FDP-Abgeordnete Katja Adler: "Man könnte den Eindruck gewinnen, daß die Verbotsbefürworter eher Angst vor der Demokratie als um die Demokratie haben."

Für Berlins CDU-Innensenatorin Felor Badenberg wäre es wichtiger, die AfD "inhaltlich zu stellen", aus Sicht der parlamentarische SPD-Geschäftsführerin Katja Mast sei der "Antrag nicht vom Ende gedacht", BSW-Chefin Sahra Wagenknecht bezeichnete das Vorhaben gegenüber T-Online als "dümmsten Antrag des Jahres".

Zum Scheitern verurteilt

Die Antragsteller selbst beten die neueste Verfassungsschutz-Phrase von der angeblich "aktiv kämpferisch-aggressiven Haltung" der AfD nach. Exakt dieser Vorwurf muß nämlich mindestens erfüllt sein, um überhaupt die Grundlage für ein Verbot zu bieten. Offenbar glauben die Unterzeichner selbst nicht so recht an ihre eigene Argumentation. Sie beantragen quasi hilfsweise, daß die AfD "von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen" werden möge.

Die AfD selbst gibt sich unterdessen unbeeindruckt. Der Antrag sei zum Scheitern verurteilt so Bundessprecherin Alice Weidel vor Pressevertretern in Berlin. "Sie können nicht 20 Prozent der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland von der demokratischen Teilhabe ausschließen." Und: "Dieser Verbotsantrag spiegelt den undemokratischen Ungeist der Konkurrenzparteien wider." Der Parlamentarische Geschäftsführer der AfD im Bundestag, Bernd Baumann sagte, man vertraue auf die Demokratie.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. November 2024 (x1.417/…): >>**Haldenwang: Erst Rücktritt, dann Bundestag?**

Von *Sven Eggers*

Thomas Haldenwang von der CDU, eben als Verfassungsschutzpräsident zurückgetreten, will in den Bundestag. Er hatte zuletzt wie von Sinnen auf die AfD eingedroschen. Stoppen konnte er die Blauen nicht. Lesen Sie hierzu unbedingt unsere neue Ausgabe "Alle gegen Eine - Wie Alice Weidel trotzdem Kanzler werden kann." Hier mehr erfahren.

Angeblich aus gesundheitlichen Gründen hatte Schlapphut-Chef Haldenwang zuletzt sein Aus im Amt des Verfassungsschutzpräsidenten zum Jahresende verkündet. Jetzt das vorzeitige Aus. Zudem überrascht er mit der Ankündigung, für den Bundestag kandidieren zu wollen.

Selbst der Zeit fällt auf: "Aus Herrn Haldenwang, dem neutralen Verfassungshüter und Grenzschützer des politischen Systems, wird über Nacht: der Herr Haldenwang von der CDU. Dieser geplanten Wechsel in den Bundestag ist ein Desaster für den Ruf des Verfassungsschutzes. Er schadet dem Amt."

Politische Kritik

Daß er als VS-Präsident zurücktritt, soll tatsächlich auch politische Gründe haben. Die Bild spekulierte vor einiger Zeit: "Haldenwang ist seit geraumer Zeit umstritten - er habe sich zu sehr in öffentliche Debatten eingemischt, selbst einen AfD-Parteitag öffentlich fast live kommentiert und so den Eindruck erweckt, voreingenommen zu sein."

Auch die Neue Zürcher Zeitung hatte sich unlängst sehr kritisch mit dem Chef der BRD-Schlapphüte auseinandergesetzt. Das Blatt wunderte sich dort zunächst: "Noch vor wenigen Jahren kannte den Chef des deutschen Inlandsgeheimdienstes kein Mensch. Er war ein Verwaltungsfachmann aus der zweiten Reihe. Heute wird er als Verteidiger der Demokratie gepriesen." Dann schoß die NZZ scharf: "Ist der amtierende Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wirklich ein Verteidiger der Demokratie? Oder dient er anderen Interessen?"

Die Jahre vor seiner Installierung als VS-Chef hatte er treu seinem Vorgänger Hans-Georg Maaßen gedient. Erst nach der Kampagne gegen seinen Chef drehte sich Haldenwang um 180 Grad und präsentierte sich seither als Scharfmacher gegen rechts.

Seinen heutigen Posten verdankt er politischem Geschacher: Auf Druck der SPD hatte der seinerzeitige CSU-Innenminister Horst Seehofer Maaßen gefeuert, um nicht selbst den Hut nehmen zu müssen. Eigentlich hatte sich Seehofer den damaligen Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Bundestag, Armin Schuster, als Nachfolger gewünscht. Doch Angela Merkel stellte sich quer. Gut möglich, daß der Personalvorschlag eine gekonnte Finte war, um Haldenwang als sicheren Kandidaten in Stellung zu bringen - denn der frühere Bundespolizist Schuster war als CDU-interner Kritiker der Kanzlerin bekannt.

Der Strippenzieher

Sein Berufsleben lang hat sich Haldenwang als Strippenzieher erwiesen und Gefolgsleute an den entsprechenden Schalthebeln plaziert. 1991 war er als Personalreferent beim Innenministerium eingestiegen und konnte dann rasch zum Referatsleiter Laufbahnrecht aufsteigen.

Innerhalb des Verfassungsschutzes galt Haldenwang als geschickter Netzwerker. Die Postenvergabe im Geheimdienst soll er innerhalb kürzester Zeit mitbestimmt und nicht zuletzt treue Gefolgsleute in Positionen geschoben haben. Dieses Geflecht entwickelte sich zu einem heimlichen Machtzentrum der Behörde.

Als Chef des Verfassungsschutzes gab sich Haldenwang als wackerer Kämpfer gegen Rechte. Die NZZ bezeichnete ihn als "Geheimdienstchef, dem die Linken vertrauen" und schrieb: "Wer links ist, dem wird hierzulande viel vergeben. Eine Gruppierung kann die repräsentative Demokratie verächtlich machen, Regierungsmitglieder 'symbolisch' verhaften, das Leben von Verkehrsteilnehmern gefährden und Parteizentralen lahmzulegen versuchen - ihre Wortführer werden trotzdem in Talkshows eingeladen. Täten rechte Aktivisten, was die Anhänger der

Letzten Generation und andere selbsterklärte Klimaschützer tun, die Republik stünde Kopf."

Rupert Scholz im COMPACT-Interview

Staatsrechtler Rupert Scholz hat im Interview mit COMPACT für die klare Worte gefunden, und es hat immer noch Gewicht, was der frühere Verteidigungsminister zu sagen hat. Sein Ansatz: "Die Meinungsfreiheit, die im Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert wird, ist sozusagen das zentrale Grundrecht der Demokratie. Doch was heute teilweise von maßgebenden Politikern vertreten wird, nämlich daß es auch unterhalb der Grenzen des Strafrechts Grenzen der Meinungsfreiheit gibt, ist verfassungswidrig.

Der Präsident des Verfassungsschutzes spricht und agiert verfassungswidrig. Das sage ich in aller Deutlichkeit. Wenn solche Situationen entstehen und solche Entwicklungen toleriert werden, ist das in der Tat ein möglicher Sargnagel für die Demokratie insgesamt."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31048" berichtet am 13. November 2024 (x1.418/…): >>**Attacken auf freie Aufklärer überschlagen sich … droht die Totalzensur?**

Kla.TV berichtete am 2.9.2024 über die Verhaftung des Gründers und CEO der Instant Messaging-Plattform Telegram, Pavel Durov. Das Hauptverfahren steht noch aus und es drohen ihm über zehn Jahre Gefängnisstrafe. Durov darf Frankreich bis zum Hauptverfahren nicht verlassen.

Nur einen Tag nach seiner Verhaftung meldet RUMBLE-Chef Chris Pavlovski, daß er Europa verlassen habe. Pavlovski schreibt nur einen Tag nach der Verhaftung des Telegram-Chefs auf X, ehemals Twitter:

"Frankreich hat Rumble gedroht, und jetzt haben sie eine rote Linie überschritten, indem sie den CEO von Telegram, Pavel Durov, verhaftet haben, angeblich weil er die Meinungsäußerung nicht zensiert hat. Rumble wird dieses Verhalten nicht hinnehmen und alle verfügbaren rechtlichen Mittel nutzen, um für die Meinungsfreiheit, ein universelles Menschenrecht, zu kämpfen. Wir kämpfen derzeit vor den Gerichten Frankreichs und hoffen auf die sofortige Freilassung von Pavel Durov."

Kla.TV berichtete bereits im Februar 2024 vom diesjährigen WEF-Treffen, dessen Inhalt einer Kriegserklärung gegen den freien Journalismus gleichkam. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen leitete ihre Rede beim WEF mit folgenden Worten ein:

"Die Hauptsorge für die nächsten zwei Jahre sind nicht Konflikte oder das Klima, sondern Desinformation und Fehlinformationen. Dicht gefolgt von der Polarisierung unserer Gesellschaften sind diese Risiken ernst, weil sie unsere Fähigkeiten einschränken, die großen globalen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen wir konfrontiert sind."

Die Ziele der Globalisten sind damit klar gesteckt und werden konsequent umgesetzt. Denn wenn von irreführenden Begriffen wie "Desinformation und Fehlinformationen" die Rede ist, versteckt sich dahinter die Absicht, den offenen Diskurs zu blockieren. Aber genau dieser macht doch eine echte Demokratie aus.

Daß einzelne Aufklärer und ihre Formate intensiver denn je verfolgt werden, hat jüngst erst das zwischenzeitlich gescheiterte Verbot des Compact-Magazins gezeigt.

Aber auch mediale und juristische Großangriffe gegen Aufklärungssender wie AUF1 und Kla.TV lassen nicht nach. Ganz zu schweigen von den unzähligen gut organisierten und offensichtlich stark finanzierten Hackerattacken gegen eben diese Aufklärungssender.

Hochrangige Experten, die zur Aufklärung beitragen, werden medial diffamiert und verfolgt. So lebt Dr. Bodo Schiffmann, ein ursprünglich anerkannter und geschätzter Arzt, nun im Exil, weil in Deutschland Gerichtsverfahren gegen ihn laufen. Zahlreichen freien Aufklärern geht es ähnlich und wer juristisch nicht belangt werden kann, wird medial zerrissen, in die rechte Ekke gestellt und bei jeder Gelegenheit unglaubwürdig gemacht.

Mit der Verhaftung des Telegram-Chefs und einer möglicherweise folgenden Zensur ganzer

Plattformen, auf denen die Aufklärer und freien Journalisten unserer Zeit noch unzensiert berichten können, erreicht der sich zuspitzende Infokrieg eine ganz neue Dimension. Die Bühnen für Fachleute und Experten, die uns lebensnotwendige Informationen und Gegenstimmen liefern, werden mit diesen Angriffen Schritt für Schritt abgebaut. Aufgrund der bereits herrschenden Zensur auf zahlreichen Plattformen wie YouTube, Facebook und vielen weiteren beziehen heute mehr Menschen denn je ihre Informationen von noch zensurfreien Kanälen wie Telegram oder Rumble.
Doch was können wir tun angesichts einer drohenden digitalen Totalzensur? In seiner bewegenden Rede "Totalzensur - was dann?" bringt Kla.TV-Gründer Ivo Sasek es auf den Punkt:
"Laßt uns doch Vertrauen zueinander finden und uns auch physisch miteinander vernetzen, indem wir uns auch rechtzeitig unsere Postadressen, Telefonnummern zukommen lassen. Ich denke, am allerbesten würde sich der S&G-Handexpress für diese weltweite Verbindung eignen. Gewachsen nämlich seit 2009, bilden und verwalten schon Zehntausende zusammen dieses physische Netzwerk. Studiert bitte meine diesbezügliche S&G-Konferenz, damit ihr versteht, um was es da genau geht.
Ich sage: Diese gebeutelte Welt braucht Dich, sie braucht uns alle. Wir sind die neue Welt - und zwar die neue Welt ohne Geld. Beweis: Wenn Du Dir unser ganzes Kla.TV- und AZK-Archiv auf Deinen Rechner ziehst, dann hast Du damit nicht nur die wahre Geschichtsschreibung gesichert, Du hast Dir darüber hinaus unentgeltlich ein historisches Filmarchiv angeeignet, dessen Arbeitswert alleine schon eine Milliarde Euro übersteigen dürfte.
Glaubt das bitte. Verbreitet und bewerbt daher dieses historisch einmalige Film-Archiv, wo immer Ihr nur könnt. Denn Tausende von uns haben dafür jahrelang ehrenamtlich und wirklich hart gearbeitet, oft als ganze Familien oder Familienverbände. Denn die neue Welt beginnt zu Hause. – Ich bin Ivo Sasek, der seit 47 Jahren vor Gott steht."
Wir empfehlen angesichts der aktuellen Entwicklung seine vollständige Rede und freuen uns, Sie bald einmal persönlich kennen zu lernen: (www.kla.tv/27720)<<

14.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. November 2024 (x1.420/…): >>**Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört: "Correctiv-Chefin" wechselt in Habecks Wahlkampfteam**
Vom regierungsnahen Propaganda-Portal direkt ins Wahlkampfteam der "Grünen": Es wächst zusammen, was zusammengehört! Die Co-Geschäftsführerin der Fake News-Schleuder "Correctiv", Jeannette Gusko, wechselt die Seiten - "um den bevorstehenden Bundestagswahlkampf der Partei Bündnis 90/Die Grünen mitzugestalten", wie das Lügenportal mitteilte.
Gusko gehörte seit September 2022 zusammen mit Gründer David Schraven zum Geschäftsführungs-Team von "Correctiv". Welche Rolle sie im "Team Habeck" übernimmt, ließ Gusko offen.
Bei "Correctiv" fungierte Gusko als Geschäftsführerin und sorgte laut Pressemitteilung für eine "Neustrukturierung der finanziellen Grundlagen". Die Fake News-Schleuder erhielt rund 2,5 Millionen Euro an staatlichen Fördergeldern.
Allein aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung flossen 2022 und 2023 etwa 266.000 Euro an die sogenannten "Journalisten". Zuvor war Gusko in genau diesem Ministerium tätig.
Zudem wirkte sie als Spendensammlerin für das "Centre for Feminist Foreign Policy", das seit 2021 etwa 405.000 Euro vom Auswärtigen Amt erhielt und als Stichwortgeber für die "feministische Außenpolitik" von Noch-Außenministerin Annalena Baerbock ("Grüne") gilt. Das Auswärtige Amt überwies insgesamt 88.000 Euro an "Correctiv".<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. November 2024 (x1.420/…):
>>**Horror-Gerücht: Wird Haldenwang Innenminister unter einem CDU-Kanzler Merz?**
VON *EINAR KOCH**
Wer sich über den Rücktritt von Verfassungsschutz-Präsident Thomas Haldenwang (CDU) gefreut hat, könnte sich möglicherweise zu früh gefreut haben. Denn manchmal kommt es nicht nur anders sondern oftmals auch schlimmer, als man denkt!
Hinter den Hauptstadt-Kulissen kursiert das Horror-Gerücht, daß der bisherige Chef des Inlandsgeheimdienstes in einer von der Union geführten Regierung nach der Neuwahl am 23. Februar Nachfolger von Nancy Faeser (SPD) als Bundesinnenminister werden könnte!
Für den Fall einer schwarz-roten Koalition, notfalls erweitert um die "Grünen", wird über ein hochtoxisches Personaltableau spekuliert:
- Haldenwang könnte Innenminister werden, Faeser in das Justizressort wechseln. Es wäre der Super-GAU nicht nur für die Meinungsfreiheit, auch mit Blick auf die Demokratie!
Sollten die Gerüchte zu-, und schlimmer noch, eintreffen, kann man sich an den Fingern abzählen, wohin die Reise unter einem Kanzler CDU-Kanzler Friedrich Merz gehen soll: Das einschlägig bekannte Duo Faeser/Haldenwang soll Hand in Hand auf ein AfD-Verbot hinarbeiten!
Faeser (Volljuristin) hätte als Justizministerin zwar keine unmittelbare Weisungsbefugnis gegenüber dem formal unabhängigen Bundesverfassungsgericht (Karlsruhe müßte über ein Verbotsverfahren entscheiden); aber politischen Einfluß könnte sie durchaus nehmen.
Haldenwang hingegen wäre als Innenminister direkter Dienstvorgesetzter des Bundesamtes für Verfassungsschutz - ein, wie der Name schon sagt, Amt des Bundes. Er könnte dann dafür sorgen, daß die Schnüffel- und Denunziationsschrauben weiter angezogen werden (Hochstufung der AfD vom sogenannten Verdachtsfall auf "gesichert rechtsextremistisch").
Und siehe da, als ein möglicher Nachfolger an der Spitze der Kölner Bundesbehörde wird auch schon ein alter Bekannter gehandelt: Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer, ein Scharfmacher in Sachen AfD-Verbot. Das "trio infernale" wäre perfekt!
Gesund genug für die Politik
Haldenwang, der im Frühjahr 65 Jahre alt wird, wolle sein Amt als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. So hieß es jedenfalls bisher.
Tatsächlich will sich Haldenwang jetzt in Wuppertal um ein Bundestagsmandat bewerben. Ganz so schlecht kann es also um die Gesundheit von "Bürste" (Spitzname) nicht bestellt sein. Zudem lassen Haldenwangs nunmehr politische Ambitionen im Rückblick einmal mehr massive Zweifel an dessen Überparteilichkeit und Neutralität bei der Ausübung seines Amtes aufkommen.
Über den Rücktritt des Verfassungsschutzchefs informierte Faeser inzwischen offiziell den Innenausschuß des Deutschen Bundestages. Ein Problem gibt es allerdings noch:
Wirklich aussichtsreich ist Haldenwangs Kandidatur in Wuppertal nicht. Denn dort tritt er im Wahlkreis 1 gegen Helge Lindh (SPD). Der Linksideologe gilt zwar nicht als die hellste Kerze auf der politischen Torte, hat aber dennoch die besseren Chancen. Den Wahlkreis holen seit sechs Jahrzehnten die Sozialdemokraten. Realistische Aussichten auf ein Bundestagsmandat dürfte Haldenwang wohl nur haben, wenn er auf der NRW-Landesliste der CDU abgesichert ist.
Andererseits: Als Bundesminister müßte er dem Bundestag nicht angehören. Das Horror-Szenario, wenn es denn so kommen sollte, legt die Vermutung nahe, daß sich ein Kanzler Merz der AfD sozusagen von hinten durch die kalte Küche entledigen möchte, damit ihm sein "Brandmauer-Dogma" nicht weiter um die Ohren fliegt.
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der*

"Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 14. November 2024 (x1.421/…):

>>**"Verfassungsmäßigkeitscheck": Göring-Eckardt, Kiesewetter, Hofreiter - 113 Abgeordnete drängen jetzt auf das AfD-Verbot**

113 Bundestagsabgeordnete wollen die AfD verbieten lassen - doch für eine Mehrheit fehlen noch über 250 Stimmen. Der CDU-Politiker Marco Wanderwitz hat den Antrag bei Bundestagspräsidentin Bärbel Bas eingereicht. Apollo News zeigt, wer die Unterstützer sind.

Christopher Martens

Am Dienstag der Neuwahltermin, am Mittwoch der Verbotsantrag: Daß es jetzt doch so schnell gehen mußte, liegt am vorzeitigen Ende der Legislaturperiode. 113 Abgeordnete aus verschiedenen Fraktionen des Bundestages haben am Mittwoch einen Antrag unterzeichnet, der ein Verbot der AfD vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen soll. Noch im Dezember könnte über die Frage im Bundestag abgestimmt werden. In dem Antrag wird der AfD vorgeworfen, sich gegen "zentrale Prinzipien" der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu richten.

Federführend bei dieser Initiative ist der CDU-Politiker Marco Wanderwitz. Im ZDF-Interview am Abend gibt sich dieser zuversichtlich: "Wir sind überzeugt davon, daß genug Material, genug Fleisch am Knochen ist, und daß die AfD verbotsfähig ist." Gleichzeitig räumt er ein, daß die rechtlichen Hürden "sehr hoch" seien. Der Antrag ziele nicht direkt auf ein Verbot, sondern auf einen "Verfassungsmäßigkeitscheck". Die Wähler der AfD seien erst wieder erreichbar, wenn die Partei, die "jeden Tag sozusagen Haß, Hetze und ihre rechtsextremistische Ideologie ihnen einträufelt, zum Erliegen kommt", so der CDU-Politiker.

Wanderwitz räumte ein, daß noch Überzeugungsarbeit zu leisten sei, um eine Mehrheit im Bundestag zu gewinnen. Tatsächlich ist der Weg zur erforderlichen Mehrheit noch weit: Bei voller Anwesenheit aller 733 Abgeordneten - in der Praxis selten der Fall - wären mindestens 367 Stimmen für eine einfache Mehrheit nötig. Das bedeutet, daß noch annähernd 254 weitere Abgeordnete überzeugt werden müßten.

Die Initiatoren des Verbotsantrags gegen die AfD im Bundestag hatten zuvor das Tempo erhöht, um ein mögliches Verfahren noch in dieser Legislaturperiode durchzudrücken. "Es muß jetzt schnell gehen", hatte Wanderwitz dem Redaktionsnetzwerk Deutschland gesagt.

Wanderwitz erklärte: "Leider steht zu befürchten, daß die AfD nach der nächsten Wahl noch stärker sein wird. Wir brauchen jetzt einen sehr zügigen Antrag vorm Bundesverfassungsgericht."

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte angekündigt, noch vor dem neuen Jahr ein neues Gutachten zur AfD vorzulegen, will dies jedoch nun überdenken. Daß die AfD in diesem Gutachten jetzt doch als "gesichert rechtsextrem" eingestuft werden wird, ist nicht unwahrscheinlich. Wanderwitz will diese Information in den Antrag vorm Bundesverfassungsgericht einspeisen. Ob sich das ausgeht, ist fraglich, das Zeitfenster ist klein.

Neben Initiator Wanderwitz finden sich unter der Liste der Unterzeichner prominente Namen wie Roderich Kiesewetter (CDU), Katrin Göring-Eckardt, Anton Hofreiter und Claudia Roth (Grüne), Ralf Stegner (SPD) sowie Janine Wissler (Linke). Von den 118 Grünen-Abgeordneten haben 56 den Antrag unterzeichnet, sie stellen damit mit Abstand die größte Gruppe. Weder die FDP noch die CSU haben Unterschriften geleistet.

Liste der Unterzeichner nach Fraktionszugehörigkeit:

Grüne: Till Steffen, Lisa Badum, Karl Bär, Canan Bayram, Janosch Dahmen, Ekin Deligöz, Leon Eckert, Marcel Emmerich, Emilia Fester, Schahina Gambir, Kai Gehring, Stefan Gelbhaar, Jan-Niclas Gesenhues, Katrin Göring-Eckardt, Erhard Grundl, Sabine Grützmacher, Linda Heitmann, Kathrin Henneberger, Bernhard Herrmann, Anton Hofreiter, Bruno Hönel,

Dieter Janecek, Lamya Kaddor, Kirsten Kappert-Gonther, Michael Kellner, Misbah Khan, Chantal Kopf, Laura Kraft, Franziska Krumwiede-Steiner, Helge Limburg, Denise Loop, Susanne Menge, Swantje Michaelsen, Boris Mijatović, Claudia Müller, Beate Müller-Gemmeke, Karoline Otte, Julian Pahlke, Paula Piechotta, Filiz Polat, Anja Reinalter, Claudia Roth, Manuela Rottmann, Corinna Rüffer, Michael Sacher, Jamila Schäfer, Marlene Schönberger, Nyke Slawik, Merle Spellerberg, Kassem Taher Saleh, Awet Tesfaiesus, Robin Wagener, Johannes Wagner, Saskia Weishaupt, Tina Winklmann.
SPD: Carmen Wegge, Sanae Abdi, Bernhard Daldrup, Daniela De Ridder, Hakan Demir, Karamba Diaby, Axel Echeverria, Manuel Gava, Dirk Heidenblut, Markus Hümpfer, Elisabeth Kaiser, Annika Klose, Helge Lindh, Thomas Lutze, Zanda Martens, Andreas Mehltretter, Dirk-Ulrich Mende, Robin Mesarosch, Rasha Nasr, Brian Nickholz, Jens Peick, Jan Plobner, Ye-One Rhie, Nadine Ruf, Axel Schäfer, Daniel Schneider, Ralf Stegner, Ruppert Stüwe, Carolin Wagner, Maja Wallstein, Lena Werner, Gülistan Yüksel.
Die Linke: Martina Renner, Gökay Akbulut, Clara Bünger, Jörg Cézanne, Anke Domscheit-Berg, Susanne Ferschl, Nicole Gohlke, Ates Gürpinar, Susanne Hennig-Wellsow, Ina Latendorf, Ralph Lenkert, Gesine Lötzsch, Cornelia Möhring, Heidi Reichinnek, Bernd Riexinger, Petra Sitte, Kathrin Vogler, Janine Wissler.
CDU: Marco Wanderwitz, Roderich Kiesewetter, Yvonne Magwas, Sabine Weiss, Kai Whittaker, Annette Widmann-Mauz, Elisabeth Winkelmeier-Becker.
Sonstige: Stefan Seidler (Südschleswigscher Wählerverband).<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. November 2024 (x1.417/…): >>**Die Germanen: Unsere Ahnen, unser Erbe, unser Stolz!**
Finis Germanorum: Weil der Linksstaat Multikulti verordnet, müssen unsere Ahnen aus den Schulbüchern weichen - dafür feiern sie eine Wiedergeburt im TV. In unserer Sonderausgabe "Die Germanen - Die Geschichte der ersten Deutschen" lesen Sie Wahrheit über den Freiheitskampf unserer Ahnen, ihre Kultur und ihre Bedeutung für die Herausbildung unserer Nation. …
_ von *Fabian Becker*
Wer in Deutschland wohnt, ist Deutscher - diese These stammt von einer gewissen Naika Foroutan. 1983 floh ihr Vater aus dem Iran in die Bundesrepublik. Nun will die Migrantentochter uns Autochthonen unsere Identität erklären. Damit steht die Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung keinesfalls allein.
Mit ihrem Fachgebiet stellt sich der etablierten Politik eine Hilfswissenschaft zur Seite, die die Multikulti-Perspektive auch im Geschichtsunterricht durchsetzen will. Foroutan ist der Meinung, daß das Deutsche Reich "aus 39 multireligiösen, multisprachlichen und multikulturellen Fürstentümern" entstanden sei. Ihre Schlußfolgerung: Die Vorstellung, wir seien erst durch Migration "divers und multikulturell" geworden, sei falsch. Für sie sind wir Deutsche lediglich schon etwas länger hier Lebende, Findelkinder der Geschichte.
Um diese Erzählung nicht zu stören, muß allerdings eine Gruppe aus dem Schulunterricht verschwinden: unsere Vorfahren, die Germanen. Inzwischen findet man sie nur noch in den Lehrplänen von vier Bundesländern. In den restlichen fristen sie ein Schattendasein als Subjekt der römischen Hegemonialmacht, als kulturell minderwertiges, zeterndes Grenzvolk. Daß dies ein vollkommen schiefes Bild ist, verdeutlichen wir in unserer Sonderausgabe "Die Germanen - Die Geschichte der ersten Deutschen".
… Schon der römische Historiker Tacitus zählte sorgfältig nur jene Stämme oder Völker dazu, die auch germanisch sprachen.
Daß es unter ihnen sehr wohl ein Gemeinschaftsgefühl gab, weist der Anthropologe Andreas Vonderach ("Die deutschen Stämme") für die römische Kaiserzeit, die Völkerwanderung und das frühe Mittelalter nach. Hier wurde das Wort "diutisc" (lat. theodisk, später deutsch) für

alle germanisch sprechenden Stämme und Völker verwendet. Kurzum: Die Germanen wußten, wer sie waren.
Und wo kamen sie her? Mit einem Blick auf Grabungsergebnisse in Sachsen-Anhalt läßt sich ein Bogen bis in die ferne Bronzezeit schlagen - zur Aunjetitzer Kultur (2300-1500 v. Chr.). Die errichtete zur Zeit der ägyptischen Pharaonen in Mitteldeutschland das erste Reich in Europa. Ihr zweifelsfrei eindrucksvollster Kultgegenstand: die Himmelsscheibe von Nebra. Nur eine kleine Oberschicht dürfte vor 4.000 Jahren über das Wissen verfügt haben, um mit ihr die Sonnenwenden zu berechnen.
Heute liegt die Himmelsscheibe, über die es in COMPACT-Geschichte "Die Germanen" einen eigenständigen Aufsatz gibt, im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle an der Saale. Dessen Direktor, Prof. Dr. Harald Meller, macht mit Forschungsergebnissen auf sich aufmerksam, bei denen Migrationspropagandisten wie Foroutan die Haare zu Berge stehen dürften: Auf die Frage, ob angesichts der in seinem Museum versammelten Funde eine Verbindungslinie erkennbar sei, stellt er fest:
"Wir sprechen heute noch diese Sprachen, tragen die Gene heute noch in uns, sodaß wir mit einer gewissen Berechtigung zwischen der Zeit um 2000 v. Chr. bis heute von einer Bevölkerungskontinuität ausgehen können."
Germanische oder gar protogermanische Vorfahren - war das nicht Propaganda des wilhelminischen Kaiserreichs, die sich bei den Nazis zum verhängnisvollen Arier-Fimmel steigerte? Diese These wäre Grund genug für eine Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte!
Zum Beispiel in Schulbüchern. Doch in Thüringen erfahren Schüler noch nicht einmal etwas über jenen Stamm, der ihrem Bundesland den Namen gab. Die mächtigen Thüringer stritten im 6. Jahrhundert mit Franken und Alamannen ("alle Männer unter Waffen") um die Vormacht in Germanien. Sie fiel schließlich den Franken zu: Die schlugen 506 bei Straßburg die Alamannen, 531 die Thüringer an der Unstrut. Mit der Unterwerfung der beiden Stämme bildete sich eine germanische Keimzelle heraus.
Weitere kamen hinzu: Als Sieger löste der fränkische König Chlodwig ("Ruhmreicher Krieger", altfränkisch: Hlodowig, deutsch: Ludwig) sein Versprechen ein und ließ sich in Reims taufen. Aus Heiden wurden Christen. Der Historiker James C. Russell weist dabei auf die Wechselwirkungen der Christianisierung hin, bei der es auch zu einer Germanisierung der neuen Religion gekommen sei.
Als Belege führt er etwa die Heiligen- und Reliquienverehrung oder das Sakralkönigtum ins Feld. Der germanische Einfluß habe das weltabgewandte und universale Christentum in einen lebensbejahenden und heroischen Glauben gewandelt, der durch die ottonischen Kaiser im 10. und 11. Jahrhundert gefestigt worden sei. Die Vollendung dieser Synthese als architektonisches Zeugnis war die gotische Kathedrale.

Könige und Krieger, Eroberer und Befreier

Der Historiker Stefan Scheil unterdessen meint, die germanische Prägung des christlichen Mittelalters dort zu erkennen, wo man es nicht unbedingt vermuten würde, in Herrschaftssymbolik und Rechtsgeschichte:
"So gehört zu den Symbolen der Königsherrschaft immer eine Lanze, vor und nach der Christianisierung. Heute wird die karolingische Flügellanze in Wien als 'Heilige Lanze' ausgestellt. In sie soll ein Nagel vom Kreuz Christi eingearbeitet worden sein. Dieser Gedanke kommt erst im Hohen Mittelalter auf. Die Übernahme der Lanze als Herrschaftssymbol ist ein Zeichen kultureller germanischer Kontinuität, das erst spät umgedeutet wurde."
Auch im Sachsenspiegel (1220-1235) lasse sich eine germanische Tradition erkennen: "Urheber Eike von Repgow zeichnete geltendes Recht schriftlich auf, wahrscheinlich um dem damals aus Italien kommenden, verschrifteten römischen Recht etwas entgegenzusetzen", so Scheil. Und weiter:

"Erstmals in der Menschheitsgeschichte wurde das Verbot der Sklaverei festgeschrieben. ... Im römischen Recht hingegen konnte der Mensch schlichtweg zur Sache werden. Es ist sicher gewagt, aber am Anfang des Endes der römischen Herrschaft in Germanien stand mehr als tausend Jahre zuvor ja ebenfalls der Versuch des Varus, das römische Rechtsverständnis dem Lande aufzuzwingen. Da wurden tief sitzende Unterschiede im Menschenbild schon damals politisch wirksam."
Nicht zuletzt ist da noch die Sprache: Mit dem Hildebrandslied (8. oder 9. Jahrhundert) stellt ein in Althochdeutsch überliefertes germanisches Heldenlied das älteste deutsche Sprachzeugnis dar. Das in Mittelhochdeutsch verfaßte Nibelungenlied (11. Jahrhundert) spiegelt bereits die Kultur großer mittelalterlicher Höfe wider. Dem Leser wird sofort seine tragische Spannung klar: Zwar feiern die Schlüsselfiguren christliche Feste, im Zweifel aber handeln sie nach germanischen Werten - und mit dem Schwert.
Im 20. Jahrhundert machten die Nationalsozialisten aus Germanen Übermenschen, richteten die Forschung politisch aus und streuten eine Botschaft: je germanischer, desto besser. Das Gefolgschaftswesen wurde, dem Zeitgeist entsprechend, als Vorbild blinden Gehorsams gepriesen. Dabei gründete es sich auf gegenseitige Verpflichtung, lateinisch "consilium et auxilium - Rat und Tat. Bei den Sachsen wurden die Gefolgschaftsführer sogar gewählt. Siehe dazu den Beitrag "Unser erstes Parlament" in COMPACT-Geschichte "Die Germanen".
Die Schulbücher der DDR wiederum stilisierten die Germanen zu Widerstandskämpfern. Aus dem adligen Cherusker wurde im real existierenden Sozialismus ein Proletarier mit Hörnerhelm. Daran knüpften dann auch die 68er an. Ihnen galten unsere Vorfahren als naturreligiöse Indianer Europas, deren Lebensart durch den römischen Imperialismus bedroht wurde. Doch nun heißt es für unsere bunten Schulbücher: Die Nibelungen ziehen aus.

Runen auf Netflix

Germanen aber sind dafür bekannt, sich nicht unterkriegen zu lassen. Sie kämpfen, insbesondere um ihren Platz in der Geschichte. Und so steht dem verordneten Auszug aus Lehrplänen ein ungeheurer Aufstieg gegenüber - und zwar in der Populärkultur. In der Blockbuster-Serie "Vikings" (2013-2020) ist es Odin, oberster Ase und Urheber der Runen, der - in Blitz und Donner gehüllt - dem Krieger Ragnar Lodbrok und seiner bald größer werdenden Gefolgschaft den Weg zu fernen Ufern und zur Königskrone weist.
Geschickt verbinden die Staffeln Götterwelt und Geschichte. Hier haben die Weltesche Yggdrasil und Aslaug, die Tochter des Drachentöters Sigurd, genauso Platz wie geschichtliche Wegmarken. Dabei stützen sich die Handlungsstränge wesentlich auf eine Hauptquelle der Wikingerzeit: Die Gesta Danorum (um 1200) eines Mönches, den man Saxo Grammaticus nannte.
In der Netflix-Serie "Barbaren" begegnen uns Arminius, Thusnelda und Marbod als heldenhafte Streiter für die Befreiung Germaniens, und in "Game of Thrones" spiegeln die weißen Wanderer, Wildlinge und der Schutzwall die nordische Sagenwelt wider. Vorläufer ist natürlich Tolkiens "Herr der Ringe".
Gleich zwei Wissenschaftler haben die germanischen Wurzeln des Epos herausgearbeitet: der Runen-Experte Wolfgang Krause und zuletzt der Germanist Rudolf Simek. Ihr Befund: Vom Erscheinungsbild Gandalfs, das Odin in der Völsungen-Sage entlehnt ist, über die totenbeschwörende Schwarzkunst (Seidr), die Sauron wie Odin ausüben, bis zu dessen Ringen ist nahezu alles von der mythischen Vorstellungswelt der Germanen inspiriert - was der Philologe Tolkien im Übrigen immer einräumte. Daß Ringe als kultische Gegenstände dienten, belegt der Goldring von Pietroasa (um 400). Die Runen auf ihm warnen: "Der Goten Erbgut, heilig und unberührbar."
Tauchen Sie ein in die faszinierende Welt unserer Vorfahren: In unserer Sonderausgabe "Die Germanen - Die Geschichte der ersten Deutschen" nehmen wir Sie mit auf eine Zeitreise, die

sich über mehrere tausend Jahre erstreckt: Von den Ursprüngen in der Aunjetitzer Kultur über den Kampf der Germanen gegen die römischen Besatzer bis zu Völkerwanderung, Sachsenkriegen und Wikingern. Ein ganzes Kapitel beschäftigt sich mit Kultur, Stammesordnung und Religion unserer Ahnen.<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 14. November 2024 (x1.420/…): >>**US-Regierung: Trump hat sein Hardliner-Wunschkabinett zusammen**

Der designierte 47. Präsident der Vereinigten Staaten hat weitere Personalentscheidungen verkündet. Zum Justizminister nominierte Donald Trump den erzkonservativen Abgeordneten Matt Gaetz. Er soll vor allem die Grenzen schützen, kriminelle Organisationen zerschlagen und das Vertrauen der US-Bürger in die Justiz wiederherstellen, erklärte Trump. Gaetz gilt als absoluter Trump-Gefolgsmann.

Auch diese Personalentscheidung zeigt, daß Trump entschlossen ist, Fehler in seiner ersten Amtszeit zu vermeiden und sein Kabinett nur mit "Loyalisten" besetzt, bei denen er sicher sein kann, daß sie seine Agenda umsetzen.

Für Aufsehen gesorgt hatte zuvor die Nominierung des Fox News-Moderators Pete Hegseth als Verteidigungsminister. Den Armee-Veteranen und Hardliner hatte im politischen Washington niemand auf der Karte. Mit Hegseth "an der Spitze sind Amerikas Feinde gewarnt", erklärte Trump. Das zielte wohl vor allem in Richtung Iran. Der TV-Moderator und Ex-Major war im Irak und in Afghanistan im Einsatz.

Zum neuen Außenminister nominierte Trump Senator Marco Rubio aus Florida. Mit seiner harten Haltung gegenüber China liegt Rubio auf einer Wellenlänge mit dem künftigen Präsidenten. Auch mit Blick auf den Ukraine-Krieg plädiert er für "Pragmatismus". Rubio hat kubanische Vorfahren und wird damit der erste hispanische Außenminister der USA. Wie der designierte Vizepräsident James D. Vance wandelte sich auch Rubio von einem scharfen Kritiker zu einem überzeugten Unterstützer von Donald Trump.

Mit seinem größten Wahlkampfhelfer Elon Musk will Trump im Weißen Haus aufräumen: Weniger Bürokratie, mehr Effizienz! An oberster Stelle steht dabei die Loyalität zum künftigen US-Präsident. Tech-Milliardär Musk wird gemeinsam mit dem früheren republikanischen Präsidentschaftsbewerber Vivek Ramaswamy die Führung einer neuen Behörde zur Kürzung von Staatsausgaben übernehmen.<<

15.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. November 2024 (x1.420/…): >>**Schuldenbremse: Merz fällt um - Nur noch "technisches Thema"**

Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) irritiert mit Äußerungen zur Schuldenbremse im Grundgesetz. Er sieht darin plötzlich nur noch ein rein "technisches Thema". Man könne die Schuldenbremse prinzipiell reformieren, signalisierte der CDU-Chef ganz offensichtlich mit Blick auf eine von ihm geführte künftige Linksregierung.

Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz hat die Debatte über die Schuldenbremse mit irritierenden Äußerungen über deren Reformierbarkeit neu angekurbelt. Während die SPD dem CDU-Chef prompt Verhandlungen anbot, wirft die FDP dem Unions-Kanzlerkandidaten "Lockerungsübungen" in Richtung SPD und "Grüne" vor.

Merz hatte in dieser Woche beim sogenannten Wirtschaftsgipfel der "Süddeutschen Zeitung" gesagt, nur einige Artikel des Grundgesetzes seien unveränderbar - "über alles andere kann man selbstverständlich reden." Die Schuldenbremse sei ein "technisches Thema", ergänzte er und fügte hinzu: "Selbstverständlich kann man das reformieren."

Bisher hatte Merz eine Lockerung der im Grundgesetz verankerten Schuldenregeln strikt abgelehnt. Mehrere linksgrüne CDU-Regierungschefs zeigen sich dagegen für eine Reform offen. Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat sich sogar nachdrücklich dafür ausgesprochen.

Merz scheint dem Druck nachgeben zu wollen - vor allem mit Blick auf eine drohende schwarz-linksgrüne Regierungsmehrheit nach den Neuwahlen im Februar.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. November 2024 (x1.420/…):

>>**Friedrich "Walter" Merz, der Anti-Demokrat!**

DK-Gastkolumnist Einar Koch plagt nach dem Ampel-Alptraum ein noch größerer Alptraum: Friedrich Merz (CDU) als Bundeskanzler von roten und womöglich auch noch "grünen" Gnaden. Wes Geistes Kind dieser Schein-Oppositionsführer ist, machte er diese Woche mit seiner unsäglichen Rede im Deutschen Bundestag deutlich. Merz rief nicht nur zur Entmündigung der Abgeordneten, sondern auch zum offenen Bruch der Verfassung auf. Der Autor fühlt sich an Walter Ulbricht erinnert.

VON *EINAR KOCH**

Gott bewahre!

Als der Stalinist und spätere SED-Chef Walter Ulbricht bei Kriegsende aus dem Moskauer Exil in das zerstörte Berlin zurückkehrte, sagte er: "Unsere erste Aufgabe wird sein, in allen 20 Berliner Bezirken antifaschistisch-demokratische Bezirksverwaltungen aufzubauen. Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben!"

Als der CDU-Vorsitzende und Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz in dieser Woche vor dem Deutschen Bundestag sprach, sagte er mit Blick auf die noch verbleibende Zeit bis zur Neuwahl am 23. Februar: "Wir sollten vereinbaren, mit Ihnen den Sozialdemokraten und Ihnen den Grünen, daß wir nur die Entscheidungen auf die Tagesordnung des Plenums setzen, über die wir uns zuvor mit Ihnen von der SPD und den Grünen in der Sache geeinigt haben. So daß weder bei der Bestimmung der Tagesordnung noch bei den Abstimmungen hier im Haus auch nur ein einziges Mal eine zufällige oder tatsächlich herbeigeführte Mehrheit mit denen da zustande kommt."

In der Übersetzung lauten diese ungeheuerlichen Worte: Es muß demokratisch aussehen - aber wir, die Kartell-Parteien müssen alles in der Hand haben!

Die Anmaßung des Schein-Oppositionsführers war die offene Aufforderung, die parlamentarische Demokratie außer Kraft zu setzen. Denn Mehrheiten mit "denen da" von der AfD - "das will ich nicht."

Im Klartext: Friedrich alias "Walter" Merz will die frei gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages entmündigen; er will keine Mehrheiten nach den Spielregeln des Parlamentarismus. Er setzt seinen Willen über den Willen des Volkes!

Mehr noch: Merz ruft offen zum Verfassungsbruch auf! Artikel 38 des Grundgesetzes bestimmt: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind "Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen."

Mit seiner Rede in dieser Woche hat der Anti-Demokrat Merz gleich zu Beginn des Wahlkampfes die Maske fallen lassen. In seinem krankhaften AfD-Haß hält er lieber an seiner gleichermaßen demokratieverachtenden wie im Ergebnis lebensgefährlichen "Brandmauer" fest - anstatt die deutschen Grenzen gemeinsam mit der AfD ("denen da") zu sichern und damit den Import von gewaltbereiten Islamisten und potentiellen Messermördern zu stoppen!

Merz spricht verächtlich von "Zufallsmehrheiten" und vergißt dabei, was sein Idol, der CDU-Patriarch Konrad Adenauer 1949 nach seiner Wahl zum Kanzler mit einer Stimme Mehrheit, mutmaßlich seiner eigenen Stimme, der damaligen Opposition in Bonn zurief: "Mehrheit ist Mehrheit!"

Die unsägliche Merz-Rede in dieser Woche sollte eine Warnung sein auch im Hinblick darauf, daß Friedrich Merz, sollte er die Bundestagswahl gewinnen, für Deutschland womöglich noch gefährlicher ist als es ein Olaf Scholz (SPD) jemals war. Ich nenne nur die Stichworte Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine binnen "24 Stunden" und "den Krieg nach Rußland tragen".

Aufschlußreich war diese entlarvende Rede nicht zuletzt deshalb, weil sie zeigte, daß Merz in seiner Gier nach der Kanzlerschaft gefangen ist in einer Union, die noch immer linksgrün vermerkelt ist. Ich wage die Prognose: Die nächste Bundesregierung wird noch linker sein als die gescheiterte Ampel!
Dabei ist es kein Trost, daß Merz, der in einem Jahr 70 Jahre alt wird, nur ein Kanzler des Übergangs sein würde. Übergangsweise geduldet von Merkels Prätorianer-Garde mit den linksgrünen CDU-Ministerpräsidenten Hendrik Wüst in Düsseldorf und Daniel Günther in Kiel an der Spitze.
Gnade uns Gott, wenn diese Leute erst einmal ans Ruder kommen in Berlin!
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. November 2024 (x1.420/…):
>>**Amtsgericht Bamberg macht sich zum Büttel des Staates! Rechtsbeugung in der "Schwachkopf-Affäre" um Habeck?**
Die "Schwachkopf-Affäre" um Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") weitet sich zu einem Justizskandal aus: Im Mittelpunkt steht das Amtsgericht Bamberg (Oberfranken). Der skandalöse Fall sorgt bundesweit für Schlagzeilen. Mit der Materie vertraute Juristen sprechen von strafbarer Rechtsbeugung.
In der Sache geht es um eine Razzia bei einem Rentner und Ex-Bundeswehrsoldaten nach einer angeblichen Beleidigung von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne"). Stefan N. (64) aus Burgpreppach nördlich von Bamberg hatte in einem ganz offensichtlich humorvoll gemeinten Beitrag im Netz den Ökosozialisten als "Schwachkopf" bezeichnet. Das Meme in dem Post auf X persiflierte dazu den Werbeslogan der Shampoo-Firma Schwarzkopf. Abgewandelt hieß es "Schwachkopf Professionell" und statt des bekannten Scherenschnittes war das Konterfei Habecks zu sehen.
Die Staatsanwaltschaft Bamberg bestätigte inzwischen gegenüber der "Rheinischen Post" (Düsseldorf) die ganz offensichtlich in keinem Verhältnis zum Tatvorwurf stehende Hausdurchsuchung. Die Verfolgung des Rentners erfolgte aufgrund des von der Ampel-Koalition neu eingeführten "Majestätsbeleidigungs-Paragraphen" 188 Strafgesetzbuch (StGB). Dieser stellt nicht systemkonforme Kritik an Politikern unter strenge Strafen.
Nach Ansicht von versierten Juristen, die der Deutschland-Kurier um eine Einschätzung des Falles bat, ist der Beitrag von Stefan N. auf X eindeutig von der Meinungsfreiheit gedeckt. Es dränge sich somit der Verdacht der strafbaren Rechtsbeugung gemäß § 339 des Strafgesetzbuches (StGB) auf. Darin heißt es: "Ein Richter, ein anderer Amtsträger oder ein Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechts schuldig macht, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu fünf Jahren bestraft."
Polizeisprecher: "Erheblicher Rechtseingriff"
Im Zusammenhang mit der Razzia räumte der Polizeisprecher des Präsidiums Unterfranken gegenüber der "Berliner Zeitung" einen "erheblichen Rechtseingriff" ein.
Jetzt kommt zudem heraus: Habeck hat die Strafanzeige, die zu der Razzia und der Beschlagnahmung von Computern sowie Handy des Rentners führte, selbst erstattet. "Durch Herrn Dr. Habeck wurde Strafantrag gestellt", bestätigte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Bamberg. Ansonsten schweigt sich die politisch weisungsgebundene Behörde zum ganz offensichtlich unverhältnismäßigen Vorgehen der Justiz aus.
In der Folge bekam der Ex-Soldat die volle Härte des "Rechtsstaats" zu spüren:
- Am Dienstagmorgen (12. November) rückte um sechs Uhr die bayerische Polizei auf richterliche Anordnung zu einer Razzia in Burgpreppach aus. Die Beamten stürmten das Haus des

64-Jährigen, beschlagnahmten alle Mobilfunkgeräte und durchsuchten die Räume des Rentners.
Medienberichten zufolge fand die Hausdurchsuchung im Rahmen eines vom Bundeskriminalamt (BKA) koordinierten "nationalen Aktionstags gegen strafbare Haßpostings" statt; das Landeskriminalamt (LKA) Bayern sprach auf X von einem "Aktionstag gegen Antisemitismus". Über nähere Details dieses Zusammenhangs sei die örtliche Polizei in Unterfranken nicht in Kenntnis gesetzt worden, betonte der Sprecher des Präsidiums Unterfranken.

Tochter mit Down-Syndrom unter Schock

Im Durchsuchungsbeschluß des Amtsgerichts Bamberg ist laut Medienberichten von Vorwürfen wegen Volksverhetzung und Beleidigung eines Politikers die Rede. Das inkriminierte Meme soll an "einem gegenwärtig nicht näher eingrenzbaren Zeitpunkt vor dem 20.06.2024" veröffentlicht worden sein.
Tage nach der Hausdurchsuchung ist die Tochter von Stefan N. noch immer aufgebracht von dem, was der Familie von einer Justiz widerfuhr, die sich zum Büttel des linksgrünen Systems gemacht hat. Das Mädchen hat Down-Syndrom und mußte mit ansehen, wie Beamte der Kriminalpolizei ihren Vater um kurz nach 6 Uhr morgens aus dem Bett holten, verhörten und sein Tablet mitnahmen.
Stefan N. sagt, er habe sich nie vorstellen können, "daß es einmal so weit kommen würde". Das habe "eindeutig DDR-Geschmack".
Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Kubicki (FDP), kommentierte den Vorgang mit Bezug auf Habeck so: "Er glaubt offenbar, er sei der Gesalbte."
Der Staatsrechtler Volker Boehme-Neßler (Uni Oldenburg) schrieb auf X: "Robert Habeck hat 700 Bürger seit April dieses Jahres angezeigt. Ich bin mir nicht sicher, ob er ein Freund der Meinungsfreiheit und der freien Rede in der Demokratie ist…"
Eines kann der Deutschland-Kurier seinen Lesern/Usern schon jetzt an dieser Stelle versichern: Die "Schwachkopf-Affäre" ist nicht der einzige Fall, in dem eine unsägliche Richterin am Amtsgericht Bamberg eine tragende Rolle spielt. …<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 15. November 2024 (x1.424/…): >>**Das Unethische eines Ethikrates**

Herbert Ludwig

Der Deutsche Ethikrat ist eingerichtet worden, um, kurz gesagt, Politik, Gesellschaft und Individuum zu beraten, was in den komplexen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen vom Gesichtspunkt der Ethik, der Moral, jeweils das rechte Handeln sei. Er beansprucht also in Fragen der Moral eine gesellschaftliche Autorität, der zu folgen der einzelne Mensch gedrängt wird. Diesem wird nicht zugetraut, selbst zu erkennen, was in der jeweiligen Situation für ihn das ethisch Richtige ist. Sein Grundrecht auf Freiheit des Handelns (Art. 2 GG), das grundsätzlich die Fähigkeit zur eigenen Erkenntnis voraussetzt, wird mißachtet.

Der Deutsche Ethikrat

Fassen wir zunächst den Deutschen Ethikrat näher ins Auge. Wenn es einerseits heißt, er sei ein "unabhängiger Sachverständigenrat", andererseits seine 26 Mitglieder aber je zur Hälfte von der Bundesregierung und vom Bundestag vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten für vier Jahre berufen werden, wird deutlich, daß es sich um eine politische Institution handelt. Die Mitglieder werden in der Regel nach parteipolitischen Gesichtspunkten ausgewählt. Sie mögen sich unabhängig fühlen, aber ihre Unabhängigkeit wird kaum auf die Probe gestellt, weil sie sich sowieso im Spektrum des Erwarteten bewegen.
Das ist auch bei ihrer bisher größten Bewährungsprobe, in der Corona-Plandemie, offenbar geworden. Der Ethikrat schwamm vollkommen im Mainstream des politisch-medialen Komplexes. Daß es sich um die Pandemie einer hochansteckenden tödlichen Virus-Erkrankung handeln sollte und die mRNA-Injektionen vor Ansteckung und Übertragung schützen würden,

wurde unkritisch übernommen; mit den Auffassungen renommierter Kritiker der ersten Stunde fand offensichtlich keine Auseinandersetzung statt. Und die inzwischen veröffentlichten RKI-Protokolle haben ja auch den Ethikrat mit seinen Erkenntnisfähigkeiten gründlich blamiert.

Zu Beginn der Corona-Pandemie habe der Ethikrat noch eine allgemeine Impfpflicht abgelehnt, schreibt Apollo-News, doch nachdem auf der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz am 09. Dezember 2021 die allgemeine Impfpflicht beschlossen worden sei, habe der Ethikrat offiziell seine Meinung geändert. Die Bundesregierung habe den Ethikrat aufgefordert, seine bisherige Position zu überarbeiten und eine "Einschätzung zu den ethischen Aspekten einer allgemeinen Impfpflicht" vorzulegen. Dieser Aufforderung sei der Ethikrat nachgekommen.

Die am 28. Mai 2020 vom Rat zur Vorsitzenden gewählte Medizin- und Forschungsethikerin Prof. Alena Buyx war schon vor Dezember 2021 ständig in den Medien präsent und verkündete brav eine "moralische Pflicht", sich impfen zu lassen. Bereits im Februar 2021 habe sie gefordert: "Jede Dosis muß in einen Arm". Die Rückgabe von Freiheitsrechten sollte in dem Zusammenhang nur an Geimpfte erfolgen.

"In einem Interview mit der 'Zeit' aus dem Januar 2023 sagte Buyx, angesprochen auf den sozialen Druck, der auf Ungeimpfte ausgeübt wurde, daß sie in Interviews viel lieber über die Vorteile des Geimpft-seins gesprochen hätte, als über die Einschränkungen, die es gab, wenn man sich nicht impfen ließ. Doch die Medien hätten ab dem Herbst 2021 lieber über Ungeimpfte geredet. Sie sagte, daß man Andersdenkende fragen solle, warum sie ihre Meinung haben, und sie nicht sofort verurteilen solle. Ein Jahr später klingt das schon anders. Im Interview mit der Neuen Osnabrücker Zeitung sagte sie im Januar 2024: 'Die Krise ist auch von Demokratieskeptikern ausgenutzt worden, die ganz gezielt versuchen, das Vertrauen in den Staat zu erschüttern, mit dem Ziel, die Demokratie zu schwächen. Aber die Antidemokraten sind trotzdem nur eine Minderheit geblieben, das dürfen wir nie vergessen'."

Da ist es kein Wunder, daß der SPD-Politiker Steinmeier der naiv folgsamen Alena Buyx am 1. Oktober 2024 das Bundesverdienstkreuz verliehen hat.

"Wie wichtig ihr Engagement als Beraterin in ethischen Fragen von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft ist, wurde besonders während der Corona-Pandemie deutlich", heiße es dazu aus dem Bundespräsidialamt.

Das bedeutet übersetzt, er zeichnet sie aus, weil sie den verlogenen und kriminellen Maßnahmen des Staates so trefflichen "moralischen" Flankenschutz gegeben hat.

Sandra Kristin Meier sieht auf "Ansage" die naive Alena Buyx als ein "selbstgefälliges Nichts", als "Bratwurst-Alena" - sie hatte das Lockmittel Bratwurst für die Impfung moralisch positiv bewertet - und bemerkt, es sei kein Zufall,

"daß das Bundesverdienstkreuz für Alena also genau in dem Moment fällig und aus Sicht des Kartells logisch und unausweichlich wurde, da das staatliche Corona-Narrativ durch den Leak von 10 Gigabytes RKI-Files endgültig und zweifelsfrei als Lüge enttarnt wurde. Buyx vertrat es dennoch unbeirrt weiter - was als Zeichen höchster Loyalität gewertet werden kann und das Bundesverdienstkreuz geradezu erzwingt."

Dabei gibt es keine größere Blamage für eine Institution, die sich als moralische Autorität aufspielt. Der Deutsche Ethikrat wurde als politisches Instrument geschaffen, um in Zeiten der Autoritätsgläubigkeit die teilweise bröckelnde Autorität der Politiker durch eine moralische Autorität zu unterstützen, damit die medial beduselten Massen in politischer Folgsamkeit gehalten und vom Versuch abgehalten werden, zu eigenen moralischen Urteilen und damit zur Freiheit zu kommen.

Der Quell der Moralität

Doch auch unabhängig von seiner erbärmlichen politischen Instrumentalisierung ist ein Ethik-

rat in der Demokratie ein Widersinn. Denn die Demokratie beruht auf dem frei handelnden Menschen, und alles freie Handeln kann nur aus der eigenen Erkenntnis und dem freien inneren Erfassen dessen erfolgen, was auch im moralischen Sinne geschehen soll.
Alles Handeln des Menschen ist ethisch, moralisch, im positiven oder negativen Sinne, ob er sich das klar macht oder nicht. Und steht er in einer bestimmten Situation vor der Frage, wie er jetzt handeln soll, gibt es verschiedene Stufen moralischer Motive.
Zunächst sind es Vorstellungen, die egoistisch das eigene Wohl zum Ziel haben, oder auch das Wohl anderer, insofern mein eigenes Wohl davon abhängig ist. Die individuelle Glückseligkeit wird also durch das eigene Handeln dadurch zu erreichen gesucht, daß man entweder rücksichtslos direkt auf das eigene Wohl bedacht ist, auch auf Kosten des Glückes anderer, oder das fremde Wohl deshalb fördert, weil man sich dann indirekt einen günstigen Einfluß auf die eigene Person verspricht.
Eine höhere Stufe besteht in einem System sittlicher Prinzipien, die allgemein in der Gesellschaft anerkannt sind. Sie können in Form abstrakter Begriffe das sittliche Leben regeln, ohne daß sich der Einzelne um deren Ursprung kümmert. Sie gehen von sittlichen Autoritäten aus, die wir anzuerkennen gewohnt sind, z.B. Familienoberhaupt, Staat, Sitte, Kirche, Ethikrat oder göttliche Offenbarung.
Einen weiteren sittlichen Fortschritt bedeutet es, wenn der Mensch nicht einfach das sittliche Gebot einer äußeren Autorität zum Motiv seines Handelns macht, sondern wenn er den Grund dafür einsehen will. Er versucht also den Sinn moralischer Prinzipien zu ergründen. Was soll dadurch erreicht werden: das größtmögliche Wohl der Menschheit, der allgemeine Kulturfortschritt, die sittliche Entwicklung der Menschheit zu immer größerer Vollkommenheit, wozu die Einhaltung der zehn Gebote z.B. die notwendigen inneren Entwicklungsbedingungen abgeben?
Alle angeführten Motive sind allgemein festgelegte Prinzipien, die nur zu schablonenmäßigen, aber nicht zu individuell freien Handlungen führen. Freie Handlungen entstehen nur, wenn keine äußeren normative Regeln bestimmend wirken, sondern der Mensch im Einzelfall nicht von einem bestimmten Sittlichkeitsziel ausgeht, sondern allen Sittlichkeitsmaximen einen gewissen Wert beilegt, und immer fragt, welches Moralprinzip hier das wichtigere sei.
Frei handelt der Mensch, wenn er einer bestimmten konkreten Situation gegenüber nicht eine vorgefertigte Handlungsschablone aus einer Schublade zieht, sondern originär intuitiv erkennt, welches moralische Motiv hier angemessen ist und dem eigenen Handeln zugrunde gelegt werden soll. Erst dann kommt er als freier Mensch zu seiner eigentlichen vollen Menschenwürde.
Unser Handeln ist nur dann frei zu nennen, wenn allein die Einsicht in eine klar im Bewußtsein stehende, von uns selbst produzierte moralische Idee das Bestimmende ist. Mit ihr liegen die Antriebe unseres Handelns nur in uns selbst. Unser Tun fließt allein aus der in uns lebenden Idee. Ich handle nicht, weil ich einen Herrn über mir anerkenne, nicht ein göttliches Gebot, das allgemein Übliche oder die äußere Autorität eines wie auch immer gearteten Gesetzgebers oder Ethikrates. Es wären alles nur Zwänge.
Wer nur bestimmte sittliche Normen anerkennt, handelt nach Prinzipien, die in seinem Moralkodex stehen. Er ist ein höherer Automat, der auf einen Anlaß eine christliche, humane, selbstlose oder eine Handlung des kulturgeschichtlichen Fortschrittes vollbringt.
Man könnte einwenden, damit würde der individuellen Willkür Tür und Tor geöffnet und kein Unterschied zwischen guten und bösen Handlungen gemacht. Doch eine böse Tat geht aus dem Ausleben blinder Triebe hervor, die sich dazu des Verstandes bedienen, und ist nicht mit dem Ausleben der Individualität zu verwechseln, die sich zur intuitiven Erfassung einer sittlichen Idee erhebt. Der blinde Trieb, der zum Verbrechen treibt, steigt aus meinem Organismus auf, der sich bei allen Individuen in gleicher Weise geltend macht, aus dem sich die geistige

Individualität aber gerade im Erfassen der besonderen Form einer sittlichen Idee herausarbeitet.
Eine aus der freien individuellen Intuition hervorgehende Handlung dient nicht weniger dem Gesamtwohl als diejenigen, die aus sittlicher Pflicht vollzogen werden. Der bloße Pflichtbegriff schließt aber die Freiheit aus und fordert Unterwerfung unter eine allgemeine Norm.
Der Quell aller Moralität ist immer das innere seelische Erfassen einer moralischen Idee. Auch die allgemeinen Sittengesetze sind einmal von einzelnen Persönlichkeiten in ihrem Inneren intuitiv erfaßt worden. Das Verbindende zwischen den Individualitäten besteht in derselben Ideenwelt, zu der jeder sich nach seinem Vermögen und seinem individuellen Ausgangspunkt erhebt, und in der sie sich in ideeller Übereinstimmung treffen. Sonst wäre ein Zusammenleben der Menschen auch gar nicht möglich. Man könnte ihnen die Verträglichkeit durch keine äußeren Gesetze einimpfen.
Stehen wir einer bestimmten Situation gegenüber, die uns zu einer Handlung aufruft, haben wir indessen zwei verschiedene Erkenntnisrichtungen zu unterscheiden. Wir müssen zuerst die Situation selbst erkennen, mit der wir konfrontiert sind, damit wir völlige Klarheit haben, in was wir handelnd einwirken wollen. Erst auf der Grundlage dessen können wir intuitiv das richtige Handlungsmotiv finden. Bei beiden handelt es sich um ganz unterschiedliche Begriffe. Die Situation finden wir vor, und es kommt darauf an, sie mit Erkenntnisbegriffen zu durchdringen. Wie sie durch unser Handeln verändert werden, d.h. die dahin führende moralische oder handlungsleitende Vorstellung aussehen soll, muß gesondert gefunden werden.
Den handlungsleitenden Begriff entnehmen wir nicht der Situation. Diese regt nur dazu an, ihn intuitiv zu finden und in konkrete, auf die jeweilige Situation bezogene Vorstellungen auszugestalten. Eine bestimmte Situation hat kein Etikett mit einer Anweisung, wie ich zu handeln habe.
Dann wäre das Handeln nur die automatische Folge einer Erkenntnis und die Freiheit ausgeschlossen. Wenn ich auf dem Standpunkt eines bestimmten Moralprinzips stehe, ist das in gewisser Weise der Fall. Dann löst eine bestimmte Situation sofort das gespeicherte Moralprinzip aus, und ich setze mich entsprechend in Bewegung. In der Politik wird ein solcher zwingender Zusammenhang gern suggeriert, wenn bestimmte Maßnahmen als alternativlos bezeichnet werden.
Ja, es ist noch schlimmer. Wie wir alle gegenwärtig im größten Maße erleben, ist der politisch-mediale Komplex ständig - erfolgreich - durch Lügenpropaganda bestrebt, die Erkenntnis der Situation, der Wirklichkeit, zu verhindern. Lebt der Mensch aber dadurch in einer Illusion, einer Scheinwirklichkeit, kann er auch nicht die rechten handlungsleitenden Begriffe finden. Und er greift zu den moralischen Prinzipien, die ihm die staatlichen Autoritäten und ihre Flankenschutz gebenden moralischen Autoritäten wie der Ethikrat einsuggerieren.
Fazit
Alle wahrhafte Demokratie baut auf den freien, selbstbestimmt handelnden Menschen. Und den freien Menschen in seiner Entwicklung zu ermöglichen und zu fördern, ist das höchste ethische Prinzip eines demokratischen Gemeinwesens.
Der von der Politik eingerichtete Deutsche Ethikrat, der die Menschen autoritativ zu bestimmten moralischen Handlungen führen soll, ist in höchstem Maße unethisch. Er ist gegen die Demokratie freier Menschen gerichtet.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. November 2024 (x1.422/…): >>**Techniker Krankenkasse erwartet Beitragsschock**
Der Chef der größten deutschen Krankenkasse erwartet, daß 2025 fast alle Kassen ihren Zusatzbeitrag erhöhen: "Die Finanzlage ist dramatisch. Der Schätzerkreis sieht für 2025 eine Lücke von mehr als 14 Milliarden Euro.
Auf die Versicherten kommt damit ein Beitragsschock zu", sagte Jens Baas, Chef der Techni-

ker Krankenkasse, der "Rheinischen Post" (Freitagausgabe). "2025 soll der durchschnittliche Zusatzbeitrag um 0,8 Prozentpunkte steigen. Fast alle Kassen werden ihren Beitrag erhöhen oder haben es schon getan - und zwar kräftig. Manche werden stärker erhöhen als um 0,8 Punkte." Auch die Techniker Krankenkasse (TK) wird ihren Zusatzbeitrag erhöhen, wenn auch um weniger als 0,8 Punkte.
"Auch wir werden unseren Zusatzbeitrag 2025 anpassen müssen, doch wir setzen alles daran, daß wir unter dem Durchschnitt bleiben und damit weiter zu den günstigen Kassen gehören", sagte Baas weiter. "Das wird unser Verwaltungsrat im Dezember entscheiden."
Die TK ist mit 11,7 Millionen Versicherten die größte Krankenkasse, ihr Zusatzbeitrag liegt aktuell bei 1,2 Prozent. Baas fordert rasche Reformen zur Kostendämpfung: "Wenn es der Politik nicht gelingt, das ungebremste Kostenwachstum zu stoppen, wird das so weitergehen. Dann ist jedes Jahr eine Erhöhung um 0,5 Prozentpunkte möglich."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. November 2024 (x1.422/…): >>**Wirbel um Hausdurchsuchung nach mutmaßlicher Habeck-Beleidigung**
Eine polizeiliche Hausdurchsuchung bei einem Rentner in Bayern, der zuvor Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) im Internet beleidigt haben soll, sorgt in sozialen Medien für Aufsehen. Die Staatsanwaltschaft Bamberg bestätigte am Freitag, daß einem 64-jährigen Mann aus dem Landkreis Haßberge vorgeworfen werde, im Frühjahr oder Sommer Habeck "über das Internet" beleidigt zu haben, und daß es am Dienstag bei dem Beschuldigten deswegen eine Wohnungsdurchsuchung gegeben habe.
Der Tatverdächtige habe auf der Internetplattform "X" (früher: Twitter) eine Bilddatei hochgeladen, die eine Porträtaufnahme des Bundeswirtschaftsministers mit dem an den Werbeauftritt der Firma Schwarzkopf angelehnten Schriftzug "Schwachkopf Professional" zeige. Durch Habeck sei Strafantrag gestellt worden. Die Staatsanwaltschaft spricht von einem Tatverdacht "einer gegen Personen des politischen Lebens gerichteten Beleidigung gem. §§ 185, 188, 194 StGB".
Der Durchsuchung sei eine richterliche Anordnung vorangegangen, Polizeibeamte der Kriminalpolizei Schweinfurt hätten sie durchgeführt. Dabei sei ein Tablet des Beschuldigten sichergestellt worden. Außerdem bestehe aber auch "der Anfangsverdacht einer Volksverhetzung gemäß § 130 StGB, da dem 64-Jährigen darüber hinaus vorgeworfen wird, im Frühjahr 2024 auf der Internetplattform "X" eine Bilddatei hochgeladen zu haben, auf der ein SS- oder SA-Mann mit dem Plakat und der Aufschrift "Deutsche kauft nicht bei Juden" sowie u.a. der Zusatztext "Wahre Demokraten! Hatten wir alles schon mal!" zu sehen ist", wie es weiter von der Staatsanwaltschaft hieß.
Die Wohnungsdurchsuchung sei zudem "im Zusammenhang mit einem bundesweiten Aktionstag gegen antisemitische Haßkriminalität im Internet" erfolgt. Die weiteren Ermittlungen gegen den Beschuldigten würden durch die Kriminalpolizei Schweinfurt und die Staatsanwaltschaft Bamberg geführt. Heftige Kritik an dem Vorgehen gab es umgehend von der AfD. Lena Kotré, stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag und Rechtsanwältin stellte nach eigenen Angaben ihrerseits nun Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Hausdurchsuchung.
"Daß sich ein Rentner wegen eines satirischen Memes ausgerechnet wegen 'Volksverhetzung' verantworten muß und ihm die Wohnung von der Polizei auseinandergenommen wird, ist eindeutig Verfolgung Unschuldiger (§ 344 StGB)", teilte sie mit. Das müsse auch den beteiligten Beamten klar gewesen sein. Es werde sich niemand damit herausreden können, er habe "nur Anweisungen ausgeführt."<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 15. November 2024 (x1.422/…): >>**Anzahl der Rentner im Wohngeld nach Reform verdoppelt**
Über 615.000 Rentner haben Ende 2023 Wohngeld bezogen. Das berichtet "Ippen-Media"

unter Berufung auf neue Zahlen des Statistischen Bundesamts, die die Bundesregierung nach einer Anfrage der Linken im Bundestag veröffentlicht hat. Damit hat sich die Zahl der Rentner im Wohngeld im Vergleich zu den Vorjahren verdoppelt. Das Wohngeld ist ein Zuschuß für Menschen mit geringem Einkommen, der jeweils zur Hälfte von Bund und Ländern getragen wird.

Grund für den enormen Anstieg der Bezieher ist eine 2023 eingeführte Ampel-Reform, nämlich das "Wohngeld Plus". Durch das neue Gesetz haben im Vergleich zu den Vorjahren dreimal so viele Menschen Anspruch auf den Zuschuß. Außerdem ist die Höhe der Zuwendung im Schnitt um 55 Prozent gestiegen, bei Rentnern sogar um 62. "Mit der Wohngeld-Plus-Reform wurde das Wohngeld 2023 wie noch nie zuvor erhöht", heißt es von der Bundesregierung zur Linken-Anfrage. Insgesamt bezogen Ende 2023 laut Bundesregierung 1,17 Millionen Haushalte Wohngeld.

Umgerechnet sind das etwa 2,8 Prozent aller deutschen Haushalte. Der Linken-Bundestagsabgeordneten Matthias Birkwald hält der Anteil der Rentner, die auf das Wohngeld angewiesen sind, für zu hoch. "Es sind vor allem die alten Menschen, die immer öfter Wohngeld in Anspruch nehmen müssen. Denn von den 1,17 Millionen Haushalten, die Wohngeld beziehen, sind mehr als 615.000 Rentner-Haushalte.

Das ist mehr als die Hälfte", sagte Birkwald. Der renten- und alterssicherungspolitische Sprecher der Linken im Bundestag stellte fest, daß die Erweiterung des Wohngelds mehrheitlich von und Rentnern beantragt wurde und beklagt eine zu hohe Altersarmut. "Es ist nicht zu leugnen, daß die Rente für Viele nicht mehr zum Leben reicht. Sie reicht oft nicht zum Wohnen und sie reicht häufig nicht für die Pflege", sagte er. Obwohl die Zahl der älteren Wohngeld-Bezieher stark gestiegen ist, ist unklar, wie viele Rentner Anspruch auf den Zuschuß haben, ihn aber nicht beziehen.

Dazu konnte die Bundesregierung dem Linken-Politiker keine Zahlen nennen. "Dabei wurde schon 2019 untersucht, daß gerade alte Menschen Sozialleistungen oftmals aus Angst oder Scham nicht beantragen", so Birkwald. "Die Bundesregierung fängt jetzt erst an, die Nichtinanspruchnahme des Wohngeldes zu untersuchen - das ist zu spät."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Politischer Kassensturz**

Ampel-Ende und Neuwahlen: Deutschland fliegen in Jahrzehnten aufgeschobene Probleme um die Ohren

Dieter Stein

Ein großes Aufatmen ging durch Deutschland, als Kanzler Olaf Scholz das Aus der Ampel verkündete. Schluß mit dem erbärmlichen Gewürge. Diese Regierung war ein einziges Desaster. Sie war weder willens noch in der Lage, wichtige Kurskorrekturen vorzunehmen, die nach 16 Jahren Merkel nötig gewesen wären. Statt dessen wurde bei der Fahrt in den Abgrund lediglich mit flatternden Regenbogenflaggen das Tempo erhöht.

Es ist Sinnbild des sich weltweit scharf nach rechts drehenden politischen Windes, daß das Ende dieser Koalition mit dem Sieg Donald Trumps in den USA zusammenfällt. Für die noch tonangebenden Kreise der politischen Klasse ist dies ein böses Erwachen. Einerseits müssen sie ihren rapide schwindenden Einfluß auf die öffentliche Meinung realisieren: "Die traditionellen Medien sind offiziell tot", stellte Elon Musk lakonisch in der Wahlnacht fest. Das trifft mit geringer Verzögerung auch Deutschland. Öffentlich-Rechtliche und etablierte Zeitungen bilden eine schrumpfende linksliberale Echokammer. Andererseits ist die Wucht der Realitäten multipler Krisen derart, daß die Bürger die Geduld verlieren.

Wer rief "Der Kanzler ist nackt!"? Wie ein Wetterleuchten machte im Juni eine verzögert öffentlich gewordene "Wut-Rede" des damaligen Chefs der Deutschen Börse, Theodor Weimer, die Runde, die dieser beim Wirtschaftsbeirat Bayern in München gehalten hatte. Es war eine

einzige Abrechnung mit dem Versagen der deutschen Politik - und Unternehmensführern, die dem seit Jahren mit feigem Schweigen begegnen. Gespräche mit Wirtschaftsminister Robert Habeck nannte er "eine schiere Katastrophe." Und: "So schlecht wie jetzt war unser Ansehen in der Welt noch nie." Weltweit bezeichneten Investoren die Deutschen als "bekloppt" und machten um Deutschland mit seiner Bürokratie, teuren Energie und fehlender Digitalisierung einen Bogen.

Jahrzehntelang wurden wesentliche Probleme nicht angepackt, haben wir uns auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausgeruht, hat sich der Reformstau zu einem Gebirge aufgetürmt. Dem abzuhelfen würde voraussetzen, die Dinge erstens öffentlich ungeschminkt beim Namen zu nennen und zweitens den Bürgern auch zu sagen, daß die Antworten darauf teilweise mit erheblichen Zumutungen verbunden sind. Beides wurde vermieden. Wer, wie Thilo Sarrazin 2010 mit "Deutschland schafft sich ab", eine schonungslose Lageanalyse vornahm, der wurde als Störenfried aus dem öffentlichen Diskurs gedrängt.

Wird sich das nun ändern? Es ist immerhin ein Verdienst von FDP-Chef Christian Lindner, sich am Ende dem Einstieg in eine erneute Verschuldungs-Orgie verweigert zu haben. Nun wäre der Moment da, nicht nur haushaltspolitisch, sondern insgesamt einen Kassensturz zu machen. Wer hält die "Blut, Schweiß und Tränen-Rede"?

Ist die Bereitschaft zum Zusammenreißen wirklich da? Muß der Karren nicht noch tiefer in den Dreck gefahren werden, damit auch beim Letzten angekommen ist, daß es so nicht mehr weitergeht?

Schon die ersten Tage nach dem Ampel-Aus lassen Schlimmes befürchten. Friedrich Merz, CDU-Chef und gemeinsamer Kanzlerkandidat der Unionsparteien, hätte sofort im Bundestag die Initiative übernehmen und mit der Androhung eines Konstruktiven Mißtrauensvotums die Vertrauensfrage des Kanzlers erzwingen können. Oder durch Anträge im Parlament die neuen Mehrheiten schlagartig sichtbar machen: Mit dem "Zustrombegrenzungsgesetz", das sich mit Forderungen der AfD nach einer Bekämpfung illegaler Migration deckt, könnte ein Signal des Kurswechsels verbunden werden. Aus Angst vor medialem Gegenwind kneift Merz.

Statt dessen setzt umgehend die gewohnte Kungelei ein. Der zwischen SPD und CDU nur geringfügig früher angesetzte Neuwahltermin 23. Februar 2025 ist Zeichen dafür. Statt Grüne und SPD vor eine Richtungsentscheidung zu stellen, ganz zu schweigen von einem antilinken Kulturkampf, schleift Merz schon jetzt viele Kanten ab, weil er sich auf eine Koalition mit einer der beiden Parteien vorbereitet. Zu tief stehen auch die Fans schwarz-grüner Zusammenarbeit und einer woken Agenda in den Reihen der Union. Daniel Günther, Hendrik Wüst und Kai Wegner als Lieblinge der linken Presse lassen grüßen.

Wie schon unter Angela Merkel fürchtet sich die Merz-CDU vor einem echten marktwirtschaftlich-freiheitlichen, konservativen Reformwahlkampf. Was ist aus dem Bierdeckel von Merz geworden? Wo das Steuermodell von Kirchhof? Es ist mit Händen zu greifen, daß eine von Merz geführte Bundesregierung im Rahmen einer Koalition mit SPD oder Grünen Sachzwänge aus dem Hut zaubern wird, die das Aushebeln der Schuldenbremse - selbstverständlich unter dem Vergießen von Krokodilstränen - rechtfertigen wird.

Schon jetzt liefert die SPD das populistische Narrativ: Sollen Rentner darben, um Ukrainehilfe und Brückenreparaturen zu finanzieren? Soll der Sozialstaat zerschlagen werden, damit die Bundeswehr ordentlich ausgestattet wird? Diese Litanei werden wir schon bald auch von der CDU hören.

Neue Regierungskoalitionen bedeuten für daran beteiligte Parteien zuletzt, dem gesamten Land und vorneweg Behörden und Beamtenapparat eine Roßkur aufzubrummen, mit gutem Beispiel voranzugehen und den Bürgern zu erklären, daß der Gürtel insgesamt enger zu schnallen sei. In erster Linie bedeutet es für politische Akteure das Knacken eines Jackpots, um Parteifreunde mit inflationär vermehrten Staatssekretärsposten zu versorgen, Abteilungs-

leiter in Ministerien mit Angehörigen jener Seilschaften auszutauschen, die einem kürzlich sichere Listenplätze verschafft haben.
Zurück zu Merz: Durch das Festhalten an der Brandmauer verzichtet er nicht nur auf ein Druckmittel gegen linke Koalitionspartner. Mit dem Verzicht darauf, schon länger existierende klare Mitte-Rechts-Mehrheiten für einen Politikwechsel tragfähig zu machen, öffnet er die Flanke weit für die AfD. Bei ersten Umfragen nach dem Ampel-Aus legt diese prompt stärker zu als die Union. In den USA wurde die Wahl vor allem entschieden wegen der Sorge um die Wirtschaft und der aus dem Ruder gelaufenen illegalen Einwanderung. Die Wähler sind faule Kompromisse leid. Sie wollen endlich, daß geliefert wird. Wem trauen sie das zu?
Zuletzt: Wer ist in der Lage, einen neuen Aufbruchsgeist für unsere Nation, eine kollektive Kraftanstrengung zu entfesseln? Wer feuert den Erfindungsreichtum der Ingenieure, den Aufstiegswillen des Mittelstandes an? Wo ist der deutsche Elon Musk, mit dem wir technologisch zu den Sternen greifen? Es ist Zeit für einen deutschen Neustart!<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Volkstrauertag**
In allen Ehren
Josef Kraus
Am Sonntag findet der staatliche "Gedenktag für die Opfer von Gewalt und Kriegen aller Nationen" statt - der Volkstrauertag. Die Generationen bis hinauf ins mittlere Alter können mit diesem "stillen" Tag wenig anfangen. Für die meisten ist es ein Sonntag wie jeder andere; allenfalls bemerken sie, daß dieser "verkaufsoffen" ist. Daß viele Menschen über diesen Tag, die Kranzniederlegung der höchsten staatlichen Repräsentanten an der Neuen Wache in Berlin und die nachfolgende zentrale Gedenkveranstaltung im Bundestag nicht reflektieren, hat Gründe.
Erstens: Dieser Tag spielt in den Bildungseinrichtungen kaum eine Rolle. Trotz Halbmastbeflaggung an öffentlichen Gebäuden und damit auch an Schulen verstreicht dieser Tag ohne Vertiefung.
Wenigstens das Sprechen des von Bundespräsident Theodor Heuss 1952 eingeführten Totengedenkens mit seinen gerade eben 212 Wörtern sollte am letzten Schultag vor dem Volkstrauertag zum Pflichtprogramm aller Klassen im Geschichts-, Religions- oder Ethikunterricht oder besser auf dem Pausenhof vor der gesamten Schulgemeinschaft gehören.
Die Kultur eines Volkes erkennt man am Umgang mit seinen Toten - eben auch mit seinen Soldaten.
Zweitens: Die deutsche Gedenkkultur ist einseitig. Vor allem das Gedenken an deutsche Soldaten, die im 19. und 20. Jahrhundert zu Millionen und auch nach 1955 zu Tausenden ihr Leben verloren, ist unterbelichtet. Soldaten gelten - gerichtlich zugelassen - als Mörder. Kriegerdenkmäler werden von Linksextremisten geschändet. Die Bundeswehr tut sich in ihren Traditionserlassen schwer, deutschen Soldaten vor 1945 Reverenz zu erweisen.
Das Ehrenmal "Den Toten unserer Bundeswehr", also für die seit 1955 mehr als 3.200 militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr, die im Dienst ihr Leben verloren, wird im Berliner Bendlerblock versteckt. Angemessener wäre ein Denkmal in der Nähe des Reichstagsgebäudes und damit des Bundestages gewesen, ganz im Sinne der "Parlamentsarmee". Denn: Für dieses Volk, nicht für ein Ministerium, haben diese zumeist jungen Menschen ihr Leben gelassen.
Ebenfalls fragwürdig war die Entscheidung, in der Henning-von-Tresckow-Kaserne bei Potsdam einen "Wald der Erinnerung" zu errichten. Dieser "Wald" war 2014 von Familienangehörigen und Kameraden initiiert worden. Angehörige von Gefallenen können hier Bäume zum Gedenken pflanzen. Der ehemalige Wehrbeauftragte des Bundestages Reinhold Robbe (SPD, 2005 bis 2010) hatte den Standort zu Recht als "beschämend" bezeichnet. Hier würden die

Gefallenen der Bundeswehr quasi "versteckt".
Das Wort von Perikles (ca. 490 - 429 v. Chr.) bleibt gültig: "Die Kultur eines Volkes erkennt man daran, wie es mit seinen Toten umgeht." Das gilt natürlich auch für die gefallenen Soldaten.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Eklat im Schloß Bellevue**
Steinmeiers ertappte Wut
Moritz Schwarz
Hat Bundespräsident Steinmeier bei einem Empfang im Schloß Bellevue tatsächlich gegenüber Schriftsteller Marko Martin "wutentbrannt ... die Fassung verloren", weil der ihn in seiner Festrede zum 35. Jahrestag des Falls der Mauer "diffamiert" habe? Trifft dies zu - was das Präsidialamt dementiert -, wäre es ein Mangel an Souveränität, der einmal mehr Zweifel an seiner Eignung für das höchste Staatsamt nährt.
Aufschlußreich ist allerdings, was offenbar unstrittig ist: Ob Steinmeier nun Contenance gewahrt hat oder nicht, Grund seiner Beschwerde war die eigene Kränkung - obgleich Martins Rede vor der Kritik an ihm nicht minder gegen die Deutschen austeilte, die er als kleingeistige Spießer dem großherzigen Geist der Polen gegenüberstellte. Wenn Widerspruch, wäre es dann nicht die Pflicht des Bundespräsidenten, vor sich selbst jene zu verteidigen, die er repräsentiert?
Natürlich hat Martins Kritik Berechtigung - gleichwohl ist sie unfair, da sie sowohl den aggressiven historischen Nationalchauvinismus der Polen völlig ausblendet, als auch die Argumente, die für die von Martin gescholtene Rußlandpolitik Steinmeiers vor 2022 sprechen: etwa, daß man im Umgang mit Autokraten Kompromisse machen muß. Das freilich bedeutet eine Absage an jenen hochfahrenden Moralismus, dessen sich Steinmeier selbst jedoch nur zu gerne befleißigt.
Und so trifft Martin einmal mehr den Kern: "Bei Steinmeier klingt alles pastoral nachdenklich, kratzt man aber daran, ist es die reinste Satzbauroutine" und "statt eigene Fehler einzugestehen, beschimpft er andere".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Nahostkonflikt auch beim Fußball**
Importierte Gewalt
Fabian Schmidt-Ahmad
Wer ins Fußballstadion geht, um einfach den Alltag hinter sich zu lassen, die eigene Mannschaft anzufeuern und ein gelungenes Spiel zu sehen, der sollte dieser Tage genau hinschauen. Denn gibt er sich als Anhänger eines jüdischen Vereins zu erkennen, kann schnell die ganze Stadt zum blutigen Spielfeld werden.
So vergangenen Donnerstag, als der niederländische Erfolgsverein Ajax Amsterdam den israelischen Meister Maccabi Tel Aviv empfing. Der Ausbruch an Gewalt hatte mit dem eigentlichen Spiel nichts zu tun. Tatsächlich besitzt der niederländische Verein selbst eine jüdische Tradition. Das Spiel diente nur als Stellvertreter des arabisch-israelischen Nahostkonflikts.
Wo Juden in westeuropäischen Metropolen auf eine inzwischen zahlenstarke muslimische Population treffen, da bieten solche Ereignisse einen willkommenen Anlaß zur Neuaustarierung von Machtverhältnissen. Die nächste Gelegenheit ist das Uefa-Nations-League-Spiel am Donnerstag zwischen Frankreich und Israel in Paris. Deutsche Städte sind da keine Ausnahme.
Zeitgleich mit den Krawallen in Amsterdam soll es nach einer Partie zwischen den Jugendmannschaften DJK Schwarz-Weiß Neukölln und TuS Makkabi in Berlin zu Angriffen auf die Spieler des jüdischen Vereins gekommen sein. Die Jugendlichen berichteten von einem Mob, der sie mit Knüppeln und Messern vertrieb. Der Fußball als "Integrationsmotor"? Fragt sich,

was man unter Integration versteht.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Sie sind dann wieder da**

Asylrecht und Praxis: Zahlreiche aus Deutschland Abgeschobene kehren trotz geltender Wiedereinreisesperre hierher zurück

Sven Versteegen

Wer aus Deutschland abgeschoben wird - in diesem Jahr bisher 14.718 Ausländer -, wird mit einer Wiedereinreisesperre belegt. Sie soll verhindern, daß die Person ohne Erlaubnis erneut nach Deutschland einreist. In der Praxis erweist sich das allerdings als wenig effektiv, denn in den ersten neun Monaten erfaßten die Behörden mindestens 4.614 Ausländer, die trotz Sperre wieder in Deutschland auftauchten. Dies gab die Bundesregierung auf eine Anfrage des fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich bekannt. Dabei wirkt das Wort "mindestens" gleich doppelt. Einerseits handelt es sich lediglich um bekannte Wiedereinreisen. Eine Dunkelziffer gab die Bundesregierung in ihrer Antwort an Helferich nicht an.

Andererseits weist sie auf ein wichtiges Detail hin: "Einreise- und Aufenthaltsverbote werden mit Ablauf der Sperrfrist zur Einreise oder bei Aufhebung durch die zuständige Ausländerbehörde aus dem Ausländerzentralregister gelöscht. Personen, die im Laufe des Jahres zwar während einer Sperrfrist erneut eingereist sind, bei denen die Sperrfrist aber vor dem Auswertungsstichtag abgelaufen ist, können nicht mehr rückwirkend ermittelt werden." Die Daten sind also unvollständig, weil sie gelöscht werden. Somit kann die Bundesregierung das Ausmaß der illegalen Wiedereinreisen nicht statistisch widerspiegeln.

Gelöschte Daten verhindern vollständige Erfassung

Von den 4.614 Ausländern, die trotz Sperre wieder einreisten - im übrigen ein Drittel aller Abgeschobenen insgesamt -, kommt jeder zehnte aus Afghanistan. 443 Afghanen wurden von den Polizeibehörden aufgegriffen. Darauf folgen Staatsangehörige aus Moldau (431), Syrien (385) und Serbien (304). Helferich zeigte sich gegenüber der JUNGEN FREIHEIT entsetzt. "Jede Law-and-order-Rhetorik der Etablierten wird zur Farce", kommentiert er mit Blick auf die beinahe 5.000 Abgeschobenen, die trotz Einreisesperre wieder eingereist sind. Er verwies auf Erkenntnisse im Umgang mit Clan-Kriminellen.

In Nordrhein-Westfalen stellte das Landeskriminalamt unlängst fest, daß "generalpräventive und kriminalitätsbegrenzende Wirkungen" gegenüber Clans "in erster Linie aufenthaltsbeendende Maßnahmen haben" dürften. Die hohe Zahl der Wiedereinreisen konterkariere diese Erkenntnisse, ist der Bundestagsabgeordnete überzeugt.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Fossile Kraftwerke müssen in der Dunkelflaute Höchstleistungen liefern**

Strompreis explodiert

Jörg Fischer

In der zweiten Novemberwoche wurde Geschichte geschrieben: Erst siegte Donald Trump, dann flog die Ampelkoalition auseinander. Dabei ging unter, daß das deutsche Stromnetz erneut enorm gefährdet war: Denn während 75,1 Millionen Amerikaner in Feierlaune waren, lieferten die über 30.000 Windkraftanlagen (WKA) und die 3,4 Millionen Photovoltaikmodule (PV) in Deutschland fast nichts: Es gab jene Dunkelflaute, vor der die Energiewende-Kritiker seit Jahren warnen. Wenn der Wind nicht weht und auch die Sonne nicht scheint, bleibt der "klimaneutrale" Strom aus.

Da hätte auch nicht geholfen, noch mehr WKA und PV zu installieren, wie nicht nur Robert Habeck glaubt. Der Energieertrag einer WKA steigt oder fällt im Prinzip mit der dritten Potenz: Wenn sich die Windgeschwindigkeit verdoppelt, steigt die Energieausbeute um das Achtfache (23 = 8). Das gilt auch umgekehrt. Wenn dann auch die Sonne kaum scheint, wie es zwischen 5. und 8. November der Fall war, dann gibt es eine Dunkelflaute. Und das läßt die

Strompreise explodieren.
Am 6. November stieg der Börsenstrompreis auf die Rekordhöhe von etwa 800 Euro pro Megawattstunde (MWh). Das sind umgerechnet 80 Cent pro Kilowattstunde (kWh). Dies betraf vor allem gewerbliche und private Verbraucher mit sogenannten dynamischen Tarifen, die börsenabhängig zu bezahlen sind. In der Regel lagen die Strombörsenpreise in den vergangenen Monaten "nur" bei 60 bis 80 Euro. Zu den sechs bis acht Cent pro kWh kommen natürlich für Mittelständler und Privatverbraucher noch die diversen Abgaben, Steuern und Umlagen hinzu.
Die verbliebenen Kohle- und teuren Gaskraftwerke, Stromimporte sowie Lastabschaltungen sorgten nach dem Atomausstieg dafür, daß es nicht zum Brown- oder Blackout kam. Am 13. Oktober war der Strompreis hingegen stundenlang negativ: WKA und PV lieferten mehr, als an einem arbeitsfreien Sonntag gebraucht wurde. Der Stromüberschuß ging ans benachbarte Ausland, das für die Abnahme sogar noch Geld bekam. Der Energiewende-Wahnsinn kostet die Deutschen jährlich zig Milliarden - und ein Friedrich Merz wird daran kaum etwas ändern. Im Gegenteil: Die Union will WKA und PV ausbauen und "neue Gaskraftwerke schnell ans Netz bringen". Letzteres dürfte aber den Flüssigerdgasverkäufer Trump besänftigen.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Nichts im Griff auf dem sinkenden Schiff**
Geistig-moralische Wende? Mit der Vertrauensfrage des noch amtierenden Kanzlers und Neuwahlen wäre die realpolitische Tragödie keineswegs zu Ende
Thorsten Hinz
Jeder sieht hier etwas enden,/ Jeder sieht sich hier was wenden/ Keiner sieht, was hier beginnt." So heißt es in dem Gedicht "Für Berlin", das Gottfried Benn 1948 verfaßte. Es braucht nicht allzuviel Phantasie und Eselsbrücken, um einen Gegenwartsbezug herzustellen. Im Auseinanderbrechen der Ampel-Regierungskoalition steckt mehr als der Verschleiß einer politischen Partnerschaft.
In dieser Regierung hatten sich Unfähigkeit und Inkompetenz mit ideologischem Fanatismus und unbedingtem Herrschaftswillen verbunden. Sie hatte ein regelrechtes Zerstörungswerk in Gang gesetzt. Rot und Grün, unterstützt von Gelb, haben Krieg gegen die Wirklichkeit, gegen den gesunden Menschenverstand und gegen alle geführt, die ihre Verblendung nicht teilen wollten. Darüber ist es zu internen Widersprüchen gekommen, die sich am Ende nicht mehr auflösen ließen. Diese Regierung war radikal im Wortsinn, denn sie hat die Axt an die Wurzeln unserer Lebenswelt gelegt.
Zum einen auf der privatesten, intimsten Ebene. Jeder darf nun einmal im Jahr formal sein Geschlecht wechseln. Mit einem individuellen Sprechakt darf er nicht nur eine neue Wirklichkeit stiften, er kann andere dazu zwingen, sie sogar rückwirkend anzuerkennen und die Vergangenheit zu löschen. Das Verbot, die objektive Tatsache des Geburtsgeschlechts zu offenbaren, weil sie der subjektiven Eigenwahrnehmung - die sich im nächsten Jahr schon wieder ändern kann - widerspricht, hat eine orwellsche Dimension.
Die Frühsexualisierung und ein aufdringliches Angebot an medizinischen Maßnahmen setzen vor allem junge Menschen, die ihrer selbst nicht sicher sind, unter einen Bekenntnis-, Veränderungs- und Optimierungsdruck. Es handelt sich um einen Mikro-Totalitarismus, der auf die Erzeugung fluider Wesen, die neueste Variante des berüchtigten Neuen Menschen, abzielt.
Auf der Makro-Ebene ist es die Klimareligion, aus der ein umfassendes Programm für den Umbau, für die "Transformation" der Gesellschaft abgeleitet wird. Wer eben noch glaubte, sein Haus, seine Wohnung, sei seine sichere Burg und Altersvorsorge, kann durch das Heizungsgesetz zum Schuldner werden, weil er die Wärmezufuhr umstellen muß.
Zur Bilanz dieser Regierung gehören weiterhin: die beginnende Deindustrialisierung, Zerstörung der Energiesicherheit, Vernichtung des Mittelstands, die zerbröselnde Infrastruktur, die

ungebremste Zuwanderung samt Messer- und Machetenkultur, ein Bildungssystem, das missionarische Halbgebildete und anspruchsberechtigte Idioten entläßt. Was hingegen bestens funktioniert, sind die staatlich geförderten Überwachungs-, Spitzel-, und Sanktionspraktiken, die den Bürger dahin bringen sollen, sich nicht nur gesetzes-, sondern auch regierungstreu zu verhalten.

Der Auftritt von Olaf Scholz im Ambiente des Kanzleramtes war eine Herabwürdigung, eine Delegitimierung des Staates durch Mißbrauch seiner Symbole und repräsentativen Örtlichkeiten. Da sprach kein Staatsmann, der von Sorge um das Land erfüllt ist, vielmehr ein pöbelnder Kleingeist ohne Stil und Manieren, der seinem entlassenen Minister eine Ladung Dreck hinterherwarf.

"So. Doof", sollen die Worte gelautet haben, mit denen er die letzte Koalitionsrunde beendete. Was für Leute regieren uns eigentlich? Kein einziger der amtierenden und ehemaligen Minister bestünde einen echten Tauglichkeitstest. Auch nicht der bübchenhafte Finanzminister, der nun, weil er zu später Stunde dem Irrsinn widersprochen hat, als tragischer Held und letzter Hüter bürgerlicher Tugenden in der Politik gefeiert wird, der er nicht ist.

Mit der Vertrauensfrage und Neuwahlen wäre die Tragödie keineswegs zu Ende. Denn was folgte dann? Eine Regierung unter Führung der Union vermutlich, entweder gemeinsam mit den roten, den grünen oder - vielleicht - gelben Bankrotteuren. Vor allem aber sind CDU/CSU die Mitverursacher der Lage, aus der sie das Land jetzt zu erlösen versprechen. Die Ampel-Koalition hat ja nur fortgesetzt und intensiviert, was unter Merkel 16 Jahre lang als Regierungspolitik betrieben wurde.

Und auch Merkel war keine eigenständige Akteurin, sie war eher das Medium und der Akkumulator destruktiver Energien, die älteren Ursprungs sind. Eine Unionsregierung würde die Situation an anderer Stelle wohl noch verschlimmern, indem sie eine der wenigen vernünftigen Entscheidungen des Kanzlers - die Weigerung, Taurus-Raketen an die Ukraine zu liefern - kippen würde.

Mit Gottfried Benn gefragt: Was endet, was verendet hier? Die Antwort lautet: Die Idee von einer "Berliner Republik", die fähig ist, die inneren und äußeren Lebensfragen des wiedervereinten deutschen Volkes kompetent zu regeln, sie stirbt einen schweren Tod. Mit dem Umzug der Regierung, des Bundestags und des Bundesrats von Bonn nach Berlin waren ja große Erwartungen verknüpft gewesen. Es hatte sich nach 1990 schnell gezeigt, daß das neue Deutschland mehr sein mußte als die Ostausdehnung der alten Bundesrepublik. Diese war durch die Teilung und alliierte Vorbehalte von den großen Entscheidungen in der Weltpolitik dispensiert gewesen. Im Golfkrieg 1991 und dann im Balkankrieg zeigte sich, daß die alten Reflexe und Mechanismen die Wirklichkeit verfehlten.

In einem metropolitanen Flair, so die Annahme, würde sich eine weltläufige politische Klasse herausbilden; der Austausch und die Konfrontation mit Wissenschaft, Kultur, Medien würde intellektuelle Funken schlagen und die Perspektiven erweitern. Nichts davon ist eingetroffen. Politisch, personell, intellektuell, kulturell, mittlerweile auch ökonomisch, ist das Land ausgebrannt. Parallel dazu haben wir es mit einer Re-Ideologisierung zu tun, die nicht gerade an das Dritte Reich, aber an die DDR erinnert.

Wie konnte es dazu kommen? Der liberale Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis (1923-2012) - im Gegensatz zu den meisten, die diese inflationierte Berufsbezeichnung heute beanspruchen, ein hochgebildeter, historisch und juristisch beschlagener Gelehrter - veröffentlichte 1997 den Aufsatz "Totenrede des Perikles auf ein blühendes Land". Der Titel spielt auf die Rede an, in der der berühmte griechische Staatsmann die Vorzüge des freien Athens zu Sparta hervorhob. Hennis' Kritik richtete sich direkt gegen Helmut Kohl, den "Kanzler der Einheit", der während seiner langjährigen Regentschaft die "politische Hierarchie- und Ämterordnung" durch Kumpanei und Patronage ersetzt hatte.

Der eilige Beitritt der DDR über Artikel 23 des Grundgesetzes, so Hennis, sei "pragmatisch geboten" und der Einigungsvertrag eine "administrative Meisterleistung" gewesen, doch "politisch förderte er falsches Bewußtsein". Man hatte unterlassen darüber nachzudenken, wie in diesem neuen Deutschland "seine Handlungsfähigkeit, die Klarheit seiner nationalen Ziele und Interessen definitiv gewahrt bleiben". Nur so könne man - wie es im Grundgesetz heißt - "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt" dienen. Nur wer sich seiner selbst sicher ist, kann ein Größeres, einen größeren Verbund, in den er eingehen will, gestalten.

Die Bestandsaufnahme unterblieb. Kohls Nachfolger Gerhard Schröder verwendete oft, gern und in verschiedenen Variationen das Wort "Selbstbewußtsein". Ein "selbstbewußtes" Deutschland sollte den ihm angemessenen Part in der Welt spielen. Nur konnte Schröder seiner Rhetorik keinen angemessenen Inhalt geben. Er verordnete dem Land einige nützliche Reformen, doch zur psychologischen und geistig-moralischen Wiederauf- und Neuausrichtung trug er nichts Substantielles bei.

Als am 2. Oktober 2000 - unmittelbar vor dem zehnten Jahrestag der Wiedervereinigung - arabische Täter einen Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge verübten, rief er, noch bevor die Tat aufgeklärt war, den "Aufstand der Anständigen" aus - zum "Kampf gegen Rechts". Doch dieser "Kampf" ist nichts anderes als die Sabotage des deutschen Selbstbewußtseins und Selbstinteresses - eine Autoimmunkrankheit, die aus der Bonner bruchlos in die wiedervereinte Republik übergegangen ist.

24 Jahre danach wird der Satz "Alles für Deutschland" von einer politisierten Justiz als Nazi-Spruch kriminalisiert. Dabei enthält er nur die rhetorische Steigerung des Amtseides, mit dem der gewählte Bundespräsident bekundet, daß er "(s)eine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden" werde. Die staatlichen Institutionen, so scheint es, sind angetreten, die nationale Restsubstanz, die Hitler übriggelassen hat, zu zerstören.

Diesen Mechanismus macht sich ein bestimmter Typus zunutze, um Herrschaftsrollen einzunehmen. So wurde die Identitätspolitikerin Ferda Ataman, die Deutsche mit dem höhnischen Wort "Kartoffel" bedachte, von der Ampel-Regierung zur Antidiskriminierungsbeauftragten des Bundes ernannt. Aus Steuergeldern wird sie dafür entlohnt, daß sie für Ausländer und Migranten einen permanenten Opferstatus und damit deren Anrecht auf positive Diskriminierung behauptet, für deren Kosten natürlich die Kartoffel-Deutschen aufzukommen haben.

Damit stellt die Frage nach der Elitenbildung. Wer heute in die Politik geht, betrachtet diese nicht als Auftrag und Dienst, sondern als Möglichkeit des sozialen Aufstiegs. Der erfolgt exklusiv über die Parteien. Um aussichtsreich zu sein, muß die Karriere frühestmöglich beginnen. Viele Politiker verfügen daher über keine belastbaren Ausbildungs- und Arbeitsbiographien. Ihre Deformierung zu beschränkten und selbstsüchtigen Apparatschiks ist vorgezeichnet.

Ein klassisches Beispiel ist die junge Bundestagsabgeordnete der Grünen, die mit Bismarck spontan einen Hering in Essiglake verbindet. Dieses Personal bildet das Reservoir, aus dem die Kopfjäger globalistischer Netzwerke sich kostengünstig bedienen. Eine Einladung zu den "Young Global Leaders" wirkt wie ein Ritterschlag. Es winkt die Erhebung in den Adelsstand der universalistischen Global Governance, die sich die Beplanung und Neuordnung der Welt vorgenommen hat.

Deutschland ist zum Experimentierfeld der "Großen Transformation" geraten, "einer globalen, von Finanz- und Tech-Oligarchen gemeinsam mit NGOs und linksökologischen Lobbygruppen ins Werk gesetzten Ordnungspolitik", wie Frank Böckelmann kürzlich in der Zeitschrift Tumult schrieb. Es gibt sie auch in anderen Ländern, aber nirgendwo wird so konsequent gegen das Eigeninteresse des Staatsvolks gehandelt wie hier.

Die Grünen als genuin bundesdeutsche Partei sind dazu in besonderer Weise geeignet, doch längst hat der grüne Ungeist auch die anderen Parteien ergriffen, die über tiefere historische Wurzeln verfügen. Als im Herbst 2020 in der Münchner Staatskanzlei der Kabinettssaal renoviert und die florentinische Seidentapete ersetzt wurde, twitterte Markus Söder, der damals die Kanzlerkandidatur für die Union anstrebte: "Natur statt Seide. Rund 3.000 Pflanzen lassen die Staatskanzlei ergrünen. Das ist auch ein Statement."
Das war es zweifelsohne. Was immer der Parteienstaat heute abbildet, es handelt sich nicht um die Interessen deutscher Bürger. Ein Witzbold plazierte im Netz den Reim: "Man kann nicht die Parteien loben, wenn in Parteien Laien toben." Allerdings: Die Laien sind oft auch gewinnorientierte Egomanen, Narzißten und sogar Psychopathen.
Nochmals mit Benn gefragt: Was wendet sich? Und was beginnt, nachdem die Demokratiekulissen gefallen sind? Die Bundesrepublik ist hirntot und eine Besserung von innen unwahrscheinlich. Auch Wissenschaft und Kultur senden keine Impulse aus. Das wahrscheinlichste Szenario für die Zukunft ist der totale Überwachungs- und Kontrollstaat, in dem das Bargeld abgeschafft ist und die persönlichen Lebenschancen sich nach den Sozial- und Klimapunkten bemessen, die der Staat dem Einzelnen zuteilt.
Aber vielleicht gibt es noch eine Vernunft in der Geschichte, die mit List eine gegenteilige Wirkung entfaltet. Die Koinzidenz der Trump-Wahl mit dem Ende der Ampel war zufällig, aber auch symbolisch und vielsagend. Die Bundesrepublik war stets ein Satellit der USA; das war, realpolitisch betrachtet, ihr natürlicher Platz, der ihr lange Zeit Nutzen einbrachte. Das Übel beginnt erst dort, wo sie auch als moralischer Fixstern begriffen wird, denn das macht es unmöglich, die eigene Situation zu objektivieren und geopolitisch einzuordnen. Die Fixierung aber galt und gilt dem woken, dem universalistischen Amerika, das man zuletzt in der Heiligen Kamala verkörpert sah - und das nun mit ihr abserviert wurde.
Künftig wird ein Präsident regieren, der statt Universalismus "America first" propagiert. Donald Trump ist ein Partikularist und pragmatischer Populist, als Charakter wohl nicht sympathisch, aber mit gesundem Menschenverstand ausgestattet. Jedenfalls sind Mann und Frau für ihn natürliche Gegebenheiten und keine Sprechakte und sozialen Konstrukte. Er hat durchgreifende Maßnahmen angekündigt, um die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch woke Akteure zu beenden. Er könnte in der Bundesrepublik ein ähnliche Wirkung auslösen wie in der DDR einst Gorbatschow, der in der Absicht, die hegemoniale Position der Sowjetunion zu befestigen, seinen Satelliten unverhoffte Freiräume eröffnete und sie damit gleichsam zwang, über die eigene Rolle und Verfaßtheit neu nachzudenken.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Trauer über den Verlust der sozialistischen Utopie**
Die freudlose 68er-Generation
Psychisch waren Linke aller Couleur weder im Westen noch im Osten auf die Wiedervereinigung vorbereitet. Das erklärt für die Berliner Psychoanalytikerin, Publizistin und "gelernte DDR-Bürgerin" Annette Simon deren bis heute anhaltende Weigerung, "ein vereintes Deutschland als Heimat, als etwas Gutes" anzuerkennen. Vor allem die bundesdeutschen 68er litten und leiden an diesem Syndrom. Ihr vielfach in lebenslange Beziehungsabbrüche mündender Konflikt mit der Elterngeneration und deren "unbewältigter NS-Vergangenheit" habe eine Identifikation mit dem Bonner Staat verhindert.
Auch als nach dem "Marsch durch die Institutionen" in den 1980er Jahren die "Verbeamtung der Revolutionäre" voranschritt und der öffentliche Dienst zur bevorzugten Heimstätte der 68er geworden war, blieb ihnen die notorische Unfähigkeit, sich zu freuen über die Tatsache, daß sie die Gesellschaft, in die sie hineinwuchsen, mitgestalten durften. Mehr als negative Identität konnte aus solcher "Freudlosigkeit" aber nicht erwachsen.
Hinzu sei dann nach dem Mauerfall gekommen, was die West- und die weniger vom Genera-

tionenkonflikt geprägten Ost-68er einte: die Trauer über den Verlust der sozialistischen Utopie. Darin könnten die deutsch-deutschen 68er und ihre Kinder sich heute eigentlich zusammenfinden, denn beide Linksbewegungen haben schon 1989/90 nichts anderes gewollt als "eine sozialistische Revolution, ein sozialistisches Land". Auch 35 Jahre später könnte diese Utopie Identität stiften und jenes positive Heimatgefühl vermitteln, das jetzt "von rechts reklamiert und besetzt wird".
(Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2024). (dg) www.blaetter.de<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Willige Vollstrecker**
Jörg Fischer
Heizungshammer und Wärmepumpe, horrende Gas- und Strompreise, Agrardiesel-Aus und Traktorsteuer, Deindustrialisierung und Wohlstandvernichtung - es gab viele Gründe für die Forderung: "Die Ampel muß weg!" Zwei Drittel der Befragten sind laut ARD-Deutschlandtrend für baldige Neuwahlen. Doch danach wird es nicht besser.
Das liegt nicht daran, daß ein oder zwei Ampelparteien erneut Bundesminister stellen, sondern an der CDU. Das ist keine AfD- oder BSW-Propaganda, sondern das steht in der "Neuen Energie-Agenda für Deutschland" der Unionsfraktion vom 5. November, die "den Weg zum klimaneutralen Industrieland" weisen soll. 2045 soll es soweit sein - fünf Jahre vor der Zielmarke des Green Deal der EU. Das wollten auch die Ampel und das letzte Merkel-Kabinett. Die "CO2-Bepreisung" soll "Leitinstrument" werden - sprich: Benzin, Diesel, Gas, Kerosin, Heizöl und Kohle sollen bald unbezahlbar werden.
Der CDU geht es in Wahrheit weder um die Rettung noch den Neubau von AKW in Deutschland.
Der "Ausbau des Netzes und der Erneuerbaren", das "neue Strommarktdesign", die "klimaneutral zu betreibenden Gaskraftwerke", der "Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft", die "Speicherung von CO2" oder die "Fusionsforschung" werden Billionensummen verschlingen. Die Entwicklung von AKW "der vierten und fünften Generation sowie von SMR (Small Modular Reactors)" ist ein ebenso leeres Versprechen wie die Prüfung der "Wiederinbetriebnahme zuletzt abgeschalteter Kernkraftwerke": Denn es gehe nicht um den "Neubau von Kernkraftwerken in Deutschland, sondern um Offenheit für Forschung an Innovationen von morgen", stellte CDU-Vize Andreas Jung in der Stuttgarter Zeitung klar.
Auch das erst im April 2023 abgeschaltete AKW Neckarwestheim 2 "kommt nicht zurück, der Rückbau ist weit fortgeschritten", behauptete der Windkraft-Agitator aus dem Ländle. Daher wird auch das künftige Kabinett von Friedrich Merz nur ein williger Vollstrecker von Agora Energiewende & Co.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Varnan zerlegt Woke**
Ludger Bisping
Varnan Chandreswaran ist der lebende Alptraum der Migrationsindustrie: Der 26jährige hat einen Master in Psychologie und forscht als Doktorand am Institut für Neurowissenschaft der Uni Bochum. Er nennt sich selbst einen "Ex-Woken", der sich von dieser "falschen und schädlichen" Ideologie auf seinem Youtube-Kanal distanziert.
Hier wirft er Linken vor, Migranten in einer passiven Opferrolle zu halten, um sich selbst als Retter profilieren zu können. Außerdem demontiert er linke Mythen wie den "Gender Pay Gap" oder die dreiste Behauptung, es gäbe keinen Rassismus gegen Weiße. Der GenZ rät er, sich einfach mal zusammenzureißen statt über Wehwehchen zu jammern. Das tut der junge Mann jedoch nicht mit Schaum vor dem Mund, sondern eben wie ein Wissenschaftler: nüchtern, sachlich, distanziert. Seinen rund 50.000 Abonnenten gefällt das.
Der Doktorand hat zudem ein Buch geschrieben, in dem er sich unter anderem mit Rassismus

befaßt.
Kürzlich allerdings geriet er in die Kritik, weil er der kontroversen Youtuberin Jasmin Kosubek ein Podcast-Interview gab. Kosubek, früher Moderatorin von "Der fehlende Part" bei RT Deutsch, wird als "Putin-Propagandistin" diffamiert. Der smarte Bochumer verteidigte seine Teilnahme couragiert und erteilte jeder "Cancel Culture" und Kontaktschuld eine klare Absage.
Aber der antiwoke Doktorand ist seit zwei Jahren nicht nur regelmäßig bei Youtube auf Sendung, sondern hat auch ein Taschenbuch geschrieben. In "Gefangen in der Opferrolle: Warum Wokeness scheitert" fragt er unter anderem kritisch: "Leben wir im Patriarchat? Ist die Frage 'Woher kommst du?' ein Zeichen von Rassismus? Bedeutet Ungleichheit immer Ungerechtigkeit?"
Seine These: "Wokeness und der ständige Ruf nach Politischer Korrektheit sind nicht nur wirkungslos, sondern richten erheblichen Schaden an. Junge Menschen werden zunehmend ängstlicher." Wokeness produziere Unzufriedenheit, "anstatt sie zu befähigen, den Anforderungen des Lebens gerecht zu werden … Sie sind schnell gekränkt, stellen überhöhte Ansprüche und verachten Andersdenkende. Das gefährdet nicht nur ihre psychische Gesundheit, sondern auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft." Genau so sieht's aus.<<
Rußland: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Die Welt vor Ansturm des westlichen Satanismus bewahren**
Rußlands "Heiliger Krieg"
Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) habe sich "den neoimperialen und revisionistischen Plänen des Kreml verschrieben". Für den Kirchenhistoriker Reinhard Flogaus (HU Berlin) zeichnete sich diese patriotisch-nationalistische Parteinahme für Wladimir Putins Politik seit der Krimbesetzung 2014 ab (Osteuropa, 5/24).
Insoweit habe die im März 2024 auf dem Weltkonzil des Russischen Volkes beschlossene Grundsatzerklärung nicht überrascht, der zufolge in der Ukraine in "spiritueller und moralischer Hinsicht ein 'Heiliger Krieg' stattfinde.
In diesem Krieg verteidige "Rußland und sein Volk den einheitlichen geistigen Raum der Heiligen Rus" und erfülle damit die Mission eines "Katechon" (Zurückhalters), der "die Welt vor dem Ansturm des Globalismus" und dem "Sieg des dem Satanismus verfallenen Westens" schütze. Das unter Patriarch Kirill entstandene Edikt, das die Ukraine vollständig zur russischen Einflußzone erklärt, knüpfe an geschichtstheologische Traditionen an, die bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen.
Die Vorstellung von Rußland als endzeitlicher Zufluchtsort und Katechon sei tief in der russischen Ideengeschichte verwurzelt. Mit der Verschmelzung christlichen Glaubens mit dem Bekenntnis zu Rußland stelle die ROK die Glaubenseinheit mit den übrigen Orthodoxen Kirchen zur Disposition. (ob) *https://zeitschrift-osteuropa.de*<<
Europa: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Für den Ernstfall vorbereiten**
Ein neuer EU-Bericht und das Gesetz zum stärkeren Schutz kritischer Infrastrukturen bestätigen Prepper-Warnungen
Paul Leonhard
Unermüdlich mahnt das 2004 gegründete Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die Bundesbürger, sich für den Fall der Fälle mit Lebensnotwendigem für mindestens 72 Stunden zu bevorraten - und bestätigt damit die eindringlichen Warnungen der als "rechts" verfemten Prepper-Szene. Wenn das BBK den "Blackout" als Beispiel nahm, bei dem Supermärkte und Tankstellen mangels Strom geschlossen bleiben, Kühlschränke und Gefrierfächer ausfallen und je nach regionalen Voraussetzungen auch kein Trinkwasser mehr aus dem Wasserhahn kommt, wurde vor Corona sogar der Bonner Behörde Panikmache vor-

geworfen.
Doch ein neuer Plan für ein Sicherheitskonzept zur zivilen und militärischen Vorbereitung der EU empfiehlt den Bürgern nun ebenfalls, Lebensmittel und Wasser für mindestens 72 Stunden zu horten. Extreme Naturereignisse wie Unwetter, Hochwasser, extreme Hitze, starker Schneefall und Glätte sind immer häufiger zu erleben, und auch bewaffnete Konflikte werden nicht mehr ausgeschlossen.
Erarbeitet hat das Papier Sauli Niinistö, konservativer finnischer Ex-Präsident und nun Sonderberater von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen. Diese hatte ihn im Frühjahr dazu aufgefordert, einen Plan zu erarbeiten, der die EU-Bürger aktiv in die Vorbereitung auf Krisen wie Kriege, Naturkatastrophen und Pandemien einbezieht.
Der 76jährige hat seinem Report, der 80 Maßnahmen enthält, nicht nur die nationale Verteidigungsstrategie seines Heimatlandes zugrunde gelegt, sondern dürfte auch entscheidend auf Tempo gedrückt haben. Schließlich wissen nicht nur die Finnen, wie unberechenbar der russische Nachbar sein kann.
Die EU sei weder auf die Corona-Pandemie noch auf den Ukraine-Krieg ausreichend vorbereitet gewesen, räumte von der Leyen bei der Vorstellung des Papiers in Brüssel ein. Hätte sie sich mehr Zeit genommen, hätte sie berichten können, wie in Deutschland mit Steuergeldern errichtete Sirenen abgebaut und Schutzbunker abgerissen worden waren. So erinnerte sie nur daran, daß ein einziger Klick eines Hackers Stromnetze abschalten und ganze Städte in Dunkelheit stürze könne.

Zwei Liter Flüssigkeit pro Person und 2.200 Kilokalorien pro Tag

Es sei wichtig, sich proaktiv auf solche Szenarien vorzubereiten, sagte Niinistö unter Verweis auf seine Heimat: "Die Beteiligung der Menschen ist ein Grundpfeiler der Sicherheit in Finnland." Vorgesehen sind fürs erste koordinierte Informationskampagnen. Aufbauend auf der laufenden Arbeit im Rahmen von "PreparEU" sollten sich die Haushalte in der EU in unterschiedlichen Notlagen mindestens 72 Stunden selbst versorgen können.
Essen und Trinken sollte sogar für zehn Tage reichen, empfiehlt dagegen seit langem das BBK: Zwei Liter Flüssigkeit pro Person und Tag sollten bereitstehen, außerdem Lebensmittel, die 2.200 Kilokalorien - ebenfalls pro Person und Tag - beinhalten. Auf dem Vorsorgeportal der Bonner Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) gibt es einen Vorratskalkulator, mit dem sich der Bedarf entsprechend der Familiengröße berechnen läßt.
"Wir haben keinen klaren Plan, was die EU im Falle einer bewaffneten Aggression gegen einen Mitgliedstaat tun wird. Die Kriegsgefahr durch Rußland zwingt uns, dies als Kernstück unserer Vorbereitung zu behandeln, ohne die Vorbereitung auf andere große Bedrohungen zu vernachlässigen", heißt es im Niinistö-Report. Zukünftig müßten aber alle "militärischen und zivilen Akteure der Krisenreaktion im Rahmen eines umfassenderen gesamtstaatlichen und gesamtgesellschaftlichen Ansatzes vollständig einsatzbereit und in der Lage sein, wirksam und nahtlos zu reagieren".
Äußere und innere Sicherheit müßten miteinander verknüpft, sowohl zivile als auch militärische Mittel einbezogen werden. Erarbeitet werden sollen konkrete Evakuierungspläne, ABC-Szenarien, Hinweise zur medizinischen Versorgung. Zu den empfohlenen Vorräten gehören unter anderem Lebensmittel, Getränke, Medikamente und eine Taschenlampe.
Die EU-Bürger sollen wissen, wie sie sich in Situationen mit chemischer, biologischer, radiologischer oder nuklearer Bedrohung verhalten müssen. Für ältere Menschen, chronisch Kranke oder Behinderte und Schwangere sollen besondere Vorkehrungen getroffen werden. Gleichzeitig sollen die Europäer bei Themen wie "Cybersicherheit, Katastrophenrisiken und Desinformation" weitergebildet werden. Immerhin 20 Prozent des EU-Haushalts sollen für diese Vorsorge bereitgestellt werden.
Gleichzeitig will die EU quasi durch die Hintertür ihre Befugnisse ausbauen, indem sie, auf-

bauend auf dem 2003 gegründeten Zentrum für Nachrichtenanalyse (INTCEN), einen europäischen Nachrichtendienst entwickeln möchte. Dieser werde die "Aufgaben der nationalen Nachrichtendienste der Mitgliedsstaaten nicht nachahmen, auch nicht in bezug auf ihre Rolle bei der Informationsbeschaffung", versicherte Niinistö. Allerdings soll ebenfalls der Informationsaustausch zwischen den bestehenden nationalen Geheimdiensten verstärkt und den Strafverfolgungsbehörden Zugang zu verschlüsselten Daten gewährt werden, um angeblich "Spionage, Sabotage und Terrorismus sowie organisierte Kriminalität" besser bekämpfen zu können.
Beides dürfte für große Unruhe bei den Diensten sorgen, wo durchaus nicht alle allen trauen. Es müsse "Vertrauen aufgebaut" werden, sagte Niinistö. Wenn einem Mitgliedsstaat nicht vertraut werden könne, sei das "ein Verstoß gegen die Integrität der EU". In seinem Bericht wird auch für die Notwendigkeit der Stärkung der Verteidigungsstruktur - die EU-Kommission hatte im März einen Etat von 1,5 Milliarden Euro dafür vorgeschlagen - und eines einheitlichen Rüstungsmarktes sowie den Aufbau eines europäischen Luftverteidigungsschildes, wie es von der Leyen im Mai befürwortet hatte, geworben. Nato und EU sollen enger zusammenarbeiten.
Das Kabinett von Olaf Scholz hat seinerseits kurz vor dem Ampel-Aus noch einen 83seitigen Gesetzentwurf "zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen" auf den Weg gebracht. Das KRITIS-Dachgesetz sieht eine engere Zusammenarbeit zwischen Staat und Wirtschaft vor, um einen umfassenden Schutz "für die essentiellen kritischen Infrastrukturen" wie Energieunternehmen, Transportwege oder Flughäfen zu gewährleisten. Ein Schutzschirm soll sicherstellen, daß sicherheitsrelevante Vorfälle wie Sabotage, Terrorismus, Unfälle oder Naturkatastrophen lediglich zu kurzfristigen Störungen führen, jedoch nicht zu einem vollständigen und langanhaltenden Ausfall.
Mehr Schutz "für die essentiellen kritischen Infrastrukturen"?
Die Betreiber der Infrastruktureinrichtungen werden verpflichtet, Mindestanforderungen zu erfüllen und jegliche Störfälle zu melden. Bei Verstößen drohen hohe Bußgelder. Wichtig sei es, nicht nur die Unternehmen in den Blick zu nehmen, sondern auch alle Einrichtungen der Bundesverwaltung, mahnte der Digitalverband Bitkom.
Und der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert neue Veröffentlichungs- und Transparenzpflichten, damit kritische Energieanlagen künftig nicht mehr über Portale der öffentlichen Verwaltung mit Leistungs- und Geodaten aufzufinden seien, wie beispielsweise über das Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur. "Diese Portale gefährden sogar den Schutz kritischer Infrastrukturen", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung und zuvor langjährige grüne Bundestagsabgeordnete.
Die neue Russen-Angst und die Aufforderung zur Bevorratung birgt aber auch Konfliktpotential. So dürfte ein Rentner im oberfränkischen Landkreis Wunsiedel die EU-Warnungen gründlich mißverstanden haben, als er sich ein Waffenlager - aufgeteilt auf mehrere Verstecke - mit zig Schuß- und Kriegswaffen, 15.000 Schuß Munition sowie Bajonetten, Hieb- und Stichwaffen anlegte. Ob das für drei Tage Widerstand gereicht hätte, ließ der Zoll, der alles beschlagnahmte, offen. Die magischen 72 Stunden beruhen übrigens auf der Annahme, daß spätestens nach deren Verstreichen staatliche Hilfe anrollt oder eben Wladimir Putins kampferprobte Truppen tatsächlich vor der Haustür stehen. …
Nach der Zeitenwende nur noch gemeinsam sicher: Zur Stärkung der zivilen und militärischen Abwehrbereitschaft in Europa reicht es nicht aus, lediglich Lebensmittel und Wasser für 72 Stunden daheim zu horten.<<
Frankreich: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Der Weihnachtsmann spaltet die Familie**
Kino: Ein französischer Weihnachtsfilm macht die woke Ideologie zum Zankapfel unterm

Christbaum. Zum Lachen oder zum Weinen?

Dietmar Mehrens

Ein neuer Trend zeichnet sich ab: Nachdem in der vor zwei Wochen gestarteten Satire "Alter weißer Mann" (JF 45/24) schon der deutsche Regisseur Simon Verhoeven die Verwirrungen der Zöglinge des törichten woken Totalitarismus kräftig durch den Kakao zog und dabei vor allem den Riß zwischen älterer Generation und Greta-Thunberg-Jugend zum Thema machte, sind nun unsere französischen Nachbarn am Zuge.

In "Frohes Fest - Weihnachten retten wir die Welt!" nutzt Regisseurin Jeanne Gottesdiener das sich ankündigende Fest als Kulisse für eine konfliktreiche Komödie, in der aufgeweckte Jugendliche auf schlafmützige Erwachsene treffen, die trotz klimafreundlicher Aufbruchsstimmung immer noch Truthähne in Öfen schieben und Häuser mit Lichterketten in Weihnachtsglanz hüllen.

Es ist der 23. Dezember in der beschaulichen Kleinstadt St.-Michel-en-Bray. Bürgermeisterin Carole Lamarre (Noémie Lvovsky) hat gerade das festliche Weihnachtsdorf in der Ortsmitte in Augenschein genommen und der Presse ein Interview gegeben. Alles sieht sehr feierlich aus. Noch kann niemand ahnen, daß ein Sturm in der Nacht zu Heiligabend die gewaltigen Weihnachtsmannstatuen ins Wanken bringen und die Lichterketten zum Sicherheitsrisiko machen wird. Ein gefundenes Fressen für Caroles alten Rivalen Fayol, der auch gern Bürgermeister wäre und darum in Form einer Online-Petition aus dem Desaster Kapital zu schlagen versucht.

Die Komödie ist leidlich amüsant, aber nicht sonderlich originell

Auch privat hat Carole mit Widrigkeiten zu kämpfen: Ihr Mann Alain (Didier Bourdon) mosert, daß sie im Weihnachtsstreß vergessen hat, Austern für den Weihnachtsschmaus zu besorgen. Außerdem verdächtigt sie ihn, ein Auge auf die neue Nachbarin geworfen zu haben. Töchterchen Noa hat ein Zwergschwein adoptiert und aus dem ohne Rücksprache mit ihren Eltern errichteten Vorgartenschweinestall ein Protestlager gegen Fleischkonsum gemacht.

Auch bei den beiden erwachsenen Kindern Sarah und David, die sich eher widerwillig zur gemeinsamen Feier einstellen, ist das Christfest nicht gerade hoch im Kurs: Sarahs neuer Hippie-Freund Balthazar, der alle Familienmitglieder mit "Namaste" und überlängeverdächtigen Umarmungen begrüßt, hat aus ihr eine Nachhaltigkeitsextremistin gemacht und David seine verheißungsvolle Karriere in einem Luft- und Raumfahrtunternehmen eingetauscht gegen seine neue Profession als Computerspieletester.

Während sich Familienoberhaupt Alain auf sein Leibgericht "foie gras" und den Fest-Truthahn freut, stellen die drei Kinder so ziemlich jede Familientradition in Frage: Fleischkonsum gefährdet das Klima, Wein ist nur gut, wenn er aus biologischem Anbau stammt, der Weihnachtsmann ist nicht geschlechtsneutral und grenzt diverse Gender-Selbstzuschreibungen aus. Mit der Weihnachtsbeleuchtung im Vorgarten, meint jedenfalls Balthazar, könnte man glatt ein afrikanisches Dorf ein Jahr lang mit Licht versorgen. Weitaus stärker bedroht als das Weltklima ist infolge so vieler Meinungsverschiedenheiten am Ende das Klima innerhalb der Familie, und das ausgerechnet zum Fest der Liebe!

Das leidlich amüsante, aber nicht sonderlich originelle Komödchen gibt sich leider nicht besonders viel Mühe, eine weihnachtliche Atmosphäre zu verbreiten. Denn für einen stimmungsvollen Weihnachtsfilm bedarf es mehr als nur festlich geschmückter Stuben und Plätze und eines Truthahns im Backofen. Daß der leichtgewichtige Familienfilm auf Schnee verzichtet - geschenkt. Denn das entspricht den tatsächlichen Wetterverhältnissen in Westeuropa Ende Dezember. Aber wer einen Weihnachtsfilm schon nicht in der kalten Jahreszeit drehen möchte, sollte zumindest dafür sorgen, daß Gras, Sträucher und Bäume nicht in sattem Sommergrün erstrahlen und wenigstens ab und zu ein kahler Baum zu sehen ist.

Das Christfest, um das es in "Frohes Fest" dem Namen nach geht, steht klar im Schatten jener

neuen Religion, deren Gebote und Gepflogenheiten am Küchentisch und unterm Tannenbaum der Lamarres ausgiebig verhandelt, aber in der Endsumme keineswegs zurückgewiesen werden. Etwas mehr anti-woke Angriffslust oder wenigstens etwas mehr Mut zum Kerngehalt von Weihnachten hätte der französisch-belgischen Koproduktion gutgetan. …<<

Niederlande: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**"Judenjagd" erschüttert die Niederlande**

AMSTERDAM. Trotz eines Verbots von Demonstrationen kam es Montagnacht wieder zu Unruhen in Amsterdam. Dabei riefen die Randalierer, die zumeist auf Elektrorollern und Offroad-Fahrrädern mit übergroßen Reifen (Fatbikes) unterwegs waren, "Judengeschwür", zündeten eine Straßenbahn an und bewarfen Autos sowie einen Bus mit Steinen. Drei Personen wurden festgenommen. "Nach der Judenjagd die Intifada", postete der Vorsitzende der rechten Partei für die Freiheit Geert Wilders auf X.

Derweil befinden sich noch vier Verdächtige in Haft, darunter zwei Minderjährige, denen vorgeworfen wird, während der Unruhen am vergangenen Donnerstag - oftmals ausstaffiert mit Palästinenserfahnen - offene Gewalt gegen jüdische Fans begangen zu haben. Sie sollen dem Ermittlungsrichter vorgeführt werden. Auf einer Pressekonferenz am 8. November berichtete Oberstaatsanwalt René de Beukelaer, daß vor und nach dem Spiel Ajax Amsterdam gegen Maccabi Tel Aviv insgesamt 62 Verdächtige - laut Medienberichten hauptsächlich marokkanischer Herkunft - festgenommen worden seien. 40 von ihnen wurden des "ungebührlichen Verhaltens" verdächtigt und freigelassen.

Zehn Personen wurden aufgrund von Beleidigung, Vandalismus oder des Besitzes von Feuerwerkskörpern des Platzes verwiesen. Ihre Fälle wurden zu Beginn der Woche noch untersucht. Laut de Beukelaer untersuche die Polizei die zahlreichen Bilder und Videos, um Verdächtige zu identifizieren. Ob es einen organisierten Zusammenhang gebe, sei ebenfalls Teil der Ermittlungen.

Nach Angaben der Polizei wurden fünf Personen ins Krankenhaus eingeliefert und 30 weitere erlitten leichte Verletzungen. Premier Dick Schoof hatte auf X die "antisemitischen Angriffe auf Israelis" als "völlig inakzeptabel" bezeichnet und erklärt, daß die Angriffe auf israelische Fußballfans ein Zeichen für den zunehmenden Antisemitismus in den Niederlanden seien. Amsterdams Bürgermeisterin Femke Halsema erklärte im Anschluß daß es vor der Gewaltwelle "keine konkrete Bedrohung" gegeben hätte.

Sie habe aber den Koordinator für Terrorismusbekämpfung und Sicherheit gebeten, eine Bedrohungsanalyse vorzunehmen. Dabei sei es um das Fußballspiel - das dann als Risikospiel bezeichnet und von 800 Polizisten begleitet wurde - und das Gedenken an die Kristallnacht am selben Abend gegangen. Dagegen verurteilte das palästinensische Außenministerium "anti-arabische Gesänge und Angriffe auf eine palästinensische Flagge", die von israelischen Fußballfans ausgeführt worden seien. Das Ministerium forderte die niederländische Regierung auf, Palästinenser und Araber zu schützen. Haben die Fans von Maccabi die Gewalt von "Roller-Jugendlichen" selbst provoziert?

Diese Frage wurde nach der "Judenjagd" von zahlreichen Personen, die an einer Rekonstruktion durch De Telegraaf beteiligt waren, verneint. "Wenn die ganze Stadt mit Tausenden von israelischen Anhängern gefüllt ist und dann auf der Einkaufsmeile Rokin absichtlich eine palästinensische Flagge aus dem Fenster gehängt wird, wer provoziert da wen?", erklärte ein Beamter der Mobilen Einheit dem De Telegraaf. (ctw)<<

USA: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 15. November 2024 (x1.420/…): >>**Donald Trump verkündet weitere Personalien: Impfgegner wird US-Gesundheitsminister!**

Der designierte 47. Präsident der USA, Donald Trump, versammelte künftige Mitglieder seiner Regierung zu einer Gala in seinem Anwesen Mar-a-Lago (Florida), scherzte über Tech-

Milliardär Elon Musk und verkündete weitere wichtige Personalien.
- Robert F. Kennedy Jr., ein entschiedener Impfgegner während der Corona-Hysterie, soll Gesundheitsminister werden. "Ich glaube, Sie werden einige unglaubliche Dinge tun", sagte Trump zu Kennedy während einer Veranstaltung in seiner Residenz Mar-a-Lago im US-Bundesstaat Florida. An der Gala nahmen auch der argentinische Präsident Javier Milei, US-Milliardär Elon Musk und Hollywood-Schauspieler Sylvester Stallone teil.
- Der republikanische Gouverneur des Bundesstaats North Dakota, Doug Burgum, soll laut Trump Innenminister werden. Burgum war im Wahlkampf als Trumps möglicher Vizepräsidentschaftskandidat im Gespräch gewesen, bevor die Entscheidung zugunsten von James D. Vance fiel. In den USA ist das Innenministerium vor allem für Verwaltungsangelegenheiten zuständig. Die innere Sicherheit obliegt dagegen dem Heimatschutzministerium.
- Dieses wichtige Amt geht nach Trumps Willen an die Gouverneurin von South Dakota, Kristi Noem.
- Die Ex-Abgeordnete Tulsi Gabbard, die von den Demokraten zu den Republikanern übergelaufen ist, soll zur Geheimdienstkoordinatorin aufrücken.

Trump über Musk: "Kriege den gar nicht mehr raus"

Tech-Milliardär Elon Musk wird, wie bereits berichtet, einer der Chef-Berater des Präsidenten mit Blick auf die Kürzung von Regierungsausgaben und die Straffung der Verwaltung. Über Musk scherzte Trump bei der Gala in Florida, er bekomme diesen gar nicht mehr aus seinem Anwesen raus - so sehr gefalle es ihm dort. Tatsächlich ist Musk auffallend oft an Trumps Seite zu sehen.

Präsident kann "durchregieren"

Inzwischen ist klar: Trump kann sich zu Beginn seiner Amtszeit auf eine Mehrheit in beiden Kongreßkammern stützen, nachdem die Republikaner ihre Mehrheit auch im Repräsentantenhaus verteidigen konnten. Die Trump-Partei verfügt bereits über eine Majorität im Senat. Damit dominieren die Republikaner zumindest bis zu den Zwischenwahlen in zwei Jahren den gesamten Kongress. Bedeutet: Der 47. Präsident der USA kann erst einmal entschlossen "durchregieren".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Kampf um Meinungsfreiheit**

Keine Demokratie ohne Freiheit

Michael Paulwitz

Über den Wahlsieg von Donald Trump eskaliert ein transatlantischer Kampf um die Meinungsfreiheit. Das "EU-Digitalgesetz" DSA ist eine Kampfansage an die Plattform "X", die unter ihrem neuen Eigentümer Elon Musk aus dem Konvoi der auf grün-woke Zensur und Gesinnungskontrolle eingeschworenen Tech-Konzerne ausgeschert ist.

Mit dem Machtwechsel in den USA erhält das Ringen um die freie Meinungsäußerung im Netz eine machtpolitische Dimension. Die EU will mehr, der neue US-Präsident weniger Regulierung der Netzwerke. "X-Chef" Musk nennt den deutschen Grünen-Minister Robert Habeck, der das EU-Lied von Konformismus und Überwachung singt, einen "Narren"; und der designierte US-Vizepräsident Vance erinnert die zensurbesessenen EU-Bürokraten daran, daß ihre Kontrollgelüste und ihr Feldzug gegen die freie Rede nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern amerikanische Interessen berühren.

Der politische Klimaumschwung läßt die Panik steigen. Jeder Versuch, den Fehler in der Matrix zu flicken, bringt das Offensichtliche schärfer zutage: Das Ideologiegebäude aus Wokeness, Migrationsextremismus, Klimawahn und ökosozialistischer Planwirtschaft kann ohne Propaganda, Sprechtabus und Denkverbote nicht bestehen. Ohne Meinungsfreiheit keine Demokratie: Die Gelegenheit ist günstig, beide zurückzuholen und ihnen den ursprünglichen Sinn zurückzugeben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. November 2024 (x1.417/…): >>**Gesundheitsminister Kennedy: Ansage an Big Pharma**

Von *Sven Eggers*

Donald Trump hat Robert F. Kennedy Jr. als Gesundheitsminister nominiert. Der Mainstream tobt. Wird jetzt Corona aufgearbeitet? …

Auf X verkündete Trump gestern: "Herr Kennedy wird diese Behörden zu den Traditionen der wissenschaftlichen Forschung auf Goldstandard und zu Leuchttürmen der Transparenz zurückführen, um die Epidemie der chronischen Krankheiten zu beenden und Amerika wieder großartig und gesund zu machen!" Und dann:

"Die Sicherheit und Gesundheit aller Amerikaner ist die wichtigste Aufgabe jeder Regierung, und das Gesundheitsministerium wird eine große Rolle dabei spielen, sicherzustellen, daß alle Menschen vor schädlichen Chemikalien, Schadstoffen, Pestiziden, pharmazeutischen Produkten und Lebensmittelzusätzen geschützt werden."

Mehr noch: Viel zu lange seien die Amerikaner "vom industriellen Lebensmittelkomplex und den Arzneimittelherstellern erdrückt" worden, die Täuschung, Fehlinformation und Desinformation betrieben hätten, wenn es um die öffentliche Gesundheit ging.

Mainstream ganz entsetzt

Der Spiegel heult schon, schlagzeilt "Gesundheitszar mit den wirren Theorien" und schreibt: "Kennedy polarisierte in der Vergangenheit unter anderem wegen seiner Kritik an Covid-19-Impfstoffen. Dahinter vermutete er eine Verschwörung von Arzneimittelherstellern und dem Tech-Mogul Bill Gates."

Robert F. Kennedy Jr. ist der Sohn des am 6. Juni 1968 in Los Angeles ermordeten damaligen Senators Robert "Bobby" Kennedy, der damals auch für die US-Präsidentschaft kandidieren wollte.

Der Onkel des neuen US-Gesundheitsministers wiederum, der frühere Präsident John F. Kennedy, war am 22. November 1963 in Dallas einem Mordanschlag zum Opfer gefallen.

Robert F. Kennedy hat sich in den vergangenen Jahren den Ruf als einer der profiliertesten Impf- und Corona-Maßnahmenkritiker erworben. Im Februar 2021 wurde sein Instagram-Profil mit 800.000 Followern gelöscht, offenbar weil er dort ein von ihm veröffentlichtes Video mit dem Titel "Planet Lockdown" geteilt hatte. Dieses wurde insgesamt 20 Millionen Mal aufgerufen.

Im Visier linker Zensoren

Die Veröffentlichung der sogenannten Twitter Files brachte an den Tag, daß Robert F. Kennedy Jr. während der Epidemie massiv in das Visier regierungsnaher linker Zensoren geraten war. Eine üble Rolle spielte dabei das Virality Project, das von der kalifornischen Elite-Universität Stanford betreut wird. Dieses spielt in den USA eine ähnliche Rolle wie die sogenannten Faktenchecker von Correctiv hier bei uns als Rammbock zur Einengung der Meinungsfreiheit.

Kennedy hat sich davon nicht entmutigen lassen. Er war es auch, der die bundesdeutsche Querdenken-Bewegung unterstützt hat. Am 29. August 2020 war er als Redner auf der großen Demo in Berlin aufgetreten. Damals rief er der Menge entgegen:

"Wir wollen Amtsträger im Gesundheitsbereich, die keine finanziellen Verbindungen zur Pharmaindustrie haben, die für uns arbeiten und nicht für Big-Pharma. Wir wollen Politiker, die sich um die Gesundheit unserer Kinder kümmern und nicht um pharmazeutische Profite oder Regierungskontrolle."

Weiter führte er seinerzeit aus: "Regierungen lieben Pandemien! Sie lieben Pandemien aus demselben Grund, aus dem sie Krieg lieben. Sie geben ihnen die Möglichkeit, Kontrollmechanismen in der Bevölkerung zu installieren, die die Menschen sonst niemals akzeptieren würden, die großen Institutionen und Mechanismen, um Gehorsam einzuführen und zu er-

zwingen."

Das Verbreiten von Angst

Kennedy darüber hinaus anklagend: "Sie erfinden Zahlen. Sie können Dir nicht sagen, was die Sterblichkeitsrate von Covid ist. Das ist Grundwissen. Sie können uns keinen PCR-Test geben, der tatsächlich funktioniert. Sie müssen ständig die Definition von Covid auf den Totenscheinen ändern, um es immer gefährlicher aussehen zu lassen. Das Einzige, worin sie gut sind, ist das Verbreiten von Angst."

Kennedy will sich gleich an die Arbeit machen. Amerikaner seien zuletzt "durch Big Pharma und Big Food massenvergiftet" worden. Autismus, Aufmerksamkeitsdefizite, Schlaf- und Fruchtbarkeitsstörungen, Diabetes und Übergewicht hätten zugenommen. Hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben. In vielen Institutionen soll wohl in großem Stil Personal ausgetauscht werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. November 2024 (x1.417/…): >>**Ein kleiner Schritt**

Frau Luna und Hollywood. Seit 400 Jahren träumt man im Westen von Reisen zum Mond, spekuliert über Transportmittel und die Bewohnbarkeit unseres Trabanten. 1969 wurde der Traum endlich Realität. Seitdem will kaum jemand diesen Flug wiederholen…

_ von *Jonas Glaser*

Die erste Mondreise der Neuzeit startete 1608. Der isländische Knabe Duracoto hat sie beschrieben: "Es war Frühling, der Mond zeigte die zunehmende Sichel und begann, nachdem kaum die Sonne unter dem Horizont verschwunden, sogleich aufzuleuchten, zusammen mit dem Planeten Saturn im Sternbild des Stiers.

Alsbald begab sich die Mutter zum nächsten Kreuzweg, wo sie mit laut erhobener Stimme und verzückt einige Worte hervorstieß, womit sie ihre Bitte vortrug. Nach Vollendung einiger Zeremonien kehrte sie zurück und setzte sich, mit ausgestreckter Hand Ruhe gebietend, neben mich. Kaum hatten wir, wie verabredet, unsere Häupter mit den Gewändern verhüllt, als plötzlich das Geflüster einer heiseren, übernatürlichen Stimme hörbar wurde."

Das Wichtigste war, daß ich den Countdown erfunden hatte." Fritz Lang

Die Stimme gehörte einem Dämon, der Geheimnisse der Weltraums verriet: "Fünfzigtausend Meilen hoch im Äther liegt die Insel Levania" (der Mond). Er könne den Knaben dort hinbringen, bot er an. Und so geschah es. Auf dem Mond angekommen, begegnet Duracoto dessen nomadischen Bewohnern. Für die "gibt es keinen sicheren und festen Wohnsitz, scharenweise durchqueren die Mondgeschöpfe während eines einzigen ihrer Tage ihre ganze Welt, indem sie teils zu Fuß, mit Beinen ausgerüstet, die länger sind als die unserer Kamele, teils mit Flügeln, teils zu Schiff den zurückweichenden Wassern folgen.

Wenn ein Aufenthalt von mehreren Tagen nötig ist, so verkriechen sie sich in Höhlen, wie es jedem von Natur gegeben ist." Außerdem entdeckt Duracoto den dortigen Vegetationszyklus, ehe der Dämon ihn zur Erde zurückbringt.

Diese Geschichte wurde 1609 unter dem Titel Der Traum, oder: Mond-Astronomie vom kaiserlichen Astronomen am Hofe Rudolfs II. in Prag verfaßt. Sein Name: Johannes Kepler. Im gleichen Jahr erkannte sein Kollege Galileo Galilei durchs Teleskop erstmals die Oberfläche des Mondes, seine Gebirge und Krater. Er zeichnete eine frühe Landkarte des Trabanten.

Ein Schock für viele Zeitgenossen: Diese Himmelslichter, allzugern als "göttlich" bezeichnet - nichts als tote Steinmassen? Keplers spekulative Phantasie hingegen lief zur Höchstform auf, schuf mit Der Traum, oder: Mond-Astronomie eine Mixtur aus wissenschaftlicher Spekulation über das Klima auf dem Erdtrabanten, die Lebensweise der Bewohner, Entfernungen und Fantasy. Zwar hatte es fiktive Mondreisen bereits bei Lukian und Plutarch gegeben, aber Keplers Vision stand unter dem kopernikanischen Perspektivwechsel. Er fragte: Wie sieht unser Heimatplanet vom Mond betrachtet aus?

Mit Kanonen auf den Mond

Aber unser kalter Begleiter sollte sein Geheimnis noch lange nicht preisgeben. Weitere Jahrhunderte sinnierten Dichter und Forscher über Leben auf dem Mond (und auf weiteren Planeten des Sonnensystems). Frühe Filmregisseure nutzten Mond- und Marsreisen zur Anwendung neuartiger Spezialeffekte und Kostüme. Allerdings wurden die Reisenden nicht mehr durch Dämonen dorthin gebracht. In Jules Vernes Roman *Von der Erde zum Mond* besorgt eine riesige Kanone diesen Job: Sie schießt eine bemannte Kapsel direkt auf den Steinball. Mochten in Georges Méliès witzigem Kurzfilm *Die Reise zum Mond* (1902) noch riesige Pilze auf dem Trabanten gedeihen, gigantische Grotten den Reisenden Zuflucht vor der Kälte bieten und Hieronymus-Bosch-artige Aliens sie attackieren, so war doch zu diesem Zeitpunkt bereits klar: Unser Trabant ist unbewohnt.

1903 publizierte der polnische Scifi-Autor Jerzy Zulawski mit Auf dem Silbermond das fiktive Tagebuch einer Expedition: Bereits am ersten Tag auf der nackten Steinoberfläche stirbt ein Astronaut. Auf einem Felsen aufgebahrt, präsentierte sich seinen toten Augen ein Ausblick, den bereits Kepler ersehnt hatte: "Er lag rücklings und schien wirklich mit seinen weit geöffneten, glasigen Augen zur Erde hinaufzustarren." Der Mond hatte sein utopisches Pulver verschossen: Er war kahl, kalt und unheimlich. Sollte der Mensch ihn jemals erreichen, würde er seine ganze Unvollkommenheit mitnehmen: Auch auf dem Mond bleibt der Homo sapiens ein armer Sterblicher.

Geschlechterkampf mit Frau Luna

Inspiriert von Zulawskis Roman drehte Fritz Lang Die Frau im Mond (1929), seinen zweiten Scifi-Streifen nach Metropolis (und zugleich seinen letzten Stummfilm). Darin ist die Reise ins All nicht dem Pioniergeist, sondern der Gewinnsucht entsprungen. Als das Gerücht aufkommt, daß der Mond Goldvorräte berge, läßt ein Professor den Bau eines Raumschiffes durch Aktien finanzieren.

Zum Astronautenteam gehört allerdings auch eine Frau, die zwischen zwei Männern steht. Gier und Eifersucht im Weltraum: Damit sind Mord und Totschlag vorprogrammiert. Die in Babelsberg errichtete Kulisse - eine karge Steinwüste mit brodelnd-dampfenden Kraterlöchern, von Sandstürmen gepeitscht - symbolisierte die angespannte Situation: der Mond als Bühne zwischenmenschlicher Dramen, als steinernes Grabmal des Homo sapiens.

1964, also 35 Jahre nach dem Dreh von Die Frau im Mond, erklärte die NASA den Regisseur zum "Vater der Raketenwissenschaft". Die US-Weltraumbehörde - so Lang - "war der Ansicht, daß das, was ich damals mit Hilfe von Professor Oberth und Willy Ley (seine wissenschaftlichen Berater) gemacht hatte, beinah absolute Wirklichkeit geworden war: wie zum Beispiel das Abstoßen der ausgebrannten ersten Rakete, so wie es heute gang und gäbe ist. Das Wichtigste aber war, daß ich den Countdown erfunden hatte."

Und das geschah so: "Als ich das Abheben der Rakete drehte, sagte ich mir: Wenn ich eins, zwei, drei, vier, zehn, fünfzig, hundert zähle, weiß das Publikum nicht, wann die losgeht. Aber wenn ich rückwärts zähle, zehn, neun, acht, sieben, sechs, fünf, vier, drei, zwei, eins, NULL! - Dann verstehen sie."

Astronautik und Psychonautik

Was aber bleibt von Keplers 410 Jahre alter Phantasie? Nur eine Reise zu toten Gesteinsmassen, die kaum jemand wiederholen möchte? Ein Langzeitprojekt, dessen endgültige Realisation an die Abschaffung des Menschen gebunden wäre? - Nicht unbedingt. Erinnern wir uns an den Titel von Keplers Schrift: Der Traum, oder: Mond-Astronomie. Die Raumfahrt des jungen Duracoto ist Bestandteil eines Traumes! Äußeres und inneres Universum sind darin nicht getrennt… Um 1969 waren beide Sphären zwar separiert, aber der Mensch begann sie zeitlich parallel zu bereisen.

Eine seltsame Synchronizität: Das Vordringen ins All durch Apollo 11 lief zeitlich parallel zur

Erstürmung des - ebenfalls unbegrenzten - inneren Kosmos, für dessen Erforschung Timothy Leary die Bezeichnung Neuronautik und Ernst Jünger den Begriff Psychonautik einführte. Das dazu nötige Raumschiff war die Kreation des Chemikers Albert Hofmann: LSD. Kurzum, Ende der 1960er Jahre realisierte der Westen gleichzeitig Space-Trips in den äußeren und inneren Kosmos, nahmen Astronauten und Psychonauten ihre Arbeit auf.

Auch die erste bemannte Mond-Odyssee im Juli 1969 war vor allem ein Medienereignis: Bis auf die Astronauten von Apollo 11 haben alle Erdbewohner das Betreten des Trabanten nur via TV (mit)erlebt. Und das ist bis heute, ein halbes Jahrhundert später, fast so geblieben. Nur wenige Astronauten sind gefolgt. Wozu auch? Die Oberfläche des Mondes läßt sich ebenso gut mit unbemannten Sonden filmen und fotografieren. Roboter können den Boden aufkratzen, chemisch analysieren und Resultate zur Erde funken. Wozu bedurfte es der bemannten Raumfahrt? Die gleiche Frage gilt für aktuell geplante Flüge zum Mars.

Der Astronaut Neil Armstrong irrte, als er sagte: "Es ist ein kleiner Schritt für mich, aber ein großer Schritt für die Menschheit." Umgekehrt: Es war ein großer Schritt für ihn (als subjektives Erlebnis), aber ein kleiner Schritt für die Menschheit. Die bemannte Raumfahrt erwies sich als Sackgasse. Das Weltall ist derart lebensfeindlich, daß nur Androiden es erobern und langfristig bewohnen können. Organische Wesen verkümmern dort nicht nur physisch, sondern ebenso psychisch. Das könnten selbst stationsinterne Biotope kaum verhindern.

Bereits Kepler vermutete, daß nur die Harten in den (Mond-)Garten gelangen: "Keinen von sitzender Lebensart, keinen Wohlbeleibten, keinen Wollüstling nehmen wir zu Begleitern, sondern wir wählen solche, die ihr Leben im eifrigen Gebrauch der Jagdpferde verbringen oder die häufig zu Schiff Indien besuchen und gewohnt sind, ihren Unterhalt mit Zwieback, Knoblauch, gedörrten Fischen und anderen von Schlemmern verabscheuten Speisen zu fristen."

Die Botschaft: Kubrick habe die Apollo-11-Mission im Studio gedreht.

Heute müssen wir ergänzen: Auch die Harten halten es dort nur temporär aus. Wenn Wissenschaftler weiterhin vom Transfer der Menschen ins Weltall, von Kolonien auf fernen Planeten visionieren, setzt das die Ablösung des Homo sapiens durch den Androiden voraus.

Kubrick und Nixon

Unabhängig von ihrem Nutzen (oder Nichtnutzen) war die 1969er Mondlandung große Polit-Performance. Im Wettlauf mit Rußland errang Amerika einen symbolischen Sieg: Kapitalismus und US-Pioniergeist triumphierten über sozialistische Planwirtschaft. Entsprechend aufschneiderisch gaben sich Hollywood-Dramen über die Space-Heroes. Der Stoff, aus dem die Helden sind (1983) und Apollo 13 (1995) gehören zu den erfolgreichsten Propagandastreifen der US-Mondmission.

Dieser politische Mehrwert führte früh zur Gegenreaktion, zu einer fundamentalen Skepsis: Waren die Amis wirklich auf dem Mond? Sind die Filmberichte der Landung und Begehung womöglich Fake - in irgendeinem Atelier gedreht? Bis heute sammeln sogenannte Truther weltweit Indizien für diese Betrugstheorie. Auf sie spielt der Scifi-Film Unternehmen Capricorn (1977) an, in dem eine geplante Mars-Mission bereits vor dem Start scheitert. Daraufhin beschließt die NASA, den weltweiten Medienkonsumenten ersatzweise eine Live-Show zu präsentieren…

Auch William Karel widmete den Mondlande-Skeptikern einen Mockumentary: Kubrick, Nixon und der Mann im Mond (2002). Die Botschaft: Star-Regisseur Stanley Kubrick habe die Apollo-11-Mission im Studio gedreht. Die NASA sei durch die hochkarätigen Spezialeffekte seines Scifi-Films 2001 - Odyssee im Weltraum (1968) auf ihn aufmerksam geworden, habe ihn zwangsverpflichtet und zu lebenslangem Schweigen erpreßt. Interviewt werden Kubricks Witwe Christiane und US-Politgrößen wie Alexander Haig, Donald Rumsfeld, Henry Kissinger sowie der Astronaut Buzz Aldrin. Sie alle bestätigen die Fakt-Theorie. Erst im Finale läßt

Karel die Maske fallen und enttarnt seine Dokumentation als Gag.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 07/2019.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 15. November 2024 (x1.417/…): >>**Hollywood heult: Auswandern wegen Trump**
Von *Daniell Pföhringer*
Popstars und Schauspieler vergießen bittere Tränen nach der US-Wahl - ein Promi hat Amerika bereits verlassen. …
Die Größen der US-amerikanischen Film- und Musikindustrie haben große Kullertränen wegen des Wahlsieges von Donald Trump vergossen. "Es ist ein Krieg gegen Frauen", zetert die Grammy-prämierte Popnudel Billie Eilish, eine bekannte Unterstützerin von Kamala Harris, auf Social Media.
"Ich hasse euch alle sehr", bekundete Rapperin Cardi B in die Selfie-Cam, während im Hintergrund die Wahlergebnisse über den Bildschirm liefen. Dabei guckte sie bedröppelt aus der Wäsche, hielt sich die Hand vor den Mund. Der Musikstar hatte sich vor der Wahl immer wieder für Kamala Harris, ausgesprochen - und sich gegen den Vorwurf Elon Musks gewehrt, eine Marionette der Regierung zu sein.
Schauspieler John Cusack ("Con Air") holte gleich den Hitler aus der Kiste. In einem inzwischen gelöschten Post auf X maulte er: "Die Tatsache, daß sich das Land dafür entscheidet, sich selbst zu zerstören, indem es einen verurteilten Vergewaltiger und Nazi wählt, ist ein Zeichen von tiefem Nihilismus. Um es milde auszudrücken."
Daß der Mime seinen Beitrag wieder zurückzog, mag auch daran liegen, daß er damit glatte Fake News verbreitete: Trump wurde nie für Vergewaltigung verurteilt.
Auch die aus der Serie "Eine schrecklich nette Familie" bekannte Schauspielerin Christina Applegate stimmte in den Nörgel-Chor ein. "Bitte entfolgen Sie mir, wenn Sie gegen Frauenrechte gestimmt haben. Gegen Behindertenrechte. Ja, das. Entfolgen Sie mir, denn was Sie getan haben, ist unrealistisch. Ich will keine Follower wie diese. Also ja. Erledigt", so die Darstellerin von Al Bundys Tochter Kelly.
Jamie Lee Curtis sieht Tyrannei kommen
Während sich Alt-Mimin Barbara Streisand schier fassungslos zeigte ("Mir fehlen die Worte"), raunte ihre unter anderem aus den "Halloween-Horrorfilmen" bekannte Kollegin Jamie Lee Curtis, daß Trumps Sieg ein Zeichen für das Heraufdämmern einer Tyrannei sei, die sich insbesondere gegen Frauen, Homosexuelle und Transgender richte. In ihrer Jammerarie auf Instagram fährt sie fort:
"Wir wissen, daß es für viele Frauen jetzt schwierig sein wird, die reproduktive Gesundheitsfürsorge (gemeint ist Abtreibung) zu erhalten, die sie brauchen und verdienen. Für all diese Menschen wird es Menschen geben, die Ihnen helfen werden. Mich eingeschlossen."
Anschließend macht Jamie Lee einen auf kämpferisch: "Aber was es wirklich bedeutet, ist, daß wir aufwachen und kämpfen müssen. Kämpfen wir für die Frauen und unsere Kinder und ihre Zukunft und kämpfen wir gegen die Tyrannei, Tag für Tag. Ein Kampf nach dem anderen. Ein Protest nach dem anderen. Das ist es, was es bedeutet, Amerikaner zu sein."
Ariana Grande spendet Trost
Popstar Ariana Grande präsentierte sich indes als Seelsorgerin und bekundete, sie "halte die Hand jedes Menschen, der die unermeßliche Schwere von" Trumps Sieg spüre. Außerdem versuchte sie, der woken Blase neuen Mut zu machen:
"Es stehen uns ohne Zweifel schwierige Zeiten bevor. Aber 70 Millionen Menschen haben für den Schutz eurer Rechte gestimmt, 70 Millionen Menschen lieben euch. Wir haben nicht den Präsidenten, aber wir haben einander."
Nicht so herzallerliebst, sondern richtig wütend reagierte die Komikerin Leslie Jones. Die aus der Comedy-Serie "Saturday Night Live" bekannte Afroamerikanerin bezichtigte Schwarze,

die für den Republikaner gestimmt hatten, der Kollaboration mit dem Feind.
In einem weiteren Post forderte Jones alle Follower, die ihr Kreuz bei Trump gemacht hatten, auf, sie doch bitte zu deabonnieren. Den Tweet versah sie mit einem Bild, das den Wahlsieger als Clown mit Luftballons zeigt.

Julia Roberts wendet sich an Gott

Horror-Autor Stephen King, ebenfalls ein notorischer Demokraten-Unterstützer, fantasierte gar, daß die Demokratie in Amerika nun kaputt sei, obwohl Trump die Wahl fair gewonnen habe. Dazu brachte er auf X folgenden schrägen Vergleich: There's a sign you can see in many shops that sell beautiful but fragile items: LOVELY TO LOOK AT, DELIGHTFUL TO HOLD, BUT ONCE YOU BREAK IT, THEN IT'S SOLD.
You can say the same about democracy.
- Stephen King (@StephenKing) November 6, 2024
Jeffrey Wright, Schauspieler in drei James-Bond-Filmen, ließ auf der Plattform die Bemerkung fallen, daß "Big Tech-Oligarchen" sich mit "Autoritären" verbündet hätten - eine Anspielungen auf die Kooperation zwischen Elon Musk und Trump.
Er ließ jedoch unerwähnt, daß die Biden-Harris-Regierung mit dem Silicon Valley zusammenarbeitete, um US-Bürger unter Verletzung des Ersten Verfassungszusatzes, der die Rede-, Religions-, Presse- und Versammlungsfreiheit garantiert, zu zensieren.
Schauspielerin Julia Roberts verlor keine Worte, sondern postete ein Video der amerikanischen Flagge, das mit einem kurzen Ausschnitt des Lieds "America the beautiful" hinterlegt ist. Die Zeilen werden als Berufung auf die westlichen Werte verstanden und als Bitte an Gott, die Bürger zu "reinigen". Auch sie hatte sich im Wahlkampf für Harris ausgesprochen.

Eva Longoria zischt ab

Gleich Nägel mit Köpfen gemacht hat Eva Longoria ("Desperate Housewives"). In einem Interview mit dem US-Magazin Marie Claire verkündete die Schauspielerin, daß sie Amerika verlassen habe und künftig mal in Mexiko, mal in Spanien leben werde, wo sie mit ihrem Ehemann José Bastón jeweils ein Anwesen besitzt. Mit dem mexikanischen TV-Unternehmer hat die Schauspielerin einen gemeinsamen Sohn.
Longoria empörte sich in dem Interview: "Es geht darum, daß ein verurteilter Krimineller, der so viel Haß verbreitet, das höchste Amt bekleiden kann." Wenn Trump seine Versprechen halte, "wird es ein beängstigender Ort sein."
Schon Trumps Sieg 2016 habe ihr zugesetzt. Sie sei vorher noch nie depressiv gewesen. Dann habe sie sich im Bett verkrochen. "Ich fragte mich: Ist meine Stimme wirklich wichtig? Kann ich wirklich etwas bewirken?", erinnerte sich die Mimin. Mit der Zeit habe sie erkannt, daß nicht "der beste Mensch" die Wahl für sich entscheide.
Entschlossen bekundete sie: "Ich habe mein ganzes Erwachsenenleben in Amerika verbracht, doch dieses Kapitel ist jetzt vorbei."
Die politische Lage in den USA habe sich für sie zur "Schreckensvision" entwickelt. Besonders Los Angeles, wo sie lange Zeit gelebt hatte, habe sich stark verändert: "Der Vibe ist einfach anders geworden. Dazu kommen die hohe Obdachlosigkeit und die Steuern."
Moment mal, wer hat Kalifornien und Los Angeles noch mal heruntergewirtschaftet und ist für die hohe Abgabenlast dort verantwortlich? Kleiner Tip: Donald Trump und die Republikaner sind es nicht. Aber trotzdem: Gute Reise!
Sie haben allen Grund zur Sorge: In COMPACT-Spezial "Satan, Pop und Hollywood - Wie der Teufel Film und Musik erobert hat" enthüllen wir die dunklen Seiten der Unterhaltungsindustrie: Wokismus, Satanismus, Pädophilie und Geheimdienst-Infiltration.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Wer den Frieden will**

Der US-Schutzschirm bleibt. Doch Trump wird den Blick nach Asien wenden

Bruno Bandulet

US-Präsident Donald Trump meint es ernst. Im Wahlkampf hatte er versprochen, den Krieg in der Ukraine innerhalb von 24 Stunden zu beenden - als er gewonnen hatte, setzte er sich schon am 6. November mit Wolodymyr Selenskyj in Verbindung. Elon Musk war dabei, übernahm das Telefon und setzte das Gespräch mit dem ukrainischen Präsidenten fort.

Daß Musk mitentscheidet, hat gute Gründe. Als die russische Armee im Februar 2022 einmarschierte, war er es, der der Ukraine einige tausend Starlink-Terminals zur Verfügung stellte. Ohne sie hätte die Ukraine den Krieg so nicht führen können. Am 6. November soll Musk Selenskyj versprochen haben, daß Starlink weiterhin zur Verfügung steht.

Trump wird die Ukraine nicht einfach fallenlassen. Aber was will er dann? Er will den Krieg beenden, weil er seine Fortsetzung für sinnlos hält. Er sieht in China, nicht in Rußland, den Gegner, der vitale US-Interessen bedroht. Als Realist weiß er, daß die Ukraine die Krim und den Donbass nicht zurückerobern kann. Er wird also Kiew empfehlen, den Status quo zu akzeptieren. Der Haken dabei: Der Waffenstillstand soll nicht von amerikanischen, sondern von europäischen Friedenstruppen überwacht werden. So viel zumindest ist aus Trumps Team durchgesickert. Seine Leute halten die Ukraine für ein Problem allein der Europäer.

Selenskyj wird mitspielen müssen und nicht riskieren wollen, daß Starlink abgeschaltet wird. Die Russen wiederum werden es nicht eilig haben, solange sie auf dem Vormarsch sind. Sie werden ihr Kriegsziel erreichen wollen: die Absage an eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine. Und Trump könnte den Deal beschleunigen, indem er einerseits dem Kreml die Lockerung der Sanktionen in Aussicht stellt, andererseits mit neuen Waffenlieferungen an Kiew droht.

Immerhin deutet sich an, daß Moskau den Anschluß des erschöpften und bankrotten Landes an die EU tolerieren würde. Noch nicht Bestandteil der Debatte ist die Idee, daß Moskau die eroberten Gebiete der Ukraine abkaufen könnte. Das käme der künftigen deutschen Regierung entgegen, von der ohnehin erwartet wird, daß sie den größten Teil des Wiederaufbaus finanziert. Offen bleibt, wie eine endgültige Lösung aussehen wird, die eine Rückkehr des Krieges nach einem Waffenstillstand ausschließt. Daß dieser schon 2025 zustande kommt, wäre keine große Überraschung.

So gesehen müßten die Deutschen darüber erleichtert sein, daß Trump am 20. Januar 2025 in das Weiße Haus einzieht und nicht Kamala Harris, auf die das alte Establishment und die Kriegspartei der Neokonservativen gesetzt haben. Fatal ist es, daß sich die Europäer bisher mit dem Krieg abgefunden und keinen eigenen Friedensplan entwickelt haben. Realpolitisch reagiert hat eigentlich nur Ungarns Premierminister Viktor Orbán.

Trump schätzt ihn, den Brüsseler EU-Apparat verachtet er. Dabei könnte Europa mitreden, wenn Berlin und Paris mit einer Stimme sprächen. Eine, wenn auch noch vage Chance für Deutschland besteht darin, daß nach einer Ukraine-Regelung und mit dem Ende der Sanktionen billiges russisches Gas wieder fließen könnte - eine Voraussetzung von vielen für ein Comeback der deutschen Industrie.

Schwerer zu durchschlagen ist der gordische Knoten Palästina. Trump ist bekanntlich Benjamin Netanjahu und dem Staate Israel wohlgesonnen. Er wird die Israelis zu einer Zwei-Staaten-Lösung nicht zwingen wollen oder können. Nachdem der Gazastreifen nach den massiven Bombardierungen praktisch unbewohnbar ist, läge es in der Logik Netanjahus, die Bewohner einfach auswandern zu lassen. Fragt sich nur, wohin. Jedenfalls wird der Pragmatiker Trump mitreden, wenn sich der Nebel des Krieges lichtet. Netanjahu wird eher auf ihn hören als auf Biden, von Harris ganz zu schweigen.

Verglichen mit Trumps erster Amtszeit hat sich die US-Position in Nahost verschlechtert.

Damals konnte er die Emirate am Golf noch dazu bringen, mit Israel Frieden zu schließen. Und die Feindschaft zwischen dem Iran und dem Ölgiganten Saudi-Arabien war wie zementiert. Inzwischen haben sich die Saudis sowohl Rußland als auch dem Iran angenähert und zugleich die enge Bindung an die USA gelockert.
Syrien und der Iran sind mit Rußland verbündet. Die Türkei, das geopolitische Scharnier zwischen Europa und Asien, agiert souverän zwischen den Großmächten. Und dann muß Trump auch noch einen Modus vivendi mit dem größer und stärker werdenden Zusammenschluß der BRICS finden. Auf dem Gipfeltreffen im Oktober im russischen Kasan wurden weitere 13 Staaten als Partner aufgenommen. Sobald sie Vollmitglied werden, entfallen auf die BRICS über 40 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und mehr als die Hälfte der Bevölkerung.
Während von der Leyens EU eine politische Führungsrolle vorspiegelt, die sie nicht ausfüllen kann, lassen die BRICS die Souveränität ihrer Mitglieder unangetastet. Sie kooperieren wirtschaftlich und sind sich einig in der Ablehnung westlicher Sanktionen und amerikanischer Hegemonieansprüche. Trump muß mit mächtigem Widerstand rechnen, wenn er auf Konfrontationskurs zu China geht. Und Deutschland? Berlin muß seinen Platz in der neuen multilateralen Weltordnung erst noch finden.
Die deutschen Ängste, Washington könne die Nato verlassen und den sogenannten amerikanischen Schutzschirm aufkündigen, sind unbegründet. Genaugenommen bestand der Schutzschirm nur darin, daß die USA auf einen russischen Vorstoß notfalls mit dem Einsatz taktischer Atomwaffen auf europäischem und vor allem auf deutschem Boden reagiert hätten. Rußland ist weit entfernt davon, einen Krieg mit der Nato zu riskieren, und die USA werden ihre europäische Gegenküste nicht in feindliche Hände fallen lassen.
So oder so wird Deutschland aufrüsten müssen - nicht nur wegen des erwartbaren Drucks der Regierung Trump, sondern auch aus eigenem Interesse. Militärisch blanke Länder werden nicht ernst genommen. In der realen Welt ist eine zur Verteidigung fähige Bundeswehr der für die Souveränität zu zahlende Preis.
Dr. Bruno Bandulet war Chef vom Dienst der Welt und gibt den "Deutschland-Brief" heraus.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Der Corona-Profiteur steht vor kritischer Prüfung durch Investoren**
Spannender Krimi bei Pfizer
Thomas Kirchner
Vertragsabschluß per SMS. Ursula von der Leyen steht wegen der fragwürdigen Bestellungen der Corona-Impfstoffe bei Pfizer-Chef Albert Bourla in Milliardenhöhe seit langem in der Kritik. Es drängt sich der Verdacht auf, Pfizer habe ungerechtfertigte Gewinne auf Kosten der Steuerzahler gemacht. Ein schneller Blick auf die Entwicklung des Aktienkurses scheint das zu bestätigen: Von einem Niveau um die 35 Dollar vor Covid stieg die Aktie auf etwa 60 in der Spitze der Impfkampagnen. Das entspricht einem Anstieg des Marktwerts von 200 auf in der Spitze 344 Milliarden Dollar.
Doch seitdem geht es bergab. Aktuell liegt der Marktwert bei 151 Milliarden Dollar, der Aktienkurs steht bei 26. Mehr als 40 Milliarden zusätzlichen Gewinn dürften die Impfstoffe Pfizer eingebracht haben. Knapp zehn Milliarden zahlte Pfizer an zusätzlichen Steuern. Bei großzügiger Rechnung kann man einen niedrigen einstelligen Milliardenbetrag den gestiegenen Dividenden zurechnen. Wo ist das Geld geblieben?
Diese Frage stellt auch der Hedgefonds Starboard Value, der bekannt ist für seine Attacken gegen schlechtes Unternehmensmanagement. Dabei kommt es meist zu einem Wechsel des Aufsichtsrats und des Topmanagements. Die scharfäugige Aufsicht durch solche Aktivisten, die in Europa weit weniger ausgeprägt ist, dürfte ein wichtiger Bestandteil der hohen Bewertung von US-Aktien sein. Einen Anteil von einer Milliarde Dollar hält Starboard an Pfizer.

Bei einem Fondsvolumen von acht Milliarden zeigt dies, daß Starboard sich seiner Sache sicher ist.
Starboard kritisiert Bourlas katastrophale Entscheidungen, die Milliarden kosteten. Bis 2024 sollten 15 neue Medikamente je mindestens eine Milliarde einbringen sollten. Nur zwei werden das Ziel erreichen, zwei kommen nahe dran, der Rest wurde nach Milliardenkosten entweder eingestellt oder dümpelt vor sich hin. Für 70 Milliarden Dollar kaufte Pfizer andere Pharmafirmen auf. Statt 20 Milliarden Zusatzumsatz bis 2030 werden es eher 13. Durch diese Fehleinschätzung zahlte Pfizer Milliarden zuviel.
Starboards Einstieg bei Pfizer verlief ähnlich tolpatschig wie die Impfstoffbestellungen. Versehentlich hatte Pfizers ehemaliger Finanzchef Frank D'Amelio bei einer E-Mail an einen Starboard-Mitarbeiter Bourla als Mitempfänger eingetippt. Damit war Pfizer nicht nur vorgewarnt, daß der bekannte Aktivist die Firma im Visier hatte, sondern auch, daß Ex-Führungskräfte mit Starboard zusammenarbeiten.
Es ist nicht ungewöhnlich, daß Konzernchefs im Ruhestand Hedgefonds unterstützen, wenn sie von den Leistungen ihrer Nachfolger enttäuscht sind. Auch Bourlas Vorgänger Ian Reed, der während seiner Amtszeit eine Zerschlagung des Konzerns erwogen hatte, beriet Starboard. Offenbar drohte Pfizer beiden daraufhin mit kostspieligen Klagen, Rückforderung gezahlter Gehälter und der Annullierung von Aktienoptionen. Ob diese Erpressung legal war oder illegal, wird sich nie feststellen lassen. Die beiden beendeten nur drei Tage später ihre Zusammenarbeit mit Starboard und bekundeten ihre Loyalität zu Bourla.
Ab Dezember sind Nominierungen für die Aufsichtsratswahl auf der nächsten Hauptversammlung möglich. Auch ohne Reed und D'Amelio wird Starboard keine Schwierigkeiten haben, qualifizierte Kandidaten zu finden. Angesichts des schlechten Abschneidens Bourlas werden ihm viele Aktionäre die Stimme verweigern. Auch wenn Starboard die Mehrheit knapp verfehlt, ist ein Rücktritt Bourlas denkbar.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**"Die Massenmedien sind tot"**
USA-EU-Zoff um die Meinungsfreiheit: Donald Trumps Sieg schockiert linksliberale Journalisten
Gil Barkei
Fuck", rutschte es der Zeit so konsterniert wie nicht-neutral heraus. Auch ARD-London-Korrespondentin Annette Dittert tippte bei X ein beleidigtes "F*ck". Donald Trumps deutlicher Sieg bei den US-Präsidentschaftswahlen schockt die linksliberalen Medien in Deutschland.
Zu lange hatten sie Kontrahentin Kamala Harris hoch- und sich selbst samt Leser und Zuschauer von der Realität weggeschrieben. Mitte Oktober verkündete das ZDF-Politbarometer noch, 72 Prozent der befragten Deutschen erwarten Harris als Siegerin, nur 23 sahen Trump vorne. Einen Tag vor der Wahl zeigte eine Insa-Umfrage, 47 Prozent der Deutschen glaubten an einen Erfolg der demokratischen Vizepräsidentin und lediglich 32 Prozent an den ihres republikanischen Herausforderers. Und das während Umfragen in den USA ein Kopf-an-Kopf-Rennen vorhersagten und zahlreiche Erhebungen vielerorts auf einen Vorsprung Trumps hinwiesen.
Deutsche Zeitungen und der öffentlich-rechtliche Rundfunk blendeten diese systematisch und wunschdenkend aus. Die Zeit zeigte Harris auf dem Cover verheißungsvoll: "Kann sie Amerika retten?" Der Stern feierte sie als "Die Erlöserin", und auch die Süddeutsche Zeitung betete "Und erlöse uns", während Trump nur der "Herr der Lügen" war. Ist das noch Berichterstattung oder pseudoreligiöser Wahn? Die ARD machte Anti-Trump-Stimmung und plazierte in ihrer Mediathek Dokus wie "USA: Demokratie unter Beschuß" oder "Mission Wahrheit: Die New York Times und Donald Trump". Ingo Zamperoni reiste durch die Staaten und warnte

belehrend "Wirklich nochmal Trump, Amerika?".

US-Zeitungen reagieren, während die deutschen beleidigt sind

Um so härter war der Aufprall auf dem Boden der Tatsachen, als das Wahlergebnis feststand. Doch anstatt sich das eigene Versagen, die persönliche Abkehr von journalistischen Standards einzugestehen, reagierten die deutschen Mainstreammedien mit ungläubigem, weinerlichem Trotz. Zeit-Chef-redakteur Giovanni di Lorenzo bezeichnete Trumps Erdrutschsieg als "Wirklichkeit gewordener Alptraum: Vier Jahre Unsicherheit, vier Jahre Affront, vier Jahre Angst". "Letzte Nacht habe ich viel geweint", gestand ZDF-Moderatorin Sarah Bosetti nach der Stimmenauszählung.

Der Deutsche Journalisten-Verband warnte vor "Trumps Lügen" und appellierte an die eigene Zunft, "jeden Satz, jedes Wort von ihm auf den Wahrheits-gehalt hin zu überprüfen". "Was zur Hölle bedeutet das alles" für eine "Zukunft mit Trump", fragte sich der Social Media Watch Blog.

Aber wirklich reflektiert wird kaum, sondern munter weiter gegen den künftigen US-Präsidenten geschossen. "ARD-Panorama" titelte kurz nach der Wahl "Trumps Sieg und die Angst danach".

Die Frankfurter Rundschau und BuzzFeed News warnten gar vor "durcheinandergewirbelten" Ersparnissen und "Extremwetterereignissen, weil Trump nichts fürs Klima tut". Weltuntergangspanik statt aufklärende Information; es wurde rein gar nichts aus Trumps erstem Sieg und der bereits damals scharfen Kritik an fehlenden objektiven Nachrichten gelernt.

Pressekollegen auf der anderen Seite des Atlantiks sind da ein Stück weiter. "Die Amerikaner vertrauen den Nachrichten nicht mehr", hatte Amazon-Gründer und Washington Post-Besitzer Jeff Bezos "die harte Wahrheit" kurz vor dem Urnengang offengelegt und sich damit dafür gerechtfertigt, daß sein Hauptstadtblatt keine Wahlempfehlung für Harris abgab.

"Die meisten Menschen glauben, daß die Medien voreingenommen sind. Jeder, der das nicht sieht, schenkt der Realität wenig Beachtung, und diejenigen, die gegen die Realität kämpfen, verlieren. Die Rea-lität ist ein ungeschlagener Champion. Es wäre einfach, anderen die Schuld für unseren langen und anhaltenden Rückgang der Glaubwürdigkeit (und damit für den Rückgang der Wirkung) zu geben, aber eine Opfermentalität wird nicht helfen."

Auch die Los Angeles Times hatte keine - wie seit Jahren eigentlich übliche –Wahlempfehlung abgegeben. Kurz vor der Wahl hatten einzelne Fernsehmacher der Umfragerealität ebenfalls bereits ins Auge geblickt, und selbst die eher als so linksliberal wie kultig geltende Comedy-Sendung "Saturday Night Live" machte sich über Kamala Harris lustig.

Trumps erfolgreiche Wähleransprache über neuartige digitale Kanäle hat also die klassischen Medien unter Druck und Zugzwang gesetzt. War Barack Obamas Wahlkampf 2008 die erste auf soziale Medien setzende Kampagne, so zeigte Trump nun den ersten Wahlkampf, bei dem (Video-)Podcasts eine zentrale Rolle spielten. Als Donald Trump Ende Oktober für drei Stunden zu Gast bei der "Joe Rogan Experience" war, dem erfolgreichsten Podcast der Welt, herrschte im linken Lager blankes Entsetzen. Beobachter vermuteten sogar, Youtube habe versucht, die entsprechende Podcast-Folge in der Reichweite zu beschneiden.

CNN-Reporter Brian Stelter verwies in seinem Newsletter "Reliable Sources" darauf, daß 2020 noch 25 Prozent mehr Bürger die Wahl über die klassischen Berichterstattungswege verfolgt hätten. Ein zunehmender Teil des Publikums orientiere sich mittlerweile an Youtube und Podcasts. Viele Trump-Wähler mißtrauten nicht nur einfach "dem, was sie lesen, sie lesen es vielfach gar nicht erst".

Und längst haben rechtsalternative Angebote die digitale Audio- und Bewegtbildwelt erobert. Darunter medienaffine Unternehmer wie Vivek Ramaswamy oder Patrick Bet-David mit ihren Podcasts (JF 35/24). Auch berühmte Ex-Sportler und Podcast-Hosts wie Mike Tyson oder kampfsportnahe Influencer aus dem Umfeld des pro-republikanischen UFC-Chefs Dana Whi-

te haben sich zu Trump bekannt. "Make America Great Again-Caps" überall vor den Kameras und hinter den Mikrofonen.
"Die alten Massenmedien sind offiziell tot. Ihre Fähigkeit, die Narrative zu bestimmen, ist zerstört. Trump hatte den Medien 2016 den Krieg erklärt. Heute nacht hat er sie total vernichtet. Sie werden nie wieder relevant sein", schrieb der erfolgreiche "Daily Wire-Podcaster" Matt Walsh bereits in der Wahlnacht auf X.

Vance droht europäischen Nato-Partnern

X selbst hat durch Trumps Erfolg seinen Ruf als neue 5. Gewalt gefestigt. Was seinem Besitzer und leidenschaftlichen Trump-Unterstützer Elon Musk seit Monaten ins Visier der Trump-Gegner rücken läßt - insbesondere in der Bundesrepublik. Selbst der sich zum Grünen-Kanzlerkandidaten erhobene Robert Habeck kündigte an, entschlossener gegen angebliche Desinformationen auf Online-Plattformen vorzugehen. Meinungsfreiheit bedeute nicht, "daß eine künstliche Intelligenz die Algorithmen so steuert, daß die gesellschaftliche Meinung manipuliert wird", sagte er auf Schloß Neuhardenberg in Brandenburg anläßlich des 35. Jahrestages des Mauerfalls.
"Die Regulierung von Algorithmen von X oder TikTok durch die Anwendung der europäischen Rechtsnormen ist zentrale Aufgabe. Wir können den demokratischen Diskurs nicht in die Hände von Elon Musk und chinesischer Software legen." Musk, der in der Trump-Administration besondere Aufgaben übernehmen soll, reagierte auf die über X geteilte Rede des deutschen Noch-Wirtschaftsministers mit "Habeck ist ein Narr".
Kurz zuvor hatte Musk mit einem "Yes!" Trumps schon 2022 formulierten Plan für die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit wachgerufen und geteilt. In dem zwei Jahre alten Kampagnenvideo kündigte Trump für den Fall seiner Wahl mehrere Maßnahmen an, um "das linke Zensur-Regime einzureißen".
In den ersten Stunden nach seiner Amtseinführung möchte Trump demnach eine Anordnung unterzeichnen, die es Behörden untersagt, konspirierend mit Organisationen, Firmen und Privatpersonen die "Redefreiheit von amerikanischen Bürgern zu zensieren, zu limitieren, zu kategorisieren oder zu behindern". Zudem will er alle öffentlichen Gelder sperren, die genutzt werden, um Äußerungen als "Mis- oder Desinformation zu kennzeichnen". Jeder an Zensur direkt oder indirekt beteiligte Bürokrat solle darüber hinaus "gefeuert werden".
In der EU geht man mit dem Digital Services Act genau entgegengesetzte Wege. Der Kampf um die Meinungsfreiheit wird zunehmend zu einem Knackpunkt in den Beziehungen zwischen den USA und Europa. Trumps designierter Vize-Präsident J. D. Vance hatte im September sogar europäischen Nato-Partnern mit einer Reduzierung der US-Unterstützung gedroht, sollte die EU die Meinungsfreiheit und Anbieter wie X einschränken.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/24" berichtet am 15. November 2024 (x1.425/…): >>**Wie der Wahlsieg Donald Trumps die politische Kultur der Vereinigten Staaten revolutioniert**

Arbeiterkaiser 2.0

Edward Gottfried

Nach Auszählung der Wahlmänner, die in den Vereinigten Staaten traditionell über den Sieger der Präsidentschaftswahlen bestimmen, erhielt Donald Trump eine deutliche Mehrheit und konnte so seine Konkurrentin Kamala Harris aus dem Rennen werfen. Beim "Popular Vote" beläuft sich das Gefälle auf satte vier Millionen. Außerdem eroberte er den Kongreß für die Republikaner. Man kann mit Fug und Recht von einem Erdrutschsieg des 78jährigen am Vorabend seiner zweiten Amtszeit sprechen.
Für den europäischen Beobachter ist das demokratische Prozedere in den Vereinigten Staaten oftmals nicht ganz verständlich: Entscheidend ist bei der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten nicht die zahlenmäßige Gesamtheit der Stimmen, sondern das Kräfteverhältnis

unter den Wahlmännern. Für die Republikaner fällt das Wahlergebnis mit diesem System oftmals ein Stück weit besser aus, als wenn es zum "Popular Vote", also der Wahl des Präsidenten durch alle Amerikaner, käme.
Dieser Umstand spornt die Demokraten dazu an, das Electoral College der Wahlmänner durch einen Volksentscheid zu ersetzen. Um ihren Stimmanteil weiter zu erhöhen, setzen sie sich außerdem für eine Ausweitung der Briefwahl ein, die nicht so streng kontrolliert werden kann wie die Stimmabgabe an der Urne.
Darüber hinaus unterhalten die Demokraten eine ganze Armee von Anwälten, deren einziger Zweck es ist, von der Wahl ausgeschlossene Wähler doch noch zur Stimmabgabe zu berechtigen - etwa im Fall von verurteilten Verbrechern, die in vielen Staaten einfach nicht wählen dürfen. Das ist das politische Schlachtfeld, das sich dem Anblick des Betrachters nach der Wahl darbietet. Wir können davon ausgehen, daß diese Heerschar auch diesmal wieder versuchen wird, im nachhinein noch einen Haufen Stimmen aus dem Hut zu ziehen - doch selbst dieses Kunststück wird ihnen am Ende nicht mehr weiterhelfen.
Im Endspurt ihres Wahlkampfes ist den Demokraten nämlich alles auseinandergeflogen. In ihren Interviews wirkte Harris aufgesetzt. Wann immer ihre auswendig gelernten Phrasen keinen Effekt mehr zeigten, brach sie vor laufender Kamera in schrilles Gackern aus. Von dem, was die Wähler wirklich an die Wahlurne trieb - der Wirtschaftspolitik zum Beispiel -, hatte sie anscheinend überhaupt keine Ahnung.
Daß sie in ihrer Verzweiflung Trump schließlich als einen "Faschisten" schmähte, überspannte den Bogen - am Wahltag hatte sie dieses Lieblingsmotiv schlicht ausgereizt. Und auch als sie ihren Widersacher bezichtigte, ein landesweites Abtreibungsverbot zu planen, konnte Trump abwinken: Er würde als Präsident sogar ein höchstpersönliches Veto gegen ein solches Verbot einlegen, wenn er denn müßte.
Zu allem Überfluß konnte sich Harris auch nicht von der Biden-Administration freischwimmen. Die Assoziation ließ sich einfach nicht abschütteln. Für die Wähler hatte sie nach wie vor die verschwenderischen Staatsausgaben, steigende Preise in den Supermarktregalen und einen nicht enden wollenden Strom von Einwanderern auf dem Kerbholz. Nicht umsonst war sie als "Zarin der Grenze" im politischen Amerika bekannt - eine Headline, die das Trump-Team erfolgreich im Wahlkampf gelandet hatte. Zu deutlich schien es für viele Amerikaner, daß die Grenzöffnung einzig und allein dazu dienen sollte, die Demokraten zuverlässig mit neuen Wählermassen zu versorgen.
Lange schon überschütten die Demokraten und ihre Partner in den Nachrichtensendern und Medienkonzernen Trump mit eimerweisem Haß. Dessen hartnäckige Inszenierung als Hitler redivivus, der die Verfassung der Staaten abräumen will, hat bereits tiefe Wunden geschlagen. Die zwei Anschlagsversuche auf den Republikaner - zumindest der zweite wurde von einem glühenden Trump-Hasser verübt - haben diese Verletzungen noch weiter aufgerissen. Aus Wunden wurden Narben. Aus Gräben Fronten.
Wie in Deutschland und Westeuropa besteht in den Vereinigten Staaten eine schlechthin unüberbrückbare Kluft zwischen bodenständigen, im Hinterland lebenden Populisten und großstädtischen, politisch linksdrehenden Wirtschaftseliten. Die wohlhabenden Radikalen spenden ihrer Partei - den Demokraten - dreimal soviel Geld wie ihre Gegenspieler, die konservativen Republikaner.
Wie in Deutschland hofiert das Großkapital in den Staaten führende Figuren der Linken. Die von diesen Weltverbesserern vorangetriebene Einwanderungspolitik, die in die Köpfe der Schüler im Klassenzimmer eingehämmerte Vorstellung von "Intersektionalität" macht unser New Money gerne mit. Dieselben Milliardäre helfen dabei mit, die qualifizierte Belegschaft im Konzern für öffentlich geförderte "Minderheiten" hintanzustellen. Diese rücken mehr und mehr in höhere Positionen auf. Die anderen haben das Nachsehen.

Die offenen Grenzen halten die Arbeitskraft günstig, die sich wiederum auf staatliche Aufträge verlassen kann. Von diesen Zuständen ernüchterte Demokraten wie Joel Kotkin warnen vor dieser Parteispenderklasse. Zu den Großspendern gehören verblüffend häufig die Ex-Frauen oder Witwen namhafter US-Oligarchen - Laurene Jobs oder Melinda Gates (siehe JF 37/24). Erstere besitzt ein Vermögen von 30 Milliarden Dollar. Zweitere kommandiert 15 Milliarden. Leute wie sie müssen sich nicht einmal mehr um irgendwelche Geschäfte kümmern. Sie schwimmen einfach im Geld.

Konnte der "Arbeiterkaiser" August Bebel den Antisemitismus einst als "Sozialismus der dummen Kerle" verspotten, so können wir auf der anderen Seite die Wokeness durchaus als "Marxismus der Schmarotzerkapitalisten" kennzeichnen. Selbst wenn die Demokraten ihre Ankündigungen, die Steuerlast endlich auf "die Reichen" und insbesondere auf "die oberen fünf Prozent" zu verschieben verwirklichten, würde ein solcher Plan kaum zum Nachteil des radikalisierten Kapitals ausschlagen.

Steuererhöhungen treffen längst nur noch die Mittelschicht und Arbeiterklasse. Anfallende Kosten tragen die Schichten ohne betuchte Protegés. Das Kummerbrot brauchen die linken Eliten nicht zu essen. Und so können wir Donald Trump durchaus als Widergänger Bebels, als neuen Arbeiterkaiser bezeichnen, der dem "white trash" gegen den "woke capitalism" auf die Beine hilft.

Gerade die Malocher auf der anderen Seite - überwiegend weiß, überwiegend männlich, überwiegend konservativ - haben den Republikanern sechzig Prozent ihrer Stimmwucht verliehen. Die Demokraten hingegen reüssierten bei Frauen, die sie zu 64 Prozent zu sich hinüberziehen konnten. Besonders hervorzuheben sind hier jüngere, gebildete schwarze Frauen, die sich an den Universitäten weit nach links radikalisiert haben.

Man sieht: Mit Blick auf Staat und die Kultur entfaltet sich in den Vereinigten Staaten ein sprichwörtlicher Krieg der Geschlechter. Weiße Frauen, die in besten Vorstädten Amerikas wohnen, neigen den Demokraten am meisten zu. Dieser zumeist ziemlich wichtigtuerische Typus verkrallt sich mit Vorliebe in eine Reihe von Forderungen: darunter der "Kampf gegen das Patriarchat" und die Ausweitung der LGBTQ-Rechte bis hin zum ungehinderten Zugang von Minderjährigen zu "geschlechtsangleichenden OPs".

Reichlich unbeholfen stellte sich Harris bockig, als es darum ging, am "Alfred Smith Memorial Dinner" teilzunehmen, einer alljährlich stattfindenden katholischen Charity-Veranstaltung in New York City - sowohl von Republikanern als auch von Demokraten unterstützt. Die Geste war klar auf die antichristlichen Affekte ihrer Anhängerschaft zugeschnitten, stieß aber katholische Wähler ab. Ihre Basis hat sich dadurch natürlich nicht vergrößert.

Bereits als Senatorin wies Harris immer wieder Anwärter auf das Bundesrichteramt ab, nur weil diese der katholischen Laienverbindung Knights of Columbus angehörten, einem Verein, der sich der Wohltätigkeitsarbeit widmet und auf prominente Mitglieder wie den einstigen Präsidenten John F. Kennedy zurückblickt. Als Staatsanwältin in Kalifornien hörte sie nicht auf, Lebensrechtler zu belangen. Das ging teils so weit, daß sie auf rechtlich sehr dünner Grundlage für mehrjährige Haftstrafen sorgte.

Trumps Kantersieg wird die Machtverhältnisse innerhalb der politischen Klasse in den Vereinigten Staaten keinesfalls ändern, wenn er sich nicht an bestimmte Reformen herantraut.

So wird er wieder vor der schweren Aufgabe stehen, die Verwaltung in Schach zu halten, die ihm in toto feindlich gegenübersteht. Er kommt nicht umhin, Staatsangestellte, die offen gegen ihn agieren, zu feuern - sofern sie noch nicht verbeamtet sind. Sachkundiger Ersatz stünde bereit.

"Feindliches Territorium" für Trump bleibt seit dem Umbau durch Präsident Barack Obama indes auch der amerikanische Geheimdienst, der ebenfalls gegen Trump intrigiert. Vor allem diesen Gegner muß Trump, sobald er das Oval Office betritt, schleunigst aus dem Weg räu-

men.
Dann kann er sogar hoffen, künftige Mordanschläge auch zu überleben - die mit Sicherheit kommen. Auch Justizministerium, FBI und Secret Service müssen zu diesem Zwecke generalüberholt werden. Erst dann sind sie auch für einen Republikaner im Amt von Nutzen.
Nicht zuletzt Konservative sind immer wieder erstaunt darüber, daß die "proletarisierte" Rechte ihre linken Kontrahenten als "Konterrevolutionäre" denunziert. Die Frage steht im Raum, ob die Begriffe der Vergangenheit nicht neu gedacht werden müssen. Wenn die Working Class rechts und Big Money links stehen, wie bei der jüngsten Wahl, verliert der ideenpolitische Rahmen, der bisher in Kraft war, an Geltung. Auf der politischen Bühne werden immer mehr neuartige ideologische Kämpfe ausgefochten. Die Stunde, in der wir die Ideologien aus der Hand legen, hat allem Anschein nach jedenfalls noch lange nicht geschlagen.
Prof. Dr. Paul Edward Gottfried, Jahrgang 1941, Philosoph, studierte in New York und Yale, etwa unter Herbert Marcuse. Er lehrt am Elizabethtown College und ist Chefredakteur des Chronicles-Magazins. Wichtige Studien zu Hegel (1987) und Leo Strauss (2011)<<

16.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. November 2024 (x1.420/…): >>**Amtsgericht Bamberg: Hinter diesen Mauern stirbt die Meinungsfreiheit!**
In der sogenannten "Schwachkopf-Affäre" um Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") gerät immer mehr das Amtsgericht Bamberg (Oberfranken) in die Schußlinie der Kritik. Tenor: Was sind das eigentlich für durchgeknallte Richter, die wegen eines erkennbar satirisch gemeinten Beitrags im Netz die Wohnung eines Rentners durchsuchen lassen? Der Fall weitet sich zunehmend zum Justizskandal aus!
Der prominente Meinungsfreiheits-Anwalt in Deutschland, Joachim Steinhöfel, spricht von einem "Übergriff des Staates". Der Hamburger Medienrechtler sieht den obersten juristischen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzt und bezweifelt zudem, daß es sich bei dem inkriminierten Meme überhaupt um eine Beleidigung handelt.
Steinhöfel argumentiert: Zwar könne der Begriff "Schwachkopf", wenn er direkt gegenüber einer Person ausgesprochen werde, als Beleidigung strafbar sein. Aber diesen Vorwurf hält Steinhöfel vorliegend für abwegig. Denn in Verbindung mit der Persiflage einer bekannten Shampoo-Werbung sei erkennbar von einem humoristisch-satirischen Beitrag auszugehen, wie der Hamburger Jurist in diesem Video erläutert.

Erhebliche Zweifel an der Verhältnismäßigkeit

Aber selbst wenn der Tatvorwurf der Beleidigung gegen eine Person des politischen Lebens (§§ 185, 188 Strafgesetzbuch) zutreffen würde, stellt sich die Frage: Rechtfertigt dies dann eine Hausdurchsuchung - einen immerhin gravierenden Eingriff in das substantielle Grundrecht der Unverletzbarkeit der Wohnung (Artikel 13 der Verfassung)?

Strenge Kriterien für Hausdurchsuchungen

Für eine Hausdurchsuchung müssen laut Strafprozeßordnung drei Bedingungen erfüllt sein: Neben 1. einem Anfangsverdacht und 2. der Erwartung, daß die Durchsuchung relevante Beweismittel zutage fördert, muß die Hausdurchsuchung 3. verhältnismäßig sein.

Strafrechtsexperte sieht "hochproblematischen" Vorgang

Daß die Verhältnismäßigkeit im Fall des Rentners aus dem fränkischen Landkreis Haßberge gegeben war, daran hat auch Holm Putzke, Strafrechtsprofessor an der Universität Passau und Strafverteidiger, erhebliche Zweifel: "Daß wegen einer Beleidigung eine Durchsuchung durchgeführt wird - das sehen wir schon länger. Es gibt inzwischen inflationär viele Verfahren, die darauf zurückgehen, daß Politiker jemanden wegen Beleidigung angezeigt haben", sagte er dem "Stern". Aber er halte solche Maßnahmen allein wegen möglicher Beleidigungsdelikte für "hochproblematisch".

Putzke betonte, der Schutz der Wohnung und Meinungsfreiheit sei schließlich vom Grundgesetz garantiert. Ob die Maßnahme vorliegend gerechtfertigt war, hänge aber nicht nur von der Verhältnismäßigkeit ab, sondern auch von der Frage, ob das Verhalten überhaupt strafbar sei: "Das erscheint mir mehr als zweifelhaft." Denn laut Medienberichten hatte der Beschuldigte das Habeck-Bild offenbar nur repostet und nicht selbst erstellt.
Er halte die Durchsuchung für "hochproblematisch", unterstrich Strafrechtsexperte Putzke und führte weiter aus: "Weil in solchen Verfahren oftmals nicht viel herauskommt und das Bundesverfassungsgericht schon oft entsprechende Verurteilungen kassiert hat, mit dem Verweis auf das starke Grundrecht der Meinungsfreiheit."

Von wegen "antisemitische Hetze"

Der Rentner, ein ehemaliger Bundeswehrsoldat, sieht sich laut Staatsanwaltschaft noch mit einem anderen Vorwurf konfrontiert: Er soll im Frühjahr 2024 auf X eine (inzwischen gelöschte) Bilddatei hochgeladen haben, auf der ein "SS- oder SA-Mann mit dem Plakat und der Aufschrift 'Deutsche kauft nicht bei Juden' sowie u.a. der Zusatztext 'Wahre Demokraten! Hatten wir alles schon mal!' zu sehen ist".
Dieser Post erfüllt nach Auffassung der Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Volksverhetzung. Zum Kontext der Äußerung machte die Staatsanwaltschaft allerdings keine Angaben.
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet jetzt unter Berufung auf Justizkreise, daß der Mann mit der Äußerung "hatten wir alles schon mal" einen Boykott-Aufruf im Internet gegen die Unternehmensgruppe Müllermilch kommentierte und damit eher vor NS-Zuständen warnen als diese billigen wollte. Das wäre dann ein historischer Bezug und alles andere als "antisemitische Hetze".
Genau das aber suggeriert die Mitteilung der Staatsanwaltschaft Bamberg, der zufolge die Wohnungsdurchsuchung "im Zusammenhang mit einem bundesweiten Aktionstag gegen antisemitische Haßkriminalität im Internet" stattgefunden habe.

"Strafverfolgung ist kein Halloween"

Unter der Überschrift "Strafverfolgung ist kein Halloween" schreibt dazu die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ): "Nationale Aktionstage passen nicht zu einem Rechtsstaat und erinnern eher an finstere Zeiten."
Auch den DDR-Historiker Hubertus Knabe beschleicht im Zusammenhang mit dem Bamberger Justizskandal Unbehagen: "Das erinnert durchaus an den Mißbrauch der Justiz in der DDR!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 16. November 2024 (x1.420/…): >>**Streit um Abtreibungs-Paragraphen: Scholz blamiert Merz bis auf die Knochen**

Was für eine Riesen-Blamage für Friedrich Merz: Olaf Scholz (SPD) hat den Unions-Kanzlerkandidaten im Streit um die Abschaffung des Abtreibungsparagraphen 218 bis auf die Knochen blamiert! Der Noch-Kanzler ignoriert das peinliche Anbiedern des CDU-Chefs mit Blick auf einvernehmliche "schwarz-rot-grüne" Gesetzesbeschlüsse bis zur Neuwahl ("keine Zufallsmehrheiten") und läßt Merz voll in die Falle tappen. Der steht jetzt vor seiner Fraktion wie ein begossener Pudel da!
Unbeeindruckt vom Angebot des Unions-Fraktionschefs zur Kartell-Zusammenarbeit unterstützt der Kanzler einen Gesetzesantrag aus den Reihen von SPD, "Grünen" und FDP, den Paragraphen 218 noch vor der Neuwahl abzuschaffen und den Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Woche offiziell zu erlauben.
Der blamierte Merz tobt: "Skandalös, was der Bundeskanzler hier macht". Er, Merz, nehme mit "größtem Befremden" den "Gruppenantrag aus der SPD und aus der Grünenfraktion und von Teilen der FDP, den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches abzuschaffen", zur Kenntnis. Scholz möge seine Unterschrift zurückziehen. Der gesamte Antrag dürfe "das Licht des Parlaments niemals erblicken".

Peinlich, peinlicher, Merz!<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. November 2024 (x1.422/…): >>**Bundesregierung verweigert Auskunft zu Bürgergeld-Kosten 2025**

Die Bundesregierung kann derzeit nicht sagen, mit welchen Kosten sie beim Bürgergeld im nächsten Jahr rechnet und wie hoch die Zahl der Bürgergeld-Empfänger voraussichtlich sein wird. Ein Sprecher von Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) sagte der "Bild" (Samstagausgabe): "Die Einschätzungen zur Haushaltsplanung werden nicht mehr aktualisiert. Dies wird geschehen, sobald sich die neue Koalition konstituiert hat." Bisher war Heil für 2025 von Kosten in Höhe von 36 Milliarden Euro beim Bürgergeld ausgegangen.

Aber auch wie die sich zusammensetzen, kann das Ministerium nicht erklären. Die CDU wirft Heil angesichts der Aussagen Kontrollverlust beim Bürgergeld vor. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase, sagte der "Bild" dazu: "Herr Heil scheint komplett die Kontrolle verloren zu haben. Wer systematisch falsch liegt, muß sich fragen lassen, ob er der Aufgabe noch gewachsen ist."

Aus seiner Sicht hätte der Kanzler den Arbeitsminister längst entlassen sollen: "Ich jedenfalls glaube Herrn Heil keine Zahlen mehr", sagte Haase. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Christoph Meyer, sagte der "Bild" dazu: "Heil sollte die Kosten für das Bürgergeld realitätsgetreu im Haushalt veranschlagen, transparent kommunizieren und nicht täuschen." Die Kostenansätze von Heil im Haushaltsentwurf für 2025 seien Makulatur, "weil die Wachstumsinitiative nicht mehr kommt". Bei der Bundestagswahl werde auch über die Zukunft des Bürgergelds entschieden.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 16. November 2024 (x1.422/…): >>**Grüne stimmen für Entkriminalisierung von Abtreibungen**

Die Grünen-Mitglieder haben auf ihrem Parteitag in Wiesbaden am Samstag für einen Antrag zur Entkriminalisierung von Abtreibungen gestimmt. Das Papier von Ex-Grünen-Chefin Ricarda Lang und anderen Grünen-Politikern wurde einstimmig angenommen.

Lang warb im Vorfeld mit einer flammenden Rede für den Antrag, der eine Reformierung von Artikel 218 vorsieht. "80 Prozent der Menschen in Deutschland sind dafür, daß Schwangerschaftsabbrüche nicht strafbar sind, denn die Menschen in diesem Land vertrauen Frauen", so Lang. Trotzdem höre man immer wieder, daß man am Paragraph 218 nicht ändern sollte, "denn es wäre ja ein guter Kompromiß, der das Land versöhnt hätte".

Er sei aber "kein guter Kompromiß, für die Frau, die in einer gewaltvollen Beziehung lebt" und ohne Wissen ihres Partners einen Abbruch vornehmen wolle, jedoch in ihrem Landkreis keinen passenden Arzt hierfür finde. Ärztinnen müßten sich das Wissen für Schwangerschaftsabbrüche zudem selbst aneignen, "weil es an Universitäten bis heute nicht gelehrt wird", kritisierte die Ex-Grünen-Vorsitzende. Neben Selbstbestimmung und Würde sei auch das Recht auf eine gute Gesundheitsversorgung zentral. "Gerade wir Frauen sollten um dieses Recht nicht betteln müssen, sondern es ist etwas das uns verdammt nochmal zusteht."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. November 2024 (x1.417/…): >>**Nena weiter standhaft**

Von *Sven Eggers*

Während des Corona-Verbrechens 20/21 hatte sich Nena stabil gezeigt. Jetzt gewährte sie der Berliner Zeitung eines ihrer seltenen Interviews. …

Nena zählt zu den mutigsten Künstlern der Republik. Sie hat dem BRD-Machtapparat in der Coronazeit widerstanden, und es war eine lange Zeit ganz und gar nicht gewiß, ob sie ihre Laufbahn würde fortsetzen können. Zahlreiche Mainstreammedien ignorieren die Sängerin bis heute, und auch Nena hält sich medial traditionell zurück. Lieber geht sie auf große Touren, ihre Konzerte sind regelmäßig ausverkauft.

Die Berliner Zeitung hat jetzt ein Interview mit ihr führen können. Diskutiert wird dabei auch

über Mut. Nena spricht sicherlich vielen Menschen aus dem Herzen, wenn sie sagt:
"Mut ist für mich nicht die Abwesenheit von Angst. Mut ist die Überwindung von Angst."
Das sei wichtig, denn "mit Angst sind Menschen steuerbar und richtig gut zu kontrollieren …"
Es ginge aber eben darum, "das Leben eigenverantwortlich zu leben". Allein diese Haltung könne am Ende auch zu einem Frieden führen. Dies sei das große Thema unserer Tage. Denn, so Nena: "Krieg ist ein Mittel der Mächtigen auf Kosten der Menschen. Und wir Menschen wollen Frieden. Davon bin ich überzeugt."
Die Berliner Zeitung sprach mit Nena auch über ihre sehr erfreuliche Rolle während der Coronazeit an. Insbesondere den Impfdruck kritisierte sie seinerzeit sehr. Im Februar 2021 hatte sie via Instagram ihrer Fangemeinde mitgeteilt: "Auf meinen Konzerten wird es auch weiterhin keine Zweiklassengesellschaft geben. Ihr seid immer alle willkommen! Ob du dich impfen läßt oder nicht, ist ganz allein deine Entscheidung und muß von jedem respektiert werden."
Nena sagt heute:
"Ich stehe zu dem, was ich sage, denke, fühle und tue. Das tut mir gut. Manchmal ergeben sich daraus Konsequenzen, die herausfordernd sein können. Das ist es mir wert. Hier ist viel Unrecht geschehen, das mir bis heute durch Mark und Bein geht. Wenn ich daran denke, daß Menschen einsam sterben mußten, weil ihren Angehörigen mit aller Macht der Zugang verweigert wurde, muß ich jedes Mal weinen. Ich werde das alles nicht vergessen."
Nena weiter: "Wir Menschen befinden uns in einem großen Wandlungsprozeß. Was wir daraus machen, liegt jetzt in unserer Hand."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. November 2024 (x1.417/…): >>**Ungefiltert? Von wegen …**
Zu Thomas Gottschalks neuem Buch. … TV-Legende Thomas Gottschalk verspricht mit seinem Buch einen Schlag gegen die Woke-Blase. Doch der blonde Tiger landet als Bettvorleger …
_ von *Stephanie Elsässer*
Viel Aufregung um "Tommi" seit seinem Auftritt Mitte Oktober im Kölner Treff mit dem Mainstream-Moderator Micky Beisenherz. Zensoren wie die betroffenheitsbesoffene Schauspielerin Natalia Wörner und der todernste "Komiker" Christoph Maria Herbst belehrten den berühmten Show-Titanen mit Sätzen wie "Gewalt geht von Männern aus" (er) oder solchem Gestammel: "Also es geht darum, ein Stück von Privilegien manchmal, ähm, sie neu zu formulieren" (sie). Spitzbübisch betonend, daß er sich nicht mehr verstanden fühle, kritisierte Gottschalk die Sprachpolizei am Beispiel Zigeunerschnitzel und, oh Schreck, erklärte auch noch, daß es ihn überhaupt nicht störe, von AfD-Wählern gemocht zu werden: Er liebe sein Publikum, er liebe alle Menschen.
"Ich will Zigeunerschnitzel sagen." Thomas Gottschalk
Große Empörung des Mainstreams folgte auf dem Fuße, ob im Spiegel, der Zeit oder in der Süddeutschen Zeitung, Tenor der Anklage: Thomas Gottschalk mißhandle Kinder (er hat seinem Sohn tatsächlich einmal eine gefegt, was er heute bedauert), er "belästige" Frauen sexuell (in seiner TV-Show "Wetten, dass…" legte er seinen weiblichen Gästen manchmal die Hand aufs Knie) - böser alter Mann eben.
Dabei fordert Gottschalk lediglich a bisserl Verständnis für sich selbst. Dieses verweigern ihm die Zensoren konsequent, mehr noch, sie brandmarken den TV-Liebling als Schläger oder Grapscher, wie der Youtuber Rezo, bekannt für seinen blauen Haarschopf und anmaßende Fascho-Sätze wie "Es gibt nur eine Meinung". GEZ-Hofschranze Carolin Kebekus, die früher mal lustig war und heute antideutsche Propaganda verbreitet, widmete Gottschalk ein Schmählied. Auszug: "Tommi, mach dein Hörgerät an. Damit du hörst: Irgendwann, irgendwann, fangen wir hier zum x-ten Mal zu kotzen an." - Warum dieser Haß auf sein Buch? Grund genug, es zu lesen.

"Normal - Nerd - Nazi"

"Bekenntnisse von einem, der den Mund nicht halten kann", verspricht Gottschalks Buch im Untertitel, doch da muß man lange warten. Die drei Ns über Kapitel 25 könnten nach 285 Seiten charmanter Plauderei über dies und das in unserer Gesellschaft endlich den ersehnten Paukenschlag gegen den Wahnsinn unserer Zeit bringen.

Doch Tommi plappert diplomatisch weiter. Kostprobe: "Ich halte aber sowohl das Gendern als auch die Möglichkeit, sein eigenes Geschlecht, einem Gefühl folgend, jederzeit anpassen zu können, für einen Schritt über das hinaus, was ich ansonsten als generell richtige Richtung bezeichnen würde." Und weiter: "Ich bin davon überzeugt, daß zum Beispiel das Gendern bei dem wichtigen Thema Gleichberechtigung lediglich einen Nebenkriegsschauplatz eröffnet, der von vielen Menschen überhaupt nicht nachvollzogen werden kann."

"Irgendwann, irgendwann, fangen wir hier zum x-ten Mal zu kotzen an." Carolin Kebekus

Wir lernen aus solchen Schachtelsätzen: Alles läuft "generell in die richtige Richtung". Ich möchte nur bitte, bitte, in der Öffentlichkeit darüber sprechen dürfen, was mir unbehaglich ist, ab und zu wieder Zigeunerschnitzel sagen und mich an die gute alte Zeit erinnern.

Im kurz gefaßten Kapitel 18 geht es um "Flirten und Ranschmeißen". Gottschalk rechtfertigt seinen lockeren Umgang mit dem weiblichen Geschlecht auch im Spiegel-Interview: "Ich habe Frauen im TV rein dienstlich angefaßt." Was daran schlimm sein soll, versteht er zu Recht nicht, trotz aller schulmeisterlichen Belehrungen des woken Mainstreams, der gegen ihn die Zähne fletscht, obwohl sein Buch zahnlos ist.

Ein bißchen Gratismut

Gottschalk wagt in Kapitel 16, die Feindseligkeit der jungen Woken vorsichtig zu entlarven, und druckt sein Gespräch mit dem Psychologen Dr. Rüdiger Maas ab, der unter anderem das Buch Generation arbeitsunfähig geschrieben hat. Er fragt den Fachmann: "Und im Moment ist es ja die Generation Z, die uns etwas vor sich hertreibt und die in mir zum Beispiel nichts anderes sieht als einen alten weißen Mann, der gefälligst die Klappe zu halten hat, wenn er mit dem, was er von sich gibt, keinen Shitstorm erzeugen möchte." Gottschalk weiter: "Ich kenne zu viele ... Männer über 40, die ratlos in ihren Küchen sitzen, auf die Wand starren und sich alles anders vorgestellt hatten."

Der selbst ernannte Forscher mit eigenem privaten Institut, das unter anderem auf Referenzen vom grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck und seiner Parteifreundin Familienministerin Lisa Paus verweisen kann, geht mit keinem Wort auf Gottschalks Anliegen ein und antwortet: "Als Wissenschaftler tue ich mich leichter, da ich meine Thesen, die ich öffentlich kundtue, jeweils empirisch belegen kann, deshalb stelle ich mir die Frage erst gar nicht, wer mich duldet, außer er oder sie stellt meine Methode in Frage." Herrje, ich überfliege das unerträgliche Blabla.

Starker Abgang

TV-Liebling Thomas Gottschalk moderierte 151 Mal die ZDF-Kultshow Wetten, dass…? und kritisierte bereits in seiner letzten Sendung im November 2023 vor 12 Millionen Zuschauern die Verbotskultur: "Inzwischen rede ich zu Hause anders als im Fernsehen. Und das ist auch keine dolle Entwicklung. Bevor hier ein verzweifelter Aufnahmeleiter hin- und herrennt und sagt: "Du hast wieder einen Shitstorm hergelabert", da sage ich lieber gar nichts mehr."

Schon im Vorfeld der Sendung sagte er im Gespräch mit der Bild: "Die Gefahr, mißverstanden zu werden, ist bei mir irre hoch. Weil ich Dinge so ungefiltert sage, wie sie mir einfallen. Heute mußt du in deine Gedanken immer einen Sicherheitsfilter einbauen, damit sie dir nicht um die Ohren knallen."

Es geht doch darum: "Alte weiße Männer", die unser abgewirtschaftetes Land noch einigermaßen am Laufen halten, müssen sich von woken Typen respektlos abwerten lassen, die

überwiegend von ihrem Steuergeld leben und sich gern mal das Haar bunt färben. Dazu paßt die Erhöhung des Renteneintrittsalters, denn auch der Regierung ist klar, daß mit queeren Schreihälsen kein Cent zu gewinnen ist.
Ich blättere weiter vor zu Gottschalks Danksagung. Dort erfahre ich, warum ich beim Lesen seines harmlosen Buches dauernd gähnen mußte: "Jedes Mal wenn ich beim Schreiben in neue Fettnäpfchen trat, hat sie (seine Frau) dafür gesorgt, daß ich darin nicht kleben blieb. Vor Shitstorms jeder Art haben mich zudem meine beiden Lektoren Gele Schwab und Klaus Fricke von Random House nicht nur rechtzeitig gewarnt, sondern oft auch durch sanfte Korrekturen in letzter Minute gerettet.
Ich befürchte jedoch, daß ihnen dies nicht in jedem Falle gelungen ist." Oh doch, das ist seinen Lektoren mehr als gelungen. Sie haben Gottschalks Scharfsinn weich geschliffen, seine Gedanken in Schachtelsätze gezwängt, seine Sprache kastriert. So wurde aus dem blonden Tiger ein kuscheliger Kater gemacht.

Ein Abendessen mit Gäst*innen

Zu Gottschalks Buch paßt der aktuelle Film von Regisseur Simon Verhoeven Alter weißer Mann - er kommt genauso weichgespült daher. Im Zentrum steht Heinz Hellmich, gespielt von Jan Josef Liefers, der noch nicht in der woken Welt angekommen ist: fettiges, ungekämmtes Haar, fransiger Schnauzbart, Cord-Anzug.
Hellmich ist für das Marketing einer Firma namens Fernfunk AG zuständig und erntet einen Shitstorm für seine Werbung: Zeigt er doch eine typisch deutsche, weiße Familie - in einer Zeit, in der Schwarze und Schwule ein absolutes Muß sind. Er will anschließend alles richtig machen und präsentiert ein buntes Plakat, wie wir es inzwischen gewohnt sind: mit reichlich "People of Color", Drag-Queens, Queeren und Orientalen. Das kommt gut an bei seinem Chef. Aber noch immer ist eine klassisch deutsche Familie mit drauf, die der zahlkräftigen Zielgruppe entspricht - was die überwiegend staatlich alimentierte Migrant*innengesellschaft nicht ist.

"Nationalmannschaft darf man nicht sagen." Tochter Leni

Raus aus der rassistischen Klemme kommt er nur, so sein Chef, wenn er alle Minderheiten zu sich nach Hause zu einem woken Abendessen einlädt. Das Menü schmeckt der bunten Runde, sie trinken Wein, alles paletti in der scheinheiligen Filmwelt: Der Asylant ist weder Vergewaltiger noch Messerstecher, sondern lieb und spielt hervorragend Klavier. Der Farbige Mo, Freund von Hellmichs Tochter Leni, geht aufs Gymnasium, die andere Schwarze ist keine dauerschwangere Afrikanerin, die sich ihr Leben vom Steuerzahler finanzieren läßt, sondern eine alleinstehende Frau Doktor, und die türkische Assistentin ist keine Kopftuchfrau, sondern wird in den Vorstand der AG befördert. Dazu paßt die asiatische Unternehmensberaterin: eine Lesbe, die sich als Mann fühlt, aber auch Mutter eines Kindes ist.
Alles endet in Harmonie pur, mit Friede, Freude, Eierkuchen, weil sich die alten weißen Männer den Woken anpassen: So bemühen sie sich milde um Verständnis für Hellmichs nervige Tochter Leni ("Nationalmannschaft darf man nicht sagen"), die auch gegen den Klimawandel kämpft und ansonsten Spezialistin für Rassismus in der Familie ist. Sie unterbricht Opa Georg sofort, als er die farbige Frau Doktor fragt: "Woher kommen Sie?", und Hellmichs Chef springt ihr bei: "Solche Fragen sind völlig inakzeptabel! Ein absolutes No-Go!" Dafür wendet sich ihm die Türkin zu: "Also mich dürfen Sie das ruhig fragen!"
In Ostfriesland sei sie nämlich aufgewachsen, sozusagen eine waschechte Deutsche. Opa Georg bleibt zwar etwas störrisch gegenüber der Gendersprache, denn er hatte eine Einladung mit der Überschrift "Liebe GästInnen" erhalten, und ein solches Wort gebe es doch gar nicht… Er läßt sich dann aber von seiner Enkelin eines Besseren belehren, nämlich daß die deutsche Grammatik noch immer zu männlich dominiert sei. Schließlich sieht Opa ein, daß sich nicht nur die Sprache, sondern auch die deutsche Gesellschaft verändert hat: mit ostfriesi-

schen Türkinnen und afrikanischen Düsseldorferinnen. Zum guten Ende lobt er den zugewanderten Klaviervirtuosen als "Super-Asylanten".
Der Streifen wird sicher Filmpreise erhalten, denn er bemüht sich um die Versöhnung der Gegensätze - das Gleiche, das auch Gottschalk will. Die bösartige und gefährliche Agenda der sogenannten Global Leaders, Europa mit Heerscharen von Migranten zu fluten und seine Kulturen zu negieren, wird mit keiner Silbe erwähnt, die gräßliche Gendersprache mit scheinheiligem Klamauk letztlich toleriert. Da war wohl doch die Sorge zu groß, sich den Ärger der im Hintergrund agierenden Totengräber unseres Landes einzuhandeln.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<
Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. November 2024 (x1.417/…): >>**"Stalin wollte ein neutrales Europa"**
Alexander Dugin im Gespräch. … Der russische Philosoph lehnt die europäische Moderne radikal ab - jede Kultur soll sich auf ihre eigenen Wurzeln besinnen. Das hat geopolitische Konsequenzen.
_ *Alexander Dugin* im Gespräch mit *Hansjörg Müller*
Sie werden im Westen als "Putin-Gehirn" oder der "Chefideologe" des Kremls bezeichnet. Woher kommt Ihrer Meinung nach diese Bezeichnung, und wie nahe stehen Sie dem russischen Präsidenten wirklich?
Alexander Dugin: Niemand außer mir hat mit solcher Klarheit und Konsequenz diese Ideen ausgedrückt, die sich in der praktischen Politik von Herrn Putin wiederfinden, und das war der Ursprung dieser völlig irreführenden und mißverständlichen Vorstellungen über meine Beziehung zu ihm. Wir haben praktisch keine Beziehung zueinander, außer daß wir beide im Bereich der russischen Geschichte tätig sind. Hegel hat gezeigt, daß die Geschichte der Geist ist; das Geistige ist geschichtlich und das Geschichtliche geistig.
In diesem Sinne ist der Zufall gewöhnlich. Er ist nicht orchestriert, sondern Ausdruck der gemeinsamen Zugehörigkeit zur Logik der russischen Geschichte. Ich sehe, daß die Logik der Putin-Strategie in der Geopolitik, die ich seit den späten 1980ern studiere und fördere, verankert ist, als Putin noch ein normaler Staatsdiener war. Damals stand er dem demokratischen Führer Anatoli Sobtschak nahe und hatte nichts mit dieser Logik zu tun. Doch als er Präsident wurde, förderten ihn einige Kräfte - vielleicht durch einen listigen Schachzug des "Weltgeistes", wie Hegel sagen würde.

Was sind die Grundpfeiler Ihrer Philosophie?
Alexander Dugin: Der Hauptpunkt meiner Philosophie ist die grundlegende axiomatische Feststellung und Analyse der tiefen und unumkehrbaren Krise der westlichen Moderne. Ich lehne die gesamte europäische Moderne ab. Damit bin ich nicht allein; viele Denker, darunter Martin Heidegger, alle Kritiker der westlichen Gesellschaft - von rechts oder links - teilen diese Auffassung.

"Die Geopolitik will Haß zwischen Rußland und Deutschland."
Alexander Dugin: Meine Philosophie begann also mit der Verweigerung oder dem Nein zur westlichen Moderne - das ist der Kern. Aber was können wir als Alternative vorschlagen? Vieles. Ein Weg wäre, nicht nur ins Mittelalter zurückzukehren, sondern zu vormodernen und vorwestlichen, vorkapitalistischen Gesellschaften, in denen es Staaten mit heiligen Traditionen und Werten gibt. Die Wiederherstellung der getrennten Dimensionen, deren Einheit am Anfang der westlichen Moderne aufgegeben wurden. Gleichzeitig haben wir neue Methoden, wie etwa die Phänomenologie - als Gegenstück zum Materialismus, etwa bei Brentano, Husserl oder Heidegger - sowie Existenzphilosophie, Strukturalismus und neue Anthropologie, die sich gegen die Dominanz der westlichen Welt stellen.

Das ist eine antirassistische Haltung, die in dieser neuen Anthropologie entwickelt wird. Der Aufbau meiner postwestlichen, postmodernen Philosophie zielt darauf ab, die westliche Moderne zu überwinden, indem wir entweder nach vorne oder zurück springen. Dieser Sprung umfaßt sowohl eine Rückkehr zur Vormoderne als auch das Eintreten in einen neuen Raum, der den sogenannten Materialismus, seine Wissenschaft, den Rationalismus und andere Konzepte radikal ablehnt, um den Menschen aus dem "Konzentrationslager" des modernen europäischen Totalitarismus zu befreien.
Das ist ein Weg. In diesem Sinne stehe ich im Einklang mit vielen westlichen philosophischen Schulen, die ebenfalls Nein zur westlichen Moderne sagen - mit Traditionalisten, Christen, Katholiken und anderen, oder auch mit einem neuen humanistischen Ansatz, der die Probleme von Rassismus, Totalitarismus und anderen Auswüchsen der westlichen Moderne aufdeckt. Auf einer zweiten Ebene basiert meine Philosophie auf der Notwendigkeit der Entkolonialisierung des russischen Geistes von der westlichen Moderne, die uns in der jüngeren Geschichte aufgezwungen wurde.
Das bedeutet eine Rückkehr zu den radikalen russischen Werten - jenseits der Modernisierung und des Westens seit Peter dem Großen. Eine Rückkehr zur russischen Sakralität, zur christlich-orthodoxen Tradition, mit all ihren spirituellen und mystischen Inhalten, die hier im Zentrum stehen.
Ein weiterer Aspekt meiner Philosophie ist, dieselbe Möglichkeit und dasselbe Recht auf geistige Dekolonialisierung auch für andere Gesellschaften zu sehen - für die indische, islamische, afrikanische oder lateinamerikanische Gesellschaft. Das ist kein russischer Nationalismus und hat nichts mit Chauvinismus oder Rassismus zu tun, denn diese Haltung erkennt das volle Recht und die Möglichkeit aller an, sich von der westlichen Moderne zu befreien.

Es ist eine universelle Philosophie, oder?
Alexander Dugin: Sie ist universell in dem Sinne, daß jeder seinen eigenen Weg in die Zukunft finden und seine eigenen Werte verteidigen sollte, die absolut nicht unsere sein müssen. Das ist also das unterschiedliche Verständnis dessen, was das "Andere" ist. Der Andere ist nicht einfach das Gleiche oder das Schlechtere oder Bessere; der Andere ist der Andere. Das Andere hat das Recht, seine eigene Ontologie (So-Sein) zu konstruieren und zu entwickeln, sein eigenes Universum, seine eigenen Werte. Das ist also die Einladung zu möglicher Multipolarität. In Bezug auf Deutschland: Nicht nur im 20. Jahrhundert waren wir mehr oder weniger in einer ähnlichen Situation.
Das hat lange vorher begonnen, denn ich denke, die Aufklärung in Deutschland war auch von Frankreich und Großbritannien produziert und inspiriert. Als Antwort auf diese Aufklärung hat Deutschland schließlich seine eigenen kulturellen Gene geschaffen, mit einer romantischen Tendenz. Die deutsche klassische Philosophie war nicht nur ein Teil der westlichen Aufklärung, sie war etwas wirklich Genuines und eine Wiederherstellung und ein Ruhm, die den deutschen Geist nährten. Darum hat die deutsche Philosophie von Hegel, Fichte und den Romantikern die russische Denkschule des 19. Jahrhunderts inspiriert.
"Die NATO wird von einer pervertierten und wahnsinnigen Elite geführt."
Ich betrachte mich als Verehrer von Martin Heidegger, dem deutschen Philosophen, der die europäische westliche Moderne kritisiert hat. Martin Heidegger hat versucht, einen neuen Weg zu finden, um den philosophischen Prozeß wiederherzustellen, und ich habe viele Bücher über ihn geschrieben, eines heißt Heidegger:
Die Möglichkeit der russischen Philosophie. Damit wiederholen wir nun in Rußland die antiwestliche, gegenaufklärerische Tendenz in der deutschen Kultur, die versucht, der Idee des großen Herder zu folgen, in der die Vielzahl der Zivilisationen, Kulturen und Völker in der Geschichte als die Vielfalt der Gedanken Gottes gesehen werden, sodaß Gott nicht reduziert

werden kann auf einen Gedanken, sondern daß die Vielfalt und die Pluralität der Menschen den Reichtum der Gedanken Gottes widerspiegeln. Ich denke, diese Formel paßt hervorragend in meinen multipolaren, traditionellen, antirassistischen und antikolonialen Ansatz.

In Ihren Werken stellen Sie die Werte liberal und konservativ aus russischer Sicht als unvereinbare Gegensätze dar. In Deutschland beanspruchen aber sehr viele Konservative, gleichzeitig liberal zu sein.

Die Beschreibungen "konservativ" und "liberal" werden, und das müssen wir verstehen, unabhängig voneinander in einem sehr vagen Sinne benutzt. Der Liberalismus ist das westliche moderne Menschenbild, das den Menschen mit den Individuen gleichsetzt. Dieser Liberalismus basiert auf der Voraussetzung, daß der Mensch in erster Linie individuell ist. Das ist die Anwendung des anthropologischen und sozialen Verständnisses des Menschen mit einem nominalistischen Ansatz in der Philosophie, die in der protestantischen Reform ihren Triumph über die katholische mittelalterliche Haltung des Realismus hatte, wo das Individuum nicht von seiner Gattung getrennt wurde.

Der Mensch ist also individuell und Teil seiner Gattung; diese beiden Dinge koexistieren im Menschen. Das war die vorherrschende philosophische Haltung des westlichen Mittelalters und der katholischen Vormoderne. Im Vergleich zur traditionalistischen, das heißt realistischen Haltung zur Natur des menschlichen Wesens und der Natur der Realität im Allgemeinen war der Liberalismus damals ein Progressivismus, etwas völlig Neues und Modernes.

Aber jetzt haben wir es im Westen mit einem anderen Verständnis dessen zu tun, was liberal ist, denn es gibt Liberalismus als die alte Art des Liberalismus, und es gibt eine neue Art des Liberalismus. Viele alte Liberale betrachten das Ergebnis des neuen Individualismus mit Horror, denn wenn man diese gemeinsame Natur des menschlichen Wesens, dieses ganzheitliche Verständnis des Menschen leugnet, kommt man früher oder später zur Zerstörung des Individuums.

Das Individuum kann seine Einheit nicht bewahren, wenn es aller Beziehungen mit der menschlichen Natur beraubt wird. Und genau das hat der neue Liberalismus produziert. Neoliberale verwerfen einfach die menschliche Natur; sie versuchen, uns Genderpolitik oder künstliche Intelligenz aufzuzwingen.

Alte Liberale, verglichen mit den neuen Liberalen, sind konservativ. Das ist eine Art von relativem Verständnis des Konservatismus. "Konservativ" in Rußland bedeutet jedoch traditionalistisch, daß man auf der Seite der traditionellen Werte des Christentums, der ganzheitlichen Philosophie der christlichen Kirche oder der monarchistischen Organisation des Staates steht. So verstehen wir unter "Konservatismus" tiefgreifende, traditionelle konservative Werte und nicht nur die Verteidigung des alten Liberalismus gegen den neuen Liberalismus. Wir lehnen alle Arten von Liberalismus ab - ob neu oder alt. Aber emotional oder ästhetisch ist uns der alte Liberalismus dennoch näher.

Einmal wurde ich, als mir noch erlaubt war, in den Westen zu reisen, von einem Institut in Wien eingeladen. Nachdem ich meine Rede in komischem und schlechtem Deutsch gehalten hatte, applaudierten alle, und ich war darüber sehr erstaunt. Ich fragte mich, warum mich ein liberales Institut so begrüßte. War vielleicht mein Deutsch so schlecht, daß ich meine Punkte in der Rede völlig verfehlt hatte und alle meine Rede falsch interpretiert hatten? Doch die Zuhörer sagten: Nein, Ihr Deutsch war gut, wir haben alles verstanden, aber wir stimmen Ihnen in der Ablehnung der neoliberalen Haltung zu. Sie sagten: Wir sind traditionell konservative Liberale, und wir verstehen Ihren Anti-Liberalismus als Anti-Neoliberalismus. Ich war sehr erstaunt darüber, aber das paßte genau zu dem, was Sie gerade gesagt haben.

Dugins Mahnung

Alexander Dugin und COMPACT: Der russische Philosoph hat unser Magazin in der Vergangenheit wiederholt mit seinen Alternativ-Ideen zu Kapitalismus, Kommunismus und Fa-

schismus befruchtet.
Besonders spannend sind seine Beiträge für unser Spezialheft Das große Erwachen - Der spirituelle Kampf gegen den Great Reset. Denn: Immer wieder sah sich die Menschheit mit Verheerungen biblischen Ausmaßes konfrontiert: Ob im Dreißigjährigen Krieg, der Eroberung Amerikas, den beiden großen Kriegen im letzten Jahrhundert. Doch nichts ist so schlimm, wie das, was uns jetzt mit Globalisierung und Transhumanismus bevorsteht. Warum? Der Great Reset zielt direkt auf unsere Spezies. Dugin entlarvt in Das große Erwachen den westlichen Individualismus als Feind der göttlichen Schöpfung. …
Patriotisch gesinnte Menschen in Deutschland gehen davon aus, daß in russischen Archiven Dokumente existieren müßten, die Beweise zu zwei folgenden Themen liefern: Das erste Thema ist die Hauptschuld der Angelsachsen an den beiden Weltkriegen, immer mit dem gleichen Ziel, Deutschland und Rußland gegeneinander aufzuhetzen, beide Länder zu zerstören. Das zweite Thema ist, daß einige Leute der Meinung sind, im russischen Archiv müßten Dokumente existieren, die beweisen, daß die Politiker in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 durch die CIA und ihre Tarnorganisationen von außen kontrolliert werden, zum Beispiel durch Organisationen wie die Atlantik-Brücke, das Aspen-Institut, das Weltwirtschaftsforum von Klaus Schwab und so weiter. Warum öffnet Rußland seine Archive nicht?
Zunächst einmal geht es nicht um ein paar außergewöhnliche Dokumente, die wir angeblich verstecken; das sind absolut transparente geopolitische Werkzeuge, und es gibt nicht nur ein oder zwei Dokumente, sondern Hunderte davon. Und die Logik der Geopolitik als Wissenschaft zeigt, daß der Konflikt zwischen Deutschland und Rußland immer wieder von den Angelsachsen angestoßen und gefördert wurde, um sowohl Eroberer als auch Konkurrenten zu untergraben.
Das steht offen in den Texten zur Geopolitik geschrieben. Es genügt, die Texte von Brzezinski, Mackinder, von Spykman und der gesamten klassischen angelsächsischen geopolitischen Politik zu lesen. Schwarz auf weiß, überall auf jeder Seite wird es geschrieben: Um die Vorherrschaft des atlantisch-angelsächsischen Lagers als sogenannte Seemacht über eine Landmacht zu sichern, müssen wir Deutschland und Rußland trennen.
Dafür muß der Kampf zwischen beiden provoziert werden, und es ist gar nicht wichtig, wer gewinnt - ob der eine oder der andere. Einzig und allein die Provokation des Kampfes und des Hasses zwischen Rußland und Deutschland ist wichtig, denn zusammen können sie die angelsächsische Dominanz als Seemacht gefährden. Es gibt kein Dokument, kein Archiv, keinen Text und kein Telegramm der staatlichen Anführer, wo diese Linie nicht als die wichtigste der Geopolitik hervorgehoben wird.
Auf der anderen Seite ist klar, daß die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg auch eine Einbettung beider Regime in die zwei großen Lager des Kalten Krieges war. Ost- und Westdeutschland waren nach dem Krieg beide überhaupt nicht frei. Die Deutschen wurden absolut versklavt von der Sowjetunion und der amerikanischen Supermacht. Niemand hat versucht, es zu verstecken.
Das Problem begann, als Gorbatschow die deutsche Wiedervereinigung vorschlug. Die Idee war, eine, wenn auch begrenzte, Eigenstaatlichkeit wiederherzustellen und Deutschland aus der sowjetischen Kontrolle zu lösen. Aber Gorbatschow erwartete das Gleiche auch vom Westen - das ist jedoch nie eingetreten. Wir haben also unsere Kontrolle über Ostdeutschland aufgegeben, und der Westen hat die gesamte Kontrolle über die deutsche Elite beibehalten.
Neutralität ist die Lösung für Europas Zukunft.
Wir betrachten das heutige Deutschland als absoluten Sklaven des Westens und bedauern das, denn wir hatten die Möglichkeit aufgezeigt, als wir diesen Schritt zur Gorbatschow-Zeit machten, den Deutschen die Wiederherstellung ihrer Souveränität zu gewähren. Aber das wurde von den Deutschen selbst abgewiesen, denn sie wollten Sklaven bleiben.

Es gab einen Übersetzer für die russische Sprache, Ernst Albrecht Nagorny, der an den Gesprächen zwischen Gorbatschow und dem Westen beteiligt war. In seinen Aufzeichnungen schreibt er, daß Gorbatschow nicht nur für die deutsche Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland war, sondern er wollte auch die ostdeutschen Gebiete, die 1945 von Polen besetzt worden waren, an Deutschland zurückgeben. Es klingt unglaublich, aber es gab noch einen Berater von Gorbatschow, Professor Daschitschew, der mir vor vielen Jahren in einem privaten Gespräch das Gleiche sagte.
Das ist sehr interessant, sind sehr interessante Ideen. Zunächst einmal: Wissen Sie, daß Stalin kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs Pläne hatte, die russische Präsenz in Europa zurückzuziehen und einen Prozeß der "Finnlandisierung" Europas in die Wege zu leiten? Die Sowjetunion dachte also darüber nach, Zentral- und Osteuropa frei zu geben, aber gleichzeitig sollte auch der Westen von der NATO-Präsenz befreit werden.
Ein neutrales, friedliches Europa, das sowohl der Sowjetunion als auch der angelsächsischen Welt freundlich gegenübersteht, hätte die Lösung sein können. Stalin hatte mit schon viele Jahrzehnte vorher etwas in Erwägung gezogen, was Gorbatschow später umsetzte. Ich denke, daß diese Neutralität Kontinentaleuropas in der Zukunft eine Lösung für die europäische Struktur sein könnte.
Aber um ein solches Ziel zu erreichen, muß man sich vorher befreien; das wäre eine Art von Protest oder Aufstand der Provinzen gegen das Imperium und die NATO. Die NATO steht unter der direkten Führung einer angelsächsischen, pervertierten, neoliberalen, wahnsinnigen Elite.
Wenn Deutschland den Status eines neutralen Staates hätte und freundschaftliche Beziehungen mit Rußland pflegen würde, könnten die Beziehungen mit dem Kaliningrader Gebiet (ehemaliges Ostpreußen) sehr fruchtbar sein. Es geht weniger um eine Rückgabe an Deutschland, sondern ein Zusammenarbeiten der Russen und Deutschen. Wir müssen also Eurasien von der angelsächsischen Präsenz befreien, einschließlich aller NATO-Militärbasen auf europäischem Boden, das ist die absolute Bedingung.
*Alexander Dugin (*1962) ist Philosoph, Publizist und einer der bekanntesten Geopolitik-Experten in Rußland. Von 2010 bis 2014 leitete er den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen an der Soziologischen Fakultät der Lomonossow-Universität in Moskau. - Hansjörg Müller (*1968) war von 2017 bis 2021 Bundestags abgeordneter der AfD und lebt heute in Moskau. Zuletzt erschien sein Buch "Scheindemokratie", erhältlich unter compact-shop.de.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/30914" berichtet am 16. November 2024 (x1.418/…): >>**Hat eine Geheim-Waffe die Tschernobyl-Katastrophe verursacht? Bedroht sie uns heute wieder?**
Der seit 1974 selbstständige Fernsehtechnik-Meister Werner Altnickel ist Träger des EUROSOLAR-Preises 1997 und weiterer Umwelt-Preise. Bereits 2008 hielt er vor über 1.000 Besuchern bei der Anti-Zensur-Konferenz einen Vortrag zu chemischen Wettermanipulationswaffen, die als Chemtrails bekannt sind. Darüber hinaus ging er auch auf elektromagnetische Wettermanipulations-Techniken durch HAARP-Anlagen ein.
Als Umweltschützer war er Mitglied bei den Grünen und wurde ab 1987 Greenpeace- Aktivist. Altnickel befaßte sich sehr intensiv mit dem AKW-GAU von Tschernobyl vom 26. April 1986. Laut offizieller Darstellung sei es der folgenschwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie gewesen.
Die Katastrophe soll sich bei einem durchgeführten Versuch, der einen vollständigen Ausfall der externen Stromversorgung des Kernreaktors simulieren sollte, ereignet haben. Werner Altnickel gab sich mit dieser Darlegung nie zufrieden. Nach Veröffentlichung seiner intensiven Recherchen zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wurde er von Greenpeace im Jahr

2005 mit einem Kündigungsschreiben entlassen. Darin wurde ausgeführt, daß seine Veröffentlichungen zu den Themen Tschernobyl, Wettermanipulationen und Skalar-Waffensysteme nicht im Interesse von Greenpeace wären.
Kla.TV strahlt heute eine Dokumentation von Werner Altnickel aus. In dieser legt er beweiskräftig dar, daß der Tschernobyl-GAU in Wirklichkeit kein "Unfall" gewesen sein kann!
Aufgrund vieler offensichtlicher Ungereimtheiten studierte Altnickel intensiv das 2002 erschienene Buch FER DE LANCE des Skalarwellen-Spezialisten und US-Oberstleutnant Tom Bearden. Dadurch kam er zum Schluß, daß diese Katastrophe vielmehr durch einen kriegerischen skalaren, elektromagnetischen Schlagabtausch zwischen dem KGB der Sowjetunion und den USA verursacht wurde. Das AKW Tschernobyl lag damals auf dem Boden der Sowjetunion.
Weder die russische Seite noch die USA haben ein Interesse an der Aufklärung der wahren Hintergründe dieses angeblichen Unfalls! Deshalb ist die Recherche von Werner Altnickel von höchster Brisanz! Es geht in dieser Dokumentation nicht nur um eine geschichtliche Aufarbeitung. Die damals eingesetzten Waffensysteme bedrohen uns in der aktuell dramatischen Weltlage in noch weit gefährlicherer Weise. Wir werden am Ende dieser Sendung darauf zurückkommen.
I. Brisante Aussagen von Prof. Dr. Edmund Lengfelder
In seinen Recherchen stieß Werner Altnickel auf einen Artikel von Martin Ebner vom 31.8.2003 über eine Exkursion mit Journalisten in den Tschernobyl AKW- Sperrbezirk mit Prof. Dr. Edmund Lengfelder vom Otto Hug Strahleninstitut in München. Dieser und sein Team halfen den radioaktiv verseuchten Menschen regelmäßig, u.a. auch medizinisch.
Prof. Dr. Lengfelder machte dabei folgende brisante Aussagen:
Wir zitieren aus dem Bericht "Landpartie mit Geigerzähler" von Martin Ebner vom 31.8.2003:
"Ich seh' jetzt Tschernobyl! Den Sarkophag und alles!" ...
Neben dem AKW ist Pripjat zu sehen, die erstaunlich große Geisterstadt für die ehemaligen Angestellten des Kraftwerks. ... Und was sind das für riesige Antennen, die von keinem Tschernobyl-Foto bekannt, nun aber mit bloßem Auge über Pripjat zu erkennen sind? ...
Die Erklärung von Lengfelder: Das sei die unvollendete Antwort auf das Star-Wars-Programm der USA, nämlich zwei 150 Meter hohe, 600 Meter lange Antennenwände. Zehn Stück davon hätten in einem Kreis mit 35 km Durchmesser aufgestellt werden sollen, um Hochfrequenzstrahlen in die Ionosphäre zu schicken.
Mit Spiegelung dort hätte man dann jeden Punkt der Erde mit extrem intensiven Strahlen erreichen und zum Beispiel die westlichen Kommunikationssysteme lahmlegen können. Das AKW (von Tschernobyl) sollte dafür riesige Energiemengen bereitstellen, 16 Reaktorblöcke hätten es werden sollen. "Das hätte funktioniert", ist Lengfelder sicher: ... Tschernobyl lieferte also nicht nur Plutonium für (Atom)Bomben, sondern war selbst Teil einer gigantischen Waffe."
Die Aussagen von Prof. Dr. Lengfelder werden auch durch Aufnahmen bestätigt, die in einer Dokumentation des Bayrischen Rundfunks aus dem Jahre 2006 zu sehen sind:
Die Natur erobert Baum für Baum das Gelände zurück. Der Schlagbaum der Sperrzone hebt sich nur für die Weiterfahrt in die nächste Sperrzone. Verstrahlt ist der überall schnell wachsende Wald wie auch der Wald von Strommasten, der nicht eingeschmolzen werden kann, weil der Stahl radioaktiv bliebe. Über die Masten floß früher Strom für Haushalte und Industrie aber auch für die Hochfrequenzraketen Abwehranlage mit den die Sowjets US- und Natoraketen eliminieren wollten. Ihre Elektronik ist durch die Katastrophe zerstört, sie ist wie alles hier zu einem Grabstein erstarrt.
Nach den Aussagen von Professor Dr. Lengfelder bestand der Hauptzweck des Kernkraftwerkes in Tschernobyl darin, riesige Energiemengen für eine nahegelegene militärische Super-

waffe in der Nähe von Pripjat zu liefern! Im Endausbau sollten 16 AKW's entstehen. Diese sollten insgesamt zehn solcher Superwaffen, mit unvorstellbaren Mengen Energie versorgen. Dieser Plan ist sicher auch den US-Geheimdiensten nicht verborgen geblieben!

II. Entwicklung einer militärischen Superwaffe in der Sowjetunion

Da die Sowjets in der Atombomben Entwicklung gegenüber den USA nicht so schnell aufholen konnten, machten sie sich das Wissen deutscher Hochfrequenztechniker zunutze, die sie nach 1945 nach Rußland deportiert hatten. Diese hatten bereits ein neuartiges Fernaufklärungsradar entwickelt und forschten nun in Rußland an Over The Horizon-Antennen weiter. Dies führte dann auch zur Entwicklung der skalaren elektromagnetischen Radar-Raketen-Erkennungs-Antennen samt der entsprechenden Elektronik!

Die Nachkriegsentwicklungen gipfelten dann auch in Techniken mit Doppel-Nutzen: Neben der friedlichen Nutzung dienten diese entwickelten Waffen nämlich auch zum Angriff und zur Zerstörung durch das Militär, z.B. zum Raketen-Abschuß, zur Erdbeben-Erregung, zur Wetter-Manipulation oder auch zur mentalen Beeinflussung etc.

Die neue Technologie der Russen wurde als "Woodpecker" bekannt. Der Begriff "Woodpekker" (Specht) entstand durch die dem hämmernden Specht ähnlichen Funk- Störgeräusche, welche zuerst Amateurfunker entdeckt hatten.

Auch die US-Zeitung Miami Herald verwendete diesen Begriff im Artikel "Schlacht mit russischen Woodpecker". Diese Superwaffe ist eine Art Strahlenwaffe, für die gigantische Energiemengen benötigt werden.

1957 ereignete sich durch die Forschung mit dieser militärischen skalaren Superwaffe in der ehemaligen UdSSR eine große Katastrophe. Bei Kyshtym, nahe Majak, befand sich eine geheime kerntechnische Militär-Forschungs-Anlage. Bei dieser Katastrophe kam es zu einer hundertfach größeren regionalen Verstrahlung als in Tschernobyl!

Der ehemalige Oberst-Leutnant des US-Militärs Tom Bearden war Analytiker beim Pentagon. Er war ein ausgewiesener Skalartechnik-Spezialist und veröffentlichte das deutschsprachige Buch "Skalartechnolgie". Er erklärt diese Katastrophe wie folgt:

"Die Sowjets hatten bei ihrem frühen Kyshtym-Versagen einen Energie Überschlag produziert. Dieser hatte eine nukleare Explosion von einem nahegelegenen Atommülllager verursacht! Der radioaktive Fallout kontaminierte etwa 1.200 km², welche bis heute extrem stark verseucht sind. Ich wußte auch, daß die Sowjets zum Schutz vor derartigen Notfällen wie in Kyshtym (später) Sicherheitsanlagen bei all ihren skalaren Sendern installiert hatten. Durch diese Sicherheitsanlagen wollten sie im Falle eines Kurzschlusses der Sender die Energie langsam und gefahrlos über einen verlängerten Zeitraum in die Erde ableiten."

In seinem Buch "FER DE LANCE" führt Bearden weiter aus:

"Die neuen Superwaffen wurden unter Leitung des KGB entwickelt, produziert und eingesetzt. Da sie streng geheim waren, wurden sie nie in die Hände der regulären russischen Armee übergeben!"

Der Ex-Regierungschef der Sowjetunion, Nikita Chruschtschow, machte 1960 vor dessen Präsidium zu den künftigen Skalar-Waffen folgende Aussage:

"Wir haben eine neue Waffe - sozusagen im Portfolio unserer Wissenschaftler. So mächtig, dass, wenn sie unbegrenzt benutzt würde, alles Leben auf der Erde ausgelöscht würde."

Die neue skalare Superwaffe war jedoch erst im April 1963 einsatzfähig.

Zu spät für Chruschtschow, um die US-Konfrontation in der Kuba-Raketenkrise im Oktober 1962 zu kontern. Erstmalig wurde die Superwaffe am 10. April 1963 eingesetzt, um das US-U-Boot U.S.S. TRESHER vor der US-Ostküste unter Wasser bei einer Übung als Machtdemonstration zu zerstören!

In der offiziellen Geschichtsschreibung wird jedoch noch immer behauptet, daß das nuklearbetriebene U-Boot aufgrund eines technischen Defektes gesunken sei.

III. Militärische Superwaffe kann Wetter manipulieren!
Bereits 1962 sagte Ex-US-Präsident Lyndon B. Johnson: "Derjenige, der das Wetter kontrolliert, wird die Welt kontrollieren."
Da mit dieser neuen Skalar-Technologie nachweislich das Wetter beeinflußt werden kann, bedeutet jeder Vorsprung in der Erforschung dieser Waffen enorme politische und militärische Macht!
Schon in den 1970er Jahren fanden u.a. auch große Wetter-Manipulationen der Sowjets, später aber auch anderer militärischer Kräfte statt. Über die sowjetischen Woodpecker- Sendeanlagen wurde sowohl in den USA, als auch in Europa berichtet.
Dies zeigt z.B. eine Karikatur über Wetterkontrolle in der "WELT am SONNTAG" vom 8. August 1974: Elektromagnetische Erdbebenkontrolle, Steuerung von Hitzewellen und extremer Trockenheit, sowie Schneefallerzeugung wurden hier volksnah thematisiert.
Auch das Europäische Parlament bestätigt in einem Bericht vom 14. Januar 1999 mit dem Titel "HAARP - Ein klimabeeinträchtigendes Waffensystem" die Existenz solcher gefährlichen Wetterwaffen!
IV. Versuche zur Rüstungskontrolle der militärischen Superwaffe
Am 16. Juni 1972 fand die UN-Konferenz und Resolution zur Unterbindung von Umweltschäden durch zerstörerische Waffen und anderer Systeme in Stockholm statt!
1975 unterbreiteten die Sowjets mehrere Vorschläge zur Atom-Abrüstung und zur Abrüstung der skalaren, elektromagnetischen Waffen. Diese wurden aber damals von den USA ignoriert.
1976 /77 kam es durch die UN-ENMOD- Konvention zur Verhinderung von Umwelt-Waffen-Systemen. Diese waren jedoch nur in Teilen verbindlich und wurden 1997 wieder aufgeweicht.
Hier ein Auszug aus der ENMOD Konvention, Anhang 2:
"Folgende Beispiele illustrieren die Möglichkeiten, welche durch die Benutzung von Umweltmanipulationstechniken verursacht werden können: Erdbeben, Tsunamis, die Unterbrechung der ökologischen Balance einer Region, Änderung der Wettermuster (Wolken, Niederschlagsmenge, Zyklone und Tornados), Änderungen in Klimamustern und in Meeresströmungen, Änderung des Zustandes der Ozonschicht und der Ionosphäre."
Der ehemalige US- Verteidigungsminister Dr. William Cohen bestätigte die Existenz dieser Massenvernichtungswaffen am 28. April 1997 auf einer Terrorismus-Konferenz in Athen:
"Andere (Terroristen) engagieren sich sogar in einer Art von Öko-Terrorismus, wobei sie das Klima verändern, Erdbeben erzeugen, Vulkane öffnen durch die Benutzung von elektromagnetischen Wellen. ... Es ist real, und das ist der Grund, warum wir unsere Anti-Terror-Anstrengungen intensivieren müssen!"
Daß diese Waffen vorwiegend in Form von Staatsterrorismus durch Atommächte eingesetzt werden, erwähnte Cohen nicht, sondern versteckte diese Staats-Verbrechen allgemein unter dem Deckmantel des Terrorismus.
V. Die streng geheime Vorgeschichte zur Tschernobyl-Reaktorkatastrophe
Nach weiteren Recherchen fand Werner Altnickel auf der Webseite des Skalarwellen- Spezialisten und ehemaligen US-Oberstleutnants Tom Bearden weitere brisante Aussagen über die vom KGB geheim gehaltenen und kaum bekannten tatsächlichen Vorgänge, welche zur Explosion des Atomreaktors von Tschernobyl geführt hatten.
Oberstleutnant Bearden schrieb in seinem Buch "FER DE LANCE", das 2002 in zweiter Auflage erschien, daß er in die AKW-Katastrophe zeitgleich direkt involviert war! Aus US-militärischer Sicht beschreibt er in diesem Buch sehr detailliert, durch welche skalare, elektromagnetische Kriegstechnologie die AKW-Katastrophe verursacht wurde.
Wir zitieren an dieser Stelle Auszüge seines Buches ab Seite 129 und behalten dabei vor Augen, daß mit dieser skalaren Superwaffe u. a. sogar Erdbeben ausgelöst werden können:

"Im April 1986 hatten die KGB-Interferometer-Sender damit begonnen, elektromagnetische Energie aufzubauen, welche kräftig in die Seiten des San-Andreas-Grabens induziert wurde, welcher durch Los Angeles und noch bis zu San Francisco reicht. Sie benutzten das "Innere" der Woodpecker-Strahlen als "Super Highways" für ihre Longitudinal-Wellen und Interferometrie. Zwei Strahlenwege wurden von den Sowjets benutzt. Einer kam vom Norden herunter über die Nordpolregion und die Eisberge auf das Ziel - und einer kam vom Osten herum auf das Zielgebiet.
Die Sowjets bauten ein sehr großes Erdbeben auf - in der Tat, um eine ganze Serie von solchen Beben den ganzen San-Andreas-Graben entlang zu produzieren mit starken Nachbeben, nachdem das Hauptbeben furchtbare Zerstörungen angerichtet hätte. In Kürze: Sie bereiteten das "eine, große Erdbeben" vor, welches jeder schon so lange erwartet und befürchtet hatte."

Die US-Reaktion auf die russische Woodpecker-Attacke

Wir zitieren weiter aus dem Buch von Tom Bearden:
"Eine private Gruppe nahm Verbindung zu mir auf.
Sie gaben an, daß sie einen der Sender ausschalten könnten, indem sie einen kraftvollen riesigen Phase-Conjugate-Replica-Signal-Puls produzieren wollten, welcher direkt in den Sender zurücklaufen und diesen katastrophal "ausbrennen" würde. Eigentlich hatte es den Anschein, daß die gesamte Andreas-Graben-Zone durch Ablagern von Überschuß-Energie der vollen Länge nach stimuliert werden sollte. In diesem Fall begann gerade die Induktion eines zugeteilten Kalifornien-Erdbebens und war von einem Ausmaß ohne vergleichbaren Präzedenzfall. Wenn dieses Ereignis oder diese Ereignisse sich ereigneten, würden die Verluste von amerikanischen Leben und Eigentum atemberaubend sein.

Der "Hoch-Risiko-Faktor"

Die von der Gruppe an mich gestellte Frage präsentierte eine sehr schwierige Entscheidungssituation. Solche großen sowjetischen Interferometer-Strahlen, erst einmal aufgebaut, enthalten enorme longitudinale elektromagnetische Wellenenergie. Wenn ein sowjetischer Sender nahe bei nuklearen Einrichtungen stünde und dieser unmittelbar durch Schmelzen kurzgeschlossen wäre, würde all die "Potential-Energie" direkt in die Erde sausen.
Im Fall von solch einem katastrophalen Sender-Versagen würde ein enorm kraftvoller Longitudinal-Wellen-Impuls sich in alle Richtungen der umgebenden Erde ausbreiten. Das erste nukleare Material, welches der Impuls trifft, würde plötzlich und sehr heftig gespalten. Wenn der Sender sich nur einige Kilometer von einer oder mehreren Interkontinental-Raketen-Stellungen befände, könnte die volle Explosion von einigen 30 oder 40 Megatonnen-Atomsprengköpfen daraus resultieren. Dreckig und dreckiger …
Der resultierende Fallout und die radioaktive Verseuchung wären massiv, würden sich um die ganze Welt verteilen und eventuell Millionen Menschen während der kommenden Jahre töten. Nukleare Reaktoren wären in ähnlicher Gefahr. Unmittelbare Spaltung von allem spaltbaren Material in einem von ihnen würde eine gigantische nukleare Explosion in Kraft setzen. Dieses würde einen neuen Präzedenzfall schaffen. Das war der Hoch-Risiko-Faktor.

Der "Niedrig-Risiko-Faktor"

Der Niedrig-Risiko-Faktor würde sein, daß wenig oder nichts von all dem passierte, eventuell ein (Erd)beben in einer nahen Störzone ausgelöst würde usw.
Ich wußte, daß die Sowjets nach ihrem frühen Kyshtym-Sender-Versagen einen EMP-Überschlag in einer viel kleineren Weise produziert hatten, und dieser Überschlag hatte eine nukleare Explosion von einem nahegelegenen Atommüll- Lager verursacht.
Ich wußte auch, daß die Sowjets nach Kyshtym Sicherheitsanlagen für den Fall von solchen Versagern bei all ihren skalaren Interferometer-Sendern installiert hatten.
Wenn die Sicherheitsvorrichtungen halten, falls der Sender plötzlich kurzschließt, konnten sie die longitudinalen EM-Wellen-Strahlen und Potentiale lange genug halten, um die Energie

langsam und gefahrlos über einen verlängerten Zeitraum in die Erde abzuleiten. Das war der Niedrig-Risiko-Faktor."

VI. Die wahre Ursache der Katastrophe von Tschernobyl

Bearden beschreibt in seinem Buch detailliert, wie die Reaktorkatastrophe tatsächlich ausgelöst wurde:

"Die Gruppe dankte mir, stellte fest, daß sie feuern würde, und sie legten das Telefon auf. Sie feuerten am 25.4.86, genau wie sie es versprochen hatten, und sie zerstörten einen der KGB-Sender- anscheinend einige Kilometer entfernt von den nuklearen Reaktoren von Tschernobyl. In dem Moment, als der Sender getroffen und zerstört wurde, beobachtete der Ingenieur Bill Bise, welcher draußen im Feld mit magnetischen Feld-Detektoren die Woodpecker-Strahlen gemessen hatte, das plötzliche Ausfallen des Woodpecker-Strahles, welcher um die Erde herum vom Osten kam.

Das, was er aktuell maß, war die erfolgreiche Zerstörung des entfernten Interferometer-Senders. Unwissentlich hatte er das Resultat eines großen Gegenschlages in einer sehr gefährlichen Schlacht festgestellt.

Bei der zerstörten Sendeanlage schalteten die Sicherheits-Einrichtungen ein, fingen das große Strahlenpotential und hielten es für ca. 24 Stunden, indem sie die intensive Strahlungsenergie schrittweise langsam in die Erde einleiteten - während der ganzen Zeit. Eine verzweifelte Nachricht zu den Tschernobyl-Reaktoren schreckte das AKW-Steuerungspersonal auf, um unverzüglich diese Reaktoren herunterzufahren (indem sie die Cadmium-Kontrollstäbe heruntersenkten). Aber das Uran in den Brennstäben saß selbstverständlich noch da. Tschernobyl wartete sodann mit angehaltenem Atem, um zu sehen, ob die Sicherheitsvorkehrungen halten würden.

Dann, am 26. April 1986, brachen die Sicherheitseinrichtungen endgültig zusammen und ein viel schwächerer Longitudinal-Wellen-Überschlag fand statt, als jener, der früher ohne die Sicherheitseinrichtungen passiert wäre. Die sich ausbreitenden Longitudinal-Wellen in der Erde trafen Sekunden vorausgehend den Longitudinal-Wellen nahesten Reaktorkern in Tschernobyl, bevor ein Erdstoß in der Erde induziert wurde, als die Longitudinal-Wellen ankamen. Ein Teil des getroffenen Urans im Reaktorkern spaltete sich unmittelbar, schoß aus der Behälterstruktur und spuckte radioaktives Material aus. Nuklearer Fallout verteilte sich über fast ganz Europa."

Neben dem Bearden-Bericht gibt es noch einen sehr ergänzenden Bericht von Dr. Peter Beter .Dieser war von Präsident J. F. Kennedy ehemals als Aufsicht für die Außenhandelsbank der USA eingesetzt. Er schilderte, daß die US-Motivation für diesen skalaren Gegenschlag nicht nur defensiver Natur war, sondern bestätigte, daß die USA den existierenden größeren technologischen Vorsprung der Russen nicht weiter dulden wollten und deshalb die russische Skalar-Waffenanlage zerstört haben.

VII. Russische Wissenschaftler widerlegen die offizielle Tschernobly-Geschichtsschreibung!

Die sogenannten Leitmedien haben auch nach über 38 Jahren kaum einen Beitrag zur Wahrheitsfindung über die Tschernobyl-Katastrophe geleistet. Vielmehr haben sie fast ausschließlich nur die offiziellen Verlautbarungen der Regierungen propagiert. Ist dies nicht in höchstem Maße beschämend, zumal sie auch noch von den Regierungen finanziert werden? Notgedrungen geben aber selbst die sogenannten Leitmedien hin und wieder Teilwahrheiten preis.

Ein solches Beispiel ist eine NDR-ARTE-Dokumentation aus dem Jahr 1998 mit dem Titel: "Der wahre Grund von Tschernobyl?". Diese Dokumentation ist das fehlende Puzzleteil zum US-Bearden-Bericht. Aus russischer Sicht widerlegen darin russische Wissenschaftler die offiziellen Erklärungen der russischen Regierung. Da die russischen Wissenschaftler aufgrund der Geheimhaltung durch den KGB offensichtlich keine Kenntnis von den elektromagnetischen Energie-Direkteinträgen in das AKW-Uran hatten, konnten sie einige abgelaufene phy-

sikalische Vorgänge damals noch nicht erklären.
Da in dieser Doku wertvolle Originalaufnahmen von der Ruine in Tschernobyl gezeigt werden, die einen wichtigen Beitrag zur Wahrheitsfindung leisten können, zeigen wir nun Ausschnitte aus dieser Dokumentation. Durch die eingefügten Recherche-Hintergrundinformationen von Werner Altnickel werden die tatsächlichen Vorgänge in Tschernobyl sehr plausibel erklärt:
Das Erdbeben der Stärke 2, das durch Seismologen nachgewiesen und von zahlreichen Augenzeugen bestätigt wurde, fand nur wenige Sekunden vor der Katastrophe statt. Die NDR-ARTE Dokumentation gibt keine ausreichende Antwort auf dieses Erdbeben. Durch die Ausführungen von Oberstleutnant Bearden kann es jedoch nun schlüssig erklärt werden. Es kann sich aufgrund der geologischen Gegebenheiten nicht um ein natürliches Erdbeben gehandelt haben, sondern wurde durch den Einsatz der beschriebenen elektromagnetischen Geheimwaffen erzeugt!
Es wurde in dem Moment ausgelöst, als die Sicherheitsvorkehrungen versagten und sich dadurch die riesige Restenergiemengen schlagartig und unkontrolliert in der Erde entluden. Nur Sekunden später kam es zur Explosion im AKW. Der Eindruck, den die Arte-Doku erweckt, daß das Erdbeben Auslöser der Katastrophe sein könnte, ist jedoch nachweislich falsch. Deutsche Wissenschaftler haben nämlich in der AKW-Kernkraft Studie BIBLIS-B den wissenschaftlichen Beweis erbracht, daß es mindestens ca. 30 Minuten dauert bis eine atomaren URAN- Kernschmelze eintreten kann.
Deshalb läßt sich auch die Arte-Dokumentation letztlich nur durch die Ausführungen von Tom Bearden erklären, daß die AKW-Katastrophe von Tschernobyl durch einen kriegerischen skalaren, elektromagnetischen Schlagabtausch zwischen dem KGB der Sowjetunion und den USA verursacht wurde.
Moderatorin:
Im Juli 1986, zwei Monate nach der furchtbaren Katastrophe im Atomkraftwerk von Tschernobyl, gab der KGB eine Liste mit streng geheimen Anweisungen heraus.
Ganz oben auf der Liste stand: "Die tatsächliche Ursache für den Super-GAU dürfe niemals bekannt werden."
Aber ein Mann wollte trotzdem die Wahrheit herausfinden. Der Atomphysiker Konstantin Pawlowic Tschetscherow. Deshalb ist er immer wieder in die Ruine geklettert, sogar bis unter den Sarkophag, der den zerstörten Reaktor Nr. 4 mittlerweile umgibt.
Dabei fand er seltsame Spuren des Unfalls, die mit den Erklärungen nicht zusammen- paßten, die man seinerzeit gegenüber der Weltöffentlichkeit abgegeben hatte.
Tschetscherow, Nuklearphysiker, Moskau:
Wir sind in den Reaktorschacht geklettert und weitergekrochen, in den jeweiligen Kontrollraum über dem Reaktor, sogar in die Räume unter dem Reaktor. Fotos und Videos haben wir gemacht, hunderte von Proben genommen und, ich möchte sagen, tausende von Messungen durchgeführt. Erst danach haben wir langsam geahnt, was mit dem Block 4 tatsächlich passiert ist. Und plötzlich wurde uns klar, die offiziellen Erklärungen aus dem Jahr 1986 paßten überhaupt nicht mit dem zusammen, was wir vor uns sahen.
Moderatorin: Gleichzeitig im Juli 1986 übergab der KGB hohen Politikern und Beamten eine geheime Liste mit eindeutigen Anweisungen.
Tschetscherow: Diese Liste war wirklich auf eine merkwürdige Art entstanden, ganz einfach beim Geheimdienst, beim KGB. Das war ungewöhnlich. Eine politische Entscheidung. Die Liste kam heraus und alle Leitungskader mußten sich daran halten.
Punkt 1 der Liste: "Alle Informationen, die die wahren Ursachen der Reaktorkatastrophe enthüllen, sind streng geheim".
Also waren doch alle offiziellen Verlautbarungen unwahr, weil sie ja nicht geheim waren.

Sehr merkwürdig.
Moderatorin: Entsprechend der offiziellen Erklärung wurde der nächtliche Reaktorunfall durch menschliches Versagen verursacht, durch einen unverantwortlichen Versuch, der klären sollte, was bei einem plötzlichen Stopp der Turbine zu tun sei. Als man zum Notschalter griff, war es schon zu spät. Um 1:23 Uhr und 59 Sekunden sprengte eine gewaltige Explosion das Dach der Reaktorhalle weg. Glühende Graphittrümmer hagelten auf die angrenzenden Gebäude und eine Wolke radioaktiver Teilchen stieg kilometerhoch in den Nachthimmel.
Finanziert wurde die Studie durch die europäische Gemeinschaft. Der Bericht der Allianz-Gruppe wurde 1995 fertiggestellt. Er enthält angeblich mehr Material als jemals zuvor gesammelt wurde. Einiges deutet aber darauf hin, daß der Bericht doch mehr auf die offiziellen Zahlen der Behörden baut, als auf eigene Recherchen. So wird geschätzt, daß noch mehrere 100.000 Kubikmeter radioaktives Material im Reaktor liegen, davon allein 40.000 Kubikmeter hoch radioaktiver Abfall, vermischt mit 200 Tonnen nuklearem Brennstoff.
Doch würde das zutreffen, dann müßte der Sarkophag bis zum Rand mit radioaktivem Material gefüllt sein. Und Tschetscherow und seine Leute könnten wohl kaum da unten herum klettern, jedenfalls niemals ohne aufwendigen Spezialschutz. Sie würden mit Sicherheit auf der Stelle schwerste Strahlenschäden davontragen.
Tschetscherow: Einen Großteil der üblichen Vorstellungen über Tschernobyl hat mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun. Die Leute, die in Tschernobyl arbeiten, die kennen natürlich die Wahrheit. Aber sie belächeln die Aufklärungsbemühungen und behalten die Wahrheit für sich.
Moderatorin: … man habe das Atomkraftwerk von Tschernobyl in einer Gegend errichtet, die nach allgemeiner Erkenntnis geologisch stabil sei.
Feliks Aptekajew, Seismologe, Ukraine: Die Gegner der Erdbebenversion behaupteten, daß es hier gar keine Beben geben könne, weil bei einer so alten geologischen Tafelstruktur, wie in dieser Gegend, Erdbeben ganz einfach nicht vorkommen.
Moderatorin: Die seismologische Station hat tatsächlich nur ein schwaches, örtliches Beben registriert.
Könnte es also in Tschernobyl ein solches Beben gegeben haben?
Was sagen die Augenzeugenberichte dazu?
Tschetscherow: Als der Unfall passierte, wurden natürlich alle Mitarbeiter der Nachtschicht irgendwie in das Geschehen verwickelt. Egal, ob sie im Kontrollraum Dienst hatten oder in der Turbinenhalle, alle haben berichtet, daß sie es irgendwie gespürt haben, als der Unfall sich ankündigte. Die meisten erinnern sich an ein dumpfes Grollen, damit fing alles an. Ein Geräusch mit einer tiefen Frequenz und der Fußboden bebte, die Wände schwankten, Putz rieselte von der Decke herunter. Alle erinnern sich daran. Die Erde schien sich unter ihnen aufzutun. Einige sagten sogar, es sei ihnen vorgekommen wie ein Erdbeben.
Moderatorin: 1990: Ein Dokument aus Kiew enthält 20 Augenzeugenberichte, Berichte von Kraftwerksbeschäftigten, die in jener Nacht Dienst hatten. Sie sagten aus: "Die Erde bebte, bevor die Katastrophe losbrach."
Doch diesen interessanten Aussagen wurde niemals irgendeine Beachtung geschenkt:
Tschetscherow: Ich hörte ein Donnern, eine Platte fiel von der Decke.
Der Fußboden bebte, das Licht ging aus, die Notbeleuchtung sprang an. Nach 30 bis 40 Sekunden hörten wir schrille Geräusche über uns aus der Richtung (...).
In Reihe B brach das Dach ein. Erst fiel eine Platte, dann eine Platte nach der anderen. Dann erlosch das Licht.
Erst das Beben, die Stöße und Erschütterungen, dann geht das Licht aus. Als das Licht wieder angeht, wird entschieden, den Reaktor abzuschalten. Genauso war es. Zuerst die Stöße und Schläge und danach die Entscheidung, den Reaktor abzustellen. Das ist der entscheidende

Punkt. Durch das Loch im Dach konnte ich so einen Schimmer sehen, kein Feuer, etwas anderes. Die Wände im Kontrollraum fingen an zu beben, auch die Decke und der Fußboden. Nach einigen Sekunden eine zweite Explosion. Etwas schwächer, aber merkwürdig wie alles auseinanderflog. Ein bunter Schimmer der nach oben schlug, bis zu einer Höhe von hundert Metern.
Moderatorin: Die Berichte der Augenzeugen und Tschetscherows Ergebnisse machen eines deutlich: Die Erklärung, die die sowjetischen Behörden 1986 veröffentlichten, war falsch. Immer wieder werden völlig überraschende Beobachtungen gemacht.
Tschetscherow: So hatte man etwa gehofft, daß die Graphithülle und der Reaktorkern intakt geblieben seien - aber nichts von dem, da klaffte nur noch ein Loch. Man hatte vermutet, daß der ringförmige Bioschutzbehälter um den Reaktor zerstört, oder jedenfalls stark beschädigt sei - aber auch das war falsch.
Er war fast heil, nur geringe Schäden. Auf einem großen Teil seiner Oberfläche, besonders an der Innenseite, war sogar die Farbe noch erhalten geblieben.
Werner Altnickel: Es ging alles sekundenschnell. Als der EMP-Energieeintrag, das Uran schlagartig aktivierte und herausschleuderte. Bei einer normalen Kernschmelze wäre es wesentlich langsamer gegangen und die Farbe im Behälter wäre mit Sicherheit abgebrannt. Es ging so schnell, daß die thermische Trägheit des Bioschutzbehälters wohl die Farbe sogar auf dessen Innenseite vor dem Verbrennen bewahrte.
Tschetscherow: Man hatte erwartet, daß eine Explosion im Reaktorschacht alles aufreißt - aber da war nichts aufgerissen. Dafür waren viele der Stützen zur Stabilisierung der Graphitkappe einfach abgeschmolzen und verbrannt. Und wenn man diese geschmolzenen Teile näher betrachtete, dann wurde klar, daß hier eine ganz eigentümliche Hitzeeinwirkung am Werk gewesen war. Wie von einem Schweißbrenner, der die Rohre durchgebrannt hatte. Ja, die Rohre sehen so aus, als ob sie irgendein Schweißgerät oder ein Plasmabrenner abgeschnitten hätte."
Werner Altnickel: Die wie mit einem Plasmabrenner zerstörten Rohre, lassen sich nur durch entstandenes Plasma, durch die gewaltige skalare elektromagnetische Energie, welche nicht mehr durch die ausgefallenen Sicherheitserdungsanlagen abgefangen wurde, schlüssig erklären.
Moderatorin: Es ist Mitternacht, etwa eineinhalb Stunden vor dem Unfall hören Fischer dumpfes Rumoren.
1:10 Uhr: Eine höchst seltsame Erscheinung bei einem Wachposten am Eingang zur zentralen Halle. Genau darunter soll das Epizentrum, des sich anbahnenden Erdbebens gelegen haben.
1:21 Uhr: Der Leiter der Computerzentrale sieht bei seinem Rundgang einen bläulichen Lichtschimmer in der Zentralhalle.
1:23:35: Das Erdbeben beginnt. Ein großes Krachen und Block vier erzittert.
1:23:40: Der zuständige Mitarbeiter bemerkt das Beben und drückt den Notschalter. Die Vibrationen nehmen zu. Der erste kräftige Stoß, senkrechte Stützen taumeln hin und her. Deckenplatten fallen herunter. Wieder der Lichtschimmer. In der Maschinenhalle bersten Fenster. Ein heftiger Erdstoß und der Reaktor explodiert. Siebzehn Minuten später registriert ein Kollege im Kontrollraum eine weitere Explosion. Das Erdbeben ist vorüber. Der Seismograph hat die zweite Explosion nicht registriert.
Tschetscherow: Das Bild der Zerstörungen in den oberen Räumen machte uns nachdenklich. Da oben mußten irgendwelche Druckwellen gewütet haben; vielleicht wurden sie dort sogar ausgelöst. Es gab dort oben eine ganze Menge Ungereimtheiten für uns, deren Ursachen wir uns zunächst nicht erklären konnten.
Werner Altnickel: Dr. Sebastian Pflugbeil von der Gesellschaft für Strahlenschutz, Zitate aus dem Strahlentelex, Nummer 3623632002, einsehbar bei der IPPNW.

Pflugbeil sagt: Tschetscherow war drei Mal im Reaktorschacht, wo normalerweise die Brennelemente stecken. Aber seine Videoaufnahmen zeigen eindeutig, daß dort faktisch kein Kernbrennstoff vorhanden ist. Wo ist er geblieben? Etwas ist nach unten durchgeschmolzen, aber nur wenig.
Tschetscherows Hypothese: Der ganze Kern des Reaktors, ein riesiger Block aus Graphit, wie ein löchriger Käse, in dem die Rohre mit Brennelementen und Steuerstäben stecken, ist wie eine Rakete aus dem Reaktorschacht nach oben gezischt. Dabei hat es den 2.500 Tonnen schweren Deckel auf dem Reaktorschacht hochgewirbelt. Der Reaktorkern ist daran vorbei etwa 40-50 Meter hochgeflogen und auf diesem Weg zu einem Teil verdampft. Dann hat eine nukleare Explosion alles auseinandergerissen und fast den gesamten Kernbrennstoff in die Umwelt geblasen. Der schwere Deckel ist wiederum herunter gekracht und steht heute schräg über dem Reaktorschacht."
Wladimir Strachow, Institut für Geophysik Moskau: Aber es gibt einen Stolperstein: Nach der Version Tschetscherows müßte sich die Lage im Reaktor in 15-20 Sekunden so weit zuspitzen, daß es zur Explosion kommt.
Tschetscherow: Block 4 bietet doch folgendes Bild: Das geschmolzene Metall ist über den Fußboden geflossen, stieß auf ein Hindernis, schnellte hoch und erstarrte traubenförmig. Das kann man heute noch sehen und natürlich haben wir es gefilmt. Man kann abschätzen, daß das geschmolzene Metall mit einer Geschwindigkeit von etwa 5 m/s geflossen ist.
Also nicht langsam oder zähflüssig. Fünf Meter pro Sekunde, das ist sehr schnell. Dabei hat die Metallschmelze aus dem Reaktor maximal 50 m zurückgelegt. Das Metall ist also etwa zehn Sekunden lang geflossen. Dann erstarrte es. Und zwar oft in senkrechter Stellung, also während es herunter strömte. Da war also nicht einmal genug Zeit um auf den Boden zu fließen und dort zu erstarren.
W. Strachow: Dazu kommt die Tatsache, daß Menschen im zerstörten Reaktor herum geklettert sind. Man dachte natürlich, daß dort die Strahlungsintensität gewaltig sein müsse, weil ja das radioaktive Material aus dem Reaktor kam, dorthin geflossen sei. Nun stellte sich heraus, daß dort die Strahlung in Wirklichkeit gar nicht so stark ist.
Natürlich hatten die Leute für die Expedition in die Reaktor-Ruine Schutzanzüge angezogen. Aber trotzdem überrascht es doch sehr, daß keiner von ihnen gestorben ist. Anscheinend nicht einmal jemand ernsthaft erkrankt ist. Das ist schon interessant. Offenbar hat vom radioaktiven Material aus dem Reaktor kaum etwas den Weg ins Gebäude gefunden. Nicht einmal im freien Fall nach unten. Es ging einfach alles viel zu schnell.
Anmerkung von Werner Altnickel: Die oben beschriebene, schnelle und kurzzeitige Fließbewegung und das schlagartige Erstarren der Schmelze ergibt Sinn, wenn man erkennt, daß der externe EMP-Energieeintrag ins Uran, heftig und nur Sekunden kurz einwirkte.
Das heißt: Heftiges und schnelles aktivieren der Uran-Atomkerne und heiße dünnflüssige Schmelze mit schneller Fließgeschwindigkeit und schnelles Erstarren mitten im Fließen, als die induzierte EMP-Energie abbricht und damit das extern anfachende elektromagnetische Feuer wegfällt.
Nach den offiziellen KGB-Listenvorgaben sind angeblich nur 4 % der Reaktorfüllung entwichen und 96 % wären noch in der Ruine. Tatsächlich ist es wohl umgekehrt. Fast alles flog heraus und der Reaktor ist fast leer. Das bestätigen auch Wissenschaftler. Die ausgetretene, kurzfristig sehr heiße Schmelze unterhalb des Reaktorbehälters, muß hauptsächlich aus dem Umhüllungsmetall, z.B. Zirkonium für das Uran bestanden haben. Das durch externen Energieeintrag aktivierte Uran schoß, wie aus einem Kanonenrohr, schlagartig nach oben ins Freie heraus. Weil unten kaum noch aktiviertes Uran ausgetreten ist und kaum Strahlung meßbar war, konnten Menschen unten hineinklettern ohne zu sterben.
Als die Sowjets gemerkt haben, daß gegen ihre Anlage geschossen wird - von amerikanischer

Seite - hatten sie es noch geschafft, 24 Stunden die Energie, die also dann zurückgeschleudert wurde, in die Erde abzuleiten. Aber nach 24 Stunden versagten eben diese Erdungsanlagen mit Speichern, um diese gewaltigen Energien überhaupt bändigen zu können. Und wenn man bedenkt, daß nur der Rest, der überblieb, obwohl sie schon 24 Stunden abgeleitet hatten, es fertiggebracht hat, ein AKW in die Luft zu jagen, da kann man sich ja vorstellen was passiert wäre, wenn z.B. die so eine Begrenzungsanlage nicht gehabt hätten - also eine Ableitungsanlage in die Erde für volle Energien, die dann eben zurückkommt. Dann wären die alle in die Luft geflogen.

VIII. Die Bedeutung der Tschernobyl-Enthüllung im Hinblick auf die aktuelle dramatische Weltlage

Die Recherche von Werner Altnickel läßt die offiziellen Verlautbarungen von Regierungen und sämtlicher sogenannter Leitmedien wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Die beschriebenen skalaren Superwaffen wurden seit dem Tschernobyl-Super-Gau vor fast 40 Jahren von Militär und Geheimdiensten weiterentwickelt und sind daher heute mit Sicherheit noch viel gefährlicher. Insbesondere die USA haben mit dieser geheimen Technologie durch eine riesige HAARP-Antennenanlage in Alaska bzw. deren Nachfolgetechnologien nachweislich u.a. Klima- und Wettermanipulationen vorangetrieben.

Diese Tschernobyl-Enthüllung wirft daher insbesondere für die aktuell sehr dramatische Weltlage viele schwerwiegende Fragen auf:

1. Stehen die aktuellen Klimaveränderungen und Wetterphänomene, wie z.B. extreme Trokkenheit, Überschwemmungen, Tornados und sogar Erdbeben etc., wie dies auch in der UN-ENMOD-Konvention bestätigt wird, in direktem Zusammenhang mit diesen geheimen militärischen Superwaffensystemen?
2. Ist die aktuelle CO2-Panikmache nur ein weltweit organisiertes Ablenkungsmanöver, um diese Wetterwaffensystemen weiterhin von der Öffentlichkeit unbemerkt einsetzen zu können?
3. Sind Atomkraftwerke eine tickende Zeitbombe, weil sie von diesen geheimen Waffensystemen jederzeit angegriffen werden können?
4. Stellen diese geheimen Waffentechnologien im Hinblick auf eine Eskalation der aktuellen Krisenherde in der Welt eine noch viel höhere Bedrohung als Atomwaffen dar?

Sehr verehrte Zuschauer,

die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, daß weder die USA mit ihren verbündeten Staaten noch Rußland mit den kommunistischen Staaten ein Interesse an der Aufklärung über diese für die gesamte Menschheit existenzbedrohenden skalaren Waffensysteme haben. Die öffentlichen Medien haben in ihrem Auftrag total versagt und zudem noch die aufrichtigen Aufklärer als Verschwörungstheoretiker verfolgt.

Diese gewichtige Dokumentation soll ein Beitrag sein, daß es über diese für die Menschheit existenzbedrohenden Waffensysteme endlich zu einer öffentlichen Debatte kommt.

Die bis heute unaufgeklärte Tschernobyl-Katastrophe vom 26. April 1986 lehrt uns, daß dies nur vom Volk aus geschehen kann. Die Zeit der Aufklärung durch wahrheitsliebende Menschen ist gekommen! Helfen Sie daher mit, daß diese Dokumentation auf alle Weise bekannt wird. Verbreiten Sie dieses aufrüttelnde Video auf sozialen Plattformen, wie Facebook, tiktok, Twitter, telegram, Instagram oder auch per Mail weiter. Wir stellen Ihnen hierfür auch kurze Sendungsausschnitte in unserer blauen Infobox auf www.kla.tv zum Download zur Verfügung. Nur durch Ihre aktive Verbreitung kann Verbrechern, die diese Waffen auch heute noch im Verborgenen und unerkannt einsetzen, das Handwerk gelegt werden!<<

17.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. November 2024 (x1.420/…): >>**Neuwahl-Theater: Gelenkte Kartell-Demokratie**

Was für eine turbulente Woche, was für bewegte Zeiten! Vor nicht einmal zwei Wochen hat der erdrutschartige Wahlsieg des triumphal zurückgekehrten US-Präsidenten Donald Trump das "links-grün-woke" Establishment erschüttert - der Deutschland-Kurier hat aus der ersten Reihe über dieses politische Erdbeben berichtet.

Es ist ein Signal der Hoffnung auch für den Normalbürger hierzulande, der ebenso wie "Average Joe" genug davon hat, sich von einer arroganten Polit-Klasse ausplündern, bevormunden und seiner Heimat berauben zu lassen. Und siehe da: Nur wenige Tage nach dem Waterloo der Woken in den USA ist auch die Ampel des Grauens implodiert, endlich zerbrochen an ihren inneren Widersprüchen aus ideologischem Größenwahn und blankem Unvermögen.

Doch während auf der anderen Seite des Atlantiks Comeback-Präsident Donald Trump Zug um Zug strategisch das Feld besetzt, um Amerika wieder vom elitären Kopf auf die bodenständigen Füße zu stellen, versuchen die etablierten in Parteien in Deutschland, mit antidemokratischen Kartellabsprachen einen echten Neuanfang nach dem Ampel-Aus zu verhindern.

Dreist wie nie umgeht das Etablierten-Kartell Verfassung, demokratische und parlamentarische Grundprinzipien, um sich selbst exklusiven Zugriff auf die Macht zu sichern. SPD-Noch-Kanzler Olaf Scholz, der das Vertrauen der Bürger verloren hat, verliert auch seine Mehrheit im Parlament, stellt aber einfach die Vertrauensfrage nicht.

"Unions-Brandmauer-Kanzlerkandidat" Friedrich Merz, der Pseudo-Oppositionsführer, beantragt nicht etwa ein Mißtrauensvotum, um den gescheiterten Kanzler mit der nicht-linken Mehrheit im Parlament zu stürzen. Er kungelt mit Scholz einen Termin für die Vertrauensfrage, für den Antrag auf Auflösung des Bundestags und für die Neuwahl aus. Bundespräsident Steinmeier, in jedem Amt immer nur SPD-Parteisoldat, spielt bei der im Grundgesetz nicht vorgesehenen Trickserei mit.

Es kommt noch dicker. Die faktische "Kenia-Koalition" aus Union, SPD und "Grünen" vereinbart mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas - auch SPD, auch Parteisoldatin -, den Bundestag für die nächsten Monate einfach mal lahmzulegen: Parlamentarische Initiativen, vor allem die der AfD-Opposition, werden abgesetzt, Tagesordnungen verstümmelt, eine ganze Sitzungswoche einfach gestrichen.

So verhindert das Etablierten-Kartell - auch die FDP darf am Rande wieder mitspielen -, daß sich im Bundestag neue Mehrheiten bilden, um wenigstens die schlimmsten Exzesse "grüner" Politik zu korrigieren. Denn Friedrich Merz will zwar Kanzler werden, aber er will keine andere Politik, sondern mit Hilfe von SPD oder "Grünen" oder beiden als "Ersatz-Scholz" weitermachen, nur nicht so dilettantisch.

Es hätte die Stunde des Parlaments werden können: Ein CDU-Antrag zu Grenzschließungen und Zurückweisungen, ein AfD-Antrag zur Aufhebung des Verbrennerverbots und eine Reihe weiterer Initiativen hätten mit den Stimmen von Union, AfD, FDP und Fraktionslosen beschlossen werden können.

Aber für Friedrich Merz ist die von "Grün-Links" verordnete "Brandmauer" gegen die AfD wichtiger als das Wohl Deutschlands. Von ihm angeführt nötigte das "schwarz-grün-rote" Kartell den Bundestag zur Selbstentmächtigung: Beraten und beschlossen wird nur noch, was dem Kartell genehm ist. Oppositionsrechte sind durch die Hintertüre kassiert, weil Friedrich Merz keine "Zufallsmehrheiten" will, obwohl wechselnde Mehrheiten geradezu ein Grundprinzip der Demokratie sind.

Doch was Merz und seine linken Machtbeschaffer wollen, ist eine "gelenkte" Demokratie, in der ihr Kartell alles unter Kontrolle hat. Dafür verbiegen sie Recht und Gesetz bis an den Rand des Staatsstreichs.

Deutschland ist also von der Ampel-Regierung befreit, aber freier ist es dadurch nicht geworden. Wenn Minister ihren Bürgern Staatsanwalt und Polizei auf den Hals hetzen (Habecks "Schwachkopf-Skandal") und wenn über hundert Abgeordnete, darunter zwei amtierende Bundestags-Vizepräsidentinnen, einen Antrag unterschreiben, der das Verbot der zweitstärksten Kraft im Land und einzigen echten Oppositionspartei fordert, dann liegt mehr im Argen als nur die miserable Vorstellung einer gescheiterten Regierungstruppe.
Mit Merz statt Scholz, unter dem dieselbe Politik weitergeht, nur vielleicht handwerklich etwas geschickter, wird nichts besser. Nach den unwürdigen Vorgängen der letzten Woche wissen wir: Merz und die Union sind keine Alternative zum "grün-roten" Elend, sondern lediglich dessen Verlängerung.
Mit hundert Tagen Stillstand bis zur Wahl will das Etablierten-Kartell die Bürger einlullen. Sie versuchen, diese Wahl zu stehlen, indem sie einen echten Neuanfang und einen wirklichen Regierungswechsel verhindern.
Damit werden wir uns nicht abfinden. Wir werden aufklären, aufdecken und entlarven, und wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, daß die echte Opposition so stark wird, daß die Pläne des "schwarz-grün-roten" Kartells nicht aufgehen.
Unterstützen Sie uns dabei - es steht viel auf dem Spiel: Für Freiheit und Demokratie, für eine Politikwende und für die Zukunft unseres deutschen Vaterlands.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. November 2024 (x1.420/…):
>>**Stimmen zum Justizskandal um das Amtsgericht Bamberg: In welchem Staat leben wir eigentlich?**
Das Amtsgericht Bamberg machte Ex-Feldwebel Stefan Niehoff (64) zum "Staatsfeind Nr. 1". Sein Vergehen: Er hatte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ("Grüne") in persiflierender Anlehnung an die Shampoo-Werbung der Firma Schwarzkopf als "Schwachkopf" verulkt. Das brachte ihm und seiner am Down-Syndrom leidenden Tochter um sechs Uhr morgens eine Hausdurchsuchung ein.
Während die öffentlich-rechtlichen "Nachrichten" diesen Justizskandal totschweigen, mehren sich die kritischen Medienstimmen zum Vorgehen des Amtsgerichts Bamberg, das mit der Anordnung der grotesken Hausdurchsuchung offenbar jedes Maß verloren hat.
Die Schweizer "Weltwoche" und andere system-kritische Medien zitieren das Opfer der Durchsuchungswillkür, Ex-Feldwebel Stefan Niehoff (64), mit den Worten: "Das hat DDR-Geschmack!"
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" wundert sich über die Justiz im oberfränkischen Bamberg: "Ein skandalöser Eingriff in die Kunstfreiheit! So hätte wohl das öffentliche Urteil gelautet, wenn die Staatsanwaltschaft die Wohnung eines reichweitenstarken Staats-Komikers durchsucht hätte, weil der einen Politiker in Anlehnung an eine Shampoo-Werbung als 'Schwachkopf Professional' bezeichnet hätte. Sicher ist wohl nur, daß in diesem Fall nicht Robert Habeck auf Korn genommen worden wäre."
Die "Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) fragt: "Ist es gerechtfertigt, daß die Bezeichnung 'Schwachkopf' eine Hausdurchsuchung nach sich zieht?"
Das liberal-konservative Portal "Tichys Einblick" knöpft sich namentlich die Richterin Monika Englich beim Amtsgericht Bamberg vor: "Sie ordnete an, daß von der Kripo Schweinfurt Niehoffs (der Rentner, der das 'Schwachkopf-Meme' gepostet hatte, die Redaktion) sämtliche Räume, Nebenräume und Fahrzeuge nach Mobiltelefonen, internetfähigen Endgeräten und digitalen Speichermedien ‚ohne vorherige Anhörung' durchsucht und Gefundenes beschlagnahmt werden sollen. Die Staatsanwaltschaft blies ins selbe Horn: Es bestand nach deren Ansicht ein 'öffentliches Interesse an der Strafverfolgung' ... Darauf muß man erst einmal kommen: Habecks Arbeit werde durch witzige Kritik erschwert??? Nein, Euer Gnaden, Habeck erschwert es Millionen von Bürgern, heizungstechnisch über den Winter zu kommen!"

Unter der Überschrift "Das Imperium schlägt zurück" schreibt das national-konservative Portal "Jouwatch": "Es ist einfach nur noch unglaublich, was in diesem Land mittlerweile möglich: Während jeden Tag rund 600 Menschen illegal einreisen und selbst abgeschobene Schwerverbrecher zurückkehren, rückte am 12. November 2024 die Polizei zu Stefan Niehoffs Haus in Unterfranken, Bayern, aus …"
"Cicero online" kritisiert den vorauseilenden Gehorsam des Amtsgerichts Bamberg: "Das übliche Vorgehen der Justiz in einem solchen Fall: Polizei oder Staatsanwalt schreiben den Verdächtigen an, informieren ihn über die Anzeige und die Ermittlungen und geben ihm Gelegenheit, sich zum Tatvorwurf zu äußern. Wenn ein Minister persönlich Anzeige erstattet, läuft es anders. Der zuständige Staatsanwalt beantragt beim Amtsgericht Bamberg einen Hausdurchsuchungsbefehl. Und er bekommt ihn sogar. Die Polizei klingelt den Beschuldigten morgens um sechs aus dem Bett, durchsucht das Haus und beschlagnahmt Handys und Computer."
Die sich immer wohltuender vom Mainstream abhebende "Berliner Zeitung" beschreibt ausführlich, "wie ein bayrischer Rentner zum Staatsfeind gemacht wurde": " Er war Feldwebel der Bundeswehr und kümmert sich um seine Tochter, die eine Behinderung hat. Nun wird ihm Antisemitismus vorgeworfen, und Habeck hat ihn wegen Beleidigung angezeigt."
Daß der Antisemitismus-Vorwurf völlig haltlos ist, dämmert selbst der linksgrünen "Süddeutschen Zeitung".
Das Netz bebt vor Empörung. Tenor: In welchem Staat leben wir eigentlich? Macht sich die Justiz wie einst in der DDR zum Büttel des Systems?<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 17. November 2024 (x1.420/…):
>>**"Grüne" wollen AfD-Verbotsantrag unterstützen - Ökosozialisten beschließen "Klimageld"**
Die "Grünen" unterstützen die umstrittene Initiative von 113 Bundestagsabgeordneten, ein Verbotsverfahren gegen die AfD in die Wege zu leiten. Auf dem Wiesbadener Parteitag sprach sich eine große Mehrheit der Ökosozialisten dafür aus. Dies sei ein "erster Schritt zu einem AfD-Verbot", heißt es in dem Beschluß.
Die "Grünen" fordern, die Voraussetzungen für ein AfD-Verbot "unverzüglich transparent und unterstützt durch externen Sachverstand, insbesondere zivilgesellschaftlicher Initiativen, abschließend festzustellen."
Die Feststellungen sollten dann "als Grundlage dienen für eine von Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung, gegebenenfalls gemeinsam, beim Bundesverfassungsgericht zu beantragende Entscheidung, daß die AfD verfassungswidrig ist".
Tempolimit und "Klimageld"
Die "Grünen" bekräftigten auf dem Parteitag außerdem ihre Forderung nach einem Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen. Aus Sicht der Partei soll es auch mehr Entscheidungsspielräume für Kommunen geben, um innerorts flächendeckend Tempo 30 einzuführen.
Die Delegierten stimmten auch für die Einführung eines sogenannten "Klimagelds". Diese aberwitzige Transferleistung soll die steigende Belastung durch die CO2-Bepreisung bei Menschen mit mittlerem oder niedrigem Einkommen ausgleichen.
Auf dem Bundesparteitag wurden die Habeck-Vertraute Franziska Brantner und der Linksaußen Felix Banaszak erwartungsgemäß als neues Führungsduo gewählt. Heute, 17. November, soll Noch-Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck offiziell zum Kanzlerkandidaten der Ökosozialisten gekürt werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. November 2024 (x1.417/…): >>**Muß die AfD mehr trumpeten?**

Von *Valentina Schacht*

Mit Klartext zum Erfolg: Sollte die AfD mehr Trump wagen? Darüber haben Jürgen Elsässer und ein AfD-Politiker schon nach Trumps erstem Sieg diskutiert. Wir dokumentieren nachfolgend das immer noch relevante Gespräch. …

Will die Partei um Alice Weidel und Tino Chrupalla bei der Neuwahl des Bundestages im Februar 2025 im Windschatten Trumps reüssieren, sollte sie sich nicht nur an dessen unkonventioneller PR-Arbeit ein Beispiel nehmen, sondern auch an der klaren Kante, die der Republikaner in seinen Wahlkampfreden immer wieder gezeigt hat.

Der Stern notierte dazu in seiner Ausgabe vom 8. November: "Trump hat geschafft, was viele Strategen im Vorfeld der Wahl für nahezu unmöglich hielten. Statt um die Stimmen der Mitte zu kämpfen, hat er auf die Verstärkung seiner Basis gesetzt. Seine Erfolgsformel: Je extremer die Botschaft, desto größer die Reichweite."

Hier ist bei der AfD noch Luft nach oben.

COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer hat genau darüber schon nach Trumps Sieg bei der US-Präsidentschaftswahl 2016 mit dem Berliner AfD-Abgeordneten Frank Christian Hansel diskutiert. Einen Ausschnitt aus dem Gespräch haben wir bereits am 12. November 2024 im Brennpunkt von COMPACT.DerTag gebracht. …

Trump und die AfD

Elsässer: Donald Trump ist in jedes Fettnäpfchen der Political Correctness mit Lust und Wonne hineingetreten. Seine Wahlkampfknaller waren zwei Dinge. Erstens: Mauer bauen an der Grenze zu Mexiko. Und zweitens hat er gesagt, Muslime kommen nicht mehr rein. Also sehr, sehr klare Kante. Müßte die AfD nicht davon lernen und auch volkstümlicher und schärfer formulieren, populistischer, anstatt immer so ein bißchen zurückzuweichen.

Hansel: Ja, das ist die Grundfrage, der sich die AfD eigentlich jeden Tag stellt. Sie sprechen da einen Konflikt an, der latent immer in der Partei ist. Der US-amerikanische President-elect, der kann es sich als Amerikaner leisten. Aber wir haben diese Grundbelastung aus der Historie - die wir aber nicht akzeptieren wollen. Wir sehen natürlich die Belastung, aber das hat mit unserer Generation nichts zu tun. Es geht aber nicht um uns und um die Partei, sondern um die Wahrnehmung draußen. Und eins ist ganz klar: Wir wollen Mehrheiten schaffen, wir wollen das Land verändern. Und Wahlen werden in der Mitte gewonnen…

Elsässer: Das bezweifle ich.

Keule gegen Schmuddelkinder

Hansel: Aber "on the long run" ist es so. Der Stamm, den wir jetzt haben, von 15, im Osten teilweise bis 25 Prozent, das ist ein großartiger Erfolg, aber es reicht eben noch nicht für Mehrheiten. Und wir haben ja gesagt, daß wir nicht Juniorpartner einer Koalition werden wollen. Es kann nur funktionieren, wenn wir uns Mehrheiten organisieren und Primärpartner sind. Da ist es so, daß wir doch noch einiges mehr an bürgerlichen Wählern brauchen, die eigentlich schon bei uns wären, wenn "die Keule" uns nicht immer als nicht wählbare Schmuddelkinder denunzieren würde. Wobei, natürlich haben Sie recht: Egal was wir tun, sie werden immer auf uns einschlagen. Insofern ist es eine schwierige Debatte.

Elsässer: Trotzdem würde ich Ihnen widersprechen, denn Trumps Wahlerfolg war nur möglich, weil er die Nichtwähler in erheblichem Umfang mobilisiert hat. Wir haben doch in Deutschland dieselbe Situation, nicht so schlimm wie in den USA, aber fast so schlimm: Zumindest bei Landtagswahlen haben wir 40 Prozent Nichtwähler, und natürlich kann man die populistisch abholen. Und das ist die Hauptkraftreserve für die AfD.

Wobei die soziale Frage da eine große Rolle spielt: Trump hat, marxistisch gesprochen, die Arbeiterklasse mobilisiert, indem er gesagt hat: Laßt doch nicht zu, daß Euch Multikulti

schöngeredet wird mit Political Correctness - und Ihr verliert Eure Arbeitsplätze, die wandern ab nach Mexiko oder China. Die bürgerliche Klientel, die bisher vielleicht noch CDU/CSU wählt, ist schon wichtig. Aber ich glaube, das Hauptpotential sind die Nichtwähler - für eine Protestpartei.
Hansel: Ja. Aber ich habe es im Wahlkampf erlebt: Es gab natürlich auch Leute, die gesagt haben: "Nee, Euch wählen wir nicht, Ihr seid uns zu links!" Da hat einer gesagt, ganz klar: "Ich wähle NPD, habe immer NPD gewählt. Ihr seid uns zu links, kommt nicht in Frage!" Es ist nicht so, daß das jetzt unser Potential wäre. Wir kriegen im Übrigen auch großen Zuspruch von der Linkspartei. Die Linkspartei besteht ja nicht nur aus den Spinnern im Westen, sondern da gibt es auch die Erben der konservativen Staatspartei, der SED. Und die haben schon gemerkt, daß die soziale Frage auch bei uns gut aufgehoben ist. Wir sagen, wir sind gegen die Manager-Boni, für Manager-Haftung, damit bestimmte Exzesse nicht mehr stattfinden. Das hört man von den anderen Parteien nicht.
Elsässer: Sie sagen, der Diskurs in Deutschland ist aufgrund der sogenannten Last der Vergangenheit, die uns aufgedrückt wird, schwieriger. Muß man nicht sagen: Auch diese Sonderbedingung ist durch die Trump-Wahl Makulatur geworden, wir haben jetzt mit dem Trump-Rückenwind einfach die Möglichkeit, offener zu sprechen? Wenn dann die Medien sagen "Ihr seid Rassisten!", sagen wir: "Moment mal, wir sagen doch das Gleiche wie Trump!"
Hansel: Das kann durchaus sein. Ich glaube schon, daß sich da etwas öffnet.

Die Kunst der Zuspitzung

Elsässer: Ich glaube, daß man die Polarisierung offensiv betreiben muß. Das hat auch Trump gemacht, den Pol des Volkes gegen den des Establishments gesammelt. Wenn man auf Polarisierung verzichtet, bleibt die Gesellschaft eine Einheitssoße, die von oben her gelenkt wird.
Hansel: Da haben Sie recht, aber die AfD an sich ist schon die Provokation. Die Tatsache, daß es uns gibt, ist schon Ausfluß dessen. Und das ist ja das Geniale, daß das die Altparteien nicht verstanden haben. Und daß sie, indem sie uns piesacken, uns schlechtreden, in die rechte Ecke drücken, uns ja aufgewertet haben. Ich glaube, man muß nur sagen: Okay, wir müssen das jetzt quasi anders machen, und wir müssen gegen das Establishment angehen. Nicht, weil es das Establishment ist, sondern weil Fehlentscheidungen getroffen, Kriege geführt worden sind und so weiter.
Elsässer: Reden wir über Zuspitzungen. Natürlich kann die AfD nicht sagen: Wir bauen jetzt eine Mauer. Das ist in Deutschland eine sehr schlechte Parole. Aber wieso übernimmt man nicht von Trump die Parole - von ihm auf Hillary Clinton bezogen: "Wir bringen Merkel hinter Gitter!"? Ich glaube, das wäre sehr populär.
Hansel: Schauen Sie, ich bin relativ viel auf Facebook. Und ich gucke mir da auch an, was zum Teil kommentiert wird. Und bei dem Wort Volksverräter - Merkel Volksverräter -, da habe ich einfach ein Problem. Das geht mir zu weit. Man kann die Kritik an Angela Merkel, am Flüchtlingsrettungswahn, am Eurorettungswahn, am Klimarettungswahn auch ganz normal ausdrücken, indem man einfach die Fakten benennt: den Gesetzesbruch. Das ist Provokation genug!
Elsässer: Meine Formulierung "Merkel hinter Gitter!" ist ja erst mal eine rechtsstaatliche Position: daß man sagt, hier sind Gesetze gebrochen worden, auch das Grundgesetz, so massiv, im Alleingang, von einer Frau, die sich Kanzlerin nennt - das muß doch strafrechtlich geahndet werden!
Hansel: Wir haben "klare Kante". Wir sagen, das sind Rechtsbrüche. Wir sind nicht gegen die Flüchtlinge - wir sagen ja auch, wir wären wahrscheinlich selber welche, wenn wir in der Situation wären -, sondern wir sind gegen die Politik. Wir sagen: Demonstriert wird nicht gegen die Menschen, sondern gegen die falsche Politik - vor den Rathäusern, nicht vorm Flüchtlingsheim. Und die Leute haben verstanden, daß wir gegen diese Rechtsbrüche sind. Auch die

Problematik der Kultur: daß das nicht funktioniert und nicht paßt, in wesentlichen Zügen, durch den Islam im Sinne der Scharia… Das sind wir, und das haben die Leute verstanden. Da brauche ich es jetzt nicht, wenn eine Demo ist, und einer fängt an, "Ausländer raus!" zu rufen. Das wird uns dann zugerechnet. Und das ist kontraproduktiv.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. November 2024 (x1.422/…): >>**Habeck: Angezeigte Beleidigung nur Auslöser für Hausdurchsuchung**

Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck hat seine Anzeige gegen einen Mann wegen Beleidigung verteidigt. "Ich habe mich am Anfang der Legislatur, als es so hart zuging, entschieden, Beleidigungen, Bedrohungen zur Anzeige zu bringen. Das sind sehr viele", sagte er am Sonntag dem ARD-Hauptstadtstudio. Das werde über Agenturen gefiltert.

"Und in diesem Fall kam es von der bayerischen Polizei", so der Grünen-Politiker. Die Staatsanwaltschaft Bamberg hatte am Freitag bestätigt, daß einem 64-jährigen Mann aus dem Landkreis Haßberge vorgeworfen werde, im Frühjahr oder Sommer Habeck "über das Internet" beleidigt zu haben, und daß es am Dienstag bei dem Beschuldigten deswegen eine Wohnungsdurchsuchung gegeben habe.

Der Tatverdächtige habe auf der Internetplattform "X" (früher: Twitter) eine Bilddatei hochgeladen, die eine Porträtaufnahme des Bundeswirtschaftsministers mit dem an den Werbeauftritt der Firma Schwarzkopf angelehnten Schriftzug "Schwachkopf Professional" zeige. Durch Habeck sei Strafantrag gestellt worden.

Habeck räumte nun ein: "Natürlich ist jetzt 'Schwachkopf' nicht die schlimmste Beleidigung, die jemals ausgesprochen wurde. Was aber dann passiert ist, nämlich daß die Staatsanwaltschaft dann den Laptop oder das Endgerät beschlagnahmt hat, also ins Haus reingegangen ist, hat mit meiner Anzeige nur als Auslösendes, glaube ich, zu tun", sagte der Grünen-Spitzenkandidat.

"Denn in der Erklärung der Polizei war ja von rassistischen Hintergründen die Rede oder antisemitischen Hintergründen die Rede. Deswegen denke ich, daß das zwar die gleiche Person ist, aber diese Anzeige nur Auslöser war." Die Staatsanwaltschaft hatte am Freitag mitgeteilt, daß der Durchsuchung eine richterliche Anordnung vorangegangen sei, Polizeibeamte der Kriminalpolizei Schweinfurt hätten sie durchgeführt. Dabei sei ein Tablet des Beschuldigten sichergestellt worden.

Neben dem der Beleidigung bestehe aber auch "der Anfangsverdacht einer Volksverhetzung gemäß § 130 StGB, da dem 64-Jährigen darüber hinaus vorgeworfen wird, im Frühjahr 2024 auf der Internetplattform "X" eine Bilddatei hochgeladen zu haben, auf der ein SS- oder SA-Mann mit dem Plakat und der Aufschrift "Deutsche kauft nicht bei Juden" sowie u.a. der Zusatztext "Wahre Demokraten! Hatten wir alles schon mal!

"Zu sehen ist", wie es weiter von der Staatsanwaltschaft hieß. Die Wohnungsdurchsuchung sei zudem "im Zusammenhang mit einem bundesweiten Aktionstag gegen antisemitische Haßkriminalität im Internet" erfolgt. Die weiteren Ermittlungen gegen den Beschuldigten würden durch die Kriminalpolizei Schweinfurt und die Staatsanwaltschaft Bamberg geführt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 17. November 2024 (x1.422/…): >>**Grünen-Parteitag kürt Habeck zum Kanzlerkandidaten**

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist zum Kanzlerkandidaten der Grünen gekürt worden. Beim Bundesparteitag in Wiesbaden wurde am Sonntagnachmittag ein entsprechender "Dringlichkeitsantrag" beschlossen. Die Zustimmung lag bei 96,5 Prozent. Konkret stimmten 741 Delegierte für Habeck als Kanzlerkandidat, bei 20 Gegenstimmen und sieben Enthaltungen.

Das Ergebnis liegt damit minimal unter dem von Annalena Baerbock vor drei Jahren. Habeck hatte zuvor in seiner Bewerbungsrede unter anderem für eine Reform der Schuldenbremse geworben und vor einer Neuauflage der Großen Koalition gewarnt. Die Grünen-Spitze hatte

sich im Vorfeld dazu entschieden, Habeck nicht per Personenwahl, sondern per Antrag zum Kanzlerkandidaten zu machen. Gegenkandidaturen wären so nur mit Änderungsanträgen möglich gewesen. In dem nun beschlossenen Antrag kommt das Wort "Kanzlerkandidat" auch gar nicht vor.
Statt dessen heißt es, daß Habeck ein "Kandidat für die Menschen in Deutschland" sein solle und er "das Zeug zu einem guten Bundeskanzler" habe. An seiner Seite soll Baerbock stehen, mit der er ein "Spitzenduo" bilden soll. Mit der Aufstellung des Spitzenteams für die Bundestagswahl haben die Grünen auch ihre personelle Neuaufstellung abgeschlossen. Bereits am Samstag war die neue Parteiführung gewählt worden. Neue Parteivorsitzende sind die Habeck-Vertraute Franziska Brantner sowie der Bundestagsabgeordnete Felix Banaszak.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 17. November 2024 (x1.417/…): >>**"Entdeutschung": Polens Verbrechen in Oberschlesien**
Nach dem Diktatfrieden von Versailles waren zahlreiche Deutsche in Posen, Westpreußen und Oberschlesien Repressionen durch Polen ausgesetzt. Hierbei kam es zu furchtbaren Verbrechen. Mehr zu den verschwiegenen Greueltaten gegen unser Volk lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Verbrechen an Deutschen - Vertreibung Bombenterror, Massenvergewaltigungen". Die ganze historische Wahrheit! …
_ von *Rüdiger Lenhoff*
Am 11. November 1918 unterzeichneten deutsche Vertreter im Wald von Compiègne das Waffenstillstandsabkommen, mit dem der Erste Weltkrieg beendet wurde. Ab dem 18. Januar 1919 tagte unter Vorsitz des französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau die Pariser Friedenskonferenz. Anwesend waren Delegierte von über 30 Nationen, Vertreter der ehemaligen Feindstaaten der Alliierten waren nicht zugelassen. Die wesentlichen Entscheidungen trafen US-Präsident Wilson, Großbritanniens Premier Lloyd George, Italiens Regierungschef Orlando und natürlich Clemenceau.
Der Versailler Vertrag hatte die Frage der Volkszugehörigkeit weitgehend ignoriert.
Anfang Mai 1919 wurde den deutschen Abgesandten unter Führung von Außenminister Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau der Entwurf des Versailler Vertrages ausgehändigt, der in Deutschland parteiübergreifend für helle Empörung sorgte. Trotzdem unterzeichnete die deutsche Delegation am 28. Juni 1919 den Diktatfrieden, weil die Siegermächte mit der militärischen Besetzung gedroht hatten und die britische Lebensmittelblockade in der Nordsee fortbestand.
Das Deutsche Reich mußte absurderweise die alleinige Schuld am Kriegsausbruch anerkennen, sich zu horrenden Reparationszahlungen verpflichten, seiner weitgehenden Entmilitarisierung zustimmen, auf alle Kolonien verzichten und beträchtliche Gebietsverluste im Westen, aber vor allem im Osten hinnehmen.
Polnische Chauvinisten
Der Versailler Vertrag hatte bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze die Frage der Volkszugehörigkeit der ansässigen Bevölkerung weitgehend ignoriert. Ohne Referenden wurde der größte Teil Westpreußens, der Provinz Posen und ein kleiner Teil Ostpreußens (das Gebiet von Soldau) per Federstrich an Polen abgetreten.
Unter Protest der deutschen Bevölkerung wurde Danzig als sogenannte Freie Stadt unter die Kontrolle des Völkerbundes gestellt und den Polen ein Katalog mit Sonderrechten gewährt. Bei der Volkszählung 1923 hatten 97,6 Prozent der Danziger Deutsch als Muttersprache angegeben. Wo Volksabstimmungen stattfanden, stimmte die Mehrheit für die staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland. So votierten am 11. Juli 1920 im ostpreußischen Abstimmungsbezirk Allenstein 97,9 Prozent und im westpreußischen Bezirk Marienwerder 92,8 Prozent für den Verbleib im Reich.
Schnell zeigte sich, daß die Regierung in Warschau den Minderheitenschutzvertrag mißachte-

te, den sie am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnet hatte - und ohne dessen Annahme es die deutschen Gebiete nicht zugesprochen bekommen hätte. Selbst ein ausgewiesener Deutschenhasser wie Clemenceau sah sich daraufhin veranlasst, den polnischen Ministerpräsidenten Ignacy Jan Paderewski auf die Bedeutung der Volksgruppenrechte hinzuweisen.
Trotz der Zusicherung ethnischer Minderheitenrechte und massiver Gebietszuwächse im Westen dachten viele Polen gar nicht daran, sich mit dem Status quo abzufinden. Es gab keine Spur von Dankbarkeit gegenüber Deutschland, das am 5. November 1916 zusammen mit Österreich-Ungarn ein selbständiges Polen ausgerufen hatte. Im November 1918 übernahm Jozef Pilsudski die vollziehende Gewalt in dem neu geschaffenen Staat, der zunächst aus dem historischen Kongreßpolen und Westgalizien bestand.
Mit seiner Proklamation zum Staatsoberhaupt begann Pilsudskis erste Präsidentschaft. Im Januar 1919 ernannte er Paderewski vom Polnischen Nationalkomitee zum Ministerpräsidenten. In dieser Funktion führte der Pianist zusammen mit dem deutschfeindlichen Nationalisten Roman Dmowski die polnische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz 1919 und unterzeichnete den Versailler Vertrag.
Warschau mißachtete den Vertrag zum Schutz von Minderheiten.
Nach einer Rede Paderewskis in der deutschen Provinz Posen und einem Treffen mit dem chauvinistischen früheren Reichstagsabgeordneten Wojciech Korfanty begann dort am 27. Dezember 1918 der großpolnische Aufstand. Sein Ziel war die Abtrennung Posens vom Deutschen Reich. Bereits im Oktober hatte Korfanty im Parlament für den Anschluß deutscher Ostgebiete an Polen plädiert. Der Aufstand der Separatisten konnte von deutschen Grenzschutzverbänden zwar gestoppt werden. Am 16. Februar 1919 verfügten die Westalliierten jedoch einen Waffenstillstand und legten eine Demarkationslinie zur Teilung der Provinz vor, die fast vollständig Polen zugeschlagen wurde.

Terror gegen Deutsche

Die deutsche Minderheit in Polen - zunächst gut zwei Millionen Menschen - nimmt bis 1923 auf 1,2 Millionen ab. Als erstes inhaftiert man 16.000 Deutsche als Staatsfeinde in zwei Konzentrationslagern im Posener Gebiet. Ab 1922 werden die Deutschen ausgewiesen, die nach 1908 ins Land gekommen sind. Die Geschehnisse in Posen 1918/19 boten einen Vorgeschmack auf den Alltagsterror gegen Deutsche in den Polen zugesprochenen Gebieten.
Der Jäger Friedrich Stümmels von der 1. Kompanie des Jäger-Bataillons 10 schilderte vor einem Amtsgericht unter Eid, was er nach seiner Gefangennahme beobachtete:
"In einer Zelle befanden sich zwei Kriegsgefangene, der Uniform nach Artilleristen. Am 26. Februar nachmittags hörte ich, wie die beiden aus ihren Zellen herausgebracht wurden. Bald darauf hörte ich sie sehr schreien. Der eine schrie: "Laßt mir meine Augen!", der andere schrie: "Mein Ohr!" Durch den Türspalt sah ich, daß etwa 15 polnische Soldaten sich in zwei Reihen aufgestellt hatten und bemerkte, daß der eine Gefangene mit bloßem Körper und am Ohr blutend durch die Reihe schnell hindurchlief. Er blutete sehr stark, das Blut lief ihm seitlich am Kopf herunter. Die beiden Gefangenen kamen nicht in die Zellen zurück. Ich nehme an, daß sie von den Polen getötet worden sind."
Selbst Zivilisten waren schwersten Mißhandlungen durch die Aufständischen ausgesetzt, die offenbar keinerlei Sanktionen der Westmächte fürchteten. Während des Posener Aufstandes waren Plünderungen, Eigentumszerstörungen, Vergewaltigungen, Erschießungen, Folterungen und Verschleppungen an der Tagesordnung.
Viele deutsche Gemeinden flehten die eigene Regierung per Telegramm um Hilfe an, so am 24. Januar 1919 auch diese:
"Unsere rein deutsche Gemeinde Deutschhöhe, Kreis Meseritz, wird seit zwei Wochen ständig von polnischen Banditen heimgesucht. Sie stehlen Bekleidungsstücke, Lebensmittel, Kriegsanleihen und bares Geld, schleppen unschuldige Männer und Jünglinge fort und bedrohen

grundlos Leben und Eigentum der Einwohner. Unschuldige Opfer sind schon zu beklagen. Wir verzweifeln in unserer Lage. Niemand wagt sich heraus, Wahlen können nicht stattfinden, Lebensmittel nicht geliefert werden. Wir sind ganz verloren, wenn nicht militärische Hilfe sofort erfolgt. Reschke, Gemeindevorsteher."
Aufgrund des unerträglichen Assimilationsdrucks der Behörden und ständiger polnischer Übergriffe kam es in den Jahren zwischen 1919 und 1921 zu einem wahren Exodus der Deutschen aus Posen und Westpreußen. Viele fürchteten nicht nur um ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch um ihre körperliche Unversehrtheit.
Beispielhaft für die auswanderungsfördernden Gewaltausbrüche steht eine polnische Demonstration in Bromberg, in deren Folge im Februar 1921 deutsche Geschäfte und die Redaktionsräume der deutschen Lokalzeitung angegriffen wurden. Im Juni 1921 plünderte in Ostrowo unter den Augen einer untätigen Polizei ein polnischer Mob deutsche Geschäfte und Privathäuser.

Griff nach Oberschlesien

Der Chauvinist Korfanty hatte aber nicht nur die Polonisierung Posens und Westpreußens im Blick, sondern auch die gewaltsame Aneignung Oberschlesiens. In seinem Geist und mit seiner organisatorischen Hilfe versuchten polnische Aufständische insgesamt dreimal, Oberschlesien unter ihre Kontrolle zu bringen. Man hoffte auch dort - mit dem Segen der Siegermächte -, vollendete Tatsachen schaffen zu können.
Die erste Insurrektion brach am 17. August 1919 aus, konnte vom deutschen Militär aber schon nach einigen Tagen erstickt werden. In der Nacht vom 19. auf den 20. August 1920 kam es zur zweiten polnischen Rebellion, die von Gewalttaten begleitet war. Volksdeutsche wurden getötet, gequält, verschleppt und vertrieben - alles mit Duldung der Interalliierten Kommission. Während die italienischen Besatzungstruppen den Gewaltexzessen Einhalt zu gebieten versuchten, wurden sie von den Franzosen teilweise gefördert.
Wilhelm Schellong aus Bittkow im Kreis Kattowitz gab am 9. September 1920 zu Protokoll: "In der Zelle, in die wir gebracht wurden, saßen die Lehrer Skrobek und Slowik und die vier Deutschösterreicher. Nach einer Weile kamen ungefähr 30 Insurgenten herunter in den Keller. Dieselben nahmen sich einen Gefangenen nach dem anderen vor und bearbeiteten ihn mit Schlagringen, Gummiknüppeln, Eichenlatten, Eisenstäben und Gewehrkolben." Der zweite Überfall endete am 25. August, nachdem die Interalliierte Kommission der Entwaffnung der deutschen Sicherheitswehr und der polnischen Einflußnahme auf die Verwaltung zugestimmt hatte.
Ursprünglich sah der Versailler Vertrag auch die Überlassung Oberschlesiens an Polen vor. Nach scharfen Interventionen der deutschen Regierung wurde schließlich eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der Region abgehalten. Am 20. März 1921 stimmten bei einer Wahlbeteiligung von 97,5 Prozent 59,6 Prozent der Oberschlesier für den Verbleib im Reich und nur 40,4 Prozent für Polen. Dabei waren der Wahl eine massive Stimmungsmache und Einschüchterungspolitik sowie das pro-polnische Agieren der französischen Besatzungstruppen vorausgegangen.
Trotz des 60-Prozent-Votums für Deutschland ordnete der Völkerbundrat die Teilung der traditionsreichen Provinz an. Polen bekam im Oktober 1921 vor allem das oberschlesische Industrie- und Kohlerevier und mehrheitlich deutsch besiedelte Städte wie Kattowitz und Königshütte zugeschlagen. Dabei hatten in der Stadt Kattowitz 85,4 Prozent und in Königshütte 74,5 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votiert.
Zwischen den Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche aus.
Obwohl er als polnischer Abstimmungskommissar alles auch noch so Rechtswidrige unternommen hatte, um einen deutschen Sieg zu verhindern, wollte sich Korfanty mit dem Wahlausgang nicht abfinden. In der Nacht zum 3. Mai 1921 zettelte er den dritten Annexionsver-

such an, der am 5. Juli mit einem Waffenstillstand endete. Am 21. Mai 1921 hatten deutsche Selbstschutzeinheiten mit der Erstürmung des Annaberges die größte Schlacht des Aufstandes für sich entschieden.

Umvolkung

Maßgebliche Kreise forderten dennoch weitere Gebietszuwächse auf Kosten Deutschlands. Am 23. Mai 1922 war in der Warschauer Zeitung Die Republik Polen zu lesen: "Die Zerreißung Oberschlesiens ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, eine Ungeheuerlichkeit. Ein unabhängiges Danzig sperrt uns den Zugang zum Meere, der pommerellische Korridor ist von zwei Seiten bedroht. ... Alle unsere polnischen Vereine müssen sich zusammentun, um den Kampf gegen das Deutschtum zu führen. Die Seebrise belebt die Phantasie der polnischen Patrioten und polnischen Dichter, und diese Phantasie streckt die Arme aus nach den Westslawen an der Elbe und an der Oder."

Weil ohne einen neuen Krieg eine weitere Grenzrevision unmöglich war, verlegte man sich auf ethnokulturelle Zwangshomogenisierung der durch den Versailler Vertrag neu gewonnenen Gebiete. Schon 1919 begann die Vertreibung von Deutschen durch die Schließung ihrer Behörden und Garnisonen. Beschlagnahmungen von Eigentum und die Auflösung von Pachtverträgen machten deutsche Gewerbetreibende und Bauern arbeitslos. Ziel des Agrarreformgesetzes vom 28. Dezember 1925 war die grundlegende Änderung der Bodenbesitzverhältnisse zu Lasten Deutscher.

Besonderen wirtschaftlichen Repressionen war die Stadt Danzig ausgesetzt, die unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes vom Reich abgetrennt und zu einer Freien Staat mit polnischem Sondereinfluß gemacht worden war. Die dortigen Deutschen sollten wirtschaftlich stranguliert und durch Zermürbung wehrlos gegen die Polonisierung gemacht werden.

In Posen, Westpreußen, Danzig und Teilen Oberschlesiens drängte man zudem die deutsche Sprache zurück, indem die meisten deutschen Schulen geschlossen wurden und Deutsch keine Verwaltungssprache mehr war. Viele Volksdeutsche wurden Bürger zweiten Ranges, weil ihnen die Staatsbürgerschaft des Staates verwehrt wurde, auf dessen Territorium sie sich nun befanden. Ohne polnischen Paß galten sie plötzlich als Ausländer und mußten das Land vielfach verlassen, weil ihnen keine Aufenthaltsgenehmigungen erteilt wurden.

Nach dem Putsch des ehemaligen Staatschefs Jozef Pilsudski im Mai 1926 verschlechterte sich die Lage der deutschen Minderheit weiter. Der Staat ging von einer bislang vergleichsweise "planlosen" zu einer "planmäßigen Entdeutschung" über, wie der Historiker Albert Kotowski feststellte. Zwischen den beiden Weltkriegen wanderten mehr als eine Million Deutsche wegen der polnischen Schikanen aus ihrer jahrhundertealten Heimat aus und suchten Schutz im Reich.

Das große Tabu des 20. Jahrhunderts: Die Lager in Polen und der Tschechoslowakei, die Rheinwiesenlager von Amerikanern und Briten, sowjetische Massenvergewaltigungen, alliierter Bombenterror. In COMPACT-Geschichte "Verbrechen an Deutschen" dokumentieren wir den Leidensweg des deutschen Volkes im 20. Jahrhundert - und geben den vergessenen Opfern eine Stimme. Ein unverzichtbares Nachschlagewerk - zur Erinnerung für die Alten, zur Einführung für die Jungen.<<

18.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. November 2024 (x1.420/…): >>**"Grünen-Parteitag": Ökosozialisten rufen Heizungsmurks-Minister Habeck zum "Kanzlerkandidaten" aus**

Die "Grünen" haben Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck am Sonntag, 17. November, auf ihrem Parteitag in Wiesbaden zum "Kanzlerkandidaten" für die Bundestagswahl gekürt. Er bekam 96,48 Prozent der Stimmen.

"Wir nehmen die Wahl an!", rief Habeck, der zusammen mit Außenministerin Annalena

Baerbock im Wahlkampf antritt. Im diesbezüglichen Antrag wird der Heizungsmurks- und Wirtschaftszerstörungsminister allen Ernstes als "Kandidat für die Menschen in Deutschland" bezeichnet, der "das Zeug zu einem guten Bundeskanzler" habe.
Am Samstag hatten die "Grünen" bereits den ultralinken Bundestagsabgeordneten Felix Banaszak und die Habeck-Vertraute Franziska Brantner erwartungsgemäß zu neuen Parteivorsitzenden gewählt.<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. November 2024 (x1.420/…):
>>**Habecks "Energiewende-Flaggschiff" pleite: Wasserstoff-Firma muß Insolvenz anmelden!**
Weil ein Investor abgesprungen ist, muß eine Wasserstoff-Firma Insolvenz anmelden. In den Medien wurde das Unternehmen als "Habecks Flaggschiff" für sogenannten grünen Wasserstoff hochgejubelt.
Das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg hat jetzt die Anträge der HH2E AG und der HH2E Werk Lubmin GmbH auf ein vorläufiges Eigenverwaltungsverfahren bewilligt. Das Insolvenzverfahren zielt darauf ab, nach Möglichkeit einen neuen Investor zu gewinnen.
HH2E galt seit seiner Gründung 2020 als Vorreiter für die Erzeugung von "grünem" Wasserstoff. Ein Gründer von HH2E nannte das Unternehmen einen "Frontrunner bei der grünen Wasserstofferzeugung".
Wie es aussieht, scheint Habecks Vorzeige-Unternehmen voll vor die Wand gerannt zu sein!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 18. November 2024 (x1.421/…):
>>**Trotz neun offener Klagen: Windrad-Bau in Grimms Märchenwald gestartet**
Der Reinhardswald in Hessen ist Schauplatz von Märchen der Gebrüder Grimm - künftig sollen hier neben Burgen aber auch Windkraftanlagen stehen. Obwohl neun Klageverfahren gegen das Projekt ausstehen, hat jetzt der Bau der 240 Meter hohen Windräder begonnen.
Von *Redaktion*
Im hessischen Reinhardswald sollen 18 Windkraftanlagen entstehen. Dafür wurden seit 2022 Teile des auch als Grimms Märchenwald bekannten Gebiets gerodet, seit vergangener Woche wird nun der Bau der Windräder vorbereitet. Dabei stehen noch neun Klageverfahren vor dem hessischen Verwaltungsgerichtshof aus, die das Projekt potentiell kippen könnten.
Bekannt ist der nördlich von Kassel liegende Reinhardswald vor allem wegen seiner märchenhaften Landschaft: Burgen und teils zwei Jahrhunderte alte Bäume zeichnen das Gebiet aus. Bereits die Gebrüder Grimm sollen sich hier inspiriert haben lassen. Märchen wie "Rapunzel" oder "Dornröschen" spielen in der Region.
Vor allem aber die Baumrodungen und das Errichten von breiten Zufahrtsstraßen für die am Bau der Windräder beteiligten Maschinen sorgten für Aufsehen. Laut Hitradio FFH betreffen jeweils drei Klage- und Eilverfahren, über die noch vor dem hessischen Verwaltungsgerichtshof entschieden werden muß, die Standorte der 18 Windräder.
Bei drei Klagen geht es um die Errichtung der Zufahrtswege - auch die denkmalschutzrechtliche Genehmigung des Landkreises Kassel ist in diesem Kontext betroffen. Die hessische Stadt hatte das Projekt im Februar 2022 genehmigt. In der Folge kam es zu vereinzelten Protesten gegen den geplanten Bau.
Dennoch wurde jetzt mit der Errichtung des Fundaments begonnen - zuvor hatte der Verwaltungsgerichtshof bereits den Ausbau der mittlerweile mehrspurigen Zufahrtswege und Baumfällarbeiten untersagt. Aber auch bei den Konzepten für den Brand-, Katastrophenschutz, Trinkwasser- sowie Hochwasserschutz gibt es noch Handlungsbedarf.
Ab 2026 sollen die 241 Meter hohen Anlagen mit einer Rotorblattlänge von 60 Metern dann immerhin 75.000 Haushalte versorgen können, so der Plan. Die ausstehenden Gerichtsverhandlungen wurden dabei ignoriert, weil die Windparkbetreiber keine Aussichten auf Erfolg

sehen. Eine solche rechtliche Einschätzung soll eine Berliner Kanzlei geliefert haben.
Vielmehr zeigt sich der Windparkbetreiber ernüchtert über Klagen gegen das Projekt, die den Bau bereits um zwei Jahre verschoben haben und einen Kostenanstieg von ursprünglich 120 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro bewirkt haben sollen. Zu den Klägerparteien gehören Vereine wie die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sowie die Naturschutzinitiative. Aber auch die Gemeinde Wesertal, die unmittelbar an das Waldgebiet anliegt, ist beteiligt.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. November 2024 (x1.422/…): >>**Deutschland liefert Kiew 4.000 KI-Drohnen**

Deutschland will offenbar in Kürze mit der Lieferung von im Juni zugesagten 4.000 KI-Drohnen an die Ukraine beginnen. Das berichtet die "Bild". Demnach wird die Lieferung ab Dezember mit mehreren Hundert Exemplaren pro Monat erfolgen. Die deutsche KI-Firma "Helsing" hatte im September 2024 einen Vertrag über 4.000 "Strike-Drohnen" mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium abgeschlossen.
Diese KI-gesteuerten Drohnen, intern auch "Mini-Taurus" genannt, sind gegen russisches GPS-Jamming und andere elektronische Kriegsführungsmaßnahmen weitgehend störunanfällig. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) äußerte sich zur Auslieferung: "Ich bin sehr froh, daß gerade jetzt die Auslieferung dieser KI-gestützten Strike-Drohnen beginnt." Mit ihr könnte "die ukrainischen Streitkräfte gegen russische militärische Hochwertziele wirken, zum Beispiel russische Gefechtsstände oder logistische Einrichtungen", so Pistorius.
Der Verteidigungsminister lobte die Fähigkeit der Drohnen, sich gegen elektronische Abwehrmaßnahmen durchzusetzen. Pistorius deutete an, daß auch Deutschland eines Tages über KI-gesteuerte Strike-Drohnen verfügen könnte: "Wir sind im engen Austausch mit unseren ukrainischen Partnern und werden Rückschlüsse für die Bundeswehr ziehen können, wie diese Art von Drohnen effektiv eingesetzt wird."
Aus Militärkreisen heißt es über die Besonderheit der Drohne: "Sie schaut sozusagen selbst auf die Gegend, erkennt anhand von vielen tausenden Wegmarkern, wo sie sich befindet und hilft dadurch dem Bediener, auch bei widrigen Wetterbedingungen oder in zerbombten Gebieten weiter Kurs zu halten. Wenn das Ziel gefunden ist und der Operateur es einweist, fliegt die Drohne auch selbstständig ins Ziel." Zudem hätten sie eine bis zu viermal höhere Reichweite als herkömmliche Kamikaze-Drohnen - und genug Sprengstoff, um russische Panzer zu zerstören.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. November 2024 (x1.422/…): >>**Kreml sieht neue Lage durch US-Raketenentscheidung**

Nach der mutmaßlichen Erlaubnis der Vereinigten Staaten, daß Kiew mit US-Waffen tief im Inneren Rußlands Angriffe durchführen darf, sieht der Kreml nach eigenen Angaben eine neue Lage in dem Konflikt. "Wenn eine solche Entscheidung tatsächlich formuliert und dem Kiewer Regime mitgeteilt wurde, ist dies eine neue Stufe der Spannungen", sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Montag.
Es sei dann "eine neue Dimension des Engagements der Vereinigten Staaten in diesem Konflikt". Auf die Frage nach der Reaktion Moskaus auf die Entscheidung Washingtons verwies Peskow auf Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin im September. Dieser hatte damals behauptet, daß Einsätze mit den entsprechenden Raketensystemen angeblich nur von Soldaten der Nato-Länder durchgeführt werden könnten und ukrainische Militärangehörige dazu nicht in der Lage seien.
In diesem Zusammenhang hatte Putin von einer direkten Beteiligung von Nato-Ländern an dem Krieg gesprochen. Wie die Reaktion der Russen aussehen wird, blieb zunächst unklar. Putin hatte eine "angemessene Reaktion" auf eine solche Entscheidung angekündigt, ohne aber weitere Details zu nennen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 18. November 2024 (x1.422/…): >>**Baerbock begrüßt US-Entscheidung zu Langstreckenwaffen für Kiew**
Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat die Entscheidung der USA, der Ukraine den Einsatz von Raketen mit größerer Reichweite gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet zu erlauben, begrüßt. Es handele sich dabei nicht um ein "Umdenken", sondern es sei eine Intensivierung von dem, was bereits auch von anderen Partnern geliefert worden sei, sagte sie am Montag vor einem Treffen mit ihren EU-Amtskollegen in Brüssel.
"Das Selbstverteidigungsrecht bedeutet eben, daß man nicht abwarten muß , bis eine Rakete in ein Kinderkrankenhaus oder in eine Schule oder auch in einen ganz normalen Wohnblock erst einschlägt."
Man müsse "diesen militärischen Terror" beim Abschuß bereits zerstören. Baerbock bekräftigte zudem, daß sie sich auch für Deutschland ein Nachziehen vorstellen könnte.
Zuvor hatte bereits Grünen-Kanzlerkandidat Robert Habeck gesagt, daß er als Kanzler eine Lieferung des Marschflugkörpers Taurus an Kiew befürworten würde.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. November 2024 (x1.417/…): >>**Bürgergeld für Migranten: Zahlen explodieren**
Von *Sven Eggers*
Unglaublich: Mittlerweile haben 63,5 Prozent aller Bürgergeld-Empfänger einen Migrationshintergrund. Der Wahnsinn hat Methode, wie Günter Hannich in seinem aktuellen Buch "Plünderland" mit unwiderlegbaren Zahlen und Fakten aufzeigt. …
Es sind krasse Zahlen, die das Bundesinnenministerium auf Anfrage des Bündnisses Sahra Wagenknecht jetzt herausgegeben hat. Danach explodieren Bürgergeldkosten für Migranten. Die Bild formuliert es so: "Waren es im Jahr 2021 noch 5,9 Milliarden Euro an Stütze, die mehrheitlich an Geflüchtete oder Migranten ausgezahlt wurden, sind es vergangenes Jahr schon 12,2 Milliarden gewesen."
Was die Deutschen ärgert
Diese Giga-Summe macht bereits ein Viertel aller Bürgergeld-Leistungen aus. Insgesamt wurden hier 2023 satte 42,6 Milliarden Euro ausgeschüttet. Immer mehr Deutsche ärgert es, daß unser Steuergeld auf diesem Weg quasi ohne Gegenleistung zu Milliarden an Fremde fließt.
SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil ist nicht in der Lage, darzulegen, wie das Bürgergeld für 2025 finanziert werden soll. Die Tendenz ist bei den Kosten zudem eindeutig ansteigend. Experten haben hochgerechnet, daß es am Ende dieses Jahres dann schon 13,7 Milliarden Euro sein werden, die per Bürgergeld in die Taschen von Migranten fließen.
Aufgeschlüsselt: 1,3 Milliarden Euro gingen an Afghanen, 3,5 Milliarden an Syrer und 5,8 Milliarden an Ukrainer. Es folgen Leistungsberechtigte aus dem Irak (774 Millionen Euro), Iran (282 Millionen Euro), Eritrea (172 Mio.), Somalia (155 Mio.), Nigeria (125 Mio.) und Pakistan (112 Millionen Euro).
Legt man Zahlen der Bundesagentur für Arbeit daneben, die auch nach Empfängern mit Migrationshintergrund unterscheiden, wird das Ausmaß noch drastischer: Von den 4,005 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Bundesrepublik hatten im Oktober 2024 rund 2,543 Millionen Menschen Migrationshintergrund; das sind über 60 Prozent alle Bezieher!
Als Menschen mit Migrationshintergrund gelten hier alle, die selbst oder deren Eltern ohne die deutsche Staatsbürgerschaft geboren wurden.
Vor dem Kontrollverlust
Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, fällt jetzt auf: "Nahezu 100 Prozent der Asylzuwanderung ist auch Armutszuwanderung. Und das kann unser Sozialsystem auf Dauer nicht tragen." René Springer, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagfraktion:

"Die verheerend kurzsichtige Politik der CDU-geführten Merkel-Regierung, deren Kurs der offenen Grenzen und Sozialleistungen für alle von der Ampelregierung in den letzten zwei Jahren auf die Spitze getrieben wurde, führt nun erwartungsgemäß in den Kontrollverlust."
Wer mindestens 15 Jahre alt ist, mindestens drei Stunden pro Tag arbeiten kann und in der BRD lebt, hat Anspruch auf Bürgergeld. Alleinstehenden erhalten monatlich 563 Euro, für Paare gibt es je Partner 451 Euro.
Der Umgang mit dem Bürgergeld könnte zu einem der großen Wahlkampfthemen werden. In seinem Buch "Plünderland. Wie der der Staat die Deutschen arm macht - und bald sogar völlig ruinieren wird" dokumentiert Wirtschaftsexperte Günter Hannich, wie Einheimische systematisch ausgebeutet werden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. November 2024 (x1.417/…): >>**Desinformation**
Zu den vielen Anliegen, für die die politische Klasse der BRD und der EU sich par ordre du mufti für zuständig erklärt hat, gehört die Bekämpfung von "Desinformation", gerne auch mit einem schnittigen Anglizismus "Fake News" genannt.
Politiker glauben und verbreiten nämlich gerne, ihr rapider Verlust an Glaubwürdigkeit und Wählerzuspruch habe nichts mit der Lebenswirklichkeit zu tun, mit der 500 Millionen Europäer sich herumschlagen müssen: nichts mit dem Verfall der öffentlichen Sicherheit in U-Bahnen, Schulen und Schwimmbädern, nichts mit der Wohnungsnot (für Einheimische), nichts mit der offensichtlichen und von Kartellpolitikern nach Kräften befeuerten Kriegsgefahr, nichts mit einer nach drei Jahren Corona-Regime daniederliegenden Volksgesundheit (nebst Rekordkrankenständen, Ärzten im Bummelstreik und zunehmender Knappheit an Medikamenten), mit explodierenden Energie- und Lebensmittelpreisen. Nein, das Internet und dort grassierende Fake News - die seien schuld!
_ *Manfred Kleine-Hartlage* …
Es liegt in der Natur der Sache, daß ein Medium mit dezentraler Informationsproduktion verschiedenste Informationen erzeugt, die schon deshalb nicht alle richtig sein können, weil sie einander widersprechen. Wer dies für ein Problem hält, erklärt Bürger zu unmündigen Untertanen, die außerstande seien, mit der Vielfalt der ihnen angebotenen Informationen kompetent umzugehen, weswegen man ihnen (vermeintliche) Wahrheiten vorkauen müsse. Und genau so sieht denn auch die Politik zur angeblichen Bekämpfung von "Desinformation" aus.
In den vergangenen Jahrzehnten mußten wir tatsächlich mehrfach erleben, daß Desinformationskampagnen zu Katastrophen führten, zuletzt in der Corona-Krise. Seit der Veröffentlichung der RKI-Dateien wissen wir aus erster Hand, was wir von Anfang an aus guten Gründen vermutet hatten: daß weite Teile des Corona-Narrativs keinerlei wissenschaftliche Basis hatten, sondern durch zentral gesteuerte Desinformationskampagnen der politischen Klasse und ihrer Medienschranzen ins Volk gestreut wurden.
Daß praktisch jeder dies weiß, verdanken wir vor allem der Existenz des Internets und der Tatsache, daß der Durchgriff der politischen Klasse auf dieses Netz bei weitem noch nicht so weit und tief reicht, wie Letztere es sich offensichtlich wünscht.
Es kommt gar nicht darauf an, ob man dem herrschenden politisch-medialen Machtkartell allen niederschmetternden Erfahrungen zum Trotz immer noch den guten Willen zutrauen möchte, das Publikum mit zutreffenden Informationen zu versorgen, statt es im Kartellinteresse zu manipulieren.
Wer verbindlich festlegen will, was Wahrheit sein soll, spricht sich selbst die Fähigkeiten einer Gottheit zu.
Selbst wenn es diesen guten Willen hätte, dürfte man ihm das Recht zur autoritativen, letztgültigen Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit schon deshalb nicht zugestehen, weil kein Mensch und kein menschengemachtes System die dafür erforderlichen Fähigkeiten hat.

Eine politische Klasse, die sich für befugt und befähigt hält, verbindlich festzulegen, was Wahrheit sein soll, spricht sich selbst die Fähigkeiten einer Gottheit zu.
Die Frage lautet nicht, ob unter anderem Fehlinformationen in den öffentlichen Diskurs geraten - das ist unvermeidbar -, sondern, ob es ein staatliches Monopol auf sie geben soll, wie es in totalitären Systemen üblich ist. Zu deren Aufrechterhaltung ist ein solches Monopol allerdings unerlässlich. Lügen haben nämlich nur so lange kurze Beine, wie es möglich ist, ihnen mit Aussicht auf Gehör zu widersprechen.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<
Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 18. November 2024 (x1.420/…): >>**Moskau warnt vor Drittem Weltkrieg: Biden erlaubt Ukraine Einsatz von Waffen mit großer Reichweite!**
Zwei Monate vor der Amtsübernahme seines Nachfolgers Donald Trump eskaliert der scheidende US-Präsident Joe Biden den Ukraine-Krieg auf hochgefährliche Weise: Die USA haben der Ukraine offenbar grünes Licht für den Einsatz von US-Waffen mit hoher Reichweite gegen Ziele tief in Rußland gegeben. Aus Moskau kommen erste Warnungen vor einem Dritten Weltkrieg.
Über die von Biden beschlossene Freigabe des Feuers auf Ziele tief in Rußland berichten übereinstimmend internationale Nachrichtenagenturen und US-Medien ("New York Times", "Washington Post"). Demnach hat der scheidende US-Präsident die bisher geltenden Beschränkungen für an die Ukraine gelieferte Waffensysteme aufgehoben und als eine seiner letzten großen Amtshandlungen Kiew den Einsatz von US-Waffen mit großer Reichweite in der Region Kursk erlaubt. Dieser scharfe Kurswechsel könnte in Deutschland die Debatte um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern neu entflammen.
Washingtons Marionetten-Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert seit Monaten, westliche Waffen auch gegen Ziele tief in Rußland einsetzen zu dürfen. Bisher hatte Biden dies stets abgelehnt, weil er befürchtete, die USA und andere NATO-Staaten könnten so direkt in den Konflikt mit Rußland geraten. Grund für das Umdenken Bidens sei die Verstärkung Rußlands durch angeblich tausende Soldaten aus Nordkorea, heißt es in den Medienberichten.
Demnach geht es vor allem um den Einsatz von ATACMS-Raketen mit bis zu 300 Kilometer Reichweite in der russischen Region Kursk. Die Ukraine war im August in das grenznahe russische Gebiet einmarschiert und sieht sich jetzt einer heftigen Gegenoffensive mit Unterstützung offenbar nordkoreanischer Truppen ausgesetzt.
Biden, der am 20. Januar mit dem Tag der feierlichen Vereidigung von Donald Trump aus dem Amt scheidet, wollte seinem Marionetten-Präsidenten Wolodymyr Selenskyj in Kiew offenbar noch ein "Abschiedsgeschenk" machen und so der Ukraine-Politik seinen letzten Stempel aufdrücken.
Wie reagiert Trump?
Offen bleibt, ob Donald Trump diese Eskalation mitträgt. Sein ehemaliger Sicherheitsberater John Bolton erwartet das Gegenteil. "Es sind nur zwei Monate, bis Donald Trump ins Amt kommt", sagte Bolton im US-Sender CNN. Es gebe kaum Zweifel, was dann passieren werde - "die Ukraine-Hilfe wird sich höchstwahrscheinlich verringern."
Bislang hat sich Biden nicht zu den Medienberichten über eine Freigabe von US-Waffen mit großer Reichweite geäußert. Auch der ukrainische Präsident Selenskyj sprach nur indirekt über die Erlaubnis. Aus Moskau hingegen kamen überaus deutliche Worte.
Kreml: "Eskalation könnte zum Dritten Weltkrieg führen"
In Rußland lösten die US-Medienberichte heftige Kritik aus. Angriffe mit amerikanischen Raketen tief in russische Regionen hinein würden unweigerlich zu einer ernsthaften Eskalation führen, die weitaus schwerwiegendere Folgen haben könnte, sagte Leonid Sluzki der russischen Nachrichtenagentur TASS. Sluzki ist Vorsitzender des Ausschusses für Internationale

Angelegenheiten in der Staatsduma (Parlament).
Noch entschiedener äußerte sich Wladimir Jabarow, der erste stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten des russischen Föderationsrates. Die Genehmigung sei ein beispielloser Schritt, der zum Beginn des Dritten Weltkriegs führen könnte, sagte er gegenüber TASS. Rußlands Reaktion würde "sofort folgen". Jabarow warnte: Die Freigabe durch Washington sei ein "sehr großer Schritt. Und die Amerikaner gehen ihn wegen eines scheidenden alten Mannes, der in zwei Monaten für nichts mehr verantwortlich sein wird."<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31113" berichtet am 18. November 2024 (x1.418/…): >>**Wie ich diesen Höllensommer 2024 überlebt habe - ein Standpunkt von Peter Haisenko**

Der Sommer 2024 wurde von einigen Meteorologen, Medizinern und den Leitmedien als Höllensommer angekündigt und fortlaufend propagiert. Es sei mit vielen Hitzetoten zu rechnen, hieß es. Inzwischen ist es Herbst. Es gibt offensichtlich keine Hitzegefahr mehr. Vielmehr kann man entspannt zurückschauen und seine eigene Bilanz ziehen, wie man den Höllensommer erlebt hat. Vor einigen Wochen beschrieb Peter Haisenko seine Wahrnehmung in etwas humorvoller Weise so:

"14. September (2024), es ist saukalt, in den Alpen sind 50 Zentimeter Schnee gefallen und es regnet. Was für eine Erleichterung nach dem wärmsten Sommer aller Zeiten! Aber warum ist dann das Gerede über zehntausende Hitzetote mitten in diesem Höllensommer abgebrochen? (...) Bevor der Sommer überhaupt angefangen hatte, wurden schon Hitzerekorde gemeldet, und zwar für den Bereich Deutschland. Es war durchgängig so warm, daß in unserem Haus die Heizung erst Anfang Juni abgestellt werden konnte.

Das ist nicht nur mir aufgefallen, und so wurden die Meldungen über Hitzerekorde in einem kleinen Detail verändert. Die Hitzerekorde waren fortan nicht mehr auf Deutschland bezogen, sondern auf den ganzen Globus. (...) Nicht nur ich habe Probleme mit der Feststellung, wann ein Todesfall mit Hitze begründet werden kann. Läuft das etwa so wie bei Corona? An oder bei Hitze? Tatsache ist, daß weltweit ein Mehrfaches an Todesfällen registriert werden muß, die einfach erfroren sind. Das läßt sich zweifelsfrei feststellen. Aber Hitzetote?

Wann ist es wirklich so heiß, daß man es nicht überleben kann? Da frage ich mich sofort, wie es möglich ist, daß Menschen überhaupt in Arabien, den Roßbreiten in Afrika, etwa 30 Grad Nord, oder Arizona in den USA leben können. Und ich weiß, wovon ich da rede."

Soweit mal diese Gegenstimme zu dem Höllensommer-Hitzetoten-Szenario der Leitmedien und einer bestimmten Sorte von Wissenschaftlern. Vielleicht ist dieser humorvolle Gegenpol von Peter Haisenko für den einen oder anderen hilfreich und wohltuend, sich mal wieder seine eigene Meinung aufgrund der eigenen Wahrnehmung und Empfindung zu bilden. Denn im Grunde genommen müssen doch die Leitmedien niemandem mit Nachdruck erklären, wie sich heiß und kalt anfühlen, oder?<<

USA: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 18. November 2024 (x1.419/…): >>**USA genehmigen Langstrecken-Raketen: Biden und Merz riskieren den Weltkrieg!**

Es ist eine schlimme und beunruhigende Nachricht, die gestern um den Globus ging: Entgegen seiner früheren Linie hat der scheidende US-Präsident Joe Biden nun auch noch den Einsatz von Langstreckenraketen des Typs ATACMS durch die Ukraine gestattet. Mit einer Reichweite von etwa 300 Kilometern dürfte somit der Krieg ins Landesinnere von Rußland getragen werden, wodurch das Risiko einer weiteren Eskalation des Konflikts - bis hin zum möglichen Einsatz von Nuklearwaffen - nochmals erheblich gestiegen ist.

Denn Rußlands Präsident Putin hatte bereits im September gewarnt, daß eine Zustimmung des Westens zu solchen Schritten "die direkte Beteiligung der Nato-Staaten, der USA und euro-

päischer Länder am Krieg in der Ukraine" bedeuten würde.
Wenig verwunderlich ist deshalb die Reaktion der russischen Seite, die in der Biden-Entscheidung einen Schritt sieht, der zum Dritten Weltkrieg führen kann. Als vermeintliche Rechtfertigung für das Zündeln des US-Präsidenten wird der mutmaßliche Einsatz nordkoreanischer Soldaten auf russischer Seite angeführt.
Es drängt sich jedoch der Eindruck auf, daß Bidens Kehrtwende mehr mit dem Ergebnis der US-Wahlen am 6. November zu tun haben könnte als mit den Nordkoreanern. Kurz vor der Amtsübergabe an den neuen Präsidenten Donald Trump am 20. Januar wird offenbar alles unternommen, um noch einmal Öl ins Feuer zu gießen - und die Merz-CDU in Deutschland gießt kräftig mit.
Denn CDU-Chef Merz hat aktuell seine Bereitschaft bekräftigt, die ebenfalls zur völligen Eskalation taugenden Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern - die FDP brachte einen entsprechenden Antrag noch vor der vorgezogenen Bundestagswahl ins Gespräch. Während die Wahl von Donald Trump vorsichtige Hoffnung auf Frieden macht, legen Merz und die CDU die Lunte an den Frieden.
Die AfD hat sich dieser Eskalationspolitik, die nicht im deutschen Interesse liegt, immer verweigert und wird es auch weiterhin tun: Wir brauchen eine diplomatische Lösung des Konflikts, anstatt weiterhin ein hochriskantes Drehen an der Eskalationsspirale zu betreiben. Friedrich Merz darf deshalb niemals Bundeskanzler werden!<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 18. November 2024 (x1.417/…): >>**Der Zauberlehrling**
Volksfreund: Trumps Vize J. D. Vance. … Einst verglich er Trump mit Hitler, nun wird er sein Vizepräsident. J. D. Vance hat einen bemerkenswerten politischen Wandel vollzogen - und einen beispiellosen Aufstieg.
_ von *Daniell Pföhringer*
Trump? Nein, der käme für ihn "niemals in Frage", den habe er "noch nie gemocht". In einer privaten Nachricht bezeichnete er den republikanischen Polit-Star als "Amerikas Hitler", öffentlich als "Idioten". Diese Aussagen stammen aus dem Jahr 2016 - und zwar von dem Mann, der 2025 als Vizepräsident ins Weiße Haus einziehen wird. Wie kam es zu diesem Sinneswandel? Und wer ist dieser J. D. Vance eigentlich?
Ganz unten
Als James David Vance 1984 in der Kleinstadt Middletown im US-Bundesstaat Ohio das Licht der Welt erblickt, ist sein späterer Aufstieg alles andere als vorgezeichnet. Sein Vater Donald ist einfacher Arbeiter, verläßt die Familie noch bevor der Junior laufen lernt. In seiner 2016 erschienenen Autobiographie Hillbilly Elegy wird Vance seine Kindheit später als eine Zeit beschreiben, in der "Gewalt und Chaos omnipräsent" waren.
Sein Schicksal steht beispielhaft für Hunderttausende im sogenannten Rust Belt, der ältesten und größten Industrieregion der USA im Mittleren Westen, zur damaligen Zeit. Die großen Stahlfirmen brechen reihenweise zusammen, Millionen verlieren ihre Jobs. In Middletown ist die Arbeitslosenquote besonders hoch, viele ertränken ihren Frust in Alkohol oder benebeln sich mit Drogen.
Arbeitslosigkeit, Alkohol und Drogen waren in seiner Jugend allgegenwärtig.
Das ist auch bei seiner Mutter Beverly so, die wahlweise Heroin oder Crack nimmt und ständig wechselnde Männergeschichten hat. James ist zwölf Jahre alt, als sie im Auto nach einem schnippischen Kommentar ihres Sohnes plötzlich aufs Gaspedal drückt und schreit: "Ich werde einen Unfall bauen. Ich bringe uns beide um." Der Junge springt aus dem Wagen und holt Hilfe, die Mutter wird verhaftet.
Er und seine ältere Schwester Lindsey werden von der Großmutter Bonnie aufgenommen. Auch sie hat es nicht leicht, ihr Mann ist viele Jahre Alkoholiker gewesen. Deshalb paßt sie

besonders gut auf, daß der Enkel nicht auch der Sucht verfällt. Als sie bemerkt, daß James mit Jugendlichen unterwegs ist, die Drogen nehmen, sagt sie zu ihm: "Hör zu, J. D., entweder hörst du auf, dich mit denen abzugeben, oder ich überfahre sie mit meinem Auto." Die Drohung zeigt Wirkung - er hält sich von den anderen Jungen fern.
Nach dem Highschool-Abschluß 2003 geht Vance zum Militär - und zwar zu den besonders harten Hunden des Marine Corps. Dort lernt er Disziplin und Ordnung kennen. Und daß man zum Erfolg kommt, indem man Leistung zeigt. Seine Vorgesetzten erkennen die Talente des jungen Rekruten, er wird Kriegsberichterstatter, unter anderem im Irak, wo er sechs Monate seiner insgesamt vierjährigen Dienstzeit verbringt. Den Kommiß verläßt er im Range eines Corporals, dem niedersten Unteroffiziersrang der US Army.
Dann bekommt er seine große Chance: Mit Hilfe eines Veteranenstipendiums kann er 2007 an der Ohio State University in Columbus ein Studium der Politikwissenschaft und Philosophie aufnehmen, das er zwei Jahre später erfolgreich abschließt. Danach wird er an der Elite-Uni Yale aufgenommen, wo er Jura bis zum Doktorgrad studiert. Vance kommt nach seinem Rechtsreferendariat zunächst bei einer Wirtschaftskanzlei unter, macht sich als Anwalt selbständig, bevor er in die Finanzwirtschaft geht.
Die zweite große Chance gibt ihm Peter Thiel. Den US-Investor deutscher Herkunft, der vor allem als Mitgründer des Online-Bezahldienstes Paypal bekannt ist, lernt er 2011 bei einem Vortrag in Yale kennen. Thiel macht sich darin über die Berufsaussichten von Jurastudenten lustig und empfiehlt den jungen Leuten, lieber zu den Tech-Unternehmen ins Silicon Valley zu gehen. Die beiden Männer verstehen sich blendend, sodaß Vance dem Ruf Thiels nach San Francisco folgt und als Geschäftsführer bei dessen Firma Mithril Capital einsteigt, bevor er sich mit eigenem Unternehmen als Risikokapitalgeber selbständig macht.

Ganz oben

Obwohl Vance bereits nach seinem Studium kurzzeitig für einen republikanischen Abgeordneten tätig gewesen ist, steigt er erst 2021 selbst in die Politik ein und kandidiert ein Jahr später für den US-Senat. Hatte er noch wenige Jahre zuvor in einem Meinungsbeitrag für die New York Times gelästert: "Herr Trump ist ungeeignet für das höchste Amt unseres Landes", wirft er diese Bedenken nun über Bord und sichert dem starken Mann der Republikanischen Partei seine volle Unterstützung zu.
Thiel finanziert seinen Wahlkampf mit über zehn Millionen Dollar, Trump steigt für ihn in die Bütt - und Vance zieht für Ohio in den Senat ein. Dort zeigt sich der zuvor Moderate nun als stramm konservativ und wendet sich insbesondere gegen die fortwährenden Militärhilfen für Kiew aus Washington. In einem Interview erklärt er sogar, daß es ihm ziemlich egal sei, was mit der Ukraine passiere.
Die Jüdische Allgemeine meint, daß Vance zu dieser Zeit auch anfällig für vermeintliche Verschwörungstheorien geworden sei. "Nach dem Sturm auf das Kapitol hat der Senator wiederholt den Ernst dieses Aufstandes in Frage gestellt. Mehrfach wiederholte er Trumps Behauptung, daß zu Haft verurteilte Teilnehmer an der Kapitolerstürmung "politische Gefangene" seien. Vance schrieb zudem einen wohlwollenden Klappentext für ein im Juli (2024) erschienenes Buch von Jack Posobiec, einem politischen Funktionär, der vielleicht am besten für die Verbreitung der "Pizzagate-Theorie" bekannt ist - die Demokraten beschuldigte, Pädophile zu sein, die entführte Kinder in Pizzarias festhielten", so das Blatt.
Zudem zähle Vance "zu den Förderern der Verschwörungstheorie des "Großen Austausches", die besagt, daß Demokraten versuchten, Immigranten zu benutzen, um weiße Amerikaner zu ersetzen und dadurch die Kontrolle über die Nation zu erhalten". 2022 erklärt der künftige US-Vizepräsident bei Fox News: "Wir haben eine Invasion in diesem Land, weil sehr mächtige Leute wegen dieser reicher und mächtiger werden."

Zu Tränen gerührt

In seiner Autobiographie Hillbilly Elegy erzähle J. D. Vance eine "ganz berührende persönliche Geschichte, wie sich ein junger Mann mit schlechten Startbedingungen durchschlägt", sagte kein Geringerer als Bundeskanzler Olaf Scholz 2023 im Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Das Buch habe ihn "zu Tränen gerührt".

Tragisch sei jedoch, daß sich der Autor "von einem selbsterklärten konservativen Gegner Donald Trumps, der messerscharf die Ungerechtigkeiten der amerikanischen Gesellschaft analysiert, ... zu einem feurigen Befürworter dieses Rechtspopulisten gewandelt" habe. Das fand offenbar der Ullstein-Verlag so schlimm, daß er die deutsche Übersetzung im Juli 2024 kurzerhand aus seinem Programm schmiß. Inzwischen hat der Kleinverlag Yes Publishing die Rechte gekauft und eine Neuauflage herausgebracht.

Angeblich soll Vance auch als Erster die Behauptung aufgebracht haben, daß illegale Einwanderer aus Haiti in der Kleinstadt Springfield in Ohio Haustiere der Bewohner gestohlen und verspeist hätten. Trump wiederholt dies in seinem TV-Duell gegen Kamala Harris und zieht damit reichlich Spott auf sich.

Später erklärt Vance dazu gegenüber CNN: "Wenn ich Geschichten erschaffen muß , damit die amerikanischen Medien dem Leiden des amerikanischen Volkes wirklich Aufmerksamkeit widmen, dann werde ich das tun." Durch die Springfield-Geschichte sei das Thema Immigration erst in den Fokus der Medien gerückt. Gleichwohl kursieren im Netz zahlreiche Videos, die den Hunde- und Katzenmord zu bestätigen scheinen.

J. D. Vance verkörpert vor allem eines: den Generationenwechsel an der Spitze der Make-America-Great-Again-Bewegung. Auf Leute wie ihn kommt es an, den Populismus auch nach der Zeit Trumps am Leben - und vor allem politisch erfolgreich - zu halten.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<

19.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 19. November 2024 (x1.419/…): >>**Juden und Homosexuelle in Gefahr: CDU läßt Berlin vor Islamisten kapitulieren!**

Es ist eine absolute Bankrotterklärung für das CDU-regierte Berlin: In einem Interview warnt die Polizeipräsidentin der Hauptstadt, Barbara Slowik, daß Juden und Homosexuelle in "bestimmten Quartieren" unbedingt "aufmerksamer" sein sollten. In diesen Quartieren, in denen "mehrheitlich arabischstämmige Menschen wohnen", gebe es Sympathien für Terrorgruppen und offene Judenfeindlichkeit. So sieht das "weltoffene" Berlin unter einem CDU-Bürgermeister aus.

Die Polizeipräsidentin stellt die Verantwortlichkeiten auf den Kopf. Es ist nicht Aufgabe der Juden und Homosexuellen, in bestimmten Arealen Berlins "aufmerksamer" zu sein, sondern es ist die Aufgabe des CDU-geführten Senats, sich "aufmerksamer" für konsequente Abschiebungen, geschützte Grenzen und einen durchsetzungsfähigen Rechtsstaat einzusetzen.

Dann erübrigt sich nämlich die Notwendigkeit gesteigerter Aufmerksamkeit seitens der Einwohner. Doch die CDU tut genau das Gegenteil: Sie trägt in Berlin einen von der SPD durchgesetzten Abschiebestopp mit, sie gibt im Abgeordnetenhaus ein 1,3-Milliarden-Projekt für die Finanzierung von Migranten frei und sie unterzieht Polizei und Innere Sicherheit in der Hauptstadt einem rigiden Sparprogramm.

Die beschämenden Aussagen Slowiks verdeutlichen es einmal mehr: Die Sicherheit von Juden und Homosexuellen kann nur durch die Beendigung der Massenmigration gewährleistet werden. Es ist eine traurige Pointe, daß Juden, Schwule und Lesben in wohl kaum einem anderen deutschen Bundesland so gefährdet sind wie im vermeintlich bunten und toleranten CDU-Berlin. Wer keine rechtsfreien Räume in der Hauptstadt oder in anderen Teilen Deutschlands dulden will, der darf deshalb seine Stimme auf keinen Fall der CDU geben, die es gar nicht

erwarten kann, eine schwarz-grüne Bundesregierung zu bilden. Nur mit der AfD wird das Recht durchgesetzt und die Migrationswende eingeleitet!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. November 2024 (x1.420/…):

>>**Massenabschiebungen: Trump will Militär gegen Migranten einsetzen!**

Die massenweise Rückführung von illegal über die mexikanische Grenze in die USA eingedrungenen Migranten war das größte Wahlversprechen von Donald Trump. Der künftige US-Präsident will gleich nach Amtsantritt am 20. Januar seinen Worten Taten folgen lassen! Trump hat erstmals bestätigt, daß auch die Armee eingesetzt werden könnte, um Migranten in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.

Dabei will der künftige US-Präsident Medienberichten zufolge auf ein 226 Jahre altes Kriegsgesetz zurückgreifen, den "Alien Enemies Act". Nach diesem Gesetz kann der Präsident die Verhaftung, Umsiedlung oder Deportation aller männlichen Personen über 14 Jahre durch das Militär anordnen, wenn sie aus einem "feindlichen" Land stammen. In welcher Form und welchem Ausmaß Soldaten in Trumps Remigrations-Regime eingebunden werden, ist noch unklar. Trump hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß er die Invasoren als feindliche Eindringlinge betrachtet.

Trumps Grenz-Zar will "Schock und Ehrfurcht"

Als künftigen "Grenz-Zar", der für Grenzschutz und Abschiebungen zuständig ist, hat Trump den Hardliner Tom Homan nominiert. Der 62-Jährige setzt nach eigenen Worten auf "Shock and Awe" ("Schock und Ehrfurcht"). In einer ersten Welle sollen illegale Einwanderer abgeschoben werden, die Verbrechen begangen haben. Dafür ist auch die Einrichtung von neuen Lagern geplant.

Während der Amtszeit des scheidenden Präsidenten Joe Biden gelangten fast neun Millionen Migranten illegal über die Grenze zu Mexiko in die USA. Hinzu kommen geschätzte 1,7 Millionen, die untergetaucht sind.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. November 2024 (x1.420/…):

>>**Bagger planieren "Grimms Märchenwald": Jahrhunderte alte Bäume müssen 18 Windrad-Monstern weichen!**

Sie haben es wirklich getan, diese Frevler! Im tausend Jahre alten Reinhardswald im Norden Hessens rollen die Bagger an. Jahrhunderte alte Bäume müssen 18 Windradmonstern weichen. Wieder einmal zeigt sich die häßliche Fratze der gescheiterten Energiewende.

Der Reinhardswald hat die Gebrüder Grimm zu vielen ihrer weltberühmten Märchen inspiriert. Hier haben sie u.a. "Rapunzel" und "Dornröschen" geschrieben. Das Dornröschen-Schloß, in dem nach Grimms Märchen die Prinzessin 100 Jahre von Dornen umrankt schlief, wird bis 2026 von 18 bis zu 240 Meter hohen Windrädern umspargelt sein. Jedes Rotorblatt hat mit 70 Metern Länge die Ausmaße eines Airbus A380.

Das "Rotkäppchen" weint, das "Schneewittchen" schluchzt und auch die Menschen hier im Norden Hessens weinen - vor Wut!

Das als "Grimms Märchenwald" bekannte Waldgebiet gilt als besonders artenreich. Nach Angaben der Waldverwaltung wurde es als "European Prime Butterfly Area" ausgezeichnet. Das Schicksal von abertausenden Bäumen scheint besiegelt.

Bei der Rodung werden im Herzen des Waldes gewaltsam die Wurzeln der zuvor gefällten Bäume aus dem Boden gerissen und zerkleinert, um ausreichend Platz für Beton und Asphalt zu machen. Im Namen der Klima-Religion versündigen sich die Frevler an einem Naturpark und einem der letzten großen, artenreichen Waldgebiete Deutschlands.

- Unbeeindruckt von Protesten und Klagen der Anwohner wird einer der schönsten und ältesten Kulturwälder Deutschlands abgeholzt und plattgewalzt. Die Windbarone und ihre willfährigen Handlanger in der "schwarz-grünen" Landesregierung in Wiesbaden zerstören eine einzigartige Kulturlandschaft, obwohl noch gar keine Gerichts-Entscheidung zur Rechtsmä-

ßigkeit des Windparks vorliegt. Neun Verfahren sind noch anhängig.
- Weder sollen Zufahrtswege in der Breite einer Autobahn abschließend genehmigt sein, noch ist über die Klagen gegen den Windrad-Bau entschieden. Auch noch ungeklärt: Brand- und Katastrophenschutz, Trinkwasser- und Hochwasserschutz.
Dennoch hat der Windpark-Betreiber mit den Arbeiten begonnen. Die Frevler berufen sich auf das Gutachten einer Berliner Anwaltskanzlei. Dies käme zu dem Schluß, daß die Gerichte am Ende grünes Licht geben werden, weil wegen der "Klimakrise" erneuerbare Energien einen besonderen Stellenwert hätten. Der Windpark soll 2026 in Betrieb gehen.
Verantwortlich für diesen Raubbau sind "Grüne" und CDU, die in Hessen gemeinsam regieren. Trotz des immer deutlicher werdenden Scheiterns der sogenannten Energiewende setzen sich linksgrüne Regierungen in Deutschland in ihrem Klima-Wahn über den Artenschutz, den Kultur- und Landschaftsschutz, aber auch über den Schutz der Menschen vor gesundheitlichen Schäden hinweg.
STOPPT ENDLICH DIESEN WAHNSINN!<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. November 2024 (x1.420/…):
>>**Alles so schön bunt hier: Berliner Polizeichefin warnt vor Betreten arabischer Viertel**
Während in Deutschland Justiz und Polizei damit beschäftigt sind, angebliche Beleidigungen gegen Politiker mit Hausdurchsuchungen zu verfolgen, warnt die Chefin der Berliner Polizei jüdische und homosexuelle Menschen, bestimmte Stadtteile zu betreten.
Die Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik (SPD) hat Juden und Homosexuelle gewarnt, Orte in der Hauptstadt zu betreten, in denen "arabischstämmige Menschen" wohnen. Der "Berliner Zeitung" sagte sie: "Es gibt allerdings Bereiche - und so ehrlich müssen wir an dieser Stelle sein -, da würde ich Menschen, die Kippa tragen oder offen schwul oder lesbisch sind, raten, aufmerksamer zu sein."
Zuletzt hatten Araber auf Berliner Straßen in Ekstase über die Raketenangriffe des Iran auf Israel gejubelt. Auf Sportplätzen und in Schulen fielen Migranten über jüdische Kinder und Jugendliche her.
Slowik will ihre Warnung nicht als "Diffamierung" gegen arabische Migranten verstanden wissen, betonte sie vorsorglich. Aber: "Leider gibt es bestimmte Quartiere, in denen mehrheitlich arabischstämmige Menschen wohnen, die auch Sympathien für Terrorgruppen hegen. Offene Judenfeindlichkeit artikuliert sich dort gegen Menschen jüdischer Glaubensrichtung und Herkunft."<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 19. November 2024 (x1.421/…):
>>**Lagebild des BKA: Neue Schockzahlen: Pro Tag 144 Sexualdelikte gegen Frauen**
Das Bundeskriminalamt (BKA) hat erstmals ein Lagebild zu geschlechtsspezifischen Straftaten gegen Frauen veröffentlicht. Pro Tag werden in Deutschland demnach durchschnittlich 144 Sexualdelikte gegen Frauen verübt.
Jonas Aston
Das BKA hat in diesem Jahr erstmals das "Bundeslagebild geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten" erstellt. Am Dienstag wurde das Papier in Berlin der Öffentlichkeit präsentiert. Hier sind Straftaten registriert worden, "die überwiegend zum Nachteil von Frauen begangen werden oder in ihrer Ausprägung primär Frauen betreffen".
Konkret geht es insbesondere um Sexualstraftaten, häusliche Gewalt, Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, digitale Gewalt und Femizide. Auch Fälle politisch motivierter Kriminalität fanden Eingang in das Lagebild, sofern frauenfeindliche Motive hier eine Rolle gespielt haben.
Die Zahlen, die das BKA liefert, sind erschreckend. Die Zahl der weiblichen Betroffenen häuslicher Gewalt ist um 5,6 Prozent gestiegen und erreichte etwa 180.700 Fälle. Gleichzeitig wurde ein Anstieg von 11,5 Prozent bei Opfern von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeu-

tung verzeichnet. Insgesamt 591 Frauen waren hiervon deutschlandweit betroffen. Im vergangenen Jahr wurden zudem 938 Frauen Opfer von Femiziden - Tötungsdelikte, die aufgrund ihres Geschlechts verübt wurden. Dies entspricht einem Anstieg von einem Prozent im Vergleich zum Vorjahr.
Außerdem war auch bei der politisch motivierten Kriminalität mit frauenfeindlichen Motiven ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen. Hier wurden 322 Fälle registriert, was einem Zuwachs von 56,3 Prozent gegenüber 2022 entspricht. Fast die Hälfte dieser Fälle waren Beleidigungen. Zudem wurden 29 Gewaltdelikte verzeichnet, vorwiegend Körperverletzungen. Rechnet man die Zahlen herunter, so kommt man auf 144 Sexualdelikte gegen Frauen pro Tag.
Das Papier beweist, daß die gegen Frauen gerichtete Kriminalität "weiterhin ansteigt", so das BKA in einer Stellungnahme. Man erlebe eine zunehmende "Ablehnung von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Geschlechter". Zu erklären sei dies durch Personengruppen, "die rigide an traditionellen Normen festhalten" und den gesellschaftlichen Wandel "als bedrohlich" empfinden. Weiter heißt es: "Die Fehlwahrnehmung, daß die Ablehnung von Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit der Geschlechter von der Mehrheit der Gesellschaft geteilt wird, kann die Bereitschaft zu Gewalt gegen Frauen erhöhen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. November 2024 (x1.422/…): >>**Noch mehr deutsches Geld für die internationale Klimafinanzierung**
Deutschland könnte über neue Finanzierungsquellen künftig deutlich mehr Geld für die internationale Klimafinanzierung bereitstellen als bislang. Das geht aus einer Studie im Auftrag mehrerer Umweltgruppen hervor, über die die "Süddeutsche Zeitung" (Dienstagausgabe) berichtet.
Demnach könnten statt der bisher versprochenen sechs Milliarden Euro jährlich schon im kommenden Jahr 18 Milliarden Euro fließen, 2026 sogar 36 Milliarden Euro und ab 2027 jährlich bis zu 96 Milliarden Euro.
"Um Frieden und Wohlstand von morgen zu sichern, muß Klimafinanzierung schneller wachsen, günstiger werden, besser wirken und sich sehr viel mehr Finanzierungsquellen bedienen", heißt es in der Studie, die WWF, Klima-Allianz, Germanwatch und Global Citizen in Auftrag gegeben haben.
Die Frage der Klimafinanzierung steht im Zentrum des Klimagipfels in Baku, der gerade in die finale Runde der Verhandlungen geht. Entwicklungsländer und Inselstaaten fordern hier Hilfszusagen von mehr als einer Billion jährlich. Bisher stecken Industriestaaten jährlich etwa 100 Milliarden Dollar in den internationalen Kampf gegen die Klimakrise, teils aus öffentlichen, teils aus privaten Mitteln.
In Deutschland ließen sich weitere Mittel aufbringen, wenn etwa umweltschädliche Subventionen abgebaut werden, eine höhere Staatsverschuldung möglich wäre oder Energiesteuern an die Inflation angepaßt würden. Auch auf EU-Ebene ließen sich bis zu 25 Milliarden Euro zusätzlich aufbringen, etwa über eine Finanztransaktionssteuer oder die Besteuerung von Kerosin und Schiffsdiesel. Ab 2028 könnten diese Mittel auf 57 Milliarden Euro anwachsen.
Die Studie geht davon aus, daß in der Regel jeweils 20 Prozent der zusätzlichen Einnahmen in die Klimafinanzierung fließen. International könnte über eine Reform von Weltbank und Internationalem Währungsfonds knapp eine Billion zusätzlich fließen, rechnet die Studie vor.
Daß sich seit der Wahl Donald Trumps international Gewichte verschoben haben, sei nicht zwingend ein Nachteil, sagte Entwicklungsexperte Thomas Hirsch, einer der Autoren des Papiers. In Baku sorge die Wahl Trumps für eine ganz andere Dynamik. "Weil sie zeigt, daß es neuer Instrumente bedarf, wenn nationale Haushalte ausfallen."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. November 2024 (x1.422/…): >>**Mehr Straftaten gegen Frauen und Mädchen in allen Bereichen**
Straftaten gegen Frauen und Mädchen haben in Deutschland zuletzt in allen erfaßten Berei-

chen zugelegt. Das geht aus dem Lagebild "Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten" hervor, welches am Dienstag in Berlin vorgestellt wurde. Ein Bereich sind die sogenannten Femizide, im Jahr 2023 wurden 938 Mädchen und Frauen in der Bundesrepublik Opfer von versuchten oder vollendeten Tötungsdelikten (+ 1,0 Prozent, 2022: 929). Dies entspricht einem Anteil von 32,3 Prozent aller Opfer von Tötungsdelikten.
Der Anteil an weiblichen Opfern, die im Zusammenhang mit partnerschaftlichen Beziehungen Opfer von Tötungsdelikten wurden, liegt bei 80,6 Prozent. Insgesamt wurden 360 Mädchen und Frauen Opfer vollendeter Taten. Demnach gab es 2023 beinahe jeden Tag einen Femizid in Deutschland. Im Berichtsjahr 2023 wurden derweil 52.330 Frauen und Mädchen Opfer von Sexualstraftaten (2022: 49.284 Opfer, + 6,2 Prozent), hiervon war über die Hälfte unter 18 Jahre alt. Auch die Delikte im Bereich der digitalen Gewalt legten zu:
Über 17.193 Frauen und Mädchen wurden im vergangenen Jahr Opfer digitaler Gewalt, zum Beispiel von "Cyberstalking" oder anderen Delikten, die beispielsweise mittels Nutzung von sozialen Medien begangen werden. Hier ist mit 25 Prozent ein deutlicher Anstieg der weiblichen Opferzahlen im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen (2022: 13.749 weibliche Opfer). Mit 70,5 Prozent ist zudem die weit überwiegende Zahl der Opfer häuslicher Gewalt weiblich. Im Berichtsjahr stieg die Zahl der weiblichen Opfer um 5,6 Prozent auf 180.715 an (2022: 171.076). Die häusliche Gewalt gliedert sich in Partnerschaftsgewalt und innerfamiliäre Gewalt. Bei Partnerschaftsgewalt sind mit 79,2 Prozent mehr weibliche Opfer betroffen als bei innerfamiliärer Gewalt (54,0 Prozent Frauen und Mädchen).
Auch beim Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung, Zuhälterei und das Veranlassen zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution oder zu sexuellen Handlungen, durch die eine Person ausgebeutet wird, steigen die Zahlen weiter an. 591 Frauen und Mädchen fielen diesen Delikten zum Opfer, dies ist ein Anstieg von 6,9 Prozent zum Vorjahr (2022: 553). Frauen und Mädchen unter 21 Jahren machen mit 31,5 Prozent beinahe ein Drittel der weiblichen Opfer aus. Hoch ist der Anstieg bei frauenfeindlichen Straftaten als Teil der politisch motivierten Kriminalität:
Mit 322 Straftaten im Berichtsjahr 2023 wird ein Anstieg um 56,3 Prozent zum Vorjahr verzeichnet (2022: 206). Die überwiegende Zahl der Opfer und Tatverdächtigen ist deutscher Staatsangehörigkeit. Lediglich in der Fallgruppe Menschenhandel ist der Anteil an nichtdeutschen Staatsangehörigen bei Opfern sowie Tatverdächtigen höher.
Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) forderte als Reaktion auf die Zahlen "mehr Härte gegen die Täter und mehr Aufmerksamkeit und Hilfe für die Opfer". Neben harten Strafen brauche man verpflichtende Anti-Gewalt-Trainings und elektronische Fußfesseln, damit die Täter ihr Verhalten tatsächlich ändern und sich betroffenen Frauen nicht mehr unbemerkt nähern könnten.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. November 2024 (x1.417/…): >>**Gericht stoppt Anti-AfD-Allianz**
Von *Sven Eggers*
Ein solches Urteil war überfällig: Die Stadt Nürnberg darf sich nicht im Rahmen einer "Allianz gegen Rechtsextremismus" gegen die AfD positionieren, sondern muß neutral bleiben. …
Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat den Vertretern der Stadt Nürnberg in ihrem Antifa-Gehabe gegen die AfD Grenzen gesetzt. Der fränkischen Metropole ist es fortan untersagt, als Mitglieder einer Allianz gegen Rechtsextremismus gegen die AfD zu agieren beziehungsweise Position zu beziehen. Geklagt hatten die Blauen selbst, nämlich der Kreisverband Nürnberg/Schwabach.
Zur Begründung hieß es, die Stadt Nürnberg müsse sich Aussagen dieser Allianz als Mitglied zurechnen lassen. Die mehreren Aufrufe gegen die AfD verletzten die Neutralitätspflicht der Kommune (AZ: 4 B 23.2005).

Pflicht zur Neutralität

Der zuständige Senat des Verwaltungsgerichtshofes verweist in seiner Begründung vor allen Dingen auf die Tatsache, daß Bundesverfassungsgericht und Bundesverwaltungsgericht schon wiederholt auf die Pflicht öffentlicher Amtsträger zur parteipolitischen Neutralität gepocht hätten.

Eine kommunale Öffentlichkeitsarbeit, die sich gezielt gegen eine nicht verbotene Partei richte, verstoße gegen das Grundgesetz, insbesondere gegen das Recht auf Gleichberechtigung. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hob damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Ansbach in erster Instanz auf. Grundsätzlich ist jetzt eine Revision beim Bundesverwaltungsgericht möglich.

Die Stadt Nürnberg reagierte in einer ersten Stellungnahme zurückhaltend. Das Urteil sei noch nicht rechtskräftig. Somit müsse ein Austritt aus der Allianz gegen Rechtsextremismus keineswegs sofort erfolgen, zumal das Gericht andeutete, das es ausschließlich um Attacken gegen die AfD gehe. Wenn darauf künftig verzichtet würde, sei die Mitgliedschaft in der Allianz gegen Rechtsextremismus unbedenklich.

Allianz beleidigt

Über eine Revision wolle die Stadt zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Die Allianz selbst drängt auf einen solchen Schritt. Die Nürnberger SPD-Fraktion verlangt, gegebenenfalls alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht zu beschreiten.

Elisabeth Hann von Weyhern, evangelische Regionalbischöfin und Vorstandsmitglied der Allianz gegen Rechtsextremismus, empört sich über das Urteil. In Bezug auf Demokratie und Menschenrechte dürfe es keine Neutralität geben. Dem 2009 gegründeten Verein gehören 165 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie 322 zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen an.

Ein Sprecher des Gerichts ließ offen, ob das Urteil auch andere Kommunen betreffe. Dazu müsse die schriftliche Urteilsbegründung abgewartet werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. November 2024 (x1.417/…): >>**Der ökonomische Zwang zum Krieg**

Schuldenkrise und Entdollarisierung. … Donald Trump übernimmt einen bis über die Halskrause verschuldeten Staat. Die ins Fantastische aufgeblähte Dollarschwemme ist nicht mehr durch reale Wertschöpfung gedeckt.

_ von *Jürgen Elsässer*

Schweizer Banker urteilen ohne politische Vorurteile. Um so vernichtender, was die Zürcher Kantonalbank analysierte: "Die USA befinden sich auf einem unhaltbaren finanzpolitischen Pfad, der durch die Maßnahmen aufgrund der Coronapandemie noch verschärft wurde. Mitte September 2023 hat die Bruttostaatsverschuldung die Marke von 33 Billionen US-Dollar - eine Zahl mit zwölf Nullen - überschritten."

Im Jahresverlauf 2024 kamen noch einmal 500 Milliarden dazu. Die US-Staatsverschuldung im Verhältnis zur jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) liegt damit bei 124 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland liegt das Defizit des Bundes und der Länder "nur" bei 2,5 Billionen Euro, das entspricht 70 Prozent des BIP. Trotzdem ist die finanzielle Notlage der öffentlichen Hand so dramatisch, daß dies ganz wesentlich zum Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition geführt hat - weil die FDP keine weiteren Ausgaben mehr mittragen wollte.

Die USA sind mit fast 80 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung ans Ausland verschuldet.

Flucht aus dem Dollar: Die Staatsbanken von China und Japan haben ihre Dollarbestände in den letzten 15 Jahren weitgehend abgestoßen, also schon vor der BRICS-Gründung. Statt dessen haben sich Privatanleger über Banken in Großbritannien Luxemburg und Belgien in die US-Schatzbriefe eingekauft.

Doch in den USA geht das Spiel munter weiter, und auch Donald Trump, der bereits in seiner

ersten Amtszeit große Löcher in den Haushalt gerissen hat, wird daran nichts ändern. Die größte Volkswirtschaft der Welt kauft Waren bei anderen Nationen und bezahlt die Importe nicht mit eigenen Exporten, sondern nur mit grünen Scheinchen, die von der Federal Reserve, der Zentralbank der Vereinigten Staaten, nach Belieben nachgedruckt oder im Computer generiert werden. Die ständig steigende Geldmenge ist nur gedeckt, so lange das Ausland die US-Schuldverschreibungen (Treasuries) kauft und damit den Papier-Dollar kreditiert. Aber wie lange kann das gut gehen?

Finanzielle Massenvernichtungswaffen

Die Aufhebung der Goldbindung des Dollars 1971 ermöglichte eine realwirtschaftlich nicht einmal mehr ansatzweise gedeckte Ausweitung der Geldmenge. Bereits Mitte der neunziger Jahre war nur noch jeder sechste umlaufende Greenback durch Güterausstoß oder Sparguthaben gedeckt.

Die US-Army spielt den Gerichtsvollzieher für die Hochfinanz.

Noch verheerender war, daß die Federal Reserve zu Beginn des 21. Jahrhundert auch den angloamerikanischen Privatbanken neue Möglichkeiten zur Geldschöpfung einräumte. Dies geschah durch die Zulassung sogenannter innovativer Finanzprodukte, die man besser als "finanzielle Massenvernichtungswaffen" - so der Megainvestor Warren Buffett - bezeichnen sollte. Bis dahin war Geldschöpfung durch private Banken auch schon möglich gewesen, wurde aber dadurch begrenzt, daß wenigstens ein kleiner Teil der Ausleihungen durch Einlagen gedeckt sein mußte:

Kam ein Kleinsparer und zahlte 100 Dollar ein, konnte die Bank mit dieser Sicherheit an einen anderen Kunden einen Kredit von zum Beispiel 500 Dollar vergeben. Nun aber wurde ihr erlaubt, die 500-Dollar-Ausleihung durch einen Kreditausfallvertrag (Credit Default Swap - CDS) abzusichern. Damit verschwand der Kredit durch Zauberhand aus den Bilanzen - denn bei Nicht-Rückzahlung würde ja die Versicherung einspringen. So konnte die Bank auf die 100-Dollar-Einlage noch mal einen Kredit von 500 Dollar vergeben. Und diesen noch mal durch einen CDS absichern. Und noch mal. Und noch mal. Ad infinitum. Die CDS-Einführung war für die Privatbanken eine Lizenz zur unbegrenzten Geldvermehrung.

Als im Zuge der Weltfinanzkrise ab 2008 sehr viele Kredite platzten, gingen auch viele Versicherer bankrott. CDS-Halter, darunter auch der bundeseigene Mittelstandsfinanzierer KfW, mußten riesige Verluste abschreiben und mit Steuergeld gestützt werden. Einzig US-Banken und Hedgefonds, die die CDS skrupellos weiterverkauft hatten, waren fein raus. Altbundeskanzler Helmut Schmidt benannte zu Jahresanfang 2009 die Schuldigen: "Vor allem in New York und in London haben wir es zu tun mit einer Kombination von hoher Intelligenz samt mathematischer Begabung, extremer Selbstsucht und Selbstbereicherung bei Abwesenheit von ausreichender Urteilskraft und von Verantwortungsbewußtsein."

Vorteil Rußland

Die russischen Auslandsschulden sind seit dem Einmarsch in die Ukraine immer weiter gesunken: Vom Höchststand 717 Milliarden Dollar (Mai/Juni 2022) über 340 Milliarden Dollar (April 2023) auf 293 Milliarden Dollar (September 2024).

Zum Vergleich (siehe auch den nebenstehenden Artikel): Die Nettoverschuldung der USA gegenüber dem Ausland lag bereits 2021 bei 18 Billionen (18.000 Milliarden) Dollar.

CDS-Papiere und andere Derivate summierten sich zum Jahresende 2023 nach Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) auf die astronomische Summe von 618 Billionen (engl. trillions) Dollar. Das ist das Sechsfache der weltweiten Wirtschaftsleistung pro Jahr, die ungefähr 100 Billionen Dollar beträgt.

Sechs Jahre lang hätten also alle Erlöse, die auf dem gesamten Globus durch Produkte und Dienstleistungen erarbeitet worden sind, beschlagnahmt und in diesen Papieren angelegt worden sein müssen, um diesen Betrag zu decken - was freilich nicht der Fall war, zu null Pro-

zent. Folglich ist klar: Dieses "fiktive Kapital" ist kein abgeleiteter Bestandteil der Realwirtschaft, sondern ist entstanden durch Luftbuchungen zwischen Banken sowie zwischen Banken und Hedgefonds.

Der Papiergeld-Imperialismus

Das Problem ist: Obwohl diese Papiere nur aus fiktivem Kapital kreiert wurden, garantieren sie dem Inhaber Ansprüche auf reale Werte. Zu deren Einlösung kann er auf die Reichtümer der Schuldner zugreifen: Er kann von ihnen die Schätze ihres Bodens und ihrer Meere fordern, ihre Fabriken und Patente beschlagnahmen, ja die Einkünfte ganzer Städte und Staaten pfänden.

Zahlungsunwillige Regierungen müssen mit dem Besuch der Killerkommandos ("economic hit men") des US-Geheimdienstes rechnen oder laufen Gefahr, über sogenannte bunte Revolutionen gestürzt zu werden. Bei größeren Außenständen steht die US-Army bereit, um als Gerichtsvollzieher für die Gläubiger zu fungieren - oder um umgekehrt zu verhindern, daß die USA selbst von anderen Staaten zur Kasse gebeten werden.

Das Hauptproblem der USA ist jedoch nicht die Verschuldung an sich (die eingangs genannten 33 Billionen Dollar), sondern die sogenannte Nettoauslandsverschuldung, also die Differenz zwischen Schulden gegenüber dem Ausland minus eigener Forderungen an das Ausland: Diese lag für die USA bereits 2021 bei 18 Billionen Dollar, was knapp 80 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entspricht. Zum Vergleich: 1989 galt die DDR als bankrott, weil ihre Westverschuldung 16 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung betrug.

Tatsächlich wollte kein verantwortungsbewußter Anleger dem Arbeiter- und Bauernstaat mehr etwas leihen. Aber im Falle der USA sind Staatsverschuldung und Außenhandelsdefizit für Milliardäre und Fonds auf der ganzen Welt kein Grund, ihr gutes Geld nicht mehr in den USA anzulegen…

Der Weg aus der Schuldenfalle führt Trump in eine Zwickmühle.

Was verrückt scheint, hat einen plausiblen Grund: Die US-Regierung kann, anders als die Regierung jedes anderen Schuldnerstaates, den Käufern ihrer Staatspapiere versprechen, jedermann jederzeit und an jedem Ort mit militärischer Gewalt zu zwingen, die an sich wertlosen dollarnominierten Papierschnipsel in Waren einzutauschen. Länder wie der Irak unter Saddam Hussein oder Libyen unter Gaddafi, die damit drohten, ihre Öl- und Gasverkäufe nicht mehr in Dollar, sondern in Konkurrenzwährungen zu fakturieren, wurden zu Schurkenstaaten erklärt und militärisch liquidiert.

Aktuell droht das Gleiche dem Iran. Auch die US-Unterstützung des ukrainisches Krieges gegen Rußland läßt sich damit erklären: Im Donbass gibt es Rohstoffe im Wert von vielen Billionen Dollar, "die entweder Rußland und seine Verbündeten oder die Ukraine und die demokratische Welt im globalen Wettbewerb stärken werden" (so Wolodimir Selenski bei der Vorstellung seines "Siegesplans" Mitte Oktober 2024).

Zwei Alternativen

Die US-Außenpolitik ist in einem Dilemma: Der Greenback ist nicht mehr durch Gold oder reale Wirtschaftsleistung gedeckt, sondern nur noch durch nackte militärische Gewalt. Je tiefer die US-Ökonomie in die roten Zahlen rutscht, um so aggressiver muß die US-Außenpolitik auftreten, bei Schuldnern kassieren und Gläubiger zum Schweigen bringen. Gleichzeitig hat dieses immer aggressivere Auftreten aber dazu geführt, daß sich die Gläubigerstruktur der USA verändert hat: Die Staatsbanken von China und Japan, die noch vor 15 Jahren den Löwenanteil der US-Schuldscheine aufgekauft hatten, haben sich seither Zug um Zug von ihren Dollarpapieren getrennt.

Sie wurden ersetzt durch nicht-staatliche Kunden: Superreiche aus der ganzen Welt und Vermögensfonds wie Blackrock. Auf den Schwarzen Felsen kann die Fed zwar weiter bauen. Aber viele Anleger aus dem globalen Süden und der BRICS-Sphäre sind nervös geworden,

nachdem die USA (ebenso wie die EU) das Vermögen reicher Russen (und nicht nur des russischen Staates) eingefroren haben.
Eine solche Enteignung von Großinvestoren hatte es zuvor nur in sozialistischen Staaten gegeben. US-Staatspapiere sind seither kein sicherer Hafen mehr für Finanzmogule - das entzieht dem Perpetuum mobile der US-Geldvermehrung die Basis.
Der Weg aus der Schuldenfalle führt Trump in eine Zwickmühle: Er muß entweder die militärische Glaubwürdigkeit der USA (und damit die außerökonomische Deckung des Dollars) nach dem Debakel in Afghanistan wieder restaurieren, was ihn - gegen seinen Willen - doch in Abenteuer treiben könnte: wenn nicht gegen Rußland, dann gegen Iran oder China.
Oder er lockt ausländische Milliardäre wieder an, indem er auf die vermeintlichen BRICS-Schurkenstaaten zugeht, das illegale Einfrieren russischer Guthaben beendet und eine Art Great Deal mit Moskau und Peking versucht. Dann aber hat er die Wall Street, die City of London und Blackrock gegen sich.
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<
Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 19. November 2024 (x1.420/…): >>**Gefährliche Eskalation: Ukraine beschießt russisches Territorium mit ATACMS-Raketen!**
Die Ukraine hat nach Angaben aus Moskau die russische Grenzregion Brjansk mit US-Raketen längerer Reichweite angegriffen. Die Luftabwehr habe fünf von sechs Raketen des Typs ATACMS abgeschossen, eine Rakete sei beschädigt worden, teilt das russische Verteidigungsministerium mit. Trümmer einer Rakete seien auf eine Militäreinrichtung gestürzt und hätten ein Feuer ausgelöst. Es habe weder Opfer noch Schäden gegeben.
Das ukrainische Militär hatte zuvor mitgeteilt, es habe in der Nacht zum Dienstag ein Waffenlager in der Oblast Brjansk in der Nähe der Stadt Karatschew angegriffen. Es habe ein Dutzend Detonationen im Zielgebiet gegeben. Die Ukraine hatte dieser Tage vom scheidenden US-Präsidenten Joe Biden die Erlaubnis erhalten, US-Raketen mit längerer Reichweite auch auf Ziele tief im Staatsgebiet der Russischen Föderation abzufeuern. Rußland warnte vor einer gefährlichen Eskalation.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 19. November 2024 (x1.422/…): >>**Melnyk enttäuscht von Scholz' erneuter Taurus-Absage**
Der frühere ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, hat das kategorische Nein von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beim G20-Gipfel zu einer Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine scharf verurteilt.
"Wir sind schockiert und enttäuscht von diesem Statement", sagte Melnyk dem Fernsehsender "Welt" am Rande des Gipfels im brasilianischen Rio de Janeiro. Der ukrainische Diplomat - jetzt Botschafter in Brasilien - sagte, daß nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Franzosen und die Briten grünes Licht für Langstreckenraketen gegeben haben. Hinter der Entscheidung des Bundeskanzlers vermutete Melnyk, "daß der Kanzler im Wahlkampfmodus ist". Das sei "sehr bitter und schade".
Man hoffe, "daß der Kanzler und die SPD dieses Thema, nämlich das Leid und das Sterben der Ukrainer nicht für sich mißbrauchen werden". Auf die Frage, was er sich von einer neuen Bundesregierung erhoffe, sagte Melnyk: "Also die Hoffnung ist, daß diese Regierung viel mutiger auftreten wird, daß diese Regierung endlich erkennt, daß es nicht nur um die Ukraine, sondern auch um Deutschland geht."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. November 2024 (x1.417/…): >>**Kiew setzt US-Raketen ein - Putin: Neue Atomdoktrin**
Von *S. Hofer*
Die Eskalation ist da: Kurz nach Genehmigung des Einsatzes von amerikanischen ATAMCS-Raketen gegen Ziele in Rußland durch den scheidenden US-Präsidenten Joe Biden ist Kiew

zur Tat geschritten. Putin senkt die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen.
Agenturmeldungen zufolge hat das Ukraine-Militär erstmals nach Freigabe durch Biden weitreichende US-Raketen für einen Angriff auf russisches Territorium eingesetzt. Es heißt, die ATACMS-Raketen hätten Ziele in der Region Brjansk getroffen.
Rußlands Präsident Putin hat unteressen eine aktualisierte Nukleardoktrin unterzeichnet. Das Dokument besagt, daß Moskau den Einsatz von Atomwaffen als Abschreckungsmittel sieht, deren "Einsatz eine extreme und notwendige Maßnahme darstellt".
Demnach werde nun die "Aggression eines Staates, der nicht über Atomwaffen verfügt, jedoch unter Beteiligung oder Unterstützung eines Atomstaates" als gemeinsamer Angriff auf Rußland gewertet. Darüber hinaus sei eine nukleare Reaktion Rußlands auch im Falle einer kritischen Bedrohung mit konventionellen Waffen sowie bei einer Bedrohung von Verbündeten Rußlands möglich.<<
USA: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 19. November 2024 (x1.417/…): >>**"Es geht um Imperialismus, Idiot!"**
Warum Trumps Nationalismus hilft. … Es gibt sie noch, die intelligenten Linken. Im folgenden Text, im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2016 erschienen, begründet ein sozialistischer Autor, warum er sich hinter Donald Trump stellt. Die Argumente haben nichts an ihrer Schlagkraft verloren.
_ von *Aidan O'Brien*
Als Noam Chomsky (einer der bekanntesten Linksintellektuellen der USA) vor ein oder zwei Wochen sagte, daß er im Zweifelsfall für Hillary Clinton (die demokratische Präsidentschaftskandidatin 2016) stimmen würde, war das für mich ein Tiefpunkt. Diese Wahl ist die Hölle, ganz nach dem Geschmack von Hobbes (englischer Philosoph, fürchtete den Krieg "aller gegen alle"): lieber Fremdenangst oder lieber Völkermord? Offensichtlich ist den Besten unter uns Linken der Völkermord lieber.
Wenn Amerika nationalistisch wäre, würde der Rest der Welt jubilieren.
Aber was ist schlimmer: die Deportation von ein paar Millionen oder die Vernichtung von ein paar Millionen? Beides ist höllisch, doch die Vernichtung von Millionen ist natürlich schlimmer. Warum sieht Chomsky das anders? Er steht nicht alleine da. Die westliche Meinungsmacht steht hinter Clinton, obwohl sie den Völkermord im Irak unterstützte, die Völkermorde in Libyen und Syrien organisieren half und die Waffen für den Völkermord in Osteuropa scharf machte: Victoria Nuland ist ihr Mädchen. (Staatssekretärin Nuland gehörte zu den Einpeitschern des NATO-Putsches in der Ukraine 2014 und war 2022 in der Arbeitsgruppe des Weißen Hauses, die die Sprengung von Nord Stream vorbereitet hat).
Demgegenüber ist alles, was Trump vorhat, eine Grenzmauer zu bauen und mit dem Ku Klux Klan anzubandeln. Und dennoch soll er die größte Bedrohung für die westliche Demokratie sein? Wenngleich Trumps Außenpolitik wahrscheinlich ein Weiter so, also "Völkermord wie bisher" sein wird, besteht eine Chance - wie winzig auch immer -, daß er die Pläne des Westens für den Dritten Weltkrieg durchkreuzt. Wir wissen, daß Clinton zum außenpolitischen Establishment des Westens gehört. Und wir wissen, daß Trump nicht dazugehört. Warum also Trump mehr fürchten als Clinton?
Isolationismus versus Globalisierung
Für westliche Liberale und Linke ist Nationalismus das schmutzigste Wort, das es gibt. In ihren Augen bedeutet es schlicht Faschismus, Protektionismus, völkisches Gift oder einfach die gute alte Fremdenangst. Im Zeitalter der Globalisierung ist Nationalismus der Schwarze Mann. Und Trump spielt diese Rolle perfekt.
Indem sich Nationen von der NATO oder der EU abspalten, können sie die Welt befreien.
Was aktuell als Globalisierung bezeichnet wird, ist allerdings ein Euphemismus, im Grunde handelt es sich dabei nur um eine neue Variante des westlichen Imperialismus. Der Kontra-

punkt zu Nationalismus ist also Imperialismus. Doch das Wort Imperialismus wird selten - falls überhaupt - in westlichen Medien erwähnt. Die TV-Sprecher und Schreiberlinge spotten über die Vorstellung, Trump würde "Amerika wieder groß machen", aber verschweigen wissentlich, daß es Clintons Vorhaben ist, "das amerikanische Imperium wieder groß zu machen". Im Allgemeinen stellt man sich im Westen stumm, wenn es um den westlichen Imperialismus und dessen Völkermord-Bilanz geht. Dagegen schreit man auf, wenn es um westlichen Nationalismus geht. Als ob Nationalismus - und nicht Imperialismus - an allem schuld wäre.
Aber: Wenn Amerika nationalistisch wäre, würde der Rest der Welt jubilieren. Der Rest der Welt würde sich sicher fühlen. Und das ist der springende Punkt. Die Welt fühlt sich derzeit nicht sicher, weil Amerika überall ist. Es ist imperialistisch. Und wenn Amerika plötzlich heimkehren und sich auf sich selbst konzentrieren würde, müßte Amerika ausnahmsweise einmal so leben wie der Rest der Welt. Amerika müßte mit Amerika leben. Amerika müßte in Angst vor Amerika leben. Ist es das, was die Kritiker von Trump am meisten fürchten?
Trumps Nationalismus ist eine Bedrohung für westliche Liberale und Linke, weil er sie zwingen könnte, das erste Mal in ihren Leben tatsächlich für ihr geschätztes Wertesystem zu kämpfen. Clintons Imperialismus dagegen wird ihren Schlummer nicht stören: Clintons Killing Fields werden nämlich weit weg in fremden Ländern sein, wohingegen die von Trump im Inland sein könnten. Trump schafft die Möglichkeit eines Amerika, das mit sich selbst ringt, anstelle eines Amerika, das gegen den Rest der Welt Krieg führt. Was der Euro mit Europa getan hat, könnte Trump mit Amerika tun: es fragmentieren. Und dies würde, für die Opfer des westlichen Imperialismus, eine eindeutig gute Sache sein.
Ohne Trump droht die Wiederkehr der 1940er Jahre - Aufmarsch gegen Rußland und China.
Das Einzige, was Amerikas genozidale Außenpolitik stoppen kann, ist Amerika selbst. Mit anderen Worten, das Einzige, was den US-Imperialismus heute stoppen kann, ist der US-Nationalismus. Falls das Mauern und Xenophobie quer durch die USA und womöglich sogar Selbstzerstörung (à la EU) bedeutet, dann sei es so. Die USA und die EU verdienen, was sie bekommen - solange sie blind für ihre eigenen Verbrechen sind.

Die ganz andere Wiederkehr des Faschismus

Ein ähnlicher Fall wie Chomsky ist Yanis Varoufakis (bis 2017 Galionsfigur der griechischen Linkspartei Syriza). Auch sein Schwarzer Mann ist der Nationalismus und nicht der Imperialismus. In seinem nützlichen Buch And the Weak Suffer What They Must? (Und die Schwachen erdulden, was sie müssen?) analysiert er die Krise in der EU. Auf 300 Seiten erwähnt er jedoch die NATO kein einziges Mal. Er unterläßt es, die soziale Zerstörung von Griechenland mit der völligen Zerstörung des Irak, Libyens und Syriens in Verbindung zu bringen - obwohl die Zerstörer dieselben Leute sind: die Führer der NATO.
Tatsächlich gerät Varoufakis in die "allen Beweisen zum Trotz ist ein vereinigter Westen das Beste-Falle". Er ist nicht nur ein engagierter Pro-Europäer: Er ist obendrein ein engagierter Atlantiker. Während er von Amerikas Keynesianern schwärmt, ignoriert er vollständig Amerikas Kopfjäger in der NATO.
Enttäuscht von Europas geistig beschränkter Elite, ist er selbst geistig beschränkt gegenüber den Verbrechen Europas im östlichen Mittelmeerraum. Das Schicksal Griechenlands wird in den Schatten gestellt vom Schicksal Libyens und Syriens - doch das übersieht er. Oder ist Völkermord an Arabern für ihn womöglich nicht so wichtig?
Varoufakis und Chomsky denken, daß wir die Wiederkehr der 1930er Jahre erleben. Der eine fürchtet die neonazistische Goldene Morgenröte, der andere die irrationale Republikanische Partei (als sei die Demokratische Partei rational). Sie fürchten den Zusammenbruch der westlichen Zivilisation. Dieser Zug ist allerdings schon abgefahren - der Zug nach Auschwitz nämlich, mit der westlichen Zivilisation darin.
In Wahrheit erleben wir eine Wiederkehr der 1940er Jahre. Der Westen von heute folgt dem

Vorbild von Hitler und Hirohito (japanischer Kaiser) und marschiert gegen Rußland und China. Und was die Parallele erschreckend real macht: Der Westen von heute hat auch schon seinen eigenen antisemitischen Völkermord ausgeführt - an den unabhängigen arabischen Nationen nämlich (Araber sind auch Semiten). Im Zusammenhang mit dieser abscheulichen Kriegslust sind Trump und die Goldene Morgenröte harmlos. Das heißt, harmlos für die Opfer des Imperialismus, aber nicht für die Strategen des Imperialismus.

Nationalismus stoppt Imperialismus

Es ist jedoch noch nicht zu spät, die Hölle zu verlassen - es gibt einen Ausweg aus diesem westlichen Endspiel. Um weiterzumachen wie bisher bedarf der westliche Imperialismus nämlich einer blinden Einheitsfront. Offene Augen sind eine Gefahr für den blinden Marsch Richtung Weltuntergang. Unabhängige Nationen sind es auch, insbesondere unabhängige westliche Nationen. Die falsche Grundannahme ist die, daß Nationalismus Fremdenfeindlichkeit bedeutet. Trump und die Goldene Morgenröte sind möglicherweise fremdenfeindlich - aber nicht der Nationalismus per se.

Ein Slogan und seine Geschichte

Der letzte Satz in nebenstehendem Essay heißt im englischen Original: "It's imperialism, stupid!" Das ist eine Spiegelung jenes Slogans, mit dem Bill Clinton 1992 die US-Präsidentschaftswahlen gewann, obwohl der damalige Amtsinhaber George Bush ein Jahr davor noch Zustimmungswerte von 90 Prozent erhalten hatte: "It's the economy, stupid!" - "Es geht um die Wirtschaft, Idiot!"

Damit versprach der demokratische Herausforderer ökonomisches Wachstum und Millionen neue Jobs - während die Republikaner mit Außenpolitik (1991 hatten die USA den Irak zum ersten Mal besiegt) punkten wollten. Bemerkenswert an Clinton und seiner PR-Strategie war, daß er der Kriegspolitik der Bush-Administration nicht entgegentrat, sondern einfach ein eigenes Thema daneben setzte. So war es nicht verwunderlich, daß er schließlich selbst zum Aggressor wurde - 1999 beim Überfall auf Jugoslawien.

Westlicher Nationalismus à la Irland oder Schottland oder Katalonien oder jeder anderen westlichen Nation kann das Imperium im positiven Sinne blockieren, und zwar durch die Umkehrung der Spalte-und-herrsche-Strategie des Westens. Indem sich Nationen von der NATO oder der EU oder Großbritannien befreien, können sie die Welt befreien - also den Westen aufspalten und dadurch den Rest befreien.

Die Situation im Westen ist heute so brisant für die Welt (Völkermordgefahr!), daß selbst ein negativer Nationalismus à la Frankreich ein blockierender Schraubenschlüssel im Räderwerk des Imperialismus wäre. Ja, sogar die englische Nation kann das schaffen - durch den Brexit. Und ja, sogar die Vereinigten Staaten können es schaffen - durch Rückzug auf sich selbst und die Austreibung ihrer eigenen völkermörderischen Dämonen.

Um mit einem solchen westlichen Rückzug beginnen zu können, werden die Liberalen und Linken des Westens jedoch mit ihrem antinationalistischen Dogma Schluß machen müssen. Um den westlichen Imperialismus zu beenden, muß der Westen aufgespalten werden - und dafür ist Nationalismus ein nützliches Werkzeug. Vergeßt die künstliche politische Korrektheit! Und plaziert das Wohl der Welt an erster Stelle (die Vereinten Nationen)! Damit wir uns verstehen: Es geht um Imperialismus, Idiot!

_ Aidan O'Brien ist Krankenhausangestellter in Dublin. Die englische Originalversion des Artikels übersetzten und übernahmen wir - bei kleinen Kürzungen - mit freundlicher Genehmigung von "counterpunch.org".

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<

20.11.2024

BRD: Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtet am 20. November 2024 (x1.419/…): >>**Offene Grenzen sind größte Sorge der Europäer: Festung Europa? Nur mit uns!**

Eine EU-weite Umfrage bestätigt es in aller Deutlichkeit: Die Bürokraten und abgehobenen Funktionäre der Europäischen Union ignorieren die Bedürfnisse der europäischen Völker. "Was ist heute die größte Bedrohung für den Frieden in Europa?", fragte die Bertelsmann-Stiftung in einer repräsentativen Untersuchung mit über 26.000 Teilnehmern aus allen 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die Antworten zeigen ein unmißverständliches Bild: Der nicht funktionierende Grenzschutz landet ganz vorn auf Platz 1. Auch terroristische Angriffe und organisiertes Verbrechen treiben die Europäer um.

Doch die etablierten politischen Kräfte in Deutschland und in den anderen EU-Mitgliedsstaaten reagieren mit Blindheit und Taubheit. Bestes Beispiel ist die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen (CDU). Daß von der Leyen nach ihrem kolossalen Scheitern als Familienministerin, dann als Sozialministerin und schließlich als Verteidigungsministerin dennoch von der CDU auf einen solchen hohen Posten gehievt wurde, ist schon für sich genommen eine Bankrotterklärung für die CDU. Seit fünf Jahren ist die enthusiastische Merkel-Freundin im Amt - und seit fünf Jahren guckt sie tatenlos zu, wie Europa unter dem Druck der illegalen Massenmigration zusammenbricht.

Die CDU und ihre europäischen Schwesterparteien stehen für das Europa der Messermänner, der Gruppenvergewaltigungen und rechtsfreien Räume. Für die AfD hingegen ist klar, welche Konsequenzen aus dem Niedergang der Sicherheit unseres Kontinents zu ziehen sind: Wir stehen für die Festung Europa!

Seit Langem fordert die AfD die Errichtung wirksamer physischer Barrieren, moderne technische Überwachung und den Einsatz von ausreichendem Grenzpersonal. Mit der CDU können wir bei der Durchsetzung einer solchen Migrationswende bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten. Die CDU redet, die AfD handelt!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. November 2024 (x1.420/…): >>**S-Bahnhof bei München: 19-Jährige stundenlang brutal im Gebüsch vergewaltigt**

Ein abscheuliches Verbrechen wird aus Bayern gemeldet: In der Nacht von Sonntag zu Montag in dieser Woche soll ein in der Dominikanischen Republik geborener Mann (25) mit deutscher Staatsangehörigkeit eine 19-Jährige stundenlang nahe dem S-Bahnhof "Hallbergmoos" (Kreis Freising bei München) vergewaltigt haben. Das Martyrium in einem Gebüsch dauerte Medienberichten zufolge etwa drei Stunden.

Kurz nach 2 Uhr morgens stieg die 19-Jährige am S-Bahn-Halt aus, als ihr der Tatverdächtige folgte und sie plötzlich angriff. Unter Androhung von Gewalt zerrte er sie in das Gebüsch und verging sich mehrere Stunden lang an ihr.

Erst gegen 5.30 Uhr hörten Passanten die Hilferufe der Frau. Daraufhin ergriff der 25-Jährige die Flucht. Zeugen nahmen die Verfolgung des Täters auf. Wenig später konnte die Polizei den mutmaßlichen Vergewaltiger festnehmen.

Wie die "Bild-Zeitung" schreibt, soll es sich um "einen Deutschen" handeln, der in der Dominikanischen Republik geboren wurde.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. November 2024 (x1.420/…): >>**SPD-Innenministerin Faeser stellt Strafanträge gegen DK-Chefredakteur David Bendels: Neuer Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit!**

Nach ihrem gescheiterten "Compact-Verbot" hat es Nancy Faeser jetzt auf den nationalkonservativen Deutschland-Kurier abgesehen!

Mit mehreren grotesken Strafanträgen versucht die SPD-Bundesinnenministerin, ein der Regierung unbequemes Medium einzuschüchtern. DK-Chefredakteur David Bendels sieht im

Vorgehen der (noch) Ministerin einen "neuen Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit" und kündigte eine entschlossene juristische Gegenreaktion an.
In ihrem ideologischen Kampf gegen die Meinungsfreiheit hat Innenministerin Nancy Faeser (SPD) jetzt den Deutschland-Kurier ins Visier genommen. Sie stellte zwei Strafanträge gegen den Herausgeber und Chefredakteur David Bendels wegen "Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens". Das Amtsgericht Bamberg erließ daraufhin zwei Strafbefehle in Höhe von insgesamt 480 (!) Tagessätzen gegen Bendels! Ab 90 Tagessätzen gilt man in Deutschland als vorbestraft.
Faeser stützt sich in ihrem Vorgehen auf den berüchtigten "Majestätsbeleidigungs-Paragraphen" 188 des Strafgesetzbuches (StGB), der, wie zuletzt in der "Schwachkopf-Affäre" um Robert Habeck ("Grüne"), zum Vorwand genommen wird, um Kritik an den Regierenden mit einer industrialisierten Einschüchterungskampagne im Keim zu ersticken.
DER JÜNGSTE FALL
Anlaß für Faesers jüngsten Strafantrag gegen Bendels ist ein sogenanntes Meme, das der Deutschland-Kurier am 28. Februar 2024 veröffentlicht hatte. In dem durch die Meinungs- und Pressefreiheit eindeutig gedeckten Beitrag wurde indirekt Bezug genommen auf ein Foto, welches auf dem Twitter-Account (jetzt X) des Bundesinnenministeriums veröffentlicht wurde. Dieses zeigte Faeser, wie sie ein ca. Din-A3-großes Banner mit der Aufschrift "WE REMEMBER" hält.
In einer Bildmontage ersetzte der Deutschland-Kurier das Faeser-Plakat durch die Worte "Ich hasse die Meinungsfreiheit!". Dieser rund 13.200 mal aufgerufene Post spielte auf die Rolle Faesers bei der systematischen Aushöhlung von Artikel 5 des Grundgesetzes (Meinungsfreiheit) an, Stichwort u.a. "Delegitimierung des Staates". Aufgrund dieser DK-Fotocollage unterzeichnete die Innenministerin am 28. Mai einen Strafantrag gegen DK-Chefredakteur David Bendels.
Am 5. November erließ das durch die "Schwachkopf-Affäre" um den Bundeswirtschaftsminister und "Grünen-Kanzlerkandidaten" Robert Habeck bundesweit in die Skandal-Schlagzeilen geratene Amtsgericht Bamberg, in dessen Einzugsbereich zufällig auch Bendels seinen privaten Wohnsitz hat, Strafbefehl in der unglaublichen Höhe von 210 Tagessätzen.
"Faeser ist eine reale Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit"
Bendels erklärte dazu: "Dieser Strafbefehl ist wie ein weiterer zuvor schon auf Betreiben Faesers ergangener Strafbefehl absurd und nicht nachvollziehbar."
Der DK-Chefredakteur kündigte an: "Der Deutschland-Kurier wird dagegen mit allen juristischen Mitteln vorgehen. Die Strafanzeigen, bei denen es um insgesamt drei voneinander getrennte Vorgänge geht, sind ungeheuerlich und ein neuer Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit durch die Bundesinnenministerin."
DK-Chefredakteur David Bendels: "Die 'Verfassungsministerin' Faeser ist eine reale Gefahr für die verfassungsrechtlich geschützte Presse- und Meinungsfreiheit!"
Mit Blick darauf, daß die Bundesinnenministerin qua Amt auch Hüterin des Grundgesetzes ist, unterstrich Bendels: "Die 'Verfassungsministerin' Faeser ist eine reale Gefahr für die verfassungsrechtlich geschützte Presse- und Meinungsfreiheit!"
Nach den Worten von Bendels machen "die grotesken vom einschlägig bekannten Amtsgericht Bamberg erlassenen Strafbefehle deutlich: Einige der weisungsgebundenen und politisch instrumentalisierten Staatsanwaltschaften forcieren derzeit in vorauseilendem Gehorsam ihre Willküraktionen gegen mißliebige Medien."
Mit Befremden erklärte der Chefredakteur des Deutschland-Kuriers weiter: "Die von der Verfassung garantierte Presse- und Meinungsfreiheit wird mit fast schon totalitärer Rechtsbeugung de facto immer weiter ausgehöhlt!"

Darum geht's in den anderen Fällen
Der Deutschland-Kurier und sein Chefredakteur sollen offensichtlich mundtot gemacht werden. In Bezug auf einen weiteren Strafantrag Faesers die Berichterstattung des Deutschland-Kuriers betreffend summieren sich die nunmehr zwei Strafbefehle auf insgesamt 480 (!) Tagessätze.
Unter anderem ging es dabei um einen vom Deutschland-Kurier geteilten Tweet des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krah zum Messer-Amoklauf eines Syrers, der im Juni 2023 im französischen Annecy zwei Erwachsene und vier Kinder auf einem Spielplatz lebensgefährlich verletzt hatte; außerdem störte die Bundesinnenministerin ein Gastbeitrag, den der frühere "Bild-Politikchef" Einar Koch im August 2023 unter der Überschrift "Steinmeier, Faeser und Haldenwang haben in Augsburg mitgeprügelt!" für den Deutschland-Kurier verfaßt hatte, nachdem der damalige Vorsitzende der AfD-Fraktion im Augsburger Stadtparlament brutal zusammengeschlagen worden war.
Tweet des AfD-Europaabgeordneten Maximilian Krah: "Masseneinwanderung ist tödlich!"
Auch die diesbezüglichen Anzeigen entbehren nach den Worten von Bendels "jeglicher Grundlage". Bendels betonte: "Die hier in Rede stehenden Beiträge sind eindeutig durch die Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt."
DK-Artikel: Hat Faeser (im übertragenen Sinne) "mitgeprügelt"?
"Big Sister Faeser": Verbote und Kontrollen
Erst dieser Tage rechnete das liberal-konservative Portal "Tichy's Einblick" mit der Noch-Innenministerin ab. Anlaß: Am 9. November gedachte ausgerechnet Faeser der friedlichen Revolution in der DDR, bei der Freiheit und Demokratie errungen wurden. Für den TE-Autor Josef Kraus war dies ein "guter Zeitpunkt, daran zu erinnern, wie die SPD-Politikerin in den letzten Jahren daran gearbeitet hat, diese Werte und den Rechtsstaat auszuhöhlen."
https://www.tichyseinblick.de/meinungen/big-sister-faeser/
FAZIT: Der Deutschland-Kurier läßt sich von Nancy Faeser, dieser Delegitimiererin von Grundrechten der Verfassung, nicht einschüchtern und wird alle rechtlichen Mittel ausschöpfen!<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. November 2024 (x1.421/…):
>>**"L'amour toujours-Vorfall" auf Dorffest - Hausdurchsuchung bei Eventmanager**
Vereinzelte Gäste hatten auf einer von einem 21-jährigen Eventmanager organisierten Party "Ausländer raus" gesungen. Daraufhin kam es bei ihm als Zeugen zu einer Durchsuchung. Dabei hatten andere Verfahren bisher überwiegend gezeigt, daß die Gesänge gar nicht strafbar sind.
Henry Behrens
Gegen sechs Uhr morgens stehen mehrere Polizeibeamte vor der Haustür des Jungunternehmers David R. Der 21-Jährige betreibt ein Veranstaltungsunternehmen auf der schleswig-holsteinischen Insel Fehmarn. Die Beamten zeigten dem Jungunternehmer einen Durchsuchungsbeschluß und begannen, private Geräte und Arbeitsgeräte zu beschlagnahmen. Nach Informationen von Apollo News der Grund: Auf einer seiner Veranstaltungen im Frühjahr 2024 sollen vereinzelt Betrunkene "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!" zu Gigi D'Agostinos Party-Hit "L'amour toujours" gesungen haben.
Als das Lied auf der Party des traditionellen Rapsfestes auf der Ostseeinsel Fehmarn gespielt wurde und R. bemerkte, daß einige der Gäste im Hintergrund die bekannte Parole "Ausländer raus, Deutschland den Deutschen" anstimmten, wies er den DJ an, ein anderes Lied zu spielen. Dies erfolgte auch aus "Selbstschutz", wie er gegenüber Apollo News erklärte. Offenbar war es bereits zu spät. R. zufolge kursierten kurz nach der Feier Videos der Veranstaltung. "Wenn man die Parole kennt, dann ist zu verstehen, was da gesungen wird", so R.
Kurz nach der Veranstaltung wurde der Vorfall öffentlich. Die lokale Presse griff das Thema

auf. So titelten die Lübecker Nachrichten im Mai: "Polizei ermittelt wegen rassistischer Gesänge auf Scheunenfete".
Aber auch überregionale Medien wie der Spiegel berichteten, das Magazin schrieb über "Ermittlungen auf Fehmarn wegen möglicher rechtsextremer Gesänge".
Laut R. habe sich kurz nach dem Vorfall der Staatsschutz bei ihm gemeldet. Der junge Mann habe sich von den Behörden "in die Ecke gedrängt" gefühlt. Man hätte versucht, ihm eine vermeintliche "rechte Gesinnung" zu unterstellen. Die Behörden wollten von ihm die Namen und weitere Personendaten seiner Mitarbeiter erhalten. Auch die Daten von Angestellten eines von R. beauftragten Dienstleisters wollten die Behörden erfahren. R. verweigerte dies, dann kam es zur Hausdurchsuchung.
Laut R. habe das Amtsgericht Lübeck Mitte September die Durchsuchung beschlossen. In dem Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen Unbekannt ist R. nach Apollo News-Informationen lediglich Zeuge. Da er allerdings die geforderten Daten nicht an die Behörden liefern wollte, wurde sein Wohnsitz durchsucht.
Der Jungunternehmer berichtet, daß selbst Fahrzeuge Teil der Durchsuchung gewesen seien, die gar nicht auf ihn zugelassen seien.
Offenbar wollten die Ermittlungsbehörden an Daten von Mitarbeitern und Dienstleistern gelangen, und dafür Unterhaltungen, Rechnungen, Verträge und Kontaktinformationen einsehen.
Als Begründung habe man ihm gegenüber angeführt, daß bei der Party mit etwa 300 Gästen ca. 15 unbekannte Personen die Parolen "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus" zum Lied "L'amour toujours" gesungen hätten.
R. erzählte, daß die Beamten einen Kalender, ein iPad, eine Mappe mit Unterlagen sowie einen PC konfiszierten. Die Maßnahmen der Behörden werfen insbesondere deshalb Fragen auf, weil ähnliche Fälle in der Vergangenheit von mehreren Staatsanwaltschaften nicht als strafbar eingestuft wurden. Meist wurden diese Parolen als durch die Meinungsfreiheit gedeckt betrachtet und galten demnach nicht als Volksverhetzung nach Paragraph 130 des Strafgesetzbuchs.
Bereits bei früheren Vorfällen, beispielsweise beim Faschingsumzug im Februar in Landsberg, hatte die Staatsanwaltschaft Augsburg die Ermittlungen eingestellt. Eine Staatsanwältin betonte, daß eine Strafbarkeit solcher Parolen zwar grundsätzlich möglich sei, jedoch nur unter bestimmten Umständen, etwa wenn sie in Kombination mit rechtsextremen Symbolen oder fremdenfeindlichen Aussagen in besonders sensiblen Kontexten geäußert werden. Die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg kam zu einer ähnlichen Einschätzung, als sie Ermittlungen gegen Personen einstellte, die in einer Diskothek dieselben Zeilen gesungen hatten, da auch dort keine strafbare Handlung festgestellt werden konnte.
Die Staatsanwaltschaften orientieren sich damit an einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010. Demnach verletzt der Ausruf "Ausländer raus" die Menschenwürde nur dann, wenn zusätzliche Umstände vorliegen.<<
Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 20. November 2024 (x1.421/…):
>>**Fokus auf Rechtsextremismus: Leitfaden des Technischen Hilfswerks fordert Rauswurf bei "hetzender Sprache"**
Ein Leitfaden des Technischen Hilfswerks gibt Anweisungen, welche Handlungen einen Rauswurf begünstigen, wenn jemand Mitglied in einer extremistischen Partei ist. Im Fokus steht der Rechtsextremismus. "Hetzende, fremdenfeindliche Sprache" und diskriminierende Aussagen über das Alter oder Aussehen können ein Entlassungsgrund sein.
Von *Redaktion*
Im Technischen Hilfswerk arbeiten etwa 2.200 hauptamtliche Mitarbeiter. An diese richtet sich der Leitfaden.
Wie die Junge Freiheit berichtet, gibt es beim Technischen Hilfswerk (THW) einen achtseiti-

gen Leitfaden zum Thema "Dienstlicher Umgang im Ehrenamt mit als gesichert extremistisch eingestuften Parteien und deren Repräsentant/innen". Der Leitfaden richtet sich an die hauptamtlichen Mitarbeiter. Obwohl der Leitfaden für alle Arten von Extremismus gelte, gebe es einen Fokus auf Rechtsextremismus.
Das THW begründet den Fokus folgendermaßen: "Teil rechter/rechtsextremer Idealvorstellungen sind unter anderem (para)militärische Strukturen, klare Hierarchien und Uniformen. In Teilen bietet das THW dafür Anknüpfungspunkte." Aktuell seien dem THW "keine Fälle bekannt", was Linksextremismus oder Islamismus angehe.
Eine bloße Mitgliedschaft in der AfD sei noch keine Begründung für einen Rausschmiß aus dem Technischen Hilfswerk, so die Junge Freiheit. Allerdings werden in dem Leitfaden, elf Handlungen aufgeführt, die einen Rauswurf begünstigen. Als Handlungen werden einerseits die "Teilnahme an gewalttätigen, rassistischen Ausschreitungen" genannt, als auch menschenverachtende Äußerungen oder das Teilen solcher Aussagen in den sozialen Medien.
Laut dem Leitfaden gibt es verschiedene Formen menschenverachtender Äußerungen wie Rassismus, Antisemitismus, Ageismus (Diskriminierung wegen Alter) und Lookismus (Diskriminierung wegen Aussehen) oder auch "vulgäre, hetzende, fremdenfeindliche Sprache". Wie die Junge Freiheit schreibt, werden die Begriffe in dem Leitfaden nicht definiert. So bleibt es strittig, ob Äußerungen tatsächlich rassistisch sind oder von der Meinungsfreiheit gedeckt sind.
Um solche als menschenverachtend bezeichneten Aussagen nachweisen zu können, werden die Mitarbeiter des Technischen Hilfswerks aufgefordert, Gespräche, auch Telefongespräche, mitzuschreiben. Darüber hinaus sollen auch "Skizzen von Situationen und Eindrücken festgehalten und Protokolle von Aussprachen und Treffen angefertigt werden." Der Leitfaden fordert, "von Beginn an alle Vorkommnisse zu dokumentieren und Zweifel/Wahrnehmungen sorgfältig zu begründen und ebenfalls zu dokumentieren".<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 20. November 2024 (x1.424/…): >>**RKI bestätigt: Die geleakten Krisenstab-Protokolle sind "unverändert und vollständig"**
Herbert Ludwig
Die von der Journalistin Aya Velazquez durch ein Leak am 23. Juli 2024 vollständig ungeschwärzt veröffentlichten Protokolle des RKI-Krisenstabes aus der Corona-Zeit 1 sind nun eindeutig vom Robert Koch Institut als authentisch bestätigt worden.
In dem Gerichtsverfahren von Multipolar gegen das RKI ist dies im Gerichtsprotokoll festgehalten worden. Die geleakten RKI-Protokolle hätten damit auch "Beweiskraft in anderen Gerichtsverfahren", betonte Paul Schreyer, Mitherausgeber von Multipolar. Wir übernehmen nachfolgend die Meldung des Multipolar-Magazins vom 13.11.2024 im Wortlaut. (hl)
Multipolar: 13.11.2024
Im seit 2021 laufenden Verfahren von Multipolar gegen das Robert Koch-Institut (RKI) zur Veröffentlichung und weiteren Entschwärzung der Protokolle des RKI-Krisenstabes hat das Verwaltungsgericht Berlin am 4. November ein Urteil gesprochen. Das Urteil und das Protokoll der Verhandlung (Aktenzeichen VG 2 K 278/21) wurde den Multipolar-Anwälten am Dienstag (12. November) zugestellt.
Da die Krisenstabsprotokolle - die Multipolar zunächst in stark geschwärzter Form freigeklagt und publiziert hatte - durch ein Leak von der Journalistin Aya Velazquez am 23. Juli 2024 vollständig ungeschwärzt veröffentlicht wurden, war vor Gericht zu klären, ob die geleakten Daten mit den von Multipolar erklagten Protokollen identisch sind. Hierzu hatte das Bundesgesundheitsministerium öffentlich bislang lediglich erklärt, das RKI habe die geleakten Daten "geprüft und verifiziert". Im Protokoll zur Verhandlung vom 4. November heißt es nun präziser:

"Auf X hat die Journalistin Velazquez ... Protokolle des RKI-Krisenstabes veröffentlicht. Das RKI hat die Unterlagen ... geprüft und kann bestätigen, daß zum Zeitpunkt der Prüfung diese Unterlagen die unveränderten und vollständigen Unterlagen waren. ... Der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten erklärte: Diese Erklärung kann ich in Bezug auf die streitgegenständlichen Unterlagen bestätigen."
Streitgegenständlich waren die Krisenstabsprotokolle von Januar 2020 bis April 2021. Zu den späteren Protokollen bis zum Ende des Krisenstabes 2023 hatte das RKI bereits am 30. Mai erklärt, diese "nach entsprechender Prüfung und Drittbeteiligung so schnell wie möglich" veröffentlichen zu wollen. Drittbeteiligung bedeutet, daß die in den Protokollen genannten Personen um Ihr Einverständnis zur Offenlegung ihrer Namen gebeten werden. Zur Durchsetzung der Veröffentlichung dieser späteren Protokolle hatte Multipolar am 10. Juli Untätigkeitsklage erhoben. Der diesbezügliche Rechtsstreit (Aktenzeichen VG 2 K 97/24) dauert noch an.
Im nun verkündeten Urteil wird festgehalten, daß der Kläger die Klage teilweise zurücknimmt, da nach der Bestätigung durch das RKI zweifelsfrei geklärt ist, daß die geleakten Protokolle identisch mit den erklagten sind. Multipolar-Mitherausgeber Paul Schreyer betonte nach der Urteilsverkündung, diese Bestätigung sei wesentlich, da das Leak damit "Beweiskraft in anderen Gerichtsverfahren" habe. Die geleakten ungeschwärzten Protokolle könnten dort als bestätigte amtliche Dokumente gelten.
Eine ebenfalls begehrte Veröffentlichung des sogenannten RKI-Krisenplans lehnte das Gericht ab. Dieser 22-seitige Plan, dessen Existenz das RKI erstmals am 30. Dezember 2021 in seinem Ablehnungbescheid zum Multipolar-Antrag eingeräumt hatte, enthält - gemeinsam mit acht Anlagen mit organisatorischen Details zur Lagebewältigung - laut RKI detailliert behördeninterne Abläufe und Zuständigkeiten zur Bekämpfung von Epidemien.
Er war somit Arbeitsgrundlage des RKI in der Corona-Zeit. Im Krisenplan wird laut Gericht dargestellt, "welche Aufgaben im Krisenfall zu priorisieren sind, wie die Aufgaben verteilt werden und wie die Kommunikationsstrukturen verlaufen". Das Gericht argumentiert, der "Schutz der öffentlichen Sicherheit" gehe hier dem Informationsanspruch vor, da eine Kenntnis des Planes "gezielte Eingriffe" und "externe Störungen" ermöglichen würde. Dem RKI drohe damit eine "Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit".<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. November 2024 (x1.422/…): >>**Ford will in Deutschland 2.900 Arbeitsplätze streichen**
Der US-Autokonzern Ford will in Europa weitere Arbeitsplätze abbauen, zum größten Teil durch Kündigungen in Deutschland. 4.000 von 28.000 Stellen in Europa will Ford bis Ende 2027 streichen, sagte der Ford-Geschäftsführer Marcus Wassenberg der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Donnerstagausgabe).
2.900 der Stellen sollen demnach in Deutschland gestrichen werden, was also vor allem das Werk in Köln trifft. Noch hat Ford mehr als 15.000 Mitarbeiter in Deutschland, gut 3.000 von ihnen arbeiten aber in dem Werk im Saarland, dessen Schließung im kommenden Jahr längst besiegelt ist.
Auch in Köln hat der Konzern in den vergangenen Jahren schon mehrere Tausend Stellen gestrichen, zuletzt hatte Ford das Werk allerdings als Zukunftsprojekt ausgewählt. Jetzt steht fest, daß es auch in den ersten Monaten des neuen Jahres Kurzarbeit geben soll.
"Ford macht Verluste in Europa und kann nicht einfach darauf bauen, daß der Mutterkonzern die europäische und die deutsche Tochtergesellschaft unbeschränkt weiter finanziert", sagte Wassenberg der Zeitung. "Das heißt nicht, daß der Ford-Konzern nicht hinter uns steht, aber es gibt dort den legitimen Wunsch, daß wir in Europa und in Deutschland profitabel sind. Das heißt auch Kosten senken."
Der Manager Wassenberg hat schon in zahlreichen Unternehmen Restrukturierungsprogramme verantwortet, etwa bei Rolls-Royce Power Systems, den Heidelberger Druckmaschinen

oder zuletzt Kion. Jetzt ist er derjenige, der in Köln die Kosten runterbringen muß. "Wir waren über Jahre im Pkw-Geschäft nicht erfolgreich und wir müssen das ändern", sagte Wassenberg. Die Restrukturierung fällt in eine Zeit, in der auch die Stimmung in der Gesellschaft angespannt ist, was sich schon in der Konsumzurückhaltung zeigt. Jetzt kommen Stellenstreichungen hinzu, kurz vor Weihnachten.
"Das ist schwer zu vermitteln, aber wir werden transparent kommunizieren und vernünftig mit dem Sozialpartner umgehen, nur so hält man Vertrauen aufrecht", sagte Wassenberg. Man müsse den Mitarbeitern das Gefühl geben, daß es mit diesen Maßnahmen auch wieder besser werden kann.
Die Probleme von Ford in Europa sind aus der Sicht des Geschäftsführers nicht unbedingt hausgemacht. Es gehe schließlich nicht nur um Kosten im Unternehmen, sondern auch um die Frage, wie der Umsatz mit Elektroautos stabilisiert oder gesteigert werden könne, und das sei auch eine Frage der Wirtschafts- und Umweltpolitik. "Alle Planungen für die Elektromobilität waren generell viel optimistischer als die Verkaufszahlen, die wir jetzt sehen", sagte Wassenberg. "Das ist ja kein Ford-Problem".
Natürlich müßten Kostenstrukturen angepaßt werden. "Aber das führt ja nicht dazu, daß die Leute Elektroautos kaufen, wenn sie andererseits nicht wissen, wo die Ladesäulen sind und wie teuer der Strom für die Elektroautos ist." Mit Blick auf das jähe Ende des früheren Umweltbonus Mitte Dezember 2023 mahnte Wassenberg, daß man stabile Rahmenbedingungen brauche. "Wir müssen uns ebenso darauf verlassen können wie die Verbraucher."
Man stehe zum Standort Köln, zu Deutschland und zu Europa, sagte der Ford-Geschäftsführer. Man habe 2 Milliarden Dollar in den Umbau des Werks in Köln für die Produktion von Elektrofahrzeugen gesteckt. Tausende Mitarbeiter seien umgeschult worden. "Aber wir fordern, daß alle ihren Beitrag leisten - und dabei ist auch die Politik gefragt. Wir brauchen den Umweltbonus und wir brauchen die Ladeinfrastruktur", sagte Wassenberg.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. November 2024 (x1.422/…): >>**EU-Mitgliedstaaten gegen Abschwächung von Entwaldungsverordnung**
Die EU-Mitgliedstaaten haben am Mittwoch einstimmig der Abschwächung der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte eine Absage erteilt. Nach Vorstellung der Mitgliedstaaten soll die Verordnung, wie von der EU-Kommission vorgeschlagen, erst am 30. Dezember 2025 für Großunternehmen und am 30. Juni 2026 für Kleinst- und Kleinunternehmen in Kraft treten.
Die Verordnung soll verhindern, daß für Produkte, die in die EU eingeführt werden, Wälder abgeholzt werden. Unternehmen müssen künftig nachweisen, daß in der EU verkaufte Produkte nicht von abgeholzten Flächen stammen. Im EU-Parlament setzte die EVP-Fraktion, der auch CDU und CSU angehören, durch, daß die Kategorie "Nicht-Risiko-Länder" eingeführt werden soll, für die deutlich schwächere Vorschriften gelten sollen.
Ohne die Stimmen von AfD-Politikern hätte der Beschluß keine Mehrheit im EU-Parlament erreicht. Nach der Ablehnung der Vorschläge des EU-Parlaments durch die Mitgliedstaaten ist nun das Parlament wieder am Zug. Zieht es seine Änderungen zurück, kann der Anwendungsstart der Verordnung um ein Jahr verschoben werden. Besteht es weiterhin auf den Änderungen, sind weitere Verhandlungen nötig.
"Von den EU-Mitgliedstaaten geht heute ein eindeutiges Signal in Richtung Europaparlament: Die Änderungswünsche des EU-Parlaments stecken in einer Sackgasse", sagte Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) zum Abstimmungsergebnis der EU-Mitgliedstaaten. Schnellstmögliche Planungssicherheit für die deutschen und europäischen Unternehmer sowie die Verwaltungen sei jetzt das Gebot der Stunde. "Das EU-Parlament sollte im Trilog den Weg freimachen für die von der Kommission zugesagte Verschiebung des Anwendungsstarts." Man brauche die zusätzliche Zeit, damit sich alle angemessen auf die Anwendung die-

ser Verordnung vorbereiten können.
"Ansonsten drohen Lieferketten zu reißen mit fatalen Folgen für unsere Versorgungssicherheit in der EU", sagte der Grünen-Politiker. Die Änderungsvorschläge des EU-Parlaments waren bei Naturschützern auf scharfe Kritik gestoßen. "Neue Schlupflöcher, die ganze Regionen pauschal und nach unsachlichen Kriterien von der Regulierung ausnehmen, öffnen Tür und Tor für Betrug. Dies schafft Unsicherheiten für Unternehmen, die längst in nachhaltige Lieferketten investiert haben", sagte Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe. Statt die Vorreiter zu belohnen, würden diese damit bestraft.
"Die Glaubwürdigkeit der EU und der Schutz unserer Wälder stehen auf dem Spiel." Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzt, daß zwischen 1990 und 2020 rund 420 Millionen Hektar Wald - eine Fläche größer als die EU - durch Entwaldung verloren gegangen sind. Der EU-Verbrauch macht etwa 10 Prozent der weltweiten Entwaldung aus. Palmöl und vor allem für die Tierhaltung verwendetes Soja sind für mehr als zwei Drittel davon verantwortlich.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 20. November 2024 (x1.422/…): >>**Richterbund: Steigende Zahl von Anzeigen wegen Hetze belastet Justiz**
Auch angesichts der wachsenden Zahl von Anzeigen wegen "Haß und Hetze" warnt der Deutsche Richterbund (DRB) vor einer möglichen Überlastung der Justiz. "Die Strafjustiz droht bei der Kriminalitätsbekämpfung mehr denn je zum Flaschenhals zu werden", sagte DRB-Bundesgeschäftsführer Sven Rebehn der "Welt" (Donnerstagausgabe).
So seien bei den Staatsanwaltschaften im Jahr 2023 mehr als 5,5 Millionen neue Fälle aufgelaufen, 350.000 mehr als im Vorjahr und laut Richterbund "so viele wie noch nie". Allein zum Jahresende 2023 hätten die Strafverfolger 923.000 offene Verfahren gemeldet, eine Steigerung um sogar ein Viertel.
"Und die Zahlen steigen weiter", sagte ein DRB-Sprecher. Gleichzeitig sinke die Anklagequote der Staatsanwaltschaften "seit Jahren". 2023 sei weniger als jeder 15. Fall auch vor einem Gericht angeklagt worden, 2013 war es noch jeder zehnte Fall. Fast jedes dritte Verfahren hätten Staatsanwälte "nach Ermessensvorschriften mit oder ohne Auflagen eingestellt". Allein bei den Staatsanwaltschaften fehlten "wegen ihrer stark gewachsenen Aufgaben" inzwischen rund 2.000 Ermittler, so der Richterbund.
Über fehlendes Personal würden auch die Strafgerichte klagen. Die Folge sei ein immer größerer "Verfahrensstau". Außerdem würden Prozesse immer länger dauern. Vom Eingang einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft bis zum Urteil vergingen "mittlerweile im Schnitt sogar mehr als 21 Monate". Einer der Treiber dabei seien "vermehrte Straftaten wegen Haß und Hetze im Netz". Hinzu kämen derzeit mehr Hinweise auf Kinderpornographie aus den USA und zahlreiche Drogenverfahren, nachdem die "Encro Chat-Verschlüsselung" geknackt wurde, wodurch vertrauliche Nachrichten unter Kriminellen "massenhaft aufgeflogen sind".
Der DRB-Sprecher nannte als weitere Ursache für eine Überforderung das Cannabis-Legalisierungsgesetz der damaligen Ampel-Koalition. Dafür hätten bislang fast 280.000 Strafakten überprüft werden müssen, um rückwirkend noch nicht vollstreckte Strafen zu erlassen oder neu festzusetzen. DRB-Geschäftsführer Rebehn forderte "einen Schulterschluß von Bund und Ländern, mit dem es gelingt, die Staatsanwaltschaften und Strafgerichte wieder auf die Höhe ihrer gewachsenen Aufgaben zu bringen". Die Ampel-Koalition habe eine Initiative dazu liegen lassen, das müsse die künftige Bundesregierung nachholen. "Gelingt das nicht, würde das in der Bevölkerung nach drei Jahren Ampel ohnehin angeknackste Vertrauen in das Sicherheitsversprechen des Staates weiter erschüttert", so Rebehn.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. November 2024 (x1.417/…): >>**Rechtsbruch gegen Rechts**
So tickt eine grüne Justizministerin. … Willkür im Land einer grünen Justizministerin: Wie

COMPACT einen Sieg vor Gericht erstritten hat, aber dennoch nicht Recht bekam.
_ von *Roland Ulbrich*
Es läßt sich nicht länger leugnen: Wir leben zunehmend in einem Land des Rechtsverfalls und der Gesinnungsjustiz. Straftaten illegaler Einwanderer werden oft geradezu obszön bagatellisiert und mit lächerlichen Bewährungsstrafen abgeurteilt. Hinter Gittern landen dagegen Einheimische, die GEZ-Gebühren nicht bezahlen, eine fragwürdige Impfung verweigern oder eine "falsche" - nicht systemkonforme - Meinung haben.
In den Gewalttaten der Hammerbande wollte der Richter "ehrenwerte Motive" erkennen.
Passend zum Rechtsverfall zeigt sich eine gefährliche Entwicklung vom Tatstrafrecht zum Täterstrafrecht. Es kommt mittlerweile nicht mehr darauf an, welche Tat begangen wurde und wie schwer diese wog, sondern darauf, wer diese Tat verübt hat. In den Gewaltorgien von Lina Engels, Kopf der linksextremistischen Leipziger Hammerbande, und ihren Komplizen wollte Richter Hans Schlüter-Staats gar "ehrenwerte Motive" erkennen.
Drei Jugendliche, die einen Mann totgetreten hatten, mußten gar nicht erst hinter Gitter. Ähnlich sieht es oft bei Vergewaltigern und Kinderschändern aus. Doch bei Sylter Partygästen, die sich betrunken daneben benommen haben, kam gleich der Ruf nach Höchststrafe auf. Und Björn Höcke wurde zu einer fünfstelligen Geldstrafe verurteilt, weil er sich öffentlich dazu bekannte, alles für unser Land geben zu wollen - was man bei einem Politiker eigentlich als selbstverständlich voraussetzen sollte.
Das kann ich aus eigener Erfahrung berichten: Ich wollte auf dem Klageweg erwirken, daß der Verfassungsschutz meine gespeicherten Daten löschen mußte. Meine "Vergehen": Ich hatte an einer "Merkel-muß-weg-Demo" teilgenommen, bei Legida, dem Leipziger Pegida-Ableger, eine Rede gehalten, den Verfassungsschutz kritisiert und mich öffentlich für eine absolute Mehrheit der AfD ausgesprochen. Hinzu kamen rund 40 weitere Polit-Bagatellen, die bis ins Jahr 2016 zurückreichten.
Ich war zu dem Zeitpunkt Abgeordneter im Sächsischen Landtag und hatte mich auf die geltende Rechtslage gestützt, die in diesem Punkt eindeutig ist: Ein Abgeordneter darf nicht observiert werden, ohne daß es dafür eine spezielle gesetzliche Ermächtigung gibt. Und die gibt es weder in Sachsen noch auf Bundesebene. Mit der Beobachtung meiner Person dagegen hat das Landesamt für Verfassungsschutz nicht nur das Fehlen jeglicher rechtlicher Grundlage ignoriert, sondern auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts - und damit eindeutig Rechtsbruch begangen!

Hetzjagd auf Richter

Außerdem werden "falsche" - kritische - Meinungen im Richterrecht, das dem Beamtenrecht ähnelt, neuerdings mit drastischen Disziplinarmaßnahmen wie im Fall des ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Jens Maier geahndet. Wegen kritischer Kommentare zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dessen Protagonisten während seiner Zeit als Abgeordneter wurde dem früheren Richter die Rückkehr in seinen zivilen Beruf verwehrt. Zudem leitete man ein Disziplinarverfahren gegen ihn ein. Und jetzt soll es auch noch an seine Richterpension gehen!

Zum Verbotsverfahren

Das Verbot von COMPACT-Magazin GmbH, von Innenministerin Nancy Faeser am 16. Juli 2024 verhängt, wurde vom Bundesverwaltungsgericht bereits am 14. August in einem Eilverfahren wieder kassiert.
Die Entscheidung in der Hauptsache steht allerdings noch aus. In der Regel dauern solche Rechtsstreitigkeiten über zwei Jahre. Das Gericht setzte die Prozeßeröffnung aber zunächst bereits auf Anfang Februar 2025 an, verschob dann jedoch auf Juni 2025. Ob Frau Faeser dann noch im Amt ist?
Als Gipfel der politischen Infamie wurde dem Dresdener Juristen zur Last gelegt, daß er in der

AfD als Bundesschiedsrichter kandidiert hatte. Dazu muß man wissen: Parteien sind verpflichtet, interne Schiedsgerichte zu stellen. Und da die AfD nicht verboten ist, darf so ein Amt oder auch nur die Kandidatur für ein solches niemandem zur Last gelegt werden. Ansonsten würde jeder Beamte, der in der AfD einen Posten übernimmt und sich zu ihr bekennt, ein Disziplinarverfahren riskieren.

Schnappatmung bei der grünen Justizministerin Katja Meier, die übrigens keine Juristin, sondern Politikwissenschaftlerin ist, löste vor allem Maiers Bewerbungsrede aus, bei der er ein Gedicht von Max von Schenkendorf von 1814 zitiert hatte. Der Dichter, nach dem zahllose Straßen und Schulen benannt sind und der mit Denkmälern geehrt wird, gilt als einer der bedeutendsten Lyriker der Befreiungskriege. Katja Meier dagegen wurde über die Grenzen Sachsens hinaus vor allem dadurch bekannt, daß sie in ihrer Jugend als Mitglied einer Punk-Band den Haß-Song "Advent, Advent, ein Bulle brennt" sang. Ernsthaft distanziert hat sie sich von diesen Gewaltfantasien nie.

Gerichtsvollzieher abgetaucht

Neu im Land des real existierenden Rechtsbruchs ist: Selbst wer vor Gericht Recht bekommt, muß darum kämpfen, daß dieses zu seinen Gunsten gesprochene Urteil auch tatsächlich von staatlicher Seite exekutiert wird.

Passiert im Verfahren der COMPACT-Magazin GmbH, das ich die Ehre hatte, als Rechtsanwalt zu vertreten, gegen den linksradikalen Aktivisten-Verein Leipzig nimmt Platz. Die Extremisten, die gerne und heftig austeilen, aber mimosenhaft reagieren, wenn irgendwo Kritik laut wird, hatten das Magazin wegen einer Wortklauberei verklagt: In einem Artikel behauptete der COMPACT-Autor, der Antifa-Verein arbeite mit "gewaltbereiten Gruppen" zusammen. Das Gericht wollte aber nur eine "gewaltbereite Gruppe" erkennen.

Also ein Streit um Singular und Plural - weniger als eine Bagatelle. In einem funktionierenden Rechtssystem hätte das zur sofortigen Abweisung der Klage geführt - nicht jedoch, wenn linke Vorzeige-Demokraten ihren wackeren Grammatik-Kampf gegen "Rächts" ausfechten.

Als Rechtsbeistand für die Gegenseite trat Jürgen Kasek, damals Stadtrat der Grünen, vor dem Landgericht auf den Plan - in voller Robe, aber ohne Anwaltszulassung. Übrigens eine Straftat nach Paragraph 132a StGB. Den Prozeß haben wir gewonnen - allerdings erst in 2. Instanz vor dem OLG Dresden. Leipzig nimmt Platz muß daher COMPACT die Verfahrenskosten in Höhe von über 6.000 Euro erstatten. Und ich habe im Namen meiner Mandantin nunmehr Anzeige gegen Jürgen Kasek wegen Titelmißbrauchs erstattet.

Allerdings blieb das alles ohne Folgen. Der Gerichtsvollzieher - ein Beamter - weigerte sich aus fadenscheinigen Gründen, die ausstehende Summe beim Zahlungsverweigerer einzutreiben. Und die Anzeige gegen Katja Meiers Parteifreund Jürgen Kasek liegt erstmal. Und liegt. Vermutlich so lange, bis niemand mehr an den Vorfall denkt und man das Ganze sang- und klanglos wegen Verjährung einstellen kann …

Der Antifa-Verein schuldet COMPACT die Verfahrenskosten in Höhe von 6.000 Euro.

In einem Land, in dem eine Grammatik-Formalie einen Rechtsstreit auslöst, wird über Straftaten großzügig hinweggegangen! Und Staatsbeamte entscheiden nach eigenem Gutdünken, ob sie gerade Lust haben, ihrer Pflicht nachzukommen oder nicht. Das alles wird gekrönt von einer Justiz im Fahnenflucht-Modus: Denn auf mein Rechtsmittel gegen den Gerichtsvollzieher zum Amtsgericht Leipzig vor Wochen erfolgten keine verfahrenseinleitenden Maßnahmen. Im Klartext: Es passierte nichts!

_ Roland Ulbrich ist Rechtsanwalt und AfD-Stadtrat in Leipzig. Von 2019 bis 2024 war er Abgeordneter seiner Partei im Sächsischen Landtag.

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<

Ukraine: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 20. November 2024 (x1.420/…): >>**Ukraine-Krieg: Kreml-Chef Putin offen für Gespräche mit Trump über Feuerpause**

Kreml-Chef Wladimir Putin soll Medienberichten zufolge offen sein für Gespräche mit dem künftigen US-Präsidenten Donald Trump über eine Feuerpause in der Ukraine. Das berichtet die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf Moskauer Insider, die mit den Überlegungen des russischen Präsidenten vertraut sein wollen.

Der Kreml hat allerdings Spekulationen über ein mögliches Einfrieren des russisch-ukrainischen Krieges zurückgewiesen. "Der Präsident (Wladimir Putin) hat bereits davon gesprochen, daß ein Einfrieren dieses Konfliktes für uns keine Option ist", sagte Putins Sprecher Dmitri Peskow in einem Pressegespräch. Er bekräftigte, Moskau verfolge weiterhin seine Kriegsziele. Präsident Putin habe aber mehrfach Gesprächsbereitschaft erklärt, diese Ziele auch nicht-militärisch zu erreichen.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj schloß mit Blick auf Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges Gebietsabtretungen an Rußland zwar kategorisch aus, schloß aber einen "zeitweiligen" Verlust der Kontrolle über Teile ukrainischen Staatsgebiets nicht aus bis zu einem Zeitpunkt nach der Regierungszeit Putins.<<

USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 20. November 2024 (x1.423/…): >>**US-Medien nach Trump-Wahl: Ukraine-Konflikt ist "Stellvertreterkrieg"**

New York Times: USA opfern ukrainische Menschenleben, um Putin zu schwächen / Politico: Krieg ist für Westen "nicht zu gewinnen" - Unterstützungsversprechen an Ukraine "töricht" / Economist: Selenski in der Ukraine umstritten

Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*

Nach der Wahl Donald Trumps zum neuen US-Präsidenten beziehen Leitmedien in den Vereinigten Staaten vermehrt kritisch Stellung zu bisher vorherrschenden Ansichten über den Krieg in der Ukraine. Es handele sich dabei um einen "Stellvertreterkrieg", heißt es in einem Meinungsbeitrag der New York Times. (17. November)

Die Regierung von Präsident Joe Biden unterstütze die Kiewer Regierung demnach mit Waffen und Geld, da es eine Möglichkeit sei, Rußland zu schwächen, ohne es direkt anzugreifen. Aussagen von Verteidigungsminister Lloyd Austin legen nahe, daß die USA "den ukrainischen Patriotismus als Waffe einsetzen und ukrainische Menschenleben opfern", um Wladimir Putins "Durchhaltevermögen" zu schwächen, erklärt die Kolumnistin Megan K. Stack.

Die Autorin, die früher das Korrespondentenbüro der Los Angeles Times in Moskau leitete, schreibt weiter: Sowohl Rußland als auch die USA hätten jahrzehntelang "auf Kosten der einfachen Ukrainer" die innere Spaltung des Landes ausgenutzt, um den eigenen Einfluß auszuweiten.

So habe die US-Regierung unter George W. Bush im Jahr 2004 die "Orange Revolution" unterstützt, indem sie pro-westliche Gruppierungen in der Ukraine mit Geld und Schulungen "überhäufte". Diplomaten und Spione der Vereinigten Staaten hätten - wie die Autorin nahelegt - zudem jahrelang interessierte Politiker der Ukraine bezahlt, um pro-westliche Politik voranzutreiben. Dabei hätten US-Regierungen der Ukraine immer mehr versprochen, als sie zu leisten bereit waren.

Auch nun unterstütze Washington den Krieg nur in einem Maße, "um ihn aufrechtzuerhalten, aber nie genug, um ihn zu gewinnen", kritisiert Stack. Die Vereinigten Staaten wollten die Ukraine einerseits als "Protektorat", seien andererseits jedoch nicht bereit, das Land zu schützen. Wenn die USA den Krieg wirklich gewinnen wollten, würden sie eigene Truppen entsenden und die Beschränkungen für Waffen aufheben.

Doch niemand, "der bei klarem Verstand ist" wolle das Risiko eingehen, einen direkten Krieg zwischen den Atommächten Rußland und USA auszulösen, betont Stack. Deshalb sollte Do-

nald Trump Druck auf Kiew ausüben, zu einem Friedensabkommen mit Moskau zu gelangen, auch wenn die Ukraine dann Gebiete an Rußland abtreten müsse.
Die US-Tageszeitung "Politico" erklärt in einem Artikel (15. November), der Krieg in der Ukraine sei für den Westen "nicht zu gewinnen". Das Versprechen westlicher Politiker, die Ukraine in ihrem Kampf gegen Rußland so lange zu unterstützen, bis sie wieder ihr gesamtes Staatsgebiet kontrolliert, sei "töricht" gewesen.
Nach Trumps Wahlsieg und seiner Ankündigung, den Krieg schnell zu beenden, seien nun viele westliche Politiker und sogar der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski "erleichtert", daß Trump sie aus dieser unlösbaren Situation befreien werde. US-Falken, europäische Politiker und die ukrainische Staatsführung hätten dann ein "Alibi" und könnten sämtliche Schuld Donald Trump zuweisen. Die Ukraine werde den Donbass verlieren, die Krim nicht zurückbekommen und ihren Verzicht auf eine mögliche Nato-Mitgliedschaft erklären müssen - nur so werde ein Friedensvertrag zustande kommen, betont die Politico-Autorin.
Kamala Harris hätte als US-Präsidentin die Politik ihres Vorgängers Biden fortgesetzt und die Ukraine damit in einen "langsamen Tod" getrieben, heißt es weiter in dem Artikel. Trump hingegen werde bei einem zügigen Friedensschluß einen "Deal" herausholen, der für die Ukraine im Vergleich dazu vorteilhaft sei, zitiert Politico einen republikanischen Außenpolitikexperten. In Kiew wisse man dies auch. Trump werde keinen ukrainischen Zusammenbruch zulassen, da der russische Präsident Wladimir Putin dann bei Verhandlungen die Bedingungen diktieren könne.
Die britische Tageszeitung "The Economist" erklärt (12. November) in einem Artikel (archivierte Version), daß Wolodimir Selenski unter anderem aufgrund der hohen ukrainischen Opferzahlen unter starkem politischen Druck in der Ukraine stehe. Der Präsident sei inzwischen "nicht mehr unumstritten", räumt das Londoner Blatt ein. Gegenüber dem früheren Armeechef Waleri Saluschni würde Selenski bei einer Stichwahl "schlecht abschneiden".
Ein "Machtkampf" stehe bevor. Selenskis politische Gegner sagen, der Zeitung zufolge, die Ukraine brauche Wahlen. Doch sie trauten sich noch nicht, dies öffentlich auszusprechen. Mit der Amtseinführung Donald Trumps Ende Januar könnte bereits das Kriegsrecht in der Ukraine aufgehoben sowie Präsidentschaftswahlen für den 25. Mai vorbereitet werden.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. November 2024 (x1.417/…): >>**Ukraine-Eskalation: Trump-Berater fordert Knast für Biden**
Von *Daniell Pföhringer*
Trumps früherer Sicherheitsberater Michael Flynn schlägt Alarm: Mit seiner Raketen-Entscheidung treibe Biden "uns schlafwandlerisch in den Dritten Weltkrieg". Daher gehöre der Noch-Präsident abgesetzt und vor Gericht gestellt. Unterdessen rätselt man, warum sich Trump selbst noch nicht dazu geäußert hat. …
Er gilt als einer der engsten Vertrauten des designierten US-Präsidenten Donald Trump: General a. D. Michael Flynn diente ihm in seiner ersten Amtszeit zeitweilig als Sicherheitsberater, wurde dann von der politisierten US-Justiz wegen angeblich sicherheitsrelevanter Rußland-Kontakte (unter anderem zu Botschafter Sergej Kisljak) verfolgt und verurteilt, dann aber von Trump begnadigt.
Bei den Wahlanfechtungen 2020 stand Flynn seinem früheren Chef treu zur Seite. Schon damals forderte er Trump auf, seine letzten Tage im Weißen Haus dazu zu nutzen, das Kriegsrecht über die USA zu verhängen, um den Amtsantritt Bidens zu verhindern und Neuwahlen zu erzwingen.
Verfassung ermöglicht Absetzung
Nun hat sich Flynn erneut zu Wort gemeldet und die - übrigens von Washington immer noch nicht offiziell bestätigte - Entscheidung Bidens, Kiew den Einsatz von weitreichenden ATACMS-Raketen gegen Ziele auf russischem Territorium zu gestatten, scharf kritisiert. Der

Ex-Militär fordert in einem Post auf der Plattform X, den Noch-Präsidenten gemäß US-Verfassung abzusetzen und wegen Gefährdung der Vereinigten Staaten anzuklagen. Bei einem Schuldspruch würde dies eine Gefängnisstrafe für Biden bedeuten.
Wörtlich schreibt Flynn auf X: "In den letzten 24 Stunden hat die Ukraine ATACMS auf russisches Gebiet abgefeuert - eine klare Eskalation des Krieges. Was nun?
1. Harris sollte sich sofort auf den 25. Verfassungszusatz berufen und Biden absetzen - er führt uns schlafwandlerisch in den Dritten Weltkrieg. Lassen Sie uns zumindest den verfassungsrechtlichen Druck auf Harris ausüben, denn Joes schlechtes Gedächtnis macht ihn unzurechnungsfähig (siehe Bericht des Sonderberaters Hur).
2. Das derzeitige Repräsentantenhaus muß Biden wegen Gefährdung der Vereinigten Staaten anklagen. Zur Hölle, Trump wurde angeklagt, weil er die Wahl 2020 verloren hat!
3. Die neuen US-Beamten müssen Kontakt mit Putin aufnehmen, um die Situation zu deeskalieren (siehe mein Gespräch mit dem ehemaligen RU-Botschafter Kisljak - andere Umstände, aber dasselbe Ergebnis: Deeskalation).
4. Die Trump-Administration, insbesondere der neue Generalstaatsanwalt Matt Gaetz, muß deutlich machen, daß die Identitäten der Deep State-Agenten, die die Fäden der Präsidentschaft ziehen, Biden zu rücksichtslosem Handeln drängen.
5. Beten Sie, daß wir es bis zum 20. Januar schaffen - die Wähler haben gesprochen. Trumps Mandat, das Töten zu beenden und den Frieden zu suchen, muß der Weg Amerikas sein."
Der Post endet mit Flynns Appell, "den Wahnsinn zu beenden, bevor der Dritte Weltkrieg unumkehrbar ist".

Scharfe Kritik aus dem Trump-Lager

Zuvor hatten sich schon andere Persönlichkeiten aus Trumps Umfeld scharf gegen den Raketen-Beschluß von Biden gewandt. Sein ältester Sohn, Donald Trump Jr., bezeichnete den "militärisch-industriellen Komplex" auf X als "Schwachköpfe" und warf der Biden-Regierung vor, sicherstellen zu wollen, "daß der 3. Weltkrieg beginnt, bevor mein Vater die Möglichkeit hat, Frieden herzustellen".

Biden eskaliert! Trump-Sohn: "Sie wollen 3. Weltkrieg!"

Auch frühere US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, der zeitweilig sogar als neuer Außenminister der Vereinigten Staaten gehandelt wurde, warf Biden vor, den Krieg zu eskalieren. "Es ist, als ob er einen ganz neuen Krieg beginnen würde. Jetzt ist alles anders - alle bisherigen Kalkulationen sind jetzt null und nichtig. Und das alles für die Politik", so Grenell auf X.
Trumps neuer Sicherheitsberater erklärte gegenüber dem Sender Voice of America, daß weder er noch Trump über Bidens Entscheidung informiert gewesen seien. Auch er betrachte die Entwicklung mit Sorge:
"Es ist ein weiterer Schritt auf der Eskalationsleiter, und niemand weiß, wohin das führt."
Waltz beschreibt eine mögliche Eskalationsspirale wie folgt: Nordkorea unterstütze Rußland mit Artillerie und mindestens zehntausend Soldaten. Die Biden-Administration reagiere darauf mit der Aufhebung der Beschränkungen für den Einsatz von ATACMS-Raketen durch die Ukraine. Daraufhin sende Nordkorea weitere Truppen und Südkorea überlege daher ebenfalls, sich im Ukraine-Krieg zu engagieren.

Warum schweigt Trump?

Die große Frage ist, warum sich Trump selbst noch nicht zur Sache geäußert hat. Medien spekulieren diesbezüglich über zwei Varianten: Erstens könnte es sein, daß Trump doch zuvor über Bidens "Go" für den Beschuß russischer Ziele durch US-Raketen informiert war und dies stillschweigend gebilligt habe, um Druck auf Rußland aufzubauen. Dies würde ihn in eine bessere Ausgangsposition für Friedensverhandlungen bringen.
Diese Variante erscheint allerdings schon deshalb als unwahrscheinlich, weil ausgerechnet

sein Sohn, der ihn auch politisch unterstützt, als erster mit einer scharfen Kritik an dem Raketen-Beschluß vorpreschte. Zudem ist nicht anzunehmen, daß sein neuer Sicherheitsberater der Öffentlichkeit eine derart große Lüge auftischen würde, und schließlich hat Trump selbst oft genug vor einem nuklearen Dritten Weltkrieg gewarnt.
Wahrscheinlicher ist daher die zweite Möglichkeit: Trump sei bekannt dafür, daß er erst mal Leute aus seinem Umfeld vorschicke und erst nach einer gewissen Zeit selbst Stellung zu einem Sachverhalt nehme. Möglicherweise wartet der designierte Präsident also erst mal eine offizielle Erklärung aus dem Weißen Haus zur Causa ATACMS ab - um darauf dann angemessen zu reagieren.<<

21.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. November 2024 (x1.420/…): >>**Unfaßbar: Rentnerin (74) nach Migrations-Kritik wegen Volksverhetzung angeklagt!**
Wo soll das noch enden? Selbst Kritik an der sogenannten Flüchtlingspolitik in Deutschland kann Volksverhetzung sein. So sieht es offenbar das Amtsgericht Düsseldorf!
Der Fall: Eine 74 Jahre alte Rentnerin aus der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt ist angeklagt, weil sie bei Facebook unter ein Statement von Robert Habeck "Deutschland ist auf Zuwanderung angewiesen, um den Arbeitskräftebedarf zu decken" folgende Worte schrieb:
"Blablabla. Wir brauchen Fachkräfte und keine Asylanten, die sich hier nur ein schönes Leben machen wollen, ohne unsere Werte und Kultur zu respektieren. Schickt die, die hier sind mal zum Arbeiten. Wir sind nicht auf Faulenzer und Schmarotzer angewiesen und schon gar nicht auf Messerkünstler und Vergewaltiger."
Für das Amtsgericht Düsseldorf scheint diese Kritik ein Vergehen der Volksverhetzung nach Paragraph 130 Strafgesetzbuch zu sein, sonst hätte es die Anklage nicht zugelassen. Anfang Dezember ist der Gerichtstermin.
Die 74-Jährige verteidigt sich: "Das ist keine Volksverhetzung, sondern mein Frust über die aktuelle Situation in Deutschland. Ich habe seit meinem 14. Lebensjahr - und bis ich 72 Jahre alt wurde - gearbeitet. Nebenher am Wochenende im Seniorenheim. Und auch in der Rente habe ich weiter mit Senioren gearbeitet. Ich habe rein gar nichts gegen Menschen, die hierherkommen, sich Arbeit suchen und sich darum bemühen, Teil dieser Gesellschaft zu werden - das habe ich in meinem Kommentar auch so abgegrenzt."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 21. November 2024 (x1.420/…): >>**Gewalt an Berliner "Brennpunkt-Schule": Lehrer fürchten sich vor Schülern!**
Drohen, Mobben, Prügeln: An einer Berliner "Brennpunkt-Schule" fürchten sich Lehrer vor ihren Schülern, wie aus einem Brandbrief an die Schulaufsicht hervorgeht.
Dieser Hilferuf der Lehrer einer Berliner Schule wirft ein Schlaglicht auf die vielfältig-bunten Zustände in der deutschen (Migrations-)Hauptstadt. Ein geregelter Unterricht sei kaum noch möglich, klagen die Pädagogen der Friedrich-Bergius-Schule aus dem Stadtteil Friedenau im Bezirk Tempelhof-Schöneberg in einem Alarmbrief an die Schulaufsicht. Aggressive Schüler, von denen viele kaum Deutsch sprechen, bedrohen demnach Lehrer und mobben sich gegenseitig.
Da schau an: Sogar der Staatsfunk wacht auf!
Das Lehrer-Kollegium vermißt die Unterstützung der Schulbehörde und des Berliner Senats. In einem siebenseitigen Brief, der es erstaunlicherweise in die Nachrichten von ARD und ZDF schaffte, hat das Kollegium jetzt Alarm geschlagen.
Die Lehrer der Friedrich-Bergius-Schule schreiben, es vergehe kein Tag ohne Beleidigungen und Bedrohungen von Lehrern vor allem durch männliche Schüler. Es gebe eine "bedrohliche Gewaltbereitschaft und verbale Übergriffe". Auf dem Schulhof würden Böller gezündet und Wasserflaschen auf Personen geworfen. Lehrer fühlten sich bedroht und seien zahlenmäßig

unterlegen.
Immer häufiger müsse die Schule die Polizei rufen. Anwohner würden sich über Schüler beschweren, benachbarte Supermärkte Hausverbote verhängen. Trotz strenger Hausordnung und Schulpädagogik komme die Schule zunehmend an ihre Grenzen.
Die Schule hat demnach 59 Anzeigen wegen Schulversäumnis und 29 Meldungen wegen Kinderschutz an die Jugendämter weitergeleitet. Zuletzt habe es im vergangenen Schuljahr auf solche Anzeigen aber nur eine einzige Antwort gegeben, klagte die Schule.
Abschließend ziehen die Lehrer ein desaströses Resümee der Berliner Schulpolitik, weil sie Lehrern viele Sanktionsmöglichkeiten genommen habe. Problematische Schüler könnten weder sitzenbleiben noch von der Schule gewiesen werden.
In den 9. und 10. Klassen dürften keine Tadel und Verweise auf dem Zeugnis stehen. Auf dem Abschluß-Zeugnis dürften nicht einmal Fehlzeiten aufgelistet werden.
Gesamtelternsprecher Andreas Thewalt bestätigt die Zustände: "Viele trauen sich nicht mehr auf die Toilette." Es sei "höchste Zeit", daß "die Schulaufsicht und auch der Bezirk gemeinschaftlich mit dem Schulkollegium und der Elternschaft beraten, was man hier machen kann."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. November 2024 (x1.422/…): >>**Esken droht bei Wahlsieg mit neuem Steuer-Hammer**
Obwohl die Steuereinnahmen auf Rekord sind, will die SPD die Steuern drastisch erhöhen. Auf der Ausgaben-Seite wird dagegen nicht gespart. Statt dessen bedient sich Esken der typisch linken Neid-Rhetorik.
SPD-Chefin Saskia Esken hat angekündigt, im Fall eines Wahlsiegs die Steuern für Besserverdiener erhöhen zu wollen. "Wer Millionen verdient, riesige Summen erbt oder ein sehr hohes Vermögen besitzt, den wollen wir stärker zur Finanzierung unseres Gemeinwesens heranziehen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit", sagte Esken dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland".
"Dax-Vorstände, die ihre Mitarbeiter im Lohn drücken, sich selbst aber im Schnitt elf Prozent mehr Gehalt genehmigen, müssen sich unter einer SPD-geführten Regierung auf höhere Steuern einstellen", so die Sozialdemokratin weiter.
Außerdem plädierte Esken für eine Abschaffung des Ehegattensplittings für künftige Ehen. "Steuerklasse 5 verhindert die Beschäftigung von Frauen. Nachweislich. In Schweden wurde die steuerliche Ungleichbehandlung vor mehr als 50 Jahren abgeschafft - weshalb dort viel mehr Frauen in Vollzeit arbeiten als bei uns", sagte sie zur Begründung.
Auf die Frage, wie sie solche Forderungen mit einem möglichen Koalitionspartner Union umsetzen wolle, verwies die SPD-Chefin auf ihr gutes Verhältnis zum CSU-Chef. "Markus Söder und ich verstehen uns ganz hervorragend", sagte sie. "Aber mein Plan ist jetzt erst einmal, dafür zu kämpfen, daß die SPD die Wahl gewinnt und als stärkste Partei den Bundeskanzler stellt - weil wir soziale Politik machen wollen, die allen Menschen Sicherheit und Zuversicht zurückgibt. Nach der Wahl reden wir darüber, wer uns dabei unterstützt."<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. November 2024 (x1.422/…): >>**Zahl der Firmen-Pleiten in Deutschland explodiert**
Die Zahl der beantragten Regelinsolvenzen in Deutschland ist im Oktober 2024 deutlich um 22,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Mit Ausnahme des Juni 2024 (+6,3 Prozent) liegt die Zuwachsrate damit seit Juni 2023 im zweistelligen Bereich, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) nach vorläufigen Angaben am Donnerstag mit.
Bei den Ergebnissen ist zu berücksichtigen, daß die Anträge erst nach der ersten Entscheidung des Insolvenzgerichts in die Statistik einfließen. Der tatsächliche Zeitpunkt des Insolvenzantrags liegt in vielen Fällen annähernd drei Monate davor. Im August 2024 meldeten die Amtsgerichte nach endgültigen Ergebnissen 1.764 beantragte Unternehmensinsolvenzen.

Das waren 13,4 Prozent mehr als im August 2023. Die Forderungen der Gläubiger aus den im August gemeldeten Unternehmensinsolvenzen bezifferten die Amtsgerichte auf rund 2,4 Milliarden Euro. Im Vorjahresmonat hatten die Forderungen bei rund 1,8 Milliarden Euro gelegen. Bezogen auf 10.000 Unternehmen gab es im August 2024 in Deutschland insgesamt 5,1 Unternehmensinsolvenzen. Die meisten Insolvenzen je 10.000 Unternehmen entfielen auf den Wirtschaftsabschnitt Verkehr und Lagerei mit 9,2 Fällen.
Danach folgten das Gastgewerbe mit 7,8 Insolvenzen und die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (zum Beispiel Zeitarbeitsfirmen) mit 7,3 Fällen sowie das Baugewerbe mit 7,2 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Im achten Monat des Jahres gab es zudem 5.672 Verbraucherinsolvenzen, so die Statistiker weiter. Damit sank deren Zahl um 2,9 Prozent gegenüber August 2023.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. November 2024 (x1.422/…): >>**Infratest: Mehrheit gegen deutsche Taurus-Lieferung an die Ukraine**
Sechs von zehn Deutschen (61 Prozent) sprechen sich dagegen aus, daß Deutschland so genannte Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine liefert. Das hat eine Umfrage von Infratest unter 1.318 Wahlberechtigten für den "Deutschlandtrend" der ARD von Montag bis Mittwoch dieser Woche ergeben.
Knapp jeder Dritte würde demnach eine Lieferung der Raketen befürworten: Dabei würden 27 Prozent einer Lieferung auch für den Einsatz gegen Gebiete in Rußland zustimmen und weitere 3 Prozent ohne diese Erlaubnis. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ist eine Mehrheit gegen eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine. Allerdings ist die Ablehnung im Osten (76 Prozent) noch stärker ausgeprägt als im Westen (56 Prozent).
Gleichzeitig spricht sich im Osten jeder Fünfte (19 Prozent) für eine Lieferung aus und im Westen jeder Dritte (34 Prozent). Mehrheitlich für eine Lieferung sprechen sich die Anhänger der Grünen aus: 60 Prozent sind dafür, 30 Prozent dagegen.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. November 2024 (x1.422/…): >>**Zahl der Schulabgänger ohne Abschluß stark gestiegen**
Im vergangenen Jahr sind mehr als 55.000 Schüler in Deutschland ohne Abschluß geblieben. Das waren gut 3.000 mehr als noch 2022, wie aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, die das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) abgefragt hat und über die das Nachrichtenportal T-Online berichtet. Die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht zeigte sich ob der Zahlen alarmiert und fordert von Minister Cem Özdemir einen Bildungsgipfel. "Niemand sollte sich über den Fachkräftemangel wundern, wenn solche Potentiale verschenkt werden", sagte sie dem Nachrichtenportal.
"Bildungsminister Özdemir muß handeln und die Länderkollegen zu einem Bildungsgipfel einladen". Im Schuljahr 2020/2021 gab es in ganz Deutschland noch 47.500 Schüler, die die Schule ohne Abschluß verlassen haben. Ein Jahr später waren es 52.262 und im vergangenen Jahr dann 55.708. Wagenknecht sagte: "Das Land der Dichter und Denker darf nicht immer mehr zum Land der Schulabbrecher und Unausgebildeten werden."
Das Bildungssystem sei ihrer Meinung nach in einem "miserablen Zustand". Ihrer Auffassung nach würden schon in der Grundschule "viel zu oft die Kernfähigkeiten Lesen, Schreiben, Rechnen nicht gelernt". Für die Wirtschaft und die Sozialausgaben sei diese Entwicklung verheerend. "Daß im vergangenen Jahr sage und schreibe 55.708 Schüler die Schule ohne Abschluß verlassen haben, ist ein gesellschaftlicher Skandal", so Wagenknecht weiter.
Der von ihr geforderte Bildungsgipfel solle "noch vor Weihnachten stattfinden", denn die Zahlen dürften "nicht einfach schulterzuckend hingenommen werden, sondern sollten zum Ende des Schuljahres erheblich sinken". Jeder Schulabschluß zähle, wohl wissend, daß Bildung Ländersache ist und Maßnahmen nicht durch den Bundesbildungsminister Özdemir durchgesetzt werden können. Konkrete Maßnahmen nannte Wagenknecht nicht.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. November 2024 (x1.422/…): >>**Spahn lehnt Corona-Untersuchungsausschuß ab**

Der frühere Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) lehnt einen Untersuchungsausschuß zur Aufarbeitung der Corona-Politik ab. Wenn das Ziel sei, Lehren für die Zukunft zu ziehen, "finde ich eine Enquete-Kommission sinnvoller", sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einem Podcast der Funke-Mediengruppe. Ein Untersuchungsausschuß sei eher "Schuldige suchen wollen, ein bißchen Anklagebank". Spahn sagte, daß er sich nicht aus persönlichem, sondern aus gesellschaftlichem Interesse für eine Enquete-Kommission ausspreche.

Zugleich räumte Spahn eigene Fehler ein. Er würde "manche Entscheidungen mit dem Wissen von heute anders treffen". Als Beispiel nannte er "eine dieser Maskenbeschaffungsfragen, die mich bis heute begleiten, dieses Open-House-Verfahren, dieses sogenannte, also ein bestimmtes Vergabeverfahren".

Der damalige Gesundheitsminister sagte: "Mit dem Wissen von damals würde ich wahrscheinlich die gleiche Entscheidung nochmal treffen. Wir hatten einen Riesenmangel, Riesenbedarf und wir versuchten verzweifelt nach Wegen zu beschaffen. Mit dem Wissen von heute würde ich die Entscheidung nicht nochmal treffen." In dem Open-House-Verfahren wurde für Masken ein Stückpreis von 4,50 Euro garantiert. Spahn sprach von einer Entscheidung, "die triffst du und die hat Folgen offensichtlich drei Jahre später noch und wird mich wahrscheinlich in meinen politischen Bewertungen ein Leben lang begleiten, also die Bewertung über mich".<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 21. November 2024 (x1.422/…): >>**Stellenabbau bei Ford: Dröge will E-Auto-Nachfrage stärken**

Nach dem angekündigten Stellenabbau des US-Autobauers Ford in Deutschland hat Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge mehr Anreize für den Kauf von Elektroautos gefordert. "Wir Grüne stehen an der Seite der Beschäftigten. Sie dürfen nicht unter die Räder eines schwierigen Marktumfelds geraten", sagte Dröge der "Rheinischen Post" (Donnerstagausgabe).

"Es gilt jetzt, die Nachfrage nach E-Autos konsequent anzuschieben: mit flächendeckender Ladeinfrastruktur, günstigem Ladestrom, erschwinglichen Leasingangeboten. Ganz wichtig ist es jetzt, eine Lösung zu finden, die den Stellenabbau verhindert", erklärte die Grünen-Politikerin. Ford in Köln habe zu Recht die Wende zur Elektromobilität eingeleitet.

Der Blick in die USA und nach China zeige: Die Zukunft der Automobilindustrie sei elektrisch. "Deshalb darf auch die Politik jetzt nicht wackeln. Es ist unendlich schädlich, daß ausgerechnet die CDU und ihr Vorsitzender Friedrich Merz immer wieder versuchen, die Verkehrswende zu torpedieren", so Dröge. "Das verunsichert Unternehmen und Verbraucher. Und es ist wirtschaftsfeindlich und kann am Ende Jobs kosten."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. November 2024 (x1.417/…): >>**Volksverhetzung: Es kann bald jeden treffen**

Der Meinungskorridor wird immer enger.

Habeck und Genossen drehen durch: Anzeigen wegen Volksverhetzung sind die Einschüchterungskeulen gegen jede Opposition. …

_von *Manfred Kleine-Hartlage*

Der Tatbestand der Volksverhetzung (Paragraph 130 Strafgesetzbuch StGB) erfaßt bestimmte Äußerungen mit politischem Bezug. Für einen demokratischen Rechtsstaat sollte es sich von selbst verstehen, sich bei der Bestrafung politischer Äußerungen Zurückhaltung aufzuerlegen, zum einen wegen der erheblichen Abgrenzungsprobleme - wo hört die Kritik auf, wo beginnt die "Verhetzung"? - zum anderen, weil jeder Meinungsparagraph potentielle Handhaben liefert, die völlig legitime, der Regierung aber mißliebige Opposition mundtot zu machen.

Man sollte meinen, die BRD, die wir bekanntlich für den freiesten Staat zu halten haben, der

je auf deutschem Boden existierte, sei hier besonders zurückhaltend, habe also auch die liberalsten Meinungsgesetze.

Was 1872 geregelt war …

Das deutsche Kaiserreich, das wir uns als den Inbegriff eines undemokratischen Obrigkeitsstaates vorstellen sollen, führte den Paragraphen 130 im Jahre 1872 ein. Bestraft wurde die Aufreizung von Klassen zu Gewalttätigkeiten (und nur dies!) gegeneinander, sofern dadurch der öffentliche Friede gestört wurde. Die Regelung bestand damals aus 33 Worten. Dabei blieb es 88 Jahre lang.

Die Adenauer-Republik, die uns als miefiges, reaktionäres Restaurationsregime verkauft wird, unter dem man kaum atmen konnte, änderte den Paragraphen 1960, kam aber immer noch mit 60 Worten aus.

Bestraft wurde nunmehr allerdings auch, "wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet". Damit wurde der Tatbestand schon erheblich ausgeweitet, außerdem kam es nicht mehr darauf an, ob der öffentliche Friede tatsächlich gestört wurde, er mußte nur noch gestört werden können.

Diese Regelung, die - verglichen mit dem, was folgen sollte - immer noch ziemlich liberal war, hielt 34 Jahre. Die wiedervereinigte BRD, in die sich 17 Millionen Deutsche mitsamt ihrer DDR in der Hoffnung geflüchtet hatten, von staatlicher Meinungsgängelei frei zu werden, verschärfte den Volksverhetzungsparagraphen erneut, und zwar 1994.

Mit der Neuregelung wurde zum einen die Verbreitung entsprechender Schriften strafbar, und zwar nunmehr unabhängig davon, ob dadurch der "öffentliche Frieden gestört" wurde oder nicht. Vor allem aber wurde das Verbot der sogenannten Holocaustleugnung eingeführt und zum ersten Mal in der Historie der modernen Demokratie ein bestimmtes Geschichtsbild unter Strafe gestellt. Außerdem wurde der Straftatbestand insofern ausgeweitet, als jeder, der nur irgendwie an der Verbreitung beteiligt war, nunmehr ebenfalls belangt werden konnte. Folglich umfaßte die neue Regelung 290 Worte und war damit fast fünfmal länger als die von 1960.

Formulierung immer schwammiger

Nach nur elf Jahren fand man auch diese Regelung nicht mehr scharf genug: Ab 2005 wurde "bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt" (Paragraph 130 Abs. 4 StGB).

Bereits auf den ersten Blick ist erkennbar, daß die mit jeder Neuregelung zunehmende Tendenz zum Gummiparagraphen auch hier fortgesetzt wurde: Was genau verletzt zum Beispiel "die Würde der Opfer"? Welche Aspekte des nationalsozialistischen Regimes unterliegen einer Verurteilungspflicht? Nur die mehr oder minder diktatorischen oder auch die Autobahn? Nur die Autobahn oder auch die Müllabfuhr? Wo verläuft die Grenze zwischen historischer "Erklärung", die notwendigerweise auch die Handlungsmotive der Akteure beleuchten muß , und "Rechtfertigung"?

Die BRD war in der Zwischenzeit unbestritten zum toleranzphrasenreichsten Staat avanciert, der jemals auf deutschem Boden existiert hat, dafür war sein Oppositionstotschlaggummiparagraph 130 mittlerweile bei einem Umfang von 342 Worten angekommen. Diesmal ließ die nächste Verschärfung nur noch sechs Jahre auf sich warten.

2011 trat, und zwar zum Zwecke der "strafrechtlichen Bekämpfung bestimmter Formen und Ausdrucksweisen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" beziehungsweise zur "Kriminalisierung mittels Computersystemen begangener Handlungen rassistischer und fremdenfeindlicher Art" eine Neuregelung in Kraft, die bereits keine nationale Regelung mehr war, sondern

auf der Basis von EU-Beschlüssen und Europaratsabkommen erfolgte.

Beleidigung genügt

Von nun an war der Tatbestand der Volksverhetzung nicht mehr, wie bisher, erst dann erfüllt, wenn eine ganze Gruppe "beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet" oder zum Gegenstand von Haß- und Gewaltaufrufen wurde, es genügte bereits, wenn ein Einzelner wegen seiner Zugehörigkeit zu einer solchen Gruppe davon betroffen war.

Der Rechtsschutz für den Betroffenen wurde dadurch nicht verbessert, denn selbstredend war es schon zuvor als Beleidigung strafbar, jemanden zum Beispiel "Scheißtürke" zu nennen. Volksverhetzung ist aber, anders als Beleidigung, ein Offizialdelikt, das heißt, der Betroffene muß sich selbst weder beleidigt fühlen noch ein eigenes Interesse an der Strafverfolgung haben. Es genügt, daß irgendwer die Beleidigung hört und daraufhin Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft muß dann ermitteln und gegebenenfalls anklagen.

Außerdem wird Beleidigung mit bis zu einem Jahr Haft geahndet, Volksverhetzung dagegen mit bis zu fünf Jahren. Es geht schlicht um Meinungszensur, verbunden mit einer Aufforderung an Denunzianten. Man wundert sich geradezu, daß nicht noch Belohnungen für "sachdienliche Hinweise" ausgesetzt werden.

Es erübrigt sich beinahe schon, darauf hinzuweisen, daß "Scheißtürke" als Volksverhetzung strafbar ist, "Scheißdeutscher" aber nur als Beleidigung. Ganz nebenbei sei noch erwähnt, daß das Bundesjustizministerium (damals unter Führung einer Ministerin aus der liberalsten Partei, die je auf deutschem Boden existierte), mir gegenüber noch wenige Monate vor der Gesetzesänderung leugnete, eine solche zu planen (obwohl die Regierung sich längst dazu verpflichtet hatte) und sie ohne große öffentliche Aufmerksamkeit durchs Parlament peitschte.

Schon der Versuch …

Für die nächste Verschärfung ließ man sich nur noch vier Jahre Zeit, sie erfolgte im Januar 2015. Nunmehr ist nicht erst die tatsächliche Verbreitung von Inhalten nach Absatz 2 Nummer 1 und 2 (bei denen es nicht einmal auf die "Störung des öffentlichen Friedens" ankommt) strafbar, sondern bereits der Versuch - der bis dahin straffrei gewesen war.

In seiner aktuellen Fassung ist der Paragraph 130 jetzt bei der stolzen Anzahl von 506 Worten angekommen. Da seine Länge direkt mit dem politisch herbeigeführten Wachstum nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen korreliert, dürfte die nächste Verschärfung nur noch eine Frage der Zeit sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. November 2024 (x1.417/…): >>**Als die Schleusen geöffnet wurden**

Volksaustausch nach Merkel-Art. … CDU-Chef Friedrich Merz versucht, sich in der Einwanderungspolitik von SPD und Grünen abzusetzen. Grund genug, daran zu erinnern, wie seine berühmte Amtsvorgängerin die Katastrophe ausgelöst hat.

_ von *Johann Leonhard*

Die Zuwanderung nach Deutschland ist besonders mit dem Beginn der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 sprunghaft angestiegen. Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Ein Faktor bei der Auslösung dieser Krise waren die US-geführten und -unterstützten Kriege im Nahen Osten, insbesondere in Libyen und Syrien ab 2011.

Der Magnet wird installiert

Daß Deutschland zum Zielort zahlloser Flüchtlinge wurde, ist durch mehrere ineinandergreifende Entscheidungen der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (CDU) zu erklären. Von wesentlicher Bedeutung für diese Entwicklung war zunächst die im März 2015 erfolgte Erhöhung von Sozialleistungen für Asylbewerber.

Im Wesentlichen regelte die Novelle des Asylbewerberleistungsgesetzes vom 1.3.2015, daß anerkannte Asylbewerber nach einer gewissen Übergangszeit deutschen Sozialhilfeempfängern beziehungsweise Hartz-IV-Empfängern gleichgestellt wurden, um ein "menschenwürdi-

ges Existenzminimum" temporär im Land befindlicher Flüchtlinge zu gewährleisten.
Die Asylleistungen explodierten von 815 Millionen (2010) auf 5,3 Milliarden Euro (2015).
Aus einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (DeStatis) vom 5. September 2016 erfahren wir, welche Auswirkungen diese Gesetzesänderung in Deutschland auf die Zahl der Leistungsempfänger hatte. DeStatis erklärt: "Rund 975.000 Personen bezogen zum Jahresende 2015 in Deutschland Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Gegenüber dem Vorjahr (363.000 Personen) entspricht dies einem Plus von 169 Prozent." Das war seit 2010 die sechste Erhöhung in Folge. Für den Staatshaushalt bedeutete diese Neuregelung eine regelrechte Kostenexplosion.
DeStatis weiter: "Gegenüber dem Vorjahr stiegen 2015 die staatlichen Ausgaben für Leistungen nach dem AsylbLG um rund 120 Prozent auf fast 5,3 Milliarden Euro brutto. ... Im Jahr 2010 hatten die Ausgaben für Asylbewerberleistungen 815 Millionen Euro betragen." Diese Fakten machen deutlich, daß die deutsche Bundesregierung zu Beginn der Flüchtlingskrise 2015 monetäre Anreize setzte, nach Deutschland zu kommen. Die Großzügigkeit sprach sich offenbar in Windeseile herum, wie die steigende Zahl von Asylanträgen ab 2015 zeigt.

Das Rettungsnetz wird zerschnitten

In diesem Zusammenhang ist ein weiteres Faktum von Bedeutung. Die beschriebene Erhöhung der Asylleistungen geschah, nachdem ein Jahr zuvor die Mittel des UN-Welternährungsprogramms (WFP), mit denen die Flüchtlingslager in Syrien finanziert worden waren, trotz internationaler Proteste, deutlich gekürzt wurden.
Diese Kürzung wurde am 4.12.2014 im Ausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages thematisiert. Im Webarchiv des Bundestages lesen wir dazu: "Anfang der Woche hatte das WFP die Einstellung der Nahrungsmittelhilfe für syrische Flüchtlinge in der Grenzregion Syriens angekündigt, da nicht mehr genug Geld für das Verteilen von Lebensmittelgutscheinen zur Verfügung stehe. Grund sei, daß einige Geberländer zugesagte Mittel nicht an das WFP überwiesen hätten. Um welche Länder es sich handelt, sei jedoch nicht bekannt, sagte der Vertreter des Auswärtigen Amtes. ... Fraktionsübergreifend bezeichneten die Abgeordneten im Ausschuß die Unterfinanzierung des WFP als skandalös."
Die Versorgungssituation der Flüchtlinge in Syrien, dem Libanon und Jordanien verschärfte sich dann ab Mitte 2015 weiter, wie auf der Webseite des Welternährungsprogramms am 1.7.2015 thematisiert wird: "Gerade als wir dachten, schlimmer kann es nicht mehr kommen, müssen wir unsere Hilfe weiter einschränken" , sagte Muhannad Hadi, WFP-Regionaldirektor für den Mittleren Osten, Nordafrika, Zentralasien und Osteuropa. "Die Flüchtlinge wissen jetzt bereits kaum, wie sie mit den schon gekürzten Rationen überleben sollen."
Dann heißt es dort: "Im Juli muß WFP den Wert der elektronischen Gutscheine halbieren, mit denen sich syrische Flüchtlinge in Libanon in lokalen Supermärkten versorgen. Sie müssen nun mit nur 13,50 US-Dollar im Monat auskommen und können damit weniger als die Hälfte ihres Nahrungsmittelbedarfs abdecken. Falls nicht bis August neue Spendengelder eintreffen, muß WFP außerdem die Hilfe für Flüchtlinge in jordanischen Gemeinden komplett einstellen. Damit blieben 440.000 Menschen ohne Zugang zu Nahrung."
Aus dieser sich ab 2014 ständig verschärfenden Finanzlage der UN-Hilfsprogramme ergab sich in der Folge ein massiver "Fluchtdruck". Gleichzeitig lockte Deutschland durch seine erhöhten Sozialleistungen eben diese Flüchtlingsströme nach Zentraleuropa - und sorgte durch die von Politik und Medien öffentlich zur Schau gestellte "Willkommenskultur" für eine zunehmende Popularität Deutschlands als Zielland.

Die Flut steigt weiter

Zur Jahresmitte 2023 hielten sich 279.000 vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland auf, während im ganzen Jahr 329.120 neue Erstanträge auf Asyl gestellt wurden. Nach Angaben des Innenministeriums auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundes-

tag wurden im Jahr 2023 insgesamt 16.430 Ausländer aus Deutschland abgeschoben, während "31.330 Abschiebungen im Jahr 2023" aufgrund verschiedenster Verfahrenshindernisse "nicht vollzogen" werden konnten. Diese Zahlen machen deutlich, daß die Asylkrise in Deutschland auch rund zehn Jahre nach der fatalen Entscheidung zur Grenzöffnung immer noch nicht ausgestanden ist.

Von zentraler Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Vorgänge in Asylunterkünften Anfang 2015 in Ungarn. Zahlreiche Flüchtlinge, die aus Syrien und den umliegenden Gebieten nach Europa gereist waren, weigerten sich damals, sich dort registrieren zu lassen. Ihr Zielland war - aus den genannten Gründen - Deutschland. Hätten sie sich in Ungarn registrieren lassen, wären sie Gefahr gelaufen, später dorthin zurückgeschickt zu werden, so wie es die Dublin-Regeln der Europäischen Union vorsahen.

In der Folge kam es zu tumultartigen Szenen in den magyarischen Auffanglagern und zu teils gewalttätigen Übergriffen auf Grenzpolizisten. In eben dieser Situation fand die "Grenzöffnung" durch die Bundeskanzlerin Angela Merkel statt. Anfang September 2015 beschloß sie ohne vorherige Konsultation des Bundestages die Aussetzung geltender Asylregeln und -Gesetze und verkündete, Flüchtlinge aus Ungarn auch ohne ordentliche Registrierung nach Deutschland einreisen zu lassen. Dies war ein klarer Bruch geltenden Rechts.

Grenzen auf, Grenzen zu?

Wie genau es zu dieser Entscheidung gekommen war, wurde erst Anfang März 2017 bekannt. In einem Artikel mit dem Titel "Fast hätte Merkel die Grenze geschlossen" schildert die Welt minutiös die Geschehnisse: "Die Kanzlerin begründete die Grenzöffnung vom 4. September mit einer humanitären Notlage als Ausnahme. Bis heute fragen sich viele: Warum blieb sie auch in den folgenden Monaten dabei? Angela Merkel, so scheint es, hatte nie vor, die Grenze zu schließen. Nun aber stellt sich heraus: Sie hatte diese Absicht sehr wohl."

Denn: "Die Zurückweisung von Flüchtlingen wurde in der Großen Koalition vereinbart. ... Demnach gab es am Samstag, dem 12. September, um 17:30 Uhr eine Telefonkonferenz, an der Bundeskanzlerin Angela Merkel, Kanzleramtschef Peter Altmaier, Innenminister Thomas de Maizière (alle CDU), der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sowie der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und SPD-Chef Sigmar Gabriel teilnahmen."

Sodann: "In dieser Telefonkonferenz vereinbarten sie nicht nur, am Folgetag um 18:00 Uhr Grenzkontrollen einzuführen. Vielmehr einigten sich die Spitzenpolitiker ebenfalls darauf, daß Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden sollen. Auch der Einsatzbefehl, den die Führung der Bundespolizei schrieb, wies in seiner ursprünglichen Fassung die Polizeidirektionen ausdrücklich an, Migranten ohne notwendige Papiere "auch im Falle eines Asylgesuches" zurückzuweisen.

Dafür wurden in der Nacht zum Sonntag Polizeibeamte aus der ganzen Republik an die Grenze beordert. Es wurden Busse und sogar Hubschrauber eingesetzt. Bei der konkreten Einsatzplanung im Innenministerium am Sonntag, dem 13. September, äußerten Beamte allerdings rechtliche Bedenken.

Sodann verließ Innenminister de Maizière die Beratungen und rief Angela Merkel an. Die Kanzlerin traf keine Entscheidung, sondern verlangte von ihrem Minister Zusagen, daß die Grenzschließung vor Gerichten Bestand haben würde und es außerdem keine öffentlich schwer vermittelbaren Bilder vom Einsatz der Bundeswehr gegen Flüchtlinge gebe." Innenminister de Maizière erörterte daraufhin mit Staatssekretären, führenden Beamten und Polizeiführern, ob diese Garantien gegeben werden könnten. Er verließ die Sitzung noch ein weiteres Mal für ein Telefonat.

Diesmal holte er die Meinung des Koalitionspartners SPD ein. Die Welt: "Ohne die geforderten Garantien waren weder die Kanzlerin noch der Innenminister bereit, die am Vortag bereits mit dem Koalitionspartner vereinbarte Grenzschließung für Flüchtlinge anzuordnen." Die

Schließung der Grenzen wäre also möglich gewesen. Sie war sogar bereits vorbereitet, wurde aber in letzter Minute von den politisch Verantwortlichen verhindert - weil sie gerade nicht "politisch verantwortlich" sein wollten.

"Was gegenwärtig … stattfindet, ist eine Umstrukturierung der Bevölkerung …" Dietrich Murswiek

Die besondere und verheerende Rolle der damaligen Bundeskanzlerin bei der Ingangsetzung der Asylkrise soll durch persönliche Äußerungen der Kanzlerin deutlich gemacht werden. Noch im September 2015 erklärte sie laut Angaben der Welt während einer Fraktionssitzung der CDU/CSU: "Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da." Im August 2020 wird Angela Merkel - immer noch Bundeskanzlerin - von der Zeit zu ihrer damaligen Entscheidung erneut interviewt: "Gefragt nach ihrer Entscheidung, im Jahr 2015 Geflüchteten in Deutschland Schutz gewährt zu haben und die Grenzen offen zu halten, sagte Merkel: "Ich würde die wesentlichen Entscheidungen wieder so fällen.""

Als Affront gegenüber der deutschen Bevölkerung wurde auch eine Äußerung Merkels auf dem CDU-Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern im Februar 2017 wahrgenommen. Als Erwiderung auf Kritik von AfD-Politikern an ihrer Flüchtlingspolitik erklärte sie damals, zitiert in der Welt: "Es gibt keinerlei Rechtfertigung, daß sich kleine Gruppen aus unserer Gesellschaft anmaßen zu definieren, wer das Volk ist. Das Volk ist jeder, der in diesem Lande lebt."

Das neue Volk

Zahlreiche Politiker, Journalisten und Rechtswissenschaftler haben seither kritisch zu den Entscheidungen von Kanzlerin Merkel Stellung genommen. Wir wollen an dieser Stelle lediglich ein Beispiel anführen. Es stammt aus einer wissenschaftlichen Publikation aus dem Jahr 2017. Ihr Autor, Dietrich Murswiek, ist emeritierter Professor für öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs- Universität Freiburg. In dem Band Der Staat in der Flüchtlingskrise schreibt er: "Was gegenwärtig unter Billigung der Bundesregierung stattfindet, ist eine Umstrukturierung der Bevölkerung Deutschlands.

Aus der nach Sprache, Kultur und Geschichte deutschen Mehrheitsbevölkerung wird eine multikulturelle Gesellschaft ohne einheitliche Sprache und Tradition." Und weiter: "Bundeskanzlerin Merkel ist vom Time-Magazin zur Person des Jahres 2015 erkoren worden, weil sie mit ihrer Politik den Prozeß vorantreibe, "eine alte und quälende nationale Identität abzulegen". ... Die Bundesregierung ist an das Grundgesetz gebunden. Sie ist nicht berechtigt, die Identität des Volkes, das sie repräsentiert und dessen Wohl zu wahren sie geschworen hat, einwanderungspolitisch aufzulösen. Rechtlich steht dem das Grundgesetz entgegen."

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<

Georgien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. November 2024 (x1.417/…): >>**Wetterleuchten über Tiflis**

Georgien: Bunte Revolution im Anmarsch. Vorabdruck aus der Dezemberausgabe von COMPACT-Magazin. Der Westen will den Wahlsieg der Regierung in Georgien nicht akzeptieren. Ein Umsturz nach dem Ukraine-Drehbuch wird vorbereitet.

_ von *Kai-Uwe Reiter*

Der Westen hat in Georgien bislang kein Glück. Zuerst verliefen die Parlamentswahlen am letzten Oktoberwochenende nicht wie erwünscht. Statt der prowestlichen, vom Westen gesteuerten und massiv unterstützten Opposition konnte sich die Regierungspartei Georgischer Traum deutlich mit 54 Prozent der Stimmen durchsetzen. In den Augen des Westens natürlich ein klarer Fall von Wahlfälschung …

Aber auch die Nachzählung in 366 durch das Los bestimmten Wahllokalen - immerhin zwölf Prozent aller Wahllokale und rund 14 Prozent der Gesamtstimmen - förderte nicht die gewünschten Hinweise auf Fälschung zutage. In 91 Prozent der überprüften Stimmlokale änder-

te sich das Ergebnis nicht, teilte die Zentrale Wahlkommission mit, in den übrigen Fällen hätten sich die Daten "leicht verändert".

"Richard Miles, der US-Botschafter in Belgrad, spielte dabei eine Schlüsselrolle." Guardian

Vier Oppositionsparteien konnten am 26. Oktober die Fünfprozenthürde überspringen: die Koalition für den Wandel mit 11,2 Prozent; die Einheit - Nationale Bewegung mit 9,8 Prozent; die Partei Starkes Georgien mit 9,0 Prozent und Gacharia - Für Georgien mit 8,2 Prozent. Alle sind mehr oder weniger liberal, konservativ oder sozialdemokratisch, vor allem aber: proeuropäisch und antirussisch.

In einer gemeinsamen Erklärung hatten sie sich noch kurz vor dem Urnengang verpflichtet, ihre Rivalitäten hintanzustellen und gemeinsam gegen die "autokratische, antieuropäische Bedrohung" durch den Georgischen Traum anzutreten. Doch mit zusammengerechnet rund 38 Prozent reichte es bei Weitem nicht.

Rosen und Dornen

Jetzt ist guter Rat teuer. Denn das übliche, in zahllosen Vergleichsfällen erprobte Drehbuch läßt sich in dieser Situation nur noch schwer durchziehen: lautstarke Massenproteste gegen die Regierung, der ihre Rechtmäßigkeit abgesprochen wird, verstärkter internationaler Druck, schließlich unverhohlene ausländische Einmischung und am Ende Sturz der Regierung und Installation eines prowestlichen Marionettenregimes - das ukrainische Maidan-Szenario.

Es hat in Georgien übrigens schon einmal geklappt: 2003 mit der sogenannten Rosenrevolution, die zum Rücktritt der Regierung von Edward Schewardnadse und zur Machtübernahme durch den US-Handlanger Micheil Saakaschwili führte. Ende 2004 schrieb die britische Zeitung The Guardian: "Richard Miles, der US-Botschafter in Belgrad, spielte dabei eine Schlüsselrolle. Und im letzten Jahr, als US-Botschafter in Tiflis, wiederholte er den Trick (Farbrevolution in Serbien im Jahr 2000) in Georgien, indem er Micheil Saakaschwili trainierte, wie man Eduard Schewardnadse stürzt."

Seit dem Ende der UdSSR ist Georgien im Machtpoker der Großmächte umkämpftes Terrain. Rasch faßten die USA Fuß, brachten die Streitkräfte auf NATO-Niveau und verwandelten das Land in einen westlichen Vorposten. Schon nach wenigen Jahren glaubte sich Saakaschwili stark genug, um den offenen Konflikt mit Rußland zu riskieren (siehe Infobox). Rußland trat den Brandherd innerhalb weniger Tage aus. Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest am 3. April 2008 erhielt dann das Land gemeinsam mit der Ukraine eine Beitrittsperspektive. 2023 bekräftigte der Nordatlantikpakt in Vilnius den Beschluß von 2008, "daß Georgien Mitglied des Bündnisses werden wird".

Doch in den letzten zehn Jahren hütete sich Tiflis vor unnötigen Provokationen an die Adresse Moskaus und verfolgte die Annäherung an EU und NATO ohne Geräuschkulisse. Die Schaukelpolitik fand 2022 mit der Eskalation in der Ukraine ihr Ende: Die Regierung verweigerte sich den westlichen Sanktionen. Infolgedessen profitiert das Land kräftig vom Handel mit Rußland. Darüber hinaus baute Georgien die Handels- und Investitionsbeziehungen mit der Türkei aus und ging 2023 eine strategische Partnerschaft mit China ein. Als neue Direktive galt, "die Möglichkeiten Georgiens realistisch einzuschätzen" und "das Säbelrasseln" gegenüber Rußland aufzugeben - so der Gründer und Hauptfinanzier der Regierungspartei, der Milliardär Bidsina Iwanischwili.

Der Westen zeigte sich alarmiert. Und er verfügt über eine starke Position. Georgien ist durchwuchert von den üblichen Lobbygruppen, die amerikanische und NATO-Ziele verfolgen. Die Wühlarbeit nahm mit dem Krieg in der Ukraine an Intensität zu. Iwanischwili warf einer "globalen Kriegspartei" vor, die Georgier als "Kanonenfutter" benutzen zu wollen. 2012/13 war er selbst Ministerpräsident gewesen. Die letzten Jahre hielt er sich als Strippenzieher im Hintergrund, trat aber im jüngsten Wahlkampf wieder aktiv in Erscheinung und ver-

folgt eine klar antiwestliche Agenda: "Die gewaltsamen Versuche, uns pseudoliberale Werte von außen aufzuzwingen", würden bald beendet, kündigte er an.

Aktivisten und Agenten

Die rote Linie war überschritten, als die Regierung Mitte Mai ihr Gesetz über "ausländische Agenten" verabschieden ließ. Es kam zu Tumulten im Parlament, sogar zu Handgreiflichkeiten unter den Abgeordneten. Das Gesetz sieht - ähnlich wie vergleichbare Vorschriften in Rußland und Ungarn - vor, daß sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Medien und Gewerkschaften, die zu mehr als 20 Prozent aus dem Ausland finanziert werden, als "Organisationen, die den Interessen einer ausländischen Macht dienen", registrieren lassen müssen und vom Justizministerium überwacht werden.

Entgegen westlicher Propaganda werden sie aber in keiner Weise in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Vergleichbare Regelungen in den USA und der EU sind ungleich restriktiver. Zudem entsprach der vom Westen vehement kritisierte Gesetzgebungsprozeß parlamentarischen Regeln - was man von anonym verfügten EU-Richtlinien nicht behaupten kann.

Welche Ausmaße die westliche Einmischung mittlerweile angenommen hat, zeigt ein Bericht der Nachrichtenseite The Grayzone. Demnach sind heute in Georgien über 25.000 NGOs aktiv, "die fast alle aus dem Ausland finanziert werden". Die EU betreibt mehr als 130 eigene "aktive Projekte". Eines davon ist die Shame-Bewegung, die als eines ihrer Ziele angibt, "die Integration des Landes in den euroatlantischen Raum zu erleichtern". Finanziell wird die Shame-Bewegung vom European Endowment for Democracy, dem selbsternannten Demokratiefonds der EU, sowie der Civil Society Foundation von George Soros unterstützt.

Es kam zu Tumulten und Handgreiflichkeiten im Parlament.

Der Westen mobilisierte nach bekanntem Muster seine Fußtruppen. Die sogenannte Zivilgesellschaft brachte wochenlang zehntausende von Protestlern auf die Straße, die EU und die US-Regierung schalteten sich ein, forderten die Rücknahme des Gesetzes, drohten unverhüllt mit Sanktionen. Als Galionsfigur der prowestlichen Opposition agiert Staatspräsidentin Salome Surabischwili, eine gebürtige Französin. 1973 begann sie ein Aufbaustudium bei Zbigniew Brzezinski, dem Paten der antirussischen Geostrategie, an der Columbia University in New York. Von 1974 bis 2003 arbeitete sie im diplomatischen Dienst Frankreichs, zuletzt als Botschafterin in Tiflis.

Nach der sogenannten Rosenrevolution bat Präsident Saakaschwili 2004 seinen Amtskollegen Jacques Chirac, Surabischwili als Außenministerin übernehmen zu dürfen. Also solche amtierte sie bis 2005 und machte sich von Anfang an für den EU-Beitritt ihres spät entdeckten Mutterlandes stark. Jahre danach überwarf sie sich mit Saakaschwili und näherte sich der neuen starken Partei Georgischer Traum an, ohne Mitglied zu werden. Mit deren Unterstützung gelangte sie 2018 ins Präsidentenamt - um bereits 2022 wieder mit ihr zu brechen, weil sie ihr nicht antirussisch genug war.

Frust und Wut

Doch trotz Unterstützung durch Surabischwili und die EU droht die Rechnung der Oppositionsparteien nicht aufzugehen. In den Tagen nach der Stimmzählung brachten sie nicht wie gewünscht hunderttausende Demonstranten auf die Straße, sondern sehr viel weniger. Noch am Wahlabend erklärte Nana Malaschchia von der prowestlichen Koalition für den Wandel, man werde die errungenen Parlamentsmandate nicht wahrnehmen. Es ist der verzweifelte Versuch, den Machtkampf doch noch auf die Straße zu verlagern, wo die Opposition auf die Hilfe ihrer ausländischen Unterstützer zählen kann.

Zumindest die westliche Propagandamaschine läuft auf Hochtouren. Der Spiegel denunziert die Wahl als "umstritten", führt "internationale Wahlbeobachter" auf, die "erhebliche Mängel" regi-striert hätten, und schwadroniert - ohne nähere Belege - von einer "aktiven Einmischung

des Kremls". Auch in Brüssel hat man das Umsturzprojekt offenbar noch nicht ganz abgeschrieben, droht kryptisch mit "schärferen Maßnahmen" und Einreisebeschränkungen.

Blitzkrieg im Kaukasus

Nachdem Georgien 2003 im Zuge der sogenannten Rosenrevolution ins westliche Lager gewechselt hatte, rüsteten die USA die georgischen Streitkräfte mit Hochdruck auf. Als Zankapfel mit Moskau wurden die von russischen Minderheiten bewohnten georgischen Regionen Abchasien und Südossetien ins Spiel gebracht.

Am 8. August 2008 marschierte die georgische Armee in die zwar von Rußland, nicht aber international anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien ein, um beide Gebiete wieder unter Kontrolle zu bringen. Daraufhin griffen aus dem Nordkaukasus russische Truppen an, drängten die Aggressionsarmee zurück und setzten ihren Vormarsch rasch bis ins georgische Kernland fort.

Die Regierung in Tiflis, die auf amerikanische Unterstützung gehofft hatte, sah sich getäuscht und mußte bereits am 12. August einem Waffenstillstand zustimmen. Bei dem Waffengang wurden etwa 850 Menschen getötet sowie zwischen 2.500 und 3.000 Menschen verwundet.

Es kann noch schmutziger werden: Premier Irakli Kobachidse hatte im Mai, auf dem Höhepunkt der Proteste gegen das "Ausländische Agenten-Gesetz", auf Facebook mitgeteilt, ein EU-Kommissar habe ihm indirekt mit einem Attentat gedroht. Er könne das gleiche Schicksal erleiden wie der slowakische Ministerpräsident Robert Fico. Der namentlich nicht genannte Kommissar habe in einem Telefongespräch gewarnt: "Sie sehen, was mit Fico passiert ist, und Sie sollten sehr vorsichtig sein." Der slowakische Politiker hatte kurz zuvor ein Attentat nur knapp überlebt.

_ *Kai-Uwe Reiter schrieb zuletzt in COMPACT 10/2024 über die geplante Stationierung von US-Erstschlagsraketen in Deutschland.*

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<

Palästina: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. November 2024 (x1.417/…): >>**Profitjagd in Gaza**

Wer am Völkermord verdienen will. Vorabdruck aus der Dezemberausgabe von COMPACT-Magazin. Erdgas, Luxusimmobilien und Vertreibung: Was plant Israel auf dem eroberten Gebiet der Palästinenser?

_ von *Michael Brück*

Angeblich als unmittelbare Reaktion auf den Großangriff der Hamas marschierten israelische Soldaten noch im Oktober 2023 in den Gaza-Streifen ein, der von Gegnern der israelischen Apartheidspolitik auch als "größtes Freiluftgefängnis der Welt" bezeichnet wird.

Doch Äußerungen israelischer Regierungsmitglieder legen nahe, daß es schon lange zuvor Pläne gegeben hat, Gaza wieder unter Kon-trolle zu bringen - so wie es zwischen 1967 und 2006 war. Obwohl von der Hamas aktuell kaum noch eine Gefahr ausgeht, denkt Israel deshalb nicht an Abzug. Ganz im Gegenteil: Insbesondere entlang der Mittelmeerküste locken die Eroberer lukrative Investments und noch nicht erschlossene Bodenschätze.

"Das Land gehört uns." Minister Ben-Gvir

Ein Jahr nach Kriegsbeginn läßt die Umsetzung der vermeintlichen Operationsziele, die Benjamin Netanjahu im Februar 2024 mit der Errichtung eines "demilitarisierten Gebietes mit ziviler Verwaltung" ausgegeben hatte, zwar auf sich warten; an anderen Stellen laufen die Vorbereitungen dagegen auf Hochtouren. Offenbar gibt es ganz andere Pläne, als den offiziellen Verlautbarungen des israelischen Premiers zu entnehmen ist: Planungen, bei denen das palästinensische Volk nur noch eine untergeordnete Rolle spielt.

Ein Vorbote ist das jüngste Verbot von UNRWA, des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge, dem durch einen mehrheitlichen Beschluß der Knesset ab Januar 2025 die Arbeit auf israelischem Territorium einschließlich der besetzten Gebiete untersagt ist. In

selten gezeigter Einigkeit wird der Schritt von allen Vetomächten der Vereinten Nationen kritisiert, UN-Generalsekretär António Guterres bezeichnete die Arbeit der UNRWA sogar als "alternativlos". Für diejenigen, die bisher noch in Gaza am Existenzminimum ausharren, dürfte das Leben bald noch elendiger werden.

Bereits unmittelbar zu Kriegsbeginn forderte die israelische Regierung die Bewohner im Norden des Gaza-Streifens zum Verlassen ihrer Häuser auf. Unter Androhung unmittelbar bevorstehender Luftangriffe und des darauf folgenden Häuserkampfes in der fast zwei Millionen Einwohner zählenden Metropolregion Gaza-Stadt setzte ein regelrechter Massenexodus Richtung Süden ein. Offenbar hatte das Netanjahu-Regime gehofft, viele Palästinenser würden über Rafah, den einzigen Grenzübergang nach Ägypten, flüchten - doch die Regierung in Kairo machte unmißverständlich deutlich, keine Auffanglager für eine mindestens sechsstellige Zahl Palästinenser bereitstellen zu wollen.

Kurzerhand verbot sie die Einreise, bis heute ist ein Passieren nur in Ausnahmefällen (in der Regel für Bürger von Drittstaaten) möglich. Der israelische Plan, die Palästinenser in den größten arabischen Nachbarstaat zu vertreiben, ging also nicht auf, statt dessen bildeten sich rund um Rafah unübersehbare Flüchtlingslager, in denen die ehemaligen Bewohner von Gaza-Nord nunmehr hausen müssen. Wo vorher ihr Zuhause war, befindet sich mittlerweile nur noch eine riesige Trümmerwüste, und es ist fraglich, ob sie jemals zurückkehren werden - zumal in Israel längst offen über dauerhafte Besetzung und Neubesiedlung debattiert wird.

Ultrareligiöse Landräuber

Als Ende Februar 2024 israelische Extremisten die Absperrungen am Grenzübergang Erez überrannten, um wenige hundert Meter westlich, auf palästinensischem Gebiet, ein improvisiertes jüdisches Dorf zu errichten, ging es ihnen in erster Linie um Provokation. Sie wollten damit ihren Anspruch auf das gesamte Palästina untermauern - eine Position, die im Widerspruch zu zahllosen UN-Resolutionen steht, die die Rückgabe der seit 1967 besetzten Gebiete verlangen. Letztlich beendete das israelische Militär diese Provokation nach wenigen Stunden und brachte die radikalen Aktivisten zurück auf das eigene Staatsgebiet.

Minister Smotrich träumt davon, "den Feind zu vernichten und Gaza zu besiedeln".

Doch längst fordern nicht nur extremistische Splittergruppen zwanzig Jahre nach dem Abriß der letzten israelischen Siedlungen in Gaza eine Rückkehr. "Das Land gehört uns", tönte im Oktober 2024 beispielsweise Itamar Ben-Gvir, seines Zeichens Minister für die Nationale Sicherheit Israels und Vorsitzender der offen faschistischen Partei Otzma Jehudit (Jüdische Stärke). Bezeichnend: Ben-Gvir nutzte für seinen Auftritt eine Konferenz, bei der über die Neubesiedlung von Gaza diskutiert wurde.

Die Times of Israel zitiert den Minister mit der Aussage, daß es die "beste Lösung" wäre, die Palästinenser zur gänzlichen Auswanderung zu "ermutigen" - eine Ansicht, die auch andere Regierungsmitglieder an gleicher Stelle unterstrichen, etwa Netanjahus Likud-Parteikollegin Flora May Golan, Ministerin für soziale und weibliche Gleichstellung. Bezalel Smotrich, Finanzminister der rechtsextremistischen Partei Mafdal - HaTzionut HaDatit (Nationalreligiöse Partei - Religiöser Zionismus), träumte sogar offen davon, "den Feind zu vernichten und Gaza zu besiedeln".

Neben revanchistischen Allmachtsphantasien oder eliminatorischen Rachegelüsten wird von israelischer Seite bei der Beanspruchung der Palästinensergebiete gerne auf eine religiöse Komponente verwiesen. Ehud Eiran, Professor am Institut für Internationale Beziehungen der Universität Haifa, betonte beispielsweise gegenüber dem Medienportal TRT World, daß Gaza aus religiöser Sicht viel wichtiger sei als das Westjordenland, in dem Israel (trotz fortwährender ausländischer Kritik und schärfsten UN-Resolutionen) immer weitere Siedlungen errichtet.

Der Schatz im Meer

Wichtiger sind wohl ganz profane Gründe, zum Beispiel das 25 bis 30 Milliarden Kubikmeter umfassendes Gasvorkommen, das 30 Kilometer vor der Küste in über 600 Metern Tiefe unter dem Meeresgrund schlummert. Bereits im Jahr 2000 wurde das gigantische Gasfeld entdeckt, doch trotz ersten Testbohrungen konnte aus "Gaza Marine" - so die Bezeichnung des Explorationsgebietes - bisher nichts gefördert werden. Erschließungsversuche scheiterten an der fehlenden Einigung zwischen Israel und den Palästinensern, insbesondere mit der seit 2007 in Gaza alleine regierenden Hamas.

Über ein Portal des Springer-Konzerns können Wohnungen in den besetzten Gebieten gekauft werden.

In Israel müssen deshalb wohl die Alarmglocken geklingelt haben, als im Juni 2023 die palästinensische Autonomiebehörde und die staatliche ägyptische Erdgasgesellschaft Egas kurz vor dem Abschluß eines Abkommens über "Gaza Marine" standen. Eine Umsetzung dieses Abkommens wurde durch den Kriegsbeginn nach dem 7. Oktober 2023 vereitelt. Nach der weitgehenden militärischen Niederwerfung der Hamas bietet sich aber für Israel die Gelegenheit, das Erdgas selbst - und ohne Beteiligung der Palästinenser - auszubeuten.

Kein Wunder, daß die entsprechenden Aktivitäten in den letzten zwölf Monate stark zugenommen haben. Schon Ende Oktober 2023 vergab das israelische Energieministerium zwölf Lizenzen zur Erdgasförderung, von denen sechs Firmen profitieren. Darunter befinden sich alte Bekannte wie der britische Mineralölkonzern BP oder der italienische Energieriese Eni, aber auch die aserbaidschanische Socar.

Kushners Gelüste

Doch nicht nur das Erdgas lenkt gierige Blicke auf die Küste von Gaza: Jared Kushner, Schwiegersohn des US-Präsidenten Donald Trump und geopolitischer Strippenzieher im Nahen Osten, regte im März 2024 im britischen Guardian an, die wertvollen Grundstücke in bester Uferlage am östlichen Mittelmeer gewinnbringend zu vermarkten.

Nur: Die alten Bewohner dieser Grundstücke stehen dabei den profitablen Vermarktungsplänen noch im Weg, weshalb Kushner empfiehlt, im Rahmen der "allgemeinen Säuberung von Gaza" die entsprechenden Gebiete freizuräumen. Und das möglichst dauerhaft, etwa mit einer Vertreibung der bisherigen Bewohner in die Wüste Negev. Wenn er für Israel verantwortlich wäre, würde er die Zivilisten etwa aus Rafah herausholen und "mit Diplomatie" nach Ägypten bringen. "Ich denke, daß es jetzt der richtige Schritt wäre, den Negev zu öffnen, dort ein sicheres Gebiet zu schaffen, die Zivilisten hinauszuschicken und dann hineinzugehen und die Arbeit (er meint wohl: die militärische Eroberung) zu Ende zu bringen."

Ob der Springer-Konzern dabei einsteigt? Der Deutschlandfunk meldete im März 2024: "Über das Verkaufsportal Yad2 des Axel-Springer-Konzerns können Wohnungen gekauft werden, die im besetzten Westjordanland stehen. Menschenrechtler halten diese Geschäfte für nicht legitim. Der Springer-Konzern sagt, er hält sich an israelisches Recht."

Gaza in der Bibel

Eine Stadt Gaza wird im Alten Testament 20 Mal erwähnt. Sie war eine der fünf königlichen Städte der Philister, die zum Teil als Vorläufer der Palästinenser angesehen werden. Ultrareligiöse Juden zitieren oft diese Passage aus der Bibel: "Wehe den Bewohnern des Landstrichs am Meer, der Nation der Keretiter! Das Wort des Herrn kommt über euch, Kanaan, Land der Philister, und ich werde dich vernichten, daß kein Bewohner mehr bleibt! Und der Landstrich am Meer wird zu Weideplätzen voller Hirtenzisternen und Kleinviehhürden werden."

Ob aus ethnischen, politischen oder wirtschaftlichen Gründen: Die Debatte, wie die Zeit nach dem Krieg in Gaza aussehen soll, hat in Israel längst an Fahrt aufgenommen. Während von außen viele Hände nach ihrem Land und ihren Bodenschätzen greifen, sind die Palästinenser selbst nicht in diese Entscheidungsprozesse eingebunden. Sie werden wieder einmal vor voll-

endete Tatsachen gestellt und sollen sich mit den willkürlichen Entscheidungen der israelischen Machthaber abfinden. Sogar dann, wenn sie aus ihrem eigenen Land vertrieben werden.
_ *Michael Brück zählt zu den Köpfen der Freien Sachsen. In COMPACT 10/2024 schrieb er zur Lage im BSW.*
Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 12/2024.<<
Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31142" berichtet am 21. November 2024 (x1.418/…): >>**Kennedy-Attentat: Das Geständnis des CIA-Todesschützen**
Warnung: Die Sendung enthält Originalaufnahmen von verschiedenen Attentaten.
Die Ermordung von John F. Kennedy zählt ebenso wie 9/11 zu den historisch bedeutsamsten Ereignissen des letzten Jahrhunderts. Zahlreiche Ungereimtheiten an der offiziellen Version des Kennedy-Mordes beschäftigen nach wie vor weite Teile der Bevölkerung.
Zur Erinnerung: Bei dem Attentat auf John F. Kennedy kam der 35. US-Präsident am 22. November 1963 in Dallas ums Leben. Als Tatverdächtiger wurde Lee Harvey Oswald verhaftet und der Bevölkerung als Einzeltäter präsentiert.
Oswald selbst bestritt jedoch die Tat vehement und erklärte, daß er niemanden erschossen habe. Hier eine Aufnahme mit ihm kurz nach dem Attentat: "Ich bin doch nur der Sündenbock." (www.kla.tv/27426#t=164)
Zudem konnten seine Fingerabdrücke nicht auf dem Gewehr gefunden werden, mit dem er angeblich den Präsidenten erschossen haben soll. Oswald konnte sich jedoch dazu nicht mehr äußern. Denn nur zwei Tage nach seiner Festnahme wurde er erschossen. (www.kla.tv/-27426#t=178)
Laut der offiziellen Version wurde der tödliche Kopfschuß auf Kennedy von hinten abgefeuert. Diese offizielle Version kam jedoch im Jahr 1975 mit der Veröffentlichung des sogenannten "Zapruder-Films" heftig ins Wanken. Auf den Aufnahmen, die 1975 von Abraham Zapruder veröffentlicht wurden, ist deutlich erkennbar, daß der Kopf von Kennedy vom tödlichen Schuß heftig nach links rückwärts geschleudert wird und die Kugel von vorn kommt. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, daß auch von vorn auf den Präsidenten geschossen wurde und es mehrere Schützen gegeben haben mußte. (www.kla.tv/27426#t=241)
Auch Dr. Charles Crenshaw, der die Leiche des Präsidenten im Parkland Hospital von Dallas untersuchte, äußerte in einem Interview seine Überzeugung, daß Präsident Kennedy von vorn erschossen wurde: "Wir wickelten ihn in ein Laken und legten ihn in den Sarg. Aber bevor wir dies taten, betrachtete ich die Wunde noch einmal. Ich wollte es wissen und die Erinnerung den Rest meines Lebens bewahren. Und den Rest meines Lebens werde ich immer wissen: Er wurde von vorne erschossen." (www.kla.tv/27426#t=563)
Der Rechtsanwalt Mark Lane veröffentlichte 1966 den Film "Rush to Judgment" - zu Deutsch "Vorschnelles Urteil". Darin äußerten zahlreiche Zeugen, daß nicht nur von hinten, sondern auch von vorn, von einem Grashügel aus, auf Kennedy geschossen wurde. (www.kla.tv/-27426#t=289)
Diese Fakten machen deutlich, daß es mehrere Schützen gegeben haben muß und der tödliche Schuß von vorn abgefeuert wurde.
Gibt es eine Spur zu den Tätern?
Das Monatsmagazin COMPACT veröffentlichte 2023 ein Interview des mittlerweile 82-jährigen CIA-Agenten James E. Files. Dieser packt in dieser Aufnahme aus, wie das Attentat auf John F. Kennedy geplant und durchgeführt wurde. In seiner Aussage legt Files dar, wie er den tödlichen Schuß auf John F. Kennedy abfeuerte. Außerdem nennt er in seinem Geständnis mit Charles Nicoletti und Johnny Roselli auch die weiteren beteiligten Schützen.
Sehen Sie die Veröffentlichung von COMPACT: (https://www.youtube.com/watch?v=RyC-twwvK2rU (Minute 0:00 - 0:06)
"Wir präsentieren Ihnen heute den wahren Mörder von John F. Kennedy - einen CIA-Mann."

(Minute 15:04 - 15:25)
"Und er schildert jetzt den Ablauf so, daß an jenem Tag - er war auf dem Grashügel vor der Kennedy-Limousine und hinten im Schulbuchgebäude war der Nicoletti. Und er hat, der Nicoletti, hat von hinten geschossen - nicht Oswald hat von hinten geschossen - sondern Nicoletti hat von hinten geschossen, und er (James E. Files) hat von vorne geschossen."
Das Geständnis von James E. Files (Minute 11:37 - 13:10)
"Zu diesem Zeitpunkt, als sie in die Elm-Street fuhren, wurden von hinten Schüsse abgefeuert. Und ich nahm an, daß es Nicoletti war, weil er derjenige war, der sich im Gebäude befand. Und ich wußte, daß Johnny Roselli dort war. ... Und obwohl der Präsident von den Kugeln getroffen wurde, hielt ich es für einen Fehlschlag, weil ich wußte, daß wir einen Kopfschuß auf den Präsidenten machen mußten. ... Als ich an den Punkt angelangt war, an dem ich dachte, daß ich die letzte Möglichkeit zum Feuern hätte, hatte ich mich auf die linke Seite seines Kopfes konzentriert und abgewartet, weil sonst Jacky Kennedy in der Schußlinie gewesen wäre. ... Aber die Anweisung lautete, daß ihr nichts passieren dürfe.
Und in diesem Moment wurde mir klar, daß dies meine letzte Chance für einen Schuß war, und er immer noch nicht am Kopf getroffen worden war. Als ich das Geschoß abfeuerte, feuerten Mr. Nicoletti und ich ungefähr zur gleichen Zeit, als er erst vor und dann wieder zurück nach hinten kam. Ich muß sagen, daß sein Geschoß ungefähr eine Tausendstel-Sekunde vor meinem einschlug. Denn dadurch bewegte sich der Kopf nach vorne, was dazu führte, daß ich ihn am linken Auge verfehlte und ich bei der linken Schläfe rein kam."
In einem weiteren fast 3-stündigen Interview im Jahr 2003 und seiner Buch-Veröffentlichung "JFK - Wie die CIA die Mafia in Chicago benutzte, um den Präsidenten zu töten" legte James E. Files die Ermordung von John F. Kennedy noch ausführlicher dar. (https://www.youtube.-com/watch?v=44x5I-kP48o)
Darin erklärte er, die CIA habe die Mafia beauftragt, um das Attentat in Dallas durchzuführen und Kennedy zu töten.
Der Universitäts-Professor und Autor Jerome Kroth bezeichnet die Aussage von Files als "überraschend glaubwürdig" und sagte, seine Geschichte über das Attentat sei "die glaubwürdigste und überzeugendste".
Der COMPACT-Herausgeber Jürgen Elsässer fügt ergänzend hinzu: (https://www.youtube.-com/watch?v=RyCtwwvK2rU (Minute 15:39 - 15:58))
"Der geständige Attentäter hat auch gesagt, eine der Patronenhülsen, wo sein Zahnabdruck drauf war, den hat er nach den Schüssen in den Erdboden von diesem Grashügel gedrückt. Und tatsächlich wurde dieses Beweisstück 1988 gefunden."
Wie steht es nun um die Mittäter, die Files in seinem Geständnis nennt - Charles Nicoletti und Johnny Roselli? Dazu nochmals COMPACT-Inhaber Jürgen Elsässer:
(https://www.youtube.com/watch?v=RyCtwwvK2rU (Minute 16:23 - 17:05))
"In den 70er-Jahren gibt es nochmals eine Untersuchungskommission ... des US-Kongresses. Und die laden jetzt den Roselli - also den Partner an jenem Tag von Files - laden die vor zur Untersuchung über seine Rolle beim Kennedy-Mord. Er wird kurz angehört. Die Tagung wird ausgesetzt und soll wiederholt werden. Und da erscheint er nicht. Wir sind im August 1976. Und er (Roselli) wird kurz darauf gefunden mit abgesägten Beinen in einem Ölfaß versenkt mit Beton vor der Küste von New Mexico." (Anmerkung der Redaktion: richtig ist "Küste vor Florida")
(Minute 17:51 - 18:16)
"Der Nicoletti wird 1977 durch drei Kopfschüsse hingerichtet. Und der Oberboß der Mafia, ein gewisser Sam Giancana, der wird kurz vor seiner Aussage auch vor dieser Untersuchungskommission aber schon 1975 ebenfalls ermordet. ... Dieser Giancana hat bestätigt, daß Roselli mit dabei war."

(Minute 18:17 - 18:45)
"Diese werden alle ausgeschaltet. Also bleibt nur noch James E. Files übrig. Der wird dann aber verhaftet ... in einer anderen Sache. Wird weggesperrt, bis 1988 - kommt dann aus dem Knast raus. Und dann gibt es mehrere Mordversuche an ihm. Verkehrsunfälle, Motorrad manipuliert usw. Und erst, nachdem er sieht, er muß sowieso dran glauben, macht er dann dieses Interview und packt aus."
Die Aussage von Files wurde am 22. März 1994 im Staatsgefängnis Stateville Correctional Center in Illinois aufgezeichnet und 1996 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.
Bemerkenswert dabei ist: Obwohl dieses Geständnis seit diesem Zeitpunkt als Videoaufzeichnung für jedermann einsehbar vorliegt, wurden von Seiten der Justiz weitere Ermittlungen dazu unterlassen. In jedem Mordfall oder Verbrechen ist mit einem vorliegenden Geständnis des Mörders der dringende Anlaß für eine erneute Untersuchung und Ermittlungen gegeben. Doch warum hat die Justiz diese Aussagen 30 Jahre lang ignoriert und nicht ermittelt? Mit dieser bedeutenden Aussage zum Präsidentenattentat liegt doch zumindest mehr als ein Anfangsverdacht vor, ja - sogar das Geständnis (!).
Die Ausführungen von James E. Files zum Täterkreis decken sich 1:1 mit der investigativen Kla.TV-Dokumentation "Die Hintermänner des Kennedy-Attentats aufgedeckt".
Diese Kla.TV-Produktion zeigte schon 2023 auf, warum die US-Geheimdienste CIA und FBI die Ermittlungen verhindern und auch, warum die offiziellen Untersuchungskommissionen die tatsächlichen Zusammenhänge und Hintergründe vor der Bevölkerung verschweigen.
Schlußpunkt
Jetzt ist die Zeit, in der der verborgene Machtmißbrauch auffliegt und Whistleblower die Fakten auf den Tisch legen. Während die Mainstream-Medien im Verbund schweigen oder gewichtige Zeugen diskreditieren, BERICHTET Kla.TV!
Je mehr die offizielle Justiz schweigt und die Ermittlungen blockiert, desto mehr wird eine unabhängige und echte Gerichtsbarkeit entstehen. Die Wahrheit wird siegen!<<
USA: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 21. November 2024 (x1.423/…): >>**Robert F. Kennedy Junior wird US-Gesundheitsminister**
Donald Trump: Pharma- und Nahrungskonzerne täuschen und schaden Menschen / Kennedy kündigt Sicherheitsstudien zu Impfstoffen an / Aktien von großen Pharmakonzernen verlieren nach Nominierung an Wert
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
Robert Francis Kennedy Junior soll nächster Gesundheitsminister der Vereinigten Staaten werden. Der zum US-Präsidenten gewählte Donald Trump erläuterte die Nominierung am Donnerstag (14. November) mit den Worten, Kennedy werde eine große Rolle dabei spielen, daß "jeder vor schädlichen Chemikalien, Schadstoffen, Pestiziden, pharmazeutischen Produkten und Lebensmittelzusatzstoffen geschützt" werde.
Diese hätten "zu der überwältigenden Gesundheitskrise" in den USA beigetragen. Viel zu lange seien die US-Amerikaner vom "industriellen Lebensmittelkomplex und den Arzneimittelherstellern" gegängelt worden, sagte Trump. Er warf den Konzernen zudem permanente "Täuschung, Fehlinformation und Desinformation" vor.
Kennedy selbst erklärte in einem Interview mit dem US-Journalisten Tucker Carlson während der Wahlnacht am 6. November seine Haltung zu Impfungen und seine Rolle als möglicher Gesundheitsminister. Menschen sollten "eine informierte Entscheidung" über Impfstoffe treffen können. Das bedeute, sie sollten Zugang zu "guten wissenschaftlichen Erkenntnissen" erhalten, die ihnen die Vor- und Nachteile dieser Präparate verdeutlichen. Impfungen seien "das einzige medizinische Produkt, das gesunden Menschen verabreicht" werde, erläuterte er. Daher sollten sie "besonders solide" sein, um sicherzustellen, daß kein Risiko bestehe.
Ein normales medizinisches Produkt brauche etwa acht Jahre, um auf den Markt zu kommen,

weil es doppelt verblindete Placebo-Kontrollstudien durchlaufen müsse, um Langzeiteffekte zu beobachten, betonte der designierte US-Gesundheitsminister. Keiner der über 70 Impfstoffe, darunter auch die COVID-19- und die Grippeschutzimpfung, die Kindern aktuell in den USA verabreicht würden, hätten "jemals eine placebokontrollierte Sicherheitsstudie vor der Zulassung durchlaufen", kritisierte er.
"Wenn ich diesen Job im Weißen Haus bekomme, werde ich dafür sorgen, daß diese Studien durchgeführt werden und daß in den Gremien, die diese Produkte genehmigen, Leute sitzen, die nicht mit Interessenkonflikten belastet sind."
Donald Trump habe ihn gebeten, erstens die Korruption und die "Vereinnahmung der Behörden" durch Konzerne zu beseitigen. Der Einfluß der Konzerne habe dazu geführt, daß die Gesundheitsbehörden sich "von der öffentlichen Gesundheit abgewandt" hätten und ihr Hauptziel nun darin bestehe, "die kommerziellen Interessen der Pharmaunternehmen zu fördern". Zweitens werde seine Aufgabe darin bestehen, diese Behörden "wieder auf den Goldstandard der wissenschaftlichen und evidenzbasierten Forschung" zurückführen.
Drittens gehe es darum, "die Epidemie der chronischen Krankheiten zu beenden". Damit meint Kennedy die mittlerweile in den USA weit verbreiteten Phänomene wie Fettleibigkeit, Diabetes, Autoimmunerkrankungen, Autismus, Krebs und psychische Erkrankungen insbesondere bei jungen Menschen. Deren Ursachen sieht er in falscher Ernährung sowie Umweltschadstoffen und übermäßiger Verabreichung von Impfungen und Medikamenten.
Die Reaktion der US-amerikanischen Leitmedien auf Trumps Entscheidung fiel größtenteils negativ aus. So nannte die Washington Post Kennedy einen "Impfskeptiker", der keine Erfahrung in einer hochrangigen Regierungsposition habe. Die New York Times attestierte ihm "unorthodoxe Ansichten über die Medizin". Er habe falsche Informationen über Impfstoffe verbreitet, unter anderem, daß sie Autismus verursachten.
Diese Theorie sei längst widerlegt, hieß es in der US-Tageszeitung. Lediglich der US-Sender Fox News, welcher der Republikanischen Partei nahesteht, wertete die Auswahl Kennedys positiv und wies darauf hin, daß der Rechtsanwalt nicht zum ersten Mal für einen Kabinettsposten in Betracht gezogen werde. Bereits 2008 hatte der damals zum Präsidenten gewählte Barack Obama erwogen, ihn zum Leiter der Umweltschutzbehörde zu ernennen.
Robert Redfield, der frühere Direktor der Centers for Disease Control and Prevention (CDC) während Trumps erster Amtszeit, sagte, Kennedy sei kein "Impfgegner". Dem künftigen Gesundheitsminister gehe es viel mehr um Transparenz und ehrliche Debatten über Impfstoffe sowie um wissenschaftliche Daten, die deren Nutzen und Sicherheit beweisen.
Die Financial Times meldete, daß am Tag von Kennedys Nominierung zum Gesundheitsminister die in den USA an der Börse notierten Impfstoffhersteller Moderna und Biontech mit einem Minus von mehr als fünf Prozent geschlossen hatten. Am darauffolgenden Tag gaben auch die Kurse europäischer Pharmakonzerne nach, wobei GSK und Sanofi mehr als drei Prozent verloren hätten.
Kennedy hatte zunächst für die Demokraten für die diesjährige US-Präsidentschaftswahl kandidiert, dann als Parteiloser. Dabei hatte er in Umfragen teils zweistellige Ergebnisse erzielt. Im August 2024 zog er seine Kandidatur zurück und unterstützte in der Folge Donald Trump. In einer Rede kurz vor der Wahl erklärte er, daß er die Grundrechte in den USA während der Corona-Krise in Gefahr sah und daher die Entscheidung getroffen habe, als Präsident zu kandidieren.
Die für seine Familie so wichtige Demokratische Partei habe nicht er verlassen, sondern die Partei habe ihn verlassen, erklärte der Neffe des 1963 ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy und Sohn des 1968 ermordeten ehemaligen US-Justizministers und Präsidentschaftskandidaten Robert F. Kennedy weiter.
Die Demokratische Partei, mit der er aufgewachsen ist, war die Partei des Friedens, der Bür-

gerrechte, der verfassungsmäßigen Rechte und der Redefreiheit, unterstrich er. Sie hätte der CIA, dem nationalen Sicherheitsstaat, der Wall Street und der Beherrschung der amerikanischen Demokratie durch die Unternehmen skeptisch gegenüber gestanden. Die Demokratische Partei von heute sei hingegen die Partei des Krieges, der Neokonservativen und der Wall Street. Sie vertritt Kennedys Ansicht nach die Interessen der großen Technologie-, Daten-, Pharma-, Landwirtschafts- und Chemiekonzerne sowie des militärisch-industriellen Komplexes.<<

22.11.2024

BRD: Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. November 2024 (x1.420/…): >>**Alarmierende neue Umfrage: "Schwarz-Grün" wird zur realen Gefahr - Merkel wirbt für Ökosozialisten!**

Nach dem Ampel-Aus und dem Bundesparteitag der "Grünen" liegen SPD und Ökosozialisten in einer neuen Umfrage (Infratest) wieder auf Augenhöhe. Beide Parteien kommen demnach auf 14 Prozent. Die Union bleibt mit 33 Prozent (- 1) weiterhin stärkste Kraft. Das würde unter Umständen für eine "schwarz-grüne" Koalition satt reichen! Infratest notiert die AfD mit 19 Prozent (+ 1).

Mindestens zwei bisher im Deutschen Bundestag vertretene Parteien müssen bei der Neuwahl im Februar um den Wiedereinzug ins Parlament bangen.

Die FDP kommt auf vier Prozent (- 1), die Linke bleibt bei drei Prozent. Die sonstigen Parteien erreichen zusammen sieben Prozent.

Bedeutet: Die Schwelle für eine Regierungsmehrheit könnte deutlich sinken. Denn: Um die absolute Mehrheit zu erreichen, braucht eine Partei bzw. Koalition nicht unbedingt mehr als 50 Prozent der Wählerstimmen. Entscheidend ist die Mehrheit der Sitze.

Wenn also mehrere Parteien den Sprung ins Parlament verpassen und deren Stimmen sich nicht in Mandate ummünzen lassen, reicht ein relativ niedriger Wert für eine Koalitionsmehrheit. Somit könnten bereits 43 Prozent oder unter Umständen noch weniger Prozent die Schwelle fürs Regieren sein.

Union und "Grüne" kommen laut Infratest aktuell auf 47 Prozent und hätten auf dieser Basis womöglich sogar eine komfortable Mehrheit - je nachdem, ob FDP, Linke und BSW den Sprung ins Parlament verpassen. Manche Umfragen sahen die Wagenknecht-Partei zuletzt unter fünf Prozent. Infratest weist für das BSW sechs Prozent aus. FAZIT: "Schwarz-Grün" wird zur realen Gefahr!

Merkel kritisiert CSU-Chef Söder

Dazu paßt: Ex-Kanzlerin Angela Merkel hält es für einen Fehler, eine Koalition der Union mit den "Grünen" auszuschließen. Sie warnte ihre Partei im linksgrünen Hamburger Gerüchtemagazin "Spiegel": "Ich finde es nicht in Ordnung, daß Markus Söder und andere in CSU und CDU derart abfällig über die Grünen sprechen." Vor dem Hintergrund der Stärke der AfD und den Entwicklungen um das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) nannte Merkel es um so wichtiger, "daß diejenigen, die koalieren können, sich ihre Bündnisfähigkeit nicht noch selbst zerschlagen."

Wie sagt der Berliner: Nachtigall, ick hör dir trapsen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. November 2024 (x1.420/…): >>**SPD-Kanzlerkandidatur: Pistorius verzichtet - Kehrt fast jeder zweite Genosse nicht in den Bundestag zurück?**

Der SPD-Machtkampf ist zugunsten von Olaf Scholz entschieden: Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius tritt zurück ins Glied. Nach seinem Verzicht auf die Kanzlerkandidatur bangt fast jeder zweite SPD-Abgeordnete um seine Rückkehr in den Deutschen Bundestag.

Am kommenden Montag will SPD-Chef Lars Klingbeil dem SPD-Vorstand Scholz als Kanzlerkandidaten vorschlagen - obwohl Pistorius die Beliebtheitsskala deutscher Politiker anführt,

während Scholz die Schlußlaterne trägt. Die Zweifel und das Grummeln in der Partei bleiben. Denn: Auf Basis der aktuellen Umfragen müssen rund 80 der insgesamt 207 SPD-Abgeordneten, also fast jede(r) Zweite, um ihr/sein Bundestagsmandat bangen.
Gestern, 21. November, hatte Pistorius die Parteichefs, Lars Klingbeil und Saskia Esken, darüber informiert, daß er als Kanzlerkandidat nicht zur Verfügung stehe. Er nannte es "meine persönliche und ganz eigene Entscheidung" und betonte: "Olaf Scholz ist der richtige Kanzlerkandidat."<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. November 2024 (x1.420/…): >>
Herr Scholz, feuern Sie diese Ministerin - SOFORT!
Das Netz bebt vor Empörung! Grund ist der neue Anschlag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf die Presse- und Meinungsfreiheit in Gestalt mehrerer grotesker Strafanträge gegen den Chefredakteur des regierungskritischen Deutschland-Kuriers, David Bendels, aufgrund von angeblich verleumderischen Veröffentlichungen.
Für DK-Gastautor Einar Koch ist das Maß endgültig voll: Auch wenn die Tage der "rot-grünen" Minderheitsregierung gezählt sind, Faeser dürfe keine 24 Stunden mehr im Amt bleiben!
VON *EINAR KOCH**
Faeser muß weg!
Seit Jahrzehnten liegt ein kleines schwarz-rot-goldenes Büchlein, kaum größer als eine Streichholzschachtel, stets griffbereit auf meinem Schreibtisch. "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage" steht drauf. Erschienen ist es im juristischen Fachverlag "NOMOS".
Im Mai dieses Jahres wurde dieses Gesetz, das großartigste Gesetz, das Deutschland jemals hervorgebracht hat, 75 Jahre alt. Die insgesamt 146 Kern-Artikel heißen auch "Abwehrrechte".
Sie heißen Abwehrrechte, weil sie uns Bürger vor einem übergriffigen Staat schützen sollen. Diese Rechte waren das Gründungsversprechen der Bundesrepublik Deutschland an seine Bürger - zu einer Zeit, als das Land noch in Trümmern lag. Sie waren die Lehre, welche die junge Bonner Republik aus der Geschichte gezogen hatte. Diese Grundrechte waren zugleich der in Stein gemeißelte Ausdruck eines fortwährend mahnenden Mißtrauens gegenüber jeglicher Form staatlicher Anmaßung.
Wie nie zuvor in der Geschichte der Republik begegnet uns diese Anmaßung heute in Gestalt einer die Verfassung seit drei Jahren mit Füßen tretenden Bundesinnenministerin - einer Frau, die qua Amt eigentlich die Schützerin der Verfassung sein sollte.
Die Tage der "rot-grünen" Minderheitsregierung sind gezählt - die Tage von Nancy Faeser (SPD) sollten es keine 24 Stunden mehr sein! Diese schon lange untragbar gewordene Ministerin gehört sofort, von gleich auf jetzt, aus dem Amt entfernt. Es wäre ein letzter, wenn auch nur noch symbolischer Dienst, den Bundeskanzler Olaf Scholz nun auch als SPD-Kanzlerkandidat den Deutschen erweisen könnte.
Die dem linksextremistischen Milieu in herzlicher Zuneigung verbundene Innenministerin, die sich vor ihrer Amtszeit nicht entblödete, einen Gastbeitrag für das sogenannte "Antifa-Magazin" zu schreiben, ist eine Gefahr für die Presse- und Meinungsfreiheit und damit für die Demokratie! Nach ihrem krachend gescheiterten "Compact-Verbot" versucht Faeser jetzt, ein Exempel am aufmüpfigen Deutschland-Kurier zu statuieren. Als Volljuristin setzt sich die SPD-Politikerin, wie man unterstellen muß, vorsätzlich und wissentlich über eine der wichtigsten Verfassungsnormen überhaupt hinweg. Denn:
Artikel 5 des Grundgesetzes gibt jedem Deutschen das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. Grundrechtlich geschützt sind damit insbesondere auch Werturteile.

Dies gilt nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sogar ungeachtet eines womöglich ehrschmälernden Gehalts einer Äußerung. Selbst wenn eine Aussage polemisch oder verletzend formuliert ist, steht sie nach höchstrichterlicher Rechtsprechung dennoch unter dem Schutz des Grundgesetzes.
Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts kommt es auch nicht darauf an, ob eine wertende Äußerung begründet oder grundlos ist; ob sie emotional geäußert oder eher rational formuliert ist; ob sie als wertvoll oder wertlos, als gefährlich oder harmlos eingeschätzt werden kann.
Politiker, insbesondere Spitzenpolitiker, müssen dabei selbst ätzende Kritik aushalten - allemal dann, wenn diese Kritik erkennbar als Satire daherkommt. Grenzen setzen die Straftatbestände der Beleidigung, üblen Nachrede und Verleumdung.
Mit dem Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches (StGB), zuletzt vor vier Jahren verschärft mit Blick auf die sich ausbreitende Diskussionsfreudigkeit in den sozialen Medien, hat sich die Politik eine umstrittene Extrawurst gebraten. Der Paragraph erinnert stark an die "Majestätsbeleidigung" früherer Zeiten.
Faeser, Habeck und Konsorten überstrapazieren unter Berufung auf diesen Paragraphen das Strafrecht, um Bürger und unbequem gewordene Medien massiv einzuschüchtern. Sie pfeifen insoweit auf die Verfassung. Daß Gerichte dazu die Hand reichen, ist beängstigend. Daß dabei wiederum das in die "Schwachkopf-Skandalschlagzeilen" geratene Amtsgericht Bamberg eine unrühmliche Rolle spielt, ist örtlicher Zufall. Ein Zufall dem Strafmaß nach ist es wohl kaum - angesichts der gerichtlich angeordneten, jedes Maß der Verhältnismäßigkeit sprengenden Hausdurchsuchung bei Rentner Stefan Niehoff.
Ich bin kein Jurist, aber der Verdacht der Rechtsbeugung scheint mir gefühlt doch nahe zu liegen. Auf jeden Fall stellt sich die Frage: Wes Geistes Kind ist eigentlich die Richterin, die Faesers Strafanträge bejaht und die absurd hohen Geldstrafen gegen den Chefredakteur des Deutschland-Kuriers verhängt hat?
Um die Lächerlichkeit von Faesers grotesken Strafanträgen deutlich zu machen, stelle man sich einmal folgendes im Umkehrschluß vor: Der Deutschland-Kurier hätte der Innenministerin, der gefährlichsten Politikerin, die Deutschland jemals hatte, ein Plakat zwischen die ausgebreiteten Arme montiert, auf dem an Stelle von "Ich hasse die Meinungsfreiheit" zu lesen gewesen wäre: "Ich liebe die Meinungsfreiheit".
Das hätte in etwa den makabren Unterhaltungswert jenes denkwürdigen Gestammels gehabt, mit dem Stasi-Chef Erich Mielke vor 35 Jahren ans Rednerpult der Volkskammer in der untergehenden DDR trat: "Aber ich liebe doch alle, alle Menschen…".
Daß Faeser, ausgerechnet Frau Faeser, am 9. November an die Errungenschaften der friedlichen Revolution vor 35 Jahren in der DDR erinnerte, ist an unerträglicher Verlogenheit nicht mehr zu überbieten!
**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.*<<
Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtet am 22. November 2024 (x1.420/…):
>>**Elon Musk schaltet sich ein: "This is crazy!" - Entsetzen über Faeser-Willkür gegen DK-Chefredakteur**
Die absurden Strafanträge von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gegen den Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, David Bendels, haben jetzt auch X-Eigner Elon Musk alarmiert: "This is crazy!"
Während die deutschen Mainstream-Medien Faesers jüngsten Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit weitgehend totschweigen, hat der unglaubliche Vorgang in den alternativen und regierungskritischen Portalen ein breites Echo gefunden. Dies auch im Ausland.

X-Eigner Elon Musk, ein Vorkämpfer für die Meinungsfreiheit weltweit, schaltete sich ebenfalls in die Debatte ein.
"This is crazy!" Mit diesen Worten kommentierte der US-Milliardär auf X einen Beitrag der konservativen deutschen Influencerin Naomi Seibt.
Die 24-Jährige hatte unter der Überschrift "DEUTSCHLAND HAT GERADE DIE MEINUNGSFREIHEIT ZERSTÖRT" ein Video in englischer Sprache zum jüngsten Anschlag der Bundesinnenministerin auf die Presse- und Meinungsfreiheit gepostet.

Top-Jurist deutet Verdacht auf Rechtsbeugung an

Als eines der wenigen deutschen Mainstream-Medien hat die "Welt" das Thema aufgegriffen. Das Springer Blatt zitiert den renommierten und versierten Hamburger Medienanwalt Joachim Steinhöfel, der einen Verdacht auf strafbare Rechtsbeugung (bis zu fünf Jahre Haft) andeutet: "Der jetzt von einer Bamberger Strafrichterin erlassene Strafbefehl wegen einer eindeutig zulässigen Meinungsäußerung kriminalisiert die Wahrnehmung eines Grundrechts. Die dafür erforderliche fachliche Inkompetenz ist so schwer vorstellbar, daß man eine vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts nicht mehr ausschließen kann."
Die konservative "Junge Freiheit" unterstreicht, daß Nancy Faeser selbst die Strafanträge stellte und schreibt: "Wegen satirischer Posts über Innenministerin Faeser und einer Bitte um Meinung zu einem Zitat von AfD-Mann Krah droht einem Journalisten Gefängnis. Insgesamt geht es um 480 Tagessätze."

"Härtere Strafe als bei Kinderpornos: Satire wird zur Straftat"

Unter dieser Überschrift schreibt "reitschuster.de": "Der politische Irrsinn schlägt derartige Volten, daß man als Journalist und Chronist gar nicht mehr hinterherkommt ... Im vorliegenden Fall komme ich aber nicht umhin, ihn aufzugreifen. Weil er einen neuen Tiefpunkt setzt in Sachen politischer Verfolgung. Und ja: Ich benutze diesen Ausdruck nicht leichtfertig. Denn meine feste Überzeugung ist inzwischen: Menschen mit der 'falschen' politischen Meinung, die diese öffentlich äußern, müssen in der Bundesrepublik damit rechnen, durch eine politisierte Justiz, die teilweise außer Rand und Band ist, verfolgt zu werden. Noch vor zehn Jahren hätte ich mir das in meinen schlimmsten Alpträumen nicht vorstellen können - und die meisten von Ihnen sicher auch nicht."
Das regierungskritische Online-Portal "NIUS" läßt den Chefredakteur des Deutschland-Kuriers mit seiner Sicht der Dinge zu Wort kommen: "Frau Faeser stellt die Fakten auf den Kopf, wenn sie eine offenkundig und für jedermann erkennbar satirisch-kritische Fotomontage zum Vorwand nimmt, um Strafantrag wegen Verleumdung zu stellen."
Das liberal-konservative Online-Magazin "Tichys Einblick" sieht Faesers Strafanträge als Teil einer systematischen Einschüchterungskampagne: "Seit der Hausdurchsuchung wegen eines Habeck-Memes nehmen die Meldungen kein Ende mehr, die von überzogenen Maßnahmen berichten, bei denen Internetpostings, Bildcollagen, Polemiken oder Beleidigungen eine Rolle spielten ... Bendels selbst ordnete die Strafbefehle als 'Frontalangriff der Bundesinnenministerin auf die Meinungs- und Pressefreiheit' ein."
"Apollo News" unterstreicht in Anbetracht der absurd hohen Tagessätze folgenden Aspekt: "Wegen Faeser-Meme: Journalist fürchtet Gefängnisstrafe!"

Kritik an deutscher Justiz im Ausland

Auch im benachbarten Ausland schlägt das Vorgehen der deutschen Innenministerin hohe Wellen!
Das österreichische Online-Portal "Exxpress" stellt dabei als "brisant" heraus: "Es handelt sich um dasselbe Gericht, das die Hausdurchsuchung aufgrund eines "Schwachkopf-Posts" über Robert Habeck anordnen ließ."
Der TV-Sender "oe24" empört sich: "Deutsche Innenministerin geht mit Strafanträgen gegen Journalisten vor!"

Unter der Überschrift "Haftstrafe droht: Faeser zeigt Deutschland-Kurier-Chef wegen Satire-Beitrag an" betont das österreichische Portal "Freilich", daß DK-Chefredakteur David Bendels gegen alle Strafbefehle Einspruch eingelegt hat und zitiert ihn mit den Worten: "Einige der weisungsgebundenen und politisch instrumentalisierten Staatsanwaltschaften forcieren derzeit in vorauseilendem Gehorsam ihre Willküraktionen gegen mißliebige Medien."

"Altparteien steht das Wasser bis zum Hals"

Jan Mainka, Chefredakteur und Herausgeber "Budapester Zeitung / The Budapest Times", schreibt auf Facebook: "Den deutschen #Altparteien scheint wirklich das Wasser bis zum Hals zu stehen, wenn sich ihre Vertreter inzwischen ständig zu solch grotesken Angriffen auf die Meinungsfreiheit genötigt fühlen! Wenn ich bedenke, was sich ungarische Politiker, insbesondere des regierenden Fidesz, alles gefallen lassen (müssen), ohne gleich zum Anwalt zu rennen …".

Das konservative österreichische Portal "Info-Direkt" erinnert daran: "Faesers Anzeige stützt sich auf Paragraph 188 des Strafgesetzbuches, der umgangssprachlich auch als 'Majestätsbeleidigungs-Paragraphen' bezeichnet wird. Der umstrittene Paragraph wurde auch eingesetzt, um jenen Rentner zu verfolgen, der den grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck als 'Schwachkopf' bezeichnet hat."

Der österreichische "Heimatkurier" bilanziert: "Nach Habeck benutzt nun auch Nancy Faeser die Justiz, um Regierungskritiker einzuschüchtern!"<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtet am 22. November 2024 (x1.421/…):

>>**Habecks Hoffnungsprojekt Northvolt meldet Gläubigerschutz an**

Habeck stellte sich noch Anfang des Jahres enthusiastisch hinter den Batteriehersteller Northvolt und subventionierte das Unternehmen mit Millionen. Doch nun steht Northvolt vor einem finanziellen Scherbenhaufen und muß Gläubigerschutz in den USA anmelden.

Boris Cherny

Muß Gläubigerschutz anmelden: Das Unternehmen Northvolt

Northvolt ist ein schwedischer Batteriehersteller und eines der Hoffnungsprojekte von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck. Das im Jahr 2015 gegründete Unternehmen hat sich auf Batteriezellen für Elektroautos spezialisiert. Mit seinen Plänen, auch in Deutschland produzieren zu wollen, sorgte das Unternehmen beim deutschen Wirtschaftsminister für Begeisterung und erhielt 700 Millionen Euro an Subventionen. Doch dem Unternehmen geht es trotz der Förderungen sehr schlecht. In den USA mußte Northvolt nun sogar Gläubigerschutz anmelden.

Am Donnerstag hat der Konzern diesen weitreichenden Schritt angekündigt. So soll Northvolt für einige Zeit von den Forderungen der Gläubiger geschützt sein. Mittelfristig möchte man sich finanziell sanieren. Die Liquidität des Unternehmens ist äußerst gering: Nur noch 30 Millionen US-Dollar stehen zur Verfügung, die Kosten für eine Woche. Unterdessen haben sich Schulden in Höhe von fast sechs Milliarden US-Dollar aufgebaut.

Besonders Deutschland hat auf den schwedischen Batteriehersteller gesetzt. Northvolt baut derzeit ein Werk in Heide in Schleswig-Holstein. Das Werk, das 3.000 Arbeitsplätze schaffen soll, wurde kräftig mit Subventionen von Bund und Land unterstützt. Neben den bereits erwähnten 700 Millionen Euro an Subventionen sind außerdem Garantien in Höhe von 200 Millionen Euro im Gespräch.

Die Krise bei Northvolt dauert schon seit langem an. Bereits im September kündigte das Unternehmen einen Sparkurs an. Während man in Schweden tausende Mitarbeiter entließ, verzögerte sich der Bau der deutschen Anlage. Seit Jahren hinkt der Konzern den Erwartungen hinterher. Produktionsziele konnten bislang noch nie erreicht werden, auch einen Jahresgewinn konnte Northvolt noch nie verzeichnen. Die Produktionsqualität ließ bislang zu wünschen übrig, sodaß auch immer wieder Aufträge wegbrechen. BMW entzog deshalb, wie das Mana-

ger-Magazin berichtete, dem Unternehmen im Juni einen Auftrag in Höhe von zwei Milliarden Euro.
Trotz all der Widrigkeiten hatten sich die Bundesregierung und die schwarz-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein noch Anfang des Jahres enthusiastisch hinter das Projekt gestellt. Bundeswirtschaftsminister Habeck prahlte in den Medien mit der Entscheidung Northvolts, eine Fabrik in Deutschland zu errichten. "Die Industriestrategie geht auf", lobte sich der Grünen-Politiker damals beim NDR. Beim ersten Spatenstich des Werks in Heide kamen Habeck und Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther sogar persönlich vorbei.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 22. November 2024 (x1.424/…): >>**Anschwellender Totalitarismus - Der zentrale Kampf gegen die freie Individualität**

Herbert Ludwig

Wer sein Bewußtsein durch die Fülle der vielen politischen Geschehnisse nicht fesseln läßt, die ihm die Medien täglich vermitteln, wird dahinter eine einheitliche Stoßrichtung erkennen. Es findet zentral ein globaler Kampf gegen die Entfaltung des Ichs des Menschen zur freien, sein Handeln aus eigener Erkenntnis selbst bestimmenden Individualität statt.
In dem Spannungsfeld zwischen Ich und Gemeinschaft erheben sich mit aller Macht alte retardierende Kräfte der Gemeinschaft, insbesondere des Staates, die Vorrang vor der Freiheit des Einzelnen beanspruchen. Indem der Staat das Ich überwältigt und zum Teilchen einer sozialen Maschine degradiert, schlägt er den Weg zur totalitären Diktatur ein, wie immer er auch tarnend bezeichnet wird.
Die Unterdrückung der freien Individualität ist nicht auf Diktaturen beschränkt, sie wird hier nur besonders kraß offenbar. Sie findet in allen Staatsformen statt, da sie aus dem Inneren des Menschen hervorgeht und sich überall mehr oder weniger geltend macht, wo Menschen zusammenkommen, auch z.B. in der Ehe, die oft für die eine oder den anderen ein Martyrium der Unterdrückung ist. Man bleibt daher an der Oberfläche, wenn zur Warnung vor Diktaturen nur auf deren unmenschliche Theorien und brutale Exzesse hingewiesen wird.
Die Deportation von Andersdenkenden in tödliche Konzentrationslager und die Löschung einer Regierungskritik in den Sozialen Medien geht aus derselben, letztlich haßerfüllten Gesinnung hervor: dem anderen Menschen das Recht auf freie Meinungsäußerung abzusprechen, wenn sie einem nicht gefällt und die eigene egoistische Machtstellung gefährdet. Es besteht kein qualitativer, sondern nur ein quantitativer Unterschied des Ausmaßes: Die seelisch-geistige "Neutralisierung" steigert sich zur physischen Vernichtung.
Ebenso besteht kein prinzipieller Unterschied, ob ein einzelner Diktator die Schulen in der Hand hat und zum Lehren ihm passender Inhalte verpflichtet, oder ob das durch die Mehrheit in einem "demokratischen" Parlament oder ein "demokratisches" Kultusministerium geschieht. In beiden Fällen wird die Handlungsfreiheit der in den Schulen arbeitenden pädagogischen Fachleute beseitigt.
Es geht um die Entwicklung der freien, sich selbst bestimmenden Individualität, in der sich die eigentliche Würde des Menschen ausdrückt. Staatliche Einrichtungen und Strukturen, die diese Entwicklung nicht durchgehend ermöglichen und fördern und dem Menschen über das schützende Strafrecht hinaus vorschreiben, wie er zu handeln hat, heben die Handlungsfreiheit ganz oder teilweise auf. Eine Gruppe von Menschen stellt sich über alle anderen und macht sie mit Hilfe staatlicher Machtmittel ihrem Willen untertan. Dem liegt der innere Drang zur Erhöhung des eigenen EGO zugrunde, der notwendig mit dem Haß auf die freie Individualität des anderen einhergeht.
Dieser psychische Prozeß der diktatorischen Überwältigung des anderen Gleichen ist nicht an äußere Staatsformen gebunden, sondern findet auch in parlamentarischen Demokratien statt,

wo er nur durch formal-demokratische Mehrheitsentscheidungen kaschiert wird. Die Methoden sind daher auch überall die gleichen. Man weiß, daß es nicht genügt, die Menschen durch gesetzliche Gebote und Verbote zu lenken, da dies allein zu starken Widerstand weckt. Deshalb kommt es darauf an, den Widerstand erst gar nicht aufkommen zu lassen, indem man das Ich in seiner Widerstandskraft schwächt und paralysiert.
Das Ich des Menschen manifestiert sich in seinem hellen Bewußtsein, das es über die Welt und über sich selbst entwickeln kann und das aus einer gesunden Herrschaft über die Seelenkräfte seines Denkens, Fühlens und Wollens hervorgeht. Daher kann das Ich auch durch die Beeinträchtigung und Verwirrung seiner Seelenkräfte geschwächt und über die damit verbundene Herabdämpfung seines normalen hellen Bewußtseins als kritische Instanz ausgeschaltet werden.

Das Wirken in der Nazi-Diktatur

Der Historiker und Jurist Dr. Karl Heyer hat in seiner bereits 1947 erschienenen ausgezeichneten Analyse des Nationalsozialismus die gezielte Chaotisierung von Denken, Fühlen und Wollen des Menschen in dieser totalitären Diktatur beschrieben.
Er weist darauf hin, wie Hitler schon in "Mein Kampf" die ungeheure Wichtigkeit der Propaganda für die Verbreitung der nationalsozialistischen Ideen betont hat. Danach könne es nicht darum gehen, das Denken aller Menschen zu überzeugen, sondern zu überwältigen. "Die Propaganda", erklärt Hitler dort, "versucht eine Lehre dem ganzen Volke aufzuzwingen."
"Der durchschlagende Erfolg einer weltanschaulichen Rede wird immer dann erfochten werden, wenn die neue Weltanschauung möglichst allen Menschen gelehrt und, wenn notwendig, später aufgezwungen wird. …"
Das alles habe man längst vor der Machtergreifung lesen können, so Heyer. Das allein hätte genügt, um denkenden Menschen den ganzen furchtbaren Zwangscharakter des Nationalsozialismus, wie er schon im Geistigen einsetze, zu enthüllen. "Es hätte schon damals aufweckend wirken müssen zu sehen, wie hier von vorneherein die Achtung der geistigen Freiheit des Menschen brutal negiert wird. … Als Hitler auch die äußere Macht errungen hatte, bekannte er sich immer wieder zu den gleichen Gesinnungen."
So habe er z.B. von "suggestiv den Glauben einbrennen" gesprochen und daß zuverlässige Funktionäre "weltanschaulich durchknetet" sein müßten.
Auf solchem seelischen Niveau und bei solchen Gesinnungen werde die hemmungsloseste Unduldsamkeit zum Prinzip erhoben und als eine wichtige Kraftquelle geschätzt und gefordert.
"Die Zukunft einer Bewegung", schreibe Hitler in "Mein Kampf", "wird bedingt durch den Fanatismus, ja die Unduldsamkeit, mit der ihre Anhänger sie als die allein richtige vertreten und anderen Gebilden ähnlicher Art gegenüber durchsetzen."
Im gleichen Geist habe Goebbels vor den politischen Leitern des Gaues Groß-Berlin erklärt:
"Da wir Nationalsozialisten überzeugt sind, daß wir recht haben, können wir auch neben uns keinen anderen dulden, der behauptet, er hätte recht. Denn wenn er recht hat, muß er Nationalsozialist sein, und ist er nicht Nationalsozialist, dann hat er auch nicht recht."
Von dieser unbändigen geistigen Unduldsamkeit der Nationalsozialisten gegenüber den Meinungen und Erkenntnissen aller anderen führe, so Dr. Heyer, nur ein kurzer Weg zur Aussortierung in Lagern und schließlich zur physischen Vernichtung.
Wer Recht hat, habe also nicht der Diskurs auf der Grundlage des Denkens entschieden, sondern es sei von vorneherein durch einen Machtspruch festgesetzt worden. Der Wille vergewaltige das Denken.
Das bedeute vor allem auch, daß die Wunschnatur des Menschen das Denken ergreife, zu deren Wesen es gehöre, daß sie von der objektiven Wirklichkeit absehe, die zu erfassen gerade die Aufgabe eines gesunden Denkens sei. Doch das von Wunsch und Wille geleitete Denken

sei ein defektes und krankhaftes Denken, dessen Klarheit getrübt werde.
"An deren Stelle treten rauschartige Zustände, die sich in Gedanken und Begriffe umsetzen. Ein solches Denken spinnt sich ein in Illusionen. Diese haben im Nationalsozialismus gigantische Ausmaße angenommen. An vielen Punkten steigerten sie sich zu Wahnvorstellungen, ja bis zu vollendetem Wahnsinn, von dem nur eine besondere Form der von dem Nationalsozialismus in Bezug auf das deutsche Volk, die von ihm in der Welt auszuübende Macht usw. gezüchteter Größenwahnsinn ist. Indem der Wahnsinn, einer ansteckenden Krankheit vergleichbar, nach und nach immer weitere Kreise ergriff, wurde er schließlich zu einem Massenwahnsinn eines sehr großen Teiles des ganzen Volkes."
In dem Maße, wie - durch die Realität belehrt - die Illusionen jeweils dahingeschwunden seien, man aber doch, ohne sich aufzugeben, von ihnen nicht habe ablassen können, hätten sie sich in routinemäßig gebrauchte Phrasen und schließlich in Lügen verwandelt. Dr. Heyer schreibt:
"Die nächste auf Phrase und Schlagwort folgende Stufe ist die bewußte Lüge. Die Lüge war - neben dem Zwang - ein Grundelement des Nationalsozialismus, sie ist in ihm gleichsam organisch geworden, ein konstituierender Faktor seines ganzen Systems, von ihm nicht wegzudenken. Nie in der ganzen Geschichte des deutschen oder wohl irgendeines Volkes hat die Lüge auch nur annähernd eine so ungeheure Macht gewonnen wie im Dritten Reich. Sie ist hier Atmosphäre bildend geworden, und hat jene lügenverpestete Luft geschaffen, von der wir sagten, daß das menschliche Ich in ihr nicht atmen kann.
Das nationalsozialistische Reich hat für alle Zeiten eindringlich gezeigt, was dabei herauskommt, wenn auch die Wahrheitsfrage ganz in die Willenssphäre verlagert wird. ´Wahrheit ist das, wovon die politischen Machthaber wollen, daß es von den ihrer Gewalt Unterworfenen geglaubt werde, damit diese sich so verhalten, wie es den Wünschen der Machthaber entspricht: das etwa wäre eine Definition der 'Wahrheit' im Sinne des Nationalsozialismus, dessen Interesse freilich erheischte, daß eine solche Definition nicht etwa bekannt wurde.
Eine unermeßliche Rolle spielte die Lüge im Dritten Reich namentlich auch als amtliche Lüge, für die bekanntlich sogar eine besonderes Reichsministerium mit einem riesigen Apparat errichtet wurde, die amtliche Lüge, die natürlich, aufs Ganze gesehen, immer in derjenigen Vermischung mit allerlei Wahrheiten dargeboten wurde, die notwendig ist, um auch den Lügen Glauben zu verschaffen, da ja letzten Endes allein die Wahrheit Kredit begründet. Dieses Vermischungsprinzip handhabte meisterhaft der gigantische Propagandaapparat des Nationalsozialismus, mit Versammlungen, Presse, Rundfunk, Kino, ja im weiteren Sinne allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens, wohl die grandioseste Technik der Lüge, welche die Welt bisher je gesehen hat.
Ihr Hauptzweck: Glauben an die Lüge zu verbreiten, das ganze deutsche Volk halte es wirklich mit dem Nationalsozialismus, und dadurch diese Lüge allmählich in eine 'Wahrheit', d.h. in eine bestehende Tatsache zu verwandeln. …
Gegenüber dem Christusworte: 'Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen' lassen sich die Gesinnung und das Willensziel der Widersachermächte in die Worte kleiden: 'Ihr werdet euch von der Lüge benebeln lassen, und die Lüge wird euch zu Sklaven machen.' Der umfassendste, zu diesem Ziel bisher unternommene Versuch in der Geschichte war der Nationalsozialismus."
Dr. Heyer konkretisiert die Wirkung dieses lügenhaften Propagandasystems zur Willenslenkung der Massen noch.
Aus der eigenen Willensbesessenheit der Machthaber in Verbindung mit der Nicht-Achtung der Freiheit und des Willens des Anderen ergebe sich der hemmungslose Impuls, den Anderen mit allen Mitteln gewaltsam zu beeinflussen und zu dirigieren, wesentlich nicht durch Appell an seine denkende Einsicht und Erkenntnis (die ihn frei ließe), sondern durch unmittelbare

Einwirkung auf seinen Willen, die ihn unfrei macht.
Und indem man sich gleichzeitig durch terroristische Unterdrückung und Ausschaltung jeder anderen Meinung und Sichtweise das Propaganda-Monopol verschafft habe, sei ungestört die "nationalsozialistische Willenslenkung" von statten gegangen.
"Willenslenkung" heiße z.B.: Was die Zeitungen bringen, diene fast überhaupt nicht mehr dazu, die Leser mit Tatsachen bekannt zu machen, durch die sie sich als denkende Wesen ein leidlich objektives Bild des Weltgeschehens aufbauen könnten, sondern bei der "Nachrichtenpolitik", d.h. dem Bekanntgeben der einen und dem Verschweigen der anderen Nachrichten, stelle man bewußt ausschließlich auf die Wirkungen ab, die sie in den Lesern erzeugen sollen, je nachdem, ob man sie moralisch oder intellektuell einschläfern oder ihre Leidenschaften aufputschen wolle, alles zur gewünschten Zeit und im gewünschten Ausmaß.
"Willenslenkung": Das sei letztlich der Zweck des gesamten Geisteslebens gewesen, von den untersten Schulen bis hinauf zu den Universitäten, an denen man dafür gesorgt habe, "daß langsam und planmäßig die neuen Menschen der Wissenschaft (d.h. nationalsozialistische Dozenten) hinüberwechseln konnten auf die Kommandobrücken der Universitäten", so der Leiter des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, Prof. Walter Frank.
"Das Ziel von alledem: das ganze deutsche Volk für die Absichten seiner Führer und Verführer willensmäßig zu entflammen."
In solchen Seelenverfassungen könne es nicht ausbleiben, daß wie über das Denken auch über das Wollen finstere Mächte eines Untermenschentums Gewalt gewinnen.
"Der Wille nimmt die Richtung auf das Verbrechen. Die Welt schaudert über die Verbrechen ohne Zahl, welche die Führer und die Verführten des Nationalsozialismus begangen haben, von den kleineren bis zu den größten und ungeheuerlichsten.
Die schlimmsten waren die zentral gegen die Menschenwürde, gegen die Anerkennung des Menschen als eines geistig-sittlichen Wesens begangenen."
Nun betrachtet Dr. Heyer noch die Behandlung des Gefühls der Menschen in der Zeit des Nationalsozialismus.
"Es gab eine Zeit, in der in weiten Kreisen des deutschen Volkes im Sinne eines anzustrebenden Ideals menschlicher Beziehungen die Gesinnung lebte, der Goethe unvergänglichen Ausdruck verliehen hatte mit den Worten: 'Edel sei der Mensch, hilfreich und gut, denn das allein unterscheidet ihn von allen Wesen, die wir kennen'."
Es sei ein langer Weg gewesen von der Höhe feinster Geistigkeit des Gefühls, einer edlen Gefühlswärme, wie sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts im deutschen Volk gewaltet habe, bis herab zu dem raffinierten und brutalen System der Beherrschung dieses selben deutschen Volkes durch den gefühllosen, grausamen Terror des Nationalsozialismus, der lähmende Angst bei den kritischen Menschen erzeugen sollte. Mitleid und Nächstenliebe seien als Schwäche verächtlich gemacht und unbedingte Härte als große Tugend gepredigt worden.
Neben der Erziehung zur Gefühllosigkeit und Härte sei es im großen Stil um die Ablenkung der Gefühle, insbesondere von Liebe und Verehrung, auf ungeheure Scheinwerte gegangen. Hier habe vor allem die Inszenierung Hitlers als nationaler Führer mit nahezu übermenschlicher Größe und Autorität, die anzuzweifeln ein Sakrileg bedeutete, eine große Rolle gespielt.
Ablenkung des Fühlens auf Scheinwerte (auf Kosten echter, höherer Werte) bedeute eine Brutalisierung und Primitivisierung und Verengung des Fühlens, die "Züchtung engbrüstiger Seelen, deren beschränkten Denkmöglichkeiten eine oft ans Pathologische grenzende Einengung auch ihrer Möglichkeiten des Fühlens" entspreche.

Das Wirken in der heutigen Demokratie

Wer bisher nachdenklich gelesen hat, dem werden erschreckende Parallelen in der heutigen Parteien-Demokratie, besonders extrem während der "Corona-Krise", in den Sinn kommen.
Von den Regierungen des Bundes und der Länder wurde Anfang 2020 mit Hilfe der Main-

stream-Medien die Theorie verbreitet, es drohe, ja bestehe schon weltweit eine hochgefährliche Pandemie der Corona-Krankheit, die von einem sehr ansteckenden tödlichen Virus verursacht werde, das jedermann anfallen und töten könne. Das führte dazu, daß am 16.3.2020 ein umfassender "Lockdown" beschlossen wurde, der am 22.3.2024 in Kraft trat. Demokratische Grundrechte wurden weitgehend suspendiert, Schulen, Gaststätten und bestimmte Geschäfte geschlossen, Großveranstaltungen verboten, Kontaktverbote, Abstandsregeln und die Pflicht zum Tragen untauglicher und gesundheitsschädlicher Masken verhängt. Es herrschte ein in der Demokratie nie gekannte Lahmlegung der Gesellschaft durch Befehl von oben.
Dabei stützte man sich zur Begründung auf wenige ausgelesene Wissenschaftler, an der Spitze der Virologe Prof. Christian Drosten.
Eine ganze Reihe von renommierten Wissenschaftlern hatte sich schon früh zu Wort gemeldet und den Theorien der Regierung mit Gründen und Nachweisen widersprochen. Der weltweit anerkannte medizinische Mikrobiologe Prof. Bhakdi veröffentlichte eine eindringliche Video-Botschaft an Bundeskanzlerin Merkel. Auch in alternativen Medien erschienen viele kritische Artikel, welche die Theorien der Politik in Frage stellten oder widerlegten.
Doch sie wurden nicht nur ignoriert, sondern vielfach persönlich öffentlich diskreditiert. Es breitete sich eine Atmosphäre entschiedener Unduldsamkeit gegen andere, regierungskritische wissenschaftliche Auffassungen und Meinungen aus. Es durfte nur die Theorie der Regierung gelten.
Wer Recht hat, wurde von vorneherein festgesetzt. Mit den Worten von Dr. Heyer:
"Der Wille vergewaltigte das Denken." Und mit der weitgehenden rechtswidrigen Suspendierung fundamentaler demokratischer Grundrechte, die gerade Abwehrrechte des freien Bürgers gegen diktatorische Übergriffe des Staates sind, wurde "die Achtung vor der geistigen Freiheit des Menschen brutal negiert."
Und in dem Maße, wie Fehler und Illusionen aufgedeckt wurden, griffen die parteipolitischen Machthaber immer mehr zur bewußten Lüge. Die amtliche und die mediale Lüge wurden neben dem Zwang in gesteigertem Ausmaß zum Grundelement der Politik. Mit den Worten Dr. Heyers:
Wahrheit wurde "das, wovon die politischen Machthaber wollen, daß es von den ihrer Gewalt Unterworfenen geglaubt werde, damit diese sich so verhalten, wie es den Wünschen der Machthaber entspricht."
Jede Lüge ist ein gezielter Angriff auf das Ich des Menschen, dem der Boden der Wirklichkeit entzogen werden soll, um es zu lenken, wohin es nicht will.
Aus der eigenen Willensbesessenheit der Machthaber in Verbindung mit der Nichtachtung der Freiheit und des Willens des Anderen ergab sich der hemmungslose Impuls, den Anderen mit allen Mitteln gewaltsam zu beeinflussen und zu dirigieren.
Die Lügen steigerten sich noch mit der Einführung der "mRNA-Impfung", deren Genverändernder Charakter verheimlicht, die wahrheitswidrig als hoch wirksam und nebenwirkungsfrei sowie als vor Infektion und Übertragung auf andere schützend bezeichnet wurde. Bis heute werden die anschwellenden schweren und tödlichen Nebenwirkungen weitgehend ignoriert und nur in Einzelfällen aufgeklärt.
Lügen und Täuschungen, Teilimpfpflichten, öffentliche Diskreditierung und gesellschaftliche Benachteiligungen der Impfverweigerer sollten möglichst viele Bürger in die Injektions-Nadeln treiben - eine Überwältigung des Menschen ohnegleichen.
Dem allen diente und dient ein ungeheurer Propaganda-Apparat, bestehend aus dem staatlichen Rundfunk und Fernsehen, das auch durch das Internet wirkt, sowie den parteipolitisch vereinigten Mainstream-Medien. Er hat Möglichkeiten der Bewußtseins-Manipulation, welche die der Nationalsozialisten noch weit übertreffen.
Wenn Dr. Heyer die Nazi-Propaganda "die grandioseste Technik der Lüge, welche die Welt

bisher je gesehen hat", bezeichnete, wird sie von der heutigen Propaganda-Technik längst in den Schatten gestellt, ohne daß ein Stillstand abzusehen ist.
Wie in der Zeit des Nationalsozialismus wurde auch in der "Corona-Krise" das Gefühl der Menschen gezielt massiv beeinflußt, weil es entsprechende Auswirkungen auf das Denken und den Willen hat. Von Anfang an haben Regierung und Medien Angst, ja Panik vor dem angeblich hochansteckenden Killer-Virus erzeugt. Das Gefühl der permanenten Angst lähmt das Denken und macht die Menschen in ihrem Willen gefügig und folgsam für die "rettenden" Ratschläge und Anweisungen der staatlichen und "wissenschaftlichen" Autoritäten.
Besonders bezeichnend ist das interne Papier des Bundesinnenministeriums vom 22.3.2020, als "Schockpapier" bekannt geworden, in dem mit Lügen und Urängste erzeugenden Szenarien geradezu Schocks in der Bevölkerung hervorgerufen werden sollten, die sie gefügig und folgsam machen.
Man kann diese Methoden als gefühllosen seelischen Terror bezeichnen, der die freie Individualität des Anderen vollkommen als manipulierbares Verfügungsobjekt behandelt, um die eigenen Ziele durchzusetzen. Es ist eine Gesinnung der absoluten Entwürdigung des Menschen, seines geistigen Ich-Wesens, die Art. 1 des Grundgesetzes, "Die Würde des Menschen ist unantastbar", überhaupt nicht interessiert.
Solche untermenschliche Seelenverfassungen scheuen in ihrer Willensbesessenheit auch vor großen Verbrechen nicht zurück.
Und so ist ja auch durch die Veröffentlichung der Protokolle des RKI-Krisenstabes für jedermann offenbar geworden, daß die herrschenden Politiker diese angebliche Pandemie und ihre totalitären, leidvollen existentiellen und tödlichen Folgen für viele Menschen - entgegen dem Wissen und den Ratschlägen der Wissenschaftler des staatlichen Robert-Koch-Institutes - von Anfang an inszeniert und das weisungsgebundene RKI gezwungen haben, die durchgehenden Lügen der Regierung nach außen zu unterstützen: geplante und durchgeführte gigantische Staatsverbrechen an der Bevölkerung.

Fazit

Ich muß besonders betonen, daß die verantwortlichen "demokratischen" Politiker keine Nazis sind. Sie hängen nicht der nationalsozialistischen Ideologie von "Blut und Boden", dem absurden rassistischen Nationalismus an und allem, was damit zusammenhängt. Aber was sie mit ihnen gemeinsam haben, ist die Nichtachtung des anderen Menschen als freie Individualität, die das gleiche Recht hat, ihr Leben aus eigener Erkenntnis selbst zu bestimmen. Sie wollen ihre Ideen unbedingt durchsetzen, und dazu sind ihnen die Auffassungen und Meinungen der anderen im Wege, die es daher zu unterdrücken, auszuschalten, mit allen psychischen und physischen Mittel zu überwältigen gilt.
Nichts Äußeres, sondern diese innere seelische Einstellung gegenüber dem geistigen Wesen des anderen Menschen ist das Einfallstor aller autokratischen, diktatorischen und totalitären Herrschaft über die Menschen, die immer in anderen Formen erscheint. Hier liegt die Quelle des generellen Kampfes gegen das freie Ich, der entgegen allen schriftlich niedergelegten Idealen und Grundrechten der Demokratie wieder gewaltig angeschwollen ist.
Aus der griechisch-römischen Kultur und unter dem Einfluß des Christentums hat sich in der Geschichte des Abendlandes das Streben des Menschen entwickelt, sich aus alten kollektiven Bindungen herauszulösen und die individuelle Freiheit und Selbstbestimmung geltend zu machen, was zu den Demokratiebestrebungen der Neuzeit geführt hat. Gerade nach dem fürchterlichen Rückfall in den atavistischen nationalsozialistischen Kollektivismus, hat das Grundgesetz der neuen Demokratie mit seinen der staatlichen Gesetzgebung vorgehenden individuellen Menschenrechten eine hohe freiheitliche Qualität erreicht. Diese freiheitliche Gesinnung hat in der ersten Zeit nach dem 2. Weltkrieg die Gesinnungen der Politiker bestimmt und geleitet. Sie ist inzwischen weitgehend verschwunden.

Das ICH des Menschen als ein in sich gegründetes geistiges Wesen mit seiner unantastbaren Würde, die sich in seinem Streben nach Handeln aus eigener Erkenntnis und Selbstbestimmung äußert, wird nicht nur kaum noch empfunden, sondern gehaßt. Dies liegt allen gewaltig anschwellenden Kämpfen gegen die individuellen Freiheitsrechte zugunsten von Macht und Herrschaft weniger Machtpsychopathen zugrunde.
Dem gilt es, sich mit aller möglichen Kraft des Geistes entgegenzustemmen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. November 2024 (x1.422/…): >>**Drangsalieren, Schikanieren, Abkassieren: Die Politik-Abrechnung!**
Während Deutschland in den Abgrund driftet schlägt die Regierung um sich. Kritiker werden gnadenlos verfolgt. Brachiale Strafen für Meinungsäußerung. Michael Mross im Gespräch mit Dominik Kettner über das ausweglose Politik-Dilemma in Deutschland.
Laut Statista stellte Habeck von den Grünen bzw. sein Ministerium seit Beginn der Legislaturperiode am 26. September 2021 bis August 2024 insgesamt 805 Strafanzeigen. Die Baerbock folgt mit 513 Strafanzeigen.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. November 2024 (x1.422/…): >>**Neubauer fordert Klima-Führungsrolle von Deutschland und Europa**
In der Schlußphase der Weltklimakonferenz in Baku hat die Klimaschutzaktivistin Luisa Neubauer an Deutschland und Europa appelliert, eine Führungsrolle in den Klima-Verhandlungen zu übernehmen. "Die COP29 legt die Großkonflikte der Klimakrise offen: zwischen Klimazielen und fossilen Lobbys, zwischen Demokratien und Petrokratien, zwischen Wahrheit und Greenwashing", sagte Neubauer der "Rheinischen Post" (Samstagsausgabe).
"Wenn wir diese Konflikte gewinnen wollen, müssen wir uns jetzt rüsten. Dringender denn je sind wir auf der Suche nach Klima-Leadership, da ist Deutschland gefragt, die EU und die Zivilgesellschaft", sagte die Aktivistin von Fridays for Future. "Es ist nicht alles verloren, aber in dem Kampf um die Lebensgrundlagen bekommen wir nichts geschenkt", so Neubauer weiter.<<
Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtet am 22. November 2024 (x1.422/…): >>**Haldenwang gegen Veröffentlichung von AfD-Gutachten vor der Wahl**
Ex-Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang hat Einwände gegen eine Vorlage des neuen Gutachtens zur AfD noch vor der Bundestagswahl am 23. Februar geäußert. "In unmittelbarer Nähe zu einem Wahltermin und vor dem Hintergrund der Chancengleichheit von Parteien wäre ein solcher Eingriff schwerlich zu rechtfertigen", sagte Haldenwang der "Rheinischen Post" (Freitagausgabe). "Zum neuen Gutachten über die AfD möchte ich mich nicht mehr äußern, da ich nun nicht mehr in dieser Verantwortung stehe." Er bekräftigte erneut, daß seine Amtsführung als Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) nicht von politischen Interessen beeinflußt gewesen sei.
"Alle Entscheidungen des BfV unter meiner Führung sind vielfach von Gerichten überprüft worden und haben eine rechtlich belastbare Grundlage. Es waren auch keine Entscheidungen des Präsidenten Haldenwang, sondern das Ergebnis harter Arbeit aller Beteiligten", sagte Haldenwang. Interessenskonflikte durch seine Kandidatur für die CDU habe er vermieden. "Ich habe nicht einen Tag versäumt und mit Ministerin Faeser gemeinsam beschlossen, daß ich mein Amt unmittelbar an meine beiden Stellvertreter abgebe. Und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem ich lediglich als Kandidat in Wuppertal vorgeschlagen war, aber noch nicht einmal eine Mitgliederabstimmung über meine Kandidatur stattgefunden hat. In dieser kurzen Zeit konnte es daher keine Interessenskonflikte geben, das ist ausgeschlossen", so Haldenwang weiter.
In seiner Amtszeit als BfV-Präsident hatte Haldenwang angekündigt, noch in diesem Jahr ein neues Gutachten zur AfD vorlegen zu wollen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Brandmauer-Debatte**

Der Wind dreht nach rechts

Dieter Stein

Das jetzt von Karlheinz Weißmann vorgelegte Buch "Zwischen Reich und Republik - Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten" kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Seine Auslieferung fällt mit dem Start dem vorgezogenen Bundestagswahlkampf zusammen, bei dem es wie selten zuvor um eine Richtungsentscheidung geht. Der Krieg in der Ukraine, die ungebrochene Massenmigration und eine ernste wirtschaftliche Rezession haben die Agenda völlig verändert.

Jetzt weht politisch Verantwortlichen der eisige Wind harter Realitäten ins Gesicht, die Sympathien für links-grüne Ideologieprojekte sind im Keller. In Deutschland gäbe es schon länger potentiell Mehrheiten für eine Mitte-Rechts-Regierung. Blüht uns statt dessen erneut eine Große Koalition oder gar Schwarz-Grün?

Mit dem Monopolanspruch der CDU/CSU, alle Bürger Mitte-Rechts zu vertreten, ist es endgültig vorbei.

Karlheinz Weißmann erinnert daran, daß die Bundesrepublik anfangs erfolgreich faktisch rechts regiert wurde. CDU/CSU und FDP hatten eine starke konservative und nationale Prägung. Die ersten Koalitionen im Bund und einigen Ländern folgten dem Konzept des "Bürgerblocks", bei dem Parteien der Mitte bis Rechts koalierten, darunter auch rechtskonservative Formationen.

Äußerst gerissen gelang es Konrad Adenauer mit der CDU, konservative Kleinparteien zu umarmen und kaltblütig auszuschalten. Der Anspruch auf das Monopol, alle Mitte-Rechts-Wähler in einer Partei zu vereinen, war geboren. Franz Josef Strauß, legendärer CSU-Vorsitzender, verdichtete diesen Anspruch, als er 1987 postulierte: "Rechts von der CDU/CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben."

Strauß äußerte dies nach dem ersten Achtungserfolg der Partei "Die Republikaner" bei der bayerischen Landtagswahl 1986 - dort holte die von CSU-Abtrünnigen 1983 gegründete Formation drei Prozent. Weißmann schildert in seinem Buch die endlose Serie an Versuchen, diese sich bereits unter Helmut Kohl, beschleunigt unter Angela Merkel vergrößernde Repräsentationslücke parteipolitisch zu schließen.

Die JUNGE FREIHEIT ist selbst Spaltprodukt dieser Periode. Daß mit der Etablierung der AfD nach dem "langen Marsch durch die Wüste" der Monopolanspruch der Union ab 2013 gebrochen und die FDP sinnbildlich im jüngsten Bundestag freiwillig in der Sitzordnung von rechts in die Mitte rückte, ist eine späte historische Zäsur.

Kommt die veränderte Arithmetik im Parteiensystem nun auch machtpolitisch zum Tragen? Die Brandmauer als "antifaschistischer Schutzwall" soll dies noch krampfhaft verhindern. Zeit für Realpolitiker, diesen Zustand endlich zu überwinden.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**SPD und Grüne wollen Abtreibung erleichtern**

Lebensschutz zur Disposition

Laila Mirzo

Die unsägliche Berliner Ampel-Regierung ist Geschichte, die Tage von Scholz, Habeck und Co. sind gezählt. Wie ein verwundetes Tier ist die rot-grüne Administration nun unberechenbar und schlägt im Todeskampf wild um sich.

Doch bevor er den Schlüssel zum Kanzleramt abgeben muß, versucht Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Schatten des entflammten Wahlkampfs noch hoch umstrittene Gesetze durchzuwinken. Eines dieser Gesetze ist die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen.

Die geltenden Regelungen der Abtreibung seien "eine erhebliche Einschränkung der Selbstbe-

stimmung, der persönlichen Integrität und der körperlichen Autonomie Schwangerer", schreiben die Abgeordneten des Gesetzentwurf.
Das Recht auf Leben ungeborener Kinder muß sich demnach individuellen Befindlichkeiten und der modernen "Life-Fun-Balance" unterordnen.
Keine "Einschränkung der persönlichen Integrität" hingegen sehen Scholz und seine linke Gesinnungsgefolgschaft in ihrem neuen Organspendegesetz. Dieses soll jeden zum Organspender machen, der nicht aktiv widerspricht.
Der scheidende Bundeskanzler Scholz will um jeden Preis noch einen markanten Fußabdruck seiner Amtszeit hinterlassen, doch in Wahrheit ist es ein Fußtritt gegen die Demokratie.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Majestät sind beleidigt**
Habeck verspielt durch Klagewut Restsympathien außerhalb der grünen Blase
Kurt Zach
Ein mimosenhafter Streithansel, der im Zustand permanenten Majestätbeleidigtseins aufmüpfigen Bürgern reihenweise die Staatsmacht auf den Hals hetzt, läßt sich auf der Generalkongregation seiner Zehn-Prozent-Partei als "Kanzlerkandidat" huldigen, als wäre er Dalai Lama, Messias und Ersatzkaiser in einem.
Lauter Widersprüche? Nicht in der Parallelwelt der Grünen. Denn Größenwahn und Realitätsverleugnung der grünen Sekte sind so unerschütterlich wie die Gefolgstreue des harten Kerns ihrer Jüngerschaft, und ihr Einfluß auf Politik und Gesellschaft ist noch immer um ein Vielfaches höher als ihre tatsächlichen Wahlergebnisse.
Gegen das grüne Sendungsbewußtsein hat die Realität keine Chance. Mögen die Unerleuchteten da draußen glauben, Inflation, Pleitewellen, Deindustrialisierung, Wirtschaftskrise und Energiepreisexplosion seien vor allem eine Folge von grüner Ideologiepolitik, Massenmigration, Energiewende- und "Klimaschutz-Besessenheit" samt damit begründeter Planwirtschaft, Regulierungswut und Steuertreiberei.
Die Parteitagsgemeinde weiß es besser als das gemeine Volk vor den Toren, das die Grünen immer weniger mag und noch weniger wählen will. Ihre Beschlüsse legen davon Zeugnis ab: Noch mehr vom selben, das schon bisher nicht funktioniert hat - mehr offene Grenzen, mehr Schulden, mehr Steuern auf Kapitalerträge und Vermögen, mehr staatlich gelenktes Geldverteilen.
Der Mantel des Vizekanzlers ist Robert Habeck allerdings zu klein. "Kanzlerkandidat" ist sein Anspruch, den seine Jünger mit einem 96,5-Prozent-Ergebnis bestätigen, das auch einem Honecker-Parteitag alle Ehre gemacht hätte. Reichlich vermessen für einen gescheiterten Bundesminister, der außerhalb der grünen Blase gemeinhin als Hauptverantwortlicher für Wohlstandsdemontage und Wirtschaftsabsturz gilt.
Der kurz angeheuchelte Selbstzweifel ist freilich schnell weggewischt. Sind es doch die Grünen, die in ihrer Selbstwahrnehmung allein berufen sind, Deutschland, Europa und der Welt den Weg ins "klimaneutrale" Paradies zu weisen und darauf als leuchtendes Vorbild voranzugehen. Daß in der Realität kaum jemand diesem Sonderweg noch folgen will, ist eben Pech für die Realität.
Habeck inszeniert das mit kitschig-subjektiver Gefühligkeit samt Bewerbungsvideo vom Designer-Küchentisch, wie er in jeder Grünspießer-Altbauwohnung stehen könnte. Für seine Kampagne kapert der Kandidat der Verbots- und Gouvernantenpartei ausgerechnet den Begriff "Freiheit" und verdreht ihn ins autoritäre Gegenteil - den Trick hat er sich bei Angela Merkel und Kamala Harris abgeschaut.
"Freiheit" im Habeckschen Sinne ist nicht etwa ein Bürgerrecht zur Abwehr staatlicher Übergriffe und Bevormundung. Für Habeck sind die wahren Feinde der Freiheit die Pappkameraden der grünen Ideologie: Putin, Populisten und der "Klimawandel". Wer "Freiheit" in An-

spruch nehmen will, soll sich hinter der Fahne der Grünen in den Kampf gegen diese Schreckgespenster einreihen.
Hinter der Orwell-reifen Begriffsverkehrung steckt totalitäres Denken. Das grüne "Neusprech" soll es potentiell unmöglich machen, abweichende Gedanken überhaupt noch ausdrücken zu können. Das ist durchaus wörtlich zu verstehen: Wenn Habeck vom Schutz der Meinungsfreiheit redet, dann meint er damit die "Regulierung" von unabhängigen Medien und Internet-Plattformen wie "X", um kritische Äußerungen um so effektiver aus dem Verkehr ziehen zu können. Die fest in grüner Hand befindliche Bundesnetzagentur soll das, in Anwendung des EU-Digitalgesetzes, auch zügig umsetzen, kündigt er an.
Ebenso folgerichtig ist es für grüne Spitzenpolitiker, mit dem noch aus Merkels Zeiten rührenden "Majestätsbeleidigungsparagraphen" 188 im Strafgesetzbuch aufsässige Bürger in nie dagewesenem Umfang für harmlose Despektierlichkeiten massiv durch die Staatsmacht verfolgen zu lassen: Hausdurchsuchungen, Strafbefehle, Geldbußen in drei- und vierstelliger Höhe, die dem ohnehin schon gebeutelten Normalbürger fraglos weitaus mehr weh tun, als ein gutbezahlter und dank privilegierter Sondergesetzgebung risikofrei auf Kosten der Steuerzahler klagender Parteifunktionär oder Amtsträger sie nötig hätte.
Nicht jeder spricht das finanzielle Interesse so schamlos aus wie die Grüne-Jugend-Chefin Jette Nietzard, die gegen die Polizei wegen angeblich schleppender Bearbeitung ihrer Anzeige gegen einen schimpfenden Bürger mit der Begründung lospöbelt, sie hätte doch dabei "bissl Geld" rausholen wollen.
Dennoch schaut dabei ein nettes Nebeneinkommen wohl auch für den grünen Anzeigenhauptmeister Robert Habeck heraus, der in drei Regierungsjahren über achthundertmal die Justiz gegen nörgelnde Bürger bemüht hat, gefolgt von seiner Vorgängerin als "Kanzlerkandidatin" Annalena Baerbock mit über fünfhundert Anzeigen. Andere Ampel-Minister bringen es lediglich auf ein paar Dutzend.
Maos Geist, der die Gründergeneration der Grünen beseelt hat, ist in der Partei noch quicklebendig: Bestrafe einen, erziehe hundert. Es geht um Einschüchterung, ebenso wie bei der von den Grünen besonders eifrig verfolgten Dauerdrohung mit einem kaum erfolgversprechenden Verbotsverfahren gegen den lästigen Widersacher AfD. Sympathie läßt sich nicht erzwingen. Besonders wenn die Betroffenen nicht klein beigeben, sondern selbst an die Öffentlichkeit gehen wie der Veteran und Rentner Stefan Niehoff, der wegen eines "Schwachkopf-Memes" die Polizei am Küchentisch stehen hatte.
Daß Habecks dünnhäutiger Narzißmus das Eigenbild vom nachdenklich zuhörenden "Kanzlerkandidaten" demontiert, scheint ihn in Grünen-typischer kognitiver Dissonanz kaum zu kümmern. Warum auch: Für den Herrschaftsanspruch ist es entscheidend, die Anhänger der eigenen Sekte zu mobilisieren und die bröckelnde grüne Hegemonie über die öffentliche Meinung wieder zu befestigen. Die wiederum ist das Fundament der "Brandmauer", welche die Union auf linke Koalitionen festnagelt. Solange die hält, müssen die Grünen nur stark genug zum Mitregieren werden. Ob dann ein Merz oder Scholz oder Pistorius unter Habeck Kanzler wird, ist letztlich gleich.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Die Gunst der Stunde nutzen**
Lebensschutz: Nach dem Ampel-Aus wollen Grüne und SPD Abtreibungen legalisieren / Über notwendige Mehrheit im Bundestag verfügen sie nicht
Lorenz Bien
Die Ampel-Koalition ist zerbrochen, im Bund amtiert nur noch eine Minderheitsregierung, Neuwahlen sollen im Februar stattfinden. In diesem Machtvakuum ergreift eine Gruppe Bundestagsabgeordneter von SPD und Grünen die Chance und präsentiert einen neuen Gesetzesentwurf. Der soll die "Versorgungslage von ungewollt Schwangeren verbessern", indem es die

bisherigen gesetzlichen Regeln für Abtreibungen aufhebt.
Noch sind nicht alle Abgeordneten bekannt, die den Entwurf unterzeichnet haben. Daß Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne), die Grünen-Abgeordnete Ulle Schauws und die SPD-Abgeordnete Carmen Wegge dazugehören, ist aber klar. "Wir stellen den Antrag zur Neuregelung von Schwangerschaftsabbrüchen, weil wir davon ausgehen, daß er noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden kann", betonten Schauws und Wegge. Frauen müßten eigenständig und selbstbestimmt Schwangerschaften beenden, "ohne kriminalisiert zu werden", ergänzte Paus. Diese Haltung werde auch in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung und über Parteigrenzen hinweg geteilt.
Die stellvertretende Vorsitzende der AfD im Bundestag, Beatrix von Storch, warf den Antragstellern hingegen vor, einen "Kulturkampf" zu führen. Das werde zu "maximaler gesellschaftlicher Polarisierung" führen, die AfD sei zu diesem Kampf aber bereit. Auch CDU-Chef Friedrich Merz stellt sich gegen die Gesetzesänderung.
Er sei wirklich "entsetzt darüber, daß derselbe Bundeskanzler, der immer wieder vom Zusammenhalt, vom Unterhaken und von Gemeinsinn spricht, mit auf der Liste dieses Gruppenantrages mit seiner Unterschrift erscheint", sagte Merz. Es handele sich um ein Thema, das "wie kein zweites das Land polarisiert, das wie kein zweites geeignet ist, einen völlig unnötigen weiteren gesellschaftspolitischen Großkonflikt in Deutschland auszulösen".
Die rechtspolitische Sprecherin der FDP, Katrin Helling-Plahr, machte gegenüber dem Fachmagazin Legal Tribune Online ebenfalls deutlich, daß ihre Fraktion den Vorstoß nicht unterstützen werde. "Unsere Position ist klar: Unsere Verfassung schützt auch das ungeborene Leben, und deshalb folgt unser Strafgesetzbuch einem Lebensschutzkonzept. Das ist für uns aus ethischen Gründen unverzichtbar", sagte die Politikerin. "Man kann auch nicht die Stabilität unseres Grundgesetzes hochhalten und gleichzeitig den Lebens- und Menschenwürdeschutz für ungeborene Kinder schleifen."

Krankenkassen sollen für Abtreibungen zahlen

Nach der derzeitigen Rechtslage sind Abtreibungen in Deutschland illegal, bleiben aber straffrei, wenn sie innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vollzogen werden und nach einer vorhergehenden Beratung stattfinden. Tatsächlich erklärte das Bundesverfassungsgericht den Schutz des ungeborenen Lebens mehrfach zum Bestandteil der Menschenwürde. Das erkennen auch die Autoren des neuen Gesetzesentwurfs an. Ihrer Ansicht nach beiße sich die derzeitige Regelung allerdings mit der Menschenwürde ungewollt schwangerer Frauen. So enthalte die aktuelle Regelung mehrere Widersprüche, die Frauen von einer Abtreibung abhalten könnten.
Als Beispiel benennen die Antragsteller die Tatsache, daß abtreibungswillige Frauen rechtlich zwar an eine Beratung gebunden seien, die Abtreibung mit dieser Maßnahme dennoch nicht "rechtmäßig" machen könnten. Die durchführenden Ärzte agierten in einer juristischen Grauzone, die sie daran hindern könnte, Abtreibungen durchzuführen. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam im April die von der Ampel eingesetzte "Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin" (JF 17/24), in deren Bericht es hieß: "Dem Lebensrecht des Embryos/Fetus kommt geringeres Gewicht zu als dem Lebensrecht des Menschen nach Geburt."
Die bisherige Beratungspflicht und die Dreimonatsfrist sollen demnach erhalten bleiben, der Schwangerschaftsabbruch bei Einhaltung aber nicht bloß straffrei, sondern legal sein. Geplant ist zudem, daß die bislang geltende dreitägige Wartepflicht zwischen Beratung und Schwangerschaftsabbruch wegfallen soll. Laut Gesetzesentwurf sollen die Kosten für Abtreibungen künftig von der Krankenkasse übernommen werden. 2023 wurden 106.000 Föten abgetrieben. Das waren 2,2 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Da dideldum, der Kommissar geht um**

Affäre "Schwachkopf": Robert Habeck gibt sich gern nachdenklich. Dabei ist er dünnhäutig und nachtragend

Peter Möller

Viel ungünstiger hätte es für Robert Habeck nicht laufen können. Ausgerechnet vor dem Wochenende, an dem sich der Noch-Wirtschaftsminister auf dem Parteitag der Grünen zum Kanzlerkandidaten seiner Partei ausrufen ließ, holte ihn ein Fall ein, der ihn plötzlich als Kämpfer gegen die Meinungsfreiheit erscheinen läßt.

Am Dienstag vergangener Woche hatte die Polizei nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) im Zusammenhang mit mehr als 90 Ermittlungsverfahren über 50 Wohnungen durchsucht und zahlreiche Beschuldigte vernommen. Hintergrund der konzertierten Aktion des BKA war der "11. Aktionstag gegen Verfasserinnen und Verfasser von strafbaren Haßpostings im Internet", der diesmal den Themenschwerpunkt Antisemitismus hatte.

Betroffen war auch ein 64 Jahre alter Mann aus Franken. Ihm wird von der Staatsanwaltschaft Bamberg vorgeworfen, im Frühjahr auf der Internetplattform X ein an eine Shampoowerbung erinnerndes Bild von Habeck mit der Bezeichnung "Schwachkopf Professional" gepostet zu haben. Bei der Durchsuchung beschlagnahmten die Beamten ein Tablet.

"Nicht so einfach, aber ich würde es wieder tun"

Der Fall sorgte in den sozialen Medien schnell für Aufsehen, nachdem der Mann zunächst dem Nachrichtenportal Nius berichtet hatte, wie sehr seine behinderte Tochter die polizeiliche Durchsuchung mitgenommen habe. Am vergangenen Freitag äußerte sich schließlich die Staatsanwaltschaft zu dem Fall und teilte mit, die Durchsuchung sei aufgrund eines von Habeck gestellten Strafantrags erfolgt. Das "Schwachkopf-Meme" falle unter die Paragraphen 185, 188 des Strafgesetzbuchs, mit denen Beleidigungen insbesondere gegen eine Person des politischen Lebens geahndet werden.

Er habe "nicht im geringsten, niemals, damit gerechnet", daß er etwas Strafbares poste, bekräftigte Stefan Niehoff, der von der Durchsuchung betroffene Rentner, Anfang dieser Woche im Gespräch mit der JUNGEN FREIHEIT. Dabei betont er, daß er nicht die Absicht hatte, Habeck persönlich zu beleidigen.

Weil sich in der Öffentlichkeit der Eindruck verfestigte, Habeck sei dafür verantwortlich, daß ein unbescholtener Bürger für ein harmloses Bild am frühen Morgen von der Polizei aus dem Bett geklingelt wurde, bemühte sich der Wirtschaftsminister hastig um Schadensbegrenzung. "Daß eine gerichtlich angeordnete Hausdurchsuchung bei dem Beschuldigten stattfand, ist einzig und allein die Entscheidung der Strafverfolgungsbehörden und der Gerichte", wurde aus dem Umfeld Habecks gestreut.

"Allein sie entscheiden, ob Sachverhalte strafrechtlich verfolgt werden, welche Mittel angemessen sind und genutzt werden", zitierte die Berliner Morgenpost die anonyme Quelle. Habeck sei darüber weder informiert gewesen noch daran beteiligt. Man sei über die Hausdurchsuchung verwundert, falls diese allein wegen des Strafantrags erfolgt sei. Von den anderen Vorwürfen gegen den Mann habe man erst jetzt erfahren.

Zugleich wurde aus Habecks Umfeld bestätigt, der Minister habe Anzeige erstattet, allerdings nicht aus Eigeninitiative. Vielmehr sei dessen Bundestagsbüro von der bayerischen Polizei auf den Post hingewiesen worden, verbunden mit der Frage, ob er Strafantrag erstatten wolle. Der Fall sei Habeck dann zusammen mit anderen Fällen vorgelegt worden, bei denen es um Drohungen und schwere Beleidigungen gegangen sei. Der Verdacht der Volksverhetzung, wegen dem gegen den Mann ebenfalls ermittelt wird, sei natürlich gravierender, hieß es.

Damit wird auf die Tatsache angespielt, daß dem Mann auch vorgeworfen wird, "eine Bilddatei hochgeladen zu haben, auf der ein SS- oder SA-Mann mit dem Plakat und der Aufschrift

'Deutsche kauft nicht bei Juden' sowie u.a. der Zusatztext 'Wahre Demokraten! Hatten wir alles schon mal!' zu sehen ist", zitiert die Bild-Zeitung den zuständigen Staatsanwalt. Doch der Beschuldigte wehrt sich: "Das habe ich gepostet, als sich der Müller-Milch-Chef mit der AfD-Chefin Alice Weidel getrof-fen hatte und es danach Boy-kottaufrufe gegen Müller gab. Ich wollte sagen, daß es fast wie damals sei", zitiert ihn das Blatt.
Am Rande des Parteitages der Grünen versuchte auch Habeck in der ARD, das Augenmerk auf diesen zweiten Fall zu lenken. Seiner Wahrnehmung nach sei seine Anzeige nur der Auslöser gewesen, maßgeblich für die Hausdurchsuchung und die Beschlagnahmung seien seiner Ansicht nach aber rassistische beziehungsweise antisemitische Hintergründe der betroffenen Person gewesen. Doch die Staatsanwaltschaft hatte in ihrer Pressemitteilung ausdrücklich festgestellt, daß die Hausdurchsuchung ausschließlich wegen einer gegen Personen des politischen Lebens gerichteten Beleidigung erfolgte und nicht wegen eines anderen Vorwurfes.
Für sein inflationäres Vorgehen gegen tatsächliche oder vermeintliche Beleidigungen kassierte Habeck in den vergangenen Tagen viel Kritik. Deutlich äußerte sich etwa der ehemalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet (CDU): "In einer Demokratie darf man die Herrschenden Idioten, Schwachköpfe, Deppen nennen. In Diktaturen wird man dafür strafrechtlich verfolgt", schrieb der Bundestagsabgeordnete auf X.
Bereits im August war durch eine Anfrage der AfD im Bundestag bekanntgeworden, daß Habecks Ministerium 30 Strafanzeigen mit dienstlichem Bezug gegen Bürger gestellt hatte. Hinzu kam noch - wie in diesem Fall - sein Bundestagsbüro als Anzeigeerstatter; mindestens 700 weitere Strafanzeigen hatte man bis zum Sommer dieses Jahres gestellt. Dafür engagiert Habeck eigens eine spezialisierte Anwaltskanzlei.
Unterdessen ist die Zahl der erfaßten Fälle von übler Nachrede und Verleumdung gegen Personen des öffentlichen Lebens in Bayern seit Änderung des entsprechenden Gesetzes rapide gestiegen. Waren es 2021 im gesamten Freistaat 99 Fälle, so weist die Polizeiliche Kriminalstatistik für 2022 bereits 227 und für das vergangene Jahr 445 Fälle aus.
Stefan Niehoff aus Franken kannte den entsprechenden Paragraphen 188 nach eigenem Bekunden bis vor kurzem gar nicht. "Jetzt ja", sagte er der JUNGEN FREIHEIT. "Nicht so einfach für einen einfachen Rentner, aber ich würde es wieder tun", gibt er freimütig zu.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Für ihn hat sich's ausgehorcht**
Thomas Haldenwang: Weil er für die CDU in den Bundestag will, muß der Verfassungsschutz-Chef seine Amtsgeschäfte vorzeitig niederlegen
Christian Vollradt
Wenn die eigenen Parteifreunde nicht begeistert sind, der politische Gegner sich aber die Hände reiben kann, dann scheint irgendwas im argen zu liegen. Ob Thomas Haldenwang dieser Gedanke mittlerweile auch gekommen ist? Daß den bald ehemaligen Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Zweifel bezüglich seiner Idee beschleichen, für den Bundestag zu kandidieren, ist nicht überliefert. Daß man von dem Einfall in seiner Partei, der CDU, nicht angetan ist, dagegen schon.
Verschnupft sei das Konrad-Adenauer-Haus darüber, daß der Chef des Inlandsnachrichtendienstes die Parteispitze nicht vorab über seine Pläne informiert habe, berichtete die FAZ. Dabei wäre es für Haldenwang ein leichtes gewesen, da sowohl CDU-Chef Friedrich Merz als auch Generalsekretär Carsten Linnemann genau wie er dem Landesverband Nordrhein-Westfalen angehören. Tat er es nicht, weil er ahnte, daß man wenig begeistert sein würde, ihm möglicherweise sogar abgeraten hätte?
"Amtspflichten stets neutral wahrgenommen"
Alles habe doch ganz harmlos angefangen, schildert es der Betreffende dem Blatt. Im Oktober habe ihn ein Parteifreund in seiner Heimat Wuppertal angesprochen, ob er nicht bei der Bun-

destagswahl im September 2025 kandidieren wolle. Mit Blick auf seinen zum Jahresende anstehenden Ruhestand habe er schließlich zugesagt. Dann kam das vorzeitige Ampel-Aus - samt vorgezogener Bundestagswahl.
Die Nachricht, daß der oberste Verfassungsschützer und Behördenchef, der auch in der Öffentlichkeit die AfD besonders scharf ins Visier genommen hat, nun selbst für eine konkurrierende Partei in die Politik gehen will, ist in den Augen zahlreicher Kritiker "ein Geschenk für die AfD", so etwa Sahra Wagenknecht (BSW). Hatte doch Haldenwang gerade eine Neueinstufung der AfD für Ende des Jahres angekündigt, mußte dies nun zurückgenommen werden. Letztlich habe er die Arbeit seiner Behörde nun diskreditiert, monieren Kommentatoren.
Auch die AfD-Vorsitzende Alice Weidel sieht sich bestätigt. Haldenwang habe den Verfassungsschutz mißbraucht "zur Kriminalisierung regierungskritischer Bürger und der Opposition". Dafür solle er nun mit einem Bundestagsmandat belohnt werden. Der so Gescholtene widerspricht. "Ich habe meine Amtspflichten neutral wahrgenommen. Ich habe nach Recht und Gesetz meine Pflichten erledigt." Die gerichtlich bisher bestätigten Einstufungen habe ja nicht er allein vorgenommen.
Seit vergangenem Mittwoch ist Haldenwang ein König ohne Land. An dem Tag hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser den Innenausschuß des Bundestags unterrichtet, "daß Herr Haldenwang aufgrund seiner angekündigten Kandidatur für den Deutschen Bundestag ab sofort die Amtsgeschäfte des Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz nicht mehr wahrnimmt". Ob diese vorläufige Amtsniederlegung von ihm ausging oder auf Anweisung Faesers erfolgte, wollte der Ministeriumssprecher nicht verraten. Zu Personalangelegenheiten gebe man wie immer keine öffentliche Auskunft. Erfahren hat Haldenwangs Vorgesetzte von seinen Plänen bereits am Montag.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Zwischen Reichstag und Kanzleramt**
Dem Eigennutz verpflichtet
Paul Rosen
Seit dem Bruch der Ampel-Regierung hat sich im Bundestag eine Art Hinterzimmer-Regierung gebildet. Nur noch das, was wichtig ist, wollen SPD, Union, Grüne und FDP bis zur Auflösung des Bundestages auf die Tagesordnung setzen, zum Beispiel eine steuerliche Entlastung beim Grundfreibetrag. Die Steuersenkung wird als Wahlkampfmunition gebraucht und soll den Bürgern suggerieren, daß sie entlastet werden, obwohl die Inflation die Senkung schon längst aufgefressen hat.
Alle Anträge und Gesetzentwürfe der AfD-Opposition sollen nicht auf die Tagesordnung des Plenums kommen. In ihnen geht es unter anderem um eine EU-Richtlinie zur Einziehung von Vermögen, ein Recht auf analoges Leben, einen Stopp der Wärmewende, die steuerliche Förderung von Wohnungskäufen, die Stärkung von Apotheken sowie die Ausübung des Wahlrechts durch Deutsche, die im Ausland leben. All diese Initiativen werden blockiert.
Eilig haben es die anderen Fraktionen jedoch mit einem Vorhaben in eigener Sache. Vor den Neuwahlen soll eine Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen werden, die den Fraktionen freie Hand gibt, mit ihren Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit Parteiarbeit zu betreiben. Das war bisher nicht erlaubt, wurde aber gemacht. Der Bundesrechnungshof hatte kritisiert, "daß die Fraktionen Mittel bei der Nutzung sozialer Medien überwiegend zweck- und damit regelwidrig auch für Parteiaufgaben verwenden".
Viele Fraktionsbeiträge würden direkte Parteiwerbung enthalten. Die Verantwortlichen könnten mangels Rechtsgrundlage nicht bestraft werden, und die Bundestagsverwaltung könne die rechtswidrig verwendeten Gelder nicht zurückfordern. Geld für Werbemaßnahmen haben die Fraktionen genug: 2023 erhielten sie 127 Millionen Euro aus der Steuerkasse.
Jetzt wurden die Konsequenzen aus dem rechtswidrigen Verhalten gezogen. Der Geschäfts-

ordnungsausschuß des Bundestags beschloß mit Mehrheit der Hinterzimmer-Koalition gegen die AfD nicht etwa die Eindämmung dieser rechtswidrigen Praxis, sondern erlaubte sie ausdrücklich. Neben der Unterrichtung der Öffentlichkeit über parlamentarische Vorgänge ist künftig auch die Vermittlung allgemeiner politischer Standpunkte der Fraktionen ein "zulässiger Zweck der Öffentlichkeitsarbeit". Um ganz sicherzugehen, wurde ausdrücklich in den Gesetzentwurf geschrieben, daß es ein "Gebot politischer Neutralität" für die Fraktionen nicht gibt.
Etwas verschämt wurde eine zeitliche Grenze gesetzt: Die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen braucht sechs Wochen vor einem Wahltermin einen besonderen parlamentarischen Anlaß. Der läßt sich immer finden, wie zum Beispiel bei der steuerlichen Entlastung durch Erhöhung des Grundfreibetrags. Und geradezu niedlich ist die Bestimmung, daß Fraktionsmittel zurückgezahlt werden müssen, wenn gegen die neuen Bestimmungen zur Öffentlichkeitsarbeit verstoßen wird. Das wird jedoch faktisch gar nicht mehr möglich sein.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**"Wir werden täglich mehr"**
"Pro-Palästina-Netzwerke", Reportage, Teil 2: Wie etablierte Organisationen und Parteien mit radikalen Gruppen zusammenarbeiten
Hinrich Rohbohm
Sie skandieren antisemitische Parolen wie "Zionisten sind Faschisten", "Uni-Intifada" und "Palästina, Kurdistan, Intifada, Serhildan", veröffentlichen auf Flugblättern Fotos und Namen jüdischer Bürger. Die Rede ist von Intifada Hannover, einer radikalen Gruppe, die in den sozialen Medien zu Aktionen und Demonstrationen gegen Israel aufruft.
Der Versuch, Näheres über die Gruppe herauszubekommen, gestaltet sich schwierig. Im Gegensatz zu islamistischen Netzwerken wie "Muslim Interaktiv" hinterläßt Intifada Hannover nur wenig Spuren. Keine Internetseiten, kein Büro, kein eingetragener Verein, kein Ansprechpartner. Die Einheit organisiert sich fast ausschließlich über Plattformen wie Instagram. Und bewegt sich im Windschatten etablierter Netzwerke, wie der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft (DPG). Die ruft am 6. August dieses Jahres zum Protest gegen den Besuch des israelischen Botschafters auf dem Sommerempfang der CDU-Landtagsfraktion auf. Dabei duldet die DPG in ihren Reihen auch die Teilnahme der Intifada-Gruppe.
"Diese Leute sind gefährlich", warnen Aktivisten einer pro-israelischen "Solidaritätswache", mit denen die JUNGE FREIHEIT in der Hannoveraner Innenstadt ins Gespräch kommt. "Juden werden von ihnen gezielt kenntlich gemacht und bedroht", erzählt eine junge Frau aus der "Solidaritätswache-Gruppe". Sie spricht von Flugblättern, auf denen Fotos und Namen von bei radikalen Palästinensern unliebsamen Juden abgedruckt seien. Und nicht nur das.
Beziehung zu Mitgliedern von SPD und Grünen
Im September dieses Jahres beschmieren Unbekannte den Niedersächsischen Landtag mit "Free Gaza-Parolen" (JF 39/24). Darüber hinaus sprühen die Täter ein rotes Dreieck an die Außenwand des Landesparlaments. Ein Kennzeichen der palästinensischen Terrororganisation Hamas, das im Gaza-Krieg vor allem als Zielmarkierung für einen späteren Angriff dient. Einen Monat zuvor hält Intifada Hannover ein Trauergebet auf dem Bahnhofsvorplatz ab. Offenbar für den wenige Tage zuvor vom israelischen Geheimdienst Mossad getöteten Hamas-Führer Ismail Hanija. In einem Vorgespräch mit der Polizei hatten die Teilnehmer vorgegeben, das Gebet für einen getöteten Journalisten abzuhalten.
"Mir ist völlig unverständlich, wieso die Polizei die Aktion nicht wegen Verherrlichung von Terrorismus abgeblasen hat", empört sich die Frau von der "Solidaritätswache." Bis zu seinem Tod war Hanija Leiter des Politbüros der Hamas. Und damit nach Auffassung des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofes, Karim Khan, maßgeblich verantwortlich für den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober vorigen Jahres.

Am 1. Mai dieses Jahres mischt sich Intifada Hannover mit Palästinaflaggen unter die zentrale Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zum Tag der Arbeit. Aus der Menge heraus skandiert die Gruppe: "SPD finanziert, Israel bombardiert" und bringt ihre Flugblätter unter die Leute. Protest aus den Reihen der Gewerkschafter? Fehlanzeige. Sprechchöre habe man nicht wahrnehmen können, heißt es von seiten des DGB.
Eine Woche später organisiert Intifada Hannover eine propalästinensische Demonstration vor der Leibniz-Universität mitsamt "Uni-Intifada-Rufen". Daß auch etablierte und gemäßigte Netzwerke wie die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft Hannover derlei radikale Gruppen in ihren Reihen toleriert, wirft Fragen auf. Wer trägt die Verantwortung für die Duldung solcher Gruppen?
Die Spur führt dabei ausgerechnet in Kreise jener Partei, der die Intifada-Gruppe finanzielle Unterstützung für Israel vorwirft: in die SPD. Der Präsident der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft ist nämlich Nazih Musharbash, ein in der jordanischen Hauptstadt Amman geborener ehemaliger niedersächsischer SPD-Landtagsabgeordneter.
Auch seine vier Vizepräsidenten sind allesamt parteipolitisch unterwegs. Detlef Griesche etwa ist ein ehemals langjähriger Abgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft und gehört ebenso der SPD an wie sein Vizechef-Kollege Ribni Yousef. Ursula Mindermann, eine Kreistagsabgeordnete aus dem nordrhein-westfälischen Warendorf, ist Mitglied bei den Grünen. Und die vierte Vizechefin, Ivesa Lübben, leitete bis vor einigen Jahren noch das Nordafrika-Büro der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Eine weitere SPD-Politikerin hatte im Oktober sogar die Propaganda der Hamas übernommen. Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz teilte auf Instagram einen Beitrag der linksradikalen und antizionistischen Gruppe "Jewish Voice for Peace", die Israel als "Apartheid-Staat" bezeichnet und auch die israelfeindliche "Boycott, Divestment and Sanctions-Kampagne (BDS)" unterstützt. Der Politikerin war bereits im April dieses Jahres vorgeworfen worden, auf der Internetplattform X in bezug auf den 7. Oktober 2023 eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben. Özoguz ist zudem die Schwester von Yavuz und Gürhan Özoguz, die in Delmenhorst nach wie vor das islamistische Internetportal Muslim-Markt betreiben.
Das Portal verbreitet auf einer "Palästina-Spezial-Seite" anti-israelische Inhalte und ruft zum Boykott Israels auf. Auf das Dach ihres eher unscheinbaren Firmensitzes im Schilfweg 13 in Delmenhorst haben die Özoguz-Brüder schon vor Jahren eine riesige Palästina-Fahne gemalt. Zwar ging die Politikerin schon 2011 offiziell auf Distanz zu ihren Brüdern. Da wurde sie gerade zur stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden gewählt. Andererseits forderte sie noch fünf Jahre später Sicherheitsbehörden zu einem Handeln mit "Augenmaß" gegenüber Salafisten auf, sprach sich damals auch gegen ein generelles Verbot von Kinderehen aus.

Proteste an deutschen Unis sollen noch ausgeweitet werden

Allerdings: Direkte Verbindungen von Muslim-Markt zu Gruppen wie Intifada Hannover existieren offenbar nicht. Alles ist vielmehr in unzählige kleine, unabhängig voneinander arbeitende Zellen und Initiativen unterteilt. Initiativen wie etwa das Palästina-Netzwerk Hildesheim, das ähnlich wie Intifada Hannover regelmäßig über die sozialen Medien zu antiisraelischen Demonstrationen aufruft.
"Wir werden täglich mehr", sagt Ünal, ein 25 Jahre alter Türke, der unweit der einstigen Moschee des deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim (DIK) lebt. In der DIK-Moschee warb einst der islamistische Haßprediger und Deutschland-Chef der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS), Abu Walaa, neue Islamisten an. Und heute? "Klar, seine Anhänger unterstützen auch Palästina, aber mit denen will ich nichts zu tun haben, und die meisten von Students for Palestine auch nicht", versichert der Maschinenbau-Student.
Er will jedoch nicht ausschließen, daß "einige von denen" auch im Palästina-Netzwerk Hildesheim mit dabei sein könnten. Zudem würden immer mehr neu zugewanderte Migranten

zum Netzwerk dazustoßen. "Da sind auch ein paar Freunde von Hashim dabei", sagt Ünal. Gemeint ist Hashim Barbakh, ein Familienmitglied des aus der Gaza-Stadt Khan Yunis stammenden Barbakh-Clans, der als besonders fanatischer und gewalttätiger Unterstützer der Hamas gilt. Der in Deutschland rund 300 Leute umfassende Familienclan ist regelmäßig bei Ausschreitungen am Hermannplatz in Berlin-Neukölln dabei, einem Zentrum antiisraelischer Proteste.
Noch weit engere Kontakte pflege das Palästina-Netzwerk Hildesheim jedoch zu der linksradikalen Gruppe Young Struggle, erzählt Ünal. Die als europaweiter Dachverband von Jugendorganisationen wie der türkischen Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) fungierende Gruppe versucht derzeit, besonders in der deutschen Antifa-Szene Einfluß zu gewinnen.
Die Young-Struggle-Anhänger rechtfertigen den Angriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023, pflegen zudem Kontakte zum in Deutschland verbotenen Netzwerk Samidoun sowie zur linksradikalen Frauengruppe Zora, die wenige Tage nach dem Hamas-Überfall zur Unterstützung der Terrorgruppe Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) aufgerufen hatte. Wie die meisten bei Students for Palestine vertritt Ünal dagegen die Ja-aber-Position. "Ja, das war Mord, was Hamas gemacht hat, aber es war die Folge jahrelanger Unterdrückung. In Gaza leben die Palästinenser wie in einem Gefängnis." Das sieht auch Metin so, der für Students for Palestine in München aktiv ist. "Was Hamas gemacht hat, war Mord, aber die Palästinenser wollen auch ihre Rechte, und jetzt werden sie von Israel ermordet."
Glaubt man den Aussagen von Metin, so plant Palestine for Students die Besetzungen deutscher Universitäten noch erheblich auszuweiten. "Das ist erst der Anfang. Wir werden bald an jeder Uni sein", kündigt er schon mal an.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Bismarck-Denkmal in Frankfurt geschändet**
FRANKFURT/MAIN. Mutmaßliche Linksextremisten haben in der Nacht zum Freitag vergangener Woche eine überlebensgroße Bronzestatue des ehemaligen Reichskanzlers Otto von Bismarck vom Sockel gestürzt und beschmiert. Der Sockel wurde mit den Worten "Antikoloniale Aktion" und die Statue mit dem Wort "coloniser" (deutsch: Kolonisator) besprüht. Ein entsprechendes Selbstbezichtigungsschreiben wurde am Freitag auf der linksextremen Plattform Indymedia veröffentlicht. Aufgrund der politischen Schmierereien vermuten die Ermittler ein politisches Motiv. Der Sachschaden kann derzeit noch nicht beziffert werden.
Der Staatsschutz ermittelt wegen gemeinschädlicher Sachbeschädigung. Auf Indymedia schreiben die anonymen Verfasser: "Heute, 140 Jahre nach Beginn der Kongo-Konferenz, bei der die Vertreter der kolonialen Großmächte Afrika gewaltvoll unter sich aufteilten, wurde eine Bismarck-Statue in Frankfurt am Main gefällt." Damit wollten die "Anhänger:innen der Antikolonialen Bewegung ein Zeichen setzen", heißt es weiter.
Die Berliner Konferenz begann Mitte November 1884 auf Einladung Bismarcks. Auf ihr wurden Regeln für die Aufteilung Afrikas zwischen den Kolonialmächten festgelegt, um Konflikte zwischen den europäischen Nationen zu vermeiden. Bismarcks Motivation lag weniger in kolonialen Ambitionen, sondern in der Sicherung des europäischen Friedens und Deutschlands Stellung in der internationalen Diplomatie.
Ebenso befürwortete er, die Abschaffung des Sklavenhandels völkerrechtlich festzuschreiben. "Straftaten wie die Denkmalschändung in Frankfurt-Höchst sind nur die Spitze des Eisbergs in einem regelrechten Kulturkampf", kommentierte der kulturpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag, Frank Grobe. Dahinter sieht der Abgeordnete "die Ideologie der 'Cancel Culture', welche die gesamte europäische Geschichte als Verbrechensgeschichte umdeuten will". Grobe kritisierte, daß sich diese Ideologie mittlerweile auch in Behörden und Parlamenten finde. Der Anschlag auf das Bismarck-Denkmal sei "ein Anschlag auf unsere

Geschichte und Identität".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Fragwürdiges Jahresgutachten 2024/25 des Sachverständigenrates**

Die deutsche Hütte brennt

Thorsten Polleit

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat sein jährliches Gutachten in Berlin abgeliefert. Doch die Bundesregierung, die es lesen sollte, gibt es seit dem 6. November nicht mehr - und die Rest-Ampel hat jetzt ganz andere Dinge im Kopf. Und so erreichen die Prognosen und Empfehlungen der "Wirtschaftsweisen" ihre Zielgruppe leider gar nicht. Und vieles von dem, was auf den 424 Seiten mit dem Titel "Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren" steht, wollen sie ohnehin nicht hören. Sie scheren sich nicht um den dramatischen Absturz der deutschen Wirtschaft.

Warum also sollten sie sich da auch noch mit den vielen kleinteiligen Vorschlägen der Wirtschaftsweisen auseinandersetzen? Dazu gehören: ein Infrastrukturfonds mit eigenen Einnahmen, Mindestquoten zur langfristigen Finanzierung im Wehr- und Bildungsbereich, Spielräume für zukunftsorientierte öffentliche Ausgaben, den Wohnungsbau. Ach ja: Das Ökonomenquintett fordert die digitale Innovation im Finanzsektor und den digitalen Euro.

Wer das Gutachten liest, der muß mit Bestürzung zur Kenntnis nehmen: Die Hütte brennt, aber kein Ruf nach Löschwasser ist zu hören - dafür aber der nach der Dekarbonisierung des Güterverkehrs. Ja, die Ökonomen schaffen sogar leichtfertig noch mehr Brennbares herbei. Kein Wort fällt zur eigentlichen Problemdiagnose: zur Ursache von schwindendem Wachstum, abnehmenden Privatinvestitionen, Niedergang vieler Großunternehmen, wieder steigender Arbeitslosigkeit, vom Sterben mittelständischer Betriebe gar nicht erst zu reden.

Die "Wirtschaftsweisen" sehen in mehr und "besserer" staatlicher Lenkungs- und Ausgabetätigkeit das Rezept, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Doch damit machen sie den Bock zum Gärtner. Man muß beileibe kein Wissenschaftler sein, um zu erkennen, daß die katastrophale Situation der deutschen Wirtschaft politisch verursacht ist - man denke nur einmal an die destruktive Energiepreisverteuerung, die selbstschädigenden Sanktionen gegenüber Rußland, den enteignenden "Heizhammer" und anderes mehr. Deutschland versinkt zusehends in einer Art grünem Neo-Sozialismus.

Daß das Wenige, was von der freien Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland noch übrig ist, auch noch unter die Räder gerät, wird von vielen Vorschlägen der Wirtschaftsweisen sogar noch begünstigt. Der von Grünlinken forcierten "Schrumpfwirtschaft" stellen sich die Wirtschaftsweisen nicht entgegen. Doch das Degrowth wird schon bald für viel Elend sorgen: Arbeitsplatzverlust, Altersarmut. Vor allem aber wird es jene Parteien freuen, daß auch die Wirtschaftsweisen die Schuldenbremsen aufweichen wollen - "Flexibilisieren" nennen sie das.

Überzeugen kann das nicht. Die Schuldenbremse ist ein Schutz der Bürger vor der unstillbaren Geldgier der regierenden Klasse und ihrer Freunde. Daß die Schuldenbremse angefeindet wird, zeigt nur, wie gut die Idee ist. Die produktive Basis in Deutschland kann den ausgeuferten Staat längst nicht mehr bezahlen. Neue Staatsschulden helfen da nicht. Deutschland braucht einen echten Kurswechsel, der seinen Namen verdient. Die Lösung der Malaise besteht darin, den Staat auf das Stärkste zu schrumpfen. Doch leider, dazu kein Wort von den "Wirtschaftsweisen".

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Volkswirt und Herausgeber des "Boom & Bust Report".<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Transformiert sich das einst wertvollste Dax-Unternehmen zu Tode?**

Bye-bye Bayer

Jörg Schierholz

Nach Bekanntgabe der Quartalszahlen fiel der Bayer-Kurs vorige Woche auf 20 Euro - den

niedrigsten Stand seit 23 Jahren. "Ungünstige Marktpreisentwicklungen und der Preisdruck durch Generika bei Pflanzenschutzmitteln hätten zu einer weiteren Prognosesenkung für 2024 geführt", rechtfertigte sich Bayer-Chef Bill Anderson. Finanzchef Wolfgang Nickl mußte das dritte Jahr in Folge rückläufige Ergebnisse ankündigen. Wegen massiver Abschreibungen auf Monsanto fiel ein Verlust von knapp 4,2 Milliarden Euro an.
Seit der schuldenfinanzierten Übernahme des US-Konzerns 2018 mußte Bayer 12,9 Milliarden Euro auf dieses 63-Milliarden-Dollar-Fehlinvestment abschreiben. Nickl will mit "Kosten- und Effizienzmaßnahmen" und dem Abbau von Hierarchien und Bürokratie gegenhalten: Seit Jahresbeginn sind schon 5.500 Stellen weggefallen. Wegen der Glyphosat-Klagen in den USA, des schwächelnden Pharmageschäfts, Patentabläufen und einem Schuldenstand höher als die Marktkapitalisierung "brennt das Haus Bayer lichterloh und Sie als Hausherr fangen zuerst einmal an aufzuräumen, anstatt die Brände zu löschen", kritisierte Ingo Speich von Deka Investment den Bayer-Chef Anderson schon bei der letzten Hauptversammlung.
2015 war Bayer der wertvollste Konzern Deutschlands mit einer Marktkapitalisierung von 120 Milliarden Euro. Der Aktienkurs büßte seitdem vor allem durch die Kamikaze-Übernahme des Skandalkonzerns Monsanto etwa 80 Prozent ein. Die Marktkapitalisierung liegt nun bei einem Drittel des irrwitzigen Monsanto-Kaufpreises.
Die absehbaren weiteren Klagewellen in den USA binden auch Ressourcen. Weitere Monsanto-Milliardenrisiken drohen durch das längst verbotene Umweltgift PCB. Somit fehlen Bayer die Mittel für Investitionen in der Pharma-sparte. Der schrittweise Wegfall von Patenten auf bisherige Blockbuster-Medikamente ist ein weiteres Menetekel für den Leverkusener Konzern. Eine weitere Aufspaltung des Konzerns wurde von Anderson vorerst abgelehnt. Die ausgegliederte Chemiesparte Lanxess ist nun wohl auch ein Übernahmekandidat, das bringt aber keine Entlastung. Eine Ausgliederung der Pharmasparte bringt derzeit zu wenig Geld. Leerverkäufer wetten inzwischen auf weiter fallende Aktienkurse. Bayer und seinen weltweit fast 100.000 Mitarbeitern läuft die Zeit davon.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Nur politischer Wille nötig**
Gesetzesflut: Bürokratie kostet die deutsche Wirtschaft jährlich etwa 146 Milliarden Euro
Hannes Märtin
Während die Bürger vor allem bei einer Baugenehmigung, der Wohnungsummeldung oder der Steuererklärung mit dem wahren Ausmaß des bürokratischen Apparats konfrontiert werden, tragen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) tagtäglich die Hauptlast. Diese stehen vor der Herausforderung, nahezu identische Auflagen wie Großkonzerne zu erfüllen - jedoch ohne deren Ressourcen. Unabhängig von der Größe müssen Unternehmen bis zu 125 verschiedene gesetzliche Vorgaben einhalten, von denen viele branchenspezifisch sind. Verpflichtungen wie Arbeitszeiterfassung, Hygienedokumentationen oder Nachweise zum Mindestlohn, um nur ein paar wenige Vorschriften zu nennen, erfordern eine lückenlose und zeitaufwendige Dokumentation.
Laut der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) bedeutet dies für Unternehmer im Durchschnitt 14 Überstunden pro Woche, die allein für die bürokratische Organisation aufgebracht werden müssen. Eine Studie des Münchner Ifo-Instituts unterstreicht nun zudem die wirtschaftlichen Folgen der destruktiven Überregulierung: Die Bürokratie kostet die deutsche Wirtschaft jährlich rund 146 Milliarden Euro an Wertschöpfung. Diese alarmierende Zahl verdeutlicht, wie massiv die bürokratische Last nicht nur Unternehmen, sondern auch das gesamte Wirtschaftssystem belastet.
Ständig neue Vorschriften und Regulierungen für jeden Bereich
Treiber der hohen Kosten sei die mangelhafte Digitalisierung der Verwaltung. Obwohl das

Onlinezugangsgesetz (OZG) die vollständige Digitalisierung von Behördengängen zum Ziel hatte, blieb die Umsetzung durch die Ampel weitgehend aus. Bis April 2024 waren nur 157 von fast 600 Leistungen bundesweit online verfügbar - ein ernüchterndes Ergebnis (JF 35/24). Die Untätigkeit der Bundesregierung im Kampf gegen den Pflichtenwahnsinn war eindeutig: Statt den Bürokratieabbau voranzutreiben, wuchs die Flut an Vorschriften und Regulierungen unaufhaltsam weiter - und das nicht nur im digitalen Bereich, sondern in fast allen Sektoren der Wirtschaft und Verwaltung.

Dirk Jandura, Präsident des Bundesverbands Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), übt scharfe Kritik an dieser Politik. Er wirft der Ampelkoalition vor, eine widersprüchliche Doppelstrategie zu verfolgen. Während die Regierung öffentlich den Bürokratieabbau propagiert, tut sie das Gegenteil und schafft parallel Gesetze, die Unternehmen zusätzlich mit jährlichen Milliardenkosten belasten. Dieses inkonsistente Handeln, so Jandura, behindert nicht nur die wirtschaftliche Dynamik, sondern setzt auch die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen aufs Spiel.

Im Vergleich dazu demonstrieren deutlich kleinere Volkswirtschaften wie Dänemark und Estland, wie es besser geht. Dänemark verfolgt eine ambitionierte E-Government-Strategie, die bis 2025 alle Verwaltungsdienste digitalisieren soll. Bereits jetzt nutzen über 80 Prozent der Bürger digitale Angebote.

Oliver Falck, Leiter des Ifo-Zentrums für Industrieökonomik und neue Technologien, bringt es auf den Punkt: "Würde Deutschland bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung auf das Niveau von Dänemark aufschließen, wäre die Wirtschaftsleistung um 96 Milliarden Euro pro Jahr höher." Dieser Vergleich unterstreicht das enorme ungenutzte Potential, das in einer konsequenten Digitalisierung der Verwaltung steckt und die Kosteneinsparungen, die dadurch realisiert werden könnten.

Ein weiterer Kostenfaktor des monströsen Bürokratieapparats ist das "woke" Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) letzten Merkel-Regierung, das Unternehmen dazu verpflichtet, entlang ihrer gesamten Lieferkette weitreichende Sorgfaltspflichten zu erfüllen. Einrichtung eines Risikomanagements zur Identifizierung von Menschenrechts- und Umweltrisiken in der Lieferkette oder Erstellung einer Grundsatzerklärung zur Achtung der Menschenrechte sind nur einige der abstrusen Anforderungen, die im Gesetz verankert sind. Die Erfüllung dieser Anforderungen führt zu erheblichen finanziellen Belastungen, insbesondere durch die Investitionen in neue IT-Systeme zur Überwachung der Lieferkette, die Kosten für externe Berater und Audits sowie den erhöhten Personalaufwand.

Auch das LkSG steht nun vermehrt in der Kritik, insbesondere von Wirtschaftsverbänden und Experten, die auf die Herausforderungen hinweisen, die insbesondere für KMU entstehen. Almut Weinert von der IHK Ostthüringen betont, daß die tatsächlichen Kontroll- und Einflußmöglichkeiten kleiner Unternehmen überschätzt werden. Sie haben oft nicht die Kapazitäten, um die umfangreichen Sorgfaltspflichten zu erfüllen. Auch Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer der DIHK, fordert eine Aussetzung des Gesetzes, um Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen zu vermeiden. Er warnt vor einer Flut neuer Bürokratie.

Besonders schwierig für kleinere Unternehmen gestaltet sich zudem die Nachverfolgung von ESG-Kriterien. ESG (Environmental, Social and Corporate Governance) umfaßt die Bewertung von Umwelt, Sozialem und Unternehmensführung. Maßnahmen wie die Reduktion von "Treibhausgasen", effizienter Ressourceneinsatz und der Schutz der Artenvielfalt werden hier beurteilt.

Ideologische Entscheidungen mit hohen Kosten und Mehraufwendungen

Unternehmen mit hohen ESG-Ratings genießen häufig attraktive Kreditkonditionen, ziehen vermehrt die Aufmerksamkeit von Investoren auf sich und profitieren von politischer Bevorzugung, etwa durch staatliche Förderprogramme. Dieser Umstand läßt Unternehmen faktisch

keine Wahl, als sich den Vorgaben zu fügen - unabhängig davon, ob sie dies aus Überzeugung oder aus rein pragmatischen Gründen tun.
Das Dessauer Umweltbundesamt (UBA) nimmt in diesem Kontext eine Schlüsselrolle ein und wird zunehmend als politischer Akteur wahrgenommen, insbesondere da es durch seine Initiativen zur Verschärfung der bürokratischen Last beiträgt. In den letzten Jahren hat die Behörde zahlreiche neue Umweltvorgaben wie das Einwegkunststoffgesetz und die Industrieemissionsrichtlinie eingeführt. Kritiker sehen darin ideologisch geprägte Entscheidungen, die vornehmlich mittelständische Betriebe mit hohen Kosten und Mehraufwendungen belasten.
Auch der lahmende Wohnsektor bleibt nicht verschont. Während in den 1990er Jahren noch etwa 5.000 Bauvorschriften existierten, sind es mittlerweile rund 20.000. Im Gesundheitswesen spiegelt sich dasselbe Drama wider: ein Irrgarten aus Vorschriften. Die Liste der betroffenen Branchen und Sektoren könnte man endlos weiterführen: Die Bürokratie zieht sich wie ein Rattenschwanz durch die gesamte Bundesrepublik - und ein Ende des ausufernden Regulierungswahns ist nicht absehbar, weder in Brüssel, Berlin, Dessau oder den 16 Landeshauptstädten. Wie ein endloser Schatten legt sich der Bürokratieberg über die deutsche Wirtschaft und erstickt Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Effizienz.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Aufruhr bei den Start-ups**
Neuwahl: Investor Christian Reber plädiert für schwarz-blaue Koalition
Fabian Schmidt-Ahmad
Start-ups verhalten sich zur gewöhnlichen Wirtschaft in etwa so wie Popstars zu Politikern. Man schmückt sich mit ihrem jugendfrischen Ruhm und gesteht dafür gewisse Freiheiten zu. Christian Reber, der sich mit dem Verkauf von Wunderlist an Microsoft und trotz seines Ausstiegs bei Pitch als prominenter Akteur der deutschen Start-up-Szene etabliert hat, dürfte diesen Freiraum voll ausgeschöpft haben. Versetzte er doch die Szene mit einem Vorschlag in Aufruhr: Auf der Plattform X (ehemals Twitter) richtete er sich direkt an den CDU-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz: "Öffnen Sie sich für eine Koalition mit der AfD."
Natürlich, alles ganz furchtbar, aber die Realitäten seien nun einmal so. Als Feigenblatt forderte der in Brandenburg geborene und auf Mallorca lebende Mittdreißiger statt dessen Mini-Brandmauern in einem schwarz-blauen Koalitionsvertrag. So solle dieser festlegen, daß keine rechtsradikalen Parteimitglieder politische Verantwortung übernehmen - was auch immer das heißen mag. Zudem müsse klar sein, daß Deutschland weiterhin EU- und Euro-Mitglied bleibt. Ein Vorstoß, der schlußendlich den AfD-Umfrageergebnissen geschuldet ist.
"Ich spreche mich für gelebte Demokratie aus."
Zuviel Realitätssinn für viele. So bezeichnete Philipp Klöckner, mit über hundert Start-up-Investitionen der Influencer-Platzhirsch, den Vorschlag als "Dummheit". Philipp Witzmann, Geschäftsführer von Nebenan.de, orakelte, daß eine solche Koalition die Innovationskraft der Digitalwirtschaft gefährden könnte. Wobei nicht klar ist, ob er diese Gefahr als größer oder kleiner sieht als die, die durch die Bundesregierung ausgeht. Im Endkampf der Weimarer Republik sieht sich Roy Uhlmann von Motor.Ai, der Rebers Vorschlag ernsthaft mit den politischen Fehlern der 1930er Jahre vergleicht, die zur Machtergreifung der NSDAP führten.
Da ist das vorsichtige Abwägen der Argumente durch den "Höhle der Löwen-Investors" Frank Thelen fast ein Bekenntnis: "Keiner will eine starke AfD, aber aktuell geben uns die Wähler eventuell keine andere Option, ihre demokratischen Stimmen in einer funktionierenden Regierung zusammenzubringen." Bleibt die Brandmauer zur AfD bestehen, ist in der deutschen Parteienlandschaft bald nichts mehr übrig, was sich noch gegen die Blauen verbünden könnte. Eben diese Sorge treibt Christian Miele um, Nachfahre des berühmten Unternehmensgründers Carl Miele. "Wenn ich mir die aktuellen Umfragen ansehe, sehe ich Mitte-Rechts-Mehrheiten, bekommen werden wir aber vermutlich eine Mitte-Links-Koalition. Ich sehe daher die große

Gefahr, daß das Vertrauen in die Demokratie weiter erodiert", pflichtet er Reber bei.
Doch appelliert Miele ernsthaft an die linken Brandmauer-Profiteure, sich an einer Rettung der FDP zu beteiligen, die unter der Fünfprozenthürde dümpelt. Diese könnte dann als bürgerlicher Mehrheitsbeschaffer eine Dreier-Koalition überflüssig machen. "Wir bräuchten eine lagerübergreifende Kampagne, die am Ende Schwarz-Gelb ermöglicht", forderte er im Handelsblatt. Ansonsten sei seine Schreckensvision ein AfD-Wahlsieg 2029. Das treibt auch Reber um. "Meine Angst ist, daß wir 2029 Alice Weidel als Bundeskanzlerin haben."
Warum er Angst vor einer Kanzlerin hat, die immerhin als Analystin selbst Kontakt zur Start-up-Szene hatte, bleibt unklar. Überhaupt scheint es eher um ein diffuses Unbehagen zu gehen: "Ich flirte nicht mit der AfD, ich wähle CDU. Ich würde sogar so weit gehen, daß ich die AfD hasse", versicherte Reber pflichtschuldig. "Aber ich habe große Angst, daß wir Millionen von Wählern kategorisch ausgrenzen" mit der Folge eines "gewaltigen Rechtsrucks".
Zum Schluß muß auch ein Multimillionär noch einen Kotau machen: "Mein Vorschlag mag vielleicht disruptiv, unintuitiv oder sogar unfaßbar dämlich sein, aber ich spreche mich für gelebte Demokratie aus." Er appelliert an Merz, seinen Vorschlag zu überdenken. Alles, was Merz dazu benötige, sei "Mut zur Wahrheit, Mut zum Fortschritt und ein mächtiges und selbstbewußtes Auftreten. Dann holt er die AfD-Wähler auch zurück zur CDU". Offenbar ist Reber entgangen, daß er mit "Mut zur Wahrheit" tatsächlich der Union den bekanntesten Wahlslogan der AfD anempfiehlt.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Ungleichheit, die gleich macht**
Quoten-Irrsinn: Weil die Gleichstellungsindustrie blüht, steigt die Zahl ihrer Opfer
Konrad Adam
Vor acht Jahren hatte Hillary Clinton versucht, als erste Frau das Weiße Haus, den Amtssitz des amerikanischen Präsidenten, zu erobern. Der Versuch mißlang, die feministische Karte stach nicht. Kamala Harris hat es jetzt abermals versucht und nicht nur eine, sondern gleich zwei Karten gezogen, neben der feministischen auch die rassistische. Nicht nur als erste Frau, sondern als die erste schwarze Frau wollte sie ins Weiße Haus einziehen. Auch das ging schief; statt ihrer hat ein alter weißer Mann die Wahl gewonnen.
Die Quote scheint nicht mehr zu ziehen. Lang genug hatten die Amerikaner geglaubt, mit Hilfe von Sollziffern, die das Geschlecht, die Rasse, die Herkunft oder was weiß ich begünstigen, der Gerechtigkeit zu dienen. Doch diese Zeit läuft aus. Die Wähler sind nicht mehr dazu bereit, sich von angeborenen Merkmalen stärker imponieren zu lassen als von dem, was einer gesagt und getan, erreicht oder verhindert hat. Als Vizepräsidentin hatte Kamala Harris vier Jahre Zeit dazu - und nichts geschafft. Das hat die Wahl entschieden.
Tatsächlich ist die Quote eine alberne Idee. Sie suggeriert, daß sich ein wünschenswertes Ziel, die Chancengleichheit, mit Hilfe der Statistik nicht nur überprüfen, sondern auch erreichen läßt. Die Quote ist eine Erfindung von Soziologen, die uns einreden wollen, daß es in einer Gesellschaft erst dann gerecht zugehe, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen auf allen Ebenen der Gesellschaft in der Stärke vertreten sind, die ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht. Wo es anders aussieht, muß eingegriffen, muß die Gesellschaft verändert werden.
Die Gesellschaft zerfällt in Starke und Schwache, in Täter und Opfer
"Wenn die Hälfte der Bevölkerung keine Möglichkeit zu gleichberechtigter Teilnahme hat", hieß es in einer Verlautbarung des Auswärtigen Amtes, "kann keine Gesellschaft ihr Potential voll ausschöpfen, können wir Frieden und Sicherheit nicht dauerhaft erreichen". Der Text stammt aus der Frühzeit von Annalena Baerbocks segensreicher Tätigkeit als Außenministerin der Bundesrepublik Deutschland. Damals ließ sie sich gern beim Wassertragen in Afrika fotografieren, umgeben von lauter schwarzen Frauen.
Inzwischen posiert sie lieber in der Ukraine, vor der Kulisse von Panzern und Kanonen - wie

zum Beweis dafür, daß feministische Außenpolitik zwei Wörter ohne Inhalt sind. Nicht nur Männer, auch Frauen wie Golda Meir, Indira Gandhi und Margaret Thatcher haben Kriege geführt, recht erfolgreich sogar. Sie hatten allerdings darauf verzichtet, sich ihren Wählern als Friedenstauben zu empfehlen. Diese Peinlichkeit haben sie den Hofschranzen von Kamala Harris oder Annalena Baerbock überlassen.

Dem Feminismus tut das keinen Abbruch. Daß es in der Welt friedlicher zugeht, wenn auf jedem zweiten Platz eine Frau sitzt, ist ein Dogma, das wie alle Dogmen immun ist gegen den Einspruch der Wirklichkeit. Es lebt vom Interesse der Interessenten; und deren gibt es viele auf der Welt. Die Frauen stellen nur die größte unter all den Gruppen, die glauben, von der Gesellschaft ihrer Chancen beraubt worden zu sein. Sie kämpfen stellvertretend für alle, die sich unterdrückt und ausgeschlossen, diskriminiert, entrechtet und verfolgt fühlen. Und die für das, was sie erduldet und erlitten haben, nun endlich entschädigt werden wollen.

Menschenfreunde schwören auf statistische Gleichverteilung

Sie berufen sich auf das Grundgesetz, das neben dem Geschlecht ja auch Abstammung und Sprache, Heimat und Herkunft, religiöse und politische Anschauungen als Eigenschaften erwähnt, derentwegen kein Mensch bevorzugt oder benachteiligt werden darf. Nicht zufällig heißt der gemeinsame Schlachtruf aller dieser Gruppen denn auch Metoo: Auch wir sind unterdrückt, verletzt, beleidigt und entrechtet worden. Auch wir müssen entschädigt, gefördert und belohnt werden. Auch wir verlangen, von allen Nachteilen befreit zu werden: Gleichstellung also.

Die Soziologen reden gern von "der" Gesellschaft. Doch "die" Gesellschaft gibt es gar nicht, jedenfalls nicht im Singular. Sie zerfällt in zwei große Klassen, in Täter und Opfer, in Starke und Schwache. Die Täter sind stark, die Opfer sind schwach; und sie kämen endgültig unter die Räder, wenn es nicht eine dritte Gruppe gäbe, die Beistand leistet, hilft und rettet. Die Dritten, das sind die professionellen Samariter, die AWO-Geschäftsführer und die Caritas-Direktoren, die Retter und die Schlepper, die sich für ihre humanitären Dienste gut bezahlen lassen. Gutes zu tun soll sich lohnen; und es lohnt sich auch.

Was sie vereint, ist der Glaube an eine Ungleichheit, die gleichmacht. Sie wollen besserstellen, um schließlich gleichzustellen, und das ist eine unendliche Geschichte. Je besser es ihnen gelingt, die Menschen einander gleichzumachen, desto unerträglicher werden ihnen die letzten Reste von Ungleichheit erscheinen. Bei dem Versuch, auch die zu beseitigen, werden sie auf neue Ungleichheiten stoßen, und so wird den Menschenfreunden, die auf statistische Gleichverteilung schwören, die Arbeit niemals ausgehen; Alexis de Tocqueville hat das vorausgesagt und recht behalten. Nicht obwohl, sondern weil die Gleichstellungsindustrie blüht, nimmt die Zahl der Opfer, der Benachteiligten und Zukurzgekommenen ständig zu.

Als die sexuelle Revolution in Gang kam, bestand der Opfer-Katalog aus gerade einmal zwei Buchstaben, einem L für die Lesben und einem G für die Gays. Inzwischen ist er dreimal so lang, und er wird immer länger. Die Bi-, die Trans- und die Intersexuellen sind dazugekommen, die Queers natürlich auch, und um klarzumachen, daß der LGBTIQ-Katalog damit längst noch nicht zu Ende ist, erinnert ein Pluszeichen daran, daß es eine noch unbekannte Zahl von sexuellen Varianten gibt, die darauf warten, anerkannt und entschädigt, gleichgestellt und quotiert zu werden.

"Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden", so steht es im Grundgesetz. Dieser Verpflichtung ist der Staat nachgekommen: Er hat Aufzüge installiert, Treppen durch Rampen ersetzt, Bushaltestellen behindertengerecht hergerichtet und so weiter. Auf allen Bahnhöfen stehen die Hebebühnen bereit, um Rollstuhlfahrern beim Ein- und Aussteigen zu helfen. Es gibt einen Bundes- und viele Landesbeauftragte "für die Belange behinderter Menschen", und eine Quote gibt es auch. Verbessert hat sich manches, nur die Stimmung nicht. Die Interessenvertreter sind nach wie vor unzufrieden, und wer sie fragt, bekommt zu hören:

"Man ist nicht behindert, man wird behindert."
Neulich ist in Berlin die Manteuffelstraße, benannt nach einem preußischen Ministerpräsidenten, in Audre-Lorde-Straße umgetauft worden. Von dieser Person ist nicht viel mehr bekannt als bloß der Name; dafür hat sie beim Quotenschießen gleich dreimal einen Spitzenplatz besetzt, als Frau, als Schwarze und als Lesbe. Das reicht, um in Deutschland öffentlich geehrt zu werden. In Amerika hätte es wohl nicht gereicht, und das erklärt die Wut, mit der die Quotengläubigen auf die Niederlage von Frau Harris reagiert haben.
Ihre Saison geht zu Ende. Kanzlerkandidat Friedrich Merz hat schon erklärt, in seinem Kabinett keine Quoten zu dulden. Hoffentlich vergißt er das nicht, wenn es endlich soweit ist.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Zeitschriftenkritik: Deutsche Sprachwelt**
Gendersprache läßt die Ohren bluten
Werner Olles
Die Sprache sei der Spiegel der Gesellschaft, daher mache sich auch der Migrationsdruck in der deutschen Sprache bemerkbar, schreibt Thomas Paulwitz, Chefredakteur der vierteljährlich erscheinenden Zeitung Deutsche Sprachwelt in seinem Leitartikel "Zwischen "Aura" und "Talahon" in der aktuellen Ausgabe (Nr. 97, Herbst 2024). Als jüngeres Beispiel für eingewanderte Fremdwörter benennt er das Jugendwort "Talahon". Abgeleitet aus dem Arabischen bedeute es auf deutsch etwa "Komm her!"
Bei der Wahl zum Jugendwort des Jahres 2024, die der Langenscheidt-Verlag abhält, erreichte "Talahon" den zweiten Platz. Mit leicht drohendem Unterton gesprochen, wird "Talahon" zunehmend als abwertendes Schimpfwort empfunden. So habe die umstrittene Sprachüberwachungsgesellschaft "Neue Deutsche Medienmacher*innen" das Wort "Talahon" als "rassistische Beleidigung" entdeckt und plädiert für seine Ächtung. Doch widerstand Langenscheidt der dubiosen Forderung und erklärte im August, "eine Streichung zum jetzigen Zeitpunkt würde dem Vorwurf der Zensur Vorschub leisten."
Über Risiken und Nebenwirkungen gegenderter Sprache in der Medizin klärt der Mediziner Frank Lothar Thies auf. Gendergerechte Sprache sei nicht nur unnütz wie ein Kropf, ihr wissenschaftliches Fundament sei wurmstichig, zudem sei sie eine Qual für alle, die sich noch einen Rest an sprachästhetischem Empfinden bewahrt hätten, Verständlichkeiten und Präzision im sprachlichen Ausdruck gingen verloren. Vor allem in der Medizin sei dies eine gefährliche und mitunter fatale Kombination. Hier habe die Sprache konzise zu sein, damit Mißverständnisse gar nicht erst entstehen könnten.
Als Ideologieprodukt gehöre das Gendern zum avantgardistischen, moralisch erhabenen Milieu und sei als Kind des akademischen Elfenbeinturms nach langem Marsch auch in der medizinischen Fakultät angelangt. Hier sorge es jedoch nicht nur für Irritationen im Bereich der Patientensicherheit und enervierenden Erfahrungen auf Ärztekongressen, sondern könne durch relevante Verständnisschwierigkeiten bei schweren, intensivpflegepflichtigen Krankheitsverläufen durchaus desaströse Folgen haben.
Den "Meister des giftigen Spotts", wie ihn Stefan Zweig bezeichnete, würdigt Johanna Sibera in ihrem "Wort aus Wien zum 150. Geburtstag von Karl Kraus". Legendär ist sein sprachlicher Feldzug gegen die Presse, die "Tintenstrolche", die "Journaille" und "Preßköter", die sich durch sein gesamtes Lebenswerk zieht. Mit der Gründung seiner Zeitschrift Die Fackel 1899 entwickelte er sich zum bedeutendsten Vorkämpfer gegen die Verwahrlosung der deutschen Sprache.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Dorn im Auge**
Christian Dorn
Die Welt ist nicht genug, aber sie läßt mich reflektieren, stoße ich doch auf zwei Doppelseiten

des Sommers 2022. Einmal ein Interview-Nachruf auf den Guerillero und Freibeuter des deutschen Films Klaus Lemke, der in Berlin während der Dreharbeiten seines letzten - bis heute unveröffentlichten - Films "Gorilla Dreams" im Frühjahr 2022, so ein damaliger Wegbegleiter, "noch fit wie ein Turnschuh" war, und der, nachdem er sich einen weiteren Covid-19-Schuß setzen ließ, kurz darauf ganz plötzlich verstarb. Fast zum selben Zeitpunkt erschien ein Welt-Artikel ("Unsere gespaltene Corona-Realität") mit den Gedanken des "Tatort-Regisseurs" Dietrich Brüggemann über "Pandemisches Erzählen" - eine Leerstelle in der deutschen Literatur wie im deutschen Film.
Bemerkenswerterweise zeige bis heute kein Film den jüngsten Zivilisationsbruch, "den Pandemiealltag mit Maskenpflicht, Disziplinplakaten, andauernden Tests, allgegenwärtigen Appellen zum Abstandhalten und zur Auffrischimpfung ... die Exzesse ... also die Diffamierung Ungeimpfter als Sozialschmarotzer und Trittbrettfahrer", so Brüggemann. Folglich scheinen "deutsche Filme eher in einer Realität zu spielen, in der es die Pandemie nicht gibt. Und das ist Eskapismus erster Güte."
Der eigentliche Weg zur Wahrheit ist demnach die Komödie, die Menschen zeige, "die lächerliche Dinge tun, weil sie an einen tieferen Sinn glauben, der aber stets eine Illusion ist". Die Komödie dagegen kenne nur die Mechanismen der Realität. Deutschland aber begegne der Komödie geringschätzig. Dabei sei "eine gute Komödie keine Flucht vor der Realität - sie ist die Realität". Eine Ahnung davon vermittelt vielleicht die damals vom Regisseur initiierte ironisch-parodistische Kurzfilm-Aktion "allesdichtmachen".
Es müßte ein Lehrbuch für den gymnasialen Unterricht über das Corona-Interregnum geben.
Zugleich denke ich, daß es dereinst ein Standard-Lehrbuch für den gymnasialen Geschichtsunterricht über das Corona-Interregnum geben müßte und stelle mir bereits in groben Skizzen das Konzept vor:
Eine Portät-Reihe der wichtigsten Widerstandskämpfer (Aufklärer), dazu deren administrative und strafrechtliche Verfolgung durch "Lawfare" (Michael Ballweg, Stefan Homburg), Beispiele der Emigration (Stefan Hockertz, Boris Reitschuster, Paul Brandenburg), eine Würdigung der unbekannten Helden, die ihrem Gewissen folgten (Ärzte und Bundeswehrsoldaten), die Definition von Pandemie versus Plandemie, Diktatur-Vergleich, die Statistik von Impfschäden und Impftoten, eine beispielhafte Gedenktafel bislang verschwiegener prominenter Opfer wie Klaus Lemke, künstlerische Auseinandersetzungen wie die Netflix-Komödie "The Bubble" oder prohetischer Art (Juli Zehs "Corpus Delicti"), der Stand von juristischer Aufarbeitung und Rehabilitation, die Täterschaft und Verantwortung in Politik und Medien (geleakte RKI-Protokolle, Impfpflicht, die Zitate-Sammlung "Ich habe mitgemacht.
Das Archiv des Corona-Unrechts", Gründung des Kontrafunks), globale Gefahren (WHO, EU-Pfizer-Deal) und ein Literaturverzeichnis mit Vorstellung der wichtigsten Werke wie "Das Staatsverbrechen" des Mediziners und Buchautors Gunter Frank.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Die Nation im Blick behalten**
Vorabdruck: Auszug aus dem Buch "Zwischen Reich und Republik" von Karlheinz Weißmann
Die Lage ist unübersichtlich. Auf der einen Seite wird "die Rechte" in Deutschland mit einer Vehemenz bekämpft, die alles überbietet, was man bei entsprechenden Kampagnen seit den 1990er Jahren erlebt hat. Dabei geht ein von der örtlichen Antifa über das Juste Milieu bis in die Regierung reichendes Bündnis mit einer Undifferenziertheit vor, die den Eindruck erweckt, als ob es in Wirklichkeit nicht um die Verhinderung eines "neuen 33", sondern darum geht, "ein ganzes Segment von Anschauungen, Wertüberzeugungen, Lebensgewohnheiten zu delegitimieren" und für "die eigenen politischen Überzeugungen ein Legitimitätsmonopol zu etablieren".

Auf der anderen Seite ist seit Beginn des Jahres 2023 in Deutschland eine erstaunlich sachliche Debatte über "die Rechte" zu beobachten. Sie unterscheidet sich von früheren dadurch, daß es weniger um die hysterische Beschwörung der "braunen Gefahr", eher um den Versuch geht, das unerwartete Erstarken rechter oder rechtspopulistischer Parteien zu begreifen, die wie der Rassemblement National in Frankreich, die spanische Vox, die Schwedendemokraten, die Basisfinnen, die Nationale Allianz und die Vereinigte Liste in Lettland, die Lega oder die Fratelli d'Italia nicht nur Wählerstimmen gewinnen, sondern an die Macht drängen.
In Spanien, Italien, Finnland und Lettland konnte der entscheidende Schritt bereits vollzogen werden, in Schweden ist eine bürgerliche Minderheitsregierung auf die Duldung der Schwedendemokraten angewiesen. Für viele Beobachter ist diese Entwicklung um so verstörender, als sie gleichzeitig registrieren, daß Politiker wie Viktor Orbán in Ungarn eine Art "illiberaler Demokratie" so erfolgreich entwickelt haben, die auf breite Unterstützung setzen können. Das alles widerspricht der Erwartung derer, die bisher glaubten, daß das, was sie als "Fortschritt" betrachten, immer nur eine Richtung kennt: nach links. Damit scheint es vorbei zu sein.

Die AfD bildet je länger je mehr den einzigen Widerstandsfaktor

Was auch die Entwicklung der Alternative für Deutschland (AfD) in ein anderes Licht rückt. Noch zu Beginn der 2020er Jahre waren selbst manche ihrer Sympathisanten überzeugt, daß die AfD ihre Zukunft bereits hinter sich habe. Die massive Bekämpfung durch staatliche wie parastaatliche Akteure, der Abgang von Führungspersonal - im Lauf der Zeit haben immerhin vier ihrer Bundessprecher der AfD den Rücken gekehrt -, permanente innere Streitigkeiten und der eine oder andere Skandal schienen für ein Schicksal zu sprechen, wie es alle Gruppierungen rechts der Mitte in den letzten Jahrzehnten erlitten hatten.
Doch diese Einschätzung war wohl verfrüht. In den Umfragen überholte die Alternative zuerst die Grünen, dann die Sozialdemokraten, begann sich auf Bundesebene dem Stimmenanteil der Union zu nähern und ihn im Osten - in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern - sogar zu überbieten.
Dabei spielte der wachsende Unmut über die schlechte Arbeit der "Ampelkoalition" eine Rolle, aber auch die Beobachtung, daß CDU und CSU keine echte Opposition bildeten, sondern die Regierung schonten, um sich nicht die rasche Rückkehr an die Macht zu verbauen. So erschien die AfD je länger je mehr als einziger Widerstandsfaktor gegen ein Kartell der "Altparteien", die "Energiewende", hemmungslose Ausgabenpolitik und den Plan, die Bevölkerung im Sinne "woker" Ideologie umzuerziehen.
Aber auch diese Faktoren hätten wohl nicht genügt, um die Partei auf einen stabilen Sockel von 20 Prozent der Befragten zu bringen. Hier spielte auch der Realitätsschub eine Rolle, den Corona-Krise, Ukrainekrieg und die Aufstände in den französischen Städten auslösten. Vorgänge, die einen Mentalitätswandel eingeleitet haben. Dessen notwendige Konsequenz formulierte der Journalist Patrick Bahners - alles andere als ein Parteigänger der politischen Rechten - dahingehend, es müßte nun "Kongresse über die Aussichten rechter Politik so selbstverständlich geben wie im akademischen Umfeld linker Parteien solche über linke Perspektiven. Dann müßte der rechte Flügel der Union sich organisieren.
Und dann müßten CDU und CSU ein Interesse an einer rechten Konkurrenzpartei haben, wie es der SPD nutzt, daß es Parteien links von ihr gibt, die erstens als Bündnispartner bereitstehen und zweitens die kulturelle Plausibilität des linken Projekts dadurch belegen, daß sie die SPD als nicht links genug kritisieren."

Die Nachkriegsrechte teilte einen politischen Minimalkonsens

Flankiert wird diese Einschätzung von der eines Unionspolitikers, der nüchtern feststellte, daß "Deutschland kein linkes Land mehr" ist. Allerdings war Deutschland, wenn überhaupt, dann nur für relativ kurze Zeit ein "linkes Land". Eine Feststellung, die gilt, obwohl regelmäßig behauptet wird, der Begriff "rechts" sei aufgrund der Belastung durch den Nationalsozialismus

seit jeher tabu gewesen.
Eine Annahme, die relativ rasch widerlegt werden kann. So kommentierte die Times das Ergebnis der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 mit der lapidaren Feststellung "Erfolg der Rechten", und dem dürfte kaum ein Zeitgenosse widersprochen haben. Denn der "Erfolg", von dem die Beobachter in London sprachen, war der des "antimarxistischen" oder "Bürgerblocks", bestehend aus der Christlich Demokratischen Union (CDU), ihrer bayerischen "Schwester", der Christlich-Sozialen Union (CSU), der Deutschen Partei (DP) und der Freien Demokratischen Partei (FDP); später trat noch der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) hinzu.
Diese Rechte sollte für zwei Jahrzehnte die bestimmende politische Kraft Westdeutschlands sein. Zu betonen ist, daß es sich um eine gemäßigte Rechte handelte. Sie grenzte sich gegenüber der "Nationalen Opposition" ab, die ein zwar breites, doch einflußloses Spektrum von der Deutschen Rechtspartei (DRP*) über die Deutsche Reichspartei (DRP) und diverse nationalneutralistische Gruppen bis zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) umfaßte. Und sie zog eine noch schärfere Trennlinie gegenüber den Ultras - in den Reihen der Sozialistischen Reichspartei (SRP) oder der Neo-Nationalsozialisten -, die immer von Verboten bedroht und marginalisiert blieben.
Die Ursache dafür ist unschwer festzustellen, obwohl das herrschende Geschichtsbild anderes behauptet: Das deutsche Volk in seiner ganz überwältigenden Mehrheit wollte "nichts mehr mit Hitler zu schaffen haben ... Die Menschen fühlten sich wirklich von ihrem Führer verraten und mit Recht."
Wenn trotz dieser deutlichen Fraktionierung von einer relativen Einheit der Nachkriegsrechten ausgegangen wird, geschieht das nicht in denunziatorischer Absicht. Es geht vielmehr um die möglichst exakte Beschreibung und Analyse eines historischen Phänomens, das zwar durch innere Vielgestaltigkeit, auch Gegensätzlichkeit, gekennzeichnet war, doch einen politischen Minimalkonsens teilte, der sie von der Mitte wie der Linken trennte und sich folgendermaßen umreißen läßt:
Die Strömungen der Nachkriegsrechten hielten an dem fest, was man die Axiome rechter Weltanschauung nennen kann, also ein skeptisches Menschenbild, das agonale Verständnis der Geschichte, den Vorrang des Ordnungsprinzips, die Ablehnung des Egalitarismus; man sah sich in ihren Reihen keineswegs historisch widerlegt. …
Der Kollaps des NS-Regimes wurde von der Nachkriegsrechten mehrheitlich als Scheitern des Kollektivismus gewertet. Sieht man von den "Vernagelten" ab, war die Nachkriegsrechte antitotalitär, aber in erster Linie antikommunistisch und antimarxistisch, insofern als man die Überzeugung teilte, daß die Sozialdemokratie Moskau den Weg bereite.
Hinzu kam die Ablehnung der "Ideen von 1945", der fortdauernden "Naziriecherei" - eine Formulierung Konrad Adenauers (1876-1967) - und der Behauptung, es bedürfe einer Umerziehung, die praktisch die gesamte deutsche Tradition ausmerzen sollte. Man beharrte auf dem "Recht der Besiegten", wies die "Wahnlehre von der Kollektivschuld" zurück und verteidigte "Würde und Gleichberechtigung" der Deutschen als "Kulturnation". Dagegen fand das plumpe Vorgehen der Sieger ein ebenso scharfes Urteil wie die Eilfertigkeit der "Quisling-Naturen und Handlanger" auf deutscher Seite, jene "eilfertigen Geister, die hämisch und ehrfurchtslos alles zu zerstören suchten, was in den letzten zweihundert Jahren sich aufgerichtet hatte an bleibender Erinnerung".
Diese Einschätzung erklärt die Generalkritik der Alliierten, das heißt nicht nur der Sowjets, sondern auch der Westmächte, wegen der Inanspruchnahme moralischer Überlegenheit, die man ihnen nicht zubilligte, weil sie durch die Anordnung oder Duldung von Massenmorden und -vertreibungen, gewaltsame Grenzänderungen und Aufhebung rechtsstaatlicher Normen versagt hatten.

Mit außerordentlicher Schärfe stellte Hans-Joachim -Schoeps (1909-1980), ein deutsch-jüdischer Remigrant, dessen Eltern der "Endlösung" zum Opfer gefallen waren, 1949 fest: "Haben die Bolschewiki, deren Hände vom Blut triefen (vom Zaren Nikolaus bis zu Trotzki), die heuchlerischen Engländer, die Geldsack-Amerikaner ein Recht zu Gericht zu sitzen? Sie haben es nicht; es ist nicht ihr Verdienst, daß Gott sie zur Zuchtrute bestimmt hat."
Angesichts der Bedeutung der Nation als entscheidendem Bezugspunkt verstand sich für die Nachkriegsrechte von selbst, daß Wiedervereinigung - unter Einschluß der Ostgebiete - und Wiederherstellung eines souveränen Staates zu den vorrangigen Zielen deutscher Politik gehörten. Das bedeutete nicht nur, daß man der "Zone", dann der DDR die Anerkennung verweigerte, sondern auch, daß der provisorische Charakter der westdeutschen Verfassung betont wurde. ...
Wer sich im Rahmen der genannten Vorstellungen bewegte, vertrat in der Nachkriegszeit eine als legitim betrachtete Position. Auf Grenzverletzungen wurde allerdings scharf reagiert. Das galt vor allem, wenn die Kritik an der "Scheinwelt von 1945" dazu führte, auch den Aufbau oder das Existenzrecht des westdeutschen Staates in Abrede zu stellen, die "Rassenfrage" aufgeworfen oder das NS-Regime gerechtfertigt oder die historische Verantwortung Hitlers in Abrede gestellt wurde. Positionen, die von den Ultras mehr oder weniger unverhohlen vertreten wurden, aber schon in der Nationalen Opposition umstritten waren.
Karlheinz Weißmann: Zwischen Reich und Republik. Geschichte der deutschen Nachkriegsrechten.JF-Edition, Berlin 2024, gebunden, 324 Seiten, 297 Abbildungen …<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Grün-roter Medienfilz**
"Correctiv" baut gezielt sein Netzwerk und den "gemeinnützigen Journalismus" aus
Sven Versteegen / Gil Barkei
Vor einem Jahr am 25. November 2023 fand in der Villa Adlon am Lehnitzsee das mittlerweile berühmte "Potsdamer Treffen" statt. Das Medienunternehmen "Correctiv" machte Wochen später Anfang dieses Jahres eine aufsehenerregende Geschichte daraus - eine Lügengeschichte. Denn wüste Behauptungen, wie etwa die angebliche Besprechung der Deportation von deutschen Staatsbürgern, stellten sich als erfunden heraus (JF 47/24).
Trotzdem halten sich seitdem die Räuberpistole und die durch sie ausgelösten Massenproteste hartnäckig im gesellschaftlichen Bewußtsein; auch weil zahlreiche Pressevertreter die "Fake News" trotz juristischer Niederlagen unkorrigiert stehenlassen (JF 44/24).
Für "Correctiv" ist 2024 dadurch zu einem Erfolgsjahr geworden, die Desinformation zu einem Karriereschub - mit positiven Effekten auf persönliche Lebensläufe und auf Themenfelder wie den "gemeinnützigen Journalismus". Dieser gewinnt auch Dank des Wirkens von Correctiv massiv an Einfluß und Geldern, und verbandelt sich immer enger mit (grün-roter) Politik und den klassischen Medien.
Aktuelles Beispiel ist Jeannette Gusko. Nachdem sie "Correctiv" seit 2022 gemeinsam mit Gründer David Schraven als Co-Geschäftsführerin geleitet hat, wechselt Gusko nun ausgerechnet in die Bundestagswahlkampfabteilung der Grünen ins "Team Robert" rund um Noch-Wirtschaftsminister und Kanzlerkandidat Robert Habeck. Die Welt spricht von "inoffiziellen Staatsmedien" und schreibt dazu deutlich: "Erst inszeniert "Correctiv" seine 'Geheimplan-Story' als politische PR-Kampagne, dann wechselt die Geschäftsführerin ins Wahlkampfteam von Robert Habeck. Der Fall zeigt, wie regierungsfinanzierte Medien die Glaubwürdigkeit von Politik und Journalismus beschädigen."
Laut "Correctiv" konzentrierte sich Gusko zwar "ausschließlich auf die organisatorische und strategische Leitung" ohne redaktionellen Einfluß, doch insbesondere ihre "Neustrukturierung der finanziellen Grundlagen" in einer Phase des "größeren Wachstums" hob das selbsternannte Recherchebüro lobend hervor. Diese "Grundlagen" erhielten seit der "Correctiv-Gründung"

2014 rund 2,5 Millionen Euro an staatlichen Fördergeldern. Allein aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung flossen 2022 und 2023 etwa 266.000 Euro an die Journalisten. Zuvor hatte Gusko pikanterweise in eben jenem Ministerium gearbeitet.
Gusko arbeitete zudem als Spendensammlerin für das "Centre for Feminist Foreign Policy", das seit 2021 etwa 405.000 Euro vom Auswärtigen Amt erhielt und als Stichwortgeber für Außenministerin Annalena Baerbocks (Grüne) "feministische Außenpolitik" gilt. Das Auswärtige Amt selbst überwies 2019 und 2020 jeweils 44.000 Euro an "Correctiv". Ebenso trat Gusko in der Vergangenheit als Rednerin bei einem SPD-Parteitag und mehreren Veranstaltungen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung auf. Trotzdem schreibt die Rechercheplattform, sie arbeite "frei von politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten".
Um sich noch "unabhängiger" aufzustellen, setzt sich "Correctiv" zudem seit längerem für eine Förderung des vermeintlich "gemeinnützigen Journalismus" ein. David Schraven ist Co-Vorsitzender der entsprechenden Lobbyorganisation "Forum Gemeinnütziger Journalismus", die seit Monaten fordert, "diese Form des Journalismus fest in unserem Mediensystem zu verankern". Ende Juli hatten Jeannette Gusko und die stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV), Anne Webert, für das Forum die Petition "Schafft Rechtssicherheit für gemeinnützigen Journalismus!" mit mehr als 50.000 Unterschriften an die Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) überreicht.
Ex-Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hatte kurz darauf im Auftrag der Ampel-Regierung einen sogenannten Anwendungserlaß vorbereitet, mit dem "gemeinnütziger Journalismus" massiv steuerlich gefördert werden sollte, wenn die berücksichtigten Projekte "Aufklärung" und "Wissensvermittlung" bieten würden. Dieses Regieren per Erlaß und die Etablierung einer "dritten Säule" im Journalismus (Schraven) neben öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatem "Marktjournalismus" scheiterte Mitte September jedoch am Widerstand der Bundesländer.

Fühler nach Europa und über den Atlantik ausgestreckt

Das "Forum Gemeinnütziger Journalismus", zu dem auch Netzpolitik.org, Stiftungen wie die Augstein-Stiftung oder die Töpfer-Stiftung und Gewerkschaften wie der DJV oder die dju in Verdi gehören, legte daraufhin einen Gesetzesentwurf vor, der die "Aufnahme des gemeinnützigen Journalismus in den Katalog der gemeinnützigen Tätigkeiten" regeln soll. Der Entwurf "zur Anerkennung des nicht gewinnorientierten und parteipolitisch neutralen Journalismus als gemeinnützig" entstand außerdem in Zusammenarbeit mit der Petitionsplattform innn.it, auf der die bekannte Petition zur Rettung des von Streichung bedrohten ÖRR-Kultursenders 3sat lief.
"Nicht gewinnorientiert und parteipolitisch neutral", das ist angesichts der Verbindungen zu SPD, Grünen, linken Stiftungen und (zum Teil GEZ-ausstaffierten) Medien fraglich. In Berlin ist "Correctiv" Teil des frisch bezogenen "Publix-Hauses" für "Medienvielfalt und Demokratie" (JF 40/24). Eröffnungsrednerin war die grüne Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die das Projekt mitfördert.
Über die Crowdfunding-Plattform Startnext hat "Correctiv" 660.000 Euro eingesammelt - erbeten waren eigentlich eine Million -, um sich "finanziell stark für die kommende Bundestagswahl aufzustellen". Gezielt eingesetztes Werbe-Zugpferd: die Falschinformation zum "Potsdamer Treffen". "Unsere Geheimplan-Recherche hat Millionen Menschen auf die Straße geführt und den Glauben an den Wert unserer Demokratie wiederbelebt", schrieb Schraven. "Das Crowdfunding ermöglicht unsere nächsten Recherchen, Faktenchecks gegen Falschmeldungen oder Bildungsarbeit an Schulen. Vielleicht sogar die nächste lokale "Correctiv-Redaktion", ergänzte die nun für Habeck in den Wahlkampf ziehende Jeannette Gusko.
"Correctiv" hat also viel vor - mit besten Kontakten in Ministerien und nach Übersee. Vom Berliner Tagesspiegel holte das "gemeinwohlorientierte" Medienunternehmen Anna-Maria

Wagner als Managerin für Strategische Kommunikation. Zuvor arbeitete sie in der Öffentlichkeitsarbeit des ARD-Hauptstadtstudios und für den DJV. Gleichzeitig baut das Recherchebüro sein internationales Projekt, das Lokaljournalismus-Netzwerk "Correctiv.Europe" aus. Das Ziel: ein europaweiter "Motor für unabhängige und kollaborative Berichterstattung", der "lokale Stimmen mit europäischer Relevanz hörbar" macht. Als Managing Director fungiert Joanna Krawczyk, früher Vize-Chefin von Geostrategy East beim US-Thinktank German Marshall Fund of the United States, der sich für die transatlantischen Beziehungen stark macht. Als Präsidentin der linksliberalen polnischen Gazeta Wyborcza Foundation leitet sie weiterhin den Ukrainian Media Fund.
Als Senior Reporterin für die Redaktion kam Frida Thurm von Zeit Online, wo sie das Gesellschaftsressort leitete. "Correctiv.Europe" hat laut eigenen Angaben "bereits erfolgreich ein Netzwerk von über 270 lokalen Journalistinnen und Journalisten sowie Medienorganisationen in 27 europäischen Ländern aufgebaut". Gemeinsam werde man "weiterhin daran arbeiten, die lokale und europäische Dimension journalistischer Arbeit zu verknüpfen und so zu einer informierten Öffentlichkeit und einer widerstandsfähigen Demokratie beizutragen", kommentierte Schraven die Verstärkungen im Herbst.
Darüber hinaus lassen Video-Projekte aufhorchen. Im Auftrag des SWR produziert "Correctiv" den Funk-TikTok-Kanal "Türkei100", der Wegmarken der deutsch-türkischen Geschichte präsentiert - also eine Querfinanzierung mit Rundfunkbeitragsgeldern.
Übrigens: SWR-Intendant und ARD-Vorsitzender Kai Gniffke hat auch längst den gemeinnützigen Journalismus entdeckt. Bereits Anfang September skizzierte er gegenüber der Wirtschaftswoche seine Idee einer "gemeinwohlorientierten digitalen Plattform für deutschsprachige Medienangebote" für Audio und Video. Diese solle von ARD, ZDF und Deutschlandradio bestückt, aber "auch für privatwirtschaftlich betriebene Medienhäuser" geöffnet werden. Schließlich könnten "wir doch nicht zulassen, daß die Algorithmen von Meta und Alphabet den Deutschen vorschreiben, was sie sehen und was sie nicht sehen".<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Auszug aus Lothar Fritzes neuem Buch "Der freiheitliche Staat und seine Zerstörer"**
Die Ideologiefabrik
In dem Willen, überkommene Herrschaftsverhältnisse zu sprengen, eine zivilisatorische Neuausrichtung auf den Weg zu bringen, durch Duldung und Förderung von Migration eine multikulturelle Gesellschaft zu etablieren, eine für Industrieländer vorbildliche klimaverträgliche Energiewende zu bewerkstelligen, Diskriminierungen abzuschaffen und überhaupt die gesamte Welt im allgemeinen Menschheitsinteresse gerechter zu gestalten, haben sich Wohlmeinende zusammengefunden, ihre politische und mediale Macht zu nutzen, um Wirtschaft und Gesellschaft von Grund auf umzugestalten. Dabei scheuen sie sich nicht, zentrale "Gewißheiten" in Abrede zu stellen, die zu bezweifeln außerhalb von philosophischen Seminaren niemandem einfiele.
Die Größe, Dignität und Dringlichkeit der Aufgabe, so glauben die Aktivisten, rechtfertigt die Übernahme eines erheblichen Risikos. Dabei folgt man der Idee, Wirtschaft und Gesellschaft neu und zugleich menschengemäß konstruieren zu können. Qua besserer Einsicht, die man sich selbst zuschreibt, fühlt man sich berufen, soziale Praktiken zu desavouieren, auf denen unser aller Leben beruht.
Ob diese aktivistische Elite überhaupt daran interessiert ist, den freiheitlichen Staat mit einer Wirtschaft des privaten Unternehmertums zu erhalten, ist allerdings ungewiß. Insoweit ist auch über eine alternative beziehungsweise ergänzende Deutung nachzudenken:
Möglicherweise wird die unkontrollierte Masseneinwanderung, die zu einer Verschärfung von Verteilungskämpfen und zu neuartigen gesellschaftlichen Konflikten führen wird, von ihren

linken Protagonisten auch in der Erwartung begrüßt, die mit dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus eigentlich für beantwortet gehaltene "Systemfrage" neu aufrollen zu können.
Eines der zentralen Projekte des kulturellen Hegemons ist die Transformation der ethnisch und kulturell relativ homogenen Gesellschaft in eine multiethnische und multikulturelle Gesellschaft. Das entscheidende Stellglied, das es erlaubt, diese Transformation dem Volke in historisch kurzer Zeit aufzuzwingen, ist eine teils dankbar hingenommene, teils gezielt organisierte Masseneinwanderung aus allen Teilen der Welt. Die damit verbundene Islamisierung des Landes und Europas wird als eine - wie man meint - beherrschbare oder sich auswachsende Kollateralwirkung akzeptiert.
Eine anhaltende Einwanderung dieser Form und des gegenwärtigen Ausmaßes wird jedoch das Gemeinschaftsgefühl der auf dem Territorium Deutschlands lebenden Menschen in kürzester Zeit dramatisch verändern. Die Spaltung der Gesellschaft wird noch schneller voranschreiten. Eine solche Spaltung aber hat Konsequenzen für die Bereitschaft, sowohl für das Land persönliche Opfer zu bringen als auch Solidarität mit den Landesgenossen zu üben. Ein sich verflüchtigender Gemeinsinn und eine schwindende Bereitschaft, sich in öffentlichen Angelegenheiten zu engagieren, sind Anzeichen gesellschaftlicher Auflösung.
Ein weiteres und ebenfalls bereits auf den Weg gebrachtes Projekt ist die gesellschaftliche Etablierung linksidentitärer Maßstäbe des richtigen Denkens und Sprechens sowie die Umgestaltung des gesamten politischen und gesellschaftlichen Lebens entsprechend der von identitären Linken vorgegebenen Richtlinien. Das alles überwölbende langfristige Projekt gipfelt schließlich in der Auflösung der Nationalstaaten.
Dazu bedarf es immer durchlässiger werdender Grenzen, einer Verwässerung des Staatsbürgerschaftsrechtes und damit einer Quasi-Universalisierung des Wahlrechtes, einer schrittweisen Entmachtung des nationalen Gesetzgebers zugunsten supranationaler Körperschaften sowie des weiteren Ausbaues eines illiberalen Gesinnungsstrafrechtes.
Der kulturelle Hegemon arbeitet an diesen Projekten. Ein Masterplan und eine ausdrückliche Verabredung sind dazu nicht erforderlich. Eine in ihrem Kernanliegen übereinstimmende politisch-moralische Grundorientierung einer relevanten Menge national und international vernetzter politischer Akteure sorgt für ein gleichgerichtetes, koordiniert erscheinendes Vorgehen. Ausdrückliche Verständigungen über eine gemeinsame Agenda sind deshalb nicht ausgeschlossen.
Ein freiheitlicher Staat darf sich - demokratietheoretisch gesprochen - mit keinem ganzheitlichen Ideensystem religiöser oder weltanschaulicher Art identifizieren. Es gibt keine Instanz, die in Fragen der Weltdeutung oder der Sinnbestimmung des individuellen Lebens ein verbindliches Urteil fällen könnte.
Der freiheitliche Staat hat kein Mandat zur Neugestaltung der Gesellschaft. Weder seine gesetzgebenden noch seine ausführenden und rechtsprechenden Organe sind dazu berufen, das Brauchtum der Gesellschaft zu schleifen, wirkmächtige Sitten für obsolet zu erklären, kulturhistorisch begründete Überzeugungen zu kriminalisieren und neue Präferenzregeln oder Moralvorstellungen zu definieren - also ihre überkommene "Hintergrundideologie" nach eigenen Vorstellungen neu zu konfigurieren. Über Entscheidungen dieser Art wird in Wahlen nicht befunden.
Oder, anders gesagt: Auch gewählte Politiker haben mit ihrer Wahl keine Legitimation zur Revision der Grundstruktur der Gesellschaft oder zur Beseitigung von Institutionen oder Traditionen erhalten, die das Leben und die kooperativen Beziehungen in einer grundlegenden Weise prägen. Wie die Umgestaltung Deutschlands in ein Einwanderungsland allein durch Regierungsentscheidungen würde zum Beispiel auch die Abschaffung des Bargeldes gegen das unmittelbare Mitspracherecht des Volkes bei entwicklungspfadbestimmenden Grundsatz-

entscheidungen verstoßen.
Das Prinzip der weltanschaulichen Neutralität verpflichtet den freiheitlich-demokratischen Verfassungsstaat, sich auf die Erfüllung elementarer Gemeinschaftsaufgaben, gleichsam die letzten Zwecke des Staates (Sicherung des Bestandes und der Funktionsfähigkeit des Staates, Wahrung des inneren Friedens, Bestandssicherung im Außenverhältnis, Gewährleistung der Grundrechte der Einzelnen) zu beschränken und sich dabei an einem ethischen Minimum zu orientieren.
Der Staat und staatlich alimentierte Medien haben nicht die Aufgabe, die Bevölkerung auf bestimmte Zukunftsentwürfe mental einzustellen, die durch ein ideologiegetriebenes Handeln von gesellschaftlich einflußreichen Akteuren realisiert werden sollen.
Es kann daher auch nicht als eine Aufgabe des freiheitlichen Staates betrachtet werden, seine Bürger zu moralisch hochwertigen Menschen zu erziehen. Weder ihm noch staatlich finanzierten Medien steht es zu, ein sogenanntes Agenda-Setting zu betreiben, um die Aufmerksamkeit der Massen auf Themen zu lenken, die in einem solchen Zusammenhang als wichtig erscheinen.
Ein freiheitlicher Staat ist aus demokratietheoretischer Sicht ausschließlich dazu legitimiert, Maßnahmen zu ergreifen, die der Selbstbestimmung sowie der Bewahrung der Voraussetzungen der Selbstbestimmung dienen - und dazu gehört auch, die Bedingungen zu sichern, die es dem Einzelnen ermöglichen, seine materielle Existenz zu reproduzieren.
Eine die Hebel der staatlichen und medialen Macht betätigende Elite ist nicht legitimiert, die noch bestehende ethnische Homogenität einer Gemeinschaft sowie deren gewachsene Kultur ohne qualifizierte Zustimmung des jeweiligen Volkes aufzulösen oder nach eigenem Gutdünken für mehr "Diversität" und "Vielfalt" zu sorgen.
Derartige Eingriffe in die Grundstruktur einer Gesellschaft und insbesondere ihre ethnische Zusammensetzung sind durch den bloßen Wahlerfolg bei Parlamentswahlen ohnehin nicht legitimiert; dies gilt aber vor allem dann, wenn sich die "Zustimmung" in einem relevanten Umfang der propagandistisch-manipulativen Einflußnahme der Elite auf das Wahlverhalten des Demos verdankt.
Ein Staat hingegen, der sich dazu versteht, auf die Überzeugungsbildung der Bürger steuernd einzuwirken, wird nicht davor zurückschrecken, die dazu passenden gesinnungstreuen Bekenntnisse einzufordern. Damit jedoch bewegte man sich in einem Fahrwasser, das bisher nur von totalitären Diktaturen beschifft wurde.
Weltanschauungsdiktaturen formen sich immer auch zu Bekenntnisgemeinschaften. In ihnen ist man nicht schon mit einem ideologiekonformen Verhalten auf der richtigen Seite; in ihnen wird auch ein Bekenntnis zur herrschenden Lehre, zur Partei, zum Staat - zu "unseren Werten" verlangt. Eine Erziehung erwachsener Bürger durch den Staat mündet tendenziell in eine totalitäre Ordnung.
Im Unterschied zu ideologiegeleiteten Herrschaftssystemen begreift sich ein freiheitlicher Staat eben nicht als Erzieher. Er legt es nicht darauf an, daß unsinnige oder ungehobelte Meinungen möglichst ungehört aus der Öffentlichkeit verschwinden, sondern setzt auf das Obsiegen der Vernunft im politischen Diskurs. Der freiheitliche Staat ist der Anwalt des Projektes der Aufklärung - der Überzeugung, daß der öffentliche Vernunftgebrauch letztlich zu den brauchbarsten Problemlösungen führt. Und da ein freiheitlicher Staat nicht als Volkserzieher auftritt, betätigt er sich auch nicht als Förderer des Denunziantentums.
Wenn Regierungen in repräsentativen Demokratien Herrschaft nur deshalb rechtmäßig ausüben können, weil sie in demokratischen Wahlen gewählt wurden, dann kann es ihnen nicht zugleich erlaubt sein, den Wählerwillen zu manipulieren. Das rechtlich institutionalisierte Verfahren, in dem der Souverän seine Repräsentanten bestellt, kann seine Legitimität erzeugende Kraft nur dann entfalten, wenn die vorgängige Meinungs- und Willensbildung nicht

durch Bedingungen kontaminiert war, die systematisch verhinderten, daß die besseren Argumente obsiegten.
Der Akt der Legitimation eines demokratischen Herrschaftssystems ist nicht unabhängig von der Art und Weise, wie die dafür erforderliche Zustimmung zustande gekommen ist. Die zu Wählenden und ihre Unterstützer können auf die Urteils- und Willensbildung der Wähler nicht in beliebiger Weise Einfluß nehmen, ohne die Legitimationskraft der Zustimmung zu entwerten.
Die objektiv gefährlichsten Feinde der Demokratie finden sich gegenwärtig in der politisch-medialen Elite. Es sind die geistigen Stichwortgeber, die ideologischen Einpeitscher, die den Wähler in seinem Denken und Wollen manipulieren und zu dominieren versuchen. Sie sind es, die den freiheitlich-demokratischen Staat aktiv und aggressiv tagtäglich bekämpfen.
In Deutschland und vermutlich in allen Staaten des demokratischen Westens sind Formen politischer Machtausübung entstanden, die - gemessen an den Prinzipien eines freiheitlichen Staates - als illegitim zu gelten haben. Die Bürger dieser Länder leben in Staaten, die in dem Sinne übergriffig geworden sind, als sie Mittel der Herrschaftssicherung einsetzen, die die unverzichtbaren Bedingungen einer freien Selbstbestimmung der Menschen zerstören.
Die westlichen Demokratien sind dergestalt in einen Funktionsmodus geraten, der sie auf einer schiefen Ebene in eine Staatsform abgleiten läßt, die mit den herkömmlichen politikwissenschaftlichen Begriffen nicht mehr adäquat faßbar ist.
Sie stehen heute vor der existentiellen Herausforderung, diesen Weg in die Selbstzerstörung zu verlassen. Dies heißt, daß die Voraussetzungen wiederherzustellen sind, unter denen freiheitliche demokratische Staaten Legitimation gewinnen können.
Lothar Fritze: Der freiheitliche Staat und seine Zerstörer. Ares-Verlag, Graz 2024, gebunden, 312 Seiten …
Prof. Dr. Lothar Fritze, Jahrgang 1954, Philosoph und Politologe, war zwischen 1993 und 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden und lehrte als außerplanmäßiger Professor an der TU Chemnitz.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Recht aufs Eigene**
Der Historiker Martin Grosch analysiert Sezessionen weltweit
Kuba Kruszakin
Alle Völker haben ein Recht auf Selbstbestimmung, heißt es in der Charta der Vereinten Nationen. Eine Unabhängigkeit gelingt allerdings nur wenigen der etwa 8.000 Völker auf der Erde. Dabei brachte das 20. Jahrhundert eine Explosion von Nationalstaaten und -bewegungen hervor. Allein seit der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1946 hat sich die Zahl der Mitgliedsstaaten fast vervierfacht, vor allem infolge der Entkolonialisierung. Bis heute bleiben weltweit sechzig Separatistenbewegungen aktiv. Woran die Nationalbewegungen der Welt scheitern und wann sie erfolgreich sind, erklärt Martin Grosch umfangreich in seinem Buch "Sezessionen" anhand von mehr als zwei Dutzend Beispielen.
Zum Anfang analysiert der Militärhistoriker die gängigen Erklärungen der Begriffe "Volk" und "Nation". Dabei kritisiert er Versuche linker Intellektueller, vor allem den letzteren Begriff zu "dekonstruieren" und zu verwässern. Zwar sei dessen "allgemeingültige Definition" nicht möglich, doch vor allem europäische Nationen mit gemeinsamer ethnischer Abstammung hätten sich als besonders widerstandsfähig erwiesen. Des weiteren nennt er den politischen Willen und die geopolitischen Machtverhältnisse als entscheidenden Faktor. So könnten zahlreiche kleinere Völker ohne einen militärischen Schutzschirm und wirtschaftliche Unterstützung nicht existieren.
Wie wichtig Machtverhältnisse sind, hält Grosch unter anderem am Beispiel des ehemaligen Jugoslawien fest. So sei etwa Bosnien-Herzegowina "ein Quasi-Protektorat der EU", welches

als künstliches Gebilde ohne Hilfe von außen nicht existieren würde. Auch der Kosovo verdanke seine Unabhängigkeit der Nato-Intervention vor einem Vierteljahrhundert. Aber auch Beispiele wie die Abspaltung Bangladeschs von Pakistan, die ohne indischen Militäreinsatz nicht gelungen wäre, belegen dies. Die Zukunft multiethnischer Staaten wie Südsudan, die vor allem durch den gemeinsamen Feind in muslimischen Norden zusammengehalten würden, sieht Grosch bedroht.

Ebenso kritisch schätzt er regionale Separatistenbewegungen im Westen ein. Dieser sei im eigenen Interesse darauf bedacht, keine Begehrlichkeiten auf Abspaltung zu wecken. Statt dessen soll er lokale Identitäten respektieren und auf politische Autonomie im gemeinsamen Nationalstaat setzen. Zum Schluß erinnert er an die "unverzichtbare Rolle" der Nation, die den Pluralismus gewährleiste und eine Gemeinschaftsgrundlage biete.

Das Buch liefert damit eine detaillierte Darstellung völkerrechtlicher und geopolitischer Nuancen, die die Weltordnung bestimmen - und entgegen dem Wunsch vieler noch lange eine entscheidende Rolle in zahlreichen Debatten spielen werden.

Martin Grosch: Sezessionen. Das erbitterte Ringen um Unabhängigkeit. Olzog Imprint im Lau Verlag, Reinbek 2024, gebunden, 352 Seiten …<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Kein zweites Wirtschaftswunder**

Eine neue Studie untersucht die Intelligenz von Asylzuwanderern in Deutschland

Martin Hans

Bislang gibt es wenige Studien, die die Intelligenz derjenigen untersuchen, die im Zuge der Flüchtlingskrise von 2015 nach Deutschland gekommen sind - und zweimal kam es rund um die Veröffentlichung zu einer Kontroverse. Beim ersten Mal machte der Bildungsforscher Heiner Rindermann im Focus die Ergebnisse einer Bachelorarbeit publik, wonach Asylbewerber in Chemnitz nur einen Intelligenzquotienten (IQ) von 90 hätten. 2019 traten vier Mitherausgeber der Zeitschrift Wirtschaftspsychologie aus Protest zurück, nachdem eine Studie des Ökonomen Bruno Klauk dort erschienen war.

Beide Forscher, gemeinsam mit dem britischen Psychologen James Thompson, legen nun im Journal of Controversial Ideas nach. Laut der neuen Studie liegen Flüchtlinge in Deutschland zwar 5 bis 10 Punkte über dem Intelligenzniveau der Herkunftsländer, aber 12 bis 15 Punkte unter dem deutschen Schnitt von 100. Das sei ähnlich hoch wie bei deutschen Hauptschülern oder in den Berufen Friseur und Bäcker, schreiben die Autoren in englischer Sprache. "Dieses Niveau ist zu niedrig, um die Grundlage für ein zweites Wirtschaftswunder zu bilden, insbesondere nicht in einer zunehmend komplexer werdenden technologischen, sozialen und kulturellen Moderne."

Sind die Unterschiede vor allem genetisch oder umweltlich bedingt?

Rindermann, Klauk und Thompson führten keine Intelligenztests mit Asylbewerbern durch, sondern beziehen sich auf drei frühere Erhebungen. Erstens auf eine Bachelorarbeit unter der Betreuung von Rindermann, bei der 29 Asylbewerber aus Chemnitz im Jahr 2015 getestet worden waren (Ergebnis: Im Schnitt ein IQ von 92). Zweitens liegt eine Studie von Stuttgarter Psychologen vor, die 552 Flüchtlinge zwischen 2015 und 2017 untersuchten (IQ von 86). Die dritte Studie stammt von dem Mitautor Bruno Klauk, der zwischen 2017 und 2018 rund 500 Asylbewerber in Sprachkursen testete und deren IQ auf 90 schätzte.

Für die neue Studie zogen die Autoren zudem die Ergebnisse einer Vergleichsgruppe heran, die Klauk im Jahr 2022 gesammelt hatte. Der Professor der Hochschule Harz testete rund 400 Arbeitnehmer, Studenten und Rentner aus Deutschland mit dem IQ-Test, den er zuvor den Asylbewerbern vorgelegt hatte. Vergleicht man die beiden Gruppen miteinander, liegt der IQ der Flüchtlinge sogar nur bei 84 (statt 90). Klauk verwendete den BOMAT-Test (Bochumer Matrizentest). Der Multiple-Choice-Test beginnt mit einer 15minütigen Übungsphase, in der

der Testablauf erklärt und Übungsaufgaben gelöst werden. Danach müssen die Testpersonen 30 Aufgaben in 30 Minuten lösen. Im Schnitt lösten die Asylbewerber zwölf Aufgaben richtig, die Deutschen schafften 17 Aufgaben.
Jede Frage besteht aus einer Grafik mit 15 Feldern, die Formen und Figuren zeigen und bei dem ein Feld leer ist. In dieses Feld müssen die Testpersonen aus sechs Alternativen die Form auswählen, die das Gesamtmuster logisch vervollständigt. Daß solche IQ-Tests Migranten benachteiligen, verneinen die Autoren. Der BOMAT komme ohne Sprache aus und sei "rein figural". Der IQ-Test der Stuttgarter Studie, der auch schulähnliche Aufgaben enthalten habe, sei sogar in der Muttersprache der Einwanderer durchgeführt worden. Auch den Einwand, die Flüchtlinge seien womöglich traumatisiert, halten die Autoren nicht für überzeugend. Schließlich würden die Flüchtlinge über dem IQ-Schnitt in den Herkunftsländern liegen.
Die Stichprobe von 499 Personen aus der Klauk-Studie von 2019 sei "größtenteils repräsentativ". Die Anteile der Nationen und der Weltregionen kämen sehr nahe an die tatsächliche Einwanderung nach Deutschland, wie ein Vergleich mit dem Ausländerzentralregister zeige. Syrer sind in der Klauk-Studie die größte Gruppe, danach kommen Einwanderer aus Afghanistan, Irak und Iran. Auch die Ergebnisse der einzelnen Länder würden ähnlich ausfallen wie in internationalen Vergleichsstudien. Etwa ist der IQ von Einwanderern aus Osteuropa deutlich höher als der von Arabern.
Ob die Unterschiede vor allem genetisch oder umweltlich bedingt sind, lassen die Autoren offen. Unter Intelligenzforschern ist umstritten, wie hoch der Anteil der Gene ist. Die Angaben reichen bis zu 80 Prozent. Etwa nannte Thilo Sarrazin in seinem Bestseller "Deutschland schafft sich ab" (2010) eine Spanne von 50 bis 80 Prozent.

Herkunftsländer verlieren den intelligenten Teil der Bevölkerung

Für ein zweites Wirtschaftswunder sei das Niveau mit Gewißheit zu gering, erklären die Autoren weiter. Kognitive Fähigkeiten hätten die höchste Voraussagekraft für die berufliche Leistung, Innovation und bahnbrechende Ideen. "Im weniger komplexen Dienstleistungsbereich, etwa in der Logistik oder im Handwerk, könnten sie - je nach Arbeitsmarktnachfrage und Persönlichkeitsmerkmalen - gute Chancen haben." Die Autoren sehen in den Testergebnissen eine Bestätigung für Rindermanns "Migration-ability paradox" (zu deutsch Einwanderungs-Fähigkeits-Paradoxon). Demnach werden das Herkunftsland und das Einwanderungsland durch Migration schlechter gestellt, wenn das Fähigkeitsniveau im Einwanderungsland deutlich über dem im Herkunftsland liegt.
Das Herkunftsland würde den intelligenten Teil der Bevölkerung verlieren, während das Fähigkeitsniveau im Einwanderungsland sinke. Im Falle Europas gelte das etwa für zentralafrikanische Länder, wo der Durchschnitts-IQ bei 70 liege, und für Länder des Mittleren Osten (80 Punkte). Studien berichten von einem engen Zusammenhang zwischen Intelligenz und Phänomenen wie der Wirtschaftsleistung pro Kopf oder Korruption. Laut den beiden Autoren des Buches "Intelligence and Global Inequality" (2009) korrelieren nationale IQs mit dem Nationaleinkommen (0,68), der Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen (0,64), der Lebenserwartung (0,77) und Demokratisierung (0,57).
Ein Wert von 1 bedeutet dabei, daß sich zwei Größen exakt gleich entwickeln, also daß zum Beispiel mit steigender Intelligenz auch der Wohlstand in einem Land steigt. Bei null gibt es keinen und bei -1 einen exakt gegenläufigen Zusammenhang. In Deutschland liegt der IQ im Schnitt bei 100. Dabei liegen etwa 95 Prozent der Menschen zwischen 70 und 130 und 68 Prozent zwischen 85 und 115. Ein Unterschied von 15 IQ-Punkten entspricht dabei dem Unterschied zwischen einem Hochschulprofessor und einem Gymnasiallehrer oder einem Polizisten und einem Wachmann.
Logik-Test aus der IQ-Bestimmung: Studien berichten von einem engen Zusammenhang zwischen Intelligenz und Phänomenen wie der Wirtschaftsleistung pro Kopf oder Korruption. …

Die internationalen PISA-Studien der OECD

… Demnach lagen die 15jährigen Schüler in Deutschland und Frankreich 2022 intelligenzmäßig im Mittelfeld (475 bzw. 474 Mathe-Punkte) der 68 untersuchten Industriestaaten - mit fallender Tendenz (-25 bzw. -21 Punkte im Vergleich zu 2018). Spitzenreiter sind Singapur (575/+6), Japan (536/+9) und Südkorea (527/+1). Die "Europameister" Estland (510/-13), Schweiz (508/-7) und die Niederlande (493/-27) sind abgestürzt. Die Schlußlichter Serbien (440/-8), Griechenland (430/-21) und Rumänien (428/-2) liegen weiterhin hinter der Türkei (453).<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Umwelt: Papier ist unverzichtbar**

Volker Kempf

Die Posse um den Neuwahltermin für den Bundestag hat auch technische Fragen aufgeworfen: Schaffen es Kleinparteien wie die Basis, ÖDP, Tierschutzpartei oder Volt, rechtzeitig Unterschriften zu sammeln? Gibt es genügend Zeit und freie Lokalitäten für die Listenparteitage? Klappt es auch in Berlin oder muß dort wieder geschätzt werden? In Sachsen und im Saarland fällt der angepeilte Wahltermin 23. Februar in die Winterferien - was für viele Eltern die Briefwahl erzwingt.

Der 2. März wäre zudem mit dem folgenden Rosenmontag kollidiert. Die Bundeswahlleiterin Ruth Brand sorgte sich zunächst aber um das Papier für die Wahlunterlagen: Das stünde für einen Januar-Termin wohl kaum in ausreichender Menge zur Verfügung. Dabei ist Deutschland immer noch der größte Papierproduktionsstandort Europas und der viertgrößte der Welt - allerdings ist Druckpapier nicht CO2-neutral und etwa 40 Prozent teurerer als bei der Wahl 2021.

"Die Verbotspolitik und belehrende Regulierungen haben dem Mittelstand massiv geschadet."

Auch an den Druck-Kapazitäten muß eine Neuwahl nicht scheitern: "Keine Sorge, wir als leistungsstarke Bogenoffsetdruckerei sind vorbereitet - 61.500.000 Wahlzettel in Rekordzeit? Machen wir und unsere Kollegen-Betriebe doch mit links", heißt es in einer an "Herrn Scholz" und die "liebe Bundesregierung" gerichteten Online-Anzeige der Firma Meinders & Elstermann aus dem Kreis Osnabrück. "Wir benötigen drei Wochen, und wir kennen noch weitere Kollegen-Betriebe, die sicher bereit sind, diese Zeit noch zu verkürzen."

Doch der folgende Satz dürfte nicht nur der Rest-Ampel sauer aufstoßen: "Drei Jahre grüne Öko-Ideologie und rote Sozi-Träumereien haben mit einer nie dagewesenen Verbots-politik und belehrenden Regulierungen dem Mittelstand massiv geschadet." Daher wird eher wieder die Bonner Köllen Druck + Verlag GmbH erneut staatliche Großaufträge abfassen, denn deren Chef mag weder Satire noch überstürzte Termine: Jeder Wahlkreis und jeder Wähler und Kandidat habe den Anspruch auf korrekte Stimmzettel, gab Bastian Bleeck im Stern zu bedenken.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Die Große Neuverdrahtung**

Der US-Psychologe Jonathan Haidt analysiert die fatalen Auswirkungen des übermäßigen Smartphone-Konsums, insbesondere für die nachwachsende Generation

Fabian Schmidt-Ahmad

Sie sind überall zu sehen. Am Frühstückstisch, auf dem Weg zur Arbeit, in der Mittagspause, auf dem Heimweg, beim Abendessen: Menschen, die zwar äußerlich noch da sind, aber die Welt eigentlich nur noch durch das Smartphone in ihrer Hand erleben. Die neuen Sozialtechnologien haben das Zusammenleben gründlich umgepflügt. Wie sehr, wird an denjenigen ersichtlich, die kein distanziertes Verhältnis zu diesen Technologien mehr haben können, weil sie in ihrem jungen Leben gar nichts anderes kennengelernt haben.

Tatsächlich ist bereits eine ganze Generation von Jugendlichen herangewachsen, die vollstän-

dig von den neuen Sozialen Medien durchkonditioniert wurde. Was das ganz konkret heißt und wie sich das auf die psychische Gesundheit auswirkt, erforscht der renommierte US-Psychologe Jonathan Haidt. Sein Buch "Generation Angst" ist ein Resümee dessen. Trotz des wissenschaftlichen Hintergrundes bietet es auch für den Laien einen spannenden und gut lesbaren Überblick über die Folgen dieser gewaltigen Sozialrevolution.
Haidt wirft dabei einen pessimistischen Blick auf die Entwicklung. "Viele waren erleichtert, als sie herausfanden, daß ein Smartphone oder ein Tablet ein Kind stundenlang beschäftigen und ruhig halten konnte", erinnert er sich rückblickend, der selbst als Familienvater den ersten Einzug von IPhone & Co. ins Kinderzimmer erlebte.
Tatsächlich übergaben die Eltern unwissend ihren Erziehungsauftrag an neu aufkommende High-Tech-Konzerne, die ihre Möglichkeiten der Konditionierung ausnutzten. Haidt spricht hier von der "Großen Neuverdrahtung."
Tatsächlich bietet der Direktzugriff auf Millionen Kinderhirne ungeheure Möglichkeiten. Die Strategien laufen entlang althergebrachter Geschlechterrollen. Heranwachsende Mädchen werden über die Sozialen Medien gelenkt, Jungs über Videospiel- und Erotikplattformen. Ein tagtäglicher beziehungsweise nächtlicher Sog, der für die Minderjährigen ein ungeheures Suchtpotential besitzt. Am Ende stehen letztlich unbekannte Influencer und andere Manipulatoren als Bezugspersonen, die als Autoritäten mit den eigenen Eltern konkurrieren.

Verschlechterung der psychischen Gesundheit unter den Nutzern

Das Buch gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil beschreibt Haidt einen deutlichen Anstieg von psychischen Erkrankungen bei Teenagern ab 2010, der ihn und Kollegen erstmals alarmierte. Beispielsweise stieg bis 2020 die Zahl der Jugendlichen im Alter von zwölf bis 17 Jahren mit schweren Depressionen um das Zweieinhalbfache an. Ein durchgehender Trend in der englischsprachigen Welt, wie Haidt nachweist; sein Tatverdächtiger - eine neue Generation von Mobiltelefon, die ab 2007 ihren Siegeszug startete.
Immer leistungsfähigere Kameraobjektive und Digitalfilter schufen dabei eine völlig neue Selbstwahrnehmung. Und mit der Internetfähigkeit ein immer größeres Publikum, das über alles und jeden urteilte. "Ob ein Mädchen Filter benutzte oder nicht, das Bild, das es im Spiegel sah, wurde im Vergleich zu dem Mädchen, das es auf dem Bildschirm seines Smartphones sah, immer weniger attraktiv." Haidt spricht von einem Verlust einer "spielbasierten Kindheit", den er im zweiten Teil in einem historischen Überblick seit den achtziger Jahren beschreibt.
Haidts Argumentationslinie: Durch eine elterliche Überfürsorge wurden Aktivitäten von Kindern zunehmend in die Wohnung verbannt, wo bald ein PC seinen Platz fand. Doch reicht das aus, um von einem Verlust der Kindheit und einer "Großen Neuverdrahtung" zu sprechen? Im empiriegesättigten dritten Teil begibt sich Haidt auf Spurensuche. "Ich habe fünf Studien gefunden, die die Einführung von Highspeed-Internet rund um die Welt untersucht haben, und alle fünf fanden Hinweise auf eine Verschlechterung der psychischen Gesundheit unter den Nutzern", heißt es beispielsweise.
"Cybermobbing" - in den Pubertätsstürmen der heranwachsenden Jugendlichen bedeutet dies eine völlig neue Herausforderung. Ausgangspunkt sind häufig Nacktbilder, die in wachsender Zahl gewissermaßen als neue Prestige-Währung zwischen den Minderjährigen zirkulieren. Und nicht nur hier. Durch die Anonymität des Internets bei gleichzeitigem Geltungsbedürfnis in den sozialen Medien ist es für Erwachsene spielend einfach, Kontakte zu Kindern und Jugendlichen zu knüpfen - Nacktfoto inklusive. Denn wer nicht mitmacht, gilt als prüde.
Zwar sind hier vor allem Mädchen betroffen. Doch auch für Jungs hält die Entwicklung Gefahren bereit. Einhergehend mit mobilen Endgeräten und des überall verfügbaren Internets steigt auch der Konsum von Pornographie und Videospielen in Dimensionen, die es schwer machen, im realen Leben echte Beziehungen zu knüpfen. "Die Große Neuverdrahtung der

Kindheit lockte junge Menschen aus realen Gemeinschaften - auch den eigenen Familien - heraus und in vielerlei höchst veränderliche Netzwerke." Mit höchst fatalen Folgen für die moralische Entwicklung eines jungen Menschen.
Doch was dagegen tun? Im abschließenden vierten, praxisorientierten Teil zeigt Haidt Lösungsansätze auf, wie verantwortungsvoll mit den neuen Herausforderungen an die kindliche Entwicklung umgegangen werden kann. Neben Institutionen wie beispielsweise Schulen, die Schüler verpflichten können, Smartphones wegzuschließen, oder Tech-Konzernen sowie dem Gesetzgeber, die sich auf Mindestalter für soziale Plattformen einigen, sind vor allem auch die Eltern gefordert.
Haidt gibt diesen eine Fülle von Anregungen und vor allem Kontaktmöglichkeiten zu Gleichgesinnten an die Hand, freilich auf den englischsprachigen Raum zugeschnitten. Die Möglichkeiten sind vielfältig. So können sich beispielsweise Eltern in einer freiwilligen Verzichterklärung untereinander abstimmen, ihren Kindern vor einem bestimmten Alter kein Smartphone zur Verfügung zu stellen, um einen entsprechenden Konkurrenzdruck unter den Jugendlichen mit entsprechenden heimischen Auseinandersetzungen zu vermeiden. Vor allem forderte Haidt aber Eltern auf, Kinder wieder jenseits einer überbehüteten Welt Kinder sein zu lassen. Wer sich in der realen Außenwelt eine Selbständigkeit erringt, wird sich diese später auch in der fiktiven Welt des Internets bewahren können.
Jonathan Haidt: Generation Angst. Wie wir unsere Kinder an die virtuelle Welt verlieren und ihre psychische Gesundheit aufs Spiel setzen. Rowohlt Verlag, Hamburg 2024, gebunden, 446 Seiten …<<
Rußland: Das deutsche Multipolar-Magazin berichtet am 22. November 2024 (x1.423/…):
>>**Bei weiterem Angriff auf Rußland: Putin kündigt Einsatz neuer Rakete gegen westliche Länder an**
Moskau setzt neuen Typus von Hyperschallrakete in Ukraine ein / Kurzfristige Rede Wladimir Putins: Konflikt hat "globale Natur" angenommen / Westliche Präzisionswaffen können nur durch Nato-Experten eingesetzt werden
Herausgegeben von *Stefan Korinth* und *Paul Schreyer*
In Reaktion auf den Einsatz US-amerikanischer ATACMS-Raketen und britischer "Storm Shadow-Marschflugkörper" gegen militärische Ziele in Rußland hat die russische Armee erstmals eine neue ballistische Hyperschallrakete gegen die Ukraine eingesetzt.
Das erklärte Präsident Wladimir Putin in einer kurzfristig angesetzten Rede am Abend des 21. November. Dabei kündigte er zudem an, die neue Rakete - im Falle eines weiteren Angriffs mit Nato-Waffen auf Rußland - auch direkt gegen westliche Länder einzusetzen. "Wir sehen uns berechtigt, unsere Waffen gegen Militäreinrichtungen derjenigen Länder anzuwenden, die es zulassen, ihre Waffen gegen unsere Einrichtungen einzusetzen, und im Falle einer Eskalation aggressiver Handlungen werden wir entschlossen und spiegelbildlich reagieren", erklärte Putin.
Durch die westlichen Angriffe auf Rußland habe der zuvor "regionale" Ukraine-Konflikt nun "globale Natur" angenommen, unterstrich der russische Präsident. Er empfahl "den herrschenden Eliten" westlicher Länder, eine direkte russische Reaktion auf westliche Staatsgebiete "ernsthaft in Betracht zu ziehen". Niemand solle sich täuschen, es werde immer eine Antwort geben. Moskau werde die konkreten Ziele je nach Bedrohungslage für die eigene Sicherheit auswählen. Bei einem weiteren Einsatz des Raketentypus in der Ukraine werde die Zivilbevölkerung zuvor gewarnt.
Rußland habe die neuartigen Raketen als Antwort auf US-Pläne entwickelt, Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa und Asien aufzustellen. Die Entscheidung Putins über die Stationierung der russischen Mittelstreckenraketen und Kurzstreckenraketen werde von den Aktionen der USA und "ihrer Satellitenstaaten" abhängen. Es sei ein Fehler Washingtons gewesen,

den INF-Abrüstungsvertrag aus den späten 1980er Jahren unter einem "fadenscheinigen Vorwand" im Jahr 2019 zu kündigen.
Mit den neuen Mittelstreckenraketen vom Typ "Oreschnik" griff Rußland am Morgen des 21. November die Juschmasch-Rüstungswerke in der ukrainischen Großstadt Dnipro (Russisch: Dnjepropetrowsk) an, in denen unter anderem Raketenkomponenten produziert werden. Videoaufnahmen zufolge wurden bei dem Angriff sechs Raketen eingesetzt, die jeweils mehrere Gefechtsköpfe trugen. Das Waffensystem erreiche Putin zufolge eine Geschwindigkeit von 2,5 bis 3 Kilometer pro Sekunde (Mach 10) und könne von keinem derzeit existierenden Raketenabwehrsystem abgefangen werden.
Von ukrainischem Boden aus waren in den Tagen zuvor zwei Angriffe mit präzisionsgelenkten Langstreckenwaffen westlicher Produktion ausgeführt worden. Am 19. November war ein russisches Munitionsdepot in der Region Brjansk Putin zufolge mit sechs US-amerikanischen ATACMS-Raketen angegriffen worden.
Am 21. November habe es einen kombinierten Angriff britischer "Storm Shadow-Marschflugkörper" und US-Raketen des Typs "HIMARS" auf einen Kommandostützpunkt der russischen Armee in der Region Kursk gegeben. Bei letzterem seien russische Wachsoldaten verletzt und getötet worden, erklärte Putin. US-Präsident Joe Biden hatte kurz zuvor den Einsatz dieser Waffen auf russischem Territorium erlaubt. London und Paris wollten laut Medienberichten mit eigenen Genehmigungen nachziehen, haben diese bislang aber nicht offiziell verkündet.
Der russische Präsident wies in seiner Rede erneut darauf hin, daß der Einsatz dieser Waffensysteme nicht ohne die direkte Beteiligung von Militärexperten aus den Herstellerländern möglich ist. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte bereits im Februar 2024 eingeräumt, daß britische und französische Soldaten an der "Zielsteuerung" ihrer Marschflugkörper in der Ukraine beteiligt sind.
Auch hochrangige deutsche Luftwaffenoffiziere hatten in einem abgehörten Gespräch erklärt, daß die präzisionsgesteuerten Nato-Waffensysteme von westlichen Spezialisten bedient werden. Die britische und die US-Armee hätten dazu Militärpersonal in der Ukraine, legte Luftwaffenchef Generalleutnant Ingo Gerhartz in dem Gespräch nahe. Der Einsatz deutscher Taurus-Marschflugkörper in der Ukraine würde den Offizieren und dem Bundeskanzler zufolge ebenfalls die Beteiligung deutscher Soldaten erfordern.<<
Aserbaidschan: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Falscher Alarm für das Klima**
Warum Berechnungen zur Erderwärmung fragwürdig sind: Die Bedeutung des Kohlendioxids für den Klimawandel muß auf den Prüfstand. Vermeintlich wissenschaftliche Projektionen entpuppen sich als politisch motivierte Übertreibungen
In Baku tagt die diesjährige UN-Klimakonferenz vom 11. bis zum 22. November. Zum 29. Mal treffen sich Regierungs-chefs und Delegationen aller Herren Länder, um über Maßnahmen gegen den Klimawandel zu beraten. Weitere Milliarden an Geldern sollen aus den reichen Ländern Europas und des Westens in die Entwicklungsländer umverteilt werden. Doch die Bedeutung schwindet. Umfragen zeigen, daß das Thema in den Medien totgespielt wurde. Von den G20-Regierungschefs fehlen so gut wie alle. Die Führer der wirtschaftsstarken Emittenten klimaaktiver Gase - China, die USA, Deutschland, Frankreich, Indien, Brasilien oder Rußland - nehmen nicht teil. Es ist Zeit, einmal die fragwürdigen Berechnungen der Klimavorhersagen zu durchleuchten. (mp)
Fritz Vahrenholt
Klimamodelle wissen nichts über die natürliche Klimaentwicklung ohne CO2-Emissionen. Daher wird die seit 1860 zweifelsohne stattgefundene Erwärmung zu 100 Prozent dem CO2 und den anderen Klimagasen zugeschlagen. Dabei wird vernachlässigt, daß es in früheren Zei-

ten auch ohne menschlichen Kohlenstoffdioxid-Eintrag zu erheblichen Klimaschwankungen gekommen ist, etwa in der mittelalterlichen Warmzeit, in der die Temperaturen in Europa ebenso hoch waren wir heute.
Zudem hat man als Ausgangspunkt für die Klimabetrachtung das Jahr 1860 genommen, den Ausgang der letzten Kleinen Eiszeit, einer Zeit, die zu den kältesten Perioden der letzten 2.000 Jahre gehört. Ein nicht zu bestimmender Teil der Erwärmung seit 1860 ist aber der Temperaturerholung nach Beendigung der Kleinen Eiszeit geschuldet.
Klimamodelle sind bis heute nicht in der Lage, die Entwicklung der Wolken sicher zu simulieren. Aus Nasa-Satellitenmessungen über die direkte Sonneneinstrahlung der letzten 25 Jahre ist aber abzuleiten, daß die direkte Sonneneinstrahlung durch einen Rückgang der Wolken nicht nur in Europa, sondern auch weltweit zu einem Anstieg der Temperaturen beigetragen hat. 80 Prozent der Erwärmung der letzten 25 Jahre (nicht der letzten 150 Jahre) lassen sich auf diesen Wolkenverdünnungseffekt zurückführen. 20 Prozent verbleiben beim Treibhauseffekt des CO2. Über die Ursachen der in den letzten Dekaden angestiegenen Sonnenscheindauer gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze.

Modelle können Rolle der Wolken noch nicht korrekt berechnen

Zum einen wird die zyklische 60jährige Oszillation der Erwärmung und Abkühlung der Meere herangezogen - wir befinden uns seit 1985 in der starken Warmphase des Atlantiks, die zu einer Verdünnung der Wolken führen kann. Zum anderen ist der starke Rückgang der sulfathaltigen Staubteilchen - Aerosole - durch weltweite Emissionsminderung anzuführen. Aerosole verstärken die Wolkenbildung.
Nasa-Forscher erklärten die besonders starke Erwärmung seit 2021 mit dem Emissionsverbot von stark schwefelhaltigem Dieselöl bei Schiffen. Der dadurch hervorgerufene Rückgang von Schwefelemissionen von fast 10 Millionen Tonnen Schwefeldioxid soll 85 Prozent der besonderen Erwärmung der letzten Jahre ausmachen. All diese Einflüsse werden in den Klimamodellen nicht hinreichend berücksichtigt.
Kohlenstoffdioxid führt im Laborversuch zu einer Erwärmung von 1,1 Grad Celsius bei Verdoppelung des CO2-Gehalts. 1860 war der CO2-Gehalt 280 ppm ("Millionstel"), heute liegt er bei 422 ppm, also um 50 Prozent höher. Das ist unbestritten und wäre alles andere als eine Katastrophe. Die Modelle gehen aber von einer extrem hohen Rückkopplung des Kohlenstoffdioxids mit Wasserdampf aus. Durch die von CO2 erzeugte Erwärmung - so die Modelle - wird mehr Wasserdampf in die Atmosphäre aus den Ozeanen verdampft, so daß die Modelle eine Erwärmungsverstärkung um einen Faktor drei annehmen.
Wasserdampf ist ein deutlich stärkeres Klimagas als Kohlenstoffdioxid. Aber mit zunehmendem Wasserdampf in der Luft ist auch eine Tendenz stärkerer Wolkenbildung gegeben, die dem Erwärmungstrend entgegenwirkt. Da die Modelle aber die Wolken nicht berechnen können, springen sie bei der Berechnung der Klimasensitivität des CO2 zu kurz. Die Unsicherheit ist extrem hoch: in der Literatur werden Klimasensitivitäten von 0,6 (also negative Rückkopplung) bis 4,5 Grad Celsius angegeben. Trotzdem erweckt die Klimapolitik den Eindruck, genau zu wissen, wie man die Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzen kann.
Die Klimamodelle gehen von einer physikalisch nicht begründeten Lebenszeit des Kohlenstoffdioxids in der Atmosphäre aus. Alle Klimamodelle legen das Berner Modell des CO2-Abbaus in der Atmosphäre zugrunde. Das Berner Modell kommt zum Ergebnis, daß 50 Prozent des CO2 innerhalb einer Halbwertszeit von 50 Jahren abgebaut werden, 30 Prozent innerhalb von 1.000 Jahren und 20 Prozent verbleiben auf Tausende von Jahren in der Atmosphäre.
Es wird sich einmal als der schlimmste Fehler der Klimawissenschaft und der Klimapolitik erweisen, daß man eine rein mathematische Modellierung des Berner Modells zur Beschreibung der Wirklichkeit herangezogen hat und somit zu extrem falschen Prognosen des Kohlen-

stoffdioxid-Verbleibs kommt. Es ist unbestritten, daß heute 55 Prozent der CO2-Emissionen von Pflanzen und von den Weltmeeren aufgenommen werden. Die Aufnahme der Meere, insbesondere der Tiefsee ist unbegrenzt, und Pflanzen lieben CO2, so daß die Erde seit Jahrzehnten grüner wird.

Klimawirkung des Kohlendioxids ist wohl geringer als angenommen

Die Pflanzen und die Ozeane wissen nichts von den Emissionen. Sie reagieren nach den Gesetzen der Physik allein auf die sie umgebende Konzentration von heute 422 ppm CO2. Sie werden also weiterhin 10,5 Milliarden Tonnen CO2 und 11,4 Milliarden Tonnen CO2 im Jahr auch dann aufnehmen, wenn es uns gelingt, die Emissionen zu halbieren. Damit wäre ein Gleichgewichtszustand erreicht und die Klimakatastrophe endgültig abgesagt. Netto-Null wäre also die Halbierung der Emissionen, liebes Bundesverfassungsgericht!

Dagegen widersprechen die Klimamodelle mit dem Berner Modell jeden empirischen Untersuchungen. Es ist völlig absurd anzunehmen, daß sich 20 Prozent der Emissionen auf Dauer den physikalischen Gesetzen der Absorption und der Photosynthese entziehen. Das Berner Modell gehört auf den Müll der Wissenschaftsgeschichte. Die Erde hilft uns in der Realität mehr, als mathematische Gleichungen mit zahlreichen Unbekannten suggerieren. Aber Bern paßt ins politische Narrativ des Katastrophenszenarios und wurde daher niemals von Politik und Wissenschaft hinterfragt.

Die Szenarien des Weltklimarats umspannen verschiedene CO2-Emissionsentwicklungen. Die wahrscheinlichste ist das Szenario 4.5, das einen leichten Emissionsanstieg von heute etwa 40 Milliarden Tonnen Ausstoß auf 45 Milliarden Tonnen bis 2050 annimmt, weil China, Indien und die sich entwickelnde Welt weiter fossile Nutzungen ausbauen. Danach sinken die Emissionen auf etwa 25 Milliarden Tonnen bis 2100. Dieses Szenario führt in den Prognosen des Weltklimarats mit den oben beschrieben fehlerhaften Annahmen der Kohlenstoffdioxid-Klimawirkung zu einer Erwärmung von etwa 2,5 Grad.

Da die Klimawirkung des CO2 wahrscheinlich deutlich geringer ist, als der Weltklimarat annimmt, werden wir wahrscheinlich bei 1,5 bis 2 Grad in 2100 landen, was alles andere als eine Katastrophe ist. Es ist zumindest kein Grund, das eigene Land Deutschland in Armut und massive Wohlstandsverluste durch eine grüne Deindustrialisierungspolitik zu führen. Wir müssen die CO2-Emissionen reduzieren durch Kernenergie, CO2-Abscheidung bei Kohle und Gaskraftwerken (CCS) und auch Erneuerbare Energien, wo sie sich rechnen. Aber eben nicht auf Null, sondern nur die Hälfte. Und dafür haben wir mehr als eine Generation Zeit.

Der Weltklimarat gibt aber den Politikern ein willkommenes Instrument in die Hand, indem er ein Szenario 8.5 aufführt, das eine Verdreifachung der Kohlenstoffdioxid-Emissionen bis 2100 bedeutet. Dann gehen die Temperaturen in den fragwürdigen Weltklimaratsmodellen auf bis zu 4,5 Gad hoch. Dieses Szenario ist aber völlig unrealistisch, da uns auf diesem Pfad die heute bekannten Kohle-, Öl- und Gasvorräte ausgehen würden.

Mit den Klima-Modellen wird Angst erzeugt, um Politik zu rechtfertigen

Das ist aber das Szenario, das wir in den Schlagzeilen von FAZ, Spiegel, ARD und ZDF wiederfinden. Damit wird Angst erzeugt, damit eine Politik gegen die Interessen der Bürger durchgesetzt werden kann. Ein Szenario, das nie eintreten wird, wird benutzt, um grüne Politik, um Deindustrialisierung mit Wohlstandsverlust durchzusetzen.

Ja, CO2 ist ein schwaches Klimagas, wir müssen es begrenzen und nach Möglichkeit auch in seinen Emissionen weltweit (!) halbieren. Aber es nutzt niemandem, wenn Deutschland sich abschafft mit seinem Anteil von 1,5 Prozent der Weltemissionen und einem Pro-Kopf-Ausstoß von 8,1 Tonnen CO2 gegenüber China mit einem Anteil von 30 Prozent und einem Pro-Kopf-Ausstoß von 8,7 Tonnen Kohlenstoffdioxid. Solange China sich alle Anforderungen an eine Emissionsminderung verbittet, weil es nach den UN-Kriterien ein Entwicklungsland sei, sollte Deutschland, das seine Emissionen fast halbiert hat, nicht versuchen, die Welt zu

retten: der CO2-Anstieg Chinas in einem Jahr (von 2022 auf 2023) ist größer als die Gesamt-emissionen Deutschlands.
Der neue Energieminister in den USA Chris Wright hat das Tempo vorgegeben. Er sagt, der Wechsel vom Energieträger Holz zur Kohle hat zwei Generationen benötigt, von Kohle zu Gas, Öl und Kernenergie ebenfalls zwei Generationen. Die Ablösung der fossilen Energieträger wird ähnlich lange benötigen und nicht zwei Legislaturperioden. Eine Regierung eines Landes hat versucht, das in einer Legislaturperiode zu bewerkstelligen und hat damit sich ans Ende der wirtschaftlichen Entwicklung geschleudert. Mal sehen, wie das repariert werden kann.
Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, Jahrgang 1949, war von 1993 bis 1997 Hamburgs Umweltsenator, dann bis 2012 in Führungspositionen bei der Deutschen Shell und RWE-Tochter Innogy für Erneuerbare Energien zuständig. Er publizierte mehrere Bücher darunter "Die Lage der Nation" (1983), den ersten Umweltatlas Deutschlands, "Die kalte Sonne. Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet" (2012). Zuletzt veröffentlichte er "Die große Energiekrise: ... und wie wir sie bewältigen können." (2023)<<
Rumänien: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Der deutschstämmige Präsident tritt ab**
Rumänien: Der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis ist mit seinen Anti-Korruptionsplänen gescheitert und scheidet nun aus dem Amt
Paul Leonhard
Schluß für den deutschstämmigen Präsidenten. Zehn Jahre lang stand Klaus Johannis an der Spitze des rumänischen Staates. Nun, nach zwei Amtszeiten, darf der Siebenbürger Sachse bei den Präsidentschaftswahlen am kommenden Sonntag nicht mehr antreten. So sehen es die Wahlgesetze in Rumänien vor.
Doch selbst wenn er dürfte, hätte Johannis wohl kaum eine Chance auf eine dritte Amtszeit. Zu sehr hat sein Image als Vorbild in Sachen Zuverlässigkeit, Leistungsbereitschaft, Zielstrebigkeit und vor allem Unbestechlichkeit gelitten. Der heute 65jährige war als Präsident gewählt worden, weil er aus Sicht der Rumänen für "deutsche Werte" stand und überdies als Bürgermeister Hermannstadt zu unverhoffter Blüte verholfen hatte. Daß er dabei auch selbst reich geworden war, wurde häufig übersehen.
Nachdem er in seiner ersten Amtszeit mit seinen ehrgeizigen Anti-Korruptionsplänen gescheitert war, zog sich der studierte Physiker nach seiner Wiederwahl auffällig aus der Öffentlichkeit zurück und unterlag offenbar den Verlockungen des Amtes.
Mit seinem pro-westlichen Kurs konnte Johannis überzeugen
Derzeit sieht es so aus, als müsse er sich sogar noch einem Untersuchungsausschuß stellen. Viele Rumänen wollen wissen, wieviel die "Luxusflüge" des Präsidenten gekostet haben und wieso es Zwischenlandungen in dessen Heimatstadt Hermannstadt gab. Noch spannender dürfte sein, welche Summen die Sanierung der Villa gekostet hat, die allem Anschein nach als künftige Residenz für das dann ehemalige Staatsoberhaupt vorgesehen ist.
Was Johannis' Nachfolge angeht, liegt der Sozialdemokrat Marcel Ciolacu (PSD) in den Umfragen vorn. Hinter ihm streiten sich der rechte George Simion (AUR), die liberale Elena Lasconi (USR) und Nicolae Ciuca von der nationalliberalen PNL, der auch Johannis angehört, um den zweiten Platz für die Stichwahl am 8. Dezember.
Bei aller Kritik an Johannis zeigen sich die Rumänen mit seinem pro-westlichen Kurs zufrieden. Laut einer INSCOP-Umfrage wünschen sich rund zwei Drittel der Wähler erneut einen pro-westlichen Präsidenten. Das hängt auch damit zusammen, daß sich die Orientierung nach Westen - Rumänien trat 2004 der Nato und 2007 der EU bei - wirtschaftlich auszahlt. Seit 2014 stieg der Netto-Durchschnittslohn von 382 Euro auf 1.030 Euro im Monat. Zu kämpfen hat der rumänische Staat mit der Abwanderung nach Deutschland, der zunehmenden Zahl an

Gastarbeitern aus dem Fernen Osten und einem Geburtenrückgang.
Diese Themen spielen nicht nur bei der Präsidentschaftswahl, sondern auch bei der Parlamentswahl eine Rolle, die zwischen den beiden Präsidenten-Wahlrunden am 1. Dezember stattfindet. Vertraut man den Umfragen, bekommt die aktuelle Koalition aus sozialdemokratischer PSD (31 Prozent) und nationalliberaler PNL (18 Prozent) erneut eine Mehrheit, könnte also weiterregieren. Zweitstärkste Kraft hinter den Sozialdemokraten würde die rechtskonservative AUR, die derzeit bei etwa 19 Prozent liegt, knapp fünf Prozent mehr als bei der vergangenen Parlamentswahl 2019. Die liberale USR steht mit rund 15 Prozent auf Platz vier.
Da es in der Koalition zwischen PSD und PNL durchaus Spannungen gibt, sind trotz der erwarteten erneuten Mehrheit auch andere Regierungskonstellationen denkbar. Eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und der rechten AUR schlossen beide Seiten jedoch bereits aus.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/31153" berichtet am 22. November 2024 (x1.418/…): >>**Interview mit Dr. med. Sonja Reitz: PostVac - eine gern ignorierte Krankheit mit vielen Gesichtern (Impfschäden MELDEN, bevor sie verjähren!)**

Interviewer: Obwohl Millionen von Menschen durch die fälschlicherweise als Corona-Impfung bezeichnete mRNA-Gentechnologie geschädigt worden sind, wird diesen Herbst erneut Werbung gemacht für die sogenannten mRNA-basierten Corona-Impfungen.
Wie kann es sein, daß Bürgerinnen und Bürger immer noch bereit sind, sich der experimentellen Gentherapie zu unterziehen? Und auch schon bald sollen weitere herkömmliche Impfungen wie gegen Grippe oder Genitalherpes auf die mRNA-Technologie umgestellt werden. Segen oder Fluch?
Wir haben heute Dr. Sonja Reitz bei uns zu Gast. Vielen Dank, daß Sie sich die Zeit nehmen. Sie sind Geschäftsführerin und Mitbegründerin des ärztlichen Berufsverbandes Hippokratischer Eid. Was ist das Anliegen Ihres Vereins und was ist Ihre persönliche Perspektive darin als Ärztin?
Dr. Sonja Reitz: Vielen Dank für die Einladung hier zu Klagemauer-TV! Der Ärzteverband Hippokratischer Eid hat sich zusammengeschlossen, weil sehr viele Ärzte eigentlich eine moralische Fehlentwicklung in der Medizin feststellen. Und wir wollen die Ethik in der Medizin wiederherstellen, daß sie sich wieder den Menschen zuwendet, daß sie wieder evidenzbasiert arbeitet und sich nicht mehr überwiegend am Profit orientiert.
Interviewer: Ja, vielen Dank! Kommen wir dann zum Thema. Trotz vieler bekannter Impfschäden lassen sich ja viele Menschen immer noch mit der genbasierten mRNA-Injektion spritzen. Eigentlich dürfte man ja auch gar nicht von Impfschäden sprechen, sondern es sind ja Nebenwirkungen einer mRNA-Gentherapie. Die sind ja anscheinend ziemlich vielfältig. Was können Sie uns dazu sagen?
Dr. Sonja Reitz: Ja, es ist ein weites Feld, wie Sie es schon andeuten. Also ein abendfüllendes Programm, würde ich sagen. Wir wollen es jetzt heute nicht zu ausführlich machen. Ich sage immer dazu, daß diese mod-RNA, modifizierte RNA, eben kein natürlicher Stoff ist, sondern eine gentechnisch veränderte Aminosäuren-Sequenz, die den Körper anregen soll, die Spike-Eiweiße zu bilden.
Die Spike-Eiweiße sind im Prinzip giftig für den Körper. Das ist das, was uns am Coronavirus krank macht. Und jetzt baut der Körper diese Spike-Eiweiße selber. Und er baut sie leider nicht nur drei Tage, wie es der Hersteller mal so angedacht oder gesagt hatte, sondern es ist nachgewiesen, daß er bei vielen Menschen über Wochen, Monate gebaut wird. Und diese ganzen Spike-Eiweiße, die dann gebaut werden, werden in den Zellen eingelagert, werden in die Zellmembranen eingelagert und werden dann … irritieren das Immunsystem, weil das Immunsystem erkennt sie wie ein Virus und greift dann die Zellen an.

Das Immunsystem hält dann die Zellen für quasi Viren und greift diese an und zerstört sie auch. Das ist in manchen Fällen so schlimm, daß Menschen Multiorganentzündungen bekommen und daran versterben. In mehreren Obduktionen ist es von Arne Burkhard schon festgestellt worden, auch Bansal in Schweden hat das nachgewiesen, und die Pathologin Krüger hat es selber auch bestätigt bei den ganzen histologischen Präparaten.
Das ist aber nicht das einzige Problem. Es gibt weitere Probleme. Diese Spike-Eiweiße werden durch die Verpackung, die diese Impfstoffe bekommen, Lipid-Nanopartikel - das hat vielleicht schon mal jemand gehört - werden die bis ins Gehirn transportiert und in jedes Organ, in jede Zelle.
Jetzt ist es so, daß im Gehirn dann auch, anstatt gedacht werden, da braucht man eine klare, ruhige Zellsituation, werden Entzündungen erzeugt. Das führt auch zum Zelluntergang von Gehirnzellen, von Nervenzellen. Das führt zu Entzündungen von Nerven, was die vielen Schmerzsyndrome erklärt, die plötzlich auftauchen. Polyneuropathien, komische Gefäßstörungen, Migräne, alle möglichen Dinge, aber auch die Epilepsien, die viele Leute nach den Impfungen bekommen haben.
Die werden dann in den Gehirnschäden, Nervenschäden, Organschäden jeder Art erzeugt. Und diese Lipid-Nanopartikel transportieren quasi diese mod-RNA, die dann die Spikes produzieren, auch bis in die Eierstöcke und die Hoden, was die Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit macht. Deswegen haben wir, und das wird oft gar nicht mitgezählt, das wird vergessen zu analysieren, in 2023 einen Geburtenrückgang um 18 Prozent.
Und das liegt nicht etwa daran, daß die Leute keine Kinder bekommen wollen, sondern die Zahl der festgestellten Schwangerschaften ist identisch wie fünf Jahre Vergleichszeitraum. Also es gibt eine ganze Menge Fehlgeburten, aber auch schon frühe Abgänge, sodaß die Schwangerschaft nicht hält. Und es ist auch ein Einfluß auf die Spermienbeweglichkeit und die Spermienzahlen nachgewiesen worden in den Studien, die lang genug durchgeführt wurden, um es auch beurteilen zu können.
Interviewer: Es wurde ja behauptet, daß die Leute durch die Corona-Krise so gestreßt waren, daß sie keine Kinder mehr bekommen wollen. Aber Sie sagen, die Anzahl der Schwangerschaften ist gar nicht rückläufig.
Dr. Sonja Reitz: Das ist so ein gern benutztes Argument, aber ein Pseudo-Argument, und es ist widerlegt durch die Fakten. Also die Situation ist die, daß während des Lockdowns, als alle völlig deprimiert waren, keiner wußte, wann hört es wieder auf 2020, hatten wir Anfang 2021 einen richtigen, echten Babyboom. Nesting-Effekt, würde man so sagen. Das heißt, die Menschen haben die Zeit konstruktiv genutzt, das ist klar. Und auch die Anzahl der festgestellten Schwangerschaften, das kann man an den ICD-Codierungen der Gynäkologen sehen, das kann man bei der Kassenärztlichen Bundesvereinigung erfragen, sind die gleiche Anzahl wie in einem 5-Jahres-Vergleichszeitraum.
Auch das ist ein klarer Beleg dafür, daß es nicht daran liegt, daß man nicht schwanger werden möchte. Es ist auch nirgendwo bekannt, daß die Anzahl der Abtreibungen so exponentiell gestiegen sei. Also das darf als Widerlegung gegen das Ammenmärchen (gesehen werden). Es handelt sich hier um (einen) Rückgang der Fruchtbarkeit in einem so erheblichen Ausmaß, daß man besorgt sein muß. Es ist völlig unklar, wie lang das Ganze anhält. Man hat festgestellt, zum Beispiel bei Rheumatikern, die ja schon Entzündungen im Körper haben, daß die in 40 Prozent der Fälle Gerinnungsstörungen entwickeln.
Dann sind die D-Dimere erhöht. Das ist so ein Blutparameter - die wenigsten werden das kennen. Aber das kann man im Blut feststellen. Dann mußten die gerinnungshemmende Medikamente einnehmen, und das war über acht bis zwölf Monate notwendig, sodaß man also hoffen darf, daß dieses Fruchtbarkeitsthema vielleicht sich auch relativiert. Aber in 2023 hatten wir noch die dicken Auswirkungen von 2022. Es ist jetzt weiter abzuwarten, wie sich das 2024,

2025 entwickelt. Und es ist nur klar zu sagen, wer jetzt noch Mod-RNA-Impfungen empfiehlt, der - sag ich mal - begeht meiner Meinung nach eine wirkliche Todsünde. So nenne ich das jetzt einfach mal.
Interviewer: Kommen wir noch mal zurück zu der Wirkung. Sie haben gesagt, daß die Spike-Proteine auf der Oberfläche von Zellen gezeigt werden und dort eine Entzündung auslösen. Das klingt für mich auch Richtung Autoimmunerkrankungen. Gibt es dort auch Hinweise, daß die im Anstieg sind?
Dr. Sonja Reitz: Ja, natürlich. Es gibt einen starken Anstieg der Autoimmunerkrankungen. In Deutschland wird es ja immer ein bißchen versäumt, sozusagen Vorher-Nachher-Vergleiche zu machen. Das hat man aber, zum Beispiel in Israel hat mal das Gesundheitsministerium eine Untersuchung gemacht. Da haben sie drei Wochen nach der Boosterung geguckt, was sind dann die Beschwerden da. Und dann waren deutliche Anstiege da von verschiedensten Krankheiten, neurologische Störungen zum Beispiel in viereinhalb Prozent der Fälle. Autoimmunerkrankungen habe ich jetzt nicht mehr ganz im Kopf. Ich glaube, sechs Prozent. Ich bin mir aber nicht mehr ganz sicher.
Die Studie ist veröffentlicht, kann man auch nachgucken in dem Ministerium für Gesundheit in Israel, da gibt es sie auf Englisch. Auf der Webseite des Ärzteverbandes haben wir sie auf Deutsch eingestellt vom 10.02.2022. Und da kann man ganz viel lesen, wie viele Neuerkrankungen es nach dieser Impfung gab, die absolut überzufällig häufig sind. Das Ganze ist im Übrigen auch nochmal später bestätigt worden von einer italienischen Studie. Da haben sich Kollegen richtig Mühe gemacht und haben die Geimpften viermal interviewt. 19.000 Menschen.
Ja, da haben sie festgestellt, daß diese neurologischen, diese Nervenschäden - auch da haben die psychiatrischen Syndrome, glaube ich, mit dazu gezählt - in 30 Prozent der Geimpften aufgetreten sind. 30 Prozent mit Schmerzen, Epilepsie, Lähmung, Schlaganfall, Gedächtnisstörung, Konzentrationsstörung, alles, was so eben ein Gehirn und ein Nerv so macht!
Interviewer: Sie arbeiten ja selber auch als Ärztin. Was fällt Ihnen bei Ihren Patienten auf, die um Rat und Hilfe suchend zu Ihnen kommen?
Dr. Sonja Reitz: Ja, das ist auch erschütternd. Also es ist auch so: Ich habe eigentlich eine kleine Praxis, und wenn ich dem Paul-Ehrlich-Institut glauben würde - was ich lange schon nicht mehr tue, muß ich mal dazu sagen - dann hätte ich eigentlich überhaupt gar nichts sehen dürfen. Das Paul-Ehrlich-Institut erzählt sehr selten Nebenwirkungen. Kann ich nicht, wie soll man (das) mal bekräftigen?
Im Gegenteil. Von denen, die geimpft in meine Praxis gekommen sind, haben, ich würde mal sagen mindestens die Hälfte, Symptome durch die Impfung, entweder Infektanfälligkeit, die auffällig ist - plötzlich bekommen sie im Sommer Erkältung, die sie vorher nicht hatten - oder sie haben auf einmal eine Gürtelrose, oder sie haben auf einmal ein Epstein-Barr-Virus, den sie vorher nicht hatten, auf einmal geschwollene Lymphknoten. Oder sie haben Schwächezustände - Chronic Fatigue-Syndrom - die auch oft als Post-Vac beschrieben werden.
Oder sie haben sogar Denkstörungen oder Halluzinationen und Antriebsmangel, Schwäche, Appetitlosigkeit, Schwindel. Wie gesagt, das waren jetzt die Symptome von drei (Patienten). Konzentrationsstörungen, muß ich noch dazu sagen, Herzschmerzen, Herzrhythmusstörungen, Angina pectoris bei insgesamt fünf Patienten, ja.
Interviewer: Und wäre es nicht möglich, daß das auch eine Folge von Covid ist, was letztlich ja 2022 mit dem Omikron fast alle gehabt haben?
Dr. Sonja Reitz: Ja, bei den Patienten, von denen ich jetzt gerade erzählte, das sind Patienten, die haben sich 2021 impfen lassen. Und die hatten noch kein Omikron, die hatten auch kein Corona gehabt. Das Wuhan-Virus war da nicht sehr weit verbreitet. Also man weiß ja mittlerweile, daß dieser erste Lockdown völlig absurd war. Es gab damals noch gar keine Massen-

erkrankungen, die das gerechtfertigt hätten, hat ja auch der Herr Professor Schaade sozusagen auch zugegeben und steht auch in den RKI-Protokollen. Und das, wovon ich erzähle, das sind Nebenwirkungen, die habe ich in '21 bis Sommer 22' gesehen.
(Ergänzung von Dr. Sonja Reitz: Es besteht die Möglichkeit, durch eine Blutuntersuchung in Speziallaboren bestimmen zu lassen, welche Spikes im Blut noch vorhanden sind - von einer mRNA-Injektion oder von einer Corona-Erkrankung. Dies kann als Hinweis auf einen Impfschaden dienen. Speziallabore sind im Abspann zu finden.)
Interviewer: Kommen wir jetzt auch zu den praktischen Aspekten. Es gibt jetzt Menschen, die haben leider diese Nebenwirkungen. Was können sie tun? Gibt es Stellen, wo(hin) sie sich wenden können, um diese Dinge behandeln zu lassen?
Dr. Sonja Reitz: Ja, das ist sozusagen der Pferdefuß der Medizin. Man streut erstmal diese Perlchen unter die Menschen. Also die Impfung hat man unter das Volk gebracht mit "sicher und wirksam". Und dann gibt es jetzt massenweise, ich würde sagen millionenfach, schwere Nebenwirkungen.
Also ich kann in keinster Weise unterstützen die Zahlen, die das Paul-Ehrlich-Institut dazu herausgibt, weil selbst die Kassenärztliche Bundesvereinigung hat schon im, - wann war das, für 21 oder so war das, glaube ich - schon zweieinhalb Millionen Impfnebenwirkungen kodiert. (Veröffentlicht 2022: PRESSEKONFERENZ zu Daten der KBV https:// www.youtube.-com/watch?v=fmn8Ze3jfUg) Und wenn jemand zum Arzt geht, sich krankschreiben läßt, dann ist das nicht einfach nur eine Rötung an der Stelle oder ein bißchen Armschmerz. Deswegen hat sich keiner krankschreiben lassen.
Es ist so, daß in diesen zweieinhalb Millionen die ganzen Menschen noch nicht erfaßt sind, die erst nach Wochen und Monaten zum Beispiel Thrombosen, Embolien bekommen haben oder zum Beispiel auch Krebs oder Turbokrebs. (Neues Interview von Frau Krüger: kommt erst am 4.11.) Das ist ja dieser schnell wachsende Krebs, den nennt man Turbokrebs. Das sind ja alles Folgen, die erst nach Wochen und Monaten auftreten. Gott sei Dank nicht in allen! Also soweit möchte ich einfach auch ein bißchen beruhigen. Aber die Zahlen sind beängstigend.
Wir haben in Amerika zum Beispiel einen Anstieg um 25 Prozent über alle Altersgruppen. In England gibt es einen Anstieg von 43 Prozent Krebstoten bei den Jüngeren bis 44 Jahren (15 bis 44-Jährige). Also das sind extreme Zahlen. Die sind alle in 22 aufgetreten. Also nach Impfung ein paar Monate und los geht's. Und ich habe im eigenen persönlichen Umfeld mehrere Patienten und auch Freunde, die hatten früher mal Krebs bekommen und hatten eigentlich nichts mehr. Das Ganze lag zehn, fünfzehn Jahre zurück.
Und (sie bekamen) eine Impfung und drei Monate später schnell wachsender Krebs, auch bei einer sehr alten Dame mit Tod am Ende. Und das kann ich nur sagen. Also so häufig wie diese Erkrankungen jetzt sind und die Todesfälle, kann man eigentlich nicht weggucken und kann nicht behaupten, das sind seltene Einzelfälle. Man kann den Zusammenhang nicht sehen. Wenn ich vorher in zehn Jahren einen Kollegen durch einen plötzlichen Tod verloren habe, und habe jetzt sechs Kollegen durch einen plötzlichen Tod verloren, ist das ein Risikosignal. Kann ich jetzt nicht anders sagen, ja.
Interviewer: Gibt es... Sie haben ja diesen Ärzteverband. Gibt es halt Kollegen, wo man sich hinwenden kann? Weil häufig wird man halt mit diesen Klagen abgewiesen bei vielen Ärzten nach wie vor noch. Ich habe auch im persönlichen Kreis Leute kennengelernt, die wirklich verjagt worden sind aus der Praxis. Was können solche Leute tun?
Dr. Sonja Reitz: Also es ist richtig, daß viele Ärzte wollen nicht wahrhaben, daß sie möglicherweise Schaden angerichtet haben. Und wenn sie selbst geimpft haben, riskieren sie auch einen Haftungsschaden, wenn sie dann einen Impfnebenwirkungsschaden feststellen. Der erste Punkt ist der, daß man selber meint, es seien Impfnebenwirkungen aufgetreten. Ob es inner-

halb der ersten drei Monate, vier, fünf, sechs Monate ist, kann nur jeder selber beurteilen, daß man erst mal sich selbst vertraut und nicht dem, was der Arzt sagt.
Ich habe auch von vielen gehört, es kann gar keine Nebenwirkung sein. Wie will er das denn bitteschön beweisen, belegen etc.? Diese Krankheit, diese Spike-Proteine können wirklich jedes Organ krank machen. Sie können jedes Gefäß krank machen, und Gefäßschäden können jede andere Krankheit erzeugen. Wie also kann ein Arzt behaupten, es kann keinen Zusammenhang haben? Also so ein Satz ist unwissenschaftlich.
Und wenn ein Patient das sozusagen zu hören kriegt, sollte er die Frage sagen, wie können Sie das denn belegen, daß es keinen Zusammenhang hat? Bitte einmal Butter bei die Fische. Dann wird er schon ein bißchen blasser werden, der Kollege, möglicherweise. Wichtig ist jetzt, was zu tun ist. Also erstens sollte man Impfschäden immer melden.
Die kann man auch als Patient selber melden, das wissen viele nicht, weil nur der gemeldete Schaden wird beim PEI auch gezählt. Da gibt es eine Seite, die ist, glaube ich, nebenwirkungen.bund.de (https://nebenwirkungen.bund.de/nw/DE/home/home_node.html) und es gibt noch eine Seite, die speziell auch für Patienten ist, zu melden. Die ist vielleicht ein bißchen einfacher gestrickt. Vielleicht kann man die jetzt nochmal zeigen. (https://www.pei.de/DE/-arzneimittelsicherheit/pharmakovigilanz/meldeformulare-online-meldung/nebenwirkungsmeldung-verbraucher-inhalt.html).
Und da kann man auch den Impfschaden, den Verdacht eines Impfschadens melden. Man muß das also nicht beweisen. Das denkt ja der eine oder andere, man müßte beweisen, daß es ein Impfschaden ist. Nein, der Verdacht muß gemeldet werden. Ärzte sollen es melden beim Gesundheitsamt und beim Paul-Ehrlich-Institut und bei der Arzneimittelkommission der Deutschen Ärzteschaft. Wenn ich jetzt also Nebenwirkungen habe, mit denen ich selber nicht klarkomme: Einmal gibt es Internetforen, da kann man schon mal den einen oder anderen Hinweis bekommen, was man probieren kann.
Das meiste davon ist relativ ungefährlich. Das kann man probieren. Ansonsten gibt es Therapeutenvermittlungsstellen. Das eine ist www.corona-impfschadenhilfe.de (https://corih.de) Also www.corona-impfschadenhilfe.de und das andere ist mwgfd.de. (https://www.mwgfd.-org/therapeutenvermittlung/)
Das sind ehrenamtliche Institutionen, die versuchen dann in der Region Therapeuten zu vermitteln, die sich in dem Bereich schon mal ein bißchen kundiger gemacht haben, weil das Problem besteht ja auch darin, daß es neuartige Erkrankungen sind.
Der Schwindel ist zwar dasselbe Symptom wie sonst, aber die Ursache des Schwindels, die Spike-Eiweiße, die Entzündung da und da, das ist etwas Neuartiges. Und da braucht es neuartige Ansätze. Ich weiß zum Beispiel, daß es sehr gute Studien gibt mit Nattokinase. Das ist ein Enzym aus einer Pflanze, welches so zum Beispiel die Spike-Eiweiße zu verdauen scheint.
Da gibt es erfolgversprechende Studien aus verschiedenen Ländern. Es gibt noch mehr Dinge, mit denen man auch die Energiegewinnung in den Zellen verbessern kann. Das kann jetzt sozusagen… ich will hier nicht irgendwelche Mittel aufzählen, das würde hier zu weit führen, aber da gibt es schon Ansätze, mit denen man auch einen guten Erfolg hat. In den schweren und schwersten Fällen kann es sein, daß man sogar bis zur Blutwäsche gehen muß.
Da muß man dann quasi wie bei einer Dialyse sozusagen die Entzündungsstoffe aus dem Körper abfischen und anti-entzündlich behandeln. Es gibt auch gute Erfolge teilweise mit Cortison-Therapien. Die haben natürlich Nebenwirkungen, aber sie helfen ja auch am Anfang. Also es gibt viele Ansätze. Auf der Webseite vom Ärzteverband (https://www.aerzte-hippokratischer-eid.de/de/) wird man einiges finden an Hinweisen und es gibt noch einen Patientenschutzverband (www.deutscher-patientenschutzverband.de) und eben die Internetforen von verschiedenen Patienten-Selbsthilfe-Vereinen, wie den Post-Vac-Verein (https://www.natuerlichgesundwerdenfueralle.org/selbsthilfegruppen/shg-postvac-longcovid/), die sich das zum

Ziel gesetzt haben, dazu aufzuklären. Ich weiß, daß mehrere Kollegen darüber intensiv im Austausch sind.
Die haben nur in der Regel volle Praxen. Also ein weiterer Punkt besteht in der fehlenden Kapazität im Gesundheitswesen. Deswegen wird man da nicht nur Forschungsgelder erbitten müssen von der Regierung, die bis jetzt ja nur für Long-Covid gewährt werden, sondern man muß sehen, daß sicherlich auch sich alternative Behandlungsmöglichkeiten, zum Beispiel Selbsthilfemöglichkeiten, erarbeiten. Wir vom Ärzteverband werden alles dazu tun, da, wenn es einigermaßen sichere Empfehlungen gibt, die auch zu veröffentlichen.
Interviewer: Frau Dr. Reitz, vielen Dank für diesen umfassenden Einblick und auch die Möglichkeiten, wo man sich hinwenden kann! Danke für dieses Interview! Bis zum nächsten Mal, vielen Dank!
Dr. Sonja Reitz: Vielen Dank.<<
USA: Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Den Norden erpressen**
Krise der Klimapolitik: Mit Trump wächst der Widerstand gegen ökosozialistische Umverteilungen
Marco Pino
Als Donald Trump zum ersten Mal US-Präsident wurde, kündigte er umgehend das Pariser Klimaabkommen. Kein Wunder also, daß seine Wiederwahl das große Thema auf der diesjährigen UN-Weltklimakonferenz in Baku ist. Mehr noch: Während man Trumps erste Amtszeit noch als politische Anomalie abtun konnte, bestätigt seine Wiederwahl endgültig einen Megatrend im Westen, der sich gegen die Vorherrschaft linker und grüner Sichtweisen richtet. Auch das Klimathema verliert in diesem Zuge an Gewicht.
Freilich: Das Wetter liefert beständig Stoff für die "Klimakrise". Und Leitmedien stellen auch weiterhin jedes Unwetter mit dem Klimawandel in Zusammenhang, wie jüngst die Flut in der spanischen Region Valencia. Doch hat dergleichen wirklich zugenommen? Oder wächst nicht eher die Zahl der Menschen und Handykameras, ist die "Klimakrise" nicht eher eine Flut der Bilder?
Kurz nach der Tragödie im Ahrtal 2021 polterte ZDF-Moderator und Physikprofessor Harald Lesch in einer Sondersendung, all das sei jetzt "das neue Normal", als hätte es dergleichen nie gegeben, als würde es fortan ständig zu solchen Katastrophen kommen. Erst Wochen nach der Flut zeigten Bonner Geologen in einer Studie, daß es ähnliche Wassermassen an der Ahr schon in früheren Zeiten gegeben hat.
Auch in Spanien kennt man die "Dana" seit Generationen. Ähnlich wie im Ahrtal konzentrieren sich auch dort die meisten Todesfälle auf eine kleine Region. Und obwohl hüben wie drüben Meteorologen den Verlauf früh und präzise vorhersagten, wurden die Menschen nicht rechtzeitig gewarnt. Mittlerweile ist bekannt, daß in Valencia gut die Hälfte der Todesopfer 70 Jahre oder älter war. Das klingt weniger nach "Klimakrise", eher nach desaströsem Katastrophenschutz.
Von solchen Tatsachen lassen sich "Klimaaktivisten" nicht irritieren. Wie dringend der Handlungsdruck in Baku sei, zeige "ein Blick nach Valencia", kommentierte Jonas Waack in der taz stellvertretend für das grüne Milieu. Die dortigen Fluten seien "doppelt so wahrscheinlich" geworden durch die "aktuellen knapp 1,5 Grad an Erderhitzung".
Es dürfte Waacks Geheimnis bleiben, welchem Computermodell er dieses Pseudowissen entnommen hat. Entscheidender ist das: "CO2 muß auch im Globalen Süden eingespart werden, nur haben die Länder im Gegensatz zum Globalen Norden nicht das Geld dafür". Daher reichten die 100 Milliarden US-Dollar "Klimafinanzierung" nicht, die der Westen jährlich entrichte, gebraucht würde "mehr als das Zehnfache". Über eine Billion also, doch "wer hat so viel Pinke-Pinke", selbst im ach so reichen "globalen Norden"?

Apropos: der sogenannte "globale Süden" - für jeden ordentlichen Geographen ist das die Antarktis, aber da wohnt ja niemand. Tatsächlich ist der "globale Süden" nur das neue Wort für die Dritte Welt, die man offenbar gerade deshalb umbenannt hat, damit bloß niemand merkt, daß es beim Klimazirkus um nichts anderes geht als um die Umverteilung von Mitteln aus reichen Staaten in arme. Der CO2-Ausstoß liefert dazu den perfekten Mechanismus. Wer in den vergangenen zwei Jahrhunderten viel CO2 ausgestoßen hat, war wirtschaftlich erfolgreich - und soll nun bluten. "Klimafinanzierung"? Das ist globaler Ökosozialismus - nichts anderes.
Mit der ständig bemühten "Gerechtigkeit" hat all das nichts zu tun. Beispiel Flutkatastrophen: Für "Klimaaktivsten" scheint es solche erst zu geben, seit der "globale Norden" dem CO2 verfiel. Als würden Ganges und Bramaputra, Kongo und Amazonas erst seit wenigen Jahrzehnten über die Ufer treten. Einzig: Chroniken aller Erdteile sprechen eine andere Sprache. Bekanntestes Beispiel ist der Nil, dessen regelmäßige Hochwasser das Land an seinen Ufern so fruchtbar machten, daß dort vor Jahrtausenden die ägyptische Hochkultur entstand. Erst der Bau des Assuan-Staudamms, fertiggestellt 1971, zähmte den längsten Strom der Welt, machte ihn regulierbar und linderte damit sowohl extreme Dürren als auch ständige Flutkatastrophen an seinem Unterlauf.
Auch in deutschen Landen waren Hochwasser vorindustriell nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die Nordsee beispielsweise nahm sich in den "Groten Mandränken" (1219, 1362, 1634) ganze Landstriche, weshalb der Deichbau an deutschen Küsten schon im Mittelalter begann. An großen Flüssen führte ausgerechnet die Kleine Eiszeit zu häufigen Schneeschmelzen samt winterlichen "Eishochwassern", was in Verbindung mit neuen technischen Möglichkeiten zur Errichtung umfangreicher Hochwasserschutzmaßnahmen ab Ende des 19. Jahrhunderts führte. Deshalb erlebt man hierzulande nur noch "Jahrhundertfluten", weil nur solche den bestehenden Hochwasserschutz übersteigen.
In ärmeren Erdteilen jedoch trifft fehlender Hochwasserschutz auf immer größere Bevölkerungen. Das gilt auch bei anderen Themen. In der Sahelzone beispielsweise, die in keiner klimaapokalyptischen Erzählung fehlen darf, lassen sich extreme Dürrephasen seit Jahrtausenden nachweisen. Dramatisch verändert hat sich aber die Zahl der Menschen dort, laut UN von 30 Millionen im Jahr 1950 auf etwa 100 Millionen im Jahr 2010, über 300 Millionen dürften es bis 2050 werden. Was also ist wohl der Grund dafür, wenn dort die Ressourcen knapp werden?
Um es klarzustellen: Daß acht Milliarden Erdenbürger einen erheblichen Einfluß auf Natur, Umwelt und das Klima ausüben, steht außer Frage.
Doch nicht der Klimawandel, sondern das Bevölkerungswachstum ist die Hauptursache einer ganzen Reihe ökologischer und ökonomischer Probleme - bis hin zu den massiven Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre. "Klimagerechtigkeit" ist nur das zynische Wort dafür, daß der Westen auch anderen Erdteilen jenen Katastrophenschutz stiften soll, den er lange vor Beginn der "Klimakrise" sich selbst leistete. Und der auch hier nicht mehr recht funktioniert. Das zeigt ein Blick nach Valencia.
Deshalb ist es kein Widerspruch, sondern logische Folge, wenn die Klimapolitik an Gewicht verliert. Ihre Konsequenzen, nebst Umverteilung vor allem steigende Energiepreise, Industrievernichtung und Wohlstandsverlust, nähren die realen Krisen und lassen die konstruierte erblassen. Konferenzen wie jene in Baku lösen keine Probleme, sondern schaffen zusätzliche. Und wenn ihr einziges Ergebnis ein ums andere Mal ist, daß Geld in die Taschen bestimmter Länder und Organisationen fließt, dann darf man mit Fug und Recht vermuten, daß es letztlich auch nie um etwas anderes ging. Ein positiver Nebeneffekt ist allerdings das zunehmend schlechte Klima für das Geschäft mit der Katastrophe. Immerhin.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**US-Raketenfreigabe für Angriff auf Rußland**

Weckruf mit mehr Reichweite

Albrecht Rothacher

Zwei Monate vor Amtsende gab US-Präsident Biden Kiew den Einsatz der ATACMS-Raketen mit bis zu 300 Kilometern Reichweite auf russisches Territorium frei. Zunächst nur für die Region Kursk, um die mit 50.000 Soldaten - darunter 10.000 Nordkoreaner - erwartete russische Gegenoffensive zu zerschlagen. Von jenen Zwangs-söldnern sollen zur Abschrekkung Pjöngjangs möglichst wenige kriegserfahren überleben.

Paris und London wollen sich der Freigabe anschließen. Auch bei deren Scalp-Raketen bestimmen die USA technologiebedingt die Ziele. Schmerzliche Schläge und ein Faustpfand für Verhandlungen gewiß. Doch für eine Kriegswende kommen sie zu spät und zu sporadisch. Beide Seiten sind abgekämpft, auch wenn Moskau bei Donezk verlustreich zerschossene Städte weiter einnimmt. Putins Kriegswirtschaft stockt trotz geschönter Zahlen. Die modernisierten Sowjet-Lagerbestände schwinden.

Vorhersehbar drohen die Kreml-Scharfmacher erneut mit dem Dritten Weltkrieg. Wenig glaubwürdig, da Trump am 20. Januar das Weiße Haus übernehmen wird und angekündigt hat, binnen 24 Stunden den Krieg zu beenden. Wie? Sein Umfeld verlautbart ein Ende der US-Waffenhilfe. Den Waffenstillstand müßten europäische Truppen überwachen. Am Ende stehen Gebietsverluste für Kiew mit ungewissen Sicherheitsgarantien.

In Trumps Logik können und wollen sich die USA eine Dreifrontenkonfrontation mit Rußland, dem Iran und China nicht leisten. Die Abschreckung Pekings hat Vorfahrt. Der große Weckruf im führungslosen EU-Europa verhallt derweil erneut ungehört.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Auf zu neuen Ufern**

Trump sorgt mit seiner Ernennung von Ministern bei seinen Gegnern für Kopfschütteln, der Rest der Welt ist gespannt

Liz Roth

Strahlend lächelnd empfing Präsident Joe Biden Donald Trump zum ersten Übergabegespräch nach dessen deutlichem Wahlerfolg im Weißen Haus. Es schien, als ob zwei alte Freunde vor dem knisternden Kamin plauderten. "Nun, Herr designierter Präsident und ehemaliger Präsident Donald, herzlichen Glückwunsch", sagte Biden im Oval Office und merkte an, daß er sich auf einen "reibungslosen Übergang" freue.

Doch ein paar Tage später gab Biden grünes Licht für ATACMS-Angriffe innerhalb Rußlands und erzürnte die Republikaner. "Trump hat ein klares Mandat erhalten, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Was tut Biden also in seinen letzten zwei Monaten im Amt? Er eskaliert ihn massiv. Ist es sein Ziel, Trump die schlimmstmögliche Situation zu bescheren?" schrieb der Trump-Unterstützer und Milliardär David Sacks auf X.

Doch Trump stößt an anderen Ecken auf Widerstand, wenn es um wichtige Einstellungen und Vorgehen geht, die er vor seiner Rückkehr ins Weiße Haus angekündigt hat. Er versucht sein Wahlversprechen zu erfüllen und gründet das "Ministerium für effiziente Regierungsführung" oder auch DOGE unter der Führung von Elon Musk und dem Unternehmer Vivek Ramaswamy. "Gemeinsam werden diese beiden wunderbaren Amerikaner meiner Regierung den Weg ebnen, die Bürokratie der Regierung abzubauen, überflüssige Vorschriften zu streichen, verschwenderische Ausgaben zu kürzen und Bundesbehörden umzustrukturieren - ein wesentlicher Bestandteil der 'Save America-Bewegung", heißt es in Trumps Erklärung.

DOGE soll über zwei Billionen Dollar im Jahr des öffentlichen Budgets einsparen, um das immer weiter steigende Staatsdefizit unter Kontrolle zu halten und die Staatsverschuldung von knapp 36 Billionen Dollar abzubauen. Bei einer Rede in Mar-a-Lago dankte Ramaswamy

Trump dafür, daß er dafür gesorgt habe, daß Musk und er in der Lage seien, mit der "Massenabschiebung von Millionen nicht gewählter Bundesbürokraten aus der Bürokratie in Washington zu beginnen".

Designierte Geheimdienstchefin Tulsi Gabbard war Demokratin

Sie wollen überflüssige Ausgaben streichen und dem amerikanischen Volk die Verschwendung von Steuergeldern offenlegen. "Und ich weiß nicht, ob Sie Elon schon kennengelernt haben, aber er bringt keinen Meißel mit, sondern eine Kettensäge, und damit werden wir es mit dieser Bürokratie aufnehmen", fügte Ramaswamy hinzu und betonte: "Das wird eine Menge Spaß machen." Auch Musk freut sich auf seine Rolle, die er, ohne ein Gehalt zu beziehen, antreten wird. "Ich fange an zu glauben, daß DOGE echtes Potential hat", schreibt er auf X.

Auch bei seinen weiteren Kabinettsernennungen macht Trump Nägel mit Köpfen und wählt kontroverse Charaktere oder Washington-Außenseiter wie Robert F. Kennedy Jr., Tulsi Gabbard, Matt Gaetz und Pete Hegseth für Schlüsselpositionen. Linke Zeitungen wie die Washington Post nennen Trumps Kabinett bereits "Amateur-Stunde", und das New York Magazine titelt mit dem Vergleich zu "Clown-Autos" in einer Zirkusshow. "Die Kabinettsnominierungen des designierten Präsidenten haben Befürchtungen hinsichtlich einer extremistischen Agenda geweckt", schreibt die New York Times.

Für viele gemäßigte Stimmen, wie den Journalist Michael Shellenberger, ist das ein Versuch einer Steuerung der Darstellung der kommenden Regierung. "Die Medien sagen, Trumps Kandidaten seien gefährlich, aber das sind sie nicht. Ihre Positionen und Prioritäten liegen durchaus im Mainstream. Die Bedrohung, die sie darstellen, ist nicht für das amerikanische Volk, sondern für die Pathokraten, die unsere Grenz-, Gesundheits- und außenpolitischen Krisen verursacht und verschlimmert haben." Trump will in Washington aufräumen.

Für die größte Überraschung sorgte die Ernennung des FoxNews-Moderators Pete Hegseth zum Verteidigungsminister. Der ehemalige Soldat hat bislang keine politische Erfahrung. "Pete hat sein ganzes Leben als Krieger für die Truppen und für das Land verbracht. Pete ist zäh, klug und ein wahrer Anhänger von 'America First'. Mit Pete an der Spitze sind Amerikas Feinde gewarnt - unser Militär wird wieder großartig sein, und Amerika wird niemals klein beigeben", erklärt Trump. Hegseth soll als unabhängiger Außenseiter, Trumps Mission "Frieden durch Stärke" durchsetzen.

Das soll auch Tulsi Gabbards Ziel als neue Direktorin des Nationalen Geheimdienstes "National Intelligence" sein. Gabbard, die bereits als Demokratin im Abgeordnetenhaus gesessen hat und viele Jahre Erfahrung als Militäroffizierin mitbringt, war vor der Wahl zu den Republikanern übergelaufen. Ihr Ziel ist die "Verteidigung der Sicherheit und Freiheit des amerikanischen Volkes", das für die "Demokratische Partei nicht mehr Priorität" ist. Gabbard hat in der Vergangenheit immer wieder Machtmißbrauch durch die Geheimdienste angeklagt. "Tulsi wird uns alle stolz machen!", erklärte Trump.

Als Justizminister wählte Trump den 42jährigen Abgeordneten aus Florida Matt Gaetz. Trump sagte, daß die Beendigung der "Militarisierung des Justizsystems" eine seiner obersten Prioritäten sei und daß Gaetz sich ebenfalls auf die Verfolgung von Drogenkartellen konzentrieren werde. Im Justizausschuß des Repräsentantenhauses, der die Aufsicht über das Justizministerium ausübt, hatte Gaetz "eine Schlüsselrolle bei der Entlarvung des Rußland-Schwindels und der Aufdeckung alarmierender und systemischer Korruption und Instrumentalisierung durch die Regierung", was zu seiner Nominierung führte.

Für den größten Widerstand sorgt die Ernennung von Robert F. Kennedy Jr. zum Minister für Gesundheit und Soziales. Auch er hatte den Demokraten den Rücken gekehrt und möchte gemeinsam mit Trump "Amerika wieder gesund machen". Kennedy, der immer wieder als Impfgegner und Verschwörungtheoretiker betitelt wird, will Transparenz in das Gesundheitssystem

bringen. "Ich bin grundsätzlich nicht gegen Impfungen. Allerdings wurde kein einziger der zweiundsiebzig Impfstoffe, die für Kinder vorgeschrieben sind, jemals vor der Zulassung auf seine Sicherheit geprüft", berichtete Kennedy während des Wahlkampfs und erklärte, daß es sein großes Ziel ist, Impfsicherheit durch ausgiebige Studien zu schaffen.

Corona-Aufarbeitung: Trump geißelt Pharmakonzerne

"Viel zu lange wurden die Amerikaner vom industriellen Lebensmittelkomplex und den Pharmakonzernen erdrückt, die Täuschung, Fehlinformation und Desinformation betrieben haben, wenn es um die öffentliche Gesundheit ging", heißt es in Trumps Erklärung.

Senator John Thune, der ab Januar das Amt des Mehrheitsführers im Senat übernehmen wird, sagte, daß der US-Senat allen Kandidaten des designierten Präsidenten Trump faire Anhörungen gewähren wird. "Das amerikanische Volk will Veränderungen in diesem Land", sagte er. "Sie haben genug von der Biden-Harris-Agenda und wollen, daß Präsident Trump einige Dinge in Ordnung bringt. Thune betonte, daß alle Nominierten einen Prozeß durchlaufen müssen und daß die Republikaner im Senat den Demokraten nicht erlauben würden, "Präsident Trump und den Willen des amerikanischen Volkes zu behindern oder zu blockieren."<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/24" berichtet am 22. November 2024 (x1.425/…): >>**Amerikanische Wende statt Kurzarbeit**

Autoindustrie: Monatelange Kurzarbeit im Elektrowerk von Ford in Köln / Gewinne mit großen Benzinern in den USA

Paul Leonhard

Als Ford vor zwölf Jahren ankündigte, sein Werk in Genk zu schließen, brannten in der Provinz Limburg Mondeos, Galaxys und S-Max-Minivans. Zehntausend Familien, die im und um den US-Konzern ein ordentliches Auskommen hatten, bangten um ihre Zukunft. Die rohe Gewalt hatte Erfolg: Zumindest die über 4.000 direkten Ford-Beschäftigten erhielten im Schnitt 187.500 Dollar Abfindung - die Produktion wurde 2014 ins spanische Valencia verlagert und das Mittelklasse-Segment 2023 eingestellt. Die Abwicklung des Werks in Flandern kostete den US-Konzern 750 Millionen Euro.

Der VW-Konzern wird nicht so großzügig sein. Das wurde jetzt in Brüssel sichtbar, als Polizisten gegen protestierende Audi-Arbeiter vorgingen: "Sie stürmten herein wie Cowboys und schlugen uns mit Schlagstöcken", zitieren belgische Medien den Gewerkschafter Giuseppe Mezzatesta. 4.000 Arbeiter sind erzürnt über das Werks-Aus im Februar 2025 und den "unfairen" Sozialplan, den Audi vorgelegt hat. Lautstark forderten sie eine "angemessene Entschädigung", worauf die Geschäftsführung die Staatsmacht alarmierte. Doch die Wirklichkeit ist bitter: Die Audi-A1-Fertigung wurde 2018 ins katalanische Martorell verlegt, und das Elektro-SUV Q8 wurde zwar "bilanziell CO2-neutral" hergestellt, aber von zu wenigen gekauft.

Politische Agenda zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität

All das sind keine guten Vorzeichen für die Ford-Werke in Köln und Aachen. Bis 2025 werden 2.300 Stellen wegfallen, das wurde im Februar 2023 noch als "Erfolg" verkauft: Erstens seien das weniger als der Betriebsrat befürchtet hatte, zweitens seien bis Ende 2032 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen, und drittens wurde ihnen weisgemacht, Köln sei durch eine 1,8-Milliarden-Euro-Investition "das erste klimaneutrale Montagewerk von Ford weltweit". Doch die E-Modelle sind noch beliebter als die von Audi. Und die europäischen Diesel- und Benziner-Modelle laufen künftig nur noch in Rumänien, Spanien und der Türkei vom Band.

Dabei könnte Ford kommendes Jahr 100 Jahre Produktion in Deutschland feiern. Begonnen hatte alles in Berlin, wo ab 1925 aus importierten Einzelteilen Ford-Modelle zusammengebaut wurde. Es war dann der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der das Potential erkannte und 1929 mit Henry Ford den Ansiedlungsvertrag für ein Ford-Werk im Stadtteil Niehl unterzeichnete: 170.000 Quadratmeter mit 280 Metern Rheinufer plus Steuerrabatt. Die Pro-

duktion begann 1931 mit 610 Arbeitern, hatte ihre Hochzeit in den 1970er Jahren mit mehr als 50.000 Beschäftigten. Derzeit sind es nur noch 15.000 - 2018 waren es noch 20.000. Und wie lange ist Ford noch der wichtigste Gewerbesteuerzahler der Karnevalsstadt?

Die Produktion von B- und C-Max, Ecosport, Fiesta, Fusion, Galaxy, Ka, Mondeo und S-Max wurde ein- und die Motoren von Vier- auf Dreizylinder umgestellt. Der Focus endet 2025 mit der Werksschließung in Saarlouis - das und nicht Corona erklärt, warum Ford 2011 europaweit fast 1,1 Millionen Autos verkauft hat und 2023 nicht einmal die Hälfte davon. Aktuell ist im früheren Kölner Fiesta-Werk Kurzarbeit angesagt, denn die nun dort produzierten E-Modelle Explorer und Capri sind noch unbeliebter als der VW ID.3, auf dessen MEB-Plattform die beiden neuen Ford-Modelle beruhen.

Der Absatz sei eingebrochen, weil potentielle Käufer durch das Aus der staatlichen E-Auto-Kaufprämie verunsichert seien, findet Hans Lawitzke, Berater des europäischen Ford-Betriebsrats: "Viele warten ab, wie es weitergeht." Wer aber soll ein E-Auto der Golf-Klasse für 40.000 bis 60.000 Euro kaufen? Selbst der in Spanien produzierte SUV Kuga mit Benzinmotor kostet hierzulande ab 39.950 Euro; in den USA als Escape - baugleich, aber besser ausgestattet - nur umgerechnet 28.000 Euro.

Wer als Amerikaner 40.000 Euro für einen Ford ausgeben will, der bekommt dort den echten Explorer mit sieben Sitzen und einem Sechszylinder "Made in USA". Dort erfindet sich Ford gerade neu: weg vom E-Auto-Dogma und hin zu Hybridantrieben à la Toyota. Nach Milliardenverlusten im ersten Halbjahr hat der US-Autobauer seine Strategie angepaßt: produzieren, was der Kunde will - also bezahlbare SUV und riesige Pick-up-Trucks der legendären F-Serie.

Es reicht nicht, den "Mythos des Capri wieder aufleben zu lassen"

Letztere verkaufte sich 2023 in Nordamerika 875.000mal - der "kleine" vollelektrische Ford F-150 Lightning fand trotz Steuerzahlersubventionen und millionenteurer Werbekampagne nicht einmal 25.000 Käufer. Die Ford-Verluste pro E-Modell beliefen sich in der ersten Jahreshälfte auf 2,46 Milliarden Dollar.

Prognostiziert werden für das laufende Jahr bis zu 5,5 Milliarden Dollar. Ausgeglichen wird das nur durch die Gewinne mit Benzinern und Diesel-Nutzfahrzeugen. Bei Ford-Deutschland weiß man das, aber in der EU sowie in Großbritannien, Norwegen und der Schweiz gelten andere Spielregeln. Hier wird mehrheitlich "woke" gewählt, und deswegen können die Regierungen CO2-Strafen einführen und den Bürgern vorschreiben, welche Autos sie zu kaufen haben.

Deswegen hat Ford wie VW voll auf Akku-Autos gesetzt, die nun im "Ford Cologne Electric Vehicle Center" in Köln-Niehl vom Band laufen sollen. Angeblich 200.000 Interessenten hätten seit Juli bereits den neuen Ford Capri "ihrer Wahl in Europa konfiguriert". Besonders begehrt sei die Version Premium in "vivid yellow" mit 286-PS-E-Motor, Heckantrieb und Extended-Range-Batterie. "Das rein elektrisch angetriebene SUV-Coupé läßt den Mythos des legendären Sportwagens aus den 1970ern und 1980ern nach vier Jahrzehnten wieder aufleben", schwärmte das Marketing.

Und Jon Williams, Chef der Ford-E-Sparte Blue, zeigte sich noch Ende Oktober überzeugt, daß das neue Modell "eine ganz neue, moderne Kundengeneration mit jenem Stil und Schwung in den Bann ziehen wird, der schon den Vorgänger zur Legende gemacht hat". Doch das legendäre Sportcoupé lief nur von 1968 bis 1986 vom Band und hatte keinen Nachfolger. Und der deutsche Explorer ist praktisch nur ein VW ID.3 im Ford-Blechkleid.

Aktuell wird in den USA eine eigene E-Plattform für Ford entwickelt, die für Europa nur angepaßt werden soll - und die soll dann wohl in Valencia statt in Köln gebaut werden. Aktuell ist die Nachfrage nach E-Autos bei Ford so stark gefallen, daß die Arbeiter an den Produktionslinien von Explorer und Capri in Köln bis zu den Weihnachtsruhetagen in Kurzarbeit geschickt wurden. Von bisher 630 wurde die Produktion auf 480 Fahrzeuge pro Woche redu-

ziert: "Wir produzieren mehr, als wir verkaufen können", verriet der Kölner Stadt-Anzeiger seinen Lesern aus einem internen Ford-Schreiben. Auch 2025 soll es erneut Tage ohne Produktion geben. Ein Ford-Totalrückzug aus Deutschland ist daher längst nicht mehr völlig ausgeschlossen.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2025
Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> **...** << gekennzeichnet.
Bei Auslassungen **...** wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**
Beispiel: (x017/79) = Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989, Seite 79.

x017	Meyers Lexikonredaktion (Hg.): DAS NEUE DUDEN LEXIKON in 10 Bänden. Mannheim 1989.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: Geschichte. Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x176	Hug, Wolfgang (Hg.): Geschichtliche Weltkunde. Band 2. Vom Zeitalter der Entdekkungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. 2. Auflage. Frankfurt/Main 1975.
x193	Josephy jr., Alwin M. u.a.: Die Welt der Indianer. Geschichte, Kunst, Kultur von den Anfängen bis zur Gegenwart. 4. Auflage. München 1998.
x247	Klett, Ernst (Hg.): Erinnern und urteilen. Band II. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1989.
x259	Kaiser, Eugen (Hg.): Grundzüge der Geschichte. Band 3. Vom Westfälischen Frieden bis zum Jahre 1890. 9. Auflage. Frankfurt/Main 1974.
x332	Deschner, Karlheinz: Kriminalgeschichte des Christentums. Band 9. Mitte des 16. bis Anfang des 18. Jahrhunderts - Vom Völkermord in der Neuen Welt bis zum Beginn der Aufklärung. Hamburg 2010.

Internet

x1.408	https://www.compact-online.de – Oktober 2024

x1.409	https://www.kla.tv - Oktober 2024
x1.410	https://afdkompakt.de/ - Oktober 2024
x1.411	https://deutschlandkurier.de – Oktober 2024
x1.412	https://apollo-news.net/ - Oktober 2024
x1.413	https://www.mmnews.de/ Oktober 2024
x1.414	https://multipolar-magazin.de/ - Oktober 2024
x1.415	https://fassadenkratzer.wordpress.com - Oktober 2024
x1.417	https://www.compact-online.de – November 2024
x1.418	https://www.kla.tv - November 2024
x1.419	https://afdkompakt.de/ - November 2024
x1.420	https://deutschlandkurier.de – November 2024
x1.421	https://apollo-news.net/ - November 2024
x1.422	https://www.mmnews.de/ November 2024
x1.423	https://multipolar-magazin.de/ - November 2024
x1.424	https://fassadenkratzer.wordpress.com - November 2024
x1.425	https://jungefreiheit.de/archiv/ - Dezember 2024

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)
Internetquelle: http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/ Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages
Internetquelle: http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html - 8. Mai 2014